This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

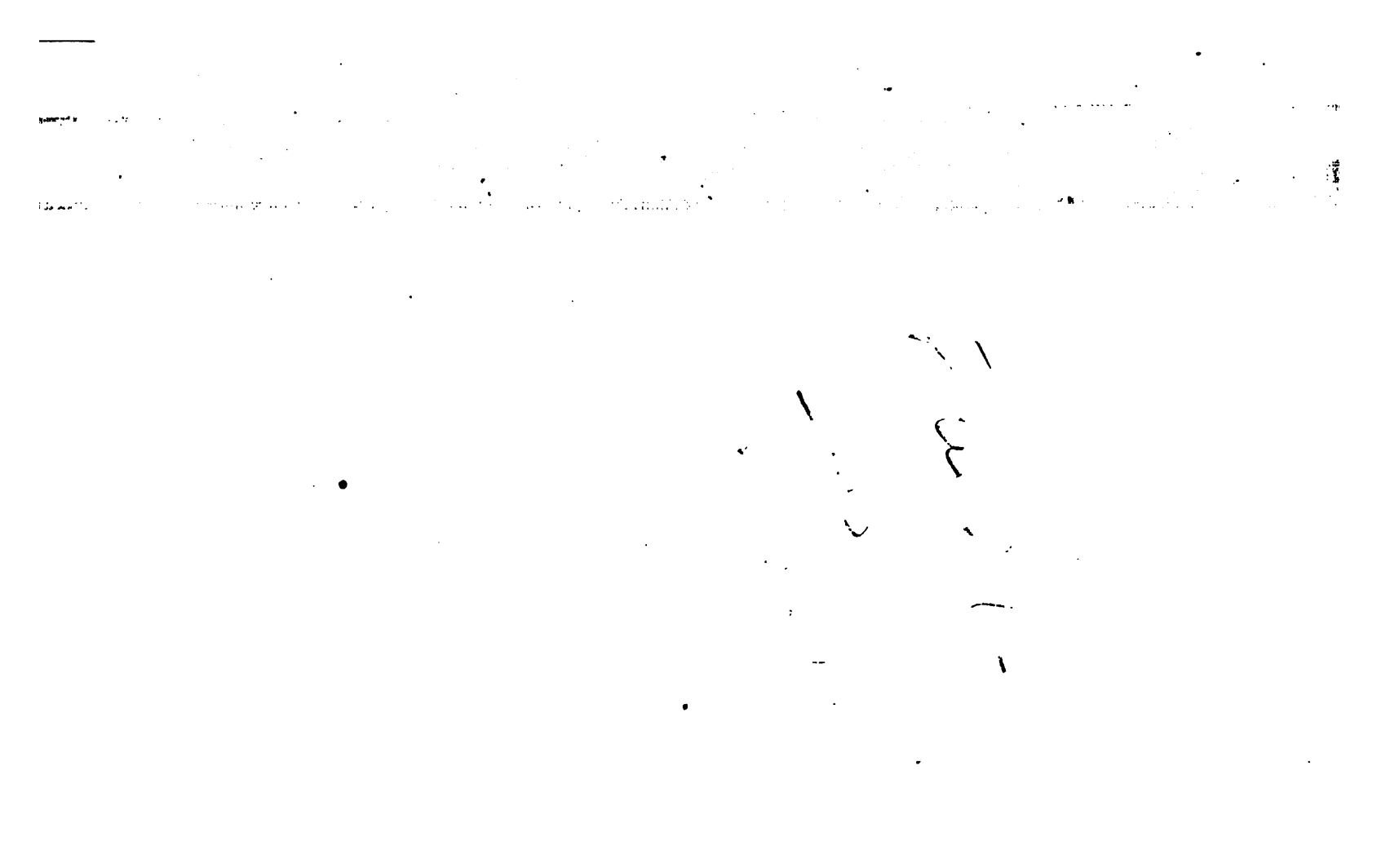
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

REESE LIBRARY

OF THE

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Class



Leopold von Ranke's

Sämmtliche Werke.

Dritte Geſammtausgabe.

Siebenundvierzigſter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.

Hardenberg

und die

Geschichte des preußischen Staates

von

1793—1813.

Von

Leopold von Ranke.

Zweite Auflage

der in dem Werke „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg“ den eigenhändigen Memoiren Hardenberg's beigegebenen historischen Darstellung des Herausgebers.

Zweiter Band.

Mit einer Notiz über die Memoiren des Grafen von Haugwitz.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1880.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

D7
R3
v.47-48

Das Recht der Ueberſetzung iſt vorbehalten.

Inhaltsverzeichniß.

Drittes Buch.

Zeiten der Neutralität (1796—1806).

Zweiter Abschnitt: Der preußische Staat während der zweiten Coalition und des Emporkommens Bonaparte's.

Seite 1—226.

Seite

Erstes Capitel.

Anfänge der zweiten Coalition . . . . . 3 — 12

Zweites Capitel.

Erste Regierungsjahre Friedrich Wilhelms III. Auflösung der Coalition . . . . . 13 — 28

Drittes Capitel.

Friede von Luneville . . . . . 29 — 45

Viertes Capitel.

Territoriale Umwandelung Deutschlands . . . . . 46 — 62

Fünftes Capitel.

Friede von Amiens und dessen Bruch . . . . . 63 — 74

Sechstes Capitel.

Neugestaltung der preußischen Neutralität . . . . . 75 — 92

Siebentes Capitel.

Napoleonisches Kaiserthum. Gewaltschritte in Deutschland . . 93—103

Dritter Abschnitt: die Jahre 1805 und 1806.

Erstes Capitel.

Anfänge der dritten Coalition . . . . . 107—118

Zweites Capitel.

Verhandlungen mit Frankreich . . . . . 119—128

Drittes Capitel.

Convention von Potsdam . . . . . 129—144

171132

Seite

Viertes Capitel.
Zersprengung der dritten Coalition . . . . . 145—158

Fünftes Capitel.
Unterhandlungen zu Schönbrunn und Paris . . . . . 159—178

Sechstes Capitel.
Sendung des Herzogs von Braunschweig nach St. Petersburg . 179—188

Siebentes Capitel.
Neue Irrungen Preußens mit Frankreich . . . . . 189—199

Achtes Capitel.
Verhandlungen mit Rußland im Frühjahr und Sommer 1806 . 200—208

Neuntes Capitel.
Regungen der Feindseligkeit gegen Frankreich . . . . . 209—219

Zehntes Capitel.
Kriegerische Entschließungen . . . . . 220—226

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederaufrichtung (1806—1813).

Erster Abschnitt: Die Schlacht von Jena und ihre Folgen.
Seite 227—270.

Seite

Erstes Capitel.
Ausbruch des Krieges . . . . . 229—239

Zweites Capitel.
Niederlage von Jena und Auerstädt . . . . . 240—250

Drittes Capitel.
Unterhandlung über einen Waffenstillstand . . . . . 251—259

Viertes Capitel.
Fernere Unterhandlungen und ihr Abbruch . . . . . 260—270

Notiz über die Memoiren des Grafen von Haugwitz . . . 273—318

Drittes Buch.

Zeiten der Neutralität (1796—1806).

Zweiter Abschnitt.

Der preußische Staat während der zweiten Coalition und des Emporkommens Bonaparte's.

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

Erſtes Capitel.

Anfänge der zweiten Coalition.

Der Verfaſſer fühlt an dieſer Stelle nochmals die Verlegenheit, welche aus der Combination der allgemeinen Begebenheiten und der partikularen Ereigniſſe und Entſchlüſſe für die Darſtellung entſpringt. Die Begebenheiten, welche die Welt erſchüttern, darf er nur in Erinnerung bringen, um bei den Einwirkungen ſtehen zu bleiben, die ſie auf Preußen gehabt haben.

In dem Sommmer des Jahres 1797 hing die Entſcheidung über die europäiſchen Angelegenheiten, wie einſt im October 1795, von dem Gegenſatz ab, der ſich in Frankreich zwiſchen den Gemäßigten, welche eine Pacification wollten, und den Jakobinern, die, mit den Führern der Militärmacht in der Hauptſache einverſtanden, die Fortſetzung des Krieges anſtrebten, herausſtellte. Die erſten hatten unter der neuen Conſtitution eine ſehr bedeutende Stellung gewonnen; ſie herrſchten eigentlich in beiden Räthen, dem der Alten und dem der Fünfhundert, vor und machten dem Directorium gegenüber die conſtitutionellen Grundſätze geltend, kraft deren dies ſelbſt von der Mehrheit der Räthe abhängig ſei. In dem Directorium war eine dieſem Anſpruch zuneigende Minderheit; die Mehrheit, die aus Lareveillère, Barras und Rewbell beſtand, hielt an der Autonomie der executiven Gewalt feſt; ſie ſtützte ſich dabei auf die Jakobiner und das Kriegsheer. In den Armeen ließ man keine Journale mehr zu, da die Tageblätter faſt ſämmtlich gegen das Directorium Partei ergriffen hatten. Solange nun der Streit unentſchieden war, ließ ſich wohl auf den Frieden hoffen. Jene Triumvirn meinten, beide Friedensſchlüſſe, den mit Oeſterreich ſowohl, der noch nicht abgeſchloſſen war, als den engliſchen, über welchen ſoeben wieder verhandelt wurde, zu Stande bringen zu müſſen, um

die Armeen zu ihrer Sicherheit im Inneren nach Frankreich zurückziehen zu können. In dieſem Falle würde eine Auseinanderſetzung mit Oeſterreich erfolgt ſein, bei der man auf die Fortdauer des Friedens hätte rechnen können. Noch mehr aber hatte die Verhandlung mit England zu bedeuten, deren glücklicher Erfolg den Frieden der Welt überhaupt wiederhergeſtellt hätte. William Pitt war, wie er ſagt, als Menſch und Chriſt für den Frieden[1]). Lord Malmesbury wurde nach Lille geſchickt; und es hatte den Anſchein, als ob auch die Franzoſen auf eine Abkunft eingehen würden.

In England war man in der That jetzt ſoweit gekommen, die Reunion der belgiſchen Provinzen mit Frankreich und die bataviſche Republik anerkennen zu wollen. Pitt ſetzte dieſe Anſicht im Gegenſatz mit Grenville durch. Die Unterhandlungen waren ernſtlich und trotz aller Zögerungen nicht ohne Ausſicht. Man kam einander in den wichtigſten Fragen über das Cap der guten Hoffnung und Trinidad ſehr nahe: England war bereit, das erſte unter gewiſſen Bedingungen den Holländern zu laſſen, Frankreich, für die Abtretung des zweiten den Madrider Hof zu influenciren; die Franzoſen behielten ſich nur Rückſprache mit ihren beiden Verbündeten vor. Darin lag noch einmal die Möglichkeit, daß die franzöſiſche Republik und ihre Eroberungen anerkannt und dennoch das alte Europa aufrecht erhalten würde. Allein Alles ſcheiterte durch den Zuſammenſtoß der beiden miteinander kämpfenden Parteien in Frankreich.

Bonaparte war nicht in Allem und Jedem mit den drei Directoren einverſtanden; aber er theilte ihre Tendenz, den Anforderungen der Conſeils, die überdies kein Geld bewilligen wollten, zu widerſtreben; in der gemäßigten Partei ſah er nur die Vorkämpfer des Royalismus. Er ſchickte den republikaniſch eifrigſten ſeiner Generale, Augereau, um die drei Directoren zu unterſtützen. Die Abſicht der Gemäßigten wäre geweſen, die Nationalgarde wieder zu organiſiren; dahin aber ließ es das Directorium nicht kommen. Eines revolutionären Schlachttages, wie im October 1795, bedurfte es diesmal nicht; eine Maßregel genügte, die man als einen Staatsſtreich bezeichnen kann. Am 18. Fructidor (4. September 1797) zogen die Truppen in den ſogenannten conſtitutionellen Bezirk ein, der ihnen geſetzlich verſchloſſen war, ſolange die legislative Gewalt nicht eingewilligt hatte, — lediglich auf den Befehl des

1) Stanhope Taylor, Correspondence of William Pitt, Earl of Chatham III, 58.

Directoriums, das durch diesen Schritt sich mit einem Male in den Besitz der vollen Staatsgewalt setzte. Absetzungen und Deportationen kamen hierauf an die Tagesordnung; und im Sinne der neu organisirten Gewalt wurde nun auch über die auswärtigen Verhältnisse entschieden. Man kann den 18. Fructidor als die Fortsetzung des 13. Vendémiaire betrachten oder vielmehr als den zweiten Act in dem damals ergriffenen System der Feindseligkeit gegen Europa. An eine glückliche Vollziehung des Friedensschlusses mit England war nicht mehr zu denken. Die neuen Bevollmächtigten, die nach Lille geschickt wurden, nahmen die Frage nicht da auf, bis wohin sie gelangt war; jenes zweimonatliche Stillschweigen, welches angeblich zur Verständigung mit den Verbündeten hatte dienen sollen, schien die bisherigen Verhandlungen gleichsam in Vergessenheit gebracht zu haben. Der englische Bevollmächtigte erklärte, daß er nach diesen Eröffnungen keine Hoffnung auf die Pacification mehr hegen könne; sie seien nur dazu angethan, den entgegengesetzten Eindruck auf ihn zu machen. Der präcise Streitpunkt lag darin, daß die Franzosen anfragten, ob der englische Gesandte Vollmacht habe, auf die Herausgabe aller von England occupirten maritimen Besitzungen Frankreichs und seiner Alliirten einzugehen; wenn er diese Vollmacht nicht habe, sollte ihm angekündigt werden, daß er Frankreich binnen vierundzwanzig Stunden verlassen müsse. Malmesbury antwortete, er habe nur Vollmacht, auf der Grundlage von Compensationen zu unterhandeln, und verließ Lille unverzüglich (17. September 1797)[1]). Auch am Hofe von St.-James urtheilte man, daß nach allem, was vorgekommen, die Eröffnungen der neuen Bevollmächtigten eine so wenig als möglich friedliche Direction bei der französischen Regierung voraussetzen ließen; bei der Wiederaufnahme des Krieges, die nun nothwendig sei, werde der König zwar immer die Möglichkeit eines Friedens im Auge haben, aber die Würde seiner Krone und die Interessen seines Volkes mit unerschütterlicher Festigkeit behaupten. Der Bruch mit England wirkte auf den Abschluß des Friedens von Campo-Formio zurück, der, wiewohl er keine definitiven haltbaren Bestimmungen enthielt, dennoch dem continentalen Kriege fürs erste ein Ende machte, so daß die Republik alle Kräfte gegen England anwenden konnte.

Wenn Frankreich in dieser Zeit wieder die Prärogative besaß,

1) Malmesbury, Diaries and correspondence III, 547 f.

wie einſt unter Ludwig XIV., den Impuls zu allem zu geben, was die Welt beſchäftigte, ſo wurde ſeine Action jetzt durch die Wirkung der demokratiſchen Ideen, die es vertrat, verdoppelt. In Italien gelangte die revolutionär-demokratiſche Tendenz, von den Armeen unterſtützt und ſie unterſtützend, in den noch unabhängigen Landſchaften, ſelbſt in Rom zur Herrſchaft. Auch die neu eingerichtete Republik Holland empfing nun dem demokratiſchen Princip, das in Frankreich ſelbſt vorherrſchte, gemäßere Einrichtungen. Nirgends wirkten Demokratie und Militärgewalt mehr zuſammen, als in der Schweiz; das natürliche Bollwerk der Neutralität wurde von Frankreich in Beſitz genommen. Eine überwältigende Einwirkung hofften nun auch die Franzoſen auf England auszuüben; aber obgleich die Engländer von dem den Franzoſen ſo gut wie unterworfenen Holland und dem mit denſelben verbündeten Spanien keine Hülfleiſtung hatten, ſo war doch ihre maritime Ueberlegenheit zweifellos: den Stier bei den Hörnern zu packen, wie einſt Choiſeul verſucht hatte, und zwar mit ſehr unzureichenden Kräften, war Bonaparte, dem auch hier die Entſcheidung zufiel, nicht gemeint: er wollte, ſagte er, das Schickſal der Republik nicht auf dieſen Einen Wurf im Würfelſpiel des Krieges wagen. Immer erfüllt von Gedanken, welche die Welt umfaßten, hatte er vielmehr einen ganz anderen Plan entworfen. Ein Korſe von Herkunft, der franzöſiſchen Partei von Hauſe aus angehörig, in natürlichem Gegenſatz mit den Engländern, wünſchte er nichts mehr, als die Franzoſen zur Herrſchaft über das Mittelmeer zu erheben. Die venetianiſchen Beſitzungen im Oriente ſollten ihm den Weg zum Umſturz der Türkei bahnen oder dieſe Macht doch verhindern, ſeinen anderweiten Eroberungsanſichten in den Weg zu treten. Er hoffte, wie Malta, ſo auch Aegypten zu erobern und ſich durch den Orient den Weg nach Indien zu bahnen, wo einſt Dupleix mit den einheimiſchen Fürſten in Verbindung getreten war. Die von dem Chriſtenthum losgeriſſene revolutionäre Idee coincidirte hiebei mit der politiſchen inſofern, als ſie keine Feindſeligkeit gegen den Islam einſchloß; vielmehr konnte man durch die Verbindung mit den Mohammedanern ihren Gegenſatz gegen die engliſche Herrſchaft gewaltig erneuern. Ideen, die etwas Wildphantaſtiſches haben, aber doch praktiſch ausführbar erſchienen; ſie knüpfen an Alexander den Großen und die älteſte Weltgeſchichte an, ſollten aber zugleich dem Moment dienen: nicht ſowohl an eine Eroberung Indiens wurde gedacht, als an einen Umſturz der von den Engländern daſelbſt aufgerichteten Herrſchaft. Es iſt ein

gigantiſches Unternehmen; doch wird es von Berechnung beherrſcht. Auf dieſe Weiſe meinten die Franzoſen den Engländern die beſte Stütze ihrer Macht zu entreißen und ihr Uebergewicht auf der geſammten alten Hemiſphäre zu begründen.

In dieſer Combination, welche Orient und Occident umfaßte, lag nun aber auch die Nothwendigkeit, daß die Weltkräfte, die von dieſem Vorhaben berührt wurden, ſich mit aller Macht dagegenſetzten. Wir kommen hier auf die Verhältniſſe von Deutſchland und Italien zurück. Der öſterreichiſche Diplomat, der den Frieden von Campo-Formio geſchloſſen hatte, war auch der erſte, der die Unhaltbarkeit und unter den veränderten Umſtänden die Unerträglichkeit deſſelben erkannte. Ludwig Cobenzl war durch das Verhalten der Franzoſen in Raſtadt, welches mit den bei dem Abſchluß des Friedens gemachten Zuſagen ſo ganz in Widerſpruch war, tief verletzt. Er wollte endlich wiſſen, woran er ſich halten könne. Man veranſtaltete, daß er mit François de Neuchateau, einem der in Folge des 18. Fructidor eingetretenen Directoren, der aber ſeitdem nach der conſtitutionellen Ordnung der Dinge wieder ausgeſchieden war, in Selz zuſammenkam (Juni 1798). Den äußeren Anlaß gab ein Inſult der Tricolore, der zu Wien an dem Palais des franzöſiſchen Geſandten, damals Bernadotte, ſtattgehabt hatte. Bei weitem wichtiger aber waren die Verhandlungen über die politiſchen Verhältniſſe überhaupt. Cobenzl wünſchte noch immer Ausſchließung Preußens von den Unterhandlungen zu Raſtadt. François de Neuchateau erwiderte, daß eine ſolche nicht ſtattfinden könne, nachdem das ganze linke Rheinufer abgetreten worden, alſo auch Preußen gegründete Anſprüche auf Entſchädigung erlangt habe. Dies war aber gegen den Wunſch Oeſterreichs geſchehen; es widerſprach den geheimen Artikeln des Vertrages von Campo-Formio. Dagegen kam nun Cobenzl auf die Idee, das ganze Gewicht der öſterreichiſchen Entſchädigung auf Italien zu wälzen [1]). Er forderte hier eine Erweiterung der öſterreichiſchen Grenzen bis an den Oglio und nochmals die Ueberlaſſung der Legationen: eben die Punkte, die ihm General Bonaparte nicht hatte gewähren wollen. Er brachte alle die Gewaltſamkeiten in Erinnerung, zu denen die Franzoſen ſoeben in Rom und in der Schweiz geſchritten waren. Er hatte ganz Recht,

1) François de Neuchateau ſagte: „Sie ſuchen Alles nach Italien zu verlegen, damit der König von Preußen keine Erwerbung macht.“ Hüffer, Der Raſtadter Congreß und die zweite Coalition I, S. 292.

wenn er meinte, daß Oeſterreich, indem es in Deutſchland mit ſeinen, im letzten Tractat formulirten Anſprüchen durchzudringen keine Hoffnung mehr hatte, durch die Stellung, die Frankreich nahm, auch in Italien in eine unhaltbare Lage verſetzt werde. Aus den Berichten Cobenzls nimmt man ab [1]), daß er Vollmacht hatte, von öſterreichiſcher Seite für jene Beleidigung der Nationalfarben Satisfaction anzubieten. Aber er unterließ das, weil ihm immer das allgemeine Verhältniß im Sinne lag. Er behielt beſtändig die Idee im Auge, die Territorialmacht Oeſterreichs ſo zu erweitern, daß die alte Bedeutung der Dynaſtie in der Welt aufrechterhalten werden könne. Aus der Unmöglichkeit, die Differenz auszugleichen, entſprang dort in Selz die Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges. Cobenzl ſagte: wenn man Oeſterreich das Meſſer an die Kehle ſetze, ſo werde es ſich in die Arme von England werfen. François de Neuchateau ließ vernehmen: der Ausbruch eines neuen Krieges werde den Untergang aller Ariſtokraten in Europa herbeiführen. So ſchieden ſie voneinander. In den Conferenzen, welche die Vollendung des Friedens zum Zweck hatten, durchdrang ſich Cobenzl mit der Ueberzeugung, daß die Wiederaufnahme des Krieges für Oeſterreich nothwendig ſei.

Schon längſt war darüber mit Rußland verhandelt worden. Aber das öſterreichiſche Miniſterium hatte ſich immer dilatoriſch geäußert; es hatte gemeint, daß man ſich erſt allſeitig vorbereiten müſſe, um dann einen entſcheidenden Schlag zu führen. Weder mit England noch auch mit Rußland waren bindende Verträge für einen neuen Krieg geſchloſſen [2]). Cobenzl faßte die Anſicht, daß jeder weitere Verzug verderblich werden könne.

---

1) J'aurais pu à la vérité, en signant une promesse de rechercher et de punir les coupables de l'événement du 13 avril, empêcher la rupture des négociations. Mais il n'est malheureusement que trop prouvé que je n'aurais rien gagné par là du côté de l'Italie. Une fois en possession de cette déclaration de Plénipotentiaire français n'aurait pas moins continué à renvoyer au congrès de Rastatt tout ce qui concerne nos équivalents, à nous disputer les stipulations les plus claires du traité de Campo Formio et à nous contester tout droit d'opposition à ce que la France a entrepris à Rome et en Suisse. Cobenzls Bericht vom 7. Juli, Mendelsſohn-Bartholdy in Sybel's hiſtoriſcher Zeitſchrift, Bd. 23, S. 52. — Vergl. Hüffer, Der Raſtadter Congreß und die zweite Coalition I S. 272 mit. Einen Auszug aus der Inſtruction Cobenzls theilt Hüffer a. a. O. S. 308 ff.

2) Vergl. die Auszüge aus den Depeſchen des ruſſiſchen Geſandten in

In den Aufzeichnungen Cobenzl's, in der Form von Instructionen, die er für sich selbst schrieb, aber vom Kaiser bestätigen ließ [1]), tritt der Gedanke hervor, daß Oesterreich überhaupt auf keinen dauernden Frieden mit den Franzosen zählen dürfe: denn sobald als Frankreich die Entwürfe, mit denen es umgehe, ausgeführt habe, werde es Oesterreich unfehlbar angreifen [2]). Die alte Frage, welche dieser Mächte in Italien vorwalten solle, auf die auch Cobenzl den größten Werth legte, wäre dann sofort zu Ungunsten Oesterreichs entschieden worden. Cobenzls Meinung war, durch Vollziehung der Bündnisse mit Rußland und England dieser Eventualität zuvorzukommen. Zugleich hielt er an dem Gedanken fest, die Ideen, die den letzten Thugut'schen, durch Reuß in Berlin mitgetheilten Entwürfen zu Grunde lagen, zur Ausführung zu bringen, namentlich das hierarchische Element im deutschen Reiche, auf welches sich das Ansehen des Kaiserthums gründete, möglichst zu conserviren [3]). Darüber, daß Rußland die Verbindung mit Oesterreich festhalten werde, hegte er keinen Zweifel.

Für die damaligen Weltverhältnisse war ein entscheidendes Ereigniß, daß Kaiser Paul I. zu dem Entschluß gelangt war, die Hülfe, die seine Vorgängerin versprochen, er aber verzögert hatte, in der That zu leisten. Kaiser Paul war mit der Absicht auf den Thron gestiegen, nur eben die inneren und äußeren Interessen des Reiches zur Richtschnur seines Thuns und Lassens zu nehmen. Zuweilen hielt er dafür, daß dies am besten geschehe, wenn er die großen Kämpfe in Europa ihrem eigenen Gang überlasse. Aber eine Fortentwicklung der Macht, wie Frankreich sie jetzt beabsichtigte, war doch auch für Rußland unerträglich. Aus aufgefangenen Briefen nahm er ab, daß die intimste Verbindung der französischen

---

Wien, Rasumowsky, bei Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie. II, S. 360 ff.

1) Vom 24. Juli 1798 bei Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses, S. 213.

2) il n'est pas douteux que la monarchie autrichienne doit s'attendre à une levée de bouclier bien plus dangereuse pour elle que la guerre qui aurait lieu dans le moment présent.

3) dans le cas où la guerre recommencerait avec l'Autriche seule, ces indemnités seront réglées de la manière la plus défavorable pour les intérêts de S. M., tout ne serait réparti qu'en faveur des protestants et au détriment des princes ecclésiastiques; que par conséquent l'autorité et l'influence du chef de l'Empire deviendraient presque nulles.

Regierung mit den Polen beſtehe; das Directorium erkannte die Verdienſte derſelben um die franzöſiſche Revolution an und erinnerte ſie, ſich nur ruhig zu verhalten, bis die Zeit der Rache gekommen ſei [1]). Von der Herſtellung des alten Königreichs, wofür man Preußen und Oeſterreich zu gewinnen hoffte, iſt nochmals die Rede geweſen. Um ſo nothwendiger war es für den Kaiſer, einer Verbindung der beiden Mächte, namentlich Oeſterreichs mit Frankreich, zuvorzukommen. Ueberdies aber: das Mittelmeer, Aegypten, die Türkei dem Uebergewicht von Frankreich zu überlaſſen, hätte der Weltſtellung Rußlands auf immer Eintrag gethan; Paul konnte das in ſeiner Eigenſchaft als Czar nicht dulden; auch ſeine perſönlichen Sympathieen waren dagegen. Er war durch ſeine Herkunft, ſeine Erziehung, ſeine Lectüre in ein inneres Verhältniß zu den Ideen der romaniſch-germaniſchen Welt getreten. In ſeiner Jugend hatte er Vertôt geleſen und war für die Heldenthaten der Johanniter, die noch ihren alten Sitz in Malta inne hatten, mit Bewunderung erfüllt worden. Daß nun Napoleon Bonaparte bei ſeiner Fahrt nach Aegypten Malta überraſchte und in Beſitz nahm (12. Juni 1798), machte auf ihn einen höchſt widerwärtigen Eindruck. Die unter ſeiner Aegide vor kurzem gebildete Abtheilung des Malteſer-Ordens fühlte ſich veranlaßt und hielt ſich für berechtigt, das Großmeiſterthum deſſelben dem Kaiſer Paul zu übertragen. Er dachte daran, dem Orden auch eine Abtheilung aus griechiſch-gläubigen Mitgliedern hinzuzufügen und denſelben zu einer Inſtitution für die Ausbildung des geſammten europäiſchen Adels im antirevolutionären Sinne zu geſtalten. Und wer wollte leugnen, daß es für ihn auch Reiz hatte, im Mittelmeere die große Poſition von Malta in Beſitz zu nehmen? Gegen die orientaliſchen Pläne des Generals Bonaparte ward er ſelbſt durch eine Art von Eiferſucht gereizt; den Einfluß, den dieſer durch den Angriff erwarb, meinte er durch Vertheidigung zu paralyſiren und zum Vortheil von Rußland zu benutzen. Dabei nahm er dann den Kampf gegen die Revolution in großem Style auf. Er war ein Enthuſiaſt der Legitimität, ſo daß er es für unmöglich hielt, die alten Zuſtände Europa's zu retten, ohne Zurückführung der bourboniſchen Dynaſtie,

1) Aus einem Berichte von Panin den $\frac{29. \text{ Januar } 1798}{9. \text{ Februar } 1798}$ bei Miliutin I, S. 51. In dem Schreiben des Directoriums heißt es: nous n'oublierons jamais les services que vous avez rendus à notre révolution; suspendez pour quelque temps votre vengeance. Miliutin I, S. 341.

der er in seinem Reiche eine Zuflucht gewährt hatte. Sein Gesichtspunkt war immer auf die großen Gegensätze gerichtet, auf welche Rußland zu Lande und zur See stieß; seine Antipathieen galten nicht den Franzosen an sich; er war kein Anhänger des englischen Uebergewichts zur See, sehr bereit jedoch, im Verein mit England gegen das revolutionäre Frankreich in den Kampf zu treten. Wenn er die ungeheuere Macht ansah, welche in seine Hand gelegt war, so fühlte er sich gleichsam dazu verpflichtet. Von den Vorstellungen, die in seiner Familie, namentlich von dem Bruder der Kaiserin, dem Prinzen Ferdinand von Würtemberg, an ihn gerichtet wurden, war keine wirksamer, als die: daß er seine Kriegsmacht nicht zu einem vorübergehenden Vortheil verwenden, sondern zu einem großen Zweck gebrauchen müsse. In dieser Stimmung trafen ihn die neuen Anträge von Oesterreich.

Von jenen fruchtlosen Conferenzen zu Selz hinweg eilte Cobenzl zuerst nach Wien, dann über Dresden und Berlin nach St.-Petersburg. An den beiden deutschen Höfen konnte er nichts erreichen, zumal da er seine antipreußische Richtung niemals aus den Augen verlor. Aber in Petersburg war Alles vorbereitet, ihm in seinen Plänen entgegenzukommen. Es kam wirklich zu einer Allianz zwischen Oesterreich, das nur den Fehler von Campo-Formio wieder gutzumachen wünschte, und dem feurigen Paul, der die revolutionäre Welt zu vernichten und dem Continent eine der monarchisch christlichen Idee analoge Verfassung zu geben gedachte. Eine mächtige Unterstützung fanden seine Bestrebungen in dem Siege der Engländer über die französische Flotte bei Abukir (2. August 1798). Man könnte die Schlacht von Abukir mit jener von Lepanto vergleichen, durch welche das Uebergewicht der romanischen Nationen über die Türken im Mittelmeere begründet wurde; durch den Sieg von Abukir gelangte dasselbe in die Hand der Engländer. Damit scheiterten nicht allein die ursprünglichen, auf die Herrschaft im Mittelmeere gerichteten Absichten Bonaparte's; er wurde zugleich in Aegypten isolirt.

Schon drang der König von Neapel, mit Rußland und England verbündet, siegreich in den von den Franzosen occupirten Kirchenstaat ein. Aber der erste Enthusiasmus war nicht geeignet, gegen die revolutionären Streitkräfte Stand zu halten. Der Kirchenstaat fiel in die Hände der Franzosen zurück; König Ferdinand selbst mußte nach Sicilien flüchten. Die Volksbewegung jedoch war damit in den neapolitanischen Provinzen nicht erstickt,

geſchweige denn in dem übrigen Italien. Indeß erſchienen die öſterreichiſchen Waffen wieder im Felde; ſie begegneten in Oberitalien, in der Schweiz und an der Donau den Franzoſen in theilweiſe glücklichen Anſtrengungen und erhielten dann durch den Zuzug der Ruſſen die Oberhand. Eine neue Phaſe der Weltverhältniſſe trat damit ein: der überfluthenden revolutionären Macht geſchah zunächſt Einhalt; den legitimiſtiſchen Principien eröffnete ſich die Ausſicht, nicht allein das Gleichgewicht herzuſtellen, ſondern das Uebergewicht auf ihre Seite zu bringen.

Eine der größten Fragen war, wie ſich Preußen zu dieſem Wechſel verhalten würde.

Zweites Capitel.

Erſte Regierungsjahre Friedrich Wilhelms III. Auflöſung der Coalition.

Wie hoch man auch die allgemeinen Verhältniſſe und ihre innere Nothwendigkeit anſchlagen mag, ſo hat doch in dem monarchiſchen Staat eben das monarchiſche Element, d. h. die Natur und Sinnesweiſe eines Fürſten, einen Alles beſtimmenden Einfluß. Friedrich II. hatte nur einen großen Gedanken verfolgt, den der Selbſtändigkeit ſeines Staates inmitten der großen Mächte, denen er ebenbürtig ſein wollte. Friedrich Wilhelm II., ſeinem Vorgänger in Eigenſchaften nicht vergleichbar, nahm doch einen eingreifenderen Antheil an den Verhältniſſen und Bewegungen der Welt. Seine Allianz mit England zu Gunſten des Hauſes Oranien, ſein Widerſtand gegen die ruſſiſch-öſterreichiſchen Entwürfe im Orient geben den erſten Jahren ſeiner Regierung ihren Charakter. Er lebte beſtändig in großen Impulſen, die ihn zu raſchen, nicht immer gleichförmigen Entſchlüſſen trieben. In ſeiner Politik war ein perſönliches Moment, das von der Nothwendigkeit des Staates nicht durchaus abhing. Seine anfängliche Sympathie für die Polen verwandelte ſich, als er ſich nicht nach Verdienſt von ihnen gewürdigt ſah, in Gleichgültigkeit und ſelbſt in Antipathie. Den Vertrag von Reichenbach hat er dem Hauſe Oeſterreich auferlegt, gleich darauf aber, ſelbſt im Widerſpruch mit ſeinen Miniſtern, eine Allianz mit Kaiſer Leopold geſchloſſen, welche eine neue Aera eröffnete. In dieſer Allianz erlebte er den großen Augenblick, in welchem er das altfranzöſiſche Königthum durch ſein Kriegsheer herzuſtellen berufen zu ſein glauben konnte: ſeine Seele dürſtete danach. Aber es war zugleich der Umſchlag ſeines Glückes: er mußte innewerden, daß es nicht das Amt von Preußen war, die alte ſtaatliche Ordnung Europa's aufrechtzuerhalten. Auch fortan nahm er Theil an dem Kriege der Coalition gegen das revolutionäre Frankreich, immer

jedoch mit dem Vorbehalt, das Anſehen, das er in Folge des noch von Friedrich II. eingeleiteten Fürſtenbundes in Deutſchland erworben hatte — denn auch er war nie ohne Eiferſucht gegen Oeſterreich —, zu vermehren und zugleich die Stellung, die er in Polen einnahm, zu befeſtigen und zu erweitern, was dann wieder in ſein Verhältniß zu Rußland eingriff. Schon waren die Hülfsquellen ſeines Staates nahezu erſchöpft; doch glaubte er noch einmal durch engliſche Subſidien in den Stand geſetzt zu werden, in dem Kriege gegen die franzöſiſche Republik, wenn nicht die Führung, ſo doch eine der erſten Rollen übernehmen zu können. Die plötzliche Zurückziehung dieſer Subſidien, die er lediglich den Engländern ſchuld gab, ſetzte ſeinem germaniſchen Ehrgeiz Grenzen und erfüllte ſeine Seele mit einer Indignation, die er nie überwunden hat, ſo daß er, ſo ſchwer es ihm auch wurde, endlich doch darauf einging, mit dem revolutionären Frankreich in ein friedliches und ſelbſt freundſchaftliches Verhältniß zu treten. Er ſchritt ungern dazu; aber er that es dann doch unter dem Eindruck der Unmöglichkeit, ſich auf eine andere Weiſe den übrigen großen Mächten gegenüber zu behaupten.

In dem hiſtoriſchen Connex der Entwicklung des preußiſchen Staates bildet die Regierung Friedrich Wilhelms II. ein ſehr weſentliches Moment. Seine Erwerbungen in Polen ſind zum größten Theil wieder verloren gegangen; aber einmal haben ſie doch dazu gedient, die Continuität des Staates im Nordoſten, nach der die brandenburgiſchen Fürſten ſeit Waldemar vergeblich geſtrebt hatten, vollſtändiger noch, als es dem Vorgänger gelungen war, herzuſtellen; und bei der ſpäteren Reconſtruction des Staates haben ſie beigetragen, den Maßſtab der Macht feſtzuſtellen. Friedrich Wilhelm hat den gleichſam abhanden gekommenen Gedanken einer engen Verbindung des preußiſchen Staates mit Deutſchland zu vollem Ausdruck gebracht und dieſe durch Neutralität und Demarcation zu einer Art von friedlichem Protectorat ausgebildet. Es haben ſich ein paar Documente gefunden[1]), aus denen man abnimmt, mit welcher Energie Friedrich Wilhelm II. noch in ſeinen letzten Lebensjahren dieſe Stellung behauptete. Das eine enthält ſeine Aeußerungen in Bezug auf Zumuthungen, die ihm von ruſſiſcher Seite kamen. Kaiſerin Katharina hatte Anſtoß daran genommen, daß Preußen mit Frankreich in freundſchaftlicher Verbindung ſtand, während die Oeſterreicher, am Rhein geſchlagen, ſich zurückzogen, um die Erblande zu

1) Sie ſind in den Aufzeichnungen des Grafen Haugwitz mitgetheilt.

vertheidigen; ſie forderte Preußen auf, die Waffen für Oeſterreich zu ergreifen, und machte ſelbſt die Fortdauer ihres guten Einvernehmens mit dem Könige davon abhängig. Friedrich Wilhelm war ſehr entrüſtet über den hohen Ton, in dem man mit ihm rede. Er hatte ſchon oft ausgeſprochen, daß er der Coalition von Herzen beiſtimme; wenn er von derſelben zurückgetreten ſei, ſo habe er als Vater ſeines Volkes nicht anders handeln können. Die Lage des Landes, ſeine Ehre habe es gebieteriſch gefordert; er habe dabei ſeine Pflicht als König von Preußen erfüllt. Da er beſorgen mußte, von den Ruſſen feindlich behandelt zu werden, ſo hat er wohl dem Gedanken Raum gegeben, ſich an ſeine alten Verbündeten, die Osmanen, zu wenden und deren Beiſtand gegen die Ruſſen in Anſpruch zu nehmen [1]). Nur durch einen Zufall geſchah es, daß der Antrag nicht nach Conſtantinopel gelangte. Mit dem Tode der Kaiſerin veränderte ſich alsdann ſeine Stellung. In dem neuen Kaiſer, Paul, ſah Friedrich Wilhelm II. einen perſönlichen Freund. Die Briefe, die ſie miteinander wechſelten, zeugen von herzlicher Freundſchaft auf beiden Seiten. Im Jahre 1797 machten dann die Franzoſen große Anſtrengungen, um den König zu einer förmlichen Allianz fortzureißen, und zeigten ſich ſehr verſtimmt darüber, daß ihnen das nicht gelang. Am preußiſchen Hofe meinte man, ihre Abſicht gehe dahin, ohne Rückſicht auf die Neutralität Preußens den Engländern dadurch den Krieg zu machen, daß ſie Hannover und die Hanſaſtädte, vor Allem Hamburg, in ihren Beſitz brächten. Der König ſchrieb darüber an den Herzog von Braunſchweig, der den Oberbefehl über die zur Behauptung der Neutralität aufgeſtellten Truppen führte, und trug ihm auf, alle nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um ein Unternehmen dieſer Art zu verhindern, jedoch ſolche, durch welche die Franzoſen nicht gereizt würden; dem franzöſiſchen Enthuſiasmus müſſe man von deutſcher Seite Circumſpection entgegenſetzen. In dieſer neutralen Stellung, die ihm überall hin eine große Autorität verſchaffte, lebte und webte er; ſeine ganze Politik hing

1) Enfin le roi revint à l'idée de donner l'éveil à la Porte. Les lettres de Lucchesini l'engagèrent à presser le départ du courrier pour Constantinople. Il m'écrivit à ce sujet du 6 septembre (1796): Les nouvelles de Lucchesini touchant les démarches des Russes ne me paraissent guère fondées. Mais je reviens au courrier pour Knobelsdorff, et je désire qu'il s'expédié bientôt. C'était ma première idée dès que j'appris l'envoi du courrier Russe et les propos du sr. Kolitscheff. Aus den Aufzeichnungen des Grafen Haugwitz.

davon ab. In dem Inneren herrschte er nicht mit jener durchgreifenden Autorität, die man unter seinem großen Vorgänger gewohnt gewesen war; dazu war er weder von Natur geeignet, noch durch die Umstände vorbereitet; er ließ dem eigenen Ermessen der Behörden mehr freie Hand. Die Räder der Maschine griffen unter ihm nicht mehr so genau ineinander. Auch das Militär ward nicht mehr in der unbedingten Unterordnung von ehedem gehalten: auf dem Kriegstheater, von welchem der König fern war, gelangten die Generale selbst zu einem gewissen politischen Einfluß. Friedrich Wilhelm II. zog die Zügel der Gewalt nicht mehr so straff an; gleichwohl verlor er sie doch nie aus den Händen. Man würde irren, wenn man ihn für unthätig oder auch nur für unfleißig halten wollte. Eine große Anzahl von Cabinetsordres liegt vor, in denen er für die vielverschlungenen politischen Geschäfte seine Direction ansprach. Die Minister haben späterhin die geistvollen Bemerkungen vermißt, mit denen er ihre Eingaben begleitete. Er hatte einen angeborenen Sinn für Erleichterungen des bürgerlichen Lebens, für die deutsche Literatur und die Kunst; die volle Sympathie seines Volkes jedoch, die ihm Anfangs zu Theil wurde, konnte er auf die Länge nicht behaupten. Daß der König wieder in die Kirche ging, wurde mit allgemeiner Theilnahme begrüßt; aber seine Religionsedicte, die man überdies einem fremden Einfluß zuschrieb, wollte Niemand billigen. Die Unregelmäßigkeiten seines Privatlebens und die mystische Richtung auf das Geheimnißvolle, der er sich hingab, wirkten zu einem für sein persönliches Ansehen nachtheiligen Eindruck zusammen.

Aus dem letzten Feldzug in Polen hatte er den Keim einer Krankhaftigkeit mitgebracht, die im Jahre 1797 Jedermann auffiel. Man sah jetzt die große starke Gestalt hinschwinden; es wurde ihm schwer, Athem zu holen; seine Stimme wurde beinahe unverständlich. Zurückgezogen in das Marmorpalais, sah er nur noch zuweilen seine Familie, seine Minister.

Haugwitz war, wie er zu erzählen liebte, in diesen Tagen bei dem Sterbenden. Friedrich Wilhelm II. ging im Gespräche seine Regierungsjahre durch, wobei er auch der Fehler nicht vergaß, die er begangen habe. „Den Krieg" (gegen Frankreich), sagte er, „hätte ich niemals unternehmen sollen. Wären Sie nur damals bei mir gewesen! Glücklicherweise sind wir mit einem blauen Auge davongekommen." Mit Genugthuung erwähnte er das System der Neutralität, an welchem man festhalten müsse. „Verlassen Sie meinen

Sohn nicht; geben Sie mir die Hand darauf.“ Er erhob dann ſeine angeſchwollene Hand, die auf dem Tiſche ausgeſtreckt dalag [1]).

Am 16. November 1797 ſah man die fünf Flügel des brandenburger Thores plötzlich zugehen; auch die anderen Thore der Hauptſtadt wurden geſchloſſen: denn am Morgen dieſes Tages war Friedrich Wilhelm II. geſtorben. Unverzüglich leiſtete das Regiment Gensd'armes Friedrich Wilhelm III. den Eid. Mit der Leiche des Verſtorbenen, die am Tage darauf nach Berlin in den Dom gebracht wurde, ſtieg Biſchoffwerder in die Gruft.

An dem jungen Könige hatte man bisher nur eine ausgeſprochene Vorliebe für das Militärweſen in allen ſeinen Einzelheiten bemerkt und einen gleichſam natürlichen Abſcheu gegen alle Ausſchweifungen. Das Glück wurde ihm zu Theil, in einer liebenswürdigen gebildeten Gemahlin, die gleichſam das Ideal der Weiblichkeit erfüllte, von dem er beſeelt war, eine einverſtandene Lebensgefährtin zu finden. Sittliche Reinheit, Einfachheit des Gemüthes und der Seele, Wohlwollen für Jederman begleiteten ihn auf den Thron. An den Staatsgeſchäften hatte er bisher keinen Antheil genommen; er wußte davon nicht mehr, als was er durch das Gerücht erfuhr. Von ſeiner Umgebung vernimmt man, er hätte die Krone gern entbehrt, um ſeinen Vater noch länger zu haben [2]). Und niemals hat ſich die Ingenuität der Beſcheidenheit wahrhafter gezeigt, als bei den Worten, mit denen er unter die Staatsminiſter trat. „Sie haben Ihren beſten Freund verloren; wollen Sie mich annehmen?“ Er gab ihnen die Hand. Der junge Fürſt unterzog ſich den Arbeiten der Regierung mit der bei den preußiſchen Regenten herkömmlichen Pünktlichkeit. Er zeigte von Anfang an das Talent, bei den Eingaben, die ihm zugingen, das Weſentliche von dem Unweſentlichen zu unterſcheiden, Feinheit der Beobachtung, vor Allem bedachtſame Zurückhaltung. Sein Vertrauen wurde nicht leicht erworben; aber das einmal gefaßte zog er dann auch nicht zurück. In der Direction, die er den inneren Geſchäften gab, ſprach ſich ſein eigenſter Sinn aus. Er wollte den Unordnungen ein Ende machen, die in den letzten Jahren ſeines Vaters eingeriſſen waren. Er hielt es namentlich für ſeine Pflicht, die

1) Dieſe Umſtände hat mir Graf Haugwitz im Dezember 1830 in Venedig erzählt. Ich nehme ſie auf, da ich keinen Grund habe, an ihrer Wahrhaftigkeit zu zweifeln.

2) Neunundſechzig Jahre am preußiſchen Hofe. Aus den Erinnerungen der Oberhofmeiſterin Sophie Marie Gräfin von Voß. 208.

Schulden deſſelben zu tilgen, ſelbſt aus eigenen Mitteln: denn er war haushälteriſch von Natur; er hat ſich und ſeiner Familie zu dieſem Zwecke Entbehrungen auferlegt [1]). Für anzuſtrebende Verbeſſerungen bewährte er einen offenen Sinn; doch wartete er Zeit und Gelegenheit dazu ſorgſam ab. Plötzlichen und weitausſehenden Neuerungen war er eher abhold; eine ruhige Fortentwickelung des Staates wäre ihm das Liebſte geweſen. Die Impulſe, die ſeinen Vater in die deutſchen und allgemeinen Angelegenheiten einzugreifen beſtimmt hatten, lagen ihm fern. Er wollte an dem Syſtem feſthalten, welches ihm von demſelben hinterlaſſen war, an dem Syſtem des Friedens und der Neutralität. Haugwitz erzählt einmal, gleich im Beginne der Regierung habe er, von dem König dazu aufgefordert, dieſem ſelbſt und dem anweſenden Herzog von Braunſchweig das bisher befolgte Syſtem auseinandergeſetzt. Der junge König ſei davon ſehr befriedigt geweſen und habe ausgerufen: das ſolle fortan ſein eigenes Syſtem ſein; er wolle daſſelbe genau beobachten. Die Frage war nur, ob das möglich ſein würde; denn alle Elemente des allgemeinen Lebens waren in Gährung und in einem inneren und äußeren Kampf begriffen. Ein eigenthümlicher Anblick, in die Mitte der einander bekämpfenden Weltkräfte dieſen friedliebenden, von ehrgeizigen Entwürfen entfernten Fürſten eintreten zu ſehen, welcher an der Neutralität feſthalten wollte, die doch nur das Product eines welthiſtoriſchen Momentes war.

Die Schwierigkeiten, in die er gerathen ſollte, zeigten ſich gleichſam ſymboliſch bei der Huldigung in Berlin (6. Juli 1798). Die Ritterſchaft, die ſelbſt die Aſſecuration ihrer Privilegien, die ihr zu Theil wurde, für unnöthig hielt, weil ihr Recht, ihr urſprünglich angehörig, keiner neuen Verleihung bedürfe, war in dem weißen Saale verſammelt, um die Huldigung zu leiſten: die kurmärkiſche in der Mitte, die altmärkiſche zur Rechten, die neumärkiſche zur Linken, Alle in ihrem ſtändiſchen Ornat, Alle gepudert, in der Mitte der kurmärkiſche Dombechant von Brandenburg in ſeinem violetten Talar. In dieſer Verſammlung, in welcher nur die althergebrachten, gleichſam altväteriſchen Vorſtellungen herrſchten, ſah man plötzlich eine fremdartige Figur erſcheinen, mit ſchwarzem ungepudertem Kopf

1) In ſpäterer Zeit hat dies Baron Brockhauſen dem franzöſiſchen Miniſterium in Erinnerung gebracht. Brockhauſen an Champagny, den 30. October 1807: A peine monté sur le trône, il a pris la résolution d'acquitter les dettes de son père. Il n' a pas hésité à se soumettre lui et sa famille aux économies les plus sévères.

und einer großen dreifarbigen Schärpe; es war der Gesandte der französischen Republik, Sieyes, von dem man in Berlin hauptsächlich das wußte, daß er für den Tod Ludwigs XVI. gestimmt hatte: der Anblick des Regiciden brachte in der zur Huldigung vereinten altständischen Versammlung eine widerwärtige Sensation hervor [1]).

In Sieyes erschien die revolutionäre Idee gleichsam verkörpert. Man darf vielleicht sagen, daß die ganze Frage der Zukunft darin lag, wie die Republik, die jetzt von Preußen anerkannt war, und dessen eigene altständische Gewohnheiten sich gegeneinander verhalten würden.

Gleich in dem Anfang seiner Regierung wurde dem Könige die bedeutungsvolle Frage vorgelegt, wie er sich in dem weltumfassenden Kampfe, der sich soeben vorbereitete, verhalten, ob er überhaupt Partei nehmen, und auf welche Seite er sich schlagen werde. Die Franzosen wünschten den König für sich zu gewinnen. Dazu vor Allem war die Mission von Sieyes bestimmt. Bei seinen Vorstellungen ging Sieyes hauptsächlich davon aus, daß es der französischen Republik und dem Könige von Preußen zukomme, vereinigt ein haltbares Gleichgewicht in Europa herzustellen.

Sein erster Antrag zielte auf ein einseitiges Abkommen mit Preußen über den Reichsfrieden. Aber dazu wollte sich die preußische Regierung nicht verstehen: denn sie würde dadurch mit dem Kaiser als Reichsoberhaupt haben brechen müssen, was dann die Feindseligkeit von Rußland, welches in der italienischen Frage für Oesterreich war, zur Folge gehabt haben würde. Ueberhaupt klagte Sieyes über die Kälte, mit der er aufgenommen sei, über den geringen Erfolg seiner Eingaben [2]).

Doch hatte er einen Bundesgenossen von größtem Gewicht, von dem er vielleicht selbst nichts wußte, in dem Prinzen Heinrich, der auf die Beziehungen Preußens zu Frankreich, wie wir wissen, schon einmal entscheidenden Einfluß ausgeübt hatte. Von diesem

1) Vergl. die Aufzeichnungen von Marwitz. Aus dem Nachlaß von Marwitz I, 99.

2) Er beklagt sich über die kalte Aufnahme seiner Vorschläge in Berlin in einem Moment, où les intérêts les plus chers à l'Europe auraient pu être fixés de la manière la plus avantageuse entre deux puissances évidemment destinées à marcher ensemble pour rétablir l'équilibre rompu par tous les différends et déchirements qui ont affligé le continent depuis huit ans.

Prinzen liegt ein Gutachten vor, das er vor Ausbruch des Krieges dem König eingereicht hat. Er behauptet, Oeſterreich ſowohl wie Rußland habe Preußen zur Theilnahme an der neuen Coalition aufgefordert, und lobt die Weisheit des Königs, daß er dieſen Antrag zurückgewieſen habe. Denn was würde daraus haben erfolgen können? Oeſterreich würde eine vortheilhafte Abkunft getroffen, Preußen an Frankreich keinen weiteren Rückhalt gefunden haben. Nur hätte der König weniger Nachdruck auf ſeine Neutralität legen ſollen: das würde Rußland und Oeſterreich geneigter gemacht haben, den Frieden zu beobachten. Wenn nun der Krieg ausbreche, ſo werde Frankreich Alles thun, um den König zu einer Allianz zu vermögen. Mit Oeſterreich würde Frankreich augenblicklich Frieden ſchließen können, wenn es demſelben Baiern überlaſſen wollte — wie wir denn anderweitig erfahren, daß Oeſterreich von Rußland die Einwilligung zu einer einſtweiligen Beſetzung von Baiern gefordert hat —; allein der König, der eines Rückhalts bedürfe, der nirgends anders gefunden werden könne, als bei Frankreich, würde dieſen verlieren und iſolirt daſtehen. Die Hülfe, die ihm Rußland leiſten könne, anzunehmen, würde peinlich ſein. Auch wenn der Krieg nicht ausbreche, müſſe ſich Preußen an Frankreich halten, ſelbſt mehr, als ſeit dem Frieden von Baſel geſchehen ſei, in Verbindung mit den deutſchen Fürſten, die ſich an Preußen anſchließen wollen. Bei einer Allianz mit Frankreich beſtehe die einzige Gefahr darin, daß Rußland den Krieg an Preußen erkläre. Aber es laſſe ſich erwarten, daß, wenn Preußen und die deutſchen Fürſten mit Frankreich vereinigt ſeien, Rußland ſelbſt friedlich geſtimmt würde.

Ein Krieg gegen Rußland wäre um vieles leichter, als ein Krieg gegen Frankreich: näher den preußiſchen Grenzen, gegen eine Macht, die ſeit ihren Kämpfen mit den Türken keine militäriſchen Fortſchritte gemacht habe. Wenn man den Ausgang des Krieges ruhig abwarte, ſo würde man alle Conſideration verlieren[1]). Der Prinz ſpricht ſich gegen die in den Conferenzen von Berlin vorgekommene Erklärung des Königs aus, auf alle Entſchädigung Verzicht leiſten zu wollen: denn damit würde derſelbe zugleich die ungeheueren Summen verloren geben, die ſein Vater auf den Krieg gegen Frankreich verwendet habe. Wolle der König ſeinem Staate das entreißen, was demſelben zukomme? Der König habe ein Recht

1) La neutralité ne serait plus admissible si le feu de la guerre menace de nouveau d'embraser l'Europe.

auf Vergrößerung in Deutſchland, die bei weitem wichtiger für ihn ſei, als die Erwerbungen in Polen. Frankreich werde ſie ihm zugeſtehen, wenn er ſich mit demſelben verbinde. Nicht allein die preußiſche, ſondern auch die deutſche Angelegenheit faßt Prinz Heinrich hiebei ins Auge. Die Staaten auf dem rechten Rheinufer würden unhaltbar ſein, wenn die jetzige Verfaſſung fortdauere. Einem Könige von Preußen komme es zu, dem ein Ende zu machen, und zwar im gegenwärtigen Augenblick durch die Erwerbung der ihm gebührenden und von Frankreich verſprochenen Entſchädigung. Einer wirklichen Verbindung zwiſchen Frankreich, Preußen und den deutſchen Fürſten könne Oeſterreich nicht widerſtehen. Gegenüber der Einwendung, daß das revolutionäre Frankreich alle legitimen Gewalten aufzulöſen und Republiken an ihre Stelle zu bringen ſuche, bemerkt der Prinz, das habe ſeine Wahrheit in Bezug auf kleine, nicht aber auf große Staaten: denn dieſe, zu großen Republiken umgeformt, würden für Frankreich ſelbſt gefährlich werden. Nicht auf die Meinung komme es an, ſondern auf die Macht.

Ein Gutachten, weniger bedeutend vielleicht durch die Rathſchläge, die es giebt, als durch die über die Lage des Moments hinausreichenden Geſichtspunkte, die es aufſtellt. Daß es aber Berückſichtigung finden würde, wie das mit früheren Rathſchlägen bei Friedrich Wilhelm II. der Fall geweſen war, ließ ſich nicht erwarten. Graf Haugwitz antwortete dem Prinzen: der Plan des Königs, die Neutralität feſtzuhalten, ſei unwiderruflich gefaßt und ſchon der ganzen Welt angekündigt: man könne von demſelben nicht zurückweichen. Der König habe ihm geſagt: er möge nicht verſuchen, ihn auf einen anderen Weg führen zu wollen; das würde vergebliche Mühe ſein.

Von jeher iſt man der Meinung geweſen, Preußen hätte ſich in dem Augenblick, als die zweite Coalition zu Stande kam, derſelben anſchließen ſollen. Faßt man die damaligen Verhältniſſe ins Auge, ſo läßt ſich das in Zweifel ziehen: denn die Intereſſen, welche die drei großen Mächte verfochten, waren in der Hauptſache deren eigene: die Seeherrſchaft für England, die Entfernung des franzöſiſchen Einfluſſes aus Italien für Oeſterreich, für Rußland die Erhaltung des beſtehenden Zuſtandes im Orient. Alle die Erwägungen, welche zu dem Frieden von Baſel geführt hatten, mußten von einer Verbindung mit der Coalition zurückhalten. Ein neues Moment aber trat ein, als die raſchen Erfolge der verbündeten Waffen eine Umgeſtaltung der Dinge in Europa erwarten

ließen. Preußen fuhr auch dann fort, ſich einer Theilnahme zu enthalten. Viel zu voreilig erſchienen dem Könige die Erwartungen eines vollſtändigen Triumphes über die revolutionäre Macht, welche in der Welt und ſelbſt in ſeinem eigenen Miniſterium gefaßt wurden. Allein es gab doch Momente, durch welche auch das eigene preußiſche Intereſſe nahe berührt wurde. Man hielt dafür, an dem Niederrhein und in Bezug auf Holland laſſe ſich eine beſſere Stellung gewinnen, als die damalige war. Ohne Bedeutung für das Ganze zu haben, verdienen doch die Erwägungen und Entſchlüſſe Friedrich Wilhelms III. Erwähnung.

Eine bewaffnete Intervention zur endlichen Herſtellung des Friedens lag nicht außer dem Geſichtskreiſe. Aber auf eine allgemeine Reſtauration, wie ſie beſonders Kaiſer Paul I. im Sinne hatte, wollte Friedrich Wilhelm III. auch dann nicht eingehen; die Bourbonen auf den franzöſiſchen Thron zurückführen zu wollen, lag ihm fern [1]). Die Vorſchläge der preußiſchen Miniſter bewegten ſich innerhalb des eigenthümlich preußiſchen Geſichtskreiſes: ſie beſchränkten ſich auf die Wiederherſtellung der Unabhängigkeit der Republik der Vereinigten Niederlande und die Räumung des Gebietes zwiſchen Maas, Moſel, Rhein, ſo daß von den Uebergriffen der franzöſiſchen Macht nichts weiter zu fürchten ſei. Haugwitz war diesmal ſehr eifrig bei der Sache; denn ein ſo günſtiger Augenblick werde nicht wiederkommen, nicht etwa um die Macht von Frankreich umzuſtürzen, aber um gegen die Uebergriffe der Franzoſen eine feſte Poſition zu nehmen. Die Cooperation ſollte nur auf dieſen nächſten Zweck beſchränkt werden und, wenn derſelbe erreicht ſei, aufhören.

Auf einer Reiſe, die der König in Begleitung ſeiner Gemahlin in den erſten Sommermonaten des Jahres 1799 nach den weſtlichen Provinzen unternahm, gelangte er nach Petershagen, wo der Herzog von Braunſchweig ſein Hauptquartier hatte. Auch Haugwitz traf daſelbſt ein. In Petershagen fand am 2. Juni 1799 eine Conferenz ſtatt, an welcher der König, der Herzog von Braunſchweig, der General-Adjutant Köckritz und Haugwitz theilnahmen.

1) La raison secrète qui faisait déclarer au roi que l'objet du concert une fois rempli il se bornerait à une simple défensive, était la connaissance qu'il avait du projet de l'Empereur de Russie de rétablir en France le gouvernement des Bourbons; projet que le roi pouvait alors regarder comme étranger aux intérêts de la monarchie prussienne et dont par ce motif il ne voulait pas se mêler.

Man kam dort überein, daß die Befreiung Hollands ſowie des linken Ufers des Niederrheins eine Hauptbeſtimmung des künftigen allgemeinen Friedens bilden müſſe. Der König würde darauf antragen, ſobald als die Verbündeten die Poſitionen, die man vor dem Frieden zu Campo-Formio innegehabt hatte, wieder eingenommen haben würden; er wolle dann Frankreich auffordern, jene Bedingungen zu gewähren, zugleich aber ein Kriegsheer ins Feld ſtellen, um ſie nöthigenfalls zu erzwingen, unter Vorausſetzung engliſcher Subſidien. Zu etwas Weiterem wollte er ſich nicht verpflichten. Er blieb bei ſeinem unmittelbaren und nächſten Intereſſe ſtehen, das er in Verbindung mit der Coalition durchzuführen gedachte, immer mit der möglichſten Präcaution dagegen, daß es den Coaliſirten, beſonders dem böſen Willen von Oeſterreich, nicht gelingen ſolle, ihn vor der Zeit mit Frankreich zu entzweien[1]). Die Linie der Politik, auf der er ſich bewegen wollte, ſchwebte ihm ſehr deutlich vor. Aber noch war er in ſeiner Seele überaus zaghaft, wie das bei jedem erſten großen Schritt, zu dem ein junger Mann ſich entſchließen ſoll, natürlich iſt; nachdem die Nacht dazwiſchen gekommen, meinte er faſt zu weit gegangen zu ſein. Die Inſtruction, welche nach dem Wortlaut der Conferenz abgefaßt war, trug er Bedenken durch ſeine Unterſchrift zu ſanctioniren. Bei ſeinem Aufenthalt in Caſſel, der dann folgte, bemerkte man, daß er an den Feſtlichkeiten wenig theilnahm; er ſchien von den großen Fragen, mit denen man umging, präoccupirt zu ſein. Trotz des Wunſches, die Ruſſen am Rhein mitwirken zu ſehen, wollte doch der König an den Beſtimmungen der Neutralität feſthalten, ihnen den Durchzug durch ſeine Staaten nicht geſtatten; ſie ſollten ihren Weg durch Böhmen nehmen.

Die Geſandten Rußlands und Englands gingen auf die ihnen gemachten dilatoriſchen Vorſchläge, wiewohl nicht ohne Widerſtreben, dennoch ein. Haugwitz legte ihnen, nach ſeiner Rückkunft nach Potsdam, am 8. Juli 1797 den Entwurf zu einer Convention vor, in welchem die Cooperation von Preußen auf den Moment verſchoben wird, daß die Ruſſen Ehrenbreitenſtein und

1) Wie entſchieden das innere Gefühl des Königs gegen eine Theilnahme an der Coalition war, ergiebt ſich aus den von Köckritz damals aufgezeichneten Aeußerungen, welche von Sybel, Geſchichte der Revolutionszeit, V, S. 262, mitgetheilt worden ſind. Friedrich Wilhelm III hoffte ſogar einmal, die Franzoſen würden Holland herausgeben, um nicht den Beitritt Preußens zur Coalition zu veranlaſſen.

Mainz bereits umzingeln und belagern würden, ſo daß der linke Flügel der zur Action beſtimmten preußiſchen Armee gedeckt wäre. Wenn dann die Befreiung Hollands und der benachbarten Grenzlande vollzogen ſei, würde der König in die Defenſive zurücktreten, ohne an einer Entſcheidung der inneren Angelegenheiten von Frankreich Theil zu nehmen [1]).

Der Antrag war den Coaliſirten nicht zuverläſſig genug; dem Könige ging er ſchon zu weit; er konnte es nicht über ſich gewinnen, einen Krieg, der dem Glücke ſeines Volkes gefährlich zu werden drohe, in beſtimmte Ausſicht zu nehmen. Die entſcheidenden Entſchlüſſe wollte er immer den Umſtänden gemäß ſich vorbehalten [2]).

Wenn die Häſitationen des Königs zwiſchen Krieg und Frieden fortdauerten, ſo hatte wohl auch ein inneres franzöſiſches Ereigniß einigen Einfluß darauf.

Es war die Modification des Directoriums, die am 30. Prairial (18. Juni) erfolgte, durch den Austritt von Lareveillère-Lepaux und Merlin de Douai. Das Weſentliche iſt: die Dictatur, welche in Folge des 18. Fructidors dem Directorium zugefallen war, fand in den beiden Räthen eine ſo ſtarke, aus den verſchiedenſten Elementen zuſammengeſetzte Oppoſition, daß ſich die genannten Mitglieder, die an der Prärogative des Directoriums feſthielten, dem allgemeinen Sturme gegenüber nicht zu behaupten vermochten. Lareveillère leiſtete hartnäckigen Widerſtand, weil er meinte, das Heil und die Fortdauer der Republik hänge davon ab. Die Initiative war beſonders von dem Rathe der Fünfhundert ausgegangen, der das Uebergewicht über die Prärogative des Directoriums davontrug, wobei ihm ſelbſt eine Partei unter den Directoren beiſtand.

Dadurch aber entzündete ſich wieder der Streit unter den Fractionen. Die Jakobiner erhoben ſich aufs neue; ſie beherrſchten die nun freigewordene Preſſe und bildeten eine zahlreiche Partei in den Räthen aber eine andere, welche als die der Moderirten und der Politiker erſchien, behielt doch das Uebergewicht in den beiden Räthen; wie im Directorium. An ihrer Spitze ſtand Sieyes,

1) Sans être censé lié par la présente convention à s'immiscer ultérieurement dans les affaires intérieures de la France.

2) Schreiben des Königs vom 17. Juli: J'embrasse le système, qui en reculant l'explosion, m'offre du moins l'avantage d'attendre les événements et de ne passer aux mesures que quand moi-même je le jugerai à propos.

dem man Sympathieen mit den nordischen Mächten, namentlich mit Preußen, von wo er vor kurzem zurückgekommen war, zuschrieb.

Das Berliner Cabinet meinte darin eine Rückkehr zu den Grundsätzen der Ordnung und des Friedens zu erblicken; es faßte die Hoffnung, durch Negotiationen mit der nunmehrigen Regierung Bestimmungen zu erlangen, wie sie für ein festes und haltbares Verhältniß nothwendig waren. Den Annäherungen an die Coalition fügte man jetzt, ohne Besorgniß, darüber mit ihr zu zerfallen, eine Unterhandlung mit den Franzosen hinzu. Haugwitz eröffnete dieselbe durch eine Conferenz mit dem französischen Residenten Otto, den er an die Ungerechtigkeit der Besetzung und Verwaltung der überrheinischen preußischen Provinzen erinnerte; er bemerkte: solange Frankreich Holland und die benachbarten Grenzlande in Besitz habe, werde Preußen immer zu einem ihm selbst unangenehmen System der Vertheidigung genöthigt sein; es sei besser, die französische Republik gebe dieselbe durch Negotiationen als in Folge einer Waffenentscheidung auf.

Haugwitz verhehlte die Hoffnung nicht, daß die Unabhängigkeit der Republik Holland zur Herstellung des Stathouderats führen werde. Die Antwort des Directoriums (28. August) war in beiderlei Hinsicht, in Bezug auf Holland, das ja immer seine Unabhängigkeit besitze, und in Bezug auf die preußischen Landestheile, ablehnend. Das machte doch so viel Eindruck in Berlin, daß der König die Absicht kundgab, seine Provinzen selbst besetzen zu lassen und die russisch-englische Expedition, die sich eben damals nach Holland richtete, zu unterstützen. Nicht eigentlich auf einen Beitritt zu der Coalition war es hiebei abgesehen; Preußen dachte nur seine eigenthümliche Machtstellung zu wahren, welche Sicherung der Grenzgebiete am Niederrhein und Herstellung der Unabhängigkeit Hollands erforderte.

In kurzem aber erlebte man einen vollständigen Umschwung der Verhältnisse. Paul I., der nur immer sein Ziel einer allgemeinen Restauration vor Augen hatte, schlug einen Congreß vor, der zu Petersburg gehalten werden und alle betheiligten Fürsten vereinigen sollte, um sowohl über die Bedingungen, unter denen man Frieden zu schließen, als über die Zwecke, die man bei der Fortsetzung des Krieges im Auge zu behalten gedenke, Vereinbarung zu treffen. In Wien aber lehnte man diesen Vorschlag ab: denn dabei würden auch die Interessen der minder mächtigen Fürsten vertreten werden, während es doch nur den drei Hauptmächten zu-

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

komme, entſcheidende Verfügungen zu treffen, denen ſich die anderen unterwerfen müßten. Der öſterreichiſche Miniſter Thugut machte kein Hehl daraus, daß die beſonderen Abſichten von Oeſterreich auf feſte Begründung ſeiner Macht in Italien gerichtet ſeien: denn man müſſe den Franzoſen den Uebergang nach Italien ſchwerer machen, als es bei der Schwäche von Sardinien der Fall ſei. Thugut wollte Sardinien nicht geradezu auflöſen, aber ihm die von Mailand abgeriſſenen Provinzen wieder entwinden und ſodann die Uebergänge der Alpen in öſterreichiſche Hände bringen. Ueberdies aber leitete er aus den früheren Verträgen mit Rußland das Recht zu einer weiteren Compenſation her, zu der er die drei Legationen des Kirchenſtaates beſtimmte, die zugleich die erforderliche Verbindung mit Toscana herſtellen würden. Die Zukunft des Papſtthums bildete einen Gegenſtand der Discuſſion zwiſchen beiden Mächten. Kaiſer Paul forderte, daß man bei dem hohen Alter und der Schwäche Pius' VI. unverzüglich auf die Wiederbeſetzung des päpſtlichen Stuhles Bedacht nehmen möge. In Oeſterreich aber war man nicht gemeint, der ruſſiſchen Politik Einfluß auf dieſe große Angelegenheit zu geſtatten. Man ſprach nur aus, daß, wenn der Fall eintrete, man dafür Sorge tragen müſſe, die Tiara einem der gemäßigten Cardinäle zu verſchaffen: ein entſchloſſener Eiferer, der vielleicht auf die Reſtaurationspläne Pauls I. eingegangen wäre, würde dem Hofe zu Wien unerwünſcht geweſen ſein. Mit dem allen ſtimmte der ruſſiſche Geſandte in Wien, Raſumowsky, eigentlich überein; er verſicherte: Oeſterreich werde auch Rußland dagegen Zugeſtändniſſe, wie es ſie wünſche, machen; die Verbindung der beiden Reiche würde dann eine unauflösliche ſein [1]).

Wie weit war das alles von den Ideen entfernt, mit denen Paul I., wie er ſagte, zum Beſten der Menſchheit den Krieg unternommen hatte; er meinte, durch ſolche Intentionen werde eine neue Potenz zur Unterdrückung der Nachbarn gegründet werden [2]). Da der Geſandte meldete, wenn Rußland dem öſterreichiſchen

1) Raſumowsky's Bericht vom 28./29. Auguſt 1798 bei Militin III., 439 flg.

2) Reſcript Pauls I. an Raſumowsky vom 31. Juli 1799: pour avoir pris la résolution d'anéantir le gouvernement français actuel, il n'a jamais voulu souffrir qu'un autre prenne sa place et ne devienne à son tour la terreur des Princes pui l'avoisinent, en envahissant leurs États, bei Martens II, S. 366, bei dem ſich manche wichtige Ergänzungen zu Militin finden, — möchten ſie nur beſſer chronologiſch geordnet ſein!

Hofe widerſtrebe, ſo würde dieſer von der Coalition überhaupt zurücktreten, ſo wurde in Paul I. der Verdacht rege, als denke Oeſterreich einen neuen Vertrag, wie der von Campo-Formio geweſen war, mit Frankreich zu ſchließen, ſelbſt ohne ruſſiſche Einwilligung. Dazu kam ein unter den Heerführern der beiden Armeen, welche gegen Frankreich zuſammenwirken ſollten, ausbrechendes Mißverſtändniß. Souworow hat ſich oft über die Eingriffe des Hofkriegsrathes in ſeine Heerführung beklagt, da ihm doch eine abſolute Autorität verheißen worden ſei. Die Ruſſen hielten dafür, daß ſie bei dem weiteren Vordringen in der Schweiz von Oeſterreich verlaſſen und ſelbſt verrathen werden würden. Im October 1799 meinte Kaiſer Paul ſchon ein neues Bündniß ſchließen zu müſſen, welches Europa vor den Folgen einer eventuellen Allianz zwiſchen Frankreich und Oeſterreich ſchützen könne. Er glaubte das durch Verſtändniß mit dem engliſchen Hofe, dem er über die öſterreichiſchen Pläne, wie er ſie anſah, Mittheilung machte, und auf den er damals noch ein vollkommenes Vertrauen ſetzte, erreichen zu können. Noch war jene Unternehmung nach Holland im Gange, durch die man den Erbſtatthalter herzuſtellen, ihn ſelbſt zum Meiſter aller ſiebzehn niederländiſchen Provinzen zu machen gedachte. Abermals jedoch bewährte ſich die Ueberlegenheit der franzöſiſchen Kriegführung; der Anführer der Verbündeten, Herzog von York, mußte ſich zu einer Capitulation entſchließen. Hierauf aber begannen die Bande zwiſchen Rußland und England ſich zu löſen. Den Ruſſen ſchien es doch, als ob die Engländer nicht alle den Eifer, der nothwendig geweſen wäre, an den Tag gelegt hätten: es befriedige ſie, daß ſie bei dieſem Unternehmen Meiſter der bataviſchen Flotte geworden ſeien.

Dazu kamen dann andere Mißverſtändniſſe in Italien, deren wir doch auch gedenken müſſen, um das Gewebe der allgemeinen Verwickelung zu überblicken. Die ruſſiſch-türkiſche Flotte, die ſich der joniſchen Inſeln bemächtigt hatte, war dazu beſtimmt, mit der engliſchen gegen Frankreich und Spanien zuſammenzuwirken. Zu dieſem Zwecke machte ſich denn der ruſſiſche Admiral Uſchakow nach Sicilien auf, wo ſich damals Ferdinand IV. von Neapel aufhielt. Aber die Türken trennten ſich hier eigenmächtig von den Ruſſen; und auch von den Engländern wurde die Cooperation der Ruſſen nicht gern geſehen. Es war ihnen nichts daran gelegen, daß die Ruſſen an der Eroberung von Malta Antheil genommen hätten. In dem Tagebuche der ruſſiſchen Flotte heißt es ausdrück-

lich [1]), Nelſon habe das vermieden. Und als nun die Rede davon war, die Franzoſen aus dem Kirchenſtaate zu vertreiben und ſich in Civita-Vecchia zu dieſer Abſicht zu vereinigen, ſo mußten die Ruſſen erleben, daß die Engländer noch vor ihrer Ankunft eine Capitulation mit den Franzoſen abſchloſſen, die Bedingungen gewährte, welche die Ruſſen nie acceptirt hätten. Die Ruſſen nahmen an der Wiederbeſetzung von Rom, an der Beruhigung Neapels und des Kirchenſtaates entſcheidenden Antheil. Allein ſie an dieſen Küſten feſten Fuß faſſen zu laſſen, waren die Engländer nicht gemeint und ebenſowenig die Oeſterreicher. Ruſſen und Türken hatten gemeinſchaftlich die Belagerung von Ancona unternommen, zugleich mit einem italieniſchen Aufgebot, welches die größte Hingebung bewies. Der Führer deſſelben hat wohl geſagt: er kämpfe dabei für eine künftige italieniſche Republik. Die Belagerung iſt wegen des Zuſammentreffens ſo verſchiedenartiger Elemente, die dabei alle zum Ausdruck gelangten, und einiger Handlungen der Tapferkeit von beiden Seiten ſehr bemerkenswerth. Schon war ſie in ziemlich gutem Fortgang, als die Oeſterreicher anlangten, welche ohne Mitwirkung der beiden anderen Betheiligten den franzöſiſchen General zur Capitulation nöthigten. Sie zogen dann allein in die Feſtung ein und wollten ſelbſt die Flaggen weder der Türken noch auch der Ruſſen, die an dem Molo aufgepflanzt wurden, dulden; nur die öſterreichiſche ſollte daſelbſt wehen. Darin ſah nun Kaiſer Paul eine ſchwere nationale und perſönliche Beleidigung. Auch von England konnte er niemals hoffen, daß es die Entſcheidung über ſeine maritimen Eroberungen von jenem Congreß in Petersburg abhängig machen werde. Noch wurde jedoch darüber Rath gepflogen, ob nicht doch mit der Hülfe ruſſiſcher Truppen, die indeſſen nach den normanniſchen Inſeln gebracht worden waren, eine Unternehmung in dem nördlichen Frankreich und ſelbſt gegen Paris ins Werk geſetzt werden ſolle. Allein indeſſen war auf der anderen Seite das große Ereigniß eingetreten, welches allen Dingen eine neue Geſtalt gab.

1) Miliutin V, 99.

Drittes Capitel.

Friede von Luneville.

Indem die Coalition in ſich ſelbſt zerfiel, conſolidirte ſich die Revolution, die allerdings durch fernere Siege der Verbündeten gefährdet worden wäre, aufs neue, eben im Sinne dieſes Kampfes. Es war die Gefahr des revolutionären Staates, welche aus zwei Momenten hervorging, dem Uebergewicht der Verbündeten und den inneren Entzweiungen der Republik, was in Napoleon Bonaparte den Gedanken erweckte, aus Aegypten zurückzukehren und die Autorität in Frankreich ſelbſt in ſeine Hand zu nehmen. Die Handlung war ein Act vollkommener Selbſtändigkeit: es war ihm genug, Aegypten in einem haltbar ſcheinenden Zuſtande zurückzulaſſen. Ohne alle Autoriſation, gleich als ſei keine Regierung über ihm, von ſeinen ergebenſten Waffenbrüdern begleitet, beſtieg er das Schiff, das ihn nach der ſüdfranzöſiſchen Küſte tragen ſollte (24. Auguſt 1799). Unterweges las er zuweilen in der Bibel, zuweilen in dem Koran; er ſah die Religionen gleichſam unter ſich, er glaubte vor Allem an ſein eigenes Geſtirn.

Nicht gerade dringend war die äußere Gefahr, als er zurückkam: die Franzoſen hatten ihr Uebergewicht in der Schweiz durch die Schlacht bei Zürich, ihre Herrſchaft über Holland durch den Zuſammenſtoß am Helder wiederhergeſtellt; allein um ſo ſchwerer empfanden ſie die Vortheile, welche Oeſterreich und Rußland in Italien erfochten hatten; an den Küſten des Mittelmeeres erneuerte ſich die Beſorgniß, die der erſte Zug Bonaparte's in Italien zerſtreut hatte. In Paris, wohin er ſich unverzüglich begab, hätte man ihn vor ein Kriegsgericht ſtellen ſollen: aber der Ruhm, der ihn umgab, der Enthuſiasmus, den ſeine Rückkehr erweckt hatte, ließen dazu nicht einmal den Gedanken faſſen. Unter allen den einander bekämpfenden Elementen, den Parteihäuptern ſelbſt, die um die

Oberhand rangen, trat er ſelbſtändig auf; er nahm eine Stellung ein, die ihn aller Verantwortung überhob. Worin anders liegt aber die Souveränetät, als in dieſer freien Selbſtbeſtimmung? Es gehörte dazu, daß die Autorität, die er gleichſam ſchon beſaß, ihm in den Formen, welche die Conſtitution allenfalls zuließ, indem man dieſe ſelbſt auseinanderwarf, zugeſprochen wurde. Auf der Stelle näherten ſich ihm alle die, welche ſich in der Oppoſition gegen die Regierung befanden, ohne gerade vielen Eindruck bei ihm zu machen. Seine Thätigkeit lehnte ſich an die Regierung ſelbſt an, die er ihren Gegnern vorzog, in der Abſicht, ſie zu ſtürzen. Zur Seite ſtanden ihm die Truppen, die ſich ihm anſchloſſen und ungeduldig waren, einer Civilregierung unterworfen zu ſein. Einen feſten Anhaltspunkt gewährte ihm der Gegenſatz der Fractionen, die am 30. Prairial zu freierer Bewegung gekommen waren und unaufhörlich miteinander kämpften. Die Jakobiner forderten die Conſtitution des Jahres 1793 zurück; der General wollte ſich ihrer bedienen, war aber weit entfernt, ihnen das Uebergewicht verſchaffen zu wollen: denn ſie hatten anarchiſche Tendenzen; er aber forderte vor Allem Gehorſam. Ihnen gegenüber hatten ſich die Politiker und Moderirten behauptet: ſie bildeten die Mehrheit in den Räthen; ſie hatten in Sieyes ein Oberhaupt, nicht von unbedingter Autorität, aber doch von einem dominirenden Einfluß. Mit dieſen trat Napoleon Bonaparte in eine Verbindung, die dahin zielte, der directorialen Regierung eine größere Einheit zu geben. Wie das Directorium einſt den Ausſchüſſen gefolgt war, weil dieſe bei dem ſteten Schwanken der Parteien keine feſte Politik verfolgen konnten, ſo gab man das Nämliche jetzt den Directoren ſelbſt ſchuld. Jedermann empfand das: es war das Gemeingefühl der Nation. „Wohin", ſagte Bonaparte, „haben ſie Frankreich gebracht? Ich habe es ſiegreich und mit den Millionen von Italien verlaſſen; ich finde es arm und geſchlagen wieder"; als man Zweifel über die Haltung der Bevölkerung äußerte, ſagte er: „Ich gehe mit der Nation." In ihm erſchien der nationale revolutionäre Gedanke mit einer unwiderſtehlichen Energie und dem Zauber des Ruhmes; zugleich aber wußte er die Verhältniſſe und die Perſonen mit einer Vorausſicht und Verſchlagenheit zu behandeln, als gelte es die Durchführung eines kriegeriſchen Strategems.

Indem er die Translation des legislativen Körpers nach St.-Cloud bewirkte, brachte er zugleich die Entſcheidung in ſeine Hand. Dort zu St.-Cloud erklärte er im Rathe der Alten: er

werde Freiheit und Gleichheit aufrechterhalten; man fragte ihn, ob auch die Conſtitution; er antwortete: die Conſtitution ſei vernichtet. Im Rathe der Fünfhundert kam man ſo weit, ihn außer dem Geſetz erklären zu wollen; er war ſchon längſt außer dem Geſetz, d. h. über demſelben: er trieb ſie durch ſeine Grenadiere auseinander. Was ſoll man dazu ſagen? Bei den inneren Verwirrungen und den äußeren Verluſten konnten die Franzoſen ſich nicht mehr regieren, noch auch die erworbene Stellung behaupten; ſie bedurften eines Herrn und Meiſters und fanden ihn. Doch ergriff Bonaparte einige ſcheinbar legale Anknüpfungen, um die Annahme einer Conſular-Verfaſſung ausſprechen zu laſſen. Factiſch war er von ſelbſt der erſte Conſul.

Nach der erſten Sitzung der drei Conſuln bekannte der eine von ihnen, Sieyes, daß Frankreich einen Herrn und Meiſter gefunden habe: Bonaparte könne und wolle Alles allein thun. Nach kurzer Zeit wurde der General zum erſten Conſul auf zehn Jahre ernannt.

Aus dem Zuſammenwirken der conſtitutionellen Agitationen, der politiſchen Verhältniſſe und der militäriſchen Autorität erhob ſich in Frankreich ein neuer Principat von revolutionärem Charakter, militäriſch, aber in ſich ſelbſt unbeſchränkt.

Der erſte Conſul ſchloß ſich mehr als die früheren Gewalthaber den Traditionen der alten Regierung an. Die vornehmſte Maßregel, durch welche er die Finanzen wiederherſtellte, nahm er aus der alten Einrichtung der Generalpacht herüber; ſein erſter Miniſter, Talleyrand, beſaß die Formen der früheren Diplomatie in einer gewiſſen Vollendung; die wichtigſten Geſandtſchaften beſetzte er aus der Minorität des Adels von 1789. Sein Auftreten war überhaupt das eines geborenen Fürſten, der zur Regierung kommt.

Wir wiſſen: nicht eigentlich der Coalition fand er ſich gegenüber, ſie war bereits zerfallen. Der Feinde, die ihm entgegenſtanden, waren nur zwei: England und Oeſterreich. Er bot dem einen und dem anderen Frieden an. Die Antwort der Engländer war: die Staatsveränderung in Frankreich flöße ihnen noch kein Vertrauen ein; noch immer dachten ſie an eine Wiederherſtellung der Bourbonen. Den Kaiſer von Oeſterreich forderte Bonaparte zu Unterhandlungen auf den Grund des Friedens von Campo-Formio auf. Der Wiener Hof wollte jedoch nur auf den Grund des jetzigen Status quo unterhandeln, wodurch er Meiſter von

Italien geblieben[1]). Der durch die Verluſte der Republik herbeigerufene General konnte aber nicht gemeint ſein, dieſe zu ſanctioniren.

Im Frühjahre 1800 brach der Krieg der Franzoſen gegen Oeſterreich wieder in vollen Flammen aus. In Deutſchland leiſteten die Oeſterreicher den franzöſiſchen Angriffen auch ohne fremde Hülfe nachhaltigen Widerſtand. Nur mit großen Anſtrengungen wurden ſie genöthigt, aus ihren Stellungen bei Ulm zu weichen. Moreau überſchritt die Donau: er nahm eine Poſition an der Iſar; aber dann entſchloß er ſich doch zu einem Waffenſtillſtande, zu Parsdorf (15. Juli).

Bei weitem großartiger und entſcheidend war der Krieg, den Bonaparte auf den alten Schauplätzen ſeines Ruhmes in Oberitalien erneuerte. Bei Marengo behielt er nach mancherlei Schwankungen des Würfelſpiels der Schlacht endlich das Feld. Er brachte die franzöſiſche Macht mit einem Male wieder auf den Standpunkt von 1797 empor. In ihm kam das Princip der erobernden Revolution ſtärker, als jemals früher, zur Erſcheinung; doch war die Feindſeligkeit, die ſich demſelben entgegenſetzte, nicht mehr ſo entſchieden, wie bei dem erſten Anlauf der verbundenen Mächte.

Noch auf dem Schlachtfelde von Marengo hatte Bonaparte dem kaiſerlichen Hofe Anträge gemacht, die zu Friedenspräliminarien führten, durch welche die Herſtellung des Vertrages von Campo-Formio eingeleitet wurde. Schließlich aber wurden dieſelben doch von dem Wiener Hofe verworfen. Die erneuerte Allianz mit England verſchaffte dem Kaiſer Franz das Mittel, die unerſchöpflichen Streitkräfte ſeines Reiches nochmals anzuſpannen und ins Feld zu führen. Aufs neue ward ein Congreß in Vorſchlag gebracht, auf welchem man den allgemeinen Frieden zu ſchließen ſuchen werde. Schon ward Luneville dafür beſtimmt; doch waren die Dinge nicht ſoweit gediehen, daß man einen nochmaligen Gang der Waffen nicht hätte erwarten dürfen.

England und Oeſterreich ſtanden auch fortan dem erſten Conſul gegenüber. Aber Rußland ſteckte das Schwert in die Scheide. Die Auflöſung der Coalition bahnte inſofern eine neue Wendung der europäiſchen Geſchicke an, als der diametrale Gegenſatz zwiſchen den verbündeten Mächten und der franzöſiſchen Republik, der bis jetzt den Geſichtskreis erfüllte, wenigſtens auf dem Continent zurücktrat.

---

1) Die Correſpondenz zwiſchen Talleyrand und Thugut bei du Caſſe, Histoire des négociations diplomatiques. II, 6.

Es konnte keine politische Veränderung geben, von welcher Preußen wesentlicher berührt worden wäre. Friedrich Wilhelm III. gerieth dadurch in eine Stellung, die mit der seines Vaters gleichartig, doch von derselben wieder sehr verschieden war; denn während Friedrich Wilhelm II. von Rußland nur immer zu Feindseligkeiten gegen Frankreich angetrieben worden war, trat nun von derselben Seite her eine entgegengesetzte Einwirkung ein: statt von der Coalition fortgezogen zu werden, sah Preußen auf einmal einen mächtigen Bundesgenossen für den Frieden und die Vermittelung an seiner Seite. Und wenn die österreichische Politik auch in Bezug auf Preußen bisher von Rußland unterstützt wurde, so erschien dieses jetzt in heftigem Antagonismus gegen Oesterreich.

Die Entzweiung zwischen Rußland und Oesterreich hatte die unmittelbare Folge, daß Rußland und Preußen ihre besonderen Verbindungen erneuerten. Gleich bei dem Regierungsantritt Pauls I. war in Berlin die Absicht gefaßt worden, eine Mediation zwischen Frankreich und Rußland zu versuchen. In diesem Sinne arbeitete Graf Brühl, der damals nach Petersburg geschickt wurde. Der Versuch aber scheiterte daran, daß der geheime Tractat vom 5. August 1796 Kaiser Paul I. von der preußischen Regierung mitgetheilt wurde. Das preußische Cabinet hatte gehofft, ihn durch das Vertrauen, das es ihm bewies, zu gewinnen; aber der Inhalt der vertraulichen Mittheilung brachte die entgegengesetztee Wirkung hervor. Paul I. gerieth in eine lebhafte legitimistische Aufwallung, die dann dazu beigetragen haben mag, daß er zu der Verbindung mit Oesterreich die Hand bot, welche zum zweiten Coalitionskriege führte. Nun aber hatte sich gezeigt, daß Oesterreich die Ideen der Restauration, welche Paul I. mit Enthusiasmus ergriffen hatte, eben so wenig zu dem Leitstern seiner Politik machte als Preußen, daß es vielmehr den Gedanken des Uebergewichtes in Italien ohne alle Rücksicht auf Legitimität oder Revolution verfolgte, so daß Paul I. den preußischen Eröffnungen wieder sein Ohr lieh. Preußen, das seine Neutralität nicht ohne Schwanken, aber doch thatsächlich festgehalten hatte, konnte dann wirklich auf den Gedanken der Mediation zurückkommen, der, wenn Rußland beitrat, eine großartige Einwirkung auf die künftigen Geschicke der Welt auszuüben versprach. Neutralität und Mediation waren die Grundgedanken der preußischen Politik.

Preußen hatte bisher vergebens auf die Erneuerung der Allianz, die im Jahre 1792 mit Rußland abgeschlossen war, an-

getragen: im Jahre 1800 war es Kaiſer Paul, der ſie anbot. Die ſeit der letzten Theilung Polens eingetretene unmittelbare Grenzberührung machte ſie für Preußen doppelt wünſchenswerth. König Friedrich Wilhelm III. ſprach ſich lebhaft dafür aus; er gab die Ueberzeugung kund, daß dieſe Allianz überhaupt das wichtigſte aller politiſchen Verhältniſſe ſei, in denen Preußen ſtehe. Er urtheilte: der gewöhnliche Einwand gegen alle Allianzen, daß der ruhige Staat durch den unruhigen Bundesgenoſſen fortgeriſſen werde, finde hier nicht ſtatt, da die geographiſche Lage von Rußland die Streitigkeiten deſſelben beſchränke. Ueber die Hauptartikel könne kein Zweifel entſtehen; er ſetzte feſt, daß darin von Frankreich nicht die Rede ſein ſollte. Auch die geheimen Artikel, z. B. über die Garantie von Oldenburg und Delmenhorſt und die gegenſeitige Hülfe, böten keine Schwierigkeit dar. Im April 1800 brachte der ruſſiſche Geſchäftsträger Krüdener ein Project für die Erneuerung der Allianz ein, welches ſich von der letzten des Jahres 1792 namentlich dadurch unterſchied, daß es einige damals ausgelaſſene Artikel von 1772 wieder einfügte. Haugwitz machte einen Gegenentwurf, welcher die Grundlage des neuen Tractates geworden iſt. Ein einziger Artikel, der ſich auf die Remonte der preußiſchen Kavallerie aus der Ukraine bezog, wurde von dem Kaiſer aus dem Tractat geſtrichen, ſein Inhalt jedoch durch eine beſondere Erklärung im Weſentlichen beſtätigt. Der Tractat wurde am 28. Juli 1800, nicht lange nach der Schlacht von Marengo, unterzeichnet und im September deſſelben Jahres durch einen beſonderen Artikel über die an die Höfe von Schweden, Sachſen, Hannover, Heſſen, ſowie an die Türkei zu erlaſſende Einladung zum Beitritt erweitert.

Für Preußen bildete es an und für ſich ein großes Ereigniß, daß es inmitten der drohenden und ſchwankenden Zeitverhältniſſe ſich einer Allianz, in welcher Friedrich der Große lange Zeit hindurch den Eckſtein ſeiner Politik geſehen hatte, wieder verſicherte. Zugleich ſollte dieſer Vertrag zum Angelpunkt einer Vereinigung des öſtlichen Europa werden, im Sinne der Ruhe und Pacification. Auch das nördliche Deutſchland wurde darin aufgenommen. Wenn die Ruſſen den Vorſchlag machten, für den Frieden des ſüdlichen Deutſchlands ihrerſeits zu ſorgen, ſo nahm man das an dem preußiſchen Hofe doch nicht an. Der König erwiderte: das werde eher zur Ausdehnung des Krieges, als zum Frieden führen, während er an den Grundſätzen der Neutralität, wie ſie einmal beſtand, feſtzuhalten entſchloſſen war.

Dem ersten Consul mußte es an sich willkommen sein, wenn Preußen, das vor kurzem im Begriff gewesen war, sich an dem Kriege zu betheiligen, nunmehr eine vermittelnde Stellung einnahm. Im gesandtschaftlichen Verkehr brachte Talleyrand die Idee der Mediation ernstlich zur Sprache; er forderte Preußen auf, den Kaiser Paul von der Unersättlichkeit des Hauses Oesterreich zu unterrichten. Das war nun nicht nöthig; vielmehr wurde man in Berlin durch den russischen Gesandten selbst von den umfassenden Erwerbungsplänen, mit denen sich Thugut getragen hatte, in Kenntniß gesetzt [1]).

Von Napoleon Bonaparte, der den Frieden von Campo-Formio geschlossen hatte, durch welchen die Abtretung des linken Rheinufers festgesetzt, aber zugleich Preußen von jeder Entschädigung ausgeschlossen wurde, hätte man erwarten können, er werde an den Bestimmungen desselben, namentlich auch an den geheimen Artikeln, festhalten. Allein die Umstände waren indeß sehr verändert. Unmöglich konnte er noch gesonnen sein, einen Theil Baierns an Oesterreich zu überlassen; und die Verbindung Preußens mit Rußland sowie dessen eigene Stellung machten es für ihn doppelt rathsam, das Berliner Cabinet darüber zu beruhigen.

Es war der erste Schritt der Annäherung Napoleon Bonaparte's an Preußen, daß er demselben die Versicherung gab, mit Oesterreich nur unter Bedingungen Frieden zu schließen, welche Preußen annehmen könne, was bei einer einfachen Erneuerung des Friedens von Campo-Formio nicht der Fall gewesen wäre. Er forderte aber dafür einige Gegendienste, von denen der wichtigste darin bestand, daß Preußen die Entfernung der russischen Truppen von den normannischen Inseln, von wo sie Frankreich unmittelbar bedrohten, bewirken solle. Paul I. setzte dem keine Schwierigkeiten entgegen; er erklärte sich zur Entfernung seiner Truppen von Jersey und Guernsey bereit, jedoch nur aus Rücksicht auf Preußen.

Er dachte damals mit Preußen eine Convention zu schließen,

1) Auf einen Zweifel an der Realität der österreichischen Prätentionen, welchen Haugwitz äußerte, versicherte Krüdener, man kenne sie aus den Mittheilungen Englands auf das bestimmteste: l'Autriche avait déclaré à l'Angleterre que les provinces désignées étaient l'indemnité pour ses pertes et pour les frais des campagnes précédentes et qu'il lui fallait un surcroît de dédommagement pour la campagne de 1800 et les suivantes s'il y avait lieu.

durch welche die Regelung der allgemeinen Verhältniſſe angebahnt werden ſollte. Er ſchlug dazu folgende Punkte vor: Pacification von Deutſchland mit der Erhaltung der Integrität des Reiches, wenn irgend möglich Vermeidung aller Säculariſationen; gegenſeitige Garantie gegen die ehrgeizigen Abſichten Oeſterreichs, das man nicht ſtürzen, aber in Schranken halten wolle. Sollte vollends Oeſterreich ſich mit Frankreich verbinden, um Deutſchland zu berauben und ſich in Italien zu vergrößern, ſo ſollte eine Offenſiv-Allianz von Preußen und Rußland dagegen geſchloſſen werden. Dieſer offenſiven Richtung gegen Oeſterreich pflichtete man in Berlin doch nicht bei.

In Bezug auf den erſten Artikel dagegen hatte Preußen ſelbſt die Initiative ergriffen. Es hatte durch Beurnonville erklären laſſen, daß es auf nichts eingehen könne, was den Verluſt des linken Rheinufers für das deutſche Reich, namentlich ſeines Bollwerkes Mainz, herbeiführen werde.

Die vereinte Action Rußlands und Preußens ging alſo dahin, im Gegenſatz mit Oeſterreich, welches in dem Frieden von Campo-Formio die Abtretung des linken Rheinufers im Allgemeinen zugegeben hatte, die Behauptung deſſelben durchzuſetzen. Hiedurch aber ſtießen die beiden Mächte mit dem eigenſten Intereſſe von Frankreich zuſammen. Der erſte Conſul erwiderte: daß er von der Erwerbung des linken Rheinufers nicht abſtehen könne, da ſie von der franzöſiſchen Republik angenommen worden ſei. In dieſem Verlangen, den Rhein zur Grenze von Frankreich zu machen, lag, wie wir wiſſen, das eigentliche Moment der Feindſeligkeiten der franzöſiſchen Republik gegen das deutſche Reich. Bonaparte konnte davon nicht zurücktreten. In dieſer Hinſicht war ſeine Politik mit der Politik der Republik identiſch. Er war der Repräſentant der auf die Erweiterung der Grenzen gerichteten Intention der Franzoſen: er konnte ſich nicht von derſelben trennen.

Das Verhältniß zu Frankreich war aber nicht das einzige, was die beiden Mächte in Betracht zogen. Faſt noch mehr wurden ſie durch das Verhältniß zu Oeſterreich beſchäftigt. Es kam in Erwägung, welche Schranken für Oeſterreich feſtzuſetzen ſeien, zur Sicherheit von Preußen, wie ferner das deutſche Reich, das Haus Pfalz und die italieniſchen Fürſten aufrechterhalten werden könnten. Ueber Allem ſchwebte wieder die alte Beſorgniß, daß es zwiſchen Frankreich und Oeſterreich zu einer Abkunft kommen könne, die den beiden anderen Mächten nachtheilig ſein dürfte.

Der preußiſche Geſandte, der im Auguſt 1800 nach Petersburg geſchickt wurde, erhielt den Auftrag: in Erinnerung zu bringen, daß auf der anderen Seite das franzöſiſche Intereſſe ebenſo gut einer übermächtigen Vergrößerung von Oeſterreich entgegenlaufe, wie das der beiden Höfe. Würde die öſterreichiſche Begehrlichkeit zurückgedrängt, ſo würde man nichts mehr zu fürchten haben, weder für das Haus Baiern in Deutſchland, noch für die italieniſchen Fürſtenthümer. Um dieſen Zweck zu erreichen, würde eine Pacification zwiſchen Frankreich und Rußland, um deren Vermittelung der König erſucht worden ſei, ſich überaus nützlich erweiſen [1]).

Am Petersburger Hofe war man ebenfalls überzeugt, daß man keine Zeit verlieren dürfe, um einer verderblichen Uebereinkunft zwiſchen Oeſterreich und Frankreich zuvorzukommen. Kaiſer Paul erklärte ſich bereit, auf die von Preußen vorgeſchlagene Pacification mit Frankreich einzugehen; ſeine Bedingungen waren: Erhaltung Baierns, Herſtellung Sardiniens, Sicherheit Neapels. Die Integrität des Reiches werde man aufrechterhalten, es wäre denn, daß das Reichsoberhaupt ſelbſt davon abſtünde. Sollte ſich Oeſterreich auf Koſten des Reiches vergrößern, ſo würde Preußen von Rußland unterſtützt werden, um das Gleichgewicht zu behaupten: doch ſolle das nur in der äußerſten Noth geſchehen. Dergeſtalt nahmen Preußen und Rußland eine ſehr bedeutende Stellung ein, inſofern ſie auf die allgemeine Pacification einen ihren Intereſſen entſprechenden Einfluß auszuüben ſuchten und ſehr im Stande dazu waren. Den weiteren Uebergriffen der einen und der anderen der kriegführenden Mächte ſchien ein unüberwindlicher Damm entgegengeſetzt zu ſein. Kaiſer Paul ſprach von der Aufſtellung zweier Heere, die in Verbindung mit den preußiſchen Waffen das Gleichgewicht wahren ſollten.

Indem nun aber Preußen das Ziel ſeiner Politik zu erreichen glaubte, mußte es wahrnehmen, daß das Einverſtändniß mit Rußland keineswegs ein ſo vollkommenes war, als man gemeint hatte. Auf Friedrich Wilhelm III. machte es einen gewiſſen Eindruck, daß die Zurückſendung der ruſſiſchen Kriegsgefangenen, zu der er ſelbſt gerathen hatte, ohne ſeine Dazwiſchenkunft ausgeführt wurde.

---

1) La convoitise de l'Autriche une fois réprimée dans de justes bornes, il y aura beaucoup moins à craindre pour le sort de l'Allemagne, pour le patrimoine de l'Électeur Palatin et pour les possessions des princes d'Italie.

Noch bei weitem ſchwerer fiel eine andere Transaction ins Gewicht, durch welche Friedrich Wilhelm aus ſeiner Neutralitätspolitik herausgetrieben und ſogar auf eine oder die andere Weiſe wieder in den Krieg verwickelt zu werden fürchtete.

Von der intimſten Vereinigung mit England war der Czar — denn er liebte die Extreme — zur heftigſten Feindſeligkeit gegen dieſe Macht übergegangen.

Am 28. Auguſt 1800 legten die ruſſiſchen Miniſter den Geſandten von Dänemark, Schweden und Preußen den Entwurf zu einer Erneuerung der bewaffneten Neutralität des Jahres 1780 vor. Dem Kaiſer kam es, wie er durch Krübener in Berlin ausſprechen ließ, nicht auf die allgemeine Acceſſion zu dieſen Maßregeln an, ſondern darauf, daß die Flaggen der verbündeten Mächte in den ihnen angehörigen Häfen reſpectirt würden. Eine zwiſchen Dänemark und England ausgebrochene Streitigkeit über die Wegnahme der Fregatte Freya war wieder beigelegt; aber Dänemark fürchtete, daß bei der Verſchiedenheit der Principien der Streit jeden Augenblick wieder ausbrechen könne; man müſſe England durch die Erneuerung der Neutralität zwingen, gerechtere Grundſätze anzunehmen [1]).

Wenn Preußen ſich bereit finden ließ, auf eine ſolche Convention einzugehen, ſo hatte das an ſich doch ſo viel nicht zu bedeuten, da es ohne alle Seemacht war.

Von großer eventueller Wichtigkeit aber war die Convention, die gegen Ende des Jahres 1800 zwiſchen Rußland, Schweden und Dänemark getroffen wurde, nach welcher man ſich im Frühjahr zu einer gemeinſchaftlichen Action gegen England vereinigen wollte. Die Zahl der Linienſchiffe und Fregatten, welche jede Macht in See zu ſtellen habe, wurde feſtgeſetzt. Die Oſtſee ſoll als geſchloſſenes Meer betrachtet und dafür erklärt werden. Von Seiten Englands kam es über den Vertrag mit Preußen nur zu einer Correſpondenz, dagegen zu gereizten Explicationen mit Rußland, Dänemark und Schweden.

Es leuchtet ein, wie ſehr erwünſcht die nordiſche Verwickelung

1) Le but de la neutralité doit être de porter la Grande-Bretagne par des représentations communes et vigoureuses à entrer en négociation pour concilier les principes dont la différence force les gouvernements neutres á s'armer pour la défense de leurs droits et pour suppléer par cet accord des principes au défaut d'un code maritime généralement reconnu.

dem ersten Consul sein mußte. Die Aufwallungen Kaiser Pauls I. kamen ihm, wie gegen Oesterreich, so auch gegen England mächtig zu statten. Der erste Consul ließ durch Bourgoing in Dänemark ankündigen, daß er bereit sei, sich den gegen die englische Usurpation der Seeherrschaft vorgeschlagenen Maßregeln anzuschließen, überdies auch Spanien und andere Mächte dazu herbeizuziehen. In Dänemark lehnte man das ab: denn die Convention beziehe sich nur auf das Recht der Neutralen; Frankreich möge das bei seinem Friedensschluß mit England zur Anerkennung bringen. Dieser Zurückweisung zum Trotz wirkte doch die nordische Convention sichtlich auf die allgemeinen Verhältnisse ein; auch auf die Negociationen mit Oesterreich, indem man voraussetzte, daß Oesterreich in seiner Hartnäckigkeit von England bestärkt werde.

Unter diesen Umständen ließ Kaiser Paul I. in Folge einer unmittelbaren Annäherung Bonaparte's die Bedingungen angeben, auf die er Frieden mit Frankreich schließen werde. Es waren vor Allem Räumung von Malta, das den Johannitern, deren Großmeister der Kaiser sei, zurückgegeben werden müsse, ferner Herstellung der Königreiche von Neapel und Sardinien sowie der Gebiete von Baiern und Würtemberg. Diese Anträge wurden dem preußischen Hofe mitgetheilt; der russische Gesandte Sprengporten, der sie nach Paris überbrachte, nahm seinen Weg über Berlin.

Auf den ersten Consul machten diese Vorschläge großen Eindruck; denn im Wesentlichen entsprachen sie seinem Hauptinteresse gegen Oesterreich. Er gab nun auch seinerseits zu erkennen, auf welchen Grundlagen eine Verständigung zwischen Frankreich und Rußland stattfinden könne. Es waren vornehmlich folgende: Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich, ferner Garantie von Baiern und Würtemberg, sodann Erhaltung Neapels und innerhalb gewisser Grenzen des Kirchenstaates, Herstellung Sardiniens mit Ausnahme von Savoyen und Novarese. Ueber die Entschädigung der durch die Abtretung des linken Rheinufers in Nachtheil gerathenen Fürsten sollte eine Abkunft zwischen Frankreich, Preußen und Rußland geschlossen werden. So kam die große Frage über die Abtretung des linken Rheinufers und die durch dieselbe erforderlich werdende Veränderung in Deutschland in unmittelbare und dringende Erörterung.

Paul I. ging darauf ein, weil seine Antipathie damals gegen England und gegen Oesterreich gerichtet war, nicht gegen Frankreich; er wollte den Feindseligkeiten mit Frankreich ein Ende machen.

Sollte nun Preußen, welches die Freundſchaft zwiſchen Rußland und Frankreich vermittelt hatte, ſich dieſer Uebereinkunft widerſetzen? Es würde dadurch zur Erneuerung des Friedens von Campo-Formio, der doch im Gegenſatz gegen Preußen geſchloſſen worden war, Veranlaſſung gegeben haben. In einem Schreiben vom 19. November 1800 ſpricht Haugwitz ſeine Meinung über die von Bonaparte geſtellten Bedingungen aus. Die Abtretung des linken Rheinufers nimmt er an, obwohl ſich, wie er ſagt, ſeine Feder ſträube, einen ſo ungeheueren Verluſt des deutſchen Reiches zu ſanctioniren[1]); aber er behauptet: die Schuld davon falle auf Oeſterreich; die beiden Monarchen hätten alles gethan, was ſich dagegen habe thun laſſen. Die Bedingungen ablehnen, würde heißen, den Krieg unter den ungünſtigſten Umſtänden wiederaufnehmen wollen. Er machte dem Wiener Hofe zum Vorwurfe, daß er die vornehmſten Bollwerke des Reiches in franzöſiſche Hände überlaſſen habe, zuerſt Mainz, dann Ulm, Philippsburg, Ingolſtadt. Wenn nun jenes große Zugeſtändniß nicht länger verweigert werden könne, ſo müſſe man um ſo mehr darauf Bedacht nehmen, das Uebergewicht der Franzoſen in Deutſchland nicht weiter um ſich greifen zu laſſen. Haugwitz bringt auf folgende Punkte: 1. Räumung des übrigen deutſchen Gebietes durch die franzöſiſchen Truppen, 2. Evacuation von Holland unter Garantie der drei Mächte, 3. Unabhängigkeit der Schweiz, 4. Erhaltung Sardiniens mit Entſchädigung für Savoyen und Novareſe.

Daß nun der erſte Conſul auf dieſe, ſeine ganze Stellung umfaſſenden Bedingungen eingehen werde, ließ ſich nicht erwarten; auch kamen ſie zunächſt nicht zur Erörterung. Bonaparte nahm einzig darauf Bedacht, die Abtretung des linken Rheinufers zu Stande zu bringen. Das größte Gewicht legte er auf die Forderungen, welche Oeſterreich für die Herſtellung des Friedens mache: durch die Gewährung derſelben würde die öſterreichiſche Monarchie zu einer monſtröſen Vergrößerung gelangen; Frankreich habe von dieſer nichts zu fürchten; aber höchſt gefährlich würde ſie für Preußen ſein. Dennoch würde der allgemeine Wunſch der franzöſiſchen Nation nach Frieden die Regierung nöthigen, auf die öſterreichiſchen Bedingungen einzugehen, wenn nicht die Abtretung des linken Rhein-

1) La plume se refuse à l'aveu fatal qui doit consacrer l'immense perte.

ufers von Preußen garantirt werde, sowie die neue Einrichtung Deutschlands von französischer Seite garantirt werden solle.

Auf diese Weise ist die große deutsche Frage entschieden worden, nicht in Folge der Kriegsereignisse allein: es ist geschehen in Folge der Entzweiung zwischen Rußland und Oesterreich und der Verbindung, in welche Preußen damals mit Rußland trat. Preußen acceptirte die beiden Grundlagen, die schon zu Rastadt festgesetzt waren: Abtretung des linken Rheinufers und Entschädigung durch Säcularisation.

Es kam nun noch darauf an, inwiefern Oesterreich dahin gebracht werden konnte, diesen Bedingungen beizutreten. Der Waffenstillstand dauerte noch, als Cobenzl, der zu Luneville mit allen möglichen Ehrenbezeigungen empfangen war, sich nach Paris begab, um die Unterhandlungen einzuleiten. Die Forderungen Oesterreichs waren in der That noch sehr hoch gespannt [1]): wenn die ihm in dem Frieden von Campo-Formio zugestandenen Vergrößerungen nicht in Ausführung gebracht würden, verlangte es Entschädigungen in Deutschland, die sich über die baierischen oder schwäbischen Gebiete ausdehnen sollten. Und das war nun die durch die Waffenerfolge und den Gang der Unterhandlungen herbeigeführte Stellung des ersten Consuls, daß er in diesen Angelegenheiten, denen Frankreich eigentlich fremd war, doch zu entscheiden hatte. Da er auf die österreichischen Forderungen nicht eingehen wollte, so wurde die Verhandlung nach Luneville zurückverlegt, wo sich Joseph Bonaparte, der Bruder Napoleons, mit Cobenzl zusammenfand. Vor Allem mußten zwei vorläufige Fragen entschieden werden: ob Cobenzl ohne Theilnahme Englands, und ob er nur für den König von Ungarn und Böhmen oder zugleich für den Kaiser als Oberhaupt des Reiches zu verhandeln Vollmacht habe [2]). Cobenzl antwortete: daß er ohne die Anwesenheit eines englischen Bevollmächtigten nicht verhandeln könne; ob er zugleich für Kaiser und Reich verhandeln dürfe, darüber wollte er erst die Weisungen seines Hofes einholen. Hierauf faßte Bonaparte einen seiner Stellung und Sinnesweise entsprechenden Entschluß.

Da die Unterhandlungen keinerlei Aussicht darboten, so mußte

1) Die Instruction für Cobenzl bei Vivenot, Vertraute Briefe Thugut's II, S. 466 ff.

2) Die Instruction für Joseph Bonaparte vom 25. October 1800 bei du Casse, Histoire des négociations diplomatiques. II, 45.

noch einmal ein Waffengang verſucht werden. Die Entſcheidung erfolgte durch die Schlacht von Hohenlinden, in welcher die Baiern zur Seite der Oeſterreicher fochten. Das deutſche Heer erlitt eine vollſtändige Niederlage (3. Dezember 1800). Oeſterreich mußte es für ein Glück halten, daß ein neuer Waffenſtillſtand geſchloſſen wurde, der die drückendſten Bedingungen auf der deutſchen Seite in ſich ſchloß: der Preis derſelben war die Sicherung Oeſterreichs auf der italieniſchen. Cobenzl ließ nunmehr verlauten, daß er ohne Theilnahme Englands unterhandeln werde; nach einigem Zögern erklärte er ſich ermächtigt, für ſeinen Herrn zugleich in deſſen Eigenſchaft als Oberhaupt des deutſchen Reiches zu unterhandeln [1]): Erklärungen, welche der Zweck des eben vollzogenen Waffenganges von franzöſiſcher Seite geweſen waren.

Daß Oeſterreich zu Grunde gerichtet werden ſollte, war keineswegs der Sinn von Rußland und Preußen; ſie hielten an der Exiſtenz Oeſterreichs als großer Macht feſt: ſie wollten demſelben nur kein Uebergewicht über ihre eigene zugeſtehen. Die Lage der Dinge war ſo, daß Bonaparte den Frieden dictiren konnte. In dieſer Beziehung waltete gleichſam ein Einverſtändniß zwiſchen Frankreich, Rußland und Preußen ob, von welchem dann die Unterhandlungen beherrſcht wurden. Noch einmal machte Cobenzl einen Verſuch, den erſten Conſul zu einem Frieden mehr im Sinne von Oeſterreich zu vermögen; die beiden anderen Mächte bezeichnete er als ſchlechtgeſinnte, mit denen man nichts zu theilen haben dürfe. Aber weder für Italien noch für Deutſchland konnte er etwas erreichen. Dort im Gebiet ſeiner eigenen Eroberung bewilligte Napoleon Bonaparte nur die Etſchgrenze. Ueber die zweite Hauptfrage, welche Deutſchland anging, war er bereits mit Preußen einverſtanden. Das Princip der Säculariſation war von dem Reiche ſchon angenommen. Auch Kaiſer Franz konnte nichts dagegen haben, da ſeine nächſten Verwandten, der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena, für ihre italieniſchen Gebiete, die ihnen Frankreich entriſſen, in Deutſchland entſchädigt werden ſollten. Am 9. Februar 1801 mußte Cobenzl den Frieden unterzeichnen.

Im ſechſten Artikel wird die vollſtändige Abtretung des linken Rheinufers ohne jene zum Nachtheil Preußens eingeſchalteten Clauſeln

1) Cobenzls Erklärungen vom 26. Dezember 1800 und vom 25. Januar 1801 bei du Caſſe II, S. 188. 268.

des Tractates von Campo-Formio angenommen, so daß der Thalweg des Rheines fortan die Grenze zwischen dem deutschen Reiche und der französischen Republik bilden soll; die erblichen Fürsten, die dabei in Nachtheil gerathen, sollen auf dem rechten Rheinufer entschädigt werden. Die Reichsverfassung soll bestehen. Sehr wesentlich ist, daß die Entschädigungen ausdrücklich nur den weltlichen Fürsten zugewandt werden; der geistlichen wird dabei nicht gedacht [1]). Darin lag, daß nicht etwa die hierarchische Verfassung, wie der Wiener Hof es wünschte, im Reiche auf die eine oder die andere Weise aufrechterhalten werden konnte [2]). Es war die entscheidende Rückwirkung der Abtretung des linken Rheinufers auf das innere Deutschland. Oesterreich hatte die Abtretung schon in Leoben vorläufig angenommen, in Campo-Formio aber durch einige Bestimmungen, die in seinem Interesse lagen, zu beschränken gesucht. In Rastadt war die Sache doch nicht geradehin zu seinen Gunsten entschieden worden. Vergeblich hatte es versucht, in den Conferenzen zu Berlin die Beibehaltung der hierarchischen Verfassung annehmlich zu machen. Dann war der Krieg aufs neue ausgebrochen, der die größten Hoffnungen auf beiden Seiten erweckte; aber durch den Abfall von Rußland und die Siege Bonaparte's hatte Alles eine andere Gestalt gewonnen. Bonaparte, der in Campo-Formio auf der Seite von Oesterreich gestanden, trat in Luneville auf die entgegengesetzte; Rußland und Preußen willigten in die Abtretung der Rheinlande, weil sie sonst eine Vergrößerung Oesterreichs zu fürchten hatten, die ihnen widerwärtig, vielleicht gefährlich gewesen sein würde; sie nahmen die Abtretung unter der Voraussetzung an, daß die Entschädigung nur eben den weltlichen, nicht den geistlichen Fürsten zu Theil werden sollte [3]).

1) Im 7. Artikel heißt es: il est convenu entre sa Majesté l'Empereur et Roi, tant en son nom qu'au nom de l'Empire Germanique, et la République française, qu'en conformité des principes formellement établis au Congrès de Rastadt l'Empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin dédommagement qui sera pris dans le sein dudit empire.

2) Bedeutend für die Frage ist eine Note Talleyrands vom 24. Januar 1801, in welcher es heißt: L'Autriche nous propose d'abandonner les princes dépossédés et le système des sécularisations. Ce serait discréditer à jamais la France et l'Empire, ce serait fortifier encore le parti ecclesiastique et y assurer la toute puissance de l'Autriche. Du Casse II, S. 240.

3) La Russie et la Prusse manifestent un intérêt égal à ce que

Den Feſtſetzungen des Friedens gemäß betrifft der Verluſt das Reich in ſeiner Geſammtheit. Dieſes ſoll die Entſchädigung aus den Reichsgebieten gewähren. Der äußere Verluſt iſt vollſtändig und unbedingt; die daraus reſultirenden inneren Veränderungen aber ſind weiterer Deliberation vorbehalten. Der Kaiſer nimmt dieſe Feſtſetzungen als Reichsoberhaupt an und zwar zugleich im Namen des Reichstages. In der That ließ die Ratification des Reiches nicht auf ſich warten: ſie erfolgte bereits, unter Beiſtimmung Brandenburgs, am 7. März 1801.

Durch den Frieden von Luneville vollendete Napoleon Bonaparte die Uſurpation der höchſten Gewalt, die ihm in Frankreich gelungen war; er hatte dieſer ſelbſt durch die inneren Einrichtungen, die er traf, durch ſeine Adminiſtration überhaupt, eine feſte Baſis gegeben. Daß ſich aus der Revolution, wenngleich auf ihren Grundlagen, aber doch ſelbſtändig die Monarchie erhob, war an und für ſich ein großes und weltbeherrſchendes Ereigniß. Man könnte Napoleon Bonaparte mit Ludwig XIV. vergleichen, deſſen Stärke darauf beruhte, daß er die Elemente der altfranzöſiſchen Verfaſſung in einer kräftigen Hand vereinigte und zu Einem Willen condenſirte. So wußte Bonaparte die revolutionären Elemente, in wiefern ſie zu einer einheitlichen Gewalt zuſammenwirkten, zu Einem Willen zu condenſiren. Er beherrſchte und repräſentirte ſie zugleich; darin lag die vornehmſte Springfeder ſeiner Einwirkung auf Europa. Auf dem Continent trat er bereits als die entſcheidende Potenz hervor; er hatte durch das Glück ſeiner Waffen das verlorene Uebergewicht von Frankreich erneuert. Wir wiſſen, wie ſehr er dabei durch die Sciſſion zwiſchen Rußland und Oeſterreich unterſtützt wurde. Bei der Benutzung derſelben zeigte er eben ſo viel politiſches Talent, wie militäriſches auf dem Schlachtfelde und adminiſtratives in der inneren Verwaltung. Binnen anderthalb Jahren hatte er ſich eine beherrſchende Stellung in Europa verſchafft: die Geſchicke von Deutſchland und Italien lagen in ſeiner Hand.

Wenn in dem Frieden von Luneville nicht alle Fragen entſchieden wurden, ſo kann man das nicht als einen Fehler betrachten:

---

l'Empereur ne soit pas trop puissant en Italie et à ce que les princes héréditaires dépossédés à la rive gauche du Rhin obtiennent une indemnité en Allemagne. Talleyrand in der erwähnten Note vom 24. Januar. Du Caſſe II, S. 241.

wahrſcheinlich war es wohlbedacht. Eben darin lag die Zukunft des neuen Herrſchers, daß noch ſo Vieles zu entſcheiden übrig blieb, was dann nicht ohne ſeine unmittelbare Einwirkung geſchehen ſollte.

Italien und Deutſchland, geiſtliche und weltliche Verfaſſung, bildeten den Schauplatz einer durchgreifenden Thätigkeit für ſeine Macht und ſeinen Ehrgeiz.

Viertes Capitel.

Territoriale Umwandelung Deutschlands.

Dahin war es nun mit dem deutschen Reiche gekommen, daß sein Bestehen und seine Umgestaltung in dem großen Complex der Verwickelungen doch nur eine secundäre Angelegenheit ausmachte: für die deutschen Mächte und die deutsche Nation freilich die wichtigste von allen. Die vornehmste der vorliegenden Fragen war, bis zu welcher Ausdehnung das Princip der Säcularisation in Anwendung kommen würde. In dem Frieden von Luneville war es noch nicht in aller Form angenommen; aber durch die ausdrückliche Beziehung auf den Beschluß von Rastadt wurde es anerkannt, nur noch mit dem Vorbehalt einer deutschen Gesammtverfassung überhaupt.

Wenn man den Gang der deutschen Geschichte seit König Pipin und dem heiligen Bonifacius erwägt, so lag beinahe das Hauptmoment desselben in der Errichtung und dem Emporkommen der geistlichen Fürstenthümer. Die Bischöfe nahmen Antheil an der höchsten weltlichen Gewalt, was der Idee derselben insofern entsprach, als das Kaiserthum zugleich eine geistliche Autorität in sich trug. Durch die Entzweiungen zwischen Kaisern und Päpsten geschah es, daß die geistlichen Fürsten sich an den Stuhl zu Rom anschlossen und dadurch zugleich ein dem Reiche an sich fremdes Element in die Verwaltung der höchsten Autorität brachten. In dem Reformationszeitalter wurde nun der Versuch gemacht, das Reich in den ungeschmälerten Besitz dieser Autorität wiederherzustellen. Bei dem Uebergange aus dem 16. ins 17. Jahrhundert war die Absicht, nicht etwa die geistlichen Fürstenthümer aufzulösen, aber sie von dem römischen Hofe zu emancipiren: sie sollten ebenso gut protestantischen wie katholischen Fürsten eröffnet sein. Dagegen erfolgte nun die gewaltsamste Reaction in den Zeiten des dreißig-

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

jährigen Krieges, die vor Allem darauf beruhte, daß das Kaiserthum mit den geistlichen Fürsten, inwiefern sie sich dem Papste anschlossen, gemeinschaftliche Sache machte. Ein Augenblick ist eingetreten, wo man zu dem Ziele, welches eine Exstirpation des Protestantismus enthielt, gelangen zu können glaubte. Aber der Erfolg war ein entgegengesetzter: ein ansehnlicher Theil der geistlichen Fürstenthümer mußte aufgegeben und dem Protestantismus überlassen werden. Dessenungeachtet behauptete sich die hierarchische Verfassung; sie blieb auch im 17. und 18. Jahrhundert eine der vornehmsten Stützen des Kaiserthums, welches jedoch, von dem Wechsel der Ereignisse betroffen, auch wieder andere Wege verfolgte. Wenn dann die emporkommende Macht Preußens sich hauptsächlich darauf begründete, daß es die Selbständigkeit der Reichsstände durch seine Waffenmacht vertrat, so schloß es doch die geistlichen Stände von ihrem Antheil an derselben nicht aus. Der Fürstenbund zielte auf eine allgemeine ständische Vereinigung, eingeschlossen die geistlichen Fürsten, im Gegensatze gegen die einseitige Verwaltung des Kaiserthums. Daher kam es denn, daß das Haus Oesterreich an dem Bestehen derselben weniger Antheil nahm als bisher. In dem josephinischen Zeitalter ist ein großartiger Plan zu einer allgemeinen Säcularisation gefaßt worden, durch welchen man den Vortheil, welchen Preußen aus seiner ständischen Haltung zog, zu vernichten und Oesterreich selbst zu verstärken gedachte. Man hat behauptet, der Plan habe bei jener Zusammenkunft Josephs mit Katharina II. in Cherson vorgelegen. Aber auch abgesehen hievon, sind Inhalt und Tendenz der Vorschläge von hoher Bedeutung und verdienen es wohl, ins Gedächniß zurückgerufen zu werden.

Alles ging von den großen niederländischen Projecten des Kaisers aus. Ein neues Erzherzogthum Burgund sollte aus den österreichischen und einem Theile der vereinigten Niederlande gebildet werden, welchem überdies der größte Theil der Gebiete von Trier und Cöln zufallen sollte. Die Provinzen Holland, Geldern, Gröningen und Utrecht sollten ein neues erbliches Königthum für das Haus Oranien constituiren. Beide, Oranien und Burgund, sollten Sitz und Stimme am Reichstage haben. In dem Reiche dachte man die Kreisverfassung aufzuheben, von den alten Institutionen nur das Reichskammergericht, welches von den Kurfürsten besetzt werden sollte, und vor Allem die Erzkanzlerwürde beizubehalten. Dem Erzbischof von Mainz, der diese auch fortan be-

kleiden würde, waren Würzburg und einige andere geiſtliche Gebiete zugedacht. Man hatte im Sinne — denn Joſeph II. ſtand gut mit Frankreich —, demſelben die Säculariſation von Straßburg zuzugeſtehen. In dem Norden Deutſchlands ſollten einige neue Herzogthümer gebildet werden: ein Herzogthum Weſtfalen durch die Einziehung des Ueberreſtes von Cöln, von Münſter und von Paderborn zu Gunſten von Kurbrandenburg, ein Herzogthum Franken aus Bamberg, Eichſtädt, Freiſingen zu Gunſten Baierns, welchem die Exſpectanz auf die fränkiſchen Markgrafſchaften zugedacht war. Für Würtemberg waren Augsburg, Conſtanz, Kempten und St.-Gallen beſtimmt; es ſollte zu einem Herzogthum Schwaben erweitert und zur kurfürſtlichen Würde erhoben werden. Oeſterreich ſelbſt behielt ſich Salzburg, Berchtesgaden, Paſſau, Trient vor. Sachſen ſollte mit Walkenried und einigen Städten, Heſſen-Caſſel durch Fulda, Corvey und die Stadt Erfurt befriedigt werden; Oldenburg ſollte das Bisthum Lübeck auf immer erhalten.

Das ganze alte Deutſchland wäre dergeſtalt mit einem Schlage verſchwunden und hätte einer dynaſtiſchen Combination Platz gemacht. Und mit dieſen Entwürfen verband man zugleich die Idee der Mediatiſirung. Der Adel ſollte zum Gehorſam gegen die Gebieter der Landſchaften, in denen er anſäſſig ſei, angewieſen werden [1]). Man darf dieſe Entwürfe als eine Reaction gegen die durch den Fürſtenbund erworbene umfaſſende Stellung Preußens im Reiche betrachten; denn nicht eine Gunſt war es, wenn man ihm Weſtfalen überlaſſen wollte: es ſollte dagegen Schleſien wieder verlieren.

Wenn jetzt aufs neue von Säculariſationen die Rede war, ſo geſchah das jedoch unter einer ganz anderen Conſtellation. Die Träger der Idee waren durchaus andere. Es war vor Allem das revolutionirte Frankreich, welches mit Oeſterreich einen Kampf auf Leben und Tod ausfocht und in ſeinem Inneren Säculariſationen der umfaſſendſten Art ausgeführt hatte. Die Hauptſtadt der abendländiſchen Welt in geiſtlicher Beziehung war in die Hände der revolutionären Macht gefallen. In den Conflicten der Republik mit dem deutſchen Reiche war der Grundſatz bereits angenommen und von Oeſterreich ſelbſt genehmigt worden, nach dem Vorbilde

1) In der Schrift von Breede „Hoe de Gevaren van Nederland al te wenden?“ wird dies Document mitgetheilt als „Projet de partage dont il a été question, lors du voyage de Sa Majesté Impériale en Russie. (September 1787.)

des Beſchluſſes von Raſtadt mit der ausdrücklichen Beſtimmung, daß die Reichsverfaſſung dabei aufrechterhalten werden ſollte.

An dem Reichstage zu Regensburg, wo man den Luneviller Frieden ohne Verzug annahm, war man doch über den Sinn desſelben keineswegs einverſtanden. Nach der Auslegung, welche die geiſtlichen Fürſten demſelben gaben, ſollte, wie der Verluſt, ſo auch die Entſchädigung dafür als eine Angelegenheit des Reiches in ſeiner Geſammtheit betrachtet werden. Die geiſtlichen Territorien würden zu der Entſchädigung eben nur ſo weit herbeigezogen werden können, als es die aus der Abtretung des linken Rheinufers erwachſenen Anſprüche des weltlichen Fürſtenthums unbedingt nothwendig machten; übrigens würde die deutſche Hierarchie in ihrem Beſtande verblieben ſein. In dieſem Sinne ſprach ſich Oeſterreich, dem die Einleitung des Geſchäftes von Reichswegen überlaſſen war, durch ſeinen Geſandten in Berlin aus. Auch Oeſterreich konnte, wie bemerkt, die Säculariſation nicht geradehin verwerfen; es mußte ſie in einem ſehr bedeutenden Umfange annehmen. Sein Hauptaugenmerk war die Ausſtattung des Großherzogs von Toscana mit Salzburg und Paſſau. Stadion verſicherte, daß man dabei nur eben eine Entſchädigung deſſelben beabſichtige, was denn der allgemeine Grundſatz ſein müſſe: die Entſchädigung müſſe nirgends über den Verluſt hinausgehen; ſie würde ſich dann durchführen laſſen, ohne daß die deutſche Hierarchie geradehin zerſtört werde. Es waren dieſelben Ideen, welche in den Berliner Conferenzen während der Zeit des Congreſſes zu Raſtadt zum Vorſchein gekommen waren. Preußen forderte eine Indemniſation der weltlichen Fürſten durch Säculariſationen ohne weitere Rückſicht auf das Beſtehen der Hierarchie. Als die vornehmſte Handlung des Grafen Haugwitz dürfte man anſehen, daß er ſich von dem geiſtlichen Fürſtenthum unbedingt losſagte. Seine Religioſität war nicht ohne roſenkreuzeriſchen Anflug: für die Exiſtenz der geiſtlichen Fürſtenthümer hatte er nicht die mindeſte Sympathie. Seine Aufmerkſamkeit war, ſo gut wie ausſchließend, auf das Wachsthum der preußiſchen Macht und ihren Gegenſatz gegen Oeſterreich gerichtet. Schon der Vertrag vom 5. Auguſt 1796 ſchloß die Idee einer allgemeinen Säculariſation ein. Dahin führte dann die Verflechtung der Angelegenheiten überhaupt mit einer Art von Nothwendigkeit; denn es zeigte ſich bald, daß der Großherzog von Toscana mit Salzburg und Paſſau noch nicht völlig entſchädigt ſein würde. Man nahm in Oeſterreich doch wieder zu dieſem Zwecke einen Theil von Baiern

in Anſpruch. Sollte aber Baiern einen Verluſt erleiden? Der Gedanke wurde gefaßt, dasſelbe durch eine große Säculariſation und durch Mediatiſirung von Reichsſtädten zu entſchädigen, wodurch dann der Beſtand der bisherigen Verfaſſung ſehr beeinträchtigt worden wäre. Auf der anderen Seite trat aber auch die Nothwendigkeit ein, das Haus Oranien durch deutſche Gebiete zu entſchädigen, wie das ſchon durch den Frieden zu Campo-Formio feſtgeſetzt worden war[1]). Durch Erneuerung dieſer Stipulation[2]) und die Losreißung Toscana's von Oeſterreich hat der erſte Conſul in die deutſchen Verhältniſſe nochmals entſcheidend eingegriffen. Es wäre unmöglich geweſen, mit den Entſchädigungen des Erbſtatthalters und des Großherzogs zu Stande zu kommen und zugleich den übrigen Anforderungen gerecht zu werden, ſolange die geiſtlichen Stände in Deutſchland beſtehen blieben oder beſondere Rückſicht fanden. Aber zwiſchen Oeſterreich und Preußen war hierüber kein Verſtändniß zu treffen. Auch in die Reichsdeputation, die zur Erledigung der ſtreitigen Punkte gebildet wurde, waren zwei geiſtliche Mitglieder aufgenommen. Die Ermächtigung, die dieſer von dem Reichstage verliehen wurde, drückt ſich über den vornehmſten Punkt noch ſehr zweifelhaft aus: die Säculariſationen ſollten mit der „beſchränkenden Vorſicht" vorgenommen werden, die „zur Erhaltung der Reichsconſtitution in jeder Hinſicht" erforderlich wäre[3]).

Der Kaiſer nahm das Gutachten an und behielt ſich bei den Berathungen die reichsoberhauptliche Initiative beſonders vor. Schwerlich ließ ſich aus dieſen Berathungen ein anderes Reſultat erwarten, als die Erhaltung wenigſtens der geiſtlichen Kurſtaaten,

---

1) Im 8. geheimen Artikel heißt es: Il sera donné une indemnité territoriale au Prince de Nassau-Dietz, ci-devant Stathouder de Hollande.

2) Déclaration explicative de l'article 18 du traité de paix d'Amiens, le 27 mars 1802: il est entendu que l'indemnité stipulée en faveur de la Maison de Nassau ne pourra sous aucune rapport et d'aucune manière être à la charge de la Republique Batave, le gouvernement français se portant à cet effet garant envers ladite République.

3) In dem Reichsgutachten wird ſehr ausdrücklich die Note vom 4. April 1798 als „Directiv-Norm" bezeichnet, in welcher „die Maßregeln und beſchränkenden Vorſichten gefordert werden, welche zur Erhaltung der Conſtitution des deutſchen Reiches in jeder Hinſicht, auch zur Wiederherſtellung und Befeſtigung des darauf gegründeten Wohles der Stände, Reichsangehörigen und Unterthanen weſentlich erforderlich ſeien."

auf deren Zusammenwirken mit den weltlichen die Reichsverfassung hauptsächlich gegründet war.

Immer neue Streitigkeiten tauchten auf, eine der wichtigsten bei der Wahl eines Erzherzogs zum Erzbischof von Cöln, Bischof von Münster. Es kam darüber zu Explicationen zwischen den beiden Höfen, bei denen der österreichische trotz des gemäßigten Tones, den er anschlug, doch die Nothwendigkeit des Bestehens der drei geistlichen Kurfürsten hervorhob. Auf dieser Grundlage konnte Preußen keinen Pact mit Oesterreich schließen. Der Kern der Frage liegt darin, inwiefern die bisherige Reichsverfassung mit hierarchischen Elementen auch fortan bestehen solle oder nicht. Man war übereingekommen, die Säcularisation eintreten zu lassen; aber man hatte sie nicht als ein constituirendes Princip ergriffen, was eine revolutionäre Intention kundgegeben hätte. Daß keine geistlichen Fürsten mehr bestehen sollten, war nicht ausgesprochen; aber ob auch fortan die Verfassung des Reiches auf dem hierarchischen Element beruhen sollte, wie in allen den letzten Jahrhunderten, war doch auch nicht bestimmt. Man konnte das Reich als solches bestehen lassen, aber die Gesammtverfassung auf das weltliche Fürstenthum gründen. Oesterreich und die hohe Geistlichkeit waren für das eine, Preußen und das weltliche Fürstenthum für das andere. Es war, wenn wir so sagen dürfen, die durch keine Unterhandlung auszutragende Frage, an welcher das alte deutsche Reich zu Grunde gegangen ist. Die entgegengesetzten Auffassungen blieben bei dem Wortlaut der Tractate beide möglich; sie entsprachen der Natur der beiden vorwaltenden Staaten: Oesterreich konnte die eine, Preußen die andere nicht aufgeben.

Es war nun nicht anders, als daß nochmals die beiden zunächst betheiligten europäischen Mächte in die deutschen Zwistigkeiten hineingezogen wurden. Von Frankreich wurde Preußen aufgefordert, sich nicht an die pedantischen Formen des Reiches zu kehren, sondern energisch die Initiative[1]) zu ergreifen: dann sei es der Unterstützung Frankreichs sicher.

Das erste entscheidende Wort enthielt ein Uebereinkommen zwischen dem russischen Gesandten und dem preußischen Minister, in welchem man festsetzte, daß die geistlichen Stände nur alsdann bestehen könnten, wenn der Ueberschuß der Indemnisation dazu hinreiche, ihnen eine würdige Existenz zu sichern. Vor allen sollen

1) Häusser, Deutsche Geschichte II, 364.

die in Verlust gerathenen weltlichen Fürsten entschädigt werden. Man verbarg sich nicht, daß damit ein Umsturz der bisherigen Reichsverfassung überhaupt unvermeidlich sei. Der Beschluß war: dem Reiche eine andere Verfassung zu geben, die der alten so nahe wie möglich komme, aber doch für einen Jeden Ruhe und Sicherheit verbürge, also dem neuen Zustand entsprechen, ihn gleichsam garantiren sollte. Der Beistand von Rußland verschaffte den preußischen Ansichten das Uebergewicht.

Es ist der Moment, in welchem die tausendjährige Verfassung Deutschlands zusammenbrach und die Aussicht auf eine neu zu errichtende den veränderten Zuständen gemäß in den Gesichtskreis trat. Sie gründete sich auf die Unabhängigkeit des weltlichen Fürstenthums, welches nun einen Anlauf nahm, sich definitiv zu constituiren. Wir haben hier nicht den Fortgang dieser großen Auseinandersetzung in ihren Einzelheiten darzulegen. Wir begleiten das dabei von Preußen beobachtete Verhalten, welches noch von anderen gewichtigen Rücksichten seiner Gesammtlage bestimmt wurde.

In demselben tritt Hardenberg, den wir gleichsam aus den Augen verloren haben, wieder eingreifender auf. Er war bisher mit der Verwaltung der fränkischen Markgrafschaften beschäftigt. Mit dieser Stellung hängt dann sein Vorschlag zusammen, die Entschädigung, welche Preußen für seine Verluste zu fordern hatte, lieber in Schwaben und Franken zu suchen, als in Westfalen.

Der alte Freund Hardenbergs, Heynitz, war hiebei gegen ihn. Aber Haugwitz trat auf Seiten Hardenbergs; er empfahl die Annexion von Bamberg, Würzburg, Eichstädt und einiger anderen Städte; er verbarg sich die Schwierigkeiten nicht, die sich dem entgegensetzten; aber er gab zugleich an, wie sie zu heben seien.

Der erste Consul, sagt er, werde wahrscheinlich eine Vergrößerung Preußens im südlichen Deutschland nicht gern sehen, zumal dadurch die Entschädigung des Hauses Oranien auf Westfalen zurückfallen müsse. Aber, fügt er hinzu, Oranien lasse sich anderweit in der Nähe seiner erblichen Besitzthümer befriedigen, und auf die fränkischen Erwerbungen sei man ja französischerseits eventuell schon eingegangen. Allerdings werde Oesterreich den größten Widerstand leisten; allein wenn Preußen sich mit Rußland und Frankreich vereine, so werde Oesterreich dagegen nichts ausrichten. Zur Verbindung der preußischen Staaten würde die Erwerbung des Bisthums Hildesheim gehören. In Bezug auf die in Besitz zu nehmenden Reichsstädte werde Preußen nicht die einzige deutsche Macht bleiben,

die sich daran betheilige. Der König entschied sich für diesen Entwurf, sprach aber noch den Wunsch aus, Osnabrück, Eichsfeld und Erfurt zu erwerben; er unterrichtete Lucchesini, der jetzt die Gesandtschaft in Paris übernommen hatte, von diesen Plane. Vor Allem trug man nur Sorge, den russischen Hof für denselben zu gewinnen. Man machte darauf aufmerksam, daß die Vergrößerungen in Franken dazu dienen würden, Oesterreichs Einfluß auf den Süden von Deutschland zu beschränken und es in Böhmen einzuschließen. Noch wichtiger ist eine andere Behauptung, die nur bei der engen Intimität mit Rußland, welche damals herrschte, gemacht werden konnte, nämlich die, daß sich auf einen festen Frieden mit Frankreich doch nicht zählen lasse; der König müsse darauf denken, sich in seiner linken Flanke zu verstärken, um seine deutschen Mitstände gegen Frankreich besser vertheidigen zu können [1]). Um den Vorwurf allzugroßer Begehrlichkeit abzulehnen, brachte man in Erinnerung, daß die abzutretenden linksrheinischen Provinzen, sehr wohl geordnet, ein sicheres Einkommen gewährten, die neu zu erwerbenden, schlecht verwaltet und zugleich mit der Pflicht, die geistlichen Fürsten zu erhalten, beladen, nur geringe Erträge liefern würden. Wir erfahren, daß der König sehr ungern auf die Abtretung einging und hauptsächlich durch die Betrachtung dazu bewogen worden ist, daß jene Gebiete ihm persönlich keine Huldigung geleistet hatten [2]). Bei den Entschädigungen war der Gesichtspunkt, daß Preußen und Oesterreich im Gleichgewichte stehen und Preußen verstärkt werden müsse, um seinen Verbündeten nützlich zu sein.

Man wurde damals von der Nachricht erschreckt, daß Oesterreich zur Entschädigung des Großherzogs von Toscana die beiden fränkischen Bisthümer bestimmt habe, und da nun in Paris einmal das Wort gefallen war, Preußen werde gut daran thun, wenn es sich unmittelbar in Besitz dessen setze, was es in Anspruch nehme, sandte man den Oberst Lecoq nach St.-Petersburg, um Kaiser Paul von der preußischen Absicht zu unterrichten, die beiden fränkischen Bisthümer wirklich in Besitz zu nehmen. Der

1) Il a choisi de préférence ces acquisitions qui pourront lui servir un jour à reprendre en main avec d'autant plus de succès la défense de ses coétats.

2) Mittheilung von Haugwitz an Stadion, August 1801, in der Abhandlung von Beer, Zur Geschichte der österreichischen Politik in den Jahren 1801 und 1802. Archiv für österreichische Geschichte, Bd. 52, S. 501.

ruſſiſche Hof war damit nicht recht einverſtanden; er hatte ſchon einen anderen Entſchädigungsplan entworfen und nach Paris gelangen laſſen, nach welchem die fränkiſchen Bisthümer an Würtemberg und Baiern fallen ſollten. Würtemberg ſollte überdies Berg und eine große Ausſtattung in Weſtfalen erhalten. In Berlin war man doch darüber ſehr betroffen. Man ſprach den Wunſch aus, daß die neuen Inſtructionen in Paris nicht mitgetheilt würden. Wirklich ließ ſich der ruſſiſche Geſandte Kolitſcheff — es iſt derſelbe, der einmal an Stelle Raſumowsky's, der als zu gut öſterreichiſch betrachtet wurde, in Wien beglaubigt worden war — dahin bringen, die ſo eben eingegangenen Inſtructionen ſo lange unbenutzt zu laſſen, bis ſie durch neue beſtätigt würden. Denn dahin war es durch die Entzweiung zwiſchen Oeſterreich und Preußen gekommen, daß die Entſcheidung hauptſächlich von dem Einverſtändniſſe Rußlands und Frankreichs untereinander und mit Preußen abhängig wurde. Aber dadurch kamen dann wieder die allgemeinen Angelegenheiten von Europa in unmittelbaren Contact mit der deutſchen Frage. Franzoſen und Ruſſen hatten jetzt ein gemeinſchaftliches Intereſſe gegen die Engländer. Die Franzoſen machten ſich damals Hoffnung, daß Rußland, mit England zerfallen, ihnen geſtatten werde, ſich in Aegypten einzurichten und die Befreiung Indiens von der engliſchen Oberherrſchaft nochmals zu verſuchen.

In einer anderen, Preußen unmittelbar berührenden Beziehung traten die Ruſſen gleichſam in die Stelle der Franzoſen.

Paul I., der die preußiſchen Abſichten auf die fränkiſchen Bisthümer wenigſtens nicht unterſtützte, hatte einen anderen Gedanken gefaßt, der für den preußiſchen Staat von eminentem Vortheil zu werden verſprach. Wenn bisher Hannover um der eng dynaſtiſchen Verbindung willen, in der es mit der Krone England ſtand, von Preußen aus bedroht worden war, ſo brachte die Feindſchaft, in welche Kaiſer Paul ſich gegen dieſelbe geworfen hatte, jetzt eine ähnliche Tendenz von Seiten Rußlands hervor. Am 23. Februar 1801 gab der Vertraute des Kaiſers, Roſtopſchin, dem preußiſchen Geſandten Luſi die Nachricht, daß er durch eigenhändiges Schreiben ſeines Souveräns beauftragt worden ſei, dem preußiſchen Cabinet die Beſetzung von Hannover vorzuſchlagen, als ein Mittel, ſich gegen die Gewaltthätigkeiten des Londoner Hofes ſicherzuſtellen. Zugleich ſollte ſich der König von Preußen mit Rußland über die Forderung der Rückgabe Malta's an den

Orden vereinigen, ohne welche Rußland keinen Frieden mit England schließen werde.

Wenn wir uns in jene Zeit zurückversetzen, wo alles Bestehende zusammenzubrechen drohte und Jedermann die Hand nach neuen Erwerbungen ausstreckte, so erscheint die preußische Politik in einem Zusammenhang ihrer Entwürfe, der mehr andeutet, als eine schnöde Begehrlichkeit, und wenigstens vorübergehend bedeutende Gesichtspunkte verräth. Indem Preußen Franken zu annectiren gedachte, was ihm eine große Stellung im Süden gegeben hätte, faßte es zugleich die Absicht, eine ähnliche für den Norden zu erwerben. Dadurch wäre eine nach allen Seiten hin selbständige Weltstellung den übrigen Mächten gegenüber gewonnen worden: gegen Oesterreich, um Baiern zu schützen, gegen Frankreich, um eine Wiederholung seiner Uebergriffe zu hindern, endlich auch gegen England, um die Grundsätze der bewaffneten Neutralität zu behaupten. Auf die Allianz von Rußland würde man allezeit haben rechnen können. Die Consolidation in Franken und die Besetzung Hannovers wirkten zusammen. Die Idee der Demarcationslinie und die der Neutralität von Deutschland empfingen dadurch eine neue Erweiterung und Befestigung. Die preußischen Truppen rückten, 24,000 Mann stark, im Anfang des April in Hannover ein, so daß die Communicationen zwischen dem englischen Hof und dem hannoverschen Kurlande unterbrochen wurden. Der vornehmste Grund, den man anführte, war, daß Preußen den Russen nicht gestatten dürfe, sich in Hannover einzunisten, und daß es eine Occupation des Landes durch die Franzosen verhindern müsse. Die englischen Minister hatten eigentlich nichts hiegegen, und Preußen behauptete, nur in friedlichem und freundschaftlichem Sinne zur Besetzung des Landes geschritten zu sein, dessen Bewahrung vor den Unruhen des Krieges dem Könige von England selbst am Herzen liegen müsse. Auch den Franzosen gegenüber schien es erwünscht: denn auch von ihrer Seite hatte man an die Besetzung dieses Landes gedacht; die Truppenabtheilungen wurden genannt, die zum Einmarsch in Hannover bestimmt gewesen seien. Der erste Consul war sehr unzufrieden darüber, daß man ihm von preußischer Seite zuvorkam. Denn von jeher war es die Absicht der Franzosen, den Krieg gegen England durch Besitznahme von Hannover, das sie als einen continentalen Theil von England ansahen, zu führen. Preußen wollte zugleich Franken als ein Bollwerk gegen Oesterreich und selbst gegen Frankreich in Besitz nehmen und von Hannover jede auswärtige Ein-

wirkung abhalten. Aber große Poſitionen, wie dieſe, werden nur durch große eigene Anſtrengung und Kriegserfolge errungen. Hier war der Mangel, daß man, zwar gelehnt auf die eigene Kraft und zugleich auf die Verbindung mit Rußland, Alles auf diplomatiſchem Wege zu erreichen hoffte.

Dem Freunde Preußens, Paul I., war nur ein kurzes Regiment beſchieden: er hat den größten Einfluß auf die Welt gehabt. Seine Theilnahme an der zweiten Coalition gab dieſer ihren Charakter; ſeine Entzweiung mit Oeſterreich zerſtörte ihre Wirkungen. Was für Kaiſer Paul verderblich wurde, war vor Allem ſein Antagonismus gegen England. Ein Jahrzehnt früher, bei dem bevorſtehenden Angriffe auf Rußland, bei welchem Preußen die Hauptrolle ſpielen ſollte, war das engliſche Miniſterium vor der Abneigung der Nation gegen einen Bruch mit Rußland zurückgewichen. Rußland war nicht angegriffen worden. Die enge innere Verbindung Englands und Rußlands hatte jetzt die entgegengeſetzte, aber gleichartige Folge, daß die Regungen des Kaiſers gegen England die lebhafteſte Antipathie hervorriefen. Zu der engliſch-geſinnten Partei geſellten ſich die Anhänger Katharina's II., welche, von Paul I. verfolgt, für ihr Leben zittern mußten. Am 23. März 1801 iſt Paul I. ermordet worden, worauf ſich die ganze politiſche Conſtellation veränderte.

Zwei Tage nach dem Tode des Kaiſers machte die neue ruſſiſche Regierung friedliche Eröffnungen an England. Es verſteht ſich, daß von jener Ueberlaſſung Hannovers an Preußen nicht mehr die Rede ſein konnte. Noch an demſelben Tage, an welchem Paul ermordet wurde, hatte das preußiſche Cabinet an die Engländer eine nicht eben freundſchaftlich lautende Note erlaſſen, worin es erklärte: der Staat befinde ſich in der Nothwendigkeit, die Mündungen der Weſer und Elbe zu beſetzen. Zunächſt geſchah das jedoch auf eine Weiſe, daß der Handel mit England nicht geradehin unterbrochen wurde. Ein eigentliches Mißverſtändniß mit England wurde dadurch nicht herbeigeführt. Der Beſetzung von Hannover wurde in den Unterhandlungen kaum gedacht; der engliſche Miniſter bezeichnete ſie als eine für England fremde Angelegenheit.

Auch auf Franken wirkte die in Rußland eingetretene Staatsveränderung zurück. So ganz ſicher war man ſchon der Beiſtimmung des Kaiſers Paul nicht geweſen. Die neue ruſſiſche Regierung erklärte am 6. Mai: vor Allem müſſe man die Meinung

des ersten Consuls erfahren, so daß eine Besitznahme, die eventuell gegen Frankreich gerichtet sein konnte, von der Einwilligung der französischen Regierung abhängig gemacht wurde.

Oesterreich, mit dem Napoleon Bonaparte wieder in freundschaftlichem Verhältnisse stand, war, wie sich denken läßt, eifrig dagegen. In Paris, wohin nun die Verhandlungen verlegt wurden, machte sich aufs neue der Einfluß von Ludwig Cobenzl, der dahin gegangen war und mit Joseph Bonaparte in enger Verbindung stand, bemerkbar. Das Landhaus des letzteren, Morfontaine, wird als der Sitz mannichfaltiger Intriguen bezeichnet. Cobenzl verhandelte hauptsächlich über die Sache des Großherzogs von Toscana. In Folge einer Abkunft mit Spanien verwandelte Bonaparte das Großherzogthum in ein Königreich Etrurien, womit er den Prinzen Ludwig von Parma, welcher Schwiegersohn des Königs von Spanien war, ausstattete. Alle Anträge, welche Cobenzl auf eine Entschädigung des Großherzogs in Italien, etwa durch die Legationen, machte, wurden zurückgewiesen [1]); es blieb dabei, daß der Großherzog durch Salzburg, Berchtesgaden, Passau und, inwiefern das nicht zureiche, durch einen Theil baierischen Gebietes entschädigt werden sollte. Das kurpfälzische Haus, welches unter allen Umständen erhalten werden müsse, sollte auf Franken angewiesen werden.

Wohin das auch führen mochte, Frankreich und Oesterreich waren darüber einig, daß die von Preußen in Franken beanspruchte Ausstattung demselben nicht gewährt werden dürfe. Bereits am 24. April wurde Lucchesini vom ersten Consul aufgefordert, einen anderen Plan einzureichen. Hannover wurde nun von französischer Seite für Preußen als Compensation angeboten. Wie weit aber war das von den ursprünglichen, von Frankreich ehedem schon genehmigten Plänen entfernt! Lucchesini machte auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen den Erbländern eines mächtigen Königs und den geistlichen Fürstenthümern, wo kein Nachfolger sei, stattfinde. Haugwitz fügte hinzu, daß der Vorschlag dem Grundsatze, die Entschädigungen durch Säcularisationen zu bewirken, entgegenlaufe. Die Franzosen bestanden auf die Nothwendigkeit, Hannover miteinzubegreifen, weil sich sonst für den Großherzog von

1) Beer, Zur Geschichte der österreichischen Politik. Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 52, S. 482. Vergl.: Zehn Jahre österreichischer Politik, S. 23 und S. 31.

Toscana keine Entſchädigung finden laſſe, oder aber das pfälziſche Haus nicht behauptet werden würde. Mit Entſchiedenheit zu widerſtreben, hatte Haugwitz nicht den Muth. Er ließ ſich zu der Erklärung bewegen, daß Preußen Hannover annehmen werde, unter der Bedingung jedoch, daß England in dem Frieden mit Frankreich ſeine Einwilligung dazu gebe: wenn das nicht geſchehe, werde die Entſchädigung in Franken vorbehalten. Eine Transaction, welche die Ueberlegenheit der Franzoſen evident beweiſt und für Preußen nicht anders als nachtheilig werden konnte; denn in Franken wurde dem öſterreichiſchen und franzöſiſchen Intereſſe Raum gegeben. In Hannover trat an die Stelle einer einſtweiligen Beſetzung eine Art von Beſitznahme, die in die ſchwerſten Händel mit dem Könige von England verwickeln mußte. Ueberhaupt veränderte ſich jetzt die Lage der Dinge. Preußen beſtand, weil es ſchon ſo lange der Einkünfte aus ſeinen linksrheiniſchen Provinzen entbehre, auf eine unmittelbare Beſitznahme deſſen, was ihm als Entſchädigung zukomme, mit der Verpflichtung, es wieder herauszugeben, wenn anders darüber verfügt werde. Welch ein Unterſchied war es doch, den Umfang des Staates auf ſeine großen politiſchen Obliegenheiten zu gründen, wozu Paul I. die Hand geboten hatte, oder nur eben Entſchädigung für erlittene Verluſte zu erlangen, wozu ſich Preußen unter franzöſiſcher Einwirkung entſchloß! Aber ſo wollten es jetzt die auf dem Continent vorherrſchenden Gewalten.

Der erſte Conſul hatte den unſchätzbaren Vortheil, mit einer jeden von den drei Mächten beſondere Verhandlungen pflegen und ihr ſeine Geſichtspunkte annehmlich machen zu können. Auf Oeſterreich übte er durch deſſen Beziehungen zu Italien den größten Einfluß aus; mit dem ruſſiſchen Geſandten wurden eingehende Unterhandlungen über eine allgemeine Pacification gepflogen, deren wir weiter gedenken werden; die Verabredungen über Deutſchland bildeten einen Theil derſelben. Aus dieſen Berathungen iſt der Beſchluß hervorgegangen, Würtemberg und Baden zu Kurfürſtenthümern zu erheben. Für Baiern war der erſte Conſul ſchon ſelbſt verpflichtet. Gegen Abtretung der überrheiniſchen Provinzen ſagte er ihm Entſchädigungen zu, die, möglichſt wohlgelegen, die Verluſte der letzten Kriege aufwiegen könnten. Erneuerten Zumuthungen Oeſterreichs begegnete er mit der Erklärung, Baiern dürfe kein Dorf verlieren. Wohin ſeine Abſichten in Bezug auf den deutſchen Norden gingen, ſieht man aus ſeinem Vorſchlag, die weſtfäliſchen Ge-

biete, die der Säculariſation unterlägen, an die Herzoge von Mecklenburg zu übertragen, die dagegen ihre alten Fürſtenthümer an Preußen aufgeben würden: wie Baiern gegen Oeſterreich, ſo würde ihm dann dieſe neue Gründung gegen Preußen gedient haben. Aber König Friedrich Wilhelm III. wollte ohne die Einwilligung der Herzoge in nichts eingehen, und dieſe verweigerten dieſelbe mit Entſchiedenheit. Oft wiederholte Bonaparte, daß er mit Preußen in freundſchaftliche Verhältniſſe zu treten gedenke; in den Verhandlungen kamen jedoch Momente bitterer Verſtimmung vor. Der König beklagte ſich in den Tuilerien, daß man ihm weder Franken noch auch Weſtfalen gönne. Es war der Moment, in welchem der geheime Vertrag vom 5. Auguſt 1796 — der erſte Conſul konnte ſich der allgemeinen Verpflichtung, die darin lag, nicht entziehen — einen reellen Werth bekam. Preußen hatte einen tractatenmäßigen Anſpruch auf die Vermittlung Frankreichs, um zu einer genügenden Entſchädigung zu gelangen. Am 23. Mai 1802 kam es zu einem Vertrage zwiſchen Frankreich und Preußen, ohne unmittelbare Betheiligung Rußlands, das aber ſpäter beiſtimmte. Preußen erhielt Paderborn, Hildesheim, einen Theil von Münſter, Eichsfeld, Erfurt, die Abteien Elten, Eſſen und Werden. Eine bloße Entſchädigung war das nicht; es ſchloß eine für die deutſchen Verhältniſſe nicht unbedeutende Vergrößerung ein: ſie betrug 400,000 Unterthanen. Das Princip der Säculariſation, auf welches der preußiſche Staat ſeit dem großen Kurfürſten gegründet war, kam ihm nochmals zugute. Die Ausſtattung des Hauſes Oranien mit Fulda, Corvey und anderen Beſitzungen ſollte ihm dereinſt ebenfalls zufallen. Der Vertrag iſt beſonders dadurch bedeutend, daß er die norddeutſchen Erwerbungen Preußens in Verbindung mit denen des Hauſes Oranien feſtſetzt und die ſofortige Beſitznahme derſelben gutheißt, wogegen Preußen in alles einwilligt, was der erſte Conſul in Italien unternommen hat. An und für ſich hatten dieſe Angelegenheiten nichts miteinander zu ſchaffen: ihr Zuſammenhang liegt darin, daß der erſte Conſul ſie beide umfaßte und Zugeſtändniſſe in Italien zur Bedingung einer erträglichen Abkunft in Deutſchland machte. Er beſaß bereits die überwiegende Autorität in den alten Reichsgebieten dieſſeit und jenſeit der Alpen.

Ein Act dieſer Autorität war es, daß die Anſprüche des preußiſchen Hofes auf die fränkiſchen Bisthümer abgelehnt wurden und Baiern auf dieſelben angewieſen ward: den Tag nach Abſchluß des

preußiſchen Vertrages wurden die Bisthümer dem Kurfürſten von Baiern zugeſprochen. Für die Stellung des preußiſchen Staates eine unendlich wichtige Beſtimmung. Die ganze Direction, welche derſelbe bisher zur Gründung einer ſelbſtändigen Macht in Oberdeutſchland genommen, wurde damit zurückgedrängt, jene große Poſition zugleich gegen Oeſterreich und Frankreich, die man zu erlangen gehofft hatte, aufgegeben; dagegen wurde der norddeutſche Charakter des brandenburg-preußiſchen Staates beſtätigt und verſtärkt.

Die beſonderen Transactionen wurden nun auch maßgebend für die deutſche Reichsverfaſſung. Von den geiſtlichen Kurfürſtenthümern wurde nur eines, das mainziſche, gerettet, aber auf eine neue territoriale Grundlage baſirt: es ſollte die Direction der allgemeinen Reichsgeſchäfte auch fortan führen. An die Stelle der beiden anderen geiſtlichen traten zwei neue weltliche Kurfürſtenthümer, Würtemberg und Baden, die beide aus den Spolien der Reichsſtädte und Abteien zu einem anſehnlichen Beſtand erhoben wurden, ähnlich wie die beiden Heſſen. Das Reich ſollte dergeſtalt auch fortan beſtehen.

Der zwiſchen den Mächten und den wichtigſten weltlichen Reichsſtänden vereinbarte Plan wurde nun der Reichsdeputation vorgelegt und im Allgemeinen und Ganzen angenommen, unter Vorbehalt der Erledigung von Reclamationen, die ſich erwarten ließen. Der Kaiſer erklärte ſich dagegen; aber die Drohung ſelbſt mit einer bewaffneten Intervention von franzöſiſcher Seite und die Berückſichtigung einiger beſonderen öſterreichiſchen Anſprüche, die aus der Entſchädigung Toscanas und Modenas entſprangen, bewogen ihn, zu accediren. Hierauf kam zwiſchen der Reichsdeputation, dem kaiſerlichen Bevollmächtigten und den vermittelnden Miniſtern eine neue Redaction, die vierte des urſprünglichen Entwurfes, zu Stande; ſie bildete den Reichsdeputations-Hauptſchluß, der am 25. Februar 1803 der Reichsverſammlung übergeben und von derſelben angenommen wurde; im April erhielt er Geſetzeskraft. Der Reichstag hatte an demſelben doch nur einen formellen Antheil; alle weſentlichen Beſtimmungen waren zwiſchen den vermittelnden Mächten und den betheiligten weltlichen Fürſten feſtgeſetzt worden: es war mehr eine europäiſch-deutſche als eine deutſche Transaction.

Der erſte Blick zeigt, welch einen Zuwachs an Macht der erſte Conſul dadurch erhielt. Er hatte Preußen dahin gebracht, ſich mit

einer für seine Ansprüche in der That nicht ausreichenden Entschädigung zu begnügen; er nöthigte jetzt Oesterreich, die Festsetzungen anzunehmen, die er mit den anderen Mächten getroffen hatte. In Italien gewann seine Macht eine neue Befestigung, indem auch Oesterreich sich dazu verstand, die von ihm getroffenen Einrichtungen anzuerkennen. In Deutschland erwarb er sich durch seine Fürsorge für Baiern einen Bundesgenossen, der ihm bei den folgenden Verwickelungen von dem größten Werthe sein mußte.

Für Preußen selbst war es eine der wichtigsten Angelegenheiten, sich mit dem vergrößerten und verstärkten Baiern auseinanderzusetzen. Hiebei tritt Hardenberg wieder hervor. Die Absicht des Ministers war, wie wir wissen, immer dahin gegangen, Franken zu einem der vornehmsten Stützpunkte der preußischen Monarchie zu erheben: Hessen, Sachsen, Baiern sollten sich um Franken gruppiren, um ein Gegengewicht gegen Oesterreich zu bilden. Im Jahre 1800 hatte Hardenberg noch an der Hoffnung festgehalten, Bamberg und Würzburg in die Hände des Hauses Oranien übergehen zu sehen. Auf das tiefste betraf ihn, daß die Bisthümer nun doch für Pfalzbaiern bestimmt wurden. Nicht allein wurden seine, auf die Größe Preußens abzielenden Pläne dadurch vernichtet; er sah sich in alledem eingeengt und bedroht, was er in den Fürstenthümern unternommen hatte. In Berlin, wohin er sich im October 1801 begab, stellte er vor: unter solchen Bedingungen würde Franken zu einer Last für die Monarchie werden und dazu dienen, sie zu compromittiren; der Kurfürst von Baiern würde Herr des Mainstromes und der großen Handelsstraße werden und alle Ansprüche seines Hauses geltend machen: die wenig zusammenhängenden fränkischen Besitzungen müßten, einem mächtigen Baiern zur Seite, vollends ihren Werth verlieren. Die guten Gesinnungen des damaligen Kurfürsten würden, so sagt Hardenberg, wenig bedeuten bei dem feindseligen Geist, der seine Regierung gegen Preußen beseele. Die fränkischen Markgrafthümer würden der Spielball der Politik werden. Um Franken einigermaßen behaupten zu können, hielt er den Besitz von Nürnberg, Windheim, Schweinfurt, Rothenburg für nothwendig. Durch Austausch mit Baiern sollte dem Territorium, welches die nördlichen Districte von Franken umfassen würde, während die südlichen an Baiern fielen, ein allenfalls haltbarer Bestand gesichert werden. Namentlich müsse der Main und die große Straße von Nürnberg nach Frankfurt in preußischen Händen bleiben.

Der Plan schien vortheilhaft und erreichbar; aber König

Friedrich Wilhelm III. konnte nicht zur Genehmigung deſſelben bewogen werden, weil er treue Unterthanen, von denen er ſo viele Beweiſe der Hingebung erhalten hatte, nicht gegen andere vertauſchen mochte. Auch einen zweiten, bei weitem weniger umfaſſenden Plan, welchen Hardenberg zu dem Zwecke entwarf, um den Fürſtenthümern ein geſichertes Daſein zu verſchaffen, wies der König zurück, weil auch dieſer auf Austauſchungen beruhte, die er mißbilligte: denn in alle dem Wechſel von Compenſationen hielt König Friedrich Wilhelm III. noch immer an der legitimiſtiſchen Idee feſt — legitimiſtiſch vom Standpunkte des Fürſten —: daß eine innere Verbindung zwiſchen ihm und ſeinen Unterthanen beſtehe. Wie er ſich aber auch ſträubte, auf ſolche Vorſchläge einzugehen, ſo war es doch nicht vollkommen zu vermeiden. Es blieb zuletzt nichts übrig, als ein Austauſch der in dem baieriſchen Territorium enclavirten preußiſchen Gebietstheile, um zu einem einigermaßen genügenden Reſultat zu gelangen. Hardenberg entwarf demgemäß einen dritten Plan, der zum definitiven Vertrage vom 30. Juni 1803 geführt hat.

Fünftes Capitel.

Friede von Amiens und deſſen Bruch.

Der Vortheil, den Preußen aus dem Vertrage zog, war ein territorialer, kein politiſcher; denn in dem Einfluß auf das deutſche Reich beſtand in alter Zeit und auch wieder in der neueſten ſeine Macht. Eine große Stellung entſprang aus der Hegemonie Preußens in den deutſchen Angelegenheiten, dem Kaiſerthum, mit dem man gleichwohl verbunden blieb, gegenüber. Mit dem Ruin des alten Reiches war dieſe Stellung fürs erſte vernichtet. Man hatte einem Einfluß Raum gegeben, der ſich nun über einen großen Theil der deutſchen Gebiete erſtreckte und alle Tage weiter um ſich griff. Frankreich hatte nicht allein das linke Rheinufer in ſeine Hand gebracht; durch die Nothwendigkeit der Entſchädigungen, die daraus entſprangen, kam es zu einem beherrſchenden Einfluß über das deutſche Fürſtenthum, welche ihm gleichſam ſeine verſtärkte Exiſtenz verdankte. Welche Selbſtändigkeit konnten die kleineren Staaten in Anſpruch nehmen, deren territoriale Abgrenzung von der Gunſt oder Ungunſt der Tuilerien abhing? Und auch die beiden größeren Staaten verdankten die Stellung, die ſie einnahmen, der zwiſchen ihnen häufig ſchwankenden Gunſt oder Ungunſt des erſten Conſuls. Wie ließ ſich da an eine Vereinigung aller, unter welcher Form auch immer, und an die ſtolze Selbſtändigkeit denken, die einſt im deutſchen Reiche machtvoll repräſentirt worden war! Man konnte vielleicht hoffen — in dem preußiſchen Cabinet hat man wirklich dieſe Hoffnung gehegt —, bei der Fortdauer des Friedens ſich innerlich zu conſolidiren. In der That trat im Jahre 1802 und 1803 ein Moment der Ruhe ein. Die Kataſtrophe des Kaiſers Paul übte einen entſcheidenden Einfluß auf alle großen Angelegenheiten aus, wie es ja nicht anders ſein konnte, da er ſie alle umfaßte. England wurde dadurch eines gefährlichen Feindes entledigt, Frank-

reich eines Verbündeten beraubt, der ihm in dem Kampfe gegen England noch ſehr nützlich hätte werden können. Den Franzoſen wurde die Ausſicht, ihren Krieg mit England in demſelben großen Style auszuführen, wie ſie ihn begonnen hatten, vollends entriſſen. Man darf vielleicht behaupten, daß die erſte Epoche der Revolutionskriege damit zu Ende ging; denn ihren Charakter hatten dieſelben durch die immer fortgehende maritime Feindſeligkeit zwiſchen England und Frankreich empfangen. Die Franzoſen waren im Nachtheil, als Bonaparte den Gedanken faßte, die Engländer durch eine orientaliſche Unternehmung zu Grunde zu richten. Mit dieſem Plane war der Mann des Jahrhunderts doch völlig geſcheitert. Aegypten war unhaltbar; er mußte ſich entſchließen, es der Türkei zurückzugeben. Eine große Expedition, die er im Frühjahr 1801 beabſichtigte, konnte er nicht ins Werk ſetzen.

Da nun auch der Gegenſatz vernichtet wurde, welchen England in der nordiſchen Allianz gegen ſeine Seemacht fand, ſo blieb für den erſten Conſul nichts übrig, als das maritime Uebergewicht von England anzuerkennen. Die beiderſeitigen Intereſſen ergeben ſich aus der Anfrage, welche bereits im Juni 1801 an die engliſche Regierung gerichtet wurde: ob dieſe, wenn ihre in Oſtindien getroffenen Einrichtungen und Beſitznahmen anerkannt würden, einzuwilligen geneigt ſei, daß im Mittelmeer und in Amerika der Zuſtand wiederhergeſtellt werde, der vor dem Kriege beſtanden habe. Die Engländer acceptirten das erſte: ſie ſollten Ceylon behalten, das ſie von den Holländern erobert hatten; in Amerika beſtanden ſie darauf, daß ihnen Trinidad verbleiben müſſe, welches ſie den Spaniern entriſſen hatten. Eben darin lag der große Erfolg des Krieges, daß nicht allein Frankreich, ſondern auch die Verbündeten deſſelben zur See überwältigt worden waren; ein Uebergewicht, welches nun auf immer fixirt werden ſollte. Die Hauptfrage betraf das Mittelmeer. England war bereit, Mahon zurückzugeben; aber es weigerte ſich, Malta den Franzoſen einzuräumen. Man kam überein, daß es dem Johanniter-Orden wiedergegeben werden ſolle, der ſich fortan den urſprünglichen Pflichten der Krankenpflege zu widmen habe. Die Malteſer ſollten für dieſelbe eine internationale Beſtimmung erhalten. Die Befeſtigungen der Inſel ſollten geſchleift werden. Auf dieſer Grundlage kam es bereits am 1. October 1801 zum Abſchluß der Präliminarien, die dann den allgemeinen Frieden ankündigten, da die Hauptdifferenz damit ausgeglichen zu werden ſchien. Die Franzoſen gaben Aegypten auf;

die Türkei ſollte in ihrer Integrität erhalten werden; die ſieben Inſeln ſollten eine unabhängige Republik bilden; die Franzoſen verpflichteten ſich, Neapel und den Kirchenſtaat zu räumen. Der großen anderweiten Beſitzergreifungen der Franzoſen iſt dabei nur inſofern gedacht worden, als die Engländer ein Recht darauf gründeten, auch ihrerſeits ſich zu vergrößern.

Mit dieſer Transaction und der großen Ausſicht auf den allgemeinen Frieden, den ſie eröffnete, hing nun auch die Verhandlung zuſammen, die damals zwiſchen Frankreich und Rußland gepflogen wurde — denn in offenbarem Widerſtreit mit England würde Rußland nicht darauf eingegangen ſein — und die zu den weltumfaſſenden Verträgen vom 8. und 11. October 1801 führte. Das Bedürfniß der Verſtändigung zwiſchen Frankreich und Rußland beruhte auf der allgemeinſten Beziehung der großen Politik, darauf nämlich: daß Rußland noch immer die Sache der Bourbons gegen die aus der Revolution hervorgegangenen Gewalten von Frankreich führte, Frankreich aber die Sache der Polen. Beide Reiche fürchteten die Regung der Emigranten: Rußland die der polniſchen, Frankreich die der franzöſiſchen. Man erſtaunt, daß nach allen Veränderungen und Niederlagen die franzöſiſche Emigration noch ein Gegenſtand der Beſorgniß für eine ſo ſtark organiſirte Regierung, wie die des Conſulates war, bildete. Es waren auch nicht mehr die Condé und Artois von ehedem und der ausgewanderte franzöſiſche Adel in ihrem Gefolge, was dem erſten Conſul Beſorgniß erweckte, ſondern nur die Exiſtenz einer Anerkennung des nächſten Erben aus dem alten Hauſe Bourbon. Wollte man den Moment angeben, in welchem der Gedanke Bonaparte's, ſich ſelbſt zu einem erblichen Fürſtenthum, dem franzöſiſchen Kaiſerthum, zu erheben, zu Tage kam, ſo lag er in dieſem Artikel ſeines Vertrages [1]): denn ungeheuer war es doch, was er dagegen fallen ließ, die Einwirkung auf Polen zum Nachtheil von Rußland, wenigſtens für den Moment. Die antiruſſiſche Tendenz zu Gunſten Polens, die ſeit 1793 grundſätzlich feſtgehalten worden war, wurde von dem erſten Conſul aufgegeben. Eine principielle Oppoſition zwiſchen Rußland und Frankreich exiſtirte hierauf nicht mehr. Dem Vertrage vom 8. October 1801, in welchem dies

1) Im dritten Artikel des Vertrages vom 8. October heißt es: tout sujet de l'une des puissances qui, en séjournant dans les États de l'autre, attenterait à sa sûreté, sera de suite éloigné dudit pays et transporté hors des frontières, sans pouvoir, en aucun cas, réclamer la protection de son gouvernement.

ausgeſprochen wurde, folgte bereits am 11. ein anderer mit geheimen Stipulationen, die ſich auf die vorliegenden Intereſſen bezogen. Wir haben derſelben, inwiefern ſie auf die Neugeſtaltung des deutſchen Reiches Einfluß hatten, bereits kurz erwähnt. Nicht minder wichtig aber waren die Verabredungen, welche das ſüdliche Europa betrafen. Rußland verſprach ſeine guten Dienſte zur Pacification Frankreichs und der Türkei. Die ſieben Inſeln, welche einſt zu Venedig gehört hatten, wurden für unabhängig erklärt. Fremde Truppen ſollte es darin fortan nicht geben. Dem Könige von Neapel, der als der Verbündete Kaiſer Alexanders bezeichnet ward, wurde die Integrität ſeiner Staaten von Frankreich zugeſtanden; er ſollte fortan eine neutrale Macht bilden. Rußland verſprach ſeine guten Dienſte, damit dieſe Neutralität von England und der Türkei anerkannt würde. Zur Räumung des Königreiches Neapel waren einige tranſitoriſche Beſtimmungen getroffen, im Zuſammenhang mit der Vollziehung der Evacuation Aegyptens durch die Franzoſen. Für Sardinien wurde eine freundſchaftliche Abkunft in Ausſicht geſtellt, Berückſichtigung ſeiner Intereſſen, inwieweit das mit dem beſtehenden Zuſtande verträglich ſei. Man dachte den allgemeinen Frieden zu Stande zu bringen unter dem Geſichtspunkte, daß ein gerechtes Gleichgewicht in den verſchiedenen Erdtheilen hergeſtellt und die Freiheit der Meere conſervirt werde. Auch aus dieſen Worten geht hervor, wie ſehr Alles auf dem Verhältniſſe zu England beruhte; es war eine Idee Bonaparte's, eine unmittelbare commerzielle Verbindung zwiſchen dem ſüdlichen Frankreich und Rußland herzuſtellen durch das ſchwarze Meer. Auch zögerten die Engländer nicht, einen Friedensbevollmächtigten nach Frankreich zu ſchicken. Anfang Januar 1802 wurden die Conferenzen in Amiens eröffnet. Nachdem die Präliminarien angenommen waren, gab es nur noch eine Frage von Bedeutung, die Beſtimmung über Malta. Die Schwierigkeit lag beſonders darin, daß die Inſel dem Orden wieder eingeräumt werden ſollte. Aber Bonaparte fürchtete, daß dabei die Emigranten Berückſichtigung finden würden. Aus dieſem Grunde hauptſächlich wurde feſtgeſetzt, daß es weder von engliſcher noch franzöſiſcher Seite eine Zunge geben ſolle, alſo auch kein Franzoſe zum Großmeiſterthum befördert werden könne [1]).

---

1) en conséquence d'un des articles, où il est dit que les Français ni les Anglais n'auront de langue, on ne pourra prendre pour grand maître aucun natif Français. Cette réserve est spécialement pour les

Denn der Gedanke hatte ſich geregt, dieſe Würde, die durch den Tod Pauls I. vacant geworden ſei, ſogar an einen Bourbon zu übertragen. Der erſte Conſul erklärte, daß die Emigranten Franzoſen ſeien, dem Princip gemäß, das einſt bei der Emigration ſelbſt aufgeſtellt worden war. Wenn nun der König von Neapel 2000 Mann zu der Beſetzung Malta's herbeiſenden ſollte, ſo beſtand der erſte Conſul auf den ausdrücklichen Zuſatz, daß der König nur Eingeborene ſeiner Staaten dazu verwenden dürfe. Er gab immer die Beſorgniß, daß Malta in die Hände der Emigranten falle, kund. Die Abſicht, die Inſel in ein großes Hoſpitaliter-Inſtitut zu verwandeln, fand bei den Engländern keinen Beifall; um der Unabhängigkeit der Inſel ſicher zu ſein, verlangten ſie beſſere Präcautionen, die dann in einer Reihe von Artikeln feſtgeſetzt wurden, ein Arſenal, wie man geſagt hat, für künftige Feindſeligkeit. Der Abſchluß des Friedens auf dem Stadthauſe von Amiens (27. März 1802) war ſo feierlich wie möglich; denn man wollte damit der Welt imponiren; — jedoch ließ ſich ſchon in jenem Momente nicht erwarten, daß er beſtehen würde. Nicht als ob die Uebereinkunft in ſich etwas Unmögliches enthalten hätte; aber indeß war ein Ereigniß eingetreten, welches die friedliche Abkunft, die man hatte gründen wollen, wieder unterbrach.

Die cisalpiniſche Republik hatte, indem ſie den Namen einer italieniſchen annahm, den erſten Conſul von Frankreich zu ihrem Präſidenten erklärt (26. Januar 1802). Bonaparte hat geſagt: die innere Anarchie und der Einfluß von Oeſterreich habe dieſen Schritt veranlaßt. Wie dem auch immer ſei, er ſchuf eine Verbindung der beiden Republiken, an deren Spitze er ſtand, welche die Unhaltbarkeit des ſo eben gegründeten Zuſtandes auf das deutlichſte ausſprach: denn man rechnete bisher noch auf die Möglichkeit einer unabhängigen Entwickelung der italieniſchen Republiken und Fürſtenthümer; aber durch dieſen Act wurde die Geſammtmacht Italiens und Frankreichs in eine Hand vereinigt. Bonaparte hatte damals einen Infant von Spanien, noch ein Kind, zum Könige von Etrurien erhoben. Die ſubalpiniſchen Provinzen wurden durch die neue Ordnung der Dinge ohne alle weitere Entſchädigung des Königs von Sardinien in die Republik einbegriffen.

Bourbons, puisque l'on dit qu'il entre dans les vues de l'Angleterre de placer un Bourbon grand maître. Napoléon à Joseph, 21 mars 1802 in: Mémoires et Correspondance du roi Joseph. I, S. 223.

Vor Aller Augen erhob ſich der franzöſiſchen Republik zur Seite, die alle Tage mehr die Geſtalt eines Reiches annahm, eine italieniſche Macht, die mit der erſten faſt ununterſcheidbar vereinigt wurde. Wenn die übrigen Mächte fürs erſte keinen Widerſpruch erhoben, ſo geſchah das, weil ſie zu ſchwach oder mit den Franzoſen in dieſem Augenblicke zu eng verbunden waren. In England bildete es eine der vornehmſten Schwierigkeiten bei dem Abſchluß des Friedens; in den letzten Stadien der Verhandlung iſt davon die Rede geweſen. England erklärte ſich bereit, das Königreich Etrurien, die italieniſche und die vor kurzem ins Leben gerufene liguriſche Republik anzuerkennen, wenn dem Könige von Sardinien eine Entſchädigung, ſei ſie auch noch ſo gering, zu Theil werde. Darauf antwortete der erſte Conſul: an der Anerkennung der italieniſchen und der liguriſchen Republik wie des Königreiches Etrurien liege ihm nichts [1]); er wolle dieſelbe nicht durch Conceſſionen an den König von Sardinien verkaufen. In dieſem wichtigen Punkte war alſo kein Einvernehmen erzielt. Und nimmermehr könnte man ſagen, daß dies ohne Einfluß geweſen ſei. Der erſte Conſul behauptete: da es an der Einwilligung Englands in den in Oberitalien eingerichteten Zuſtand mangele, ſo ſei überhaupt der Friede auf dem Continent nicht geſichert; man dürfe ſich über die militäriſche Haltung, die er beobachte, nicht wundern. Nicht minder wirkte es, daß die franzöſiſchen Emigranten eben ſo viele Protection in England nach dem Frieden fanden, wie vor demſelben. Bonaparte klagte: man gewähre dort einer Anzahl rebelliſcher Biſchöfe Unterſtützung, nicht minder auch Häuptlingen unmoraliſcher Haltung wie Georges; man habe ſeine Geſandten zugleich mit Männern, welche mit den altbourboniſchen Ordenszeichen erſchienen ſeien, zu Gaſtmählern eingeladen; der Graf Artois habe bei der Revue eines Regimentes den Orden einer Monarchie getragen, die man in England nicht mehr anerkenne. Noch vor Ende des Jahres erklärte er, es gewinne das Anſehen, als ſei man mehr im Waffenſtillſtande mit England als im wirklichen Frieden. Er war in Beſorgniß vor den überſeeiſchen Intriguen; in einer Anzahl italieniſcher Hafenplätze, Ancona, Genua, Neapel, Livorno, meinte er die widrigen Einwirkungen engliſcher Agenten wahrzunehmen. In große Aufregung

1) Thiers, Histoire du consulat et de l'empire III, 327. Quant à la reconnaissance de la République italienne, de la République ligurienne et du royaume d'Étrurie, Napoléon déclara qu'il s'en passerait, et qu'il ne l'achèterait par aucune concession faite au roi de Piémont.

verſetzten ihn die feindſeligen Artikel der engliſchen Journale; er mußte erfahren, daß denſelben durch diplomatiſche Verhandlung nicht beizukommen war. Gerade an dieſem Punkte zeigte ſich der Gegenſatz der Geſetzgebung der beiden Länder; die Anforderungen, die man franzöſiſcherſeits zur Zügelung der Preſſe ſtellte, konnten nicht anders als die Aufregung in England ſteigern. Der Friede von Amiens wurde gerade in dem wichtigſten Punkte, den er betraf, niemals ausgeführt. Die Garantie der über Malta getroffenen Feſtſetzung kam niemals zu Stande [1]); namentlich nahm Rußland Anſtand, ſeine Einwilligung dazu zu geben. Die Engländer, die nichts verſäumt hatten, um ſie zu Stande zu bringen, ſchrieben das der Einwirkung des franzöſiſchen Miniſteriums zu. So geſchah das Entgegengeſetzte: indem man die Räumung von Malta erwartete, ließ die engliſche Regierung ihren dortigen Truppen den Befehl zugehen, daſelbſt zu bleiben. Schon hatte der Friede überhaupt in der Nation offene Mißbilligung erfahren. Man zog in Betracht, daß die Plätze, die man den Franzoſen zurückgegeben habe, ebenſo viele Angriffspunkte auf die britiſchen Beſitzungen zu bilden fähig ſeien. Malta, an das ſich die Oberherrſchaft der Engländer in dem Mittelmeere knüpfte, wollten ſie nicht einer neuen Beſitznahme durch die Franzoſen ausſetzen. In die Conteſtationen hierüber traf die Mediationsacte (19. Februar 1803), durch welche die Schweiz zwar in ſich ſelbſt pacifizirt, aber zugleich von Bonaparte abhängig wurde: ein Eingriff in die Unabhängigkeit der europäiſchen Staaten, der die größte Aufregung in England verurſachte. Der erſte Conſul rechtfertigte ſein Verfahren damit, daß er die Schweiz nicht wie einſt Jerſey zum Mittelpunkt antifranzöſiſcher Umtriebe werden laſſen wollte. Von Malta, ſagte er, die Engländer daſelbſt zu ſehen, ſei ihm ſo widerwärtig, als wenn ſie in der Vorſtadt St.-Antoine wären. Alles ließ ſich zu einem neuen Kampfe an, für welchen ein Schreiben Talleyrands an den franzöſiſchen Geſchäftsträger in England gleichſam ein Programm von weiteſtem Umfang enthält.

Mancherlei Gründe werden darin angeführt, weshalb Frank-

1) In dem § 6 des Artikels 10 des Vertrages war beſtimmt worden: L'indépendance des îles de Malta, de Gozo et de Comino, ainsi que le présent arrangement sont mis sous la protection et la garantie de la France, de la Grande-Bretagne, de l'Autriche, de la Russie, de la Prusse, de l'Espagne, und weiter in § 8: les Puissances désignées seront invitées à accéder aux présentes stipulations.

reich die Feindſeligkeit von England nicht zu fürchten brauche: ſie ſind nicht ſehr einleuchtender Art; aber ſie enthalten einen großen Gedanken. Man würde, ſagt Talleyrand, die franzöſiſche Küſte blokiren; allein in demſelben Augenblicke würde England ſelbſt blokirt ſein: die Küſten von Norddeutſchland, Flandern, von Portugal, Italien bis nach Otranto würden von franzöſiſchen Truppen beſetzt werden; die Länder, von denen man Frankreich Schuld gebe, es übe über dieſelben eine Herrſchaft aus, würden in franzöſiſche Provinzen verwandelt werden. Man darf wohl ſagen: der Friede von Amiens iſt eigentlich niemals recht zu Stande gekommen; denn einige der wichtigſten Differenzen blieben ungeſchlichtet, und kaum war er ſcheinbar geſchloſſen, ſo ward er auch ſchon wieder gebrochen. In dem Moment des Bruches trat dann das Continentalſyſtem in beſtimmte Ausſicht, zugleich aber auch der unmittelbare Kampf, der im Jahre 1798 vermieden worden war. Talleyrand ſagt: der erſte Conſul werde alle Transportſchiffe von Flandern und Holland an der Küſte vereinigen unter ſeiner perſönlichen Aufſicht, um 100,000 Mann nach England zu werfen. Das Imperium Galliarum, mit dem man Europa erſchrecke, werde dadurch zu Stande kommen. Aber noch mehr. Wo wolle England Verbündete finden? Gewiß nicht bei Preußen und bei Baiern, welche die Vortheile, die ihnen bei der Entſchädigung zu Theil geworden, der franzöſiſchen Einmiſchung zu verdanken haben, noch auch bei Oeſterreich, das durch die Dienſte, die es England geleiſtet, ſich ſelbſt erſchöpft habe. Wenn der Krieg auf dem Continent beginne, ſo werde Frankreich, durch England gezwungen, den Continent erobern [1]). Dieſe Projecte umfaſſen die Welt; die engliſch-franzöſiſche Zwiſtigkeit wird zugleich eine continentale: ſo wurde ſie bei den erſten Entwürfen aufgefaßt. Im März 1803 konnte Niemand mehr zweifeln, daß der Ausbruch des Krieges bevorſtehe Bonaparte ſelbſt kündigte es unter anderen auch Preußen an, welches davon ganz beſonders betroffen wurde. Haugwitz hat geſagt, er habe wohl gewußt, daß zwiſchen Rom und Carthago kein Friede beſtehen werde, aber gemeint, der Ausbruch des Krieges werde ſich ſo lange verziehen, daß indeß die Ruhe in Deutſchland und auf dem Continent geſichert ſei. Gerade in Norddeutſchland ſelbſt ſollte

1) Auszug der Depeſche Talleyrands an Otto vom 1. Brumaire bei Thiers IV, 187.

aber der Ausbruch des Krieges am unmittelbarsten empfunden werden.

Man erwartete, daß alle Anstrengungen der Franzosen auf die Seemacht gerichtet, die so oft Großbritannien gedrohte Invasion wirklich versucht werden würde. Und dahin ging, wie wir soeben sahen, die Absicht. Zugleich aber ergriff doch auch Bonaparte den Gedanken seiner Vorgänger auf dem französischen Throne, namentlich Ludwigs XV., England auch auf deutschem Boden durch Besitznahme von Hannover zu bekämpfen und dem Könige von Großbritannien, Georg III., sein deutsches Fürstenthum Hannover zu entreißen. Wenn ein solches Vorhaben aber einst den Anlaß gegeben hatte, daß Preußen mit Hannover und England gemeinschaftliche Sache machte, so konnte man das in diesem Augenblick nicht erwarten; denn über eine der wichtigsten Fragen, das Recht der bewaffneten Neutralität zur See, war Preußen selbst mit England in Streit begriffen. Was schon unter Georg II. zu einer politischen Thatsache geworden war, daß das englische Ministerium für die hannöverschen Interessen des Königs wenig und nur ungern eintrat, das setzte sich unter Georg III., der sich ja im ersten Augenblicke als nationaler König bezeichnete, noch entschiedener fort. Georg III. ließ sein Kurfürstenthum durch seine hannöverschen Minister verwalten und war nicht unzufrieden damit, wenn diese zuweilen sich den englischen Ministern opponirten. In Hannover sonderten sich die continentalen Interessen des Königs Georg von den maritimen Englands. Wir berichteten, wie die erste Besetzung Hannovers durch Preußen nicht gegen den Sinn der englischen Minister war, welche dadurch zur See und in dem allgemeinen Kampfe um so mehr freie Hand behielten. Friedrich Wilhelm III. hatte durch seine einstweilige Besetzung den Dank von England zu verdienen gemeint. Noch im October 1801 zogen sich die preußischen Truppen zurück, in einem Zeitpunkt, in dem Alles eine Wendung zum Frieden nahm. Man darf nicht verkennen, daß Preußen durch den Frieden von Lüneville in eine Position gerieth, die auf seine politische Stellung nachtheilig einwirkte. Die Demarcationslinie und die Neutralität, auf welche das bisherige System der preußischen Politik gegründet war, wurden dadurch unnütz: wenn die Versicherung, die französischen und holländischen Grenzen gegen eine Einwirkung von Deutschland her zu schützen, alle ihre Bedeutung verlor, so hörte damit auch das Recht Preußens auf,

Hannover gegen Frankreich in Schutz zu nehmen; es konnte davon um so weniger die Rede sein, da das Reich, welches ein Recht dazu gehabt hätte, in Abhängigkeit von Frankreich und in einer inneren Erschütterung begriffen war. Dagegen bildete für den ersten Consul die Besetzung Hannovers zugleich das Mittel, Deutschlands und des Continents überhaupt Meister zu werden. Den schon früher geäußerten Gedanken, den gesammten Continent England entgegenzustellen, ergriff er mit Nachdruck und Consequenz. Der preußische Hof, dem Bonaparte seine Absicht, Hannover in Besitz zu nehmen, ohne Rückhalt mittheilte, gerieth dadurch in unbeschreibliche Verlegenheit.

Darüber kann kein Zweifel obwalten, daß Preußen aus Rücksicht auf seine eigene Lage und auf Norddeutschland überhaupt die Besitznahme Hannovers nimmermehr hätte geschehen lassen sollen. Haugwitz meinte, Bonaparte werde nie zu der Besetzung Hannovers schreiten, ohne sich mit Preußen darüber verständigt zu haben. Der Gedanke lag nahe und ward in der That gefaßt, daß Preußen Hannover nochmals besetzen müsse. Darüber ist dann auch in England angefragt worden: der englische Minister Hawkesbury zuckte nur die Achseln und erklärte, daß Großbritannien und Hannover sehr verschiedene Besitzungen des Königs Georg seien. Alles spricht dafür, daß die englische Regierung der Besetzung durch Preußen sich eben so wenig jetzt entgegengesetzt haben würde, wie einige Jahre zuvor. Diese Gesinnung wurde freilich, wie man mit Bestimmtheit weiß, von dem hannöverschen Minister, der bei der Person Georgs III. fungirte, nicht getheilt; er hat sogar die Ansicht ausgesprochen [1]): eine Occupation von französischer Seite würde nur vorübergehend sein, während die preußische leicht in eine bleibende verwandelt werden könnte. Es gab jedoch in Hannover selbst auch eine entgegengesetzte Meinung, und Preußen würde wahrscheinlich zur Occupation geschritten sein, wenn die Umstände ebenso gestanden hätten, wie das erste Mal. Damals war Alles auf russischen Antrieb geschehen, und auch jetzt fragte man bei Rußland an. Aber Kaiser Alexander, noch in gutem Vernehmen mit Bonaparte und an sich bei weitem friedfertiger gesinnt, als sein Vater, rechnete noch darauf, daß sich der Friede zwischen Frankreich

1) Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. III, 710.

und England werde herstellen lassen, und nahm an der bewaffneten Neutralität, welche Preußen zu verfechten fortfuhr, geringen Antheil; da er selbst mit der Mediation zwischen den beiden großen Mächten beschäftigt war, glaubte er die Besetzung Hannovers durch preußische Truppen nicht billigen zu können, weil dabei der Ausbruch des Krieges, den er noch zu verhüten strebte, vorausgesetzt wurde[1]); er widerrieth dem Könige Friedrich Wilhelm III. eine Maßregel, durch die er seinem Ruhme Eintrag thun könne[2]). Das will wohl sagen, daß der König damit Vergrößerungsabsichten verrathen würde, die man ihm verargen könne, nachdem der Zustand Deutschlands überhaupt geordnet sei. Und in dem Könige selbst hatte die erste Besetzung, bei der man ihm eigensüchtige Absichten zuschrieb, eine unangenehme Erinnerung zurückgelassen. Er habe, sagte er, davon nur Undank und Verleumdung geerntet; er gab eine persönliche Abneigung gegen eine neue Besetzung kund. Indem aber die Mächte deliberirten, rückten die Franzosen, von Holland kommend, in der zweiten Hälfte des Mai 1803 ins Hannöversche ein, ohne Widerstand zu finden. Die Convention von Suhlingen, kraft welcher Hannover den Franzosen überlassen und die Truppen über die Elbe zurückgezogen wurden, erinnert an die von Kloster Zeven; aber der Unterschied war, daß jetzt keine Allianz zwischen Preußen und England bestand, und Friedrich Wilhelm III. Bedenken trug, Hannover für England gegen Frankreich zu vertheidigen. So geschah es, daß Hannover in die Hände der Franzosen gerieth.

Sehr empfindlich wurde man besonders dadurch berührt, daß die Franzosen Cuxhaven und Ritzebüttel besetzten, worauf dann die Engländer mit einer Sperrung der Ausflüsse der Elbe und Weser antworteten, sodaß der hanseatische und der preußische Handel die schädlichste Störung erfuhren. Daß Hannover von König Georg III. weder durch Truppen noch durch Allianzen vertheidigt wurde, war der größte Nachtheil für Preußen selbst, welches durch die Besitznahme eines so umfassenden Gebietes von Norddeutschland von Seiten der Franzosen in eine fast unhaltbare Stellung gerieth. Wie viel besser hatten die alten Welfen und die alten Brandenburger zusammengehalten, allen ihren Zwistigkeiten zum Trotz! Man

1) Ompteda, Die Ueberwältigung Hannovers durch die Franzosen. S. 73.
2) Jaloux de sa gloire, il lui déconseillait la mesure. Denkwürdigkeiten II, S. 18.

wollte damals in Wien ſogar eine gewiſſe Schadenfreude über dies Ereigniß, welches dem preußiſchen Anſehen höchſt nachtheilig war, bemerken [1]).

Die Haltung, welche Bonaparte gegen Preußen einnahm, war keineswegs eine feindſelige: die Beſetzung Hannovers, ohne Uebereinkunft mit Preußen, entſchuldigte er wohl nicht ohne Wahrheit damit, daß er die Verſtimmung Preußens erkannt und den Widerſpruch dieſer Macht nicht habe reizen wollen.

1) Bericht des Grafen Finkenſtein vom 18. Juni 1803 bei Häuſſer, Deutſche Geſchichte II, S. 467. — Von Fournier, Gentz und Cobenzl, Geſchichte der öſterreichiſchen Diplomatie in den Jahren 1801—1805 S. 77 wird ein Brief von Ludwig Cobenzl an Colloredo (vom 6. Juni 1803) citirt, in welchem merkwürdigerweiſe die oben angeführte Aeußerung des hannoverſchen Miniſters in London wörtlich wiederholt wird.

Sechstes Capitel.

Neugestaltung der preußischen Neutralität.

Vergegenwärtigen wir uns nochmals die Veränderung der Gesammtlage des preußischen Staates, die durch die französische Occupation von Hannover eintrat.

Dem Vordringen der Franzosen in beiden Niederlanden und am Rheine hatte Preußen vor einigen Jahren die Neutralität und Demarcation entgegengesetzt und dadurch, daß es bei aller Freundschaft mit den Franzosen doch deren weitere Invasion abwehrte, ein hohes Ansehen erworben. Unter der Aegide Preußens entstand ein System, durch welches das nördliche Deutschland nicht allein gesichert, sondern auch in sich selbst mehr, als bisher vereinigt wurde. Aus den Contingenten der norddeutschen Staaten wurde eine bewaffnete Macht gebildet, an deren Spitze der Herzog von Braunschweig stand; welche in der Mitte der Armeen, die miteinander schlugen, doch ein nicht geringes Gewicht besaß und die Autorität der preußischen Krone aufrecht erhielt.

Zugleich bewirkte der fortdauernde Kampf der übrigen Mächte, daß der norddeutsche Handel und damit der Wohlstand der preußischen Bevölkerung einen großen Aufschwung nahm. Es war ein System, welches Polen, die Küsten der Ostsee, vornehmlich auch die der Nordsee umfaßte und dazu beitrug, fremde Gebiete zu einer gewissen Einheit mit dem preußischen Staatswesen zu verknüpfen. Wenn man in den Conflicten der zweiten Coalition einen Augenblick versucht gewesen war, thätigen Antheil zu nehmen, so war die Absicht dabei, die genommene Stellung besonders durch die Befreiung und Herbeiziehung Hollands zu sichern; in die Entscheidung der großen europäischen Fragen einzugreifen, war man nicht gesonnen, und die Gefahr, sich in Feindseligkeiten zu verwickeln, die man nicht übersehen könne, schreckte selbst vor jenem sehr beschränkten Beginnen zurück. Man blieb bei dem System des Friedens und der Neutralität stehen, wie es einmal eingerichtet

war. Möglich aber war das nur ſo lange, als zwiſchen den kriegführenden Mächten ein gewiſſes Gleichgewicht erhalten wurde und ein Friede zwiſchen ihnen in Ausſicht blieb.

Ganz anders mußte ſich Alles geſtalten, da die Friedensunterhandlungen zu Amiens ſich zuletzt erfolglos erwieſen und der Kampf zwiſchen England und Frankreich mehr, als bisher in den Vordergrund trat und als die Hauptſache erſchien; auch die freundſchaftlichen Beziehungen, die eine Zeitlang zwiſchen Alexander und Bonaparte obwalteten, löſten ſich auf. Da trat nun die ſoeben erörterte Beſitznahme Hannovers durch die Franzoſen ein. Es war ein Akt der Feindſeligkeit gegen England, von dem aber Deutſchland und zunächſt Preußen am meiſten betroffen wurden. Jene alten Vereinbarungen, die gegen Frankreich gerichtet geweſen waren, hatten in Folge der Abkunft von Lüneville, die den allgemeinen Frieden hoffen ließ, ihre Geltung verloren; aber in demſelben Augenblick übten die Franzoſen unter anderem Schein den größten Gewaltſchritt gegen Preußen aus, der überhaupt denkbar war: ſie nahmen ein ausgedehntes Gebiet in Norddeutſchland in militäriſchen Beſitz. Der maritime Krieg zwiſchen den beiden Mächten wirkte zugleich auf Handel und Verkehr zurück: das ganze, ſeit zehn Jahren beobachtete Syſtem wurde in ſeiner Grundlage erſchüttert.

Eine Zeitlang meinte man nun mit Frankreich ſichernde Verträge abſchließen zu können, wozu Bonaparte den nächſten Anlaß gab, indem er Preußen ſeine Allianz anbot. Gewiß war das keine Heuchelei. Er hat den Grund ſelbſt angegeben, welcher darin lag, daß England möglicherweiſe doch ſich nochmals mit Oeſterreich coaliſire: dagegen wollte er mit Preußen gegen Oeſterreich und England verbündet ſein. Ob nun aber Preußen darauf eingehen ſolle, war eine Sache der ernſteſten Erwägung.

Wenn der Cabinetsrath Lombard nach Brüſſel geſchickt wurde, wo ſich Bonaparte damals aufhielt, ſo war der Zweck dieſer Sendung, von dem Machthaber ſelbſt, nicht von einem ſeiner Miniſter zu erfahren, inwiefern es demſelben mit ſeiner Anerkennung von Frieden und Freundſchaft Ernſt ſei. Es war nicht gerade eine beabſichtigte Täuſchung, wenn Bonaparte Alles anwandte, um Lombard von ſeinen friedlichen und für Preußen freundſchaftlichen Intentionen zu überzeugen, was ihm dann nur allzuwohl gelang. Seine Abſicht war von der großen Lage der Politik eingegeben; ſie bildete einen Theil des für den Krieg mit England entworfenen Syſtems, bei welchem ſich Bonaparte über alle Verträge und Con-

venienzen hinwegsetzte. So hatte er Hannover eingenommen ohne alle Rücksicht auf das deutsche Reich, zu dem es gehörte; so hatte er die Garantie, welche der Friede von Lüneville für die Unabhängigkeit der benachbarten Republiken, der italienischen sowohl wie der Schweiz und Hollands festsetzte, eigenmächtig aus den Augen gesetzt. Er hatte eine Waffe in den Händen, durch die er sich aller Rücksicht überhoben fühlte. Indem er sich gegen England rüstete, bildete er in dem Lager von Boulogne die Armee militärisch aus, so daß sie zwar England bedrohte, aber den continentalen Mächten unmittelbar furchtbar wurde. In Preußen sahen Viele die allgemeine Gefahr dieser gewaltsamen Stellung wohl ein[1]); doch gab es auch Andere, die Hoffnungen daran knüpften.

Ein Memoire Lucchesini's liegt uns vor, worin die hieraus für Preußen entstehende Frage in einem zwar unparteiischen Sinne, der aber doch zu Frankreich hinneigt, besprochen wird, mit Anmerkungen Hardenberg's, der die entgegengesetzte Richtung verfolgte, so daß dieses Actenstück eine gewisse Wichtigkeit erlangt[2]). Lucchesini geht davon aus, daß der Widerwille der Franzosen gegen das Bündniß mit Oesterreich von 1756 in Frankreich die Idee einer Allianz mit Preußen populär gemacht habe: diesem Gedanken habe Bonaparte, obwohl spät, Raum gegeben; und kein Zweifel, daß Oesterreich auch jetzt noch der Rival und Feind von Preußen sei — durch die letzten Vorgänge in Regensburg werde das bewiesen — während in der Annahme des Princips der Säcularisationen eine dem preußischen Staate durch Frankreich gemachte Concession liege. Der natürliche Verbündete von Oesterreich sei England; es habe immer gewünscht, demselben die Niederlande wieder zu verschaffen und das Stathouderat in Holland zu eigenem Vortheil herzustellen. Von den Russen dürfe Preußen keine weitere Förderung erwarten, es wäre denn, daß sie zu Unternehmungen gegen das osmanische Reich schreiten sollten: eben dies aber habe Preußen zu fürchten. Ohnehin mache es die weit überwiegende Macht der beiden Kaiserhöfe für Preußen zur Nothwendigkeit, auf Vergrößerungen zu denken, wenn es die Rolle einer Großmacht, die eigentlich über seine Kräfte gehe, durchführen wolle. Die Allianz, welche das mächtige Oberhaupt der französischen Nation dem preußischen Staate darbiete, sei allein fähig, demselben neue Gelegenheiten zu den Erwerbungen zu geben, deren es be-

1) Aus dem Nachlasse von Marwitz. I. S. 128.
2) Paris, 17 août 1803. Denkwürdigkeiten V, S. 111—132.

dürfe. Schon habe man auf franzöſiſcher Seite dem Kurfürſten von Baiern den Antrag gemacht, ſich einer Verbindung zwiſchen Preußen und Frankreich anzuſchließen. Nach der Miſſion Lombard's könne der König nicht vermeiden, eine definitive Erklärung über den ihm gemachten Antrag zu geben. Gegen Annahme deſſelben ſpreche vor Allem das Verhältniß zu Rußland: denn die Beſitznahme von Otranto und Tarent, zu der man franzöſiſcherſeits geſchritten ſei, weil England Malta zurückbehalte, laufe den Verträgen zwiſchen Rußland und Frankreich entgegen. Auch bemerke man in Rußland, daß eine Allianz Preußens mit Frankreich zugleich gegen Rußland gerichtet ſein würde. In Frankreich fürchte man, entgegengeſetzten Erklärungen zum Trotz, daß der Wiener Hof die Ideen Thugut's wiederaufnehmen, daß man Oeſterreichs nicht ſicher ſein werde, wenn man ihm nicht die Suprematie in Italien aufopfere. Würde nun Preußen ſich mit Frankreich verbünden, ſo würde Oeſterreich Bedenken tragen, ſich für England zu erklären und den Frieden des Continents zu ſtören. Wie Baiern, ſo würde auch Würtemberg, Baden, Heſſen-Caſſel ſich mit Preußen und Frankreich zu dieſem Zweck verbinden. Wohl erkenne man in St.-Cloud, daß Preußen an dem Streite zwiſchen Frankreich und England kein directes Intereſſe habe; aber man ſetze doch ein ſolches in Bezug auf die maritime Neutralität voraus. Daher ſchreibe ſich die Weigerung, in den dem Handel ſchädlichen Maßregeln eine Milderung eintreten zu laſſen. Der erſte Conſul hoffe vielmehr, es dahin zu bringen, daß auch der Sund den Engländern geſchloſſen werde und erwarte zu dieſem Zweck die Unterſtützung Preußens bei Dänemark und Rußland [1]).

Indem Lucheſini die Handlungen des erſten Conſuls erwägt, ohne ſie eben alle zu billigen, zieht er doch den Schluß, daß derſelbe geneigt ſei, die Vergrößerung der preußiſchen Monarchie zu wünſchen. Sollte es nochmals zu einem Krieg kommen, ſo biete die Verbindung der beiden größten und berühmteſten Armeen der Welt eine unermeßliche Ausſicht dar.

Vor einem Bruche mit Rußland ſchrickt auch Lucheſini zurück. Er erinnert ſich der Rückſichten, die der große Friedrich immer auf die Freundſchaft Rußlands genommen habe, und wünſcht, daß

1) Tâcher d'employer l'influence de la Prusse à Pétersbourg et son appui à Copenhague pour contrecarrer dans les deux cabinets les vues et les intérêts de l'Angleterre et parvenir même, s'il était possible, à cette clôture du Sund dont le premier Consul se montre si avide.

man auch fortan diesem Beispiel folge; aber er denkt, daß die vorgeschlagene Abkunft auch eine Reconciliation Frankreichs mit Rußland in den angedeuteten Mißverständnissen zur Folge haben werde. Gehe Preußen auf die Allianz nicht ein, so werde es sich die ganze Abneigung des ersten Consuls zuziehen. Dieser habe Lombard unumwunden gesagt: Preußen werde die Consideration verlieren, welche Frankreich im Falle einer Verbindung demselben zu verschaffen gesonnen sei; schon sehe man aus mancherlei Vorgängen, daß er sich Oesterreich nähere.

Das Memoire Luccheſini's hat insofern Werth, als es die aus dem neuen Bruche Frankreichs mit England hervorgegangenen Combinationen des ersten Consuls darstellt. Diese umfaßten Europa: alle späteren Geschicke des Continents beruhen darauf.

Einer anderen Meinung als Luccheſini war, wie berührt, Hardenberg, der jetzt wieder mehr zu den Geschäften herbeigezogen wurde; er begleitete die Denkschrift Luccheſini's mit Bemerkungen, die eine so große Tragweite nicht haben, aber den preußischen Standpunkt festhalten. Er stellt in Abrede, daß der preußische Staat dem ersten Consul bei den territorialen Festsetzungen etwas zu verdanken habe; sie seien mehr dazu angethan, Preußen in Verlegenheit zu bringen, als es zu verstärken: Bonaparte sei bei den letzten Auseinandersetzungen, wenngleich er den Grundsatz der Säculariſation annahm, doch nicht eben auf preußischer Seite gewesen. Hardenberg meint, man hätte sich, ehe die Dinge entschieden waren, zu einer Allianz mit Frankreich entschließen sollen. Europa habe dem preußischen Cabinet zu viel Ehre erwiesen, wenn es demselben ein Einverständniß mit dem ersten Consul zuschrieb. Jetzt würde es zu einem solchen, selbst bei einem Eingehen auf dessen Pläne, zu spät sein.

Daß man durch das Interesse der bewaffneten Neutralität und des Handels sich in eine Differenz mit England verwickeln lasse, mißbilligt Hardenberg: denn man sei in England keineswegs dem continentalen Handel feindlich gesinnt, und bedrohe wenigstens nicht die Unabhängigkeit Anderer, wie Frankreich. Ohne Unabhängigkeit habe Preußen auch keinen Handel. Hardenberg widerstrebte einem Bruch mit England und hatte das äußerste Mißtrauen gegen Bonaparte: wenn man sich mit ihm verbände, müsse man wenigstens sich zugleich rüsten, um ihm im Nothfalle widerstehen zu können [1]);

1) En se prémunissant contre les infractions et en préparant à s'y opposer au cas de besoin.

die wahre Präcaution ſei: ſich vergrößern, ſich verſtärken, Macht, vor Allem Macht.

Die Idee einer Allianz mit Frankreich rief, wie man ſieht, noch einmal das Gefühl der Unabhängigkeit und das Beſtreben hervor, ſie vollſtändig zu behaupten. Man hatte in Deutſchland nicht alle Hoffnung auf die Widerſtandsfähigkeit des Reiches aufgegeben, ſo beſchränkt auch das Reichsoberhaupt war. Man urtheilte, der Föderalismus ſei keine ſchlechte Verfaſſung für die innere Ruhe und Ausbildung; man könne dabei der Ariſtokratie und der Anarchie widerſtehen; die Reichsſtädte könnten glückliche Republiken ſein. Schriften wurden verfaßt und Zuſammenkünfte gehalten, in denen dieſe Gedanken näher präciſirt wurden.

Eben in dem erſten Conſul erblickte Hardenberg den gefährlichſten Gegner. Indem Hardenberg das föderaliſtiſche Syſtem annahm, ſchwebte ihm die Möglichkeit vor, unter dem Schutze der beiden großen Mächte dem deutſchen Reiche eine den Umſtänden angemeſſene Verfaſſung zu verſchaffen, die auf einem Föderativſyſtem beruhen müſſe, wobei jedem Fürſten und Beſitzer ſein Eigenthum und ſein äußerer Glanz gelaſſen, dagegen alles, was die gemeinſchaftliche Vertheidigung und die äußeren Verhältniſſe angeht, lediglich den beiden Häuptern des Bundes nach den Geſetzen und dem Zweck deſſelben, aber mit den nöthigen Mitteln und der erforderlichen Befugniß zur Vollſtreckung übertragen werden müßte.

Es war die größte deutſche Frage, welche hiebei wieder emportauchte: ob nämlich dem Einfluß von Frankreich, welches die alte Idee, den germaniſchen Körper zu beherrſchen, ſtärker als jemals gefaßt hatte, Thor und Thür eröffnet werden, oder ob es noch gelingen könne, eine Vereinigung der Reichsſtände mit den beiden deutſchen Hauptmächten zu Stande zu bringen und Deutſchland dadurch aufrechtzuerhalten. In ihrem vollen Umfang iſt dieſelbe jedoch nicht in Erwägung gezogen worden.

Vor allem Anderen blieben Unterhandlungen zwiſchen Preußen und Frankreich im Gange, deren Zweck es war, die Ausdehnung des franzöſiſch-engliſchen Krieges nach den deutſchen und nordiſchen Gebieten zu verhindern.

Ueber die norddeutſchen Angelegenheiten verſtand man ſich, wenigſtens annähernd. Hannover ſollte zwar in den Händen von Frankreich bleiben; doch erklärte der erſte Conſul, es nur behufs einer Compenſation für den künftigen Frieden zu behalten.

Er verſprach, Cuxhaven und Ritzebüttel zu räumen; nur ſolle

sich auf Weser und Elbe kein englisches Fahrzeug blicken lassen. Wenn Preußen darauf bestand, daß Frankreich die in Lüneville festgesetzte Grenze nicht überschreite, so hatte das zunächst nicht so viel zu bedeuten, weil es die Besetzung von Hannover durch die Franzosen, wenigstens mit einer beschränkten Macht, zugab. Dagegen aber stellte Bonaparte die Forderung, daß Preußen den Zustand von Italien, wie er in diesem Augenblicke nach neuen französischen Besitzergreifungen geworden war, anerkennen sollte. Preußen hatte die von Bonaparte in Cisalpinien, Toscana und Genua vorgenommenen Veränderungen anerkannt, weil sie auch von Rußland genehmigt wurden. Die politische Stellung König Friedrich Wilhelms III. hatte ihre Bedingung darin, daß Rußland und Frankreich einverstanden waren. Nach einiger Zeit aber, seit den Irrungen zwischen England und Frankreich, die dem Bruche des Friedens von Amiens vorangingen, waren auch Mißverständnisse zwischen Rußland und Frankreich ausgebrochen.

Wie der erste Consul durch seine Absicht, England überall, wo er es finde, anzugreifen, veranlaßt worden war, sich Hannovers und der Ausflüsse der Weser und der Elbe zu bemächtigen, so ward er dadurch auch bewogen, seine Gewaltherrschaft über die Abruzzen und Calabrien auszudehnen: denn sonst, meinte er, würde er dort die Einwirkung der Engländer von Malta her zu befürchten haben. Aber diese Besitznahme stand, wie schon Lucchesini bemerkt hatte, in Widerspruch mit den letzten Verträgen Rußlands, welches Neapel in seinen Schutz nahm. Der Zweideutigkeit, die in dem Artikel des Vertrages, welcher Sardinien betraf, enthalten war, wollte Rußland nicht länger stattgeben, nachdem Bonaparte den Engländern alle und jede Rücksicht auf Sardinien verweigert hatte. Es forderte nicht allein die Integrität Neapels, sondern auch die Herstellung der Unabhängigkeit Sardiniens. Der Kanzler Woronzow erklärte, selbst im Widerspruch mit einer Aeußerung des Kaisers: daß die Angelegenheiten der Republik der sieben Inseln eigentlich die Sache Rußlands seien. Russische Truppen und Schiffe wurden daselbst gehalten. Dagegen beanspruchte der erste Consul die Herrschaft über die Küste von Neapel und Sicilien.

Ein wichtiges Moment bildeten die Verhältnisse zur Pforte, welche nach und nach Partei für Frankreich nahm, von dem sie soeben mit Feindseligkeiten heimgesucht war, die ihr den Untergang hätten bringen können.

Wir müssen diese Verhältnisse, weil sie der Entlegenheit zum

Trotz doch in den Geſichtskreis der preußiſchen Politik weſentlich eingreifen, mit einem Wort erwähnen.

Dem erſten Conſul gelang es, einen beſonderen Frieden mit der Pforte abzuſchließen (25. Juni 1802), während man gemeint hatte, der türkiſche Friede ſolle bloß einen Theil der allgemeinen Pacification bilden. England zeigte hierüber eine Verſtimmung, die zu ſeinem Mißverhältniß gegen Frankreich beitrug. In dem Frieden garantirten ſich die beiden Mächte, Frankreich und die Türkei, ihre gegenſeitigen Beſitzungen. Die Pforte ging darauf ein, weil ſie, obwohl Frankreichs keineswegs ſicher, doch von den beiden anderen Mächten noch widerwärtigere Einwirkungen fürchtete.

Nachdem der König von Preußen bisher die Rolle eines Vermittlers zwiſchen Frankreich und der Pforte zur Genugthuung beider Theile erfüllt, wurde er jetzt von Bonaparte aufgefordert, die Integrität der Pforte ebenfalls zu garantiren. Darin ſchien für den preußiſchen Hof eine Demonſtration gegen die Mächte, von denen die Türkei bedroht werden konnte, England, Oeſterreich, beſonders aber gegen Rußland zu liegen: er weigerte ſich, dieſe Garantie zu übernehmen.

Die inneren und äußeren Verhältniſſe des ottomaniſchen Reiches griffen hier ineinander. Die Engländer nahmen ſich der Mameluken in Aegypten an, welche man in Conſtantinopel zu vernichten wünſchte. Die Ruſſen ſtanden mit den Griechen des Archipelagus in lebhafter, commercieller Verbindung. Großes Aufſehen erregte es, daß Sebaſtopol zu einem Kriegshafen erklärt und eine militäriſche Verbindung zwiſchen der Krim und den ioniſchen Inſeln, wo die ruſſiſche Flotte fortwährend verweilte, ins Werk geſetzt wurde. Der franzöſiſche Geſandte in Conſtantinopel machte den preußiſchen darauf aufmerkſam, daß der wachſende Einfluß Rußlands leicht zu einer territorialen Machterweiterung deſſelben führen könne. Man hielt Alexander für geneigt, wie er ja ausdrücklich erklärt hatte, er werde in die Fußtapfen Katharina's II. treten, dies auch in Bezug auf die Türkei und auf die Idee eines orientaliſch-ruſſiſchen Reiches zu verſuchen. Die von Rußland ergriffene Haltung wurde dem preußiſchen Geſandten als drohend für die Integrität des türkiſchen Reiches bezeichnet [1]). Wenn nun Preußen aufgefordert wurde, dieſe Integrität zu garantiren, ſo war dabei keineswegs von einer bloßen Formalität die Rede: man muthete ihm zu, ſich

1) Zinkeiſen, Geſchichte des osmaniſchen Reiches VII, 354. 358.

auch in den entscheidenden Punkten der allgemeinen Politik für Frankreich zu erklären. Wie die Sachen factisch standen, so wäre das eine Demonstration gegen Rußland gewesen, welche außerhalb des Horizontes des preußischen Cabinets lag. Fern davon, sich hierauf einzulassen, wendete Haugwitz seine Aufmerksamkeit nur auf die Regelung der Verhältnisse in Norddeutschland, die durch die Anwesenheit der Franzosen in Hannover in eine nicht geringe Spannung gerathen waren. Er wollte, wie er sagt, verhindern, daß infolge dieser Besitzergreifung die Wohlfahrt Preußens und die Sicherheit seiner Nachbarn gefährdet würde. In dieser Absicht hatte Lombard in Brüssel die Evacuation vom Cuxhaven und die Herstellung der Freiheit der Schifffahrt an den Mündungen der deutschen Flüsse in Antrag gebracht. Der erste Consul hatte dies zurückgewiesen: er forderte eine engere Allianz mit Preußen zu dem Zwecke, um in seinen Unternehmungen gegen England freie Hand auf dem Continent zu erhalten. Graf Haugwitz meinte, nicht darauf eingehen zu können, ohne die Theilnahme von Rußland. Seinem Sinne würde eine Verbindung mit Rußland auf der einen, mit Frankreich auf der anderen Seite entsprochen haben; dann würde man in den Stand gekommen sein, allen künftigen Usurpationen Bonaparte's eine Schranke zu ziehen. Rußland aber lehnte dies ab [1]). Preußen blieb nun auf besondere Verhandlungen mit Frankreich angewiesen. Es machte dann den Vorschlag, seine Garantie, unter der Voraussetzung, daß die französischen Truppen aus Deutschland herausgezogen würden, auf die Erhaltung des Friedens im deutschen Reiche zu beschränken. Der erste Consul wollte von einer auf Deutschland beschränkten Garantie Nichts wissen: denn eine solche würde nur Oesterreich sichern für den Fall, daß dies ihn angreife. Er sprach darüber ein paar Stunden mit Lucchesini: er verlangte eine allgemeine Garantie von Preußen, bei der es dann nicht darauf ankomme, ob sie Allianz heiße oder nicht; Frankreich werde sich begnügen, 6000 Mann in Hannover zu halten, um einst bei dem Frieden Rückgabe von Hannover als Compensation anzubieten. Im Gespräch mit Lucchesini hatte er noch weitere Eröffnungen gemacht, auf deren Grund Preußen eine Convention vorschlug, nach welcher es sich zu einer allgemeinen Garantie verstand, Frankreich aber ver-

1) Denkschrift des Grafen Haugwitz, von König Friedrich Wilhelm III. am 23. Februar 1804 an Kaiser Alexander übersandt. Denkwürdigkeiten V, S. 132.

ſprechen ſollte, über die Grenzen, wie ſie zu Lüneville feſtgeſetzt waren, nicht hinauszugehen; werde eine von den beiden Mächten im Laufe des gegenwärtigen Krieges von einer dritten angegriffen, ſo werde die eine der anderen Hülfe leiſten: Frankreich werde ſeine Truppen in Hannover auf 6000 Mann beſchränken, Cuxhaven und die Flußmündungen räumen. In Preußen glaubte man mit dieſem Antrage den äußerſten Schritt zu einem Verſtändniß gethan zu haben und erwartete um ſo mehr eine Annahme deſſelben, da früher alles das von Bonaparte ſelbſt in Vorſchlag gebracht worden war. Die Antwort zeigte, daß man ſich vollkommen getäuſcht hatte. Jetzt nahm Bonaparte nichts weiter an, als die Räumung Cuxhavens durch ſeine Truppen, erneuerte aber dagegen den Antrag auf eine Allianz, von der Oeſterreich zunächſt bedroht worden ſein würde: dann verlangte er die ſofortige Ausführung der Territorial-Beſtimmungen, die Oeſterreich noch nicht anerkannt hatte. Preußen antwortete: daß es durch Stipulationen dieſer Art ſich in einen Krieg verwickeln würde, den es zu vermeiden wünſche, zumal da Frankreich ſelbſt zu der Haltung von Oeſterreich ein Jahr lang geſchwiegen habe und, um gegen dieſelbe vorzuſchreiten, die Theilnahme des anderen Mediators nöthig wäre. Der erſte Conſul gab keinen Schritt breit nach. In die Garantieen ſollten auch die militäriſchen Occupationen inbegriffen ſein, welche ſeit dem Bruche mit England in Italien vorgenommen worden waren. Für den Norden behielt ſich der erſte Conſul vor, 25,000 Mann in Hannover zu halten, die im Nothfall auf 50,000 vermehrt werden ſollten.

Es läßt ſich kaum denken, daß er auf die Annahme dieſer Bedingungen zählte, durch welche ſich Preußen ſeiner Politik im Ganzen und nach allen Seiten hin angeſchloſſen haben würde: nach dem ſüdlichen Europa und nach dem Orient hin ſowie in Bezug auf ſeinen einſeitigen Antheil an der Durchführung der deutſchen Territorial-Veränderung, durch die es zugleich von einer verſtärkten Macht in Hannover bedroht worden wäre. Den Urſprung der Entzweiungen zwiſchen Frankreich und Preußen muß man, da die früheren beſeitigt worden waren, in dieſen Zumuthungen ſuchen. Man darf wohl dabei nicht vorausſetzen, daß die Haltung, welche Bonaparte annahm, dem Sinn der franzöſiſchen Nation entſprochen hätte. Sie hatte den erſten Conſul mit allen ihren Kräften unterſtützt, um ſich an dem Canal mit einer Macht aufzuſtellen, wie ſie noch nie beiſammen geweſen ſein mag. Gewiß iſt es ein Irrthum, ihre Anſtrengungen dem Einfluſſe der Regierung zuzuſchreiben, welche

nur eine persönliche Sache zu verfechten getrachtet habe. Der Enthusiasmus war vielmehr natürlich und wohlbegründet; die soeben wiederhergestellten Bischöfe feuerten dazu an; beide Parteien, die revolutionäre und klerikale, vereinigten sich in dieser großen Tendenz. Es war ein Wetteifer freiwilliger Anerbietungen und Leistungen zum Kriege gegen England. Als es nun aber so weit gekommen war, daß Bonaparte eine halbe Million Soldaten um seine Fahnen sah, bei denen er eine militärische Einübung in seinem Sinne durchzuführen die Zeit hatte, so fühlte er sich als der Meister von Europa.

Anfangs hatte er geglaubt, fremder Hülfe zu bedürfen; jetzt meinte er ihrer entbehren zu können. Seine Unterhandlungen waren drohend und litten keinen Widerspruch. Man hat gedacht und gesagt, Preußen hätte sich dieser Uebermacht anschließen sollen, um die Herrschaft der Welt mit ihr zu theilen. Aber es würde dann nicht allein gegen England, sondern zugleich gegen Rußland und Oesterreich sich verpflichtet haben. Ein kecker Abenteurer würde vielleicht darauf haben eingehen können, immer mit dem Entschluß, bei guter Gelegenheit zurückzutreten, aber nicht ein König, am wenigsten ein solcher, wie Friedrich Wilhelm III. war. Der hatte sich mit dem System der Neutralität und des Friedens identificirt. Er war entfernt davon, in Deutschland um sich greifen, sich mit Oesterreich entzweien zu wollen oder gar mit Rußland; mit Kaiser Alexander fühlte er sich durch persönliche Freundschaft verbunden. So wenig man auch über seine Zusammenkunft mit dem russischen Kaiser, die im Juni 1802 in Memel stattfand, durch authentische Mittheilungen erfahren hat, so leidet es doch keinen Zweifel, daß selbst ein persönliches Verhältniß gegenseitigen Vertrauens, das den Charakter der Freundschaft trug, zwischen ihnen begründet worden ist: ungewöhnlich zwischen unabhängigen Herrschern [1]).

In diesem Augenblick beruhte Alles auf einem gleichartigen Verhältniß zu Frankreich. Die zwischen Frankreich und Preußen getroffenen Verabredungen über die preußische Entschädigung wurden damals von Alexander angenommen, der selbst an dem in Deutschland ergriffenen System Antheil hatte. Man hatte in Berlin von

1) In den Aufzeichnungen von Haugwitz wird das dem König als hohes Verdienst angerechnet: Ami chaud, ami sincère, mais avant tout père de son peuple, ne fut-ce pas à Memel et au moment qu'il pressait Alexandre contre son cœur, qu'il signa son traité avec Bonaparte sans en faire d'ailleurs un secret à l'empereur?

der Fortdauer des Verſtändniſſes der drei Mächte geträumt. Wie ganz anders aber ſtanden die Verhältniſſe nunmehr! Frankreich machte dem preußiſchen Cabinet Vorſchläge, die gegen Rußland gemeint waren, ſowie gegen Oeſterreich, und die zugleich dem Syſtem des Gleichgewichts, das der König ergriffen hatte, vollkommen entgegenliefen. Doch fühlte ſich Friedrich Wilhelm III. auch nicht ſtark genug, um die Unterhandlungen abzubrechen; er hielt wenigſtens für gut, ehe das geſchah, ſich der Beiſtimmung des Kaiſers von Rußland zu verſichern.

Alexander hatte ihm einſt geſagt, im Nothfalle werde er immer auf ihn, den Kaiſer, zählen können. Der König ſchrieb ihm jetzt, er bitte um ſeinen guten Rath, mit dem Wunſche, daß er nie um mehr als einen ſolchen zu bitten veranlaßt ſein möge: dieſen Fall ſah er jedoch kommen, wie die Worte ſelbſt andeuten [1]). Die Franzoſen aus Hannover zu vertreiben, würde jetzt ein Unternehmen ſein, welches noch größeres Unglück hervorrufen dürfte. Wenn aber Bonaparte, getäuſcht in ſeiner Hoffnung, die preußiſche Politik unbedingt an die ſeine zu feſſeln, ſich dafür an der preußiſchen Monarchie direct oder indirect zu rächen ſuche, wie weit könne er, der König, in einem ſolchen Falle auf die Hülfe von Rußland und der Verbündeten deſſelben zählen. Er würde über die Geſchicke Preußens ruhig ſein, wenn er ſie mit den ruſſiſchen verbunden wiſſe [2]): auf ein Wort aus dem Munde des Kaiſers werde er mehr bauen, als auf feierliche Tractate.

Der Kaiſer antwortete hierauf am 16. März. Er verſchweigt in ſeinem Schreiben nicht, daß er die bisherige Politik Preußens nicht billige; einen eigentlichen Rath zu geben, vermeidet er; der Fall ſei ein ſolcher, in welchem Jeder nur ſelbſt ſich rathen könne. Er bemerkt jedoch: die Ehre und das wahre Intereſſe des preußiſchen Staates ſtehe auf der einen Seite, auf der anderen der Vorwurf, den es ſich werde machen müſſen, die Univerſal-Monarchie eines Mannes, der ihrer ſo wenig würdig ſei, befördert zu haben, und der unvermeidliche Ruin der preußiſchen Monarchie ſelbſt. Eine unbedingte Zuſage der Hülfleiſtung ſpricht er nicht aus; aber er

1) Schreiben vom 21. Februar 1804. V. M. m'a assuré plus d'une fois que je la retrouverais toujours dans le besoin. Je lui demande aujourd'hui ses conseils, en désirant vivement que je ne sois pas un jour dans le cas de lui demander davantage.

2) Je serai tranquille sur les destinées de la Prusse dès que la Russie y associera les siennes.

sagt, wenn er sehe, daß der König für die Unabhängigkeit und die Sache Europa's eintrete, so werde er sich augenblicklich auf die Seite von Preußen stellen: in einem so hochherzigen Kampfe werde Rußland Preußen nicht allein lassen [1]).

Hierauf faßte man in Berlin den entscheidenden Entschluß, die bisherigen Verhandlungen mit Frankreich fallen zu lassen und sich mit einem allgemeinen freundschaftlichen Verhältniß zu begnügen. Das geschah durch eine förmliche Erklärung an den französischen Gesandten Laforest (3. April 1804).

Lucchesini wurde getadelt, daß er die französischen Vorschläge auch nur angenommen habe.

Der König betonte mit Nachdruck die Erwartung, die er durch seine bisherige Haltung und die früheren Erklärungen Bonaparte's selbst zu hegen berechtigt sei, daß Frankreich seine Truppen in Hannover nicht vermehren und die benachbarten, bei dem gegenwärtigen Kriege nicht betheiligten Fürsten nicht beunruhigen werde [2]), wogegen der König sein Wort verpfände, keinem Plane Gehör geben zu wollen, durch welchen Frankreich beunruhigt werden könne [3]).

So endigten die Unterhandlungen über eine preußisch-französische Allianz. Die Absicht Bonaparte's dabei trat ganz offenbar hervor: er wollte die Allianz für immer und ohne alle Beschränkung zu dem Zwecke, den er eben verfolgte. Wenn Preußen sie ablehnte, so lag dabei nicht allein die Rücksicht auf Rußland zu Grunde, sondern zugleich auf Oesterreich, auf das deutsche Reich überhaupt und besonders auf die eigenen preußischen Lande. Der König erklärte, er würde es bei seinen Unterthanen nicht verantworten können, wenn er darauf einginge.

Schon unterm 8. April wurde diese Verhandlung mit dem französischen Gesandten, welche einen vollkommenen Bruch der bisherigen Unterhandlungen in sich schließe, nach Rußland mitgetheilt.

---

1) Si je vois V. M. engagée pour la défense de l'indépendance et du bien de toute l'Europe, j'assure bien qu' elle me retrouvera à l'instant à ses côtés, et que la Prusse n'aura pas à craindre que la Russie la laisse seule dans une lutte aussi noble.

2) Je compte de la manière la plus positive d'abord sur ce que l'armée de Hanovre ne sera pas augmentée et ensuite que, suivant la promesse faite dès les premiers moments de l'occupation, aucun des États d'Empire étranger à la querelle n'en verra les suites peser sur lui.

3) J'engage ma parole au Premier Consul de ne jamais prêter l'oreille à aucun plan dont la France pût s'inquiéter. An Lucchesini, 3. April 1804.

Wenn man die Worte erwägt, ſo war die Antwort Alexanders auf die Anfrage des Königs zugleich eine ausweichende: denn nur dann ließ er ſeine Hülfe erwarten, wenn Preußen in den Kampf für die Unabhängigkeit bereits eingetreten ſei. Der König machte bemerklich, wie gefährlich ihm eine feindſelige Stellung gegen den erſten Conſul werden könne, der, in ſein eigenes Unrecht ſich verwickelnd, immer weiter gehe. Drohende Demonſtrationen würden ihn veranlaſſen, ſeine Armee in Hannover zu vermehren. Die preußiſchen Gegenmaßregeln würden dann verſtärkt werden müſſen. Eine Drohung werde die andere, ein Vorwand den anderen hervorrufen: man könne leicht auf dieſem Wege in offenen Krieg gerathen. Eine ruhige, feſte Haltung ſei das einzige, was Preußen zukomme, zumal da Bonaparte durch ſeine Verſprechungen — auch die zu Brüſſel gegebenen werden angeführt — bereits gebunden ſei. Er werde ſich zweimal beſinnen, ehe er mit Preußen breche, ſobald es mit Rußland verbunden ſei. Sollte er es dennoch wagen, ſo werde der König ruhig bleiben: ſicher der Unterſtützung ſeines hochherzigen Verbündeten, werde er nicht an dem Erfolge der gerechteſten aller gerechten Sachen zweifeln. Ohne Aufſehen zu erregen, treffe er bereits Maßregeln, welche ihn in Stand ſetzen, die Ereigniſſe feſten Fußes abzuwarten. Mit dieſen Vorbereitungen fahre man in der Stille fort [1]).

Wenn in dem Briefe Alexanders die Abſicht durchblickt, den König in eine große Coalition zu verflechten, ſo vermeidet dieſer Fürſt, darauf einzugehen. Er betont nur mit einigem Nachdruck, daß er auch bei ſeinen bisherigen Verhandlungen die allgemeine Lage von Europa immer im Auge gehabt habe. Er hält den Standpunkt feſt, daß er um der beſonderen preußiſchen und norddeutſchen Verhältniſſe willen in Entzweiung mit Frankreich gerathen könne; er bleibt dabei, in dieſem Falle auf die Hülfeleiſtung von Rußland zu zählen.

In dieſem Augenblicke trat Hardenberg in die Verwaltung der

1) Tout en évitant un éclat qui ne servirait qu' à donner de l'ombrage, Je fais prendre sous main des mesures provisoires qui me mettront en état d'attendre de pied ferme les événements, les préparatifs se continuant toujours dans le silence, et aucune précaution n'est oubliée. Brief an Goltz vom 8. April 1804. In dieſe Epoche fällt die Enthebung Scharnhorſt's von ſeinem Dienſt in der Artillerie und ſeine Verſetzung in den Generalſtab als Oberſt und dritter General-Quartiermeiſter-Lieutenant (21. Mai 1804).

auswärtigen Geschäfte von Preußen ein. Er hatte schon einmal im August und September 1803 den Grafen Haugwitz vertreten. Auch jetzt war seine Stellung fürs erste noch interimistischer Natur. Haugwitz hatte lange Zeit ohne Besoldung gedient und sich dabei um seine Güter in Schlesien wenig bekümmert. Um die Ordnung in seinen Vermögensverhältnissen herzustellen und zugleich ein schlesisches Bad zu besuchen, bat er um einen Urlaub, dessen Dauer sich nicht absehen ließ. Wir haben eine Denkschrift von Haugwitz in Händen, in der er den höchst bedenklichen Zustand seiner Gesundheit schildert; er sieht der Destruction seines Körpers entgegen [1]). Die Vertretung für ihn, welche Hardenberg übernahm, doch nicht ohne Widerstreben, wurde von dem König bestätigt, der selbst die mißlichen Umstände betonte, die ihm den Entschluß, in die Wünsche des Grafen zu willigen, schwer gemacht hatten, aber zugleich sein unbedingtes Vertrauen in Hardenberg's Diensteifer ausdrückte [2]). Die beiden Minister, noch immer Freunde, sahen einander noch einmal auf dem Landgute Hardenberg's, Tempelberg, in der Absicht, sich über die Lage der Geschäfte still und ungestört zu besprechen.

Das beherrschende Verhältniß lag darin, daß sich Preußen von der engen Allianz mit Frankreich lossagte und dagegen nachdrücklicher als bisher eine Anlehnung an Rußland suchte. Der Brief an Goltz, der die so eben erwähnten Erklärungen des Königs enthielt und noch von Haugwitz herrührt, ist gleichsam ein Programm für die künftige Politik und kündigt eine Entfremdung von Frankreich an, die nothwendig immer wachsen mußte. Dabei blieb aber Hardenberg nicht stehen. Es ist wie ein Verhängniß, daß in dieser bedeutungsvollen Krisis Preußens das Ministerium von einer Hand in die andere, zwar interimistisch, aber doch ungetheilt überging. Wie die öffentliche Meinung überhaupt, so war auch Hardenberg von dem System der Neutralität, das man bisher befolgt hatte, nicht ganz befriedigt. Der emporsteigenden Autorität eines einzigen Gewalthabers in Frankreich gegenüber hielt er eine engere Verbindung mit Rußland für nothwendig. Der erste entscheidende Act

1) Je ne trouve plus le sommeil. Des douleurs aiguës me cherchent par tout le corps, elles semblent ronger mes os, les racines de mes cheveux, ils tombent par flocons. Enfin mon physique s'approche de sa destruction. Mémoire remis à S. E. Mr. le baron de Hardenberg avant mon départ pour la Silésie et en lui remettent la porte-feuille des affaires étrangères le — avril 1804.

2) Schreiben des Königs vom 2. April 1804 in den Denkwürdigkeiten II. S. 31.

der interimiſtiſchen Verwaltung von Hardenberg war, das Einverſtändniß zwiſchen Preußen und Rußland durch gegenſeitige Declarationen für die Zukunft zu fixiren [1]).

Der Kaiſer ſpricht ſich einverſtanden damit aus [2]), daß man den aus der Anweſenheit der Franzoſen in Hannover entſpringenden Inconvenienzen zum Trotz dieſelbe dennoch dulde, ſolange ſie ſich innerhalb der Linie halten, die ſie jetzt einnehmen, und nicht neue Uebergriffe verſuchen gegen Landſchaften, die dem gegenwärtigen Kriege fremd blieben; die Thätigkeit und Rückſichtsloſigkeit aber, mit welcher die Franzoſen ihre Entwürfe ausführen, mache es nothwendig, auf alle ihre Bewegungen ein wachſames Auge zu haben. Sollten die franzöſiſchen Truppen vermehrt werden, ſo würde man ohne Zeitverluſt Vorkehrungen treffen, um die kleineren Staaten, die ſich ſelbſt nicht vertheidigen können, in Schutz zu nehmen; der Caſus Foederis werde eintreten, ſobald die in Hannover anweſenden franzöſiſchen Truppen ſich gewaltſame Eingriffe [3]) in ein benachbartes Land erlauben würden. Der König ſoll die Operationen unverweilt anfangen; Rußland halte ſich bereit, ihm gegen jeden Angriff zu Hülfe zu kommen. Jede der beiden Mächte ſolle 40,000 Mann ins Feld ſtellen und ſich verpflichten, die Waffen nicht einſeitig niederzulegen und keine Abkunft ohne gegenſeitiges Einverſtändniß zu treffen. Man würde Dänemark, Sachſen und andere norddeutſche Fürſten in dieſe Vereinigung ziehen und, wenn man zum Ziele gelangt iſt, über die Maßregeln Beſchluß faſſen, durch

1) Wenn Hardenberg in ſeinem eigenhändigen Memoire (Denkwürdigkeiten II. S. 57. vergl. S. 44.) ſich als ein Verdienſt anrechnet, daß er die Declarationen zu Stande gebracht habe, ſo hat man ihn deshalb tadeln zu müſſen geglaubt, entweder weil dieſelben ſchon aus dem früheren Briefwechſel zwiſchen Friedrich Wilhelm und Alexander hervorgegangen, oder auch, weil ſie von Rußland dem preußiſchen Hofe gleichſam aufgedrungen ſeien. Darauf aber läßt ſich erwidern, daß die Worte des Briefwechſels ſich noch ſehr im Allgemeinen halten, und andererſeits, daß die Declarationen einander doch keineswegs ganz entſprechen. Auf das eine und das andere hat Hardenberg ſelbſt aufmerkſam gemacht. Der Antheil Hardenberg's an den Declarationen, den man in Abrede ſtellt, iſt ihm von Haugwitz zum bitterſten Vorwurf gemacht. Vergl. die Notiz über deſſen Memoiren.

2) Die Declaration des Kaiſers iſt vom 3. Mai 1804.

3) empiètements.

welche die Entfernung aller fremden Truppen aus Deutschland bewirkt werden könne [1]).

Dem entsprach nun die Declaration, mit welcher der König am 24. Mai die russische erwiderte. Friedrich Wilhelm III. wiederholt darin, daß er sich, um den Frieden zu erhalten, in die fernere Besetzung Hannovers und der Flußmündungen, so nachtheilig dieselbe auch wäre, fügen wolle; sollte aber Frankreich zu neuen Usurpationen schreiten, so sei er entschlossen, sich dem mit Gewalt der Waffen zu widersetzen. Mit halben Mitteln werde man nichts erreichen; er werde dann mit einem der ungeheueren Uebermacht der Franzosen proportionirten Heere ins Feld rücken. Er rechne aber auch auf die Ausführung des alten Tractates zwischen Rußland und Preußen, kraft dessen die beiden Staaten einander mit aller ihrer Macht beizustehen sich verpflichtet hatten. Es leuchte ein, daß jene Hülfe von 40—50,000 Mann nicht genüge, so wenig wie eine Aufstellung einer gleichen Anzahl von seiner Seite. Wegen der großen Entfernung der Russen wünschte er, daß zwar die Cavallerie zu Lande anrücke, Infanterie und Geschütz aber zur See transportirt werde. Den Casus Foederis will er dann noch näher bestimmt wissen: nicht auf französische Durchzüge durch kleine Gebiete, wie etwa Ahremberg, könne es dabei ankommen. Der Casus Foederis werde eintreten, wenn Frankreich ein deutsches Gebiet auf dem rechten Weserufer überziehe, namentlich die Hansestädte, Mecklenburg und das Gebiet des Königs von Dänemark, von dem man hoffen dürfe, daß er alsdann mit beiden Mächten gemeinschaftliche Sache machen werde. Der nächste Zweck soll sein: den deutschen Norden von fremden Truppen zu reinigen und Bedacht darauf zu nehmen, Deutschland von dem unzuträglichen Zustande, dem es jetzt unterliege, zu befreien.

Die beiden Declarationen constituiren noch keine förmliche Allianz: Preußen forderte mehr, als Rußland gewähren wollte; aber schon die Zugeständnisse, die Rußland gemacht hatte, sind von der größten Bedeutung: sie gewährten einen starken Rückhalt gegen Frankreich. Von einer Feindseligkeit des ersten Consuls war in diesem Augenblicke nichts zu fürchten; er hatte die seinem Gesandten gemachten Vorstellungen nicht verworfen, vielmehr thatsächlich an-

---

4) Nous Nous réservons de Nous entendre avec Sa Majesté Prussienne sur les mesures ultérieures à prendre afin de purger entièrement le sol de l'Empire germanique de la présence des troupes étrangères.

genommen. Es waren die Zeiten, in denen ſich Rußland gewaltig gegen ihn regte. Bonaparte mußte eine neue Coalition fürchten; der größte Gewinn war es für ihn, wenn Preußen ihn verſicherte, daß es auf keinen allgemeinen Plan, der gegen ihn gerichtet ſei, einzugehen gedenke. Eine ſolche Zuſage war es wohl werth, daß er ſich anheiſchig machte, in Norddeutſchland nicht weiter zu ſchreiten, als er ſchon geſchritten war. Wie die Sachen einmal ſtanden, konnte er auf die Räumung der Flußmündungen nicht wohl eingehen. Auch Preußen beſtand nicht darauf. Dieſem lag Alles daran, den inneren Zuſtand von Norddeutſchland, wie er war, zu behaupten, und nur inſofern dieſer bedroht wurde, war es mit Rußland verbündet. Es war mit Frankreich nicht in Allianz getreten; aber auch eine Gegenallianz hatte es nicht eigentlich getroffen. Entſchloſſen, ſich für künftige Fälle in Verfaſſung zu ſetzen, war es doch nicht gemeint, den gegenwärtigen Zuſtand durch Feindſeligkeiten, welcher Art auch immer, zu ſtören oder ſtören zu laſſen. Darauf allein zielten ſeine Verabredungen mit Rußland.

Siebentes Capitel.

Napoleonisches Kaiserthum. Gewaltschritte in Deutschland.

Zwischen Rußland und Frankreich waltete ein immer steigendes Zerwürfniß ob. Der erste Consul wollte nicht dulden, daß Rußland alte Emigranten in seinem Dienste habe. Die Anwesenheit von Antraigues als russischem Bevollmächtigten in Dresden bildete für ihn einen Gegenstand von Beschwerden, da derselbe gegen die französische Regierung Libelle schreibe. Einem Beamten der russischen Gesandtschaft in Paris, der schon bei Katharina II. in Dienst gestanden hatte, schrieb man zu, daß er in der Hauptstadt gegen Bonaparte arbeite. Darüber kam es zu heftigen Scenen zwischen Bonaparte und dem russischen Gesandten Markow, der sich überhaupt die Unzufriedenheit des ersten Consuls zugezogen hatte. Markow wurde auf das Verlangen desselben abberufen, ein Verlangen, das dem Kaiser Alexander selbst nicht eben unwillkommen war: Markow schied aus dem Dienste.

So weit war es nun gekommen, daß der revolutionäre Staat von Frankreich auf dem Continent als ein gleichberechtigter angesehen wurde; man stand mit ihm in lebendigem diplomatischen Verkehr.

Die in Frankreich emporgekommene Macht hatte sich das Verdienst um Europa erworben, das stete Aufwogen der revolutionären Tendenzen zu bändigen und eine monarchische Gewalt in Frankreich aufzurichten. Denn durch und durch monarchisch war das Regiment des ersten Consuls: er hatte wie die militärischen, so die geistlichen, die administrativen wie die richterlichen Angelegenheiten nach seinem Dafürhalten neu geordnet. Europa hatte nichts dagegen einzuwenden. Eben deshalb war Kaiser Paul mit Bonaparte in Verbindung getreten, weil er es verstehe, die revolutionären Stürme im Innern niederzuhalten. Gewiß: er bändigte die Re-

volution, aber er repräſentirte ſie auch; die ſyſtematiſchen Gegner der Revolution verfolgten ihn um ſo heftiger mit ihrem Haſſe, weil er dem revolutionären Staate ein größeres Gewicht gab, als je die königliche Regierung gehabt hatte. Mordverſuche wurden gegen ihn unternommen, deren Gelingen doch wieder für die Herſtellung der bourboniſchen Monarchie eine Möglichkeit eröffnet haben würde. Gerade dadurch aber wurde ſeine Macht im Innern verdoppelt; denn am Tage lag, daß alle revolutionären Intereſſen, die ſoeben conſolidirt worden waren, durch die Ermordung des erſten Conſuls gefährdet worden wären. Seine Macht war nicht aus der revolutionären Idee oder aus der Entwickelung der revolutionären Gewalten hervorgegangen; er hatte die oberſte Stelle eigenmächtig in Beſitz genommen, aber alsdann die revolutionären Intereſſen, in wiefern ſie der höchſten Gewalt dienen konnten, zu den ſeinen gemacht, und dieſe hatten ſich ihm unbedingt angeſchloſſen, da ſie durch ihn aufrechterhalten wurden. Das war die Stellung dieſes Mannes, daß ein großes Princip, das ihn nicht entbehren konnte, mit ſeinem Daſein identificirt wurde. Die Feindſeligkeiten, die man gegen ihn verſuchte, wurden zugleich als Feindſeligkeiten gegen die Nation betrachtet. Daher kam es, daß die verwegenſten Attentate, die er ſich gegen das europäiſche Völkerrecht erlaubte, von der Nation, wenn nicht mit Beifall, doch ohne Mißfallen aufgenommen wurden. Er ſelbſt war entſchloſſen, den Moment zur Begründung einer Gewalt auf immer, einer Dynaſtie, zu benutzen. Sein Ehrgeiz, an dem Beiſpiel des Alterthums genährt, ergriff dies Ziel mit Bewußtſein in dem günſtigen und dazu auffordernden Momente.

Keine Rückſicht des Völkerrechtes hielt ihn ab, den einzigen lebensfähigen Sproß aus dem Hauſe Condé, der eine Zukunft zu haben ſchien, und an den die Royaliſten große Erwartungen knüpften, Louis Antoine Henri, Herzog von Enghien, auf deutſchem Gebiet in Ettenheim, wo er als Privatmann lebte, aufgreifen, nach ſeiner Hauptſtadt fortführen und erſchießen zu laſſen: keine Entſchuldigung kann das jemals rechtfertigen. Es war gleichſam der Act ſeiner Naturgewalt. Warum hat man ihn, ſagte Bonaparte, am Rande des Abgrundes ſchlafen laſſen? Dieſer Abgrund war ſeine eigene Gewalt. Europa erfuhr, daß die in Frankreich gebildete Monarchie doch ihrerſeits wieder den Schrecken der Revolution in ſich ſelber trug. Indem Alles zuſammenfuhr — denn an vielen Stellen hatte man wirklich geglaubt, daß das alte Europa

mit einer Autorität, wie die des Consulates war, in befreundetem Verhältniß stehen könne —, zwei Monate nach Enghiens Ermordung ward Napoleon Bonaparte zum französischen Kaiser proclamirt. Es war ein autonomer Act, wie alle die anderen, durch welche er schrittweise emporgekommen ist; die von ihm selbst herrührende revolutionäre Organisation stimmte ihm bei. Welch eine ganz andere Monarchie in Frankreich, als die, durch welche einst Kaunitz den Frieden in Europa zu sichern geglaubt hatte!

Napoleon Bonaparte gehörte einer corsischen Familie an, die sich an das revolutionäre Frankreich hielt; sie hatte darüber Corsika verlassen müssen; ihre Besitzungen wurden verwüstet. Wie Joseph, der ältere Bruder Napoleons, berichtet, hatte dieser gleich beim Beginn der revolutionären Kämpfe die Ueberzeugung, daß Frankreich darüber mit den europäischen Mächten zerfallen und für die Anhänger der Revolution ein großer Schauplatz der Thätigkeit und des Ruhmes eröffnet werden würde [1]). Sein Herz schlug ihm, wenn er daran dachte, daß die Nachwelt einmal von ihm reden würde; nach Josephs Versicherung war er weniger ein Bewunderer Ossians als Rousseaus. Er theilte ursprünglich den Schwung der revolutionären Ideen in der Form der Republik. Aber seit dem 9. Thermidor, sagte er, sei die republikanische Bewegung im Sinken: erst seit dem 13. Vendémiaire, an dem er selbst eine so große Rolle spielte, habe sie wieder Kräfte bekommen [2]). Die republikanischen Institutionen, die man traf, zeigten sich jedoch ungenügend: die Ideen von 1789 konnten nur in militärisch-autokratischer Form gerettet werden. Das war die Position, welche Napoleon ergriff. Ohne ihn, so meinte er, würden die royalistischen Tendenzen der Bourgeoisie die Oberhand erhalten haben. Er bezwang dieselbe mit der Hülfe der Jakobiner, die er dann wieder niederhielt. Er glaubte, den Beruf zu haben, die socialen Ideen der Revolution in Europa zu behaupten und soweit als möglich auszubreiten. Ganz einseitig und bloß persönlich war also die Stellung nicht, die er einnahm. Er wollte den Krieg gegen England durchführen und das Uebergewicht der französischen Politik auf dem Continent feststellen.

1) si le mouvement donné se continue en France, elle aura contre elle l'Europe entière, elle ne pourra être défendue que par des hommes passionnés pour la gloire, qui consentiront à mourir aujourd'hui pour vivre éternellement. Fragment historique par le Roi Joseph in den Mémoires et Correspondance du roi Joseph publiés par du Casse I, S. 39.

2) Fragm. hist. S. 32, 70.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Allmählich aber bekam Alles eine dynastische und persönliche Färbung, da er eben in sich und seinem Kaiserthum die Incarnation der gleichwohl gebändigten Revolution erblickte. Die Autorität des Volkes erschien in dem Plebiscit, welches Napoleon als Kaiser anerkannte; das Kaiserthum wurde dadurch nicht etwa geschaffen; das Plebiscit hatte nur den Zweck, es den Vorstellungen und Ideen des Jahrhunderts gemäß zu sanctioniren; es war der Ausdruck der Beistimmung, mit der die Nation seine Laufbahn und seine Handlungen begleitete.

Von constitutionellen Garantieen war bei der Errichtung des Kaiserthums wenig die Rede. Die Souveränetät des Volkes, in deren Namen Ludwig XVI. den Tod gefunden hatte, wurde von Napoleon in dem Sinne anerkannt, daß alles, was der Fürst thue, ohne Ausnahme, für das Interesse, das Glück und den Ruhm des Volkes geschehen müsse. Soweit hätte wohl auch Friedrich II. das Princip anerkennen können. Die Summe der Veränderung lag darin, daß die revolutionäre Gewalt einen von zufälligen Ereignissen, von Leben und Tod unabhängigen Bestand erhielt. Das neue Kaiserthum wurde für erblich erklärt nach den Grundsätzen des salischen Rechtes, das schon bisher in Frankreich vorgewaltet hatte. Der Moment schien gekommen, wo nach der merovingischen, karolingischen und kapetingischen Dynastie eine vierte den Thron von Frankreich in Besitz nehmen sollte.

Nothwendig wirkte das auf die großen europäischen Verhältnisse zurück. Als Monarchieen betrachtet, konnten sich die großen Mächte mit der französischen verständigen. Allein ihr Grundprincip, kraft dessen der französische Thron an das Haus Bourbon hätte zurückgegeben werden müssen, erfuhr durch die Kaiserkrönung einen Gegensatz, der ein neues Ferment in die europäischen Verwickelungen warf.

In Preußen, wo das militärische Princip immer vorgeherrscht hatte und der Gedanke, die Bourbons herzustellen, zwar einmal gefaßt, aber seitdem mit aller Entschiedenheit beseitigt worden war, hatte man nicht viel dagegen einzuwenden. Man hatte seit vielen Jahren eine stabile Gewalt in Frankreich gewünscht. Friedrich Wilhelm III. war der erste große Fürst, der das Kaiserthum anerkannte.

Stärker, als irgendwo sonst, mußte man die Erhebung eines neuen Kaiserthums in Oesterreich empfinden. Denn das Kaiserthum, welches seit Jahrhunderten an die Deutschen gekommen war,

aber noch an das altrömische anknüpfte, wurde als der Mittelpunkt des Abendlandes, d. h. der romanischen und germanischen Nationen, betrachtet; es wurde als die vornehmste Würde, die dem Besitzer den höchsten Rang gab, angesehen.

Wenn nun ein neues Kaiserthum auftrat, so wurde das Verhältniß der beiden Cäsaren, von denen der eine die Revolution und der andere das altherkömmliche historische System repräsentirte, einer der wichtigsten Punkte des Zwiespaltes. Bonaparte erklärte, daß er keinen höheren Rang in Anspruch nehme, als seine Vorfahren auf dem französischen Throne. Die allgemeine Meinung war, daß er dennoch darnach trachte, sich der alten Kaiserwürde, die man die römische nannte, zu bemächtigen.

Oesterreich befand sich noch immer in dem legal überkommenen Besitze des alten Kaiserthums des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, dessen Idee mit den damaligen Zuständen der Welt in schneidendem Widerspruch stand. Vor Augen lag, daß die Macht des neuen Cäsars, wie sie auf der einen Seite mit der der alten Imperatoren eine größere innere Analogie hatte, so auf der anderen Seite mit den Zuständen der Welt, wie sie damals waren und täglich mehr wurden, besser zusammenstimmte.

Friedrich Gentz richtete eine Denkschrift an das österreichische Ministerium, um es von der Anerkennung dieser Veränderung abzuhalten [1]): denn wiewohl es wahr sei, daß dadurch das bisherige Oberhaupt der Republik keinen besonderen Machtzuwachs erhalte, so werde doch Niemand leugnen können, daß dem, was Bonaparte als Kaiser verfügen würde, ein noch größeres Gewicht zukomme, als seinen bisherigen Befehlen. Bis jetzt habe man die revolutionären Gewalten nur als vorübergehend betrachtet; durch das Kaiserthum aber werde eine solche auf immer begründet und ein Titel angenommen, an welchen sich alle Ideen der Größe und Majestät der legitimen Gewalt knüpfen. Besser wäre es noch gewesen, wenn Bonaparte an der Spitze der Armee sich zum Kaiser hätte ausrufen lassen; aber er habe es vorgezogen, die revolutionären Institutionen dazu zu benutzen. Ihn als Kaiser anerkennen, hieße die Revolution anerkennen; ohne die Revolution würde das Kaiserthum nicht entstanden, ohne das Kaiserthum die Re-

1) Mémoire sur la nécessité de ne pas reconnaître le titre impérial de Bonaparte, présenté le 6 juin 1804, in Mémoires et Lettres inédits du Chev. de Gentz publiés par Schlesier. S. 2 ff.

volution nicht vollendet worden ſein. Die Revolution habe ihr blutiges Scepter dem Gewalthaber in die Hand gegeben: Genz würde dafür ſein, daß lieber der Krieg wiederaufgenommen, als dieſe Macht anerkannt würde.

Wie tief dieſe Gründe in der allgemeinen Auffaſſung der Vergangenheit und Gegenwart wurzeln, wie gewichtig ſie überhaupt ſind, ſo können wir doch mit Beſtimmtheit ſagen, daß ſie auf das öſterreichiſche Miniſterium nicht den geringſten Eindruck gemacht haben. Hier ſah man vielmehr in der Erhebung Bonaparte's zur kaiſerlichen Würde den Anlaß, einen Gedanken auszuführen, mit dem man ſich ſchon lange trug. Man empfand es mit Beſorgniß, daß die Würde eines römiſch-deutſchen Kaiſers von einer Wahl abhänge, die möglicherweiſe auf einen anderen fallen könne. Man meinte: jetzt ſei die Gelegenheit vorhanden, einem ſolchen Verluſt von Titel und Rang zuvorzukommen. Franz II. müſſe ſchon als Souverän der öſterreichiſchen Erblande den Titel „Kaiſer" annehmen. Die Anerkennung eines öſterreichiſchen Kaiſerthums von Seiten Napoleons war gleichſam der Preis der Anerkennung des neuen franzöſiſchen Kaiſerthums von Seiten Oeſterreichs [1]). Nach einer Verhandlung, die keine große Schwierigkeit hatte, wurde dieſe Anerkennung im September 1804 ausgewechſelt. In Wien machte es wenig Eindruck, daß man es als einen Schimpf bezeichnete, wenn der kecke Corſe die Krone Karls des Großen ergreife.

Man konnte ſich darüber nicht täuſchen, daß Napoleon nicht allein Kaiſer von Gallien ſein wollte; er behauptete alles Ernſtes, der Nachfolger Karls des Großen zu ſein; er liebte es, in ſeinen Geſprächen ſein Recht auf dieſe Prätention zu discutiren [2]). Die Erinnerungen an Karl den Großen wurden gefliſſentlich aufgeſucht und genährt. Einen Beweis dafür gab das Schaugepränge, welches er in den alten Sitzen des Reiches, Mainz und Köln, entfaltete. Napoleon übte bereits auf dem Reichstage von Regensburg eine Alles beherrſchende Wirkſamkeit aus. Er erklärte unumwunden, daß

1) Cobenzl ajouta que le titre d'empereur germanique n'étant pas héréditaire mais électif, François II avait pris la détermination de profiter de la présente occasion pour prendre le titre d'empereur en sa qualité de souverain des domaines héréditaires d'Autriche. Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie II, 404.

2) Ses héros étaient Alexandre, César et surtout Charlemagne. La prétention d'être successeur de fait et de droit de celui-ci l'occupait singulièrement. Aufzeichnung des Fürſten Metternich bei Helfert, Marie Louiſe, S. 375.

er keine andere Macht, als die des Reichstages anerkenne, alſo nicht mehr die Ausübung der kaiſerlichen Rechte und die Wirkſamkeit der Reichsbehörden in Wien.

Wäre es aber nur bei dieſen indirecten und durch die große Veränderung, die ſich vollzogen hatte, einigermaßen gerechtfertigten Eingriffen geblieben! Aber man erlebte Gewaltſchritte, welche bisher nie erhört waren. Einen Anlaß dazu gaben die Bewegungen in der Reichsritterſchaft. Die Irrungen, welche ſich im deutſchen Reiche erhoben, weil die unmittelbare Reichsritterſchaft ſich den Maßregeln widerſetzte, welche Baiern bei der Beſitznahme der fränkiſchen Bisthümer im Gegenſatz gegen die bisherige Unabhängigkeit des Adels ergriff, erweckten in Napoleon die Beſorgniß, daß etwa ein geheimes Verſtändniß mit England zu Grunde liege, um ihm Unruhen an den Grenzen zu erregen. Es war aber alles die natürliche Folge der Dinge. Baiern repräſentirte in dieſem Augenblick den modernen Staat. Die Reichsritterſchaft fand in ihren Reclamationen eine Stütze bei Oeſterreich, das die alten Principien feſthielt. Von Einwirkungen engliſcher Agenten läßt ſich doch keine Spur nachweiſen.

Dagegen war es nicht ohne Grund, wenn Napoleon den engliſchen Geſandten an den Höfen von Baiern, Würtemberg und Heſſen einen gewiſſen Zuſammenhang mit der Oppoſition, die ſich in Frankreich gegen ſeine Regierung regte, Schuld gab. Den Fäden, welche ſie verknüpften, kam man in Frankreich ſchnell auf die Spur; ſie wurden durch die Dazwiſchenkunft franzöſiſcher Agenten entdeckt und erſt dadurch zur Evidenz gebracht. Der Geſandte in München, Drake, dem man Schuld gab, die franzöſiſche Armee desorganiſiren zu wollen, ließ ſich verführen, engliſches Geld an die Agenten der franzöſiſchen Polizei zu verſchwenden. Der Geſandte in Stuttgart, Spencer-Smith, ſetzte ſich mit der Emigration in Frankreich und in Holland in Verſtändniß. Der Geſandte in Caſſel, Taylor, ſtand in Verbindung mit einer angeblichen cisrhenaniſchen Conföderation, welche die franzöſiſche Regierung umſtürzen wolle. Es bedurfte nur eines Wortes von Seiten des neuen Kaiſers, um die Höfe von München und Stuttgart zur Entfernung der engliſchen Geſandten zu beſtimmen: der eine und der andere entzogen ſich weiteren Beläſtigungen durch die Flucht. Weniger entſchieden erklärte ſich der Kurfürſt von Heſſen, der noch Schuldforderungen an England hatte, ſo daß er jede offene Entzweiung vermied. Doch fühlte ſich Taylor nicht ſicher; er verließ Caſſel dreimal, ehe er ſich wieder zum bleibenden Aufenthalt daſelbſt entſchloß.

Alle Gegenwirkungen auf dem Continente war Napoleon geneigt dem Einfluſſe der engliſchen Geſandten an den neutralen Höfen zuzuſchreiben. Er knüpfte dabei an eine Aeußerung Hawkesbury's an, daß ein engliſcher Bevollmächtigter ſeine Pflicht erfülle, wenn er gegen das Gouvernement, bei dem er accreditirt ſei, nichts unternehme; nach anderen Seiten habe er keine Verpflichtungen. Napoleon zog daraus den Schluß: den bei den neutralen Höfen accreditirten engliſchen Bevollmächtigten werde das Recht vorbehalten, gegen eine Macht, mit der dieſe Höfe in Frieden ſeien, doch zu agitiren, was aber eine Verletzung des heiligen Charakters des Geſandten in ſich ſchließe; England wolle die europäiſchen Fürſten behandeln, wie die Nabobs in Indien. Seinerſeits hielt ſich Napoleon dadurch für berechtigt, die engliſchen Bevollmächtigten in den neutralen Gebieten, auf deren Neutralität auch er keine Rückſicht nahm, zu verfolgen und aufheben zu laſſen.

So wurde der engliſche Geſandte beim niederſächſiſchen Kreiſe, Rumbold, in ſeinem Landhauſe bei Hamburg aufgehoben und als feindſeliger Machinationen ſchuldig nach Paris geſchafft. Dadurch wurde nun aber nicht allein der Kreis, das deutſche Gebiet überhaupt in ſeiner Unabhängigkeit verletzt, ſondern auch der König von Preußen, in wiefern er an der Direction des niederſächſiſchen Kreiſes Theil nahm und Rumbold auch bei ihm accreditirt war. Nothwendig bewirkte das eine große Aufregung in Berlin; es erſchien als eine Verletzung des Syſtemes der Neutralität, auf welchem die Würde und Sicherheit der Monarchie beruhten.

Der König hatte es bisher ſein Beſtreben ſein laſſen, den Frieden zwiſchen den großen Mächten zu erhalten. Wenn der Kaiſer von Rußland den Reichstag von Regensburg aufforderte, mit ihm zugleich über die bei der Aufhebung des Herzogs von Enghien vorgekommene Verletzung des deutſchen Territoriums Beſchwerde zu erheben, ſo wendete Preußen, hierin mit Oeſterreich einverſtanden, Alles an, um eine Deliberation im Reichstage zu vermeiden. Die beiden Mächte vermittelten vielmehr, daß der Kurfürſt von Baden, in deſſen Gebiete die Verletzung vorgefallen war, den Reichstag anging, der Sache keine weitere Folge zu geben. Es war doch bereits ſo weit gekommen, daß Napoleon anfragte, ob Preußen geſonnen ſei, den ruſſiſchen Truppen den Durchzug durch ſein Gebiet zu geſtatten.

Indem der König erklärt, daß er an ſeinem Syſtem der Freundſchaft für Frankreich und der Neutralität in dem gegen-

wärtigen Kriege feſthalte, bringt er doch mit einem gewiſſen Nachdruck in Erinnerung, wie ſehr er dagegen darauf zähle, daß auch Frankreich ſeine Truppen in Hannover nicht vermehre, noch den benachbarten Reichsſtänden beſchwerlich falle: davon werde die Erhaltung des Friedens im Norden abhängen [1]).

Den Kaiſer Alexander erinnerte der König in einem beſonderen Schreiben an die Nothwendigkeit, in der man ſei, den Frieden zu erhalten [2]). Er kommt dabei auf jene Aufhebung des Herzogs von Enghien zurück; und darüber, ſagt er, könne es nur Eine Stimme geben; man könne dem Kaiſer für die Schritte, die er gethan habe, nur danken. Aber bei aller Rückſicht auf ihn müſſe man doch auch die gefährlichen Folgen in Betracht ziehen, wenn man Napoleon zu einer Genugthuung dafür nöthigen wollte: denn das ſei nicht anders möglich, als mit den Waffen in der Hand. Jever und Oldenburg werden als in die Garantie der nordiſchen Staaten einbegriffen betrachtet; der König bemerkt jedoch den Unterſchied zwiſchen einer wirklich feindſeligen Verletzung des Territoriums und einer zufälligen, die ſich nicht wieder gutmachen laſſe.

Auch an Sachſen wurden Eröffnungen über dies politiſche Syſtem gemacht, in der Vorausſicht, daß man der Theilnahme dieſes Landes bedürfen könne. Sachſen erklärte ſich damit einverſtanden, da Alles bloß auf defenſive Maßregeln gegen einen feindlichen Angriff hinausliefe, für welchen Fall Sachſen aus ſeinem Syſteme der Neutralität heraustreten werde. Rußland mahnte den König an, auf alles, was in Deutſchland vorgehe, das wachſamſte Auge zu haben, und nicht ohne Mühe gelang es dem preußiſchen Hofe, Jever und Oldenburg vor jedem franzöſiſchen Eingriff zu ſchützen. Es iſt in der That noch einmal von einer Vermittelung

1) Schreiben des Königs an Luccheſini vom 24. Mai 1804.

2) V. M. J. rend trop justice à ma façon de penser, pour ne pas avoir préjugé mon opinion à l'égard de la malheureuse affaire d'Ettenheim. Il ne peut exister qu'une voix là-dessus. La sollicitude de V. M. J. et le sentiment qui a guidé ses démarches, sont dignes de son caractère et exigent la plus vive reconnaissance. Mais je ne m'en flatte pas moins qu'ayant en vue le grand but du maintien de la tranquillité, et d'autres objets restant encore à débrouiller, elle ne désapprouvera pas qu'on tâche de concilier, avec le respect dû à sa dignité et à ses intentions, le désir d'empêcher des suites fâcheuses que cet incident aurait si on voulait forcer Bonaparte à des réparations tout à fait satisfaisantes, ce qui ne pourrait avoir lieu que les armes à la main.

zwiſchen Rußland und Frankreich die Rede geweſen; die beiden Höfe haben ſie, wie man bei Hardenberg lieſt, in der That angenommen [1]). Aber indeſſen nahm doch das trübſte Verhältniß überhand im Norden und Süden Deutſchlands.

Die Lage Preußens war nicht gerade gefährdet, aber exponirt und unangenehm, als jene Wegführung Rumbolds erfolgte (25. October 1804). Hardenberg ſah darin einen Einbruch in das norddeutſche Gebiet, den der König nicht dulden zu wollen den Entſchluß kundgeben müſſe.

Es war nicht die Verhaftung und Wegführung Rumbolds allein, wodurch Hardenberg zu ſeinen energiſchen Rathſchlägen veranlaßt wurde, ſondern die drohende Geſammtlage der Dinge. In einer Conferenz, der auch Lombard beiwohnte, führte er aus, daß ſich auf die Freundſchaftsverſicherungen Napoleons kein Vertrauen ſetzen laſſe; aus dem Verfahren deſſelben gegen ſeine Verbündeten ſehe man, daß er nicht ſie, ſondern lediglich ſeine eigenen Intereſſen im Auge habe; durch ſeine Tractate ſuche er nur ſeine augenblicklichen Zwecke zu erreichen.

Kurz vorher hatte Hardenberg den Verſuch gemacht, mit Napoleon eine Abkunft zu treffen, in Folge deren Hannover von Preußen als Depoſitum bis zum Frieden beſetzt werden ſolle; allein er hatte damit nicht den mindeſten Eingang gefunden. Die Franzoſen, ſagt er, ſeien bis in die Mitte der preußiſchen Staaten vorgedrungen, und immer weiter greife Napoleon um ſich; ſein eigener Bruder Joſeph habe ihn aufmerkſam gemacht, daß die Schritte, die er zur Unterjochung von Holland vornehme — Napoleon traf damals Vorkehrungen, um der bataviſchen Republik eine mehr monarchiſche Verfaſſung zu geben —, Preußen veranlaſſen würden, ſich mit ſeinen Gegnern zu verbinden, aus Beſorgniß, das Opfer immer erneuerter Nachgiebigkeit zu werden [2]). Eben vor einer ſolchen warnte Hardenberg den König: ſie würde ihm ſelbſt in der Meinung der Nation keinen Vortheil bringen; ſetze er ſich dagegen zur Wehr, ſo würde er mit Armee und Nation der Fels werden können, an dem die Macht Napoleons ſcheitere. Man müſſe Napoleon überzeugen, daß es mit allen Nachgiebigkeiten ein Ende habe, und ihm überhaupt erklären, daß man die Ruhe im nördlichen Deutſchland aufrechterhalten wolle, wozu man auch gegen Andere

1) Denkwürdigkeiten II, S. 87.
2) Denkwürdigkeiten II, S. 91.

ſich verbindlich gemacht habe. Hardenberg drang in den König, zu einer theilweiſen Mobilmachung der Armee zu ſchreiten, um zu zeigen, daß er den offenen Krieg einer ſolchen Behandlung vorziehen werde.

Friedrich Wilhelm III. empfand ſehr wohl die Verletzung ſeines Syſtems und der Achtung, die man ihm ſchuldig ſei; aber für ſo wichtig hielt er den Vorfall doch nicht, daß er ſein Neutralitätsſyſtem, in dem er noch lebte und webte, hätte gefährden ſollen, wie das die Folge einer militäriſchen Demonſtration hätte ſein müſſen. Er ſah in der Aufhebung Rumbolds mehr eine Beleidigung Englands. „Es widerſtrebt mir," ſo ſchrieb er an Haugwitz, deſſen Gutachten einzuholen er ſich vorbehalten hatte, „aus einem Grunde dieſer Art den Krieg auf dem Continent anzufangen, obgleich die Handlung an ſich unverzeihlich und unwürdig iſt." Und Alles betrachtet, darf man ihm wohl hierin nicht Unrecht geben: das einmal ergriffene politiſche Syſtem konnte den König, der noch ganz andere Vorbereitungen für nothwendig hielt, um einen Krieg hervorzurufen, doch wohl beſtimmen, eine Kundgebung des äußerſten Mißvergnügens zu vermeiden. Ohne geradezu den Krieg anzudrohen, forderte Friedrich Wilhelm III. den Kaiſer Napoleon in den dringendſten Ausdrücken auf, Rumbold freizugeben.

Dieſer Brief hatte einen Erfolg, der in Erſtaunen ſetzte: Napoleon, der den Ruf der Unerbittlichkeit hatte, fühlte ſich zur Freigebung Rumbolds bewogen; er ließ in dem Moniteur verſichern, daß das nur auf den Wunſch des Königs von Preußen geſchehe. Dieſem ſchrieb er: er müſſe die Sache für ein Unglück halten, das ihm ſelber zugeſtoßen ſei, da ſie dem Könige mißfalle. Es mache einen Theil ſeines Glückes aus, den König von Preußen zufriedenzuſtellen; die Eintracht zwiſchen Frankreich und Preußen ſehe er als das Mittel an, Europa vor neuen Kataſtrophen zu ſchützen.

Das Cabinet des Königs war hierüber höchlich erfreut, weniger der Miniſter Hardenberg. Er verwarf den Entwurf zu einem Antwortſchreiben des Königs, welchen Lombard aufgeſetzt hatte, als zu unterwürfig und ſelbſt kriechend. Darin hatte er gewiß Recht: er ſelbſt ſetzte ein anderes auf, welches der Würde des Staates mehr entſprach, und dies unterzeichnete der König [1]).

1) Das Schreiben Napoleons an den König in der Correspondance X, 59 (Nr. 8170), das des Königs an Napoleon Denkwürdigkeiten II, 110.

Drittes Buch.

Zeiten der Neutralität (1796—1806).

Dritter Abschnitt.

Die Jahre 1805 und 1806.

Erſtes Capitel.

Anfänge der dritten Coalition.

Die Lage des preußiſchen Staates war bei den verſchiedenen Abwandlungen der Ereigniſſe doch im Ganzen und Großen immer dieſelbe. In dem allgemeinen Kampfe, den die franzöſiſche Revolution veranlaßte, hatte Preußen in dem erſten Feldzuge gleichſam die Führung gegen Frankreich übernommen, war aber nach einiger Zeit von einer wirklichen Theilnahme abgeſtanden. Denn wenn Frankreich völlig niedergeworfen worden wäre, ſo hätte ſich Preußen vor der Uebermacht der drei coaliſirten Mächte, namentlich ſeiner continentalen Nachbarn, beugen müſſen. Darin lag der eigentliche Grund des Baſeler Friedens. Preußen nahm dann Stellung zwiſchen den kriegführenden Mächten und bildete ein Syſtem der Neutralität aus. Der größte Theil von Deutſchland ſchloß ſich dem preußiſchen Syſteme an, welches den Nationalwohlſtand mächtig förderte und für die Fortentwickelung der deutſchen Cultur, wie erwähnt, von hoher Wichtigkeit geworden iſt. Wie damals, ſo verhielt es ſich im Allgemeinen auch jetzt, jedoch mit dem großen Unterſchiede, daß Preußen jetzt von Frankreich gefährdet war, nicht mehr von Rußland und Oeſterreich, vielmehr für den Fall, daß es ſich mit Frankreich entzweie, Anlehnung an Rußland ſuchte: denn die vornehmſte reelle Gefahr, in der ſich Preußen und der deutſche Norden befanden, rührte von der Occupation Hannovers her, welche man ſich nicht hatte gefallen laſſen, ohne Rußland conſultirt zu haben. Auf Hannover nun hauptſächlich war das Augenmerk Friedrich Wilhelms III. gerichtet. Aber er ließ ſich dadurch nicht in ein Zerwürfniß mit Frankreich verwickeln. Auch in der gefährdeten Lage, in der er war, hielt er doch das Syſtem der Neutralität und der Vermittelung folgerichtig feſt, was ihm dadurch möglich wurde, daß der Krieg auf dem Continent noch immer vermieden blieb.

Eine große Verlegenheit für Preußen erwuchs aus der Verbindung zwischen England, Rußland und Schweden, die so eben zu Stande kam. In Folge gereizter Manifestationen von beiden Seiten erklärte König Gustav IV. von Schweden die diplomatischen Verbindungen mit Frankreich für abgebrochen. Um Schwedisch-Pommern, das durch die Franzosen von Hannover her bedroht zu werden schien, vor ihnen zu schützen, trat er in Allianz mit England, das ihm Subsidien versprach, namentlich zur Vertheidigung Stralsunds. In Berlin fühlte man sich hievon so gut wie unmittelbar betroffen: zum Kampf in Norddeutschland zwischen Schweden und Franzosen konnte man es nicht kommen lassen; die Folge davon wäre wahrscheinlich eine Occupation Schwedisch-Pommerns durch die Franzosen gewesen. Indem aber der König seinen Entschluß erklärte, Schwedisch-Pommern zu besetzen, mußte er erleben, daß sein Verfahren Mißbilligung bei Rußland hervorrief. Kaiser Alexander suchte ihn vielmehr zu einer Action der drei Mächte gegen Frankreich, die bereits im Gange war, herbeizuziehen.

Eines der merkwürdigsten Actenstücke für die Politik des preußischen Staates ist die Instruction, mit der General Zastrow am 12. April 1805 nach Petersburg geschickt wurde [1]). Der König wiederholt darin, daß nichts für ihn größeren Werth habe, als die Freundschaft des Kaisers. Aber wie der Kaiser seine Politik nach seiner continentalen und maritimen Stellung berechne, so geschehe das auch von preußischer Seite. Er gedenkt der Umstände, unter denen er die Occupation Hannovers durch die Franzosen nachgegeben hatte, nicht gerade mit Genugthuung. Nun aber, sagt er, sei durch die zwischen ihm und Rußland verabredete Declaration der Norden Deutschlands unter den Schutz von Preußen und Rußland gestellt. Auf dieser Basis beruhe das gute Vernehmen, in das er mit den Franzosen getreten sei; aber sie müsse nun auch beobachtet werden. Zu den Provinzen, deren Vertheidigung man sich versprochen, gehöre Schwedisch-Pommern. Eine feindliche Bewegung aus dieser Landschaft würde den Franzosen das Recht geben, dahin vorzudringen. Um dies zu verhindern, habe er ein Mittel ergriffen, welches den großen Mächten zustehe. Er hätte nicht den Irrthum wiederholen dürfen, der in Bezug auf Hannover

1) Die Instruction ist in den Denkwürdigkeiten Bd. V, S. 137 mitgetheilt.

begangen worden sei. Deshalb habe er den Schweden angekündigt: er werde, wenn ihr Verhältniß zu Frankreich die Ruhe des Nordens bedrohe, Schwedisch-Pommern besetzen lassen. Dagegen habe der Kaiser von Rußland erklärt, daß eine Feindseligkeit gegen Schweden ihn nöthigen würde, demselben zu Hülfe zu kommen. Eine solche Erklärung habe er von seinem Freunde, dem Kaiser, nicht erwartet. Pommern besetzen, heiße, es vertheidigen. In Paris hätte man ihm dies verübeln können: in Stockholm aber sollte man es ihm danken, in Petersburg ihm darin beistimmen. Aus den militärischen Vorkehrungen in Rußland müsse er schließen, daß man ihm geheime politische Absichten zuschreibe. Friedrich Wilhelm III. wiederholt mit der Aufrichtigkeit, welche Ueberzeugung erweckt, daß er keine weiteren Verbindungen habe. Er gedenkt, dabei des ihm durch den russischen General Wintzingerode mitgetheilten Ansinnens, sich mit Oesterreich und Rußland zu vereinigen, um den Ehrgeiz der Franzosen im Zaume zu halten. Er weist dasselbe nicht zurück; aber er hebt doch die Schwierigkeit hervor, die es für Preußen seiner geographischen Lage wegen habe, darauf einzugehen. Die Zeit könne vielleicht kommen, wo man Alles an Alles setzen müsse; aber noch sei sie nicht eingetreten.

Zastrow kam aus Petersburg mit einem Schreiben des Kaisers zurück [1]), in welchem dieser die Versicherung wiederholte, daß er dem Könige gegen Frankreich zu Hülfe kommen werde, selbst mit einer größeren Macht, als der früher zugesagten. Zugleich aber wurde darin die Frage, auf welche der König am wenigsten eingegangen war, die einer eventuellen Verbindung der großen Mächte, in den Vordergrund gerückt. Schon längst war nämlich, ohne daß Preußen etwas davon erfuhr, zwischen Oesterreich und Rußland über die Bildung einer neuen Coalition verhandelt und abgeschlossen worden.

Als den eigentlichen Beginn derselben — denn was bis dahin vorgekommen, war doch wirkungslos verhallt — kann man die Weisung betrachten, die der Petersburger Hof am 6. October 1803 an seinen Geschäftsträger Anstett, damals Vertreter Rasumowsky's, erließ, mit der österreichischen Regierung über die Maßregeln, die man gegen den gemeinschaftlichen Feind zu nehmen habe, in Berathung zu treten. Der Vicekanzler Cobenzl antwortete: er sei überzeugt, daß nur das Einverständniß der beiden Kaiserhöfe Europa

1) Denkwürdigkeiten II, S. 161.

und namentlich Oeſterreich retten könne. Aber ſo raſch vorzugehen, wie es Rußland wünſchte, hatte man doch in Oeſterreich keine Neigung. Auf eine neue Anmahnung, keine Zeit zu verlieren, antwortete Cobenzl: „Wir ſtehen vor der Mündung der Kanone; wir werden vernichtet ſein, ehe ihr uns zu Hülfe kommt“ [1]).

Ueber die Ermordung des Herzogs von Enghien ſchlug Rußland den lauteſten Ton der Entrüſtung an. Aber wir ſahen ſchon, wie wenig die beiden deutſchen Mächte geneigt waren, eine Demonſtration des deutſchen Reiches zuzulaſſen, in deren Folge ein Krieg hätte ausbrechen können. Nicht minder energiſch erklärte ſich Rußland gegen das napoleoniſche und ſelbſt gegen das öſterreichiſche Kaiſerthum [2]). Aber dieſe principielle Differenz war doch keine entſcheidende: denn den Pricipien wird eben nicht immer Rechnung getragen. Jener Meinungsverſchiedenheit zum Trotze gingen die Unterhandlungen über eine Verbindung gegen Frankreich immer fort. Nicht durch kleine Zwiſtigkeiten wurde Oeſterreich dazu beſtimmt, ſondern durch ein großes Intereſſe. Was der Nachahmer Karls des Großen in Deutſchland ausführte, erſchien nicht ſo bedeutend. Von der größten Tragweite aber war es, daß Napoleon ſein Vorbild auch in Italien nachzuahmen und dies Land mit ſeinem Reiche zu vereinigen unternahm. Schon die Errichtung der italieniſchen Republik hatte in Wien beunruhigt; daß nun aber in der ſo oft von Oeſterreich beſeſſenen, verlorenen und wieder eroberten Lombardei ein Königreich mit dem Namen Italien gegründet werden ſollte, ſchien für das Haus Habsburg unerträglich zu ſein. Ueberdies bildete die Geſammtkraft von Frankreich und Italien, in Einer Hand vereinigt, eine Gefahr für alle unabhängigen Mächte. Auf dieſe beſondere und allgemeine Befürchtung bezogen

1) Vous voyez que nous sommes à la bouche du canon et que nous serons anéantis avant que vous puissiez nous secourir. Bericht Raſumowsky's vom 22. März 1804 bei Martens, Recueil II, S. 401.

2) Im Sommer des Jahres 1804 waren bittere und gereizte Noten zwiſchen Frankreich und Rußland gewechſelt worden. Der ruſſiſche Geſandte hatte den franzöſiſchen Hof verlaſſen, mit der Erklärung: daß es nur bei Napoleon ſtehe, ob er Krieg mit Rußland haben wolle oder nicht. Ruſſiſche Note vom 28. Auguſt, bei Garden VIII, 266 fg. Sie findet ſich auch in den Mémoires d'un homme d'Etat, II, 456 (Bruxelles 1839), aber mit Weglaſſung einiger Stellen, die bei Bignon Histoire de France depuis le 18 brumaire III, 400 citirt werden, ſo daß man an ihrer Authenticität nicht zweifeln kann.

ſich die Unterhandlungen, die zwiſchen Rußland und Oeſterreich gepflogen wurden. Sie hatten einen dreifachen Gegenſtand: die Feſtſetzung einer combinirten Heeresmacht, die Beſtimmung der bei günſtigem Erfolg für Oeſterreich zu machenden Erwerbungen, endlich die Summe der Subſidien, zu denen ſich England verſtehen ſollte. Ueber den erſten Punkt verſtändigte man ſich leicht. Man kam überein, daß ein Heer von viertehalbhunderttauſend Mann, worunter 115,000 Ruſſen, ins Feld geſtellt werden ſollte. In Bezug auf den zweiten Punkt zeigte ſich Alexander nicht ſo ſtreng, wie Paul I.; er ſtand davon ab, daß alle einzunehmenden Länder an ihre früheren Beſitzer zurückgegeben werden ſollten. Die Summen der engliſchen Subſidien wurden ſowohl für die Rüſtungen wie für jedes Kriegsjahr vereinbart. Rußland und Oeſterreich verpflichteten ſich zur gemeinſchaftlichen Politik in Bezug auf Deutſchland, die Türkei und vornehmlich auf Italien. Wenn die Franzoſen ſich in Neapel weiter ausbreiten, Calabrien oder die Hauptſtadt beſetzen ſollten und Rußland dadurch genöthigt würde, dem Könige von Neapel kraft ſeiner Allianz mit demſelben Hülfe zu leiſten, ſo verſpricht Oeſterreich, die Operationen gegen den gemeinſchaftlichen Feind anzufangen. Am 6. November 1804 wurde der Vertrag im tiefſten Geheimniß unterzeichnet und am 26. Dezember zu einem definitiven Abſchluß gebracht.

Auf die diplomatiſchen Erörterungen, die zwiſchen Frankreich und Oeſterreich gepflogen wurden, kommt nunmehr ſoviel nicht an. Alles beruhte darauf, ob England die Subſidien, welche Rußland und Oeſterreich forderten, bewilligen würde. Darüber haben nun zwiſchen Rußland und England Verhandlungen ſtattgefunden, bei denen man über die nächſten Ziele der zwiſchen Oeſterreich und Rußland getroffenen Vereinbarung noch weit hinausging. Der Gedanke wurde gefaßt, dem Fortſchreiten des napoleoniſchen Reiches durch eine Verbindung der continentalen Mächte entgegenzutreten. Von der größten Wichtigkeit iſt der zwiſchen Rußland und England verabredete Vertrag vom 11. April 1805, ein Vertrag, welcher als Grundlage der dritten Coalition und als eine der vornehmſten Transactionen, auf denen die neuere Geſchichte Europa's überhaupt beruht, zu betrachten iſt [1]). Es war gleichſam die Antwort auf die Proclamation des Kaiſerthums in Frankreich und die Ausdehnung

1) Die geheimen Artikel des Vertrages vom 6. November 1804 und der Vertrag von 11. April 1805 (zwiſchen England und Rußland) ſind zuerſt von Martens, Recueil II, S. 407, 433, mitgetheilt worden.

der napoleoniſchen Herrſchaft über Italien. Die beiden Mächte verabreden darin, eine allgemeine Ligue in Europa zu Stande zu bringen, welche, abgeſehen von den engliſchen Steitkräften, 500,000 Mann ins Feld führen ſoll, um die franzöſiſche Regierung zu nöthigen, den Frieden und das Gleichgewicht in Europa wiederherzuſtellen. Die Anforderungen, die man an Napoleon richten wollte, waren folgende: Räumung von Hannover und Norddeutſchland, Unabhängigkeit Hollands und der Schweiz, Wiederherſtellung Sardiniens, Sicherheit Neapels, Räumung Italiens. Man rechnete dabei auf eine Betheiligung Preußens mit 100,000 Mann. Wie aber, wenn dieſer Staat nicht beitrat? Bemerkenswerth ſind die in dieſer Beziehung verabredeten Schritte. Nach dem Vertrage vom 6. November ſollte eine ruſſiſche Armee an den Grenzen von Preußen erſcheinen, um die Hinneigung dieſer Macht zu Frankreich durch eine drohende Aufſtellung im Zaume zu halten. Nach dem neuen Vertrage vom 11. April wird man gegen die Mächte, welche den Maßregeln der Coaliſirten durch eine zu enge Union mit Frankreich Hinderniſſe bereiten ſollten, gemeinſchaftliche Sache machen [1]). Die Vermuthung alſo beſtand, daß Preußen ſich an Frankreich anſchließen könne, wovon es mit Gewalt der Waffen abgehalten werden müſſe [2]).

---

1) Art. séparé VIII. S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. Britannique sont convenues de faire cause commune contre toute Puissance qui par l'emploi de ses forces ou par une union trop intime avec la France prétendrait élever des entraves essentielles au développement des mesures que les deux Hautes Puissances contractantes devront prendre pour atteindre le but qu' Elles se sont proposé par le présent concert.

2) Zu welchen Ungeheuerlichkeiten der Pläne und der Ideen der Moment, in welchem ſich Rußland und Preußen zu entzweien ſchienen, Anlaß gab, zeigt ein Brief Czartoryski's an Raſumowsky vom Juli 1805, in welchem bereits von einer Herſtellung Polens durch Rußland, aber auf Koſten Preußens, die Rede iſt; Preußen ſollte Polen und ſelbſt Schleſien verlieren. Pour gagner l'affection des Polonais, on trouve que l'Empereur Alexandre devait prendre le titre de roi de Pologne, quitte à prévenir par des mesures efficaces le mauvais effet que pourrait produire ce titre dans les provinces autrichiennes. Pour ce qui concernait les intérêts de la Prusse, le ministre russe ne croyait pas devoir les prendre en considération. „Je ne prévois pas“ ecrit le prince Czartoryski, „que l'Autriche voit jamais d'un mauvais œil que la Russie gagne sur la Prusse.“ D'après cela il n'y avait qu'à pourvoir au sort futur de la Galicie. „Cependant“, continue le prince, „dans ce revirement aussi

Noch waren die Einzelheiten der Verabredung für Preußen in tiefes Geheimniß gehüllt, als ihm die Aufforderung zukam, die Sendung des ruſſiſchen Bevollmächtigten, der die vereinbarten Forderungen an Napoleon vorlegen ſollte, nach Paris zu vermitteln; noch hielt Hardenberg, wie einige ſeiner Vorſtellungen an den König ausweiſen, eine ſolche Vereinbarung für ſehr möglich. Nowoſſiltzow erſchien dazu ſelbſt in Berlin; er ſollte von Zaſtrow nach Paris begleitet werden. Aber indem man beabſichtigte, weitere Uebergriffe Napoleons zu verhüten, geſchah in dieſem Augenblick ein neuer. Seine Anweſenheit in Italien benutzte er, um Genua mit Frankreich zu reuniren (4. Juni). Er that es auf den Grund, daß das Volk von Genua es wünſche; ſeine Abſicht war, die maritimen Streitkräfte Genua's unmittelbar zu ſeiner Verfügung zu haben.

Auf dieſe Nachricht wurde Nowoſſiltzow nach Petersburg zurückberufen, ſo daß auch die von Preußen in Ausſicht geſtellte Unterſtützung dieſer Miſſion zu Boden fiel. Zu derſelben Zeit hatte ſich der Wiener Hof nach langem Schwanken entſchloſſen, dem ruſſiſch-engliſchen Vertrage vom 11. April zu accediren. Der entſcheidende Moment dafür war, daß Rußland damit drohte, die am Ende des vergangenen Jahres abgeſchloſſenen Verträge für ungültig zu erklären, wenn Oeſterreich nicht der Liga mit England beitrete [1]). Wie hätte man ſich in Wien vor den Gefahren, in die man ſich durch den Beitritt ſtürzen würde, die Augen verſchließen ſollen? Aber dagegen faßte man die Hoffnung, daß durch die große Combination, welche ſich darbot, eine Heeresmacht ins Feld geſtellt werden würde — man hat ſie wohl auf 600,000 Mann berechnet —, welcher der franzöſiſche Kaiſer unmöglich werde widerſtehen können. Von dem Entſchluſſe Oeſterreichs, an den allgemeinen Entwürfen Theil zu nehmen, drang keine Kunde nach Berlin. Aber es genügte ſchon, daß Hardenberg von der Verabredung zwiſchen England und Rußland

considérable (en Galicie), l'Autriche aurait de quoi se dédommager avec avantage; si elle prenait la Silésie et si elle s'arrondissait en Allemagne par l'annexion de la Bavière." „Mais," ajoute le prince comme conclusion à la note, „peut-être que toutes ces suppositions se trouvent être prématures et superflues si la Prusse vient à se ranger du côté des alliés." Martens, Recueil II, S. 478.

1) Ad. Beer, Oeſterreich und Rußland in den Jahren 1804 und 1805, im Archiv für öſterreichiſche Geſchichte. Bd. 53. H. 1, S. 176. Vergl.: Zehn Jahre öſterreichiſcher Politik 1801—1810, S. 102, und Fournier, Gentz und Lebenzl S. 116.

durch Nowoſſiltzow Kenntniß bekam. Dadurch wurde die große Frage, welche die preußiſche Politik beſchäftigen mußte, in unmittelbare Evidenz gerückt.

Sollte man bei dem bevorſtehenden Kriege der in ihrer Bildung begriffenen Coalition beitreten oder an der bisher behaupteten Neutralität feſthalten? Frankreich hatte eine überwiegende und beunruhigende Stellung inne; aber auch die Zumuthungen von Rußland und England ließen für eine ſelbſtändige preußiſche Politik keinen Raum übrig, und da die Verbündeten auch eines Falles erwähnt hatten, in dem man Preußen ſogar überwältigen wollte, ſo war für die Selbſtändigkeit des Staates von der einen Seite nicht viel weniger zu fürchten, als von der anderen. Eine Rückſicht trat hervor, welche für die Vereinbarung mit Oeſterreich zu ſprechen ſchien. Oeſterreich ſelbſt hatte eine Verbeſſerung der Reichsverfaſſung unter dem gemeinſchaftlichen Einfluſſe der beiden Mächte in Antrag gebracht [1]). Und mit Freuden war Friedrich Wilhelm III. darauf eingegangen. Man wollte der chaotiſchen Verwirrung, die bei dem nächſten großen Ereigniß zu erwarten wäre, zuvorkommen und den äußeren Verluſt durch intenſive Verſtärkung der Kräfte erſetzen. Der König hielt im Juni 1805 in Fürth eine Heerſchau über ſeine fränkiſchen Truppen, bei welcher ſich Erzherzog Anton und ein öſterreichiſcher Miniſter einſtellten. Da iſt denn aufs neue von der Sache die Rede geweſen. Aber der Miniſter war nicht inſtruirt und weder auf der einen, noch auf der anderen Seite ein rechter Eifer für dieſe hochwichtige Angelegenheit vorhanden [2]). Zu einem wirklichen Verſtändniß gelangte man nicht. Dagegen traten die Vorſchläge Frankreichs immer dringender auf, je näher die wachſende Entzweiung dieſer Macht mit Oeſterreich den Krieg in Ausſicht ſtellte.

Es gab damals ein Mißverſtändniß zwiſchen Preußen und Frankreich, indem Preußen, immer an der Neutralität feſthaltend, ſich nicht für verpflichtet hielt, einer etwaigen Landung der Engländer in Hannover Widerſtand zu leiſten, wie das Frankreich forderte. Aber Napoleon ließ ſich durch dieſe Differenz nicht abhalten, der preußiſchen Regierung den Wunſch auszuſprechen, daß den öſterreichiſchen Rüſtungen eine Demonſtration von preußiſcher Seite entgegengeſetzt werde. Wenn Rußland die Theilnahme Preußens

1) Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 132 ff. Vergl. die Depeſche von Colloredo an Metternich vom 10. Januar 1805 bei Oncken, Oeſterreich und Preußen im Befreiungskriege, II, S. 558 ff.

2) Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 159.

an den allgemeinen Angelegenheiten hervorhob, so brachte Napoleon das Interesse dieses Staates als einer besonderen Macht zur Sprache.

Wir dürfen eine Denkschrift nicht übergehen [1]), die damals (8. August) von dem französischen Gesandten in Berlin, Laforêt, an Hardenberg mitgetheilt worden ist.

Napoleon geht davon aus, daß Friedrich Wilhelm III. der, um die gährenden Leidenschaften zu fesseln, erklärt habe, kein Theil von Norddeutschland solle zum Kriegsschauplatz dienen, die Schlingen erkennen werde, die man seiner Ehrlichkeit lege. In diesem Vertrauen habe er, der Kaiser, seine Truppen in Hannover vermindert; aber er müsse wahrnehmen, daß Preußen an seiner Garantie nicht festhalte; für sich selbst sollte er nichts mehr wünschen, als 40,000 Russen, Engländer und Schweden in Hannover eindringen zu sehen: er würde ihnen eine gute Lection geben. Eine halbe Garantie, wie sie Preußen anbiete, sei gar keine. Wenn Rußland den Krieg erkläre, so müsse Frankreich sich der Hauptstadt Pommerns bemächtigen. Wo bleibe da das Neutralitätssystem des Königs? Dagegen biete die Union mit Frankreich dem preußischen Staate sichere, zahlreiche und unmittelbare Vortheile ohne Gefahr. Preußen möge sich erinnern, daß es die Mittel der Vergrößerung nicht besitze, die seinen Nachbarn zu Gebote stehen. Oesterreich habe die belgischen Provinzen nicht sowohl verloren, als sich ihrer entledigt und dagegen eine großartige Stellung in Italien und der Pforte gegenüber gewonnen, deren Unterthanen in Folge der serbischen Bewegung sich leicht an Oesterreich anschließen würden; noch umfassender seien die seit der Einnahme der Krim von Rußland erworbenen Vortheile; es bedrohe in diesem Augenblicke Persien. Dagegen sei Preußen stationär geblieben und in Gefahr, seine Stellung in der Reihe der großen Mächte zu verlieren. Jede Vergrößerung werde ihm von seinen beiden Nachbarn, die zugleich seine Feinde seien, beneidet. Was aber die Anderen nicht wollen und vielleicht nicht können, das vermöge Frankreich, und es hänge nur von Preußen ab, daß der Kaiser es wolle. In dem Augenblicke, daß er sich beleidigt fühlen könnte, wolle er doch nichts als Freundschaft mit dem König und Erhaltung des Ranges von Preußen unter den Nationen. Die Gelegenheit sei einzig, da unter den obwaltenden Umständen die Verbindung zugleich als ein Mittel zum allgemeinen Frieden erscheine. Der Kaiser bietet den Besitz von Hannover dem Könige von Preußen unverzüglich an und

1) Die Denkschrift ist in den Denkwürdigkeiten, V, S. 145, mitgetheilt.

verpflichtet sich, die Cession desselben zu einer Bedingung des Friedens mit England zu machen. Es werde sich daraus ein gemeinschaftliches Interesse zwischen Frankreich und Preußen bilden. Man müsse die Engländer von Hannover entfernen, das ihnen sonst nur zur Beunruhigung des Continents dienen würde. Der Friede werde endlich die Frucht der gemeinsamen Anstrengungen Preußens und Frankreichs sein. Es würde genügen, wenn Preußen für alle künftigen Fälle den gegenwärtigen Zustand von Italien aufrechtzuerhalten sich anheischig mache. Der Tractat solle geheim bleiben; Europa müßte sich an eine factische Verbindung beider Länder gewöhnen. Da England alle seine Hoffnungen auf den continentalen Krieg gründe, Rußland und Oesterreich aber einen solchen nicht unternehmen werden, wenn Preußen als Alliirter von Frankreich auftritt, so würde der König den Ruhm haben, den Frieden zwischen Frankreich und England herzustellen. Die Abtretung Hannovers würde keine unüberwindlichen Schwierigkeiten darbieten: denn nicht der König Georg werde den Frieden schließen, sondern die englische Nation. Ein Staat, der nicht zunehme, nehme ab; dieser Satz habe niemals mehr Geltung gehabt, als im gegenwärtigen Jahrhundert.

Die Forderungen Napoleons waren sehr weit aussehend, der Augenblick dringend. Der Cabinetsrath Beyme versicherte: der Gegenstand sei der wichtigste, der je die Aufmerksamkeit des Königs beschäftigt habe. Zunächst suchte man nun die Beschwerde, welche Napoleon über die unzureichende Ausführung der Garantie machte, zu widerlegen. Das Verhältniß ist sehr eigenthümlicher Art; denn eigentlich war die Garantie des Friedens in Norddeutschland gegen eine drohende Invasion Napoleons selbst gerichtet. Der König bemerkte, daß sie sich nimmermehr auf den Schutz der Seeküste zwischen Elbe und Weser habe beziehen können, zu welchem er gar nicht fähig sei; sie sei nur darauf gerichtet, Frankreich gegen einen continentalen Angriff von Seiten Rußlands zu sichern. Aber den Krieg von den Küsten der Nordsee abzuhalten, hatte doch auch für Preußen das größte Interesse; um dazu im Stande zu sein, mußte es aber das Land Hannover in seinen Händen haben.

Aus diesem Grunde wünschte der König eine Discussion über die Vorschläge Napoleons, von denen der wichtigste eben Hannover betraf. Für die Abtretung der hannoverschen Lande an Preußen wollte er den gegenwärtigen Zustand von Italien garantiren, um auf diese Weise nicht nur den Ausbruch des Krieges zu verhindern, sondern den allgemeinen Frieden einzuleiten. Dazu aber gehöre

noch, daß die Unabhängigkeit der übrigen Staaten von Italien sowie die der Schweiz und der batavischen Republik garantirt würden.

In einem Schreiben des Königs an Luccheſini (vom 17. Auguſt 1805) [1]) werden dieſe Gedanken weiter ausgeführt. Eine Abkunft über Hannover ſei erforderlich, um jeden feindlichen Anfall von ruſſiſcher Seite zu vermeiden. Der Friede mit Oeſterreich laſſe ſich hoffen, wenn dieſem die Unabhängigkeit der noch nicht in Beſitz genommenen Theile von Italien und die der Schweiz zugeſichert werde. Der König ſagte: wenn es ihm gelänge, die Anerkennung der Unabhängigkeit Hollands durchzuſetzen, werde er ſich ganz Europa verpflichten. Dabei ſei ſeine wohlbegründete Vorausſetzung, daß der Zuſtand des deutſchen Reiches und die letzten Territorial-Feſtſetzungen beſtehen bleiben [2]).

Wenn Beyme den Werth der Abtretung Hannovers in Zweifel gezogen hatte, weil das Land ruinirt ſei, ſo bemerkte Hardenberg, daß darin eine Verwechſelung des gegenwärtigen Zuſtandes und der Bedeutung des Landes überhaupt liege: die Acquiſition ſei ſehr wichtig. In der Inſtruction an Luccheſini wiederholt er das. Die Ueberlieferung des Landes an die preußiſchen Truppen ſoll möglichſt beſchleunigt, jedoch die definitive Ceſſion in einen geheimen Artikel verwieſen werden. Der Tractat ſelbſt ſoll die erwähnten Garantieen enthalten.

Man begreift es, wenn der leitende preußiſche Miniſter, Hardenberg, nicht abgeneigt war, auf die Anträge Napoleons einzugehen, an die ſich die Ausſicht auf eine neue Vergrößerung des Staates knüpfte. Er war gereizt durch die ihm zur Kunde gekommenen Abſichten der Verbündeten, Preußen zu zwingen, an ihrem Kriege gegen Frankreich Theil zu nehmen, während die Erbietungen Napoleons noch die Ausſicht, den Frieden zu erhalten, übrig ließen. Niemand ſchlug die Erwerbung Hannovers höher an, als der geborene Hannoveraner Hardenberg; er meinte, daß ſie

1) Denkwürdigkeiten. V, S. 161.

2) Nous pouvons espérer que la guerre n'éclate pas, si la cour de Vienne voit ses propres États, l'indépendance du reste de l'Italie compris dans la garantie dont Je me chargerais envers la France et celle de la Suisse assurés. Si je parviens à faire stipuler celle de la République batave, je croirai avoir mérité la reconnaissance de ce pays et de l'Europe entière. Je compte avec raison que l'intégrité de l'Empire germanique d'après la paix de Lunéville et les transactions de Ratisbonne reste intacte.

das Glück der Unterthanen begründen werde; der Anſpruch der Dynaſtie laſſe ſich auf eine andere Weiſe befriedigen. Es ſcheint, als habe ihm der Gedanke vorgeſchwebt, daß Preußen Böhmens und ſelbſt Sachſens in dieſem Conflicte Meiſter zu werden Ausſicht habe. Er verbarg ſich nicht, daß man darüber mit Rußland in Kampf und anfänglich ſelbſt in Verluſt gerathen könne; aber dieſe Beſorgniß ſchreckte ihn nicht ab, auf die Uebereinkunft mit Frankreich einzugehen: denn auf welcher Seite ſei nicht Gefahr?

Am 22. Auguſt fand zu Halberſtadt eine Conferenz ſtatt zwiſchen Hardenberg, dem Herzog von Braunſchweig und Schulenburg, in welcher die Frage über die vorgeſchlagene Allianz in Berathung gezogen wurde [1]). Die drei Herren waren für die Annahme der franzöſiſchen Vorſchläge, auch deswegen, da ſie die Ceſſion von Hannover enthielten. Der Hauptgrund war, daß ohne die Beſetzung Hannovers Preußen bei jeder Differenz zwiſchen Frankreich und England compromittirt werden müſſe. Man fügte hinzu, daß erſt durch die Entfernung der Franzoſen die niederſächſiſchen und weſtfäliſchen Lande des Königs geſichert und die mannichfaltigſten Inconvenienzen verhütet werden würden. Man hoffte ſelbſt, England werde des Vortheils halber, der dem Lande daraus entſpringe, nicht dagegen ſein, ſondern vielleicht die Blokade der Ems und der Weſer aufheben. Gewiß werde die Garantie der italieniſchen Beſitzungen Frankreichs in Rußland einen unangenehmen Eindruck machen; man glaubte jedoch, daß es um dieſer Sache willen, die weder ein ruſſiſches noch ein engliſches Intereſſe einſchließe, den Krieg nicht beginnen werde, zumal wenn Oeſterreich ruhig bleibe, wie zu erwarten ſei. Für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbräche, würde Rußland an Frankreich und Preußen Widerſtand finden; man nahm bereits Bedacht, wie man ſich dazu rüſten müſſe. Beyme hatte aus Furcht vor Rußland zwei Modificationen in Vorſchlag gebracht: die eine, daß die beantragte Garantie nur gegen Oeſterreich gewährt, die andere, daß die Vollziehung des ganzen Tractates von einer wirklichen Landung der Ruſſen in Schwediſch-Pommern abhängig gemacht werde. Die Conferenz verwarf dieſe Einwendungen. Den Fall eines Krieges mit Rußland faßte man wirklich ins Auge. Der Herzog von Braunſchweig, der ſich erbot, Hannover zu beſetzen, ſprach auch den Wunſch aus, in einem Kriege gegen Rußland nicht zu Hauſe gelaſſen zu werden.

1) Das Protokoll über die Conferenz zu Halberſtadt findet ſich in den Denkwürdigkeiten, V, S. 167.

Zweites Capitel.

Verhandlungen mit Frankreich.

Die europäiſchen Verhältniſſe bieten einen höchſt außerordentlichen Anblick dar: inmitten der continentalen Mächte die revolutionäre Gewalt eines franzöſiſchen Kaiſers, der, in Unternehmungen nach allen Seiten hin, jeden Augenblick weiter um ſich greift. Wir irren wohl nicht, wenn wir den Anfang der neuen Verwickelungen in den italieniſchen Uebergriffen ſuchen; die Errichtung der italieniſchen Republik ſtatt der cisalpiniſchen, die Unterdrückung des Königs von Sardinien allen anderen Verſprechungen zum Trotz waren es doch eigentlich, was die Unterhandlungen in Amiens nur formell zu einem Frieden gelangen ließ, der in der That kein ſolcher war; denn eben wegen der Einrichtung von Italien konnten ſich Frankreich und England nicht verſtändigen. Da Napoleon immer weiter ſchritt, ſo iſt es zu begreifen, daß ſowohl Rußland als Oeſterreich ſich an England anſchloſſen: die maritime Differenz zwiſchen England und Frankreich wurde das vornehmſte Motiv, durch welches England in ſeinem Kampfe, der noch keineswegs ohne Gefahr war, die Unterſtützung von Rußland und Oeſterreich erlangte. Oeſterreich ſah in der Errichtung des Königreiches Italien eine eigene Gefahr; Rußland nahm ſich der bedrohten Selbſtändigkeit von Neapel an; die beiden Mächte wollten die einſeitigen Einwirkungen Frankreichs auf die Türkei nicht dulden.

So fand der alte Zuſtand, der auf der Idee des Gleichgewichtes beruhte, eine ſtarke Repräſentation in den drei Mächten: England, Rußland und Oeſterreich. Für ſie war es die große Angelegenheit, die Unabhängigkeit des Ueberreſtes von Italien ſowie die der Schweiz und Hollands zu retten oder wiederherzuſtellen, den franzöſiſchen Einfluß vom osmaniſchen Reiche auszuſchließen und das deutſche Reich in dem Zuſtand, in welchem es ſich verfaſſungsmäßig befand, zu behaupten. Es waren im Allgemeinen die conſerva-

tiven Ideen, auf denen das alte Europa beruht hatte, welche die drei Mächte verfochten; in Napoleon erſchien eine revolutionäre Gewalt, gegründet auf die Ideen von 1789, welche die Inſtitute des alten Europa mit dem Untergang bedrohte. In der Mitte der gegeneinander anſtrebenden Gewalten ſtand nun Preußen, keiner von den übrigen an Macht zu vergleichen, aber mit einem eigenthümlichen Intereſſe. Während die übrigen Mächte ſich zu einem Kampfe auf Leben und Tod rüſteten, dachte Preußen, ſeine Neutralität nach beiden Seiten zu befeſtigen: es war durch ſeine geographiſche Poſition exponirt, aber auch berufen, den Frieden zu erhalten. An und für ſich kann man eine ſolche Stellung nicht verwerfen: ſie war mit der Idee der inneren Cultur und ſelbſt der materiellen Wohlfahrt verbunden. Und auch der Friede hatte für Europa eine conſervative Bedeutung, in wiefern der militäriſchen und revolutionären Gewalt Schranken gezogen wurden.

Das Verhältniß, welches die Epoche beherrſchte, war die dynaſtiſche Verbindung Hannovers mit England. Hannover wurde der Gegenſtand der franzöſiſchen Uebergriffe; für ſich ſelbſt war es nicht in der Lage, an einer Vertheidigung Norddeutſchlands gegen die Franzoſen nachdrücklich theilzunehmen; denn in dem Uebergewicht Preußens, welches die Vertheidigung von Norddeutſchland in die Hände nahm, ſah es ſogar eine Gefahr für ſein beſonderes Beſtehen. Die Verwickelung des Momentes lag nun darin, daß Preußen, um den Frieden Norddeutſchlands zu erhalten, den Beſitz von Hannover nicht entbehren konnte, durch denſelben aber in den Stand geſetzt wurde, eine große pacificatoriſche Stellung einzunehmen, namentlich da es die Verſicherung von Rußland hatte, daß daſſelbe den Frieden Norddeutſchlands nicht ſtören wollte. Dieſen Beſitz bot Napoleon in der That an, und zwar mit der ausdrücklichen Beſtimmung, daß er beim künftigen Frieden England nöthigen wolle, auf Hannover Verzicht zu leiſten. In dem Erbieten lag nun aber wieder die größte Schwierigkeit; denn Preußen gerieth dadurch in die Verſuchung, an der Beraubung der europäiſchen Fürſten, die es verhindern wollte, ſelber theilzunehmen. Hardenberg meinte, daß ſich Mittel finden würden, das welfiſche Haus anderweit zu entſchädigen; es ſchien dem Berliner Cabinet immer noch möglich, mit der Annahme Hannovers Bedingungen zu verknüpfen, welche Europa vor den weiteren Uebergriffen Napoleons geſichert hätten. In einem ſolchen Beſtreben aber ſtieß man mit den eigenſten Ideen Napoleons zuſammen. Er war jetzt nach Boulogne gegangen, um

die Rüſtungen gegen England, ſeine Rüſtungen überhaupt, perſönlich zu leiten. Von dort nun ſchickte er ſeinen Hausmarſchall Duroc nach Berlin, immer in der Abſicht, die Beſtimmungen über Hannover zu fixiren, aber zugleich die Bedingungen, die man preußiſcherſeits daran knüpfte und die ihn beſchränkt haben würden, zurückzuweiſen. „Ich will", ſagte er [1]), „die Unabhängigkeit der bataviſchen Republik und der Schweiz nicht gewähren; auch will ich" — denn von einer Trennung der franzöſiſchen und der italieniſchen Krone war die Rede geweſen [2]) — „auf mein italieniſches Königreich nicht verzichten". Alle ſeine Gedanken waren auf einen Krieg mit Oeſterreich gerichtet. Er forderte Preußen auf, entweder eine Truppenbewegung gegen Böhmen ins Werk zu ſetzen, oder eine ſtarke Declaration gegen Oeſterreich zu erlaſſen; im Falle, daß ſeine Waffen glücklich ſeien, verſprach er, von den Eroberungen, die man in Deutſchland mache, nichts behalten zu wollen; auch Neapel wolle er nicht mit dem franzöſiſchen oder italieniſchen Reiche vereinigen: daß er es beſtehen laſſen wolle, wie es war, ſagt er nicht. Mit England brauche Preußen nicht zu brechen; auch ſollte es ſich nicht eigentlich in Krieg mit Oeſterreich verwickeln, ſondern daſſelbe nur durch eine Truppenbewegung gegen Schleſien und Böhmen beunruhigen. Er beabſichtige, den öſterreichiſchen Feindſeligkeiten zuvorzukommen; wenn ein ruſſiſches Heer erſcheine, würden Preußen und Franzoſen gegen Rußland zuſammenſtehen.

In einem beſonderen Schreiben an Friedrich Wilhelm III. [3]) ſpricht ſich Napoleon über die Präponderanz aus, welche Rußland durch die Theilung von Polen erlangt habe: Schweden bilde kein Gegengewicht gegen Rußland mehr, eben ſo wenig Ispahan oder Conſtantinopel. Da Oeſterreich ſeine Rüſtungen verdoppele, wodurch Baiern in die größte Gefahr gerathe, ſo dürfe der König keinen Augenblick verſäumen, um durch eine Truppenzuſammenziehung an der böhmiſchen Grenze Oeſterreich zu bedrohen.

Eine dieſen Zumuthungen entgegengeſetzte Warnung hatte der König damals von Haugwitz, den er dem gemachten Vorbehalt

---

1) Napoléon au Général Duroc, Camp de Boulogne, 24 août 1805. Correspondance XI, 154 (Nr. 9126).

2) Lefèbvre, Histoire politique de l'Europe pendant le consulat et l'empire II, 106.

3) Napoléon au Roi de Prusse, Camp de Boulogne, 23 août 1805. Correspondance XI, 140 (Nr. 9116).

gemäß zu Rathe zog, empfangen [1]). In der Note Laforêts vom 8. Auguſt ſah Haugwitz nur eine Wiederholung des ſchon oft gemachten Verſuches, Preußen an die franzöſiſche Politik zu feſſeln. Er rieth dem Könige, bei dem Syſtem einer bewaffneten Neutralität feſt zu verharren, zumal da er dieſelbe dem Kaiſer von Rußland zugeſagt habe; man müſſe nie vergeſſen, daß es in Rußland eine Partei gebe, welche Preußen haſſe und die Ausdehnung des ruſſiſchen Reiches bis an die Weichſel verlange; die Erwerbung Hannovers, ſo wünſchenswerth ſie ſei, habe doch nicht ſo viel Werth, um darüber mit Rußland zu brechen.

Ohne Zweifel trafen dieſe Erinnerungen mit den eigenen Ideen Friedrich Wilhelms III. zuſammen; ſich mit Rußland zu entzweien, war er nicht im Entfernteſten geſonnen. Alles kam darauf an, ob bei den ferneren Verhandlungen mit Frankreich ſein urſprünglicher Gedanke, den Frieden zu behaupten, feſtgehalten werden könne oder nicht. In einer ganz anderen Richtung aber bewegten ſich die Vorſchläge, welche Duroc in Berlin machte.

In dem Eingang des von ihm vorgeſchlagenen Vertrages, der auf alle Zeit den Samen der Zwietracht zwiſchen Frankreich und Preußen vertilgen ſollte, wird beſonders des Zuſtandes des deutſchen Nordens gedacht, welcher ſeit faſt einem Jahrhundert Anlaß zu Mißhelligkeiten gegeben habe, die man wegräumen müſſe. Die Abſicht iſt, durch Erhaltung des continentalen Friedens den maritimen zu beſchleunigen. Die beiden Mächte ſollen ſich verbünden, um jeden feſtländiſchen Angriff, der gegen eine von ihnen geſchehe, mit gemeinſchaftlichen Kräften abzuwehren. Sie werden über die Operationen, zu denen ſie alle ihre offenſiven und defenſiven Streitkräfte zu vereinigen haben, übereinkommen, keine beſondere Abkunft eingehen und über die Bedingungen des künftigen Friedens ſich miteinander verſtändigen. Die Integrität des Königreiches Italien, die über Lucca und Piombino getroffenen Beſtimmungen des Kaiſers und beſonders die von dem franzöſiſchen Reiche jenſeit der Alpen vorgenommenen Beſitzergreifungen werden vom Könige von Preußen garantirt. Die beiden Mächte garantiren das ottomaniſche Reich, die vollſtändige Unabhängigkeit der ſieben Inſeln und die völlige Entfernung der Ruſſen und Engländer vom Mittelmeer. Es wird nicht ganz ausgeſchloſſen, daß die Ruſſen Corfu, die Engländer Malta behalten; dann will aber Frankreich Tarent und die

1) Ueber das Gutachten von Haugwitz vergl. Denkwürdigkeiten, Bd. II, 196.

gegenwärtig von den französischen Truppen occupirten Bezirke des Königreiches Neapel behaupten. Der König von Preußen wird in Wien, Petersburg und London aussprechen, daß er bei jedem Kriege, der den Zweck habe, die Grenze des Königreiches Italien oder die Besitzungen Frankreichs jenseit der Alpen einzuschränken, gemeinschaftliche Sache mit dem Kaiser der Franzosen machen werde. In Wien wird der König noch besonders erklären: wenn die österreichische Armee nicht in ihre Garnisonen in Böhmen und Ungarn zurückkehre, so daß Tirol wieder militärisch in den Zustand komme, in dem es vor einem Jahre gewesen, und wenn Oesterreich fortfahre, Baiern zu bedrohen, so werde Preußen Oesterreich als Urheber alles Unglückes, das den Continent betreffe, betrachten und mit Frankreich gemeinschaftlich dagegen angehen. Andererseits garantirte Napoleon dem Könige von Preußen seine Besitzungen in dem Umfange, der ihnen durch den Reichsreceß vom 25. Februar 1803 zugesprochen ist. Und, um alle Unruhe von dem nördlichen Deutschland fernzuhalten, überträgt der Kaiser alle Rechte, die er durch die Eroberung von Hannover erlangt hat, und alles, was dem Könige von England in Deutschland angehört, ohne Ausnahme auf den König von Preußen. Er verpflichtet sich, die Verzichtleistung des kurfürstlichen Hauses von Braunschweig-Lüneburg zu einer Conditio sine qua non bei dem künftigen Frieden mit England zu machen; er verspricht zugleich, alle die Schwierigkeiten zu heben, die hierüber im deutschen Reiche entstehen könnten. Dagegen soll der König von Preußen das Herzogthum Cleve dem Fürsten überlassen, den der Kaiser dazu bestimmen werde. Der Reichsdeputationshauptschluß wird zwar garantirt, aber nur zu Gunsten derer, welche dem gegenwärtigen Tractat beistimmen. Die beiden Mächte garantiren die Ausführung der Mediationsacte in der Schweiz und die Integrität der batavischen Republik.

In diesem Vertragsentwurf erscheinen die napoleonischen Gedanken, wie sie in diesem Augenblick waren, in ihrem vollen Umfang. Der Gesichtspunkt ist vor Allem auf die Behauptung der in Italien eingenommenen Stellung und auf die Herrschaft im Mittelmeer gerichtet. Von jeder Bedrohung durch Oesterreich soll Italien befreit werden; Baiern wird in besonderen Schutz von Frankreich genommen; die Zustände der Schweiz und der batavischen Republik werden bestätigt, sowie der territoriale Zustand, in dem sich Preußen befindet. Dagegen soll nun Preußen mit Frankreich gemeinschaftliche Sache gegen jeden Angriff einer continentalen Macht machen; der

Besitz von Hannover soll auf Preußen übergehen und in dem künftigen Frieden von England genehmigt werden.

Daß Napoleon es mit diesen Vorschlägen ernstlich gemeint hat, könnte man daraus schließen, daß er den Fall erwähnt, in welchem er Malta an England überlassen werde. In dem Laufe der Verhandlungen wurde wiederholt: wenn der Krieg ausbreche und zu einem glücklichen Erfolge führe, so werde Frankreich von den Eroberungen, die man in Deutschland mache, nichts behalten und Neapel nicht mit dem französischen Kaiserreiche vereinigen. Die Verbindung zwischen Preußen und Frankreich würde zugleich maßgebend für die Gestaltung der Dinge in Deutschland geworden sein.

Aber es bedarf keiner langen Ausführung, um zu beweisen, daß diese Anträge für Preußen unannehmbar waren; sie liefen dem System der Neutralität, das bei dieser Macht noch immer vorwaltete, entgegen. Der Fall war ungefähr wie vor einem Jahre bei dem Eintritt Hardenbergs in das Ministerium. Napoleon muthete dem König ein Schutz- und Trutzbündniß zu, das nur ihm selbst zum Vortheil gereichen konnte, da Frankreich allein einen Angriff zu befürchten hatte, Preußen aber nicht. Der Preis dafür war die Abtretung eines Gebietes, das Napoleon eben nur occupirt hatte, mit der fern liegenden Aussicht, den König von England zur Einwilligung zu nöthigen. So hoch man den Besitz von Hannover anschlug, so war derselbe doch diesen Preis nicht werth.

In der Erklärung des Königs an Duroc wird der landesväterliche Beweggrund angeführt, daß mit der Besitznahme eines zerrütteten Landes ein Krieg verbunden sein werde, der die jetzt blühenden preußischen Provinzen mit dem Ruin bedrohe; nur auf Frieden könne die preußische Politik gerichtet sein; noch sei dazu nicht alle Hoffnung verloren, wenn der Kaiser in Verbindung mit Preußen folgende Punkte garantiren wolle: Integrität der italienischen Staaten, der Schweiz, Hollands, des deutschen Reiches gemäß dem Frieden von Lüneville und dem Reichsreceß[1]). Man hielt für rathsam, bei Oesterreich anzufragen, ob es diesen Vorschlägen beitreten wolle. Die Antwort Oesterreichs war ablehnend: denn was man Unabhängigkeit der Nachbarstaaten von Frankreich nenne sei nichts weiter als Unterwerfung unter eine gebieterische Schutzherrlichkeit. Franz II. verhehlte nicht, daß er sich mit Rußland

1) Die Erklärung des Königs vom 4. September in den Denkwürdigkeiten, Bd. II, 209.

zu einem neuen Waffengange verbündet habe [1]). Die Eröffnung Preußens an Rußland schloß sich ganz an die gewechselten Declarationen an. Der König hatte sich damals entschlossen, sich in Kriegsbereitschaft zu setzen und eine partielle Mobilmachung der Armee zu verfügen. Er bemerkte, daß Frankreich noch nichts gethan habe, was ihn zu einer Kriegserklärung nöthige. Er wünsche nur seine Neutralität festzuhalten und bittet Kaiser Alexander, ihn hiebei zu unterstützen und die Ruhe des Nordens nicht zu stören [2]). Indem man in Frankreich eine intime Allianz mit Preußen zu schließen beabsichtigte, erinnerte der König von Preußen in Rußland, daß er auf dessen Hülfe rechne, wenn er mit Frankreich in Krieg gerathen sollte. Ein Gedanke von Hardenberg war, daß, da die französischen Truppen Hannover verließen, die Preußen auch ohne vorgängige Uebereinkunft mit Napoleon das Land besetzen sollten, was dieser deshalb dulden werde, weil dadurch ein Angriff auf Hannover von Rußland und Schweden her abgewehrt werde. Man sollte zugleich Travemünde und die mecklenburgischen Häfen besetzen, ohne vorherige Uebereinkunft mit Rußland; er meinte, auf diese Weise der Neutralität einen festen Rückhalt zu verschaffen [3]). Aber Hannover zu besetzen, erschien doch dem Cabinet als eine Provocation der Feindseligkeiten Napoleons; man verzweifelte nicht, die Zustimmung desselben auf diplomatischem Wege zu erlangen. Hardenberg stellte dem französischen Gesandten vor, daß der Krieg so gut wie ausgebrochen sei und der König leicht gezwungen werden könne, Partei gegen Napoleon zu ergreifen; würde er die Besetzung Hannovers bis zum Frieden an preußische Truppen überlassen, so würde man ihm dagegen zusichern, dafür zu sorgen, daß er vom Norden her nicht angegriffen werden könne. Man erstaunt beinahe, daß sich Hardenberg von diesen Eröffnungen einen Erfolg versprach. Laforêt erwiderte ihm: wenn der König wirklich in einen Krieg verwickelt zu werden fürchte, so möge er die Bundesgenossenschaft wählen, die ihm den größten Vortheil biete; eine Diversion von anglo-russischer Seite fürchte der Kaiser nicht; denn die Kräfte, die man gegen ihn zu einer solchen verwende, werde er nicht anderweit zu bekämpfen haben; und auf die Neutralität des

1) Vom 11. September 1805. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik. S. 166 ff.

2) Schreiben des Königs vom 5. September 1805.

3) Vergl. Denkwürdigkeiten, II, S. 211.

Königs, die ihm oft verſprochen ſei, verlaſſe er ſich mit vollſter Zuverſicht [1]).

Nicht allein aber der Friede im Norden, ſondern die Zukunft Deutſchlands ſtand bei dem Beginn eines neuen Krieges in Frage: der Moment war unendlich wichtig, ſelbſt wenn Preußen ſich mit Frankreich nicht verband. Die große Aufgabe lag alsdann vor, Deutſchland durch gemeinſchaftliche Anſtrengungen beider Mächte zu vertheidigen. In Wien fühlte man vor Allem, daß man dem Vordringen der Franzoſen nur im Verein mit Preußen werde widerſtehen können. Für alle Zeiten bedeutend iſt ein Plan, von welchem Graf Merveldt, der damals (im September) nach Berlin geſchickt wurde, dem preußiſchen Cabinet Mittheilung machte [2]).

Oeſterreich erwartete, in Italien und von Italien her angegriffen zu werden; aber indem es dort zu widerſtehen ſich ſelbſt die erforderlichen Kräfte zutraute, wünſchte es in Deutſchland, wohin ſich doch auch der franzöſiſche Angriff richten könne, im Einverſtändniß mit Preußen zu handeln. Preußen ſollte die große Linie von Emden bis Mainz vor den Franzoſen ſichern. Die Beſorgniß erſcheint, daß ſich die Franzoſen vom Norden her durch das hannoverſche Gebiet auf die Marken ſtürzen und Berlin in Beſitz nehmen könnten, was die Desorganiſation der preußiſchen Monarchie zur Folge haben müſſe. Dem ſolle ſich nun Preußen durch eine bei Magdeburg zu verſammelnde Armee mit aller Kraft entgegenſetzen. Oeſterreich dachte den Lech zu behaupten, auch deshalb, weil die Poſition der Franzoſen in der Schweiz von Schwaben her bedroht werden müſſe; Schwaben ſelbſt aber werde durch eine Aufſtellung der Preußen bei Mainz geſichert werden. Noch weiter aber als zu bloß militäriſchen Veranſtaltungen erhoben ſich die Geſichtspunkte. Um die Streitkräfte von Deutſchland gegen Frankreich zu vereinigen, ſo meinte man in Wien, müſſe die Autonomie der deutſchen Fürſten auf ihre Domanialbeſitzungen beſchränkt werden, und zwar unter dem vereinigten Vortritt der beiden Mächte: man dachte ſich die Mainlinie als die Grenzſcheide der Einwirkung derſelben; jede müſſe in ihrem Kreiſe eine dictatoriale Autorität ausüben. Ihre Verbindung untereinander dürfe nicht zu eng ſein, weil das nur Schwierigkeiten veranlaſſe. Eigentlich lag darin zwar nicht

1) Die Note Hardenbergs an die franzöſiſchen Geſchäftsträger vom 6. September 1805 und deren Erwiderung in den Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 215.

2) Militäriſche Bemerkungen über den Entwurf eines Defenſiv-Allianz-Tractates zwiſchen Oeſterreich und Preußen.

eine definitive, aber eine vorläufige Theilung Deutſchlands unter Preußen und Oeſterreich, die ſich dann gemeinſchaftlich anſtrengen ſollten, Napoleon in ſeine früheren Grenzen zurückzutreiben: denn ohne Offenſive laſſe ſich keine wahre Defenſive denken. Zu dem Verſuche, das Verlorene wiedergewinnen, könne nur die Gewißheit führen, daß man ſonſt dem verderblichſten Vernichtungskampf entgegengehe.

In Berlin war man noch entfernt hievon. Wohl ſah man die Gefahr eines Krieges ſich von allen Seiten aufdringen; aber man meinte ihn vielleicht noch zu beſchwören oder wollte doch wenigſtens keinen thätigen Antheil daran nehmen. Die deutſchen Angelegenheiten waren es nicht, auf welche ſich die Aufmerkſamkeit richtete. Die obſchwebenden Fragen waren von europäiſcher Natur; in denen aber kehrte Preußen zu dem Gedanken der Neutralität zurück: es wollte ſich weder mit Frankreich, noch mit Rußland, noch auch mit Oeſterreich verbinden, ſondern auf ſeiner neutralen Stellung beharren. Die vornehmſte Gefährdung derſelben mußte man damals von Rußland erwarten. Man erfuhr, daß es ſchon die Tage beſtimmt habe, an welchen es den Durchmarſch ſeiner Truppen, der ihm verſagt wurde, mit Gewalt durchſetzen wollte. Am 19. September wurde in Berlin eine große Conferenz zwiſchen den höchſten Militärbehörden und Civilautoritäten gehalten, in der man ſich vereinigte, alle Kräfte dazu anzuwenden, um die Neutralität, Würde und Selbſtändigkeit Preußens gegen Jedermann zu behaupten. Der Beſchluß war ſehr ausdrücklich gegen Rußland gerichtet, welches den Durchmarſch ſeiner Truppen durch das preußiſche Gebiet verlangte; man beſchloß, dem nöthigenfalls mit Gewalt zu widerſtehen und die zu dieſem Zwecke nothwendigen militäriſchen Maßregeln vorzukehren; doch dürfe man dabei Rußland nicht provociren, noch ihm die Hoffnung einer Uebereinkunft benehmen; wenn die erforderlichen Truppen beiſammen ſeien, ſo könne man die Cooperation auf eine Vermittelung beſchränken [1]). Der Wortlaut zeigt, daß die Idee der Neutralität mehr gegen Rußland, als gegen Frankreich hervorgekehrt wurde.

In der Audienz, die der König dem Grafen Merveldt ertheilte, gab er beſonders ſein Mißvergnügen darüber zu erkennen, daß er von Rußland wie eine Macht zweiten Ranges behandelt werde; er ſprach

1) Das Protokoll über die Conferenz zu Berlin iſt in den Denkwürdigkeiten, V, S. 176, mitgetheilt.

darüber mit ungewöhnlichem Feuer; und auch der Herzog von Braunſchweig bemerkte, man ſchade damit der guten Sache, da doch der König geneigt geweſen ſei, der Coalition beizutreten, wenn er einen näheren Einblick in die Sache gewonnen habe. Auch mit Oeſterreich war der König nicht zufrieden: denn dies nehme auf die Vertheidigung Norddeutſchlands nicht die gehörige Rückſicht[1]). Pläne, wie der angedeutete, mußten dem Könige, wenn ſie ihm wirklich vorgelegt worden ſind, viel zu weitgehend erſcheinen, als daß er darauf hätte eingehen können[2]).

1) Beer, Zehn Jahre öſterreichiſcher Politik. S. 169 ff.

2) Die Audienz Merveldts, bei welcher der König ſich über das Verhalten Rußlands ausſprach, fand am 22. September ſtatt; ſie folgte alſo erſt der Conferenz vom 19. September und iſt durch dieſelbe motivirt.

Drittes Capitel.

Convention von Potsdam.

Einſt in den Discuſſionen mit Duroc hatte der König erklärt, daß er Verpflichtungen gegen Rußland habe und, ehe er ſie breche, abwarten müſſe, daß ihm Rußland eine legitime Urſache zum Kriege gebe [1]). Und, wie wir wiſſen, der vornehmſte Grund für die Mobilmachung der Armee lag darin, daß man Rußland abhalten wollte, den Neutralitätsvertrag zu verletzen. Die Stellung und der Credit des Landes beruhten auf der unbedingten Feſthaltung der Neutralität inmitten der großen Mächte. Was nun von Rußland vermieden worden war, geſchah von Frankreich, eben in dem Momente, in welchem Napoleon den Krieg gegen Oeſterreich eröffnete. Verſchiedene Staffetten brachten Nachrichten von dem erzwungenen Durchzuge der franzöſiſchen Truppen durch Ansbach. Man vernahm, daß der Marſchall Bernadotte ſich mit dem ausdrücklichen Befehl des Kaiſers entſchuldigte, daß aber auch Durchzüge anderer Truppenabtheilungen durch das Fürſtenthum im Werke ſeien. Es war am 6. October, daß dieſe Nachrichten eintrafen. Auf König Friedrich Wilhelm III. brachten ſie einen Eindruck ohne Gleichen hervor. Er reſidirte damals in Sansſouci und hatte den ruſſiſchen Bevollmächtigten Dolgorucky und Alopaeus daſelbſt Audienz gegeben. Mit aller Entſchiedenheit hatte er ihnen erklärt, daß er eine Ueberſchreitung der preußiſchen Grenzen als eine Verletzung der Neutralität anſehen und ſich mit der Macht, die eine ſolche ſich erlauben ſollte, im Kriege betrachten werde. Hardenberg hatte die beiden Bevollmächtigten eingeführt; er befand ſich noch in Sansſouci, als nach kaum beendigter Audienz eine Staffette von Ansbach eintraf. Die Nachrichten, welche ſie brachte, änderten die ganze Stimmung des Königs. Was gegen Rußland geſagt worden war, mußte jetzt gegen Frankreich in An-

1) Lefèbre, Histoire politique de l'Europe pendant le consulat et l'empire II, 117.

wendung kommen. Einer der bemerkenswerthen Momente im Leben Friedrich Wilhelms III., daß er, ohne sich mit einem Minister berathen zu haben, das System der Neutralität, an welchem er bisher festgehalten hatte, als gebrochen ansah und sich entschloß, den Russen eben das zu bewilligen, was die Franzosen eigenmächtig unternommen hatten. Er ließ Hardenberg, der sich eben entfernt hatte, zurückrufen. Das Blatt, sagte er, habe sich gewendet: er werde jetzt die preußischen Grenzen dem Kaiser von Rußland öffnen; er beauftragte den Minister, den russischen Bevollmächtigten dieses anzukündigen; er selbst werde an Kaiser Alexander schreiben [1]). Die Entschließung des Königs entsprach der allgemeinen Stimmung. Alle Gemüther waren durch den nahen Wiederausbruch der Feindseligkeiten angeregt. Die vermittelnde Politik Preußens ging vielleicht über die Macht des Staates hinaus; aber sie war geeignet, ein Selbstgefühl hervorzurufen, gleich als hänge die Entscheidung der großen europäischen Angelegenheiten doch zuletzt davon ab, ob Preußen das Schwert ziehen werde oder nicht. Eine weit verbreitete Ueberzeugung war, daß mit Napoleon doch kein Pact zu schließen sei und das Princip des preußischen Staates den Anschluß desselben an die verbündeten Mächte fordere. Diese Meinung erhielt nun nach dem Eintreffen der ansbachischen Couriere die Oberhand. Das verletzte Selbstgefühl der Armee und des Volkes brach in dem Ausdruck heftiger Indignation hervor. Die Oberhäupter der militärischen und politischen Verwaltung traten unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Nachricht am 7. October zu einer Berathung darüber zusammen. Es waren der Herzog von Braunschweig, Möllendorff, Schulenburg und Hardenberg. Man vermißt Haugwitz; der aber war damals auf seinen eigenen Antrag mit einer Mission nach Oesterreich betraut worden, um einen letzten Versuch zu machen, Kaiser Franz II. für die Beobachtung des Friedens zu gewinnen [2]). Die Beschlüsse, welche in der Conferenz gefaßt wurden, gingen von der Ueberzeugung aus, daß die Neutralität in der That nicht mehr existire, da sie von Frankreich gewaltsam gebrochen werde.

1) Mit wünschenswerther Deutlichkeit erscheint dieser Moment in den Aufzeichnungen des Fürsten Metternich. (Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, herausgegeben von dem Fürsten Richard von Metternich-Winneburg. I, S. 47.) Man wird da über die ministeriellen Tracasserien, die bei Hardenberg vorherrschen, emporgehoben. Metternich empfing seine Nachricht an demselben Tage von Dolgorucky und Alopaeus.

2) Haugwitz hatte Berlin am 22. September verlassen und kehrte am 16. October dahin zurück.

Verletzungen der Souveränetät dürfe ein großer Staat überhaupt nicht dulden, am wenigsten von Frankreich, dessen Bedrückungssystem gegen nachgiebige Staaten Jedermann kenne. Als ein Motiv, die Beleidigung nicht hinzunehmen, erscheint die Betrachtung, daß Oesterreich und Rußland darin einen Beweis eines wirklichen Verständnisses mit Frankreich sehen und Preußen feindlich behandeln würden; man würde in die Lage kommen, den Fahnen Napoleons folgen zu müssen: bliebe er Sieger, so würde Abhängigkeit von ihm, im entgegengesetzten Falle die Abhängigkeit von seinen Feinden unvermeidlich sein. Es ist immer die Idee der Unabhängigkeit in der Mitte der großen Mächte, welche diese Rathschläge eingiebt. Die Neutralität, die bisher der Ausdruck dieses Bestrebens war, bei der sich Deutschland sicher fühlte, schien nicht aufrechterhalten werden zu können, weil kein kleinerer Staat sich dem größeren anschließen würde, der sich selbst nicht unverletzt behaupten könne. Noch hegte man die Hoffnung, daß eine starke Sprache Napoleon vermögen werde, billigen Vorschlägen zum allgemeinen Frieden Gehör zu geben, aus Besorgniß, sonst auch die Feindseligkeiten von Preußen auf sich zu laden: Hannover müsse man jetzt unter allen Umständen besetzen und die französischen Truppen hinausweisen, wie sie die preußischen in Franken zurückgedrängt hatten; den Franzosen soll man erklären, daß man von den Verbindlichkeiten frei sei, die man eingegangen, und nunmehr auch dem Durchmarsche der Russen kein Hinderniß entgegensetzen werde. Man wird Oesterreich, Rußland und England von dieser veränderten Lage benachrichtigen [1]).

Beschlüsse, die, aus der von den Franzosen erfahrenen Mißachtung entsprungen, doch zugleich die Entscheidung der Theilnahme an dem Kampfe der Coalition enthielten. Ob das ganz dasselbe war, dürfte eine logische Zergliederung vielleicht in Zweifel ziehen; aber bei der Natur der Menschen unter den obwaltenden Verhältnissen fiel jede Unterscheidung hinweg. Bereits machte sich Niemand eine Illusion darüber, daß durch den Fortschritt der napoleonischen Macht die Stellung Preußens gefährdet sei. Die Strömung der antifranzösischen Meinungen wurde die herrschende, als Napoleon die Neutralität, die bisher in seinem Interesse Rußland gegenüber behauptet worden war, selbst durchbrach. Der König wurde von den ministeriellen Beschlüssen in Kenntniß gesetzt; in dem Cabinet faßte

1) Protokoll über die Conferenz vom 7. October 1805 in den Denkwürdigkeiten II, S. 268—275.

man dann eine Vorlage ab, die bei der Conferenz des Königs mit den Miniſtern zu Grunde gelegt werden ſollte. Sie enthielt folgende Punkte.

Nach der Verletzung ſeiner Neutralität betrachte der König jede Verbindlichkeit, die er gegen Frankreich übernommen habe, als aufgelöſt; bei eitlen Verſicherungen könne er ſich nicht beruhigen: er werde ſeine Armee Stellungen nehmen laſſen, durch welche die Monarchie ihrer Sicherheit gewiß werde. Sachſen und Heſſen, an deren Grenzen ſich die preußiſchen Truppen aus Franken und Weſtphalen zurückziehen ſollten, werden aufgefordert, gemeinſchaftliche Maßregeln zur Vertheidigung zu treffen. Die Truppen, die gegen Rußland nichts mehr zu thun finden, werden an die Stelle befördert, wo ſie den Franzoſen am beſten Widerſtand leiſten können. Dem Kaiſer von Rußland wird die Bereitwilligkeit Preußens erklärt, auf die von ihm eingeleitete bewaffnete Negociation einzugehen, ſobald man ſich über Tendenz und Bedingungen einverſtanden habe. Die Abſicht iſt auf einen ſicheren Frieden gerichtet, namentlich eine ſolche Beſtimmung der Grenze, daß Preußen nicht mehr bei jedem neuen maritimen oder continentalen Kriege compromittirt werde. Den Beſitz von Hannover, welchen Napoleon hatte hoffen laſſen, gibt man keineswegs auf: denn eine genügende Beſtimmung der Grenzen wäre ohne den Beſitz dieſes Landes unmöglich; man will ſich denſelben von den coaliſirten Mächten ausbedingen; mit gutem Grunde konnte man ſagen: nicht aus Ambition, ſondern um ſich zu ſichern. Preußen fordert hiefür die Garantie von Rußland, welches die Einwilligung der anderen Mächte bewirken ſolle. Sobald man einig geworden iſt, wird der König als Vermittler auftreten, die mit Rußland vereinbarten Vorſchläge in ſeinem eigenen Namen machen und ſich auf die Seite deſſen ſtellen, der ſie annimmt. Den Ruſſen wird angekündigt, daß ihrem Durchzuge durch Mecklenburg und die preußiſchen Lande kein Hinderniß mehr entgegenſtehe [1]). In dieſem Sinne hat dann der König einen Brief an Kaiſer Alexander geſchrieben [2]).

Eine vollkommene Veränderung der politiſchen und der militäriſchen Haltung kam hiemit zur Erſcheinung. Die Armee war bisher gegen Rußland gewendet und wendete ſich jetzt gegen Frankreich, jedoch noch nicht, um den Krieg zu beginnen, ſondern um die Action der Coalition zu verſtärken. Nicht erſt bei der Anweſenheit Alexanders in Berlin, die bald darauf erfolgte, gleich damals ging Friedrich Wilhelm III. auf den Gedanken ein, mit Rußland die Vorſchläge zu

1) Denkwürdigkeiten, II, S. 275.

2) Das Schreiben des Königs an Kaiſer Alexander vom 9. October 1805 bei M. Duncker, in den Preußiſchen Jahrbüchern XXXXII. S. 604.

vereinbaren, die man an Napoleon richten, und bei deren Verwerfung Preußen sich der Coalition anschließen werde. Der König hielt noch immer an der Idee der Vermittelung fest; er ist darauf gefaßt, mit Rußland gemeinschaftliche Sache zu machen, wenn ihre beiderseitigen Vorschläge verworfen werden. Bisher hatte er gleichsam in der Mitte der beiden Welten Stellung genommen; von der revolutionären Seite her verletzt, neigte er sich den conservativen Mächten zu. Daß dieses so rasch geschah, stimmt mit der Richtung überein, die der öffentliche Geist überhaupt nahm. Auch mit Oesterreich waren gute Verhältnisse angeknüpft. Wir gedachten der Entwürfe Merveldt's, welche auf eine Vereinigung der beiden deutschen Mächte und eine Art von Theilung ihres Uebergewichtes im deutschen Reiche hinzielten. Man war in Berlin nicht darauf eingegangen; aber Merveldt nahm die Ueberzeugung mit sich, daß der König eine Annäherung an Oesterreich wünsche; er fand dieselbe Gesinnung auch bei Hardenberg: denn man würde den Franzosen überlegen sein, wenn man sich zu vereinigen verstände.

Die Differenzen, in welche Oesterreich im Frühjahr 1805 mit Frankreich gerieth, beruhten nicht auf diesem Grunde; sie knüpften an die erwähnten Verständnisse mit Rußland an, die durch die Unterhandlungen Stadions in St.-Petersburg auf Grund des Vertrages von 1804 gepflogen wurden. Im Frühjahr 1805 schritt man in Oesterreich zu den längst verabredeten Rüstungen; inmitten derselben faßte Kaiser Franz wieder einiges Vertrauen zu sich und seinen Streitkräften. Jedoch waren Eifer und Zuversicht keineswegs allgemein. Erzherzog Karl, der sich in dem letzten Feldzuge zu einem namhaften Rang unter den europäischen Kriegsführern erhoben hatte und jetzt an der Spitze der ganzen Armee stand, war gegen die Unternehmung [1]); auch die meisten Generale waren dagegen. Wenn der Kaiser, um den Einfluß des Erzherzogs zu paralysiren, den General Mack zum General-Quartiermeister machte, so war doch dieser nicht für eine unverzügliche Waffenerhebung; er that alles Mögliche, sie vorzubereiten: denn darin lag sein Talent; aber sein Rath war es nicht, den Krieg zu beginnen [2]). Kaiser Franz hat in einer Audienz, welche er dem Grafen Haugwitz in Hetzendorf

1) Adolf Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik. S. 93 und 102. Fournier, Gentz und Cobenzl. S. 153 ff.

2) Vergl. den Brief von Gentz an Joh. v. Müller vom 9. Juli 1805. Briefe an Johannes von Müller, herausgegeben von Maurer-Constant, I, S. 45, 57.

gab (2. October 1805), nicht in Abrede geſtellt, daß der Krieg von ihm ſelbſt herrühre; mit großer Bewegung ſprach er aus, er fühle ſich für jeden Tropfen Blutes ſeiner Unterthanen verantwortlich vor Gott; aber er habe auch die Pflicht gegen Gott, für ſeine Völker wachſame Sorge zu tragen: er könne nicht länger verſchieben, zu den Waffen zu greifen. Als ein Motiv ſeiner Entſchließungen bezeichnete er, daß er Rußland jetzt auf ſeiner Seite habe. — Wenn es beſonders der Einfluß Alexanders war, der zum Kriege forttrieb, ſo rührte das von der Ueberzeugung her, daß Kaiſer Napoleon das Unternehmen, deſſen Vorbereitungen die Küſten mit Kriegslärm erfüllten, gar nicht ernſtlich meine; er habe vielmehr nur die Abſicht, eine große Armee zu ſammeln, durch die er den Continent überwältigen könne. Wir urtheilen nicht über die Abſichten Napoleons; aber der Erfolg war ein ſolcher, wie ihn Kaiſer Alexander andeutete. Wäre nun aber, ſo muß man fragen, nicht eine friedliche Politik das beſte Mittel gegen dieſe Eventualität geweſen? Indem Rußland Oeſterreich und Preußen zum Kriege drängte, exponirte es ſie der militäriſchen Uebermacht Napoleons. Der Grund war: man wollte ſich dieſer Uebermacht widerſetzen, ehe ſie noch vollendet und befeſtigt ſei, und hegte die Zuverſicht, daß die vereinte Kraft des Continents ein ſolches Reſultat herbeizuführen im Stande ſein werde. Beſonders ſollte das zögernde Preußen durch Drohungen und ſelbſt durch Gewalt zum Beitritt genöthigt werden. Dieſe Drohungen waren es geweſen, welche die Mobilmachung der preußiſchen Armee, die gegen Rußland beſtimmt war, hervorriefen. Die Ruſſen hatten darauf von ihren Drohungen Abſtand genommen; aber der König war von denſelben ſehr unangenehm berührt. Einer Zuſammenkunft mit Alexander, welche in Vorſchlag gekommen, wich er lieber aus. Daß er nun aber dennoch ſein vornehmſtes Vertrauen auf Rußland richtete, für den Fall, wenn er von Frankreich zu fürchten habe, liegt ſchon in jener Declaration vom Mai 1804, an der er mit Standhaftigkeit feſthielt. Es geſchah in Folge derſelben, daß er ſich jetzt, da er von Frankreich beleidigt war, an ſeinen Freund Alexander wendete und von dieſem die Unterſtützung erwartete, um zu der Erwerbung zu gelangen, die geographiſch und politiſch das wichtigſte Object ſeiner Beſtrebungen ausmachte. Gegen eine Zuſage Rußlands in dieſer Beziehung — denn ſichere Marken für ſeine Monarchie zu gewinnen, wurde ein verdoppeltes Bedürfniß in dem Augenblick, da er gegen ſeinen Willen in den Krieg verwickelt zu werden fürchten mußte — verſprach er, der bewaffneten Mediation,

von welcher Rußland redete, beizutreten: denn so bezeichnete Alexander noch immer seine Kriegsrüstungen, bei denen es nur auf Wiederherstellung der verschiedenen, von Napoleon überwältigten Unabhängigkeiten ankam. Man wollte dem französischen Kaiser Bedingungen setzen, durch welche den europäischen Staaten eine sichere Existenz gewährleistet würde. Und wie denn die Meisten die Unternehmung gegen England für sehr ernstlich gemeint hielten, so waren sie der Ansicht, dieselbe werde den Kaiser der Franzosen so beschäftigen, daß er für die Vorschläge, die man ihm mache, zugänglich werde. Bei den Irrungen von 1805 ist das Eigenthümliche, daß die verschiedenen Staaten für die Einrichtung eines allgemeinen europäischen Systems eintraten. Das Ziel, das Oesterreich zunächst verfolgte, war doch sehr beschränkt. Aber in Kämpfen so umfassender Art kommt es darauf nicht an. Napoleon kannte die Unschlüssigkeit und Schwäche seiner Feinde hinreichend, um sich nicht die geringste Concession abgewinnen zu lassen. Kaum wagt man, es auszusprechen, aber so verhält es sich doch wohl, daß alle jene Verhandlungen mit Preußen eben darauf berechnet waren, den Widerstand desselben zu eludiren; denn niemals traute Napoleon diesem Staate. Was sind das für Zugeständnisse, die er in Hannover machte? Sie dienen nur dazu, um Preußen von der Verbindung mit den beiden anderen Mächten abzuhalten, während die Absicht darauf gerichtet war, die Truppen aus Hannover hinwegzuziehen, und zwar auf einem Wege, der mit Verletzung der preußischen Neutralität dahin führte, der österreichischen Armee in den Rücken zu fallen. Es war Alles wohlüberlegt und zusammenhängend, die Verhandlung über Hannover, der Abzug der französischen Truppen, der Durchzug durch das Ansbachische. Wie konnte man sich nur einbilden, daß Napoleon die preußische Neutralität durch eine Demarcation auf immer befestigen werde? Er war der erste, der sie entschieden verletzte. Wenn er Oesterreich niederwarf, so brauchte er Preußen wenig mehr zu fürchten. Das weite, unerwartete Vorrücken Macks, das selbst in Wien Besorgniß erweckte, gab Napoleon die erwünschte Gelegenheit, seinen Plan rasch und glücklich auszuführen. Er sagte noch immer: der Krieg werde aufhören, wie ein Strohfeuer, wenn Preußen sich ihm anschließe; aber in diesem Augenblick setzte er den König in die Unmöglichkeit, das zu thun. Wir sahen, welche Bewegungen darüber am Hofe zu Berlin entstanden.

Die Lage war, im eigenen Sinne des Wortes, kritisch. Man war entschlossen, sich von Frankreich zu trennen, ohne doch sofort

den Krieg zu unternehmen; man näherte ſich dem Kaiſer von Rußland, mit Vorbehalt jedoch gewiſſer Bedingungen, die er im voraus gewähren müſſe. Wir unterſuchen nicht, ob dieſe Haltung behauptet werden konnte; aber gewiß iſt, daß, um ſie zu behaupten, die Einheit der Geſichtspunkte auf das ſtrengſte feſtgehalten und bei jedem Schritt als Norm betrachtet werden mußte.

Schon an ſich war Friedrich Wilhelm III. mehr vorſichtig, als unternehmend, jeder zweifelhaften Allianz abhold, durch und durch friedliebend, immer gewohnt, Conſultationen zu veranſtalten, nach deren Ergebniß er ſeine Entſchließungen faßte. Der Gang der Geſchäftsführung war ein ſehr mangelhafter; die miniſteriellen Beſchlüſſe wurden erſt in dem Cabinet geprüft und nach Befinden angenommen oder auch modificirt, ſo daß das Miniſterium niemals ſicher ſein konnte, ob es mit ſeiner Meinung durchdringen werde oder nicht. In dem Cabinet machte ſich häufig eine Gegenwirkung geltend; die Cabinetsräthe correſpondirten mit den Geſandten. Ueberdies aber: das Miniſterium, das die auswärtigen Geſchäfte behandelte, war ſelbſt zwieſpältiger Natur. In der großen Frage über die Allianz mit Frankreich hatte der König auch die Meinung des entfernten Miniſters Haugwitz eingeholt: ſie lief der Meinung Hardenbergs entgegen. Dennoch war Haugwitz wieder herbeibeſchieden und zu den Berathungen gezogen worden. Seine Meinung war, das alte Syſtem der Neutralität um jeden Preis zu behaupten; er hoffte auch noch jetzt den Frieden zu erhalten. Hardenberg ging auf die Veränderungen, welche aus den europäiſchen Verhältniſſen entſprangen, leichter und zuverſichtlicher ein. Wie wäre es möglich geweſen, große Angelegenheiten in dieſer Weiſe mit Erfolg zu behandeln! Nicht aus Berathungen Mehrerer kann eine energiſche Politik hervorgehen; ſie muß von Einem Kopf abhängen, der die verſchiedenen Rückſichten, welche zu nehmen ſind, in ſich ſelbſt erwägt und einem einheitlichen Geſichtspunkt unterordnet; er wird dann die Aufgabe haben, den höchſten Willen zu gewinnen und feſtzuhalten. Eben, indem das nothwendiger war, als je, verordnete der König eine gemeinſchaftliche Behandlung der Geſchäfte durch die beiden Cabinetsminiſter, und zwar auch in Beziehung auf ihre Verhandlungen mit den fremden Geſandten. Hardenberg brachte in Erinnerung, daß gerade für dieſe Thätigkeit die Repräſentation der miniſteriellen Gewalt in Einer Perſon nothwendig ſei, weil ſonſt die Aeußerungen des einen Miniſters mit denen des anderen gleichſam confrontirt werden könnten; er beklagte ſich über den Mangel an Vertrauen, der ſich in der

königlichen Verfügung zu ihm selber ausspreche. Haugwitz stimmte damit überein, daß es das Beste sein würde, den bisherigen Gang zu beobachten. Der König versicherte Hardenberg, daß er sein Vertrauen besitze. Allein am Tage liegt, daß der Graf Haugwitz doch dem Freiherrn von Hardenberg coordinirt blieb und einer Meinung, welche nicht die des leitenden Ministers war, Gewicht verschaffte. So wünschte man es in der nächsten Umgebung des Königs; man forderte Haugwitz auf, denselben in der gefährlichen Lage, in der er sei, nicht zu verlassen.

In den Unbestimmtheiten der Situation und den Abweichungen der Meinungen bildete es einen wichtigen Moment, daß Kaiser Alexander selbst an dem preußischen Hofe am 25. October 1805 eintraf. Als der König und der Kaiser in das Opernhaus eintraten, wo die Armida gegeben wurde, wurden sie von dem Publicum mit einstimmigem und freudigem Enthusiasmus begrüßt, der dem französischen Gesandten nicht eben willkommen war[1]). Die Anwesenheit Alexanders entsprach den durch die französische Beleidigung aufgeregten Gefühlen. Man bemerkte, daß er Haugwitz mit auffallender Kälte behandelte; Hardenberg dagegen erfreute sich einer unverkennbaren Auszeichnung. Von den beiden Ministern könnte man den einen nicht für französisch, noch den anderen für russisch gesinnt halten: sie wechselten vielmehr zuweilen diese Rollen. Und in dem Schreiben, dessen wir gedachten, hatte Haugwitz die Partei von Rußland ergriffen; aber er hatte damit das Vertrauen des Kaisers nicht gewonnen: dieser rechnete nur auf Hardenberg.

An den Conferenzen, die nunmehr mit dem russischen Minister Czartoryski eröffnet wurden, bei denen auch zuweilen der Kaiser und der König gegenwärtig waren, nahmen die beiden preußischen Minister Theil. Ein großes politisches Ereigniß war, daß jener Vertrag vom 6. November 1804 den preußischen Ministern jetzt erst bekannt wurde. Von russischer Seite drang man auf den sofortigen Beitritt Preußens. Am 30. October traf auch Erzherzog Anton ein, mit einem Briefe des Kaisers Franz, der den König aufforderte, ihn zu unterstützen und dadurch zugleich seine eigene Unabhängigkeit und Ehre zu retten. Das war aber der Sinn Friedrich Wilhelms III. noch nicht. Er hielt dafür, daß sein bisheriges Verhältniß

---

1) Comte Metternich au Comte Colloredo, Berlin ce 29 octobre 1805. Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege. II, S. 585.

zu Napoleon durch die Verletzung ſeiner Neutralität aufgehoben ſei; aber er blieb bei den Vorſchlägen ſtehen, die er unmittelbar nach den Nachrichten von Ansbach dem Kaiſer gemacht hatte. Nicht eine Theilnahme an dem neuen allgemeinen Kriege, ſondern eine Mediation, durch welche ein ſolcher vielleicht noch vermieden werden konnte, betrachtete er als die für Preußen gebotene Politik.

Was alle Gemüther beſchäftigte, war die Nachricht von der Capitulation, zu der eine anſehnliche öſterreichiſche Armee, die den Feldzug eröffnen ſollte, am 20. October bei Ulm gezwungen worden war. Als eine förmliche Niederlage wurde dieſelbe nicht angeſehen; ſie iſt in der Vorausſetzung geſchloſſen worden, daß Napoleon am Inn einen doppelt ſtarken Widerſtand finden werde; der Kaiſer der Franzoſen ſelbſt bot den Frieden an. Hardenberg war der Meinung, daß eine unmittelbare Theilnahme Preußens an dem Kriege einen Ausſchlag zu Gunſten Oeſterreichs hervorrufen würde: denn man habe mehr als 50,000 Mann in Bereitſchaft, die, durch die Hülfstruppen von Sachſen und Heſſen verſtärkt, den Franzoſen gegenübergeſtellt werden könnten, während andere Truppen aus der Ferne herangezogen würden. Allein man wendete ein, daß die Armee noch nicht beiſammen, ein großer Theil an der Weichſel befindlich ſei. Es machte Eindruck, daß der Herzog von Braunſchweig dieſer Meinung war. Der Unterſchied zwiſchen Magazinverpflegung und Requiſitionsſyſtem bildete dabei ein Moment. Auch dieſe Schwierigkeit, die aus den momentanen Stellungen der preußiſchen Armee hervorging, ſo daß eine unmittelbare Cooperation unthunlich erſchien, trug dazu bei, daß man an dem Gedanken der Mediation feſthielt, durch welche ein gewiſſer Zeitraum für die beſſere militäriſche Aufſtellung der preußiſchen Truppen gewonnen wurde. Hierauf begannen die Unterhandlungen; der öſterreichiſche Bevollmächtigte verſichert: hätte man die Mediation nicht angenommen, ſo würde überhaupt nichts erreicht worden ſein. Auch unter dieſer Vorausſetzung aber boten die Unterhandlungen mancherlei Schwierigkeiten dar, die beſonders daher entſtanden, daß die beiden preußiſchen Miniſter nicht einverſtanden waren. Hardenberg neigte ſich mehr der Intention der Verbündeten zu; Haugwitz hielt ſo viel wie möglich an dem alten Syſteme feſt. Er brachte zuweilen Correcturen der Vorſchläge ſeines Collegen bei, welche aber zugleich den Sinn derſelben änderten. Haugwitz hatte die vertrautere Umgebung des Königs auf ſeiner Seite; und dieſer ſelbſt war nicht ohne Bedenklichkeit, in die neuen Bahnen einzulenken. Es war am Abend

des 3. November, daß man zu einem Einverständniß gelangte, auf welches sich ein Tractat begründen ließ. Metternich und Czartoryski gaben einander das Wort, nicht von der Stelle zu gehen, ehe eine Ausfertigung vorliege, welche unterzeichnet werden könnte. Wahrscheinlich wurde dies auch durch die gesellschaftlichen Dispositionen, die über den Abend getroffen waren, möglich. Am 4. November früh um 3 Uhr ist der Vertrag von den Ministern unterzeichnet, eine halbe Stunde darauf ratificirt worden [1]). Die beiden Souveräne bekräftigten den Bund mit Handschlag und Umarmung. Hardenberg will jedoch in den Mienen des Königs gelesen haben, daß er kein vollkommenes Zutrauen zu der Sache hatte [2]). Dem anwesenden schlesischen Minister Grafen Hoym hat der König gesagt: „Ich habe unterzeichnet; aber mein Gemüth ist in der äußersten Unruhe, und ich zittere vor den Folgen" [3]).

In dem Vertrage tritt der König nochmals als Mediator zwischen den kriegführenden Mächten auf; aber seine Mediation ist eine bewaffnete, deren Resultat entweder Herstellung des Friedens auf den von den Mächten vorgeschlagenen Grundlagen oder, wofern diese von Frankreich verworfen werden, die Theilnahme Preußens an dem Kriege gegen Frankreich sein werde. Der König wird einen Beweis seiner Moderation dadurch geben, daß er sich lediglich an die geschlossenen Tractate hält. Den Franzosen soll alles bleiben,

---

1) Ich hatte mich früher vergeblich bemüht, die Berichte Metternichs über diese Vorgänge zur Einsicht zu erhalten. Aus dem Staatsarchiv zu Wien erhielt ich die Antwort, daß die Depesche des Grafen Metternich vom 4. November, auf die es ankam, nicht vorhanden sei. Der Fürst hatte dieselbe seinem eigenen Privatarchiv einverleibt; aus diesem erst ist sie jetzt mitgetheilt worden. (Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, II, S. 75.) Es ist auffallend, daß bei der Abfassung des Tractats der österreichische Gesandte hinzugezogen ward, während doch nur der russische und der preußische in der Einleitung zu demselben genannt werden und sich unterzeichnet haben. So in dem uns vorliegenden preußischen Exemplar (vgl. Denkwürdigkeiten V, S. 570) und dem bei Martens II, S. 480, gedruckten russischen. Graf Metternich erklärt dies dadurch, daß er alle Streitigkeiten habe vermeiden wollen. Im Wiener Archiv findet sich noch folgende Notiz aus einem anderen Schreiben Metternichs: l'Empereur Alexandre proposera à notre auguste Maître de l'accompagner à Dresde pour une entrevue avec le Roi de Prusse, le dernier ayant refusé de se rendre pour cet effet à Prague.

2) Denkwürdigkeiten, II, S. 317.

3) Brief von Gentz an J. v. Müller in der von Maurer-Constant herausgegebenen Sammlung I, 153.

was ihnen durch den Frieden von Lüneville oder die Verträge, die demselben gefolgt sind, überlassen worden ist. Aber man besteht auf die Wiederherstellung eines unabhängigen Königreiches Sardinien, für dessen Entschädigung vier verschiedene Alternativen aufgestellt werden. Ebenso soll die Unabhängigkeit Hollands, der Schweiz, Neapels sowie des deutschen Reiches gesichert werden. Nach geschlossenem Frieden sollen die Franzosen die von ihnen occupirten Plätze räumen, und die genannten Länder sollen sämmtlich das Recht haben, ihre innere Verfassung für sich selbst zu ordnen, Festungen zu ihrer Sicherheit zu errichten, Allianzen zu schließen. Das Königreich Italien, welches unter dem Namen des Königreiches der Lombardei erscheint — denn den Namen Italien wollte man seiner nationalen Bedeutung wegen vermeiden —, sollte von der französischen Krone unabhängig sein und bleiben. Preußen, ebenso wie Rußland für die Sicherheit der ottomanischen Pforte interessirt, wird den Kaiser Napoleon auffordern, auf alle Maßregeln Verzicht zu leisten, die er gegen diese Macht wegen ihrer Verbindung mit Rußland ergreifen könnte.

Eine Pacification von größtem Umfang nahm man dergestalt in Aussicht, welche Holland, die Schweiz, Deutschland und Italien zugleich umfassen sollte. Den Franzosen wurde dabei ein großer Theil ihrer Eroberungen zugestanden; aber man wollte die Unabhängigkeit der kleinen Staaten und der größeren Reiche gegen ihre Uebergriffe sicherstellen. Der König von Preußen machte sich anheischig, einen Unterhändler in das Hauptquartier Napoleons zu schicken, um ihm diese Propositionen vorzulegen. Nach deren Annahme wird ein Waffenstillstand geschlossen werden, wobei in Deutschland Lech oder Isar, in Italien die Etsch die Grenzscheide der Armeen bilden sollen. Hierauf soll ein Congreß zum Abschluß des Friedens zusammentreten, der nicht bloß über einzelne Fragen, sondern über die allgemeinen Entscheidung treffen wird. Während der Negociationen wird die preußische Armee nach den Punkten vorrücken, von denen aus sie im Fall eines Bruches operiren solle. Sollte aber Frankreich die Vorschläge zurückweisen, so wird der König von Preußen 180,000 Mann ins Feld stellen und außerdem den Beitritt der Fürsten, die sich seinem System angeschlossen haben, veranlassen.

Wohl war es in dem Vertrag auf eine Abkunft mit Napoleon abgesehen; aber dieser wird doch bereits als der allgemeine Feind Europa's bezeichnet. Für seinen Beitritt hatte der König Bedingungen hinzugefügt, welche der finanziellen und geographischen

Lage seiner Staaten entsprachen; die eine war: Zahlung von englischen Subsidien, die nach dem Uebereinkommen mit den anderen Mächten berechnet werden sollten, von dem Tage an, an welchem das Vorrücken der Franzosen im ansbachschen Gebiet in Berlin bekannt wurde; die andere enthielt die Zusage, dem preußischen Staate gesichertere Grenzen zu verschaffen, als er sie jetzt habe. In einem geheimen Artikel wird die eben erwähnte Festsetzung über die Grenzen dahin bestimmt, daß die Erwerbung von Hannover dazu gehöre, und daß der Kaiser von Rußland bei dem Könige von England Alles thun werde, um ihn gegen gebührende Entschädigung zur Abtretung Hannovers zu bestimmen. Werden diese Bedingungen bewilligt, so wird Preußen die Waffen bis zu einem allgemeinen Frieden nicht aus der Hand legen; sollte dies nicht erreicht werden können, so habe Preußen keine andere Pflicht, als die: sechs Monate vor dem Abschluß zu erklären, daß es durch die Rücksicht auf seine Sicherheit und durch seine pecuniären Verhältnisse genöthigt werde, mit dem Feind ein Abkommen zu treffen.

Der Tractat hat einen zweifachen Charakter; er ist insofern von unendlicher Tragweite; er muß als die Grundlage der Coalition späterer Zeiten betrachtet werden, inwiefern auch diese ursprünglich dazu bestimmt war, das Kaiserreich bestehen zu lassen und es nur mit unübersteiglichen Marken zu umgeben. Preußen gesellte sich der Intention der beiden anderen Mächte bei. Aber es behielt sein besonderes Interesse, wie es eben vorlag, fest im Auge. Es wollte Hannover, das ihm von Napoleon sehr bestimmt zugesichert war, wenn es sich ihm anschließe, durch die Verbindung mit den übrigen Mächten nur um so gewisser behaupten; denn man rechnete darauf, daß das große Interesse Englands und des Continents dem Könige Georg III. diese Concession abgewinnen werde. Hardenberg hat ein besonderes Memoire über die mit diesem Fürsten zu treffende Uebereinkunft abgefaßt [1]).

Der Gedanke war, daß der König von England sein Gebiet am rechten Weserufer mit einigen Parzellen am linken abtreten, das linke Weserufer aber behalten (Hoya, Diepholz, Osnabrück) und durch die westphälischen Besitzungen Preußens (ausgenommen Ravensberg, Minden) entschädigt werden solle. Die kurfürstliche Würde sollte ihm verbleiben. Großen Werth legte man darauf, daß er Emden erhalten würde, einen für den englischen Handel überaus

1) Das Memoire Hardenbergs ist in den Denkwürdigkeiten V, S. 178 mitgetheilt.

wichtigen Hafenplatz. Das vornehmste Motiv bildete die militärische Situation: denn wie Hannover damals existirte, trennte es die preußischen Territorien voneinander; dagegen war es auch wieder durch preußische Besitzungen getrennt. Wohl wurde der Einwand erhoben, daß dadurch das Band zwischen dem Könige von England und seinen Unterthanen aufgelöst werde; man antwortete: dieselbe Rücksicht gelte für den König von Preußen; aber das Wohl der Unterthanen erheische dies Opfer.

Der Gesichtspunkt war, daß Hannover zur Vertheidigung gegen Frankreich in Stand kommen und alsdann auch seinerseits eine in gewissem Sinne formidable Ländermasse bilden sollte.

Die vornehmste Frage, an welche alles Andere anknüpfte, lag in der Stipulation über die Abtretung Hannovers an Preußen: denn nur für den Fall, daß diese ausgewirkt werde, hatte der König eine dauernde Verbindung mit der Coalition zugesagt. Es ist immer von großer Bedeutung, daß nicht allein Rußland, sondern auch Oesterreich diese Gebietserweiterung des preußischen Staates billigte und selbst verlangte. Kurz zuvor hatte Graf Metternich die Weisung bekommen, die alte natürliche Eifersucht gegen eine Vergrößerung Preußens bei Seite zu setzen. Aber welche Hoffnung konnte man sich machen, den König von England dahin zu bringen, in eine solche Abtretung, die seinen legitimistischen Gefühlen von Grund aus widersprach, einzuwilligen? Soeben war Lord Harrowby, der als ein Freund und Vertrauter Georgs III. betrachtet wurde, in Berlin eingetroffen; er sollte eingeladen werden, der Verbindung der drei anderen Mächte beizutreten. Er stimmte den Artikeln derselben, die man mit ihm durchging, mit geringen Abweichungen bei. Erst als es nicht länger verschoben werden konnte, beschloß man, ihm auch von dem geheimen Artikel, welcher Hannover betraf, Kunde zu geben. Alopaeus, der russische, und Metternich, der österreichische Gesandte, begaben sich in dieser Absicht — es war am 21. November — in seine Wohnung[1]).

Bei der ersten Eröffnung brachte Harrowby die unübersteiglichen Schwierigkeiten, auf welche ein solcher Vorschlag bei dem Könige von Großbritannien stoßen werde, zur Sprache: er dürfe einen solchen eigentlich gar nicht anhören. Da er aber nur von unübersteiglichen Schwierigkeiten, nicht gerade von der Unmöglichkeit, bei Georg III. etwas auszurichten, gesprochen hatte, so ent-

1) Vergl. Metternichs Bericht an Graf Colloredo vom 22. November 1805. Denkwürdigkeiten, Bd. V, S. 198.

wickelte ihm Graf Metternich die Vortheile, die durch Annahme deſſelben für den Kampf gegen Napoleon gewonnen werden würden: einmal ſei ſie nothwendig, um Preußen wirklich zu der Coalition herbeizuziehen; dann aber biete das zur Entſchädigung beſtimmte Oſtfriesland, namentlich Emden, welches, wie man ſage, zu einer unüberwindlichen Feſtung erhoben werden könne, die größte Ausſicht dar, Holland gegen Frankreich ſicherzuſtellen. Harrowby ſchien nicht unempfänglich für dieſe Idee. Aber er unterſchied fortwährend ſeine doppelſeitige Stellung, als Geſandter von England und als Bevollmächtigter des Kurfürſten von Hannover. Metternich machte die Bemerkung: was der letztere nicht habe hören dürfen, darauf gehe doch der erſte ein; er ſagte wohl, Oeſterreich, Rußland und England ſelbſt müßten ſich vereinigen, um den Kurfürſten von Hannover von ſeinem Widerſtand abzubringen. Das war die Lage der Dinge. Durch dieſelbe wurde eine Coalition der Mächte gegen Napoleon geboten. Das Zuſtandekommen einer ſolchen aber fand in der Verbindung der großbritanniſchen Krone mit dem Kurfürſtenthum Hannover eine Schwierigkeit, welche der engliſche Geſandte für unüberwindlich erklärte. Und doch war es gerade dieſe Union, welche die Beſetzung Hannovers durch die Franzoſen veranlaßt hatte.

Wie ſollte es aber möglich ſein, Intereſſen voneinander zu ſondern, welche die Natur in Einer Perſon vereinigt hat? Auf dem Gefühle davon mögen die Häſitationen des Königs von Preußen beruht haben.

Und eine vielleicht nicht geringere Schwierigkeit ſtellte ſich auf der anderen Seite vor Augen: wie konnte man glauben, mit dem ſiegreichen Eroberer einen Pact zu ſchließen, bei dem die Freiheit und Unabhängigkeit der europäiſchen Staaten hätte geſichert ſein können? Napoleon ſelbſt hat es einmal für ein thörichtes Unternehmen erklärt, ihn über den Rhein zurückwerfen und dann doch Frieden mit ihm ſchließen zu wollen: ein geborener Fürſt könne große Poſitionen aufgeben und dennoch ſeinen Thron behaupten; ein Fürſt, wie er, der nur durch Waffenthaten von der unterſten Stufe bis zur oberſten aufgeſtiegen und zu dem Throne gelangt ſei, könne das nicht: denn er würde damit den Zauber verlieren, durch welchen er die Geiſter an ſich feſſelt. Hienach war nur von einem allgemeinen Kampfe, der Alles an Alles ſetzte, ein Erfolg zu erwarten. Dazu aber war man nirgends entſchloſſen. In Preußen blieb man dabei, das Syſtem der Mediation, in das man ſich einmal hineingelebt hatte, auch unter den jetzigen Umſtänden zu behaupten und zu erweitern.

Bisher hatte man nur daran gedacht, das weitere Vordringen der Franzoſen zu verhindern, in Franken durch Verbindung mit Sachſen, in Weſtphalen durch Verbindung mit Heſſen; zwiſchen Werra und Saale ſollte ein Armeecorps in Cantonnements aufgeſtellt werden. Das nahm nun alles in Folge des neuen Vertrages eine andere, großartigere Richtung. Der Herzog von Braunſchweig entwarf einen allgemeinen Kriegsplan zur Unterſtützung von Oeſterreich. Seine Vorausſetzung iſt, daß Oeſterreich das Land Tirol werde behaupten können, ſo daß für Wien zunächſt nichts zu fürchten wäre. Man rechnete bereits damals auf die National-Milizen in Tirol, mit denen ein zahlreiches ſchlagfertiges Heer gebildet werden könne. Dadurch werde Südtirol und die linke Flanke der vereinigten öſterreichiſch-ruſſiſchen Armee am Inn gedeckt ſowie die rechte der italieniſchen Armee an der Brenta. Es trage nichts aus, wenn die Armee vom Inn ſich nach der Salza und Traun zurückziehe in der Abſicht, einen entſcheidenden Kampf ſo lange zu vermeiden, bis die Ruſſen in größeren Maſſen ankämen und Preußen ſich für die Allianz erklärte. Die ruſſiſche Armee unter Buxhövden müſſe ſo raſch wie möglich an die Donau herangezogen werden. Eben dahin müſſe die zweite ruſſiſche Armee unter Bennigſen durch Böhmen ihren Weg nehmen, um bei Regensburg einzurücken, was Ende Decembers oder Anfang Januars geſchehen könne: vorher aber ſollen Abtheilungen der Armee in Böhmen erſcheinen, um die Aufmerkſamkeit der Franzoſen auf ihre linke Flanke zu richten. Zwei preußiſche Truppencorps ſollen in Baireuth und an der Werra aufgeſtellt werden. Ein drittes, in Weſtphalen zuſammengezogenes Corps ſoll mit der preußiſchen Armee unter Tolſtoy ſich vereinigen. Wenn die Unterhandlungen, die man beginnt, abgebrochen werden, ſo ſollen die preußiſchen Truppen nach der Donau vordringen. Der Herzog erwägt, was Napoleon in einem ſolchen Falle thun werde; er ſei überzeugt, daß man denſelben nöthigen könne, über den Rhein zurückzukehren, während man zugleich Holland anzugreifen in Stand komme. Das Ziel ſoll ſein, Napoleon über den Rhein zurückzuwerfen und alsdann einen feſten und haltbaren Frieden zu ſchließen [1]). Dieſe Ideen lagen dem Tractat vom 3. November zu Grunde; durch die vereinten Anſtrengungen der drei Mächte ſollte der Zuſtand des Continents haltbar eingerichtet werden.

1) Vergl. die Denkſchriften des Herzogs von Braunſchweig. Denkwürdigkeiten II, S. 317 flg.

Viertes Capitel.

Zerſprengung der dritten Coalition.

Ich weiß nicht, ob man mit Recht ſo viel von gemachten Fehlern, verſäumten Gelegenheiten, eingetretenen Vernachläſſigungen reden darf, wie es geſchieht. Alles entwickelt ſich über die Köpfe der Betheiligten hin mit einer Nothwendigkeit, welche etwas Unvermeidliches, wie ein Fatum in ſich trägt. Daß der König, deſſen politiſches Verhalten in der Idee der Neutralität wurzelte, von derſelben zurücktreten und ſich unverzüglich den Verbündeten, die in der Sache, welche ſie im Widerſpruche mit ihm unternommen, bereits eine Niederlage erlitten hatten, anſchließen würde, war doch in der That nicht zu erwarten. Er brachte die Alternative, auf der ſein Syſtem beruhte, gegen den, welcher es verletze, auch ſeinerſeits Partei zu nehmen, in Ausführung. Die Bedingungen, die er dem Kaiſer der Franzoſen einſt, als von einer Allianz mit demſelben die Rede war, gemacht hatte, ſtellte er nun im Verein mit den beiden anderen Mächten als den Preis auf, für welchen er auch fortan neutral bleiben wolle. Den Krieg ſofort zu beginnen, dazu ſchien der Durchgang durch Ansbach kein hinreichendes Motiv, zumal da man denſelben von franzöſiſcher Seite mit einigen Scheingründen beſchönigen konnte und gleichſam um Entſchuldigung bat. Und durch die Acceſſion zu dem öſterreichiſch-ruſſiſchen Vertrage vom November 1804 war faſt die vornehmſte der gefaßten Abſichten nicht erreicht worden; man gewann dadurch keine Sicherheit für das unterdeß beſetzte Hannover. Genug: der ganzen

Lage entſprach es, wenn Preußen den Krieg vorbereitete und mit einem ſolchen drohte, aber nicht zugleich das Schwert zog. Es iſt wahr: eine unmittelbare unverzögerte Schilderhebung hätte eine große Ausſicht eröffnet. Aber Hardenberg, der, wie wir ſahen, für die Theilnahme am Kriege war, bemerkt doch, daß mit den damaligen Anführern und Veranſtaltungen ſich nichts Entſcheidendes hätte erreichen laſſen. Und unter den eifrigſten Gegnern Napoleons in dem ruſſiſch-öſterreichiſchen Hauptquartiere wurde die Meinung ausgeſprochen, Preußen möge ja nicht unvorbereitet und allzuraſch den Krieg unternehmen: denn von dieſer Macht hänge jetzt das Schickſal des Continents ab, und eine Niederlage derſelben würde dem alten Zuſtande von Europa ein Ende machen[1]). So faßte auch der Herzog von Braunſchweig die Sache auf. Graf Haugwitz war beſtimmt worden, Napoleon die Vorſchläge der Verbündeten, denen Preußen beitrete, vorzulegen; man erwartete, Napoleon werde auf einen Waffenſtillſtand, behufs einer allgemeinen Verhandlung, eingehen. Dergeſtalt hielt ſich die preußiſche Politik mit einer gewiſſen Folgerichtigkeit auf der Linie der Mediation, welche ausführbar erſchien, da noch keine großen Kriegsentſcheidungen gefallen waren. Zugleich aber verbarg man ſich nicht, daß es darüber doch zu offenem Bruche mit Napoleon kommen könne. Der Herzog von Braunſchweig war darauf gefaßt; aber unter allen Umſtänden, meinte er, müſſe der Friedensbruch bis Mitte Decembers verzögert werden, weil erſt bis zu dieſer Zeit die nöthigen militäriſchen Vorkehrungen getroffen ſein würden. Aus dieſem Grunde gab der Herzog dem Grafen Haugwitz den Rath, den Beginn der Unterhandlungen unter ſchicklichen Vorwänden ſo weit hinauszuſchieben, daß ſie erſt um dieſe Zeit zu einem Reſultat führen könnten: wäre dann keine Einigung zu erreichen, ſo ſollte Haugwitz Napoleon die Ausſicht blicken laſſen, daß ſich Preußen noch mit ihm verſtändigen könne. Die Stellung, die man nahm, war eine keineswegs einfache und klare. Wenn die Mediation abgelehnt wurde,

1) Brief von Gentz an Joh. v. Müller, Wien, d. 8. November, in der Sammlung von Maurer-Conſtant I, S. 121. „Ich finde, daß wir alle ſammt und ſonders bei dem, was die preußiſchen Armeen jetzt unternehmen ſollen, in einem ſolchen Grade intereſſirt ſind, daß unſer höchſter und einziger Wunſch ſein muß, es möge dort Alles nur mit Ruhe, mit Ueberlegung, mit Zeit und Klugheit geſchehen: denn der Erfolg einer preußiſchen Unternehmung iſt jetzt gerade der auf immer entſcheidende Punkt in dem gemeinſchaftlichen Schickſal von Europa."

so wollte man zum Kriege schreiten; aber man war dazu eigentlich noch nicht unverzüglich im Stande. Man wollte drohen; allein die Ausführung dieser Drohung mußte man noch verzögern. Man klage Niemanden an: anders konnte es nach Lage der Umstände nicht sein; jedoch die ganze Haltung bekam dadurch von vornherein wieder etwas Zweifelhaftes.

Aus den Aeußerungen des Herzogs von Braunschweig dürfte man nicht schließen, daß er nicht für den Krieg gewesen wäre: er wollte nur den Ausbruch desselben so lange verzögern, bis man im Stande wäre, die Waffen mit aller Kraft zu ergreifen[1]). Der Krieg sollte erst dann unternommen werden, wenn man dazu vollständig vorbereitet sei, gleich als wäre es möglich gewesen oder als hätte es in der Willkür der verbündeten Mächte gelegen, den Zustand, wie er im Anfang des November war, zu behaupten und den Beginn eines entscheidenden Waffenganges bis zur Vollendung der preußischen Rüstungen zu verzögern. So wenig kannte man den Gegner, mit dem man es zu thun hatte. Napoleon hatte den Krieg gegen Oesterreich eröffnet, ehe es mit seinen Vorbereitungen zu Ende gekommen war: wie hätte er jetzt nicht eilen sollen, der Vollendung der preußischen Rüstung zuvorzukommen? Krieg und Politik wirkten zusammen, um ihn zur raschesten Durchführung seiner Unternehmung anzutreiben. Auf das glücklichste gelang sie ihm.

Tirol, auf welches der Herzog von Braunschweig so viel rechnete, wurde nicht behauptet. Von dem Oberbefehlshaber der italienischen Armee, die eine rückgängige Bewegung antrat, wurde die Räumung Tirols, wenn nicht befohlen, doch genehmigt. Die Armee am Inn zog sich ohne wohlbedachten Plan zurück. Auch Wien, auf dessen Conservation der Herzog von Braunschweig gezählt hatte, fiel jetzt in die Hände der Franzosen. Wenn Oesterreich in diesem Augenblicke Vorschläge zu einem Waffenstillstande machte, so war Napoleon bereits so sehr im Vortheil, daß er dafür die weitreichendsten Bedingungen aufstellte. Die fremden Truppen sollten nach Hause gehen, der Insurrection, d. h. der Bewaffnung der Ungarn, ein Ende gemacht, Tirol und das Venetianische den Franzosen eingeräumt werden. Wäre der Krieg lediglich ein österreichischer gewesen, so würde man an eine Unterhandlung auf diese

[1]) Denkschrift des Herzogs vom 5. November in den Denkwürdigkeiten II, S. 336.

Bedingungen haben denken können. Aber der Kampf war als ein allgemeiner der europäiſchen Mächte gedacht und eingeleitet worden. Wenn Kaiſer Franz in einer ähnlichen Lage im Jahre 1797 bei dem Vordringen Napoleons gegen Wien ſich vergeblich um ruſſiſche Hülfe bemüht hatte, ſo war eine ſolche jetzt im vollen Anmarſch begriffen und bereits in der Nähe; und ein neues Vertrauen flößten ihm die Nachrichten ein, die er von dem Berliner Hof erhielt. Er erklärte (13. November), indem er ſich entſchloß, den Krieg fortzuſetzen: er habe nicht in die Bedingungen willigen wollen, die der Herzſtoß für ſeine Monarchie und ein Riß in die Verhältniſſe mit allen befreundeten Staaten geweſen ſein würden; er rechne noch auf die unverſiegten Hülfsquellen, die er in der Treue und Kraft ſeiner Völker finden werde, und auf die ungeſchwächte Macht ſeiner hohen Verbündeten, des Kaiſers von Rußland und des Königs von Preußen.

Verſetzt man ſich in den Moment, ſo war hiedurch der ganze Geſichtskreis verändert. Der Krieg, den Napoleon gegen Oeſterreich unternommen hatte, um ſeinen Krieg gegen England zu ſichern — jene Truppenmacht, die er am Canal verſammelte, war wie ein zweiſchneidiges Schwert —, verwandelte ſich jetzt in einen allgemeinen continentalen. Jenes Manifeſt von Oeſterreich, übrigens erfolglos, hatte doch die Wirkung, daß es die Vereinigung der drei Mächte als eine Thatſache herausſtellte: denn vor der Uebereinkunft vom 3. November hätte Kaiſer Franz Preußen nie als ſeinen Verbündeten bezeichnen können. Und ſoeben ſetzten ſich die preußiſchen Truppen vom Oſten gegen den Weſten in Bewegung. Napoleon befand ſich, ſelbſt wenn er von jener Uebereinkunft keine genaue Notiz hatte, in der Nothwendigkeit, die Verbindung Preußens mit Oeſterreich und Rußland nicht zu einer vollendeten Thatſache werden zu laſſen. Und auf der preußiſchen Seite trat ein Moment ein, das ihm hiebei entgegenkam: die Verſpätung der Rüſtungen machte einen Aufſchub der Feindſeligkeiten unvermeidlich. Wie aber dann, wenn indeſſen die Sache, der man ſich anſchließen wollte, durch neue Ereigniſſe in eine veränderte Lage gerieth? Wer ſtand dafür, daß nicht Oeſterreich, indem man heranzog, nochmals geſchlagen und zu einer verderblichen Abkunft genöthigt wurde? Wollte man dann den ganzen Impuls der doppelt überlegenen franzöſiſchen Macht gegen Preußen heranziehen? Die Inſtruction, die Graf Haugwitz für ſich ſelber ſchrieb, die aber der König annahm, zeugt in den

ersten Worten von diesem inneren Widerspruch[1]). Sie lautete dahin, daß man den europäischen Frieden wiederherstellen und den Frieden für Preußen erhalten wolle. Das Eine und das Andere war nicht möglich, solange Napoleon das Uebergewicht im Felde hatte: denn dann war doch nimmermehr daran zu denken, daß er Bedingungen angenommen hätte, die ihm in den schon gefaßten Intentionen Schranken zogen.

Wenn Haugwitz nur langsam reiste, so lag sein Motiv in der erwähnten Weisung des Herzogs; er wollte nicht früher ankommen, als bis die Truppen eine für ihre Action geeignete Stellung genommen haben würden: denn daß Napoleon einen Stillstand, in welchem weitere Truppenbewegungen zugelassen worden wären, verweigern würde, ließ sich nicht bezweifeln. Für einen Bruch hatte der Herzog den 15. December festgesetzt, weil man vorher nicht im Stande sein würde, den Krieg mit Methode und Energie zu führen. Haugwitz fürchtete eigentlich, zu früh anzukommen; um den Krieg nicht sogleich ausbrechen zu lassen, dachte er, auf Negociationen mit Napoleon, in welchen dieser seine eigenen Vorschläge machen würde, einzugehen und das Resultat derselben dem Könige noch einmal persönlich vorzulegen: dann würde die von dem Herzog angegebene Zeit heranrücken. Wenn man annimmt, er habe nur eben die in Potsdam vereinbarten Propositionen in Antrag bringen wollen, nach deren Verwerfung der Krieg ausgebrochen wäre, so war das von Anfang an nicht seine ernstliche Absicht. Ihm schwebte nicht allein die allgemeine Pacification nach den Bedingungen, die man aufgestellt hatte, vor Augen, sondern zugleich die Erhaltung des Friedens für Preußen; er fürchtete sogar einen Augenblick, daß die Fortsetzung und der Lauf des Krieges den Kaiser Napoleon nach Schlesien führen könne, für dessen Vertheidigung nichs vorgekehrt sei[2]).

Vielen Eindruck machte es auf Haugwitz, daß er auf der Reise von den bereits begonnenen Unterhandlungen Oesterreichs mit Napoleon hörte.

Nowossiltzow erschien bei ihm, um ihn zur Eile anzutreiben;

---

1) Mémoire du Comte de Haugwitz pour lui servir d'instruction lors de son voyage à Vienne en novembre 1805. Denkwürdigkeiten V, S. 185.

2) In den österreichischen Archiven findet sich ein Brief von Haugwitz aus Prag, dessen Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, S. 199, gedenkt, — in welchem diese Befürchtung ausgesprochen ist; vergl. Max Duncker in den Preuß. Jahrbüchern, Bd. XXXXII, S. 616.

er ſagte ihm dann, daß Oeſterreich bereits Unterhandlungen eingeleitet habe und geneigt ſei, einen Frieden abzuſchließen, in welchem einige Conceſſionen in Italien gemacht werden könnten. Haugwitz nahm daraus ab, daß jene in Potsdam verabredeten Anforderungen und Declarationen nicht mehr ſtatthaben könnten, und daß ihm nichts übrig bleibe, als die Vermittelung des Friedens zwiſchen Oeſterreich und Frankreich, wenn derſelbe noch nicht zu Stande gekommen ſei; er glaubte wahrzunehmen, daß zwiſchen Oeſterreich und Rußland keineswegs ein vollkommen gutes Verhältniß beſtehe: die Schlacht, welche bevorſtand, werde dazu führen, ſie voneinander zu trennen.

Von dieſen Beſorgniſſen voreingenommen, langte Haugwitz in dem Hauptquartier Napoleons zu Brünn an. Deſſen militäriſche Lage war durchaus nicht ohne ſtrategiſche Gefahr für ihn. Er hatte eine überlegene ruſſiſche Armee, die ſich bei Olmütz zuſammengezogen, gegen ſich; von den öſterreichiſchen Erzherzogen rückte der eine durch Böhmen gegen ihn vor, der andere bedrohte von Ungarn her ſeine rechte Flanke: er mußte fürchten, daß die Preußen in ſeiner Linken ſeinem Rückzug in den Weg treten würden.

In Berlin erwartete man eine Verzögerung der Entſcheidung, bis der Augenblick eingetreten ſei, wo die preußiſchen Truppen herangerückt ſein würden, um an dem Kriege Theil zu nehmen. Dazu zu ſchreiten, war man in der That ſehr entſchloſſen.

Eine nicht geringe Bedeutung kommt den Briefen zu, die damals zwiſchen Alexander und dem Könige von Preußen gewechſelt worden ſind[1]). Am 19. November gab der Kaiſer Nachricht von der Situation, in der ſich ſeine Armee befinde; er bezeichnet ſie als eine kritiſche: denn die öſterreichiſche Armee exiſtire nicht mehr; Napoleon ſei der ruſſiſchen auf den Ferſen. Der ſtaunenswürdigen Tapferkeit, welche die Ruſſen bewieſen, zum Trotz habe doch Napoleon das Uebergewicht; er ſcheine ihn zu dem Aeußerſten drängen zu wollen, bevor Graf Haugwitz eintreffe. Am 20. ſchickte der Kaiſer einen ſeiner General-Lieutenants nach Berlin, um dem Könige noch genauere Auskunft über alles Vorgefallene zu geben: er werde ſehen, daß die Ruſſen nicht unwürdig ſeien, zur Seite der berühmten preußiſchen Armee zu kämpfen. Friedrich Wilhelm antwortete auf den erſten dieſer Briefe am 23. November: er drückt

1) Die Briefe des Kaiſers und des Königs ſind in den Denkwürdigkeiten II, S. 347 ff. mitgetheilt.

das vollkommenste Vertrauen zu der großen Sache, die sie beide unternommen haben, aus. Er seinerseits hält an dem Plane fest, den er mit dem Kaiser verabredet habe; dieser selbst werde durch die Entfernung der preußischen Truppen bestimmt. Schon ihr Marsch werde hinreichen, den Russen eine Erleichterung zu verschaffen. Seine Hauptmacht werde sich nach Franken wenden, um in dem Moment, daß die Unterhandlungen scheitern sollten, mit dem Schwert in der Hand einzugreifen. Er versichert, daß er sich nur mit dem Kaiser, welchem er zur Tapferkeit seiner Truppen Glück wünscht, und mit dem großen Gegenstande, zu welchem sie sich vereinigt haben, beschäftige.

Fügen wir hinzu, daß auch Königin Louise diese großen Tendenzen theilte.

Bis zu dem Vorfall von Ansbach war sie, wie sie selbst gesagt hat, gegen Frankreich noch friedfertig gestimmt. Dieses Ereigniß aber machte sie anderen Sinnes; sie fühlte, daß dabei die Idee des unabhängigen Staates, in der sie lebte und webte — sie sah darin ihren Ehrgeiz für ihren Gemahl, ihre Familie und das Land —, bedroht und verletzt war: eine Rettung derselben erblickte sie nur in dem Kampfe gegen Napoleon im Verein mit den anderen großen Mächten. Alle ihre Aeußerungen athmen diesen Geist.

In einem zweiten Briefe versichert der König, daß die Unterhandlung von Haugwitz die Bewegung seiner Truppen nicht hindere; im Fall eines Unglücks stehe Schlesien den Russen offen.

Es ist kaum verständlich, daß Alexander auf diese bestimmten Versicherungen keine Rücksicht nahm. Sein vornehmstes Motiv lag darin, daß Napoleon eine Stellung so weit vorwärts genommen hatte, daß man die Hoffnung faßte, seiner Meister zu werden. Am 28. November schreibt er dem Könige: er habe bereits die Offensive begonnen.

Von Napoleons Seite war eine Unterhandlung eingeleitet, die zu einer Zusammenkunft mit dem Vertrauten Alexanders, Dolgorucky, führte; sie fand bei den Vorposten statt (30. November). Dolgorucky trug dann kein Bedenken, die Bedingungen des Friedens, wie sie den verbündeten Mächten vorschwebten, anzugeben: er gedachte vor Allem der Verzichtleistung auf Italien und auf Belgien. Im Gespräch kam überdies die Forderung vor, daß Napoleon Wien und das Donauufer räumen solle. Die Anwesenden fanden die Haltung Dolgorucky's bei diesem Zwiegespräche stolz und insolent, die Napoleons gereizt. Napoleon sah in den Anforderungen einen

Inſult. Er forderte Dolgorucky auf, ſich ſo geſchwind wie möglich zu entfernen; man hörte ihn ſagen: „Italien? Bin ich denn beſiegt? In achtundvierzig Stunden werde ich ihnen eine Lection geben, an die ſie denken ſollen“ [1]).

Unter dieſen Umſtänden traf Graf Haugwitz in Brünn ein. Er gehörte nicht zu denen, die den Krieg wünſchten; die Zurückſetzung, die er von Alexander erfahren, war nicht ohne Einfluß auf ſeine Stimmung geblieben. Er hatte nur immer in dem Syſtem der Neutralität und den mit derſelben verbundenen Schwankungen gelebt: die großen Ideen, die den Tractat vom 3. November eingegeben hatten, waren ihm fremd geblieben. Er hielt es von vornherein für unmöglich, damit durchzudringen. In der Audienz, die er bei Napoleon hatte, ließ er es nun ſein Bemühen ſein, keinen offenen Bruch mit demſelben zu veranlaſſen [2]).

Napoleon ſchien vorauszuſehen, daß der preußiſche Staatsmann widerwärtige Bedingungen vorlegen und ihn durch die Drohung der Waffengewalt zur Annahme derſelben zwingen wolle.

Haugwitz, der nochmals von den Verhandlungen Oeſterreichs mit Napoleon gehört hatte, hielt es für das Dringendſte, einer Wendung der franzöſiſchen Kriegsmacht gegen Preußen zuvorzukommen; er meinte, in dem Sinne des Königs zu handeln, wenn er nur von der Mediation zwiſchen den kriegführenden Mächten ſprach, die derſelbe übernommen habe. Napoleon machte die Einwendung, daß ja Preußen ſchon im Bunde mit den anderen Mächten ſtehe und alſo keine Mediation übernehmen könne; er hatte ſein Augenmerk auf Holland gerichtet und ließ den König auffordern, nicht zuzugeben, daß dasſelbe von Norddeutſchland her angegriffen werde. Haugwitz wurde veranlaßt, die Verhandlung nach Wien zu verlegen, wohin er ſich begab [3]).

Die Armeen ſtanden einander zu nahe, als daß ſich eine Schlacht hätte vermeiden laſſen. Erwägt man, daß Napoleon die See verloren hatte und in ſeiner Stellung auf dem Continent durch die drei großen Mächte bedroht wurde, ſo erkennt man die Bedeutung der Schlacht, welche nun erfolgte. Es iſt die Bataille

---

1) Ségur, Histoire et Mémoires II, S. 449.

2) „Ah“, ſagte Napoleon, „man ſpricht mir immer von dem alten Grafen Haugwitz; aber ich ſehe, Sie ſind noch ein junger Mann.“

3) Bericht von Haugwitz vom 2. Dezember 1805. Denkwürdigkeiten V, S. 190.

von Austerlitz, eine der großen Schlachten, welche das Schicksal der Welt verändert haben: sie zerstörte die werdende Coalition und befestigte die Uebermacht Napoleons auf dem Continent. Der Gedanke des Gegensatzes der drei großen Mächte, welcher am 3. November gegen den französischen Kaiser gefaßt worden war, wurde durch den Sieg unausführbar; durch die Niederlage von Rußland und Oesterreich ward Preußen zugleich mitbetroffen.

In Berlin hatten die Meldungen des Grafen Haugwitz von Brünn einen sehr unangenehmen Eindruck hervorgebracht: die Zumuthungen Napoleons, daß ihn Preußen gegen einen Angriff auf Holland sicherstellen solle, wogegen er dessen Mediation annehmen werde, erschienen fast als eine Insolenz, weil er gegen eine Zusage, welche die Alliirten auf der Seite gelähmt hätte, wo er nicht der Stärkere war, doch keinen allgemeinen Waffenstillstand angeboten habe. Einen gewissen Eindruck hat die Nachricht von den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich auch in Berlin gemacht; man meinte jedoch: Oesterreich werde im Ganzen festhalten und nur, auf einen Artikel des Tractats gestützt, in Bezug auf die Ausdehnung der an Napoleon zu machenden Forderungen nachzugeben geneigt sein. Die Meinung war, daß Haugwitz dann von Rußland und Oesterreich zugleich Instruction erhalten müsse, wie weit auch er gehen könne. Hierauf trafen die ersten Nachrichten von der Schlacht ein, die jedoch noch zu verworren und zu wenig authentisch waren, als daß man darüber von dem einmal eingeschlagenen methodischen Gange hätte abweichen wollen.

In einer Conferenz vom 9. Dezember ging ein Gutachten des Grafen von Schulenburg ein [1]), in welchem er auf das dringenste anrieth, an dem Tractat vom 3. November festzuhalten: der Tractat sei einmal geschlossen und trete nunmehr in Kraft, vier Wochen nach der Abreise von Haugwitz; die Verhandlung des letzteren; laufe demselben entgegen; der König sei verpflichtet, unverzüglich mit 180,000 Mann im Felde zu erscheinen; man müsse verfahren, als ob Mähren und Böhmen preußische Provinzen, die combinirten Armeen preußische Armeen seien; ein zweifelhaftes Verhalten würde alle Mächte gegen Preußen aufregen und den Kaiser Napoleon keineswegs gewinnen; derselbe werde den Tractat, den er ohne Zweifel kenne, dem preußischen Staate nicht vergeben, sobald er

1) Das Memorial des Grafen Schulenburg in den Denkwürdigkeiten V, S. 210.

nur hinreichende Kriegskräfte habe, um ſie gegen Preußen ins Feld zu ſtellen; wollte er aber auch das Land mit einem Kriege verſchonen, ſo würde es doch einer unbedingten Dependenz verfallen: denn alle Nachbarn würden ſich an Frankreich ſchließen; ſollte dann die Arroganz nicht mehr auszuſtehen ſein, ſo würde Preußen es allein mit Frankreich zu thun haben.

Die Vorſchläge Schulenburgs waren in dieſem Augenblick vielleicht ſchon unausführbar; aber er faßte die großen Fragen, wie ſie vorlagen und ſich vorbereiteten, mit treffendem Geiſte.

Doch wurden in der Conferenz auch andere Stimmen laut, die in dem Feſthalten an dem Vertrage vom 3. November den Ruin Preußens erblickten und die ſchleunigſte Abkunft mit Napoleon anriethen. So ſprach ſich beſonders Maſſenbach aus, der als Stellvertreter des Fürſten Hohenlohe der Conferenz beiwohnte, der ſehr antiruſſiſch geſinnt war und immer nur Frieden mit Frankreich im Munde führte.

Der Beſchluß war: an dem Vertrage feſtzuhalten, aber über die Operationen mit den beiden Verbündeten Uebereinkunft zu treffen[1]). In dieſem Sinne ſchrieb der König an Kaiſer Alexander. Er machte denſelben aufmerkſam, daß durch den Gang der Ereigniſſe eine ſucceſſive Veränderung in der Beſtimmung über die Bewegung der preußiſchen Truppen nothwendig geworden ſei[2]). Er ſchickte ihm ſeinen General-Quartiermeiſter Phull, um über einen Operationsplan der drei Mächte Verabredung zu treffen.

Erſt hierauf bekam man in Berlin eine ausführliche Nachricht über die Schlacht durch den Fürſten Dolgorucky und den Bruder des Kaiſers Alexander. In dem Briefe Alexanders[3]) kommt die Andeutung vor, daß Alles dem üblen Willen von Oeſterreich zuzuſchreiben ſei: der Kaiſer beklagte ſich über eine Behandlung, die er nie erwartet hätte. Auch ein öſterreichiſcher General traf ein, Stutterheim, der hinwider alle Schuld auf Alexander und die Ruſſen warf. Man hatte ruſſiſcherſeits angekündigt, er werde die preußiſche Verwendung nachſuchen, um Napoleon zu beſſeren Bedingungen für Oeſterreich zu bringen. Doch hat er ſich dann wenigſtens nicht im

1) Das Protokoll über die Conferenz vom 9. December in den Denkwürdigkeiten II, S. 357.

2) Berlin, le 10 décembre 1805. Denkwürdigkeiten II, S. 363.

3) Holitſch, le 24 novembre (6 décembre) 1805. Denkwürdigkeiten II, S. 366.

Namen seines Hofes aussprechen wollen[1]). Die Ereignisse reichten hin, Preußen auf seine eigene Gefahr aufmerksam zu machen, die vor Allem darin bestand, daß Napoleon Hannover zurücknehmen und damit der Neutralität eine Ende machen werde. Hierüber ist zwischen Rußland und Preußen weiter unterhandelt worden. Kaiser Alexander genehmigte, daß seine beiden in der Nähe befindlichen Armeen von den Befehlen des Königs von Preußen abhängen sollten. Ueberhaupt aber war das System mit einem Male verändert. Die Bewegungen der preußischen Truppen wurden sistirt. Wenn man jene Zumuthung einer Garantie Hollands gegen feindliche Einfälle früher mit Indignation zurückgewiesen hatte, so war man jetzt geneigt, darauf einzugehen. Am 21. Dezember legte der russische Gesandte dem Minister Hardenberg die Frage vor: ob der König einer Reoccupation Hannovers durch die Franzosen sich widersetzen werde, selbst mit offener Gewalt. Hardenberg antwortete: der König sei dazu entschlossen; er werde den Franzosen den Weg dahin verlegen, zumal da er sehe, wie viel dem Kaiser Alexander an der Erhaltung des Friedens in Norddeutschland liege; um die Ruhe Europa's zu erhalten, sei das Beste, daß ein jeder ruhig bleibe und sich selbst in Vertheidigungszustand setze. Alopaeus erwiderte hierauf: das sei auch die Absicht des Kaisers; wenn er darauf gerechnet habe, daß Napoleon in Folge seiner ihm selbst durch Savary gemachten und dann dem Fürsten Liechtenstein wiederholten Versicherungen Oesterreich einen erträglichen Frieden bewilligen werde, so zeige sich jetzt, daß er Oesterreich aus der Reihe der unabhängigen Staaten streichen möchte; man dürfe nicht zugeben, daß er das Werk einer allgemeinen Unterjochung, mit dem er umgehe, zur Vollendung bringe; noch könne sich vieles ändern, besonders wenn

1) In der Weisung an Haugwitz, die Phull zu überbringen bestimmt war, heißt es: Le général Stutterheim a ajouté de bouche qu'il était ici pour voir ce que la Prusse ferait, que son souverain traînerait la négociation pour savoir mes déterminations, que si je voulais venir à son secours, il ne s'assujettirait pas à des conditions trop dures, mais que, si mes déterminations tardassent, on serait dans la nécessité de conclure. Il a fait voir même de loin la possibilité que Napoléon forçerait l'Autriche à devenir son alliée et a insisté sur une mesure prompt de ma part pour m'assurer d'abord de la médiation et pour donner le poids nécessaire à mes propositions. A la question de savoir s'il était autorisé par son souverain à toutes ces demandes, il a répondu que non. Denkwürdigkeiten II. S. 367.

man darauf rechnen dürfe, daß Preußen an dem Vertrage vom 3. November feſtzuhalten entſchloſſen ſei. Hardenberg geſtand zu, daß die Erniedrigung Oeſterreichs ein allgemeines Unglück wäre; aber dieſe Monarchie ſei bereits in einer ſo unglücklichen Lage, daß es unmöglich ſein werde, ſie zu retten; wolle der König nicht die Ruhe ſeines Volkes und zugleich die Unabhängigkeit des nördlichen Deutſchlands aufs Spiel ſetzen, ſo dürfe er die franzöſiſchen Truppen nicht gegen ſich ſelber heranziehen. Ein Angriff auf Holland ſei unausführbar, zumal da die engliſchen Truppen in Hannover nicht mobil ſeien und der König von Schweden beſtändige Schwierigkeiten mache. Auf Beihülfe der ruſſiſchen Truppen könne man bei der weiten Entfernung nicht zählen; ein ſchwacher Verbündeter ſei eher eine Laſt; und vor Allem, Stutterheim habe ſogar von der Möglichkeit einer Verbindung Oeſterreichs mit Frankreich geredet. Alopaeus fragte hierauf, ob in dem Falle, daß die Verhandlungen zwiſchen Frankreich und Oeſterreich abgebrochen würden, der König geneigt ſei, gemäß der Beſtimmung des Tractats vom 3. November den Caſus Foederis anzuerkennen. Hardenberg antwortete: der König werde von der Allianz mit Rußland keinen Schritt breit abweichen; aber der Vertrag vom 3. November, der nur eventuell geweſen ſei, bedürfe nach allem, was vorgefallen, der allergrößten Modificationen.

Darin liegt doch, daß jener Vertrag, von welchem eine Wiederherſtellung des europäiſchen Gleichgewichts erwartet worden war, als vernichtet betrachtet werden müſſe, nachdem durch den Feldzug alle Erwartungen getäuſcht waren. Die Geſichtspunkte Hardenbergs concentrirten ſich auf die Behauptung der Unabhängigkeit Norddeutſchlands. Und im Widerſpruch mit der angenommenen Politik war es nicht, wenn Hardenberg dem Lord Harrowby erklärte, das Eindringen der Franzoſen in Hannover werde als eine Feindſeligkeit betrachtet werden.

Wenngleich in den Aufzeichnungeu Hardenbergs [1]) nicht deutlich davon die Rede iſt, ſo ergiebt ſich doch aus den Urkunden, die

1) Man bemerkt an dieſer Stelle einen Widerſpruch der Erzählung Hardenbergs mit den urkundlichen Aufzeichnungen, die er ſelbſt ſeinen Denkwürdigkeiten beifügte. Nach der erſten ſollte es ſcheinen, als hätte er an der Nothwendigkeit, den Tractat vom 3. November auszuführen, unerſchütterlich feſtgehalten: eine ſolche wäre ihm ſogar thunlich vorgekommen, nachdem die beiden ruſſiſchen Corps unter den Oberbefehl des Königs von

er mittheilt, daß die preußische Politik mit vollem Bewußtsein von den Verpflichtungen abstrahirte, die sie durch den Vertrag vom 3. November übernommen hatte. Es wäre fast gegen Sinn und Vernunft gewesen, nach der erlittenen Niederlage von Oesterreich im Augenblicke, da dies nur nach einer Pacification mit Frankreich trachtete, für dasselbe die Waffen zu ergreifen, — nur ungenügend gerüstet, die Macht eines siegreichen Anführers gegen sich selber aufzurufen. Diese Idee gab man unter der Mitwirkung Hardenbergs auf. Man wollte an dem Schicksal Oesterreichs keinen weiteren Antheil nehmen, Norddeutschland sichern, Hannover gegen eine Reoccupation Frankreichs schützen, im Einverständniß mit Rußland und selbst mit England: das System des isolirten Staates und der norddeutschen Unabhängigkeit wollte man dabei festhalten. Eine hievon sehr verschiedene Richtung schlug indeß Graf Haugwitz bei den Unterhandlungen in Wien ein.

Er wurde von der Idee der Unbesiegbarkeit Napoleons unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse doppelt betroffen; besonders wirkte auf ihn, daß Oesterreich sich zum Nachtheil Preußens mit Frankreich pacificiren zu wollen schien. Daß Oesterreich seine bisherige Stellung nicht werde behaupten können, ward schon in Berlin nicht hoch genug angeschlagen. Ich meine: man zog nicht genug in Betracht, daß, wenn Oesterreich seine Positionen an der Donau verliere, Napoleon Meister von Süddeutschland werden und Preußen sich schwerlich lange gegen ihn behaupten würde.

Preußen gestellt worden waren. Nach den Mittheilungen dagegen, die der russische Gesandte am seinen Hof gelangen ließ (vergl. Denkwürdigkeiten II, S. 379), und deren Wahrhaftigkeit er selbst — denn sie wurden ihm vorgelegt, ehe sie abgingen — bestätigt, ist er es selbst gewesen, der die Unausführbarkeit des Tractates ausgesprochen hat, und zwar auf den Grund, daß von den russischen Corps das eine zu schwach sei und das andere zu entfernt. Die Erklärungen sind sehr wichtig und treffen den Kern der Sache. Später, bei der Abfassung der Denkwürdigkeiten, war dieser Vorgang dem Autor entschwunden. Er schrieb nun unter dem Eindruck, daß man energischer hätte handeln sollen, und sucht den Fehler, der auch sein eigener war, nur in Andern.

Fern muß es sein, ihm eine bewußte Unwahrhaftigkeit Schuld zu geben. Aber er war so sehr von seiner Erinnerung durchdrungen, daß er die Urkunden, die er beifügte, nicht einmal wieder las, überzeugt davon, daß sie mit dem, was ihm vorschwebte, übereinstimmen müßten. Seine Aufzeichnungen können nicht für eigentlich historisch gelten; sie sind mehr Entschuldigung. Die Urkunden, die er beifügt, sind unschätzbar; aus denen ersieht man den wahren Gang der Dinge.

Für Haugwitz exiſtirte eine ſolche Betrachtungsweiſe nicht: er war nur beſorgt, daß Frankreich allein, oder ſelbſt mit Oeſterreich verbündet, auf Preußen ſtürzen werde. Die Mediationsſtellung, die er urſprünglich wirklich einnehmen zu wollen geſchienen hatte, ließ er fallen: wie er dem öſterreichiſchen Geſandten Stadion, ſo maß dieſer ihm die Schuld der Erfolgloſigkeit aller Mediationsverſuche bei.

Fünftes Capitel.

Unterhandlungen zu Schönbrunn und Paris.

Napoleon hatte eine große Schlacht gewonnen. Der deutsche Kaiser erschien in seinem Bivouak, um ihn um Frieden zu bitten. Wie Napoleon nach dieser Zusammenkunft seine Situation ansah, zeigt seine Aeußerung: der Friede sei geschlossen, man könne nach Paris zurückkehren; aber er werde auch fortan genöthigt sein, 400,000 Mann im Felde zu halten[1]); denn er wußte wohl, daß er mit diesem Einen Schlage die ihm gegenüberstehenden feindseligen Elemente keineswegs gedämpft habe. Die Russen zogen sich aus dem Kampfe zurück; aber sie gaben ihn nicht auf. Eine Idee ist aufgetaucht, Oesterreich anderwärts zu beschränken, aber dafür mit Moldau und Walachei auszustatten. Und gewiß hätte man damit Oesterreich und Rußland auf immer voneinander getrennt. Allein welches Mittel gab es, um die Türken zur Abtretung dieser Fürstenthümer zu vermögen? Sie würden sich wahrscheinlich ganz in die Arme von Rußland geworfen haben. Napoleon hielt an dem Gedanken fest, den die alte Regierung in ihrer besten Epoche entwickelt und den die Revolution aufgenommen hatte, der dahin ging: die Macht Oesterreichs in Deutschland sowie in Italien möglichst einzuschränken. In Deutschland setzte er nun diesem Hause in seinen Verbündeten, Baiern, Würtemberg, Baden, die er aus den Spolien desselben verstärkte, Gegner zur Seite, auf deren Treue er rechnen konnte, und die den Einfluß Oesterreichs auf ein sehr geringes Maß herabbrachten. Aus Italien wollte er das Haus Oesterreich vollends entfernen; er nahm gleichsam den Kampf des Hauses Valois gegen Burgund in Italien auf. Den Oesterreichern entriß er die ihnen überlassenen venetianischen Landschaften, den Bourbonen, die unter

1) Ségur, Histoire et Mémoires II, 480.

dem Schutze Oesterreichs standen, Neapel. In erster Linie fiel dann seine Aufmerksamkeit auf die Haltung des preußischen Staates. Mit seinen die Welt umfassenden Entwürfen beschäftigt und in ihrer Ausführung begriffen, begab er sich nun nach Wien, wo Haugwitz seiner wartete.

Ursprünglich hielt Haugwitz an der Idee der Mediation, nicht zwar in dem allumfassenden Sinne fest, aber an der Pacification zwischen Oesterreich und Frankreich. Allein diese wurde ohne alles Zuthun von Preußen in Gang gesetzt, und in Haugwitz regte sich sogar die Besorgniß, daß sie in einem dem preußischen Interesse entgegengesetzten Sinne erfolgen würde.

Soweit war es schon, als Napoleon nach Wien kam und Haugwitz am 13. Dezember seine erste Audienz hatte. Napoleon beschwerte sich, anscheinend mit zurückgehaltener Entrüstung, daß der König von Preußen, der ihn durch sein früheres Verhalten verpflichtet habe, jetzt mit seinen Feinden einen Vertrag eingegangen sei, kraft dessen er 180,000 Mann ins Feld gestellt, die von ihm abhängigen Fürsten und wo möglich ganz Europa in offenen Kampf gegen ihn fortgerissen haben würde. Dem Grafen Haugwitz machte er einen Vorwurf daraus, daß er diesen Vertrag unterschrieben habe. Haugwitz suchte denselben in dem günstigsten Lichte als einen Beweis der Friedensliebe von Preußen darzustellen. Napoleon kam auf seine Streitigkeiten mit Oesterreich zu sprechen. Mit den Friedensschlüssen von Campo-Formio und Lüneville habe es zufrieden sein können; jetzt habe er ihm eine Lection gegeben, die es nicht vergessen werde; es habe den Mincio gewollt; es werde jetzt seine italienischen Provinzen verlieren; auch Tirol und seine schwäbischen Besitzungen könne es nicht behalten. Der König von Preußen habe ihm durch den Tractat vom 3. November den Krieg erklärt. „Man beschwert sich," sagte Napoleon, „darüber, daß meine Truppen durch das Gebiet von Ansbach passirt sind. Ich habe darin Unrecht gethan; der Tadel darüber fällt auf mich allein, denn ich habe diesen Marsch anbefohlen. Ich rechnete dabei auf die Freundschaft von Preußen und die früher getroffenen Stipulationen. Wenn der Irrthum, den ich begangen habe, den Krieg veranlaßt, so muß ich, von meinen Truppen umgeben, wie ich bin, und stark durch die Hingebung meines Volkes, erklären, daß ich denselben nicht fürchte. Ich unterscheide die preußischen Truppen wohl von denen, die ich geschlagen habe; ich weiß, sie haben einige gute Generale, viele ausgezeichnete Offiziere. Der König wird sich ebenso an die Spitze

seines Heeres stellen, wie ich es thue. Wir werden dann sehen; bis hieher ist mir das Glück noch immer günstig gewesen." Napoleon ging im Zimmer auf und ab; Haugwitz erwartete, entlassen zu werden. „Graf Haugwitz," sagte endlich Napoleon, „Preußen hat mir den Handschuh hingeworfen; ich muß ihn aufheben. Sein Verhalten gegen meinen Gesandten hat mich in den Augen meiner Nation herabgewürdigt. Mein Herz ist verwundet; aber mein Kopf setzt sich dem entgegen. Ich frage, wohin ein Bruch mit Preußen führen könne. Preußen und Frankreich sind zu gegenseitiger Freundschaft gemacht." Am Nachmittag wurde Haugwitz aufs neue zum Kaiser beschieden. „Diesen Morgen," sagte Napoleon, „war ich der Meinung, daß der Krieg zwischen Preußen und Frankreich unvermeidlich sei; jetzt aber trage ich euch einen Vertrag an, der euch trefflich zu statten kommen wird. Ich werde ein Unterpfand der Freundschaft des Königs gewinnen; unsere Freundschaft wird auf immer befestigt sein." Der Antrag des Kaisers Franz sei, daß man ihn durch die Ueberlassung von Salzburg, das jetzt sein Bruder innehabe, für die erlittenen Verluste einigermaßen entschädige, diesen aber durch Einräumung von Hannover. Er zeigte dem Grafen ein Schreiben von Talleyrand, der sich dieser Abkunft zuzuneigen schien. „Aber," sagte Napoleon, „das sind ministerielle Ideen, nicht die meinen. Ich habe die Wahl zwischen der Allianz mit Rußland, Oesterreich und Preußen. Mit einer Macht, die ich eben niedergeworfen habe, mich zu verbinden widersteht mir. Auch muß ich, um meinen deutschen Verbündeten zu genügen, ihr noch neue Beschränkungen auferlegen; überdies aber: diese Allianz ist nicht im Geschmack meiner Nation. Mit Rußland werde ich mich nicht sogleich, aber in ein paar Jahren verbinden können; es ist vielleicht die Allianz, die mir am meisten convenirt." Haugwitz ergriff den Augenblick, um die Vortheile in Erinnerung zu bringen, welche eine Allianz zwischen Frankreich, Rußland und Preußen darbieten werde. Napoleon machte bemerklich, daß das zwar in seinem Sinne wäre, aber lange Unterhandlungen erfordern würde: jetzt stehe er mit seiner Armee der preußischen gegenüber; ein Zustand, dem er ein Ende machen müsse. Er wolle sich mit Preußen in ein Verhältniß setzen, das ihm auf lange Zeit den Frieden des Continents garantire. Ohne diese Garantie werde er seine Truppen nicht an die Küsten des Oceans zurückführen; er werde seine Eroberungen behaupten, sich wieder in Besitz von Hannover setzen, seine Truppen im deutschen Reiche und in Holland stehen lassen. Der

König von Preußen werde zu einer ähnlichen Haltung gezwungen ſein, wäre es auch nur, um ſeine Staaten zu decken. Aber dabei werde man gegenſeitig ſeine Finanzen ruiniren; ein ſolcher Zuſtand laufe auch dem Charakter des franzöſiſchen Soldaten entgegen; er würde zuletzt doch zum Kriege führen. Um alledem zuvorzukommen, ſchlug er eine Convention vor, durch welche das gute Vernehmen zwiſchen Preußen und Frankreich wiederhergeſtellt werden könne. Haugwitz verſichert: bei der Lage, in der die Dinge waren, habe er gefürchtet, eine Verrätherei zu begehen, wenn er auf den Antrag nicht einginge; es ſtehe immer bei dem Könige, zwiſchen der Ratification dieſer Convention und dem Krieg zu wählen; fürs erſte habe Napoleon verſprochen, alle Feindſeligkeiten gegen die preußiſchen Truppen zu vermeiden.

So weit Haugwitz in ſeinem Bericht an den König [1]). In den ſpäter aufgezeichneten Erinnerungen gedenkt er noch folgender Scene. Er hatte ſeine Audienz bei dem Kaiſer zu Schönbrunn in einem Cabinet Maria Thereſia's unter ihrem Bilde. Napoleon beſchäftigte ſich damit, auf der Karte von Oeſterreich, die auf einem Tiſch ausgebreitet lag, die Stellungen der Armee, die mit Nadeln bezeichnet waren, nach den eingehenden Rapporten zu berichtigen. Haugwitz beſah ſich einen Augenblick die Karte, wich aber ehrerbietig zurück, als Napoleon wieder eintrat. „Sollten wir nicht," ſagte Napoleon, „das Werk des großen Friedrich vollenden? Es fehlt euch noch ein Stück von Schleſien. Geht euer Begehren dahin, es zu beſitzen, jetzt wäre der Moment dazu gekommen." Haugwitz machte einige Bemerkungen über die uneigennützige Denkungsart des Königs, ſeines Herrn. „Aber Sie ſind der Miniſter," ſagte ihm Napoleon. „Ihre Pflicht iſt, den Augenblick zu ergreifen, der vielleicht niemals wiederkehrt." Doch behauptet Haugwitz, Napoleon habe den Plan ſtudirt, den Loudon gemacht habe, um in Schleſien einzudringen [2]).

---

1) Berlin, 26. Dezember 1805. Denkwürdigkeiten, V, S. 226 ff.

2) Nach der Erzählung Bignons, Histoire de France, V, 14, machte Napoleon in der Audienz vom 13. Dezember dem preußiſchen Miniſter heftige Vorwürfe über die Perfidie von Preußen. Er ſagt: er würde berechtigt ſein, mit Oeſterreich abzuſchließen, Schleſien, deſſen Plätze ſchlecht bewacht ſeien, zu überziehen, das preußiſche Polen zum Aufſtand anzutreiben und ſich für den böſen Willen Preußens an ihm zu rächen. Aber, ſo läßt Bignon ihn weiter fortfahren, ein Fürſt müſſe zuweilen das ihm geſchehene Unrecht vergeſſen; ſo wolle er auch Preußen ſeine vorübergehende Abirrung

Wie es sich auch mit diesen Particularitäten verhalten mag, die Gesichtspunkte der miteinander paciscirenden Parteien liegen offen zu Tage. Haugwitz wollte Preußen vor den Feindseligkeiten der französischen Heere sicherstellen und die preußische Macht möglichst vermehren; Napoleon wollte sich der Beunruhigungen, die ihm von Preußen her drohen konnten, entledigen und mit der Zustimmung Preußens die Position, die er einnahm, befestigen. Der Tractat enthält gleichsam ein Programm für seine Politik in Deutschland, Italien und Europa überhaupt. Die Fälle werden bestimmt, in welchen die beiden Mächte miteinander selbst für den Fall eines Krieges verbunden sein wollen. Es sind folgende vier: die Erhaltung der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei, Garantie der preußischen Staaten, ihre durch den gegenwärtigen Vertrag zu stipulirende Vergrößerung eingeschlossen, ebenso der Staaten von Frankreich mit allen Vergrößerungen, die es in Italien erlangen könnte, nicht minder des Bestandes von Baiern, wie derselbe noch in dem Vertrage festgesetzt werden würde.

Von der Türkei und Italien ist im Vertrage nicht weiter die Rede; er bezieht sich fast ausschließlich auf die in Deutschland zu treffenden Einrichtungen. Vor Allem wird Preußen von den Landen des Königs von Großbritannien in Deutschland Besitz ergreifen und sie in voller Souveränetät behalten, jedoch deshalb keine neue Stimme in dem Kurfürstencollegium in Anspruch nehmen. Dem Kurfürsten von Baiern wird der Königstitel und eine sehr beträchtliche Erweiterung garantirt: nicht allein Tirol und andere bisher österreichische Besitzungen, sondern auch die Markgrafschaft Ansbach. Der Gedanke, der schon bei der Territorialveränderung in Deutschland obgewaltet, Baiern in Oberdeutschland eine dominirende, jedoch zugleich von Frankreich abhängige Stellung zu verschaffen, tritt hier vollkommen zu Tage. Der alte Gegensatz zwischen Baiern und dem Hause Brandenburg, der in früheren Jahrhunderten Franken mit Fehde erfüllt hatte, wurde vollkommen zu Gunsten Baierns entschieden. Brandenburg-Preußen sollte eine Provinz, an der ihm unendlich viel gelegen war, verlieren. Und so hoch wurde der Vortheil, den Preußen durch die Erwerbung von Hannover erlange, angeschlagen, daß es dagegen noch zu zwei anderen Ab-

verzeihen, unter der Bedingung jedoch, daß es sich jetzt unauflöslich mit Frankreich vereine. So die französische Tradition. Die in dem Schreiben des Grafen Haugwitz mitgetheilten Notizen sind unzweifelhaft zuverlässiger.

tretungen verpflichtet wurde: zur Verzichtleiſtung auf Neuchatel und auf Cleve; das letztere ſollte einem Reichsfürſten zu Theil werden; denn die Idee des Reiches in einer formellen Unabhängigkeit von Frankreich wurde noch immer feſtgehalten. Auch Würtemberg und Baden ſollen die ihnen von Alters angehörigen ſowie die ihnen jetzt zugeſprochenen Staaten in voller Souveränetät beſitzen, wie Preußen und Oeſterreich die ihren. Preußen genehmigt die Verluſte, welche Oeſterreich in Folge dieſer Gebietsabgrenzungen erleidet, auch den der venetianiſchen Provinzen, die an Napoleon fallen [1]).

Ein neues Deutſchland ſteigt hier vor unſern Augen auf: volle Souveränetät der deutſchen Reichsfürſten im Süden des Reiches, von welchem Preußen möglichſt ausgeſchloſſen wird, im Norden dagegen Verſtärkung Preußens durch die Abtretung Hannovers; das deutſche Kaiſerthum beſteht noch dem Namen nach, aber ohne alle Macht: dem deutſchen Kaiſer wird auch das Recht entzogen, in Deutſchland zu recrutiren. Frankreich gelangt zu einer überwiegenden Autorität in Oberdeutſchland durch die Veränderung ſelbſt, die es durchgeführt hat. So ſtark Preußen zu werden ſcheint, ſo iſt es doch an Frankreich gefeſſelt, ſelbſt in den Angelegenheiten Südeuropa's, iſolirt von ſeinen bisherigen Verbündeten. Haugwitz ſah in jener Uebereinkunft vom 3. November eine Beleidigung Napoleons, für welche dieſer Rache nehmen werde; er glaubte viel zu erreichen, wenn er ſeinen König, nachdem deſſen Verbündete beſiegt worden waren, gegen die franzöſiſchen Feindſeligkeiten, denen man ſonſt ebenfalls unterliegen würde, ſicherſtelle. Aber er fühlte wohl, welche unerwartete Wendung der Dinge der neue Vertrag mit allen den Zugeſtändniſſen, die er ſich hatte abgewinnen laſſen, enthielt. Er ſagte: er könne denſelben weder einem andern Organ, noch auch der Feder anvertrauen; er müſſe ihn ſelbſt nach Berlin überbringen.

Am 25. Dezember 1805 kam Haugwitz nach Berlin zurück und legte ſeinen Vertrag dem Könige vor. Er behauptete: der Ehre Preußens ſei durch die entſchuldigende Erklärung Napoleons über den Marſch durch das Ansbach'ſche vollkommen Genüge geſchehen. Bei dem von ihm angenommenen Vertrage bleibe die Unabhängigkeit des Staates unverſehrt; Preußen unterhandele als eine vollkommen ebenbürtige Macht mit der franzöſiſchen. Seine Streitkräfte ſeien

1) Der Schönbrunner Vertrag vom 15. Dezember 1805 iſt mitgetheilt bei de Clercq, Recueil des traités de la France II, S. 143.

unvermindert; wenn es zur Ausführung des Tractates komme, werde auch Preußen ein Wort mitzusprechen haben; Rußland werde zufrieden sein, wenn man dem Fortschritt der napoleonischen Macht in Norddeutschland eine Schranke setze.

Die Meinung, die er in Berlin fand, war nun keineswegs eine entgegenkommende. Man hat viel von der allgemeinen Indignation gesprochen, auf welche Haugwitz mit seinen Entwürfen gestoßen sei. Ganz so verhält es sich wohl eigentlich nicht. Man empfand es als eine Schmach, daß, nachdem eine Allianz mit Rußland und Oesterreich geschlossen und eine Unterhandlung mit England ernstlich eingeleitet worden sei, immer unter lebhaften Manifestationen gegen die Usurpationen Napoleons, man sich jetzt den Unternehmungen desselben zur Unterjochung von Europa beigesselle: es scheine beinahe wie Würtemberg oder Baden. So drückte sich selbst Hardenberg aus. Aber er war doch darum nicht gemeint, die Schönbrunner Abkunft vollkommen zu verwerfen, oder auf die Zusagen vom 3. November zurückzukommen. Er bemerkte: gegen Oesterreich habe man keine Pflichten, nachdem es sich der Defection schuldig gemacht, ebensowenig gegen England, da noch kein Vertrag mit dieser Macht zu Stande gekommen sei. Nur Rußland verdiene Rücksicht, welches in diesem Augenblick dem Könige Unterstützung versprochen habe und gewähre.

Das Verhältniß zu Rußland würde nun zu der Politik geführt haben, die bereits mit Alopaeus besprochen worden war. Man würde dabei beharrt sein, Napoleon den Eintritt in Hannover zu versagen [1]), weil durch diesen die Ruhe von Norddeutschland gestört werde, indem man zugleich erklärte, daß das Schicksal von Hannover, erst im künftigen Frieden entschieden werden könne, und daß man bis dahin sich neutral verhalten wolle. Offenbar würde eine solche Haltung am meisten der früher beobachteten entsprochen haben. Hardenberg brachte sie zur Sprache, rieth aber nicht, dieselbe zu behaupten: denn Graf Haugwitz versichere, Napoleon werde nimmermehr darauf eingehen. Sich aber deshalb einem Krieg auszusetzen, hielt auch Hardenberg für höchst bedenklich: denn die französische Armee werde von einem durch die Siege geschwellten Selbstgefühl beseelt; sie werde von jungen Generalen geführt, die noch ihr Glück machen wollen. Der Kaiser sei selbst der größte Strateg der Welt. Die

1) Que le retour des troupes françaises dans le pays de Hanovre est inadmissible.

preußiſche Armee, wie ſie ſei, könne ſich nur mit eminenter Gefahr widerſetzen. Noch einen andern Beweggrund zur Annäherung an Frankreich hatte Hardenberg. Durch die bloße Neutralität, ſagt er, werde Napoleon in den Stand geſetzt werden, ſich den Weg zur Univerſalmonarchie zu bahnen und zunächſt Deutſchland eine neue Verfaſſung vorzuſchreiben, geſtützt auf die Verbündeten, die ſich ihm angeſchloſſen haben. Er kehrte die Geſichtspunkte hervor, die er bei den Discuſſionen mit Laforêt und Duroc geäußert hatte: denn auch Napoleon biete eben die Bedingungen an, welche er damals vorgeſchlagen, die er aber jetzt ſehr erſchwere; er fordere z. B. Neuchatel, Cleve, Ansbach. Ueber Neuchatel, das zu einer Dotation beſtimmt ſein werde, geht Hardenberg leicht hinweg; Cleve könnte an den Herzog von Braunſchweig kommen, wenn er es begehre; den meiſten Anſtoß nimmt er an der Abtretung von Ansbach, nachdem Napoleon die Grenzen dieſes Landes eigenmächtig überſchritten und dadurch die preußiſche Unabhängigkeit mißachtet habe. In Folge dieſer verſchiedenen Erwägungen ſchlägt Hardenberg die Annahme des Schönbrunner Vertrages vor, jedoch mit den erforderlichen Modificationen. Auch andere Abſichten, mit denen er früher die Allianz mit Frankreich empfohlen hatte, hält er feſt. Einer Vergrößerung, ſagte er, bedürfe Preußen; es würde ſonſt in ſeinem Verhältniß zu den europäiſchen Mächten in Nachtheil gerathen; er vertraut, Preußen werde zu einer Stärke gedeihen, die ihm ſeine Unabhängigkeit ſichere und es in den Stand ſetze, den Coloſſen, die es ſonſt zu erdrücken drohen, kräftig zu widerſtehen und ſich gegen den Einen ſo lange mit Erfolg zu vertheidigen, bis der Andere zu Hülfe herbeigezogen werden könne. Napoleon gegenüber müſſe man, auch wenn man ſich mit ihm verbinde, den Zweck im Auge behalten, Beſchützer des noch nicht unterjochten Theiles von Europa zu werden, eben deshalb aber in den Beſitz einer dazu hinreichenden Macht zu gelangen trachten [1]).

Auch Schulenburg und der Herzog von Braunſchweig waren vom Könige zu gutachtlichen Aeußerungen aufgefordert. Schulenburg machte beſonders darauf aufmerkſam, daß die Annahme der Allianz den König verpflichten werde, an dem Kriege gegen England und Rußland Theil zu nehmen. Jede Beſitzergreifung von Hannover, ohne die ausdrückliche Bezeichnung deſſelben als eines geheiligten

1) Denkſchrift Hardenbergs vom 30. Dezember 1805 in den Denkwürdigkeiten V, S. 243 ff.

Depositums, enthalte eine Feindseligkeit gegen England; Napoleon werde sich ihrer sogar bedienen können, um sich mit dem Könige von England zu versöhnen. Wenn Schulenburg dergestalt im Grunde gegen jede Uebernahme Hannovers war, so erklärte sich der Herzog von Braunschweig dafür. In dem unglückseligen Zustand, in welchen Preußen durch den Mangel an Klugheit und Folgerichtigkeit in der Führung der russisch-österreichischen Angelegenheiten gebracht sei, glaubte er keinen anderen Ausweg zu sehen. Das Gehässige falle durch die Betrachtung weg, daß Hannover sonst in die Hände eines Erzherzogs von Oesterreich kommen werde. Die Besorgniß einer Verbindung zwischen Frankreich und Oesterreich beherrschte auch ihn. Trete nun aber Preußen in Verbindung mit Frankreich, so müsse es sich doch durch besondere Bedingungen sicherstellen, daß es nicht mit Rußland zu brechen habe: Napoleon kenne ja die alten Beziehungen Preußens zu Rußland und werde vielleicht eine Verbindung mit Rußland ebenso wie mit Preußen wünschen [1]).

Wenn somit die Absicht dahin ging, den Tractat vom 15. December anzunehmen, aber doch die Eventualität vermieden werden sollte, sich darüber mit Rußland zu entzweien und sich überhaupt zu isoliren, so trat Hardenberg derselben bei. In einem neuen Gutachten [2]) wiederholte er, was von Schulenburg und dem Herzog gesagt war, zum Theil wörtlich. Und daran hat er keinen Zweifel, daß Napoleon die ihm vorgeschlagenen Modificationen annehmen werde, wenn sie ihm nur mit Präcision und Festigkeit vorgelegt würden.

In einer Conferenz wurden nun diese Modificationen festgesetzt [3]). Es sind folgende: der Tractat sollte nicht als ein offensiver bezeichnet werden; die Verpflichtungen, die man eingehe, sollten erst dann eintreten, wenn der Friede zwischen Frankreich und Oesterreich vollkommen gesichert sei und England die Abtretung von Hannover genehmigt habe [4]). Mit diesem Vorbehalt wird die Cession desselben durch den Kaiser Napoleon von Preußen an-

1) Die Denkschriften Schulenburgs und des Herzogs von Braunschweig sind in den Denkwürdigkeiten V, S. 257, mitgetheilt.

2) Berlin, 1er janvier 1806 in den Denkwürdigkeiten V, S. 263.

3) Der Entwurf der Ratificationsacte und das Mémoire explicatif ebendaselbst II, S. 389.

4) L'obligation des garanties datera du moment où la paix avec l'Autriche aura sanctionné les cessions de cette cour et celle avec l'Angleterre l'acquisition de Hanovre par la Prusse.

genommen. Der König verſpricht, von dieſem Augenblick an für die Ruhe Norddeutſchlands einzuſtehen. Er hat darüber ſelbſt an Napoleon geſchrieben, die Abſicht, zwiſchen Rußland und Frankreich zu vermitteln, angekündigt und die Freundſchaft mit Frankreich als das natürliche Syſtem Preußens bezeichnet.

Ließ ſich nun aber — das war die große Frage — von Napoleon die Annahme dieſer Modificationen erwarten? Mit ſeinen Ideen ſtanden dieſelben in vollem Widerſpruch. Er hat immer geſagt, ſeine Abſicht bei dem Schönbrunner Vertrage ſei geweſen, Preußen durch die Abtretung von Hannover in Krieg mit England zu verwickeln; durch die Modificationen des Vertrages wollte Preußen ein freundſchaftliches Verhältniß zu England vorbehalten.

Der preußiſche Gedanke war, die Allianz mit Frankreich anzunehmen, aber dabei doch eine eigentliche Entzweiung mit den übrigen Mächten zu vermeiden. Aus Beſorgniß, daß in Rußland der alte Verdacht eines geheimen Verſtändniſſes mit Frankreich erneuert werden möchte, hielt Haugwitz für rathſam, daß der Herzog von Braunſchweig ſelbſt dahin gehe, um denſelben zu zerſtreuen.

Haugwitz zweifelte nicht daran, daß Napoleon die Modificationen annehmen werde, welche Preußen zu dieſem für ihn ſelbſt ſo wichtigen Vertrage mache. Er übernahm die Sendung nach Paris, voll davon, daß ſeine Gegenwart allein hinreichen werde, um die Annahme der Reſtrictionen bei Napoleon auszuwirken. Es war die Meinung, welche auch die übrigen Staatsmänner theilten.

Und Napoleon ſelbſt ſchien ſo geſinnt zu ſein. Er war noch in München, als ihm die preußiſchen Modificationen vertraulich mitgetheilt wurden. Er ſagte nichts dagegen: denn er war nicht gemeint, die Antipathie Preußens zu erregen, ſo lange ihm dies noch in ſeiner vollen Kraft gegenüberſtand. Aus einem Schreiben Talleyrands an Laforêt [1]), in welchem es hieß, daß der Kaiſer ſich leicht mit Haugwitz über alles, was die gemeinſamen Intereſſen von Frankreich und Preußen betreffe, verſtändigen, und daß er jeden Schritt, der zur Verſtärkung der Freundſchaft zwiſchen beiden Kronen beitrage, mit Genugthuung aufnehmen werde, zog man den Schluß, Napoleon werde die preußiſchen Reſtrictionen nicht verwerfen, ſo daß der Friede über allen Zweifel hinaus geſichert ſei.

Alles beweiſt, daß Laforêt ſelbſt dieſe Meinung hegte, und die Frage iſt nur, ob er nicht getäuſcht war, um zu täuſchen: er hatte

1) Munich, le 16 janvier 1806 in den Denkwürdigkeiten II, S. 435.

die durch die Restrictionen modificirte Ratification angenommen, — allerdings unter dem Vorbehalt der Einwilligung des Kaisers Napoleon, wie er sich ausdrückte: Sub Spe Rati [1]).

Diese Illusionen, zu denen man vielleicht inducirt wurde, denen man sich aber gern hingab, brachten nun in Berlin eine verhängnißvolle Beschlußnahme hervor. Hardenberg war damals krank, Haugwitz abgereist. In der Abwesenheit der beiden leitenden Minister wurde der Beschluß gefaßt, die Armee auf den Friedensfuß zu setzen, gleich als ob der Friede mit zweifelloser Sicherheit hergestellt sei; eine Maßregel, zu der hauptsächlich das Bedürfniß von Ersparnissen führte — denn jeden Tag koste die Erhaltung der Mobilmachung der Armee eine erhebliche Summe Geldes —, bei der aber Uebereilung und Ehrlichkeit, Zutrauen und Verblendung zusammenwirkten. Einem Gewalthaber gegenüber, dessen Stellung auf überlegener Kriegsmacht beruhte, entzog man der eigenen Kriegsmacht die Streitfähigkeit, die sie allein furchtbar machte. Soviel wir wissen, stimmte der König damit nicht überein; er sah darin eine Art von Leichtsinn in der Behandlung der großen Angelegenheit; aber er war gewohnt, die Einsicht seiner Rathgeber höher zu stellen, als sein Gefühl. Und einen vorzüglichen Gegenstand seiner Aufmerksamkeit bildete immer die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Finanzen. Er trat dem Entschlusse bei.

An und für sich konnte sich Niemand darüber täuschen, daß zwischen dem Vertrag und der Ratification eine principielle Differenz obwaltete; es war dieselbe, die den Gegenstand des allgemeinen Streites ausmachte. Napoleon behauptete die Rechtmäßigkeit seines Besitzes; Preußen sträubte sich, dieselbe anzuerkennen, und kam darauf zurück, die Einwilligung des legitimen Fürsten zu verlangen. Doch war es nicht das Princip, welches hier entscheidend eingriff, sondern eine Veränderung, die in der Lage der allgemeinen Angelegenheiten seit dem 15. December eingetreten war. Napoleon hatte damals für nothwendig gehalten, der Entzweiung mit Preußen, welche ihm sehr lästig war, durch gegenseitige Concessionen ein Ziel zu setzen. Aber seitdem hatte sich seine ganze Position geändert; Oesterreich war nun genöthigt worden, Bedingungen einzugehen,

1) Die Frage ist, ob, wie Hardenberg angiebt, die Restriction von Haugwitz angegeben und von Lombard niedergeschrieben ist, oder ob Hardenberg, wie aus Laforêts Depeschen (bei Lefèbvre II, 254) hervorzugehen scheint, entscheidenden Antheil daran gehabt habe.

von denen Napoleon meinte, ſie würden es auf zwanzig Jahre unfähig machen, ſich wieder zu erheben; ſie machten ihn zum Meiſter von Italien. Er war entſchloſſen, jetzt auch die Bourbons aus Neapel zu vertreiben. Von dem Tage des Schönbrunner Vertrages iſt das Decret datirt, durch welches dem Hauſe Bourbon in Neapel das Ende ſeiner Regierung angekündigt wurde. Napoleon wollte, wie er ſagt, das geſammte Italien den franzöſiſchen Geſetzen unterwerfen, keinen Fremden, ſelbſt nicht im Kirchenſtaate, geſchweige denn in Neapel dulden. Dem päpſtlichen Stuhle wurde von Napoleon ein Vorwurf daraus gemacht, daß er einen engliſchen Bevollmächtigten an der Curie dulde. In Neapel ſollten die engliſchen Waaren ſofort confiscirt, weder Engländer noch Ruſſen daſelbſt zugelaſſen werden. Seinen älteſten Bruder Joſeph ernannte Napoleon zu ſeinem Verweſer und beſtimmte ihn zum Könige von Neapel, wenn er nicht ſelbſt wolle, daß ein anderer ſeiner Brüder dieſen Thron erhalten ſolle. Ohne Widerſtand iſt Joſeph, der ſich jetzt nicht mehr Bonaparte nannte, ſondern Joſeph Napoleon, im Neapolitaniſchen vorgerückt; die Abſicht war, daß er im erſten Feuer ſich auch Siciliens bemächtigen ſollte. In dieſer großartigen Machtſtellung, die zugleich die Entwickelung des Krieges gegen England enthielt, — einer Feindſeligkeit, von welcher auch die Allianz mit Preußen einen Theil ausmacht, — trat nun ein Ereigniß ein, welches die Ausſicht auf den Frieden mit England eröffnete. Im Januar 1806 ſtarb der Mann, der vor allen anderen die Kräfte der continentalen Mächte mit den maritimen von England vereinigt und den bei Auſterlitz niedergeſchlagenen Widerſtand gegen Napoleon organiſirt hatte. Man beklagte in ihm den großen Piloten in dem allgemeinen Sturme, deſſen Gleichen man niemals wieder zu ſehen erwartete. William Pitt iſt ewig denkwürdig, weil er Jeden einer Neugeſtaltung Europa's zur Abwehr gegen die franzöſiſche Uebermacht gefaßt hat, die ſpäter zum Theil realiſirt worden ſind; damals aber ſchien eine ſolche Geſtaltung durch die Ereigniſſe unmöglich geworden zu ſein. In England erhob ſich der Wunſch nach Frieden mit Frankreich, den der alte Gegner Pitts, nunmehr ſein Nachfolger, Charles Fox, ſeiner ganzen Vergangenheit nach in ſich repräſentirte.

Welchen Eindruck das Ereigniß auf Napoleon machte, ſieht man aus einem Schreiben an Talleyrand (4. Februar 1806 [1]), in

1) Napoléon à Talleyrand, 4 février 1806 in der Correspondance XII, S. 4, N. 9742. Vgl. Thiers VI, 314.

welchem er die eigentlich noch nicht geschehene Ministerialveränderung bereits voraussetzt. Er sieht darin die Möglichkeit, Frieden mit England zu schließen; dafür aber will er die Hände freihaben: die Abtretung Hannovers an Preußen wird ihm selbst zweifelhaft; nur dann könne sie stattfinden, wenn man mit Preußen einen Tractat auf breiterer Basis schließe und ein System gründe, welches aller Besorgniß vor künftigen Feindseligkeiten ein Ende mache [1]).

Wie wenig ahnte Haugwitz, als er am 2. Februar in Paris anlangte, von dieser Veränderung der allgemeinen Situation. Durch die Combination eines Momentes war der Vertrag von Schönbrunn herbeigeführt; jetzt aber war eine ganz andere Combination eingetreten, für die derselbe nicht mehr genügte. Doch wollte sich Napoleon von Preußen nicht lossagen; aber er dachte ihm eine noch größere Abhängigkeit aufzuerlegen, so daß kein continentaler Krieg entstehen, England aller Hoffnung, durch einen solchen etwas zu erreichen, beraubt und dadurch für sich selbst zu einem friedlichen Abkommen mit Frankreich um so geneigter gemacht werden sollte. Napoleon war entschlossen, den Tractat von Schönbrunn nicht mehr anzuerkennen, sondern einen anderen an dessen Stelle zu setzen. Talleyrand wurde angewiesen, die aus der Lage der Dinge entspringenden Gesichtspunkte zu verhüllen und nur die Unzulässigkeit der vorgeschlagenen Restrictionen hervorzuheben. Was man von einer zornigen Entrüstung Napoleons über die vorgeschlagenen Modificationen berichtet, ist eine Fabel. Er hatte sich so vollkommen in seiner Gewalt, daß von plötzlichen Aufwallungen nicht die Rede war, sondern nur von einem Ergreifen des geeigneten Augenblicks zum bestimmten Zwecke. In jenem Schreiben vom 4. Februar weist er seinen Minister ausdrücklich an, diese Aufwallungen, die man in seinem Charakter voraussetze, als Motiv der Verwerfung des Vertrages zu bezeichnen.

Unter dem 4. Februar erfolgte die offizielle Erklärung des französischen Ministeriums an Haugwitz: daß der Vertrag von Schönbrunn, da er in der bestimmten Zeit nicht ratificirt sei, nicht als existirend betrachtet werden könne [2]).

Bei der ersten Audienz, die Haugwitz am 6. Februar hatte, sprach sich Napoleon in diesem Sinne ausdrücklich aus: keine Macht

1) Nous ne pouvons céder le Hanovre à la Prusse que par suite d'un grand système, tel qu'il puisse nous garantir de la crainte d'une continuation d'hostilités.

2) Denkwürdigkeiten V, S. 469.

der Welt könne ihn vermögen, eine Acte wie die, welche ihm der preußiſche Miniſter überbringe, anzunehmen. Er machte Haugwitz einen Vorwurf daraus, daß derſelbe in Berlin ſo viel Widerſtand fände [1]). Alles, was dort vorging, war ihm im Allgemeinen bekannt.

Statt des alten Vertrages wurde nun von franzöſiſcher Seite ein anderer vorgeſchlagen, der Preußen und England unbedingt entzweien mußte. Danach ſollte Hannover als eine unmittelbare Erwerbung mit dem Titel der Souveränetät von Preußen übernommen werden und dieſes ſich einheiſchig machen, die Mündungen der Weſer und der Elbe den Engländern zu verſchließen. Wenn man ſich erinnert, welchen Grund die vornehmſte Reſtriction bei der Ratification des Schönbrunner Vertrages hatte, nämlich die Rückſicht auf England, ohne welche das bisherige Syſtem nicht zu denken war, ſo ſieht man auch, wie viel es zu bedeuten hatte, daß Preußen ſich dazu verſtehen ſollte, die Flußmündungen den Engländern zu ſchließen. Ein Zugeſtändniß, durch welches es die engliſche Nation, Miniſterium und Parlament gegen ſich aufregte, während die Clauſel aufgegeben wurde, durch die man den König von Großbritannien in ſeinem beſonderen Intereſſe, Hannover, ſchonte. In letzter Inſtanz war es doch nur darauf abgeſehen, durch dieſe Feindſeligkeiten den Engländern die Nothwendigkeit einer Pacification mit Frankreich um ſo dringender erſcheinen zu laſſen. Man darf das nicht für eine Vermuthung halten. In jenem Schreiben an Talleyrand iſt es unumwunden zu leſen.

Die Abtretungen, welche Preußen dagegen machte, wurden inſofern erſchwert, als bei Ansbach die ſofortige Beſitznahme des Markgrafenthums durch die Franzoſen, für Cleve nicht mehr die Ausſtattung eines Reichsfürſten, ſondern eines Fürſten überhaupt ſtipulirt wurde: Napoleon hatte, ſeinem dynaſtiſchen Syſtem gemäß, ſeinen Schwager Murat für daſſelbe beſtimmt. Es ſprang in die Augen, wie ſehr dadurch der Druck der Franzoſen auf das nördliche Deutſchland vermehrt werden mußte. Und was das ſüdliche anbetraf, ſo verpflichtete ſich Preußen zur Anerkennung der Integrität und Souveränetät der Königreiche Baiern und Würtemberg ſowie des Kurfürſtenthums Baden. Es war unter dieſen Verhältniſſen, daß Napoleon mit einigen alten deutſchen Fürſtenhäuſern in Familien-

1) Bericht des Grafen Haugwitz vom 8. Februar 1806. Denkwürdigkeiten II, S. 463.

verbindung trat; sie schienen ihm um so mehr anzugehören. Ueberdies machte sich Preußen anheischig, alles das anzuerkennen, was in Folge des mit Neapel ausgebrochenen Krieges festgesetzt werden würde. Endlich blieb es dabei, was in Berlin den größten Anstoß erregt hatte, daß die Integrität und Unabhängigkeit der Pforte gemeinschaftlich von Preußen und Frankreich garantirt werden sollte. Preußen wurde in dieser Hinsicht gegen Rußland sowie in anderer gegen England verpflichtet: es erkannte das napoleonische System vollständig an. Die beiden Mächte sagen einander zu: wenn es über einen der eben erwähnten Punkte zum Kriege komme, gemeinschaftliche Sache miteinander zu machen. Der Gedanke Napoleons, nachdem er Oesterreich besiegt hatte, ging dahin: Italien und Deutschland in vollkommener Abhängigkeit unter sich zu vereinigen, das südliche Deutschland unmittelbar, das nördliche durch die engste Allianz mit Preußen, in dieser Haltung den beiden, noch im Kriege begriffenen Mächten, England und Rußland, gewaltig gegenüberzutreten und sie zum Frieden zu nöthigen. Und mit der Accession von Preußen war er nicht einmal zufrieden; auch die Demobilisirung der preußischen Truppen schien ihm nicht vollständig genug; er bemerkte, daß die Russen noch nicht ganz aus Schlesien entfernt seien.

Man hat Haugwitz mit Unrecht den Vorwurf gemacht, daß er den Forderungen der Franzosen leichtsinnig entgegengekommen sei: in seinem Bericht an den König sprach er sich mit heftiger Entrüstung über dieselben aus: denn er halte eine Allianz zwischen Frankreich und Preußen wohl immer für sehr nützlich; allein dabei werde eine gegenseitige freundschaftliche Gesinnung vorausgesetzt. Talleyrand deutete an: Napoleon werde, wenn Preußen zurücktrete, nöthigenfalls in Oesterreich einen Verbündeten suchen, wozu dieser Staat selbst den Antrag gemacht habe. Was werde, fragte er, Preußen unter solchen Verhältnissen thun? Es werde sich gewiß mit anderen Mächten verbinden: ihn würde es immer schmerzen, wenn die Politik Frankreichs und Preußens dergestalt wieder auseinandergehe. Haugwitz antwortete: er werde es eben so ungern sehen; aber Preußen werde nicht daran Schuld sein, da es an allen wesentlichen Punkten des Vertrages festhalte; Preußen, stark in sich selbst und in Verbindung mit Rußland, bedürfe keiner anderen Allianzen; diese würde hinreichen, um den Frieden von Europa zu erhalten. Haugwitz fürchtete noch immer den Ausbruch eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen. Man erfährt, daß er den König aufforderte, sein Kriegs-

heer auf eine Weiſe zu disponiren, die in einem ſolchen Falle nothwendig ſein würde. Noch dürfe man keine Beſorgniß zu erkennen geben; allein vor Allem müſſe der Herzog von Braunſchweig von der Lage der Dinge und von der wenig freundſchaftlichen Geſinnung, die Frankreich an den Tag lege, unterrichtet werden [1]). Es war ein ſehr unerwarteter Wechſel: in dem Augenblick, daß man die Truppen nach ihren Garniſonen entließ, zeigte ſich die Gefahr eines Bruches, die man für beſeitigt hielt, ſtärker als jemals. Preußen hatte aber die inneren Kräfte nicht, um einer Macht, wie die franzöſiſche, mit vollem Selbſtbewußtſein entgegenzutreten.

Offenbar war es doch die Ueberlegenheit von Frankreich in ſeiner Kriegsbereitſchaft, was Haugwitz vermochte, den neuen Tractat, ſehr gegen ſeinen Willen, zu unterzeichnen. Er ſelbſt giebt an, daß der Krieg unvermeidlich geweſen wäre, wenn er ihn nicht durch einen neuen Tractat vermieden hätte; denn auch auf den alten Tractat, ſelbſt ohne die Reſtrictionen, zurückzukommen, wäre unmöglich geweſen. Napoleon habe Hannover nicht um den damals bewilligten Preis hergeben wollen; er würde es vorgezogen haben, dasſelbe einem der Mitglieder ſeiner Familie, wahrſcheinlich Murat, zu übertragen. Die Franzoſen würden dann nach Hannover zurückgekommen ſein, den Frieden des Nordens unmöglich gemacht und den preußiſchen Staat in unmittelbarſter Nähe bedroht haben. Die Abtretung Hannovers, unter welcher Vorausſetzung auch immer, zu behaupten, wurde das vornehmſte Object der Verhandlung von Haugwitz; er glaubte eilen zu müſſen: denn was man ihm heute zugeſtehe, verweigere man ihm wahrſcheinlich morgen. Die Franzoſen forderten Baireuth, die Grafſchaft Mark, ſelbſt Osnabrück; Haugwitz brachte die Einverleibung der drei Hanſaſtädte in Antrag. In der Ablehnung der franzöſiſchen Forderungen war er glücklicher, als in der Erreichung ſeines eigenen Vorſchlages. Die Hauptſache bleibt immer, daß das Recht Napoleons auf Hannover anerkannt werden und Preußen die Beſitznahme deſſelben unabhängig von dem Recurs an England vollziehen ſollte.

Haugwitz meint, daß dies durch alle die ſtattgehabten Ereigniſſe auch in den Augen des Kaiſers Alexander gerechtfertigt werde. Indem der König Neuchatel, Cleve, Ansbach aufgebe, verſchaffe er doch ſeinen

1) Bericht des Grafen Haugwitz vom 12. Februar 1806. Denkwürdigkeiten II, S. 471.

Staaten eine reelle Vergrößerung; es sei ein Glück, daß er dabei der Nachbarschaft eines französischen Prinzen entgehe. Mit der Gefahr, daß die Franzosen Hannover wiedereinnehmen, entschuldigt Haugwitz den 4. Artikel des neuen Vertrages, nach welchem in den alten und neuen Provinzen Preußens die Mündungen aller Flüsse in die Nordsee den Engländern geschlossen sein sollten: denn wenn der preußische Handel dadurch ohne Zweifel leide, so könne man fragen, ob demselben aus der Besitznahme Hannovers durch die Franzosen geringere Nachtheile erwachsen würden.

Haugwitz stellte dem Könige vor, daß ihm nichts übrig bleibe, als entweder die Ratification in der bestimmten Frist von drei Wochen oder der Krieg. Für den Krieg sei von französischer Seite Alles vorbereitet; Bernadotte und Augerau rücken vor [1]).

Um dem Könige von der Gefahr, in der er sich befinde, eine überzeugende Mittheilung zu machen, hat es Lucchesini über sich genommen, nach Berlin zu gehen und ihn zu der Ratification des neuen Vertrages zu vermögen. Dieser lief den Ansichten, welche bei der Mission des Ministers Haugwitz obgewaltet hatten, vollkommen entgegen.

In allen Punkten waren die Restrictionen, durch welche der frühere Vertrag annehmbar gemacht werden sollte, zurückgewiesen worden: Hannover sollte ohne Bedingung von Napoleon übernommen, die dagegen stipulirte Abtretung unverzüglich ausgeführt werden, Preußen aber sich zu einer der englischen entgegenlaufenden Handelspolitik entschließen. Keine Vorstellung hiegegen hatte das Mindeste vermocht. Im Gefühl seiner Ueberlegenheit zwang Napoleon der preußischen Monarchie einen Vertrag auf, welcher derselben ihre Unabhängigkeit schon durch die Thatsache selbst entriß, wiewohl die Voraussetzung einer Allianz immer festgehalten wurde. Der December-Vertrag konnte vielleicht noch als ein freiwilliger gelten; der Februar-Vertrag ward durch militärische Bedrohungen erzwungen. Sollte nun aber der König sich zu dieser Ratification entschließen? Mit Nachdruck hat man ausgesprochen, und es ist fast die allgemeine Meinung, daß Preußen schon im Jahre 1805 zum Kriege gegen Napoleon hätte schreiten sollen; aber darin lag die verderbliche Verflechtung der Dinge, daß man zwar den Anlauf dazu nehmen konnte, zur Ausführung jedoch viel zu schwach war. Man gerieth dadurch

1) Bericht von Haugwitz vom 15. Februar 1806. Denkwürdigkeiten, II, S. 476.

in den Nachtheil, zurückweichen zu müſſen; wohin aber konnte das führen?

Ueber die Ratification des zweiten Vertrages zu entſcheiden, wurde nun am 24. Februar 1806 in der Behauſung Hardenbergs ein großer Staatsrath gehalten. Hardenberg legte ein mit aller Sorgfalt gearbeitetes ſchriftliches Gutachten vor[1]): die Frage ſei wieder die alte, Krieg oder Ratification; eine dritte Auskunft gebe es nicht. Unmöglich könne man den Tractat, der nunmehr unterzeichnet ſei, zurückweiſen; denn Hannover den Franzoſen wieder zu überlaſſen und ſich auf die alten Provinzen zu beſchränken, das würde zwar ein momentanes Palliativ ſein, aber doch gewiß zum Kriege führen, der dann die ſchlimmſten Folgen haben müſſe. Die Franzoſen würden aller Mäßigung vergeſſen; ſie würden die Hanſaſtädte und Schwediſch-Pommern bedrängen; ein neuer Souverän aus der Familie Napoleons werde in Hannover aufgeſtellt werden, gegen welchen ein Obſervationscorps würde errichtet werden müſſen; aber ſelbſt für die eigene Bewaffnung würde man auf unendliche Schwierigkeiten ſtoßen. Der König könne allerdings erklären, daß er ſich die Freundſchaft Napoleons zu erhalten wünſche, jedoch ohne einen Tractat zu unterſchreiben, der ihn ſeiner treueſten Unterthanen berauben und ihn mit den übrigen Mächten entzweien würde. Das wäre die Sprache der Unabhängigkeit und der Ehre. Allein eine ſolche Erklärung werde den Krieg herbeiführen; man müſſe entſchloßen ſein, ſich dann jeder Gefahr auszuſetzen. Dagegen den Tractat zu ratificiren, ſchließe eine Unterwerfung unter den Willen Napoleons ein: man werde die Achtung der übrigen Mächte verlieren und ſelbſt die Bande lockern, welche Nation und Armee, die auf ihre Vergangenheit ſtolz ſein dürfen, mit dem Throne verknüpften. Mit den Engländern werde man ſich nicht verſtehen, ſelbſt wenn dieſe es wünſchten; ſie würden vielmehr den preußiſchen Handel zerſtören, unter Anderem auch die Exportation der ſchleſiſchen Leinen verhindern und einen empfindlichen Mangel an baarem Gelde hervorrufen. Durch die Beziehung zu Rußland könne man leicht in einen Krieg der drei großen Mächte verwickelt werden. Hardenberg ſtellte nur die großen Fragen einander gegenüber: eine Entſcheidung zu ergreifen, komme allein dem Könige zu. Der müſſe wiſſen, ob er ſich an den Triumphwagen Napoleons feſſeln laſſen dürfe, oder

1) Mémoire de Hardenberg sur le traité de 15 février 1806. Denkwürdigkeiten II, S. 490.

ob er Vertrauen genug zu seiner Armee, zu seiner eigenen Festigkeit habe, um einen Krieg zu unternehmen.

Die Gesinnung Hardenbergs ist nicht zweifelhaft: er verdiente den Haß Napoleons, der denn auch ausdrücklich forderte, die Unterschrift Hardenbergs solle bei der Ratification vermieden werden. Ueber seinem Gutachten schwebt das Gefühl, daß eine falsche Politik eingeschlagen worden, daß man in eine unhaltbare Stellung gerathen sei. Aber zugleich, seinem lebhaften Widerwillen zum Trotz, räth er doch, die Ratification nicht zu versagen, noch sie zu verzögern. „Die Truppen Napoleons sind schlagfertig und bereit, auf das rascheste vorzubringen; die unseren sind zerstreut. Napoleon verspricht sich rasche und entscheidende Erfolge."

Diesen Sinn athmete die ganze Erwägung; man bemerkte noch, daß der Gefahr, mit den Engländern in Differenzen zu gerathen, die den Handel zerstören könnten, die andere entgegenstehe, daß dasselbe durch Frankreich geschehen werde. England selbst würde sich seines eigenen Handels wegen bedenken, die Mündungen der Flüsse zu schließen. Obgleich man das Wort nicht aussprach, so ging doch das Uebergewicht der Meinung dahin, den neuen Vertrag anzunehmen. Ganz und gar aber wollte man sich doch in die Idee desselben nicht ergeben. Man wollte ihm die Bedingung hinzufügen, daß Napoleon seine Truppen über den Rhein zurückführe. General Rüchel, welcher als der entschiedenste Gegner Napoleons betrachtet wurde, klagt vor Allem, daß man den Moment, in eine günstigere Lage zu kommen, versäumt habe; da aber die Franzosen durchaus in Hannover nicht geduldet werden können, die Schwierigkeiten des Commerzes sich moderiren lassen, so erklärt auch er sich für die Ratification in der Erwartung, daß Napoleon nicht über eine defensive Allianz hinausgehen und, was er auf das stärkste betont, sein Heer über den Rhein zurückführen werde. Er meint wohl, daß damit nicht Alles verloren sei; er erinnert an das Walten der Vorsehung jenseit der Politik. Auch die übrigen Anwesenden, — Luccheſini, der sich auf seine mündlichen Mittheilungen an den König bezieht, Köckritz, Kleist, Beyme, — erklären sich für die Ratification; dem stimmte auch der König bei [1]). In einem Schreiben an Haugwitz vom 26. Februar [2]) spricht er aus, daß er durch dieselben Gründe, durch die er zur Ratification des ersten Vertrages

1) Protokoll über die Conferenz in den Denkwürdigkeiten II, S. 488.
2) Denkwürdigkeiten II, S. 497.

vermocht worden, auch zur Ratification des zweiten bewogen werde. dieſe Gründe ſeien jetzt noch verſtärkt durch den Unterſchied der militäriſchen Haltung, in die er durch ſein betrogenes Zutrauen verſetzt worden ſei.

Ueberlegt man die Ereigniſſe, ſo muß man wohl ſagen, daß nicht im Ueberſchreiten der ansbachiſchen Grenze, auch nicht in dem erſten Vertrage, den man ſich in Berlin aus manchen Gründen nicht ungern gefallen ließ, ſondern in dieſem zweiten, welcher die Gegenſätze vollkommen ans Licht brachte, eine Entzweiung zwiſchen Frankreich und Preußen entſtand, die nicht mehr beigelegt werden konnte. Indem eine neue Allianz geſchloſſen werden ſollte, entſprang ein Gegenſatz, der nicht zu beſeitigen war. Man hatte das Gefühl, daß man durch die militäriſche Ueberlegenheit Napoleons die Unabhängigkeit, welche den Kern des politiſchen Daſeins ausmache, verlor: die Herrſchbegierde der Franzoſen und der preußiſche Stolz, eine unabhängige Macht zu ſein, ſtießen unverſöhnlich aufeinander. Der König ſuchte einen Troſt darin, daß er durch ſeine Conceſſion den Frieden von Deutſchland geſichert habe: die Quelle der Beunruhigungen, die ſeither vorgewaltet, werde damit verſtopft ſein. Als Gegengabe für ſeine Conceſſionen verlangte er die Zurückziehung der franzöſiſchen Truppen aus dem deutſchen Reiche, für deren Anweſenheit es jetzt nicht den mindeſten Grund gebe. Haugwitz wird beauftragt, Alles zu thun, damit ihnen der Befehl zugehe, ihren Rückmarſch anzutreten.

Sechstes Capitel.

Sendung des Herzogs von Braunſchweig nach St.-Petersburg.

Nur der angreifende Mächtige hat eine ſelbſtändige Politik; er hat ſeine Ziele vor Augen und ſchreitet zur Erreichung derſelben mit Conſequenz fort. Die Politik der Vertheidigung iſt ſchwach hingegen: da ſie Bedenken trägt, es auf eine Entſcheidung des Schwertes ankommen zu laſſen, ſo weicht ſie zurück; ſie unterwirft ſich dem Gebote, dem ſie nicht zu widerſtreben vermag, aber mit bewußtem Widerwillen.

Davon, daß Preußen den Februarvertrag, den es einging, gebilligt hätte, dürfte man eigentlich nicht reden: weder der Hof noch das Miniſterium, weder die Armee noch die Nation waren mit demſelben einverſtanden. Für jeden, der Augen hatte, zu ſehen, waren die Hoffnungen, die man ſich machte, in der Verbindung mit Napoleon die Selbſtändigkeit des Staates zu wahren, null und nichtig. Wenn Hardenberg erinnerte, daß Preußen zwiſchen den beiden Coloſſen ſtark genug werden müſſe, um ſich in ihrer Mitte mit Sicherheit zu bewegen und im Nothfalle die Hülfe des einen gegen den anderen anzurufen, ſo war dieſe Nothwendigkeit ſchon im gegenwärtigen Augenblick eingetreten. Die Allianz, die man nothgedrungen mit Frankreich ſchloß, durchſetzte ſich mit einer inneren Abwendung, wie ſie noch nie ſtärker geweſen war. Man ergriff die niemals aufgegebene Verbindung mit Rußland, oder man hatte ſie in dieſem Moment bereits ergriffen, um ſich eines Rückhalts für jeden möglichen Fall zu verſichern.

Nicht allein das preußiſche Intereſſe führte zu dieſer Annäherung; das ruſſiſche ſelbſt hatte daran den größten Antheil. Es war der Augenblick, in welchem das Verhältniß Rußlands zu den Osmanen, das ſeine Politik von jeher beſtimmt hat, in die Gefahr

gerieth, geſtört zu werden. Es beruhte auf der Verbindung der Nationalität und vornehmlich der Religion zwiſchen dem ruſſiſchen Reiche und den griechiſch-gläubigen Unterthanen des türkiſchen. Aber auch der Divan ſelbſt hatte ſich in den allgemeinen Conflicten jener Epoche vorzugsweiſe an Rußland gehalten und demſelben umfaſſende Conceſſionen, deren wir noch gedenken werden, gemacht. In dieſem Zuſtande trat vor Allem dadurch eine Veränderung ein, daß durch die Schlacht von Auſterlitz der ruſſiſche Name an ſeinem Anſehen unendlich verlor. Oeſterreich war beſiegt, die Küſtenlande zum Theil franzöſiſch geworden; es folgte, daß die franzöſiſche und die ruſſiſche Politik in der Türkei aufeinander ſtießen. Wohl führten beide Mächte die Integrität der Pforte im Munde; aber jede verſtand ſie auf ihre Weiſe: Napoleon wollte den ruſſiſchen Einfluß ausſchließen; Kaiſer Alexander meinte, daß das Wort Integrität dieſen Einfluß in ſich begreife.

Nun hatte Preußen in dem Vertrage vom 15. December die Integrität der Pforte gewährleiſtet [1]); man glaubte in St.-Petersburg: in dem franzöſiſchen Sinne, wie es auch die Erwerbungen Frankreichs in Italien garantirte. Es gewann den Anſchein, als wolle Preußen, das ſich bisher auf die nordiſche Politik beſchränkt hatte, dieſen Kreis überſchreiten und ſich dem napoleoniſchen Geſichtspunkte auch in Beziehung auf den Süden von Europa, ſelbſt auf das osmaniſche Reich, anſchließen. So gefaßt, konnte der Vertrag von Schönbrunn als eine Gefahr für Rußland betrachtet werden, wie denn in der That die Möglichkeit, Franzoſen und Preußen würden gemeinſchaftlich das Schwert gegen Rußland ziehen, beſprochen worden iſt. Der König von Preußen und ſeine Staatsmänner waren weit entfernt, den Vertrag in dieſem Sinne zu verſtehen. Indem ſie denſelben, wiewohl mit Reſtrictionen, annahmen, wurde zugleich dem Rathe von Haugwitz gemäß der Beſchluß gefaßt, daß der Herzog von Braunſchweig, der immer in gutem Verhältniß mit dem ruſſiſchen Hofe geſtanden hatte, eine Miſſion nach St.-Petersburg übernehmen ſollte, um jeden Verdacht zu zerſtreuen.

---

1) In dem erſten Artikel des Schönbrunner Vertrages heißt es: S. M. l'Empereur des Français et S. M. le roi de Prusse feront cause commune et emploieront toutes les forces 1° pour la défense de l'Empire Ottoman dont les deux Parties contractantes garantissent l'indépendance et l'intégrité.

Er trat die Reise an, ehe man noch etwas von den neuen Irrungen mit Frankreich erfahren hatte, überzeugt davon, daß die dem Tractat beigefügten Modificationen von Napoleon angenommen werden würden. Bei der Sendung des Herzogs war es auf eine Erklärung des modificirten Vertrages in Bezug auf Rußland abgesehen. Die Allianz mit Frankreich sollte nicht so verstanden werden, daß daraus eine Mitwirkung Preußens bei den Streitigkeiten zwischen Frankreich und Rußland hergeleitet werden könnte. Zu der Unabhängigkeit, welche durch den modificirten Vertrag befestigt werden sollte, gehört es, einen Versuch der Mediation zwischen Frankreich und Rußland zu machen, welche den allgemeinen Frieden herbeizuführen geeignet wäre.

Der Herzog fand eine sehr gute Aufnahme in Rußland. Kaiser Alexander, für welchen er Briefe des Königs und der Königin mitbrachte, erneuerte die Versicherung seiner Theilnahme an den Angelegenheiten des Königs und des preußischen Staates, bemerkte aber von vornherein, daß die Annahme des modificirten Vertrages von Seite Frankreichs, welche der Herzog als gewiß voraussetzte, ihm keineswegs zweifellos erscheine. Ueberhaupt aber meinte er unter den veränderten Umständen einer neuen Versicherung des intimen Verhältnisses zwischen Rußland und Preußen zu bedürfen: um Lebens und Sterbens willen sei eine solche für das russische Reich unentbehrlich.

Der Herzog antwortete: das Mittel werde sich in einer geheimen Declaration finden lassen, nämlich in der Zusicherung Preußens: daß die mit Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten niemals im Gegensatz mit dem russischen Interesse stehen würden. Der Kaiser sprach aus, daß er dieselbe durch eine Erklärung analogen Inhalts erwidern wolle. Nachdem einige Noten darüber gewechselt worden waren, traten die russischen Minister mit einer ausführlichen Denkschrift über die gegenseitigen Verhältnisse hervor, welche die Gegenwart und die Zukunft bestimmen sollte [1]). Sie gehen in derselben von dem Grundsatz aus, daß der Schönbrunner Vertrag, was man auch immer sage, darauf berechnet gewesen sei, Preußen von England und Rußland zu trennen, weil in diesen Mächten die sicherste Anlehnung für Preußen bestanden habe; darauf ziele die Abtretung von Hannover: denn die englische Nation hege Sympathieen für die Er-

1) Mémoire pour S. A. le Duc de Brunswick. Denkwürdigkeiten II, S. 552.

haltung ihres Königs in ſeinen Erblanden. Die vornehmſte Abſicht Napoleons gehe dahin, Rußland ſeines präſervativen Einfluſſes auf die Türkei zu berauben und dieſelbe zum Kriege gegen Rußland zu animiren, wodurch dies verhindert werden würde, Preußen zu unterſtützen: denn um auf Europa einzuwirken, müſſe Rußland von Seite der Türken nichts zu beſorgen haben; es dürfe ſelbſt die Rüſtung der Türken nicht zugeben, ohne ſich einer Gefahr auszuſetzen. Napoleon habe Preußen vermocht, die Integrität der Türkei zu garantiren, ſo daß Rußland durch Preußen ſelbſt verhindert werde, für die Sicherheit desſelben Sorge zu tragen. Die Erhaltung der gegenwärtigen Beziehungen zwiſchen Rußland und der Türkei ſei nothwendig für Rußland und nützlich ſelbſt für die Türken. Auf der Art und Weiſe, wie Preußen ſeine Allianz mit Frankreich auffaſſe, würde fortan ſein Verhältniß zu Rußland beruhen.

Preußen werde ſich der Ueberzeugung nicht entziehen, daß Rußland ſeine vornehmſte Stütze bilde, und zu der Verbindung, die dies ihm antrage, die Hand bieten. Aus der Garantie der Neuerungen Napoleons in Italien, im Widerſpruch mit dem alten Syſtem, welches ſich auf die Neutralität des Nordens beſchränkte, wird der preußiſchen Politik ein Vorwurf gemacht. Nur durch die außerordentlichen Umſtände könne ein ſolcher Tractat entſchuldigt werden; aber als bindend könne er nicht gelten. Im Widerſpruch damit ſtehe die Verſicherung, die der Herzog dem Kaiſer überbringe, daß der König in den intimſten Verhältniſſen mit Rußland zu bleiben gedenke. Zu dieſem Zwecke macht Rußland folgende Vorſchläge: da der Kaiſer nicht ertragen kann, daß der König ein Alliirter ſeines Feindes ſei, ſo wird Preußen in ſeinem Vertrage mit Frankreich die Stipulationen nicht für obligatoriſch anſehen, die es zum Kriege mit Rußland veranlaſſen könnten, und zwar nicht allein in Bezug auf das türkiſche Reich, ſondern auch auf den Fall, daß ſich Rußland und Oeſterreich verbinden ſollten, um Frankreich zu der Evacuation von Provinzen zu nöthigen, die ihm gar nicht gehören. Preußen wird die Entfernung der franzöſiſchen Truppen binnen drei Monaten aus dem deutſchen Reiche verlangen; es wird ſich zur Wiederherſtellung der Handelsverhältniſſe, wie ſie vor der Occupation Hannovers beſtanden, anheiſchig machen.

Dieſe Vorſchläge ſtehen, wie man wohl ſieht, in directem Gegenſatz zu den Anforderungen Napoleons. Während derſelbe dahin arbeitete, Preußen vollkommen ſeinem Syſtem zu unterwerfen, verlangte Kaiſer Alexander den Wiederanſchluß Preußens an das all-

gemeine Syſtem von Rußland: dann ſollte es an dieſer Macht einen Rückhalt gegen die Uebergriffe Napoleons finden. Zwar ſollte auch Rußland ſelbſt in Unterhandlungen mit Frankreich treten; dieſe aber ſollten nur als ſecundär betrachtet werden. Man nahm bereits Bedacht auf eine gemeinſame Erhebung gegen Napoleon; und da der letzte Feldzug wegen des Mangels eines gemeinſamen Planes geſcheitert ſei, ſo ſoll ein eventueller Cooperationsplan zwiſchen Preußen und Rußland verabredet werden.

Man erfuhr damals von Bewegungen der franzöſiſchen Truppen in Deutſchland, welche eine feindliche Tendenz gegen Preußen verriethen. Die Meinung des Kaiſers Alexander war, daß Preußen ihnen entgegentreten müſſe, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß es darüber zum Kriege kommen werde: er erklärte ſich bereit, dem Könige alle Hülfe zu leiſten; er bot ihm an, die ruſſiſchen Truppen in ſeinem Dienſte zu verwenden.

Der Herzog von Braunſchweig hatte in Petersburg bereits Abſchied genommen und war im Begriff, die Stadt zu verlaſſen, als er einen Brief des Königs erhielt, der ihn von dem in ſeiner Abweſenheit Vorgefallenen unterrichtete; die Modificationen des Schönbrunner Vertrages waren nicht allein nicht angenommen, vielmehr war ein neuer Vertrag mit noch viel drückenderen Bedingungen vorgelegt und der König gezwungen worden, denſelben anzunehmen. Bei dem Empfang dieſes Schreibens entſchloß ſich der Herzog, auf der Stelle umzukehren, um dem ruſſiſchen Hofe hievon unverzüglich Mittheilung zu machen[1]). Er ſprach zuerſt mit dem Miniſter Czartoryski und dann mit dem Kaiſer ſelbſt. Alexander gerieth in große Bewegung; Thränen traten ihm in die Augen: denn die deutſche und die preußiſche Angelegenheit waren zugleich eine allgemeine und beſonders eine ruſſiſche geworden. Alexander kam auf die Abſicht, einen allgemeinen Widerſtand ins Werk zu ſetzen, zurück: daß der modificirte Vertrag, mit dem man ſich vielleicht hätte behelfen können, verworfen wurde und Napoleon, der immer die univerſalen Verhältniſſe im Auge hatte, Preußen noch enger an ſich zu feſſeln ſuchte, bildete ein Ereigniß auch für Rußland.

Der Kaiſer dictirte, da er ſelbſt zu ſchreiben nicht im Stande war, dem Herzog einige Worte für den König, in denen er vor Allem die Befürchtung hervorhebt, daß derſelbe von Napoleon noch

1) Rapport du Duc de Brunswick au roi de Prusse, Memel, le 16 mars 1806. Denkwürdigkeiten II, S. 568.

weiter gedrängt und zu unerwünſchten Nachgiebigkeiten werde beſtimmt werden, lediglich deshalb, weil er nicht im voraus ſich in den Stand geſetzt habe, der Ungerechtigkeit deſſelben zu widerſtehen. Er forderte den König auf, ſoviel Truppen als möglich auf den Kriegsfuß zu ſetzen [1]).

Es war demnach nicht allein Theilnahme für die preußiſche Macht, was den Ruſſen den Wunſch zu einer engeren Verbindung mit derſelben einflößte, ſondern auch die Beſorgniß, daß ſich Preußen ganz auf die Seite der Franzoſen ſchlagen und alsdann das europäiſche Gleichgewicht vollends zu Grunde gehen würde.

Friedrich Wilhelm III. fürchtete dagegen ein engeres Verſtändniß zwiſchen Rußland und England. In einem zwar nicht eigenhändig entworfenen, aber eigenhändig durchcorrigirten Schreiben an den Kaiſer Alexander [2]) drückt der König dieſe Beſorgniß aus: er ſagt, von England her werde man die Ruſſen auffordern, Hannover wiederzuerobern. Er betheuert, er habe das Land nur angenommen, weil er gezwungen geweſen ſei [3]). Um vollkommen in Europa zu herrſchen, fehle Napoleon nur Eines: an dem Tage, an welchem Preußen und Rußland ſich entzweien, werde die Allmacht Napoleons entſchieden ſein. In Bezug auf die Befürchtung des Kaiſers, als werde der König ſich in ein antiruſſiſches Intereſſe einlaſſen, bemerkt dieſer, ſeine erſte Verpflichtung gelte ihm, dem Kaiſer von Rußland. Der König von Schweden, deſſen ſich Rußland annahm, habe nur von den Franzoſen, nichts von Preußen zu fürchten.

Man ſieht, wie nahe die Intereſſen der beiden Staaten, die doch keineswegs identiſch waren, einander berührten. Man wollte in Petersburg ſogleich weiter fortſchreiten; der Herzog von Braunſchweig ſollte an der Entwerfung eines Operationsplanes theilnehmen und mit den ruſſiſchen Miniſtern die ihm mitgetheilte Denkſchrift discutiren. Für die Sache ſelbſt hätte dies vielleicht nützlich ſein können; allein es lag nicht in der Natur des Herzogs, irgend etwas zu thun, was eine Ueberſchreitung ſeiner Vollmacht enthalten hätte. Er eilte, nachdem er ſich der entgegenkommenden Geſinnungen des Kaiſers und der Miniſter verſichert hatte, ſeine Rückreiſe definitiv anzutreten.

---

1) De tenir sur le pied de guerre le plus de troupes possible.

2) Berlin, le 9 mars 1806. Denkwürdigkeiten II, S. 544.

3) Mes refus seuls, à moins d'une guerre incalculable, n'eussent pas sauvé le pays de Hanovre.

Seine Mission nach Rußland ist doch von einer universalen Bedeutung. Der preußische Gesandte versichert: nach allem, was vorgegangen, habe in St.-Petersburg ein sehr starkes Mißtrauen gegen Preußen geherrscht; aber die Ankunft des alten Kriegsmannes — denn der Herzog genoß noch unter den continentalen, nichtfranzösischen Kriegsberühmtheiten den größten Ruf — und sein Verhalten habe das Vertrauen hergestellt. Von sich selbst fügt er hinzu: er habe nicht viel Gutes in Rußland erfahren; er sei keineswegs russisch gesinnt; aber er sehe das Heil Preußens nur in einer Verbindung mit Rußland. An dem preußischen Hofe war damals noch Alles sehr friedlich gesinnt. Hardenberg, der an der Spitze der auswärtigen Geschäfte stand, spricht in einem Schreiben an Goltz mit aller Entschiedenheit aus: bei der unglücklichen Lage, in der man sich befinde, bleibe nichts übrig, als dem Bergstrom zu weichen und Alles zu thun, um zu dem allgemeinen Frieden zu gelangen; offener Widerstand sei in dem Augenblick unmöglich. Er bezieht sich dabei auf die Meinung von Fox, der den Frieden wünsche, weil Napoleon seinen Verlust zur See auf dem Continent rächte und eher der Friede als der Krieg eine sichere Grundlage des europäischen Gemeinwesens zu gewinnen Gelegenheit geben werde. Auch Rußland möge, da es doch gewiß sein Verhältniß zu England fortsetze, Alles thun, um eine allgemeine Pacification herbeizuführen [1]).

Ohne gerade auf einen Erfolg zu rechnen, hatte es doch auch Czartoryski gebilligt, daß von preußischer Seite der Versuch gemacht werde, eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland herzustellen. Der Herzog hatte noch von Petersburg her durch die französische Gesandtschaft in Berlin eine Eröffnung in diesem Sinne an Talleyrand gelangen lassen. Aber indem man dergestalt die Möglichkeit einer allgemeinen Pacification ins Auge faßte, trat die andere, daß der Krieg ausbrechen werde, fast noch mehr in Aussicht.

In einem Schreiben aus Landsberg [2]) an der Warthe, in welchem der Herzog seine nahe Ankunft anzeigte, berichtete derselbe, daß er die Nachricht von der Auswechselung der Ratificationen des Februarvertrages erhalten habe. Diesen Vertrag betrachtet er jedoch nur in dem Lichte, daß er eine Frist gebe, um sich indeß zu rüsten und die Bande mit Rußland fester zu knüpfen. Die russische Denk-

1) Berlin, 19 mars 1806. Denkwürdigkeiten V, S. 312.
2) Vom 22. März 1805. Denkwürdigkeiten II, S. 575.

ſchrift wurde nun, als der Herzog zurückkam, der Gegenſtand der ernſtlichſten Berathungen —, wie ſich verſteht, im tiefſten Geheimniß. Am 22. März traf der Herzog in Berlin ein; am 24. fand in ſeinen Gemächern eine Conferenz ſtatt, an der nur der König ſelbſt und Hardenberg theilnahmen.

Hardenberg legte ein Memoire über die obwaltenden Verhältniſſe vor, welches eine Begutachtung der ruſſiſchen Denkſchrift enthält[1]). Es hatte auf ihn vielen Eindruck gemacht, daß der Krieg noch einmal möglich erſchien. Um ſo dringender rieth er dem Könige, der in dem Kaiſer von Rußland ſeinen einzigen wahren Freund habe, alles in ſeinem Verhalten hinwegzuräumen, was Rußland beunruhigen könne. Er ſtimmt damit überein, daß der König nicht verpflichtet ſei, Krieg gegen Rußland zu führen, weder in dem Falle, daß Frankreich die Türkei zu Feindſeligkeiten gegen Rußland veranlaſſe, noch auch wenn Oeſterreich, Schweden oder Dänemark von Frankreich angegriffen würden und Rußland ihnen zu Hülfe käme. Der König ſoll, wie Rußland verlangte, die Beſitzungen der vorgenannten Mächte garantiren; er wird nicht dulden, daß die franzöſiſchen Truppen in Deutſchland verbleiben, und den gegen die engliſche Schifffahrt genommenen Maßregeln bald wieder ein Ende machen; endlich wird er ſeine Armee in eine Kriegsbereitſchaft ſetzen, welche Anderen Furcht einflößen kann, und mit Rußland einen eventuellen Vertrag zu gemeinſchaftlicher Vertheidigung ſchließen.

Kaum hatte die Uebermacht der Franzoſen es dahin gebracht, daß die Friedensbedingungen vom 15. Februar angenommen wurden, was den ſchwerſten Druck bezeichnete, der bisher auf die preußiſche Unabhängigkeit verſucht worden war, ſo trat durch die ruſſiſchen Anerbietungen wieder die Ausſicht hervor, daß man ſich dieſem Zwange werde entziehen können.

Mit Freuden acceptirte man das Verſprechen Rußlands, alle Streitkräfte zur Vertheidigung Preußens zu verwenden. Nur eine große Differenz blieb dann übrig, die, welche das Land Hannover betrifft. Der König ſprach ſein Bedauern aus, daß er durch die politiſche Nothwendigkeit veranlaßt ſei, Hannover in Beſitz zu nehmen: aber man müſſe ſich erinnern, daß auch er Landſchaften, welche die Wiege ſeines Hauſes enthielten, aufgeopfert habe; der Beſitz von Hannover könne Preußen allein in den Stand ſetzen, den Franzoſen

1) Dasſelbe findet ſich in den Denkwürdigkeiten II, S. 877.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

eine haltbare Barrière gegenüberzuſtellen. Rußland ſoll ſeinen Einfluß bei dem Könige von England anwenden, um ihn zu vermögen, eine Beſitzung aufzugeben, die er doch nicht behaupten könne. Hardenberg bemerkt, daß England durch die Blokade der Elbe und Weſer ſeinem eigenen Handel ſchaden werde. Dies Memoire Hardenbergs wurde von dem Könige gebilligt, und der Herzog fügte noch einige Bemerkungen hinzu, die das Verhältniß zwiſchen Rußland und Preußen bezeichnen.

Den oberſten Geſichtspunkt ſoll allezeit die intime Allianz zwiſchen Preußen und Rußland bilden: gegen dieſelbe ſoll auch nicht der Schatten eines Zweifels erhoben werden können [1]). Wenn wegen der Pforte ein Krieg zwiſchen Frankreich und Rußland ausbricht, ſo wird Preußen neutral bleiben; ſollte es deshalb von Frankreich mit Krieg überzogen werden, ſo ſoll Rußland dem Könige mit aller Macht beiſtehen. Preußen wird ſich innerhalb ſeiner topographiſchen Grenze halten und bei einem franzöſiſchen Angriff die Unterſtützung von Rußland erwarten. Dänemark und Schweden in Bezug auf Schwediſch-Pommern kommen unter die Aegide von Preußen. Ueber die Beziehung zu Oeſterreich wird man ſich mit Rußland verſtändigen.

Indem der Herzog von Braunſchweig die Beſetzung von Hannover mit allen möglichen Gründen, die er ſelbſt für ſophiſtiſch hielt, zu rechtfertigen ſuchte, ſah er ſchon den Fall gemeinſamer Operationen gegen Napoleon voraus: der militäriſchen Verabredung werde eine politiſche vorangehen müſſen [2]). Es gab einen Moment, in welchem man den allgemeinen Krieg unter Theilnahme von Oeſterreich und ſelbſt von England trotz der eingetretenen Differenzen führen zu können meinte, um der Uebermacht zu widerſtehen, — auf Leben und Tod.

Dergeſtalt nahm man Stellung gegen alle Eventualitäten, welche der Fortſchritt der Macht Napoleons erwarten ließ. Man konnte nicht ſagen, ob die Beziehungen Napoleons zu Rußland oder zu Preußen den wichtigſten Geſichtspunkt bildeten. Ein Angriff

1) Les mesures auxquelles les circonstances peuvent nous inviter un jour, elles restent subordonnées à jamais au premier devoir, à la première affection du roi, et l'alliance de la Russie est le principe de la politique prussienne.

2) Car il faut s'entendre dans quels cas et sous quels rapports on trouvera nécessaire de résister au torrent; ces cas doivent être prévus, et les moyens de soutenir une lutte à mort doivent être calculés.

auf den beſtehenden Zuſtand in der Türkei und ein weiteres Umſichgreifen Napoleons in Deutſchland wurden als gleichbedeutend betrachtet. Das Verhältniß Rußlands und das Verhältniß Preußens zu Frankreich wirkten zuſammen, ſo verſchieden ſie auch an ſich ſein mochten. Die Ruſſen ſelbſt hatten bemerkt, daß die Erſchütterung ihres Uebergewichts in den osmaniſchen Grenzgebieten ſie verhindern werde, ihre ganze Macht zu Gunſten Preußens zu verwenden, ſowie eine Verbindung Preußens mit Frankreich ihrer dominirenden Stellung an der Donau Eintrag gethan haben würde. Czartoryski ſagte: wir wollen alles Vergangene mit einem Schwamm verlöſchen und uns für die Zukunft vorbereiten.

Siebentes Capitel.

Neue Irrungen Preußens mit Frankreich.

Dahin hatten die Verhältniſſe Preußens zu den großen, im Kampf begriffenen Mächten geführt, daß es, ſonderbar zu ſagen, eigentlich mit beiden im Bündniß war. Vor einem Bruche mit Frankreich war es zweimal zurückgewichen, weil es an den übrigen Mächten keinerlei Rückhalt fand; es hatte ſich in die Bedingungen gefügt, welche ihm Napoleon auferlegte. Nicht allein der preußiſche Staat als ſolcher ward davon betroffen; es war dabei vielmehr zugleich von der Zukunft Deutſchlands die Rede. Hardenberg hat für die künftige Verfaſſung desſelben einen Entwurf gemacht [1]), der dem Grafen Haugwitz bei ſeiner zweiten Miſſion nachgeſchickt worden iſt. Dieſer Entwurf iſt in völlige Vergeſſenheit gerathen; aber für die deutſche Frage iſt er doch von vieler Bedeutung und verdient wohl, in Erinnerung gebracht zu werden.

Die Idee war, dem deutſchen Reiche ſeine Einheit und ſelbſt einen wählbaren Kaiſer zu conſerviren. Die Grundlage der Verfaſſung ſollten die Reichskreiſe bilden, die wieder in drei Gruppen unter verſchiedenen Oberhäuptern zerfallen würden. Die erſte ſollte aus den öſterreichiſchen Staaten unter dem Oberhaupt des Hauſes Oeſterreich beſtehen; die zweite würde Baiern und Schwaben umfaſſen unter der Direction von Baiern; die drei übrigen Kreiſe, Brandenburg, Sachſen, Heſſen, ſollen unter dem Könige von Preußen vereinigt werden. Alle ſollten eine große Conföderation bilden zum Zweck gegenſeitiger Garantie und Vertheidigung unter einem wählbaren Kaiſer, welcher von den kaiſerlichen Rechten nur ſo viel be-

1) Der Entwurf Hardenbergs (vom 5. Februar 1806) iſt in den Denkwürdigkeiten, V, S. 294 ff. mitgetheilt.

halten ſoll, als mit den neuen Zuſtänden vereinbar wäre. Drei Reichscollegien ſollen formirt werden: das erſte beſtehend aus den drei Oberhäuptern der genannten Gruppen; das zweite aus den alten Kurfürſten des Reiches, Baiern, Böhmen, Sachſen, Brandenburg, ohne ein geiſtliches Mitglied, dagegen vermehrt durch Braunſchweig, welches an die Stelle von Hannover treten würde, Heſſen, Würtemberg, Baden, Würzburg, vielleicht auch, wenn man wolle, durch Mecklenburg und Holſtein; das dritte, das Fürſtencollegium, in Gemäßheit des Reichsdeputationshauptſchluſſes mit Heranziehung der Grafen und Herren in Curien. Die Hauptveränderung würde danach die Ausbildung des Kurfürſtencollegiums nach Maßgabe der Reichsverfaſſung ausmachen; das Kaiſerthum würde durch die Oberhäupter der Conföderationen aufs neue beſchränkt und das Ganze mehr die Geſtalt eines Bundes gewonnen, als ein Reich gebildet haben. Die Souveränetät der Fürſten ſollte anerkannt werden, jedoch mit Vorbehalt der Verpflichtungen gegen die Conföderation und ihren Director. Durch dieſen ſoll beſonders die Bewaffnung geregelt werden: man wird eine Matrikel aufſtellen. Die Truppen werden unter jeder Direction nach dem Muſter der Directorialtruppen eingerichtet werden. Der Director ſoll auch die allgemeine Polizei leiten. In jedem Kreiſe ſoll unter derſelben Direction ein oberſtes Appellationsgericht eingerichtet werden. Die Reichsgerichte, die Reichslehen und beſonders die Erzkanzlerwürde ſollen aufhören. Alle Maßregeln zu gemeinſchaftlicher Vertheidigung werden in den Kreiſen beſprochen und vorläufig regulirt. Die drei Conföderationen werden durch Kaiſer und Reichstag zuſammenberufen, zu gemeinſchaftlichen Zwecken, z. B. für einen Reichskrieg. Der Reichsadel ſoll diejenigen Rechte behalten, die nicht aus dem Souveränetätsrecht herfließen. Jeder Stand ſoll das Recht haben, wenn er will, ſich einem anderen zu unterwerfen. Um dieſe und alle damit zuſammenhängenden Veränderungen durchzuführen, würde eine Reichsdeputation zu bilden ſein. Indem man alles entfernte, was dem alten Reiche charakteriſtiſch geweſen war, ſuchte man die Einheit deſſelben durch eine Bundesorganiſation herbeizuführen. Es leuchtet ein, daß dabei Preußen in den Vordergrund getreten wäre; die öſterreichiſche Conföderation würde eben nur Oeſterreich, die baieriſche Baiern und Schwaben umfaßt, Preußen dagegen würde die übrigen drei Kreiſe unter ſeine Direction genommen haben, namentlich die beiden großen Nachbarfürſtenthümer Sachſen und Heſſen. Hauptſächlich auf dieſe Verſtärkung Preußens in Nord-

deutſchland war und blieb es abgeſehen. Auch für den allgemeinen Gegenſatz, in welchem die Welt ſich bewegte, hat dieſer Entwurf Bedeutung: denn wenn die Dinge in dem eingeſchlagenen Wege fortgingen, ſo war die Herrſchaft der revolutionären Monarchie und der Uſurpation mit Beſtimmtheit vorauszuſehen. Die Behauptung eines deutſchen Reichsverbandes würde dem allen der Natur der Sache nach einen Damm entgegengeſetzt haben. Die alte Verfaſſung hatte nach dem Falle Oeſterreichs nun einmal keine Ausſicht, wiederhergeſtellt zu werden. Die Idee der drei Conföderationen, welche die Rechte der Fürſten und des Adels zwar beſchränkte, aber doch aufrechterhielt, würde Allem eine mehr conſervative Geſtalt gegeben haben. Die Vorſchläge entſprachen den Anſichten, welche Hardenberg ſchon in ſeiner Jugend gefaßt hatte — einige davon ſind ſchon in dem Reiſetagebuch angedeutet —: ſie waren reformiſtiſcher, aber doch auch conſervativer Natur, und erhielten die Nationalität ungeſchmälert.

Bei dieſer Tragweite der Propoſitionen darf man ſich aber doch verwundern, daß ſie dem Kaiſer Napoleon in dem Momente ſeiner vollen Uebermacht vorgelegt zu werden beſtimmt waren. So ſehr täuſchte man ſich nicht, daß man gemeint hätte, den Plan ohne ſeine Theilnahme durchzuführen; er gehörte zu dem Ideenkreiſe, der bei der Annahme des Schönbrunner Vertrages vorwaltete. Man glaubte, mit Frankreich im Bunde eine ſtarke Stellung in Deutſchland nehmen zu können und die Theilnahme Frankreichs für den vorgelegten Entwurf zu gewinnen. Geſetzlich würde dies keinen unmittelbaren Einfluß ausgeübt haben. Geſtützt auf eine ſolche Organiſation und zugleich auf die Annahme der Modificationen des Vertrages vom 15. December, würde für Preußen noch immer eine ſelbſtändige Stellung und ein großes Machtgebiet gerettet worden ſein. In einer ganz anderen Richtung bewegten ſich die Ideen Napoleons. Er war weit entfernt, ſeine Truppen aus Deutſchland abrücken und über den Rhein zurückkehren zu laſſen, ſo oft er es auch verſprochen hatte. Er brachte damals Kehl, Caſſel und andere Punkte auf dem rechten Rheinufer unmittelbar in ſeine Gewalt. Weſel, das an Berg kommen ſollte, welches von den preußiſchen Staatsmännern noch immer als zu Deutſchland gehörig betrachtet wurde, vereinigte er mit dem franzöſiſchen Reiche. Aber überdies hatten ihm ſeine Siege nicht allein, ſondern die Bundesgenoſſenſchaften, die er in dem Kriege geſchloſſen, zahlreiche und mächtige Anhänger in dem inneren Deutſchland verſchafft. Baiern und

Würtemberg, die ihre Kronen, Baden, das den Kurfürſtenhut ihm verdankte, meinten ohne den Schutz ſeiner Uebermacht nicht beſtehen zu können. Der Coalition, die ſich noch immer regte, und dem ſchwankenden Verhalten Preußens gegenüber erblickten ſie die Stütze ihrer Exiſtenz nur in dem franzöſiſchen Imperator. Die Zeit war gekommen, wo man die alte franzöſiſche Idee, den germaniſchen Körper von den beiden deutſchen Mächten loszureißen und mit Frankreich zu vereinigen, zur Ausführung bringen konnte. Wie Napoleon, wenn wir daran nochmals erinnern dürfen, dem Beiſpiel der franzöſiſchen Könige gemäß Hannover in Beſitz genommen hatte, um Krieg gegen England zu führen, ſo hatte nun die Fortſetzung dieſes Krieges — denn in Oeſterreich wurde, ganz anders als im ſiebenjährigen Kriege, der Verbündete Englands bekämpft — zu einer engen Verbindung der dieſer Macht entgegengeſetzten deutſchen Fürſten zweiten Ranges mit Frankreich geführt. Wie hätte Napoleon nur daran denken ſollen, die Poſition aufzugeben, die ihm das Glück ſeiner Waffen verſchafft hatte? Wie hätte er den deutſchen Kaiſer beſtehen laſſen ſollen, deſſen legale Macht ihm nothwendig allezeit entgegentreten mußte, oder gar einen Entwurf billigen können, der die entſcheidende Gewalt in die Hände Preußens gebracht haben würde? Aus dem Geſichtspunkte ſpäterer Zeiten angeſehen, hätte er vielleicht Pläne, wie die Hardenberg'ſchen waren, acceptiren ſollen. Für die Franzoſen, als Nation betrachtet, würde es das Rathſamſte geweſen ſein, nach ihrer revolutionären Umwandlung ſich mit den benachbarten Mächten zu verſtändigen. Aber ſchon herrſchte nicht mehr die nationale Idee vor; eine dynaſtiſche, welche die nationale bei weitem hinter ſich zurückließ, war in den Vordergrund getreten: ſie beruhte auf der ungeheueren Machtentwicklung, welche Napoleon in Folge der Ereigniſſe jetzt erworben hatte. Von jenen Conföderationen, bei denen Oeſterreich und Preußen concurriren ſollten, hat er vielleicht nie eine Notiz bekommen. Für ihn war der Abſchluß einer eigenen Conföderation der vornehmſten deutſchen Fürſten unter ſeinem Protectorat der nächſte Zweck und auf das leichteſte zu erreichen. Es bedurfte nur einer Unterhandlung mit den Abgeordneten der deutſchen Staaten, die abhängig von ihm waren; ſie waren alle dazu geneigt. Der Mann, der als Erzkanzler zuletzt an der Spitze der Reichsvereinigung geſtanden, Dalberg, bot ſelbſt die Hand dazu. Für ihn war kein Platz in einer Conföderation, wie ſie Hardenberg vorſchlug; er rettete für ſich ſelbſt eine einflußreiche unabhängige Exiſtenz, indem er ſich unter Napoleon

ſtellte und deſſen Entwürfe zu den ſeinen machte. So entſtand die Idee des Rheinbundes, in welchem die Herrſchaft des revolutionären, aber monarchiſchen Frankreichs ihre vornehmſte Stütze fand.

Wie nahe wurde hievon die preußiſche Politik berührt, deren Tendenz immer geweſen war, die deutſchen Reichsſtädte an ſich zu knüpfen, den Einfluß Oeſterreichs auf dieſelben mit ihm zu theilen! Das war eben der Fluch der Entzweiung der beiden Mächte, daß ſie gegen eine dritte zu keinem gemeinſchaftlichen Widerſtande nachhaltig zu vereinigen waren. Der Verſuch dazu, diesmal ernſtlich gemeint, war nicht allein mißlungen: er hatte zu einer Nachgiebigkeit Preußens gegen Frankreich geführt, die zum Theil darin ihren Grund hatte, daß eine Allianz Oeſterreichs mit Frankreich in Ausſicht trat. Preußen forderte die Entfernung der franzöſiſchen Truppen vom deutſchen Gebiete; aber es wäre doch nicht fähig geweſen, dieſelbe zu erzwingen. Der Geſichtspunkt, welchen es dem gegenüber faßte, war nun, durch Vereinigung der benachbarten Reichsſtände eine norddeutſche Conföderation zu gründen, unter der Protection von Preußen.

Haugwitz brachte aus Paris den Eindruck zurück, daß Napoleon dies Vorhaben nicht allein nicht mißbillige, ſondern es unterſtützen werde. Er nahm die Direction der Geſchäfte wieder ausſchließlich in die Hand, immer in der Zuverſicht, daß er auch jetzt unter den veränderten Umſtänden die Machtſtellung Preußens behaupten werde. Er galt und gilt für leichtſinnig: ſein Leichtſinn liegt darin, daß er die großen Momente der Dinge, welche unabhängig von allen augenblicklichen Abmachungen die Weltlage beherrſchen, nicht erkannte oder doch nicht beachtete. Er trat durch ſeinen Decembervertrag in Allianz mit einem Princip, welches aller Unabhängigkeit der Staaten, namentlich des preußiſchen, entgegen war und entgegen ſein mußte. Ohne dies zu erwägen, glaubte er noch immer an die Freundſchaft Napoleons, wenn die preußiſche Regierung ihm nur nicht Anlaß gebe, die Anhänglichkeit an ſeine Sache zu bezweifeln. Er iſt hierin ſoweit wie möglich gegangen; daß man in Folge des Februarvertrages die norddeutſchen Häfen dem engliſchen Handel ſchloß, brachte in dem Lande eine unangenehme Aufregung hervor. Haugwitz überredete ſich, daß Napoleon, wenn er dieſe Wirkung wahrnehme, aufhören werde, auf Maßregeln zu beſtehen, die dem preußiſchen Commerz ſo nachtheilig ſeien: denn ſchon werde er inne, daß die öffentliche Meinung in Preußen ſich gegen ihn kehre; er werde in Anbetracht der Macht, welche derſelben jetzt zukomme — eigentlich zum Verdruß des Miniſters,

der das mißbilligte —, darauf denken, dieſe üble Stimmung nicht überhandnehmen zu laſſen.

Noch wurde Haugwitz damals von ſeinen Illuſionen beherrſcht; allein zwei Monate ſpäter iſt er davon zurückgekommen. Was ihm die Augen öffnete, war vor Allem der Verſuch Napoleons, Heſſen und Sachſen an ſich zu ziehen. In einer Denkſchrift vom Juli heißt es [1]: Napoleon beherrſche Italien, Holland, Süddeutſchland; Oeſterreich ſei bei Seite gedrängt. Um Preußen vollkommen zu iſoliren, ſuche er nun auch, die beiden Staaten, die mit Preußen aufs genaueſte zuſammenhängen, Heſſen und Sachſen, von demſelben zu trennen; wenn es mit Heſſen gelinge, ſo werde Sachſen nicht lange widerſtreben. Im Gegenſatz hiemit nahm Haugwitz um ſo ernſtlicher auf eine Conföderation von Norddeutſchland Bedacht, zu der Heſſen, Sachſen, Mecklenburg und Oldenburg herbeigezogen werden müßten. Preußen in ſeinem norddeutſchen Syſtem angreifen, heiße, ſeine Macht ſelbſt angreifen. Man könne nicht wiſſen, wie weit es führen werde, wenn ein ſolcher Verſuch gelinge. So hoch man auch die Allianz mit Frankreich ſtellen möge, ſo werde ſie doch um dieſen Preis zu theuer erkauft: ſelbſt ein unglücklicher Krieg würde nicht verderblicher ſein. Bereits faßte der Miniſter die Möglichkeit eines Kampfes mit Frankreich ins Auge, für welchen die eigene Kraft und eine Verbindung mit England und den nordiſchen Reichen, vor allen mit Rußland, die Mittel darbieten werden [2]. Er giebt den Rath, ſich fürs erſte noch ruhig zu verhalten, namentlich auch in Weſtfalen, und jenes Bündniß vorzubereiten, bis die Zeit zur Auseinanderſetzung mit Napoleon gekommen ſei, welche dahin zielen müſſe, die Unabhängigkeit von Preußen zu behaupten. Beſonders müſſe man warten, bis Napoleon den größten Theil ſeiner Soldaten aus Deutſchland entfernt habe. Die noch auf dem Kriegsfuße befindlichen preußiſchen Truppen berechnet er auf 80,000 Mann. Er ſchlägt vor, ſobald es nöthig werde, die eine Hälfte nach Sachſen, die andere nach Heſſen vorzuſchicken: dann würden, mit den Eingeborenen vereinigt, an jeder Stelle 60,000 Mann trefflicher Truppen ſich dem erſten Einbruch der Franzoſen

1) Denkwürdigkeiten V, S. 349—364.

2) Tandis que dans une lutte vigoureuse, si la Prusse y était forcée, elle aurait pour elle, outre ses forces imposantes, celles de ses confédérés, le puissant secours de la Russie, probablement la Suède et le Danemark, peut-être même l'Autriche et les moyens de l'Angleterre.

entgegenſetzen können. Man werde dann die Truppen der Marken und Pommerns nicht mehr gegen Schweden brauchen, ſondern im Stande ſein, Schweden ſelbſt zu dem Syſtem herbeizuziehen.

Die Gelegenheit zur Explication werde die bevorſtehende Aufforderung Napoleons, die Verwandlung Hollands in ein Königreich zu garantiren, darbieten. Man müſſe dann die Uebergriffe hervorheben, deren ſich der Herzog von Berg in die benachbarten Gebiete ſchuldig mache, und über die man bisher ſich vergebens beklagt habe; ferner das Stillſchweigen, das Napoleon in Bezug auf ſeine Einrichtungen in Süddeutſchland beobachte: die Anerkennung des zu ſchließenden norddeutſchen Bundes müſſe der Preis für die Anerkennung des Königreiches Holland ſein.

Wenn nun in alle dem die Machtſtellung Preußens in Norddeutſchland den vornehmſten Geſichtspunkt bildete, ſo fiel beſonders das Verhältniß von Hannover ins Gewicht, deſſen Beſitz für die geographiſche Poſition Preußens unentbehrlich erſchien, aber noch keineswegs geſichert war.

Auf eine Bemerkung des Königs hierüber — denn man vernahm, daß England bei einem allgemeinen Frieden die Rückgabe Hannovers fordern werde — hatte Haugwitz erwidert [1]): es liege in der Natur der Sache, daß England, um Preußen in Furcht zu halten, die Erklärung gebe, es werde nie gutwillig auf Hannover Verzicht leiſten. So verhalte es ſich allerdings, daß Preußen erſt bei einem allgemeinen Frieden einen legalen Titel für dieſen Beſitz erlangen könne; einzig auf das Verhältniß zu Frankreich könne derſelbe begründet werden. Man wende ein, daß Frankreich dem Könige von Preußen dadurch Waffen gegen ſich ſelbſt in die Hand gebe. Und wohl möge Napoleon ſich durch die Abtretung Hannovers einen momentanen Tadel in Frankreich zugezogen haben; doch ſei es ihm Ernſt damit: denn er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß eine neue Coalition ohne Theilnahme Preußens unmöglich ſei. Könne er ſich auf die Freundſchaft desſelben verlaſſen, ſo werde er den Krieg ſo lange fortſetzen, bis der Beſitz Hannovers für Preußen unwiderruflich feſtgeſetzt ſei. Der Miniſter hatte vollkommen Recht, daß Napoleon durch die Ueberlaſſung Hannovers an Preußen vor einer künftigen Coalition ſich hatte ſichern wollen: denn die Beſitznahme Hannovers machte ein Einverſtändniß zwiſchen Preußen

1) Denkſchrift des Grafen Haugwitz vom 19. Mai 1806. Denkwürdigkeiten V, S. 343—349.

und England unmöglich. Aber wie dann, wenn Frankreich einer künftigen Coalition dadurch zuvorkam, daß es mit England ſelbſt in Verſtändniß trat? Konnte es dann nicht dahin kommen, daß es ſeine Abtretung widerrief und Hannover an den König von Großbritannien zurückzugeben einwilligte? Gleich bei den erſten Schritten einer ernſtlichen Friedensunterhandlung mit England iſt davon die Rede geweſen. Um derſelben mehr Leben zu verſchaffen, wendete ſich Talleyrand an einen der vor kurzem freigegebenen Engländer, Lord Yarmouth. Er ſprach mit ihm über die Mittel der Verſöhnung zwiſchen England und Frankreich, unter der Bedingung jedoch, daß Alles geheim bleibe, wenn man nicht zum Ziele gelange. Yarmouth, ein alter Tory, erwiderte, daß er ſich auf keine Negociation einlaſſen dürfe, die zu einem Frieden führen könne, gegen den er im Parlament ſelbſt ſtimmen müſſe; er verlangte die Zuſicherung, daß ſein Herr, der König von Großbritannien, in ſeine deutſchen Beſitzungen, namentlich in Hannover, wiedereingeſetzt werde. Talleyrand ſcheute vor dieſer Forderung zurück; denn offenbar war es doch, daß ein Zugeſtändniß dieſer Art den Verpflichtungen, die man gegen Preußen übernommen hatte, entgegenlief. Allein nach einer Unterbrechung von mehreren Tagen trat Talleyrand mit der Bemerkung hervor, daß die Sache von Hannover keine Schwierigkeiten machen werde [1]). Man kann nicht anders, als annehmen, daß er mit dem Kaiſer Rückſprache genommen hatte, der damals in einer Pacification mit England ein ſo großes Intereſſe ſah, daß er darüber ſein Verhältniß zu Preußen hintanſetzte. Die Hauptſache, auf die es ankam, war immer eine Verſtändigung in den maritimen Angelegenheiten. Napoleon hatte nichts dagegen, daß England das Cap erwerbe, wiewohl es Oſtindiens dadurch völlig Meiſter werde. In Indien eine Gegenwirkung zu verſuchen, davon ſtand er damals nach allem, was dort geſchehen war, ab. Was ihn am meiſten beſchäftigte, war der Zuſtand der Dinge im Mittelmeer, namentlich das Verhältniß von Sicilien und Malta. Er meinte: es hänge nur von ihm ab, ſich Siciliens zu bemächtigen; wenn er aber darauf Verzicht leiſte und Sicilien in den Händen der bourboniſchen Dynaſtie laſſe, ſo fürchtete er, die Engländer würden die Herrſchaft über dieſe Inſel ausüben; ſollten ſie zugleich im Beſitze von Malta bleiben, ſo würden ſie in den Stand kommen, den Verkehr der Franzoſen mit dem adriatiſchen Meer und Konſtantinopel auf alle

1) Le Hanovre ne ferait pas de difficulté.

Zeiten zu verhindern. Er verlangte die Herausgabe von Malta; in dieſem Falle würde er Sicilien dem Sohne des Königs von Neapel überlaſſen, mit der Bedingung jedoch, daß er keine engliſchen Streitkräfte auf der Inſel anſammeln dürfe. Er hoffte, damit zugleich Rußland zu befriedigen, wenn nur Malta von den Engländern aufgegeben werde. Hier alſo war der Knoten der Unterhandlung. Konnte aber, ſo dürfte man fragen, wirklich die Erwartung gehegt werden, daß England jene große Poſition aufgeben würde? Napoleon, der die engliſche Politik von der engliſch-hannöveriſchen nicht unterſchied, hielt das für möglich, wenn er dem Könige von England Hannover zurückgebe, worüber man ſich jedoch — ſagte er — mit Preußen verſtändigen müſſe [1]). Noch war Preußen nicht allein in vollſtändiger Unkunde darüber; von franzöſiſcher Seite wurde es vielmehr verſichert, daß man in der hannöveriſchen Sache ſtets auf ſeiner Seite ſein werde.

Napoleon wünſchte den Frieden mit England; aber er glaubte, denſelben dadurch zu befördern, daß ſich Preußen mit ihm gegen England alliire. Dazu ſollten die Feindſeligkeiten, welche der engliſche Handel in der Nordſee erfuhr, mitwirken. Napoleon dachte damals ſogar an eine Schließung des Sundes für die engliſche Marine. Die dem preußiſchen Staate von ihm aufgezwungene Feindſchaft gegen England ſollte ihm dazu dienen, den Engländern die vorwaltende Autorität von Frankreich zum Bewußtſein zu bringen. Das war die Summe der untergeordneten Stellung, in die er Preußen gebracht hatte, daß er dieſe Macht zum Kriege gegen England veranlaßte und dabei doch daran dachte, den derſelben eingeräumten Beſitz als eine Compenſation für England zu benutzen.

In dem Laufe der Unterhandlungen, die dann zwiſchen General Clarke und Lord Yarmouth gepflogen worden ſind, iſt man in der That zu einem vorläufigen Abkommen gelangt. Darin iſt vor Allem die Anerkennung des damaligen franzöſiſchen Empire und der neuen Königreiche, mit denen es ſich umgab, enthalten: Sicilien ſollte franzöſiſch werden, Malta den Engländern verbleiben. Dabei iſt nun auch Hannovers gedacht worden. Im 7. Artikel des Entwurfes heißt es, daß Napoleon den König von Großbritannien als

1) Je ne m'étendrais pas trop sur la question du Hanovre. Ce serait alors une question à arranger avec la Prusse. Jamais je ne pourrais m'engager à autre chose qu' à interposer mon influence. Note pour le ministre des relations extérieures. Saint-Cloud, 4 juillet 1806. Correspondance, tom. XII 628 (n° 10,448).

Souverän von Hannover anerkenne; in den geheimen Artikeln wird ſtipulirt, daß der König von England den Titel als Großherzog oder König von Hannover annehmen könne. Es war nicht geradehin auf eine Beraubung Preußens abgeſehen. In den Gegenbemerkungen zu dem Entwurfe von Napoleons Hand findet ſich, daß ſich England und Frankreich vereinigen ſollen, um dem Könige von Preußen eine Schadloshaltung in der Nähe ſeiner Staaten zu verſchaffen, die 400,000 Unterthanen umfaſſen ſolle. Dergeſtalt wurde über den Beſitz, welchen Napoleon dem Könige von Preußen aufgedrungen hatte, aufs neue verfügt, ohne daß dieſer über ſeine Beiſtimmung befragt worden wäre. Dem Syſteme Napoleons widerſprach das nicht: denn durch die Uebertragung des Landes an Preußen hatte er für England einen Beweggrund mehr zum Frieden ſchaffen wollen; jetzt aber glaubte er durch Zurückgabe Hannovers den Frieden mit England um ſo ſicherer zu Stande bringen zu können. Man muß geſtehen, Alles war noch ſehr eventuell: denn wer konnte ſich die Schwierigkeiten verbergen, die ſich einem Frieden zwiſchen Frankreich und England überhaupt entgegenſetzten? Aber die Negociation an ſich enthielt einen Beweis von Mißachtung gegen Preußen. Wie die Verhandlungen mit Rußland zeigen, kam es dem Könige von Preußen bei der Erwerbung Hannovers nicht auf ein paar Hunderttauſend Unterthanen mehr oder weniger an, ſondern auf die geographiſche Lage des Landes, deſſen Beſitz dem König und den preußiſchen Staatsminiſtern als eine Bedingung ihrer Macht erſchien. Die größte Beleidigung nicht allein in Bezug auf den damaligen Beſtand des preußiſchen Staates, ſondern auch, wenn wir ſo ſagen dürfen, in Bezug auf ſeine Idee lag darin, wenn Napoleon, ohne den König von Preußen zu Rathe zu ziehen, über Hannover verfügte, gleich als könne er mit Beſtimmtheit darauf zählen, daß Preußen ſeinen Intentionen, welche ſie auch ſein mochten, keinen Widerſtand entgegenſetzen werde. In Wahrheit verlor Preußen den Rang einer großen Macht, wenn Frankreich und England ohne ſein Zuthun über ein Land, das in ſeinem Beſitze war, Uebereinkunft trafen. Man war von einer ſolchen noch weit entfernt. Der Plan enthielt, inwiefern er die beiden Directionen der engliſchen Politik vermiſchte, ſogar etwas Unausführbares. Die Negociation darüber mußte aber doch dazu führen, daß das preußiſche Cabinet die Unhaltbarkeit ſeiner Lage in den europäiſchen Angelegenheiten einſah, zumal da es eben damals durch die Stiftung des Rheinbundes ſeinen alten Rang in Deutſchland einbüßte.

Nach keiner Seite hin genoß Preußen die Rückſicht, die es in Anſpruch nehmen durfte. Hardenberg faßte einmal den Inhalt der ihm mitgetheilten Depeſchen folgendergeſtalt zuſammen: Preußen werde von Rußland geſchont, weil es ſonſt ſich leicht ganz an Frankreich anſchließen könne; dennoch ſei das Verhältniß auch wieder zweifelhaft: denn Rußland wolle ſich nicht mit Schweden entzweien, das durch einen unbedingten Uebertritt zu den Ideen der Coalition in eine Art von Kriegszuſtand gegen die Politik Friedrich Wilhelms III. gerathen war. England fahre in ſeinen gewaltſamen Maßregeln gegen Preußen fort, aller Vorſtellungen des preußiſchen Geſandten ungeachtet; es reize Schweden und Rußland gegen dieſes Land auf und verſpreche ihnen Subſidien. Indem Preußen aus Rückſicht auf Rußland alle mögliche Moderation gegen Schweden beweiſe, erſcheine es ſchwach, auch gegen dieſe kleine Macht, die ihm Trotz biete. Frankreich gebe dem preußiſchen Hofe keine Nachricht über ſeine Verhandlungen mit England und mit Rußland. Man werde von dort mit Verachtung behandelt. Auch in den Streitigkeiten mit dem Herzog von Berg über den Beſitz einiger Abteien weiche Preußen zurück: Blücher habe ſoeben den Befehl erhalten, ſie zu verlaſſen. Bei alle dem beklage ſich Talleyrand mit Bitterkeit über den Mangel an Rückſicht, welchen Preußen in ſeinen Verhältniſſen zu Frankreich an den Tag lege. Napoleon mache ſich zum Meiſter des ſüdlichen Deutſchlands; durch Berg und Holland beherrſche er die Grenzbezirke des nördlichen; er ſuche Heſſen in ſeine Conföderation zu ziehen. Wo bleiben da, fragt Hardenberg, die Früchte, die Vortheile der beiden Reiſen, die Graf Haugwitz unternommen, der beiden Verträge, die er geſchloſſen hat? Haugwitz lebte in der Vorſtellung, daß Alles davon abhänge, Freundſchaft gegen Napoleon zu zeigen und ihn nicht zu reizen. Er hatte keine Ahnung davon, daß Napoleon nur ſeinen großen politiſchen Intentionen folge, ohne ſich im Mindeſten um die Geſinnungen Preußens zu kümmern, das er gefeſſelt zu haben meinte. Die allgemeine Combination, welche allen Verhältniſſen zu Grunde lag, war dem preußiſchen Miniſter lange hin ein Geheimniß.

Achtes Capitel.

Verhandlungen mit Rußland im Frühjahr und Sommer 1806.

Wurde nun das Verhältniß zu Frankreich von Tag zu Tage unhaltbarer und für das Selbstgefühl des Staates unerträglicher, so kam es umsomehr auf jenen Rückhalt an, den man sich in Rußland zu sichern gedacht hatte. Noch gingen die Verhandlungen über die gegenseitigen Declarationen fort. Es war Sorge dafür getragen, daß das Geheimniß unverbrüchlich gehalten werden konnte. Indem Hardenberg sich auf sein Gut Tempelberg zurückzog, anscheinend um zunächst keinen Antheil an den öffentlichen Geschäften zu nehmen, war ihm ein solches zugefallen, welches die größte Bedeutung in sich trug. Ebenso wurde für den russischen Gesandten, Alopaeus, welcher von Alexander in das Geheimniß gezogen war, die Erlaubniß ausgewirkt, sich von Berlin zu entfernen; scheinbar ohne allen Antheil an den Geschäften, nahm Alopaeus seinen Aufenthalt in Friedrichsfelde, nicht gar weit von Tempelberg. Zwischen den beiden quiescirenden Ministern waltete nun der regste Verkehr in Bezug auf das geheime Verständniß ob.

Um den König von Zeit zu Zeit ohne Einmischung dritter Personen sprechen zu können, nahm Hardenberg die Vermittelung der Königin in Anspruch, die denn dazu gern die Hand bot. Hauptsächlich darin bestand der politische Einfluß, den Königin Louise ausübte; sie hielt sich immer in Kunde der Verhandlungen mit Rußland, überzeugt, daß diese rathsam und selbst unentbehrlich wären. Wenn der König officiell auf dem von Haugwitz gebahnten Wege zu arbeiten fortfuhr, so neigte sich die Königin zu Hardenberg, der die Fäden der geheimen Unterhandlung in seiner Hand hielt. Noch aber hatte diese nicht zu völligem Einverständniß geführt: denn an der preußischen Politik, wie sie in Folge der letzten Verträge mit Frankreich geworden war, nahm Rußland, das

an seinem Bündniß mit England festhielt, nicht geringen Anstoß. Der russische Minister Czartoryski wenigstens legte vielen Werth darauf, daß die Haltung des Kaisers trotz der neuen Landeserwerbungen Preußens keine Aenderungen erfahren habe. Wenn nun aber Preußen die Dazwischenkunft Rußlands bei England fordere, um sein Verhalten zu entschuldigen: welchen Grund dafür könne Rußland haben? Die indeß erfolgte Schließung der Flußmündungen habe noch mehr auf sich, als die Besitznahme von Hannover allein: sie sei gegen die englische Nation gerichtet; sie störe den Handel des Nordens überhaupt, dessen Freiheit Alexander doch vorbehalten habe. Rußland könne bei England nichts thun; aber das gute Verhältniß, in welches sich Fox zu dem preußischen Gesandten, Jacobi, gesetzt habe, lasse der Hoffnung Raum, daß England selbst daran denken werde, Preußen zu schonen.

Die maritime Feindseligkeit zwischen Preußen und England bildete insofern eine sehr erhebliche Schwierigkeit, als auch die anderen Mächte davon berührt wurden, namentlich da England die Absicht blicken ließ, eine Escadre in die Ostsee zu schicken, um einen oder den anderen preußischen Hafen zu schließen, was Rußland nicht zugeben konnte, weil es eine fremde Flotte in der Ostsee nicht zuzulassen zu seinem Grundsatz gemacht hatte.

Alexander suchte die Entrüstung Englands über das, was geschehen war, zu mildern, forderte aber Preußen auf, dem englischen Handel keine neuen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, weil sich sonst die Repressalien verdoppeln würden: nur alsdann könne der russische Hof etwas ausrichten. Auch die Besitznahme Hannovers kam bei diesen Erörterungen sehr ernstlich zur Sprache. Lord Gower hatte in einer an das russische Cabinet gerichteten Note auf ein früheres Versprechen, welches Preußen in St.-Petersburg gegeben habe, sich Hannovers nie ohne Einwilligung seines legitimen Souveräns zu bemächtigen, Bezug genommen. Der russische Hof konnte wohl eine einstweilige Besitznahme, nicht aber eine definitive gutheißen, wie sie in dem letzten Vertrage mit Napoleon ausgesprochen war. Eine solche aber suchte Preußen gerade durch eine Dazwischenkunft Rußlands zur Anerkennung zu bringen.

Czartoryski machte den Vorschlag, das geheime Verständniß Rußlands und Preußens an Fox mitzutheilen, weil derselbe sich gefügiger zeigen werde, wenn er ein allgemeines System angenommen sehe. Hardenberg ging darauf nicht ein: denn man kenne die In-

discretion der Engländer, die ſich bei ihrer parlamentariſchen Verfaſſung nicht vermeiden laſſe [1]).

Friedrich Wilhelm III. adoptirte die Anſicht Hardenbergs [2]). Es mußte alſo dabei bleiben, zuerſt Rußland für ſich ſelbſt zur Billigung der Beſitznahme Hannovers zu vermögen. Hardenberg ſäumte nicht, dem Könige das Intereſſe, das Rußland hiebei habe, in Erinnerung zu bringen. In St.-Petersburg, ſagte er, fürchte man eine Ausdehnung der maritimen Verabredungen Napoleons mit Preußen über den Norden. Wird der König — ſo frage man — eine peremtoriſche Forderung Napoleons in dieſer Hinſicht ablehnen [3])? Rußland könne nicht dulden, daß Frankreich auf Dänemark, Mecklenburg, Schwediſch-Pommern einen überwiegenden Einfluß gewinne; aber es glaube, der König werde von Frankreich gezwungen werden, einer ſolchen Forderung Gehör zu geben. Dieſer Betrachtung ſetzte man von Seiten Preußens die Behauptung entgegen, daß Rußland ſelbſt ein Intereſſe habe, Hannover in preußiſchen Händen zu ſehen. Ohne den Beſitz Hannovers werde Preußen ſich den Franzoſen nicht entgegenſtellen können. Daß Preußen Hannover beſitze, ſei im Intereſſe aller Mächte, ausgenommen Englands: denn dieſem erwachſe in ſeinem maritimen Streite mit Frankreich aus der Herrſchaft über Hannover der Vortheil, daß es auf dem Continent ein Land gebe, über deſſen Beſitz Frankreich mit den continentalen Mächten in Differenz gerathe. Selbſt wenn Frankreich, was ſehr möglich ſei, dies Land dem Könige von England zurückgeben wolle, ſo würde es doch für Rußland vortheilhaft ſein, Hannover für Preußen zu conſerviren. Je mehr ſich Preußen an Rußland anſchließe, deſto mehr habe Napoleon Grund, Hannover an England zurückzugeben.

---

1) La confidence à faire au sieur Fox me paraissait très dangereuse, surtout dans les circonstances du moment, parce que les Anglais s'expliquaient en plein Parlement et dans leurs gazettes avec une très grande indiscrétion sur les négociations les plus secrètes. Schreiben Hardenbergs an den König vom 11. Mai 1806. Denkwürdigkeiten, Bd. III, 7.

2) Schreiben des Königs vom 6. Juni 1806 a. a. O. S. 7.

3) Le roi s'opposera-t-il à toute demande péremptoire qui lui sera faite dans ce sens par la France, et la conviction qu'il sera impossible à la Russie de laisser toucher au Danemark, à la Poméranie Suédoise et au Mecklenbourg sera-t-elle assez intime et assez puissante pour faire préférer au Roi de secouer le joug qui lui est imposé à faire naître des sujets de contestation avec la Russie?

König Friedrich Wilhelm III. gab die Hoffnung nicht auf, daß der allgemeine Friede ihm aus politischen Gründen den Besitz von Hannover bestätigen werde. Noch sträubte sich das russische Cabinet dagegen, da die Verbindung der Mächte vor Allem die Aufrechterhaltung des Eigenthums einer jeden zum Zwecke habe; es legte Nachdruck darauf, daß, wenn Preußen bei dem allgemeinen Frieden Hannover zurückgebe, es eine Entschädigung für die an Frankreich gemachten Abtretungen erhalten werde [1]). Damit aber wurde der Kern der Frage nicht berührt. Denn vor allem anderen war es doch der militärisch-politische Moment, der in dem Besitz von Hannover lag, was Preußen veranlaßte, auf denselben zu bestehen. Hätte die Verbindung Großbritanniens mit Hannover dahin geführt, daß dieses Land um so kräftiger gegen die Franzosen vertheidigt worden wäre, was im siebenjährigen Kriege geschehen war, trotz aller der Schwierigkeiten, die es schon damals hatte, so würde Friedrich Wilhelm III. so wenig auf den Besitz von Hannover gedrungen haben, wie einst Friedrich II. Er war durch die Nothwendigkeit, eine feste Position in Norddeutschland zu behaupten, zu der Besitznahme Hannovers veranlaßt worden und suchte nun durch die Dazwischenkunft Rußlands die Einwilligung des Königs von England, die seinen Besitz legitim gemacht haben würde, zu erlangen. Wir erfahren, daß diese Erwägungen, die aus der allgemeinen Lage der Weltverhältnisse entsprangen, in dieser Epoche in England selbst Eingang gefunden hatten. Die englischen Minister legten sich die Frage vor, ob es rathsamer sei, Hannover den Franzosen zu überlassen, oder es dem Schutze Preußens nochmals anzuvertrauen. Sie entschieden sich für das letzte: denn ohne Zweifel werde Napoleon, wenn er Hannover besitze, es dazu benutzen, um die ganze Nordseeküste durch seine Autorität zu beherrschen. Da die Sache aber das Kurfürstenthum betraf, so mußten die englischen Minister bei dem Könige selbst darüber anfragen. Sie haben das in der That gethan; aber Georg III., voll von seiner alten Eifersucht gegen das Haus Brandenburg, antwortete: er wolle nicht, daß Hannover unter den

1) Il n'y a rien qui puisse empêcher la Prusse de donner secrètement l'assurance qu' à la paix générale elle (la cour de Berlin) ne se refusera pas à restituer le Hanovre à son légitime souverain, bien entendu que l'on tâcherait de lui faire rendre les provinces qu'elle a cédées à la France ou à la Bavière ou au moins une indemnisation complète. Czartoryski $\frac{12}{24}$. Mai 1806 an Alopäus in den Denkwürdigkeiten III. S. 19.

Schutz — ſie ſagten, die Cuſtodie — von Preußen gerathe[1]). Recht eigen tritt hiebei der Widerſtreit zwiſchen der allgemeinen Politik und dem dynaſtiſchen Princip hervor. Dieſes kam in dem König-Kurfürſten Georg III. zur Erſcheinung, jene in der Tendenz ſeiner Miniſter. Am Tage liegt, daß der preußiſche Beſitz von Hannover, wenn er von England genehmigt wurde, dem maritimen Intereſſe, wie von England, ſo auch von Rußland entſprach: denn von Hannover aus würden die Franzoſen die Küſten der Nordſee mit ihrer Feindſeligkeit gegen England erfüllt und durch die Ausdehnung derſelben auch die Oſtſee gefährdet haben. Es hat viel Sinn, wenn Friedrich Wilhelm III. ſeine Schonung der maritimen Intereſſen Rußlands davon abhängig macht, daß ihm dies zum Austrage mit England behülflich ſei. Ausführlich entwickelt Hardenberg einmal den Zuſtand, welchem Europa entgegengehe, wenn Frankreich in den Beſitz Hannovers wieder gelangen ſollte. Gäbe Preußen Hannover an Frankreich zurück, ſo würde die Macht deſſelben unwiderſtehlich werden. Schon bedrohe Napoleon die ottomaniſche Pforte, um ſie ſeinem Einfluſſe zu unterwerfen; er verfüge über den ſchönſten Theil von Deutſchland und paralyſire Oeſterreich. Was würde erfolgen, wenn er, nach der Wiedereinnahme Hannovers, Heſſen, Weſtfalen, die Hanſeſtädte, Dänemark, endlich die Küſten der Oſtſee in Beſitz nehme? Um Frankreich zu widerſtehen, müſſe Preußen Hannover haben; ohne den Beſitz deſſelben ſei das unmöglich. Wäre Preußen einmal niedergeworfen und würden dann Unruhen in Polen erweckt, ſo würde ſich Rußland auf ſeine entlegenen Landſchaften beſchränkt und ſeiner allgemeinen Conſideration beraubt ſehen[2]). Betrachtungen, welche das Kommende im voraus

1) His Majesty's determination is not to enter into any arrangement with Prussia for custody of Hannover. Castlereagh to Harrowby. January 14, 1806, in: Correspondence, Dispatches and other papers of Viscount Castlereagh VI, 124.

2) Déjà elle (la France) dispose de la plus grande et de la plus belle partie de l'Allemagne et paralyse l'Autriche; que serait-ce si, après une conquête facile du Hanovre, entraînant la Hesse, elle s'emparait de toute la Westphalie, des villes Hanséatiques, des États Danois, excepté les îles, des côtes de la Baltique? La Prusse pourrait-elle résister? Et celle-ci renversée, des troubles en Pologne excités, la Russie elle-même n'aurait-elle pas l'alternative d'une lutte dangereuse ou de se retrancher dans ses possesions lointaines et de perdre son influence et sa considération? L'Autriche serait incapable de se relever et de résister. La Saxe serait réduite à suivre le torrent ou à se voir engloutie.

ergreifen und an sich so einleuchtend sind, daß sie in Rußland Eindruck machen mußten.

Kommen wir nun auf die Declarationen zurück, so stellte sich auch dabei heraus, daß es für die allgemeine Machtstellung Rußlands von wesentlichem Vortheil war, Preußen auf seiner Seite zu haben. In denselben kamen Bestimmungen vor, welche bei den preußischen Staatsmännern mit Recht Bedenken erweckten: keine mehr, als die auf die ottomanische Pforte bezügliche. Preußen sollte gegen diese mit Rußland gemeinschaftliche Sache auch in dem Falle machen, daß der Krieg durch Rußland selbst veranlaßt würde. Der preußische Gesandte in St.-Petersburg, Goltz, bemerkte: dieser Fall könne eintreten, ehe Preußen gerüstet sei. Wenn aber Preußen in einen solchen Krieg verwickelt werden solle, der nachtheilige Folgen für dasselbe herbeiführen könnte, so müsse man ihm auch einen entsprechenden Vortheil anbieten; jetzt aber trete Rußland sogar von der am 3. November gegebenen Zusicherung zurück, daß es den König von England zur Abtretung Hannovers zu vermögen suchen werde, und verspreche nur seine guten Dienste, um einen Bruch mit England zu vermeiden. Das habe nicht viel zu bedeuten, während Frankreich im Falle eines Krieges Preußen mit dem Ruin bedrohe. Man müsse die Verpflichtung vermeiden, an einem Kriege Theil zu nehmen, wenn er von Rußland selbst provocirt werde. Goltz ist der Meinung, daß man sich dennoch mit Rußland verbinden solle; aber man müsse von Rußland entsprechende Zugeständnisse erhalten und vor Allem Zeit gewinnen, um sich für einen Krieg vorzubereiten [1]). Bei der offenkundigen Hinneigung des Grafen Haugwitz

1) Le cas est extrêmement embarrassant pour nous; car certes la guerre se rallumera incessamment — mais quand une fois notre position géograqhique et politique nous place de manière a ne pouvoir rester neutre — quand nous sentons déjà, par une suite de notre amitié avec la France, au moins pour notre commerce, tous les maux de la guerre en égard de notre brouillerie avec l'Angleterre et la Suède, sans avoir aucun avantage réel en perspective — quand enfin les papiers publics français mêmes nous annoncent que les intentions de la France ne sont pas sincères à notre égard et qu'on ne nous a présenté l'appas de l'acquisition du Hanovre que pour nous perdre et nous brouiller avec nos meilleurs amis, que risquons-nous de nous ranger positivement du côté de la Russie qui seule a de véritablement bonnes intentions avec nous, qui ne s'opposera pas à ce prix aux acquisitions que nous pourrions dèsirer de faire, qui seule nous assistera de bien bon cœur — et qui seule par son influence sur le cabinet de

zu Frankreich bedürfe Rußland einer neuen Verſicherung von Seiten Preußens, daß es ſich in keine Verpflichtung einlaſſen werde, die den ruſſiſchen Intereſſen entgegenlaufe. Czartoryski fordere eine definitive Erklärung, wie weit Preußen mit Rußland gehen wolle: darauf beruhe das Einverſtändniß der beiden Staaten [1]). Die Frage gewinnt eine Beziehung zu den univerſalen Weltverhältniſſen, welche die großen Mächte entzweien. Hardenberg erkannte die ganze Tragweite der vorliegenden Entſcheidung; er kam aufs neue darauf zurück, daß der König zwiſchen Frankreich und Rußland wählen müſſe. Wenn er bei der Allianz mit Frankreich verharre, ſo könne er ſich nicht mit Hannover begnügen; er müſſe noch ganz andere Erwerbungen fordern, um auch ſeinerſeits formidabel zu ſein. Sollte er die Verbindung mit Rußland vorziehen, ſo ſei nichts dringender, als ſich zum Widerſtande gegen Frankreich bei dem erſten weiteren Uebergriff, den es ſich erlaube, zu rüſten und ſich die Hülfe Englands vorzubehalten [2]).

Der Artikel der Declaration, auf den es in Beziehung auf die Pforte ankommt, beſtimmt, daß die Neutralität Preußens (zwiſchen Frankreich und Rußland) nicht ſtatthabe, wenn Rußland die ottomaniſche Pforte nöthigen wolle, die Verpflichtungen zu erfüllen, welche ſie eingegangen, und Frankreich deshalb Krieg gegen Rußland anfange [3]). Es folgte daraus, daß der Friede mit Frankreich von einem nur das ruſſiſche Intereſſe betreffenden Verhalten

---

St.-James peut nous procurer des subsides et nous mettre en état de ne pas faire la guerre à nos propres dépens. Schreiben des Grafen Goltz vom $^{2}/_{14}$. Mai 1806. Denkwürdigkeiten III, S. 25.

1) Jusqu' où la Prusse peut aller. La confection ultérieure de cet acte ou de cette convention secrète et sa realisation prompte et subite est le seul moyen qui nous reste pour maintenir la bonne harmonie avec la Russie, a. a. O. S. 27.

2) Si V. M. juge à propos de se décider pour le parti de l'alliance avec la Russie, il est d'autant plus urgent de se préparer à opposer une résistance prompte et efficace à la France, à pouvoir agir contre elle avec une force proportionnée à sa grande puissance au premier empiètement qu'elle se permettra de nouveau contre l'indépendance et la dignité de la Prusse et des États du Nord sans exception, de bien conserver les liens avec ceux-ci et surtout avec la Russie et de se ménager la conciliation avec l'Angleterre. Schreiben Hardenbergs an den König vom 18. Juni 1806. Denkwürdigkeiten II, S. 37.

3) Dans le cas que la France attaquât la Russie à la suite des mesures que celle-ci emploierait pour obliger l'Empire Ottoman à remplir les engagements qu'elle a contractés envers elle (Art. 2).

dieſer Macht abhängig wurde. Auf Friedrich Wilhelm III. ſcheint jedoch dieſe Eventualität weniger Eindruck gemacht zu haben, als das unmittelbar vorliegende Verhältniß zu Schwediſch-Pommern [1]). Er ſträubte ſich lebhaft gegen die Garantie der ſchwediſchen Beſitzungen in Norddeutſchland, welche Rußland verlangte. Sie wäre unthunlich, ſagte er, bevor der König von Schweden, welcher von Pommern her und zur See eine feindſelige Haltung gegen Preußen genommen hatte, zur Vernunft gebracht würde: die guten Dienſte Rußlands ſeien dafür nicht genügend. Nur wenn dieſe Schwierigkeit hinweggeräumt ſei, erklärte er ſich bereit, die Declaration zu unterſchreiben [2]). Am 1. Juli unterzeichnete König Friedrich Wilhelm III. die Declaration mit einem auf die ſchwediſchen Verhältniſſe bezüglichen Vorbehalt. Allerdings will er die ſchwediſchen Beſitzungen garantiren; aber der Kaiſer Alexander ſoll ſich verpflichten, den König von Schweden dahin zu bringen, daß er die Vorſchläge Preußens annimmt. Die in die Declaration eingeſchalteten Worte ſind zuerſt von Hardenberg und Alopaeus vereinbart und dann dem Könige aufs neue vorgelegt worden.

Wenn der König dergeſtalt trotz der Einwendungen, die man dagegen gemacht hatte, die Declaration annahm, ſo hat er das nur in der Vorausſetzung gethan, in dem Beſitz Hannovers nicht beeinträchtigt zu werden. In einem Schreiben, mit welchem er die Annahme der Declaration begleitete, bringt er in Erinnerung, daß, ſeitdem Frankreich ſich Hollands, der feſten Plätze am Rhein und eines Theiles von Weſtfalen bemeiſtert habe, der Beſitz Hannovers für Preußen unentbehrlich geworden ſei, um ſeine weſtlichen Grenzen zu behaupten und ſeine zerſtreuten Gebietstheile einigermaßen zu verbinden. Auch für alle anderen Staaten ſei es nothwendig, daß Hannover nicht in eine Hand zurückfalle, die es doch nicht vertheidigen könne; für England ſelbſt wäre es ſo das Beſte. Er ſpricht die Erwartung aus, daß Rußland ihm bei dem Frieden Hannover verſchaffen werde [3]). Alexander wollte ſein Wort nicht geradezu dafür verpfänden; doch widerſprach er auch nicht. Man traf die Auskunft, daß Hannover in den Declarationen überhaupt

1) Nous garantissons l'intégrité du Nord de l'Allemagne, nommément des Etats des rois de Danemark et de Suède (Art. 3).

2) Schreiben des Königs vom 24. Juni 1806. Denkwürdigkeiten III, S. 43.

3) Schreiben des Königs vom 1. Juli 1806. Denkwürdigkeiten III, S. 49.

nicht erwähnt wurde. Auch in Bezug auf Schweden fühlte sich Alexander durch sein Verhältniß zu England gebunden. Er gab wenigstens nicht in aller Form nach. Er war nur zu der Erklärung zu bringen, daß er, obwohl er den auf Schweden bezüglichen Artikel nicht billige, doch Alles thun werde, um den Zweck desselben zu erreichen. Die Frage war nun wieder, ob sich der König hiemit begnügen würde. Aber darauf rechnete man mit Bestimmtheit. Man hielt die Declaration für so gut als angenommen. Alopaeus wurde beauftragt, den Herzog von Braunschweig in Kenntniß zu setzen, nur ohne die Actenstücke in seiner Hand zu lassen; er sollte ihn auffordern, an die militärischen Pläne Hand anzulegen.

Czartoryski schreibt an Hardenberg: er preise sich glücklich, mit ihm zur Verbindung Rußlands und Preußens mitgewirkt zu haben, einer Verbindung, die den Interessen Europa's am besten entspreche. Gebe Gott, erwiderte Hardenberg, daß Europa durch unsere Anstrengung vor Schande und Sklaverei geschützt werde [1])!

Noch konnte man in diesem Augenblick auf die Herstellung des allgemeinen Friedens hoffen. Dem englischen Gesandten, der darüber unterhandelte, zur Seite war auch ein russischer Bevollmächtigter, Oubril, in Paris erschienen, der auf die damaligen französischen Forderungen einging. Alle in Italien, inbegriffen Neapel, vorgenommenen Aenderungen Napoleons wurden anerkannt. Das Haus Bourbon sollte auch Sicilien verlieren und dafür die Balearen erhalten. Wenn es der vornehmste Wunsch des französischen Kaisers war, seine Herrschaft, wie sie nunmehr geworden, zu allgemeiner Anerkennung zu bringen, so war die Accession Rußlands von der größten Bedeutung. Napoleon versprach dagegen die Räumung Deutschlands. Auch über die Verhältnisse der beiden Mächte zur Pforte wurden Verabredungen getroffen, die den Frieden zu sichern schienen.

1) Schreiben Czartoryski's vom 14.—26. Juli und Hardenbergs vom 11. September 1806. Denkwürdigkeiten III, S. 101—103.

Neuntes Capitel.

Regungen der Feindſeligkeit gegen Frankreich.

Ich habe nicht mit Beſtimmtheit ermitteln können, ob Haugwitz von den geheimen Verhandlungen zwiſchen Rußland und Preußen wirklich, wie man aus den vorliegenden Documenten ſchließen ſollte, keine Kunde gehabt hat, oder ob ihm doch auf indirectem Wege eine ſolche zugekommen iſt. Hatte nicht Haugwitz ſelbſt jene Sendung des Herzogs von Braunſchweig, durch welche dieſe Verbindung überhaupt eingeleitet war, einſt in Vorſchlag gebracht? Es iſt kaum glaublich, daß er von den damals begonnenen Unterhandlungen ſpäter nichts erfahren haben ſoll. Wahr iſt es: er nahm keinen officiellen Antheil an denſelben, was daher rühren mag, daß Kaiſer Alexander, dem ſein Name verhaßt war, ſich mit ihm in Verhandlungen, die auf gegenſeitigem Vertrauen beruhten, nimmermehr eingelaſſen haben würde. Nicht allein Alexander, ſondern die Welt überhaupt ſah in Haugwitz den Repräſentanten der Hinneigungen Preußens zu Frankreich. Alles, was er that und unterließ, wurde nach dieſer Vorausſetzung beurtheilt; Schritt für Schritt zog er ſich den allgemeinen Haß zu. In früheren Zeiten hatte die öffentliche Meinung in Preußen dem Kriege gegen Frankreich widerſtrebt; nach alle dem, was geſchehen, forderte ſie ihn jetzt. Die Demüthigung des Staates war für die Bevölkerung unerträglich und kam in populären Demonſtrationen gegen Haugwitz zur Erſcheinung. Ich möchte daran erinnern, daß das Bewußtſein des brandenburg-preußiſchen Staates als eines über den Particularitäten der Landſchaften ſtehenden Ganzen in einem auswärtigen Kriege, in dem Kampfe gegen Schweden vom Jahre 1675, erwacht war. Von dieſem Anfang aus war der Staat erſt zu politiſcher Größe und unabhängiger Bedeutung gelangt. Noch lebte Alles in Erinnerung an die Politik und Macht des großen Königs. Von

einer Nationalität im eigentlichen Sinne war hier nicht die Rede; aber der Staat hatte auch ſein Bewußtſein und ſeinen Enthuſiasmus: der erwachte in dem Augenblicke, in welchem wir ſtehen, im Gegenſatz gegen die demüthigende Rolle, die ihm Napoleon aufzwang. Erheben wir uns zu einer allgemeinen Anſchauung! Die Macht des revolutionären Frankreichs beruhte auf dem Geſammtgefühle der franzöſiſchen Nation; das Geſammtgefühl der engliſchen ſetzte ſich ihm entgegen. In Preußen erſchien ein drittes, mit den beiden anderen an Umfang nicht zu vergleichen, aber doch ſtark genug, um nach und nach die Seele des Staates zu werden.

Und nicht allein gegen Haugwitz, ſondern auch gegen die wirkſamſten Räthe im Cabinet des Königs, namentlich einen derſelben, der mit Haugwitz auf das engſte verbunden war, Lombard, richtete ſich eine allgemeine Indignation. Ihren beredteſten Ausdruck fand dieſelbe in einer Denkſchrift, welche von dem energiſchen Miniſter der Finanzen, Karl Friedrich von Stein, herrührt und die Unzufriedenheit hervorkehrte, die aus dem Verluſt des alten wohlerworbenen Ruhmes und der Gefahr der Nation entſpringe, ihre Selbſtändigkeit und die beſten Quellen ihres Nationalreichthums zu verlieren. Nicht bloß dem fremden Einfluß, ſondern dem eigenen unzuverläſſigen Verhalten ſchreibt er dies Unheil zu. Man erlebe, daß beſchloſſene Verträge — er meint den vom 3. November — in dem Augenblicke, daß ſie ausgeführt werden ſollen, umgeſtoßen würden: der Staat gerathe dadurch in einen Abgrund von Verderben; die Nation fühle ſich in ihrer Unabhängigkeit bedroht, ſie verliere ihre Anhänglichkeit an den König und den Thron. Ueber dem ganzen Schriftſtück ſchwebt ſchon das Gefühl einer mangelnden Staatsverfaſſung; Stein klagt darüber, daß es keine Stellertreter der Nation gebe. Aber den Hauptmangel ſieht er doch in der Staatsverwaltung, namentlich in der Macht des Cabinets, welchem ſein Verhältniß zu dem König unbedingte Autorität verleihe, ſo daß dagegen ſelbſt das Miniſterium ſubaltern erſcheine; das Cabinet aber beſtehe aus Männern, die dieſes Vertrauens unwürdig ſeien. Stein fordert vor Allem eine ſelbſtändige Theilnahme der Staatsminiſter an der höchſten Verwaltung und ſodann eine Veränderung in den Perſönlichkeiten des Cabinets. Die Denkſchrift iſt mit Würde geſchrieben, voll von religiöſem Gefühl und als Manifeſtation des höchſten Beamtenthums im Gegenſatz gegen die im Cabinet vorwaltenden Einflüſſe hoch bedeutend. Unmittelbaren Effect hatte ſie nicht; aber aus dem Eindruck der offenkundigen Mängel entſprungen,

welche verderbliche Folgen haben sollten, bildet sie eine Grundlage für spätere Zeiten.

Damals konnte die Erscheinung einer selbständigen öffentlichen Meinung auf den leitenden Minister um so weniger ohne Wirkung bleiben, da er die schlechten Folgen seiner Politik unmittelbar selbst empfand.

Am 1. August 1806 wurde der Abschluß des Rheinbundes in Regensburg angezeigt; Franz II. legte auf Napoleons Forderung die deutsche Kaiserkrone nieder. Was den tiefsten Eindruck auf Haugwitz machte, waren aber die Nachrichten, die Lucchesini über die Pläne Napoleons im Allgemeinen und gegen Preußen im Besonderen gab. Dabei geschah auch des Planes der Rückgabe Hannovers an England Erwähnung, der durch eine Indiscretion Yarmouths bei einem Diner bekannt geworden war. Haugwitz mußte innewerden, daß bei dem Februar-Vertrage, in welchem Napoleon die entschiedene Feindseligkeit Preußens gegen England provocirte, doch die geheime Absicht zu Grunde gelegen hatte, auf Kosten Preußens den Frieden mit England zu schließen. Und wenn von Napoleon einmal die bestimmte Erklärung gegeben worden war, daß seinem Rheinbunde gegenüber Preußen eine norddeutsche Conföderation, in welcher Form auch immer, zu Stande bringen möge, so stellte sich doch alle Tage mehr heraus, daß er bereits einer solchen entgegenwirkte. Lucchesini mochte sich Uebertreibungen der napoleonischen Absichten haben zu Schulden kommen lassen; auf der Höhe der Politik stand er nicht; thatsächlich war doch seine Meldung wohlbegründet. Am 5. August war dieselbe eingetroffen. Unter dem Eindruck, den sie machte und der mit den erwähnten Begebenheiten zusammentraf, entschloß sich Haugwitz, dem Könige die Mobilmachung der Armee anzurathen, und da dieser Fürst selbst von dem schlechten Erfolge jener Demobilisirung und den Gefahren, in die ihn die Ueberlegenheit seines Nachbars brachte, betroffen war, — so erlangte er mit leichter Mühe dessen Zustimmung. Ob hiebei nicht das bessere Verständniß mit Rußland mitwirkte, das soeben durch die Declarationen eingeleitet war? Was den König persönlich anbetrifft, so läßt sich daran meines Erachtens nicht zweifeln: hatte doch Rußland selbst die Mobilmachung in Vorschlag gebracht. Haugwitz aber scheint doch in der That ohne bestimmte Rücksicht darauf zu Werke gegangen zu sein. Er empfing seine Impulse von dem unhaltbaren Verhältniß zu Frankreich und von der öffentlichen Meinung im eigenen Lande; — er erschien

wie ein Steuermann, der, von dem Wechsel der Windesströmung getroffen, sich entschließt, den Curs zu ändern.

Die Maßregel machte ein unermeßliches Aufsehen: Niemand konnte sie sich erklären, auch Hardenberg nicht, der, statt an den Geschäften Theil zu nehmen, wozu er mehr inneren Beruf hatte als Haugwitz, seine Tage auf einer Badereise nach Lauchstädt zubrachte, bei der er den Vorstellungen der Weimar'schen Bühne mit Vergnügen beiwohnte. Dem französischen Gesandten Laforêt, der sein Erstaunen über den Entschluß des Berliner Hofes aussprach, gab Haugwitz folgende Erklärung: der König sehe sich auf allen Seiten von französischen Truppen umzingelt; er könne nicht glauben, daß der kriegsbereiten Haltung derselben etwa eine Absicht gegen Oesterreich zu Grunde liege: denn was würden damit die Vorgänge an der Ems, in Cleve, Berg und in Wesel zu schaffen haben? Napoleon habe die norddeutsche Conföderation zu unterstützen versprochen: man erfahre, daß er derselben insgeheim entgegen arbeite. Der neue König von Baiern strebe nach dem Besitz von Baireuth; Münster und die Grafschaft Mark werde von Cleve her bedroht, Ostfriesland von Holland. Man höre von Yarmouth, die Zurückstellung Hannovers an England sei von Frankreich bewilligt; die Armee, welche Preußen umgebe, scheine dazu bestimmt zu sein, ihm dies Opfer aufzulegen. Auch unter den günstigsten Voraussetzungen fühle sich Preußen bedroht und müsse sich in Vertheidigungsstand setzen. Der König sei jedoch bereit, zu entwaffnen, sobald Frankreich ihm genügende Zusicherungen gebe. Kaiser Napoleon möge diese Lage der Dinge in Betracht ziehen und sich unumwunden erklären.

Napoleon bekam das Schreiben Lucchesini's, welches den preußischen Hof in diese Aufregung versetzte, noch ehe es in Berlin angelangt war, in seine Hände. Er sieht darin einen neuen Beweis, daß Lucchesini, den er mit Wegwerfung behandelt, mit Betrug umgehe und Talleyrand zu betrügen wisse; übrigens besuche er nur untergeordnete Gesellschaften und erfahre von nichts. Großen Eindruck auf ihn machte doch die Nachricht von den in Berlin ergriffenen Maßregeln: an Einem Tage seien vierzig Couriere abgegangen, um die Armee auf Kriegsfuß zu setzen.

Man konnte sich nicht darüber täuschen, daß darin eine feindselige Demonstration Preußens gegen Frankreich lag. Nicht allein aber auf das Verhältniß zwischen Frankreich und Preußen kam es jetzt an; in der allgemeinen Politik trat zugleich eine die Welt umfassende Veränderung ein. Der von Oubril zu Stande gebrachte

Vertrag setzte Jedermann in Erstaunen. Um ihn zu erklären, nahm man an, einige dieser Abmachungen [1]) seien durch ein paar glückliche Schachzüge Talleyrands auf dem Brettspiel der Politik dem russischen Bevollmächtigten abgewonnen worden. Das Motiv, das dieser selbst angab, lag darin, daß Oesterreich wegen der Buchten von Cattaro, die in russische Hände gerathen waren, mit einem neuen Kriege bedroht werde, dem zuvorzukommen er für die Pflicht eines Verbündeten gehalten habe [2]). Eine schicksalsschwangere Frage war nun, ob dieser Vertrag, durch den auch der Friede in Deutschland gesichert worden wäre, ratificirt werden und bindende Kraft erlangen sollte. In demselben war auch jene große Angelegenheit, über welche zwischen Frankreich und England unterhandelt wurde, das Verhältniß Siciliens, entschieden worden: Sicilien sollte definitiv an den Bruder Napoleons übergehen. Keineswegs aber waren die Engländer gesonnen, die Autorität, die sie in Sicilien ausübten, und die für ihre Herrschaft im Mittelmeer den größten Werth hatte, aufzugeben. Charles Fox erklärte sich mit Nachdruck dagegen. Den raschen Abschluß Oubrils betrachtete er als eine Art von Treubruch der Russen und beschwerte sich darüber. Und zuletzt war man in Rußland nicht gemeint, den Vertrag zu ratificiren: denn unter keinen Umständen wollte man sich mit England entzweien. Der Vertrag, dessen Ratification ein Eckstein der Größe des napoleonischen Reiches geworden sein würde, fand bei der Rückkehr Oubrils nach St.-Petersburg keine Billigung.

---

1) In einer Depesche vom 21. August 1806 sagt Goltz: wahrscheinlich habe Oubril geglaubt, dem neuen Ministerium werde jede Art von Frieden lieber sein, als Krieg. Schladen (Tagebuch, S. 177) behauptet zu wissen, der Vertrag sei eigentlich ein Werk des Kaisers Alexander, der, persönlich, durch die Parteien in Petersburg beunruhigt, im Geheimen einen eigenhändigen Briefwechsel mit Oubril geführt und demselben darin Vollmacht ertheilt habe. Als Oubril in Petersburg mit dem Vertrag erschien, entsprach dieser weder den Wünschen der Nation, noch den Intentionen des Kaisers. Der Kaiser bekannte, es sei seine eigene Schuld. In der englischen Declaration vom 21. October 1806 heißt es dagegen: Il fut induit par les artifices de l'ennemi à signer un traité également contraire à l'honneur et aux intérêts de S. M. Imp.

2) Rußland hatte sich mit vieler Mühe Cattaro's bemächtigt, welches von Oesterreich an Frankreich hätte übergehen sollen, so daß Napoleon es von den Oesterreichern forderte (Frühjahr 1806). Aus Martens, Recueil des traités conclus par la Russie II, S. 504, sollte man schließen, daß dabei eine Connivenz von Oesterreich vorgekommen sei.

Ein neues Miniſterium trat ein, welches die alte Freundſchaft Englands den in dem Vertrage mit Frankreich ſtipulirten Conceſſionen bei weitem vorzog. So geſchah es auch in England: die Franzoſen machten den Engländern neue Vorſchläge, die vielleicht der Rückſicht werth geweſen wären; allein die engliſchen Miniſter wollten Unterhandlungen nicht fortſetzen, durch welche ſie ſich von Rußland getrennt haben würden. Die Ruſſen gaben der Nichtratification ſelbſt einen aufſehenmachenden Charakter, um England vollkommen von der Wiederaufnahme der alten Verhältniſſe zu überzeugen. Neue Vorſchläge der Engländer, bei denen aber zugleich die Intereſſen der Ruſſen berückſichtigt waren, wurden von Napoleon in peremtoriſchen Ausdrücken verworfen, worauf der engliſche Geſandte den Befehl erhielt, ſeine Päſſe zu verlangen. Wenn man von Rußland aus noch einmal eine vermittelnde Eröffnung an Napoleon machte, ſo war man doch überzeugt, daß dieſe unwirkſam und der Krieg zwiſchen Rußland und Frankreich unvermeidlich ſei.

Noch rechnete Napoleon auf die Ratification des Vertrages. Um die Antipathien zu erſticken, gewann er es ſogar über ſich, wie er in dem erwähnten Vertrage verſprochen hatte, den Befehl zur Zurückziehung der franzöſiſchen Truppen über den Rhein zu geben. Anfang Septembers ſollte ſich die große Armee hiezu in Bewegung ſetzen [1]).

Wie nun aber, wenn dieſe Ratification nicht erfolgte? Dann mußte der Gegenſatz zwiſchen Frankreich und Rußland um ſo heftiger ausbrechen, und auch Preußen mußte von dieſem Hader betroffen werden; alle Tage wurden die Verhältniſſe zwiſchen Preußen und Frankreich geſpannter. Ueber die Mobilmachung der preußiſchen Armee erklärte ſich Napoleon noch nicht unumwunden; aber er gab ſeinem Geſandten Aufträge, die das Mißtrauen verriethen, von dem er erfüllt war. Den Fortgang der Bewaffnung ſollte er nur beobachten: denn man könne nichts dagegen thun, ſolange die Frage über den Dubril'ſchen Vertrag noch nicht erledigt ſei. Wenn ſich Preußen hauptſächlich über die Einwirkungen auf Sachſen und Heſſen beklagte, ſo verbot Napoleon ſeinem Geſandten, darüber irgend welche Auskunft zu geben. Dies drohende Verhalten aber erweckte nun wieder in Preußen wachſende Aufregung. Von einem der angeſehenſten preußiſchen Generale, Rüchel, liegt ein Gutachten vor [2]), in

1) Au maréchal Berthier, 17 août 1806. Corrresp. XIII, 98 (n°. 10,660).
2) Memoire Rüchels vom 15. Auguſt 1806. Denkwürdigkeiten V, S. 377 ff.

welchem der Krieg bereits als eine politische Nothwendigkeit erscheint. Bei aller Meinungsverschiedenheit der Parteien, sagt er, seien sie doch einstimmig in der Ueberzeugung, daß die jetzige Regierung von Frankreich unfähig sei, ihrem politischen System eine gewisse Schranke zu ziehen; sie werde in ihren Bahnen ins Unendliche fortgehen, wenn ihr nicht durch andere Gewalten eine Schranke gezogen würde. Frankreich sei mit seiner despotischen Gewalt über das südliche Deutschland nicht zufrieden, sondern greife Preußen an das Herz; es bedrohe Hessen und Sachsen wider die heiligste seiner Verpflichtungen; es bedrohe das nördliche Deutschland, um Preußen von jeder deutschen „Mitkraft" völlig zu isoliren, um ganz Deutschland in eine französische Provinz zu verwandeln. Napoleon wolle die Deutschen als sklavische Werkzeuge für die Ausbreitung seiner Universalmonarchie brauchen. Er nähere sich der Hauptstadt Preußens, um das Land unter irgend einem Vorwand zu überfallen, um Preußen zum Kriege gegen seinen letzten Freund nöthigen zu können, zu seinem eigenen Verderben. Solle nun Preußen sich isoliren und auch von Sachsen und Hessen trennen lassen? Man dürfe das nicht, ohne dem Untergang entgegenzugehen und den preußischen Ruhm zu brandmarken bei Mit- und Nachwelt. Ein Waffenstillstand für einige Jahre sei noch möglich, wenn Frankreich, indem es sich die Herrschaft über das südliche Deutschland vorbehalte, gleichwohl seine Truppen von da zurückziehe und dem Könige von Preußen mit Bestimmung einer neuen Demarcation den Protectorat über das nördliche Deutschland einräume. Dabei könne immer eine stille Rüstung vor sich gehen; man könne sich indeß der Verbindung mit Rußland und anderen Mächten versichern; er nennt Oesterreich, Dänemark, England, selbst Schweden. Vielleicht befinde man sich jetzt in einem für eine erste Campagne nachtheiligen Zustande; aber nur durch ernste kriegerische Maßregeln könne Herd nnd Ehre beschützt werden. Der erste hiezu erforderliche Schritt sei geschehen: bei den ferneren komme es auf die Zeit an, die der schnelle Gegner dazu übrig lasse. Von der allergrößten Wichtigkeit sei es, Sachsen und Hessen festzuhalten. Unabhängig von Haugwitz, äußert sich Rüchel doch in dem nämlichen Sinne, wie jener in seinem Gutachten vom 6. Juni; die zu ergreifenden militärischen Maßregeln giebt er noch präciser an. Er hielt eine Annäherung der Truppen an die sächsisch-hessischen Landschaften für rathsam. Auf Sachsen werde ein Vorrücken der schlesischen Truppen wirken, sowie man auch auf die Neigung des Kurfürsten zu Hohen-

lohe zählen könne. Hessen habe den General Blücher in der Nähe. Den beiden Ländern würde man dadurch Vertrauen einflößen, wenn man die Potsdamer und Berliner Garnison schleunigst vorrücken uud zwischen Hannover und Sachsen eine Curtine bilden lasse, vornehmlich aber, wenn der König selbst mitgehe bis auf den Centralpunkt Magdeburg. „Der Charakter unserer Operationen muß ein wirksamer Bewegungskrieg sein: mit Corps zu observiren, in Masse anzugreifen [1]). Das Glück pretirt sich nur dem Kühnen; sind wir unglücklich, so haben wir doch die Ehre gerettet". Mit Recht legte man auf die Verbindung mit Sachsen und Hessen großen Werth. Aus der älteren deutschen Geschichte ist bekannt, wie viel die Erbeinigung der drei Häuser einst zur Beruhigung von Norddeutschland, zur Herstellung des Landfriedens in diesen Regionen, während andere noch von der Privatfehde beunruhigt waren, beigetragen hat. Mit einiger Verwunderung bemerkt man, daß in dem Entwurf, der zur Aufrichtung der norddeutschen Conföderation gemacht wurde, die alte Formel der Erbverbrüderung vom Jahre 1614 zu Grunde gelegt ist; die Worte sind oft die nämlichen, der Zweck freilich ein ganz verschiedener. Die Verbindung, die keine inneren Feinde zu bekämpfen hatte, sollte sich zu einer imposanten Macht consolidiren, um Napoleon Widerstand leisten zu können, im Zusammenhang mit Rußland und England, welche soeben von allen Friedensverhandlungen mit Napoleon Abstand nahmen.

Allgemein hielt man dafür, daß Haugwitz nicht der Mann sei, um unter seiner Führung den großen Kampf anzutreten. Seine Politik mochte sich in jedem einzelnen Falle entschuldigen lassen; im Ganzen erschien sie als eine wieder holte Tergiversation, die in dem Lande selbst, in dessen Namen sie ausgeübt wurde, sehr widerwärtig empfunden ward; auch nach dem Wechsel seiner politischen Haltung erwartete man nichts Gutes von ihm; hat man doch selbst noch damals die Meinung gehegt, daß er für Frankreich rüste, nicht gegen Frankreich. Und wenn es auch soweit nicht komme, so fürchtete man, es werde Alles nur wieder zu einem schädlichen Abkommen führen, wie im vorigen Jahre. Die Officiere, welche eingezogen wurden, kamen nicht ganz gern, weil sich die Rüstung zuletzt als ein Blendwerk ausweisen werde. Selbst die Beamten der militärischen Verwaltung zeigten sich lässig; sie glaubten nicht an den

1) Ich verstehe: man soll zunächst mehrere Observationscorps aufstellen, den Angriff aber nur in Masse vollziehen.

Ernſt der Sache. Der ſchlechte Ruf, welchen Haugwitz ſich durch ſeine widerſpruchsvolle Haltung zugezogen, machte Jedermann kopfſcheu. In dieſer Gährung iſt es zu einer Demonſtration gekommen, die in der preußiſchen Monarchie bisher unerhört war. Mit dem Miniſter Stein hatten ſich einige der hervorragendſten Perſönlichkeiten in Staat und Krieg, Schroetter, Rüchel, Phull, ſchon im April vereinigt. Noch mehr wollte es ſagen, daß ſich im Laufe des Sommers auch mehrere Mitglieder des königlichen Hauſes in dem nämlichen Sinne erklärten: die beiden Brüder des Königs, Prinz Louis Ferdinand und der Fürſt von Oranien-Fulda. Sie beſchloſſen, dem König eine Denkſchrift über die Lage der Dinge zu überreichen, bei welcher, wie man weiß, der Geſchichtſchreiber Johannes Müller, der damals in der höheren Geſellſchaft viel verkehrte und als ein ſchriftſtelleriſches Talent vom erſten Range anerkannt war, die Feder geführt hat. Nach der Betheuerung, der man vollſtändig Glauben ſchenken muß, daß nämlich nichts anderes ſie leite, als die Sorge für die Erhaltung der Würde und Unabhängigkeit der Monarchie, heben ſie beſonders hervor, daß das deutſche Reich einem fremden Willen unterworfen worden, ſeitdem der König ſeine particularen Intereſſen von denen des Reiches getrennt habe. Das von Friedrich dem Großen eingeleitete Syſtem der Vereinigung mit dem deutſchen Reiche ſei dadurch gebrochen, der König genöthigt worden, mehrere ſeiner treuſten Landſchaften aufzugeben; die nächſten Verwandten des Königs habe ein Machtſtreich ihrer Beſitzungen beraubt. Niemand begreife, daß das unüberwundene Heer nicht zur Erhaltung ſo heiliger Intereſſen verwendet werde. Heer und Volk ſeien bereit geweſen, ſich dafür aufzuopfern, als durch die Negociation von Haugwitz alle Hoffnung verſchwand. Zum zweiten Mal habe man zu einer koſtſpieligen Rüſtung ſchreiten müſſen. Heer und Volk ſeien nochmals zu allen Anſtrengungen erbötig: denn Niemand könne bezweifeln, daß Napoleon Preußen ebenſo behandeln wolle, wie andere unter ſeinem Joche ſeufzende Staaten.

Der Widerwille gegen die Regierung der Cabinetsräthe, den die erſte Denkſchrift ausgeſprochen, wurde in der zweiten mit verdoppelter Stärke wiederholt: man erſchrecke, wenn man bedenke, die nämlichen Männer könnten auch diesmal Alles vereiteln; man habe Urſache — es möge Friede bleiben oder Krieg werden —, das Aeußerſte zu fürchten. Das Cabinet wird beſchuldigt, ſich zwiſchen Volk und König einzudrängen: es mißbrauche die Friedens-

liebe des Königs; es colludire mit Frankreich und werde ſelbſt den Krieg gegen daſſelbe nicht mit dem nöthigen Eifer führen. Sie ſprechen mit Beſtimmtheit aus: nur durch die Entfernung des Grafen Haugwitz und der beiden Cabinetsräthe könne Zutrauen, Feſtigkeit und Ruhe zurückkehren.

Unumwunden wurde dergeſtalt der König zu einer Veränderung in den Perſonen ſeiner politiſchen Rathgeber gedrängt. Es war eine Remonſtration, wie ſie ſonſt nur in parlamentariſchen Verfaſſungen oder bei großen Erregungen einer mächtigen Ariſtokratie vorgekommen iſt. König Friedrich Wilhelm III. befand ſich eben bei ſeiner Gemahlin, als ihm durch einen Adjutanten des General-Lieutenants Rüchel dieſe Vorſtellung überreicht wurde. Er gerieth in eine zornige Aufwallung; er ſagte: darin liege Meuterei und revolutionäres Beginnen. Die Königin hat ihren Einfluß nicht verwendet, um den aufflammenden Unmuth ihres Gemahles zu beſänftigen; wahrſcheinlich theilte ſie denſelben. Die vornehmen Herren, welche die Eingabe unterzeichnet hatten, wurden zu ihren Regimentern, die auf dem Marſche begriffen waren, verwieſen; der König bezeigte auch den Anderen ſeine Ungnade. Man hatte Haugwitz von ihm entfernen wollen; die Art und Weiſe, in der dies verſucht wurde, bewirkte, daß er, wie die Fürſten pflegen, um ſo mehr an ihm feſthielt. Und nicht eben ungerechtfertigt war der Unwille Friedrich Wilhelms. Die Herren, welche den Gang ſeiner Politik tadelten, kannten doch nur die eine Seite der Sache, nicht die andere; ſie hatten keine Kunde von der Fühlung, in die der König mit Rußland getreten war. Höchſt außerordentlich war doch in der That die damalige Verwaltung der auswärtigen Geſchäfte. Sie lag in den Händen zweier mit einander rivaliſirenden Miniſter, von denen keiner an der Thätigkeit des anderen Theil nahm oder auch nur genau von derſelben unterrichtet war. Die Correſpondenz Hardenbergs mit dem Könige fand nur unter geheimer Vermittelung des Oberpoſtmeiſters ſtatt. Zuweilen ſah er auch den König, jedoch nur ſelten und dann unter Vorkehrungen, welche jeder Vermuthung eines beſonderen Vertrauens zuvorkommen ſollten. König und Königin hätten nichts mehr gewünſcht, als eine Ausſöhnung zwiſchen den beiden Miniſtern. Hardenberg aber, der ſich von Haugwitz beleidigt fühlte und von ihm betrogen zu ſein glaubte, ſträubte ſich mit Händen und Füßen gegen dieſe Vereinigung, vielleicht auch deshalb, weil er dann das Vertrauen, das ihm Kaiſer Alexander ſchenkte, verſcherzt hätte. Er war mißvergnügt, weil er von der officiellen

Politik ausgeſchloſſen blieb. An den geheimen Verhandlungen hatte dagegen Haugwitz keinen Antheil, für einen erſten Cabinetsminiſter eine an ſich, wenn wir ſo ſagen dürfen, unerträgliche Lage; aber es ſcheint kaum, als habe Haugwitz ſie recht erkannt. Das Verhältniß zu Rußland durfte ihm nicht ganz und gar verborgen gehalten werden, weil man fürchtete, er möchte ſich zu tief mit Frankreich einlaſſen. Aus den Mittheilungen, die er durch Goltz erhielt, konnte er wenigſtens ſoviel abnehmen, daß es demnächſt zu einem Bruche zwiſchen Rußland und Frankreich kommen werde, was ihm dann in der antifranzöſiſchen Haltung, die er jetzt eingenommen, einen feſten Rückhalt verlieh. Das Sonderbarſte iſt, daß man in Rußland die Schwankungen der preußiſchen Politik nicht einmal ungern ſah. Denn die Beſorgniß regte ſich, daß Rußland in ſeinen polniſchen Provinzen von Napoleon angegriffen werden ſolle. Man hatte nichts dagegen, wenn Preußen den Schein annehme, als müſſe es ſich wegen der darüber zu erwartenden Verwickelungen gegen Rußland ſicherſtellen: unter dieſem Schein könne der König ſeine ganze Armee in Kriegsbereitſchaft ſtellen. Die Vorausſetzung war dabei immer, daß Preußen in dem entſcheidenden Momente ſich auf die Seite von Rußland ſchlagen werde. Man hätte gewünſcht, daß Hardenberg die Direction der Geſchäfte ausſchließend in ſeine Hand bekäme. Denn in ihm war das Bewußtſein der europäiſchen Nothwendigkeiten überwiegend; Haugwitz repräſentirte mehr die Sache des iſolirten Staates. Was man auch gegen ihn ſagen mag, er wird immer die Ehre haben, ſelbſt noch vor der Nichtratification des Dubril'ſchen Vertrages eine Stellung gegen Napoleon genommen zu haben; er hat behauptet, dahin ſei ſeine Abſicht bei dem Vertrage vom 15. Februar gegangen, was auch der Inhalt ſeiner Briefe aus Paris wahrſcheinlich macht.

Zehntes Capitel.

Kriegerische Entschließungen.

Die Frage ließ sich wohl aufwerfen, ob es nicht auch ein allgemeines Interesse in sich schloß, der isolirten Stellung von Preußen nochmals Raum zu verschaffen. Seit dem Emporkommen der revolutionären Macht standen in Europa zwei Principien einander gegenüber, das der Streitkräfte des revolutionirten Frankreichs, die, jetzt in der Hand eines kriegsgewaltigen Eroberers vereinigt, doch auch wieder den Ideen von 1789 Bahn machten, und das der europäischen Staaten, in denen eine legitime Gewalt bestand, auf den Grund der alten historischen Entwickelung, durch welche der sociale Zustand, wie er sich im Laufe der Zeit gebildet hatte, aufrechterhalten wurde. Dieser Widerstreit der legitimen Gewalten und der revolutionären Monarchie drohte noch einmal einen großen Kampf hervorzurufen, der, wenn er auch zum Vortheil der legitimen Gewalt ausfiel, den Gegensatz der Ideen nicht aufhob. Den revolutionären und usurpatorischen Tendenzen, welche in jenem Augenblick die Oberhand hatten, konnte dann möglicherweise die Herrschaft der legitimen und conservativen Ideen folgen, wie sie denn in dem Zeitalter der Restauration wirklich eingetreten ist. Der Historiker kann nach der Hand wohl fragen, ob das so durchaus wünschenswerth war. Bisher hatte Preußen den Kampf in dieser Ausdehnung unmöglich gemacht. Die Aufstellung des preußischen Staates in der Mitte der großen Mächte, immer mit dem Gedanken der Vermittelung zwischen ihnen, war dazu bestimmt, einen unmittelbaren Conflict zu vermeiden. Unter diesem Gesichtspunkte darf man die preußische Politik in den letzten Jahren des 18. und den ersten des 19. Jahrhunderts nicht geradezu verdammen. Es ließ sich nur bezweifeln, ob Preußen stark genug sei, das System, das es ergriffen hatte, zu behaupten. Der Gedanke der Neutralität war in einem Augenblick gefaßt worden, in welchem man zu schwach war, die Waffen zu führen, ohne sich selbst zu verderben. Er war aber zugleich mit dem Vorhaben verknüpft, das Verhältniß des preußischen Staates zu Deutschland weiter zu entwickeln und die Organisation des deutschen Reiches zu einem Bollwerk gegen die Uebergriffe Frankreichs zu machen. Das geschah in stetem Ant-

agonismus zu Oesterreich; aber das Bestehen Oesterreichs als einer selbständigen und hinreichend starken europäischen Macht gehörte doch wieder dazu, um die Stellung von Preußen haltbar zu machen. Ein Gefühl von dieser Zusammengehörigkeit hatte man gehabt, als man den Vertrag vom 3. November schloß. Aber in dem Zeitpunkt, in welchem dies geschah, war es schon zu spät, der Strömung der Ereignisse Einhalt zu thun. Oesterreich wurde niedergeworfen und war zu politischer Ohnmacht verdammt, Deutschland der französischen Herrschaft in Form eines Bundes unterworfen. Konnte nun aber Preußen dem veränderten Zustande von Deutschland gegenüber die Rolle behaupten, welche ihm zukam? Augenscheinlich war dies nur dann möglich, wenn man dagegen die Verbindung mit England und Rußland verstärkte. Der größte politische Fehler von Haugwitz lag eben darin, daß er das Ziel in einer Verbindung mit Frankreich zu erreichen meinte. In kurzem mußte er erleben, daß eben die Concessionen, zu denen sich Frankreich entschlossen hatte, von demselben doch für nicht verbindlich erklärt wurden. Die Abtretung, welche dem preußischen Staate eine selbständige territoriale Macht verschaffen sollte, wurde nicht mehr als vollgültig anerkannt, das deutsche Reich, an welchem dem preußischen Staate ein so großer Antheil zukam, für aufgelöst erklärt. In Folge des Rheinbundes breitete sich das revolutionäre Imperium in den oberen Reichskreisen in unwiderstehlichem Fortschritt aus; eine entgegengesetzte Conföderation, welche die Einheit von Norddeutschland auf den Grund uralter Verbindungen behaupten sollte, wurde absichtlich gehemmt und verhindert. Die Politik Friedrich Wilhelms III., die dies alles ohne Widerstand geschehen ließ, würde unverständlich sein, wenn man nicht wüßte, daß er im Angesicht des Fortschrittes der seinem Staate feindseligen Elemente die Verbindung mit Rußland erneuerte und befestigte.

Eben, indem man eine entschiedene Haltung gegen Frankreich annahm, wurden die letzten Schwierigkeiten gehoben, welche sich der Auswechselung der Declarationen, über die man so lange verhandelte, entgegengestellt hatten. Am 29. August traf die definitiv beistimmende Erklärung des Königs bei Hardenberg ein, worauf dann Alopaeus nach Tempelberg kam und die Declaration übergab. Die Sache war schon durch Czartorysky eingeleitet, wurde aber unter dessen Nachfolger Budberg zu Stande gebracht. Wenn man die Daten vergleicht, so sieht man, daß die Remonstration der Prinzen, deren wir gedachten, eben in dieselbe Zeit fällt, in welcher

diese Declaration ausgewechselt wurde. Darin liegt doch, daß der König keineswegs so ganz in den Händen des Grafen Haugwitz und der angeschuldigten Cabinetsräthe war, wie deren Gegner voraussetzten; für den Fall eines Bruches mit Napoleon hatte er sich eines Rückhaltes versichert. Eine unmittelbare Entlassung von Haugwitz würde zwar das Vertrauen Rußlands befestigt, aber auch das persönliche Ansehen des Königs tief erschüttert und auf Napoleon nicht die mindeste Wirkung hervorgebracht haben: denn dessen Aufmerksamkeit war vornehmlich auf Rußland gerichtet. Er zweifelte nicht, daß zwischen den preußischen Rüstungen und der russischen Politik ein innerer Zusammenhang bestehe.

Von nicht geringer Wichtigkeit für das Verhältniß wurde von neuem die orientalische Frage. Die Osmanen hatten sich durch einen Vertrag von 1802 verpflichtet, die Hospodare der Moldau und der Walachei, Ypsilanti und Murusi, die als Anhänger Rußlands galten, sieben Jahre in ihren Stellen zu lassen, vorausgesetzt, daß ihnen keine schweren Vergehungen nachgewiesen würden, und auch in einem solchen Falle vor ihrer Entfernung mit Rußland[1]) Rücksprache zu nehmen. Der französische Gesandte, General Sebastiani, bemühte sich, den Sultan Selim dennoch zur Entlassung dieser Hospodare und zur Ersetzung derselben durch Anhänger des französischen Systems zu vermögen. Auch hiebei spielte der Dubril'sche Vertrag eine Rolle. Die Besorgniß, daß er nicht ratificirt werden möchte, veranlaßte die Franzosen, noch ehe dies geschehen war, eine Gegenwirkung in Constantinopel zu versuchen[2]). Dem Eifer und der Geschicklichkeit Sebastiani's gelang es in der That, den Sultan persönlich zur Absetzung der beiden Hospodare zu überreden, obwohl darin eine Contravention gegen den Vertrag mit Rußland lag: denn noch waren die Hospodare erst drei Jahre im Amte. Unmöglich konnte Rußland das ruhig hinnehmen. Da die Türken sich so entschieden auf die Seite der Franzosen warfen, die eben damals Dalmatien innehatten, so war die Stellung Rußlands im südöstlichen Europa überhaupt bedroht. Kaiser Alexander entschloß

1) Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches VII, S. 403.

2) Für den Fall der Ratificationen scheint sich Sebastiani eine anderweite Regelung dieses Verhältnisses vorbehalten zu haben. Il serait toujours temps, si l'empereur Alexandre sanctionnait l'oeuvre de son négociateur, de revenir sur des prétentions que ne comporteraient plus les relations pacifiques de son gouvernement avec celui de Russie. Lefèbre, Histoire polit. de l'Europe III, 17.

sich zu einem Angriff auf die Türkei. Einer der oben angeführten Artikel der zwischen Preußen und Rußland gewechselten Declarationen war sehr ausdrücklich auf diesen Fall berechnet. Es bildete sich nun, man möchte sagen, eine gleichsam ideale Parteiung in Europa — denn ausgesprochen war sie noch nicht —: auf der einen Seite die Türkei und Frankreich in seiner damaligen großartigen Weltstellung, auf der anderen Seite England, das eben damals zu seiner alten Politik auf das entschiedenste zurückkehrte, und Rußland. War nun nicht der Augenblick gekommen, um die Coalition von 1805 zu erneuern, da Preußen sich sehr dahin neigte, seiner früheren Verbindlichkeit nachzukommen, und Stellung gegen Frankreich nahm? Kein Zweifel kann darüber obwalten, daß der König von Preußen mit Oesterreich in Allianz zu treten wünschte. Und an sich wäre Oesterreich nicht abgeneigt gewesen, diesen Wunsch zu erfüllen: Haugwitz meinte, des Beistandes von Oesterreich sicher zu sein. Doch setzte sich dem eine Schwierigkeit entgegen, die in den allgemeinen Angelegenheiten lag: die orientalischen Verhältnisse, welche die occidentalischen immer durchsetzt hatten, wirkten auf Oesterreich ganz anders, als auf Rußland. Oesterreich kam auf den Grundsatz zurück, den es auch in den Zeiten der engsten Verbindung mit Rußland nicht aus den Augen verloren hat: es wollte die Russen nicht an der mittleren und niederen Donau zur Herrschaft gelangen lassen. Die Engländer haben zwischen ihnen zu vermitteln gesucht: denn ihr Zweck war die Wiederbelebung der Coalition; aber sie konnten die Schwierigkeit nicht überwinden. Es stellte sich heraus, daß Oesterreich in diesem Moment doch mehr zu dem französisch-türkischen System hinneigte, als zu dem russisch-englischen, während Preußen zwar nicht an England, aber an Rußland Anlehnung suchte und fand. Preußen seinerseits schien auch der hannoverschen Irrung wegen auf keine Verbindung mit England hoffen zu dürfen. Es traf ganz zur Sache, wenn der englische Gesandte in Wien, Adair, ein vertrauter Freund von Fox, insgeheim dem Minister Hardenberg die Eröffnung machen ließ: in dem Falle, daß die preußische Rüstung nicht zu Gunsten Frankreichs abziele — was man noch allgemein für möglich hielt —, sei England zu Anerbietungen bereit, die mit dem preußischen Interesse übereinstimmen würden. Aber schon sprach sich Haugwitz ohnehin so antifranzösisch als möglich aus; zu den Franzosen äußerte er wohl: er sei dazu von der Gegenpartei gezwungen; er selber suche noch Alles zu mäßigen; und wolle man, soll er gesagt haben, daß ihm der Kopf

abgeſchnitten werde? Dem Könige hat er ein Gutachten eingereicht, aus welchem man erſieht, daß die in Volk und Armee vorwaltende Stimmung gegen Frankreich zugleich ſeiner eigenen Geſinnung entſprach; es iſt vom 16. September 1806 [1]). Haugwitz betont darin mit einer Art von Stolz, daß der König jetzt 180,000 Mann um ſich habe, die vortrefflichſten Truppen, welche vor Eifer brennen, die nationale Ehre zu rächen und für die gerechteſte aller Sachen zu kämpfen, bis auf den letzten Soldaten überzeugt, daß nur mit den Waffen die Unabhängigkeit des Landes behauptet und für die Zukunft eine ehrenvolle und ruhige Exiſtenz geſichert werden könne. In der Nation ſei das Gefühl allgemein, daß man dem Strome, der alles, was ihr lieb und werth, zu zerſtören drohe, einen Damm entgegenſetzen müſſe; ſie halte es für ihre Pflicht, ſich dafür aufzuopfern. Die Meinungen ſeien jetzt hierüber einhelliger, als im vorigen Jahre. Preußen habe bei dieſem Unternehmen alle die, in welchen ein Gefühl für Unabhängigkeit und ein Widerwille gegen die Ungerechtigkeiten Napoleons lebe, auf ſeiner Seite, in Frankreich ſelbſt, Holland, Italien. Der Hülfe von Rußland ſei man ſicher und ſelbſt des Beiſtandes von Oeſterreich, inſofern man dieſer Macht durch energiſche Maßregeln Vertrauen einflöße. Die Abſicht war hienach eigentlich nicht, ſich der Coalition anzuſchließen, ſondern ſie ging vielmehr dahin, den preußiſchen Staat als das Centrum des Widerſtandes gegen Napoleon aufzuſtellen. Haugwitz ſagte: Preußen werde das Oberhaupt und der Mittelpunkt aller Völker ſein, welche von dem bereits auf ihnen laſtenden Joche ſich befreien wollen oder fürchten, der allgemeinen Domination unterworfen zu werden. Von Oeſterreich und Rußland habe man die Zuſicherung, daß ſie Preußen eben ſo gewiß Hülfe leiſten werden, als ſie von ihm ſolche erwarten können. Gegen England habe man alle mögliche Rückſicht beobachtet.

Augenſcheinlich iſt, daß Haugwitz dieſe Verhältniſſe günſtiger auffaßte, als ſie ſtanden. Noch war ein eigentliches Verſtändniß mit keiner der großen Mächte erreicht. Mit Rußland war noch keine Verabredung für den Krieg getroffen; von Oeſterreich hatte man nur allgemeine Zuſagen; mit England waren die Verhältniſſe noch immer geſpannt. Ganz im Irrthum war er jedoch dabei nicht. Und außer Zweifel iſt, daß ein weiteres Zuſammengehen mit Frankreich unmöglich war. Haugwitz meint: wenngleich die franzöſiſchen

1) Denkwürdigkeiten V, S. 364—368.

Truppen jetzt über den Rhein zurückgingen, so würden sie doch wiederkommen, sobald Preußen entwaffnet habe. Die Erfahrung zeige, was von einer besonderen Abkunft mit Frankreich zu erwarten sei. Er selbst sagte jetzt: man dürfe die Sache Preußens nicht mehr von der Sache Oesterreichs und Rußlands trennen. Wenn man das thue, so werde man sich der Rache Napoleons allein aussetzen, der dem Könige von Preußen seine Haltung im vorigen Jahre noch nicht vergeben habe; selbst die Unterhandlungen, auf die Frankreich etwa eingehen möchte, würden einen für den preußischen Staat unerträglichen Zustand der Unentschiedenheit herbeiführen; er würde dabei seine Mittel erschöpfen, was Napoleon wahrscheinlich wünsche. Nicht eigentlich den Krieg anzukündigen hielt er für rathsam; aber unerläßlich erschien es ihm, einige Punkte als Präliminarien einer gemeinsamen Unterhandlung aufzustellen, deren Verwerfung unmittelbar die Eröffnung kriegerischer Operationen herbeiführen würde. Er macht folgende namhaft: unverzügliche Evacuation Deutschlands von den französischen Truppen, so daß die preußischen Raum haben würden, sich weiter auszubreiten; das förmliche Versprechen der Franzosen, der Bildung des norddeutschen Bundes keine Hindernisse in den Weg zu legen; der Bund solle alle deutschen Staaten ohne Ausnahme begreifen, die nicht in der Fundamentalakte des Rheinbundes genannt seien; endlich Beistimmung zur Eröffnung von Negociationen, durch welche der Friede des Continents hergestellt und gesichert werden sollte. Aus den einlaufenden Berichten nehme man ab, wie sehr Napoleon sich gegen eine definitive Erklärung sträuben werde; man sehe seine Truppen immer weitere Quartiere einnehmen und die Nachbarn bedrohen. Aus diesem Grunde schlägt Haugwitz vor, dem französischen Kaiser einen Termin zu setzen, bis zu welchem seine Erklärung mit Bestimmtheit erwartet werde.

Auf Friedrich Wilhelm III. nun machten diese Rathschläge, die etwas Großartiges haben und das preußische Ansehen höher zu heben hoffen ließen, als es jemals gestanden, den größten Eindruck. Den folgenden Tag hatte Hardenberg, der dieselben noch nicht kannte eine Audienz bei dem König. In dem Gespräche, das sich dabei entspann, wollte der König nicht zugeben, daß seine Lage gefährdeter sei, als im Jahre 1805: Oesterreich sei bereit, beizutreten, nur scheine es den ersten Erfolg abwarten zu wollen; auf Rußland könne man rechnen; mit England werde man sich auch einverstehen. Auf die Erinnerung Hardenbergs, daß Haugwitz über die geheimen Ver-

handlungen mit Rußland und die Eröffnungen Adairs unterrichtet werden müſſe, ging der König nicht ein; er wünſchte die Mittheilungen Hardenbergs auf dem bisherigen Wege: das Uebrige werde er ſchon ſelbſt beſorgen. Wahrſcheinlich hatte er das bereits gethan, ſoweit es ihm nöthig ſchien.

Hardenberg war dadurch verſtimmt, daß ihm keine näheren Mittheilungen gemacht, ſein Rath in den allgemeinen Angelegenheiten auch diesmal nicht gefordert werde. Aber die Haltung des Königs erfüllte ihn mit hoher Anerkennung, und er ſuchte ihn in derſelben zu beſtärken [1]); er ſagte ihm: beſſer ſei es, mit Ehren zu unterliegen, als Schande und Abhängigkeit zu dulden. Wenn der König im Verlaufe des Geſpräches doch auch wieder bemerken ließ, daß er die Gefahr ſeiner Lage wohl fühle, ſo erwiederte Hardenberg: die Gefahr ſei doch nicht abſolut; Kraft werde Kräfte wecken; er müſſe handeln und von dem guten Geiſte, der allenthalben herrſche, Vortheil ziehen [2]).

Die Stellung, die man nahm, iſt von großer innerer Bedeutung. Dem revolutionären Kaiſerthum ſollte in Deutſchland eine Schranke gezogen werden, und zwar durch die eigenſten preußiſchen Intereſſen unter der Sympathie von Europa. Eine Coalition war nicht geſchloſſen. Preußen unternahm es, dem gewaltigen Heere, das den größten Theil des Continents beherrſchte, das Rußland und Oeſterreich beſiegt hatte, allein entgegenzutreten, einmal zur Vertheidigung ſeiner eigenen Gebiete, ſodann für die Unabhängigkeit Deutſchlands, endlich zur Wahrung des allgemeinen Gleichgewichts der Staaten überhaupt. Wohl fühlte man, daß man einem bei weitem überlegenen Feinde entgegenging; aber man meinte, mit einer Armee von 180,000 Mann eine feſte Poſition nehmen und in derſelben die Entſchlüſſe des Feindes erwarten zu können.

Wenn das Friedericianiſche Heer, das noch ſeinen alten Ruhm behauptete, ſich der Napoleoniſchen Macht in den Weg ſtellte, ſo wagte man vorauszuſetzen, daß der große Gewalthaber auf Unterhandlungen eingehen und ſich bequemen werde, die Bedingungen eines haltbaren Zuſtandes anzunehmen.

1) Die Unterredung iſt in dem Journal mit einigen Abweichungen von den Memoiren erzählt; das erſtere hat den Vorzug, daß es unmittelbar niedergeſchrieben iſt.

2) Je répondis: Kraft werde Kräfte wecken, qu'il ne s'agissait que d'agir et de tirer parti du bon esprit qui régnait partout. So im Journal.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederaufrichtung (1806—1813).

Erster Abschnitt.

Die Schlacht von Jena und ihre Folgen.

Erſtes Capitel.

Ausbruch des Krieges.

Wenn man dem Urſprung der Feindſeligkeiten zwiſchen Frankreich und dem preußiſchen Staate, die im Jahre 1806 zum Ausbruch kamen, nachforſcht, ſo kann derſelbe zunächſt nicht mehr in jenem Kriege von 1792, obwohl er immer im Gedächtniß blieb, durch welchen Friedrich Wilhelm II. das legitime Königthum aufrechtzuerhalten beabſichtigt hatte, geſucht werden. Vorlängſt war man in Preußen von dieſem Gedanken zurückgekommen; ſeit vielen Jahren beſtand ein friedliches und ſelbſt freundſchaftliches Verhältniß zwiſchen den beiden Staaten. Frankreich hatte in Folge jenes erſten Zuſammentreffens nie etwas Anderes gefordert, als das, was man die conſtitutionellen Grenzen nannte, und dieſe erlangt. Der preußiſche Staat, der davon ſelbſt betroffen wurde, mußte ſich, wie ungern auch immer, in dieſe Nothwendigkeit fügen. Wenn dann aus dieſem Abkommen ſelbſt eine Umgeſtaltung des deutſchen Reiches hervorging, ſo waren auch hieraus zwar mancherlei vorübergehende Irrungen, doch kein eigentliches Mißverſtändniß entſtanden.

Die Grundideen des revolutionären Frankreichs und des proteſtantiſchen Preußens berührten einander gewiſſermaßen in den Säculariſationen, welche endlich auch das deutſche Reich adoptirte. In die enge Verbindung Preußens mit Rußland wurde Frankreich ſelbſt hineingezogen: die neue Einrichtung von Deutſchland war das gemeinſchaftliche Werk der drei Mächte.

Frankreich und ein in Deutſchland mit einer überwiegenden Autorität, wenngleich nicht mit dem Kaiſerthum bekleidetes Preußen hätten, ſo ſchien es, nebeneinander beſtehen können. Denn daß Preußen in dem Antagonismus der revolutionären Macht und der Coalitionen ſich neutral halten werde, lehrte die Erfahrung.

Da trat nun aber in Frankreich der große General auf, der es verstand, die revolutionäre Leidenschaft zu bändigen, indem er die socialen Principien der Revolution im Allgemeinen aufrechterhielt. Er combinirte sie mit einer fest begründeten Autorität und schuf einen Staat, der auf vier starken Fundamenten beruhte: auf der Herstellung der Religion in der Form des Katholicismus, einem gesicherten Finanzwesen, einer eisernen Administration und der Aufrichtung eines allezeit schlagfertigen Heeres. In der Verbindung dieser Elemente besteht die geniale Größe Napoleons; aber sie durchdrang sich in ihm mit der Idee einer universalen Herrschaft. Mit der Gesammtkraft von Frankreich erfocht er seine Siege; durch diese beherrschte er wieder Frankreich.

Ob sich nun eine Autorität dieser Art würde behaupten lassen ohne die Persönlichkeit, welche sie geschaffen hatte, war der Natur der Sache nach sehr zweifelhaft. Napoleon faßte den Gedanken, die revolutionäre Monarchie durch die Einführung der Erblichkeit des Thrones auf immer zu befestigen; sein Ehrgeiz war, eine neue Dynastie zu gründen. Ihm schwebte das karolingische Reich vor Augen, welches die drei großen Nationalitäten des abendländischen Continentes, die französische, italienische und deutsche, umfaßt hatte. Er war Meister in Frankreich; mit der französischen Krone verband er die italienische; Holland und die Schweiz, die alten Bollwerke des europäischen Gleichgewichts, beugten sich unter sein Scepter. Alles das machte ihn noch nicht zum Meister des europäischen Continentes, der ihm in großen unabhängigen Staatsbildungen, den Hervorbringungen der letzten Jahrhunderte, gegenüberstand. Jede von ihnen fühlte sich in ihrer Machtsphäre durch das Emporkommen der napoleonischen Monarchie bedroht: Preußen trotz seiner neutralen Haltung doch nicht minder als die übrigen.

Was nun aber Allem seine eigenthümliche Gestalt gab, war das Verhältniß zu England. So sehr sich die Franzosen in der Erwerbung einer universalen Macht gefielen, so sehr sie sich auch ihrem Kaiser anschlossen, dessen Dasein eine Gewährleistung der revolutionären Institutionen in sich schloß, so lag ihnen doch, wie schon einst im siebenjährigen Kriege, ebensoviel daran, dem Seekriege gegen England ein Ende zu machen und dadurch für ihre commerciellen Bestrebungen wieder eine freie Bahn zu eröffnen. An und für sich war das, wie die Verhandlung in Amiens zeigte, nicht so unmöglich; aber die unheilvolle Verflechtung der Dinge lag darin, daß die Engländer das fortwährende Umsichgreifen des fran-

zösischen Reiches auf dem Continent nicht dulden wollten. Der Friede mit England und der Fortschritt des revolutionären Imperiums ließen sich nicht combiniren; daher rührte es, daß der Friede von Amiens, der eigentlich nie recht zu Stande kam, sogleich wieder gebrochen wurde. Eben diese Epoche war es aber, in welcher sich die englische Seeherrschaft mehr als je festsetzte und in den weitesten Regionen ausbreitete. Die ägyptische Unternehmung Napoleons war vollkommen mißlungen; er hatte Ostindien zu erreichen gemeint: jetzt erst waren die Engländer vollends Meister desselben geworden. In dem Augenblicke, wo in Europa Napoleon sein Kaiserthum aufrichtete, hatten sie in Ostindien ein Reich von unermeßlichem Umfang gegründet. Nicht gerade unmittelbar, aber mittelbar wirkte dies auf Europa zurück. Mit der Energie, mit der die Engländer Seringapatnam eroberten, hatten sie auch bei Trafalgar gesiegt. Alle occidentalischen Seemächte erlagen dem englischen Uebergewicht. Eine der großen welthistorischen Fragen war nun, wie sich Frankreich und England gegeneinander stellen würden.

Das vornehmste Bestreben der Franzosen ging dahin, der zur See überlegenen Macht, durch welche ihnen ihre Colonien entrissen worden waren, nicht eigentlich Schranken zu setzen, aber in ein solches Verhältniß mit ihr zu kommen, daß ihnen eine freie maritime Entwickelung möglich würde. Die Nation setzte Napoleon in den Stand, jene Küstenbewaffnung auszurüsten, durch welche England zum Frieden mit Frankreich genöthigt werden sollte. Napoleon hatte so ganz Unrecht nicht, wenn er behauptete, von der Ausführung dieses Entwurfs durch den Einfluß Englands auf die Mächte des Continentes und deren feindselige Regungen gegen ihn abgehalten zu werden. Allein überdies: das maritime Unternehmen selbst zu wagen, wohnte ihm doch kein persönlicher Impuls bei. Der Landkrieg war das Element, in welchem er groß geworden war. Er wendete die gesammelten Kräfte doch wieder gegen die continentalen Potenzen, die ihm noch Widerstand leisten konnten, — auf den Grund ihrer Verbindung mit England. Unleugbar ist es, daß alle Mächte, die noch aufrechtstanden, ein Interesse hatten, welches sie untereinander verknüpfte, wiewohl sie sich desselben keineswegs immer bewußt waren. An der Niederwerfung Englands konnte ihnen nicht gelegen sein, und ihrerseits durften sie immer auf die Hülfe von England rechnen. Dem Kaiser der Franzosen gelang es, Oesterreich niederzuwerfen und die dritte Coalition zu zersprengen. Die Ab-

sichten der beiden verbündeten Hauptmächte, Rußland und Oesterreich, waren keineswegs auf einen Umsturz der damaligen Verfassung in Frankreich gerichtet gewesen. In einem Artikel des in das tiefste Geheimniß gehüllten Vertrages, der sie vereinigte, ward von der Herstellung der alten Zustände in Frankreich Abstand genommen. Es war nur der Umfang und Fortschritt des napoleonischen Imperiums, dem sie entgegenzutreten und dem gegenüber sie eine haltbare Position zu erlangen dachten. Der rasche und entscheidende Sieg, den die französische Armee, die jetzt den Namen der „großen" annahm, über Oesterreicher und Russen davontrug, machte diesem Vorhaben ein plötzliches Ende.

Die napoleonische Macht erhob sich auf eine Höhe, die sie einlud, nach der vollen Herrschaft über den Continent zu streben. Der nächste Erfolg war, daß der französische Kaiser auch das überrheinische Deutschland nicht mehr bloß indirect unter seine Autorität zu bringen unternahm: der Rheinbund, den er schloß, kann eigentlich als eine Art von Kaiserthum, das ja in Deutschland niemals weit über eine Conföderation hinausgegangen war, betrachtet werden. Wie er um dieselbe Zeit seiner Gewalt in Italien und Holland eine dynastische Färbung gab, that er dies auch in Deutschland. Einige deutsche Höfe mußten einwilligen, sich mit seiner Familie zu verbinden. Man hat sich damals gewundert, daß er sich so lange in München aufhielt, die Vermählung seines Stiefsohnes mit einer baierischen Prinzessin zu Stande zu bringen[1]); aber darin lag für ihn eine sehr wesentliche Rücksicht. Durch Familienverbindung mit einer oder der anderen alten Dynastie meinte er der seinen Glanz und Sicherheit zu verschaffen. Sein Schwager vereinigte Cleve und Berg, um welches die Häuser Brandenburg und Pfalz so lange gehadert. Der Mann, der die Reichserzkanzlerwürde vertrat, wurde der getreueste Satellit des neuen Imperators.

Durch diesen Gang der Ereignisse wurde nun, abgesehen von allen weiteren Verflechtungen, die Stellung Preußens wesentlich verändert und erschüttert. Im Gedränge der Umstände hatte Graf Haugwitz den Gedanken gefaßt, die bedrohte Macht des preußischen Staates nicht im Gegensatz, sondern im Bunde mit dem neuen Imperium zu befestigen. Wenn er Hannover für Preußen erwarb, wozu Napoleon die Hand bot, und es ihm dann gelang, dem südlichen Deutschland gegenüber eine Conföderation im Norden zu schließen,

1) Ségur, Histoire et Mémoires II, S. 488.

ſo lag darin eine neue Befeſtigung des preußiſchen Staates, ſeiner Selbſtändigkeit und Machtſtellung.

Wie hätte aber Napoleon ſich ſelbſt eine neue Gegenmacht ſchaffen ſollen! Seine Abſicht war nur, durch Conceſſionen, die er an Preußen machte, und die er dann wieder zurücknehmen zu können glaubte, ſeine Pacification mit England zu erleichtern. Und zugleich unterhandelte er auf das eifrigſte mit Rußland. Jener Vertrag kam zu Stande, der, wenn er ratificirt und dann von England verworfen worden wäre, dieſen Staat iſolirt haben würde. Die Ratification des Oubril'ſchen Vertrages oder ſeine Verwerfung wurde nun der Angelpunkt der europäiſchen Politik überhaupt: aus den Verhandlungen in Conſtantinopel ergiebt ſich, daß die Franzoſen ſchon auf den Fall Bedacht nahmen, daß die Ratification vielleicht doch nicht erfolge.

Wir kennen die Mißverhältniſſe, welche beſonders der deutſchen Angelegenheiten wegen zwiſchen Frankreich und Preußen eintraten. Preußen hatte ſich zue iner großen bewaffneten Demonſtration behufs Wahrung ſeiner Rechte entſchloſſen. Es überredete ſich, daß der Kaiſer der Franzoſen ſich zu Unterhandlungen herbeilaſſen würde. Aber Napoleon ſah die Sache noch aus einem anderen Geſichtspunkte an. Als die Ratification ſich verzögerte und zweifelhaft wurde, urtheilte er, daß die Mobilmachung der preußiſchen Truppen damit zuſammenhänge. Unerträglich war es für ihn, in Preußen eine Vorhut für Rußland zu dulden; es ſchien nicht unmöglich, daß durch ruſſiſche Dazwiſchenkunft ein Verſtändigung zwiſchen Preußen und England über Hannover zu Stande gebracht würde. In demſelben Augenblicke, daß die Nicht-Ratification des Oubril'ſchen Vertrages bekannt wurde, war er entſchloſſen, die Waffen gegen Preußen zu ergreifen[1]). Schon am 5. September hat er einen Entwurf gemacht, wie er Preußen über den Haufen werfen könne.

---

1) Der Zuſammenhang ergiebt ſich aus folgenden Stellen der Correſpondenz Napoleons. Am 3. September ſchreibt er an Berthier: j'allais vous expédier les ordres pour le retour de l'armée, quand j'ai appris que l'Empereur de Russie avait refusé de ratifier le traité. Am 5. ſchreibt er an denſelben: Les nouvelles circonstances de l'Europe me portent à penser sérieusement à la situation de mes armées. — — Causez avec le Roi de Bavière, et faites-lui sentir de quelle importance il est qu'il ne soit pas exposé à une agression de la Prusse ou de la Russie, et que l'armée ne quitte pas l'Allemagne que tout ne soit pacifié. An demſelben Tage ſchreibt er dann ferner an Berthier: Envoyez

Und auf der anderen Seite iſt nicht in Abrede zu ſtellen, daß die Wahrſcheinlichkeit eines neuen Bruches zwiſchen Rußland und Frankreich den König von Preußen und ſeinen Miniſter in dem Entſchluß beſtärkte, eine feſte Haltung gegen Frankreich zu nehmen. In der allgemeinen Combination der Verhältniſſe war ihre Lage nicht ungünſtig; denn ſie konnten auch ihrerſeits auf eine Theilnahme von Rußland und vielleicht von England an der Sache der preußiſchen Unabhängigkeit rechnen; ſie konnten hoffen, daß für Napoleon gerade in der ihm entgegengeſetzten Bewegung, die ſich vorausſehen ließ, ein Grund liegen würde, auf ihre Forderungen Rückſicht zu nehmen. Von jeher hat man bemerkt, daß Preußen ſein Verhältniß zu den übrigen Mächten zu einer wirklichen Verbindung hätte ausbilden ſollen. Aber das entſprach doch wieder der Abſicht nicht, und wie hätte ſich über alle die ſtreitigen Punkte leicht und kurz eine Vereinbarung treffen laſſen? Die Abſicht war, die eigene Sache durchzuführen, ohne nach anderen Seiten hin gebunden zu ſein.

An Stelle Lucchesini's, der abberufen werden mußte, war noch einmal ein preußiſcher Geſandter, General Knobelsdorff, der ſich allezeit, namentlich bei ſeiner Miſſion in Conſtantinopel, als ein Anhänger der franzöſiſchen Tendenzen erwieſen hatte, nach Paris geſchickt worden. Er erfreute ſich der beſten Aufnahme. Napoleon machte ihm ſogar ein prächtiges Geſchenk. Wenn aber der Gedanke von Haugwitz geweſen iſt, den Kaiſer durch dieſe Sendung zu täuſchen — denn Knobelsdorff war in völliger Unkunde über die genommenen kriegeriſchen Entſchließungen und doppelt eifrig in den Friedensverſicherungen, die er mitbrachte —, ſo diente die Benommenheit deſſelben auch wieder dazu, daß er ſich täuſchen ließ.

Gegen Ende Septembers aber hatte er entſcheidende Inſtructionen bekommen; und alle Aufmerkſamkeit verdient das Memorandum, das er am 1. October bei Napoleon einreichte. Er bemerkte darin, daß man aus den gewechſelten Schriftſtücken erkenne, wie der König aus einem loyalen Verbündeten Frankreichs ein Nachbar geworden, der, für ſeine Exiſtenz beſorgt, ſich habe waffnen müſſen, um ſeine theuerſten Intereſſen zu wahren. Niemand könnte ſo verblendet

des officiers du génie faire de bonnes reconnaissances, à tout hasard, sur les débouchés de chemins qui conduisent de Bamberg à Berlin. (Corresp. XIII, S. 171, n° 10,730; S. 183, n° 10,744). — Dies gleicht ſich aus, wenn man annimmt, daß Napoleon zum Kriege entſchloſſen geweſen ſei und doch die Annahme des Friedens von Oubril habe abwarten wollen.

sein, um zu glauben, daß derselbe, nachdem er neun Jahre lang mit einer gewissen Folgerichtigkeit Partei für Frankreich genommen habe, jetzt zu einer anderen Politik übergehe, ohne dazu gezwungen zu sein. Preußen habe keinen Vortheil davon gehabt, daß es neutral, Freund, selbst Alliirter Frankreichs gewesen sei. Durch das gigantische Wachsthum einer wesentlich erobernden und militärischen Macht werde es in den wichtigsten Interessen verletzt, in allen bedroht. Der König sehe um sich her nur französische Armeen oder Vasallen Frankreichs, die bereit seien, gegen ihn zu marschiren, und höre von dem Anrücken immer neuer Truppen aus dem Innern Frankreichs. Die Eingabe Knobelsdorffs, die man als Ultimatum bezeichnete, die aber die Möglichkeit einer Unterhandlung noch voraussetzte, wird nun immer dringender: man müsse sich jetzt verständigen oder man werde sich nie verstehen. Frankreich werde an Stärke nicht verlieren, wenn es gerecht sei. Preußen verlange nichts als Unabhängigkeit und Sicherheit für sich und seine Alliirten. Zu diesem Zweck stellte Knobelsdorff zwei präcise Forderungen auf: die französischen Truppen sollen Deutschland räumen, und zwar von dem Tage an, an welchem der König eine Antwort erwarten könne (8. October); der unverzügliche und vollständige Rückzug derselben sei das einzige Pfand der Sicherheit, das der König anerkennen könne; — zweitens soll Napoleon der Bildung des nordischen Bundes kein Hinderniß in den Weg legen; dieser soll alle die deutschen Staaten umfassen, welche in der Fundamentalakte des Rheinbundes nicht erwähnt sind. Wenn in der ursprünglichen, dem Könige vorgelegten Denkschrift des Grafen Haugwitz diesen Forderungen noch die weitere hinzugefügt war, daß Napoleon zur Eröffnung von Negociationen für Herstellung und Sicherung des allgemeinen Friedens die Hand bieten sollte, so wurde das in dem Memorandum nicht in dürren Worten wiederholt: denn man fürchtete, es werde die Erinnerung an 1792 aufwecken und in der französischen Nation einen schlechten Eindruck machen. Man war überzeugt, daß dieselbe den Krieg gegen Preußen nicht wolle, und behandelte sie aus diesem Grunde mit einer gewissen Rücksicht. Man erwähnte nur einer Unterhandlung für die Beilegung der noch streitigen Interessen, unter denen die Trennung Wesels von dem französischen Reiche, die Wiederbesetzung der drei Abteien durch preußische Truppen namhaft gemacht wurden.

Niemand könnte einen Augenblick daran zweifeln, daß Preußen in seinem Rechte war. Sehr begründet waren seine Beschwerden,

sein unabhängiges Dasein, seine Macht in Deutschland bereits sehr geschmälert; es befand sich in dringender Gefahr. Daß man sich bewaffnete, um sich zu behaupten, könnte kein Mensch tadeln. Es hätte nur mit besserer Voraussicht der unmittelbaren Folgen geschehen sollen. Man hätte das ganze Land zu einer nachhaltigen Defensive in Stand setzen müssen. Daran aber dachte man nicht. Der Krieg war seit langer Zeit nur in der Ferne geführt worden; in dem Lande fürchtete man keine Invasion. Unter der Aegide einer starken bewaffneten Macht glaubte man vor einer solchen vollkommen sicher zu sein; keine Festung wurde armirt. Der König hat, wie seine Gemahlin später erzählte, die Vorkehrungen, die man traf, nicht für genügend gehalten; aber von allen Seiten habe man ihm versichert, daß sie es seien.

Eine Kriegsankündigung lag in dem Memorandum Knobelsdorffs nicht; aber es enthielt Forderungen, die etwas Provocirendes hatten. Nach dem Antrage von Haugwitz, dessen Motive wir kennen, wurde die unmittelbare Gewährung dieser Forderungen verlangt und ein peremtorischer Termin für eine Antwort in dem Hauptquartier des Königs festgesetzt. Das hatte den Grund, daß Frankreich verhindert werden sollte, durch fortgesetzte Rüstungen in der Zwischenzeit sein natürliches Uebergewicht vollkommen zu entwickeln. Man vergaß dabei ganz, mit wem man es zu thun hatte. Die großen Erfolge Napoleons in den letzten Kriegen beruhten auf der Raschheit seiner Angriffe, der Rapidität seiner militärischen Bewegungen. In den preußischen Anforderungen sah Napoleon eine Beleidigung, die er ebenso hoch anzuschlagen die Miene annahm, als das berufene Manifest vom Juli 1792 [1]). Anzukündigen, daß man Städte demoliren wolle, sei vielleicht unsinnig; aber fast unglaublich sei es, daß man eine Armee von braven Leuten auffordere, Deutschland zu verlassen in bestimmten Etappen: das heiße, ihnen ihre Ehre rauben wollen. Besonders macht er daraus dem Herzog von Braunschweig einen Vorwurf, dessen Haare unter den Waffen bleich geworden, und der gelernt haben sollte, die militärische Ehre zu schonen; er hätte den König warnen sollen, dem Kaiser der Franzosen die Wahl zwischen Schande und Krieg zuzumuthen; als Nestor im preußischen Kriegsrathe hätte er die unbedachte Jugend zur Ruhe verweisen müssen. Für Napoleon war

1) Bulletin de la Grande Armée. Wittenberg, 23 octobre 1806. Correspondance de Napoléon, XIII, S. 492 (n° 11,065).

es ein Ungedanke, daß seine Adler vor einer Macht zurückweichen sollten, der er sich überlegen fühlte.

Noch ließ man jedoch nicht alle Hoffnung auf eine Verständigung schwinden. Friedrich Wilhelm erklärte mit voller Wahrhaftigkeit, sein Wunsch gehe auf Frieden [1]). Der französische Gesandte Laforest meinte, wenn die beiden Hauptquartiere einander nahe gekommen, so würde man Explicationen austauschen können, um den wirklichen Ausbruch des Krieges noch zu vermeiden.

Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß Laforest, als er etwas später in dem preußischen Hauptquartier eintraf, Wohnung in der Behausung des Herzogs von Braunschweig nahm, der ihn unbedeckten Hauptes empfing und ihn einlud, bei ihm zu bleiben [2]). Die Gedanken des Herzogs entsprachen den Versicherungen des Gesandten. Man darf voraussetzen, daß der König von Preußen damit einverstanden gewesen wäre; aber Napoleon war es nicht. Wie Haugwitz von Anfang an darauf rechnete, daß die Armee einen Erfolg im Felde erfechte, um damit die Theilnahme anderer Mächte für Preußen zu erwecken, so sah Napoleon in der Schilderhebung Preußens den Vorboten einer neuen allgemeinen Coalition. Die Forderungen, welche Knobelsdorff aussprach, wären vielleicht zu erfüllen gewesen; aber das lag nicht im Interesse Napoleons. Für ihn war der Krieg mit Preußen sogar wünschenswerth. Man behauptet, er würde die Entwaffnung des Königs nur ungern gesehen haben [3]).

Er war entschlossen, den preußischen Staat niederzuwerfen, um alsdann auf den Trümmern der beiden deutschen Mächte oder ihrer Autorität sein Uebergewicht auf immer zu begründen, selbst in den Formen, die er soeben in Holland und Neapel versucht hatte. Denn er sah den Krieg, den er unternahm, in dem Lichte des allgemeinen Kampfes an, der sich wieder erneuerte, da der Oubril'sche Vertrag nicht ratificirt worden war. An sich war Preußen ihm nicht feindselig; aber in allen seinen Elementen hatte es doch einen

1) Dem widerspricht es nicht, wenn der König in einem Briefe an Kaiser Alexander die Meinung äußert: Napoleon werde die Bedingungen, die er fordern müsse, nicht genehmigen, und er werde vielleicht selbst die Initiative ergreifen müssen.

2) S. Carl Wilhelm Ferdinand, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg. Ein biographisches Gemälde. 1809. S. 238.

3) Napoléon semble craindre que Frédéric Guillaume terrifié ne prenne trop au sérieux, et ses paroles au général Knobelsdorff, et la reprise des conférences avec lord Lauderdale, qu'en dépit des cris de son armée ce prince ne recule et ne désarme. Lefèbvre II, 363.

zu engen Zusammenhang mit dem Bestande des alten Europa und befand sich in zu offenbarem natürlichem Gegensatz gegen das revolutionäre Reich des Imperators, als daß dieser es in der Stellung, die es noch besaß und die es anstrebte, hätte dulden können. Der Anlaß, den es ihm zum Kriege gab, war ihm willkommen. Und mit voller Sicherheit zählte er auf seinen Sieg. „Ich habe solche Kräfte", schrieb er an Friedrich Wilhelm III., „gegen welche die Kräfte Euerer Majestät nicht lange Stand halten werden. Euere Majestät wird besiegt werden; Sie werden die Ruhe Ihrer Tage, die Existenz Ihrer Unterthanen compromittirt haben. Europa weiß, daß Frankreich dreimal so viel Volkes zählt, als die Staaten Euerer Majestät, und militärisch ebenso ausgebildet ist, wie diese. Sie haben meine Antwort zum 8. October gefordert: als guter Ritter stelle ich mich dar, um sie selbst zu bringen" [1]).

Die preußische Armee war indessen aus den verschiedenen Provinzen, in denen sie ihre Quartiere hatte, zusammengezogen worden. Die schlesischen Regimenter sammelten sich bei Glogau, die westpreußischen, die pommerschen und die märkischen in Magdeburg, wohin auch die Truppen aus Westfalen und Hannover beordert wurden. Man machte sich auf eine Gegenwehr gefaßt, die aber möglicherweise in eine Offensive überzugehen bestimmt war.

Es ist immer gesagt worden: die Armee hätte sich, mit den Hessen vereinigt, nach dem südlichen Deutschland werfen und die französischen Truppencorps, die daselbst standen, auseinanderjagen sollen. Allein daran wurde man durch die einmal angenommene Haltung verhindert: allem Schlagen sollte die Unterhandlung vorausgehen.

Einer der wichtigsten der vorliegenden Gegenstände der Politik war, Sachsen und Hessen bei dem nordischen Bunde festzuhalten; man mußte eine Stellung nehmen, in der man zugleich sich selber und diese Verbündeten vertheidigen, und von welcher aus man, wenn man vom Glück begünstigt wurde, auch in das südliche Deutschland vordringen könne.

Im Allgemeinen betrachtet, kann es als ein unausführbares Unternehmen erscheinen, daß eine deutsche Territorialmacht, die doch nur etwa die Hälfte der deutschen Streitkräfte in sich schloß, zu einem Kampfe mit der gigantischen Macht schritt, welche Frankreich,

1) Au Roi de Prusse, Géra, 12 octobre 1806. Corresp. XIII, S. 420 (n° 10,990).

Italien und einen großen Theil von Deutschland umfaßte. Es war in ethnographischer Beziehung der Sachse Wittekind gegen Karl den Großen; nur daß der neue Imperator alles das gewaltsam zerstörte, was einst Karl der Große umsichtig und sorgsam begründet hatte; der preußische Staat hielt dagegen eben das fest, was der bisherigen Entwicklung des Abendlandes auf der karolingischen Grundlage ihren Charakter gegeben hatte. Die universalhistorische Frage konnte nur sein, auf welchem Elemente die Fortbildung der Welt mehr beruhen solle, ob auf der Erhaltung der bisherigen Grundbestandtheile des europäischen Lebens oder auf ihrer Zersetzung und Umbildung.

Zweites Capitel.

Niederlage von Jena und Auerstädt.

Die preußische Armee genoß noch ihres alten Rufes, den sie vor zehn Jahren, wenngleich im Nachtheil, doch im Ganzen noch einmal behauptet hatte; sie war nicht ohne innere, freilich noch nicht ganz durchgeführte Verbesserungen geblieben; sie erfreute sich des Vertrauens ihres Königs und hatte Vertrauen zu sich selbst. In Bezug auf die Führung aber stellten sich von Anfang an große Schwierigkeiten heraus. Man hatte den Gedanken gehabt, dem König, welcher militärische Qualitäten besaß, aber nicht als ein Stratege betrachtet werden konnte, noch sich selbst dafür hielt, einen Rath aus den vornehmsten Generalen der Armee beizuordnen, mit welchem er die entscheidenden Entschlüsse für die Kriegführung hätte fassen sollen. Allein das ließ sich doch nicht ausführen, solange ein General von altem Verdienst, noch immer berühmt, ein Neffe Friedrichs des Großen und dessen Waffengefährte, der Herzog von Braunschweig, seine Dienste nicht versagte. Aber dieser Fürst gehörte nicht zu den Naturen, deren Energie in dem Alter sich behauptet oder vielleicht noch wächst. Ueberdies wurde er durch die Politik, welche ihm ein gewisses Zaudern auferlegte, in allem, was er hätte unternehmen können, beschränkt und gelähmt. Persönliches Vertrauen genoß er überhaupt nicht. Er galt für eifersüchtig nach unten, für hofmännisch und allzu nachgiebig dem Könige gegenüber. In den ihm zunächst stehenden Unterfeldherren bildete sich eine Opposition gegen ihn aus, die um so mehr um sich griff, je weniger er es liebte, gebieterisch aufzutreten. Zu seiner Seite erschien der Fürst von Hohenlohe, der sich im Jahre 1794 Ehre erworben hatte und, vom König aufgefordert, aus seinem Sitz Oehringen aufgebrochen war, um ihm zu dienen. Er war niemals recht im Verständniß mit dem Herzog. Die Umgebungen des Einen und die

des Anderen stießen einander ab. Kam es nun auf die allgemeine Kriegführung an, so legte das Verhältniß zu den beiden deutschen, noch allein verbündeten Staaten Rücksichten auf, welche für große strategische Gesichtspunkte keinen Raum ließen.

In dieser Beziehung verdient der erste Kriegsplan gewürdigt zu werden, der bereits am 8. September abgefaßt worden ist: er zielte vor Allem darauf, Sachsen und Hessen zu vertheidigen. Dieser Plan war auf den Grund einer Vorlage des Herzogs von Braunschweig, nicht ohne Zuziehung des Fürsten von Hohenlohe, in einem Kriegsrathe festgesetzt und vom Könige genehmigt worden. Um Dresden zu schützen, sollte sich der Fürst von Hohenlohe, mit den Sachsen vereinigt, am Erzgebirge aufstellen. So sollte Rüchel sich mit den Hessen vereinigen, um Hessen zu sichern und Rücken und Flanke der Franzosen zu bedrohen. Man verbarg sich nicht, daß es die Absicht Napoleons sein könne, durch Thüringen und Sachsen nach Berlin vorzudringen. Aus diesem Grunde sollte sich die preußische Hauptarmee bei Naumburg an der Saale zusammenziehen, in enger Cantonirung verharren und es auf eine Schlacht ankommen lassen, die man nicht allein nicht fürchtete, sondern wünschte, um den heimlichen Feinden Frankreichs Muth zu machen, sich zu erklären. Ein Observationscorps unter Blücher, an der Ems aufgestellt, sollte den Niederrhein und Holland beobachten und vielleicht Rüchel unterstützen. Durch eine Aufstellung der Armee bei Naumburg, nahe dem Zusammenfluß von Saale, Unstrut, Ilm, meinte man im Stande zu sein, einem Feinde, der von Frankfurt über Erfurt oder von Baireuth über Coburg und Hof nach Berlin vordringen wollte, direct entgegenzutreten, für den Fall aber, daß man geschlagen würde, den Rückzug frei zu behalten.

Die leitenden Gesichtspunkte des Königs erhellen aus einem Schreiben an den Kurfürsten von Hessen. Er bezeichnet darin den Krieg als einen vielleicht nicht mehr ganz zu vermeidenden; er hält es für nothwendig, Stellung zu nehmen, um die Alliirten gegen die Verwüstung ihrer Länder zu schützen und mit ihnen gemeinschaftlich zur Abwendung sowohl ihrer eigenen, als auch der dem nördlichen Deutschland allgemein drohenden Gefahr kräftig zu agiren.

Die Ausführung dieses Planes wurde jedoch dadurch unmöglich, daß der Kurfürst von Hessen, dem das Commando über den rechten Flügel der Armee angetragen war, nicht allein dies ablehnte, sondern den preußischen Truppen den Eintritt in sein Land ver-

weigerte [1]). Der Kurfürſt, noch in voller Rüſtung begriffen, hatte die Prätention, neutral zu ſein, und unterhandelte darüber mit Napoleon, der ihm die Neutralität zugeſtand, unter der Bedingung jedoch, daß er entwaffne und keine Preußen in das Land kommen laſſe. Wir erörtern hier nicht die Motive und Geſinnungen des Kurfürſten. Augenſcheinlich aber iſt, wie ſehr die Selbſtändigkeit eines kleineren Fürſten, der, ſo eng er auch ſonſt verbündet war, doch vor Allem auf ſeine eigene Rettung dachte, der Geſammtheit der militäriſchen Unternehmungen lähmend in den Weg trat. Hätten ſich Rüchel und Blücher mit den Heſſen vereinigen können, ſo würde im weſtlichen Deutſchland eine Armee von 50,000 Mann die Thätigkeit Napoleons auf ſich gezogen und dem Feldzug eine andere Richtung gegeben haben. Der Kurfürſt von Sachſen hatte kein Bedenken getragen, den Fürſten von Hohenlohe mit dem Oberbefehl über ſeine Truppen, die eben auch in volle Kriegsbereitſchaft gebracht wurden, zu betrauen. Bei den Bewegungen Hohenlohe's, die ſich nach dem Voigtlande richteten, lag die Hoffnung zu Grunde, daß ſich Oeſterreich ſchon in dieſem Augenblicke für Preußen erklären würde. Der König urtheilte jedoch, daß darauf ſobald nicht zu rechnen ſei; er ſagt, er ſei entſchloſſen, mit ſeinen Preußen und den Sachſen allein den Kampf gegen Napoleon aufzunehmen; das werde dazu gehören, um alles Mißtrauen zu entfernen und die Unthätigkeit der anderen in Thätigkeit zu verwandeln.

Die Hauptarmee concentrirte ſich in der zweiten Hälfte des September in der Gegend von Naumburg, wo der Herzog von Braunſchweig und bald darauf auch der König, ihm zur Seite die Königin, erſchienen.

Scharnhorſt, der als Generalquartiermeiſter in das Hauptquartier berufen war, mußte die äußerſte Thätigkeit aufbieten, um die eben aus den verſchiedenen Standquartieren herbeigezogenen Regimenter zu einem zuſammenhaltenden Körper zu vereinigen. Die überwiegende Meinung, der ſich auch Scharnhorſt anſchloß, war, dem Feinde entgegenzugehen und, ſobald die Stunde der Entſcheidung gekommen (8. October), mit demſelben zu ſchlagen, ehe der Eifer der Armee durch kleine Ermüdungen und Mängel geſchwächt ſei,

1) Das Schreiben des Königs an den Kurfürſten vom 8. September und deſſen Erklärung vom 15. September bei Höpfner, Geſchichte des Krieges von 1806 und 1807. I, 1. S. 132. 133.

wie es denn auch den Preußen anstehe, anzugreifen, nicht aber, sich angreifen zu lassen. Man faßte die Hoffnung, die feindliche Linie in der Mitte durchbrechen zu können. Man wollte über den Thüringer Wald vorgehen, sich bei Hildburghausen und Meiningen sammeln und den Main zu erreichen suchen. Von Hof her sollten Demonstrationen gegen Nürnberg und Amberg gemacht werden.

Der Herzog von Braunschweig führte das Commando in alter Art; er besprach seine Pläne mit den Generalen und hielt dann Kriegsrath. Die Idee, die in den Berathungen die Oberhand behielt, und die er selbst zu der seinen gemacht hatte, trug er dann dem Könige vor. Er fühlte wohl, daß der Feind ihm an Streitkräften überlegen sei; aber er hielt noch an dem Gedanken des französischen Gesandten fest, daß, wenn die beiden Hauptquartiere einander nahe gekommen, eine Unterhandlung eröffnet werden könne, die den Frieden erhalte. Die Idee einer Unterhandlung unter den Waffen beherrschte die Situation; die Festsetzung des Termins, durch die man Napoleons Rüstungen in Deutschland zu beschränken gedacht hatte, diente nur dazu, die eigenen Bewegungen zu hemmen. Diese Häsitationen schrieb man dem Charakter des Herzogs, seinem hohen Alter und häuslichen Verstimmungen zu, was dann wieder das Vertrauen der Officiere in ihn schwächte und die Opposition in dem Hauptquartier des Fürsten von Hohenlohe, der gegen Hof vorgerückt war, belebte. Das Hauptmoment lag aber darin, daß man noch immer zwischen Krieg und Frieden schwankte. Die Entscheidung darüber hatte man eigentlich in die Hände Napoleons gegeben, die dann nicht lange auf sich warten ließ: die preußische Armee drohte mit dem Kriege, Napoleon suchte ihn. Aber auch in der preußischen Armee empfand man es als eine Befreiung aus einem unerträglichen Zustande der Unentschiedenheit, als Napoleon am 7. October in das preußische Gebiet von Baireuth vordrang: nun wisse man doch, sagte der König, daß man im Kriege sei. Scharnhorst bezeichnete es fast als ein Glück, daß Napoleon den Bewegungen der Preußen entgegenkomme.

Mit einer Geschwindigkeit, die nur mit dem verglichen werden konnte, was er selbst darin geleistet, die man hätte erwarten müssen, aber nicht erwartete, führte Napoleon eine überlegene Armee mitten in Deutschland ins Feld. Dadurch geschah, daß für die Offensive der Preußen, welche damals noch im Plane lag, kein Raum mehr gelassen wurde; überall aber, wo der Feind sie angriff,

begegneten die preußischen Truppen ihm mit freudigem Kriegsmuthe, der jedoch nur unglückliche Erfolge herbeiführte. General Tauenzien, der zum Mißvergnügen Hohenlohe's den Auftrag erhalten hatte, die Saalübergänge bei Kösen, Naumburg und Weißenfels zu besetzen, hielt es doch für rathsam, als die Franzosen gegen ihn heranbrangen, ihnen bei Schleiz Widerstand zu leisten, selbst nicht ohne die Hoffnung, wie eines seiner Billete ausweist, die Oberhand zu behalten; aber er wurde geschlagen und auf die Hohenlohe'sche Armee, zu der er gehörte, zurückgeworfen.

Unter ähnlichen Impulsen ging, den Tag darauf (10. October), Prinz Louis von Preußen den heranrückenden Franzosen bei Saalfeld schlachtbegierig entgegen. Er hatte die Meinung, daß er den Krieg muthig eröffnen müsse, um alle weitere Unterhandlung unmöglich zu machen und den Beistand der Mächte, die sich noch nicht erklärt hatten, zu gewinnen. Die Anordnungen, die er traf, zeugen von militärischem Talent und sogar von einer gewissen Gelassenheit, die man nicht bei ihm zu suchen pflegt; aber das Unternehmen selbst beruhte auf der Voraussetzung der natürlichen Ueberlegenheit der preußischen Truppen, die es ihm selbst möglich machen werde, mit seiner Division einem ganzen Armeecorps des Feindes zu widerstehen. Die Stelle, an der er schlug, war gerade geeignet, die Ueberlegenheit der französischen Waffen, inwiefern eine solche vorhanden war, zu Tage zu bringen. Sie bestand hauptsächlich in der Ausbildung des kleinen Krieges durch die französischen Tirailleurs, denen die preußischen Schützen nicht gewachsen waren. Es war ein Unglück, daß man den Franzosen nicht auf dem Blachfelde begegnete, sondern an den Abhängen der oberen Saale, eben einem geeigneten Boden für die französischen Tirailleurs. Die Franzosen waren geübter, rascher und hatten bessere Gewehre. Der Prinz, der wahre Repräsentant des in den Preußen glühenden Kriegseifers, wurde geworfen und auf dem Rückzuge getödtet; vergebens hat man ihm noch zuletzt Pardon angeboten, wenn er sich ergäbe. Die zurückgeworfenen Zersprengten waren unerschöpflich in der Schilderung der feindlichen Ueberlegenheit, schon um sich selbst zu rechtfertigen.

In dem großen Hauptquartier machte der Unfall von Saalfeld, den man der Unbotmäßigkeit in der Hohenlohe'schen Armee zuschrieb, einen erschreckenden Eindruck. Noch bei weitem wichtiger war jedoch die Nachricht, die am 12. eintraf, daß die französischen Truppen bereits im Rücken der preußischen bei Naumburg erschienen seien. In diesem Gedränge faßte der Herzog die Absicht, mit der ganzen

Armee eine retrograde Bewegung einzuschlagen und sie über Auerstädt nach der Unstrut zu führen, wo bei Freiburg und Laucha ein Lager bezogen werden sollte [1]), um dann über die Saale zu gehen und zwischen Elbe und Saale eine entscheidende Schlacht anzunehmen. Der Fürst von Hohenlohe wurde beauftragt, die Uebergänge über die obere Saale zu besetzen; in keinem Falle sollte er sich von der Hauptarmee abschneiden lassen.

Der kriegskundige Clausewitz führt aus: wenn man an Ort und Stelle geblieben wäre und sich zu einer großen Feldschlacht gerüstet hätte, so würde man eine solche unter günstigen Bedingungen haben liefern können [2]). Es ist nicht dieses Ortes, darüber ein Urtheil abzugeben, das militärische Wenn und Aber zu erwägen; wir suchen nur die Thatsachen in ihrem Gange und in ihren einfachsten Motiven zu erkennen. Da war nun das Entscheidende, daß man die Richtung des feindlichen Angriffs nicht kannte.

Der Linksabmarsch, den der Herzog von Braunschweig anordnete, war darauf berechnet, das Kriegstheater nach einer anderen Region hin zu verlegen. Um diese Bewegung auszuführen, setzte sich am 13. October die Vorhut der Hauptarmee in Bewegung. Indem sie sich dem Paß von Kösen näherte, stieß sie bereits auf französische Patrouillen, die von Naumburg her denselben überschritten hatten und auf der Hochebene in der Flanke der Armee erschienen. Man konnte erwarten, daß noch stärkere Truppenmassen, vielleicht die feindliche Hauptmacht selbst, dieser Richtung folgen und sich auf den Höhen zum Kampfe darstellen würden, vor dem die preußische Armee nicht zurückscheute.

Allein das waren nicht die Gedanken des großen Generals, der gegen sie heranzog. In seinem Hauptquartier zu Gera hatte er, soviel man weiß, über den ferneren Zug keinen definitiven Beschluß gefaßt, als ihm von Lannes, der sich in diesem Augenblicke der Stadt Jena bemächtigt hatte, der Bericht zukam, daß auf den Höhen vor ihm ein ansehnliches Lager aufgeschlagen sei. Nach allem, was vorgegangen, konnte Napoleon nicht zweifeln, daß sich

1) Dem beabsichtigten Marsche nach Freiburg wollte sich die Königin anschließen; doch erhielt sie von dem Herzog die Nachricht, daß man dort ohne Schlagen nicht durchkommen werde. Hierauf kehrte sie nach Weimar zurück, um am nächsten Morgen in einer anderen Richtung, welche Rüchel angab, abzureisen. Das geschah dann allerdings unter Thränen.

2) Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe. Kriegsarchiv des Generalstabes.

hier entscheidende Erfolge erwarten ließen, wenn er mit überlegenen Streitkräften angriff.

Er zögerte keinen Augenblick, diesen Gedanken auszuführen; er selbst setzte sich nach Jena in Bewegung und ließ die größte Masse seiner Streitkräfte dahin vorrücken. So konnte es zu jener Doppelschlacht kommen, die ihren Namen von Jena und von Auerstädt hat, deren Erfolg so wichtig ist, daß wir ihrer mit wenigen Worten gedenken müssen.

Die Schlacht von Jena kann fast nicht als eine Gesammtschlacht betrachtet werden. Das Treffen begann damit, daß Tauenzien, der sich von Jena auf die nahen Anhöhen zurückgezogen hatte, daselbst aufgesucht und der tapferen Gegenwehr, die er leistete, ungeachtet geschlagen und gegen Vierzehnheiligen hin zurückgetrieben wurde. Eine Truppenabtheilung, die unter Holtzendorff heranrückte, um sich Tauenzien zu nähern, wurde von der französischen Cavallerie angegriffen, der die sächsisch-preußische an dieser Stelle nicht gewachsen war, und zu einer rückgängigen Bewegung genöthigt. Dann erschien General Grawert auf dem Kampfplatz, und zwar auf eigene Hand, so daß seine Aufstellung erst nachträglich vom Fürsten gebilligt wurde. Er trieb den Feind aus Vierzehnheiligen zurück, ohne es jedoch selbst zu besetzen. Ihm gegenüber nahmen nun die Franzosen eine starke Aufstellung; leicht hatten sie eine preußische Batterie erobert und ihrerseits einen sehr wirksamen Geschützpark zu beiden Seiten des Ortes aufgestellt. Auch hier entwickelte sich besonders von dem Ilfferstädter Forst her die Ueberlegenheit ihrer Tirailleurs; ein Cavallerieangriff, mit welchem Hohenlohe umging, wurde durch die Uebermacht des Feindes unmöglich. Grawert selbst wurde durch einen Prellschuß verwundet.

Die Hauptsache war bereits zum Nachtheil der Preußen entschieden, als Rüchel mit seinem Truppencorps anlangte. Muthig anrückend, wurde es von einem heftigen Kartätschenfeuer empfangen, gegen das es nicht Stand zu halten vermochte. Rüchel selbst wurde verwundet; er wich jedoch nicht vom Schlachtfelde, ehe er den Rückzug seiner Leute gesichert hatte. Nun kamen auch die Sachsen ins Gefecht, die, mißvergnügt über die Zurücksetzung, die sie zu erfahren meinten, abzuziehen gedroht hatten, jedoch auch in dieser mißlichen Lage tapfer schlugen, aber nothwendig zurückweichen mußten.

Der Rückzug, den der Fürst hierauf anordnete, wurde durch unerwartete Angriffe der Franzosen in Verwirrung gebracht. Und

wie sehr hatte sich Hohenlohe getäuscht, wenn er bei der großen Armee einen Rückhalt zu finden meinte!

Kommen wir nun auf Auerstädt, wo auch keineswegs eine regelmäßige Bataille stattgefunden hat. Noch am Morgen des 14. October dachte der Herzog nur an den Abmarsch nach Thüringen. Er sprach von nichts anderem. Dafür aber war es nothwendig, zunächst gegen den Paß von Kösen gedeckt zu sein. Der Herzog setzte sich an die Spitze der dazu bestimmten dritten Division. Bei alle dem, was man schon erfahren hatte, war man doch nicht auf die Nachricht gefaßt, die der zum Recognosciren abgeschickte Scharnhorst zurückbrachte, daß eine Linie Infanterie mit klingendem Spiele heranrücke. Es waren die Truppen des Marschalls Davoût, der am frühesten Morgen den Thalrand erstiegen; die Division Gudin und die ihr folgenden Morand und Friant rückten gegen Auerstädt heran. Die Franzosen waren auf der Hochebene in so ansehnlicher Stärke erschienen, daß man sich gegen sie aufstellen mußte. Als der Nebel sich hob, gegen 10 Uhr, war die ganze Front formirt, die sich ausnahm, wie bei einem Manöver bei Potsdam. Auf dem linken Flügel, wo eigentlich Scharnhorst das Commando führte, wies man einen Anfall der französischen Cavallerie mit Kartätschen zurück. Denn von Reiterei war dieser Flügel entblößt; die Cavallerie hatte sich auf dem rechten Flügel gesammelt, wo man den Angriff auf den Feind unternahm. Hier aber ging die Sache nicht so gut; ein verhängnißvolles Unglück trat ein. Der Herzog, der eben vor dem Bataillon Hanstein Befehle ertheilte, wurde von einer feindlichen Kugel getroffen, die ihn des Augenlichtes beraubte. Er mußte vom Schlachtfelde weggebracht werden [1]). Bei dem Zusammentreffen mit dem Feinde, das doch nicht vorbereitet war, fehlte es nun an aller wirksamen Direction in dem Augenblicke, wo sie am nöthigsten gewesen wäre. Es gab Truppenabtheilungen, die gar keinen eigentlichen Befehl erhalten hatten; die Unsicherheit der Führung hatte ein Widerstreben der Mannschaften zur Folge.

Der preußischen Cavallerie gegenüber rechnete Napoleon auf die Quarrés seiner Infanterie und ihr Feuer, vor welchem die

1) Vergl. Karl Wilhelm Ferdinand Herzog zu Braunschweig und Lüneburg; ein biographisches Gemälde (1809). S. 248. Von größtem Werthe ist der Schlachtbericht Scharnhorsts, abgedruckt bei Pertz, Gneisenau, I, 658 flg., leider ohne die Beilagen, die darin citirt werden. Auffallend ist es, wie mancherlei Dinge Scharnhorst nicht zu wissen bekam; doch wird man über das, was bei dem linken Flügel vorkam, sehr wohl unterrichtet.

Russen bei Austerlitz zurückgewichen waren. Einige Schwadronen der preußischen Cavallerie haben sich geweigert, vorzugehen, als sie diesem mörderischen Feuer entgegengeführt wurden. Ueberhaupt that nicht Jedermann seine Pflicht. Der König zeigte sich persönlich muthvoll und tapfer; aber er hatte die Sache nicht mehr in seinen Händen.

Auch Scharnhorst entschloß sich mit dem linken Flügel zum Rückzuge; doch konnte die Schlacht nicht eigentlich als verloren gelten [1]). Auerstädt, wo man sich viel geschlagen, wurde von den Franzosen in Brand gesteckt. Im Angesicht dieses Dorfes stellte sich die preußische Armee nochmals auf, bis sie dann ihren Rückzug antrat; der König dachte mit den noch nicht ins Gefecht geführten Bataillonen, die eine ansehnliche Streitmacht bildeten, am anderen Tage den Angriff zu erneuern. Hiebei aber stieß er auf die Flucht des Corps von Hohenlohe; die bei Auerstädt noch nicht geschlagene Hauptarmee wurde in die Niederlage desselben gleichsam mit fortgerissen.

In der Kriegsgeschichte hat man es immer als unheilvoll für eine Armee betrachtet, in dem Moment einer Veränderung der Stellung angegriffen zu werden. Hier war das preußische Heer schon dadurch im Allgemeinen in Nachtheil gerathen, daß es sich zum Angriff anschickte und in die Defensive zurückgeworfen wurde. Da war nun weiter das Entscheidende, daß der Herzog von Braunschweig den Entschluß faßte, eine andere, zu einem großen Treffen geeignetere Stellung zu suchen, als die war, welche er innehatte. In dem Augenblick des Aufbruches wurde er angegriffen; die Hauptarmee erlitt eine Niederlage, eigentlich ohne recht geschlagen zu haben.

Napoleon hatte, wenn wir recht unterrichtet sind, indem er nach dem Siege bei Vierzehnheiligen zur Ruhe ging, noch keine Ahnung von den Ereignissen bei Auerstädt. Er wurde aus dem ersten Schlummer aufgeweckt, um davon benachrichtigt zu werden [2]). Nicht durch den Kampf bei Vierzehnheiligen, sondern durch die Coincidenz eines Rückzuges, bei dem man noch auf erneuerten Widerstand rechnete, und einer Flucht, in welche eine erlittene Niederlage ausartete, war das preußische Heer niedergeworfen. Der

1) „Die Armee des Königs siegte nicht, wurde aber auch nicht eigentlich geschlagen". Scharnhorst in einem Brief an seine Tochter bei Klippel, Das Leben des Generals von Scharnhorst III, S. 158.

2) Ségur, Histoire et Mémoires III, 29.

Rückzug von Auerstädt gehörte dazu, um den Sieg bei Vierzehnheiligen zu vollenden.

Welches die Folgen dieser Niederlage sein würden, sah man sogleich am folgenden Tag in Erfurt. Man zählte daselbst 8000 Mann kampffähige Truppen: sie capitulirten noch an demselben Abend. Der Ruf der Unüberwindlichkeit Napoleons, der vor ihm hergegangen und nun vor Aller Augen, ohne daß man wußte, wie, bestätigt worden war, nahm den Befehlshabern ihre ruhige Besinnung. Es war ihnen nie in den Sinn gekommen, daß die von altem Ruhme umstrahlte preußische Armee überwältigt werden könne. In dem plötzlich hereinbrechenden Unglück liegt eine dämonische Gewalt. Man fühlte sich beschämt, bestürzt und niedergeschmettert. Der Rückzug, der unter den General Kalckreuth gestellt war, ging über den Harz nach Magdeburg. Kalckreuth wäre sehr geneigt gewesen, eine Capitulation mit dem Feinde zu treffen, wie die Erfurter war: denn die Truppen seien von den Feinden umringt, und der König habe ausdrücklich befohlen, nicht zu schlagen. „Aber", entgegnete ihm der Prinz August, „wenn der König verboten hat, zu schlagen, so hat er uns doch auch nicht befohlen, uns zu ergeben, ohne zu schlagen, was unerhört wäre in der preußischen Geschichte"[1]). Es zeigte sich bald, daß die Gefahr nicht so dringend war, wie Kalckreuth glaubte. Er unterhandelte dann nicht mehr über Capitulation, sondern über einen partiellen Stillstand. General Blücher stellte ihm vor, daß bei einem solchen die Truppen dem Angriff anderer, stärkerer feindlicher Heerhaufen immer ausgesetzt bleiben würden. Der Zug ward dann unter mannichfaltigen Beschwerden und Verlusten, die der tapfere und ausharrende Prinz dem General Kalckreuth zur Last legt, fortgesetzt. An den Ufern der Elbe, bei Magdeburg, fanden sich doch noch einmal wieder 37,000 Mann zusammen.

Die Reserve, welche in Halle die Ankunft der Hauptarmee erwartete, um ihren Uebergang auf das rechte Saalufer zu unterstützen, war eben im Begriff, nachdem das Unglück von Auerstädt bekannt geworden, sich nach Magdeburg in Marsch zu setzen, als sie von Bernadotte, der von Querfurt kam, angegriffen und geworfen wurde. Das Corps führte seinen Rückzug über Roslau nach Magdeburg aus, versäumte aber, die Roslauer Brücke zu zerstören; wenigstens konnte sie von den Franzosen baldigst hergestellt werden, wie das auch mit der Brücke bei Wittenberg der Fall war.

1) Tagebuch des Prinzen August. Manuscript.

Der Herzog von Weimar, der mit ſeinem Heerhaufen, den er zuſammenzuhalten wußte, bis nach Stendal gelangt war, übergab denſelben, auf die Forderung Napoleons, nach ſeinem Lande zurückzukehren, jedoch nicht ohne ausdrückliches Geheiß des Königs, dem General Winning.

Die große Armee, welche nicht allein Preußen zu behaupten, ſondern den Widerſtand und die Unabhängigkeit von Norddeutſchland zu verfechten und eine allgemeine Bewegung gegen Napoleon herbeizuführen beſtimmt geweſen war, ſah man plötzlich nicht mehr im Felde. Durch Einen Schlag war die Geſtalt der Welt verändert oder ſollte es doch werden.

Drittes Capitel.

Unterhandlung über einen Waffenstillstand.

Wie einst bei seinem Vorrücken von Italien nach Inner-Oesterreich, so hatte Napoleon auch jetzt, indem er aus dem südlichen nach dem nördlichen Deutschland vordrang, eine Epistel vorausgeschickt, voll von freundschaftlichen Erbietungen und Ergüssen über die Segnungen des Friedens. Der König empfing dieses Schreiben in dem Moment, als man bei Auerstädt handgemein wurde. Er antwortete erst nach erlittener Niederlage, am 15. October früh, von Sömmerda aus; er würde, schrieb er, in den Augen Napoleons verloren haben, wenn er den Kampf hätte abbrechen wollen; allerdings sei er in demselben unterlegen [1]); aber es tröste ihn, daß seine Truppen ihre Tapferkeit bewiesen haben und gezeigt, wozu man sie verwenden könne. Er spricht die Erwartung aus, daß der Kaiser die früheren Verhältnisse, in denen sie gegenseitig gestanden, wiederherstellen werde, und versichert, daß auch er dies gethan haben würde, wenn das Glück ihn begünstigt hätte; er fordert Napoleon auf, ihm zu sagen, unter welchen Bedingungen er alles das der Vergessenheit anheimgeben wolle, wodurch das Mißverständniß zwischen ihnen herbeigeführt worden sei; er werde zu allem bereit sein, was ein gutes Vernehmen zwischen ihnen zu begründen vermöge. Der Kaiser werde nichts von ihm fordern, was seiner Ehre und der Sicherheit seiner Staaten entgegenlaufe. Zu dem Ende schlage er einen Waffenstillstand vor, um nicht noch mehr Unglückliche zu machen, während sie beide beschäftigt seien, das Glück ihrer Unterthanen auf immer zu gründen [2]).

---

1) In der ursprünglichen Abfassung lauten die Worte: En ne point emportant les (débouchés) points dont il m'importait de me rendre maître.

2) Die zwischen dem König und Napoleon gewechselten Schreiben sind bei Hoepfner, Der Krieg von 1806 und 1807, Thl. I, Bd. II, mitgetheilt.

Die Haltung des Königs war, wie man sieht, vor allen Dingen militärisch und würdig. In dem großen Zweikampfe der Armeen war er unterlegen; aber nach seiner Vorstellung hatte es sich dabei nicht um Sein oder Nichtsein der beiden Staaten gehandelt, sondern um Mißverständnisse, die er nun nach erfolgter Waffenentscheidung in Gemeinschaft mit dem französischen Kaiser zu heben suchen würde [1]). Napoleon seinerseits hatte bereits die ersten Resultate seines Sieges gesichert. Noch in Jena brachte er die Frage, über welche der Krieg hauptsächlich ausgebrochen war, zur Entscheidung. Den gefangenen Sachsen gestattete er die Rückkehr nach ihrem Lande; die Officiere derselben entließ er auf ihr Ehrenwort; er kündigte seine Absicht an, Sachsen vollständig von Preußen zu emancipiren. Noch entschiedener war, und zwar in ganz anderer Weise, sein Verfahren gegen Hessen; auf die vorgebliche Neutralität nahm er keine Rücksicht; er sprach unbedenklich aus, daß der Kurfürst aufgehört habe, zu regieren; er hielt ihn für allzugenau mit England verbunden, als daß er ihn hätte dulden mögen. Das war das Schicksal der nächsten Bundesgenossen des Königs Friedrich Wilhelm. Napoleon erklärte [2]): Preußen solle auf sich selbst beschränkt bleiben, während es eben das Bestreben der preußischen Politik gewesen war, eine von Frankreich unabhängige Conföderation im Norden zu Stande zu bringen. Wenn es eine der preußischen Forderungen gewesen war, daß der Rheinbund nicht vergrößert werden dürfe, so war nach dem Siege die Antwort darauf, daß Sachsen, der Hauptverbündete Preußens, dem Rheinbund einverleibt wurde.

In Weimar, wohin Napoleon sich begab, empfing er am Morgen des 16. October den Flügeladjutanten des Königs, Grafen Dönhoff, der ihm den Brief desselben überbrachte. Den Hauptantrag, einen Waffenstillstand einzugehen, lehnte Napoleon ab: denn seine Vortheile seien zu groß, als daß er sie nicht bis Dresden und Berlin verfolgen sollte; eher in Berlin als in Weimar denke er auf Friedensunterhandlungen einzugehen, bei denen Alles darauf ankomme, zu welchen Aufopferungen sich der König entschließen werde.

1) Dasselbe war der Eindruck des Herzogs von Braunschweig, der, indem man ihn von Ort zu Ort durch Thüringen weiter trug, bei der Nachricht von dem Ausgange der Schlacht in die Worte ausbrach: Quelle honte! Er ist, nachdem er noch einmal sein Braunschweig besucht hatte, an den Folgen seiner Verwundung in Ottensen gestorben, am 10. November.

2) Que les Prussiens restassent en Prusse et qu'ils ne se mêlassent en rien des affaires de l'Allemagne.

Es scheint, als sei Dönhoff nicht selbst zur Unterhandlung bestimmt gewesen: ein anderer Bevollmächtigter sollte ihn vertreten; allein von Unterhandlungen war für's erste überhaupt nicht die Rede. Ungehindert zog jetzt Napoleon auf der großen Straße durch Sachsen daher; von allen Seiten kamen ihm Botschaften von seinen Siegen und den schweren Nachtheilen der Preußen zu: die preußische Armee erschien ihm wie eine Flotte nach erlittenem Schiffbruch. In der That war die Lage dazu angethan, sein ohnehin reges Selbstgefühl noch mehr anzuschwellen. Die prächtige Armee, die sich seinen Entwürfen noch allein auf dem Continent entgegensetzen konnte, die Armee des großen Friedrich, war von ihm so gut wie vollkommen überwältigt worden. Man darf behaupten, daß gerade die unerwartete Leichtigkeit des Sieges und der ungeheuere Erfolg seiner mit ebenso viel Umsicht wie Feuer eingeleiteten Verfolgung desselben ihm wie eine Bestätigung der großen Mission, in der er begriffen war, erschienen. Einen nicht geringen Eindruck machte es auf ihn, daß alle die, denen er Feindseligkeit gegen Frankreich und die Urheberschaft dieses Krieges zuschrieb, umgekommen waren; er sah darin gleichsam ein göttliches Strafgericht, eine Parteilichkeit des Schicksals für die Sache, die er verfocht, die nicht allein seine eigene war, sondern die der revolutionären Idee; von Stund' an wollte man bemerken, daß er unzugänglicher, herrischer werde: vor ihm lag ein unabsehbares Feld neuer Unternehmungen, gegen die er keinen Widerstand erwarten durfte. Den Krieg gegen Preußen hatte er hauptsächlich deshalb provocirt und unternommen, weil diese Monarchie bei aller Unentschiedenheit ihrer Haltung dennoch einen Theil des alten Europa bildete, welches er zu bekämpfen überhaupt für seinen Beruf hielt, namentlich nachdem die letzten Versuche, den Frieden herzustellen, gescheitert waren. Die Niederlage, welche Preußen erfahren hatte, betrachtete er keineswegs allein in Beziehung auf diesen Staat, sondern unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen politischen Entwürfe, unter denen er zum Kriege geschritten war. Wie er schon immer die Verbindung Preußens mit Rußland als eine Feindseligkeit gegen die Alleinherrschaft Frankreichs im südlichen und westlichen Europa ansah, so wurde er durch die Nachricht, daß die Russen sich anschickten, in die Moldau einzudringen, so entfernt diese Angelegenheiten einander lagen, doch wieder gegen Preußen animirt; denn man vernahm, daß russische Heere sich zugleich den preußischen Grenzen näherten. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Antwort abgefaßt, die er auf das erwähnte

Schreiben des Königs von Halle aus (19. October) an denſelben erließ [1]). Er bezeichnet darin die Annäherung der Ruſſen als den Grund, weswegen er dem Kriege noch kein Ende machen könne; er bemerkte dem König: er fürchte ſie nicht; ſie ſeien für ihn kein dunkles Gewölk mehr: er habe ſie bei Auſterlitz kennen gelernt [2]); er machte den König aufmerkſam, daß ſein Gebiet das Theater eines Krieges werden könne, den er als den der vierten Coalition bezeichnet.

In einem ganz anderen Gedankenkreiſe bewegte ſich Friedrich Wilhelm III.; er hatte nur die unmittelbare Zukunft ſeines Staates im Auge; er ſah den Krieg als einen lediglich preußiſchen an. Noch ehe er den letzten Brief Napoleons empfangen, ſchickte er an denſelben von Magdeburg aus den Marquis Lucheſini ab, der am beſten wiſſe, wie hoch er die Freundſchaft des franzöſiſchen Kaiſers anſchlage, um die früheren Beziehungen wiederherzuſtellen, unter der Vorausſetzung, daß Napoleon nichts fordern werde, was mit der Sicherheit ſeiner Völker und der Ehre ſeiner Waffen unverträglich ſei. In der Inſtruction geht er davon aus, daß der Waffenſtillſtand, der dem weiteren Vorrücken der Franzoſen ein Ende machen ſoll, das Wünſchenswürdigſte wäre; da man aber ſchon wiſſe, daß Napoleon auf denſelben nicht eingehen werde, ohne eine Grundlage für die Pacification zu gewinnen, ſo macht der König die Aufopferungen namhaft, zu denen er bereit ſei: es waren Hannover, Baireuth, die preußiſchen Beſitzungen links von der Weſer mit Oſtfriesland.

Napoleon, der von der Sendung Lucheſini's im voraus unterrichtet war, hatte Duroc beauftragt, ihn zu hören. Lucheſini bemerkte demſelben: Erinnerung an das Vergangene und Vorausſicht des Kommenden müſſe den Kaiſer beſtimmen, annehmbare Bedingungen zu bewilligen: wenn er Preußen allzuſehr ſchwäche, ſo werde es in Abhängigkeit von Rußland gerathen; durch die gewonnene Schlacht ſei der Kaiſer in den Stand gekommen, ſeinen Frieden mit England zu machen: denn er könne nun Hannover dem Könige von Großbritannien zurückgeben.

Allein es zeigte ſich ſogleich, daß Napoleon die Sache aus dieſem Geſichtspunkt nicht anſah: die Wiedererwerbung von Hannover ſchlug er nicht ſo hoch an. Unmittelbar nach ſeiner Ankunft in

1) Au Roi de Prusse 19 octobre 1806. Corresp. XIII. S. 157 (no. 11034).

2) Je ne crains point les armées russes, ce n'est plus un nuage.

Wittenberg (22. October) ließ er durch Duroc die Bedingungen angeben, unter denen er seinen Frieden mit Preußen schließen wolle. Er forderte die Abtretung aller preußischen Gebiete auf dem linken Ufer der Elbe, ausgenommen Magdeburg, vollständige Ausschließung Preußens von allen Beziehungen zu anderen deutschen Staaten, welche fortan einen Bund unter dem Schutze Frankreichs bilden würden, überdies aber eine Contribution von 100 Millionen Franks. Hievon unterrichtet und in Schrecken darüber, hat König Friedrich Wilhelm einen Gegenentwurf in Vorschlag gebracht, nach welchem die Abtretung von Baireuth an Stelle der Kriegscontribution treten sollte, sowie denn auch Ostfriesland und die westfälischen Landschaften abgetreten werden würden; er acceptirte die Verzichtleistung Preußens auf seine bisherigen Beziehungen zu den deutschen Fürsten, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die nächsten Verwandten des preußischen Hauses, Braunschweig und Oranien, bestehen bleiben und nur in die neue französische Conföderation eintreten sollten.

Aber Napoleon hatte seine Absicht unwiderruflich gefaßt. Schon am 23. erließ er ein Decret, in welchem die Besitzergreifung von Hannover, Braunschweig und der Besitzungen des Hauses Oranien sowie der preußischen Lande bis an die Elbe verfügt wurde [1]). In der unbeschränkten Disposition über die deutschen Gebiete bis an die Elbe sah er den Preis des Sieges, den er erfochten; die Altmark wollte er noch dem Könige lassen. Unmöglich konnte ihm entgehen, in welche Schwierigkeiten die Zahlung einer so hoch gegriffenen Contribution, wie die geforderte unter den damaligen Umständen war, den preußischen Staat verwickeln werde. Das war jedoch sein letztes Wort; er ließ erklären: dem Könige bleibe nur die Wahl, diese Bedingungen anzunehmen, oder sich über die Oder zurückzuziehen und die Russen zu erwarten; Napoleon wünsche das letztere: denn er werde dann Gelegenheit haben, die Russen zu schlagen; neue Kämpfe würden ihm alsdann das Recht geben, seine Forderungen noch viel weiter auszudehnen.

Es war auf seinem Wege nach Potsdam, daß er die letzten Anträge Lucchesini's, der sich ebenfalls dahin begab, zurückwies. König Friedrich Wilhelm III. hatte sich indessen nach Küstrin begeben, wo aber auch seines Bleibens nicht war. In dem Momente,

1) Il sera pris possession en notre nom de tous les états prussiens situés entre le Rhin et l'Elbe. Il sera pris possession des états du duc de Brunswick, du prince d'Orange. Il sera pris possession des pays de Hanovre et d'Osnabrück.

daß er dieſe Feſtung verließ, am 26., wandte er ſich noch einmal an Napoleon[1]). Er drückte demſelben ſein Erſtaunen über die Härte der Bedingungen, die man ihm vorſchlage, aus; ſie ſeien nicht in Uebereinſtimmung mit den Erwartungen, welche die Aufnahme Dönhoffs bei ihm erregt habe; er habe eine Ausſöhnung gehofft, mit weniger ſchweren Aufopferungen verbunden; dennoch überwiege bei ihm der Wunſch, die den beiden Nationen ſo nützlichen Beziehungen wiederherzuſtellen und dem Kriege ein Ende zu machen. Da nun Lucchesini gefordert hatte, daß er in den Stand geſetzt werde, zu unterzeichnen, wurde ihm General Zaſtrow zu nochmaliger Unterhandlung und endlichem Abſchluß beigegeben; die beiden Bevollmächtigten wurden ermächtigt, auf die Hauptbedingungen, Abtretung aller Beſitzungen auf dem linken Elbufer und eine neue Dispoſition über die deutſchen Reichslande, einzugehen; ſie ſollten ſich beſonders die Conſervation von Halberſtadt, Hildesheim, des Saalkreiſes und von Mansfeld angelegen ſein laſſen, wogegen ſie auf Lauenburg Verzicht leiſten können. Vornehmlich wünſcht der König noch der drückenden Contributionsforderung zu entgehen. Die Geſandten werden ermächtigt, zehn Millionen ſofort anzubieten, aber unter der Bedingung, daß die franzöſiſchen Truppen ſich jenſeit der neubeſtimmten Grenzen zurückziehen.

Zaſtrow kam am 27. in Charlottenburg in dem Augenblick an, als Napoleon zu Pferde ſteigen wollte, um ſeinen Einzug in Berlin zu halten. Er deutete dem Kaiſer den Zweck ſeiner Sendung an, der dahin ziele, Frieden herzuſtellen. Napoleon fragte, ob die Ruſſen ſchon auf preußiſchem Territorium ſtünden? Zaſtrow antwortete: nach den letzten Nachrichten ſeien ſie in Grodno; ſehr möglich, daß die Spitzen ihrer Bataillone in dieſem Augenblick in das preußiſche Gebiet einrückten; der König erwarte nur ein ihn ſicherſtellendes Wort, um den Rückmarſch derſelben zu veranlaſſen. Eine ſehr falſche Berechnung wäre es geweſen, wenn man preußiſcherſeits gehofft hätte, daß Napoleon durch die Annäherung eines zweiten Feindes friedlicher geſtimmt würde. „Oh," rief er aus, „wenn die Ruſſen kommen, ſo marſchire ich gegen ſie und will ſie ſchlagen."

Die Stimmung Napoleons kann man aus der Erklärung abnehmen, die er nach der Erzählung Lucchesini's einer Deputation der Hauptſtadt und der märkiſchen Stände gegeben haben ſoll. Ich drücke mich darüber nur zweifelhaft aus, halte aber doch nicht dafür,

1) Denkwürdigkeiten III, S. 219.

daß die Mittheilung des mit den Geschäften betrauten Staatsmannes an den dirigirenden Minister verworfen werden kann. Lucchesini berichtet: Napoleon habe mit den Deputirten von der Nothwendigkeit gesprochen, eine Nationalrepräsentation einzurichten, um in derselben ein Gegengewicht gegen die königliche Autorität zu bilden, so daß künftighin ein Krieg nicht durch Intriguen oder Animositäten herbeigeführt werden könne [1]); er habe dem Könige zugleich einen Vorwurf daraus gemacht, daß er seine Hauptstadt der Gnade oder Ungnade des Siegers überlassen habe; von den Deputirten sei das eine wie das andere mit tiefem Schweigen aufgenommen worden: denn davon wenigstens hatte Jedermann ein Bewußtsein, daß die Schuld an dem Kriege eine allgemeine gewesen war. Von politischer Opposition war hier keine Spur zu finden; man hatte nur das Gefühl des erlittenen öffentlichen Unglückes. Die Frauen, die dem Einzuge zusahen, haben nicht, wie man erwartete, mit ihren Tüchern geweht, sondern oft mit denselben die Thränen von den Augen gewischt.

Die Gesandten waren angewiesen, mit Duroc zu unterhandeln; aber ihre Vorstellungen bei demselben waren vergebens. Sie vernahmen von Duroc, daß Napoleon Preußen in die Unmöglichkeit zu versetzen denke, in den nächsten Jahren wieder die Waffen gegen ihn zu erheben. Der Kaiser schlug die Provinzen, die er dem Könige lasse, selbst höher an, als ihre wahren Kräfte betrugen. Von Anfang an hat sich in ihm die Besorgniß geregt, daß die Preußen, von den Gefühlen der Rache entflammt, zu den Waffen greifen würden, sobald es ihnen nur möglich sei. Auf den Entwurf, den die Gesandten einreichten, wurde weiter keine Rücksicht

1) L'Empereur a entretenu les députés de la ville de Berlin et ceux des États de la Marche de la nécessité d'y établir une représentation nationale qui puisse, en cas de besoin, en balançant l'autorité royale, empêcher des guerres que l'intrigue ou l'animosité pourraient amener. Il leur a dit qu'il en ferait un article du traité de paix. Les députés n'ont presque rien répondu. Ils ont aussi gardé le silence lorsque l'Empereur a imputé au roi d'avoir abandonné à la merci du vainqueur la capitale et ses intérêts. Schreiben Lucchesini's an Haugwitz. In anderen Erzählungen aus diesen Tagen findet sich diese Angabe nicht; aber im Tumult der Zeit hat man überhaupt keine authentischen Aufzeichnungen gemacht. Was sich bei Bassewitz findet, ist meistens aus unverbürgten Angaben entnommen. Seine authentischen Mittheilungen stammen großentheils wörtlich aus der Relation eines königlichen Kammerdieners, in dessen Gesichtskreis Vorfälle, wie die oben angeführten, nicht fielen.

genommen. Die Bedingungen, die Napoleon vorlegte, waren dieselben, welche er schon in Wittenberg ankündigte: denn er hatte nur immer den Kampf gegen die große europäische Combination im Sinne, die ihm gegenüberstand; es hatte das Ansehen, als wolle er lieber vermeiden, mit Preußen einen Frieden zu schließen. Darin, was für die Monarchie als die tiefste Herabwürdigung und Schwächung erschien, sahen die Gesandten in diesem Augenblicke die einzige Möglichkeit der Rettung; sie haben die Bedingungen am 30. October zu Charlottenburg wirklich unterschrieben.

Dazu trug ohne Zweifel bei, daß die preußische Militärmacht indessen vollends niedergeworfen war. Hohenlohe, der noch immer ansehnliche Streitkräfte von der Elbe nach der Oder zu führen unternommen hatte, aber auf dem Wege allenthalben den Franzosen hatte ausweichen müssen, wurde zu Prenzlau auf die Vorstellung, daß er von denselben völlig umringt sei, zu einer Capitulation vermocht, die um so schimpflicher war, da sie auf falschen Voraussetzungen beruhte. Die Festungen des Landes wurden eine nach der anderen dem Feinde überliefert, Spandau, Küstrin, hierauf auch die großen Plätze Stettin und Magdeburg. Die Festungen waren allerdings zur Vertheidigung wenig vorbereitet, und zur Entmuthigung trug die Nachricht von den Unterhandlungen des Königs und dem bevorstehenden Frieden bei.

In den Tagen dieser gleichsam vollständigen Vernichtung seines Feindes lernte Napoleon die Absichten kennen, die bei der preußischen Waffenerhebung obgewaltet hatten. In dem Cabinet des Königs, das ihm eröffnet wurde, wie es verlassen worden war, fand er über die dem Ausbruch des Krieges vorangegangenen inneren Verhandlungen Denkschriften, Pläne, Correspondenzen, aus denen man abnehmen konnte, daß die antifranzösische Gesinnung, die zuletzt zum Kriege geführt hatte, sehr ausgebreitet, tief und weit verzweigt war. Auch in der Wohnung des Grafen Haugwitz hatte man nachgesucht und eine Anzahl ähnlicher Schriftstücke entdeckt, die denselben Eindruck hervorbrachten [1]). In einem der vorgefundenen

1) L'Empereur ayant passé à cheval devant votre hôtel, il lui prit fantaisie de faire rechercher s'il y avait quelques papiers intéressants à recueillir. Le général Duroc et M. de Talleyrand furent chargés de la perquisition, et dans un de vos secrétaires, dont ils forcèrent honnêtement la serrure, ils se vantent d'avoir trouvé, à côté de beaucoup de papiers insignifiants, des pièces fort intéressantes. Ils citent plusieurs lettres de la reine au sujet de la guerre actuelle, un projet

Memoiren meinte Napoleon sogar die Arbeit eines erbitterten Emigranten, Antraigues, wieder zu finden. Die Ueberlieferung ist, daß er auch in den Papieren der Königin, die er in indiscreter Weise durchsuchen ließ [1]), Aeußerungen gefunden habe, die ihn in der schon gefaßten Meinung bestärkten, daß die Königin die Haupturheberin der Zerwürfnisse und des Krieges gewesen sei. In einem deutschen Blatte, das ihm zu Gebote stand, ließ er sie absichtlich verunglimpfen. Den Zusammenhang mit den übrigen europäischen Mächten, dessen Entwickelung Preußen vielleicht hätte erwarten sollen, ehe es zu den Waffen griff, setzte er als bereits vorhanden und zweifellos voraus. Unter diesen Eindrücken wollte er bei den Friedensbedingungen, die er selbst vorgelegt hatte, nicht stehen bleiben.

Die Unterhandlung ging jetzt in die Hände Talleyrands über, der zum Zweck eines definitiven Abschlusses in Berlin eintraf. Unverweilt von Lucchesini angegangen, erklärte Talleyrand, der Kaiser habe sich noch nicht definitiv weder über die Epoche des Friedensschlusses, noch über die Art und Weise desselben ausgesprochen.

---

de traité de subsides avec l'Angleterre, une liasse de papiers sur la Pologne etc. Lucchesini an Haugwitz, 17. November.

1) Die Thatsache berichtet auch Ségur, Histoire et mémoires III, 52.

Viertes Capitel.

Fernere Unterhandlungen und ihr Abbruch.

Am 30. October, dem Tag, an welchem die Nachricht von der Capitulation von Prenzlau eintraf, trat Duroc, der die Unterhandlungen mit dieſer Nachricht eröffnete, mit einer neuen und umfaſſenden Bedingung hervor. Wenn die Ruſſen in die Moldau einrücken würden, ſo forderte Napoleon, daß die preußiſchen Truppen ſich mit den franzöſiſchen vereinigen ſollten, um die Ruſſen in Polen zu bekämpfen. Die Bevollmächtigten gaben ihr Erſtaunen darüber zu erkennen, daß Preußen nicht allein geſchwächt, ſondern in einen neuen Krieg verwickelt werden ſollte. Aber an dem Ernſt der Forderung ließ ſich nicht zweifeln: Duroc hatte ſie mit aller Beſtimmtheit ausgeſprochen. Die beiden Bevollmächtigten geriethen in die größte Verlegenheit: ſie urtheilten, wenn man ſie ablehne, ſo werde man des Friedens nicht theilhaftig werden; ſollte man ſie aber annehmen, ſo werde die franzöſiſche Armee zunächſt in den preußiſchen Provinzen verbleiben, und man werde ſpäter die Rache der Ruſſen zu fürchten haben.

Für die Regierung des preußiſchen Staates war der Augenblick gekommen, über das Verhältniß, in welches ſie unter ganz veränderten Umſtänden zu Napoleon treten wolle und könne, ſich ſelbſt klar zu werden und einen Entſchluß darüber zu faſſen.

Am 6. November fand eine Verſammlung in Graudenz ſtatt, bei der die vornehmſten Mitglieder des Hofes und der Staatsverwaltung, die Prinzen Heinrich und Wilhelm, die Miniſter Schulenburg und Stein, ſowie einige hervorragende Militärs zugegen waren. Graf Haugwitz ſetzte die unglückliche Lage auseinander; er gedachte der Verhandlung zu Charlottenburg nicht allein, ſondern auch der Zumuthung, daß ſich Preußen, im Falle Rußland die Moldau und Wallachei überziehe, mit dem Kaiſer von Frankreich vereinigen ſolle. Wir kennen die raſche Beweglichkeit der Politik des Grafen Haugwitz. Von den Beſtimmungen des Vertrages vom 3. November 1805, welche die Theilnahme an einem univerſalen Kampfe gegen

Frankreich in Aussicht stellten, war er in dem Gedränge der Umstände zu der engsten Vereinigung mit Napoleon übergegangen. Dem Vertrage von Schönbrunn war dann selbst noch ein schwererer gefolgt, dem er sich, wiewohl widerstrebend, fügte, und bei dem er nur die norddeutsche Suprematie von Preußen aufrechtzuerhalten suchte. Als diese bedroht wurde, hatte er sich in unerwarteter Aufregung zum Kriege gegen Frankreich entschlossen, wobei eine Verbindung mit Rußland und Oesterreich zwar ins Auge gefaßt, aber keineswegs vorbereitet war. Nach den Unfällen, welche dieser Schilderhebung ein plötzliches Ende machten, sah er die neue Rettung nicht sowohl in einem particularen Frieden, als in völligem Anschluß an die Politik Napoleons und in dem Beitritt zum Rheinbunde. Seine Idee mag dabei gewesen sein, sich für den Fall der Feindseligkeit von Rußland Anlehnung an ein großes staatsrechtliches Verhältniß zu sichern. Freilich hatte er eben gegen die Ausdehnung des Rheinbundes die Schilderhebung provocirt. Er ergab sich in die Entscheidung der Waffen und nahm sie selbst für Preußen an. War aber damit nicht auch die Verpflichtung verbunden, die Waffen gegen Rußland zu ergreifen? In der Versammlung fand der Vorschlag des dirigirenden Ministers hauptsächlich aus diesem Grunde Widerspruch. Die Anwesenden waren der Meinung, daß die von den Bevollmächtigten zu Charlottenburg vereinbarten Abtretungen angenommen werden könnten, jedoch ohne jede fernere Bedingung; mit Frankreich dürfe sich Preußen auch in dem angedeuteten Falle der Invasion der Donaufürstenthümer nicht gegen Rußland verbinden, und von dem Beitritt zum Rheinbunde könne die Rede nicht sein, weil durch das Eine und das Andere der Zweck, Frieden zu erlangen, vereitelt werde. Schulenburg bemerkte, daß der Beitritt zum Rheinbunde nur dann stattfinden könne, wenn dieser selbst lediglich zur Erhaltung des Friedens auf dem Continent bestimmt bleibe; zur Offensive gegen Rußland dürfe man sich unter keinen Umständen anheischig machen. Oberst Kleist gab den Rath, daß sich die preußische Armee, soweit eine solche noch bestehe, mit den Russen vereinen solle, falls man auf die Mitwirkung Oesterreichs zählen dürfe; sonst bleibe nichts als der Anschluß an Frankreich übrig: eine unbestimmte Handlungsweise würde den Untergang der Monarchie herbeiführen [1]).

1) Protokoll der Conferenz in Graudenz vom 6. November 1806. Denkwürdigkeiten V, S. 396 ff.

König Friedrich Wilhelm III., der sich jetzt unfähig sah, den Krieg fortzusetzen, gelangte wirklich zu dem schweren Entschluß, die zu Charlottenburg festgesetzten Bedingungen zu genehmigen, nicht jedoch, ohne noch immer die Hoffnung festzuhalten, daß sich Napoleon Halberstadt und den Saalkreis wie Mansfeld abgewinnen lassen werde. Das Zugeständniß selbst motivirte er damit, daß das Heil seines Volkes es erheische. Um die Evacuation der ihm gebliebenen Landschaften von den Franzosen auszuwirken, war er selbst geneigt, dem Rheinbunde beizutreten, unter der Bedingung, die Graf Schulenburg ausgesprochen hatte. Friedrich Wilhelm meinte, sein Freund Kaiser Alexander werde ihn deshalb nicht befehden; er glaubte sogar, denselben durch dringende Vorstellungen dahin bringen zu können, von einer Invasion der Donaufürstenthümer abzusehen.

Des Königs Gedanken waren einzig auf Wiederherstellung des Friedens gerichtet. In diesem Sinne ist sein Brief an Napoleon vom 7. November abgefaßt, der den äußersten Schritt der Annäherung an denselben enthält [1]). Bemerkenswerth darin ist die Stelle, wo es heißt, durch eine weitere Schwächung Preußens werde auch Napoleon seinen Zweck nicht erreichen, eine neue kriegerische Erhebung Preußens zu verhindern: es werde dadurch in Abhängigkeit von Rußland und Oesterreich gerathen. Auf das dringendste empfahl der König zugleich die Schonung Berlins und der Marken, deren Wohlfahrt die Schöpfung Friedrichs des Großen sei.

Wie weit aber war Napoleon davon entfernt, dem preußischen Staate eine friedliche und unabhängige Existenz gewähren zu wollen! Von Moment zu Moment trat er mit immer schwereren Bedingungen der militärischen Uebermacht hervor. Die erste Forderung war, daß der König die russischen Truppen nicht in sein Gebiet vorrücken lassen, oder, wenn dies schon geschehen, für ihre Entfernung Sorge tragen sollte. Die Franzosen sollen nur nicht über die Weichsel gehen; der Thalweg dieses Flusses soll eine Demarcation zwischen der preußischen und der französischen Armee bilden; auch die Befestigungen von Danzig auf dem linken Weichselufer nahmen die Franzosen in Anspruch. Ebenso soll eine Demarcationslinie in Schlesien von der Lausitz bis nach Böhmen gezogen, Glogau aber den Franzosen überlassen werden. Ferner forderte Napoleon die Einräumung von Magdeburg, Nienburg, Hameln. Die beiden Bevollmächtigten entschlossen sich, diese Bedingungen, so drückend sie

1) Höpfner, der Krieg von 1806 und 1807. II, 389.

waren, dennoch anzunehmen. Nur in Bezug auf Magdeburg schalteten sie einen Vorbehalt ein, auf dessen Berücksichtigung sie jedoch ebenfalls Verzicht leisteten, da die Capitulation Magdeburgs so gut wie sicher war. Napoleon aber zögerte auch dann noch, die von ihm vorgeschlagenen Stillstandsbedingungen zu unterzeichnen. Erst am 15. November ließ sich Duroc wieder bei den Gesandten sehen; aber aus seinen ersten Eröffnungen erkannte man den veränderten Stand der Dinge. Magdeburg war indeß gefallen; Blücher hatte capitulirt: nun erst schien das Ereigniß von Jena wahrhaft vollendet. Vier Armeecorps (Augereau, Ney, Soult, Lannes) rückten gegen die Weichsel vor. Die Vorschläge Napoleons waren darauf berechnet, die Uebergänge über diesen Strom in seine Gewalt zu bringen. Er verlangte Thorn mit einem Rayon auf dem rechten Weichselufer, den Besitz von Graudenz, die Vorstadt Praga und einen Brückenkopf bei Warschau. Die Gesandten wagten nicht, sich dem entgegenzusetzen; sie zogen in Betracht, daß Napoleon unter allen Umständen über die Weichsel gehen, Graudenz belagern und Preußen zum Schauplatz des Krieges gegen die Russen machen werde. Sie mußten jedoch erleben, daß Duroc auch dann die Unterzeichnung verzögerte, bis er weitere Befehle von Napoleon empfangen habe. Eines Tages speisten sie bei Talleyrand; aber Duroc, den sie zu finden erwarteten, war nicht zugegen; sie vernahmen selbst, daß er an diesen Tagen nicht im Stande sein werde, zu unterzeichnen. Napoleon erschwerte seine Bedingungen nochmals. In Schlesien forderte er noch Breslau; jenseit der Weichsel sollten sich die preußischen Truppen auf Königsberg zurückziehen; sie sollten Danzig und Colberg den Franzosen überlassen.

Die Gesichtspunkte Napoleons waren noch besonders durch das Erscheinen einer sogleich näher zu erörternden englischen Declaration fixirt worden, durch welche jede Hoffnung auf den Frieden vernichtet wurde. Wenn nun aber an dem Verständniß Englands mit Rußland kein Zweifel sein konnte, so boten dagegen die Bewegungen der Polen und die beginnende Insurrection derselben ein erwünschtes Hülfsmittel zum Kampfe gegen Rußland dar. Es war nun dahin gekommen, was Caillard im Jahre 1793 als eine entfernte Eventualität bezeichnet hatte, daß Frankreich die Russen der alten Politik gemäß von Polen und der Türkei her, auf deren Widerstand gegen die Russen man jetzt wieder rechnete, angreifen könne. Dombrowski befand sich im französischen Hauptquartiere; es erschienen bereits Proclamationen im Sinne der Polen. In der Umgebung Napo-

leons bildeten sich hierüber zwei verschiedene Ansichten. Leute, die ihr Glück noch zu machen dachten, empfahlen ihm, die Deputation der Polen anzunehmen. Die Polen meinten, wenn die Sache einmal in Gang gesetzt sei, einen König aus Napoleons Hand zu bekommen. Damit würden dann die Russen genöthigt werden — so rechnete man —, einen Frieden im Sinne der Franzosen abzuschließen. Andere aber waren der Meinung, daß man die Erinnerung an die extremen revolutionären Grundsätze, die in der Verbindung mit Polen liegen, vermeiden und einen Frieden mit Preußen, zunächst einen Waffenstillstand, schließen müsse. In ihrem Sinne lag es nicht, den Krieg über die Weichsel zu tragen; sie faßten vielmehr die Hoffnung, durch die Vermittelung Preußens den Kaiser von Rußland zu einem Frieden zu vermögen. Das Motiv, das auf den Kaiser Alexander wirken sollte, war die Conservation Preußens selbst, welche die Franzosen nur eben unter der Bedingung des Friedens mit Rußland zu bewilligen gedachten. Man hielt dafür, Alexander werde die Erhaltung des befreundeten Königs von Preußen der Herrschaft über die Donaufürstenthümer vorziehen. Diese Gesichtspunkte erhellen aus einer Note von Talleyrand (vom 16. November), in der er ausspricht, daß Napoleon kein Land, welches durch die Entscheidung der Waffen in seine Hand gefallen, freigeben könne, bevor die Unabhängigkeit der Türkei, an der Frankreich den größten Antheil nehme, und die durch die Eingriffe Rußlands in Moldau und Walachei beeinträchtigt werde, wiederhergestellt sei. Demgemäß soll der König dem Kaiser vorstellen, in welche Gefahr Preußen gerathe, wenn Napoleon nicht in einem baldigen Frieden mit Rußland Sicherheit gegen eine neue Coalition und eine Garantie des türkischen Besitzes der Donaufürstenthümer finde; der König möge deshalb die Sendung eines russischen Bevollmächtigten nach Berlin, behufs Eröffnung von Friedensunterhandlungen, veranlassen. Die Unterzeichnung der Bedingungen, so sagte man, werde nur deshalb verzögert, weil durch dieselben die Hoffnungen der polnischen Revolutionäre getäuscht werden würden.

Man wird bei dem Berichte, dem wir dies entnehmen, an eine Scene erinnert, welche Ségur erwähnt [1]). Caulaincourt und Duroc billigten nicht den freudigen Eifer, mit welchem St.-Aignan die Nachricht von der Capitulation Magdeburgs überbrachte. Sie sagten ihm: er müsse wissen, wenn Magdeburg sich vertheidigt hätte,

1) Ségur, Histoire et mémoires III, 72.

würde der Friede zu Stande gekommen sein; die errungenen Erfolge und die Entwickelung der politischen Verhältnisse trieben Napoleon jeden Augenblick weiter vorwärts. Hiernach wäre die Begünstigung der polnischen Insurrection und andererseits die Anbahnung eines allgemeinen Friedens davon abhängig gewesen, ob Preußen die Bedingungen des Waffenstillstandes verwerfen oder aber, so höchst ungünstig sie auch waren, dennoch annehmen und zugleich die Friedensunterhandlung mit Rußland zu Stande bringen werde.

Aber so innig war doch das Verständniß Alexanders mit Friedrich Wilhelm nicht, daß er aus Rücksicht für denselben seine Politik hätte ändern sollen. Alexander fürchtete damals vielmehr eine Accession Preußens zu der französischen Offensive gegen Rußland. Er sagte dem preußischen Gesandten: Napoleon werde den Februar-Vertrag zur Ausführung bringen wollen, in welchem Preußen sich für die Unabhängigkeit der ottomanischen Pforte habe aussprechen müssen; der König werde wider seinen Willen in Kriege fortgerissen werden, welche die letzten Hülfsquellen seines Reiches aufzehren müßten; bei weitem besser sei es doch für ihn, den Kampf gegen Frankreich fortzusetzen, welcher mit der Hülfe Rußlands noch glückliche Eventualitäten darbiete. Nicht allein durch Freundschaft, sondern durch das Interesse seines Reiches sei er mit Preußen verbunden: der König möge nur so lange widerstehen, bis die russischen Hülfstruppen herangerückt seien. Er mahnte von jedem Frieden mit Frankreich ab. Sollte der König dennoch einen solchen eingehen, so werde darin liegen, daß er zugleich seine Unabhängigkeit aufgebe; danach werde auch Rußland sich genöthigt sehen, sein Verhalten gegen ihn zu ändern. Von dem Gedanken, daß eine Aussöhnung der Franzosen mit Preußen auch den Frieden derselben mit Rußland habe sichern können, wollte Alexander nichts hören: nachdem ihn Napoleon soeben in Krieg mit den Türken verwickelt habe, würde es ganz unmöglich sein; um der Feindseligkeit der Osmanen zuvorzukommen, lasse er seine Truppen in das Gebiet derselben einrücken; Napoleon werde Oesterreich auffordern, sich in seinem Sinne zu entscheiden; aber die Nähe einer russischen Armee werde Oesterreich bestimmen, sich für Rußland und dann auch für Preußen zu erklären.

Alexander fühlte, indem er seine allgemeinen Verhältnisse erwog, daß er in voller Feindseligkeit gegen Napoleon begriffen sei. Es war sein eigenstes Interesse, Preußen von jeder Pacification mit

Napoleon abzuhalten und dem Könige mit großer Macht (er verſprach 140,000 M.) zu Hülfe zu kommen [1]).

So hatte Alexander ſelbſt dem Könige bereits geſchrieben; das Unglück von Preußen verdoppele in ihm die Gefühle der Freundſchaft; ſchon habe er dem Corps von Bennigſen Befehl gegeben, vorzurücken. „Vereinigen wir uns enger als jemals," ſchließt er; „vertheidigen wir die Sache der Ehre! Die Vorſehung wird zuletzt der Uſurpation ein Ende machen und unſere Sache begünſtigen, die beſte, die es geben kann" [2]). Mit dieſem Schreiben traf die Nachricht zuſammen, daß der ruſſiſche General Bennigſen ſich mit 69,000 Mann bei Pultusk aufgeſtellt habe, daß eine andere Armee bei Grodno, eine dritte bei Bresz verſammelt werde, um dem Könige, ſobald er es verlange, zu Hülfe zu kommen.

In einem Rathe der preußiſchen Staatsmänner und Kriegsführer, der am 20. November in Oſterode gehalten wurde, zeigte ſich eine energiſchere Stimmung als früher; man rieth dem Könige, den Anmarſch der ruſſiſchen Truppen keinen Augenblick aufzuhalten, ſondern vielmehr zu beſchleunigen: denn die Unterhandlungen mit Frankreich würden dadurch nicht ſchwerer werden; eher könne Napoleon in dem Anrücken der ruſſiſchen Truppen das einzige Gegengewicht gegen ſeine über Preußen erhaltenen Vortheile erblicken.

Nunmehr erſt kamen die zuletzt von Napoleon vorgelegten Stillſtandsbedingungen an; ſie wurden in einer neuen Conferenz am 21. November erwogen. Kalckreuth, Geuſau, Schrötter ſtimmten für Annahme des Waffenſtillſtandes, weil dadurch die Möglichkeit gegeben werde, 40,000 Mann im Felde zu erhalten, was mehr werth ſei, als die Feſtungen, die Napoleon forderte. Dem ſchloß ſich Kleiſt an, beſonders auch aus Mißtrauen gegen die ruſſiſchen Operationen, welche nur zum Unglück führen können, wenn Oeſterreich ſich nicht anſchließe. Haugwitz, der alle ſeine Lebtage von der Unabhängigkeit und ſelbſtändigen Macht Preußens geredet hatte,

---

1) Depeſche von Goltz de d. 6. November. Denkwürdigkeiten III, S. 224.

2) Réunissons-nous plus étroitement que jamais; restons fidèles aux principes de l'honneur et de la gloire, et abandonnons le reste à la Providence, qui ne peut manquer de mettre enfin un terme aux succès de l'usurpation et de la tyrannie, en faisant triompher la plus juste et la plus belle des causes. Schreiben des Kaiſers Alexander vom 22. October / 3. November 1806 bei Höpfner III, 3. Note, und Denkwürdigkeiten III, S. 223.

war jetzt so weit gebracht, den Waffenstillstand, der beide vernichtete, annehmen zu wollen, auch deshalb, wie er sagte, weil es so den militärischen Mitgliedern der Conferenz rathsam erscheine.

Dagegen aber erklärten sich die anwesenden Civilminister Voß und Stein sowie der Cabinetsrath Beyme. Beyme faßte die Gegengründe wohl am besten zusammen. Es waren diese: Napoleon kenne das bereits erfolgte Vorrücken der Russen in Südpreußen nicht und werde, wenn er es erfahre, daraus einen Grund hernehmen, den Stillstand sogleich zu kündigen: die Festungen würden dann ohne allen Nutzen aufgegeben sein. Ueberdies werde Neu-Ostpreußen durch Insurrectionen verloren gehen, da nach einem Vorschlage Napoleons keine Truppen sich daselbst aufhalten dürften. Stein hatte auf eine Aeußerung Talleyrands aufmerksam gemacht, aus welcher hervorgehe, daß die Existenz Preußens von dem Frieden mit England und Rußland abhängig gemacht werde. Beyme wiederholte das. So hatte auch Voß bemerkt, daß man sich durch Annahme der Bedingungen von Rußland trenne und zur Vernichtung der Monarchie beitragen werde [1]).

Stein schrieb an Hardenberg: alle Vortheile, die man Napoleon bewillige, seien gegen Rußland, folglich auch gegen Preußen gerichtet [2]). Hardenberg erwiederte, dahin gehe auch seine Meinung: durch den Waffenstillstand würde der größte Theil des Landes in die Hände Napoleons gerathen; was übrig bleibe, werde Rußland nehmen; weit schlimmer sei der Waffenstillstand, als der Krieg [3]). Man müsse also Himmel und Erde bewegen, damit man sich auf dem rechten Weichselufer mit Hülfe der Russen behaupten könne.

In der Gesammtgeschichte der Monarchie einer der größten Augenblicke, in dem die Existenz auf dem Spiele stand, wie bei dem Eintritt des großen Kurfürsten und in den bedrängtesten Tagen des großen Königs. Gewiß, man kann Friedrich Wilhelm den III., besonders wie er sich bis dahin gezeigt hatte, diesen beiden Heroen nicht zur Seite stellen. Er war so weit zurückgewichen, als nur

---

1) Protokoll der Conferenz zu Osterode. Denkwürdigkeiten V, S. 398 ff.

2) Tous les avantages que nous accordons à Napoléon doivent tourner contre les Russes et par conséquent contre nous. Schreiben Steins vom 18. November. Denkwürdigkeiten III, S. 230.

3) La Russie nous ôtera ce que Napoléon nous laisse. L'abominable armistice est pire que la guerre. Schreiben Hardenbergs vom 18. November. Denkwürdigkeiten a. a. O.

immer möglich; aber bei diesen Vorschlägen erwachte in ihm das Selbstgefühl des Hauses Brandenburg. Er wurde inne, daß es nicht allein auf Territorialabtretungen abgesehen sei, sondern auf die Vernichtung seiner politischen Stellung, auf die Unterjochung Preußens: denn die Unabhängigkeit Preußens werde dem unersättlichen Ehrgeiz Napoleons immer im Wege stehen, besonders auch seinen gegen Rußland gefaßten Plänen; der König sagt: er sei schon entschlossen gewesen, auf die vorgeschlagenen Bedingungen nicht einzugehen; in diesem Entschlusse habe ihn die Nachricht von dem ungewöhnlich raschen Anrücken russischer Truppen bestärkt. Was hier die Entscheidung gab, war das allgemeine politische Verhältniß, welches auf der im Osten wie im Westen eingreifenden Stellung des preußischen Staates beruhte und gleichsam dessen Unentbehrlichkeit in dem System der europäischen Mächte constituirte. Wohl wurde die Einwendung gemacht, daß Preußen gleichsam eine Hülfsmacht von Rußland werde; allein dabei fiel doch in die Augen, daß Rußland die Unabhängigkeit Preußens zu erhalten suchen mußte, welche Napoleon zu vernichten beabsichtigte. Nichts anderes ließen die Bedingungen erwarten, die Napoleon vorschrieb. Preußen konnte geschlagen und geschmälert werden; aber dabei wäre noch immer Friede, selbst Freundschaft mit Frankreich möglich gewesen; allein unmöglich konnte sich Preußen dazu verstehen, zur Ausführung der einseitigen napoleonischen Pläne mitzuhelfen und zu dienen; es würde damit sein politisches Dasein aufgegeben haben. Preußen hatte bisher immer einen Rückhalt an Rußland gesucht, aber doch ein absolutes Bündniß noch vermieden. Napoleon war es, der ihm ein solches zur Nothwendigkeit machte. Indem König Friedrich Wilhelm III. den Waffenstillstand verwarf, trat er entschieden in die entgegengesetzte Direction ein. Er erklärte es für seine Pflicht, dem Feinde der Unabhängigkeit aller Staaten im Bunde mit Rußland entgegenzutreten. Die allgemeinen Gesichtspunkte überwogen jetzt bei ihm die particularen. Napoleon hatte gesagt, Preußen könne nur existiren, insofern er Frieden mit Rußland und mit England habe; die Antwort darauf war — und eine andere ließ sich nicht erwarten —, daß sich Friedrich Wilhelm III. an Rußland anschloß, wie er denn gleich damals sich persönlich von Osterode nach Pultusk begab, wo die Russen standen. Er hatte Freude an der guten Haltung dieser Truppen. Dem russischen General selbst übertrug er den Oberbefehl über die Preußen, die unter l'Estocqs Commando gestellt wurden: denn Kalckreuth, der immer eine antirussische Ten-

denz an den Tag gelegt hatte, wäre dazu untauglich gewesen. Auch Haugwitz konnte sich nicht länger im Amte behaupten. Kaiser Alexander hatte angedeutet, daß Haugwitz wohl selbst absichtlich den Ruin des alten Systems herbeigeführt habe. Der König sprach ihn von diesem Verdacht frei: er versicherte, von seinem Patriotismus und seiner guten Absicht überzeugt zu sein [1]). Aber Haugwitz fühlte, daß er sich bei der veränderten Richtung der Politik nicht zu behaupten vermöge, und bat um seinen Abschied. Auch für den König war dies erwünscht; er schreibt dem Kaiser, er werde fortan jeder Zeit mit ihm die nämliche Politik befolgen. Alles, was geschehe, bestärke ihn darin; denn alle Tage trete für die noch freien Mächte die Nothwendigkeit, sich gegen den Feind ihrer Unabhängigkeit zu vertheidigen, offenbarer ins Licht. Oesterreich und das bereits angegriffene Dänemark dürften keinen Augenblick verlieren, um mit Rußland und Preußen gemeinschaftliche Sache zu machen. Schon seien nicht ohne Rußlands Vermittelung Eröffnungen von England angelangt, in Bezug auf Subsidienzahlung, zwar sehr allgemein gehalten, aber doch sehr erwünscht. Um das Vertrauen, das zwischen ihm und dem Kaiser obwalten müsse, nicht zu stören, habe er die Bitte seines bisherigen Ministers, ihm seine Entlassung zu geben, erfüllt.

Indem Preußen verloren zu sein schien, wenn es sich nicht in die durch die Ereignisse herbeigeführte Abhängigkeit von Napoleon fügte, entschloß sich der König, das bisherige System der Isolirung zu verlassen und sich, selbst in Widerspruch mit seinem Minister, an das gemeinsame Interesse der europäischen Staaten anzuschließen. Er hatte bis jetzt zwischen Rußland und Frankreich geschwankt; nun schloß er sich mit Entschiedenheit an Rußland an.

Duroc hatte die Ratification des Waffenstillstandes in Osterode auszuwirken gehofft. Er hat auf die Frage, warum denn Napoleon Preußen so sehr hasse, geantwortet: Napoleon hege keinen Haß; er berechne nur [2]). Er begab sich mit der Nachricht, daß ihm sein Vorhaben nicht gelungen sei, zu Napoleon, der sich damals in Posen aufhielt. „Ew. Majestät," schreibt Napoleon hierauf dem Könige, „haben alle Negociation abgebrochen; Ew. Majestät haben Ihre

1) La confiance que ses talents, ses longs services et son patriotisme éclairé m'ont fait placer en lui. 30. November 1806. Denkwürdigkeiten III, S. 237.

2) Il ne hait point, il calcule.

Bevollmächtigten desavouirt und mir erklärt, daß Sie ſich ganz auf Seite der Ruſſen geſtellt haben. Wir ſind alſo entfernter von einander als je; ich muß alle meine Kräfte gegen dieſe neuen Gegner wenden. Die Zukunft wird entſcheiden, ob Sie die beſſere und wirkſamere Partei ergriffen haben. Es war Ihre eigenſte Wahl: denn der ruſſiſche General hat erklärt, daß er Ewr. Majeſtät zu Hülfe komme und unter Ihrem Befehle ſtehe“ [1]).

1) Au Roi de Prusse 6 décembre 1806. Camp impérial de Posen. Correspondance XIV, S. 74 (n° 11394).

Notiz über die Memoiren des Grafen von Haugwitz.

Notiz über die Memoiren des Grafen von Haugwitz.

(Beilage zur zweiten Ausgabe.)

Bald nach dem Tode des Grafen Haugwitz, den ich während meines Aufenthaltes in Venedig kennen gelernt hatte, wurden mir einige Bände handschriftlicher Aufzeichnungen und Dictate, die sich in seinem Nachlaß gefunden hatten, mitgetheilt, die ich alsdann eifrig durchforschte. Ueber die früheren Lebensereignisse des Grafen fand sich darin keine Auskunft. Die Sammlung beginnt mit einer Anzahl von Briefen: von den beiden Stolberg, mit denen Haugwitz, wie man durch Goethe weiß, einst eine gemeinschaftliche Reise nach der Schweiz gemacht hatte, von Lavater, Claudius, Prinz Karl von Hessen, Herzog Ferdinand von Braunschweig, dem Prinzen von Preußen. Die meisten sind literarischen Inhalts. Sie zeigen den Geist des 18. Jahrhunderts in seiner dem Geheimnißvollen, Wunderbaren und der positiven Religion wieder zugewandten Richtung; die merkwürdigsten von allen sind die Briefe des Prinzen Karl von Hessen. Man bekannte sich zu der Lehre, daß der Mensch in die Materie versunken und durch Christus gerettet sei, und suchte derselben durch geheimnißvolle Verbrüderungen Raum in der Welt zu machen. Prinz Karl hatte in Kassel, Braunschweig und Berlin Verbindungen. Wir finden ihn in Kassel bei seinem Vater mit dem dänischen Gesandten Wächter, von dem ein neues System mystischer Maurerei ausgegangen zu sein scheint. Als dann der Prinz nach Berlin ging, wurde er selbst von Friedrich II. gut aufgenommen. Seinen vornehmsten Verkehr aber hatte er mit dem Prinzen von Preußen, nicht ohne Theilnahme Woellner's, der sich zuweilen der mystischen Ausdrücke Jakob Böhme's bediente, worin ihm Prinz Karl von Hessen secundirte. In den Briefen des Prinzen von Preußen tritt ein lebendiger Eifer hervor, dem „so traurigen Verfall" der Kirche im Lande Einhalt zu thun. Es wäre interessant, diesen Andeutungen nachzugehen; aber nur flüchtige Spuren sind es, die wir entdecken können. Die mir mitgetheilten Bände enthielten jedoch noch andere Aufzeichnungen historischen Inhalts, von denen ich auch damals sogleich Gebrauch gemacht habe. An eine Publication derselben konnte ich nicht denken, da eine solche der Familie überlassen bleiben muß; aber ich hielt es doch für eine Pflicht der historischen Studien, ausführliche Auszüge davon zu nehmen, die ich erst

jetzt in der Lage bin dem Publikum vorzulegen. Nachdem die Aufmerksamkeit durch die Denkwürdigkeiten Hardenbergs wieder mehr auf jene Zustände und Zeiten gerichtet worden ist, werden sie, wie ich denke, einen willkommenen, wiewohl nicht leicht zu verwerthenden Beitrag zur Kenntniß derselben liefern.

Die Memoiren bestehen aus drei oder vielleicht vier verschiedenen Abtheilungen. Die erste betrifft das Jahr 1792, die zweite die Unterhandlungen von 1794 mit England und 1796 mit Frankreich. Eine dritte Abtheilung besteht aus einer, bei der Uebertragung des Ministeriums an Hardenberg im Jahre 1804 übergebenen Denkschrift mit einer Anzahl von späteren Zusätzen. Ich will nun über jede dieser Abtheilungen einen kurzen Bericht erstatten. Haugwitz beginnt seine Aufzeichnungen mit seinem Eintritt in den preußischen Dienst. Ueber die Umstände seines früheren Lebens schickt er nichts voraus; aber im Laufe seiner Erzählung — denn er liebt es, von dem einen auf das andere überzugehen, wie ihm eben die Erinnerung kam — bringt er doch Einiges darüber bei. Indem er den Herzog von Braunschweig schildern will, kommt er auf das erste Verhältniß zu reden, das ihn mit dem preußischen Staate und Heere zur Zeit des baierischen Erbfolgekrieges in Berührung brachte. Damals waren durch einen unvorgesehenen Zufall die Magazine nicht gehörig versorgt worden. Plötzlich empfand man die Nothwendigkeit, diesem Mangel abzuhelfen, und der schlesische Minister Hoym ließ an vier oder fünf der Großgrundbesitzer die dringende Aufforderung ergehen, das Magazin von Leobschütz zu versorgen. Graf Haugwitz auf Krappitz zögerte nicht, dieser Aufforderung nachzukommen. In kurzem bedeckten seine beladenen Wagen die Landstraße. Durch diesen Eifer wurde der Herzog von Braunschweig auf ihn aufmerksam gemacht; er lud den Grafen ein, ihn zu besuchen. Haugwitz behauptet, er habe schon damals den Charakter des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand, wie er sich später entwickelte, richtig beurtheilt, nämlich viele treffliche Eigenschaften an ihm wahrgenommen, aber zugleich seinen vornehmsten Fehler, die Unentschlossenheit. Er erzählt, Friedrich der Große sei mit demselben sehr unzufrieden gewesen, so daß der Herzog seinen Abschied hätte nehmen wollen. In jenen Zeiten, sagt er, wäre das besser gewesen, als im Jahre 1793; hätte der Herzog noch im Jahre 1794 an der Spitze der Armee gestanden, so würden die Verhandlungen mit England einen besseren Ausgang genommen haben. An einer anderen Stelle gedenkt Haugwitz seiner Bekanntschaft mit Friedrich Wilhelm II., die schon durch jene geheimen Verbindungen, deren wir gedachten, eingeleitet war. Die Memoiren enthalten manche bemerkenswerthe Notizen über Friedrich Wilhelm II., von denen ich nur Eine mittheilen will. Friedrich Wilhelm II. wollte die Härte, mit der er von Friedrich II.

behandelt war, ihm so wenig nachtragen, wie dieser König selbst einst seinem Vater. In Fällen vorkommender politischer Verlegenheiten suchte er in den Correspondenzen Friedrichs II. nach, um zu sehen, wie sich der „große Mann" unter ähnlichen Umständen benommen habe: Combien de fois ne l'entendai-je pas dire: voyons comment se serait conduit notre grand homme en pareille occasion. Allein man weiß, daß Friedrich Wilhelm II. doch in der That ganz andere politische Bahnen einschlug. Bei jener verhängnißvollen Wendung der preußischen Politik, durch welche Hertzberg seine bisherige Stellung an der Spitze der auswärtigen Geschäfte verlor, war es nicht Lucchesini, wie Hertzberg meinte, sondern Haugwitz, auf den der König sein Augenmerk gerichtet hatte, um ihn zu ersetzen. Der König hatte den Gedanken gefaßt, sich mit Oesterreich gründlich zu versöhnen [1]). Haugwitz wurde in das Lager von Silberberg berufen, wo der König ihn vertraulich über seine Verhältnisse mit Oesterreich consultirte [2]). Bei dem Krankheitsanfall, von dem Hertzberg damals betroffen wurde, deutete der König bereits an, daß er Haugwitz zu seinem Minister machen wolle; zunächst aber wurde derselbe zum Gesandten am Wiener Hofe bestimmt, wo der damalige preußische Gesandte Jacobi hauptsächlich deshalb, weil ihm der alte Adel fehlte, nicht das erforderliche Ansehen in der höheren Gesellschaft genoß. Leopold II. machte für dessen Abberufung die Bedingung, daß er einen anderen guten Posten erhalte. Der König sandte ihn nach London, wo man auf hohen Adel weniger Werth lege. Da war es denn Haugwitz, welcher dem Kaiser vom Könige vorgeschlagen wurde. Leopold erinnerte sich eines Onkels desselben, des böhmischen Kanzlers, eines Mannes von vielem Ruf und Verdienst. Der Kaiser hatte ihn auch auf seinen Reisen nach Italien gesehen und ihm Freundschaft bewiesen. Haugwitz wurde also nach Wien bestimmt, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Höfen zu verstärken. Wir finden bei ihm mancherlei Notizen über das damalige Ministerium in Berlin. Hertzberg, bemerkt er, habe in Folge seiner Zwistigkeiten mit Finckenstein die Geschäfte in Verwirrung

1) Parmi les souverains de son temps Frédéric-Guillaume II fut le premier à comprendre et à apprécier à leur juste valeur les dangers qui menaçaient les trônes et quel que fût son respect pour la mémoire de son oncle il se persuada néanmoins que les principes qui avaient servi de base à la politique de ce grand homme, n'étaient plus applicables à l'état où l'Europe se trouvait du moment où il fut rappelé au trône.

2) Le roi m'avait appelé en 1790 au camp de Silberberg, et sans aucun autre titre que celui que m'accorda sa confiance, il voulut bien me consulter sur la querelle avec l'Autriche. Il manqua même peu que déjà alors je fus appelé au ministère.

gebracht. Sein Nachfolger Schulenburg führte dagegen die Ordnung, wie es ihm schon in den Finanzen gelungen, in die auswärtigen Geschäfte ein; in deren Leitung jedoch verlor er sich, sagt Haugwitz, in die Wolken. In seiner Stellung kam ihm seine Verbindung mit dem Nestor der Diplomaten, Finckenstein, zu statten, mit dem er von alter Zeit her in gutem Vernehmen stand. Finckenstein erwarb sich das Verdienst, die erlebten Ereignisse eines halben Jahrhunderts immer rechtzeitig ins Andenken zurückzurufen. Er war noch immer nicht unwirksam in den Geschäften. Ich kann jedoch davon abstehen, diese Erinnerungen weiter zu reproduciren. Meine Darstellung in der zweiten Auflage meiner Schrift über den Ursprung und den Beginn der Revolutionskriege theilt alles Wesentliche, was in den Memoiren darüber vorkommt, ausführlich mit. Haugwitz war, wie dort gezeigt worden ist, weit entfernt davon, den Krieg gegen die französische Revolution, mit dem man damals umging, zu billigen; sein Versuch aber, den König umzustimmen, blieb erfolglos. Außer der Verletzung seiner Selbstliebe, die darin lag, daß er bei dem König in der Hauptsache keinen Eingang fand, hatte er noch manche andere Unannehmlichkeiten zu bestehen. Er erzählt, der König habe ihn, als er ihm den Posten in Wien gab, zum Staatsminister erklären wollen. In der Instruction sei er nur als Kammerherr bezeichnet worden. Er habe die Bemerkung gemacht, daß er dies gar nicht sei; dann sei jede Titulatur weggefallen: der König habe sich das gefallen lassen: er sei in den Händen der Kriegspartei gewesen.

Er behauptet, noch einmal eine Vorstellung, die für den Frieden war, eingereicht, aber von Schulenburg eine Antwort empfangen zu haben, welche eine große Ignoranz und wenig Verstand verrathen habe [1]). Haugwitz wünschte jetzt nicht mehr nach Wien zu gehen, da Kaiser Leopold vor kurzem gestorben war; den Ministern wäre das ganz recht gewesen; aber der König bestand auf den einmal gefaßten Beschluß: er wollte auch hiedurch dem eben auf den Thron gelangten Franz II. beweisen, daß das mit dem Vater eingeleitete gute Verhältniß auch fortan innegehalten werden solle. Haugwitz wurde von dem Könige mit einer besonderen Chiffre versehen. Er kann nicht genug rühmen, mit welcher Liebenswürdigkeit Jacobi, der sich, was man auch sagen mochte, auf seinem Posten sehr glücklich gefühlt hatte, ihm denselben abtrat. Ueber den Fürsten Kaunitz spricht sich Haugwitz keineswegs mit Genugthuung aus.

1) Cette réponse marqua une si parfaite ignorance de faits et blessait le bon sens à un tel point qu'elle me donna la triste conviction que dictée par l'égoisme et la présomption, l'état était menacé de courir à sa perte.

Kaunitz sagte einmal, Friedrich Wilhelm II. sei ein Mann secundum cor suum, eine Phrase, die dem neuen Gesandten nicht ehrerbietig genug vorkam. Der Fürst bemerkte: er erkenne in ihm den Onkel, den Kanzler, wieder, in seiner Sprache wie in seinem Stolze.

Später hatte Haugwitz noch eine sehr unangenehme Scene mit Kaunitz, der auf die zwischenpreußischen Ministern und ungarischen Mißvergnügten während der letzten Zerwürfnisse eingetretene Verbindung mit gehässiger Heftigkeit anspielte. Haugwitz wollte darüber an seinen Hof berichten. Der neue König, Franz II., ließ ihn ausdrücklich bitten, dies nicht zu thun, da es die guten Verhältnisse der beiden Höfe stören könnte. Dagegen arbeitete Haugwitz häufig mit dem Referendar Spielmann in dessen Kanzlei zusammen. Die Erklärungen, welche den Ausbruch des Krieges begleiteten, wurden hier gemeinsam abgefaßt.

Bei diesem Anlaß aber kam Haugwitz eines Tages auf die Spur einer Correspondenz seiner Berliner Gegner, namentlich Schulenburgs und Bischoffwerders, mit Spielmann, von welcher er nichts erfahren sollte. Haugwitz glaubte, in Folge davon wolle ihn auch der Wiener Hof nicht nach Frankfurt zur Kaiserwahl Franz' II. mitnehmen: er war eben nicht im Vertrauen. Indessen forderte ihn der Vicekanzler zuletzt doch auf, dahin zu gehen, was er dann that. Haugwitz erzählt einige Scenen, die bei den Krönungsfeierlichkeiten vorkamen, unter Anderem, daß durch ihn das Attentat eines Verrückten gegen den Kaiser abgewendet worden sei. Er erwähnt einen furchtbaren Orkan, der den Kaiser und den König bei ihrem Einzuge in Mainz betroffen habe: von da bis in den November habe man die Sonne nicht wieder gesehen. Eben hiebei gedenkt er seines Verhältnisses zu dem Herzog von Braunschweig, wie es denn überhaupt seine Art ist, kleinliche persönliche Beziehungen in die großen Angelegenheiten einzumischen. Von den damaligen Verhandlungen mit dem kaiserlichen Hofe war Haugwitz völlig ausgeschlossen. Sie waren allein in den Händen Schulenburgs. Aber schon mißfielen sie auch dem Könige, weil sie zu langsam gingen und er nicht von Allem informirt werde; was ihn besonders unangenehm berührte, war die ungenügende Bestimmung über seinen Antheil bei einer neuen Theilung Polens. Der König ging sehr ungern daran. Von Frankfurt begab sich Haugwitz auf die Reise, die ihn zunächst nach Prag führte, wo er der Krönung Franz' II. als Königs von Böhmen beiwohnen sollte, von da nach Schlesien, um seine Familie in Krappitz zu sehen und zugleich mit dem Minister von Schlesien, Hoym, in Bezug auf die gegen Polen festzusetzenden Grenzen zu verhandeln. Er theilte demselben seinen Plan jedoch nicht mit.

In Wien empfing er das Manifest des Herzogs von Braun-

ſchweig. Spielmann war darüber erſtaunt, Kaunitz ſehr befriedigt [1]). Das müßte nun freilich ein Act von diplomatiſcher Reticenz des Fürſten geweſen ſein: denn aus den Urkunden bei Vivenot ſehen wir, daß er das Manifeſt in hohem Grade mißbilligte. Ohne allen Rückhalt ſprach ſich Franz II. darüber aus; er äußerte, damit werde der König von Preußen ſo wenig einverſtanden ſein, wie er ſelbſt. Wäre Ludwig XVI. gefragt worden, ſo würde er es eben ſo wenig gebilligt haben: denn zuletzt ſeien doch auch die Franzoſen, gegen die man dieſe Blitze ſchleudere, ſeine Kinder. Haugwitz ſcheint vorauszuſetzen, daß Schulenburg mit dem Herzog von Braunſchweig einverſtanden war. Plötzlich bekam er ein Schreiben vom König, der ſich darüber beklagte, daß Schulenburg ihn mitten in den Schwierigkeiten, die er durch ſeine Verkehrtheit hervorgerufen habe, verlaſſe; der König ernenne ihn an Schulenburgs Stelle zum Miniſter; doch ſolle dies ein Geheimniß bleiben [2]). Zunächſt blieb Biſchoffwerder allein im Cabinet. Auch Manſtein miſchte ſich in die Cabinetsangelegenheiten, zu denen er nach Haugwitz ganz unfähig war. Nach Verdun gelangte dieſer an dem Tage der Kanonade von Valmy; Haugwitz fügt eine Erzählung der Ereigniſſe vom 10. Auguſt ein, welche ſehr ſchwach iſt. Ueber den Feldzug ſelbſt wiederholt er die Behauptung, daß es nur auf die Preußen angekommen ſei, um den Poſten Islettes zu nehmen; dann würden ſie ohne weiteres nach Paris haben gehen können [3]). Er hält die Unterhandlungen mit Dumouriez für eine reine Heuchelei und bezieht ſich dabei auf die Correſpondenz im Moniteur. Es iſt augenſcheinlich, daß er weder über den Krieg noch über die Verhandlungen ſich genaue Kunde verſchafft hatte, oder ſie müßte ihm entſchwunden geweſen ſein, als er ſchrieb. Wichtiger wäre ſein Urtheil über die Differenz zwiſchen Braunſchweig und Clerfayt. Er giebt die Schuld den Zögerungen des Herzogs, durch welche das Vertrauen Clerfayt's erſchüttert worden ſei.

---

1) Le gros bon sens de Spielmann jugea tout ce que cette pièce contenait d'absurde. Kaunitz au contraire persistant dans son aveuglement la trouvait très-conforme aux circonstances et s'attendait qu'un langage de cette force ne pourrait manquer de produire son effet. Il me dit en propres termes.

2) „Vous avez prévu l'événement; mais ce que vous avez imaginé aussi peu que moi c'est que le comte de Schulenbourg, après s'être vu trompé dans son attente, m'abandonne au milieu des embarras dans lesquels m'ont jeté son ineptie et ses faux calculs. Démis de son poste de ministre de cabinet, je vous ai nommé à sa place. J'entends cependant que cette nomination doit encore rester entre nous et vous n'en ferez pas mention à personne là où vous êtes. En son tems je vous dirai davantage."

3) Il aurait dépendu du duc de pénétrer jusqu'à Paris. C'était au moins l'opinion établie dans le quartier général.

Von Verdun aus besuchte er das Hauptquartier des Erzherzogs Karl, der vor Allem ein großes Mißvergnügen über die mit den revolutionären Chefs gepflogenen Verhandlungen äußerte: „Sind wir verkauft? Will man uns den Franzosen überliefern“[1])? Nicht gegen den König, aber gegen den Herzog von Braunschweig sprach der Erzherzog das äußerste Mißtrauen aus.

Den König traf Haugwitz in Consenvoi. Friedrich Wilhelm II. war durch den brusquen Rücktritt Schulenburg's auch mit Bischoffwerder, dem Freunde desselben, unzufrieden geworden. Er hatte kein Vertrauen weder zu Lucchesini noch zu Manstein. Er war sehr niedergeschlagen, da alle die großen Hoffnungen, die er gehegt hatte, getäuscht worden waren. Haugwitz, der keineswegs auf Seiten des Herzogs von Braunschweig ist, versichert doch, daß an Treulosigkeit bei ihm nicht zu denken gewesen sei. Nicht ohne Interesse ist die Conferenz, welche Haugwitz mit dem Könige bei seinem Eintritt in das Cabinet hatte. Dieser schilderte ihm die verschiedenen diplomatischen Personen, mit denen er zu thun haben werde, z. B. Breteuil, den Vertrauensmann des französischen Hofes, und dessen Einfluß auf Schulenburg. Haugwitz theilt manche interessante Einzelheiten mit; sein Standpunkt ist ehrenwerth, aber man hat den Eindruck, daß er die Geschäfte, wie sie wirklich gegangen waren, weder kannte noch würdigte. Das Beste sind seine Unterhaltungen mit dem Könige, die sich wohl seinem Gedächtnisse eingeprägt haben werden; doch vermißt man auch hier Präcision und volle Zuverlässigkeit.

Bei Haugwitz erscheint Schulenburg als ein Freund Bischoffwerders, der besonders deshalb über ihn etwas vermag, weil er das Ohr des Königs besitzt. Den Staatsschatz, den Friedrich II. hinterlassen, der noch in vollem Bestande vorhanden war — Haugwitz berechnet ihn auf 100 Millionen —, wollte Schulenburg Anfangs in Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die in dem Schatze eine Art von Palladium sah, nicht angreifen; er entschloß sich, von der Bank 4 Millionen zu entleihen, die ihm hinreichend schienen, um 50,000 Mann mobil zu machen. Dabei wurden Anstalten getroffen, um die für die Armee erforderlichen Vorräthe aus den Provinzen des preußischen Staates, auch den entfernteren, z. B. aus Schlesien, herbeizuschaffen. In der That wurden die Kosten dadurch verdoppelt. Ueberhaupt sah man sich in kurzem genöthigt, die Bestände des Schatzes für den Krieg zu verwenden. Der König selbst war dagegen. Namentlich sollen die Aufwendungen zu Gunsten der Emigranten, da sie

1) „J'ai presque honte de nos soupçons; mais que voulez-vous qu'on pense? est ce qu'on nous joue? sommes-nous vendus? seronsnous livrés aux Français?“

weit über das, was er allenfalls zugab, hinausgingen, seinen Unwillen erregt haben. In den Communicationen Schulenburgs mit dem Ministerium finden sich eher Andeutungen des Gegentheils. Ueberhaupt ist das Urtheil des Grafen Haugwitz über Schulenburg ungerecht. Haugwitz hat von den mannigfachen Abwandlungen der Negociationen, die ohne ihn gepflogen worden waren, keinen deutlichen Begriff. Darin stimmte er bei, daß ein gutes Verhältniß mit Oesterreich nothwendig sei ebenso wohl wegen der polnischen und türkischen Angelegenheiten, wie wegen der deutschen, besonders in Beziehung auf die fränkischen Markgrafschaften. Es liegt am Tage, daß ein solches Verhältniß nicht ohne Zugeständnisse nach einer anderen Seite hin zu Stande kommen konnte. Der Vertrag vom 7. Februar enthielt eine Garantie der Niederlande, welche hiezu schlechterdings unerläßlich war. Und wenn nun Oesterreich die Schwierigkeiten wegräumen sollte, welche dem Abschlusse des Friedens von Sistowa entgegenstanden, so mußte man sich den Ideen Leopolds in Beziehung auf Frankreich anschließen. Dadurch allein war es möglich, die Türkei und Rußland zu pacificiren und Preußen definitiv in ein gutes Verhältniß zu Rußland zu setzen, was die Grundlage der Allianz der drei Mächte geworden ist. Die Allianz zwischen Preußen und Oesterreich, auch in Beziehung auf Frankreich, war also unausweichlich; aber sie war doch weit entfernt, aggressiv zu sein. Die Convention von Pillnitz war das keineswegs. Alles war nur auf eine große Demonstration zur Sicherung des französischen Königthums abgesehen. Daß die Franzosen den Krieg in den Niederlanden eröffneten, führte zu dem Ausbruche von Feindseligkeiten, in die nun auch die constitutionelle Angelegenheit eingriff, so daß ein Kampf der Principien entstand. Die Frage war dann nur, ob man mit Recht einen Zustand in Frankreich voraussetzte, bei welchem es möglich geworden wäre, gemäßigten Vorschlägen Raum zu verschaffen. Denn darauf war Alles berechnet, die inneren Entzweiungen in Frankreich zu benutzen, um das Königthum daselbst aufrechtzuerhalten. Auf einen Krieg mit der französischen Nation dachte man nicht. Man wollte nur die royalistische Partei, der man auch innere Kraft zutraute, beleben und unterstützen. Der König und Schulenburg hielten dies für ausführbar. Haugwitz stellte es in Abrede, und der Ausgang der Dinge, der seinen Ideen gemäß war, gab ihm Recht und verschaffte ihm Autorität bei dem Könige. Darin liegt der Ursprung seines Ministeriums.

Ueber die Verwickelungen des Jahres 1794 finden sich in den Memoiren zwei verschiedene Aufsätze, der eine, kürzere, der hauptsächlich auf die Unbotmäßigkeit der Armee und des Feldmarschalls Möllendorff Rücksicht nimmt, der andere, in welchem von der Abkunft

mit England und den Verzögerungen die Rede ist, welche die englische Regierung erst dem Abkommen selbst und dann der Ausführung desselben entgegengesetzt hat. Es würde vergebliche Mühe sein, wenn man Haugwitz in seiner Berichterstattung im Einzelnen folgen wollte. Er beklagt es als einen Nachtheil für seine Arbeit, daß ihm die diplomatischen Correspondenzen, die damals gepflogen worden, nicht zur Hand seien. Nirgends ist es nothwendiger, die jeden Augenblick gewechselten Mittheilungen vor sich zu haben, als bei der Erzählung verwickelter Unterhandlungen. Glücklicherweise liegen uns diese diplomatischen Correspondenzen authentisch vor. Wenn man mit ihnen die Mittheilungen vergleicht, die Haugwitz in seinen Memoiren darüber macht, so bemerkt man mehr, was denselben fehlt, als was sie enthalten. Doch kommen dabei auch einige Nachrichten vor, welche für die Lage der Dinge bezeichnend sind, und die es verdienen, der Vergessenheit nicht überlassen zu werden; so z. B. die Aufzählung der Schwierigkeiten, welche sich von Anfang an der Unterhandlung entgegensetzten. Die Einen meinten, es werde gehen wie zu den Zeiten des großen Friedrich: England werde das versprochene Geld in dem Momente der Gefahr nicht zahlen. Andere, die Militärs, erinnerten, wenn man Subsidien annehme, hänge man von der Caprice der Mächte ab, von denen man solche beziehe. Haugwitz bemerkte dagegen, daß jetzt ein einziges Interesse die beiden Cabinete vereinige; er hatte kein Ohr dafür, daß es die Ehre verletze, Subsidien zu nehmen; er sah darin vielmehr eine Huldigung für die preußische Tapferkeit. Nous acceptons des subsides, persuadé que ce serait une folie d'imaginer que cet acte nous blesse dans notre dignité ou nous abaisse. Bien au contraire je l'envisageais comme un hommage rendu à la gloire de nos armes.

.. l'Anglais doit convenir que dans cet intérêt général où se réunissent tous les gouvernements, nous fournissons ce que l'homme a de plus précieux, le talent et le génie — nos braves troupes; tandis que dans la balance on ne met que l'or, ce misérable produit du commerce et de la spéculation. Changez les termes, et vous trouverez, qu'au lieu d'être subsidiaire nous nous élevons au premier rang, en obligeant la fière Albion à prêter hommage à la seule chose qu'on ne se procure pas au poids de l'or.

Den Verzögerungen, welche der Tractat erfuhr, schreibt er den unglücklichen Umschwung zu, den die großen Angelegenheiten nahmen. Ce traité conclu six mois plutôt et l'expédition de Pichegru n'aurait jamais eu lieu.

Die Engländer sahen nicht, daß jeder verlorene Tag ihnen schade und den Franzosen nütze: tant pour le nombre que pour le moral de leurs troupes.... Les rapports qui me revinrent

du quartier général du corps anglais me prouvèrent assez ce que l'armée anglaise perdait tous les jours dans sa considération, tandis que les troupes françaises qui lui étaient opposées gagnaient en nombre et reprirent cette confiance, que les premiers échecs qu'elles avaient éprouvés devaient avoir ébranlée.

Hätte das Möllendorff'sche Corps vier Monate früher Stellung zwischen Maas und Schelde nehmen können, so würde die Invasion von Holland nicht stattgehabt haben. Das ist ganz wahr; es unterliegt aber gerechtem Zweifel, ob es für Möllendorff möglich geworden sein würde, jene Stellung einzunehmen.

Bei Haugwitz hat es den Anschein, als ob die Schwäche des York'schen Corps und die Besorgnisse, die Engländer würden den Continent verlassen, die Verbindung der Preußen mit den Engländern verhindert hätte. Man kann aber immer fragen, was da Ursache und Wirkung war.

Auch über die Motive, welche die Engländer zuletzt bewogen, ihre Zahlungen einzustellen, finden wir hier keine Erläuterungen. Haugwitz versichert nur, daß er, solange die Zahlungen dauerten, nimmermehr daran gedacht haben würde, mit Frankreich in Verhandlungen einzutreten. Tant que les Anglais continuaient à s'acquittes des rates mensuelles dont ils avaient contracté l'obligation, rien n'aurait pu m'engager à prêter la main à une négociation de paix quelconque avec le gouvernement français. Mais enfin Londres refuse de payer et retire sa parole.

Bei dieser Gelegenheit erwähnt Haugwitz des Gerüchtes, daß Preußen mit Frankreich unterhandle. Alles rühre, so behauptet er, von Meyerinck her, welcher, von Schulenburg unterstützt, auf den Feldmarschall Möllendorff eingewirkt habe. Dies Gerücht, sagt Haugwitz, habe sowohl Oesterreich als England unruhig gemacht. Er selbst wurde deshalb diesen beiden Höfen verdächtig. Er versichert, der König habe nach Wien geschrieben, um das Gerücht zu widerlegen; unerträglich sei es ihm gewesen, daß man seinen Minister einer anderen Gesinnung fähig halte, als er selber habe. Der Verdacht sei widerlegt worden, aber auf die Negociationen doch nicht ohne Einfluß geblieben. Sie mit den Gerüchten über eine französische Verhandlung in Verbindung zu bringen, bildet gleichsam eine neue Combination in seinem Gedächtniß. Er spricht dann über das Verhältniß von Ministern, die einem absoluten Herrn dienen und dessen Willen zur Ausführung bringen, und denen, welche, wie die englischen, anderweite Rücksicht nehmen müßten.

Ueber die Baseler Friedensverhandlungen hat Haugwitz ein paar Documente, die von Werth sind, aufbehalten. Das wichtigste ist ein Schreiben des Königs vom 27. October 1794, in welchem er seinen Entschluß, mit den Franzosen zu unterhandeln,

ankündigt. Leider ist das Schreiben nicht vollständig mitgetheilt. Es lautet:

Comme les Anglais soutiendront probablement leur thèse de ne plus continuer les subsides et que les princes de l'Empire pourraient peut-être demander ma médiation pour faire leur paix, je crois qu'en ce cas-là ce serait le plus propre d'en venir à une pacification à laquelle les deux principales puissances coalisées se verraient obligées de se donner les mains sous ma médiation; il y a même des données qui font soupçonner que la nation française ne serait pas trop éloignée de l'accepter; ils ont fait offrir l'échange des prisonniers. Je crois que mon armée aura passé le Rhin ces jours-ci; en la laissant encore quelque temps dans sa position actuelle, j'obtiens le double avantage qu'elle consume ses magazins dans de bons quartiers tandis qu'en la retirant vers mes frontieres il faudrait en fermer de nouveaux et ce second avantage qui résulte de cette position c'est — J'enverrai Meyeringk pour traiter de l'échange des prisonniers. Si à cette occasion les émissaires de la convention s'ouvrent davantage au sujet de leur dessin de pacification.....

Die Antwort des Grafen ist vollständig gegeben. Sie bezieht sich auf die Sache nur wenig, ist dagegen ausführlich über die Zustände in Frankreich und enthält die Vermuthung, daß auch von anderen Höfen mit Frankreich unterhandelt werde [1]). Uebrigens geben die Fragmente der Correspondenz mit dem Könige, die Haugwitz in den Händen behalten hatte, den Memoiren einen gewissen Werth, z. B. das Schreiben des Ministers an den König über die Ernennung des Grafen Goltz zum Gesandten in Basel [2]). Er schweigt

1) Il résulte de plus des renseignements assez authentiques que j'ai réussi à me procurer qu'il existe réellement à Paris des négociations sourdes pour la paix, de la part de l'Angleterre, de la cour de Vienne et de l'Espagne. Celle de la première de ces puissances, conduite par un nommé Poirre paraît décidement se traiter avec le parti des modérés et nommément avec Treilhard, auquel on s'applique à cause de cela à assurer avant toutes les puissances la prépondérance sur les autres partis. Les négociateurs de la cour de Vienne doivent être un sr. Neuville et sa femme, arrêtés d'abord à leur arrivée à Paris, relâchés depuis et logés même actuellement dans la maison du député Legendre..... Le succès de ce premier point (l'échange des prisonniers) ouvrirait encore des apparences flatteuses pour celui d'une négociation de trêve et de pacification, dans laquelle V. M. suivant l'ideé qu'on attribue à l'électeur de Mayence occuperait le rôle aussi glorieux pour Elle que satisfaisant pour son coeur sensible, de médiateur de la paix la plus désirée et la plus nécessaire dont les annales de la Prusse fassent mention. — Das Schreiben ist vom 2. November 1794.

2) Das Schreiben des Grafen datirt vom 29. November 1794. J'ose rappeller à Votre Majesté ce que j'avais.

von dem Antheile des Prinzen Heinrich an den Deliberationen, die doch durch seine Hände gegangen sind. In den ministeriellen Berathungen der Zeit war von der bestehenden Nothwendigkeit, zu Säcularisationen zu schreiten, wie die Actenstücke zeigen, sehr bestimmt die Rede gewesen. Haugwitz behandelt den Gedanken als einen dem preußischen Cabinet fremden. Genug, aus der Darstellung geht hervor, daß Haugwitz zwar nichts Falsches erzählt, am wenigsten absichtlich, daß aber Vieles aus seinem Gedächtniß verschwunden war, was zur Sache gehört, als er seine Memoiren schrieb. Der Tractat vom 5. August war das eigenste Werk von Haugwitz; er bemerkt, daß er ihn geschlossen habe, während sich der König im Bade zu Pyrmont befand. Aber auch da ist ihm nur das allgemein Bekannte im Gedächtniß geblieben. Ich finde nur eine Stelle bemerkenswerth:

Je compris qu'il fallait cependant admettre le cas qu'une pareille cession (de la rive gauche de Rhin) pourrait avoir lieu au moment de la paix continentale, et pour ce cas il fallait ne pas rejeter le projet de sécularisation.

Von großer Merkwürdigkeit sind die Verhandlungen mit England und Hannover, welche noch vor dem Abschluß des Baseler Friedens eröffnet wurden. Nach Haugwitz ließ Georg III. den König von Preußen bitten, Hannover in seine Protection zu nehmen.

---

l'honneur de Lui dire lors-qu'Elle daigna me confier que son choix était tombé sur le comte de Goltz, ci-devant son envoyé à Paris. Ce ministre m'a d'abord paru, à raisons de ses longs services, de la connaissance parfaite du terrain et de la nation qu'il a eu occasion d'acquérir, de sa dextérité et de son zèle pour le service, réunir au plus haut, point toutes les qualités qui peuvent le rendre propre à la négociation dont il s'agit.... Je sais que l'idée de séparer Vos intérêts de ceux de vos Alliés répugnait de tout temps à Votre coeur magnanime. J'ai respecté ce sentiment, je n'ai jamais songé à le combattre j'y ai applaudi du fond de mon âme. Mais de combien Sa position n'a-t-elle pas changé depuis? Plusieurs princes de l'Empire et des plus respectables s'adressent à Votre Majesté. Des cercles entiers de ce même empire en font autant. Tous réclament Vos bons offices, demandent Votre médiation ou Vous implorent de prévenir par une prompte pacification les maux incalculables dont ils sont ménacés si les Français franchissent la seule barrière qui arrête encore. C'est la confiance que Votre caractère personel inspire à tous ceux qui ont eu le bonheur de Vous rapprocher, qui réunit les voeux de vos coétats autour de Vous. Ma conscience ou mon attachement à tout ce qui peut augmenter la gloire du souverain que je sers et que j'aime avec un enthousiasme peu connu des âmes vulgaires, me force de Vous le dire: V. M. pourrait-Elle se refuser plus long-temps aux voeux de ses sujets aux-quels se réunissent les princes des coétats et en dernier lieu la Hollande, son alliée? — Le temps presse et j'ose croire que Votre grand coeur et sensible Vous dira qu'il ne faut plus laisser longtemps en suspens ceux qui ont placé toute leur juste confiance en Vous.

Der hannoversche Gesandte Lenthe bemerkte, daß Georg III. als Kurfürst von Hannover seine Politik von der trennen werde, die er als König von England beobachte. Friedrich Wilhelm II. gerieth in eine gewisse Aufwallung hierüber: denn die englische Politik sei ja die einzige Veranlassung seiner Friedensverhandlungen mit Frankreich. England habe ihn gezwungen, ganz gegen seine Gesinnung, mit der revolutionären Macht, die er an sich perhorreſcire, in Verbindung zu treten. N'est-ce pas cet abandon que j'ai éprouvé de la part de l'Angleterre qui m'a enfin obligé à vaincre la répugnance que vous avez connue et que vous avez si bien jugée de m'approcher d'un gouvernement auquel je suis loin encore d'accorder ma confiance? Zugleich aber erinnert sich der König, daß er immer die Sache des deutschen Reiches geführt habe, und da der Herzog von Braunschweig, der Vertraute seiner Gedanken, der ihn hauptsächlich mit zum Kriege veranlaßt hat, sich für Hannover verwendet, so läßt er durch den Herzog dem Könige von England versichern, daß derselbe allezeit auf den Schutz von Preußen rechnen könne. Mais il s'agit maintenant de répondre à l'ouverture confidentielle du gouvernement d'Hanovre. Nous dirons, qu'après tout ce que j'ai fait pour l'empire germanique il n'est pas permis d'élever le moindre doute sur mes dispositions en faveur de cette partie de l'Allemagne, qui doit compter préférablement à tout-autre sur ma protection.

Ueber die näheren Unterhandlungen mit dem hannoverschen Ministerium gibt Haugwitz keine Auskunft; er erwähnt sie nicht einmal.

Die Erzählung des Autors reicht nirgends aus; aber sie bietet doch einiges Interesse dar. Er spricht von einer Unterhandlung durch den Herzog von Braunschweig im Jahre 1797, bei welcher die Möglichkeit eines Bundes mit England gegen Frankreich hervortritt, die nun freilich zu nichts weiter führte, aber schon an sich der Vergessenheit entrissen zu werden verdient. Er erwähnt die ersten Verbindungen zwischen Paul I. und dem Könige Friedrich Wilhelm II., aus welchen eine gegenseitige Freundschaft hervorleuchtet; sie waren Freunde von jeher. Auf den König, der nicht ohne echtes Gefühl für Freundschaft war, machten die Eröffnungen des Kaisers Paul einen tiefen Eindruck. Haugwitz theilt die Antwort mit, die der König hierauf gab; weiter aber verfolgte er die Beziehungen nicht.

Er ist interessant über den Congreß von Rastadt; bei dem plötzlichen Bruche desselben nimmt er den Anlauf, den Historikern eine Lection zu halten, die aber nur das Resultat hat, daß er, der Minister, über den wahren Verlauf des Ereignisses niemals etwas habe in Erfahrung bringen können.

Erwähnen wir noch das Urtheil, das der König über Lucchesini, der zum Gesandten in Rastadt vorgeschlagen war, aussprach: Le

marquis a de l'esprit, il est adroit, il connait les affaires, et je crois pouvoir compter sur son dévouement; mais il n'a jamais su inspirer de la confiance. La Cour de Vienne se défie de lui.

Größere Aufmerksamkeit verdient der folgende Abschnitt, der sich auf die Einsprache der Kaiserin Katharina im Jahre 1796 gegen die Unterhandlungen Preußens mit Frankreich bezieht. Es war die Zeit, in welcher der Rückzug der Oesterreicher vom Mittelrhein eine große Sensation in Europa machte, aber ganz verschiedene Betrachtungen hervorrief: in Preußen meinte man, den Abschluß mit Frankreich beschleunigen zu müssen, weil sonst auch Oesterreich, durch seine Niederlagen gebeugt, zu Concessionen schreiten würde, die dem preußischen Interesse entgegen seien. Damals handelte es sich um die Bestimmungen über Münster und Recklinghausen sowie über die Entschädigungen, die man dem Hause Oranien in Franken zu verschaffen gedachte. A l'égard de la maison d'Orange on en resterait aux points déjà agréés, savoir qu'elle obtiendrait son indemnisation dans les évêchés de Würzbourg et de Bamberg érigés en électorats.

Haugwitz unterhandelte gern mit Caillard; aber jedem anderen, namentlich auch den deutschen Höfen, mußten diese Unterhandlungen vollkommenes Geheimniß bleiben. Haugwitz bringt ein Schreiben bei, das er in dieser Situation im Juli 1796 an den König gerichtet hat.

Er machte denselben aufmerksam, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, um ein definitives Arrangement mit Frankreich zu treffen, und zwar eben hauptsächlich aus Rücksicht auf Oesterreich. Ganz anders wurde die Sache jedoch in Rußland angesehen, wo man die Idee der Coalition festhielt und jeden Verlust Oesterreichs als eine Schädigung der guten Sache betrachtete. Haugwitz mußte erleben, daß sein eigener Schwager Tauentzien, damals Gesandter in St.-Petersburg, sich dort gegen ihn aussprach. In einem Schreiben des neapolitanischen Gesandten in St.-Petersburg an seinen Hof geschah dieser Aeußerungen Erwähnung. Dies Schreiben aber wurde von den Franzosen aufgefangen, an Bonaparte überbracht und von demselben an das Directorium eingeschickt, welches dasselbe unverzüglich an Caillard nach Berlin gelangen ließ. Der König gerieth darüber in große Aufregung: er sprach davon, Tauentzien in die Festung Spandau bringen zu lassen; nur deshalb, weil er der Schwager von Haugwitz sei, verzichte er darauf.

Gegen Ende Augusts aber lief eine directe Meldung von Tauentzien ein, in welcher er ankündigte, daß in kurzem eine wichtige Botschaft der Kaiserin Katharina in Berlin anlangen werde; bald darnach traf bei dem russischen Gesandten, Grafen Kalitscheff, ein Courier mit einem Schreiben der Kaiserin ein, welches er selbst in besonderer Audienz dem Könige zu überreichen wünschte. Kalitscheff

trug kein Bedenken, den Inhalt desselben im voraus dem Grafen Haugwitz anzugeben: die Kaiserin, sagte er, fühle sich durch die Unfälle der Oesterreicher, welche auf ihrem Rückzuge nach den Erblanden begriffen seien und denen die Franzosen bald dahin folgen würden, tief erschüttert und mache darüber dem König in ihrem Schreiben Vorstellungen. Er selbst habe den Auftrag, zu erkennen zu geben, que l'impératrice attachait une si grande importance à l'objet des représentations qu'Elle faisait à la cour de Berlin que ce serait sur les égards que cette cour y aurait, que S. M. réglerait désormais son opinion sur le fond qu'Elle devait faire sur la solidité et l'utilité de son alliance et de son amitié avec cette cour.

Friedrich Wilhelm sah darin eine Anmaßung, die er nicht dulden könne; es scheine, sagte er, als wolle Rußland in hohem Tone mit ihm sprechen und ihn zwingen, den Krieg gegen Frankreich zu erneuern. Wäre dies der Fall, so würde er einen Courier an Knobelsdorff, der in Constantinopel stand, abfertigen, um die Türkei gegen Rußland anzuregen. Man erwartet, von einer stürmischen Audienz zu hören: Haugwitz schweigt darüber; er bemerkt, daß der Brief der Kaiserin nicht, wie gewöhnlich, eigenhändig geschrieben gewesen sei, worüber sie sich mit einem Nagelgeschwür (panaris), an dem sie leide, entschuldigt habe; ausführlich aber gedenkt er der Reflexionen des Königs, die er selbst in dessen Gegenwart niedergeschrieben habe. Der König habe gesagt: vielleicht sei die Absicht der Kaiserin nur, mit der abschlägigen Antwort, welche sie von Berlin erhalte, das Andringen Englands und Oesterreichs abzuwehren (pour éluder les instances de l'Angletere et de l'Autriche); dann brauche man nichts zu fürchten: Alles bleibe beim Alten. Sollte aber die Kaiserin ernstlich gemeint sein, Preußen in den Krieg zu stürzen, so daß es ihm ebenso ergehen dürfte, wie jetzt den Oesterreichern; sollten vielleicht die bisherigen Successe Preußens ihr Besorgnisse einflößen und die Antwort, die sie erhalten, daß man nämlich nichts weiter thue, als was die Würde des Staates erfordere, sie erzürnen, so müsse man ihr in den positivsten Ausdrücken entgegentreten, in einer festen und würdevollen Sprache [1]).

Nochmals kommt Haugwitz auf die mancherlei Versuche zu

1) Mais s'il faudrait admettre que cette princesse forme vraiment le projet de nous mettre en avant, et non contente de voir l'Autriche courir les mêmes chances; son orgueil serait-il choqué de la fermeté, que nous avons opposée à ses instances en autant que l'intérêt de la Prusse et sa dignité nous en font loi; pourrait-on imaginer que la situation heureuse dans laquelle la Prusse a su se maintenir lui donne de l'ombrage: — alors il faudra un refus positif et bien prononcé, un langage ferme et plein de dignité.

ſprechen, welche von den Franzoſen gemacht wurden, Preußen zu einer Allianz zu vermögen. Er erwähnt einmal, daß ſie ſich dabei des Prinzen Heinrich zu bedienen gedachten, und bringt ein Schreiben des Königs darüber bei. Man ſieht daraus nur, daß der König eine Zuſammenkunft mit dem Prinzen Heinrich vermied, aus Beſorgniß, eine Aufmerkſamkeit dadurch zu erwecken, welche unangenehm hätte werden können. Das Beſte, was dabei vorkommt, iſt die Motivirung der Neutralität durch den Miniſter ſelbſt. Er ſagt, Preußen ſei in Frieden und Freundſchaft mit allen Staaten; das könne auch für Frankreich einmal nützlich werden, wenn der allgemeine Friede zu Stande komme: es werde immer im Rathe der Mächte ein für ſeine Freundſchaft empfängliches Cabinet finden. Unter anderen Formen aber kamen die Franzoſen immer wieder auf die Sache zurück.

Ce gouvernement n'a cessé de les (relations intimes) présenter sous tant de formes, en revenant toujours au même point, qu'il fallait se faire un étude tout particulier pour échapper à cette marche tortueuse.

Caillard überhäufte Haugwitz mit ausgeſuchten Höflichkeiten, die ſonſt nicht ſeine Art waren; aber die Antworten des Miniſters blieben immer dieſelben. Man hörte dann, Caillard habe geäußert, ſeines Bleibens am preußiſchen Hofe werde nicht mehr lange ſein. Endlich trat er mit der Erklärung hervor, daß das Directorium ihn abberufe, weil alle Anträge Frankreichs auf ein Bündniß mit Preußen von dieſem abgelehnt würden. Er erklärte: qu'après le compte qu'il avait rendu à son gouvernement du refus aussi positif que sec, que le cabinet de Berlin avait opposé aux propositions amicales du Directoire en rejetant l'alliance de la France, on ne voyait plus à quoi pourrait aboutir un plus long séjour de la mission française à Berlin.

Den Eindruck, den dieſe Erklärung machte, nimmt man aus einer Inſtruction für den Herzog von Braunſchweig ab, die dem Könige von Haugwitz zur Approbation vorgelegt worden iſt. Es iſt ſehr Schade, daß das Datum der Inſtruction nicht genau angegeben iſt. Sie gehört zu einem Complex von Negociationen, die einer näheren Erforſchung harren.

In demſelben heißt es: Dans l'ivresse de ses succès la France a décrété le plan gigantesque d'une descente en Angleterre. A mesure qu'elle s'est occupée des moyens, les obstacles se sont développés. Elle semble calculer enfin les dangers auxquels elle s'expose, et désirer des circonstances qui la dispensent de les courir. Mais le Directoire a annoncé son plan avec tant de faste qu'il se couvre de honte en reculant. Il lui faut du moins des motifs de plus grand poids. Il doit

mettre un autre projet à la place, et il est un qui non seulemeut motiverait l'abandon du premier, mais qui tendant au même but, quoique moins directement, effacerait plus que tout autre la honte du démenti. On connait les anciennes vues des Français sur l'Hanovre et sur Hambourg, c'est là qu'ils sont sûrs de porter à l'Angleterre un coup sensible, et sans la neutralité du nord de l'Allemagne, sans la garantie de la Prusse, ils l'auraient frappé déjà. — La neutralité du nord de l'Allemagne est un point dont Elle (S. M.) ne se départira jamais, et au moment où les Français violeront les engagemens qui la fondent, c'est les armes à la main qu'Elle en embrassera la défense.... Si rien de ce qui peut mettre la république dans ce tort ne s'est négligée, si aucune mesure prématurée n'a provoqué les siennes, si au mépris de tous les efforts du roi les Français veulent, coûte que coûte, poursuivre leur système de perfidie, s'ils violent la ligne de démarcation ou se préparent à le faire avec des moyens redoutables, tels que le danger croisse par l'attente, ou qu'une plus longue circonspection fit perdre des ressources précieuses pour le repousser du premier coup, le roi, aussi plein de confiance dans la façon de penser de Mr. le duc que juste admirateur de ses talents, autorise S. A. S. à prendre dans son absence et sans attendre de nouvelles communications le parti que les circonstances pourront exiger, à n'en croire que ses moyens militaires et à ne point risquer la perte d'occasions heureuses ou le concours d'événements moins favorables par une attente dont dèslors la confiance du roi le dispense.

Die oben erwähnte Antwort auf das Begehren Rußlands und dieser Gegensatz gegen französische Eroberungsgelüste sind bedeutend für die letzten Jahre Friedrich Wilhelms II. Er wies die Anmahnungen zur Erneuerung des Krieges gegen Frankreich energisch zurück; aber ebenso entschlossen war er, den weiteren Uebergriffen der Franzosen entgegenzutreten. Er lebte und webte in der Aufrechterhaltung der einmal gegründeten Neutralität.

Unter den Reliquien des Grafen Haugwitz bei weitem die bedeutendste ist sein Mémoire remis à S. E. Mr. le baron de Hardenberg avant mon départ pour la Silésie et en lui remettant le porte-feuille des affaires étrangères le... avril 1804. Es beginnt mit einer Scene, die gleich im Anfang, unmittelbar nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III., vorgekommen. Der Herzog von Braunschweig, dem sein Festhalten an dem System der Neutralität wieder das volle Vertrauen des preußischen Hofes verschafft hatte, war soeben in der Residenz angekommen; der junge König wünschte, daß dem Herzog und zugleich ihm selber — denn er wollte zugegen sein — das bisher beobachtete System von dem Minister

dargelegt werde; es mußte unverzüglich und zwar mündlich geschehen, da zu einem schriftlichen Memoire keine Zeit übrig war. Der König stimmte allem bei, was der Graf sagte; Haugwitz hat dann eine Aufzeichnung darüber angefertigt, von der er angiebt, daß sie dem Memoire beigefügt sei, welches er an Hardenberg adressirte.

In unserer Abschrift findet sie sich nicht, wohl aber ein Auszug derselben, der in den Text aufgenommen ist. Darin bringt Haugwitz in Erinnerung, daß der Feldzug von 1792 gegen seinen Rath unternommen worden; er sei erst nach demselben, als die Axt schon an den Baum gelegt war, in das Cabinet eingetreten. Sein Bemühen sei dann dahin gegangen, den Faden zu finden, an dem er den Staat aus diesem Labyrinth herausführen könne, ohne dessen Würde zu verletzen. Er bezeichnet es als einen Fehler, daß König Friedrich Wilhelm II., den Krieg auf seine Kosten führen zu wollen, erklärt hatte. Am Ende der zweiten Campagne hat aber Haugwitz die Ueberzeugung, und zwar mit Hülfe des „respectablen" Blumenthal gewonnen, daß das unmöglich sei. Er wiederholt: der „große Mann" habe einen Schatz von 100 Millionen Thalern hinterlassen, nämlich 80 Millionen in dem Tresor, 20 in den Cassen der Administration. Dieser Schatz sei so weit erschöpft gewesen, daß man kaum eine dritte Campagne beginnen konnte. Zwar war damals eine Gebietserweiterung in Polen erreicht worden; aber die erworbenen Provinzen waren sehr geldarm, und da nun auch das aus dem Schatz entnommene Geld in fremden Ländern ausgegeben worden war, so daß es in dem Lande selbst an Zahlungsmitteln fehlte, so mußte die erste Sorge sein, die Cassen wieder zu füllen. In dieser Lage erklärte man allenthalben, daß Preußen unfähig sei, den Krieg fortzusetzen, wenn es keine Subsidien bekomme: es werde dann lieber Frieden mit Frankreich schließen; und da keine Geldhülfe erlangt werden konnte, sei man nothgedrungen zu dem Frieden mit Frankreich geschritten. Haugwitz fährt nun fort: nachdem der Friede zu Stande gekommen, habe er durch die Convention vom 5. August die Neutralität des nördlichen Deutschlands befestigt; der Friede und die Neutralität seien fortan die Basis seiner Politik gewesen. Dies System sei auch das des Königs geworden. Cette convention et les arrangemens subséquens que nous avons su amener avec les princes de l'empire du nord de l'Allemagne sont devenu dès ce moment la base de ma politique. J'y ai tenu imperturbablement. Et je le repète c'est ce système que le roi a reconnu et adopté pour être son système à lui. Nach diesem Eingang schreitet Haugwitz zur Erörterung der in der Zeit, in welcher er schrieb, obwaltenden Umstände fort: er behauptet, man müsse dies System beobachten; sich von demselben entfernen, würde heißen das Vaterland gefährden.

Les puissances continentales ont pris haleine, elles se reposent,

mais elles se préparent aux événements qui vont naître le regard fixé sur l'Angleterre.... Tenons ferme, soyons inébranlable pour ne jamais nous laisser aller à aucune négociation quelconque. Indem er dann die verschiedenen Mächte durchgeht, stellt er den Grundsatz auf, daß jedes Anerbieten einer französischen Allianz verworfen werden müsse, wie das schon im Jahre 1796 geschehen sei. Er fürchtet bereits, daß Duroc nach Berlin komme, den er übrigens hoch schätzt. Aber auch England und den beiden Kaiserhöfen gegenüber müsse man sich die Hände freihalten. Der König selbst sei hierin vorangegangen. Trotz der intimen Vertrautheit bei der Zusammenkunft Friedrich Wilhelms III. und Alexanders zu Memel habe der König seinen Vertrag mit Bonaparte geschlossen und dem Kaiser Nachricht davon gegeben. Er glaubt, daß in dem Moment Rußland mit einer neuen Schilderhebung umgehe; aber um jeden Preis müsse man eine Theilnahme daran vermeiden. C'est qu'en mettant nos soins les plus assidus à maintenir nos relations d'amitié avec la Russie que nous saurons écarter toute proposition, tout concert et bien plus encore toute obligation de nature à blesser notre état de neutralité ou heurter les principes que nous avons adoptés à cet égard. Je connais le ministre de Russie, je sais quel est le point vers lequel ses inclinations personelles le portent, et je sais même de quoi il s'occupe dans ce moment. On a donné l'éveil à certaines maisons de commerce à Hambourg pour se tenir préparées au cas d'une nouvelle levée de boucliers. Ces sourdes menées entamées avec les négociants de Hambourg me font appréhendre de voir à l'égard de la Prusse renouveler les tentatives que le ministre Russe n'a abandonnées qu'à regret. Rappelons-nous que depuis dix ans et au milieu de toutes les chances que nous avons vues naître et tandis que les peuples nos voisins exposés aux désastres, inséparables de la guerre, la Prusse jouissait des bénedictions de la paix, elle en recueillait les fruits. Käme es wieder zu einem Kampf, so müsse die Neutralität von Preußen, die es zu verletzen auch den geringsten Anschein vermieden habe, in voller Kraft wieder erstehen [1]). Unter den Vortheilen, die aus dieser Neutralität erwachsen sind, stehen die obenan, welche für Handel und Industrie und das Volk selbst daraus erwachsen sind. Die Neutralität habe dazu beizutragen, die Verausgabung des Schatzes erträglich zu

1) A la première menace qui annonce la reprise des armes sur le continent, nous remettrons en vigueur les droits que s'est acquis la Prusse en se tenant renfermée dans son état de neutralité. Dès-lors ne tardons pas de rétablir, et dans toutes ses conséquences les traités ainsi que les obligations convenues avec les princes nos coétats. Jusqu' aujourd'hui il ne s'est rien passé qui mette en doute que la neutralité de la Prusse ne subsiste encore; si même à

machen und das Blut in den Adern des Staates zu erneuern. Depuis la neutralité du nord de l'Allemagne il n'a tenu qu'à nous de le faire rentrer dans nos caisses et de nourrir le sang dans nos veines.

Depuis les bords de la Vistule jusqu' aux confins que cette dernière convention nous a assurés, que nous reste-t-il à désirer de plus? Ce que nos possessions en Allemagne ont de morcelé, nous avons su l'unir et le mettre dans un parfait rapport avec les princes nos co-états, à qui leur position géographique assigne leur place en les mettant sous la protection de la Prusse.

Man müsse sich erinnern, daß die europäischen Mächte gegen den Frieden von Basel gewesen seien; jedoch hätten sie nichts dagegen zu thun gewagt. Aber habe man nichts von England zu fürchten? Er wisse von dem würdigen Deluc, dem Vertrauensmanne des Paares auf dem englischen Throne, daß dies sehr dankbar dafür sei, daß Preußen Hannover in Schutz genommen habe. Auch von Frankreich sei nichts zu fürchten, solange man auf dem Boden der Neutralität stehe. Soeben habe Preußen die schwierigen Unterhandlungen über die Entschädigungen zu seinem Vortheil beendigt. Ce qui distingue le plus l'assiette que nos souverains ont su donner à la monarchie dans ces derniers temps, consiste surtout en ce qu'elle est (autant que les circonstances le permettaient) arrondie en assurant les frontières; mais ce qui en augmente le prix, c'est qu'elle est de nature à ne donner ni ombrage ni appréhension à quelle puissance de l'Europe que ce soit. Er meint, daß Preußen auf diese Weise das Gleichgewicht zwischen den Mächten erhalte.

Je le répète, je m'arrache avec peine: la douleur dans l'âme je quitte le roi, ce bon, cet excellent maître. Mais la consolation qui m'accompagne se fonde sur la confiance dans laquelle je pars, qu'on s'en tiendra invariablement aux principes établis pour le salut de la Prusse et qui consistent dans le maintien de son système de neutralité du nord de l'Allemagne, système qui doit survivre les temps présents et passer jusqu'aux temps les plus reculés.

Aus diesem Memoire ergiebt sich, daß Haugwitz nicht gerade wegen der Vernachlässigung und des schlechten wirthschaftlichen Zustandes seiner Güter Urlaub begehrte, sondern wegen seines körperlichen Befindens. Je ne trouve plus le sommeil. Des

---

cet égard j'ai eu soin d'écarter le soupçon jusqu' à l'ombre, il reste toujours essentiel d'en rafraîchir la mémoire au moment où l'événement l'exige. Je le dirai encore et on ne saurait assez le répéter: Conserver à la Prusse et jusqu'à la fin du drâme sa neutralité, lui conserver sa position au milieu des puissances en guerre d'après l'assiette qu'elle a su prendre en s'unissant avec les princes et états du nord de l'Allemagne, ce fut-là l'objet de mes constantes sollicitudes.

douleurs aiguës me cherchent par tout le corps, elles semblent ronger mes os, les racines de mes cheveux, ils tombent par flocons. Enfin mon physique s'approche de sa déstruction, et je sens que je m'en vais. Je ne suis plus bon pour le travail. Ce n'est pas que j'en aie perdu le goût; mais c'est l'assiduité qu'il demande et qui dépasse mes forces. Je pense, que celui, dont je m'occupe, sera le dernier. On ne s'en ressentira que trop; j'en ai peur. Enfin ce sera le chant du cygne.

Da Hardenberg die Geschäfte den 14. April übernommen hat, so ist die in der Aufschrift fehlende Angabe des Monatstages so zu ergänzen, daß er etwa zwischen den 10. und 14. fällt, am wahrscheinlichsten auf den 13., an welchem Tage Haugwitz den letzten Bericht an den König unterzeichnet hat[1]). Ein oben S. 82 angeführtes Schreiben an Goltz muß daher noch dem Minister Haugwitz zugeschrieben werden. Von allem, was aus der Feder des Grafen Haugwitz hervorgegangen und mir vorgekommen ist, möchte ich dies Memoire für das Beste erklären; das Princip der Neutralität von Norddeutschland, welches das seine war, ist nirgends treffender ausgesprochen; dessen gute Wirkungen für Norddeutschland sind nirgends besser entwickelt, und die Anmahnungen an den Nachfolger, bei demselben zu verharren, erscheinen ebenso wohlbegründet, wie sie dringend sind. Bei alledem aber geräth man doch, wenn man das Datum der Abfassung erwägt, in Verwunderung; denn es sieht so aus, als wenn dies System in seiner vollen Wirksamkeit noch bestände. Man bekommt keine Ahnung von den Schwankungen, welche die Politik Napoleons hervorgerufen hatte. Jener wohlbekannten Sendung Lombard's nach Brüssel geschieht keine Erwähnung. Man sollte glauben, Haugwitz habe sich in dem unbedingten Besitze des königlichen Vertrauens und im vollen Genuß der Autorität eines ersten Ministers befunden. Als den Grund seines zeitweiligen Rücktrittes giebt er, wie erwähnt, nur seinen krankhaften Zustand, den er in den düstersten Farben malt, an. Von der Anlehnung, die der König schon damals bei Rußland gesucht hatte, findet sich keine Spur. Und doch war es gerade diese Combination, durch welche die ganze Politik bestimmt wurde. Man könnte hier nicht sagen, die Verhältnisse seien dem Gedächtnisse des Autors entschwunden gewesen: denn die Arbeit trifft recht eigentlich in die Mitte derselben. Aber Haugwitz sah sie nur aus seinem persönlichen Standpunkte an. Er verweilt bei der Bedeutung der neutralen Politik, sagt aber nichts davon, daß sie bereits bei der Besetzung Hannovers durch die Franzosen im höchsten Grade gefährdet war. Mit vollkommener Evidenz erscheint sie dagegen in den eigen-

1) Denkwürdigkeiten II, S. 50.

händigen Denkwürdigkeiten Hardenbergs. Wenn dergestalt das Memoire Befremden weckt und Zweifel hervorruft, die wir nicht zu lösen vermögen, so ist das in einer Auseinandersetzung, die demselben unter dem Titel „Exposé" beiliegt, in noch höherem Grade der Fall. Besonders die Erzählung von einer Audienz, welche ihm gemeinschaftlich mit Hardenberg ertheilt worden sei, nimmt die Aufmerksamkeit in Anspruch. Bei derselben habe der König den neuen Minister gleichsam verpflichtet, das Princip des Vorgängers aufrechtzuerhalten; dadurch aber habe sich Hardenberg verletzt gefühlt und es bei dem Nachhausefahren zu erkennen gegeben [1]).

Von dieser Audienz schweigt Hardenberg. Alles geschieht bei ihm schriftlich durch eine Cabinetsordre, die er beantwortet. Ich höre, daß eine neue Untersuchung der in dem königlichen geheimen Staatsarchiv über diese Epoche aufbewahrten Urkunden im Werke ist; ohne den Aufklärungen vorzugreifen, die man davon zu erwarten hat, möchte ich doch nicht Hardenberg des Verschweigens eines so wichtigen Vorganges beschuldigen. Haugwitz übergeht in seinem Exposé seinen kurzen Aufenthalt in Berlin im Juli 1804. Damals erst wurden die definitiven Bestimmungen über die Verwaltung des Ministeriums getroffen. Dabei nun erwähnt Hardenberg einer Audienz, die er mit Haugwitz gemeinschaftlich am 10. Juli beim König gehabt habe. Es ist nichts wahrscheinlicher, als daß Haugwitz die einander naheliegenden Monate April und Juli in seinem Exposé

1) Mon départ étant fixé, le roi m'accorda une dernière audience. Mon successeur m'accompagna. En nous congédiant, le roi me témoigna ses regrets, et l'expression de sa sensibilité allait au fond de mon âme; mais ce fut ce moment même qui me fit comprendre que le choix ne dépendait plus de moi. Le roi continua, „Enfin puisqu'il le faut, je compte au moins que vos principes me restent", et se tournant vers le baron de Hardenberg, „je veux bien me persuader", disait-il, „que vous vous attacherez aux principes et à la politique que le comte Haugwitz a su suivre avec tant de fermeté et de sagesse que vous ne vous en écarterez dans aucun cas. En attendant vous le tiendrez au fait sur tout ce qui se passe en vous réservant d'être guidé par ses lumières." Ce fut son dernier mot. Hardenberg se lança avec moi dans la voiture qui nous avait amené. Il étouffait. L'impression que les dernières paroles du maître avaient fait sur lui était profonde. „Le roi", disait il, „aurait pu m'épargner cette sortie, elle m'avilit. Ne me suis-je pas toujours appliqué à suivre vos directions, en applaudissant à votre politique? et ne suffit-il pas de connaître l'amitié qui nous unit"? Ce fut cependant ce moment même qui sur un caractère comme celui de mon successeur laissa une impression qui ne s'effaça plus. L'idée de se trouver en second lui était insupportable. Elle blessa sa gloire, pour ne pas dire, son amour propre. Je n'avais pas de peine à m'en convaincre, et les paroles entrecoupées qui lui échappèrent „en ce cas mon rôle sera servir de mannequin" et quelques autres de cette nature achevèrent de me faire voir ce qui se passait dans son âme.

verwechselt und, was im letzten vorging, bereits in den ersten verlegt hat. Genau sind seine Zeitangaben überhaupt nicht. Ob nun bei dieser zweiten Audienz nicht Dinge vorgekommen sind, wie Haugwitz solche erzählt, diese Frage möchte ich nicht deshalb negativ beantworten, weil Hardenberg nichts davon sagt. Sehr möglich wäre es denn doch, daß Hardenberg beim Nachhausefahren Aeußerungen des Selbstgefühls entschlüpft wären, wie sie Haugwitz mittheilt: er wolle nicht als ein charakterloses Werkzeug dienen; das wäre sogar ehrenvoll für Hardenberg. Haugwitz rechnete auf eine Beobachtung seines Systems; Hardenberg war aber nicht gemeint, fremde Gedanken zur Ausführung zu bringen. Ueberhaupt verlor das Verhältniß der beiden Minister den freundschaftlichen Grundzug, den es bisher bewahrt hatte. Man erkennt das aus jenen Zeitungsartikeln in Hamburger Correspondenten und den Berliner Zeitungen, über welche Hardenberg ausführlich berichtet. Noch war nicht entschieden, ob der Rücktritt des Grafen Haugwitz als definitiv angesehen werden sollte. Es ist unerfreulich, auf diese Verstimmungen der leitenden Persönlichkeiten näher einzugehen. Wir würden nicht darauf zurückkommen, wenn dabei nicht zugleich eines der wichtigsten historischen Probleme zur Sprache käme, nämlich, wie es sich mit dem Ursprung jener Declarationen verhält, durch welche die Politik Preußens in eine neue Richtung gerieth. Hardenberg bezeichnet es als ein Verdienst und als ein Glück, daß er die gegenseitigen Declarationen zu Stande gebracht habe; aber er deutet nicht allein nicht an, daß er dabei mit dem Grafen Haugwitz in Widerspruch gewesen sei; er bezieht sich vielmehr auf jenes Schreiben an Goltz, welches noch in die Zeit der Verwaltung des Grafen fällt. Es ist der Punkt, von welchem die Entzweiung zwischen den beiden Ministern sich eigentlich herschreibt; die Differenz lag aber nicht in der allgemeinen Direction, sondern in der raschen Ausdehnung, welche Hardenberg der Annäherung an Rußland gab. Er selbst hat auf die hohe Bedeutung der Declarationen aufmerksam gemacht und die von den Entwürfen Rußlands abweichenden Festsetzungen, welche das Interesse von Preußen forderte, hervorgehoben; er legte Werth darauf, daß sie von den beiden Souveränen anerkannt wurden. Die Ratification war erfolgt, ehe Graf Haugwitz von der Sache erfuhr. In neuerer Zeit hat man dem Minister Hardenberg ein wirkliches Verdienst dabei abgesprochen und seine Darstellung als eine Art von Ruhmredigkeit bezeichnet. Von Haugwitz wurde diese Theilnahme nicht allein angenommen, sondern dem Collegen als eine Art von politischem Verbrechen angerechnet[1]). Und daran ist

1) Après mon départ, et je l'avais prévu, le ministre de Russie se flattait qu'il aurait moins de peine à se faire écouter mon successeur et rusé comme il l'était, il conçut aisément quels seraient les arguments qui pouvaient faire le plus d'impression sur un homme plein

kein Zweifel, daß die selbständige Einwirkung Hardenbergs in die Geschäfte mit diesen Declarationen beginnt. Haugwitz hatte nur ein eventuelles Anlehnen an Rußland beabsichtigt; Hardenberg schritt zu einer geheimen Uebereinkunft fort, welche, an die alte Allianz zwischen Rußland und Preußen anknüpfend, die Fälle einer gemeinschaftlichen Waffenerhebung mit Bestimmtheit präcisirt. Haugwitz mag Recht haben, wenn er meint, daß das bisherige Neutralitätssystem dadurch in Frage gestellt worden sei. Aber wäre Hardenberg darum zu tadeln? Ich denke nicht; denn der immer drohender anwachsenden Macht Frankreichs gegenüber bedurfte Preußen eines politischen Rückhaltes.

Haugwitz meinte, in der Neutralität ein System auf alle Zeiten gegründet zu haben.

Welch ein Irrthum! Der Gedanke war gefaßt worden, als noch eine schwache Regierung in Frankreich am Ruder war. Einem Napoleon gegenüber war derselbe aber unhaltbar. Dennoch wurde Haugwitz durch die Erschütterung des von ihm angenommenen Systems, welches er noch in jener Denkschrift auf das dringendste empfohlen hatte, in eine Aufwallung versetzt, die immer mehr anwuchs, je mehr sich die Angelegenheiten verwickelten. Wir wollen ihn darüber selbst vernehmen, wie er die Sache in seinem Exposé dargelegt hat; bei aller Aufgeregtheit finden sich in demselben doch noch einige Mittheilungen von Werth.

---

d'honneur comme le baron de Hardenberg, mais peut-être trop sensible à la gloire de jouer un rôle digne de ses talens et de cette prééminence qu'ils semblaient lui signer.....

Enfin je reçus par le baron de Hardenberg et de sa main la communication d'une convention avec la Russie, conclue et ratifiée. On m'avait jugé juste, on avait prévu mon opposition et les obstacles qui pouvaient en résulter et le négociateur russe s'applique surtout à ne pas perdre du temps. Sans renfermer des obligations positives cette convention suffisait cependant pour saper le fondement sur lequel notre politique avait reposé depuis que j'avais su assigner à la Prusse cette unique assiette qui lui convenait et dont en principe elle ne s'écartera jamais sans s'exposer aux suites les plus funestes. Dans le cas présent l'effet de cette aberration de principes et de système ne tarda pas à se faire sentir.

L'Angleterre, mal à son aise par suite de camp de Boulogne, remua ciel et terre pour réveiller l'ardeur militaire à St.-Petersbourg et à Vienne. Alexandre avant de se décider avait besoin de connaître la détermination de la Prusse, pour juger par l'effet que produiraient ses instances renouvelées près du cabinet de Berlin ou combien on pourrait se flatter d'entraîner cette puissance. Alopéus plus heureux cette fois-ci l'emporta, et la convention fut conclue. Ell'assigna à la Prusse un poste diamétralement opposé à son système de neutralité, et sans la faire participer directement à cette nouvelle levée de boucliers on l'avait exposée à toutes les chances, sans qu'il lui en revint le moindre avantage. Pendant l'hiver le feu couvait sous les cendres; mais l'année 1805 alluma la guerre continentale.

Exposé.

De jour en jour la situation de Hardenberg devint plus pénible et il faut convenir qu'elle était des plus embarrassantes.

La Russie s'appuya sur la convention, sur l'espoir que celle-ci avait fait naître, et sur les droits qu'elle croyait avoir acquis. Peut-être n'était-ce à tort qu'elle prétendait que cet acte à jamais déplorable l'avait engagée elle-même à prêter une oreille plus complaisante aux insinuations à l'Angleterre. Elle insista sur le passage de ses troupes au travers les états du roi. L'insouciance, la seule arme qu'on avait opposé aux Français lors de l'occupation du Hanovre, fournissait le texte aux instances de la Russie.

Duroc, un traité d'alliance en poche, devint tous les jours plus pressant. De quel côté se tourner, c'était là l'embarras, et ce fut le moment où le roi se détermina à me rappeler.

Les communications dont j'ai parlé plus haut, avaient entièrement cessé. J'étais réduit aux nouvelles du jour. Ce qui me restait, c'étaient mes souvenirs.

Où en sommes-nous? tel fut mon premier mot en arrivant à Berlin; la réponse — je suis encore à l'attendre.

Les alarmes s'accrurent par la dissension qui avait remplacé ce calme que j'avais eu soin d'imprimer jusqu'à mon départ à nos discussions politiques. On se disputait, on s'accablait de reproches, le nombre de personnes qui s'étaient arrogé le droit de former le conseil s'était accru. Cette faute, grave dans ses conséquences et sur laquelle encore je ne saurais absoudre le baron de Hardenberg, se tourna contre lui, augmenta ses embarras et lui ôtait cette liberté d'esprit qui doit servir de pilote à l'homme destiné à diriger la machine politique. Enfin je parvins à m'éclairer sur le passé, et voici le triste tableau pour lequel je n'employerai qu'un coup de pinceau pour le faire ressortir.

La Prusse hors de son assiette, la neutralité du nord de l'Allemagne, cette égide et conservée pendant près de douze ans, foulée aux pieds — mes chevaux se dressent sur ma tête quand j'y pense — cet enfant chéri, cet ange de bénédiction que dieu m'avait accordé pour conducteur dans mes premiers jours de détresse où je fus appelé à trouver l'assiette sur laquelle devait reposer l'heur de la monarchie, celui de ses peuples! En vain en cherchais-je les tristes débris, et pour les rassembler il fallait plus que ce que nos faibles moyens accordent à la pauvre humanité. Le roi ordonna d'assembler un conseil. Quand on a perdu le fil et qu'on le cherche dans la diversité des opinions, on risque de resserrer le noeud et de l'embrouiller davantage, et c'est ce qui arriva.

Le roi en m'assignant ma place dans ce conseil, me dit pour instruction: „Ecoutez ce qu'on dira; c'est votre opinion que je demande; mais je désire qu'on écarte toute discussion sur le passé et qu'on ne s'occupe que du moment présent.“ La volonté du roi

me servait de règle, et tant que dans l'assemblée il ne se traita que de récriminations, je me tins à l'écart. Il fut cependant un point sur lequel on se décida presqu' unanimement. Ce fut de ne pas se laisser marcher sur le pied. Hardenberg seul hésita; il avait sur le coeur sa convention conclue avec la Russie, et il ne connaissait que trop bien les motifs qui l'avaient amené, et les conséquences qui devaient en résulter.

Avant que de me rendre au conseil, j'avais eu un entretien particulier avec le général Kleist, aide-de-camp du roi. C'était à lui que je m'adressais de préférence. Alarmé des embarras résultans de la fausse position dans laquelle nous avait placé une politique vacillante, il m'importait de connaître l'effet qu'elle avait produit sur l'organisation de nos troupes. Sans règles, sans détermination et sans aucune idée de la destination future de notre force armée, elle ne semblait être employée que pour prendre ou pour donner l'alarme. Ce qui me peina le plus, c'était d'apprendre que cet aplomb qui depuis dix ans avait servi à consolider la neutralité du nord de l'Allemagne, avait disparu comme la rosée du matin. Où sont les Saxons? demandais-je. Retournés dans leurs foyers. Qu'est devenue la convention additionnelle conclue avec l'électeur à la suite du traité du 5 août 1796? L'un et l'autre sont oubliés. Les Hessois? Il en est de même. Les Hanovriens? Désarmés, ils sont devenus la proie de l'invasion. Les villes anséatiques et le secours de tout genre que nous avions su nous assurer de la part des états secondaires, qui ne pouvant se défendre eux-mêmes trouvèrent leur sûreté sous l'aigle prussien? En partie ils sont de gré ou de force contribuables à la France et servent à entretenir ses troupes. Tel fut le compte qu'on me rendit sur les funestes effets résultans de l'occupation du pays d'Hanovre et de la conduite passive, pour ne pas dire pusillanime, à laquelle on s'était laissé aller. Mais enfin nos troupes où sont elles? Le corps rassemblé à Minden qu'est il devenu? Le duc de Brunsvic n'a-t-il pas éprouvé quelque peine en contemplant ce corps d'armée jadis sous ses ordres, auquel fut assigné une destination honorable et digne de la gloire de nos armes, déchu au point qu'il a dû quitter son camp à l'approche d'une armée étrangère sans allumer une amorce?

Tels furent non les reproches, mais les observations que j'adressais à l'aide de camp du roi. En réveillant celles qu'il avait fait avant moi, je le soulageais.

Je reviens au conseil. Le roi, en m'y assignant mon poste, dans sa sagesse m'avait requis de m'attacher surtout à écarter les discussions sur le passé et à m'appliquer à trouver le remède le plus prompt et le plus conforme aux intérêts de l'état. Cet ordre me fut sacré et je m'attachais à répondre à l'intention du maître à son ordre suprême.

Voici le résumé de l'opinion que j'émettais et tel que je le présentais au roi.

Ohne weiter in die Motive einzugehen, welche des Königs Majeſtät dazu vermocht haben, meine ich annehmen zu müſſen, daß Allerhöchſt dieſelben feſt entſchloſſen ſind, bei dem gegenwärtigen Ausbruch des Krieges auf dem Continent, bei Ihrem ehemaligen Neutralitätsſyſtem auch gegenwärtig ſtehn zu bleiben, oder in ſo fern man davon abgewichen iſt, auf daſſelbe wieder zurück zu kommen, ſich deshalb mit denen Fürſten, die Sie umgeben und die mit Ihnen ein gleiches Intereſſe haben, zu concertiren, dieſes Syſtem mit den gedachten Fürſten gemeinſchaftlich durch die Gewalt der Waffen zu unterſtützen, einen Theil Ihrer Truppen auf Kriegsfuß zu ſetzen und denenſelben

solche Stellungen anzuweisen, welche dem Zweck der Aufrechthaltung Ihrer Neutralität am wirksamsten entsprechen.

Da die Neutralität gegen jede der kriegführenden Mächte, die es wagen könnte sie zu brechen, aufrecht zu erhalten ist, so würden die militärischen Maaßregeln wohl vorzüglich dahin gerichtet werden müssen, daß die Stellung der concentrirten Truppencorps dergestalt genommen würde, wie es die Vertheidigung der bedrohten Punkte am nächsten erfordert.

Die Neutralität kann nur gebrochen werden entweder durch die coalisirten Mächte, oder durch Frankreich. Besorgt man, daß es durch die erstern oder auch nur durch eine derselben geschähe, und hat man Ursache zu glauben, daß die Neutralität Preußens durch einen von Seiten Rußlands forcirten Durchmarsch durch Preußens Staaten compromittirt werden könnte, so würde es meines Erachtens am rathsamsten sein, einem zusammengezogenen Corps unserer Truppen eine solche Stellung zu geben, in deren Angesicht ein forcirter Durchmarsch wohl schwerlich zu besorgen ist.

Besonders dann nicht, wenn nächst jenem Corps ein zweites aufgestellt würde, welches, auf den Fall, daß Preußen seine Neutralität mit den Waffen in der Hand gegen die coalisirten Mächte soutenieren müsse, die böhmisch-märischen Grenzen bedrohte.

Ein drittes Corps würde wohl an der Mecklenburg-hannöverischen Grenze seine Stellung nehmen, und zwar zu einem doppelten Zweck. Es sicherte, daß die kriegführenden Mächte in diesem Theil des Nordens sich nicht erreichen könnten und mithin auch dort die Neutralität aufrecht erhalten würde. Es könnte aber auch dazu dienen, Hannover auf den Fall, den man nie aus den Augen lassen muß, daß es von den Franzosen geräumt würde, zu besetzen und alsdann der Neutralität Preußens mehr oder weniger eine gleiche Ausdehnung zu geben, als sie in dem vorigen Kriege gehabt und ehrenvoll souteniert hat.

Es wird übrigens wohl nichts versäumt werden, um so lange als möglich Friede und Freundschaft mit den kriegführenden Mächten zu erhalten.

Da Rußland und Oesterreich heut selbst noch bezeugen, daß ihr Wunsch Friede sei und daß alle von ihnen genommenen kriegerischen Maaßregeln vorzüglich eine bewaffnete Negociation zum Zweck haben, so wird die imposante Attitüde, welche Preußen gleichfalls durch seine Bewaffnung nimmt, wenn nicht ganz, doch zum Theil denen, wie man glauben muß, auf Erhaltung des Friedens abzweckenden Gesinnungen des römischen und russischen Kaisers entsprechen. Berlin, den 19. September 1805.

Mais tout en nous occupant des mesures susmentionnées et telles que la dignité de la Prusse et les soins paternels du roi pour ses peuples les prescrivent, il importe à aviser aux explications avec les deux cours impériales qui dans le moment présent deviennent aussi délicates qu'elles sont urgentes.

Voyons d'abord à qui il conviendra de les adresser et quels sont à cet égard les conseils de la prudence. Si la guerre éclate, elle aura lieu entre l'Autriche et la France. L'intervention de la Russie est celle d'un allié qui prend les armes dans le cas du casus foederis. La Russie demande le libre passage de ses troupes par les états du roi pour venir au secours de l'Autriche. C'est donc cette dernière qui avec la France sont les deux parties principales dans la guerre présente si le sort en est jeté. Il s'en suit qu'il convient d'adresser les premières explications à la cour de Vienne. Elles seront fermes; mais elles porteront le cachet de cet intérêt véritable et de ces liens indissolubles qui ont subsisté et qui subsistent aujourd'hui encore entre les deux souverains et dont il serait cruel de séparer celui dont

un mot échappé à l'impatience dut relâcher les liens qui peut(-être) avant encore fîrent le charme des relations entre les deux souverains.

Adressons nous en toute confiance à l'empereur François; abandonnons lui le soin de ramener Alexandre aux véritables principes d'union, tels qu'ils conviennent au caractère et à l'intérêt permanent des trois souverains. Cette réunion n'a-t-elle pas subsisté, n'est-on pas parvenu à l'entretenir durant douze ans et dans quelle époque? Rappelons-nous les jours et les circonstances qui ont marqué les relations entre la Prusse, l'Autriche et la Russie depuis 1792. Combien de fois la politique des trois cours a-t-elle été divergente l'une de l'autre sans que jamais l'amitié entr'elles fut ébranlée; et pourquoi dans un moment de si haute importance et pourquoi aujourd'hui encore n'en serait-il pas de même?

Mais on ne saurait se cacher que dans les ouvertures à la cour de Vienne il se présente un cruel embarras. C'est cet oubli de notre ancienne politique, ce funeste abandon de la neutralité du nord de l'Allemagne qui nous le taille. Le gouvernement français a rompu la ligne de démarcation, il a occupé le pays d'Hanovre, et la Prusse dans son apathie l'a laissé faire. Il s'agit maintenant de nous replacer dans notre ancienne assiette, et il faut s'en expliquer avec la France. Mais ce n'est pas là qui m'embarrasse; je n'hésite pas un moment de me charger de cette explication dès que je suis sûr que nous saurons la soutenir les armes à la main. L'embarras dont je viens de parler découle d'une autre source.

Dèsque la Prusse revient à son ancienne politique, qu'elle rétablit dans toute son étendue et dans toute sa force cette neutralité, si salutaire pour ses co-états et qu'elle a soutenue avec tant d'énergie, je doute que la France s'y oppose. Mais qu'en arrivera-t-il? Napoléon evacuera le pays d'Hanovre, l'abandonnera de nouveau à la protection de la Prusse en s'assurant comme de raison et pour sa part le bénéfice de sa neutralité.

Mais en évacuant le pays d'Hanovre, les troupes qui l'occupent maintenant, ne seront-elles pas employées à renforcer les armées qui dépassant le Rhin se préparent d'agir contre l'Autriche? Voilà ce qui rend nos explications avec la cour de Vienne des plus délicates. Ce sont-là ces épines qui se placent dans la plante du pied de l'homme qui se laisse aller à des courses inconsidérées.

Le roi daignait applaudir à mes idées. Il se décida pour les explications avec la cour de Vienne, en ajoutant qu'il comptait que je voudrais me charger de cette commission. En me rendant à l'intention du maître je lui soumis cependant une considération à laquelle j'attachais une importance majeure.

„C'est l'esprit de conciliation, ce sont les sentimens d'une amitié sincère que je dois être chargé de porter à la cour de Vienne. Ils sont confiés à ma prudence; mais cette commission tient de si près à une nuance de menace qu'il faut de l'adresse et du coeur pour se flatter d'emporter les résultats que vous en attendez sans blesser l'amitié. Qu'il me soit permis d'agir d'après ma manière. Pour concilier il faut de la franchise pour le fond et il faut que le mode même en porte l'empreinte. Si la cour impériale, sans information préalable, me voit tomber comme une bombe dans sa capitale, quelle impression en prendra-t-elle? Ayons soin qu'elle soit avertie de la démarche dont je suis chargé, afin de lui faire connaître et les motifs et le but. Nous jouissons de l'avantage de posséder dans la personne

du comte Metternich un homme aussi pûr de sentimens qu' éclairé dans sa politique. Agréez que je m'ouvre avec lui et il ne me sera pas difficile de l'engager à expédier son courrier." Le roi applaudissait à mon raisonnement ainsi qu'à ma proposition.

J'eus le jour même l'explication dont je viens de parler avec le ministre d'Autriche, et le lendemain je me mis en route pour Vienne.

Ainsi, après un court séjour, je quittais Berlin, et je me retrouvais dans ma voiture, accablé par mes réflexions. „Pourquoi a-t-il fallu m'éloigner de mon poste et l'abandonner à un autre? Que ne puis-je au prix de mon sang, en sacrifiant tout ce que j'ai de plus cher, replacer la Prusse dans la même position, dans laquelle elle se trouvait au moment où je remis le portefeuille au baron de Hardenberg." L'homme, sujet à l'erreur, que lui reste-t-il? — De convenir de ses torts. — Eh bien, je conviendrais des miens; mais tout en convenant, je me déclare persuadé que, transporté à l'instant même et placé sous l'empire des mêmes circonstances qui décidèrent de mon choix en faveur de mon successeur, aujourd'hui encore je n'en ferais pas d'autre.

Mais voyons maintenant quelle serait la position de la Prusse et celle de l'Europe si la première n'avait été mise hors des gonds et si le cabinet de Berlin ne se fut écarté de la volonté du roi, fortement prononcée au moment de mon départ. En suivant la conduite que j'avais observée pendant douze ans, pleine de fermeté et de constance, en écartant de nos relations avec les puissances de l'Europe tout ce qui pouvait heurter, tout ce qui pouvait ébranler notre système, la Prusse se trouverait aujourd'hui encore (23 septembre 1805) reposant sur son ancienne base. Son cabinet, constamment attaché à ses anciens principes, à cette même politique sur laquelle se fondait la neutralité du nord de l'Allemagne, lié d'intérêts et engagé par des obligations contractées avec ses co-états, un mot, un mot lui suffisait pour écarter l'invasion du pays d'Hanovre.

Cette invasion, quelles sont les circonstanses qui en ont fait naître l'idée dans l'esprit de Napoléon? Les voici: L'Angleterre et la Russie menacent la Hollande, en se préparant de se prêter les mains dans le pays d'Hanovre, que la Prusse venait d'évacuer. Et après cela peut-on s'étonner encore que le Hanovre fut occupé par les troupes françaises? A Londres, Petersbourg ainsi qu'à Berlin on aurait dû comprendre que pour occuper le Hanovre, la France n'avait qu'un pas à faire, tandis que le concert entre l'Angleterre et la Russie demandait du tems, et l'Angleterre même, qui aurait peut-être pû prévenir l'invasion, perdait le sien.

Le Hanovre sous la protection de la Prusse, entré dans son système et réuni par ses engagemens ainsi que par son propre intérêt à celui de la neutralité du nord de l'Allemagne, devait se trouver à l'abri d'un envahissement étranger. L'Angleterre même, comme puissance, n'y avait aucun droit. N'était-ce pas le chef de la maison régnante qui avait mis de son propre aveu son patrimoine sous la protection de la Prusse?

Mais il s'agit d'examiner quelle aurait été la position de l'Europe à l'époque dont je parle, si la Prusse fut resté fidèle à son système.

Le camp de Boulogne avait pour but d'occuper l'Angleterre. Le cabinet de St. James avait tort peut-être de chercher le remède hors de lui même. Isolé, sa constance aurait suffi pour fatiguer son adversaire; mais les ministres anglais, au lieu de se fier à leurs propres

moyens, tournèrent leurs yeux vers le continent, et tentèrent de nouveau à y réveiller les anciennes haines et à faire naître de nouvelles espérances. Il faut convenir qu'il y avait quoi et que le feu couvait sous les cendres. Mais il ne suffit pas de vouloir.

Alexandre, à l'exemple de sa grande aïeule, tâchait de se préparer les voies par les insinuations dont il chargea son ministre à la cour de Prusse. L'engager d'abandonner enfin ce système de neutralité, qui par sa vétusté et pour être celui d'un ministre écarté devait pour cela même déjà branler au manche et faire place à des idées plus grandes et plus généreuses — voilà de quoi on s'occupait.

Admettons maintenant qu'un tel langage prévu par le mémoire que j'ai qualifié mon chant de cygne, eût eu le sort que tant d'autres tentatives avaient eu précédemment, la Russie aurait-elle pu écouter les insinuations de l'Angleterre et accéder aux projets d'une nouvelle levée de boucliers sur le continent? Convaincue de l'imperturbabilité du système prussien, elle en aurait gémi, elle aurait marqué de l'humeur; mais trop sage et trop bien avisée, elle ne serait jamais laissé entraîner à une guerre lointaine et étrangère aux véritables intérêts de son vaste empire.

Et l'Autriche? Ses plaies saignaient encore; sans doute avait-elle de puissans motifs pour saisir le premier espoir qui se présentait en sa faveur pour les fermer et pour réparer les désastres d'une suite de campagnes constamment tournées contre elle. Mais l'Autriche dès qu'elle aurait perdu l'espoir d'un puissant secours de la part de son allié, l'Autriche même, quoiqu'à regret, elle aurait opposé aux insinuations de l'Angleterre l'impossibilité de se montrer de nouveau sur l'arène.

En me résumant je me suis dit alors: L'Angleterre, ennuyée par les apprêts au camp de Boulogne, renouvelle ses instances près les puissances du continent pour donner de l'ombrage à la France, elle a pour but d'engager Napoléon à quitter cette fatale position sur les bords de la mer pour employer ses forces à la défense de son empire. Ce fut donc pour faire sortir cette épine de son dos qu'il lui fallait la guerre continentale. Et cette guerre elle a eu lieu; mais aurait-elle été entreprise, si le ministre de Prusse avait opposé à ces insinuations la même constance que l'amour de la patrie seule aurait dû lui inspirer, s'il avait eu le courage de se refuser à l'invitation qu'on lui fit et que cette convention si funeste dans ses conséquences n'aurait jamais eu lieu quel aurait été alors le sort de l'Europe?

Il est incontestable que la guerre de 1805 n'aurait pas eu lieu. Il n'entre point dans mon sujet de me livrer à des réflexions abstractes sur les événemens qui auraient pu résulter des armemens de Napoléon sur les bords de la mer, et sur le sort de sa querelle avec son puissant adversaire. J'en laisse le soin à celui qui veut s'en charger.

Il m'en reste un autre, un soin que je dois réclamer tout particulièrement pour moi et qui exige des précédens qu'on cherchera en vain ailleurs et qui ne se trouvent que dans les réminiscences de ma vieille mémoire.

Pour exposer le tableau dans son jour il convient que je rappelle le système de la Prusse dès son origine. Soutenu pendant douze ans, il fut celui des deux souveraines que j'ai eu l'honneur de servir. Sous leurs yeux je l'ai soutenu contre vent et marée. Mais enfin le sort en fut jeté et je devais l'abandonner à d'autres mains.

Parlons d'abord des avantages que ce système a eu et nous nous

occuperons ensuite de ceux qu'il aurait dû avoir en persistant à le soutenir.

C'est le sort de la guerre. Ses maux qu'elle enfante, se font sentir loin même de son théâtre. Ce fut le cas dès le commencement de la campagne de 1792. Le numéraire sera, dans mon opinion, pour le corps politique ce qu'est le sang dans nos veines. Une fois échappé, on a de la peine à le retrouver. Je l'ai déjà dit, à la suite de ces calculs, fondés sur une erreur stupide, nos caisses se vidaient et le patriote prussien vit, dieu sait avec quelle peine, les épargnes du grand Frédéric devenir la proie des fournisseurs et servir à enrichir nos voisins. Ainsi la guerre sur la rive gauche du Rhin influa sur nos provinces les plus éloignées par la dilapidation des sommes destinées à animer le commerce. La paix de Bâle y mit un terme; mais l'argent était sorti, il fallait songer aux moyens de le faire rentrer. La neutralité stipulée à Bâle et rectifiée par la convention du 5 août y avisa. Le commerce fut rétabli et les entraves qu'il rencontra partout où les armées se trouvaient en présence, ajoutèrent encore à la vivacité avec laquelle il fut entretenu là où sa liberté fut rétablie. Le commerce pour être libre, pour être bienfaisant, ne doit pas être borné aux limites des états. Ce n'était pas la Prusse, ce n'étaient pas les états compris dans sa neutralité seuls qui en profitaient. L'Angleterre et les puissances maritimes en général en tiraient le plus grand avantage. Il est vrai que la première profitant de l'occasion était revenue dans toute sa vigueur à son système du droit maritime, et partout où elle ne trouvait pas d'opposition, elle savait s'en prévaloir, et parfois elle le poussait à l'excès. Ce fut alors et surtout sous le règne de Paul I que la Prusse se prononça contre ses abus avec force. La note que je remis dans ce tems au ministre britannique, ne doit pas être oubliée; elle doit conserver sa place dans nos archives. Mais ce qui imposa surtout à l'Angleterre le respect dû au commerce de la Prusse, fut l'attitude que nous avions su prendre à l'égard du pays d'Hanovre. Le ministre britannique, tout en se donnant l'air de ne pas faire entrer dans ses calculs les intérêts de la maison régnante qui l'attachaient au continent, ne laissa pas de reconnaître qu'ils avaient leur prix: et que, poussé à bout, les propriétés de la maison de Brunsvic pourraient répondre de l'injustice que l'amirauté anglaise ne fut que trop tentée de commettre envers les vaisseaux prussiens. L'occupation de Cuxhaven démontrait que la Prusse, trop sage pour jamais aspirer à être puissance maritime, savait placer ses sujets sous sa puissante protection et c'est ainsi que le droit de visite fut réglé de concert avec les puissances maritimes et enlevé à l'arbitraire auquel on risquait de le voir exposé. Depuis la paix de Bâle jusqu'à l'année 1805, pendant une époque de dix ans, le commerce du nord de l'Europe jusqu'aux rives du Bas-Rhin jouissait d'une parfaite liberté. Napoléon l'a dit: „pendant sa neutralité la Prusse s'engraissait par son commerce". Mais ce ne fut pas la Prusse seule. Trop bien avisée pour le borner dans ses limites, elle en laissait jouir les puissances maritimes, la Russie et l'Autriche sur les fleuves qui traversent leurs états et se jettent dans la Baltique et la mer du nord. Ce fut alors qu'on comprit qu'une main habile avait conduit la détermination de nos limites lors du dernier partage de la Pologne. Elle avait acquis à la Prusse sous le rapport du commerce l'avantage inappréciable de dominer la partie principale de la Vistule, ses embouchures ainsi que celles du Boug et du Niemen.

Le cours de la Warta et même celui de la Pilitza n'était pas indifférent. Pendant les trois premières années de la guere les habitans de l'ancienne Pologne, dont les provinces réunis à l'Autriche et se trouvant sur les rives de la haute Vistule et de la Pilitza, regorgèrent de grains pour lesquels ils marquèrent de débouchés. La neutralité de la Prusse leur présenta les moyens et la Vistule se couvrait de bâtimens. Ce ministre dont les vues sages et généreuses guidèrent alors le département du commerce, n'avait pas moins égard à celui de l'étranger, et tout en nourrissant les caisses de l'état, il favorisait le passage et moyennant ce libre transport de l'argent qui circulait dans toutes les parties administratives et administrées. Les provinces nouvellement acquises par la Prusse en profitèrent surtout; elles en avaient grandement besoin, et le bien qui en résultait, apportait quelque consolation dans l'âme des propriétaires et servait à concilier à l'administration prussienne l'attachement de ces esprits fiers et d'ailleurs assez difficiles à prendre l'impression de la confiance.

Le ministre de Struensée, duquel d'anciennes relations m'avaient laissé un souvenir ineffaçable (professeur à l'académie de Liegnitz, il veilla à l'éducation de mon défunt frère) fut mon ami; mais comme collègue il me servit de guide. Il éclairait ou rectifiait mes idées en tout ce qui tenait au commerce et à l'administration. Il fut le premier à applaudir aux mesures que je pris pour rétablir le commerce, et en tirant tous les avantages que les circonstances admettaient, il se plut à mettre le bien qui en résultait, sur le compte de mon système. L'amitié en jouissait, et chaque année et au moment de fermer ses livres il m'en porta le devis. „Cet exposé, ajouta-t-il, c'est un hommage qui vous est dû, et j'aime à vous l'offrir."

Les archives du département, à la tête duquel se trouvait ce ministre, conserveront sans doute des détails plus précis. Les sommes qui par ce commerce seul entrèrent dans nos caisses et celles qu'il faisait circuler même à une certaine distance des fleuves et des rivières, étaient des plus considérables.

Une des conséquences assez bizarre résultant de cet état de choses fut que tandis qu'à Vienne et à Pétersbourg on en voulait à la neutralité de la Prusse, les sujets des deux empires y applaudissaient de bon coeur et bénissaient le ciel d'avoir trouvé le remède aux maux que la guerre faisait peser sur eux. Ainsi il m'arrivait parfois que les ministres des puissances coalisées, en mettant la neutralité de la Prusse sur mon compte, me boudaient d'un oeil tandis qu'ils me souriaient de l'autre.

Mais le bien que nous offrait la liberté du commerce n'était pas le seul qui résultait de la neutralité de la Prusse. J'observerai d'abord qu'il en va à l'état de neutralité comme à toute autre chose; il a son revers et c'est encore sous ce point de vue qu'il faut le considérer.

Ce repos qui résulte d'une inactivité parfaite, se fera sentir dans tous les tems et dans ses conséquences. Il pourrait en avoir de funestes surtout pour un état militaire tel que la Prusse. Le repos après une longue lutte aura son bien et les esprits les plus difficiles à contenter finissent enfin par y applaudir; mais ce n'est qu'en autant que tout le monde se repose. Le cas, dans lequel se trouvait alors la Prusse, fut bien différent. Le champ de la guerre fut ouvert, trois grandes puissances se mesurèrent encore et la quatrième menaça de se joindre à elles. La Prusse seule jouissait de sa paix. Mais au

lieu de s'abandonner à un repos parfait elle sut prendre sa place en présence des armées qui combattaient encore. Un corps de cent mille hommes sous les ordres d'un chef prussien destiné à en imposer à quiconque aurait osé en courir la chance. Les liens qui réunissaient la Saxe, le Hanovre, la Hesse et les autres princes dont les états se trouvaient à l'abri de la ligne de démarcation se basaient sur la sûreté et l'intérêt commun. Revenu de ces fausses idées dont autrefois on avait farci les têtes, de ces idées extravagantes, de prétendue dignité et de gloire, l'aigle prussien couvrait de ses ailes ses états voisins sans charger le sien du poids de ses efforts. Ce fut alors qu'il remplissait sa haute destinée. Les cinquante mille Prussiens plus ou moins réunis sous le duc de Brunsvic n'exigèrent aucun surcroît à notre dépense.

Les livraisons qui se firent aux dépens des états protégés suppléèrent à nos premiers besoins et il en résultait le bénéfice remarquable que l'argent continuait à circuler dans nos provinces. Il n'y eut que les fournisseurs et ceux qui les protégeaient qui y trouvaient à redire.

Il suffit d'être de bonne foi pour convenir des avantages immenses que ce système soutenu pendant douze ans avait accordé à la Prusse: Ses ressources menagées; une assiette qui lui laissa les mains libres pour donner tous ses soins à son administration à quoi le rétablissement du commerce ajoutait de nouvelles facilités en rehaussant le prix qu'elle tirait de son produit sans être à charge au pays; l'armée tout en jouissant du bien de la paix trouva une occupation salutaire dans les devoirs qui lui étaient assignés et dans la conscience de son utilité. Ajoutez à tant de bienfaits celui d'une parfaite harmonie entretenue plus ou moins avec toutes le puissances du monde.

Je dois me servir de ce terme; car ce fut dans cette époque que nous conclûmes un traité de commerce avec les États-Unis.

Les ministres de la Porte offrirent à Frédéric-Guillaume II l'hommage d'une juste reconnaissance, et jusqu'aux Barbaresques nous savions faire respecter notre pavillon sans se soumettre à un tribut toujours avilissant.

Si je me répète, on ne m'en voudra pas. Je parle de cet enfant chéri qui m'a valu ou qui a dû me valoir la bénédiction de ma patrie. Si elle balance à me l'accorder, je la trouve au fond de ma conscience.

Mais, me dira-t-on, quelques justes que peuvent être les considérations tirées du bien que la neutralité a répandu sur la Prusse, il fallait savoir si elle pouvait être soutenue jusqu'à la fin du drame, quels en auraient été les résultats pour le reste de l'Europe et quelle aurait été l'assiette de la Prusse le voile tombé et la pièce finie?

C'est à ces trois propos que je suis appelé à répondre: Le refus de l'Angleterre de continuer les subsides stipulés par le traité de la Haye conduisait à la paix de Bâle. Dès ce moment il s'agissait de donner à la politique de la Prusse la direction telle que la salut de la monarchie l'exigeait. Le roi plaça pour fondement la neutralité et telle qu'elle a été soutenue jusqu'au jour où un sort déplorable en a rompu le fil. Mais les circonstances? — voyons.

J'entends qu'on me dira: vous avez su maintenir la neutralité de la Prusse depuis la paix de Bâles, vous dites que vous l'avez soutenue contre vent et marée; mais auriez-vous pu la soutenir encore dans les circonstances dans lesquelles se trouvait le cabinet de

Berlin à l'époque depuis 1804 à 1805? c'est à quoi qu'il s'agit de répondre. Ma réponse la voici:

La Prusse étoit neutre, les états du nord de l'Allemagne, couverts par leur puissant voisin, l'étaient et jouissaient comme lui de tous les avantages de la neutralité. Dans la longue époque que je viens d'indiquer plus haut, l'Europe avait été agitée, dans tous les sens, presque toujours en guerre; par intervalle cependant dans un état qui sous la foi des traités la laissait respirer un moment. Rien me changeait, rien n'influait, rien n'ébranlait la sage et bienfaisante persévérance du cabinet de Berlin. Je me plais à laisser passer en revue tous les grands talens qui échouèrent contre cette même persévérance. Je les suivrai tels qu'ils se présentent à ma mémoire.

Ne vois-je pas d'abord cet honnête Spielmann qui dans sa bonhomie me reproche de relacher les liens qui unissaient nos deux souverains. Thugut qui se rappelait encore d'avoir employé en vain ses talens distingués pour ramener le grand Frédéric à d'autres erremens, ne m'épargna pas dans des longues et fastidieuses conférences. Le bon prince Reuss gémissait, mais ce fut celui qui parlait le moins à de sourdes oreilles; car il parlait au coeur. J'étais plus ferré contre les attaques du marquis d'Argenteau et du baron de Bréteuil. De retour à Vienne je jouissais de l'avantage inappréciable de m'abandonner dans les audiences que m'accordait le souverain à ce besoin à cet abandon de vérité dont je ne me suis jamais écarté, mais que parfois j'ai dû renfermer dans mon sein.

C'étaient les préliminaires qui devaient me servir d'école; mais ce fut dès l'époque où le ministre britannique en déchirant le traité de la Haye qui l'unissait à la Prusse, nous poussait vers la paix avec la France que pleuvait sur moi les sarcasmes, la rage de l'envie, la calomnie et enfin les attaques de toute espèce et qui tels qu'ils étaient n'avaient pour but ou de me dérouter dans mon système ou de me faire perdre la confiance du maître. C'était alors qu'on vit paraître à la cour de Berlin les envoyés d'Angleterre qui portaient chacun la devise de son ministère.

Il reste à cet égard une observation à faire. Elle ne sera pas échappée, mais il ne sera pas hors de propos de la rappeler. Tout dépend de connaître les principes dont partent les cabinets pour juger le mode dont ils se servent pour les faire valoir. Le ministre d'un gouvernement absolu connait la volonté de son maître et c'est elle qui doit le guider. Dans un gouvernement représentatif il n'en est pas de même. C'est la politique d'un ministre et parfois celle d'une faction dans le ministère. Autrefois l'Angleterre presque seule parmi les puissances européennes en fournissait les exemples. Maintenant c'est la France et telle autre puissance qui se trouve dans la même cathégorie. Vous soutenez votre thèse vis à vis d'un ministre britannique, vous parvenez enfin à vous entendre avec lui et vous vous félicitez d'avoir remporté la victoire dans ce combat d'opinion. Cependant vous n'en jouirez qu'en autant que le ministère reste en place. Mais dès que l'opposition l'emporte et que le changement du ministère s'est opéré, la chose est à refaire et pour l'avoir emporté, vous n'en êtes pas plus avancé qu'auparavant.

Dans l'époque dont je viens de retracer la mémoire j'avais constamment à lutter contre les propositions de l'Angleterre sous quelle forme que ce fut; mais les combats que j'avais à livrer ne partirent pas toujours directement de Londres et les plus difficiles furent ceux

dont se chargeaient les deux cours impériales et particulièrement celle de Pétersbourg.

La Russie accorda longtemps sa confiance à son ministre qui avait plus d'une corde à son arc et contre lequel il coutait quelquefois de se tenir en garde. Il fut remplacé pour un autre dont la finesse n'imposait pas; mais bientot nous vîmes sur le parquet un de ces hommes marquans plein de sa propre dignité et la haute confiance de son maître. Il arriva, il fit jouer tous ses ressorts et il emporta la conviction que la Prusse était et resterait ce qu'elle devait être, ferme et inébranlable. Il fut joint de la part de l'Autriche d'un de ces diplomates rompus dans son métier qu'il savait d'ailleurs réunir à une amabilité constante. Il disait parfois des choses assez fortes; mais il n'y eut pas moyen de se facher contre lui et il vous épargnait même la peine de les relever. Un négociateur d'un poids inférieur l'avait précédé. Ce fut le comte de Lehrbach.

Il y eut un moment où j'avais cru entrevoir une crise qui menaçait l'existence du gouvernement Français au point que la Prusse en aurait pu tenir un avantage réel. Le directoire perdait chaque jour dans l'opinion publique, et malgré l'adresse de Carnot les progrès gigantesques que la France avait dû au génie de Bonaparte en Italie, allaient céder aux efforts réunis de puissances coalisées. C'était selon moi ce nunc aut nunquam qu'il faillait saisir. Même dans l'esprit de la neutralité soutenue jusqu'à ce jour il me restait toujours sur le coeur cette douloureuse occupation de la Hollande par Pichegru. A la verité nous fûmes en paix avec la France, la neutralité stipulée avec elle fut respectée, mais telle était l'inconsequence de ce gouvernemente éphémère que d'un jour à l'autre on avait lieu de s'attendre à des changemens subits et révolutionnaires contre lesquels il fallait se mettre en garde. En attendant un corps respectable sous les ordres du duc de Brunsvic couvrait notre neutralité, et de la défensive dans laquelle nous nous trouvâmes, il ne fallait qu'un pas pour prendre l'offensive. J'avais conçu alors l'idée de nous entendre avec l'Angleterre ainsi qu'avec les deux cours impériales, mais tout en entrant dans la lice, il fallait selon moi tracer les limites de notre coopération. C'était la conditio sine qua non. Qu'on la juge:

La Prusse n'engage sa coopération qu'en autant que son propre intérêt l'exige et le commande; et en s'expliquant avec les cours ses amies et ne laissant dans les explications qu'elle adresse à elles aucun doute sur les motifs, sur la nature et sur l'extension de son concours à la défense commune, elle croit payer à leur amitié ce tribut de confiance qu'elles ont à attendre du caractère du roi.

Voici les principes et les bornes que je mettais à la coopération de la Prusse:

La France, son puissant voisin, a dû être de tout tems l'objet de sa sollicitude et la tenir éveillée pour s'assurer ses frontières. Ses provinces transrhénanes, Frédéric nous a appris qu'il n'y comptait qu'en autant que l'épée reposait dans le fourreau. La Sambre, la Meuse et l'Escaut ce sont-là le boulevard qui couvre la Prusse et il est de son intérêt de s'assurer ce boulevard en délogeant les Français pour le remettre entre les mains de ces anciens maitres. Voilà quel devait être le but et les bornes de notre coopération. Ce but obtenu la Prusse devait rentrer dans son ancienne position politique, en étendant toutefois sa défensive jusqu'aux bornes que je viens d'indiquer.

Le roi en jugeant sans doute mieux que moi sa position, l'esprit de son armée et pesant dans sa sagesse la confiance à accorder au chef qui la commandait, se détermina à s'en tenir strictement au système de neutralité qu'on avait su maintenir intact jusqu'au moment dont je parle.

Mais les trois cours réveillées par l'espoir mirent plus que jamais de l'empressement dans leurs sollicitudes pour entraîner la Prusse. Ce fut alors que l'empereur Paul se montrait dans toute la force de son caractère bouillant. Déjà le comte Panin, son ministre à Berlin, préluda et se flattait un moment de l'emporter. A l'entendre on aurait cru qu'en vain la Prusse se défendrait d'entrer dans les vues des trois cours et qu'il ne s'agirait plus ni de se laisser bercer d'un vain espoir ni moins encore d'opposer un refus qui devait amener les suites les plus étendues. Il savait qu'il devait être bientôt épaulé par un homme de haute importance. Ce fut son oncle le prince de Repnin.

Le maréchal s'annonça dans toute sa dignité et avec toute la morgue d'un homme qui se croit sûr de son tact. Persuadé de la ferme résolution du roi de ne pas s'écarter de son système de neutralité, je m'appliquais à le convaincre que la Prusse s'en tiendrait irrévocablement à ses principes suffisamment connus et après des longues et fastidieuses conférences, auxquelles assistait le comte de Cobenzl, les deux plénipotentiaires partirent en emportant la persuasion que rien ne fut capable d'écarter la Prusse de son système.

L'impression qu'en prit le prince Repnin en quittant Berlin fut des plus fortes et peu menagé dans ses expressions elles amenèrent des scènes où il me fallait tout le calme d'une conscience qui n'a rien à se reprocher pour soutenir la dignité de mon poste, c'était la tache qui m'était imposée et je l'ai remplie. Il m'est permis de m'en rapporter au témoignage de mon maître. Le caractère du neveu moins fougueux que celui de l'oncle cachait cependant ce venin, ce feu mal étouffé et qui n'attend qu'un souffle pour se développer dans toute sa fureur.

Enfin les deux ministres ne respiraient que vengeance et quelle que fut d'ailleurs l'excellence de ce caractère débonnaire qui distingue le prince Repnin, il ne pouvait avaler le refus qu'il venait d'éprouver. L'un et l'autre se croyait persuadé de voir éclater une brouillerie ouverte entre la Prusse et la Russie et ils ne s'en cachaient pas.

On s'occupait déjà dans le cabinet du roi de ces idées que la prudence réclame lorsque ce génie bienfaisant dont j'ai éprouvé parfois les faveurs me fournit un moyen qu'il était sans doute difficile de prévoir.

Le ministre de Russie avant que de quitter son poste me présenta son secrétaire de legation, le baron de Sievers, en qualité de chargé d'affaires. Ce jeune homme plein d'honneur et dont le caractère doux et aimable lui avait gagné l'approbation générale, jugeant le prix des relations entre la Russie et la Prusse m'en donne bientôt une preuve non équivoque. Ce fut le lendemain du départ du prince qu'il me demanda une audience. Je l'admis sur le champ et j'avoue que j'imaginais qu'il pouvait être chargé d'une de ces sourdes menées faite pour renouer la négociation et pour l'attacher au fil qui venait d'être rompu. Je me trompais. Le chargé d'affaires en marquant à la vérité une espèce d'embarras, me demanda s'il lui serait permis de se flatter que je lui accorderais assez de confiance pour l'écouter tout en engageant ma parole de considérer sa démarche comme non

avenue pour le cas que je la trouverais de nature à ne pas pouvoir être admise. „Je sens trop, ajouta-t-il, en combien je pourrais me rendre responsable et je sais que pour toute excuse je ne puis m'appuyer que sur la pureté de mes intentions. Du reste c'est la haute estime que vous m'avez inspirée qui m'encourage.“ Je ne balançais pas d'engager ma parole.

Ce fut alors que j'appris que dans ces derniers tems la mission de Russie avait été chargée par l'empereur de demander par un acte formel la reconnaissance du titre et de la qualité de grand-maître de l'ordre de St. Jean de Jérusalem dans l'auguste personne de l'empereur Paul. Le comte Panin avait pris sur lui de se refuser à cette communication en s'exprimant dans sa dépêche de manière à accréditer près de l'empereur l'opinion que dans les circonstances actuelles et vu les dispositions de la Prusse on ne pouvait s'attendre à aucun acte de complaisance de sa part et que le refus qu'il fallait prévoir ne pouvant que blesser la dignité de son maître, il croyait devoir se dispenser de remettre la note dont il était chargé. „Cette note, ajouta le chargé d'affaires, repose encore dans nos archives et je pourvais la considerer comme tenant aux affaires courantes qui maintenant sont de mon ressort. Mais comment puis-je me permettre de vous la faire parvenir à moins d'être persuadé qu'elle ne sera exposée à aucun refus et que la réponse du roi satisfasse l'empereur?“

Je pris sur moi de l'inviter à me remettre la note en lui assurant que l'amitié sincère, qui malgré les pénibles discussions qui avaient eu lieu dernièrement ne cessait d'animer le roi pour son allié, je prenais sur moi de lui garantir un plein succès et tel que le méritait la noblesse de son procédé.

J'eus à la vérité quelques peines à vaincre des préjugés que l'idée de voir attaché cette dignité de grand-maître à la personne de l'autocrate, avait fait naître. J'en rendis compte au roi; mais les considérations de la plus haute importance dont je les accompagnais, l'emportèrent comme de raison et comme je devais m'y attendre. Je fus chargé de la réponse. J'eus soin de la rendre de nature et quant au fond ainsi que dans la forme pour ne pas manquer son effet aussi celui que cet acte produisait fut-il aussi prompt que décisif. Le comte qui l'emportait, arriva à Pétersbourg plusieurs jours avant le comte Panin, ayant laissé le prince Repnin qu'une légère indisposition avait arrêté en Prusse au milieu de sa route.

Cette circonstance devint dans la suite de la plus haute importance et l'effet fut un coup de foudre pour ceux qui se flattaient de renverser les anciennes relations entre la Russie et la Prusse. Le prince Repnin reçut en chemin l'invitation de se rendre dans son gouvernement et le comte Panin à sa première audience de l'empereur fut étrangement surpris en apprenant de la bouche de son souverain que rien ne pourrait altérer ses sentimens d'amitié pour le roi, connaissant mieux que personne le prix de ses relations avec la Prusse. Peu de jours après on lui annonça que le baron de Krüdner venait d'être nommé son successeur. Il n'était pas homme à oublier un affront, et — je m'arrête — couvrons d'un voile.

L'occasion se présentait peu aprés au roi de s'applaudir de la fermeté qu'il devait deployer dans ses relations avec l'empereur Paul. Ce prince désirait s'assurer à la pacification générale ce rôle qui convenait à sa puissance et aux circonstances mêmes dont il se

voyait entouré. Celui de médiateur lui semblait le plus digne de sa haute position, mais il désira réunir ses soins à ceux du roi. Les explications que nous reçûmes à cet égard de Pétersbourg furent des plus satisfaisantes et j'aime à me rappeler surtout celles qui précédèrent encore l'arrivée du baron de Krüdner. Elles restèrent à la vérité sans suite; mais elles suffirent pour rétablir les anciennes relations d'intimité entre les deux souverains en les resserrant davantage et ce fut ainsi que le roi jouissait de nouveau des fruits de sa persévérance.

Il me restent des souvenirs précieux qui appartiennent à l'époque dont je viens de parler. Je me réserve d'en rendre compte maintenant et en revenant à celles où un malheureux oubli des maximes qui nous avaient servi de base dans nos rapports avec les puissances étrangères nous a conduit vers l'abîme pour démontrer quelles auraient été les combinaisons qui de toute nécessité devaient suivre la persévérance du cabinet de Berlin toujours également ferme et inébranlable dans son système.

Il suffira de se rappeler ce que j'en ai dit précédemment pour qu'il me soit permis de me resumer en dernier ressort:

La Russie poussée par l'Angleterre essaye encore une dernière fois de détourner le cabinet de Berlin de son ancien système et elle réussit.

Nous en connaissons les suites.

Maintenant voyons quel aurait été l'état des choses et surtout quelle aurait été la position de la Prusse si on avait su poursuivre la marche qui avait servi de fondement à sa politique dans les douze années précédentes.

En suivant cette marche la Russie allait reconnaître que jamais et pendant tout le tems de cette grande lutte la Prusse ne sortirait de son système et qu'elle resterait comme par le passé imperturbablement attachée à ses anciens principes de neutralité.

Cette persuasion bien établie la Russie à son tour n'avait d'autre parti à prendre que celui de décliner les propositions de l'Angleterre.

Dès lors l'Autriche isolée aurait opposé le même refus aux propositions du cabinet de Londres.

Ce ne sont pas des idées prises au hazard; j'en suis moralement persuadé et je dirais plus, j'en ai la certitude.

La confiance dont les deux augustes monarques ont daigné m'honorer en son tems, ne m'a laissé aucun doute à cet égard.

Il s'en suit que la guerre de 1805 n'aurait pas eu lieu.

Des lors rien ne troublait, rien n'aurait pu troubler les rapports entre la Prusse et la France.

La Prusse en revenant à son état de neutralité aurait occupé le Hanovre en garantissant pour tout le tems que durait la guerre entre la France et l'Angleterre, la neutralité de ce domaine de la maison de Brunsvic en la garantissant comme par le passé à l'une et l'autre des choses à cette époque.

Mais portons nos regards plus loin.

La guerre entre la Prusse et la France n'ayant pu avoir lieu, il n'existait point de contact entre la Russie et la France. Il appartenait au cabinet de Berlin de rester éveillé sur les relations que le tems aurait pu amener entre les deux puissances qui se jugeant de loin connaissaient leur poids dans la balance. C'est à quoi une politique

habile pouvait aviser. Nous en trouvons plus d'un exemple dans les précédens de ce recueil.

Que ce soient les hazards de la guerre ou bien les savantes combinaisons si la Prusse restait neutre, elles n'auraient pu conduire Napoléon vers les bords du Mêmel.

L'entrevue de Tilsit ainsi que celle d'Erfurt l'une et l'autre ne serait encore qu'un rêve.

La Prusse toujours ferme, toujours guidée par les maximes qui lui avaient valu sa grandeur et assuré a ses peuples les bénédictions de la paix cette folle entreprise de Napoléon en 1812 même n'aurait pas flétri ses lauriers.

Le bon sens suffit pour concevoir que cette expédition en tout tems hazardeuse n'aurait pu entrer dans la tête d'un homme tel que Napoléon s'il avait considéré la Prusse en toute puissance, intacte et reposant à l'égal du lion sur la route qu'il avait à franchir.

Les prodiges d'heroisme qui ont valu aux puissances coalisées les succès les plus brillants seraient du nombre des songes. Le patriote prussien s'en consolera. Il se dira: La Prusse dans les limites qu'elle s'était acquis et qu'elle possédait en 1804 aura joui de sa haute destinée sans tremper ses étendards dans des flots de sang; mais aussi aura-t-elle epargné à ses neveux les charges qui pèsent encore sur eux.

Tel devait être le sort de la Prusse.

Tels furent mes voeux. Heureux, mille fois heureux, si ainsi j'avais pu terminer ma carrière.

Vains regrets à quoi mènent-ils? Qu'ils nous servent d'instruction. Le passé-l'histoire c'est encore l'école des hommes appelés dans le conseil des princes. C'est à eux à connaître les terreurs de leurs devanciers et d'en apprécier la valeur par les suites qu'elles ont amenées. C'est pour leur servir de guide que je m'impose le devoir de répondre à une objection radicale qu'on ne manquera de produire.

Eh bien, nous sommes d'accord: la Prusse en ne jamais s'écartant des principes qui l'avaient guidée depuis la paix de Bâle jusqu'en 1804 aurait conservée sa neutralité, elle aurait su se maintenir dans cette même assiette, dans cette même position qu'elle s'était créé depuis 1792, toute faite, toute propre à maintenir sa tranquillité et à l'assurer en couvrant ses frontières et en les garantissant contre tous les événemens qui auraient pu la menacer. Nous l'accordons, mais n'oublions pas que Napoléon restait toujours en présence de son terrible ennemi, de cette fière Angleterre qui n'admettait ni paix ni trève avec lui. Bien que la guerre de 1805 avec toutes les suites qu'elle a entraînées aurait pu être évitée si la Prusse avait évité la première de flatter l'espoir de revenir enfin de ce qu'on appelait son apathie, n'avons-nous pas vu que les deux empereurs en se rendant aux instances de l'Angleterre seuls et sans le concours de la Prusse contre le torrent et ne faut-il pas admettre encore qu'à la longue la guerre continentale serait éclatée? Nous admettons que la Prusse toujours fidèle à ses anciens principes serait restée attachée a celui d'une stricte neutralité — Napoléon l'aurait encore emporté, c'est alors qu'on se demande après avoir foulé à ses pieds tout ce qui lui avait résisté sur le continent, et admettons même ce qui semble d'ailleurs impossible qu'il eut du parvenir de ranger sous les loix l'indomptable trident, peut-on croire que cet homme absolu et dans sa toute puissance aurait respecté la Prusse?

C'est-là la question à résoudre.

J'avais jugé Napoléon avant le connaître personnellement et cette dernière connaissance ne m'a rien appris de nouveau. Ce fut dans le contraste que la nature avait imposé à ces deux hommes extraordinaires avec lesquels je me trouvais en contact que j'appris à apprécier le caractère de l'un et de l'autre. Paul était un homme de coeur; mais il s'était formé une idée à lui de l'emploi de sa haute puissance. Aigri par les malheurs qui dès son enfance avaient empoisonnés ses jours et qui lui avaient ôté jusqu'à l'espoir d'etre jamais placé sur le trône auquel sa naissance le destinait, il s'était formé de sa position des idées sinistres et farouches. Il aurait volontier ouvert son coeur à l'espoir de se faire aimer même dans l'exercice de son autocratie; mais il se croyait surtout destiné à se faire craindre. Il en avait un triste pressentiment. „Si jamais je monte au trône, disait-il un jour à une femme qu'il honorait de son amitié, vous entendrez parler de moi. De grâce ne me jugez pas après ce qu'on vous en dira, jugez moi après mon coeur.“ Il fut le premier à en gémir. Je tiens d'une personne qui possédait toute sa confiance qu'en s'occupant de ses destinées il n'avait qu'un faible espoir de jamais se trouver sur le trône. „Ils sauront m'en écarter, disait-il. Le souvenir de mon père même les y engage. Mais si jamais je prends le sceptre, ajouta-t-il, je saurai imposer à mon règne le caractère qui convient à mon peuple.

S'il était difficile de traiter avec ce prince tel qu'il fut au moment où il montait sur le trône, la tache était bien plus difficile encore depuis qu'il était entouré de personnes qui tour à tour s'emparaient de sa confiance et qui servaient surtout à le nourrir de ces idées bizarres dont il n'a donné que trop de preuves pendant le court espace de son règne.

Dans la position dans laquelle la Prusse se trouvait placée entre ces deux colosses qui semblaient alors décider du sort du monde, il importait d'éviter deux écueils également dangereux. La Russie et la France à chaque levée de boucliers devaient sentir le besoin d'arracher la Prusse de sa position passivé et de l'entraîner dans leurs intérêts. Ce conflit conseillait au cabinet de Berlin de calmer l'effervescence de ces deux souverains arbitres du repos de l'Europe, et quelque difficile que semblait l'entreprise, il y parvint. La fougue de Paul s'appaisa et Napoléon même reconnut l'efficacité des conseils qu'il avait dû aux avis du ministre de Prusse. La mission du général Hedouville en fait prouve. La profonde sagacité de Napoléon n'avait pu se refuser aux conseils d'éviter dans cette démarche de réconciliation avec la Russie tout ce qui pouvait rappeler les idées révolutionnaires ou même republicaines, et au lieu d'un homme nouveau on envoya un ministre qui dans toute sa contenance rappelait les anciens tems et même les formes de la cour de Versailles. Napoléon même ne voulait pas laisser en doute que le choix qu'il avait fait une suite de sa déférence pour les conseils du comte Haugwitz. Mr. de Hedouville lui apporta une lettre de Talleyrand qui l'invita au nom de son maître d'accueillir son ministre à la cour de Pétersbourg avec confiance et lui fournir les données les plus propres pour réussir dans la mission dont il était chargé. C'était bon pour la réconciliation. Aussi l'effet répondit-il pleinement à l'attente qu'on en avait formé. Mais c'estait-là où il fallait s'arréter et je conviens que ce second écueil était plus difficile à éviter. La scène qui se passa

à Potsdam à l'occasion de l'invitation de Paul à s'emparer du pays d'Hanovre, en fait preuve; mais cependant on a vu qu'on se tirait encore de ce pas sans s'exposer à aucune de ces conséquences facheuses qui auraient pu en naître si on s'était pris avec moins de prudence. Et c'est ainsi qu'on a su maintenir avec ce malheureux prince jusqu'au dernier moment cet équilibre qui nous importait et auquel j'avais pris à tâche de mettre tous mes soins.

La cruelle catastrophe, dira-t-on, qui termina les jours de Paul aura soulagé la Prusse d'un poids qui à la longue aurait eu encore pour elle des suites assez gênantes. Mais enfin délivrée des embarras qui lui venaient du côté de la Russie, il restait toujours ce colosse qui semblait ne pouvoir s'arrêter qu'en roulant sous ses pas tout ce qu'il approchait.

L'on se dit, c'est bien que la Prusse pendant dix ans a su soutenir sa tranquillité, se nourrir des moyens qu'elle devait à sa neutralité et se maintenir dans son imposante position; mais aura-t-elle pu résister à la longue à la fougue du vainqueur?

Elle aurait résisté, ou plutôt cette fougue même se serait emoussée contre ce calme permanent et imperturbable et je dirai plus j'ai même la conviction intime que la Prusse se serait maintenue dans la position qu'elle avait su se créer, même après les fautes énormes dans lesquelles on avait donné dans l'espace de 1804 à 1805. La Prusse s'était maintenue dans sa position intacte et sans se laisser ébranler aussi peu par les phantômes des prétendus dangers auxquels sa contenance passive allait l'exposer, disait-on, que par les instances qui bien qu'ils parlaient au coeur, se brisaient contre le constant amour du salut de la patrie qui ne cessait d'exercer son empire sur le coeur du maître.

L'expérience de dix ans et dans une époque comme celle dont il s'agit, doit être d'un poids qu'on ne saurait méconnaître; mais suffit-il du passé pour garantir l'avenir. Je conviens qu'il me reste à traiter à fond la question. Ma longue expérience et mes souvenirs m'en fourniront les matériaux et sans que j'aie besoin de chercher mes preuves hors du propos.

Napoléon fut né pour le trône; mais il n'y trouva pas son berceau. Il s'y lança par la force de son génie. Pour s'y placer il lui fallut les précédens nés de la révolution, et pour s'y maintenir il fallait savoir les vaincre et les prévenir. C'était là où il plaça sa première création. Lui mieux que personne comprit qu'il était plus facile de conquérir le pouvoir suprême que de se maintenir dans sa conquête. Tous les élémens se réunirent contre lui: la révolution vaincue mais non pas abattue; l'ancien pouvoir justement effrayé par le puissant exemple d'un trône abattu et d'un trône elevé sur ses cendres; les Bourbons avec leur faible espérance; mais surtout cette fière Albion, dont le mot de guerre à la mort menaça de poursuivre Napoléon jusque dans ses plus brillans succès. La fortune semblait avoir pris à tâche de faire passer par toutes les épreuves cet homme extraordinaire. Toujours heureux et toujours sortant avec gloire des chances de la guerre il fallait exercer son génie sur les champs de la paix.

Le traité de Luneville rendit le repos au continent et celui d'Amiens dut pacifier la France avec l'Angleterre. Le ministre britannique avait constamment refusé d'accéder au premier. Ce fut une faute; mais Napoléon savait la saisir et en profiter. Si les né-

gociateurs de Luneville, qui traitaient avec la France, avaient manqué de prévision et en se bornant uniquement aux intérêts du parti principal, ils avaient peut-être trop négligé les accessoires. Si l'histoire les en accuse un jour, le comte Cobenzl trouvera son excuse dans cette séparation même dont je viens de parler. Ainsi les circonstances les moins calculées se réunirent pour favoriser les vues que Napoléon s'était réservées pour consolider sa puissance dans l'état de paix même dont le continent semblait jouir. Le refus de l'Angleterre de rendre le cap de bonne espérance à la Hollande et l'île de Malte à l'ordre de St. Jean devait amener la rupture du traité d'Amiens. Le cabinet des Tuilleries se croyait en droit de prétendre que l'Angleterre n'étant point entré dans les stipulations de Luneville avait perdu le droit de s'immiscer dans les affaires du continent, et d'appuyer son refus de remplir les stipulations d'Amiens sur les progrès croissans de la France. Mais l'histoire de nos jours nous a fait connaître quel est le prix que le gouvernement britannique attache à ses possessions qu'elle avait stipulé de rendre et qu'elle a su depuis s'approprier et à ce qu'il semble pour toujours, en donnant à l'Europe l'exemple qu'elle à son tour savait s'appliquer cet adage que ce qui est bon à prendre et bon à garder.

Puisque j'y suis, je ne saurais me défendre d'une observation qui le cas échéant servira d'éclairer l'avenir par le passé. Ce qui est bon à prendre, est bon à garder, c'est un principe qui appartient au gouvernement représentatif plus qu'au gouvernement absolu. Dans le premier c'est le froid calcul de l'intérêt qui détermine. Le second est plus ou moins soumis à l'impulsion des passions, et s'abandonne plus facilement au désir de mettre à profit les circonstances et de préférence celle qui flatte l'homme individuel, soit le maître ou son organe.

Napoléon avec sa profonde pénétration avait jugé la tactique de ses ennemis ou disons plutôt de son ennemie, l'Angleterre. Plus de trève entre elle et lui, et ce fut ainsi que la rupture de la paix d'Amiens donna à Napoléon la juste mesure de sa position. Aussi traita-t-il ensuite, et il en fut de même dans ses pourparlers avec lord Lidmouth tout ce qui se rapportait à rapprocher l'Angleterre avec la France comme de vains essais qui ne servaient qu'à occuper le tapis. „Tant que le trident dans ses progrès ne connait pas des bornes, je dois veiller à ma sûreté, je dois étendre ma puissance, m'entourer de satellites à ma convenance et les attacher à mon char.“ Voilà ce qu'il appelait veiller à sa sûreté.

Les yeux toujours fixés sur l'Angleterre, il jugeait à quoi il avait à s'attendre de la part des puissances continentales. L'Autriche et même la Russie avaient fourni plus d'un exemple de la facilité avec laquelle elles prêtaient l'oreille aux insinuations de l'Angleterre. Au premier signe, à la moindre impulsion qui leur vienne d'outre-mer, je les vois descendre dans l'arène, sans doute, et il ne faut pas s'en étonner, lui ne fut pas le dernier à se présenter au combat. Mais il reste à prouver et à mettre en évidence que même après la paix générale la Prusse, si elle avait su se maintenir dans sa position, n'avait rien à appréhender ni de la part de l'arbitre du sort de la France avec lequel elle s'était maintenue en état de paix et de neutralité, et tout aussi peu de la part des puissances avec lesquelles elle avait su se maintenir non seulement en parfaite intelligence, mais avec lesquelles même elle avait su entretenir les relations les plus intimes.

Pour démontrer ce que j'avance, il faut que je remonte: replaçons nous à l'époque de 1805.

Je l'ai dit plus haut et je crois même l'avoir prouvé jusqu'à l'évidence que sans ce funeste oubli des principes sacrés dont le roi plaça entre les mains de Mr de Hardenberg le salut de la Prusse, en lui remettant le portefeuille en 1804, la guerre continentale de 1805 ne pouvait avoir lieu. La Russie, malgré son inclination vers l'Angleterre n'aurait jamais exposé sa monarchie aux chances d'une guerre lointaine, si elle n'avait eu en perspective l'espoir d'entraîner la Prusse et de la faire enfin renoncer à son état de neutralité. Ce fut cette convention que la Prusse ne saura jamais assez déplorer qu'Alopeus arracha à Hardenberg et qui fut surpris à la réligion du maître, ce fut elle qui inspira à Alexandre ce juste espoir. Ce n'est pas au hazard que je l'avance, c'est dans les négociations de Potsdam, qui amenèrent le traité du 2 octobre, que j'en ai eu la preuve matérielle. Tout comme j'avais reçu précédemment l'aveu de la bouche de l'empereur François même, que sans le concours de la Russie il aurait refusé le sien à l'Angleterre. Je dois placer ici les propres paroles du monarque autrichien.

Ce fut dans l'audience que ce prince m'accorda à Hetzendorf, qu'après avoir coulé à fond l'object principal qui m'amenait à lui, il me dit avec cette expression de franchise qui semble appartenir seul à lui. „Savez-vous bien, comte Haugwitz, que dans ce pays-ci on ne vous aime pas trop? Quand je dis ici, reprit-il, je ne parle pas de la nation: vous êtes bien vu, votre nom est assez connu pour être estimé comme il le mérite; mais ce sont mes ministres qui ne vous aiment pas trop. Ils vous accusent, et serait-ce à tort? que ce système de neutralité auquel la Prusse s'est abandonnée, soit surtout le vôtre, et de-là pouvez-vous encore vous y attendre qu'on ne vous en veuille?“ Ces paroles m'ouvrirent le coeur, et je me permettais d'un ton aussi respectueux que confiant de dire: „Après ce trait de bonté qui ne s'effacera jamais de mon coeur, oserais-je demander à V. M. Impériale ce qu'en pense l'Empereur?“ Cette question hardie et tout aussi peu attendue me fit lire dans le fond de cette belle âme à laquelle la providence a confié le salut de ses peuples. L'empereur, sans hésiter, me répondit avec cette expression de bonté qui lui est si naturelle: „Je m'en vais vous dire ce qu'en pense l'empereur. Il se dit, le comte Haugwitz fait son devoir, il sert au maître et à sa patrie comme tout souverain doit désirer d'être servi; il sait résister aux impulsions étrangères; il évite la guerre et ne songe qu'au bien de son pays. Voyez, c'est-là la justice que je voue rends.“ „J'étais trop avancé, et je jouissais avec toutes les facultés de mon âme d'un entretien aussi intimement confidentiel pour ne pas hazarder quelques observations qui se rapportaient à la position même de la monarchie dont le souverain me traitait avec tant de confiance, et l'observation, s'il n'avait pas eu moyen ou s'il n'y aurait encore moyen d'éviter la guerre, passa par ma langue. L'empereur avec un calme vraiment majestueux se tourna vers sa table (c'était dans son cabinet de travail même que je me trouvais avec lui) et me participa les papiers qui expliquaient la situation dans laquelle il se trouvait au moment même avec la France. Soit dit en passant, ce fut le jour ou la veille de l'affaire désastreuse de Mack près d'Ulm, dont cependant à Vienne personne ne se doutait. „Vous voyez à quoi nous en sommes, continua l'empereur. Vous me

connaissez assez pour être persuadé que ce n'est pas à la légère que j'expose mon pays à une nouvelle guerre. Je le sais, j'aurai à répondre à dieu de chaque goutte de sang qui sera versé. Mais c'est aussi de lui que je tiens le devoir de veiller sur mon peuple. Eh bien, aurai-je toujours la Russie, et pourrai-je toujours compter sur son appui? Alexandre s'approche et je puis compter sur son concours. Vous devez le savoir, il fut un moment où nous avons cru pouvoir également compter sur celui de la Prusse; vous devez savoir, car ne fut-ce qu'après votre retour à Berlin? vous devez être informé de ce qui s'est passé entre les cabinets de Pétersbourg et de Berlin; sans doute, vous êtes au fait. Ce n'était donc pas tout-à-fait à tort que nous avions compté d'arracher la Prusse à cette neutralité qui pesait et nous gênait dans notre espoir. Mais enfin vous voilà de retour. Mon ministre à votre cour me dit qu'avec vous revient l'ancien système, et vous même, vous le dites avec une franchise qui vous fait honneur. Je le regrette, je le vois avec peine; mais, comte Haugwitz, je ne vous en estime pas moins." Cette scène auguste et que je consignais en son tems dans mon rapport au roi après mon retour de Vienne suffit, à ce qui me semble, pour m'autoriser d'avancer que, sans la convention dont j'ai parlé plus haut, la guerre de 1805 n'aurait pas eu lieu.

Hier brechen die Memoiren, wenn wir unser Exposé so nennen dürfen, vollständig ab. Aus anderen Documenten wissen wir, daß der Kaiser und die österreichischen Staatsmänner eine unmittelbare Accession Preußens zu der Allianz zwischen Rußland und Oesterreich beantragten. Selbst von der Zusammenkunft der drei Fürsten, etwa in Krakau, war die Rede; Haugwitz dagegen blieb immer bei den Mediationserbietungen und besonders der bewaffneten Neutralität stehen: auf diese werde Napoleon Rücksicht nehmen, wenn er Preußen mächtig und gerüstet sehe. „Glauben Sie das", sagte ihm der Minister Cobenzl, „wenn Oesterreich geschlagen wird?" Haugwitz bezeichnete dies als das größte Unglück; „aber", fügte er hinzu, „man könne keinen Krieg beginnen, wenn man nicht dazu vorbereitet sei" [1]).

Jedermann kennt die Katastrophe, welche auf diese Annäherungen folgte. Graf Haugwitz hat über seinen Antheil daran sich ebenfalls ausgesprochen; seine Erinnerungen sind in dem Fragment des mémoires inédits du Comte de Haugwitz vorlängst gedruckt. Sie waren durch die Verunglimpfungen in Walter Scotts Geschichte Napoleons veranlaßt; kein Mensch kann zweifeln, daß diese siegreich zurückgewiesen worden sind: für Bestechlichkeit oder Käuflichkeit war in Haugwitz kein Raum.

Der schwerste Vorwurf aber, der das Andenken des Grafen Haugwitz betroffen hat, ist erst in unseren Tagen an das Licht getreten. In einem Schreiben Metternichs an den Grafen Stadion vom April 1807

1) Ad. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, S. 174 ff. Duncker in den Preuß. Jahrb. (1878) Bd. XXXXII, S. 588.

(Aus den nachgelassenen Papieren Metternich's, II, S. 100 ff) wird ausführlich über ein Gespräch berichtet, das zwischen ihm und Laforest, der 1805 französischer Gesandte in Berlin gewesen war, vorgefallen ist. Nach der Erzählung Laforests hat ihn Haugwitz unmittelbar nach dem Abschluß des Tractats vom 3. November aufgesucht und ihm denselben vorgelesen, zugleich aber versichert, Preußen sei dadurch zu nichts verpflichtet: Frankreich und Preußen würden immer gute Freunde bleiben. Man geräth hiebei in das größte Erstaunen: denn an der Wahrheit des Berichtes von Metternich kann kein Zweifel aufkommen, und es läßt sich auf den ersten Blick nicht absehen, warum Laforest ihm diese Communication gemacht haben sollte, wenn sie nicht in der Wahrheit gegründet gewesen wäre; darin aber hätte nicht weniger als eine Verrätherei des Grafen Haugwitz gelegen, die nach so langer Zeit endlich an den Tag gekommen wäre. Kein Wunder, daß die Sache in Berlin das größte Aufsehen machte; sie beschäftigte einen Augenblick das öffentliche Gespräch. Archivsecretär Doctor Bailleu, der sich mit der Geschichte der Verhältnisse zwischen Frankreich und Preußen in dieser Epoche besonders beschäftigt, hat durch die Vermittelung des Herrn Monod folgende Auskunft über den damaligen Inhalt der Berichte Laforests aus dem Archiv des affaires étrangères erhalten.

M. d'Haugwitz n'a nullement montré à M. Laforest le tente du traité de Potsdam avant de partir de Berlin. Bien au contraire, dans le cours de nombreuses conversations qu'il eut avec le représentant de la France, il essaya toujours de l'induire en erreur à ce sujet et comme M. Laforest averti d'autre part le pressait, Monsieur d'Haugwitz dans son dernier entretien répondit par des paroles embarrassées, mais le sens était en somme négatif. Voici les propres paroles de Laforest:

„Mons. Haugwitz m'a prié de croire que ces Messieurs (les Russes) se vantaient beaucoup, qu'il était faux qu'il existait de traité ou de convention de ce genre entre les deux souverains. Il n'a pas dit tout-à-fait qu'il n'y avait pas eu de promesse arrachée, mais il s'est jeté dans des demi-phrases dont le sens portait ... qu'on avait essayé d'entraîner le Roi .... mais qu'il ne ferait jamais rien contre ses intérêts."

Ainsi l'affirmation de M. de Metternich me semble tout-à-fait détruite.

La lettre de Laforest dont j'ai extrait ces quelques lignes est du 14 novembre. M. d'Haugwitz partait le lendemain.

In diesen Worten liegt nun wohl, daß Haugwitz eine vollkommene Vereinbarung mit Rußland in Abrede stellte und zugleich versicherte, der König werde sein eigenes Interesse nicht vergessen. Allein von einer Mittheilung der soeben geschlossenen Convention, besonders auch, inwiefern Oesterreich dabei betheiligt war, ist das

doch himmelweit entfernt. Was Laforest dem österreichischen Gesandten im Jahre 1807 erzählt, steht in vollem Widerspruch mit dem, was er selbst im Augenblick des Ereignisses nach Paris berichtet hat. Möglich, daß es bei diesen Mittheilungen darauf abgesehen war, einer Verbindung zwischen Oesterreich und den beiden anderen Mächten, wie sie im Frühjahr 1807 beabsichtigt wurde, entgegenzuarbeiten, was ihm denn auch bei Metternich über Erwarten gelungen wäre. Wir lassen dies jedoch auf sich beruhen. Gewiß ist Haugwitz von der Anklage einer diplomatischen Verrätherei ebenso freizusprechen wie von der Anklage der Käuflichkeit. Seine Fehler liegen auf einer anderen Seite. Für einen Zustand des Gleichgewichts waren die politischen Gesichtspunkte des Grafen Haugwitz ausreichend, nicht jedoch für Verhältnisse, wie sie sich seit dem Emporkommen Napoleon Bonaparte's gebildet hatten.

In allem, was wir von Haugwitz haben, spricht sich eine unbedingte Hingebung an das königliche Haus und eine lebendige Application für das Wohl des Staates aus. Aber ein Steuermann, der das Schiff des Staates in den schwersten Stürmen in sicheren Port bringen, ein Geist, der einem Napoleon hätte widerstehen können, das war Graf Haugwitz nicht; wer aber hätte von allen Lebenden diesem Giganten widerstehen können? Einer der ersten, der durch seine Annäherung, welcher dann bald eine feindselige Entfremdung folgte, zu Grunde ging, war Graf Haugwitz.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Leopold von Ranke's

Sämmtliche Werke.

Dritte Gesammtausgabe.

Achtundvierzigster Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.

Hardenberg

und die

Geſchichte des preußiſchen Staates

von

1793—1813.

Von

Leopold von Ranke.

Zweite Auflage

der in dem Werke „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürſten von Hardenberg“ den eigenhändigen Memoiren Hardenberg's beigegebenen hiſtoriſchen Darſtellung des Herausgebers.

Dritter Band.

Mit einer Denkſchrift Hardenberg's über die Reorganiſation des preußiſchen Staates vom Jahre 1807.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1881.

Das Recht der Ueberſetzung iſt vorbehalten.

Inhaltsverzeichniß.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederherstellung (1806—1813).

Zweiter Abschnitt: Der Krieg mit Frankreich im Jahre 1807.

Seite

Erstes Capitel.

Vorschlag eines Partikularfriedens . . . . . 1 — 13

Zweites Capitel.

Ideen der allgemeinen Restauration. Bartenstein . . . . . 14 — 24

Drittes Capitel.

Schlacht bei Friedland. Friede von Tilsit . . . . . 25 — 40

Dritter Abschnitt: Innerer Umschwung. Aeußere Bedrängnisse. 1807—1809.

Erstes Capitel.

Umbildung der inneren Regierung . . . . . 41 — 56

Zweites Capitel.

Ideen der Reorganisation . . . . . 57 — 67

Drittes Capitel.

Eintritt des Ministers Stein. Organisatorische Thätigkeit des Generals Scharnhorst . . . . . 68 — 79

Viertes Capitel.

Sendung des Prinzen Wilhelm nach Paris. Ereigniß von Bayonne 80 — 95

Fünftes Capitel.

Zusammenkunft von Erfurt. Finanzielle und politische Bedrängnisse Preußens im Spätjahr 1808 . . . . . 96—109

Vierter Abschnitt: Die Jahre 1809—1812.

Erstes Capitel.

Zeiten des österreichischen Krieges von 1809 . . . . . 113—132

Inhaltsverzeichniß.

Seite

Zweites Capitel.

Preußisch-französische Verhältnisse in den Jahren 1809 und 1810 133—147

Drittes Capitel.

Wiedereintritt Hardenberg's . . . . . 148—163

Viertes Capitel.

Zur inneren Verwaltung Hardenberg's . . . . . 164—176

Fünftes Capitel.

Anfänge der Entzweiung zwischen Frankreich und Rußland . . 177—189

Sechstes Capitel.

Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich bis zur Allianz vom Februar 1812 . . . . . 190—213

Fünfter Abschnitt: Die Erhebung im Jahre 1813 und die Reconstruction des Staates.

Erstes Capitel.

Napoleon in Rußland . . . . . 217—243

Zweites Capitel.

Allgemeines Verhältniß von Rußland. Convention von Tauroggen 244—256

Drittes Capitel.

Absonderung Preußens von Frankreich . . . . . 257—272

Viertes Capitel.

Allianz mit Rußland. Ereignisse von Königsberg . . . . . 273—284

Fünftes Capitel.

Politische Lage im Frühjahr 1813 . . . . . 285—296

Sechstes Capitel.

Russisch-preußischer Feldzug im Frühjahr 1813 . . . . . 297—312

Siebentes Capitel.

Unterhandlungen während des Waffenstillstandes. Congreß zu Prag 313—330

Schlußcapitel.

Zur Geschichte der Umgrenzung von Frankreich und der Reconstruction Preußens . . . . . 331—357

Denkschrift Hardenberg's: Ueber die Reorganisation des preußischen Staates, verfaßt auf höchsten Befehl Seiner Majestät des Königs 1807, 12. September . . . . . 361—444

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederherstellung (1806—1813).

Zweiter Abschnitt.

Der Krieg mit Frankreich im Jahre 1807.

Erſtes Capitel.

Vorſchlag eines Partikularfriedens.

Um die allgemeine Lage zu faſſen, müſſen wir der erwähnten Deklaration des Königs von England und ihrer Folgen, die noch weit über den preußiſchen Geſichtskreis hinausreichten, näher gedenken. In derſelben werden die Urſachen des neuen Bruches mit Frankreich aus den allgemeinen Verhältniſſen hergeleitet, namentlich der Ueberwältigung Deutſchlands gegen alle Verſprechungen und dem Verſuche, die Türkei gegen Rußland in die Waffen zu bringen. England habe neue Vorſchläge gemacht unter der Bedingung, daß Rußland ſie annehme; eben darum ſeien ſie von der franzöſiſchen Regierung verworfen worden. Der Verhältniſſe zu Preußen wird darin nicht beſonders gedacht, wohl eben deshalb, weil ſie England gegenüber noch ſehr zweifelhafter Natur waren. Aber der Wortlaut der Deklaration ſetzte ſie gleichſam voraus. Ihr vornehmſtes Motiv iſt, der Kampf gelte der Freiheit Aller. Der engliſchen Nation wird zu Gemüthe geführt, in welchen Zuſtand von Knechtſchaft ſie bei weiterer Nachgiebigkeit gerathen werde; nicht allein ihr beſonderes, theuerſtes Intereſſe ſtehe dabei auf dem Spiele: England wird als das Bollwerk der Freiheit des Menſchengeſchlechtes bezeichnet. So wird die Erneuerung des Krieges mit pathetiſcher Feierlichkeit angekündigt, die Nation aufgefordert, alle ihre Kräfte zum Kampfe anzuſtrengen.

Napoleon hatte bereits Preußen überwältigt, als dieſe Deklaration erſchien. Sie rief ſein Selbſtgefühl zu einer Feindſeligkeit auf, die in ihrer Art kein Beiſpiel hatte. Unmittelbar vor ſeiner Abreiſe aus Berlin erließ er ein Dekret, welches als die Grundlage des Kontinentalſyſtems zu betrachten iſt.

Er erklärt darin die britanniſchen Inſeln in aller Form in Blokadeſtand; nicht allein der Handelsverkehr mit England wird verboten, ſondern ſelbſt der Briefwechſel. Die Engländer, die

ſich auf dem Continent betreffen laſſen, ſollen als öffentliche Feinde behandelt, jeder Handelsartikel, der aus England ſtammt, ſei es aus den Fabriken oder aus den Kolonien, ſoll als gute Priſe betrachtet werden. In einer Botſchaft an den Senat bezeichnet Napoleon den Krieg, in dem er begriffen ſei, als den Krieg gegen die vierte Coalition, zu dem er auch deshalb genöthigt werde, weil er nach der Ueberwindung der drei früheren die größte Mäßigung bewieſen habe. Noch immer übe England großen Einfluß auf die kontinentalen Höfe aus; aber es denke nicht daran, ſein Wohlergehen mit der Wohlfahrt der übrigen Welt vereinigen zu wollen. Es beharre in einer Politik, die beſonders für Frankreich verderblich ſei. Daher, ſagt er, habe er die Abſicht gefaßt, Berlin und die von ſeiner Armee okkupirten Länder nicht aus ſeiner Hand zu geben, bevor ein feſter und dauernder Friede geſchloſſen ſei. Dieſer müſſe darauf beruhen, daß die Kolonien, franzöſiſche, ſpaniſche und holländiſche, von den Engländern herausgegeben, und daß die Unabhängigkeit des ottomaniſchen Reiches, an der den Franzoſen ſo viel gelegen ſei, befeſtigt werde. Er verhehlt nicht, daß die von ihm verhängte Maßregel im Widerſpruch mit der Civiliſation des Jahrhunderts ſtehe; allein zur Erreichung des Friedens ſei ſie nothwendig. „Wir ſind", ſagt er, „bereit, Frieden mit England, Preußen und Rußland zu ſchließen, aber unter der Bedingung, daß Niemand, wer es auch ſei, ein Supremats-recht gegen uns auszuüben verſucht, und daß dem franzöſiſchen Handel und ſeiner Induſtrie die freie Entwickelung geſtattet wird, welche für Frankreich nothwendig iſt" [1]). Nur in einem allgemeinen Frieden erblickt er das Heil für Frankreich.

Um einen ſolchen herbeizuführen, forderte der Kaiſer der Franzoſen die Konſkription, die erſt im September des folgenden Jahres eintreten ſollte, gleich für den Anfang deſſelben. Mit Freuden werde die franzöſiſche Jugend über die Schlachtfelder ziehen, deren Name die bisherigen Siege ins Gedächtniß zurückrufe. Die oben erwähnten Dekrete wurden in Hamburg, Holland, Madrid, Toscana, Neapel mitgetheilt; ſie ſollen gleichſam das Geſetz für den Kontinent bilden. Für Weſer und Elbe, Oſtfriesland, die Hanſeſtädte, Mecklenburg werden Vorkehrungen zur Ausführung deſſelben unverzüglich angeordnet. Dänemark wird zu gleichförmigen Maßregeln aufgefordert.

1) Message au Sénat, Berlin, 21 novembre 1806. Correspondance de Napoléon XIII, 678. (nº 11280.)

So knüpfte sich an die Niederwerfung der preußischen Macht die Absicht einer allgemeinen kontinentalen Feindseligkeit gegen England, für welche nun auch eine Niederwerfung Rußlands nothwendig wurde. Es liegt vor Augen, daß die Fortsetzung des Krieges eben in diesem Sinne von Napoleon unternommen worden ist.

In dem nämlichen Sinne faßten auch die Russen den Krieg auf; indem sie Preußen vertheidigten, war es doch die allgemeine und hauptsächlich die eigene Sache, die sie verfochten.

Die welthistorische Frage war nun, inwiefern die Verbindung zwischen Preußen und Rußland bessere Erfolge im Felde haben würde, als die Verbindung zwischen Russen und Oesterreichern in dem letzten Kriege.

Von den beiden russischen Armeen, die schon im Jahre 1805 zur Unterstützung Preußens bestimmt worden waren, rückte die stärkere unter Bennigsen in das preußische Gebiet vor, um, mit den zur Gegenwehr bestimmten preußischen Brigaden verbündet, die Weichselübergänge zu vertheidigen. Gleichwohl gingen die Franzosen ohne Schwierigkeit über Weichsel und Narew. Dann aber fanden sie Widerstand, zuerst bei den Russen allein, zu denen auch das zweite Corps unter Buxhöwden gestoßen war, nachher in der Verbindung der Russen und Preußen. In dieser Beziehung hat die Schlacht von Eylau (7. und 8. Februar 1807) eine große Wichtigkeit. Russen und Preußen leisteten den Angriffen der Franzosen einen Widerstand, wie ihn Napoleon noch nicht gefunden hatte. Unter winterlichem Schneegestöber wogten die Cavalleriemassen der Franzosen und der Russen gegeneinander an; zuweilen verwandelte sich die Schlacht in eine Kanonade; die Franzosen schienen obzusiegen, da neue Verstärkungen eingetroffen waren, deren Andrang die Russen entmuthigte, so daß sie sich zum Rückzug anschickten. In diesem Augenblick trafen die preußischen Bataillone unter General l'Estocq ein, deren Führung unter den mannichfaltigsten Beschwerden der mit Intelligenz gepaarten Ausdauer Scharnhorst's zugeschrieben wird. Der heftige Kampf, der sich eben um den Besitz eines Birkenwäldchens entsponnen hatte, wurde von den Preußen entschieden, die mit klingendem Spiele, ohne einen Schuß zu thun, mit dem Bajonnett das Wäldchen eroberten. Das Entscheidende war, daß sich l'Estocq in der Flanke von Davout aufstellte, von dem die Russen eben am heftigsten bedrängt wurden, und ihn zwang, seinen Angriff aufzugeben [1]).

1) Vergl. Denkwürdigkeiten des Prinzen Eugen von Würtemberg I, 111.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

In der Verflechtung der Begebenheiten iſt das Treffen von Preußiſch-Eylau hoch anzuſchlagen; Napoleon hatte, ſo werden wir verſichert, jenſeit der Weichſel eine Schlacht zu liefern gemeint, wie Marengo oder Auſterlitz oder Jena. Und wer könnte ausſprechen, was er alsdann unternommen haben würde? Seine Aeußerungen über die Polen deuten an, daß er ein großes Ereigniß erwartete, welches, wie auf göttliches Geſchick, auch ihre Sache entſcheiden ſollte. Aber dieſen Erwartungen entſprach der Erfolg mit nichten; Preußiſch-Eylau war vielmehr ein Gegenſchlag gegen Auſterlitz: dort waren Oſterreicher und Ruſſen vollkommen auseinandergeworfen worden; hier wirkten Preußen und Ruſſen zuſammen und behaupteten ſich. Auch die Franzoſen konnten ſich wohl den Sieg zuſchreiben. Die Thatſache iſt jedoch, daß die vordringende franzöſiſche Macht auf einen Widerſtand geſtoßen war, den ſie zunächſt nicht zu überwinden vermochte.

Unter dem Eindruck dieſer Schlacht ließ Napoleon den Gedanken fallen, der ihn bisher am meiſten beſchäftigt hatte, über einen allgemeinen Frieden mit Einſchluß von England und Rußland zu unterhandeln, zumal da auch England jetzt in nähere Beziehung zu Preußen trat. Es hatte Subſidien hoffen laſſen. Ein engliſcher Geſandter war in Königsberg erſchienen, um ſich mit der preußiſchen Regierung zu verſtändigen; er ſollte nur dafür ſorgen, daß keine Abkunft, die den engliſchen Intereſſen entgegenliefe, geſchloſſen würde. Eine nordiſche Coalition, zu der auch Schweden und Dänemark gezogen werden ſollten, ſtand in Ausſicht. Und von der Theilnahme an der Unterhandlung über einen allgemeinen Frieden zeigte ſich Rußland noch weit entfernt.

Noch einmal war Kruſemarck nach St.-Petersburg geſchickt worden, mit dem Auftrage, die höchſt gefährdete Lage vorzuſtellen, in der ſich der König von Preußen befinde. Napoleon habe die mecklenburgiſchen Herzogthümer in Beſitz genommen als Garantie für die Herſtellung der türkiſchen Autorität in der Moldau und Wallachei und die Wiederabſetzung der von Rußland zurückgeführten Hoſpodare; Sachſen ſei ihm vollkommen zu Dienſten, und von Oeſterreich erwarte er keine Feindſeligkeit mehr, ſondern ſogar Unterſtützung; unter dieſen Umſtänden wäre eine erneuerte Unterhandlung über einen allgemeinen Frieden, die Napoleon fordere, nicht zurückzuweiſen [1]).

1) Inſtruktion an Kruſemarck vom 22. Dezember 1806.

Hardenberg, der sich damals in Memel befand und von Krusemarck gebeten wurde, ihm ein Gutachten mitzugeben, das er in Rußland vorzeigen könne, drückte darin noch einmal aus, wie sehr er die bisher befolgte Politik und Kriegführung Preußens verwarf, war aber doch schließlich dafür, daß Rußland einen Bevollmächtigten für die von Napoleon vorgeschlagenen Unterhandlungen absenden möge, wie denn auch England, um seinen eigenen Ruin abzuwenden, Alles thun müsse, Napoleon nicht zum Meister des Continents werden zu lassen [1]).

Das Antwortschreiben Alexanders an Friedrich Wilhelm athmet das tiefste Mitgefühl für die Lage des Königs [2]); aber der Zar trug Bedenken, auf Negotiationen einzugehen, bevor Napoleon sich näher erkläre: von französischer Seite müsse wenigstens eine neutrale Landschaft für die dazu erforderliche Zusammenkunft bestimmt werden. Rußland schlug Galizien vor [3]).

Napoleon selbst jedoch gelangte zu der Ueberzeugung, daß von dem in Aussicht genommenen Congreß nichts zu erwarten sei; mit England, sagte er, würde man ein paar Jahre unterhandeln müssen. Dagegen faßte er die ernstliche Absicht, mit Preußen einen besonderen Frieden zu schließen, um es von Rußland zu trennen. Darauf bestand er nicht mehr, daß die Preußen ihm gegen die Russen Beistand leisten sollten; an dieser Forderung waren, wie wir wissen, die früheren Unterhandlungen gescheitert. Er habe sich jetzt, sagt er, überzeugt, daß die Existenz eines unabhängigen Preußens für Frankreich nothwendig sei. General Bertrand, den er in das königliche Hoflager zu Memel schickte, hatte den Auftrag, dem General Zastrow, welcher damals das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verwaltete, die Ideen Napoleons mitzutheilen. Er betonte, daß der Thron in Berlin nicht gleichsam vakant bleiben, das Land einer geordneten Administration nicht entbehren dürfe. Für Europa sei ein mehr oder minder starkes preußisches Königreich nothwendig; Napoleon selbst müsse jetzt wünschen, daß eine Barrière

1) Der Aufsatz Hardenberg's ist in den Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Bd. V, S. 422 ff. mitgetheilt.

2) Le lieutenant-colonel de Krusemarck a été le témoin de la douleur profonde que je ressens sur la position dans laquelle Votre Majesté se trouve à la suite de tous les malheurs qu'elle a essuyés. Alexander an Friedrich Wilhelm, St.-Petersburg, 6./18. Januar 1807 (Denkwürdigkeiten III, S. 274).

3) Note Budberg's. St.-Petersburg, 3./15. Januar 1807, in den Denkwürdigkeiten V, S. 426 ff.

zwiſchen Frankreich und Rußland beſtehe; er wolle nicht, daß Preußen durch die Einwirkung Rußlands wiederhergeſtellt werde, da dieſes dann den Anſpruch erheben dürfte, eine gewiſſe Oberhoheit über daſſelbe auszuüben. Es ſei des Kaiſers eigener Wunſch, das Haus Brandenburg aufrechtzuerhalten. Er werde demſelben das ganze Gebiet bis an die Elbe zurückgeben, überhaupt ungefähr die Bedingungen bewilligen, die er in Charlottenburg angeboten hatte. Er kam jetzt auf die früher ſo oft ausgeſprochene Idee zurück, daß Frankreich und Preußen natürliche Verbündete ſeien [1]). So ſollte auch dem Könige geſagt werden. Davon alſo, daß die Exiſtenz Preußens von dem Frieden mit England und Rußland abhänge, oder daß der Kampf zwiſchen Frankreich und Rußland auf dem preußiſchen Gebiete ausgefochten und Preußen zur Seite Frankreichs an demſelben Antheil nehmen ſolle, war jetzt nicht mehr die Rede. Und ein Zugeſtändniß von größtem Umfang lag doch darin, daß das von feindlichen Heeresmaſſen okkupirte Land dem Könige zurückgegeben und wieder in einen geordneten Zuſtand geſetzt werden ſollte.

Das ſtimmte nun ganz mit den politiſchen Gedanken Zaſtrows zuſammen, der ſchon in dieſem Sinne an die franzöſiſchen Miniſter geſchrieben hatte. Napoleon ließ ihn wiſſen, er möge nur mit der nöthigen Vollmacht kommen, ſo werde man abſchließen.

Sollte nun aber König Friedrich Wilhelm III. darauf eingehen? Man dürfte ſagen, in Oſterode war ihm die Entſchließung leichter geworden, weil der Stillſtand, den ihm Napoleon damals anbot, keinen Frieden enthielt, noch auch erwarten ließ; jetzt aber wurde ihm in allem Ernſt die Hand zum Frieden geboten. Napoleon verſprach ihm ſelbſt, ſich der Polen, die er jetzt beſſer kennen gelernt habe, nicht gegen ihn anzunehmen.

Bertrand hatte bei dem ruſſiſchen Heerführer Bennigſen einige Schwierigkeit gefunden, ſeine Reiſe nach Memel fortzuſetzen. Dieſer ſelbſt eröffnete dem Könige die nahe bevorſtehende Ankunft Bertrands, in der Meinung, er werde einen Waffenſtillſtand anbieten, wogegen der ruſſiſche General dem Könige den Anmarſch anderer ruſſiſchen Hülfstruppen in Ausſicht ſtellte, durch die, wenn man nur einige Zeit habe, die beſte aller Sachen vollkommen durchgeführt werden könne. Dem Könige war der Beſuch Bertrands eigentlich unan-

1) Instructions pour le général Bertrand. Eylau 13 février 1807. Correspondance de Napoléon XIV, 376. (nº 11810).

genehm. Daß er denselben erwartete und Notizen über ihn zu erhalten wünschte, gab den ersten Anlaß, daß er mit Hardenberg, den er zur Tafel zog, wieder über Geschäfte sprach.

Bertrand hatte am 10. August (1792) als Nationalgardist an der Vertheidigung Ludwigs XVI. Antheil genommen, später aber sich an Napoleon angeschlossen; er hatte ihn nach Aegypten begleitet und ihm in den letzten Jahren geheime und nützliche Dienste geleistet; er war zuvorkommend und liebenswürdig in der Unterhaltung. Am 16. Februar 1807 hatte er seine Audienz bei dem König. Er drückte sich selbst noch unumwundener aus, als seine Instruktion lautete. Wenn der Krieg fortdauere, sagte er, werde der König sein Land nur in einem Zustande der Zerstörung wiedererlangen. Von den Polen habe sich der Kaiser überzeugt, daß sie unfähig seien, einen unabhängigen Staat zu bilden. Er werde seine Ehre darin suchen, den König in den Besitz seiner Landschaften und seiner Rechte wiedereinzusetzen; aber er wolle sich allein den Dank davon verdienen, ohne die Dazwischenkunft eines Anderen. Der Kaiser werde ihm Alles zugestehen, was dazu gehöre, daß er seinen Rang unter den europäischen Mächten wiedereinnehme [1]). Der König antwortete im Allgemeinen eingehend; aber er bezog sich auf die Verpflichtungen gegen Alexander, in die er im Laufe der Ereignisse eingetreten sei, und den er erst consultiren müsse. Friedrich Wilhelm drückte die Hoffnung aus, Napoleon werde damit zufrieden sein.

Am 19. Februar fand über die Anträge des Generals Bertrand eine Conferenz statt, zu welcher Hardenberg, der noch immer Kabinetsminister, aber seit langer Zeit von allen Geschäften ausgeschlossen war, gezogen und Rüchel aus Königsberg herbeigerufen wurde. Zastrow legte in derselben den Entwurf eines Schreibens an Alexander vor, in welchem dieser auf das dringendste ersucht werden sollte, seine Beistimmung zu dem Abschluß eines Separatfriedens zwischen Preußen und Frankreich zu geben: denn unbeschreiblich sei die Schwierigkeit, die Armeen in Stand zu halten. Auch das russische Kriegsheer habe viel gelitten; und Niemand könne sagen, was aus Preußen werden solle, ohne die erheblichste Unterstützung an Truppen und Geld. Gegen England, welches nicht das Mindeste für den König thue, habe derselbe keine Verpflichtung.

1) Résumé des ouvertures que M. le Général de brigade Bertrand a faites au Roi dans l'audience que Sa Majesté lui a accordée à Mémel le 16 Février 1807. Denkwürdigkeiten III, S. 307.

Indem Zaſtrow noch die Miene annahm, Alexander um Rath zu fragen, gab er doch deutlich zu erkennen, daß er die Auskunft eines partikularen Friedens mit Freuden ergreifen würde. Ganz anderer Meinung war Hardenberg. Er hatte ſich indeſſen, um über die Lage urtheilen zu können, die nöthigen Informationen aus dem Miniſterium geben laſſen. Er verwarf die Politik, die nach dem 14. Oktober eingehalten worden, ebenſo wie die, welche dieſem Tage vorangegangen war. Den Gedanken, einen Partikularfrieden zu ſchließen, erklärte er für verderblich [1]): denn man würde ſich dabei von Rußland trennen müſſen und die Achtung der übrigen Mächte vollends verlieren; Preußen gerathe in die Sklaverei Napoleons und in die Gefahr, ſobald es ihm nicht in ſeine weiteren Kriege folgen wolle, zu Grunde gerichtet zu werden. Es habe Zeiten gegeben, in denen man von einer Allianz mit Frankreich habe reden können; jetzt aber müſſe man, abgeſehen von der Unzuverläſſigkeit Napoleons, ſeinem Despotismus und ſeiner Falſchheit [2]), berückſichtigen, daß ſeine Macht in Deutſchland zu unbedingter Herrſchaft angewachſen ſei. Preußen werde zur blindeſten Folgſamkeit verurtheilt ſein, ſolange es durch die franzöſiſchen Armeen von der Elbe, von Sachſen und Franken bedroht werde. Preußen habe auf dieſem Wege die Unabhängigkeit bereits verloren; aber dieſelbe ſei das größte der Güter einer Nation, und an der Seite von Rußland könne man ſie zurückerobern. Man hat damals den Zweifel wieder angeregt, ob die Selbſtändigkeit nicht ebenſo gut von Rußland, als von Frankreich gefährdet ſei. Hardenberg antwortete, daß der Kaiſer von Rußland, der Freund des Königs, die Waffen für die Unabhängigkeit der europäiſchen Staaten ergriffen habe. Auch andere Mächte würden ſich mit Preußen vereinigen, wenn es ſtandhaft bleibe. Für ſehr möglich hielt Hardenberg, mit England eine Allianz zu ſchließen, bei welcher die alten Differenzen geſchlichtet und Preußen einer zum Ziele führenden Aſſiſtenz verſichert werde. Dem Kaiſer von Rußland auch nur den Vorſchlag zu machen, einen Separatfrieden gutzuheißen, würde allen gegebenen Verſicherungen entgegenlaufen. Nimmermehr könne derſelbe darauf eingehen: denn er würde dadurch den Franzoſen

1) Ma conviction est: que toute démarche pour parvenir à une paix séparée avec la France, serait ce que nous pourrions faire de plus nuisible pour les intérêts du Roi et de sa monarchie.

2) Le caractère ambitieux et despotique de Napoléon et l'insigne fausseté de sa politique.

Gelegenheit geben, ihn mit ihren besten Kräften von der Türkei her anzugreifen.

Diese und andere Reflexionen stellte Hardenberg in einer Denkschrift zusammen [1]), welche den König überzeugte und ihn bei dem Entschluß festhielt, den er ohnehin gefaßt hatte. In dem Schreiben an Alexander, das am 20. Februar abging, wurde alles vermieden, was die Absicht, auf die Vorschläge Napoleons einzugehen, hätte andeuten können. Der König brachte wohl die unendlich schwierige Lage, in der er sich befand, zur Sprache; aber er fügte hinzu: niemals werde sein besonderes Interesse bei ihm mehr Gewicht haben, als das allgemeine [2]).

Wir wollen nicht auf den ersten Blick zwischen Zastrow und Hardenberg aburtheilen; denn für einen besonderen Frieden, der das Gebiet bis an die Elbe wieder in die Hände des Königs von Preußen gebracht hätte, ließ sich doch viel sagen, wenn man nur auf Napoleon einiges Vertrauen setzten konnte: der weitere Ruin des Landes wäre vermieden, die Festungen würden gerettet oder zurückgegeben worden sein. Aber darüber kann doch kein Zweifel obwalten: man hätte sich damit der Selbständigkeit begeben, welche die Idee des Staates fordert. Es war von Werth, daß Napoleon diese selbst zur Sprache brachte. Daß sie auch von seiner Seite nicht verkannt, sondern als eine europäische Nothwendigkeit bezeichnet wurde, gab ihr ein inneres Gewicht. Aber die Verbindung mit Rußland war zugleich die Verbindung mit den noch unabhängigen Mächten. Alle Gefühle des Königs war dafür, wie sie immer dafür gewesen waren; seine Gesichtspunkte bestimmten die Wahl seiner Räthe; wie er einst Haugwitz aus Schlesien zurückberufen und nach dessen Abgang Zastrow mit dem Ministerium betraut hatte, weil ihre Gesinnungen der Politik entsprachen, die er selbst in jedem Moment für nothwendig hielt, so nahm er jetzt Hardenberg wieder auf, der, wie der König, das einzige Heil in der Verbindung mit Rußland sah.

In einem Privatschreiben an Alexander [3]) spricht Hardenberg demselben nicht allein seine dankbare Hingebung und Anhänglichkeit aus, wobei er es jedoch vermeidet, seines Antheils an der Ver-

1) Mémel, 19 Février 1807. Denkwürdigkeiten V, S. 432 ff.

2) Soyez persuadé que jamais mon intérêt personnel ne l'emportera sur l'intérêt général. Mémel, 20 Février 1807. Denkwürdigkeiten III, S. 311.

3) Vom 22. Februar. Denkwürdigkeiten V, S. 315.

werfung des Partikularfriedens im mindeſten zu gedenken, ſondern er fordert den Kaiſer auf, die Hülfsquellen ſeiner Macht ſo raſch wie nur immer möglich anzuwenden, damit ſeine Armeen den Kampf mit möglichſter Energie fortſetzen können, namentlich auch dahin zu wirken, daß Diverſionen im Rücken der napoleoniſchen Armeen gemacht würden: durch Engländer und Schweden an der Oder, oder in Hannover; ferner Oeſterreich über ſein wahres Intereſſe aufzuklären und vor Allem England zur Unterſtützung Preußens mit Waffen und Geld zu vermögen, ohne die es den Krieg nicht werde fortſetzen können.

Dem Oberſten Kleiſt, der mit einem königlichen Schreiben, das ebenfalls erſt im Sinne Zaſtrow's abgefaßt, dann im Sinne Hardenberg's verändert war, bei Napoleon eintraf, zeigte dieſer einiges Mißvergnügen darüber, daß der König ihm ſo wenig Vertrauen beweiſe. Auf die Erinnerung des Oberſten an das, was früher geſchehen, ging er nicht ein: damals könne er vielleicht andere Zwecke gehabt haben; jetzt habe er nur die Gegenwart vor Augen. Nochmals bot Napoleon den Partikularfrieden an: er werde dem Könige dann binnen vier Wochen ſeine Staaten bis an die Elbe zurückgeben, ſammt Feſtungen und Munitionen; Rußland möge ſeine Truppen über den Niemen zurückführen; Preußen, wieder zu einer ſtarken Macht geworden, könne zwiſchen ihnen vermitteln. Aber auch die Unterhandlung über einen allgemeinen Frieden wollte er zulaſſen, vorausgeſetzt einen Waffenſtillſtand: er ſei dann bereit, ſich über die Weichſel zurückzuziehen, wie die Ruſſen über den Niemen; die preußiſchen Truppen ſollten ſich am Pregel aufſtellen. Er erſchien ziemlich aufgeregt; beſonders gedachte er des Fortſchrittes der Ruſſen in der Türkei, den er nicht dulden könne.

Wohl iſt eine Mittheilung dieſer Auslaſſungen nach St.-Petersburg gelangt; aber weder dort noch in Memel konnten ſie Eindruck hervorbringen. Noch war hier das Syſtem nicht mit Entſchiedenheit geändert; der Miniſter Zaſtrow gab den Partikularfrieden nicht völlig auf. Mit um ſo größerem Eifer verwarf ihn Hardenberg; er ſetzte ihm eine ganze Reihenfolge von Gedanken entgegen.

In einem Vortrage, den er am 5. März allein beim Könige hatte [1]), beſchwor er denſelben, feſtzuhalten und ſeine Regierung nach dem Princip einzurichten, das der gefaßte Beſchluß erfordere. Das

1) Die Denkſchrift Hardenberg's iſt in den Denkwürdigkeiten V, S. 447 ff. mitgetheilt.

Gutachten, welches er verlas, iſt inſofern von hoher Bedeutung für die Folgezeit, als darin innere und äußere Angelegenheiten zuſammengefaßt wurden. Für die inneren wird großer Nachdruck auf die öffentliche Meinung und die Idee einer dereinſtigen Regeneration des Staates gelegt [1]). Das Hauptaugenmerk iſt auf die auswärtigen Angelegenheiten gerichtet: auf Verſtändigung mit England, Schweden, Oeſterreich, auf Vorbereitung zu einer Reaktion in Deutſchland, Beſeitigung aller Mißverhältniſſe, welche das gute Vernehmen mit Rußland ſtören können, Zuſammenwirken der ruſſiſchen Heerführer mit den preußiſchen Provinzialbehörden. Alles zeugt von einem umfaſſenden Blick, der das Große erwägt wie das Kleine, von dieſem aber ſich nicht beengen läßt. Der Vortrag enthält zugleich ein Programm der künftigen Politik, dem Friedrich Wilhelm III. beiſtimmte. Die Bemerkung des Königs, daß man ihm bei ſeinen Verbeſſerungsanordnungen häufig entgegengetreten ſei, beantwortete Hardenberg damit, daß er ihn bat, nur König und Herr zu ſein [2]). Er ſelbſt behielt ſich freilich dabei die Direktion der inneren und äußeren Geſchäfte vor, von deren einheitlichem Zuſammenwirken er allein das Heil hoffte [3]).

Allerdings hatte der König ein Miniſterconſeil eingerichtet; die anweſenden Miniſter hielten einer nach dem anderen Vortrag bei ihm; aber die Einheit in der Verwaltung konnte dadurch nicht hergeſtellt werden; ſelbſt in franzöſiſchen Zeitungen wurde ein gewiſſes Erſtaunen ausgedrückt, daß der flüchtige Hof in Memel zu keinem Verſtändniß in ſich ſelbſt gelangen könne. Hardenberg, der ſich von jeder Mitwirkung noch immer ferngehalten ſah, entſchloß ſich, dem König eine neue Remonſtration vorzulegen, in der er die Unzuträglichkeit, welche durch Zaſtrow in die Verwaltung der auswärtigen Geſchäfte gebracht würde, energiſch nachwies. Doch hat er es nicht übergeben, weil Alexander in dieſem Augenblick bei dem preußiſchen Hoflager anlangte. Die Anweſenheit des Kaiſers aber mußte allen Dingen eine andere Geſtalt geben.

1) „Eine Radikalkur der Mängel unſerer Geſchäftsführung iſt durchaus nothwendig und dringend. Sie iſt es in Abſicht auf die Form; ſie iſt es in Abſicht auf die Perſonen. — Jetzt kommt es auf außerordentliche Mittel und Rettung, künftig auf eine gänzliche Regeneration an".

2) Denkwürdigkeiten III, S. 318.

3) „Die äußeren und inneren Verhältniſſe müſſen aufs Genaueſte en rapport geſetzt ſein, um mit Einheit behandelt zu werden; ſie müſſen ſich wechſelſeitig unterſtützen. Der Vortheil der Einheit überwiegt unter den gegenwärtigen Umſtänden alles Andere".

Zweites Capitel.

Ideen der allgemeinen Reſtauration. Barenſtein.

Alexander hatte dem König ausgedrückt, wie ſehr er ihm durch die Hingebung und das Vertrauen, welches er bei der Mittheilung über die Miſſion Bertrands bewieſen habe, verpflichtet ſei; auch ihm thue es unendlich leid, daß auf die Unterthanen des Königs die ſchwere Laſt des Krieges falle. Aber die Verluſte, die ſie bereits erlitten, ſo reflektirt Alexander, ſeien ſo ſtark, daß ſie nur dann vergeſſen werden könnten, wenn Preußen ſeinen alten Rang wieder einnehme; dann aber würde man der Opfer nicht mehr gedenken und der König das Idol ſeines Volkes werden. Er verſpricht unmittelbare Verſtärkung ſeiner Truppen, auch durch ſeine Garde, und die thätigſte Förderung der gemeinſchaftlichen Intereſſen bei den Höfen von England und Oeſterreich. „In der That ſind wir ſo weit gelangt, den Strom aufzuhalten, dem bisher nichts widerſtehen zu können ſchien; und noch ſind unſere Hülfsquellen bei weitem nicht erſchöpft; wir beſitzen die Mittel, den Kampf energiſch fortzuſetzen". Als das Ziel, das man erreichen müſſe, bezeichnet Alexander einen zwiefachen Erfolg: einmal, daß Preußen zu ſeiner ganzen alten Macht wieder gelange; ſodann, daß Napoleon genöthigt werde, über den Rhein zurückzugehen [1]).

Die Idee, durch welche Napoleon zu ſeinem Angriff auf Preußen veranlaßt worden war, tritt ihm hier, dem großen Siege, den er bei Jena erfochten, zum Trotz, nochmals entgegen. Kaiſer Alexander hegte muthige Zuverſicht, daß er ſie im Verein mit

1) An Friedrich Wilhelm, St.-Petersburg, 4. März (Denkwürdigkeiten III, S. 330 ff.): Il faut que non-seulement Votre Majesté soit rétablie dans la pleine possession de ses Etats, mais que l'Allemagne soit affranchie du joug des Français, et qu'ils soient repoussés au delà du Rhin.

Preußen durchführen werde; aber er fügte dem doch noch ein Wort hinzu, welches eine Drohung enthält für den Fall, daß Preußen einen partikularen Frieden mit Frankreich eingehe. Dann, ſagte der ruſſiſche Kaiſer, werde er nur die eigenen Intereſſen ſeines Reiches vor Augen haben können.

Dieſem Schreiben gingen mündliche Aeußerungen an den preußiſchen Bevollmächtigten Schöler zur Seite, die den Sinn Alexanders noch näher erläuterten [1]). Alexander meinte: bei der Erklärung Preußens blicke der Gedanke durch, daß die Lage deſſelben durch einen beſonderen Frieden verbeſſert werden könne. Aber ſelbſt wenn die Fortſetzung des Krieges zu keinem glücklichen Ausgang führen ſollte, was könne dadurch geändert werden? „Kann eine Unterwerfung an Frankreich wohl ein anderes Reſultat führen, als ein Unterliegen im Kriege; ein Friede, der nicht auf dem Uebergewicht der Waffen beruht, was iſt er anders, als eine Unterwerfung? Wenn hienach ein Separatfriede Preußens mit Frankreich das politiſche Verſchwinden des erſteren aus der Reihe der ſelbſtändigen Mächte zur unfehlbaren Folge haben und dieſes auf Rußland ſehr nachtheilig zurückwirken muß, ſo ergiebt ſich aus meiner Pflicht, für Rußlands Intereſſe zu wachen, daß ich in einen Separatfrieden von Preußen, wie Frankreich ihn zu ſchließen gedenkt, nie einwilligen kann."

Man konnte fürchten, daß durch die Vorſchüſſe, welche Preußen dem ruſſiſchen Heerführer leiſtete, und die Lieferungen zur Verpflegung der Armee, welche die Unterthanen trugen, eine Differenz zwiſchen Preußen und Rußland hervorgerufen wurde; der Kaiſer aber erklärte ſich bereit, die Vorſchüſſe zurückzuzahlen: denn der Grundſatz ſei, daß Rußland alle zum Unterhalt ſeiner Armee erforderlichen Unkoſten ohne Ausnahme ſelbſt trage. Für Bennigſen ſei monatlich 1 Million Rubel beſtimmt. Auch auf die Naturalleiſtung zur Verpflegung der Truppen ſoll der oben ausgeſprochene Grundſatz ſeine Anwendung finden. Der Kaiſer genehmigte die von Schöler hierüber gemachten Vorſchläge.

Auch Zaſtrow verſäumte dagegen nicht, Verſicherungen der Feſtigkeit Preußens in ſeinem Verhalten nach St.-Petersburg gelangen zu laſſen. Indem aber traf die Nachricht ein, daß Kaiſer Alexander ſelbſt bei ſeiner Armee und an dem preußiſchen Hoflager

1) Aus einem Bericht Schöler's, 4. März 1807. Denkwürdigkeiten V, S. 479.

erſcheinen werde. Seine Abſicht dabei ſoll geweſen ſein, den Unordnungen, die in der Heerführung eingeriſſen waren, zu ſteuern. Aber überhaupt war dieſer Krieg nun ſeine vornehmſte Aufgabe, die er, wie wir wiſſen, in einem die Welt umfaſſenden Sinne begriff. Hier im Norden unter ſeiner eigenen Theilnahme ſollte das große Unternehmen durchgeführt werden, der Alles bedrohenden napoleoniſchen Uebermacht Grenzen zu ſetzen.

Seine damaligen Geſichtspunkte erhellen aus einem Schreiben, das er am 25. März an den König richtete [1]). Er entwickelt darin aufs neue die Unannehmbarkeit der von Napoleon gemachten Propoſitionen. Welche Arroganz ſei es überhaupt, zu behaupten, daß die Herſtellung der preußiſchen Monarchie nur von ihm abhänge, ohne deren eigene Hülfsquellen oder die Unterſtützung ihrer Verbündeten in Betracht zu ziehen! Die Unbeſtimmtheit der Anträge Napoleons verrathe, daß ſein Sinn nur darauf gehe, was ihm ſo oft gelungen, ſeine Feinde zu entzweien, ohne ſich gegen den einen oder den anderen definitiv zu verpflichten [2]). Ueber eine mit England und Rußland zu treffende Abkunft drücke ſich Napoleon höchſt unbeſtimmt aus; Rußland und England wollen den Frieden, aber nicht auf Bedingungen, die nur zum Vortheil von Frankreich ausſchlagen würden. Wenn der franzöſiſche Kaiſer davon ſpreche, — wie es geſchehen war —, Memel zum Sitze eines Congreſſes zu beſtimmen, ſo beweiſe das nur, daß es ihm nicht Ernſt damit ſei: denn wie wolle man einen Ort in dem Rücken der Armeen zum Mittelpunkt einer allgemeinen Correſpondenz machen? Noch einen Schritt weiter geht der ruſſiſche Miniſter Budberg in einer Note vom 26. März [3]). Er ſpricht ſeine Bewunderung darüber aus, daß der König die Abſichten, in denen er den Krieg begonnen, trotz des ihm widerfahrenen Unglücks nicht aufgebe [4]); an dieſem weiſen Entſchluſſe werde der König gewiß feſthalten, nachdem glückliche Ereigniſſe eine Ausſicht auf die glänzendſten Erfolge eröffnet haben.

---

1) Denkwürdigkeiten III, S. 367.

2) L'excès même de son impudence ne me paraît qu'une raison de plus pour placer cette offre insidieuse au nombre de ces subterfuges dont il aime tant à faire usage, et dont il s'est servi si souvent avec succès pour ralentir les efforts dirigés contre lui, et pour semer la méfiance entre ses ennemis.

3) Denkwürdigkeiten V, S. 490.

4) Sa Majesté Prussienne a entrepris et soutenu cette guerre avec une fermeté digne d'admiration, malgré les malheurs les plus inouïs.

Einen Partikularfrieden einzugehen, könne höchſtens zu einer Situation führen, wie ſie vor dem Kriege beſtanden, die eben eine ſolche war, aus welcher Krieg entſpringen mußte. Um einen erträglichen Zuſtand in Europa herzuſtellen, bleibe nichts übrig als der Weg der Waffen.

Voll von dieſen Geſinnungen und Entſchlüſſen langte der Kaiſer am 1. April in Polangen an, wohin ihm der König entgegenkam. Am 2. April erſchien er in Memel. Vom Hofe wurde er als ein alter Bekannter empfangen. Sein Verhältniß zu demſelben war das angenehmſte im Privatleben, der Genuß der Freundſchaft der beiden Ehegatten, welche die Familie conſtituiren. Der liebenswürdige und mächtige Gaſt wurde am Hofe mit Herzlichkeit und Freude bewillkommnet. Noch am Nachmittage ſuchte er Hardenberg auf, um mit ihm die ganze Lage der Dinge durchzuſprechen. Er hatte ſich über deſſen perſönliche Stellung Bericht von ihm erſtatten laſſen, aus dem ſich ergab, daß Hardenberg in derſelben nicht länger bleiben könne[1]). Zaſtrow, in deſſen Händen die Leitung der Geſchäfte ſei, erkläre ſich zwar jetzt für den Krieg; aber in ſeinem Herzen trage er nur den Separat-Frieden von Preußen und deſſen Sonderſtellung; er ſei noch gefährlicher als Haugwitz, da er mehr Charakterſtärke habe. Der Kaiſer verſprach, den König zu bitten, Hardenberg mit der Leitung der auswärtigen Geſchäfte wieder ausſchließlich zu betrauen. Dahin ging auch der Wunſch der Engländer, die ſich aber nicht geradezu ausſprachen, ſondern durch die Vermittelung Alexanders auf Friedrich Wilhelm wirken wollten. Der preußiſche Staatsmann erſchien als der Mittelpunkt der allgemeinen Combination, durch welche der Krieg gegen Napoleon fortgeſetzt werden ſollte. Der König, der ohnehin die Rathſchläge Hardenbergs nicht entbehren mochte, zögerte nun nicht länger, denſelben zur Leitung der auswärtigen Geſchäfte wieder förmlich herbeizuziehen[2]). Hardenberg erſchien am 6. April in Kydullen, wohin

1) Der Bericht Hardenbergs iſt in den Denkwürdigkeiten V, S. 483 ff. mitgetheilt.

2) Aus dem Journal ergiebt ſich Folgendes: (3 avril) l'Empereur demande de me faire aller avec lui. Je reçus l'ordre d'être du voyage par Koeckritz, et on m'annonça que Zastrow en serait aussi. (4 avril) Zastrow ne va pas et se dit malade. Pourparlers avec lui pour le persuader par les autres ministres. Il persiste et dit à Koeckritz qu'il ne veut pas être ministre en second avec moi. (10 avril) Après le rapport, le Roi me dit qu'il me réintégrait dans ma place als erſter Kabinetsminiſter. Vergl. Denkwürdigkeiten III, S. 341 und S. 348.

König und Königin gegangen waren. Alexander hatte in einem nahen Edelhofe Quartier genommen; er führte dem Könige zuerſt die Gardeinfanterie, die ihn begleitete, dann die prächtige Gardecavallerie vor, zuſammen 17,000 Mann, eine kleine Armee für ſich. Dann ſetzten ſich die Truppen in Marſch, um den Franzoſen entgegenzugehen.

Bei dieſer Zuſammenkunft nun in dem faſt namenloſen Orte Kydullen hat Hardenberg Gedanken ergriffen und ausgeſprochen, welche die Zukunft der Welt umfaßten [1]). Vor Allem erklärte er für nothwendig, daß man bei Oeſterreich darauf dringe, an dem Kriege Antheil zu nehmen, bei England und Schweden darauf, die erforderliche Unterſtützung zu leiſten. Oeſterreich müſſe man über die Gefahr, die dem osmaniſchen Reiche von Rußland her drohe, beruhigen. Unentbehrlich ſei ein militäriſcher Plan, um die Operationen der Preußen und Ruſſen und die Augmentation der erſteren in dem Maße, als man der preußiſchen Provinzen wieder Herr werde, zu beſtimmen, und in Verbindung damit die Kooperation der übrigen Mächte. Zugleich müſſe ein politiſcher Plan feſtgeſetzt werden, um Jedermann zu überzeugen, daß es das allgemeine Intereſſe ſei, was man verfolge; gewiß müſſe dabei das beſondere Intereſſe jedes Einzelnen berückſichtigt werden, aber nur ſo weit, als das allgemeine Wohl daraus hervorgehen könne. Preußen und Rußland werden die Initiative ergreifen, in der Vorausſetzung, zu der man allen Grund habe, daß die übrigen Mächte accediren. Die vier Mächte müſſen ſich gleichſam als die Vormünder von Europa betrachten [2]). Die Abſicht müſſe auf die Herſtellung eines feſten europäiſchen Zuſtandes gerichtet ſein: Sicherheit der Beſitzungen und des Eigenthums eines Jeden und Entſchädigung derer, welche Schaden gelitten haben. Man habe ein Gebäude aufzurichten, das nicht durch den erſten Anlauf des napoleoniſchen Ehrgeizes umgeſtürzt werden könne. Hardenberg gedenkt dabei Neapels und Sardiniens; vor Allem aber ſchwebt ihm der künftige Zuſtand Deutſchlands vor Augen.

Die alte deutſche Reichsverfaſſung wiederherzuſtellen, würde nur eine Quelle neuen Unglücks ſein [3]); man bedürfe einer Con-

1) Kydullen, 7 avril 1807. Denkwürdigkeiten III, S. 341—344.

2) Il faut que les quatre puissances s'envisagent comme les tuteurs de l'Europe.

3) La constitution germanique ne peut être rétablie telle qu'elle fut. Ce serait la plus imprudente des mesures et une nouvelle source

föderation, ſtark genug, um den Franzoſen Widerſtand zu leiſten. Sie müſſe Oeſterreich und Preußen an ihrer Spitze haben; England und Rußland müſſen ſie garantiren. Die Unabhängigkeit Deutſchlands, ſo ſagt er, iſt nothwendig für die Europa's. Aber ſie kann nicht beſtehen bei getheilten Intereſſen und den kurzſichtigen Geſichtspunkten der kleinen Höfe. In Bezug auf Krieg und Frieden dürfen dieſelben keine Souverainetät beſitzen. Man mag Eigenthum, Rang, Glanz der regierenden Häuſer reſpektiren, aber man muß die Zahl der Truppen, die ſie halten ſollen, beſtimmen; ſie mögen dieſelben zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung benutzen; die gemeinſchaftliche Vertheidigung aber muß unter der Protektion von Preußen und Oeſterreich ſtattfinden. Dieſe haben über die Aufſtellung der Truppenzahl zu wachen ſowie über die Mittel, ſie zu unterhalten [1]).

Ein Programm für die Neugeſtaltung Deutſchlands noch von weiter Ferne her, aber doch von großer Wichtigkeit, das die weſentlichen Momente enthält: die Vereinigung zwiſchen Preußen und Oeſterreich ſoll die Grundlage von Allem ſein. Für Preußen fordert Hardenberg eine beſſere Beſtimmung der Grenzen, um Frankreich Widerſtand leiſten zu können. Wenn der König Friedrich Auguſt aus Sachſen nach Polen verpflanzt werde, ſo würde man damit mehr als einen Zweck von großem Belang erreichen.

Schon in Kydullen bei einer Conferenz der Monarchen hat Hardenberg dieſen Plan in Erwähnung gebracht und ihre Zuſtimmung erlangt. Ein Aufſatz liegt vor, in welchem das allgemeine Reſultat dieſer Conferenz verzeichnet wird [2]). Demnach war der Beſchluß, einen doppelten Plan zu Stande zu bringen, einen militäriſchen für den Krieg und einen politiſchen für den Frieden, den man zu ſchließen gedenke. Die Pläne müſſen auf drei verſchiedene Fälle berechnet ſein; der erſte iſt, daß England, Schweden, Oeſterreich accediren, der zweite, daß Oeſterreich bei ſeiner Neutralität bleibt, der dritte, daß auch England und Schweden nicht beitreten, ſo

---

des malheurs. Il faut une fédération forte et capable de résister en première ligne à la puissance française.

1) La souveraineté doit disparaître pour les petites cours, quant au droit de la guerre et de la paix, et n'appartenir qu'aux chefs et à la confédération entière. Qu'on fixe le nombre de leurs troupes et qu'on leur en laisse la disposition pour la police intérieure, mais qu'on les mette à la disposition de l'Autriche et de la Prusse pour la défense commune.

2) Vom 10. April 1807. Denkwürdigkeiten III, S. 347.

daß Rußland und Preußen allein bleiben. Man beſchloß, Napoleon auf ſeine Anträge zu antworten, aber dabei die Grundlage zu beſtimmen, auf die man eingehen will. Es muß ein ehrenvoller Friede ſein, in welchem die Ruhe von Europa durch allſeitige Uebereinkunft begründet und vornehmlich die Unabhängigkeit Deutſchlands feſtgeſetzt wird ſowie eine Entſchädigung für alle die, welche Verluſt erlitten haben, um ein dauerhaftes politiſches Gebäude zu errichten. Das unmittelbar Nothwendigſte ſind Eröffnungen in Wien ſowohl wie in London über die gefaßten Pläne. Aus den Antworten, die man von dort erhält, wird man abnehmen, ob man ſich nochmals mit einer beſonderen Abkunft, die doch nur ein Stillſtand wäre, zu begnügen habe, oder ob man auf eine allgemeine Pacifikation, die eine Reſtauration in ſich ſchließen würde, mit vereinigten Kräften hinarbeiten könne.

Das Letzte war nun der eigenſte Gedanke Hardenbergs. Auf der langen und beſchwerlichen Reiſe von Kydullen nach Schippenbeil in dem beginnenden Frühlingsthauwetter auf ſchlechteſten Wegen hat er daran gearbeitet. Der Kaiſer hat ihm geſagt, bis zur Ankunft Budbergs möge Hardenberg ihn ſelbſt als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands betrachten. Alexander bezog ſich gern auf Phull, der mit Erlaubniß des Königs in ruſſiſchen Dienſt übergegangen war und die Geſinnungen Hardenbergs theilte. In einem Gutachten Phulls wird ein allgemeines Kriegsunternehmen, bei dem die maritimen Operationen Englands mit den kontinentalen Rußlands zuſammengreifen müßten, angerathen. Der Zweck iſt, Frankreich in ſolche Grenzen einzuſchließen, bei welchen andere Staaten über ihre Exiſtenz beruhigt ſein können. „Die Herrſchaft der Franzoſen über den Rheinſtrom und die gegenſeitige Eiferſucht von Preußen und von Oeſterreich haben die ſchimpfliche Unterjochung Deutſchlands herbeigeführt, ſo daß jetzt die Franzoſen ihren Krieg zwiſchen Weichſel und Niemen führen können [1]). Das Geringſte, was man ſich vornehmen kann, iſt die Entfernung der Franzoſen über den Rhein und die Begründung eines Defenſivſyſtems in Deutſchland". Frankreich ſolle ſich in die deutſchen Angelegenheiten fortan nicht miſchen.

1) Kydullen, 11. April: La possession du Rhin, jointe à la jalousie qui sépara malheureusement les intérêts de la Prusse de ceux de l'Autriche, donnèrent à la France une supériorité décidée sur les deux États. Denkwürdigkeiten V, S. 493.

Die Miniſterialveränderung, welche Ende März in London aus Gründen der inneren Politik vor ſich ging, bei welcher Hawkesbury für das Innere, Canning für das Aeußere eintraten, machte den Eindruck, daß ſie eine lebendigere Theilnahme Englands an den Unternehmungen gegen den gemeinſchaftlichen Feind hoffen laſſe: Canning habe den Ruf eines Gentleman von gutem Charakter und Principien.

Die von Hardenberg entworfene Convention wurde in Schlippenbeil ſchon am 18. von dem Kaiſer und dem Könige genehmigt.

In Bartenſtein, dem Hauptquartier Bennigſens, vereinigten ſich denn alle politiſchen und militäriſchen Gewalten. Nicht ohne Bedeutung war es, daß auch ein ſchwediſcher Bevollmächtigter, Hermann von Engelbrechten, daſelbſt erſchien. Denn was wäre wohl daraus geworden, wenn der König von Schweden den Anträgen, die ihm Napoleon zur Herſtellung oder zur Begründung einer engeren Allianz machte, Gehör gegeben hätte? Napoleon hatte die Abſicht, die alte Verbindung zwiſchen Frankreich und Schweden zu erneuern und dieſe Macht den Ruſſen entgegenzuſetzen; er ſtellte dabei den Schweden die Erweiterung ihrer Grenzen und, wie wenigſtens König Guſtav behauptet, die Erwerbung von Norwegen in Ausſicht. Allein dieſer Fürſt war viel zu eng mit England verbunden, viel zu ſehr ein principieller Widerſacher Napoleons, als daß er dem Antrage Gehör gegeben hätte. Er dachte vielmehr von ſeinem Pommern her eine Reaktion gegen die Herrſchaft Napoleons einzuleiten; den Schweden, die er dahin überführte, ſollte ſich ein ſtarkes engliſches Hülfscorps zugeſellen. In Bartenſtein vereinbarte man am 20. April eine militäriſche Convention, in welcher der König von Preußen ſich anheiſchig machte, eine kleine, aber nach den Umſtänden zu verſtärkende Armee nach Rügen zu ſchicken, um mit den Schweden zur Entfernung der Franzoſen von der pommerſchen Küſte zuſammenzuwirken.

Wohl war nun nochmals von einem Congreß für die allgemeine Pacifikation, der ſich in Kopenhagen verſammeln würde, die Rede. Der Vorſchlag ging von Preußen aus; Napoleon wies ihn nicht gerade zurück; aber er forderte die Theilnahme der Osmanen an den Verhandlungen, der ſich die Ruſſen widerſetzten, da ſie an den von ihnen mit den Türken geſchloſſenen Verträgen mit Nachdruck feſthielten. Die Zukunft hing doch nur von der Uebereinkunft zwiſchen Rußland und Preußen ab.

Am 26. April ſchloſſen Rußland und Preußen einen neuen

Vertrag zu Bartenſtein, weitausſehenden Inhalts, der auf eine allgemeine Emancipation von der franzöſiſchen Uebermacht hinzielt [1]). Die beiden Mächte vereinbarten, daß keine die Waffen ohne die andere niederlegen ſolle. Der Zweck des Krieges wird dahin beſtimmt, der Menſchheit das Glück eines dauerhaften Friedens zurückzugeben. Jeder Macht ſollen ihre Beſitzungen geſichert und alsdann unter eine allgemeine Garantie geſtellt werden. Man beabſichtige nicht, ſich in die inneren Angelegenheiten von Frankreich einzumiſchen; aber unumgänglich ſei es, die franzöſiſche Regierung in Schranken einzuſchließen, wie ſie zur Sicherung des Gleichgewichts der Mächte erforderlich ſeien. Die Veränderungen, durch die man einen feſten Zuſtand zu begründen dachte, ſollen durch Abtretungen, zu denen man den Feind nöthigen wird, bewirkt werden. Preußen ſolle in den Beſitz der Landſchaften, die es im Jahre 1805 beſaß, hergeſtellt werden und eine beſſere Grenze erlangen, ſowohl um ſich ſelbſt, als um Deutſchland zu vertheidigen. Den Hauptgeſichtspunkt des Ganzen bildet die Unabhängigkeit Deutſchlands. Man darf die Rheinlinie nicht in den Händen der Franzoſen laſſen, noch denſelben die Occupation deutſcher Länder geſtatten. Die alte deutſche Verfaſſung wird man nicht herſtellen, ſondern eine conſtitutionelle Föderation ſchließen, die durch eine dem Rhein parallel laufende Vertheidigungslinie gegen Frankreich ſichergeſtellt werden muß. Man wird zwiſchen Oeſterreich und Preußen eine Union gründen und alles vermeiden, was Eiferſucht zwiſchen ihnen hervorbringen könnte. Die Grenzen ſollen beſtimmt werden, innerhalb deren die eine und die andere Macht die gemeinſchaftliche Vertheidigung von Deutſchland zu leiten habe. Wenn ſich Oeſterreich anſchließt, wird man Alles anwenden, um ihm Tirol und die Linie des Mincio wieder zu verſchaffen. Von England wird man die zum Kriege erforderliche Unterſtützung an Geld zu erlangen ſuchen, dann aber die deutſchen Beſitzungen König Georgs III. vergrößern im Zuſammenhange mit ſeinem Eintritt in die obgedachte Conföderation und mittelſt einer dauernden Defenſivallianz mit Preußen. Aehnliche Anerbietungen ſollen Schweden gemacht werden. Man denkt auf Entſchädigungen für Naſſau-Oranien, Sardinien und Neapel. Man wird auf Trennung der Krone Italiens von der franzöſiſchen dringen.

1) Der Vertrag iſt abgedruckt bei Garden, Histoire générale des traités de paix X, 405.

Das Charakteriſtiſche bei der Verhandlung iſt die Rückſicht auf eine Neugeſtaltung von Deutſchland, worüber noch ein Wort geſtattet ſei.

Schon bei der zweiten Sendung des Grafen Haugwitz nach Paris hat Hardenberg, wie oben erwähnt, einen Entwurf dazu gemacht. Sein Gedanke war damals, das Uebergewicht Preußens in Deutſchland zu ſichern, und zwar durch einen Vertrag mit Frankreich. Ganz anders war jetzt das Verhältniß. Hardenberg hielt an dem Geſichtspunkt feſt, an Stelle des Reiches eine Conföderation zu ſetzen. Nur mußte man ſich jetzt bei weitem mehr auf Oeſterreich lehnen, deſſen Zuſtimmung das nächſte Objekt der Unterhandlung war. Hardenberg hatte bei jenen Entwürfen vom Februar 1806 angenommen, daß die Souverainetät der Fürſten bei der neuen Conföderation nicht beſtehen könne; das hatte er auch noch in Kydullen vorgeſchlagen; aber bei der Verhandlung in Bartenſtein zeigte ſich, daß man daran nicht feſthalten könne. Man durfte ſich nicht ſchmeicheln, England zu gewinnen, wenn man nicht auch auf die Intereſſen König Georgs III. als Kurfürſten von Hannover Rückſicht nahm. Hannover ſollte demſelben nicht allein wiedergegeben, ſondern durch neue Beſitzungen verſtärkt werden. Wenn er nun, wie auch der König von Schweden, welchem ähnliche Anerbietungen gemacht wurden, in die Conföderation eintreten ſollte, ſo war es unmöglich, die Fürſten der Souverainetät, deren ſie ſich erfreuten, zu berauben. Die Idee einer Neugeſtaltung von Deutſchland wurde ſchon in dieſer Ferne der Zeiten von anderweiten Geſichtspunkten näher beſtimmt, einmal durch die Nothwendigkeit, ſich mit Oeſterreich zu verſtändigen, ſodann durch das Verhältniß zu England.

Vor Allem ſuchte Hardenberg eine allgemeine Allianz, die wahrhaft eine ſolche ſei, zu Stande zu bringen. In einem Schreiben an den Herzog von York giebt er die Geſichtspunkte an, auf die es dabei ankomme und zu deren Unterſtützung er dieſen ſeinen alten Gönner aufforbert. Sie gehen dahin, daß man alles Mißtrauen verbannen, ein vollkommenes Einverſtändniß zwiſchen den wohlgeſinnten Mächten begründen und alle Mittel mit Energie, Raſchheit und Feſtigkeit zur Ausführung von wohlüberlegten Plänen aufbieten müſſe [1]).

1) Faire disparaître de la politique les défiances avec l'art de tromper, établir une confiance entière et réciproque, hâter un concert parfait entre les puissances qui veulent le bien, mettre à la place des lenteurs, des irrésolutions, de l'incohérence, dans l'emploi des moyens, la célérité, l'énergie, la persévérance et des plans sagement combinés.

Durch Jacobi, wie durch den Herzog, ſoll den Engländern vorgeſtellt werden, daß der Schlag, den Napoleon vorbereite, über den Continent entſcheiden, und daß, wenn er obſiege, ihm auch England ſchwerlich werde widerſtehen können.

So erinnerte Hardenberg auch den Kaiſer Alexander: indem er die Waffen zu dem allgemeinen Beſten und für ſeinen Freund, den König von Preußen, ergriffen habe, kämpfe er doch zugleich für ſeinen eigenen Ruhm und ſeine eigene Exiſtenz. Die Feuersbrunſt, die den Süden zu Grunde richte, bedrohe auch den Norden, wenn der Uſurpator aus dieſem letzten Kampfe ſiegreich hervorgehe. Wie oft habe derſelbe ſchon geſagt, Rußland ſei eine aſiatiſche Macht! Er ermahnt Kaiſer Alexander zur Standhaftigkeit; es dürfe Napoleon nicht gelingen, ſeine Gegner untereinander zu entzweien und ſie der großen gemeinſchaftlichen Sache, wenn ein Unglück ſie betroffen habe, zu entfremden. Er ſcheint nicht ohne Beſorgniß geweſen zu ſein [1]).

Wir werden noch darauf zurückkommen, daß Hardenberg in dieſer Epoche nicht allein ausſchließend mit dem auswärtigen Miniſterium betraut wurde, ſondern damit auch die wichtigſten Angelegenheiten der inneren Verwaltung verband. Er erfreute ſich eines ungewöhnlichen Vertrauens der höchſten Perſönlichkeiten. Da die zögernde Kriegführung Bennigſens bereits Mißbehagen und Beſorgniß erweckte, ſo hatte die Königin ein Schreiben an Alexander abgefaßt, worin ſie die Frage einfließen ließ, warum der Kaiſer nicht ſelbſt das Commando der Armee übernehme [2]). Aber ſie war doch vorſichtig genug, um den Brief an Hardenberg mitzutheilen, der ihn durchſehen und nur dann abgehen laſſen möge, wenn er ihn billige. Hardenberg machte eine Erinnerung gegen jene Zumuthung: denn damit würde eine ſehr empfindliche Saite berührt; ein ſolcher Schritt des Kaiſers würde ſich nicht gerade einer großen Popularität im ruſſiſchen Reiche erfreuen; zuletzt freilich werde derſelbe doch geſchehen; aber die Vokation dazu müſſe aus Alexander ſelbſt kommen.

1) Journal de Hardenberg, 29 avril: Nous voilà près d'un mois ensemble et rien n'est avancé que la branche politique. Nous faisons de beaux plans; mais où en est l'exécution? L'Empereur est trop bon et y met trop peu d'énergie.

2) Schreiben der Königin vom 3. Juni. Denkwürdigkeiten III, S. 441.

Drittes Capitel.

Schlacht bei Friedland. Friede von Tilsit.

Wie von Anfang dieſer Geſchichte, ſo ſind es auch in ihrem Fortgang faſt in ſteigendem Verhältniß die allgemeinen Gegenſätze, welche Alles beſtimmen. Die aus der Revolution hervorgegangene militäriſche Monarchie bildete ein Weltelement, wie es in Europa noch nie dageweſen war, durch welches die alten Staaten mit dem Untergang ihrer Unabhängigkeit bedroht wurden. Für Hardenberg wird es immer ein Moment, auf das ſich ſein Ruhm bei der Nachwelt begründet, ausmachen, daß er mitten in dem Unglück des preußiſchen Staates die Unvereinbarkeit dieſer Gegenſätze begriff und, wie ſo eben gezeigt, wenigſtens den Verſuch plante, der franzöſiſchen Uebermacht eine univerſale Reſtauration entgegenzuſetzen. Es ſcheint ein ſtarker Widerſpruch zu ſein, daß er es ja war, der die erſte Annäherung Preußens an die franzöſiſche Politik hervorrief. Aber wir wiſſen, als dies geſchah, im Jahre 1795, konnte man noch hoffen, daß die zahlreiche Partei der Gemäßigten in Frankreich, welche den Frieden wünſchte, ſelbſt mit Beibehaltung der alten Grenzen, die Oberhand erlangen und einer friedlichen Entwickelung von Europa Raum gewähren würde; man konnte erwarten, daß die Eroberungsbegier, die ſich freilich ſchon regte, durch eine allgemeine Pacifikation in Schranken gehalten würde; und wenn der Krieg fortdauerte, wie das geſchah, ſo würde doch Preußen eine neutrale und vermittelnde Stellung haben einnehmen können. Aber der Fortgang der Eroberung war überwältigend. Er gewann durch Sinn und Art des neuen Imperators eine immer weitere Ausdehnung, ſo daß Preußen, um ſein ſelbſtändiges Daſein zu retten, genöthigt wurde, ihm in den Weg zu treten, in der Hoffnung, Unterſtützung bei dem übrigen Europa zu finden. Man hatte jedoch die Uebermacht des Gegners nicht berechnet und

wurde geſchlagen, ehe man noch recht wußte, daß man im Kriege war. Da nun Napoleon ohne Rückſicht auf die Lebensbedingung des niedergeworfenen Staates denſelben nur zu einem Mittel zur Begründung ſeiner Weltherrſchaft benutzen wollte, ſo blieb für jenen nichts übrig, als ſich an die europäiſchen Mächte anzuſchließen, in deren Natur und Situation es lag, die Unabhängigkeit der Staaten zu ſchützen. Eigentlich dies iſt der Streitpunkt zwiſchen Zaſtrow und Hardenberg, vor dem alle kleine Eiferſüchtelei zurücktritt. Der Eine wollte die fernere Exiſtenz des Staates an das franzöſiſche Syſtem anknüpfen, der Andre ſie durch Widerſtand im Verein mit dem noch unbeſiegten Europa retten. Wie wir angedeutet haben, es muß als eine der vornehmſten Handlungen Friedrich Wilhelms III. betrachtet werden, daß er eben dieſen Gedanken ergriff und ihn zu vollſtrecken unternahm. Es war nicht der Rath Hardenbergs allein, was ihn dazu vermochte; er zog dieſen Miniſter erſt zu den Geſchäften heran, als in ihm ſelbſt die Idee des Widerſtandes zur Reife gedieh. Wenn unter den Beweggründen dafür das perſönliche Verhältniß des Königs zu Kaiſer Alexander und deſſen Verſicherung, ſich von der preußiſchen Sache nicht zu trennen, in erſter Reihe ſtanden, ſo folgte er dabei doch auch dem Impuls, der ihm aus dem Gemeingefühl der Nation erwuchs. Um ihn her gab es eine Partei, die in einer Abkunft mit Frankreich das Heil ſah; aber er wurde von derſelben nicht mit fortgeriſſen. Die lebenskräftigſten Elemente des preußiſchen Staates und der Rückhalt, den ihm Rußland bot, wirkten zu dem Entſchluß zuſammen. Der Entſchluß war hochherzig, aber auch die Gefahr, die er in ſich trug, unermeßlich.

Als man den Vertrag von Bartenſtein vereinbarte, durfte man noch große Hoffnungen hegen. Alles beruhte auf dem erfolgreichen Widerſtande, welchen Ruſſen und Preußen bei Preußiſch-Eylau geleiſtet hatten. Die beiden Mächte hielten ſich für fähig, nochmals die Weichſel zu überſchreiten und Napoleon zurückzudrängen. Noch war Danzig in preußiſchen Händen. Die Engländer verſprachen, mit Hülfe der Schweden, zu denen auch ein preußiſches Corps ſtoßen würde, den Krieg im Rücken der von Napoleon eingenommenen Stellung zu eröffnen. Man glaubte auf eine Inſurrektion in Deutſchland rechnen zu können [1]). Oeſterreich

1) Ein Herr von Lochsberg, der zu dem im Lippe'ſchen angeſiedelten Zweige dieſes Geſchlechtes gehört, giebt von der patriotiſchen Aufregung Kunde,

gab mehr Hoffnung, als bisher, daß es an dem Kampfe Theil nehmen werde.

Vergleicht man nun aber die Kräfte, welche von beiden Seiten in das Feld geführt wurden, so waren die napoleonischen offenbar die stärkeren. Durch eine Combination administrativer und militärischer Maßregeln, welche sein weites Reich umfaßten, wußte er, 400 Lieues von der französischen Grenze entfernt, ein Heer von 150,000 Mann ins Feld zu stellen, während die aktiven preußisch-russischen Truppen sich nicht höher als auf 88,000 Mann beliefen. Und wieder war das Glück vollkommen auf seiner Seite. Die Versuche, Danzig zu entsetzen oder auch nur diesen Platz durch Zufuhr von Munition widerstandsfähig zu machen, mißlangen wie durch ein ungünstiges Geschick. Kalckreuth, der mit der Vertheidigung des Platzes beauftragt war und sie mit Geschicklichkeit leitete, hielt es zuletzt für einen Ruhm, daß er eine im Ganzen ehrenvolle Capitulation erlangte (24. Mai 1807), ungefähr eine solche, wie sie den Franzosen bei ihrem Abzuge aus Mainz im Jahre 1793 bewilligt worden war. Die Unternehmungen in Schwedisch-Pommern griffen nicht auf die beabsichtigte Weise zusammen und mißlangen; die Oesterreicher zeigten eine Haltung gegen die Franzosen, welche drohend war, aber doch nicht gefährlich wurde; und den Unternehmungen der Engländer gegen Constantinopel und Aegypten, die der russischen Politik entsprachen, setzten sich die Osmanen selbst unter französischen Antrieben und die Mamelucken mit glücklichem Erfolg entgegen. Die Serben, die sonst durchaus sich an Rußland anschlossen, suchten jetzt die Unterstützung des französischen Kaisers nach. Die Perser traten in Bund mit Frankreich. Eine höchst umfassende Stellung, die nun mit einer unvergleichlichen Energie behauptet wurde.

Von allen Seiten hatte Napoleon die Hände frei, als der Krieg in Ost-Preußen wieder in volle Flammen ausbrach. An und für sich faßten die Russen den Krieg eben als einen russischen

---

die in dem Kurfürstenthum Hessen vorwaltete, wo zwar der erste Versuch der Opposition mit Gewalt unterdrückt worden, allein der Haß gegen Frankreich und die Liebe zu dem angestammten Fürsten so allgemein seien, daß man auf die größten Anstrengungen aller Kräfte rechnen könne, sobald sich eine Gelegenheit zur Herstellung zeige; und vielleicht noch eifriger seien die Einwohner der von Preußen losgerissenen westphälischen Landschaften; sie seien voll von Enthusiasmus für das Haus Brandenburg und dürstig danach, sich an den Franzosen zu rächen. Vergl. Castlereagh Papers VI, 214.

auf. Der Gedanke regte ſich, daß Rußland am beſten thue, wenn es Oſtpreußen ganz aufgebe und den Angriff Napoleons in dem eigenen Gebiet erwarte. Eine ähnliche Anſicht, wie die, welche der Miniſter Zaſtrow auf preußiſcher Seite mit ausſchließlicher Berückſichtigung der Bedürfniſſe Preußens verfocht. Die beiden Herrſcher theilten dieſe Auffaſſungen nicht. Kaiſer Alexander, der den Krieg als einen allgemein europäiſchen anſah und den zu Bartenſtein gefaßten Plänen beiſtimmte, trieb die ruſſiſche Armee in eine offenſive Bewegung hinein. Die Ruſſen waren ſtark genug, um bei Heilsberg eine geeignete und gut gewählte Poſition zu behaupten, aber doch nicht im Stande, die Franzoſen aus Oſtpreußen zu verjagen, oder dieſes Land gegen Napoleon zu vertheidigen. Man hat es als einen Fehler gegen alle Regeln der Strategie betrachtet, daß Napoleon, indem er den Ruſſen eine entſcheidende Schlacht zu liefern beabſichtigte, zugleich einen Theil ſeiner Truppen gegen Königsberg abgehen ließ; doch hat gerade das vornehmlich zu ſeinem Siege beigetragen. Denn indem Bennigſen, durch falſche Berichte verführt, ſich überredete, die Hauptmacht Napoleons habe ſich gegen Königsberg gewendet, hielt er es für möglich, den auf Friedland vorrückenden Feinden, die er nur für ein vereinzeltes Armeekorps anſah, erfolgreichen Widerſtand zu leiſten. Er würde, ſagte er ſpäter, wenn er die Lage der Dinge gekannt hätte, ſich niemals zu einer großen Schlacht entſchloſſen haben. Napoleon ſah ſeinen Glücksſtern nochmals über ſich; als er vernahm, daß es am 14. Juni ſei, an welchem er ſich mit den Ruſſen ſchlagen müſſe, erweckte die Erinnerung, daß dies der Jahrestag der Schlacht von Marengo war, eine gleichſam fataliſtiſche Zuverſicht zu ſeiner Sache in ihm.

Hören wir den kurzen Bericht, den Bennigſen über den Verlauf der Schlacht ſeinem Kaiſer erſtattete. „Die Franzoſen ſind," ſchreibt er, „den erſten Tag zurückgeworfen worden; den anderen haben die Ruſſen die erneuerten Angriffe derſelben ſtandhaft ausgehalten und ſtarke Colonnen zurückgetrieben. Aber am Abend um 7 Uhr hat der Feind einen allgemeinen Angriff begonnen. Dabei haben die Ruſſen ihre beſten Generale und Offiziere verloren; und dieſem Verluſt iſt es zuzuſchreiben, wenn die Truppen gegen den letzten Angriff nicht Stand gehalten haben" [1]). Er

1) Ein anderer Bericht meldet, daß die Ruſſen vor dem überlegenen Feldgeſchütz der Franzoſen zerſtoben ſeien.

schreibt dies in Allenburg, von wo er, sobald die Truppen sich ein wenig erholt haben, nach Wehlau gehen und sich am Pregel aufstellen wolle, um die Verstärkungen zu erwarten, welche aus Rußland anzurücken im Begriff sind. Der Ton dieses Briefes ist sehr gehalten; die Niederlage erscheint wie ein auf dem Rückzuge, der jedoch nicht weiter erwähnt wird, beinahe zufällig erlittener Verlust. Aber schon, um für das Heranrücken der Verstärkungen Zeit zu gewinnen, hielt Bennigsen eine Unterhandlung mit dem Feinde für nothwendig.

L'Estocq konnte nicht daran denken, Königsberg zu vertheidigen; er hätte fürchten müssen, vereinzelt und vernichtet zu werden. Am 16. nahm Soult die ostpreußische Hauptstadt in Besitz. Hierauf begegneten einander Franzosen und Russen am Pregel. Am Niemen maßen sich einen Augenblick die Pfeile der Kalmücken mit den Gewehren der Tirailleure, die älteste Waffe mit der neuesten; die erste erschien in ihrer geringen Wirkung beinahe lächerlich [1]).

Welch ein Umschlag aller Gesichtspunkte lag nun hierin für Preußen! Man könnte die Bestürzung nicht beschreiben, welche die Nachricht von der Schlacht bei Friedland und von der Einnahme Königsbergs in Memel hervorbrachte, wo man sich auch von den eigenen Truppen entfernt und der Uebermacht eines gereizten Feindes wehrlos ausgesetzt sah. Eine Hoffnung bot sich noch in der bereits beschlossenen Wiederzusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Könige dar; sie fand am 21. Juni in Sczawl, einem alten Jagdschlosse der Könige von Polen, statt. Es war damals im Besitz eines russischen Magnaten, aber ohne die geringste Einrichtung; man war genöthigt, die unentbehrlichsten Mobilien von Juden zu erborgen. Auch Hardenberg war dahin geeilt, noch immer in der Hoffnung, daß seine Politik an der zwar geschlagenen, aber noch keineswegs vernichteten Streitmacht eine Stütze finden würde. Allein er mußte mit Schrecken erfahren, daß sich bereits das ganze russische System verändert hatte. Wir wissen, er war nie ohne Besorgniß gewesen, daß es Napoleon gelingen werde, Kaiser Alexander von der preußischen Sache, von der großen, zu Bartenstein geschlossenen Verbindung loszureißen; er traute ihm nicht genug Energie zu, um im Fall eines Unglücks Widerstand zu leisten. Das Unglück der Waffen aber war es nicht allein, was

1) Am 19. Juni traf Napoleon in Tilsit ein.

den Kaiſer Alexander beſtimmte. Er war ſeines Kriegsheeres nicht mehr mächtig.

In der ruſſiſchen Armee hatte ſich im Laufe der letzten Monate eine ſtarke Oppoſition gegen die Politik des Kaiſers gebildet. Hardenberg hat wohl den Kaiſer darauf aufmerkſam gemacht, dieſer anfangs es nicht glauben wollen, dann aber, nachdem er mit ſeinem Bruder Conſtantin geſprochen, ſich überzeugt erklärt, daß dem ſo ſei. Conſtantin ſelbſt ſtand an der Spitze dieſer Oppoſition, man könnte ſagen, eines ruſſiſchen Partikularismus, der ſich nach der Entſcheidung von Friedland in doppelter Stärke erhob. Es iſt damals mit Beſtimmtheit erzählt worden, der Großfürſt habe den Kaiſer an ſeinen Vater erinnert, der durch ſeine politiſche Halsſtarrigkeit eine gräßliche Kataſtrophe über ſich hereingezogen habe[1]). Wenn es ſich auch nicht ſo verhielte, wurde doch der Kaiſer durch die Stimmung, welche ſeine Armee kundgab, dahin gebracht, daß er den Krieg in der angefangenen Weiſe nicht mehr fortſetzen zu können glaubte.

Bei dieſer unerwarteten Wendung der Dinge ſtieg in Hardenberg der Gedanke auf, daß, wenn Preußen überhaupt gerettet werden ſolle, es nur durch eine Vereinbarung zugleich mit Frankreich und Rußland geſchehen könne[2]). Er faßte die weitausſehende Hoffnung, zu einer ſolchen dadurch zu gelangen, daß Preußen auf die letzten polniſchen Erwerbungen Verzicht leiſte, wozu denn auch die beiden anderen Mächte vermocht werden ſollten. Polen ſollte in dem Umfange wiederhergeſtellt werden, den es vor der zweiten Theilung gehabt hatte; Friedrich Auguſt von Sachſen ſollte König von Polen werden, aber dafür den größten Theil Sachſens an Preußen aufgeben, das ſich wieder zu einer ſtattlichen norddeutſchen Macht erhoben haben würde. Es war ein ſchon in Bartenſtein gemachter Vorſchlag, den Hardenberg aber nun weiter ausbildete. Da Rußland und Oeſterreich für die von ihnen herauszugebenden polniſchen Landestheile entſchädigt werden mußten, ſo richtete er hiefür ſein Augenmerk auf die Türkei, wo ſo eben Sultan Selim durch eine blutige Revolution entſetzt worden war (29. Mai 1807) — zur Strafe dafür, daß er die rechtgläubige Nation der ungläubigen ähnlich mache: ſo ſagte man in Conſtan-

1) Vergl. Hardenbergs Erzählung. Denkwürdigkeiten III, S. 456.

2) Bericht Hardenbergs über die am 21. und 22. Juni 1807 abgehaltenen Conferenzen. Denkwürdigkeiten III, S. 459.

tinopel, wo jetzt die Janitscharen die Oberhand behaupteten. Wie der letzte Krieg immer mit einer Beziehung auf die Türkei durchsetzt worden war, so gab Hardenberg dem Gedanken Raum, daß Eroberungen in der Türkei die Mittel zur allgemeinen Pacifikation darbieten würden [1]).

Die Russen, die im Kriege mit den Osmanen begriffen waren, hatten nichts dagegen; sie sagten nur, der Vorschlag dürfe nicht von ihnen herzukommen scheinen. Napoleon, der die Sache der Türken führte, hatte diesen Gedanken wohl schon selbst gefaßt; er machte ihn ganz zu dem seinen; er hat das damit entschuldigt, daß er mit Selim verbündet gewesen sei, nicht mit den Osmanen [2]). In dem heftigen Conflikt zwischen Frankreich und Rußland, der eben in den Beziehungen zur Türkei seinen unmittelbarsten Ursprung hatte, erhob sich dieser Plan auch aus dem Grunde, weil weder die eine noch die andere Macht in diesem Augenblick, wie die Sachen standen, auf die Osmanen rechnen konnte. Doch täuschte sich Hardenberg, wenn er meinte, daß daraus ein Vortheil für Preußen entspringen könnte. Seine Combination enthielt einen genialen, aber doch chimärischen Gedanken, der sich nur dadurch erklären läßt, daß Preußen durch die Pacifikation zwischen Frankreich, von dem es sich nochmals entfremdet, und Rußland, bei dem es Unterstützung zu finden geglaubt hatte, in eine verzweiflungsvolle Lage gerieth, in der man irgendeine rettende Auskunft suchte. Aber nicht auf den Vortheil Preußens waren die Intentionen der pacisirenden Mächte gerichtet. Zwischen Frankreich und Rußland war bereits ein Waffenstillstand geschlossen (21. Juni), bei dem auf Preußen keine Rücksicht genommen war. Die Aeußerungen des anwesenden russischen Ministers lauteten jetzt feindselig gegen England, nicht mehr gegen Frankreich. Kaiser Alexander erklärte dem König, er könne nichts mehr thun. Die Abwandlung der Gesichtspunkte war ebenso durchgreifend, als sie rasch vor sich ging. Nicht allein von einer Pacifikation mit Frankreich war jetzt bei den Russen die Rede, sondern von einer Verbindung mit demselben. Die Nachgiebigkeit Alexanders kann nicht eigentlich als Charakterschwäche betrachtet werden. Es war

1) Rétablissement d'un Royaume de Pologne ... Translation du Roi de Saxe en Pologne ... La Prusse acquiert la Saxe électorale et la Lusace.

2) Hardenberg in den Denkwürdigkeiten III, S. 492.

zugleich Politik, die zwar nicht in ihm entſtanden, aber doch von ihm ergriffen wurde. Eine Abkunft mit Napoleon bot auch für den Zaren große und unbeſtreitbare Vortheile dar, wenn er nur die Ideen des Bartenſtein'ſchen Vertrages fallen ließ. Dieſe waren durch das Ereigniß von Friedland unausführbar geworden. Der revolutionäre Kaiſer hatte nochmals einen Sieg über die Coalition, an deren Wiederherſtellung man arbeitete, davongetragen. Daß es nur auf ihn angekommen wäre, die Ruſſen bei weiterem Vordringen vollends zu zerſprengen, läßt ſich nicht behaupten. Auch für Napoleon bot es eine große Ausſicht, wenn er Rußland bewog, ſich ſeinem Syſtem überhaupt anzuſchließen. Hatte er nicht den Krieg gegen Preußen hauptſächlich deshalb unternommen, weil er in demſelben eine Vorhut von Rußland und, wie die Dinge damals ſtanden, zugleich von England erblickte? In der erwähnten Botſchaft an den Senat wird dieſe Abſicht, nach welcher ſein Krieg gegen Rußland zugleich gegen England gerichtet war, mit Beſtimmtheit ausgeſprochen. Da kam es ihm nun zu ſtatten, daß auch zwiſchen Rußland und England Zwiſtigkeiten ausgebrochen waren.

Kaiſer Alexander hatte eine Anleihe von ſechs Millionen Pfund von England verlangt, wovon eine Million ſogleich gezahlt werden ſollte, um bei ſeiner Rüſtung verwendet zu werden. Die Bedingungen waren denen ähnlich, welche einſt bei der Entzweiung der Engländer mit Preußen dem Kaiſer Franz bewilligt worden waren; dabei aber hatten ſich mannichfaltige Schwierigkeiten ergeben, und in England wies man eine ähnliche Verpflichtung gegen Rußland geradezu ab. Es iſt doch auffallend, wie ſehr dieſe engliſche Sparſamkeit der franzöſiſchen Uebermacht mehr als einmal nützlich geweſen iſt. Wären im Jahre 1794 die engliſchen Subſidien nicht ſiſtirt worden, ſo würde Friedrich Wilhelm II. nochmals ins Feld gegangen ſein: an den Frieden von Baſel wäre nimmermehr zu denken geweſen. Jetzt verſagte England auch dem ruſſiſchen Kaiſer die Mittel, deren er bedurfte, um ſeine Kriegsmacht in Preußen in einen Stand zu ſetzen, der einen beharrlichen Kampf gegen Napoleon möglich gemacht hätte. Ueberdies war der alte Hader, der ſich auf das Seerecht bezog, zwiſchen Ruſſen und Engländern aufs neue ausgebrochen. Einige ruſſiſche Fahrzeuge waren an der franzöſiſchen Küſte genommen worden; die Engländer beſtanden auf der ſtrengen Ausführung ihrer Herrſchaft über die See, ohne Rückſicht auf die Rechte der Neutralen.

Wenn nun Napoleon immer die Abſicht kundgegeben hatte,

die englische Seeherrschaft von dem Continent her zu bekämpfen, so bot sich ihm jetzt eine kaum erwartete Gelegenheit dazu dar. Die Russen waren es müde, den Krieg gegen Frankreich in Verbindung, wie einst mit Oesterreich, so jetzt mit Preußen zu führen. In der Armee gab sich, wie erwähnt, ein Widerwille gegen die Fortsetzung des Krieges kund, den man an dem preußischen Hofe bitter empfand, wie er denn auch in Bezug auf die Waffengemeinschaft sehr ungerechtfertigt war. Die Russen begehrten eine Uebereinkunft mit Napoleon, vor welcher die Ideen ihres Kaisers zu Gunsten einer allgemeinen Restauration zurücktreten mußten. Es war ihnen genug, wenn sie in ihren türkischen Unternehmungen von den Franzosen nicht gehemmt wurden. Man traf darüber ein Abkommen, durch welches die beiden Fürstenthümer neutralisirt und die früheren Ansprüche der Russen, wenngleich nicht ausdrücklich anerkannt, doch auch nicht für ungültig erklärt, vielmehr einer ferneren Convention vorbehalten wurden. Unter diesen Umständen konnte Alexander auf den Vorschlag Napoleons eingehen, sich dem Continental-System anzuschließen, in dessen Ausbildung dieser Fürst soeben mit einem Eifer begriffen war, als liege darin die Wohlfahrt der Welt.

Der Friede, welchen Rußland und Frankreich zu Tilsit schlossen, war zugleich Allianz gegen England. Man vereinbarte, daß den Engländern in Bezug auf das Seerecht und die Rückgabe der Colonien Vorschläge gemacht werden sollten, von denen sich mit Gewißheit voraussehen ließ, daß sie dieselben niemals annehmen würden. In diesem Falle aber versprachen Rußland und Frankreich einander, gemeinschaftliche Sache zu machen, nicht allein gegen England, sondern gegen alle die Staaten, die mit England verbündet seien und es bleiben würden. Welche Eventualitäten aber lagen hierin? Frankreich und Rußland nahmen Bedacht, auch die Höfe von Schweden, Portugal, Dänemark zu ihren Maßregeln herbeizuziehen. Die Absicht ging auf die Ausdehnung der commerziellen Feindseligkeit Frankreichs gegen England über den Continent. Wie nun aber, wenn die Mächte an England festhielten, wie man dies von Portugal und Schweden nicht anders erwarten konnte? Dann traten neue politische Verhältnisse im Norden und Süden ein.

Der König von Schweden hatte seinen Krieg gegen Frankreich erst eröffnet, als bereits Alles verloren war; es war nur ein Nachspiel des Feldzuges, wenn er genöthigt wurde, Pommern und Rügen zu verlassen. Der König von Preußen konnte ihn nicht unter-

ſtützen; Rußland nahm ſogar eine feindſelige Richtung gegen Schweden, mit dem es in uraltem nationalen Gegenſatze begriffen war. Peter der Große lebte gleichſam wieder auf, wenn der ruſſiſche Hof den Gedanken faßte, ſich der ſchwediſchen Colonie Finnland, die noch mehr als einmal für St.-Petersburg gefährlich erſchienen war, auf immer zu verſichern; dazu bot nun die mit Schweden von jeher verbündet geweſene Macht, Frankreich, ſelbſt die Hand. In deſſen eigenem Intereſſe lag es jetzt, wenn Rußland die Schweden angriff.

Den Franzoſen ihrerſeits war nicht viel weniger an der Beſetzung von Portugal gelegen. Vor den letzten Ereigniſſen war von einer gemeinſchaftlichen Occupation Portugals zwiſchen Frankreich und Spanien die Rede geweſen. Wenn ſeitdem die Spanier doch auch wieder Abneigung gegen die franzöſiſche Politik gezeigt hatten, indem ſie Sicilien dem Hauſe Bourbon nicht entreißen laſſen wollten, ſo lag darin für Napoleon ein Motiv, keine neuen Verwicklungen zu erwarten, ſondern das alte Project unmittelbar auszuführen. Auch Rußland fügte ſich jetzt in die Beſitznahme Siciliens durch einen Napoleoniden, ſo daß das Einverſtändniß Napoleons mit Rußland die Bourbonen vollends iſolirte. Napoleon durfte darauf rechnen, daß er bei der Beſitznahme Portugals keinen Widerſtand von den ſpaniſchen Bourbonen zu fürchten habe; auch dieſen ſollte vielmehr ein Antheil an der Beute zufallen; ein ſpaniſches Kaiſerthum, das ſich über Europa und Amerika ausdehnen ſollte, wurde in Ausſicht geſtellt. Es waren Abſichten, welche ſich über die beiden Hemiſphären erſtreckten.

Zugleich mußte Rußland, wenn es Frieden haben wollte, auf die Umgeſtaltung Deutſchlands, gegen welche es die Waffen erhoben hatte, eingehen; es mußte den Umfang des napoleoniſchen Reiches dem Dubril'ſchen Vertrage gemäß mit einigen Modificationen anerkennen. Es trat den Beſitz der ſieben Inſeln an Napoleon ab, der die Erwerbung der Herrſchaft im Mittelmeer unverrückt im Auge behielt. Auch von einer Gewährleiſtung der beiderſeitigen Intereſſen in Bezug auf das osmaniſche Reich iſt hiebei die Rede geweſen. Wer hat nicht von den Entwürfen gehört, welche Napoleon und Alexander dort unter ſich vereinbart haben ſollen?

Man nimmt an, daß der franzöſiſche Kaiſer dem ruſſiſchen den Vorſchlag dazu gemacht, durch dieſen Vorſchlag ſeinen Ehrgeiz und ſeine Phantaſie angeregt und ihn gewonnen habe. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß Rußland Moldau und Wallachei,

Bessarabien und Bulgarien habe erhalten sollen, Frankreich dagegen Albanien, Thessalien, Morea und Candia[1]). So lautet auch in der Hauptsache der Entwurf von Sczawl, nur daß für Rußland auch Rumelien, für Frankreich Livadien und die Inseln des Archipels bestimmt werden.

Wir stehen jedoch davon ab, Pläne zu erörtern, die einen phantastischen Beigeschmack haben. Zuverlässig ist nur das, was der Allianz-Vertrag zwischen Rußland und Frankreich enthält. In dem achten Artikel desselben sind die Fälle bestimmt worden, von denen doch sehr wahrscheinlich war, daß sie eintreten würden, in welchen Frankreich und Rußland gemeinschaftliche Sache gegen die Osmanen zu machen und denselben ihre Provinzen in Europa, nur mit Ausnahme von Constantinopel und Rumelien, zu entreißen vereinbarten[2]).

Indem die beiden großen Mächte gleichsam die Herrschaft über Europa miteinander zu theilen den Anlauf nahmen, mußten ihnen die Angelegenheiten eines so machtlosen Staates, wie damals der preußische war, in den Hintergrund treten. Für Preußen war der Umschwung der Dinge, die Vereinigung der Mächte, die soeben noch im heftigen Kampfe gestanden, verhängnißvoll. Vor der Schlacht von Friedland konnte sich Hardenberg schmeicheln, sein Ziel, das Zustandebringen einer großen Coalition gegen Napoleon, demnächst wirklich zu erreichen. Er zweifelte nicht, daß England seinem System der Sparsamkeit entsagen, effective und nachhaltige Hülfe leisten würde. Die in London eingeleiteten Unterhandlungen führten soeben zu einem Vertragsentwurf, der die engste Vereinigung anzukündigen schien. Die Differenzen über Hannover waren bereits geschlichtet. Preußen hatte sich bereit erklärt, nicht nur das ihm gebliebene Gebiet auf das Aeußerste zu vertheidigen, sondern auch alle Kräfte zur Wiedererlangung des Verlorenen anzustrengen. Dazu verhieß England die für die damaligen Ver-

1) Thiers, 7, 517.

2) La France fera cause commune avec la Russie contre la Porte Ottomane, et les deux H. P. conviendront pour soustraire toutes les provinces de l'Empire Ottoman en Europe, la ville de Constantinople et la province de Roumélie exceptées, au joug et aux vexations des Turcs. Unbedingt authentisch sind diese Worte nicht; dem Redacteur der neuesten Sammlung der französischen Verträge, Declercq, sind sie nicht im Original mitgetheilt worden. Er folgt dabei den Notizen, welche Bignon gegeben hat; er bezeichnet diese als Aufzeichnung à peu près littérale.

hältniſſe ſehr beträchtliche Summe von einer Million Pfund in verſchiedenen Raten beizuſteuern [1]). Jetzt aber ließ ſich dieſe Convention nicht mehr ausführen.

An ſich war es dem Miniſter Hardenberg erwünſcht, daß ein engliſcher Bevollmächtigter, Lord Gower, in dieſem Augenblick in Memel eintraf. Er hatte die Abſicht, denſelben zu den Conferenzen in Sczawl herbeizuziehen. Schon war jedoch die Abneigung der Ruſſen gegen eine Verbindung mit England eine ſo ausgeſprochene, daß Hardenberg ſelbſt den engliſchen Bevollmächtigten bitten mußte, nicht zu kommen.

Statt mit England die beabſichtigte Coalition gegen Napoleon zu Stande zu bringen, wurde Preußen vielmehr genöthigt, ſich der Allianz Frankreichs und Rußlands gegen England anzuſchließen. Der preußiſche Staat hatte eben keinen ſelbſtändigen Willen mehr; ſein Schickſal hing überhaupt von dem Verhältniß der beiden Kaiſer und der beiden Reiche ab.

Auf feine Weiſe hatte Napoleon eine Zuſammenkunft mit dem Zaren, wie denn von einer ſolchen ſchon vor der Schlacht bei Auſterlitz die Rede geweſen war, in Vorſchlag bringen laſſen. Alexander ging jetzt mit einer Art von haſtiger Begier, den großen Gegner, der ihm in der Welt gegenüberſtand, kennen zu lernen, auf dieſen Vorſchlag ein. Die Zuſammenkunft fand am 25. Juni ſtatt und zwar, nach Sitte der älteſten Zeit, auf dem Fluß, der die Gebiete ſcheiden ſollte. Auf dem Niemen war eine Flöße hergerichtet, auf der man einen anmuthig verzierten Pavillon angebracht hatte, in welchem zuerſt Napoleon und Alexander zuſammentrafen, denen ſich ſpäter Friedrich Wilhelm III. beigeſellte. Daß dabei von den großen Geſchäften geſprochen worden ſei, iſt doch nicht ſo gewiß, als man annimmt; bei ſeiner Rückkehr hat Alexander ausdrücklich verſichert, es ſei von nichts Wichtigem die Rede geweſen. Auf den König von Preußen hatte es faſt den meiſten Eindruck gemacht, daß Napoleon die preußiſche Militär-Verfaſſung kritiſirte, beſonders die Stellung der Hauptleute, welche ihnen Gelegenheit zur Bereicherung verſchaffe. Der König bemerkte: das habe er ja immer geſagt; aber er zeigte doch einige Verſtimmung darüber.

Abgeſehen von allem Nebenſächlichen, muß die Zuſammenkunft als eine der großartigſten Erſcheinungen der neueren Weltgeſchichte

1) Traité de subsides signé le 27 juin 1807 par le Baron de Jacobi-Kloest avec l'Angleterre, non avenu par les circonstances.

betrachtet werden: das Oberhaupt des revolutionären Frankreichs, der kriegsgewaltige Corse, erschien den Nachfolgern Friedrich's II. und Katharina's II. gegenüber nicht allein als ebenbürtig, sondern als ihr Besieger. Der Kaiser von Rußland und der König von Preußen begleiteten ihn bei seinen Truppenbesichtigungen, gleich als seien sie, wie man damals gesagt hat, seine Adjutanten.

Napoleon machte in der Mitte seiner Generale den Eindruck unüberwindlicher Energie und Superiorität; patriotische Preußen, die ihn sahen, haben ausgesprochen [1]): Niemand werde ihn zu Grunde richten, er werde Alles zermalmen; sie betrachteten ihn als den Mann des Schicksals. Weniger wurde er an dem Hofe der Königin von Preußen bewundert. Die Damen derselben haben ihn als den incarnirten Erfolg bezeichnet, mit einer Art von Widerwillen. Das Allerfalscheste war es wohl, die stolze und schöne Königin mit ihm in Berührung zu bringen, das Gemüth, welches sich über erfahrene Beleidigungen hinwegsetzt, um dem Lande zu nützen, mit dem Manne des Calcüls, der nur die zukünftigen Erfolge berechnet. Auf den Grund, daß Napoleon geäußert hatte, er wolle den König gut behandeln, wenn man ihm nur Vertrauen beweise, hat die Königin denselben zu großherziger Mäßigung aufgefordert: denn nur dadurch werde er den König zu seinem Freunde machen; aber unmöglich werde das sein, wenn er ihn schwäche und erniedrige. Napoleon war liebenswürdig, wie er zu sein wußte; er ließ freundschaftliche Versicherungen verlauten, welche die Königin mit Hoffnung erfüllten. Aber des anderen Tages sagte er laut, das seien alles nur Phrasen der Höflichkeit gewesen; er sah es als einen Triumph an, daß die vielgerühmte, noch immer in Schönheit strahlende Fürstin, der er Geist und Beredtsamkeit zuschreibt, sich bewegen ließ, ihn zu bitten; er gefiel sich in dem Gedanken, daß er standhaft genug gewesen sei, deren Bitten kein Gehör zu geben [2]).

Wie er seine imperatorischen und dynastischen Entwürfe an

---

1) Altenstein an Schön, den 5. Juli 1807: „Diesen werdet ihr nicht zermalmen, war mein Gedanke, als ich ihn betrachtet hatte und die anderen Herren um ihn stehen sah. Er ist von Gott gesandt, die Schwäche zu zermalmen und Kraft zu erregen." Aus den Papieren des Ministers von Schön II, S. 24.

2) Vergl. Denkwürdigkeiten III, S. 301, und A. v. R., Sophie Schwerin S. 324. Die Erzählungen über diese Zusammenkunft sind mit Ueberlieferungen ausgeschmückt, die zugleich eine politische Tendenz und eine poetische Färbung haben.

der Saale und der Elbe gefaßt hatte, ſo wollte er ſie jetzt zur Ausführung bringen. Hardenberg hatte ſich geſchmeichelt, durch perſönliche Unterhandlungen noch etwas auszurichten. Graf Kalckreuth, der zuerſt zu Napoleon geſchickt wurde, war eigentlich nur beſtimmt, die Unterhandlung zu eröffnen, die Hardenberg dann führen ſollte.

Aber die Art und Weiſe Napoleon's war es, die Handlungen ſeiner Gegner und ihrer Miniſter zu verfolgen. So hat er den Cardinal Conſalvi aus dem Staatsſecretariat des römiſchen Stuhles vertrieben und ſpäter einmal in Preußen ſelbſt die Entlaſſung des Miniſters Stein beinahe zu einer Friedensbedingung gemacht. Hardenberg war ihm vorlängſt widerwärtig geweſen; er war der Vermittler einer werdenden Coalition, die jetzt auseinandergeſprengt worden war. Mochte nun Napoleon von der Convention zu Bartenſtein Kenntniß haben oder nicht, ſo viel leuchtete aus der ganzen Haltung Hardenberg's hervor, daß er in den Ideen einer künftigen Reſtauration lebte. Genug, Napoleon weigerte ſich, mit Hardenberg zu unterhandeln: er wollte ihn nicht als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten am preußiſchen Hofe dulden. Der Grund, den er angab, war, daß Hardenberg einſt, indem er einen Beſuch Laforeſt's zu empfangen vermied, die franzöſiſche Nation und ihn ſelbſt beleidigt habe. Zu den Erfolgen des Sieges gehörte es, daß der Mann, in dem ſich die Idee der Theilnahme Preußens an dem Widerſtande gegen die allgemeine Domination Frankreichs hauptſächlich repräſentirte, aus den Geſchäften entfernt wurde. Kalckreuth war nun gewiß der Mann nicht, um den franzöſiſchen Anforderungen widerſtehen zu können; er nahm einen Waffenſtillſtand an, wie man ihn von franzöſiſcher Seite verlangte, ſo viel ſich auch dagegen einwenden ließ. Man geſellte ihm den aus St.-Petersburg zurückgekommenen Grafen Goltz bei; aber auch der konnte nicht zu der mindeſten Einwirkung gelangen.

Alles wurde dadurch beſtimmt, daß Napoleon aus dem Machtbereich und Gebiet von Preußen zwei neue Staaten bildete: aus den polniſchen Provinzen das Herzogthum Warſchau, das dem Könige von Sachſen zu Theil wurde, und im Weſten der Elbe das Königreich Weſtphalen, dem er ſeinen jüngſten Bruder Hieronymus zum Könige gab. Das neue Königreich wurde aus den Gebieten der alten verbündeten Häuſer, Heſſen und Braunſchweig, und den preußiſchen Landſchaften jenſeit der Elbe zuſammengeſetzt. Es waren die älteſten unvermiſchteſten deutſchen Populationen, die jetzt

einem französischen Machthaber unterworfen wurden. Dadurch nun wurde der Rheinbund, den Preußen hatte bekämpfen wollen, mächtig verstärkt. Napoleon benachrichtigte seinen Bruder von dessen Erhebung auf den Thron am 7. Juli, unmittelbar nach dem Abschluß mit Rußland, ehe er mit Preußen abgeschlossen oder auch nur unterhandelt hatte. Ueber den Frieden von Tilsit, insofern er Preußen betraf, ist eigentlich mit dieser Macht gar nicht unterhandelt worden.

Die Bedingungen der Friedens wurden von Napoleon in einigen Dictaten festgesetzt, die er zuerst an Kaiser Alexander gelangen ließ. Alle Erinnerungen, die an diesen ergingen, um ihn an seine Verpflichtungen gegen Preußen zu mahnen, waren vergeblich. Hardenberg sagt, er habe das Steuerruder verloren und sich gestellt, als führe er es noch. Die Bedingungen wurden dem Grafen Goltz von Talleyrand, der sie auf einzelnen Blättern aus seinem Portefeuille hervorzog, eingehändigt, mit der Aeußerung, daß darin keine Aenderung vorgenommen, noch auch Verzug für ihre Annahme gestattet werden könne; am 9. Juli sind sie von Kalckreuth und Goltz unterschrieben worden.

Napoleon nahm recht geflissentlich die Miene an, daß es nur die Rücksicht auf Rußland sei, durch die er bewogen werde, dem Könige von Preußen den Besitz der Landschaften, die er ihm ließ, zu gönnen. Alles aber, was zwischen Elbe und Rhein zu Preußen gehört hatte, wurde aufgegeben. Das neue Königreich Westphalen und seinen Bestand erkannte der König von Preußen an. Es war der erste Gedanke Napoleons gewesen, Preußen von Deutschland auszuschließen. Jetzt verkündigte er seinem Senate mit Selbstgefühl, daß ein französischer Prinz an der Elbe herrschen werde. Preußen sollte nur eben eine intermediäre Macht zwischen Frankreich und Rußland sein; die Elbe und der Niemen sollten seine natürlichen Grenzen bilden. Rußland wurde sogar auf Kosten Preußens vergrößert, um diese Grenzen zu consolidiren. Sich der Sache der Polen, wie diese es wünschten, im Großen und Ganzen anzunehmen, wurde Napoleon durch die mit Rußland eingegangene Allianz verhindert. Nur die aus den späteren Theilungen für Preußen erwachsenen Vergrößerungen wurden demselben entrissen und zu dem Herzogthum Warschau gestaltet, was insofern doch eine Bedeutung für die Ausbildung der revolutionären Ideen hat, als französische Einrichtungen, wiewohl mit großer Schonung des Bestehenden, eingeführt wurden und die ihnen zu Grunde liegenden Begriffe sich weiter Bahn

machten. Der Verluſt der Provinz und die Auseinanderſetzung darüber waren für Preußen gleich empfindlich; ſelbſt das Privateigenthum wurde davon betroffen.

Bei alledem blieben doch dem Könige die vier großen Provinzen, die den Kern der Monarchie ausmachten: Preußen, Pommern, Schleſien und die Mark Brandenburg. Dieſe Provinzen haben das Gemeinſame, daß ſie deutſche Colonien auf dem altſlawiſchen Boden bilden, ſo daß die Ausdehnung der deutſchen Nation nach dem Oſten in ihnen beſonders ſich darſtellt; ſie blieben in dem geographiſchen Zuſammenhange, den ihnen Friedrich der Große gegeben hatte.

Dieſer Beſitz wurde aber dadurch verkümmert, daß wenige Tage nach dem Friedensabſchluß von Tilſit ein Vertrag zu Königsberg eingegangen werden mußte, der, an einen Artikel des Friedens anſchließend, zwar die allmähliche Räumung der Provinzen verfügte, allein unter der Bedingung, daß die dem Lande auferlegte Contribution abgezahlt, oder für den Reſt derſelben ſolche Sicherheiten ausgeſtellt würden, die der Generalintendant Daru für gültig anerkenne. Man verſäumte, die Summe der Contribution zu beſtimmen ſowie die Art und Weiſe der Zahlung, während doch die Einziehung der landesherrlichen Steuern für den König davon abhing. Drei franzöſiſche Armeecorps blieben auf preußiſchem Gebiete ſtehen.

So wurde dem Verluſt der weſtlichen Landſchaften ein Druck auf den Staat, inwiefern er conſervirt wurde, hinzugefügt, der die Kräfte deſſelben feſſelte und großentheils verzehrte. Von der Zahlung der Contribution, die nicht aufzubringen war, wurde die Befreiung des occupirten Landes abhängig gemacht. Die Lage war verzweiflungsvoll.

Eben an dieſen Moment der tiefſten Erniedrigung von außen knüpfte ſich die Idee der Regeneration von innen her.

Denn nicht ein Spielball zwiſchen den beiden großen Mächten ſollte Preußen werden, ſondern auf ſeinen eigenen Füßen mußte es ſtehen, wenn es jemals in der Welt etwas bedeuten wollte.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederherstellung (1806—1813).

Dritter Abschnitt.

Innerer Umschwung. Aeußere Bedrängnisse. 1807—1809.

Erſtes Capitel.

Umbildung der inneren Regierung.

Die Meinung, daß in der Civilverwaltung der erſten Jahre Friedrich Wilhelms III. Alles verdorben und zum Untergange reif geweſen, darf man nicht geradehin wiederholen. Auch die, welche dieſelbe reformiren wollten, erkannten doch an, daß darin mehr Ordnung und Ehrlichkeit geherrſcht habe, als in den meiſten anderen Staaten der Zeit. Wenn dem preußiſchen Beamtenweſen der Vorwurf gemacht wird, daß die Anſtellungen zugleich als perſönliche Verſorgungen betrachtet worden ſeien, ſo kann man fragen, wo und wann das in einem monarchiſchen Staat anders geweſen iſt. Aber wie ſchon oben berührt, nach dem Tode Friedrich's II. fehlte es an der ſtarken Hand, die das ganze Syſtem nach Einem Ziele leitete. Die Ausdehnung, die es bei den Erweiterungen des Staates erfuhr, wirkte dazu mit, die Beamtenwelt ſelbſtändiger zu machen. Ein allgemeiner Formalismus nahm überhand, gegen den wenig auszurichten war. Nicht als ob es an Beſtrebungen zur Verbeſſerung gefehlt hätte: in allen Zweigen der Adminiſtration gab es gute Köpfe, welche nach einer Verbeſſerung trachteten; allein ſie konnten nicht durchdringen. Die Miniſter ſelbſt konnten es nicht; häufig waren ſie untereinander entzweit.

Bei dieſem Verhältniß der Behörden war nun das Kabinet des Königs zu einer großen Wirkſamkeit gelangt. Wie Beyme einmal ſagt, die Kabinetsräthe mußten den gegenſeitigen Streit der Behörden verhüten; indem ſie aber auch die Miniſter ſelbſt unter ihrer Einwirkung zu halten ſuchten, gaben ſie den untergeordneten Behörden ein Gefühl von Widerſtandskraft gegen dieſelben, welches eine gewiſſe Inſubordination veranlaßte, ſo daß alle wichtigen Entſcheidungen an die Kabinetsräthe gelangten. Sie repräſentirten die höchſte Autorität, ſie handelten unter dem perſönlichen Einfluß

des Monarchen. Aber dieser selbst kam in den Fall, mit seinen Ideen, die in vielen Beziehungen auf Reformen zielten, nicht durchdringen zu können. Das Kabinet griff in Alles ein, ohne jedoch zu einer eigentlichen Leitung der Geschäfte zu gelangen. Alles war von Rücksichten bedingt, welche die Gedanken durchgreifender Verbesserungen zwar nicht erstickten, aber doch lähmten und nicht zur Ausführung kommen ließen. Auch die Autorität, welche Graf Haugwitz in den auswärtigen Angelegenheiten ausübte — denn in die inneren griff er wenig ein —, beruhte auf seiner Verbindung mit dem Kabinet, besonders mit dem Kabinetsrath Lombard. Der ganze Zustand entsprach dem System des Friedens und der Mediation, in welchem man lebte und das man aufrechtzuerhalten bemüht war. Auch ließ sich wohl denken, daß es einer schwankenden und nicht eben starken französischen Regierung gegenüber, wie die des Directoriums war, sich behauptet haben würde; aber im Kampfe mit Napoleon, der die kriegerischen Tendenzen der französischen Republik durch das Glück seiner Waffen verdoppelte und eine universale Herrschaft auf dem Kontinent anstrebte, war ein solcher Gedanke unmöglich.

Indem in Frankreich alle Kräfte zu dem Einen Zweck des Krieges zusammengenommen wurden, kam in Preußen die militärische Organisation, welche das Wesen der Monarchie constituirte, doch nicht zu voller Erscheinung. Civilverfassung und militärische Einrichtungen griffen nicht gehörig ineinander. Ich will davon nur ein Beipiel anführen, welches schlagend ist. Dem kampfgerüsteten und unzuverlässigen Feinde gegenüber blieben die preußischen Festungen vernachlässigt, nicht weil die Militärbehörden ihre Aufmerksamkeit nicht darauf gerichtet hätten, sondern weil es die finanzielle Verwaltung nicht gestattete. Die Einrichtung war, daß die Erträge der Kassen und die für die Ueberschüsse angemessen scheinende Verwendung zusammen alljährlich dem Könige vorgelegt wurden, nach den verschiedenen Zweigen der Administration. Von den Summen der Ueberschüsse aber hing es ab, was man etwa vornehmen könne. Da hatten sich nun seit einiger Zeit keine Ueberschüsse gefunden, die zur Verbesserung der Mängel in den Festungen, wiewohl man dieselben kannte, hätten verwendet werden können, was keine Gefahr zu haben schien, solange das System des Friedens und der Neutralität anhielt. Auch in anderen Zweigen ließ sich Aehnliches wahrnehmen. Es gab eben kein Mittel, um die Centralverwaltung in Stand zu setzen, dem augenscheinlichen Bedürfnisse gerecht zu werden. Der Fehler des Grafen Haugwitz lag vor Allem

darin, daß er in einer plötzlichen Aufwallung den Krieg, den er eigentlich nicht wollte, doch provocirte, ohne eine nachdrückliche Vertheidigung irgendwie vorbereitet zu haben. Mit der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt war die Sache, die man verfocht, überhaupt so gut wie verloren. In jeder anderen Beziehung wurde der militärische Staat ungerüstet gefunden. Der unerwartete und schimpfliche Fall der Festungen trug zu dem Verderben nicht weniger bei, als die Niederlage selbst. Der allgemeine Ruin brachte es mit sich, daß das ganze System, wie es vor dem Kampfe gewesen war, nicht behauptet werden konnte, sondern zu Grunde gehen mußte.

Schon vor der Katastrophe ist, wie oben erwähnt worden, das Ungenügende dieses Zustandes sehr ernstlich zur Erwägung gekommen. Der Finanzminister Freiherr von Stein, der in seinem eigenen Fache, besonders bei den Geldgeschäften und dem Bankwesen, die obwaltenden Schäden schonungslos angriff, brachte auch die Unzuträglichkeit der allgemeinen Verwaltungszustände mit der ihm eingeborenen Energie zur Sprache. Was ihn dazu bewog, waren nicht allein die inneren Mängel, sondern auch die äußeren Gefahren, das allgemeine Mißtrauen, welches die Politik des Grafen Haugwitz und sein Einverständniß mit dem Kabinetsrath Lombard erweckten. Wir bemerkten schon, daß weder Stein noch die Mitglieder des Hofes und der Verwaltung, die sich ihm einige Zeit darauf anschlossen, einen vollkommenen Begriff von der Politik des Königs hatten; sie urtheilten nach den Eindrücken, welche das politische Verhalten der Regierung in aller Welt hervorrief. Aber die hieraus entspringende Remonstration war in ihrem allgemeinen Inhalt, der das Innere und das Aeußere umfaßte, keineswegs ohne Grund. Man wollte sich der Kabinetsräthe entledigen, die einen überwiegenden Einfluß, aber keine Verantwortlichkeit hatten, und denen die öffentliche Stimme alles Unheil zuschrieb.

Nachdem die großen Unglücksfälle erfolgt waren, traten diese Tendenzen in den Vordergrund. Den nächsten unmittelbarsten Anlaß dazu gab der Rücktritt des Grafen Haugwitz nach den Berathungen von Osterode (November 1806) und die dadurch eintretende Nothwendigkeit, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anderweitig zu besetzen. Lombard, von allgemeinem Haß betroffen, einmal gefangengesetzt, dann wieder befreit, erschien nicht mehr in der Nähe des Königs; aber Beyme hatte sich im Kabinet gehalten. Eigentlich auf dessen Rath war es, daß das

vacante Miniſterium dem Miniſter Stein angeboten wurde. Stein lehnte die Stellung, zu der er nicht hinreichend vorbereitet ſei, ab und richtete die Aufmerkſamkeit wieder auf Hardenberg, der, immer noch Kabinetsminiſter, doch damals von allen Berathungen ferngehalten wurde. Seinerſeits aber brachte nun Stein die früheren, gegen die Kabinetsregierung erhobenen Beſchwerden wieder zur Sprache. Nicht gegen die königliche Autorität waren dieſelben gerichtet, ſondern gegen die Dazwiſchenkunft einer intermediären Behörde in der Regierungsgewalt. Die Miniſter, ſagte er in ſeinem Antwortſchreiben an den König, die entſchloſſen ſind, alle ihre Kräfte dem königlichen Intereſſe und dem Wohle der Nation zu widmen, fühlen ſich auch werth, mit der Verantwortlichkeit für die in ihren Geſchäftskreis fallenden Maßregeln die freie Einleitung und eine unmittelbare Erwägung derſelben mit dem Könige ſelbſt zu erhalten. Aber zwiſchen König und Miniſter habe ſich eine Kabinetsregierung eingedrängt, die auf das Verhältniß der Miniſter ſelbſt zu ihren Beamten zurückwirke. Er erinnert daran, daß man auf Vernichtung dieſer Form angetragen habe, ſobald ihre Unzuträglichkeit erkannt worden ſei. Schrecklichen Ereigniſſen, ſo fährt er fort, ſeien ſchrecklichere gefolgt. Vereinzelt, wie ſie ſeien, vermögen die Miniſter nicht, die Kraft zu vereinigen, welche den erſten Anfang beſſerer Zeiten bereiten könnte. Denn nicht allein auf Weiterführung der Regierung, ſondern zugleich auf Wiederherſtellung der Macht war die Abſicht gerichtet. Wenn der König, ſo ſagt Stein ferner, ſeine Miniſter in ein Conſeil verſammele und die ihm vorgelegten Pläne mit der ihm eigenen väterlichen Liebe zu ſeinen Unterthanen leite, ſo würden die abgeriſſenen Provinzen zum Entſchluß gefahrtrotzender Anſtrengung aufgerichtet, und in den anderen, die man noch innehabe, würde der trüben Hoffnungsloſigkeit geſteuert werden, die allem edlen wie guten Willen Feind ſei.

Die Einreden gegen das Kabinet waren, wie man ſieht, dergeſtalt von Anfang an mit der Idee zur Herſtellung der Monarchie verbunden. Der Kabinetsrath Beyme, ein wiſſenſchaftlich gebildeter Mann, im Allgemeinen einer liberalen Richtung zugewandt, war nicht unempfänglich für dieſe Idee, noch auch blind gegen die Mängel der Verfaſſung. Aber das Uebel erblickte er in der Mannichfaltigkeit der nebeneinander aufgerichteten Behörden, zwiſchen denen ein innerer Krieg ausbrechen würde, wenn das Kabinet nicht über ihnen beſtände. Er behauptete, niemals ſei durch das Kabinet etwas Gutes verhindert worden; vielmehr habe

es die Abſchaffung der Mißbräuche, allgemeine Verbeſſerungen angeſtrebt; es habe in dem ſteifen Feſthalten der Behörden an dem einmal Hergebrachten Hinderniſſe gefunden. Die Miniſter ſämmtlich in ein Conſeil zu vereinigen, würde keinen Vortheil bringen; aber ſehr nützlich könne es werden, die drei vornehmſten derſelben, den Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, den Kriegsminiſter und einen dritten, den er als Directorialminiſter für das Innere bezeichnet, um den König zu verſammeln, mit denen derſelbe alle großen Angelegenheiten des Staates, beſonders jede neue Einrichtung, unmittelbar erwägen könne. Beyme hielt für möglich, eine ſolche Einrichtung mit dem bisherigen Syſtem zu vereinigen; ein Kabinetsrath ſollte das Protokoll in den Sitzungen führen und die Ausfertigung der unmittelbar zu vollziehenden königlichen Befehle übernehmen [1]).

Durch dieſe Erklärung Beyme's wurde nun aber Stein bei weitem nicht befriedigt. Die Verbindung eines Miniſterconſeils mit dem Inſtitut der Kabinetsräthe verwarf er unbedingt. Er ſagt: der König wähle und entlaſſe ſeine Miniſter; weshalb ſolle er ſich vertrautere Räthe, als ſie, zur Beurtheilung eines jeden von ihnen vorgetragenen Planes und Entſchluſſes für ſeinen näheren Zutritt wählen?

Die Frage iſt von einer univerſalen Bedeutung für die Monarchie. Sollte der Fürſt an die Gutachten der Verwaltungsbehörden, von denen jede doch nur einen Zweig umfaßt, und bei denen auf keine volle Uebereinſtimmung zu zählen iſt, gebunden ſein? Oder ſoll er in ſeinem Kabinet noch Räthe haben, um dieſelben zu prüfen und eine unabhängige perſönliche Entſcheidung zu faſſen? Die beiden Unzuſtändigkeiten, die eine, daß Beſchlüſſe ohne Theilnahme der Miniſter gefaßt werden, und die andere, daß die Miniſter untereinander nicht zuſammenſtimmen, führten, wohlbetrachtet, zu dem Schluſſe, daß es einen dirigirenden Kabinetsminiſter geben müſſe, der, in ununterbrochener Beziehung zu dem Monarchen, zugleich über die anderen Miniſterien eine leitende Autorität ausübe. Das wurde jedoch nicht unumwunden ausgeſprochen. Ob es aber auch nicht gedacht worden iſt?

Von Hardenberg, der an der offenen Oppoſition niemals

1) Pertz, Stein, I, 369. Hardenberg behauptet, nachgehends ſei dem protokollführenden Kabinetsrath auch die Ausführung der Vertheilung der zu behandelnden Geſchäfte zugeſprochen worden.

Theil genommen, aber auch ihre Tendenzen nicht mißbilligt hatte, liegt eine Aeußerung vor, in der er zwiſchen Regierung aus dem Kabinet und durch das Kabinet unterſcheidet. Ein Kabinetsrath ohne Verantwortlichkeit, ein unſichtbarer Kabinets- und Premierminiſter, der Alles leitet, befehlend, ohne Antheil an der Ausführung, ſteht mit der Regierung des Königs aus dem Kabinet ſogar in Widerſpruch. In einem Gutachten, das von Hardenberg nach gemeinſchaftlicher Berathung mit Stein und Rüchel aufgeſetzt worden iſt, wurde nun ein Kabinetsminiſterium, aus den von Beyme bezeichneten Geſchäftszweigen entnommen, vorgeſchlagen, jedoch ohne alle und jede Theilnahme des bisherigen Kabinets. Zu dem, was gemeinſchaftlicher Berathung der drei Miniſter vorbehalten bleibt, gehört alles, was Grundſätze erfordert, nach denen verfahren werden ſoll, alſo die Geſetzgebung und die allgemeinen wichtigen Vorſchriften, die das Geſchäft des Regenten ſelbſt ſein ſollen. Die Miniſter ſollen ſich untereinander und mit dem Könige darüber verſtändigen, ſo daß in ihnen die geſetzgebende Gewalt zur Erſcheinung kommt.

Das Gutachten enthält einen Verſuch, die Staatsgewalt zu centraliſiren und ſie zugleich von allen perſönlichen Nebeneinflüſſen zu befreien. Auch die Fälle der Abweſenheit des Königs und anderweiter Behinderung deſſelben werden darin in Betracht gezogen: das Kabinetsminiſterium ſoll berechtigt ſein, auf ſeine eigene Verantwortung zu verfügen [1]).

Dies Gutachten wurde dem König am 14. Dezember 1806 übergeben [2]). Es iſt eine Wiederholung und Erweiterung jener Eingabe, die ihm vor dem Ausbruch des Krieges eingehändigt war, nur ohne Beziehungen auf die Politik des Tages. Sie ward aber jetzt nicht mehr ſo entſchieden zurückgewieſen, wie damals. Der König war nunmehr entſchloſſen, ein Conſeil einzurichten; er wurde ungehalten, wenn die Vermuthung durchblickte, er thue es wider ſeinen Willen und würde dann doch wieder anders verfahren. Aber den vertrauten Kabinetsrath wollte er nicht aufopfern noch entbehren. Auch über die miniſteriellen Ernennungen

1) In dem urſprünglichen Entwurf von Hardenberg's Hand iſt auch noch das Wort enthalten, daß alle Behörden einem ſolchen Befehle zu gehorchen verpflichtet ſeien. Im Ganzen ſind aber dieſe Abweichungen von keiner wirklichen Bedeutung.

2) Pertz, Stein, I, S. 377.

entſtanden Schwierigkeiten. Man ſuchte Hardenberg zu bewegen, das Miniſterium des Inneren zu übernehmen, was dieſer ablehnte: denn wenn man etwa meine, mit dieſer Ernennung bei Napoleon weniger Anſtoß zu erregen, als wenn man ihm die auswärtigen Geſchäfte übertrage, ſo ſei dieſe Erwartung unbegründet; Napoleon werde bei allem, was geſchehe, ſeinen, Hardenberg's, Einfluß vorausſetzen. Stein erklärte mit Beſtimmtheit, nicht eintreten zu wollen ohne Hardenberg. Auf die Entfernung des Kabinetsrathes beſtanden ſie beide mit gleichem Eifer. „Ich bleibe feſt", heißt es in einem Briefe von Stein: „kein ſubalterner Einfluß, kein Conſeil ohne Hardenberg; durch unſere Union müſſen wir die Intriguen des Herrn Beyme und ſeiner Freunde vernichten". Hardenberg legte noch beſonderes Gewicht darauf, daß Beyme und Lombard alles Vertrauen bei den auswärtigen Höfen verſcherzt hätten und das Volk ſich einbilde, daß die Regierung allein von den Kabinetsräthen abhange.

Wohl nahm der König die Einrichtung eines Conſeils aus Miniſtern der drei vornehmſten Departements an, welche die Angelegenheiten gemeinſchaftlich berathen, ihm darüber Bericht erſtatten und auch die Ausführung des Beſchloſſenen leiten ſollten. Er ernannte Stein, Rüchel und für die auswärtigen Geſchäfte Zaſtrow, den Hardenberg ſelbſt, wenigſtens flüchtig, als geeignet bezeichnet hatte. Doch blieb er dabei, daß Beyme als Protokollführer zu den Berathungen gezogen werden ſolle. Aber auch damit war Stein ſo wenig einverſtanden, daß vielmehr eben hiebei ſein Neuerungseifer zu vollem Ausbruch kam. Unverzüglich verbat er ſich die ihm angetragene Stelle: denn der Hauptzweck, die Entfernung der allgemein verhaßten Kabinetsräthe, ſei nicht erreicht. Der König ſcheint hievon keine Notiz genommen zu haben. Bei einer Frage, welche die Bank betraf, die unter Stein's Direction ſtand, forderte er deſſen Gutachten, und da dies nicht alsbald einging, forderte er es zum zweiten Male, ſtärker und dringender, für eine Sitzung des angeordneten Conſeils. Hierauf erklärte Stein, er betrachte nach ſeiner Ablehnung das Conſeil als nicht conſtituirt. Der König gerieth hierüber in eine Aufwallung, die man an ihm nicht gewohnt war. In einem eigenhändigen Schreiben ſtellte er den Miniſter aufs ernſtlichſte zur Rede. Er recapitulirt die Beweiſe, die er ihm von ſeiner bisherigen Nachſicht gegeben; jetzt aber erkenne er, daß Stein als ein widerſpenſtiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorſamer Staatsdiener anzuſehen ſei, der, auf ſein Genie und ſeine Talente pochend, ohne auf das Ganze zu achten, nur aus

persönlicher Erbitterung handle. Stein war nicht gemeint, das ruhig hinzunehmen [1]). Er erwiderte: wenn er ein solcher Staatsbeamter sei, wie ihn der König schildere, so könne er auch nicht länger in dessen Diensten bleiben, und bat nun in aller Form um seine Entlassung. Man darf nie vergessen: die Entzweiung zwischen dem König und dem Minister betraf nicht sowohl die Einrichtung eines Conseils, als vielmehr dessen völlige Unabhängigkeit von dem Einfluß eines Kabinetsrathes. Auch Hardenberg hatte indeß seine Entlassung eingegeben, aber in Formen, welche den König nicht geradezu verletzten, so daß er darauf keine Rücksicht nahm; vielmehr wurden unter der Hand mancherlei Schritte gethan, um ihn zur Wiederannahme des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu vermögen. Dazu kam es nicht; aber allmählich begann doch eine erneuerte Thätigkeit für Hardenberg.

In Königsberg wurde noch ein Versuch gemacht, die gefaßten Pläne über ein Minister-Conseil auszuführen, der jedoch zu nichts als zu erweiterten Berathungen des Kabinets führte, an denen Minister Zastrow und General Rüchel Theil nahmen. In Memel dagegen gewann Alles eine regelmäßigere Gestalt. In einem Erlaß an die fungirenden Minister sprach der König seine Ueberzeugung aus, daß der bisherige Geschäftsgang dermalen unzulänglich sei; durch die eingetretenen Umstände werde mehr Einheit und schnellere Ausführung erforderlich, um mit größerer Energie wirken zu können. Ohne übrigens in dem Wesentlichen des Geschäftsgangs um seine Person etwas zu ändern, ordnete er an, daß die anwesenden Minister sich täglich bei ihm versammeln und den Vorträgen des Kabinets, zu welchem, dem alten Herkommen gemäß, der Generaladjutant des Königs für die Militärsachen gehörte, beiwohnen sollten; nach geschehenem Vortrage würden die Minister ihre Gutachten abzugeben und darüber zu discutiren haben. Es wird ihnen erlaubt, Einsicht von den vorliegenden Aktenstücken zu nehmen und darüber in Berathung zu treten. Die Ordre war eine Combination von Kabinetsvorträgen und Ministerialberathungen; sie enthielt einige Incohärenzen; bei ihrer Ausführung zeigten sich die größten Schwierigkeiten. Beyme erlaubte sich in seinem Vortrage Ausfälle gegen Männer wie Schuckmann, deren Protection er Hardenberg Schuld gab. Es kam zu einem Wortwechsel in Gegen-

1) Das Schreiben des Königs und Stein's, beide vom 3. Januar 1807, bei Pertz, Leben Stein's I, S. 392 flg.

wart des Königs, welchen Hardenberg, der den Berathungen beiwohnte, ohne doch eigentlich daran Theil zu nehmen, sehr unanständig findet. Er vergleicht das Conseil mit einem polnischen Reichstage. Ein anderer Streit rührte daher, daß der Militär-Kabinetsrath Kleist sich weigerte, nach gemachtem Vortrag abzutreten. Kleist zog es vor, gar nicht zu den Sitzungen zu kommen. Um ihn zu befriedigen, dachte man an den Vorschlag, daß Beyme nach gehaltenem Vortrage allein abtrete. Dagegen aber sprach sich der König selbst aus: denn er wolle Beyme nicht beleidigen. Ueberhaupt ließ er vernehmen, daß er mit dem Conseil nur einen Versuch machen und nicht etwa seine Kabinetsräthe außer Wirksamkeit setzen wolle[1]).

Hardenberg spricht die Ueberzeugung aus, daß der Zweck, Einheit und Kraft in die Staatsverwaltung zu bringen, auf diesem Wege nicht erreicht werde. Dazu würde vielmehr gehören, daß die Minister die Gegenstände übersehen, reiflich überlegen und vorbereiten könnten, noch ehe dieselben zum Vortrage gelangten; sie müßten auch die Uebersicht und Controle der Ausfertigungen erhalten und die „Execution" eifrig und im Detail verfolgen können. Noch war nichts erreicht, vielmehr Alles, wie Beyme selbst sagt, in einem chaotischen Zustand, als Hardenberg, der bisher noch nicht eigentlich in das Ministerium wiederaufgenommen war, den Befehl erhielt, wie oben erwähnt, den König in das Hauptquartier des Kaisers Alexander zu begleiten. Hiebei gewann nun Alles eine andere Gestalt. Ein Kabinetsrath war nicht mit dem Könige. Hardenberg hatte Vortrag, nicht allein über die auswärtigen, sondern auch über alle anderen Angelegenheiten, wobei sich denn der König an ihn gewöhnte. Die Abwesenheit des Kabinetsrathes scheint Friedrich Wilhelm wenig empfunden zu haben: der Minister war zugleich Kabinetsrath; doch war dessen eigene Stellung noch nicht fest be-

1) S. M. se déclare en général sur le conseil que ce n'est qu'une mesure provisoire, qu'il est loin de ne pas vouloir conserver des conseillers de cabinet. Journal Hardenberg's, aus dem sich einige Notizen ergeben, durch welche die Memoiren ergänzt werden. Die Sitzungen begannen am 13. März; am 14. März fanden die Ausfälle von Beyme statt, welche die Minister übel nahmen, am 15. ein Wortwechsel Beyme's mit Schrötter und das Ausbleiben Kleist's, am 16. der Versuch, Kleist zu begütigen; am 17. erfolgte die obige Erklärung des Königs. Unter dem 28. bemerkt Hardenberg: Les conseils continuent, mais n'offrent aucun intérêt que les nouvelles de l'armée. Kleist a cependant cédé.

stimmt; nicht allein war Zastrow nicht völlig von den Geschäften ausgeschlossen, sondern es stellte sich auch heraus, daß die Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten als eines abgesonderten Geschäftszweiges der Lage der Dinge nicht genügte. Schon früher hatte Hardenberg eine Verbindung der auswärtigen Geschäfte mit den durch den Krieg überhaupt erforderlichen Anordnungen in Vorschlag gebracht. Darauf ging der König jetzt ein [1]). Am 20. April sprach er seinen Entschluß aus, neben dem auswärtigen Departement auch die Leitung aller auf den Krieg Bezug habenden Geschäfte an Hardenberg zu übertragen. Eigenhändig hat er auf die Ordre geschrieben: „die Militärsachen ausgenommen." Zugleich wurde dieser Entschluß dem Ministerium, das sich noch zu Memel befand, durch Kabinetsordre bekannt gemacht. Bei dieser Ordre trat noch die Differenz ein, daß der ursprüngliche Ausdruck, das Ministerium gehe ganz an Hardenberg über, von dem Könige doch für die Ausfertigung nicht beliebt wurde; ja, er strich das Wort „ganz" und ließ nur stehen: er übertrage das Ministerium an Hardenberg als den ältesten Kabinetsminister [2]). Hardenberg war damit nicht zufrieden; er bemerkte: wenn er das Ministerium nicht ganz habe, so werde er dem Könige nichts nützen können; das unentbehrliche Vertrauen der Höfe werde nicht gewonnen werden. Wir wissen, daß Zastrow einer anderen politischen Richtung angehörte. Er war für jenen particularen Frieden mit Frankreich gewesen, gegen welchen gerade Hardenberg seine ganze Thätigkeit eingesetzt hatte. Unmöglich konnten sie beide an den auswärtigen Geschäften Antheil haben. Friedrich Wilhelm entschloß sich nun wirklich, die eingeschaltete Clausel zu streichen und die ursprüngliche Phrase herzustellen, durch welche das Ministerium „ganz" an Hardenberg übertragen wurde. So ging die Kabinetsordre nach Memel ab. In dem Worte „ganz", das sie enthielt, lag eine Staatsveränderung von größtem Belang; denn nicht allein wurde die Richtung, die jetzt in der allgemeinen Politik ergriffen war, bestätigt, sondern dem Minister, der dieselbe vertrat, wurden nun auch andere

1) Journal de Hardenberg, 23 avril: Le roi me conféra aujourd'lui les branches de finance appartenant au militaire et à la guerre, la banque, société maritime.

2) Journal de Hardenberg, 27 avril: Le roi avait changé une expression dans l'ordre de cabinet, qui laissait à Zastrow l'espoir de rester en second; 28 avril: Zastrow dispensé du ministère.

ausgedehnte Befugniſſe ertheilt. Unter den Geſchäftszweigen, welche Hardenberg beſonders übertragen wurden, erſcheint das Verpflegungsweſen der ruſſiſchen ſowohl wie der preußiſchen Truppen, inwiefern dabei die preußiſchen Behörden concurriren, obenan. Ferner folgt Getreideankauf, Oberaufſicht über das Kaſſenweſen, Bank und Seehandlung, Poſtweſen, allgemeine Correſpondenz, Zeitungen, auch geheime Polizei. Hardenberg bekam die Erlaubniß, aus den preußiſchen Beamten die zu wählen, die er für ſeine Zwecke am tauglichſten halte. Die Summe iſt, daß dem auswärtigen Miniſter eine Reihe von Thätigkeiten zugeſprochen wird, die ſonſt mehrere Departements beſchäftigen, ſo daß er den Centralpunkt für innere und auswärtige Angelegenheiten bildet.

Der Widerſpruch, den vornehmlich Zaſtrow, der ſich plötzlich aus der hohen Stellung, die er einnahm, verdrängt ſah, hiegegen erhob, diente vielmehr dazu, Hardenberg zu befeſtigen. Zaſtrow beklagte ſich in einem Schreiben an den König in ſo unangemeſſenen Ausdrücken darüber, daß die Königin fragte, ob er nicht in die Feſtung geſetzt oder aus dem Lande verwieſen werden ſolle. Es war Hardenberg ſelbſt, den ſie darüber befragte; der aber hielt es für rathſamer, ihm eine Entfernung nach Rußland anzubefehlen; zugleich aber drang er darauf, daß der König ſich feſt und ſtreng zeigen möge; er müſſe ſeine Autorität behaupten oder vielmehr wiederherſtellen[1]). Die Aufſtellung eines erſten Miniſters erſchien dergeſtalt als ein Bedürfniß der königlichen Gewalt ſelbſt.

Unendlich wichtig ſind jene Tage in Bartenſtein, in denen auf eine allgemeine Reſtauration der großen politiſchen Verhältniſſe Bedacht genommen, zugleich aber, ohne daß man viel davon geſprochen hätte, ein erſter Miniſter aufgeſtellt wurde. In den Beſitz der höchſten Autorität unmittelbar unter dem Könige trat der Mann ein, der für die inneren Zuſtände keineswegs eine Reſtauration, ſondern eine durchgreifende Umbildung im Sinne hatte. Der König war vollkommen davon unterrichtet.

Indem Hardenberg, wie erwähnt, im Anfang des März auf die Verbindung der auf den Krieg bezüglichen Thätigkeiten mit dem auswärtigen Miniſterium antrug, hat er noch weiter ausgreifende Ideen geäußert und empfohlen[2]): vor Allem, die öffentliche

1) Journal de Hardenberg, 22 mai: La fermeté est absolument nécessaire pour soutenir l'autorité du Roi ou pour la lui rendre enfin.

2) Gutachten vom 5. März 1807.

Meinung müsse mehr als bisher berücksichtigt werden; man müsse diejenigen, die sich hervorgethan, belohnen und auszeichnen, die Pflichtvergessenen strafen, Klagen und Kleinmüthige entfernen. Er dringt auf eine Radicalcur der Mängel der Geschäftsführung und spricht bereits das Wort aus: „Regeneration der Verfassung". Jetzt komme es auf Mittel der Rettung, künftig auf eine gänzliche Wiedergeburt an. Er verschweigt nicht, daß ohne eine Reorganisation der Armee schlechterdings kein Ansehen in Europa erlangt werden könne; als Hauptgrundsatz dabei empfiehlt er die Aufhebung aller Exemptionen bei der Gestellung und Avancement allein nach Verdienst.

Nach der Rückkehr von Bartenstein nach Memel blieb der gesammte Geschäftscomplex in den Händen Hardenberg's vereinigt. Zur Verwaltung desselben berief er für die inneren Angelegenheiten Altenstein, Schön, Niebuhr, Stägemann in seine Nähe. Welch' ein Ereigniß für das gesammte Staatswesen war es nun, daß Napoleon bei dem Frieden von Tilsit die Entfernung Hardenberg's von dem auswärtigen Ministerium zu einer unerläßlichen Bedingung machte [1])! Man hielt es anfangs noch für möglich, daß er das Departement des Inneren beibehalten könne; ein ähnlicher Vorschlag war schon früher erwogen worden. Hardenberg dagegen war überzeugt, daß sein längeres Verweilen, in welcher Eigenschaft auch immer, dem König und dem Staate nachtheilig sein werde [2]). Er faßte auf der Stelle die Meinung, daß Alles geschehen müsse, um Stein für die inneren Angelegenheiten zurückzurufen. Um aber für den Fall, den man voraussetzte, daß Stein den Ruf annähme, die Continuation der Geschäfte in dem einmal eingeleiteten Sinne aufrechtzuerhalten, schlug Hardenberg vor, seine vier Mitarbeiter, die seine Ansichten theilten, zu einer Immediatcommission zu vereinigen. Am 10. Juli schrieb er hierüber dem König: er behalte sich vor, demselben seine Ansichten über die künftige Administration überhaupt mitzutheilen. Aber höchst nöthig sei es, die ihm anvertraut gewesenen inneren Geschäftszweige mit der äußersten Sorgfalt und Energie zu leiten. Das sicherste Mittel liege darin, daß dieselben sämmtlich einem ihnen ganz gewachsenen Manne anvertraut würden; durch die Wiederherbeiziehung des Ministers von Stein, in welche

1) Bericht von Kalckreuth. Denkwürdigkeiten III, S. 476.

2) Schreiben Hardenberg's an den Kaiser Alexander vom 28. Juni 1807. Denkwürdigkeiten III, S. 484 ff.

der König bereits gewilligt habe, und die Anstellung desselben als Minister des Inneren und der Finanzen werde das am besten geschehen; bis zu dessen Ankunft könne für die Fortführung der Geschäfte nicht besser gesorgt werden, als wenn sie in den Händen der Männer belassen würden, von denen sie mit so vieler Sachkenntniß, Treue und anspruchslosem Eifer unter ihm bearbeitet worden seien. Er habe dieselben sorgfältig gewählt und könne für sie einstehen. Der König möge auf Ansprüche des Alters und des Ranges, die sonst verdienstvolle Staatsmänner machen könnten, keine Rücksicht nehmen: denn dadurch werde nur eine unter den gegenwärtigen Umständen doppelt nachtheilige Störung erfolgen.

Diese Räthe nun waren eben die Geheimen Finanzräthe von Altenstein, Schön und Stägemann, der Geheime Seehandlungsrath Niebuhr, für das Verpflegungswesen besonders der Geheime Finanzrath von Quast und der Geheime Kriegsrath Wilkens.

Noch an demselben Tage läßt Hardenberg die von ihm Genannten wissen, daß er bei dem Könige darauf angetragen habe, die Leitung der von ihnen mit Sachkenntniß und wahrem patriotischen Eifer bisher verwalteten Geschäfte unter einigen erforderlichen Modificationen so lange in ihren Händen zu lassen, bis eine andere Verfügung getroffen werde. Dabei versichert er sie, die nähere Geschäftsverbindung mit ihnen habe zu seinen angenehmsten Verhältnissen gehört.

Der König trug kein Bedenken, die Vorschläge Hardenberg's zu genehmigen. Sämmtliche, durch die Ordre vom 26. April an Hardenberg neben dem Ministerium des Auswärtigen übertragenen Angelegenheiten wurden der neuen Commission überwiesen, welche als die combinirte Immediatcommission für sämmtliche Geldoperationen des Staates und die Armeeverpflegungsangelegenheit bezeichnet wurde.

Ueber die Form der Geschäftsführung erfahren wir [1]), daß die auf die vorbehaltenen Geschäftszweige bezüglichen, in das Kabinet eingegangenen Sachen von dem Kabinetsrath Beyme jeden Morgen vorgetragen wurden, worauf die Commission ihr Gutachten abgab.

Niebuhr lehnte die Theilnahme an der Commission ab. In

1) Aus den Papieren des Ministers von Schön I, 38. Bei Schön erscheint die Commission unter dem ihr doch eigentlich nicht gebührenden Titel „Conseil".

seiner Antwort an Hardenberg heißt es, er fühle sich nicht stark genug zu den Aufopferungen, die ein Zutritt zu den Geschäften in der dermaligen Zeit nothwendig machen könne. Die Sache hatte an sich seinen Beifall nicht. In einem Briefe an Stein sagt er, er habe überhaupt keine Neigung, sich der Administration, die er hinreichend kennen gelernt, anzuschließen; aber auch die Ernennung zur Immediatcommission lehne er ab: denn in dieser Form könne die Sache nicht gehen: er würde sich mit befreundeten Männern entzweien, deren Grundsätze gar zu ungeheuer, in ihrer Consequenz noch fürchterlicher seien: „denn es ist auf große Veränderungen abgesehen, die ich mir theils nicht zu übersehen getraue, theils gar nicht beurtheilen kann“ [1]).

In diese Kategorie dürfte das Gutachten fallen, welches Schön in Beziehung auf einen vom preußischen Staatsminister von Schrötter gemachten Vorschlag zur Unterstützung der Provinz Preußen, welcher der Commission mitgetheilt war, in dieselbe einbrachte. Er erörtert hauptsächlich die Nothwendigkeit, die Prärogative in Bezug auf den Besitz der Rittergüter aufzuheben. Seine Signatur erhält das Gutachten durch die allgemeinen Ansichten, die darin mehr angedeutet, als ausgeführt werden, von dem Verhältniß des activen Bürgers zum König und der unmittelbaren Verbindung des Bürgerstandes mit der Monarchie. Wir halten hier inne, um die allgemeinen Ideen, welche hiebei zu Grunde lagen, die auch Hardenberg theilte, im Zusammenhange kennen zu lernen.

1) Briefe Niebuhr's an Stein vom 29. Juli 1807, bei Pertz, Stein I, 588.

Zweites Capitel.

Ideen der Regeneration.

Es war in Riga, fern von der unmittelbaren Einwirkung der Tagesereigniſſe und Tagesbeſchäftigungen, wo die Ideen, die bei der letzten adminiſtrativen Thätigkeit bereits vorgeſchwebt hatten, von dem Miniſter Hardenberg, der ſich dahin flüchtete, ſeiner dem Könige gegebenen Zuſage gemäß, und dem Geheimen Finanzrath Freiherrn von Altenſtein, damals ſeinem intimen Freunde und Rathgeber, überlegt und in zwei verſchiedenen Gutachten, die doch miteinander aufs genaueſte in Verbindung ſtehen, zuſammengefaßt wurden [1]). Die Aufgabe für ſie lag darin, die Mittel zu einer Wiederherſtellung der Macht und Größe Preußens an die Hand zu geben. Altenſtein bemerkt ohne Umſchweif, die Herſtellung des Alten überhaupt mit den durch die Umſtände aufgenöthigten Veränderungen könne doch zu nichts führen, als zu wiederholtem Verderben. Auch die Verfolgung einzelner noch ſo ſchöner Ideen würde nur eben einen Kampf im Inneren hervorrufen. Er ſpricht aus, daß eine neue Schöpfung nothwendig ſei, eine durchgreifende Umbildung, ausgehend von Einer beherrſchenden Idee [2]). Der oberſte Geſichtspunkt iſt immer der Gegenſatz

1) Das Gutachten Hardenberg's hat die Aufſchrift: Ueber die Reorganiſation des preußiſchen Staates, verfaßt auf höchſten Befehl Sr. Majeſtät des Königs; das Altenſtein's führt den Titel: Ueber die Leitung der Staatsregierung nach dem Frieden; beide Gutachten tragen das Datum des 12. September 1807.

2) „Es muß eine neue Schöpfung eintreten; dieſe ſetzt nothwendig eine klare Idee von dem, was der Zweck ſein und zum Ziele führen ſoll, voraus. Nur eine ſolche klare, in ſich abgeſchloſſene Idee, welche als Einheit ein organiſches Ganzes iſt und alle in ſolcher aufgehenden, untergeordneten Ideen in ſich faßt, kann als leitendes Princip ein lebendiges fruchtbares Schaffen bewirken, in deſſen Verfolg eine neue Schöpfung hervorgeht."

zu Napoleon. Auf Altenſtein machte die perſönliche Erſcheinung des franzöſiſchen Kaiſers den Eindruck, daß derſelbe recht eigentlich dazu da ſei, um das Schwache und Untaugliche zu zermalmen: er habe die Tendenz der Revolution, das Alte und Ruhende umzuſtürzen, um neue Kräfte zu wecken und zu einer unaufhaltſamen Aeußerung zu bringen, zu ſeiner eigenen gemacht [1]). So bezeichnet es auch Hardenberg als die Miſſion Napoleons: das Schwache, Kraftloſe, Veraltete überall zu zerſtören und neue Kräfte zu wecken. Altenſtein ſieht in Napoleon einen Mann des Fatums, Hardenberg ein Werkzeug der Vorſehung, deren Zweck eben die Vernichtung des Abgeſtorbenen ſei, wie dieſelbe in der phyſiſchen Welt begegne. Es ſei ein Wahn, der Revolution durch ſtarres Feſthalten an dem Herkömmlichen widerſtehen zu wollen; man befördere ſie vielmehr dadurch und verfalle dem Untergang. Altenſtein findet, daß man nur durch höhere Kraftentwickelung, durch Hingebung an das höchſte Gut Widerſtand leiſten könne, alſo durch eine Revolution, aber mit Aufrechterhaltung von Religion und Moralität. Durch das Ergreifen dieſes Gedankens werde eine von gleichem Geiſt wie die Revolution durchdrungene, aber höhere Idee gebildet werden, durch deren Ausführung der preußiſche Staat zur Ueberlegenheit über alle anderen gelangen müſſe. Hardenberg braucht unumwunden den Ausdruck: „demokratiſche Grundſätze in einer monarchiſchen Regierung".

Indem der Druck der napoleoniſchen Einwirkungen erſt recht empfunden wurde, die gewaltſamen Bewegungen der Politik ſelbſt den Untergang drohten, die Zukunft dunkel und faſt verzweifelt erſchien, ſahen Hardenberg und Altenſtein die einzige Rettung in einer Umbildung von Grund aus, durch welche gleichſam eine neue Nation geſchaffen und der Staat wieder zu einer ſelbſtändigen Haltung fähig werden ſollte. Die extreme Lage rief nahezu extreme Tendenzen hervor, die jedoch wieder ihre Grenze in den ewigen Ideen haben ſollen. Es war gleichſam eine öffentlich und praktiſch gewordene Philoſophie des Gemeinweſens, von der man das Heil erwartete. Daß die Idee nicht ſo, wie ſie geboren wurde, zur Ausführung gebracht werden konnte, liegt in der Natur menſchlicher Dinge. Aber von großer Wichtigkeit iſt es doch, die Entwürfe

1) „Napoleon hat die bei der Revolution in Frankreich zu Grunde liegende Idee der Zerſtörung alles Alten und Ruhenden zur Erweckung neuer Kräfte und deren unaufhaltſamen Aeußerung beibehalten und deren Wirkung nur auf ganz Europa oder vielmehr auf die ganze Welt in anderer Geſtalt übertragen."

kennen zu lernen, in denen ſie ſich manifeſtirte. Die innere Politik fällt mit der äußeren inſofern zuſammen, als man durch Umbildung in dem angegebenen Sinne auch andere Staaten elektriſiren zu können glaubt, ſo daß das eiſerne Scepter, das auf Allen laſtet, gebrochen werde. Man muß verzweifeln oder die kühnſte Hoffnung faſſen.

Das vornehmſte ſtaatsrechtliche Verhältniß ſieht Altenſtein in der Grundverfaſſung. Als ein unantaſtbares Heiligthum dürfe ſie, ſo meinte er, wie ſie beſtehe, nicht angeſehen werden; er betrachtet ſie nur als eine Stufe, welche wieder überſchritten werden müſſe, um zu dem höchſten Zweck zu führen [1]). Sein Hauptgrundſatz iſt, „daß der Staat ſelbſt eine Revolution im Inneren bewirke; dann würden alle wohlthätigen Folgen einer ſolchen eintreten, ohne die ſchmerzhaften Zuckungen, welche mit einer eigenmächtig hervortretenden Revolution verbunden ſeien." Hardenberg iſt damit ganz einverſtanden: er ſchreckt vor „Freiheit und Gleichheit" nicht zurück; nur müſſe die Forderung nach den weiſen Grundſätzen eines monarchiſchen Staates durchgeführt werden, welche die natürliche Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger nicht mehr beſchränken, als es die Stufe ihrer Cultur und ihr eigenes Wohl erheiſchen.

Eine der bedeutendſten Fragen, die hiebei entſtehen können, iſt gleich die erſte, die ſich auf den Adel bezieht. Altenſtein trägt nicht etwa auf Abſchaffung des Adels an; aber er will ihm die Bevorzugungen entziehen, die auf dem Begriffe beruhen, daß er mehr Ehre habe, als andere Stände. Die Ehre müſſe eben ein Gemeingut aller ſein; das Gefühl dafür werde in den anderen Ständen in demſelben Grade wachſen, als die Vorrechte des Adels nicht ausſchließende wären. Zu dieſen gehöre vor Allem das excluſive Recht, Rittergüter zu beſitzen, und die Abgabenfreiheit; zu den Auflagen ſoll derſelbe durch einen neuen Kataſter herbeigezogen werden; nur den bevorzugten Gerichtsſtand will er ihm etwa laſſen.

---

1) „Jede Grundverfaſſung iſt das Reſultat menſchlicher Handlungen, aber zugleich die Erfüllung eines Geſetzes des Weltplans; ſie iſt eine Stufe, durch welche das menſchliche Geſchlecht gehen muß, allein eine Stufe, welche ſie demnächſt überſchreiten ſoll. Es muß alles weggeſchafft werden, was die höchſte Kraftäußerung lähmen und der Menſchheit die Ergreifung des höchſten Zweckes erſchweren kann. Dieſer Grundſatz läßt ſich auch füglich ſo darſtellen, daß der Staat eine Revolution im Innern ſelbſt ſo bewirke, daß alle wohlthätigen Folgen einer ſolchen eintreten, ohne daß ſolches mit ſo ſchmerzlichen Zuckungen, wie bei einer ſelbſt ſich bildenden Revolution der Fall iſt, bewirkt werde".

Der Staat mache an den Adel den Anspruch, daß er sich auszeichne; die Ertheilung desselben müsse Belohnung des Verdienstes sein. Dem allen stimmt Hardenberg vollständig bei. Er legt Werth darauf, daß gerade zwei Männer vom ältesten Adel, er selbst und Freiherr von Altenstein [1]), die Vorrechte des Adels bekämpfen. Die Nachahmung der Revolution hätte zur Aufhebung des Adels geführt. Nicht weit davon entfernt ist die Behauptung Schön's: der wahre Adel, das sei der Bürgerstand. Es ist immer von Bedeutung, daß den beiden Gutachten zufolge der Adel als eine Auszeichnung der Geburt bestehen bleiben soll. Hardenberg fordert es nicht so unbedingt, wie Altenstein; aber er giebt dem Adel den Rath, auf Vorrechte Verzicht zu leisten, welche dem Gemeinwesen schädlich seien.

Den ausschließenden Besitz der Rittergüter hatte Schön bereits in der Immediatcommission mit allen den Gründen, die hier vorkommen, bekämpft. An die unglückliche, hülfsbedürftige Lage der Gutsbesitzer in Preußen anknüpfend, führt Schön aus: den Gutsbesitzern könne nicht durch Unterstützung des Staates, sondern nur dadurch geholfen werden, daß dieser die Hindernisse der Herstellung des Kredits und der Erwerbung von Kapital hinwegräume. Dadurch, daß nur der Adel Güter besitzen dürfe, werde der Werth derselben verringert, mithin auch der Kredit. Wenn der Fall eintrete, daß ein Gut verkauft werden müsse, so könne es unter dem Adel, der seine Kapitalien, wenn er überhaupt deren habe, anderweit brauche, keinen Käufer finden. Hiedurch falle der allgemeine Werth der Güter. Ganz anders, wenn der Mittelstand, der Geld in den Händen habe, die Berechtigung, Rittergüter zu erwerben, erhalte; dann werde das verkaufte Gut wiederhergestellt werden können und der Werth der Güter erhalten bleiben. So habe auch Friedrich II. bei der Besitzergreifung von Westpreußen die Prärogative des Adels für den Güterbesitz aufgehoben [2]). Bei Altenstein heißt es: die Ausschließung vermindere den Werth der Güter; dadurch komme die Landwirthschaft in die Hände von Männern, die dazu nicht geeignet seien; die Besitzer von Kapitalien würden von dem Erwerb solcher Güter ferngehalten.

Hardenberg dringt auf die Aufhebung der Exemptionen des Adels bei den Abgaben: denn er leiste die Dienste nicht mehr, um

1) Das Haus Altenstein gehört zum fränkischen Adel.
2) Aus den Papieren des Ministers von Schön. II, 125.

derentwillen ihm die Exemption gewährt worden sei. Die öffentliche Meinung verlange diese Gleichstellung; man solle ihr folgen. Die Aufstellung neuer Kataster empfiehlt er nicht, da solche doch auch keine volle Gleichheit herbeiführen werden und eine lange Zeit zur Vorbereitung in Anspruch nehmen, in der sich Alles verändern könne.

Unmittelbar an diese Erörterung knüpft nun die große Frage über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit an. Altenstein betrachtet die Fortdauer derselben im Staate als einen Schandfleck, von dem er sich wundert, wie er so lange habe bestehen können. So erklärt sich Schön gegen die Ungerechtigkeit, „kraft deren man einen Mitunterthan eines Staates, ein vernünftiges Wesen bloß deshalb, weil er auf dieser oder jener Scholle geboren ist, verhindern will, seine Kräfte zu seinem Besten auf eine dem Staate nicht nachtheilige Weise anzuwenden“ [1]). Die Vorstellung von dem Rechte eines vernünftigen Wesens, welches bei den socialen Bewegungen im 18. Jahrhundert eine so große Rolle spielt, tritt in Preußen in dieser Angelegenheit hervor. Vielleicht darf man dem Philosophen Kant einen Antheil an der Abschaffung der Erbunterthänigkeit vindiciren. Er hat seinen Schülern immer gesagt, ihm kehre sich das Herz im Leibe um, wenn er daran denke. Einer von diesen Schülern war Schön; er ist einer der eifrigsten und wirksamsten Bekämpfer der Vorrechte des Adels gewesen. Die allgemeine Stimme war in diesem Punkte sehr entschieden; wir erfahren, daß König Friedrich Wilhelm III. von Anfang seiner Regierung an auf die Abschaffung der Erbunterthänigkeit gedacht hat. Damals kam nun die Rückwirkung der französischen Gesetzgebung in den von Napoleon eingenommenen deutschen Landschaften hinzu. In dem ersten Briefe, in welchem Napoleon seinem Bruder Jerome dessen Erhebung zum Könige von Westphalen anzeigt, kündigt er zugleich eine Constitution an, welche alle eitlen Standesunterschiede vernichten solle [2]); er weist ihn bald darauf sehr ausdrücklich an, bei allen seinen Anstellungen dem dritten Stande den

1) Bericht der combinirten Immediatcommission. Aus den Papieren des Ministers von Schön. II, S. 109.

2) Napoléon à Jérôme, Tilsit, 7 juillet 1807: Mon intention d'ailleurs, en vous établissant dans votre royaume, est de vous donner une constitution régulière qui efface dans toutes les classes de vos peuples ces vaines et ridicules distinctions. Mémoires et Correspondance du roi Jérôme. III, S. 3.

Vorzug zu geben und das Uebergewicht zu verschaffen [1]); er möge jede intermediäre Gewalt, die sich zwischen den Souverain und das Volk setze, abschaffen; das werde eine bessere Barrière für ihn sein, als der Elbstrom [2]). So im Westen. In dem benachbarten Kurland haben die Bauern gesagt, sie wüßten, Napoleon sei nur gekommen, um ihrer Unterthänigkeit ein Ende zu machen. Um Napoleon Widerstand zu leisten, also für den äußeren Krieg, war es nöthig, eine Grundverfassung abzustellen, deren Bestehen ihm den Beifall der Menge gewinnen konnte. Eben in diesen Dingen mußte der revolutionären Idee Raum gegeben werden. Hardenberg forderte, daß die Aufhebung kurz und gut durch ein Gesetz sogleich verfügt werde. Bereits am 23. August 1807 hat Friedrich Wilhelm eine die Hauptsache entscheidende Kabinetsordre erlassen und die Vorlegung eines Entwurfes zu einem Gesetz über diesen Gegenstand angeordnet. Der Kanzler von Schrötter versichert, daß die Stände von Westpreußen bereits selbst auf Aufhebung der Erbunterthänigkeit angetragen haben. Der Minister von Schrötter sprach darüber mit den ostpreußischen Ständen und hielt sich für ermächtigt, die Hoffnung auszudrücken, sie würden die Königliche Verordnung mit Dank annehmen (28. August). Besonders eifrig zeigten sich einige Mitglieder der Ritterschaft, die dem König ihre Willfährigkeit in einem Privatschreiben kundgaben. Das Edict wurde hierauf entworfen und in der Immediatcommission revidirt [3]).

Mit der Umbildung der Grundverfassung gingen entsprechende Entwürfe über die Gewerbe, welche vornehmlich die Städte betrafen, Hand in Hand. Altenstein geht dabei von dem Grundsatz aus, daß Jedem der möglichst freie Gebrauch seiner persönlichen Kräfte, seines Kapitals, seiner Hände und seines Kopfes, soweit es ohne Nachtheil eines Dritten geschehen kann, gestattet werde. Er behauptet, die Zünfte seien auch der Ausbildung des Handwerks schädlich; die Einrichtung koste zu viel und halte bei dem einmal Eingewohnten fest; sie verhindere die Theilung der Arbeit, welche zu größerer Kunstfertigkeit den Anlaß geben könnte: sie möge einst

1) Napoléon à Jérôme, Fontainebleau, 15 novembre 1807. Mémoires III, 102.

2) Napoléon à Jérôme, roi de Westphalie. Fontainebleau, 15 novembre 1807. Correspondance XVI, S. 161. (Nr. 13,361.)

3) Leider sind die Acten des Archivs, die sich auf diese Verhandlungen beziehen, sehr unvollständig.

nützlich gewesen sein; aber sie passe nicht mehr zu dem Geist und den Instituten der Zeit. Wenn nun Altenstein die Zünfte für ein Monopol erklärt, das unter keiner Form zu dulden sei, so nimmt auch Hardenberg diesen Grundsatz an; doch legt er mehr Nachdruck darauf, daß die Abschaffung nur allmählich geschehen dürfe.

Beide Gutachten stimmen darin überein, daß überhaupt alles abgestellt werden müsse, was dem Individuum eine behagliche Existenz, wie man sagte, gutes Leben, verschaffe. Altenstein bezeichnet solche Bevorzugungen als Polster der Trägheit. Auch Hardenberg fordert, daß alle Pfründen, die mit keiner Dienstleistung verknüpft oder nicht Belohnung für geleistete Dienste sind, und geistliche Ritterorden, namentlich Stiftsstellen, abgeschafft werden sollen.

Allem liegt der Gedanke der Arbeit zu Grunde, die hier nicht allein als Grundlage der Volkswirthschaft, sondern als eine Bedingung des Lebens im Staate betrachtet wird.

Eine in ihrer Art einzige Erscheinung ist es doch, daß in einem so niedergedrückten und gleichsam zur Vernichtung bestimmten Lande Ideen erwachen und Eingang finden, welche das Zusammengreifen einer allgemeinen Thätigkeit zu den höchsten Zwecken der Gesellschaft und des Staates, die zugleich Ideale der Menschheit sind, moralischer, intellektueller und socialer Natur, als Lebensbedingung für die Zukunft aufstellen. Es ist eine Regeneration von Grund aus, wonach man strebt, frei von allem Herkömmlichen, so daß gleichsam, wie angedeutet, eine neue Nation gebildet werden soll.

So verlangt Altenstein, daß auch die Armee von Grund aus neu gebildet werde; er bekämpft besonders die isolirte Existenz derselben: sie müsse vielmehr, da sie die Kraftäußerung der Nation nach außen bedinge, in dem engsten Zusammenhange mit dem Gemeinwesen stehen.

Alles zielt dahin, ein auf das engste vereintes Volksthum zu bilden. Altenstein meinte das zu erreichen, indem er die Provinzialverschiedenheiten zu conserviren, aber zu veredeln rieth. Hardenberg ist nicht dieser Meinung. Man hat auch später wieder zuweilen von Provinzialministerien geredet; es hat eine Zeit gegeben, in welcher man von acht verschiedenen Königreichen in der Monarchie Preußen sprach. Hardenberg nahm eine entschiedene Richtung hiegegen. Der tiefere Grund, daß man Fachministerien, unter denen sich die verschiedenen Provinzen concentriren sollten, den Provinzialministerien vorzog, lag darin, daß man sich in der Bildung des Begriffes einer Nation bewegte; die großen Provinzen, deren wir

gedachten, sollten doch nicht als Besonderheiten existiren, sie sollten alle nur eben Ein Preußen ausmachen. „Der ganze Staat heiße künftig Preußen. In diesen Namen fließe der Schlesier, der eigentliche Preuße, der Pommer, der Brandenburger zusammen; der König nenne sich bloß König von Preußen und nehme das einfache Wappen davon an, zumal da er so manche alte treue Provinz verloren hat und Titel und Wappen derselben wird weglassen müssen".

Zugleich aber faßte man die Idee einer Nationalrepräsentation, allerdings in einer sehr eigenthümlichen Gestalt. In dem Kreise der im Allgemeinen einverstandenen Staatsmänner war es der Gedanke, sowohl von den Kabinetsräthen wie von der steifen Hierarchie der Behörden, auch von den Landständen abzusehen und eine neue Regierung zu constituiren, die von oben her geleitet werden sollte, mit Hülfe einer Repräsentation des Volkes zu ihrer Seite. Man blieb also von der Idee einer Nationalversammlung, in welcher sich alle Gewalten vereinigt haben würden, weit entfernt; die Direction sollte immer vom König und den Ministern kommen. Die Autorität des Königthums bleibt intact, da ja die Veränderung eben von ihm ausgehen soll.

So hat auch Immanuel Kant, bei aller Hinneigung zur Gleichheit der Individuen, doch das Staatsoberhaupt von derselben ausgenommen, weil diesem ein Zwangsrecht zukomme. Aber nicht von einer patriarchalischen Verfassung hatte Kant hiebei geredet, sondern von einer patriotischen Regierung, bei der jedes besondere Belieben ausgeschlossen sein soll, und die nur von der Sorge für das Land geleitet wird, aus dem das Oberhaupt entsprungen ist. Man wird dabei an die Idee des patriotischen Königs erinnert, welche Bolingbroke in England ausgesprochen und zu einer gewissen Geltung gebracht hat, eines Königs nämlich, der, frei von allen Parteibeziehungen, nur das Wohl des Ganzen im Auge haben sollte[1]). In den vorliegenden Gutachten wird das Verfahren als Amalgam der Repräsentation mit den Regierungsbehörden bezeichnet; die Repräsentanten sollen keinen constitutionellen Körper bilden. Nach Hardenberg würden Communitäts-Verwaltungen und Obrigkeiten bloß aus Gewählten bestehen; — den Kreisvorstehern, den Verwaltungskammern, den Ministern und dem König selbst würden Repräsentanten beizugeben sein. Sie sollen keine Instructionen,

1) Englische Geschichte. S. W. XXI, S. 92, 103.

aber Vollmachten erhalten; sie sollen berathen und auf ihre Committenten wirken. Sie würden decisive Stimme bei den Kammern, ein consultative bei den Kreisvorstehern und den Ministern haben, da dies executive Behörden sind. Bei aller dieser Beschränkung würden die Repräsentanten doch eine sehr weitreichende Wirksamkeit, namentlich bei dem Finanzwesen, haben erhalten können; denn auch dies dachte man von Grund aus umzuschaffen.

Das bisherige System beruhte, wie erwähnt, darauf, daß die regelmäßigen Abgaben und regelmäßigen Ausgaben in einem Etat zusammengestellt und die resultirenden Ueberschüsse dem Könige zu weiterer Verwendung vorbehalten wurden. Aber es hatte sich herausgestellt, daß dieselben nur geringfügig waren und zur Erledigung der dringendsten Bedürfnisse bei weitem nicht hinreichten. Die Absicht wurde nun gefaßt, nicht die bisherigen Erträge, sondern die unabweislichen Bedürfnisse zu Grunde zu legen. Man wollte ein Budget des Staates aufstellen, nach welchem dann die Abgaben regulirt werden sollten. Sehr augenscheinlich tritt hierin der Unterschied der neuen Ideen von dem bisherigen Herkommen hervor. Um aber hiebei nicht ganz der Willkür zu verfallen, hatte man den Gedanken, die Repräsentanten dabei zu Rathe zu ziehen. Von einer eigentlichen Bewilligung war dabei nicht die Rede; aber man darf zweifeln, ob eine solche auf die Länge vermieden werden konnte. Von consultativen Gutachten bis zur Bewilligung der Steuern war nur ein Schritt. Die eigentliche Bewilligung setzte freilich noch ein ganz anderes System von Gedanken voraus, die als revolutionär betrachtet wurden. Wir heben nur die Idee hervor, die nicht in ihrer ganzen theoretischen Consequenz aufgefaßt wurde, wenn sie auch zu einer solchen hätte führen können. Der Sinn der Minister ging lediglich dahin, für den Kampf mit den Ständen, der bei dem ergriffenen System unvermeidlich war, in den Repräsentanten eine Hülfsmacht zu gewinnen. Als Urheber des Gedankens darf der Minister Stein angesehen werden, in dessen Eingabe vom Frühjahr 1806, wie oben erwähnt, schon das Bedürfniß einer Repräsentation ausgedrückt wird. Altenstein versichert ausdrücklich, daß er die Idee dem Minister Stein verdanke, der demnach doch als intellectueller Urheber des Repräsentativ-Systems in Preußen anzusehen ist. Auf Altensteins Vorschläge gründet Hardenberg die seinen. Wir werden noch darauf kommen, wie dieser Minister selbst einige Jahre später zur Einrichtung einer Landes-

repräſentation ſchritt, auf die dann das Edict vom 22. Mai 1815 folgte, bei welchem Hardenberg und Stein zuſammenwirkten.

Damals, im Jahre 1807, kam es aber nicht ſo ſehr auf Bildung einer Verfaſſung, als auf die Umbildung der Verwaltung an.

Einen ganz beſonderen Werth legt Altenſtein auf die neue Einrichtung der Verwaltung, von deren Bedeutung und Wirkſamkeit er ſich ſeinem Syſtem gemäß einen überaus hohen Begriff gebildet hatte. Er ſieht in derſelben das Geſetz und die Kraft, welche die mit innerem Leben erfüllten Theile ergreifen und zu gleichmäßiger Bewegung und Anſtrengung veranlaſſen. Er nimmt eine Geſchäftspolitik an, deren Beruf es ſei, die Wirkſamkeit der Idee in den paſſenden Richtungen zu realiſiren. Damit aber konnte ein mechaniſches Beamtenweſen nicht beſtehen. Altenſtein iſt weit entfernt, eine Nachahmung des franzöſiſchen Syſtems zu empfehlen, welches auf Begründung der Gewalt gerichtet iſt, während hier Alles von freier Mitwirkung abhangen ſoll. Zur Leitung des Staates kann nur ein Staatsmann von höchſter Begabung berufen werden. Altenſtein erkennt Hardenberg als einen ſolchen an. Da er nun aber aus dem Staate ſcheiden muß, ſo hat man darüber Beſchluß zu faſſen, ob die Fortſetzung ſeines Werkes einem Staatsrathe aufgetragen werden ſoll, oder wieder einem gleich hoch begabten Staatsmanne.

Nach der Meinung Altenſteins ſoll ein neuer Miniſter an der Spitze der ganzen Adminiſtration ſtehen. Sein Verhältniß muß ſo beſtimmt werden, daß er mit Recht Premierminiſter genannt werden kann. Ein ſolcher Miniſter hat ein doppeltes Amt: er beräẗh den König und ſorgt für die Vollziehung der königlichen Befehle. Dieſe beſteht entweder in directer Ausführung oder in der Controle mit mehr oder weniger Antheil an der Ausführung; der Miniſter ſoll der Vermittler zwiſchen dem König und der Adminiſtration ſein. Für jeden Zweig der Adminiſtration müßte dem erſten Miniſter ein Rath zur Seite ſtehen, der die ganze Leitung deſſelben mit voller Autorität führt, oder doch von dem Miniſter die Befehle dazu empfängt, deren Befolgung dieſer dann zu controliren hat. Der Rath unterſtützt den Miniſter behufs des Vortrages bei dem Könige. Gewiſſe Zweige der Verwaltung aber, ſo bemerkt auch Altenſtein, giebt es, für welche die allgemeine Stimme eine größere Selbſtändigkeit fordert: einmal das Militärweſen, welches Kenntniſſe verlangt, die mit anderen ſtaatswiſſenſchaftlichen Zweigen nur wenig in Zuſammenhange ſtehen; dann die auswärtigen Geſchäfte, für

welche die Voraussetzung der Unabhängigkeit und eine gewisse Repräsentation nothwendig sind.

Auch für Justiz und Religion verlangt die allgemeine Meinung einen selbständigen Chef. Was die für diese beiden Fächer erforderlichen Qualitäten anbelangt, so schlägt sie Altenstein nicht sehr hoch an; es scheint ihm zu genügen, wenn der Minister ein rechtlicher und religiöser Mann ist. Hardenberg schließt sich auch hier Altenstein vollkommen an.

Zwischen ihm und Altenstein war von der Verfassung der Behörden oft die Rede gewesen. Hardenberg bemerkt, wenn er seine eigenen Ideen mittheilen wolle, würde er doch nur Altenstein abschreiben. Lebhaft spricht er sich für Einen Minister aus, namentlich in der gegenwärtigen Zeit, wo es so sehr auf Einheit und Kraft ankomme, damit das Nothwendige rasch erfolgen könne, ohne die Hindernisse, welche Beschränktheit und Verschiedenheit der Ansichten in den Weg legen; die Verantwortlichkeit der Fachminister soll sich nur auf die besonderen Zweige erstrecken.

Drittes Capitel.

Eintritt des Ministers Stein. Organisatorische Thätigkeit des Generals Scharnhorst.

Die beiden Gutachten sind durch Altenstein, der von Riga nach Memel zurückging, noch im September 1807 dem König überliefert worden. In einem diese Gutachten begleitenden Schreiben sagt Hardenberg: nicht leicht habe ein Regent einen schwereren Stand gehabt, als der sei, in welchen ein ungünstiges Geschick den König versetzt habe. Seine harten Prüfungen seien noch nicht erschöpft: sie könnten noch härter werden. Er möge nur nie die hohe Standhaftigkeit und Fassung verlieren, mit denen er sein Unglück bisher getragen habe, noch die Zuversicht, daß die gute Sache endlich siegen werde. Dem Minister Stein, dessen Zurückberufung er dem König empfohlen hatte, möge er sein Vertrauen ganz schenken und das lebhaft äußern: damit werde er sich dessen Anhänglichkeit sichern und die entgegengesetzten Kabalen zerstreuen. Ohne dem künftigen Minister vorgreifen zu wollen, machte doch Hardenberg den König auf die Persönlichkeiten aufmerksam, die er für vorzüglich geeignet hielt, den großen Zweck zu fördern. Vornehmlich nennt er folgende: Altenstein, der mit reinem Sinne und voller Hingebung ausgebreitete Wissenschaft und rastlosen Fleiß verbinde; Schön, der, durch Reisen und Studien gebildet, sich dem Guten hingebe, schnell und leicht arbeite; Stägemann, dem er Gewandtheit und einsichtsvolle Beurtheilung zuschreibt; Niebuhr, einen der reinsten und edelsten Menschen, einen Mann von der seltensten und ausgebreitetsten Gelehrsamkeit, von vorzüglicher praktischer Kenntniß des Handels: was er übernehme, könne man ihm mit vollem Vertrauen übergeben; auch Nagler, den er in inneren und auswärtigen Geschäften viel gebraucht habe; er verbinde Geschäftskenntniß, Diensteifer, Rechtlichkeit und Ehrgefühl. Ferner nennt er Haenlein,

Schladen, Sack, Auerswaldt, Gruner und Klewitz. Er warnt den König vor denen, welche starke und genialische Männer verschreien und Anstoß an ihrer rauhen Außenseite nehmen. Ein eigenthümliches Geschick war es doch, daß der Mann, der die Centralisation der ministeriellen Gewalt hauptsächlich gegründet hatte, sie nun anderen Händen überlassen mußte. Hardenberg hatte sich selbst an Stein gewendet, um ihn zum Wiedereintritt aufzufordern. Er schreibt ihm: „Ich hatte nur Ein Mittel, dem König nützlich zu werden; es bestand darin, ihn zu bewegen, Sie zurückzurufen. Von den vorgefallenen Mißverständnissen soll keine Rede mehr sein. Der König hat viel gewonnen durch seine Standhaftigkeit in dem Unglück. Wenn Sie ihn richtig behandeln, werden Sie ihn zu allem, was gut und nützlich ist, bewegen, ebenso wie es mir gelungen ist. Er hat die gute Eigenschaft, Widerspruch zu ertragen, vorausgesetzt, daß es mit der Rücksicht geschieht, die man dem Souverän schuldig ist, ohne Bitterkeit und mit Hingebung“ [1]).

Höchst außerordentlich ist es, mit welcher Sicherheit auch die meisten Anderen das öffentliche Heil von der Rückkehr Stein's erwarteten. Niebuhr hat wohl die Worte der Vulgata: „Du bist Petrus, und auf diesen Stein will ich meine Kirche bauen“, auf den Minister Stein angewandt. Nur unter ihm wollte er dienen. Er verabscheue das vielstimmige Concert, in welchem — so drückt er sich aus — ein paar Dudelsäcke die Flöten erstücken; er ziehe eine volltönende Orgel vor, welche den Gesang der Gemeinde leitet, der dazu stimmt. Ihn schreckten die revolutionären Anklänge, die in der Commission laut wurden. In diesem Sinne forderte er Stein auf, das Unternehmen zu wagen, das er als gigantisch und dunkel bezeichnete.

Auf Stein, der sich damals auf seinem Gute in Nassau befand, mußte es wohl Eindruck machen, daß zur Durchführung einer zum Theil von ihm selbst eingeleiteten Verbesserung seine kräftige Hülfe nöthig wurde. Er war noch in der Genesung von einer schweren Krankheit begriffen, zögerte aber keinen Augenblick, seinen Entschluß zu fassen. Am 30. September traf er in Memel ein. Der König sprach die Hoffnung aus, daß seine kraftvolle Geschäftsführung das Chaotische des bisherigen Zustandes baldigst zu ordnen im Stande sein werde. Doch hatte Stein vor seinem Eintritt noch einen ziemlich harten Strauß zu bestehen. Vor Allem forderte er

1) Der Brief Hardenberg's an Stein bei Pertz, Leben Stein's, I, 452.

die Entfernung des Cabinetsraths Beyme, den der König ſchätzte und gern ſah. Beyme trug jetzt ſelbſt auf ſeine Entlaſſung an. Sein Schreiben hierüber beweiſt Hingebung für die allgemeine Sache und einen gewiſſen Schwung. Beyme bemerkt, daß er perſönlich die öffentliche Meinung gegen ſich habe, namentlich die des Adels, ſo daß es faſt den Anſchein gewinnt, als ſei der Eintritt des Freiherrn von Stein dem Adel angenehm geweſen. Hierauf fand eine neue Conferenz zwiſchen dem König und Stein ſtatt, welche Köckritz als hin und wieder etwas ſtürmiſch bezeichnet; doch gab der König nach. Köckritz, dem die Erbrechung aller in das Cabinet eingehenden Sachen oblag, wurde angewieſen, dieſelben nicht an Beyme, ſondern unmittelbar an den Miniſter Stein gelangen zu laſſen. Am 5. October trat Stein ſein Amt an. Beyme wurde nicht entfernt; aber er bearbeitete nur die ihm von Stein zugewieſenen Sachen. Durch eine Ordre vom 7. October erklärte der König: da die jetzige Lage des Staates und ſeine künftige Wiedereinrichtung eine Einheit der Geſchäftsführung erfordere, ſo habe er dem Miniſter von Stein die Leitung aller Civilangelegenheiten anvertraut, ſo daß derſelbe alle laufenden Eingaben dem König unmittelbar vortragen ſolle. Zugleich drückt er die Vorausſetzung aus, daß Stein mit den Ideen, die Hardenberg geäußert hatte, übereinſtimme, wie ſich das auch, wenn nicht in jeder Einzelheit, doch im Allgemeinen verhielt. Das Verhältniß zeigt ſich unter Anderem in den Bemerkungen, die Stein über die Verfaſſung der Behörden dem Gutachten Altenſteins hinzufügte[1]).

Auch er erörtert die Frage, ob ein Premierminiſter oder ein Staatsrath vorzuziehen ſei: für das erſte ſpreche die Nothwendigkeit von Einheit und Kraft; das zweite würde ſpäter das Beſſere ſein, weil es eine größere Mannichfaltigkeit der Anſichten herbeiführe, während bei Einem Miniſter für individuelle Freiheit kein Spielraum eintrete. Auch ſein Gedanke iſt, daß die Umformung der Verfaſſung Einem übertragen werden ſoll, die ſpätere Verwaltung dagegen einem Staatsrathe. Die erſte miniſterielle Handlung Steins war die Entſcheidung der noch unerledigten Frage, ob das Geſetz über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit nur auf Preußen beſchränkt oder auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden ſolle. Das letzte wurde durch die Idee des Staates als einer Einheit un-

1) Promemoria zu den Vorſchlägen des Geheimen Finanzrathes von Altenſtein bei Pertz, Stein, II, S. 55.

bedingt gefordert. Der König gab zu erwägen, der Grundsatz, daß einem Jeden der freie Gebrauch seiner Person und seines Eigenthums zustehen solle, sei auf alle Provinzen gleich anwendbar und für Alle gleich wohlthätig. Demgemäß wurde das Edict am 9. October publicirt. Es war das Signal zu der bevorstehenden Umgestaltung der bürgerlichen Verhältnisse.

So trat Stein in die von Hardenberg vorbereitete Stellung, jedoch mit dem Unterschiede, daß bei diesem das auswärtige Ministerium, dem nur andere Angelegenheiten aggregirt wurden, zu Grunde lag, bei Stein dagegen die Direction auf das Innere allem Anderen voranging.

Stein gehörte einem reichsfreiherrlichen Geschlecht an, das seit unvordenklichen Zeiten die Burg zu Nassau besaß; er wuchs auf im Gefühl der zwiefachen Pflicht, seine Standesehre zu wahren und in der Welt etwas Nützliches zu leisten. Wie Hardenberg, war auch Stein ursprünglich dazu bestimmt, in den Reichsbehörden zu arbeiten, und einen Augenblick hat er sich zu diplomatischen Geschäften angeschickt; doch stand er bald von dem Einen und dem Anderen ab und widmete sich unter der Leitung desselben Mannes, dem auch Hardenberg so viel verdankte, des Ministers von Heynitz, dem inneren Dienste von Preußen. Wenn der Ruhm Friedrich's des Großen in Hardenberg früh eine Hinneigung zu Preußen hervorrief, so war das bei Stein in noch höherem Grade der Fall. Die Haltung Friedrich's in dem baierischen Erbfolgekriege, die als eine Vertheidigung alter deutscher Rechte erschien, bestimmte ihn, in die preußische Administration zu treten, in der er von unten auf diente, aber dann noch in frischen Jahren zu den höchsten Stellen zur Seite Hardenberg's emporstieg. Persönlich waren sie doch sehr verschieden. Von Stein behauptet man, Napoleon selbst habe ihn zum Nachfolger Hardenberg's bestimmt und ihn als einen Mann von Geist bezeichnet; er kannte nicht die Identität der Principien, die zwischen beiden obwaltete, nur daß Hardenberg allezeit mehr von den europäischen Combinationen, in denen er sich bewegte, Stein dagegen von den Bedürfnissen der inneren Reform, denen er schon bisher in seinem Kreise alle Kräfte gewidmet hatte, ausging. Hardenberg war keineswegs correct in seinem Privatleben; an Stein hätte Niemand auch nur den geringsten Tadel in dieser Beziehung entdecken können. Er lebte in dem von seinen Altvordern überkommenen sittlichen und religiösen Begriff. Er mochte nicht alles Das besitzen, was man zur Bildung des Jahrhunderts rechnete. Er war eben ein eigenthümlicher Geist, aus tiefen

Wurzeln hervorgewachſen; und das altväteriſche Deutſch, das er ſchreibt, wie wird es unter ſeiner Feder ſo markig, edel und großartig! Seiner Geſchäfte war er vollkommen Meiſter und wollte es ſein. Ich möchte nicht wiederholen, daß er ſeine Gedanken niemals verändert habe; aber, wie er ſie in jedem Augenblicke faßte, ſo ſprach er ſie nachdrücklich und fortreißend aus. In der Discuſſion erſchien er unwiderſtehlich, durchgreifend, ſchlagend und witzig. Durch und durch praktiſch, zeigte er ſich zugleich immer von Idealen erfüllt. Auch Hardenberg verlor nie die germaniſche Geſammtheit aus den Augen; in Stein ſchlug noch mehr ein deutſches Herz; die ſittliche Macht des deutſchen Gedankens wohnte in ſeiner Seele.

Wenn nun die Civilverwaltung in die Hände eines Mannes von dieſer Sinnesweiſe gelangte, ſo war es von doppeltem Werthe, daß auch in der Militärverwaltung ein Mann von ſittlichem Adel und unendlichem Talent einen entſcheidenden Einfluß gewann; es iſt Scharnhorſt. Er war nicht ein Schloßgeſeſſener des alten Adels; ſeine erſten Jahre hat er in einem von ſeinem Vater gepachteten Vorwerk zugebracht, die Elemente alles Wiſſens in einer armſeligen Dorfſchule erlernt; den übrigen Tag hindurch hat er wohl die Schafe ſeines Vaters gehütet, oder ſich mit den kleinen Dienſtleiſtungen des Landlebens beſchäftigt, und dann zur Erholung in einem nahen See geangelt. Unmittelbar von da hinweg war er in die Militärſchule des Grafen Wilhelm von Lippe-Bückeburg auf Wilhelmſtein verſetzt worden, in welcher ernſtes Studium der militäriſchen Wiſſenſchaften mit praktiſchen Uebungen verbunden war. In dem Feldzuge von 1794, den er in der hannöverſchen Armee mitmachte, lernte er die neue Kriegsart der Franzoſen kennen und durchdrang ſich von der Nothwendigkeit einer entſprechenden Reform in dem diesſeitigen Heeresweſen, ungefähr wie man daſſelbe von dem jüngeren Wellesley berichtet. Scharnhorſt wurde von dem Herzog von Braunſchweig, der ihn ſchätzte und liebte, in den preußiſchen Dienſt gezogen. Er verband mehr als irgend ein Anderer Theorie und Praxis. In Berlin erwarb er ſich beſonders durch militäriſchen Unterricht nach den neuen Anſichten, die in ihm erwachten, einen nicht geringen Einfluß auf die Ausbildung der Offiziere; er ſelbſt wurde hauptſächlich als gelehrter Militär geſchätzt. Denn die Aeußerlichkeiten, auf welche man bei dem Soldaten am meiſten zu ſehen pflegt, ſtramme Haltung zu Pferde und zu Fuß, in Worten und Geberden, waren ihm nicht eigen. Sein Gang war indolent; er ſenkte gern ſeinen Kopf auf die Bruſt; ſein Aus-

druck war mehr nachgiebig, als gebieterisch. Aber im Reiche der militärischen Gedanken war er unabhängig, sowohl von dem Hergebrachten, als von den alle Tage sich ausbildenden charlatanartigen Theorien. Sein Vortrag litt an einer gewissen Unbehülflichkeit; aber wenn man ihm nur folgte, so gelangte man zu präcisen Vorstellungen, welche überzeugten. Denn nicht zu glänzen war sein Sinn, sondern zu unterrichten. Er vermied selbst den Anschein der Genialität und suchte immer an das Gewohnte und historisch Anerkannte anzuknüpfen. Sein tapferes Verhalten im Felde, mit einsichtsvollen Rathschlägen gepaart, denen Blücher die guten Erfolge, die er noch im Jahre 1806 errang, zuschrieb [1]), verschaffte ihm Credit als Soldat. Es verdroß ihn, daß er es in der Armee doch nicht zu einer von fremdem Befehl unabhängigen Stellung, nicht Einen Tag lang, wie er klagte, zu einem anerkannten Commando brachte. Dagegen ward ihm das Glück zu Theil, zu dem engsten Einverständniß mit dem Könige zu gelangen: denn Soldat von Profession war dieser Fürst. Den Krieg gegen Frankreich sah er, wie berührt, unter dem Gesichtspunkt eines militärischen Wettstreites an, in welchem er unterlegen war. Wie Napoleon auf sein Glück pochte, so fürchtete der König, daß ihn persönlich ein unglückliches Gestirn verfolge, was jedoch seine Seele niemals niederbeugte; er war immer mit einer stolzen Bitterkeit erfüllt. Nie verschwand ihm der Gedanke, bei der Fortsetzung des Krieges oder nach demselben, von dem Frieden begünstigt, zu einer selbständigen Militärmacht zu gelangen, auf welche die Unabhängigkeit des Staates allein gegründet werden könne. Das bescheidene und gediegene Wesen Scharnhorst's, dessen mit Vorsicht gepaarte Entschlossenheit erwarben ihm des Königs volles Vertrauen. Zwischen dem sonst einfilbigen König und dem wissenschaftlichen Offizier, der offene Augen hatte, bildete sich ein das ganze Militärwesen umfassendes Einverständniß.

Scharnhorst wurde zum Vorsitzenden einer zur Reorganisation der Armee niedergesetzten Commission ernannt. Der vertraute und kundige Freund Scharnhorst's, Clausewitz, bezeichnet Folgendes als die Hauptgesichtspunkte, die derselbe dabei verfolgt habe: eine der neuen Kriegsart entsprechende Eintheilung, Bewaffnung und Ausrüstung der Armee; Veredelung der Bestandtheile und Erhebung des Geistes derselben; daher die Abstellung des Systems der An-

1) Bericht Blücher's an den König, mitgetheilt in von Sybel's Historischer Zeitschrift I, S. 175.

werbung von Ausländern, allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienſt, Abſchaffung der körperlichen Strafen, Errichtung guter militäriſcher Bildungsanſtalten, ſorgfältige Auswahl derjenigen Offiziere, welche an die Spitze der größeren Abtheilungen geſtellt werden — ohne die Rückſicht auf das Alter, die bisher vorgewaltet hatte —, veränderte Kriegsübungen [1]). Unmittelbar nach dem Frieden wurde die Commiſſion eingeſetzt; der König ließ ihr eine, von ihm ſelbſt ſchon vor dem Frieden niedergeſchriebene Vorlage zugehen, welche alle dieſe Punkte berührt, nur mit Ausnahme desjenigen, der ſich auf die Bildungsanſtalten bezieht. Die Armee ſoll überhaupt nicht wieder auf den alten Fuß geſetzt, alle diejenigen ſollen beſtraft werden, die offenbar ihre Schuldigkeit nicht gethan haben; bei dem Avancement ſoll eine Veränderung eintreten, um die Wiedereinſetzung ſolcher zu vermeiden, die an Körper und Geiſt invalide geworden ſind. Der König denkt darauf, den Eintritt der Nichtadeligen in die Armee zu erleichtern, eine Abſicht, die er gleich in einem der erſten militäriſchen Erlaſſe nach der Kataſtrophe kundgegeben hat. Man ſoll ein richtiges, auf neue Erfahrungen gegründetes Verhältniß unter den Truppengattungen einrichten, beſonders die leichte Infanterie nach dem Beiſpiel der Franzoſen vermehren. Das Rekrutirungsſyſtem ſoll gänzlich abgeändert werden, namentlich der etatsmäßige Ausländerſtamm aufhören; die Cantons ſollen nach Bedürfniß der verſchiedenen Truppengattungen, ſo daß ſie ſchon im Frieden zuſammenwirken können, verändert, die Exemptionen aufgehoben werden [2]). Auch die Bekleidung ſoll man zeitgemäß verändern und beſonders dafür ſorgen, daß die Hauptleute an der Beſchaffung der kleinen Montirungsſtücke keinen Antheil haben. Die Vorlagen des Königs ſind nicht als Anordnungen gefaßt; häufig ſind ſie Anfragen; ſie enthalten nur die Geſichtspunkte, welche die Commiſſion ebenfalls im Auge zu behalten und worüber ſie ihre Vorſchläge zu machen hat.

Man könnte in Erſtaunen gerathen, daß die auf die Einrichtungen des großen Friedrich gegründete Armee doch ſo vieles zu wünſchen übrig ließ. Friedrich hatte eben nur die Elemente, die er vorfand, und die er vollkommen zu beherrſchen wußte, nach ſeinem Sinne

1) Ueber das Leben und den Charakter von Scharnhorſt. Aus dem Nachlaß von Clauſewitz. v. Sybel's Hiſtoriſche Zeitſchrift I, S. 181.

2) In dieſer Aufhebung lag eigentlich die allgemeine Dienſtpflicht. Eigenhändige Vorlage des Königs in neunzehn Punkten. Abgedruckt im Militäriſchen Wochenblatt 1854—1855. S. 19.

zusammengehalten und geleitet. Wie Ludwig XIV. das feudale System beibehielt und nur eben dessen Kräfte zu vereinigen trachtete, so war es auch von Friedrich II. an seiner Stelle geschehen. Er hatte sich den Franzosen überlegen gezeigt. Aber nun war in Frankreich die Revolution dazwischen gekommen. Die Abschaffung aller Vorrechte hatte, wie die politische, so auch die militärische Verfassung umgestaltet. Da sollten nun auch in Preußen alle vorhandenen Kräfte besser zusammengenommen werden, um eine größere Gesammtkraft zu erzielen.

In den beiden Gutachten über die Reorganisation des Staates war auf die für die Armee erforderliche Umbildung besondere Rücksicht genommen worden. Altenstein und Hardenberg bekämpften die Aufnahme von Ausländern, die Isolirung der Offiziere von den Gemeinen, die nothwendig erfolgen müsse, wenn die Offiziere nicht aus den Soldaten genommen würden. In der demokratischen Constituirung der Armee gehen sie so weit wie möglich; das Avancement soll bloß nach Verdienst erfolgen, die Gemeinen sollen die Unteroffiziere, die Unteroffiziere die Offiziere der ersten Grade wählen. Sie verlangen Aufhebung aller Exemptionen, namentlich derjenigen der Hauptstädte. Auch von anderen Seiten her waren energische Anmahnungen gleicher Tendenz eingegangen. So hatte Prinz August, damals französischer Gefangener in Soissons, von dort her dem König ein Gutachten in umfassendem Sinne zugehen lassen [1]). Der tapfere Prinz gehörte der Reformpartei an. In seinem Gutachten heißt es: das preußische Kriegswesen habe mit den Verbesserungen, die andere Nationen vorgenommen, nicht Schritt gehalten, und man müsse sich darüber klar werden, inwiefern diese Verbesserungen in Preußen eingeführt werden könnten oder nicht; so sei die Castrametation der Römer von Pyrrhus, Cavallerie und Galeeren derselben von den Karthagern hergekommen. Auch über die Anführung des Heeres verbreitet sich das Gutachten: mit Rücksicht auf das militärische Vorbild von Frankreich wird es als das Beste bezeichnet, wenn der Regent selbst die Armee führe; wo nicht, so müsse der Feldherr auch das gesammte Kriegswesen verwalten. Man dürfe bei der Führung der Heere und der Leitung der Militärangelegenheiten nicht nach verschiedenen Grundsätzen verfahren; man dürfe z. B. nicht die Militäreinrichtung auf einen

1) Mitgetheilt bei Klippel, Leben des Generals von Scharnhorst, III, S. 764.

Angriff berechnen und ſie dann doch zu einer Defenſive gebrauchen wollen. Darin ſahen wohl der Prinz und ſein damaliger Gefährte in der Gefangenſchaft, der Capitän Clauſewitz, der an dieſem Gutachten ohne Zweifel vielen Antheil hatte, den vornehmſten Fehler des letzten Feldzuges. Unumwunden wird der Grundſatz aufgeſtellt, daß es die Pflicht eines jeden Bürgers ſei, den Staat zu vertheidigen; dieſer Grundſatz, in der Theorie anerkannt, leide in der Praxis in der Regel große Ausnahmen; nur in dem franzöſiſch-italieniſchen Reiche ſei derſelbe vollkommen durchgeführt; eben dadurch werde die militäriſche Macht des Staates ungemein verſtärkt. Der Vortheil liege nicht allein in der Vermehrung der Truppenzahl, ſondern beſonders darin, daß die wohlhabenderen und gebildeteren Klaſſen herbeigezogen werden, welchen das größte Intereſſe an der Erhaltung des Staates innewohne. Dazu ſei denn auch wieder ein unbeſchränktes Avancement nothwendig; ein Jeder müſſe auch in Preußen hoffen können, Feldmarſchall zu werden. In Beziehung auf die bisherige Bevorzugung des Adels warf der Prinz die Frage auf, ob es dem Staate auch dann nicht freiſtehe, die Vorrechte, welche er ertheilt hat, zurückzunehmen, wenn ſeine Erhaltung davon abhängt. Das Wohl des Staates ſei nun einmal das oberſte Geſetz, — eine Maxime, die bereits in den meiſten Staaten anerkannt werde; aus dem Beiſpiel der Franzoſen ſehe man, daß auch den Bürgerlichen das Gefühl der Ehre keineswegs abgehe. Von der mechaniſchen Kriegskunſt unterſcheidet Prinz Auguſt die höhere, welche nicht auf Erfahrung, ſondern auf Abſtraction von derſelben und deren Anwendung beruht. Die Eintheilung der Armee in Diviſionen nach franzöſiſcher Weiſe erfordere talentvolle Unterbefehlshaber. Auf Anciennetät dürfe man keine Rückſicht nehmen, da im Alter der Unternehmungsgeiſt ſich abſchwäche; nur müſſe man Sorge tragen, bei der Auswahl zu den höheren Stellungen Parteilichkeit zu vermeiden. Grundſätze, die aus dem allgemeinen Ideenkreiſe der Reformpartei entſpringen, die aber dadurch ein beſonderes Gewicht erhielten, daß ſie von einem Prinzen des königlichen Hauſes, der in dem letzten Kriege ſich auf das tapferſte geſchlagen hatte, vorgetragen wurden.

Auch Scharnhorſt näherte ſich ihnen in einigen beſonderen Gutachten. Das erſte derſelben vom 31. Juli 1807 [1]) iſt noch

1) Memoire Scharnhorſt's vom 31. Juli 1807 über Landesvertheidigung und Errichtung einer National-Miliz, im Militäriſchen Wochenblatt a. a. O. S. 78.

ganz auf den vorliegenden Zustand berechnet; die Defensive ist ihm die Hauptsache. Den größten Werth habe es, die Festungen an der Weichsel, an der Oder und in Schlesien in gutem Stande zu erhalten; sie werden dem Staate immer eine gewisse Bedeutung zwischen den kampfführenden Mächten geben und selbst für seine Existenz von Wichtigkeit sein, wie man das in Piemont und den Niederlanden im vorigen Jahrhundert erlebt habe; dazu gehören aber auch Truppen, die den vordringenden Feind zurückzuweisen bereit gehalten werden. Die Volksmenge des Staates würde eine Armee von 120,000 Mann aufzustellen erlauben, nämlich $2^1/_2$ pC. bei einer Bevölkerung von 5 Millionen; doch würde eine so große Zahl für den Defensivzweck nicht nothwendig sein; 65,000—70,000 Mann würden dazu hinreichen, im freien Felde 55,000 Mann verwendbar sein. Bemerkenswerth ist die Art und Weise, wie Scharnhorst schon in jenem Augenblick zur Vermehrung der Streitkräfte zu gelangen meint. Von jeder Compagnie Infanterie sollen jährlich zwanzig Mann entlassen und andere für sie eingestellt werden. Die entlassenen Leute werden in den Cantons jährlich revidirt. Die Armee könnte dann nach drei Jahren mit 17,000 Mann verstärkt werden; die Offiziere, deren genug vorhanden sind, gehören immer zum Etat; sie werden dafür sehr dankbar sein. Außer dieser Augmentation der stehenden Truppen faßt Scharnhorst die Errichtung einer Landmiliz ins Auge, und zwar zu einem doppelten Zwecke, einmal, um die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, und sodann, um in Verbindung mit der stehenden Armee zur Vertheidigung des Landes zu dienen. Für eine solche Einrichtung hält Scharnhorst die jungen Leute für verwendbar, die von der Cantonspflichtigkeit eximirt sind, zuerst zu dem einen, dann auch zu dem anderen Zwecke. Sein Vorschlag ist zunächst folgender: jede Stadt mit den sie umgebenden Dörfern soll eine Milizcompagnie bilden; die Compagnien sämmtlicher Bezirke einer Provinz sollen sich jährlich vor dem commandirenden General der Provinz, den Landständen und ersten Civilbeamten zu einem Scheibenschießen versammeln, welches einige Tage dauert. Die Milizen würden im Frieden den Dienst der Truppen verringern und im Falle des Krieges diese ansehnlich vermehren; im Felde würden sie den Dienst guter leichter Truppen versehen.

Noch umfassender, jedoch auf derselben Grundlage beruhend, ist ein Gutachten Scharnhorst's vom 31. August. Er geht dabei von dem Grundsatz aus, daß alle Einwohner geborene Vertheidiger

des Staates ſeien. Die ſtehende Armee beſteht aus denen, welche auf Koſten des Staates gekleidet, bewaffnet und geübt werden; alle übrigen ſtreitbaren Männer zwiſchen dem 18. und 30. Jahre, von denen vorausgeſetzt wird, daß ſie ſich ſelbſt bewaffnen und bekleiden, bilden die Reſerve. Dieſe Reſerve, an ſich zur Erhaltung der inneren Ruhe und zur Defenſive beſtimmt, ſoll doch auch ihre Provinz verlaſſen, falls die Deckung der Monarchie es erfordert.

Wenn es unleugbar iſt, daß dieſe Entwürfe, welche die Theilnahme der ganzen Nation an dem Kriegsheere in ſich ſchloſſen, die Grundlage der ſpäteren Verfaſſung enthalten, ſo war dieſe ſelbſt damit doch noch nicht zu Stande gekommen. Die Entwürfe Scharnhorſt's wurden von der Reorganiſationscommiſſion geprüft und im Allgemeinen angenommen. Auf den ausdrücklichen Befehl des Königs wurden ſie Stein mitgetheilt, der dann auch Schön zu Rathe zog.

Stein verwarf nun einige der wichtigſten der angenommenen Punkte; er erklärte ſich dagegen, daß alle die, welche ſich bewaffnen, kleiden und während der Waffenübungszeit auf eigene Koſten ernähren können, vom Dienſt in der ſtehenden Armee frei ſein ſollen; denn dieſe Armee würde alsdann zu klein werden; die Exemptionen, inwiefern ſie örtlich ſeien, müſſe man ganz aufheben, inwiefern ſie aber gewiſſen Gewerben beigelegt worden, durch ſtrengere Prüfung beſchränken [1]); man möge feſtſetzen, daß alle Bewohner des Staates zwiſchen 18 und 25 Jahren ſchuldig ſind, in der Linienarmee nach Beſtimmung des Looſes zu dienen, und daß alle diejenigen, die nicht dazu einberufen werden, es ſei entweder, weil man ihrer nicht zur Linienarmee bedarf, oder weil ſie die Dienſtjahre überſchritten, oder ihr Gewerbe ſie eximirt, zum Dienſt in der Reſervearmee verpflichtet ſind.

Schön iſt nicht für das Loos; mit beſonderem Nachdruck aber bekämpft er den Vorzug, der den Wohlhabenden gegeben werden ſollte. Rede und Gegenrede hierüber bieten ein großes Intereſſe dar, doch noch mehr für die folgenden Zeiten, als für die damaligen, in welchen von der Aufſtellung einer großen ſtehenden Armee aus politiſchen Gründen nicht die Rede ſein konnte.

---

1) Scharnhorſt's Entwurf zur Bildung einer Reſerve-Armee und die Bemerkungen Stein's und Schön's, im Militäriſchen Wochenblatt a. a. O. S. 82.

Die Thätigkeit der Commission wird in folgenden Worten Scharnhorst's charakterisirt: „Man muß der Nation das Gefühl der Selbständigkeit einflößen. Wir haben auf eine innere Reorganisation des Militärs, in Hinsicht sowohl auf die Formation, das Avancement, die Uebung, als auch insbesondere den Geist, hingearbeitet. Der König hat ohne alle Vorurtheile nicht allein sich willig gezeigt, sondern uns sehr viele, dem Geist und den neuen Verhältnissen angemessene Ideen gegeben."

Viertes Capitel.

Sendung des Prinzen Wilhelm nach Paris. Ereigniß von Bayonne.

Man könnte verſucht ſein, die Politik, die Napoleon bei dem Frieden von Tilſit einſchlug, zu kritiſiren. Um Rußland gegen England heranzuziehen, gab er die Verbindung mit den Mächten auf, welche bisher meiſtens mit Frankreich gegen Rußland einverſtanden geweſen waren. Schweden, das in früheren Zeiten als der vornehmſte Verbündete der Franzoſen im Norden betrachtet wurde, überließ er in Bezug auf das Land, welches den Mittelpunkt des nationalen Haders zwiſchen Ruſſen und Schweden bildete, den ruſſiſchen Feindſeligkeiten. Die Osmanen, welche Frankreich als ihren älteſten Verbündeten zu bezeichnen liebten, wurden durch die Abkunft, welche die Donaufürſtenthümer dem ruſſiſchen Einfluß überlieferte, auf das tiefſte beleidigt. Wie weit wich dieſe Politik von allen Traditionen des franzöſiſchen Reiches ab! Sie war durch die momentane Lage eingegeben; den allgemeinen und unveränderlichen Verhältniſſen der Staaten lief ſie eigentlich entgegen.

Auch in Bezug auf Brandenburg-Preußen hätte man Rückſichten auf ein früheres freundliches Verhältniß oder auf die Neutralität erwarten können. Aber Preußen wurde mit rückſichtsloſeſter Gewaltſamkeit behandelt. Man darf darin wohl nicht Aufwallung des Haſſes oder Grauſamkeit ſuchen; Alles hing mit dem politiſchen Syſtem zuſammen, das nach dem Frieden von Tilſit überhaupt ergriffen wurde. Wenn dem preußiſchen Staate in dieſem Frieden die Hälfte ſeines Beſtandes entriſſen worden war, ſo fügte der Vertrag von Königsberg ſolche Beſtimmungen hinzu, welche die übrig gebliebenen Landestheile in allen ihren Beziehungen feſſelten. Unter allen Umſtänden ſollte Preußen verhindert werden,

eine autonome Stellung einzunehmen, um etwa künftigen Plänen Napoleons hinderlich zu werden.

Schon im Juli 1807 sendete der König Knobelsdorf nach Paris, um dem Kaiser die Unmöglichkeit vorzustellen, in der sich sein Land befinde, die stipulirten Leistungen aufzubringen, namentlich die von Daru nach seinen Voraussetzungen geforderte Summe von 154 Millionen Francs [1]). Unter den Gründen für diese Vorstellung erscheint auch der Krieg mit England: denn auf den Verkehr mit England sei Preußen, namentlich auch Schlesien, angewiesen. Der Gesandte soll eine Contribution von 30 Millionen anbieten, zahlbar in drei Jahren.

Knobelsdorf kam am 4. August in Paris an. Napoleon ließ ihm durch Talleyrand erklären, daß er von den geforderten Contributionen nichts nachlassen könne, da sie das Eigenthum seiner Armeen sein. Talleyrand hörte auf keine Gegenrede: denn der Wille des Kaisers sei unerschütterlich. Aus der Erzählung Bignon's [2]) ersieht man, wie gegründet das war. Bignon versichert, daß keine Vorstellung, die von Daru oder von ihm selbst ausgegangen, die mindeste Wirkung auf den Kaiser gehabt habe. Knobelsdorf erhielt in der Sache selbst keine Audienz bei Napoleon. Der Minister Champagny, der in der Mitte Augusts, als Talleyrand zu einem Großwürdenträger des Reiches erhoben wurde, an Stelle desselben die Verwaltung der auswärtigen Geschäfte erhielt, erklärte dem preußischen Bevollmächtigten, in Bezug auf die Contributionen über nichts verhandeln zu können, da der Kaiser die ganze Sache an Daru übertragen habe. Man sah, daß der Gesandte nie etwas ausrichten würde. Statt Erleichterungen zu erzielen, erfuhr die preußische Regierung neue Erschwerungen des gesammten Zustandes.

Indem sie noch von Knobelsdorf eingehende Antwort erwartete, traf ein Schreiben von Berthier bei Kalckreuth mit den Forderungen ein, die eine weitere Vorbedingung für die Räumung des Landes enthielten. Sie bezogen sich auf das Herzogthum Warschau, das noch nicht stark genug war, um Rußland zu gefährden, aber unter der Protection Napoleon's die Bedrängnisse Preußens wesentlich vermehrte. Berthier brachte einem Artikel des Friedens gemäß die

1) Vergl. M. Duncker, eine Milliarde Kriegsentschädigung, welche Preußen Frankreich gezahlt hat; in: Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelms III., S. 503 ff.

2) VI, 355.

Errichtung einer Militärſtraße zwiſchen Sachſen und Warſchau durch das preußiſche Gebiet in Antrag, zugleich aber auch Vorkehrungen für einen freien Handelsverkehr zwiſchen dem Königreich Sachſen und dem Herzogthum Warſchau. Die Forderungen Berthier's hatten dann drei Conventionen zur Folge, die vom 13. October, 10. November und 6. Dezember 1807. Außer einer Militärſtraße über Kroſſen und Züllichau wurden drei Handelsſtraßen eingerichtet. Für die ſächſiſchen Waaren wurde der Verkehr mit Polen gegen einen leichten Tranſitzoll zugeſtanden, eine die Induſtrie und Verwaltung von Schleſien ſehr beeinträchtigende Neuerung. Und zugleich beſtimmte Marſchall Soult die Grenzen zwiſchen Warſchau und Oſtpreußen auf eine Weiſe, die allem preußiſchen Anſpruch entgegenlief. Das der Republik Danzig zugeſtandene Gebiet wurde durch die Ausdehnung, die man dem feſtgeſetzten Rayon gab, anſehnlich erweitert. Für das Herzogthum Warſchau wurden der Michelauer Kreis und Neuſchleſien beanſprucht. Der König mußte ſich in Alles fügen.

Daß er das aber auf immer zu thun gemeint habe, darf man doch nicht annehmen. In einem Schreiben an Kaiſer Alexander ſpricht er den Entſchluß aus [1]), das alte intime Verhältniß mit ihm aufrechtzuerhalten; indem er ſich über die Eigenmächtigkeiten des Generals Rapp, der bei der Feſtſetzung des Territoriums der Stadt Danzig die Beſtimmungen des Friedens weit überſchritten habe, ohne auch nur die Ankunft der königlichen Commiſſare abzuwarten, beklagt und die Vermittelung des Kaiſers bei dieſen und ähnlichen Vergewaltigungen nachſucht, bezieht er ſich nicht allein auf die perſönliche Freundſchaft Alexanders, ſondern auch auf das Intereſſe von Rußland. Noch in Tilſit hatte Alexander dem Grafen Goltz Verſicherungen gegeben, aus denen Friedrich Wilhelm abnahm, daß Rußland immer für die Erhaltung der Unabhängigkeit Preußens ſein werde. „Ich bin überzeugt", ſchrieb ihm der König, „Ew. M. wird ſich immer dafür verwenden, daß ich künftig einmal eine Compenſation für die Verluſte erhalte, die ich gegenwärtig in Folge der gewiſſenhaften Erfüllung meiner Verpflichtungen erleide" [2]).

1) Schreiben des Königs an den Kaiſer vom 30. Juli 1807.

2) Je me tiens assuré que V. M. emploiera toujours avec plaisir à me faire obtenir dans la suite une compensation proportionnée à la perte sensible que je viens d'éprouver dans le moment par une suite de mon scrupuleux attachement à mes engagements.

Alexander, der damals Tolstoy nach Paris sandte, ertheilte dem Könige die bestimmte Versicherung, daß dieser Gesandte den Auftrag erhalten solle, die Reclamationen Preußens auf das beste zu unterstützen [1]). Ueber sein Verhältniß zum Könige drückte sich Alexander mit der lebhaftesten Theilnahme aus. Er versicherte ihn der unbeschränkten Hingebung, die er in ihren gegenseitigen Beziehungen allezeit zeigen werde. „Meine Anhänglichkeit und Freundschaft für Ew. Majestät werden nur mit meinem Leben enden" [2]).

Man sieht, daß der Friede von Tilsit in den persönlichen Beziehungen zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm keine wesentlichen Veränderungen hervorgebracht hatte. Friedrich Wilhelm rechnete in seinen Bedrängnissen allezeit auf die Unterstützung und die Rathschläge des Kaisers. In einem Schreiben vom 15. September, mit dessen Ueberreichung Major Schöler beauftragt war, dem ein Memoire über alles das, was man von den französischen Generalen zu dulden habe, beigegeben war, fragte der König an, ob er gegen diese Uebergriffe protestiren und eine starke und feste Haltung annehmen solle in der Erwartung, daß die Vorstellungen des Kaisers von Rußland eine Aenderung hervorbringen würden, oder ob es besser sei, nachzugeben in der Hoffnung, daß ihm der Kaiser von Rußland eine Entschädigung auswirken werde.

Alexander suchte der Entzweiung Preußens mit Frankreich vorzubeugen. Eine Protestation und demgemäß feste Haltung des Königs hat er demselben doch nicht empfohlen. Vielmehr rieth er zur Nachgiebigkeit, selbst zum Eintritt in den Rheinbund, wenn derselbe gefordert werde.

Tolstoy, der seinen Weg über Königsberg nahm, wo er noch besonders über die französischen Gewaltsamkeiten informirt wurde, hat dann in der That erreicht, daß die Franzosen auf die Besetzung von Colberg und Graudenz verzichteten. Die Forderung selbst wird von Napoleon freilich als eine Sottise Daru's bezeichnet. Tolstoy machte geltend, daß Frankreich auf Plätze nicht bestehen dürfe, deren Besetzung nur gegen Rußland gerichtet sein könne; Stettin, Küstrin, Glogau seien zu seiner Sicherheit hinreichend. Im

1) Il recevra l'ordre de soutenir de tous ses moyens les réclamations de la Prusse.

2) L'abandon sans réserve, que je désire maintenir éternellement dans nos relations. Mon attachement et mon amitié pour elle ne finiront qu' avec ma vie (22. September).

October langte der neue preußiſche Geſandte Brockhauſen, ein Mann, in dem ſich noch die Traditionen von Herzberg fortſetzten, in Paris an. Die Wahl hatte nicht den Beifall Champagny's; doch war Napoleon nicht dagegen: es genüge ihm ſchon, ſagte er, wenn nur Niemand komme, der den letzten Krieg mitveranlaßt habe. Brockhauſen mißbilligte das Verhalten Knobelsdorfs, der wenig gethan und ihm einen ungebahnten Weg zurückgelaſſen habe; aber er ſelbſt richtete ſo wenig aus, wie dieſer. Gegen Knobelsdorf hatte Napoleon geäußert, daß die Geringfügigkeit der preußiſchen Leiſtungen ihn nöthige, das Land beſetzt zu halten [1]). Brockhauſen ſah den Miniſter Champagny Ende Octobers zu Fontainebleau und reichte ihm diplomatiſche Noten dringendſten Inhalts ein. In der erſten ſtellt er die Unerſchwinglichkeit der von Daru geforderten Summe in Ausdrücken dar, die von Bekümmerniß und Schmerz zeugen. Er betont die Zuverläſſigkeit ſeines ökonomiſchen und loyalen Fürſten, der alle Verpflichtungen erfüllen werde, wenn man ihm nur den Gebrauch ſeiner Revenuen einräume. Schon bringe die Maßregel, die man ergriffen habe, indem man den König der Verwaltung ſeiner Landſchaften beraube, die ſchlimmſten Folgen hervor; das Band zwiſchen Souverän und Unterthanen werde dadurch gelockert. Und indem man mit dem Intendanten Daru über die Mittel, den Forderungen gerecht zu werden, unterhandele, trete derſelbe mit zwei neuen Zumuthungen auf, welche ein Todesurtheil für Preußen enthielten. Er fordere als Sicherheit fünf Feſtungen und die Unterhaltung von 32,000 Mann franzöſiſcher Truppen in denſelben; überdies verlange er Ueberlieferung von Domänen bis zum Geſammtbetrage von 50 Millionen Francs. Die Unterhaltung der Truppen erheiſche ſo große Summen, daß dem Könige für ſeine Exiſtenz und für ſeine Adminiſtration keine hinreichenden Mittel übrig bleiben. Niemals habe ein Volk eine dunklere Zukunft vor ſich gehabt, als das preußiſche: „das Land kann nicht beſäet werden, der Landmann hat keine Ausſicht auf eine Ernte. Die Härte der Executionen macht die Leiden der armen Einwohner vollends unerträglich". Brockhauſen provocirt auf das Intereſſe, welches Napoleon für einen Staat gezeigt habe, der die Schöpfung eines großen Mannes ſei.

---

1) Napoleon ſagte zu Knobelsdorf beim Abſchiede: Il faut qu'on en finisse chez vous, le séjour prolongé de mes troupes ruine vos provinces; mais on ne fait rien chez vous, on ne fait que dormir.

Alles das aber waren vergebliche Worte. In der Antwort Champagny's lieſt man nur, daß der Kaiſer der Franzoſen, dem er in der Sache Vortrag gehalten, dem preußiſchen Cabinet ſelbſt die Schuld von der Nichtausführung des Königsberger Vertrages beimeſſe: er erkläre, er könne Preußen nicht räumen, bevor dies geſchehen ſein würde [1]).

Indem dieſe Noten gewechſelt wurden, war in dem Könige von Preußen, noch ehe er davon erfuhr, die Ueberzeugung gereift, daß ſich auf dieſem Wege nichts werde erreichen laſſen; er hatte beſchloſſen, ſeinen Bruder, den Prinzen Wilhelm, der dem Kaiſer Napoleon als ein Mann von Talent und gutem Betragen geſchildert worden war, zu ihm zu ſchicken, um ihm hierdurch einen Beweis zu geben, daß ſein Beſtreben, ein freundſchaftliches Verhältniß mit Frankreich einzugehen, ernſtlich gemeint ſei [2]). Vor einigen Jahren war Alexander von Humboldt von ſeiner transatlantiſchen Reiſe zurückgekommen. Der König hatte ihm die Muße gewährt, die zur Ausführung ſeiner literariſchen Arbeiten nothwendig war. Man kannte die mannichfaltigen geſellſchaftlichen Beziehungen, in denen Humboldt in der franzöſiſchen Hauptſtadt ſtand, und hielt ihn deshalb für beſonders geeignet, den Bruder des Königs daſelbſt einzuführen. Mit Vergnügen willigte Humboldt ein; ſein Brief an den König darüber athmet Dankbarkeit und Hingebung ſowie Anerkennung der Standhaftigkeit, die der König im letzten Jahre bewieſen. Es ſchien ihm am Herzen zu liegen, den Vater des Volkes wieder in ſeine Hauptſtadt zurückführen zu helfen. Nicht ſo ganz war Brockhauſen mit dieſer Miſſion zufrieden, welche die ſeine unterbrach, oder doch ihre Bedeutung ſchwächte. Man ſchreibt es den Zögerungen deſſelben zu, daß Napoleon ſeine Reiſe nach Italien antrat, ohne von der Abſicht des Königs Nachricht erhalten zu haben. Erſt in Mailand wurden die Päſſe für den Prinzen Wilhelm ausgefertigt, der nun am 8. Januar 1808 in Paris anlangte.

In der Inſtruction des Prinzen wird als Zweck ſeiner Sen-

1) Il a constamment déclaré que, tant que les conditions de la convention de Kœnigsberg ne seraient pas remplies, la Prusse ne pourrait pas être évacuée (4. November).

2) pour constater mon sincère désir de rétablir avec V. M. J. et R. les termes de la plus étroite union. So heißt es in dem Schreiben von Memel aus, in welchem für den Prinzen die zur Reiſe erforderlichen Papiere verlangt werden.

dung angegeben: Abschluß einer engen Allianz mit Frankreich, um dagegen des ungestörten Besitzes der Provinzen, die dem Könige gelassen worden, und der Räumung seitens der Franzosen versichert zu werden. Der Prinz soll den Kaiser von dem Wunsche des Königs, in die intimste Verbindung mit ihm zu treten, überzeugen. Er soll eine defensive und offensive Allianz anbieten, in Folge deren Preußen ein Hülfscorps von 10,000 Mann dem Kaiser der Franzosen in seinen continentalen Kriegen stellen werde, in der Voraussetzung jedoch, daß er Preußen in eine Situation bringe, bei der es in den Stand komme, erheblichere Dienste zu leisten. Wird die Allianz abgelehnt, so ist der Prinz ermächtigt, selbst den Eintritt in den Rheinbund anzubieten, wie der Kaiser Alexander, der mit der Sendung einverstanden war, ausdrücklich angerathen hatte.

Wenn man im voraus die Möglichkeit eines Erfolges dieser Mission erwägt, so ist dieselbe bei den damaligen Umständen nur gering anzuschlagen. Napoleon sah in den preußischen Landschaften nur ein Mittel für seine anderweiten politischen Zwecke. Man weiß, daß er eben in dieser Zeit dem Kaiser Alexander die volle Einräumung der türkischen Grenzprovinzen angeboten hat, wenn ihm derselbe dagegen eine Compensation aus der einen oder anderen preußischen Provinz zugestehe; sein Augenmerk war damals auf Schlesien gerichtet.

Kaiser Alexander war von einem solchen Zugeständnisse weit entfernt. Sehr wahr, daß die Russen nichts eifriger wünschten, als den Besitz der Donaufürstenthümer; allein dem französischen Kaiser eine Position einzuräumen, durch welche er Rußland anzugreifen in den Stand gesetzt worden wäre, darin lag doch — denn noch war die französische Armee sehr zahlreich in Norddeutschland und dem Herzogthum Warschau versammelt — eine zu große Gefahr, als daß Alexander auch gegen ein anderweites Zugeständniß darauf hätte eingehen können. Man erfuhr in Memel kaum, welchem Schicksal man entronnen war. Wie aber aus der großen Politik immer neue Gefahren entsprangen, so traten auf der anderen Seite in Folge der Verwickelungen, die aus dem Frieden von Tilsit hervorgingen, und der unerwarteten Ereignisse, die sich daran knüpften, Verhältnisse ein, die eine Erleichterung für Preußen möglich machten.

Der Friede von Tilsit involvirte, wie berührt, einen Krieg mit England. Ein Augenblick erschien, wo sich die Engländer von verschiedenen Seiten bedroht fühlen konnten, von dem Norden,

dem Süden und den französischen Küsten her; sie setzten sich dem mit der rücksichtslosen Entschlossenheit entgegen, welche ihre damalige Politik charakterisirt. Sie trugen kein Bedenken, der dänischen Flotte, welche gegen sie dienen sollte, sich zum zweiten Male zu bemächtigen. Schweden hielt auf ihrer Seite fest. Dasselbe geschah, wie man vorausgesehen hatte, auch in Portugal; dadurch wurde aber eine Verwickelung von unermeßlicher Aussicht eröffnet. Noch im November 1807 nahm Napoleon, einverstanden mit König Karl IV. von Spanien, der ihm den Durchzug durch spanische Provinzen bewilligte, Portugal in Besitz. Es war ganz im Sinne der Engländer, wenn der Prinz-Regent sich nach Brasilien begab: sie begrüßten die Idee eines transatlantischen Reiches portugiesischen Ursprungs mit Freuden. Zugleich aber meinten sie, Portugal nicht aufzugeben: die siegreiche Flotte kam vom Norden nach Süden, um an der Mündung des Tajo Station zu nehmen. In kurzem zeigte sich, daß darin eine größere Wichtigkeit für sie selbst und die Welt lag, als man hätte glauben sollen.

Schon hatte auch Spanien bei dem Ausbruch des preußischen Krieges insgeheim mit England angeknüpft; ohne äußerlich darauf Rücksicht zu nehmen, war Napoleon sehr entschlossen, die spanische Regierung nicht unter den Einfluß von England gerathen zu lassen. Ein inneres Zerwürfniß derselben zwischen dem Könige Karl IV. und dem Kronprinzen Ferdinand kam ihm hiebei zu statten. König Karl IV., die Königin und ihr Günstling empfanden, was ihnen von Napoleon drohe, wagten aber doch nicht, mit Entschiedenheit zu widerstreben. Die Population schloß sich hierüber an den Kronprinzen an; und es kam zu jenen tumultuarischen Scenen von Aranjuez (18. März 1808), durch welche der König zur Abdankung genöthigt, der Günstling mit dem Tode bedroht und dem Gefängniß überwiesen wurde.

Welches auch früher die Beziehungen Napoleon's zu dem Kronprinzen von Spanien gewesen sein mochten, er konnte nicht bezweifeln, daß eine patriotische Partei, die sich zu England hinneigte, denselben auf den Thron zu setzen suche. Es erhellt nicht mit Bestimmtheit, mit welchen Plänen er sich bis dahin getragen; aber die Nachrichten, die ihm Monthyon, der von einer Mission nach Aranjuez zurückkam, von den Aufwallungen des Königs und seiner Gemahlin gab, welche die Krone lieber aufgeben, als das Attentat ihres Sohnes ungerächt lassen wollte, wurden entscheidend für ihn [1]). Er beschloß, die Autorität in

1) Ségur III, 226.

Spanien ſelbſt in ſeine Hand zu nehmen; wie in Frankreich, ſo ſollten auch in Spanien die Bourbons durch die Bonaparte erſetzt werden.

In Bayonne, wohin die ſpaniſche Königsfamilie ſich begab, trat der bezeichnende Moment ein, daß der König von dem Kronprinzen gefragt wurde, ob er nach Spanien zurückkehren und die Krone wieder annehmen wolle; in dieſem Falle ſei er, der Kronprinz, bereit, ihm dieſelbe zurückzugeben. Der Vater hatte kein Hehl damit, daß er weder das eine noch das andere wolle. Hierauf ſchwieg Ferdinand, und das Geſchick mußte ſich vollziehen. Die franzöſiſchen Truppen ſetzten ſich in den Beſitz von Spanien: Napoleon verfügte über die Krone. In demſelben Augenblicke aber erhob ſich eine nationale Feindſeligkeit gegen ihn, wie er eine ſolche bisher noch nicht erfahren hatte, in Folge deren die Engländer wieder Einfluß auf Spanien gewannen. Bei den erſten Nachrichten von Bayonne hatten ſie ihr Augenmerk unverzüglich auf eine Emancipation des ſüdlichen Amerika gerichtet. Bald darauf aber kamen ihnen die Decrete der Junta von Aſturien zu, die den Entſchluß kundgab, im Beſitz ihrer uralten Souverainetät ſich zu behaupten, bis die rechtmäßige Dynaſtie wiederhergeſtellt ſei, und hiezu die Hülfe von England aufrief; ſie erklärte Krieg gegen Napoleon, der nur nach einer univerſalen Gewaltherrſchaft ſtrebe. Die Engländer faßten dagegen die Abſicht, Spanien von dem franzöſiſchen Joche loszureißen; ſie rechneten dabei auf das Zuſammenwirken der Colonien und des Mutterlandes; denn nicht allein Aſturien, ſondern alle ſpaniſchen Provinzen waren in einer inſurrectionellen Bewegung, die ſich ſelbſt auf die unter franzöſiſcher Führung in Dänemark dienenden Truppen erſtreckte. Napoleon hatte durch ſein ſpaniſches Unternehmen ſeine Weltherrſchaft feſt zu begründen gemeint; in ſeiner Laufbahn bildet der Moment, wo er die Nachricht von der Capitulation, zu welcher 25,000 Franzoſen genöthigt worden waren (22. Juli 1808), erhielt, einen unvergeßlichen Wendepunkt. Er hatte kurz vorher geſagt, ſein Siegeswagen ſei in vollem Laufe; wehe dem, der ſich ihm entgegenſtelle! Jetzt war dies doch geſchehen: er war, wie ſeine Umgebung bemerkte, wie vom Donner getroffen; aber er blieb entſchloſſen, alle ſeine Kraft zur Unterwerfung der Empörten zu verwenden.

Wir berühren dieſe großen Ereigniſſe nur, weil ſie mit den zwiſchen Frankreich und Preußen ſchwebenden Unterhandlungen zuſammenhangen. In eine Unternehmung verwickelt, die einen anſehnlichen Theil ſeiner Streitkräfte beſchäftigte, mußte Napoleon

Bedacht nehmen, die Ruhe in Deutschland zu erhalten und Preußen zu pacifiziren.

Die Mission des Prinzen Wilhelm hatte anfangs nicht viel Aussicht gehabt, zu einem erwünschten Erfolge zu führen. Napoleon vermied es, den Prinzen, dessen von Kaiser Alexander gerühmte Eigenschaften er bereitwillig anerkannte, öfter zu sehen oder von Politik mit ihm zu verhandeln. Dem Antrag auf eine Allianz begegnete er mit der Aeußerung, daß er die preußische Regierung zu denen zähle, welche der Bewegungen ihrer Unterthanen nicht sicher seien: er kannte den Haß, den man in Preußen gegen ihn hegte.

Die Ereignisse in Spanien, welche Napoleon nöthigten, alle übrigen disponiblen Kräfte dahin zu wenden, brachten in Deutschland die Wirkung hervor, daß man zum Widerstande gegen ihn Muth faßte; der nationale Gedanke erwachte und stärkte sich in Deutschland an diesem Beispiel. Der Minister Stein versichert, es habe ihm Mühe gekostet, einen unzeitigen Ausbruch zurückzuhalten: nicht, als ob er diese Gefühle der tiefen Entrüstung und des erwachenden Muthes nicht getheilt hätte, sie waren in ihm so stark, wie in irgend Jemandem; allein sein Beruf war es vielmehr, die inneren Kräfte zu einem Kampfe vorzubereiten, als einen solchen unverzüglich hervorzurufen. Alle seine ministeriellen Handlungen waren zugleich von diesem Impulse geleitet. Dem schon erwähnten Gesetze über die Erbunterthänigkeit, welches dahin zielte, die Leibeigenschaft aufzuheben, mit allen ihren Folgen, besonders dem drückenden Gesindezwang, so daß die persönliche Freiheit dadurch unerschütterlich begründet wurde, fügte er nach einiger Zeit die Städteordnung hinzu, deren Zweck es war, dem bloß mit den Angelegenheiten des Privatlebens beschäftigten Thun und Treiben eine höhere Richtung zu geben und lebendige Theilnahme an dem Gemeinwesen, dem jeder angehöre, zu erwecken. Auf den Domänen wurden die Bauern in freie Eigenthümer verwandelt; man wollte deren in kurzem 30,000 zählen. In allen Zweigen wurde die strengste Sparsamkeit eingeführt; empfindliche Einschränkungen bei der Hofhaltung ließ sich der König gern gefallen; denn alle Kräfte mußten zu den allgemeinen Zwecken aufgeboten werden. Die in der Militärcommission unter Stein's Theilnahme beschlossenen Anordnungen wurden ins Werk gesetzt; die Herbeiziehung der höheren Klassen zum Kriegsdienste hatte die Folge, daß die Ausländer aus dem Heere schieden. Es war ein Ereigniß, daß die Stockprügel abgeschafft wurden. Was man aber auch thun

und vorkehren mochte, über Allem lag der Druck, welcher die Anweſenheit der franzöſiſchen Truppen veranlaßte. Ohne Zahlung der Contributionen konnte der König nicht wieder Herr in ſeinem eigenen Lande werden. Bei dem Generalintendanten Daru, dem Napoleon die definitive Entſcheidung in dieſer Angelegenheit übertragen zu haben behauptete, blieben Vorſtellungen triftigſter Art ohne alle Frucht. Man weiß, daß er bei einem Mittagsmahle auf die Bemerkung des aus ſeiner Gefangenſchaft zurückgekehrten Prinzen Auguſt, die von den Franzoſen den Einwohnern zugefügten Bedrängniſſe ſeien ſo groß, daß dieſe darüber würden zu Grunde gehen müſſen, geantwortet hat: ſie würden die Laſten tragen und dabei weiter leben [1]).

Der Miniſter Stein, der ſich nach Berlin begab, brachte es am 9. März, auf Grund des von der Immediat-Friedenscommiſſion vorgelegten Entwurfes, zu einer vorläufigen Convention, in welcher die geforderte Summe von 154½ Millionen zwar anerkannt, aber dagegen die von den Franzoſen ſeit dem Frieden eingezogenen Landeseinkünfte in Abzug gebracht wurden. In Folge dieſer und anderer Ermäßigungen wurde die Summe, die Preußen zu zahlen hatte, um 50 Millionen Francs verringert. Der urſprüngliche Vorſchlag Daru's war geweſen, daß dieſe Summe durch freiwillige Ueberlaſſung der Domänen abgezahlt werden ſollte. Nimmermehr konnte man darauf eingehen, da dann die Adminiſtration der Domänen in die Hände franzöſiſcher Beamten gekommen ſein und dieſe jede freie Bewegung erſtickt haben würden. Stein erlangte vielmehr, daß Daru ſich mit Pfandbriefen und Promeſſen begnügte, welche von Termin zu Termin eingelöſt und von der Pariſer Bank discontirt werden ſollten.

Napoleon war jedoch nicht dahin zu bringen, dieſe Convention zu ratificiren. Wie die Verhältniſſe zwiſchen beiden Staaten überhaupt ſtanden, ſieht man daraus, daß die Franzoſen die Abſicht kundgaben, ein bewaffnetes Lager von 35,000 Mann in der Nähe von Berlin zu errichten. Die Friedenscommiſſion machte beſonders darauf aufmerkſam, daß es bei ſolchen Ausſichten unmöglich werde, die Contribution abzuzahlen. Napoleon hat zwar dem Prinzen Wilhelm geſagt, er denke nicht daran, dem Könige ſeine Hauptſtadt zu entreißen; aber er befinde ſich in der Noth-

1) Et ils vivront encore. Baſſewitz I, 512.

wendigkeit, Angriffen auf die von ihm in Besitz genommenen Landschaften, namentlich auf das neue Königreich Westphalen, zuvorzukommen. Wenn man in Betracht zieht, daß zu einer solchen Besorgniß in diesem Augenblicke kein Grund vorlag, so geräth man auf den Gedanken, daß das Vorhaben mit den erwähnten Combinationen, die sich auf das Verhältniß von Rußland zur Türkei bezogen, in der einen oder der anderen Weise zusammenhing.

Aber der russische Gesandte Tolstoy, der es eigentlich nicht billigte, daß der Prinz nach Paris gekommen war, weil das bei der Sinnesweise Napoleon's doch keinen Eindruck auf denselben machen werde, wiederholte dagegen auf das lauteste seine Reclamationen gegen die Vermischung der türkischen und der preußischen Angelegenheiten. Rußland, sagte er, habe einen unbezweifelten Anspruch auf die Besetzung der Fürstenthümer, weil die Türkei den Frieden verzögere; Napoleon aber sei durch den Frieden von Tilsit die Verbindlichkeit eingegangen, die preußischen Provinzen zu räumen.

Und unmöglich konnte Napoleon diese Vorstellungen unbeachtet lassen; bei der Lage der spanischen Angelegenheiten war er in der Nothwendigkeit, auf Rußland doppelte Rücksicht zu nehmen. Die weitaussehenden Unterhandlungen, die zwischen ihm und Alexander über die orientalischen Angelegenheiten gepflogen wurden, hatten doch den Erfolg, daß von jener widerwärtigen Verbindung der Sache der Donaufürstenthümer mit der Sicherheit Schlesiens nicht mehr die Rede sein konnte. Alexander erklärte es für einen Beweis von Freundschaft, den ihm Napoleon geben möge, wenn er seinem Freunde, dem Könige von Preußen, größere Schonung angedeihen lasse[1]); zugleich empfahl Alexander die Annahme der von Stein entworfenen Convention, für welche er selbst noch einige für Preußen günstige Modificationen zu erwirken hoffte.

Prinz Wilhelm säumte nicht, auch seinerseits eine Vorstellung über die unglückliche und unverdiente Lage von Preußen einzugeben: die Annahme der Convention werde endlich bewirken, daß der König zur Verwaltung seiner Länder gelange und daran denken könne, die Wunden zu heilen, welche der Krieg ihnen ge-

1) Je regarderais l'évacution de la Prusse et le rétablissement du gouvernement du Roi comme la marque la plus signalée de l'amitié de V. M. J.

ſchlagen habe[1]). Ohne Antwort geblieben, erneuerte der Prinz ſeine Bitten am 20. Juni 1808. Von Napoleon, ſagte er, erwarte Preußen glücklichere Tage[2]), eine Hoffnung, die doch noch ſehr im Weiten lag. Der Prinz meinte zuweilen ſelbſt Urſache zu haben, für den Thron ſeines Bruders zu fürchten.

In der That hatte ſich dieſe Furcht in Folge der Ereigniſſe von Bayonne auch in Königsberg geregt. In einem Briefe der Königin heißt es, daß das Verfahren Napoleons gegen ſeine Freunde vollends für ſeine alten Feinde eine verderbliche Vorbedeutung in ſich ſchließe. Aber auch eine entgegengeſetzte Wirkung entſprang aus den ſpaniſchen Ereigniſſen. Dieſe bewirkten mit Nothwendigkeit, daß die Fürſten und die Völker der zwiſchen ihnen beſtehenden unauflöslichen Verbindung aufs lebendigſte innewurden. In der Erhebung der Population, wie ſie mit dem Vorbehalt der legitimen Regierung verbunden in Spanien zu Tage trat, lag ein Moment, das auch für Deutſchland, vor Allem für Preußen, anwendbar und die Gemüther zu ergreifen geeignet war. Es konnte nicht anders ſein, als daß Napoleon dieſe Bewegungen bemerkte und ihnen zuvorzukommen ſuchte. Ueberhaupt nöthigte ihn der Fortgang des ſpaniſchen Ereigniſſes zu einer Modification ſeiner Geſammtſtellung, die auch für Preußen von unmittelbarer Wichtigkeit war. Er fand ſich veranlaßt, einen Theil ſeiner Truppen, welche die Mark und Schleſien beherrſchten, über den Rhein zurückzuziehen, um ſie fortan in Spanien zu verwenden. Wie tief mußte es ihn berühren, daß ein zahlreiches ſpaniſches Truppencorps, das unter della Romana in Dänemark diente, den günſtigen Moment ergriff, um eigenmächtig ſeine Poſitionen zu verlaſſen, und ſich mit engliſcher Hülfe nach Spanien einſchiffte! Als Napoleon Mitte Auguſts nach Paris zurückkam, gab er den Entſchluß kund, die Differenzen mit Preußen ſo weit zu ſchlichten, daß er von dort her nichts zu beſorgen brauche. Er kam jetzt auf die Convention vom März zurück: nicht als ob er ſie hätte annehmen wollen, wie ſie war; aber er dachte ſie doch wirklich zu realiſiren. An dem Rechte, das er gehabt habe, die Revenuen in

1) Le Roi, rentré dans l'administration de ses États et dans la jouissance de ses revenus, pourra enfin entreprendre de guérir les plaies du pays.

2) C'est de vos mains, Sire, que nous attendons des jours plus heureux.

Preußen einziehen zu laſſen, hielt er feſt; er wollte ſie nicht mit der Contribution, die man ihm ſchulde, in Verbindung bringen; einige andere Abzüge gab er nach, ſo daß die geforderte Summe auf 140 Millionen fixirt wurde; er beſtand jedoch dann auf unverzögerter Bezahlung derſelben in kurzen Friſten. Champagny forderte eine weitere Sicherſtellung des Kaiſers durch Vermehrung der in den drei Feſtungen, Stettin, Küſtrin, Glogau, zu verpflegenden franzöſiſchen Garniſonen und durch die Feſtſetzung einer Truppenzahl, über welche hinaus die preußiſche Armee nicht vermehrt werden dürfe.

Hof und Regierung in Königsberg geriethen hierüber in nicht geringe Agitation. Ein neues Incidenz bildeten die Bewegungen in Oeſterreich; die Zeit ſchien gekommen, in der ſich Napoleon, um Preußens ſicher zu ſein, entſchließen müſſe, den Contributionsbedrängniſſen abzuhelfen. Man war geneigt, ſelbſt in Allianz mit Napoleon zu treten und ihm ein Truppencorps zu Hülfe zu ſtellen, wenn er ſich nur zur Evacuation des Landes und zu erträglichen Bedingungen entſchließe: denn von jener hing die Rückkehr des Königs nach Berlin und die Herſtellung der königlichen Regierung ab.

Prinz Wilhelm hatte keine leichte Stellung; nachdem er auf die Vorſchläge Champagny's eingegangen war, ſo daß er dem Abſchluß nahe zu ſein glaubte, bekam er plötzlich Anweiſungen, welche ihn veranlaſſen konnten, die Verhandlung wieder von vorn anzufangen. Er berieth ſich darüber mit Brockhauſen und mit Humboldt: das Reſultat war der Beſchluß, auf dem bereits eingeſchlagenen Wege zu verharren, was denn auch der ruſſiſche Geſandte für das Beſte hielt. Indem hatte ſich Napoleon entſchloſſen, der Sache definitiv ein Ende zu machen. Er war in den Beſitz eines Schreibens gelangt, durch welches der Miniſter Stein dem Fürſten Wittgenſtein, der ſich in Dobberan befand, von den in Deutſchland zu ergreifenden inſurrectionellen Maßregeln Nachricht gab. Er benutzte den aufgefangenen Brief, um den Prinzen Wilhelm für das Schickſal Preußens beſorgt zu machen und ihn zur Unterzeichnung des entworfenen Vertrages zu drängen. Dazu kam, daß ein anderer Brief in ſeine Hände gefallen war, in welchem geſagt wurde, daß der preußiſche Staatsbedarf bis zum nächſten Februar geſichert ſei; Napoleon beſtand — denn hieraus ergebe ſich, daß Preußen noch disponible Mittel habe — um ſo entſchiedener auf der Forderung von 140 Millionen in der von ihm geforderten

Zahlungsmethode. Er verlangte zugleich, daß der König den Miniſter Stein aus ſeiner Nähe entferne und dies in dem Vertrage ſelbſt verſpreche, worauf denn einer der geheimen Artikel beſonders berechnet iſt. Champagny ſetzte dem Prinzen nur eine kurz bemeſſene Friſt, binnen deren der Vertrag abgeſchloſſen werden müſſe. Der Prinz unterzeichnete am 8. September 1808; er glaubte ſeinem Vaterlande damit am beſten zu dienen.

Der Tractat enthält in ſeinen offenen Artikeln die Feſtſetzung der Geldſumme, wie ſie Napoleon gefordert hatte, nämlich auf 140 Millionen. Von dem Tage der Unterzeichnung an ſollen die Revenüen des Landes wieder vom König erhoben werden und ihm gehören. Nach Auswechſelung der Ratificationen ſollen die franzöſiſchen Truppen binnen 30—40 Tagen die preußiſchen Staaten räumen, mit Ausnahme jedoch der Feſtungen Stettin, Küſtrin, Glogau. Glogau ſoll geräumt werden, wenn die Hälfte der beſtimmten Summe abgetragen iſt, die beiden anderen nach Zahlung der Geſammtſumme. Binnen 20 Tagen ſoll die Geſammtſumme in Wechſeln und Pfandbriefen auf die Domänen an den Generaleinnehmer der Armee abgeführt und dann in monatlichen Raten eingelöſt werden; von dem Discontiren der letzteren durch die Bank von Frankreich war jedoch nicht mehr die Rede.

Wenn man den Gründen nachforſcht, durch welche Napoleon zum Abſchluß dieſes Vertrages bewogen wurde, ſo lag der vornehmſte gewiß in dem Bedürfniß von Geld und Truppen, welches die Ereigniſſe auf der pyrenäiſchen Halbinſel herbeiführten. Aber ein anderes Moment ergab ſich aus der zweifelhaften Haltung von Oeſterreich. In den geheimen Artikeln verpflichtete ſich der König, gemeinſchaftliche Sache mit Frankreich gegen Oeſterreich zu machen und ſogar in dem folgenden Jahre ein Hülfscorps von 12,000 Mann zu dieſem Zwecke ins Feld zu ſtellen, — eine zumal bei der Bewegung der Geiſter in Norddeutſchland höchſt läſtige Beſtimmung, auf die man aber in Preußen einging, weil es nothwendig ſei, eine feſte Stellung in dem Conflict der beiden Mächte zu nehmen, um dann weiter nach den Umſtänden verfahren zu können. Ueberdies war ſie noch ſehr eventueller Natur; in dem Artikel heißt es: bei den freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen Frankreich und Oeſterreich ſtehe ein Ausbruch des Krieges zwiſchen ihnen keineswegs zu befürchten. Zugleich ſorgte Napoleon dafür, daß die preußiſche Kriegsmacht für alle Fälle eine ſehr beſchränkte bleibe. In der Abſicht, alles zu vermeiden, was in Frankreich Beſorgniß erwecken könne,

verpflichtete sich der König, zehn Jahre lang den Effectivbestand seiner Armee nicht über 42,000 Mann zu erhöhen, und genehmigte die Festsetzung dieses Armeestandes nach den verschiedenen Waffengattungen [1]).

Es war ein Vertrag, bei welchem die Präponderanz Napoleons zugleich in aller ihrer Stärke erschien und auf immer befestigt werden sollte. Dennoch war Prinz Wilhelm mit dem Vertrage, der noch vor zwei Monaten unmöglich gewesen wäre, wie er nunmehr zu Stande kam, sehr zufrieden: denn darin sei von keiner Territorialabtretung, noch auch von einer Entfremdung der Domänen, auch nicht von dem Beitritt zum Rheinbunde die Rede; der König erhalte vielmehr die Garantie seiner Staaten von Frankreich, was von größter Wichtigkeit sei. Der Prinz verbarg sich jedoch nicht, daß die Ausführung dieses Tractates viele Schwierigkeit haben werde. Bei seinem Abschiede hat er dem französischen Kaiser davon gesprochen. Dieser versicherte, er werde bei der Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen nicht allzu streng sein; es komme nur darauf an, daß Preußen ihm seinen guten Willen beweise. Vor Allem möge sich der König vor den Einflüssen einer antifranzösischen Faction hüten, wie das Kaiser Alexander thue; die preußische Monarchie sei jetzt in einem Territorialstande, wie bei der Thronbesteigung Friedrich's des Großen; mit Oekonomie und einer vereinfachten Administration könne sie es möglich machen, einen Staatsschatz zu sammeln, und nach einigen Jahren eine Armee von 50 — 60,000 Mann aufstellen und damit die vierte Stelle unter den continentalen Mächten Europa's einnehmen.

Abgesehen von diesen doch immer nur sehr beschränkten Aussichten muß man jedoch eingestehen, daß die Abkunft eine Möglichkeit eröffnete, das Land von der Last, unter der es zu erliegen schien, wieder zu befreien. Sie gehörte dazu, um für die Verbesserungen, zu denen man großartige Entwürfe gemacht hatte, erst einen festen Boden zu gewinnen.

1) 22,000 Mann Infanterie, 8000 Mann Cavallerie, 6000 Artillerie, 6000 Garde.

Fünftes Capitel.

Zusammenkunft von Erfurt. Finanzielle und politische Bedrängnisse Preußens im Spätjahr 1808.

Noch beherrschte die Allianz zwischen Rußland und Frankreich die Geschicke der Welt. Wenn die spanischen Ereignisse mit den in Tilsit getroffenen Verabredungen zusammenhingen — denn alles Andere ging aus der dort verabredeten Feindseligkeit gegen England hervor —, so war in Folge derselben auch im Norden eine große Veränderung vor sich gegangen. König Gustav IV. war vor den Angriffen der Franzosen aus Pommern und Rügen gewichen; aber die dem französischen Reiche widerstrebende Stellung, die er in Deutschland aufgab, hielt er in Schweden um so eifriger fest. Er war eigentlich zufrieden damit, daß die Engländer die Kräfte, die ursprünglich zu seiner Unterstützung bestimmt waren, gegen Dänemark wandten; er meinte im Bunde mit ihnen sich Norwegens bemächtigen zu können. In der Verbindung Alexanders mit Napoleon erblickte Gustav IV., wenn nicht geradezu ein Verbrechen, doch ein Vergehen, an dem er keinen Theil nehmen dürfe. Die Aufforderungen, die ihm zugingen, sich mit Dänemark und Rußland gegen England zu verbinden, gemäß den alten Tendenzen der bewaffneten Neutralität, oder gar das Continentalsystem anzunehmen, wies er mit Entrüstung zurück.

Es war in Folge der mit Frankreich für einen solchen Fall getroffenen Verabredungen, daß die Russen in Finnland einrückten, dessen Hauptplätze sie ohne viele Mühe eroberten. Diese Eroberung wurde als ein Sieg der continentalen Allianz über England betrachtet. Es ist bezeichnend, daß bei der Capitulation in Sweaborg den Schweden die Rückgabe der ihnen entrissenen Schiffe versprochen wurde, unter der Bedingung, daß die dänische Flotte von den Engländern herausgegeben würde.

In diesem Sinne der gemeinschaftlichen Action gegen England war es nun, daß die schon in Tilsit in Aussicht genommene Zusammenkunft zwischen Napoleon und Alexander in Erfurt abgehalten wurde (27. September bis 14. October 1808). Diese Tage brachten noch einmal das Uebergewicht Napoleon Bonaparte's zu voller Anschauung. Er selbst war gleichsam der Gastgeber: denn noch gehörte ihm Erfurt. Um über die gewöhnlichen Festlichkeiten hinauszukommen, brachte er die Schauspieler des Théâtre français nach Erfurt mit. Die großen dramatischen Werke der classischen Zeit, welche doch alle von dem Ruhme Frankreichs erfüllt sind, führte er den deutschen Fürsten, die sich zahlreich um ihn versammelt hatten, vor. Seine Aeußerungen, seine Gespräche mit Goethe und Wieland zeigen die ganze Energie seiner Intelligenz. Mitten in den Ruinen der früheren Epoche bildet diese Zusammenkunft eine großartige und glänzende Erscheinung.

Ihren historischen Charakter aber bekamen die Tage von Erfurt durch das Abkommen mit Rußland, welches nun am 12. October wirklich zu Stande kam. Darin geht Alles von dem Gesichtspunkte des fortdauernden Krieges gegen England aus, den gemeinschaftlichen Feind der beiden Kaiser und den des Continents. Napoleon und Alexander erneuern ihre Allianz und versprechen einander, keinen besonderen Frieden mit England zu schließen. Wenn es ja noch zu Friedensverhandlungen mit dieser Macht kommt, so will keiner von beiden irgend einem Vorschlage Gehör geben, der auf einen Nachtheil des anderen hinauslaufe. Die Bedingung aber, an welche der Friede mit England geknüpft wird, ist die Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes auf dem Continent: in Bezug auf Rußland die des Besitzes von Finnland und der Donaufürstenthümer; in Bezug auf Frankreich die der neuen Ordnung der Dinge, welche es in Spanien eingeführt hat. Napoleon seinerseits erkennt die von dem russischen Kaiser ausgesprochene Reunion der Donaufürstenthümer mit seinem Reiche in aller Form an. Wenn Unterhandlungen darüber mit der Pforte nöthig sind, so soll dabei das Verhältniß der Franzosen im Orient möglichst geschont werden. Auch soll von einer weiteren Besitznahme türkischer Provinzen fortan nicht die Rede sein. Um die guten Dienste des Königs von Dänemark anzuerkennen, sollen ihm die Erwerbungen, die er im gegenwärtigen Kriege gegen Schweden macht, auf immer zugestanden werden. Bei diesen den ganzen Continent umspannenden Plänen trat nun aber eine feindselige Tendenz gegen Oesterreich hervor. Für den Fall,

daß Oesterreich in die russische Besitznahme der Moldau und Wallachei nicht einwilligen, sondern sich derselben widersetzen würde, was allerdings zu erwarten war, versprach der Kaiser der Franzosen, gemeinschaftliche Sache mit Rußland gegen Oesterreich zu machen. Die Verbindung zwischen Rußland und Frankreich war so intim, daß auch Preußen dadurch in einem Anrecht benachtheiligt wurde: Kaiser Alexander ließ eine geheime Stipulation des Tilsiter Vertrages fallen, kraft deren bei der Reunion von Hannover mit Frankreich ein Gebiet von etwa 400,000 Einwohnern an Preußen abgetreten werden sollte.

Die Allianz von Erfurt ist noch enger, als die Uebereinkunft von Tilsit: sie erstreckt sich auch auf Oesterreich und sanctionirt die von beiden Seiten erfolgten oder noch zu erwartenden Besitzergreifungen; sie ist selbst auf einen Angriff gegen England gerichtet, eine Eventualität, für welche eine zweite Zusammenkunft in Aussicht genommen wird. Es sah beinahe aus, als wollten die beiden großen Mächte den Continent untereinander theilen: Alexander schien den napoleonischen Ideen vollkommen beizupflichten.

Europa war erstaunt, daß der russische Kaiser seine antirevolutionären Ansichten und Versprechungen so ganz und gar aufgebe. War das aber auch wirklich der Fall? Wir vernehmen, daß es in der Umgebung Napoleons hochgestellte Männer gab, unter anderen auch Talleyrand, welche wünschten, er möchte einigen Widerstand bei Alexander finden [1]); er würde dann nicht so rücksichtslos zur Unterwerfung von Spanien und Portugal schreiten. Alexander, dem dies wohl auch durch Vermittelung des Herzogs von Oldenburg hinterbracht worden ist, wurde dadurch zu keiner Aenderung seiner Politik bestimmt; denn das Anerbieten des Besitzes der Donaufürstenthümer hätte er um der russischen Nation willen nicht zurückweisen können. Aber einverstanden war er darum mit der napoleonischen Weltmacht nicht; er hat im Vertrauen gesagt: man müsse den Bergstrom vorüberfluthen lassen [2]). Denn über eine immerwährende Dauer

1) In einem Bericht, den Metternich an Kaiser Franz erstattete (vom 4. Dezember 1808), heißt es, Talleyrand habe den Kaiser Alexander persönlich und direct aufgefordert, dem Kaiser Napoleon Widerstand zu leisten; er werde dabei die französische Nation auf seiner Seite haben (Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik S. 520. Aus Metternich's nachgelassenen Papieren II, S. 254 ff.).

2) C'est un torrent qu'il faut laisser passer. F. v. Müller, Erinnerungen aus den Kriegszeiten. S. 234.

der napoleonischen Uebermacht regten sich schon damals mancherlei Zweifel. Prinz Wilhelm hat dem Verfasser dieser Geschichte mehr als einmal wiederholt: er habe bei seinem Aufenthalt in Paris unter dem Triumphbogen selbst den Eindruck erhalten — er wisse nicht wie —, das alles werde keinen Bestand haben. In Fontainebleau, bei dem Anblick des unter der Abendsonne erglänzenden Schlosses, haben französische Staatsmänner die Empfindung gehabt und geäußert, daß alle diese Pracht bald zu Grunde gehen werde.

Die Politik Napoleons, immer auf den Augenblick gerichtet, ging nun dahin, ohne Verzug eine unwiderstehliche Macht jenseit der Pyrenäen zusammenzubringen, um der Insurrection der Spanier ein Ende zu machen. Unmittelbar nachdem er des Einverständnisses mit Rußland sicher geworden war, ließ er den Abzug seiner Truppen über den Rhein beginnen. Die große Armee in Deutschland hörte auf. Nicht als ob Deutschland darum sich selbst überlassen worden wäre; das Heer, welches zurückblieb, war stark genug, um eine etwa vorkommende Bewegung zu erdrücken: es nahm eine Stellung, um jeder Regung von Oesterreich energisch begegnen zu können.

Dem Kaiser der Franzosen lag Alles an der Niederwerfung von Spanien, die ihm dann im November und Dezember 1808 auf das glücklichste gelang. Die Spanier hatten ein Phantom ihrer alten Monarchie hergestellt; es war eben ein Schattenbild; der Militärmacht und der Strategie Napoleons wirklich zu widerstehen, waren sie nicht fähig. Nur einmal haben sie dazu den Versuch gemacht; aber sie erlagen den raschen Bewegungen des französischen Feldgeschützes und dem Schwung der jungen Polen, die mit dem Kaiser herbeigekommen waren (30. November). Napoleon führte seinen Bruder nach Madrid zurück und betrachtete sich noch einmal als Beherrscher von Spanien; er hat wohl gesagt: die Säulen des Herkules würden für ihn keine Grenze bilden. Aber in der That erreichte er sie nicht; er wendete sich vielmehr gegen die von Portugal her eingedrungenen Engländer, denen er einen großen Schlag beizubringen gedachte, durch den sie zum Frieden genöthigt werden würden. Die Engländer wußten dem auszuweichen: sie schifften sich in Corunna ein. Ihm aber ließen die Nachrichten, die er von Oesterreich empfing, keine Zeit mehr übrig, jenseit der Pyrenäen zu verweilen. Er überließ die Vollendung seiner Eroberungen seinen Marschällen; er selbst eilte nach Paris, um sich gegen den großen continentalen Feind, der sich wieder rüstete, zu wenden, was um so nothwendiger für ihn war, da jetzt in seiner Hauptstadt selbst

Abweichungen der öffentlichen Meinung von ſeinem Syſtem bemerkt wurden, deren er nur durch einen neuen Sieg vollkommen Meiſter werden konnte.

Während dieſer Entwickelungen, welche die Welt umfaßten, blieb Preußen, wiewohl es von jeder Abwandlung mitbetroffen wurde, doch nur auf eine untergeordnete Rolle angewieſen. An eine unabhängige Theilnahme an der großen europäiſchen Politik durfte es nicht denken. Die beiden Mächte, zwiſchen denen es ſich in den früheren Jahren mit einer gewiſſen Freiheit bewegen konnte, hatten jetzt eine Verbindung geſchloſſen, die jede autonome Regung verhinderte. Die Thätigkeit konnte ſich nur auf innere Reformen und finanzielle Maßregeln richten, durch welche die Verwaltung in regelmäßigem Gang erhalten und die Zahlung der Contribution an Frankreich möglich gemacht wurde. Stein zählt einmal die Mittel auf, die er zur Herſtellung der Finanzen anwandte [1]). Er erwähnt dabei, daß der König auf ſeine Chatoullengelder freiwillig Verzicht leiſtete; die anderen Mittel waren: Erſparungen, welche alle Gehälter trafen, Benutzung der noch vorhandenen Kaſſenbeſtände, Einziehung der während des Krieges an Rußland gemachten Vorſchüſſe durch eine Averſional-Summe, zu welcher ſich die Ruſſen verſtanden; auch über den Verkauf von Domänen wurde unterhandelt. Eine der ſchwierigſten Fragen betraf die Treſorſcheine, welche, da ſie von der franzöſiſchen Verwaltung nicht angenommen wurden, tief herabſanken. Es gab Männer im Staate, welche die Einziehung derſelben verlangten, wie es denn überhaupt für einen kleinen Staat, der faſt keinen ſelbſtändigen Credit habe, beſſer ſei, ſich des Papiergeldes nicht zu bedienen. Dagegen aber ſprach die Nothwendigkeit eines Zahlungsmittels; und der Bankdirector Niebuhr machte darauf aufmerkſam, daß der Cours von Papiergeld nicht von dem Staatscredit im Allgemeinen, ſondern von der Verwendbarkeit deſſelben abhange. Hievon überzeugt, verfügte Stein, daß die Treſorſcheine nach dem Cours, der in den Hauptſtädten feſtgeſetzt werden müſſe, in den Staatskaſſen angenommen und in dem Privatverkehr gebraucht werden ſollten. Man berechnet, daß er dadurch mehr als drei Millionen an Zahlungsmitteln, deren man nicht entbehren konnte, für den inneren Verkehr gerettet habe. Und ſo weit geſunken war doch der Credit des Staates nicht, daß man

1) Stein in der Selbſtbiographie bei Pertz, Bd. VI, Th. 2. Beilagen, S. 166.

nicht hätte hoffen dürfen, eine Anleihe im Auslande, deren man für die Zahlungen der Contribution nicht entbehren konnte, zu bewerkstelligen. Niebuhr ward ausersehen, um sich zu diesem Zwecke nach Holland zu begeben.

Es waren mancherlei Erkundigungen über den Zustand des Geldmarktes vorausgegangen; aber die Versuche Niebuhr's, durch Vermittelung des Hauses Hope und Smith eine Anleihe zu Stande zu bringen, erwiesen sich vergeblich. Die Schwierigkeit, die aus den politischen Verhältnissen hervorging, wurde noch dadurch vermehrt, daß dort eine besondere Auflage auf ein im Auslande auszuzahlendes Anlehen gelegt wurde. Einmal jedoch ist der Trübsinn, der sich über diese Negociationen ausbreitete, durch eine unerwartete Annäherung unterbrochen worden.

Der preußische Hof hatte in Holland einen Freund. Es war der von Napoleon eingesetzte König, sein eigener Bruder Ludwig. Dieser Fürst meinte wirklich, nicht bloß ein Präfect des französischen Kaisers, sondern König der Niederlande sein zu sollen. Er schloß sich den nationalen Bestrebungen, die dort mit einer gewissen Mächtigkeit wieder hervortraten, noch einmal an. Den holländischen Patrioten, von denen die ganze Staatsveränderung ausgegangen war, muß man zugestehen, daß sie dabei die Größe ihres Landes aufrechtzuerhalten geträumt hatten. Um König Ludwig gruppirten sich die verschiedenen Parteien; er nahm sich der Literatur und wissenschaftlichen Studien eifrig an und suchte die Bedrückungen des französischen Systems zu mildern. Ludwig Bonaparte nun hatte bei einem früheren Aufenthalt in Berlin in den Zeiten des Consulats eine freundliche Aufnahme bei Hofe gefunden; die Würde des Königs, die Anmuth und Herzlichkeit der Königin hatten auf ihn Eindruck gemacht. Das Schicksal, von welchem Preußen seitdem betroffen worden war, und die Bedrängnisse, denen es unterlag, erweckten sein lebhaftestes Mitgefühl.

In dem Moment der drückenden Verlegenheiten des preußischen Hofes faßte er den Gedanken, einen Theil des Anlehens, das er für sich selbst zu Stande zu bringen beflissen war, wenn es eingehe, dem Könige von Preußen zu überlassen. „Ich bitte Euere Majestät," so schrieb er an Friedrich Wilhelm III., „direct von mir, ohne irgend Jemandes Dazwischenkunft, die erste Million Gulden, die von meinem Anlehen eingeht, anzunehmen. Wenn die Angelegenheiten Europa's und die eigenen Preußens sich herstellen, so werden mir Euere Majestät die Summe zurückbezahlen, sobald es

thunlich iſt. Sollten ſich aber die Dinge in Europa nochmals verwirren, ſo werde ich mich glücklich ſchätzen, Euerer Majeſtät einen Beweis gegeben zu haben, daß ich Ihnen ein wahres und dauerndes Mitgefühl widme.“ In dieſer Welt der einander widerſtreitenden Intereſſen und Anforderungen eine unerwartete Erſcheinung herzlicher Sympathie. Dem Könige Ludwig, der mit ſeinem Bruder keineswegs einverſtanden war und den Thron von Spanien, der ihm angeboten wurde, zurückgewieſen hatte, mochte daran gelegen ſein, ſich in Preußen einen Rückhalt zu verſchaffen; aber unleugbar iſt doch, daß ſeine Gefühle echt und perſönlich waren.

König Friedrich Wilhelm befand ſich in einer Lage, die ihm verbot, das Anerbieten zurückzuweiſen. Es that ſeinem Herzen wohl. „Wenn man“, ſchreibt er, „lange Zeit verkannt, ungerecht beurtheilt, dem Mißtrauen und ſelbſt dem Tadel ausgeſetzt geweſen iſt, ſo liegt ein Troſt darin, die Gerechtigkeit, die man verdient, in dem Zeugniß der Unparteiiſchen wiederzufinden“ [1]). Er erklärte ſich bereit, im tiefſten Geheimniß die Million Gulden, die ihm der König von Holland darbiete, anzunehmen. Dem Könige Ludwig war es jedoch nicht möglich, die ganze Summe zuſammenzubringen: denn auch in ſeinen eigenen Geldoperationen fand er mannichfaltige Hinderniſſe; doch war er im Stande, bei einer Audienz, die Niebuhr am 27. September 1808 bei ihm hatte, demſelben die Hälfte der Summe zu übergeben; er könne, ſagte er, nicht mehr thun, er könne auch bei ſeinem Bruder nichts für Holland erreichen. Er zeigte eine Miſchung von Melancholie und herzlicher Hingebung; die Thränen ſtanden ihm in den Augen, was auf Niebuhr einen Eindruck machte, den er nicht zu beſchreiben vermag [2]).

Die Zeit iſt ungefähr dieſelbe, in der Prinz Wilhelm in Paris die harte Convention, die ihm Napoleon vorlegte, zu unterzeichnen genöthigt war. Dieſe ſelbſt aber konnte wieder nicht anders, als den Credit des preußiſchen Staates ſchwächen und die holländiſchen Banquiers abgeneigt machen, das projectirte Anlehen zu übernehmen. Auch aus dieſem Grunde ſchien das einzig mögliche Mittel zu ſein, wenn man auf Napoleon ſelbſt einwirke, in deſſen Intereſſe es liegen mußte, Preußen zahlungsfähig zu machen. Und wirklich ſprach der Miniſter Champagny die Abſicht aus, den franzöſiſchen Botſchafter

1) Schreiben des Königs vom 28. Auguſt 1808.

2) Niebuhr hat dem Könige Ludwig eine anerkennende Erinnerung gewidmet. Nachgelaſſene Schriften, S. 273.

in Holland in diesem Sinne zu instruiren. Dies war Alexander de Larochefoucauld, ein Emigrant, der sich unter dem Consulat an Napoleon angeschlossen und bereits die Gesandtschaftsposten in Dresden und Wien bekleidet hatte. Er galt für störrisch und hart. So fand ihn auch Niebuhr, der ihn am 9. Dezember aufsuchte. Niebuhr meinte: der Credit Preußens könne nur dadurch hergestellt werden, daß Napoleon erkläre, auch wenn Preußen die in den Verträgen bestimmten Termine nicht einhalte, es dennoch nicht feindselig behandeln zu wollen. Larochefoucauld erwiederte: die Existenz Preußens könne von Frankreich nicht so geradehin garantirt werden; sie hange von der regelmäßigen Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen ab [1]).

Eben indem die Dinge in diese Krisis geriethen, mußte nun der Mann, der vielleicht fähig gewesen wäre, dieselbe zu bestehen, der Minister Stein, aus dem Dienste scheiden. Bei seinem Abgange schien auch alles zweifelhaft zu werden, was er für die innere Reform angebahnt hatte. Die Zukunft Preußens aber hing davon ab, daß ein mit der Stein'schen Sinnesweise verwandtes Ministerium gebildet wurde. Unter Stein's Mitwirkung wurde erreicht, daß Graf Dohna-Schlobitten, Beyme, Scharnhorst als Minister eintraten; der König wählte Altenstein selbst für die Finanzen. Es waren alles Männer, von denen man voraussetzen durfte, daß sie das bisherige System aufrechterhalten würden. Damit aber nicht etwa doch der einmal eingeschlagene Weg der Reform wieder verlassen würde, hat Stein noch ein Rundschreiben an die Minister und die Mitglieder des Staatsrathes erlassen, welches als sein politisches Testament bezeichnet wird. Er bemerkt darin, daß er, unfähig, auf die äußeren Verhältnisse bestimmend einzuwirken, sein Ziel in der inneren Verwaltung des Staates, für den er lebe und leben werde, gesucht habe. Er erinnert an die durch ihn publicirten Gesetze über die Abschaffung der Erbunterthänigkeit und die Städteordnung, durch welche Jedermann in den Städten und auf dem Lande zum freien Gebrauch

1) Il me dit en toutes lettres que jamais la France ne paraîtrait vouloir garantir notre existence, celle-ci devant uniquement dépendre de la régularité avec laquelle nous acquitterions, dans toute leur étendue, les engagements contractés; que la convention serait exécutoire de droit rigoureux, non, comme dans les transactions entre particuliers où l'on se contente d'abord de saisir l'hypothèque, mais de manière que, en cas de non-payement, il y aurait état de guerre et nullité de tout ce qu'on nous avait accordé.

seiner Kräfte Raum erlangt habe, so daß das Volk um so mehr auf Leben und Tod an König und Vaterland festhalten werde. In dem Willen freier Menschen sei der unerschütterliche Grundpfeiler des Thrones gegründet. Er gedenkt der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, die er bereits eingeleitet habe. Schön erzählt: dieselbe sei nur dadurch möglich geworden, daß Stein eine ministerielle Generalconferenz gebildet und für diese Maßregel gewonnen habe; denn auf anderen Seiten habe er großen Widerstand gefunden. Die Idee, die dabei zu Grunde lag, war, daß nur die höchste Gewalt das Richteramt ausüben und, wem sie wolle, verleihen könne; aber unthunlich sei es, Unterthanen von Mitunterthanen in Bezug auf die Rechtspflege abhängig zu machen. Als das Nächste, worauf die Aufmerksamkeit gerichtet werden müsse, bezeichnet das politische Testament eine Nationalrepräsentation, nicht um die Macht des Königs zu schwächen, sondern um sie zu verstärken, indem Niemand sich den Aufopferungen entziehen könne, bei denen die Repräsentanten zu Rathe gezogen seien; jeder active Bürger müsse Theil daran haben; nur auf diese Weise könne der Nationalgeist erweckt werden. Zur Ausgleichung des Unterschiedes der Stände fordert Stein die Ablösung der persönlichen Dienste. Damit aber die neuen Einrichtungen ihre Früchte tragen, Treue und Glaube, Liebe zu König und Vaterland gefördert werde, müsse man für die Erweckung des religiösen Sinnes im Volke Sorge tragen durch Einsetzung würdiger Geistlichen, Verbesserung der theologischen Lehranstalten und durch anständige Feierlichkeit des äußeren Gottesdienstes. Wenn dazu eine solche Erziehung der Jugend komme, daß jede Geisteskraft entwickelt und die Liebe zu Gott, König und Vaterland gepflegt werde, so könne man hoffen, ein physisch und moralisch kräftiges Geschlecht aufwachsen und eine bessere Zukunft sich eröffnen zu sehen. Stein fügt hinzu, daß man dabei auf den Willen des Königs, der durch die neuen Civil- und Militäreinrichtungen bewährt sei, und auf seinen beharrlichen Sinn rechnen könne.

Ohne Zweifel ein Actenstück, dem die größte Bedeutung zukommt. Es schließt sich unmittelbar an die Hardenberg-Altenstein'schen Entwürfe an, welche Stein sich aneignet und seinen Nachfolgern als die Linie ihres Verhaltens vorzeichnet. Es mag wohl sein, daß das Document eine andere Form gewonnen haben würde, wenn es von Stein selbst niedergeschrieben worden wäre. Der eigentliche Concipient desselben ist Schön, dessen Sinn und Art sich in einzelnen Ausführungen erkennen läßt; doch ist es von ihm nicht ohne vorgängige

Berathung mit Stein abgefaßt worden, und dieser hat es unterschrieben. Bei der Beurtheilung darf nicht außer Acht gelassen werden, daß man im Kampfe begriffen war. Der Grundgedanke, daß man unvermeidliche innere Reformen nicht durch revolutionäre Macht, sondern durch die legale Autorität des Königs durchführen solle und wolle, beherrschte die ganze Situation. Indem Stein aus dem preußischen Staate schied, wollte er doch dieses große Unternehmen nicht rückgängig werden lassen. Die liberalen Ideen, die er äußert, mögen nicht in jedem Wort als die eigenste Production seines Geistes anzusehen sein; aber er adoptirte sie, und die Verbindung dieser Ideen mit der Fürsorge für Religion und Unterricht, die alle zur Erziehung der Nation zusammenwirken sollen, hat etwas Großartiges und ist seiner würdig. Er unterschrieb das Actenstück an dem Tage, an welchem er Königsberg verließ [1]).

1) Bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. hat Schön dies Document in seinem eigenhändigen, facsimilisirten Entwurfe eingereicht. Er legt Werth darauf, daß darin von einer Repräsentation nach der Kopfzahl nicht die Rede sei. Der Adel werde dadurch nicht vernichtet, sondern begründet; die fundamentalen Ideen der Jahre 1807—1809 seien darin enthalten; die gewählten Wege sollten durch Acte des Wohlwollens und der Klarheit von Seiten des Monarchen „allmählich auflösend, nicht zerbrechend, fördernd dahin führen, wohin in anderen Staaten, weil man da nicht der Stimme des Gewissens und der Vernunft folgte, Blut und Gräuel aller Art geführt haben" (Schreiben Schön's an König Friedrich Wilhelm IV. vom 14. Dezember 1840. Aus den Papieren des Ministers von Schön III, S. 219). Bei der Vergleichung des Textes des politischen Testamentes, wie er vorlängst publicirt war (Oppositionsblatt 1817, Beilage X), mit dem von Schön aufgesetzten Entwurfe stellt sich heraus, daß der Minister Stein in demselben nur wenige, nicht sehr bedeutende Aenderungen vorgenommen hat; z. B. wenn es in dem Entwurfe heißt, jeder müsse seine Kräfte nach Gefallen in moralischer Richtung entwickeln können, so setzt der Minister „frei" statt „nach Gefallen". Der Ausdruck, die Regierung zerstöre durch Ueberlassung ihrer gerichtlichen Befugnisse an Privatleute die Meinung von ihrer hohen Würde und den Sinn für ihre unverletzliche Heiligkeit, würde ganz aus Stein's Feder geflossen sein. Diese und ähnliche Aenderungen selbst zeigen doch, daß Stein den Entwurf billigte und ihn durch die Verbesserungen als sein eigenes Werk adoptirt hat. In der Schrift „Zu Schutz und Trutz am Grabe Schön's", S. 273 ff., ist aus Schön's Papieren die Reinschrift mitgetheilt, welche den späteren Veröffentlichungen des politischen Testamentes zu Grunde liegt, aber einige Abweichungen von denselben enthält.

In einem 1881 erschienenen Abschnitt aus einer zweiten Lebensbeschreibung Schön's (in der Schrift: Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg, Theodor von Schön, S. 80 ff.) finden sich einige neue Nachrichten über die Zustände und Bewegungen jener

Die auswärtigen Angelegenheiten blieben nach wie vor in den Händen des Grafen Goltz, der nun nicht eben als ein Anhänger liberaler Ideen, wie Stein ſie ausſprach und empfahl, betrachtet werden kann, aber doch keineswegs zu den Freunden von Frankreich gehörte. Er ſah ſich damals in der Nothwendigkeit, eine ſehr beſchwerliche Convention einzugehen. Der franzöſiſche Intendant war mit der Sicherheit, welche die Pfandbriefe gewährten, nicht zufrieden und verlangte eine Verzinſung der rückſtändigen Summe, eine Forderung, die der Miniſter Goltz, der ſich vergebens dagegen ſträubte, durch den Vertrag vom 5. November 1808 anzunehmen genöthigt war. Der Staat befand ſich in der augenſcheinlichen Unmöglichkeit, ohne eigene Zerrüttung die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Erfüllung derſelben zeigte man ihm aber auf der anderen Seite als Bedingung ſeiner Exiſtenz. In dieſer Gefahr hat Goltz ſeine Aufmerkſamkeit auf die eben in Oeſterreich hervortretende antifranzöſiſche Bewegung gewendet.

Ehe ſie noch zu wirklichem Ausbruch kam, faßte der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen den Gedanken, ſich derſelben anzuſchließen. Wir finden einen Entwurf von Ende Dezembers 1808, in dem er einer Verbindung mit Oeſterreich das Wort redet. Goltz geht darin von der prekären Lage aus, in der ſich Preußen befinde, ſolange Frankreich die Oderfeſtungen beſetzt habe. Die Erſchöpfung des Landes, die Beſorgniß, welche Napoleon wegen der Geſinnung der Nation und ihrer Anhänglichkeit an den König hege, ſein Verhältniß zu Rußland nnd Oeſterreich, alles das laſſe wenig Hoffnung, daß es mit der durch den Vertrag vom 8. September angebahnten vermeintlichen guten Harmonie zwiſchen

---

Zeit. Der Fall des Miniſters Stein wird darin zugleich einer Partei der Reaction zugeſchrieben, welche ſich der neuen Geſetzgebung entgegengeworfen habe. Sehr wahrſcheinlich iſt, daß eine ſolche exiſtirte. Unleugbar iſt es aber doch, daß die Entlaſſung Stein's die Folge ſeiner Briefe war, die in Napoleon's Hand gerathen waren. Die Erzählung Schön's trägt das Gepräge perſönlicher Erinnerungen, die nicht frei von Eigenliebe und Selbſtgenügſamkeit ſind und noch weiterer Prüfung bedürfen. Individuelle Ehrlichkeit iſt noch nicht objective Wahrheitsliebe. Soviel aber ſcheint ſich zu ergeben, daß das politiſche Teſtament von der Umgebung Stein's, den Mitarbeitern deſſelben, in Beſorgniß vor einer bevorſtehenden Reaction gefordert und dann von Schön neu concipirt worden iſt. Rhediger hatte den erſten Gedanken dazu; einigen Antheil nahm Nicolovius; Dohna-Wundlacken drang auf einige Mäßigung des Ausdruckes. Auch Stein mußte wünſchen, die Ideen, die in ſeiner Verwaltung maßgebend geweſen waren, nicht untergehen zu laſſen.

Preußen und Frankreich Bestand haben werde. Man müsse sich also entweder ganz in die Arme Frankreichs werfen, oder sich vorbereiten, auf die Seite desjenigen der beiden großen Nachbarn zu treten, welcher zuerst in Kampf mit demselben gerathe. Sich an Frankreich anzuschließen, würde das Grab aller Unabhängigkeit sein. Man würde genöthigt werden, den Impulsen Napoleon's ausschließend zu folgen. Vielmehr müsse man sich auf der Stelle über einen Plan vereinigen, wie, wenn Zeit und Gelegenheit komme, die Unabhängigkeit des Staates zu behaupten sei. Goltz will dazu die Minister der Finanzen, des Krieges und des Inneren herbeiziehen. Der Minister der Finanzen müsse für die Geldmittel sorgen, der Minister des Inneren bei der Leitung der inneren Bewegungen sich hüten, die äußere Lage zu compromittiren; der Kriegsminister müsse die Reorganisation der Armee in die Hand nehmen und die Festungen in Stand halten.

In Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten erklärt es Goltz für nothwendig, die Höfe der Brüder Napoleon's in Westphalen und Holland zu schonen, dabei aber doch mit den großen Mächten in ein engeres Verhältniß zu treten. Rußland müsse zu dem Versprechen bewogen werden, im Fall einer Entzweiung zwischen Frankreich und Preußen nicht gegen Preußen zu sein, wenn es nämlich nicht für dasselbe sein wolle, was allerdings das Rathsamste wäre. Die Engländer solle man durch eine geheime Mission wissen lassen, daß man bei einem Bruch zwischen Oesterreich und Frankreich sich auf die Seite von Oesterreich zu schlagen gedenke. Man müsse den Subsidientractat erneuern, oder vielmehr den, kurz vor dem Frieden von Tilsit verabredeten sanctioniren. Entsprechende Anträge müßten an Oesterreich durch eine andere geheime Mission, zu welcher Major Goltz empfohlen wird, der unter Vorwänden, die seine Gesundheit biete, dahin abgehen könne, gerichtet werden. Man müsse sich darüber Sicherheit verschaffen, daß Oesterreich, wenn es zu den Waffen greife und Hülfe von Preußen dabei erlange, diesem dagegen die Unabhängigkeit und den Bestand der Monarchie garantiren und ihm bei einem glücklichen Ausgang des Krieges eine Compensation zugestehen wolle. Von Oesterreich erwartete man Allianz, von England Geld, von Rußland Neutralität.

Auf einen allgemeinen Umsturz des napoleonischen Systems wird bei diesem Plane noch nicht Bedacht genommen. Indem man sich äußerlich an Frankreich hielt, hat man doch, von dessen Forderungen und Uebergriffen bedrängt, den Gedanken ergriffen, die

Unabhängigkeit des Staates durch anderweite Verbindung und durch eventuelle Theilnahme an dem Widerſtande Oeſterreichs gegen Napoleon zu behaupten. Der König ſchloß ſich dieſem Syſtem im Allgemeinen an.

Die damaligen Verhandlungen zwiſchen Preußen und Oeſterreich haben zu keinem Reſultat geführt; ſie ſind aber doch hiſtoriſch von hohem Werth, inwiefern ſie die erſte wirkliche Annäherung der beiden Höfe und die Anerkennung eines ihnen gemeinſchaftlichen Intereſſes begründeten. Die preußiſchen Eröffnungen machten den beſten Eindruck auf den Kaiſer Franz, zumal ſie, wenn ſie Napoleon mitgetheilt wurden, deſſen Feindſeligkeit gegen Preußen verdoppelt hätten, alſo ein großes Vertrauen bewieſen. Er hat damals geſagt, daß die Exiſtenz des einen der beiden Staaten von der des anderen abhange. Die Oeſterreicher verſicherten, ihre Abſicht ſei, das Herzogthum Warſchau zu zerſtören; ſie rechneten dabei auf die Hülfe Preußens. Auch gegen Sachſen wollte man gemeinſchaftliche Sache machen.

Wenn nun Preußen ſehr geneigt war, Oeſterreich gegen Frankreich zu unterſtützen, ſo war doch auch hiefür von größtem Gewicht, in welches Verhältniß Rußland ſich bei dem bevorſtehenden Kampfe zu den beiden deutſchen Mächten ſtellen würde.

Am 27. Dezember 1808 trat König Friedrich Wilhelm eine Reiſe nach Petersburg an, zu der ihn Alexander eingeladen hatte. Die Reiſe war nicht eigentlich populär in Preußen; Stein war dagegen geweſen, weil ſie zu viele Koſten veranlaſſe, und wenn Scharnhorſt den König begleitete, ſo hat er ſich nicht gerade gern dazu verſtanden, weil er wohl wußte, daß eine Betheiligung daran ihm keine Freunde machen werde. Von Verhandlungen, die zwiſchen dem Kaiſer und dem Könige ſtattgefunden haben werden, finden wir keine beſtimmte Nachricht; der Augenſchein zeigt, daß ſie für die Entwürfe des Grafen Goltz nicht günſtig ausfielen. Kaiſer Alexander verhehlte nicht, daß er an dem Kriege gegen Oeſterreich zu Gunſten Frankreichs Theil nehmen werde, wodurch nothwendig die Abſicht Preußens, für Oeſterreich gegen Frankreich aufzutreten, in den Hintergrund gedrängt wurde. Doch iſt darum die Zuſammenkunft für die großen Zwecke eines europäiſchen Verſtändniſſes keineswegs unnütz geweſen. Vor ſeiner Abreiſe beauftragte der König ſeine Bevollmächtigten, Schladen und Schöler, nichts zu verſäumen, um den Kaiſer zu einer Defenſivallianz mit Oeſterreich und Preußen zu vermögen. Kaiſer Alexander hatte nichts gegen eine geheime Unterhandlung über eine Defenſivallianz der drei Höfe, die der König von Preußen in Vor-

schlag gebracht hatte; er hielt sich aber streng an das Wort „Defensive". Er hatte dem Kaiser Napoleon in Erfurt positiv versprochen, Oesterreich nicht zu unterstützen, wenn es der angreifende Theil sei. Dabei blieb er auch jetzt: er werde keinen Theil an diesem Kriege nehmen, wenn Napoleon, wie er pflege, den ersten Angriff mache; sollte aber Oesterreich zur Offensive schreiten, so werde der Fall ein anderer sein.

Damals ist viel von einer gegenseitigen Garantie der drei Kaiserhöfe von Frankreich, Oesterreich und Rußland die Rede gewesen; und ein Project darüber war in Umlauf. Schöler wünschte die Aufnahme Preußens in diese Tripelgarantie. Alexander sagte: wenn sie zu Stande komme, sei er bereit, nicht allein selbst in die Aufnahme Preußens zu willigen, sondern auch Oesterreich dazu zu vermögen [1]). Er war der Ueberzeugung, daß Preußen von Frankreich nichts zu fürchten habe, solange Napoleon nicht entschlossen sei, mit Rußland selbst Krieg zu führen; aber er wollte nicht versprechen, für Preußen einzutreten, wenn es durch die Nichterfüllung der eingegangenen Verpflichtungen den Franzosen zu neuen Maßregeln der Strenge Anlaß gebe [2]). Schöler erwiederte: das sei der Ruin von Preußen; denn es sei für Preußen unmöglich, die ungeheuere Contribution in den festgesetzten Terminen abzuzahlen. Alexander behauptete, in Erfurt hätten Graf Goltz und Prinz Wilhelm vernehmen lassen, Preußen könne noch mehr leisten, als man fordere. „Und", fügte er hinzu, „was man nicht erfüllen kann, soll man nicht unterzeichnen."

---

1) Aussitôt que la triple garantie sera arrêtée, je suis prêt non-seulement à l'étendre de ma part à la Prusse, mais aussi de requérir l'Autriche d'en faire de même.

2) Si par le non-accomplissement d'obligations contractées envers la France, la Prusse lui fournissait un motif de prendre contre elle des mesures de rigueur, je ne pourrais pour cela impliquer la Russie dans une guerre; en revanche, si la France voulait gratuitement vexer la Prusse, je défendrais celle-ci de toutes mes forces. Aus Schöler's Berichten.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederherstellung (1806—1813).

Vierter Abschnitt.

Die Jahre 1809—1812.

Erſtes Capitel.

Zeiten des öſterreichiſchen Krieges von 1809.

Was bei den früheren Kriegen bezweifelt werden kann, iſt von dem damaligen außer Zweifel: Oeſterreich ergriff die Waffen zur Behauptung der Unabhängigkeit der europäiſchen Staaten. Das Ereigniß von Bayonne hatte in Wien den tiefſten Eindruck hervorgebracht. Daß man daran gedacht hätte, einen Erzherzog auf den ſpaniſchen Thron zu bringen, wovon allerdings einmal in einer engliſchen Depeſche die Rede geweſen iſt, läßt ſich nicht behaupten; man meinte in Wien vielmehr, die Abſicht Napoleon's, die alten Dynaſtieen zu vernichten und neue an ihre Stelle zu ſetzen, trete nun unverhohlen an den Tag; man müſſe ſich rüſten, ihr zu widerſtehen. Stadion ſagte: der Krieg ſei beſchloſſen, weil Oeſterreich den Angriff Napoleon's früher oder ſpäter erwarten müſſe; der Kaiſer ließ vernehmen: „er wird über mich herfallen, ſobald die Angelegenheiten Spaniens es ihm erlauben" [1]).

Wenn der Gang der Dinge in Spanien überhaupt die Rückwirkung hatte, daß die alten Dynaſtieen wieder populärer wurden, ſo zeigte ſich das nirgends mehr, als in Oeſterreich. Ungarn entſagte der gewohnten Oppoſition: der Reichstag erklärte ſich bereit, die allgemeine Inſurrection des Adels zu bewilligen. Da ſich aber bei der Ausführung dieſes Beſchluſſes mannichfaltige Inconvenienzen herausſtellten, ſo zogen die Stände des Königreiches ſelbſt eine anſehnliche Vermehrung des ſtehenden Heeres vor: ſie boten dieſelbe ihrem König als ein freies Geſchenk dar. „Ganz Europa wird ſehen," ſo lautete die Rede, mit welcher der Kaiſer-König Franz den Reichstag ſchloß, „daß Euer König mit Euch zur Vertheidigung unſerer alten Conſtitution verbunden iſt, daß wir den letzten Blutstropfen

1) Il me tombera sur le corps dès que les affaires de l'Espagne le lui permettront.

dafür vergießen werden. Wir waren vereinigt, wir ſind jetzt vereinigt und werden es immer bleiben, bis der Tod uns trennt“ [1]).

In den Erblanden war man, ziemlich in demſelben Sinne, in welchem ſich Staatsmänner und Militärs in Preußen vereinigten, zur Errichtung einer nationalen Reſerve, die man als Landwehr bezeichnete, geſchritten. Das ganze waffenfähige Volk, nach Provinzen geordnet, wurde zum Kampf der Vertheidigung aufgerufen. Worte verlauteten, die einen Anklang an die revolutionären Ideen in ſich zu ſchließen ſchienen. Darin beſtand eben das Weſen der Sache, daß die volksthümlichen Ideen, die einſt in Frankreich im Gegenſatz zu der damaligen Regierung und dem Eingreifen der europäiſchen Mächte wachgerufen worden, ſich jetzt zur Vertheidigung der alten Dynaſtieen und ihrer Länder gegen eine franzöſiſche Invaſion zu regen anfingen. Man berechnete in der öſterreichiſchen Monarchie, daß man eine Geſammtmacht von einer halben Million Streiter unter Führung der Erzherzoge ins Feld ſtellen könne. Der Fortgang der Rüſtungen gab der Regierung ein erhöhtes Selbſtgefühl, ſo daß ſie nicht meinte, dem Continentalſyſtem beitreten zu ſollen. Zwiſchen den vorwaltenden größeren Mächten Frankreich und Rußland glaubte Oeſterreich ſeine Unabhängigkeit retten zu können.

Eben dieſe bewaffnete Aufſtellung aber war es nun, was Napoleon, der, indem er Spanien eroberte, ſein Uebergewicht in Deutſchland nicht verlieren wollte, dazu bewog, unerwartet nach Paris zurückzukehren (22. Januar 1809). Er forderte Oeſterreich auf, ſeine Rüſtungen einzuſtellen; wo nicht, werde er es angreifen. Eine kurze Zeit wurde es noch für möglich gehalten, den Krieg zu vermeiden, wenn Oeſterreich zugleich durch Rußland in ſeinem Beſitzſtande garantirt werde: Rußland verſprach, wie geſagt, für Frankreich nur dann Partei zu nehmen, wenn Oeſterreich der angreifende Theil ſei. Aber in Wien ſah man darin keine Sicherheit: denn von allen Seiten ſei das Land offen; einem Angriff Napoleon's würde es nicht widerſtehen können; es würde ſchon halb verloren ſein, ehe Rußland ſeine Garantie realiſiren könne; der Garant ſelbſt werde in das Verderben mit fortgeriſſen werden. Zu Anfang des März 1809 erfolgten Declarationen von beiden Seiten, die keine Hoffnung auf ein Verſtändniß übrig ließen. Die Franzoſen beſchwerten ſich darüber, daß Oeſterreich den König Joſeph nicht anerkenne, noch ſeine Rüſtungen einſtelle; von öſterreichiſcher Seite

1) Springer, Geſchichte Oeſterreichs I, 8.

antwortete man: durch die Rüstungen Frankreichs, namentlich durch eine an die Rheinbundfürsten ergangene Aufmahnung Napoleon's sei man genöthigt worden, die Truppen auf den Kriegsfuß zu setzen. Napoleon nahm an, daß die Feindseligkeiten in der Mitte Aprils ausbrechen würden. Schon in der ersten Hälfte desselben aber überschritten die österreichischen Truppen die Grenzen in Franken und in Baiern. Napoleon hatte, um ein Jahr vorgreifend, bereits die Conscription vom Jahr 1810 unter die Fahnen gerufen. Da diese aber zunächst nur im inneren Dienste verwendet werden konnte, so griff er auf die beiden Conscriptionen der in den letzten vier Jahren nicht ausgehobenen Mannschaften (1806 — 1809) zurück, was ihm eine Vermehrung der activen Armee um 80,000 Mann lieferte. Man sieht wohl, daß die Kräfte der nationalen Bewaffnung in Frankreich auf das Aeußerste angestrengt wurden, um die nationale Bewaffnung von Oesterreich über den Haufen zu werfen, im Dienst des Imperators, nicht in dem der Nation, die vielmehr die Verwickelung von einem Krieg in den anderen mißbilligte. Ueberdies aber führte Napoleon die Contingente des Rheinbundes und der deutschen Reichsfürsten gegen ihr früheres Oberhaupt, den Kaiser von Oesterreich, ins Feld. Mit dem Mark von Frankreich und der Kraft von Deutschland meinte er die neue Regung der Unabhängigkeit zu besiegen. Als Hardenberg in seiner Zurückgezogenheit davon hörte, daß Oesterreich in politische Verbindungen mit England und der Türkei getreten sei, rief er aus: „Möchten sie nur eine Allianz mit der Energie und dem Genie schließen: denn mit denen werden sie zu kämpfen haben“ [1])!

Die Bewegungen des Erzherzogs Karl, um die Franzosen noch unvorbereitet zu überraschen, waren geschickt angelegt; als Napoleon, durch den Telegraphen rasch herbeigerufen, in Donauwörth anlangte, fand er seine Truppen sehr gefährdet. Aber bei dem ersten Blick auf die Landkarte, auf der die Stellungen der Oesterreicher bezeichnet waren, zeigte sich ein Leuchten wie des Blitzes auf seiner Stirn: augenblicklich überschaute er, wie er sie schlagen könne und werde. Es folgte jener fünftägige Waffengang, durch welchen der Erzherzog genöthigt wurde, nach Böhmen zurückzuweichen. Napoleon war einen Augenblick zweifelhaft, ob er die feindliche Armee verfolgen oder den Weg nach Wien einschlagen solle. Nach der Hand hat er wohl gemeint, das erste würde für den Feldzug das Beste gewesen sein. Da-

1) Journal, 24 février 1809.

mals aber zog er in Betracht, daß es für die allgemeinen Verhältniſſe von Europa ein großes Moment bilden würde, wenn er raſch nach Wien gelange [1]). Er nahm wieder Quartier in Schönbrunn.

Daß er ſich aber Wiens bemächtigt hatte, machte ihn noch nicht zum Meiſter des Kampfplatzes. Bei dem Verſuch, auf das linke Donauufer überzugehen, ſtellte ſich ihm der Erzherzog Karl mit einer wieder geſammelten und trefflich gerüſteten Streitmacht entgegen, an der Napoleon zurückprallte. Der Erzherzog hatte den Uebergang ruhig geſchehen laſſen [2]), dann aber dem weiteren Vordringen der Franzoſen bei Aspern (21. 22. Mai) unüberwindlichen Widerſtand entgegengeſetzt; es war der glänzendſte Moment ſeines Lebens — auch er ſah in dem Kampfe vor allen Dingen einen militäriſchen Wettſtreit —, daß er die Franzoſen nöthigte, über den Fluß zurückzugehen; er war es doch, der die Meinung, Napoleon ſei allemal unüberwindlich, wenn er ſelbſt erſcheine, zuerſt gebrochen hat.

Hiedurch kam, allen erlittenen Verluſten zum Trotz, die univerſelle Bedeutung des Kampfes erſt recht zur Erſcheinung. Der Rheinbund war nicht zerſprengt, wie man vorgehabt hatte, dem alten Kaiſerthum nicht wieder Bahn gemacht; aber Oeſterreich behauptete ſich, und ſeine Bewaffnung und Macht erſchienen noch einmal der franzöſiſchen ebenbürtig. Auch in Preußen haben ſich ſogleich die niedergehaltenen Hoffnungen lebhaft erhoben.

Zwiſchen Goltz und dem öſterreichiſchen Geſandten Weſſenberg hatten, noch unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, in Berlin Conferenzen ſtattgefunden, in deren Folge ſich der erſte ſehr geneigt zu einer Allianz mit Oeſterreich ausſprach. Seine vornehmſten Argumente nahm er aus dem inneren Zuſtande Preußens her. In ſeinem Berichte heißt es: wenn der König vor Allem Ruhe wünſche, um ſeine Staaten wiederherzuſtellen, ſo liege doch am Tage, daß die Behauptung dieſer Ruhe nicht von ihm allein ab-

1) So heißt es in ſeinem Geſpräche mit Bubna: J'aurais peut-être mieux fait de suivre l'archiduc Charles à Cham, et de ne pas vous laisser de repos. Comme général on peut me faire des reproches, puisqu'apparemment alors la bataille d'Esling n'aurait pas eu lieu; quelques moments même j'ai balancé, mais je pensais à la situation de l'Europe, et quel effet que ça ferait quand j'entrerais si vite à Vienne, et je me suis décidé à la dernière marche.

2) Welden, der Krieg von 1809 zwiſchen Oeſterreich und Frankreich. S. 39.

hange. Die Aufregung nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den Provinzen sei so stark, daß man bei dem Kriege der Oesterreicher und Franzosen eine Explosion befürchten müsse, die für die legitime Autorität gefährlich werden könne. Der französische Kaiser werde auf den Gegensatz der Meinungen keine Rücksicht nehmen, sondern der Regierung ihre Schwäche zum Vorwurf machen und unter Vorwänden, die dann einen guten Anschein haben würden, den König mit Krieg überziehen. Goltz meinte, in dem Anschluß an Oesterreich, zumal nach den Erklärungen von Wessenberg, liege die einzige Möglichkeit zur Rettung der Monarchie. „Der Krieg wird Euere Majestät suchen, wenn Sie ihn nicht suchen" [1]). Oesterreich werde siegen; alsdann werde auch Alexander durch die Stimme seines Volkes genöthigt werden, zu accediren.

Nicht Alle theilten diese Erwartungen. Man sagte: ohne die Hülfe von Preußen und Rußland werde Oesterreich verloren sein; werde aber Oesterreich vernichtet, so werde auch die preußische Monarchie nicht bestehen können: sie werde das Schicksal von Hessen haben.

Auch der König hatte im Grunde kein Zutrauen zu der Sache Oesterreichs. Bei der freudigen Aufregung, welche die Erhebung der Oesterreicher an seinem Hof erweckte, sagte er nur: „sie werden doch geschlagen werden." Aber die allgemeine Stimmung und die Vorstellungen von Goltz, daß das Schicksal der Monarchie auf dem Spiele stehe, machten ihm doch einen ergreifenden Eindruck. In einem Briefe an Kaiser Alexander [2]), der ihn vor einer Verbindung mit Oesterreich, als welche ohne Zweifel zum Verderben ausschlagen werde, gewarnt hatte, gab er demselben gleichwohl eine große Hinneigung zu einer solchen zu erkennen: denn das Volk dränge ihn nach dieser Seite; die Contribution werde er in den auferlegten Terminen doch nicht herbeischaffen können; von der kurmärkischen Landschaft sei in dieser Beziehung keine genügende Erklärung auszubringen; und der Ruin von Oesterreich werde auch der von Preußen sein. Er macht den Kaiser aufmerksam, daß auch Rußland in das allgemeine Verderben gezogen werden würde.

Kaiser Alexander erschrak über die Absicht des Königs, sich an Oesterreich in dieser Krisis anzuschließen. Er wiederholte ihm,

---

1) La guerre cherchera Votre Majesté, si elle ne la cherche pas. Goltz au Roi, 5 avril 1809.

2) Vom 12. Mai, also schon nach dem ersten Erfolge Napoleon's.

er werde damit nichts ausrichten, sondern nur sich selbst verderben und ihm die Mittel entziehen, Preußen zu unterstützen; er, der Kaiser, sei an seine Verträge gebunden; Oesterreich würde er jetzt doch nicht retten können. Er warnt den König, der Aufwallung der Gemüther Raum zu geben: die sei es, was Oesterreich jetzt zu Grunde richte [1]).

Wenn aber Alexander in den Verhältnissen, in denen er sich befand, sogar zu einer Kriegserklärung gegen Oesterreich schreiten zu müssen glaubte, so hat er doch damit keine eigentlich feindselige Gesinnung verbunden. In Kaiser Alexander lassen sich immer zwei verschiedene Tendenzen unterscheiden, von denen die eine nur auf die Erhaltung und Wohlfahrt Rußlands zielte, selbst in Verbindung mit Napoleon, die andere aber den Gegensatz gegen den französischen Imperator und seine Macht allezeit im Auge behielt. Man darf vielleicht sagen, daß die Coalition zwar nie recht zu Stande kam, aber doch niemals eigentlich aufgegeben wurde. Sie hatte ihre Wurzel in dem Gegensatz der Legitimität gegen die Usurpation. Den österreichischen Gesandten, General Schwarzenberg, ließ Alexander auffordern, doch Petersburg nicht zu verlassen, auf den Grund gestützt, daß er nicht allein Gesandter, sondern zugleich österreichischer General sei. Er beauftragte ihn, seinem Hofe zu melden, daß er nichts Ernstliches gegen Oesterreich zu unternehmen beabsichtige; selbst sein Eindringen in Galizien werde nichts zu bedeuten haben. Das Schreiben, worin Schwarzenberg dies nach Wien meldete, wurde dem Kaiser Alexander vorgelegt und von ihm gebilligt, ehe es abging [2]).

---

1) Das Schreiben wurde dem Könige am 26. Mai übergeben.

2) Le prince de Schwarzenberg vient de me faire, sous le sceau du plus grand secret, une confidence très importante. Deux jours avant sa déclaration de guerre, l'Empereur cherchant un moyen de le conserver ici sans se compromettre vis-à-vis de la France, lui parla de sa double qualité d'ambassadeur et de général, et combien il désirait qu'il restât ici, malgré l'interruption de l'ambassade qui suivrait la déclaration de guerre. Il le chargea d'écrire à son maître que la Russie ne ferait rien contre l'Autriche, que supposé même qu'elle fût forcée à des démonstrations, elles seraient dirigées contre la Galicie, et ne devaient pas effrayer, quand même les troupes russes entreraient dans ce royaume. L'ambassadeur désirant pouvoir fournir à sa cour la preuve qu'il eût été chargé d'une commission si importante, lui demanda la permission de soumettre à son approbation la lettre par laquelle il ferait connaître à sa cour les dispositions de

Die Lage in der ersten Epoche des Krieges von 1809 war also diese: Rußland durch seine offene Politik auf Seiten Napoleon's, insgeheim jedoch durch eine Verpflichtung, nichts Ernstliches zu thun, gebunden; Preußen officiell verpflichtet für Frankreich, aber seine Minister insgeheim entschlossen, auf die österreichische Seite zu treten.

Eine Rückwirkung von großem inneren Gewicht lag in den spontanen Erhebungen, die in Hessen, in der Altmark, in Berlin selbst zum Vorschein kamen. Ein verwegener Husarenmajor, Schill, verließ eigenmächtig die Hauptstadt und wußte seine Leute mit sich fortzureißen, in der Absicht, einer volksthümlichen Bewegung in dem neuen Königreiche Westphalen zu Hülfe zu kommen. Er meinte das Schwert nicht niederzulegen, bevor er seinem Könige das letzte verlorene Dorf wieder erobert habe. Aber indem er aufbrach, waren die an sich unbedeutenden Empörungsversuche schon niedergeworfen. Schill schwankte eine Zeit lang zwischen den Entschlüssen, sich nach Böhmen oder nach der See zu werfen. Als er das letzte versuchte, in der Hoffnung, englische Hülfe an sich zu ziehen, und nach Stralsund gelangte, wurde er von der napoleonischen Uebermacht, der die Dänen Beistand leisteten, umfaßt und erdrückt: eine holländische Kugel hat ihn getödtet (31. Mai). Eine lebensvolle Episode des Krieges von tragischem Ausgang. Ganz vergeblich war sie insofern nicht, als Sinn und Schlachtbegier, welche die Truppen dabei offenbarten, dem preußischen Minister den Anlaß gaben, den König zu einer Entscheidung zu drängen.

In einem gemeinschaftlichen Berichte des Ministers Goltz und der Generale l'Estocq und Tauenzien wird dem Könige vorgestellt, daß er mit Napoleon doch keinen wahren Frieden haben werde. Die Correspondenz des Ministers Stein, die Verzögerung seiner Entfernung aus dem Dienst, die Beibehaltung seiner Anhänger in den wichtigsten Stellen, die täglich lauter werdende Volksaufregung gegen die Franzosen, der Antheil verabschiedeter preußischer Offiziere an den Empörungsversuchen in Westphalen, — alles das werde Napoleon veranlassen, unter dem Vorwande der Nichtbezahlung der

l'Empereur. Cette lettre fut rédigée dans les termes les plus précis et les plus positifs; elle fut envoyée à l'Empereur qui, après en avoir pris lecture, la renvoya avec un billet écrit de sa main, où il déclara que la lettre contenait l'exacte vérité. Schladen au Roi, Saint-Pétersbourg, 2 mai 1809. Vergl. die Mittheilungen aus Schwarzenberg's Depeschen bei Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, S. 351.

Contribution Preußen zu vernichten, sobald er könne. Auf der anderen Seite dürfe man sich nicht verhehlen, daß unter den Offizieren eine starke antifranzösische Gährung herrsche, daß das Band zwischen Regierung und Volk seit 1806 überhaupt gelockert sei und wieder enger geknüpft werden müsse, auch um im Auslande Ansehen und Credit wieder zu gewinnen.

Die Nachrichten von den ersten Unfällen der Oesterreicher hatten die Aufregung in Berlin in einem solchen Grade vermehrt, daß der französische Gesandte St.-Marsan daran dachte, sich nach Stettin zu begeben, den König selbst aber aufforderte, wieder nach seiner Hauptstadt zurückzukommen. Auch Goltz verlangte dies, um der Regierung eine größere Spannkraft zu geben und die Factionen und besonders die Hitze der jungen Offiziere zu mäßigen [1]).

Goltz wendete sich auch an die Königin Louise (5. Mai), um ihr die Nothwendigkeit vorzustellen, sich der nationalen Bewegung anzuschließen. Ueber die letzte Verwaltung des Ministers Stein drückte er sich nicht ohne Bitterkeit aus: denn durch dessen kecke und gehässige Schritte sei eine Revolution angebahnt, die zum Ausbruch kommen werde, wenn der König noch länger zögere, einen der öffentlichen Meinung, die sich laut gegen Frankreich äußere, entsprechenden Entschluß zu fassen; Alles sei verloren, wenn der König nicht nach Berlin zurückkehre, um die Ungeduldigen im Zaume zu halten und dabei doch durch verschiedene Maßregeln ihre Hoffnungen zu beleben [2]).

König Friedrich Wilhelm III. befand sich diesen Bewegungen gegenüber in einer mit peinlichen Zweifeln erfüllten Lage: als Kriegsherr und Oberhaupt der Regierung konnte er nicht anders, als sie verdammen. In diesem Sinne sprach er sich in einem Rescripte vom 9. Mai aus. „Die beispiellose Insubordination des Major von Schill gereicht seinen Vorgesetzten zu schwerer Verantwortung. Ich habe daher l'Estocq und Tauenzien und den Commandanten Grafen Chazot von ihren Functionen suspendirt und letzterem hier Arrest gegeben. Wenn die oberen Autoritäten in Berlin, anstatt zu seufzen und zu klagen und dem Pöbel und den Narren zu schmeicheln, mit Einheit und Kraft gemeinschaftlich dem Geiste der frevelhaften

1) Pour donner de la tension aux ressorts relâchés du gouvernement, pour comprimer les factions et surtout la fougue des jeunes officiers.

2) Pour relever les espérances par des préparatifs annonçant un parti déterminé.

Unruhe entgegengewirkt hätten, so würden dergleichen unerhörte Vergehen unterblieben sein. Das Uebel zu beseufzen, hilft gar nichts; wer ihm steuern will, muß es beherzt anzugreifen wissen."

Indem er sich so ausdrückte, konnte es doch nicht in seinem Sinne liegen, eine absolute Repression von Gesinnungen, die er in der Tiefe seiner Seele selbst theilte, zu verfügen. Dem ostensiblen Schreiben ging ein anderes zur Seite, in welchem der König bei weitem mehr Rücksicht auf die allgemeine Stimmung nimmt. „Ich autorisire Euch hiedurch", schreibt er an Goltz nach Berlin, „zur Dämpfung der dortigen brausenden Stimmung, welche die oberen Militär- und Civilbehörden theils sogar durch pflichtwidrige Theilnahme befördert haben, die vorzüglichsten Urheber und Lenker dieser überspannten Stimmung durch vorsichtige Winke und die Entwickelung der Hauptsache entweder selbst oder durch Andere zu beruhigen." Wenn wir die wörtlich angeführte Weisung richtig verstehen, so sollte nicht durch Strenge allein, sondern durch freundliche Zurede und Aussicht auf eine Veränderung des Systems die höchste Autorität behauptet werden.

Zwei zusammentreffende Nachrichten werden den König bestimmt haben, bald darauf mit einer größeren Entschiedenheit hervorzutreten. Aus dem Hauptquartier Napoleon's vernahm man, daß er gesagt habe, auf Schill und seine Handlung könne er jetzt keine Rücksicht nehmen; aber die Zeit werde schon kommen, wo er Preußen für seine Verräthereien züchtige. Und zugleich traf die erwähnte Nachricht aus St.-Petersburg ein, daß Kaiser Alexander keine ernstlichen Feindseligkeiten gegen Oesterreich beabsichtige[1]). Der König faßte selbst die Hoffnung, den Kaiser Alexander zu einer activen Cooperation gegen Frankreich zu vermögen. Goltz, der eine Zeit lang ohne Antwort gelassen war, empfing ein Schreiben vom 14. Mai, in welchem der König aussprach, in diesem Falle werde auch er sich für Oesterreich erklären. Er sagt, die Aufforderungen Oesterreichs seien viel zu spät gekommen, als daß er bei dem ganz erschöpften Zustande seiner Monarchie eine Armee hätte aufbringen

1) Das erwähnte Schreiben Schladen's vom 2. Mai 1809 (vgl. S. 183 Note) traf am 12. Mai in Königsberg ein. Vergl. M. Duncker, Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1809, im XLI. Bande der Preußischen Jahrbücher, S. 146 Note. — Aus dieser Abhandlung dürfte man jedoch nicht den Schluß ziehen, als hätte ich ein Schreiben Napoleon's „à mon cher Berthier" für echt gehalten; ich habe dieses Schreibens mit keinem Worte gedacht.

oder eine Volksbewaffnung veranlaſſen können. Aber Oeſterreich ſolle nur ausharren. Darüber könne man ſich nicht täuſchen, daß Napoleon damit umgehe, die regierenden Dynaſtieen zu vernichten. Auch er hege dieſe Meinung und ſei entſchloſſen, an dem öſterreichiſchen Kriege Theil zu nehmen, ſobald es ihm irgend möglich ſei [1]). Goltz ſoll ſich mit Weſſenberg verſtändigen; der König will dann einen ſeiner Adjutanten nach Wien ſchicken, um einen Vertrag zu Stande zu bringen, der folgenden Inhalt haben ſoll: Preußen wird mit allen Kräften, über die es disponiren kann, Oeſterreich beiſtehen; ſeine Armee wird etwa acht Wochen nach Annahme des Vertrages dazu bereit ſein. Der König wird dann vor Allem ſeine verlorenen Landſchaften in Beſitz nehmen und hierauf den Oeſterreichern ſo kräftig wie möglich zu Hülfe kommen. Oeſterreich verſpricht ſeinerſeits die Reſtitution der verlorenen Provinzen an Preußen und eine gute Grenze; Preußen wird dahin wirken, daß Rußland nichts gegen Oeſterreich thue, Oeſterreich dagegen England vermögen, Subſidien und andere Hülfe zu leiſten. Keine der beiden Mächte wird ohne die andere Waffenſtillſtand oder Frieden machen. Der König läßt Weſſenberg wiſſen, daß viele gute Offiziere insgeheim unter die Waffen gerufen worden ſind, und daß man den Krieg mit dem größten Eifer vorbereitet.

Sehr energiſch lautete die Antwort der Königin an Goltz. Sie verſichert ihn nicht allein, daß der König mit ſeinen Principien einverſtanden ſei; ſie zeigt ſich ſelbſt auf das Aeußerſte gefaßt: „Das Unglück, das uns niederdrückt, kann ſo weit gehen, uns vollkommen zu vernichten; aber wir werden den Troſt haben, unſere Laufbahn mit Ehren zu beſchließen“ [2]).

Zwiſchen Goltz und Weſſenberg kam es nun zu Unterhandlungen, die in den meiſten Punkten zu einem vorläufigen Verſtändniß führten. Doch gab es noch einige Schwierigkeiten. Wenn von preußiſcher Seite gefordert wurde, daß Oeſterreich dem Könige

1) Je ne me fais pas d'illusion sur le projet de Napoléon de subjuguer tous les Etats existants et d'éteindre ou d'humilier les anciennes dynasties. Je ne veux pas retarder le combat jusqu'au dernier moment où le désespoir donne de la force; mais je suis résolu à prendre part à la guerre, tandis qu'il en est temps encore et aussitôt que cela me sera possible.

2) Le malheur qui nous accable peut finir par nous écraser entièrement; mais du moins nous aurons la consolation de finir notre carrière avec honneur.

Remonte für seine Cavallerie und Schießgewehre und andere Waffen unentgeltlich zukommen lasse und ihm Subsidien von England verschaffe, so versprach Wessenberg nur im Allgemeinen, Oesterreich werde sich bei England zu Gunsten von Subsidien verwenden. Von universaler Wichtigkeit ist der Artikel, der sich auf das Herzogthum Warschau bezog. Die Oesterreicher waren in das Herzogthum eingerückt, hatten aber immer die Absicht geäußert, die früheren preußischen Besitzungen, aus denen es zusammengesetzt war, zurückgeben zu wollen. König Friedrich Wilhelm III. war eigentlich nicht geneigt, dieselben so schlechthin wieder anzunehmen. Sein Vorschlag ging vielmehr dahin, dem Herzogthum eine wirkliche Unabhängigkeit zu verschaffen, jedoch unter anderer Einwirkung als der französischen. Die Einrichtung, die er im Sinne hatte, sollte vielmehr dahin führen, die Freischaaren der Polen von Napoleon loszureißen. Warschau sollte als ein selbständiges, souveränes, keinem fremden Regenten unterworfenes Herzogthum unter preußischer, russischer, österreichischer Garantie bestehen. Die Wahl eines Herzogs sollte dem Reichstage gänzlich und ohne alle fremde Einwirkung überlassen bleiben [1]). Der völlige Untergang Polens wäre von Friedrich Wilhelm III., so gut wie einst von seinem Vater,

---

1) Der von Goltz vorgeschlagene Artikel lautet folgendermaßen: Wenn aber der königlich preußische Hof für räthlich halten sollte, zur Abreißung der Gemüther der vormaligen Polen von Napoleon's Interesse und Einfluß, auf die Wiederbesitznahme des Herzogthums Warschau ganz Verzicht zu thun, und solches unter österreichischer und künftig preußischer und russischer Garantie als ein selbständiges, souveränes, keinem fremden Regenten unterworfenes Herzogthum, unter einem eigenen Herzog, dessen Wahl dem Reichstage gänzlich und ohne alle fremde Einwirkung zu überlassen wäre, zu constituiren, so verspricht Oesterreich:

a, diesen Plan zu genehmigen, wenn anders Rußland seine Einstimmug dazu geben sollte;

b, die von dieser Restitution zu machenden Ausnahmen des vorhin zu Westpreußen gehörigen und eines anderen zur Verbindung zwischen Westpreußen und Schlesien nöthigen Districtes, mit Vorbehalt billiger Handels- und anderer Vortheile, besonders aber mit Sicherstellung alles öffentlichen und Privatvermögens, welches in gedachtem Herzogthum Warschau angelegt ist, zu Beförderung des allgemeinen Interesses aller angrenzenden Staaten zu sanctionniren;

c, für den Verlust dieses Landes Preußen einen anderweitigen äquivalenten Ersatz jenseit der Elbe oder in Deutschland zu verschaffen;

d, durch die Vertheilung der jetzt französischen Generalen gehörigen polnischen Besitzungen unter die kräftigsten Vertheidiger des bisherigen Systems die Ausführung dieses Planes zu erleichtern.

lieber vermieden worden. Nur behielt er sich die Gebietsstrecken vor, die zur Verbindung von Preußen und Schlesien unentbehrlich wären, und machte zugleich auf Ersatz seiner Verluste durch anderweite Erwerbungen in dem überelbischen Deutschland Anspruch. Wessenberg war nicht ermächtigt, auf diese Vorschläge einzugehen; denn seine Instruction enthielt nur eben, daß Warschau an Preußen zurückfallen solle. Und der Anspruch auf Entschädigung hatte wohl auch eine bedenkliche Seite für Oesterreich; Wessenberg erklärte nur: sein Kaiser werde sich darüber mit dem preußischen Hofe verständigen.

Indem sich Friedrich Wilhelm III. mit so vieler Entschiedenheit dem österreichischen Hofe näherte, suchte er doch jedem Anschein einer Verbindung mit demselben auszuweichen: er erschrak, als der österreichische Oberste Steigentesch in Königsberg erschien. Er fühlte sich immer in der Mitte zweier großer schicksalsvoller Eventualitäten, entweder Erneuerung der alten Coalition, oder Untergang bei dem ersten Versuche, sich mit Oesterreich zu verbinden im Falle eines Unglückes. Dem österreichischen Obersten erklärte er, man möge den Krieg nur fortsetzen und gegen den Feind noch einen Schlag ausführen. „Ich hoffe zu kommen, und ich hoffe sogar, nicht allein zu kommen." Aber dabei verhehlte er auch die Besorgniß nicht, daß eine Niederlage Oesterreichs oder ein einseitiger Friedensschluß desselben dem politischen Dasein Preußens gefährlich werden könne. Welche Zweifel seine Seele erfüllten, zeigt eine Note von seiner Hand[1]), in der er sagt: „eine politische Existenz, sie sei noch so klein, ist immer besser als keine."

Nach kurzer Frist begann nun der militärische Zweikampf zwischen Frankreich und Oesterreich aufs neue. Die Schlacht bei Wagram (5. und 6. Juli) ist nur eben eine Fortsetzung des doch nicht völlig zu Ende geführten Kampfes bei Aspern. Von der Insel Lobau her, welche den Franzosen damals nicht wieder entrissen worden war, machten sie den Versuch, auf das linke Ufer überzugehen. Napoleon hatte alle seine Kräfte dazu gesammelt; auch der Erzherzog hatte sich auf das beste in Stand gesetzt, um ihn abzuwehren. Wir erörtern nicht die Einzelheiten der Schlacht; es waren zwei taktische Systeme, die hier aufeinander stießen: das alt-österreichische, aus den Zeiten Lascy's herrührende, und das napoleonische in Bezug auf die Benutzung des Terrains. Napoleon

1) Vom 24. Juni.

hat ſie ſelbſt einmal einem öſterreichiſchen Offizier geſchildert. „Ihr pflegt", ſo ſagte er demſelben, „in kleinen Corps vorzurücken, die durch eueren Schlachtplan zu einem Ganzen verknüpft werden; aber ihr macht dieſen Plan den Tag vor der Schlacht, ohne die Bewegungen des Feindes zu kennen. Ihr könnt dabei nur das Terrain berechnen. Man muß geſtehen, daß man keine dem Terrain beſſer angepaßten Manöver ſehen kann, als die eueren. Ich dagegen halte meine Streitkräfte zuſammen; bei den erſten Strahlen der Sonne recognoſcire ich den Feind, um über die Stellungen deſſelben ſicher zu ſein. Dann erſt, ſobald ich es bin, treffe ich meine Dispoſition, immer mehr mit Rückſicht auf die Bewegung des Feindes, als auf das Terrain. Ich falle dann wie der Blitz in ſeine Colonnen und zerſtöre ſeine Dispoſitionen, indem ich mich des Terrains bediene" [1]). Was man hier lieſt, iſt wie eine generaliſirte Beſchreibung des zweiten Tages von Wagram. Beſonders war es das Feldgeſchütz Napoleon's, durch welches er in dem gigantiſchen Kampfe, der ſich dort entſpann, den Sieg errang [2]), ohne

1) Je vous dirai franchement mon système, et la faute que vous répétez toujours. Vous vous avancez en petits corps dont votre disposition doit former l'ensemble; puis vous faites votre disposition, le jour avant la bataille, où vous ne connaissez pas encore la manœuvre de votre adversaire. Vous n'avez donc que le terrain; aussi votre disposition est toujours bien formée d'après le terrain, mais jamais d'après la manœuvre de votre adversaire, et il faut avouer qu'on ne peut pas voir des manœuvres mieux adaptées au terrain que les vôtres. Pour moi, au contraire, je ne me disperse jamais avant le combat, je reste sur la défensive, et particulièrement pendant la nuit je suis craintif, je me tiens en masse et ensemble, c'est comme ça que j'attends le jour. Avec les premiers rayons du soleil j'envoie mes éclaireurs, je fais mes reconnaissances pour bien voir et être bien sûr des mouvements de mon ennemi. Jusqu'à ce que je ne le suis pas, le gros reste ensemble. Sitôt que je le suis, ma disposition est formée, et toujours plus sur la manœuvre de mon adversaire que sur le terrain. Je tombe dans ses colonnes comme un coup de foudre, et c'est comme cela que je combats sa disposition en me servant du terrain. Eine für die Geſchichte der Taktik ſehr wichtige Gegeneinanderſtellung. Man wird dabei an die Theorie von Lloyd erinnert, welche das geographiſche Moment allen anderen voranſtellt und in den deutſchen Armeen, vor allen in der öſterreichiſchen, noch herrſchte. Napoleon folgte mehr ſeinem Genius und der Eingebung des Moments.

2) C'est en son artillerie surtout qu'il espère, car les rangs de nos bataillons sont pleins d'étrangers et de recrues; c'est donc aux boulets et à la mitraille, que rien ne fait hésiter, de décider la victoire. Ségur, III, 379.

jedoch den Oesterreichern eine vollständige Niederlage beizubringen; diese waren noch im Stande, die Schlacht abzubrechen, sobald sie es nothwendig fanden, und sich mit vieler Ordnung zurückzuziehen. Der Erzherzog Karl, der jetzt seiner Ehre genuggethan zu haben glaubte und überzeugt war, nicht mehr ausrichten zu können, trug zunächst auf einen Stillstand an, der in Znaym, wo die Armeen bereits wieder handgemein geworden waren, abgeschlossen wurde (12. Juli), während Andere und der Kaiser selbst das Feld noch so lange zu behaupten sich getrauten, bis die europäischen Combinationen, auf die sie rechneten, sich vollziehen könnten. Auf diesem Zwiespalt wird es beruhen, daß der Erzherzog den Oberbefehl aufgab, ohne daß ihm ein Nachfolger gesetzt worden wäre; Kaiser Franz erklärte, er selbst wolle der General seiner Truppen sein.

Und in der That, nicht eben ungünstig lagen die europäischen Verhältnisse. Aus einem Schreiben Friedrich Wilhelm's an Alexander[1]) nimmt man die Besorgnisse und die Hoffnungen ab, die in ihm selbst einander bekämpften. Um rüsten zu können, war die Zahlung der Contributionen eingestellt worden; er fürchtete nun, daß Napoleon diese Suspension als Grund zu neuen Feindseligkeiten benutzen werde; er nimmt die Interception Alexander's in Bezug auf die Contribution aufs neue in Anspruch. Zugleich aber meldete er ihm, daß er mit dem allgemeinen Wunsche seines Volkes, die Waffen zu ergreifen, zu kämpfen habe: „Meine Unterthanen können nicht verschmerzen, daß sie ihr Idol, den Kriegsruhm, verloren haben; sie wollen denselben wiedererwerben und glauben damit ihre alte Wohlfahrt wiederherzustellen." Der Brief war schon geschrieben, als die Nachricht von dem Waffenstillstande von Znaym eintraf. Der König spricht in einer Nachschrift, die er zu vernichten bittet, den Wunsch aus, daß Rußland sich für Oesterreich erklären möge: denn für die eigene Lage desselben, auch für die Sicherung seiner Eroberung werde das nothwendig. Dann meint auch er zu den Waffen greifen und der Volksbewegung in Deutschland gerecht werden zu können. In seinem Rücken gegen Polen gesichert, werde er seine Waffen nach einer anderen Seite hin zu wenden im Stande sein[2]).

1) Vom 24. Juli 1809.

2) Ich kann mich nicht entschließen, das erste Schreiben für nur ostensibel zu halten, da es in der unzweifelhaft echten Nachschrift (nach Duncker a. a. O. S. 156 Note) heißt, der Kaiser sehe aus demselben, in welcher Lage der König sich befinde.

Von Napoleon selbst ist augenscheinlich, daß er bei allen seinen früher erfochtenen und zuletzt erneuerten Vortheilen über Oesterreich doch noch nicht zum Ziele seines Unternehmens gekommen war. Sehr gefährlich hätte es ihm werden können, wenn die Engländer ihr Unternehmen auf Antwerpen und die Schelde, auf welches ihre Landung in Walcheren berechnet war, durchzuführen vermocht hätten. Aber durch eine Verbindung französischer Linientruppen und Nationalgarden wurden sie genöthigt, zurückzuweichen.

Von größter Bedeutung dagegen war die Stellung, die sie auf der pyrenäischen Halbinsel nahmen. In Wellesley, der sich eben damals durch die Schlacht von Talavera (27., 28. Juli) den Titel „Herzog von Wellington" erwarb, erschien ein dem Kaiser Napoleon auch in strategischer Hinsicht ebenbürtiger Widersacher; König Joseph und die französischen Marschälle traten gegen ihn von Anfang an in Schatten. Die dringendste Angelegenheit für Napoleon war es nun, sich den Engländern dort zu widersetzen; unmöglich aber konnte er alsdann den Krieg gegen Oesterreich bis auf das Aeußerste fortführen. Noch immer war die österreichische Monarchie im Stande, hartnäckigen Widerstand zu leisten; sie hatte überdies Aussicht, auf dem Continent Verbündete zu finden. Napoleon mußte daran denken und dachte daran, nicht allein Frieden zu schließen, sondern ein freundliches Verhältniß mit Oesterreich einzuleiten.

Dem österreichischen General Bubna, den Kaiser Franz ihm zusandte, um vertraulichere Unterhandlungen anzubahnen, als die waren, welche officiell zu Altenburg gepflogen wurden, versicherte Napoleon, daß er an Bedingungen, wie sie Champagny dort vorgelegt, gleichwohl niemals gedacht habe. Seine wirklichen Forderungen seien weit gemäßigter; möglich, daß er sie noch herabsetze, wenn er bei einem wieder erneuerten Kampfe den Kürzeren ziehe; sollte er aber nochmals siegen, so werde er sie um vieles verstärken. Charakteristisch ist es, wie er sich gegen Bubna, der ihm Vertrauen einflößte, über seine gesammte Lage vernehmen ließ: „Ich will den Frieden und will ihn aufrichtig; denn ich habe in anderen europäischen Ländern noch viel zu thun, und vor Allem: ich habe mich überzeugt, daß ihr verteufelt stark seid. Ich habe nicht geglaubt, daß euch so viele Hülfsquellen zu Gebote stehen; ihr schlagt euch sehr gut. Ich weiß, ich habe wenig Freunde in diesem Lande; aber ich könnte mir deren leicht verschaffen." Er meinte, er brauche nur die Landeseigenthümer zu belasten, das heißt, den Ideen von 1789 auch hier Bahn zu machen, um das Volk für sich zu gewinnen.

In der Discuſſion über das Verhältniß der Armeen bemerkte Napoleon, wie ſtark auch ſeine Gegner ſein möchten, ſo habe er immer große Vortheile voraus. „Meine Armee hält ſich für unüberwindlich, wo ſie mich gegenwärtig weiß. Bei Aspern habe ich allzu ſehr meinem Geſtirn vertraut und bin dafür beſtraft; das Vertrauen meiner Armee iſt dadurch nicht erſchüttert worden. Und ein gewaltiger Unterſchied iſt es, ob man Kaiſer oder bloßer General iſt. Ich kenne das aus Erfahrung.“ Offen und treffend erklärte er ſich über dieſen Unterſchied: „Wenn ich einſt als General von dem Directorium Truppen forderte, ſo antwortete man mir, das Land ſei erſchöpft und habe nicht Menſchen genug; Geld verſagte man mir, weil keines vorhanden ſei“. Jetzt, wenn man ihm vorſtelle, die Feinde ſeien ſtärker, ſo könne er das eine oder das andere Corps anweiſen, zu ihm zu ſtoßen; und wenn man ihm ſage, Frankreich habe nicht Menſchen genug, ſo antworte er, einem Lande von 30 Millionen Einwohnern könne es an Menſchen nie fehlen: dieſe oder jene Conſcription müſſe ſich in Bewegung ſetzen. Wenn ihm der Finanzminiſter einwende, er habe kein Geld, ſo ſage er: Verkauft die Spitzen der Kaiſerin. „Es fehlt mir nie, weder an Menſchen noch an Geld. Bei Euch geſchieht Alles langſam und unter tauſend Schwierigkeiten; für mich giebt es keine“. Auf ſeine Frage, warum man in Oeſterreich ſo viele Kanonen anſchaffe, antwortete Bubna, daß man dabei das Beiſpiel des franzöſiſchen Kaiſers ſelbſt befolge, der in der letzten Schlacht durch ſeine Kanonen obgeſiegt habe. Napoleon zeigte ſich nicht unempfindlich gegen das Schreckliche dieſer Waffe; „aber was ſoll ich thun“, ſagte er, „meine beſte Infanterie ſteht in Spanien; die, welche ich bei mir habe, iſt des Krieges müde und wünſcht den Frieden“. Er faßte dabei vertraulich den Arm Bubna's. „Ich wünſche aufrichtig den Frieden. Bis jetzt habe ich die Unterſtützung Rußlands gehabt; der Kaiſer hält gegen den Wunſch ſeiner Nation die Verbindung mit mir feſt, was ich an ihm lobe: denn ein Souverän ſoll ſich um die Meinung ſeiner Unterthanen nicht kümmern; aber wer bürgt mir dafür, daß es ſo bleiben wird? Von Preußen weiß ich, daß es ſeit lange zwiſchen euch und mir ſchwankt“.

Außer dem Zuſtande der Dinge in Spanien war es alſo einmal Rückſicht auf das noch immer ſtarke Oeſterreich, ſodann das Mißtrauen in die Zuverläſſigkeit Rußlands und eine erwachende Beſorgniß vor Preußen, was Napoleon zu Nachgiebigkeiten gegen Oeſterreich vermochte.

Die Annäherung Preußens an Oesterreich war indeß immer weiter gegangen. Um das wahre Verhältniß zwischen den kriegführenden Mächten zu erkunden, wurde Kneſebeck, damals Oberſt-Lieutenant, den man als einen Freund Scharnhorſt's und des Miniſters Goltz betrachtete und der auch das Vertrauen des öſterreichiſchen Geſandten genoß, in das Hauptquartier des Kaiſers Franz geſendet, mit der Weiſung: wenn er ſich überzeuge, daß Oeſterreich nur deshalb Waffenſtillſtand geſchloſſen habe, um ſich zu neuem kräftigem Kampfe zu rüſten, und zwar mit Hülfe anderer europäiſcher Mächte, beſonders Preußens, ſo ſollte er eine ſolche Aſſiſtenz in naher Friſt verſprechen.

Kneſebeck traf in Olmütz mit dem Miniſter Stadion zuſammen, der ihm zu erkennen gab, Kaiſer Franz ſei allerdings bereit, Frieden zu ſchließen; aber zu einer Macht zweiten Ranges werde er Oeſterreich nicht herabſinken laſſen. Metternich und Bellegarde, mit denen Kneſebeck ſpäter zuſammentraf, bemerkten ihm: wenn man den Waffenſtillſtand aufkündige, ſo müſſe man ſich auf eine neue Schlacht gefaßt machen; wie auch der Ausgang ſein möge, immer werde die preußiſche Hülfe zu ſpät kommen. Der Anblick der Armee, die Stimmung des Volkes und alles, was man von Kaiſer Franz hörte, machte auf Kneſebeck den Eindruck, daß der Kaiſer geſonnen ſei, den Krieg fortzuſetzen; er rieth dem Könige mit Entſchiedenheit zu einer Allianz mit Oeſterreich. In dieſem Sinne war bereits ein Schreiben des Königs abgefaßt, das Kneſebeck unter dem Siegel des tiefſten Geheimniſſes dem Kaiſer überlieferte. Der König knüpft darin an die zwiſchen Goltz und Weſſenberg gepflogenen Unterhandlungen an, von denen wir ſahen, wie umfaſſend für alle künftigen Verhältniſſe ſie waren. Die Oeſterreicher hätten an ſich nur eine Militär-Convention gewünſcht; aber das konnte der Sinn von Preußen nicht ſein, welches durch ſein Hervortreten ſeine ganze Exiſtenz gefährdete und dagegen ſeiner zukünftigen Wiederherſtellung ſicher zu werden verlangte. Kneſebeck legte dem Miniſter Stadion einen Vertragsentwurf vor, der ungefähr dem entſprach, was man einſt in Bartenſtein beabſichtigt hatte. Das Ziel der Verbindung beider Staaten ſollte die feſte Begründung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit ſein. Die beiden Monarchieen ſollten einander einen ſolchen Umfang und eine ſolche politiſche, militäriſche und geographiſche Situation garantiren, daß die eine und die andere den Rang einer großen europäiſchen Macht behaupten könne. Die Leitung der deutſchen Angelegenheiten ſollten beide zugleich in die Hand

nehmen, Oesterreich im Süden, Preußen im Norden; der Main sollte die Grenzlinie der beiden Machtbereiche bilden. In dem gegenwärtigen Kriege solle Oesterreich die Direction führen, wenn man sich über den Plan vereinbart haben werde. Preußen wird Alles anwenden, um Rußland über seine eigenen Interessen aufzuklären und es zum Beitritt zu der Allianz zu vermögen. Oesterreich soll die Differenzen zwischen England und Preußen zu heben suchen. Der deutschen Conföderation sollen Dänemark und Holland für den Norden, die Schweiz für den Süden aggregirt werden. Im Fall eines unglücklichen Ausschlages der Waffen solle man niemals zugeben, daß die eine oder die andere Macht zerstückelt werde. Keiner von beiden Staaten dürfe in seinem Bestande geschmälert oder gar vernichtet werden, ohne daß der andere die äußersten Anstrengungen dagegen gemacht habe. Durch die engsten Bande vereinigt, werden die beiden Staaten miteinander leben oder sterben. Der Entwurf drückt die Gesinnung der patriotischen Partei in Preußen aus, die nur im Kampfe gegen Frankreich und in der Vereinigung mit Oesterreich das Heil erblickte.

In Oesterreich war man zu einer Verbindung geneigt, aber bei weitem kühler gestimmt. In dem Gegenentwurf Stadion's ist von der Behauptung der Freiheit und Unabhängigkeit die Rede, nicht jedoch von den Erwerbungen, durch welche Preußen wieder eine Großmacht zu werden erwartete. Oesterreich hatte lediglich gemeinschaftliche Vertheidigung und Conservation im Sinne. Ueber die Zukunft von Deutschland konnte man sich nur im Allgemeinen dahin verständigen, daß man die Einheit und Harmonie herstellen wolle; aber die Ausdrücke, durch welche Preußen als dominirende Macht im deutschen Norden anerkannt zu werden forderte, wurden von Oesterreich vermieden. Von Dänemark, Holland und der Schweiz war überhaupt nicht die Rede [1]).

Als der militärische Gesandte das Hoflager verließ, war man noch weit entfernt, einverstanden zu sein. Knesebeck hielt sich überzeugt, daß Oesterreich Preußen noch nicht zu einer gleichen Stufe der Macht, wie es selbst besaß, und zu gleichem Einfluß in Deutschland kommen zu lassen gedenke. Bei dem ersten Schritt

1) Aus diesem Gegensatze sind die Expectorationen Knesebeck's entsprungen, die man in einem Auszug aus seinem Bericht bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege I, S. 114, liest.

war eigentlich der große Plan, mit dem man sich in Preußen trug, gescheitert. An eine Waffengemeinschaft wurde überhaupt nicht mehr ernstlich gedacht; in Oesterreich überwogen die friedlichen Entschlüsse.

Man stellte sich dort die Frage, ob man den Krieg in der Absicht, das dem Kaiser der Franzosen feindselige Europa um sich zu schaaren, fortführen, ob man sich den Folgen eines neuen Kriegsausbruches aussetzen wollte, der, wenn Napoleon die Oberhand behielt, für Oesterreich verderblich werden mußte. Die Fortsetzung des Krieges war eine europäische, die Beendigung desselben eine österreichische Sache. Man ging darüber viel zu Rathe. Denn auch die gemäßigteren Forderungen Napoleon's waren doch sehr umfassend: die Entscheidung beruhte hauptsächlich auf dem Zustande der Armee. Von maßgebendem Einfluß mußte es nun sein, daß der Fürst Liechtenstein, der jetzt die Direction derselben in seiner Hand hatte, die Erklärung abgab, bei einem neuen Anfall Napoleon's getraue er sich nicht, nachhaltigen Widerstand zu leisten. Er selbst ging dann nach Wien, um das definitive Abkommen zu Stande zu bringen. In diplomatischen Kreisen hat man behauptet, er habe die Bedingungen, die ihm Champagny vorlegte, nach einer langen und ermüdenden Conferenz unterschrieben, jedoch mit Vorbehalt der Ratification des Kaisers; Napoleon habe keine Rücksicht auf diesen Vorbehalt genommen [1]). Am 14. October wurde der Abschluß des Friedens zwischen Oesterreich und Frankreich durch Kanonensalven angekündigt. Die Bedingungen schlossen noch immer große Verluste für Oesterreich ein: es waren die Uebergänge über die Alpen nach Italien, das rechte Ufer der Sau bis an die

1) So verhielt es sich auch ohne Zweifel; doch betraf die Differenz keine der Hauptbedingungen, sondern nur die Summe der zu bezahlenden Contributionen. Die Franzosen forderten zuletzt 85 Millionen Francs; Kaiser Franz bewilligte 30 Millionen. Der Vertrag wurde geschlossen, ehe der Kaiser sich definitiv darüber entschieden hatte. Dem Fürsten Liechtenstein schien die Summe von 55 Millionen zu gering, um ein so großes Werk wie den Frieden aufzuhalten. Auch in allen anderen Punkten war der Friede den Oesterreichern dictirt. Kaiser Franz erscheint als der einzige Mann in seinem Reiche, der den Frieden mißbilligte. Vergl. den précis de la marche des négociations qui ont amené le traité de Vienne in: Aus der alten Registratur der Staatskanzlei: Briefe politischen Inhaltes an und von Friedrich von Gentz, herausgegeben von Klinkowström, S. 155, und Journal politique von Gentz in: Tagebücher von Gentz. Aus dem Nachlasse Varnhagen's von Ense I, S. 70 ff.

türkiſche Grenze, die Innlinie für Baiern, ein großer Theil von Galizien zur Verſtärkung des Herzogthums Warſchau und Rußlands.

Trotz aller dieſer Verluſte behauptete ſich doch Oeſterreich als große europäiſche Macht: es hatte nicht ohne Erfolg Widerſtand geleiſtet. Allein die Ideen einer allgemeinen Reaction gegen die napoleoniſche Herrſchaft, die man in Deutſchland und Preußen an den Krieg geknüpft hatte, mußten aufgegeben werden.

Zweites Capitel.

Preußisch-französische Verhältnisse in den Jahren 1809 und 1810.

An den Ereignissen von 1809 hat Preußen keinen thätigen Antheil genommen; aber es wurde von denselben doch auf das tiefste berührt: zuerst durch die Erhebung des patriotischen Geistes, den es theilte, und hernach durch die verstärkten Prätensionen der Uebermacht, die den Sieg davontrug.

Die großartigen Bestrebungen und Gedanken, die in dem Jahre 1809 gehegt wurden, haben in Preußen ein Denkmal ersten Ranges zurückgelassen: es ist die Universität Berlin. Ihre Begründung fällt in die nämliche Zeit, in der man mit der Erneuerung des großen Kampfes gegen Napoleon, in Verbindung mit Oesterreich und zur Wiedererwerbung einer europäischen Machtstellung durch Waffen und Politik, umging.

Der Gedanke an sich ist von älterem Ursprung. Schon vor der Katastrophe von 1806 war von der Stiftung einer höheren Lehranstalt in Berlin die Rede gewesen. Man berief sich dabei auf die nicht geringe Anzahl bedeutender Gelehrter, die sich bereits in der Hauptstadt befanden, und die mannichfaltigen wissenschaftlichen Institute, welche sie besaß. Man hatte die Absicht, dem Zunftwesen, das an den Universitäten noch vielfach herrsche, gegenüber eine Lehranstalt zu gründen, welche, unabhängig in sich selbst, den großen Bewegungen der Wissenschaft und Literatur einen freien Spielraum eröffnen sollte. Nach der Katastrophe von 1806 war man nun weit entfernt, diesen Entwurf fallen zu lassen. Bei den Berathungen über die Regeneration des Staates gewann er vielmehr eine noch größere Bedeutung; die Ausführung wurde als eine Nothwendigkeit für das Staatsleben und selbst als ein Mittel des Widerstandes betrachtet. Unter diesem Gesichtspunkte faßte

Altenstein die Pflege der Wissenschaft und Kunst überhaupt auf. Sie seien, sagt er, das Product und der Ausdruck des höchsten Zustandes der Menschheit; da es nun den Zweck des Staates bilde, die Menschheit der höchsten Güter theilhaftig zu machen, so sei für ihn nichts wichtiger, als die Pflege der Wissenschaft und Kunst: denn von denen werde alles, was sich mit ihnen beschäftige, mit Allgewalt ergriffen. Selbstverständlich könne dabei nur von echter Wissenschaft die Rede sein: sie fordere von dem, der sich ihr widme, volle Hingebung. Man müsse ihr aber eine unbeschränkte Freiheit gestatten: in politischen und socialen Beziehungen könne die Censur geduldet werden, nicht in den wissenschaftlichen Bestrebungen, zu denen man die besten Köpfe vereinigen müsse. Diese höhere Auffassung sei den Franzosen fremd: Napoleon erniedrige und entweihe die Wissenschaften, indem er sie zu untergeordneten Zwecken gebrauchen wolle. Aber Wissenschaft und Kunst werden sich dereinst an ihm rächen; sie werden sich dem Staate anschließen, der durch sie reges und kräftiges Leben und ein Emporsteigen zu dem Höheren bewirke: ihrer Pflege werde sich auch der fremde Machthaber nicht entgegensetzen, da er die ihnen zu Grunde liegende Tendenz nicht ahne. Die Ideale der Menschheit, die Regeneration des Staates und der Widerstand gegen die Fremdherrschaft greifen hier unmittelbar ineinander. In diesem Sinne empfiehlt Altenstein die Gründung einer höheren Lehranstalt in der Hauptstadt des Landes. Hardenberg stimmt ihm darin bei, in seiner weniger hochfliegenden, mehr auf das Praktische gerichteten Weise; er legt den größten Werth auf eine bessere Methode und die volle Freiheit des Unterrichtes. Bestimmter als Altenstein spricht er sich für die Errichtung einer Universität in Berlin aus [1]).

Den nächsten Anlaß zur Verwirklichung dieses Gedankens gab es, daß bei der Abtretung der überelbischen Landschaften im Frieden von Tilsit auch die Universität Halle von dem Staate getrennt worden war. Diese Universität hatte keine enge Verbindung mit dem Herzogthume Magdeburg, dem sie zugehörte; sie meinte fast, in der Abtretung nicht begriffen zu sein, da sie großentheils auf die königliche Dispositionscasse und Erträge entfernter geistlicher Güter angewiesen war; sie hatte immer gemeint, eine allgemeine Landes-

1) Auch über diese Angelegenheit werden die Denkschrift Hardenberg's und die derselben beizufügenden Auszüge aus dem Gutachten Altenstein's nähere Mittheilung bringen.

Zweites Capitel.

Preußisch-französische Verhältnisse in den Jahren 1809 und 1810.

An den Ereignissen von 1809 hat Preußen keinen thätigen Antheil genommen; aber es wurde von denselben doch auf das tiefste berührt: zuerst durch die Erhebung des patriotischen Geistes, den es theilte, und hernach durch die verstärkten Prätensionen der Uebermacht, die den Sieg davontrug.

Die großartigen Bestrebungen und Gedanken, die in dem Jahre 1809 gehegt wurden, haben in Preußen ein Denkmal ersten Ranges zurückgelassen: es ist die Universität Berlin. Ihre Begründung fällt in die nämliche Zeit, in der man mit der Erneuerung des großen Kampfes gegen Napoleon, in Verbindung mit Oesterreich und zur Wiedererwerbung einer europäischen Machtstellung durch Waffen und Politik, umging.

Der Gedanke an sich ist von älterem Ursprung. Schon vor der Katastrophe von 1806 war von der Stiftung einer höheren Lehranstalt in Berlin die Rede gewesen. Man berief sich dabei auf die nicht geringe Anzahl bedeutender Gelehrter, die sich bereits in der Hauptstadt befanden, und die mannichfaltigen wissenschaftlichen Institute, welche sie besaß. Man hatte die Absicht, dem Zunftwesen, das an den Universitäten noch vielfach herrsche, gegenüber eine Lehranstalt zu gründen, welche, unabhängig in sich selbst, den großen Bewegungen der Wissenschaft und Literatur einen freien Spielraum eröffnen sollte. Nach der Katastrophe von 1806 war man nun weit entfernt, diesen Entwurf fallen zu lassen. Bei den Berathungen über die Regeneration des Staates gewann er vielmehr eine noch größere Bedeutung; die Ausführung wurde als eine Nothwendigkeit für das Staatsleben und selbst als ein Mittel des Widerstandes betrachtet. Unter diesem Gesichtspunkte faßte

Alles blieb unbestimmt und schwankend, bis Wilhelm von Humboldt, von seiner Gesandtschaft in Rom zurückkommend, von dem nach Stein's Abgange gebildeten Ministerium an die Spitze der Section für den öffentlichen Unterricht gestellt wurde.

Stein war zu sehr mit den großen Fragen der inneren Politik und den Bedrängnissen der Finanzen beschäftigt gewesen, als daß er der Idee einer neuen Lehranstalt eine nachhaltige Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Für diese Sache gehörte ein Mann, der, von der Politik berührt, doch zugleich einen eigenthümlichen wissenschaftlichen Geist in sich nährte. Ein solcher war der neueintretende Sectionschef Humboldt. Wir werden noch auf seine staatsmännische Thätigkeit zu reden kommen, die einige Jahre später in die großen Geschäfte sehr wirksam eingegriffen hat. Aber zugleich war er ein Gelehrter, der sich die umfassendsten Lebensaufgaben in Bezug auf seine Studien stellte. Er bewegte sich auf den Höhen des geistigen Lebens, wo sich Kunst und Literatur berühren; seine Bildung gehörte der Epoche an, welche der deutschen Cultur überhaupt eine neue Farbe und selbst einen neuen Inhalt gab. Er verband Schwung und Methode. Seine Sinnesweise erhellt aus dem Plane, der Section des Unterrichtes eine wissenschaftliche Deputation beizugeben, welche der Verwaltung, die durch die laufenden Geschäfte zerstreut werde, unverrückt die Zwecke der allgemeinen Bildung, auf die ihre Thätigkeit sich bezieht, in Erinnerung halten soll, — der Bildung, die zur Erreichung des höchsten allgemein Menschlichen führt, und deren Förderung der Zweck des öffentlichen Unterrichtes ist [1]). In dem Streite über die Errichtung einer Lehranstalt oder einer Universität hatte er sich vorlängst für die letzte Form ausgesprochen. Er unterschied den Beruf der Akademie zur Förderung der Wissenschaften an sich von dem Berufe der Universität zu unmittelbarer Lehrthätigkeit; er wollte sie vereinigen, aber nicht verschmelzen. Auf diese Vorschläge gingen die damaligen Staatsminister ein. Von Altenstein, der die Finanzen verwaltete, versteht es sich gleichsam von selbst, da er diese Ideen fast zuerst systematisch durchdacht und ausgeführt hatte; er rühmte in Humboldt besonders die Reinheit jener Bestrebungen. Von dem Minister des Inneren, Grafen Dohna-Schlobitten, weiß man, daß er schon in seinen früheren Verhält-

1) W. von Humboldt's Ges. W. V, S. 333. Ideen zu einer Instruction für die wissenschaftliche Deputation bei der Section des öffentlichen Unterrichtes.

nissen großen Werth auf die Hebung des Unterrichtswesens gelegt hatte. Obgleich damals die Möglichkeit und das Bedürfniß einer allgemeinen antifranzösischen Erhebung die Gemüther erfüllte, so entschlossen sich die drei Minister (Beyme, Dohna, Altenstein) dennoch, das Gutachten zu unterstützen, welches Humboldt über die Stiftung der Universität eingab. Es ist am 10. Juli 1809 abgefaßt, am 24. überreicht worden. Humboldt bringt die Errichtung einer Universität in aller Form in Antrag: denn der alte Name „Universität" zugleich mit dem Rechte, akademische Würden zu verleihen, gehöre dazu, um Zöglinge aus der Fremde heranzuziehen und der Welt einen Begriff von dem zu geben, was sie zu erwarten habe. Er gedenkt der anderen Versuche, dem Staate eine neue Gestalt zu ertheilen; unter den Entwürfen, die dazu gemacht wurden, habe besonders die Absicht, eine Universität zu errichten, dem preußischen Staate allgemeines Vertrauen erworben; in Zeiten, wo fremde Gebieter und eine fremde Sprache in Deutschland herrschen, werde dadurch der deutschen Wissenschaft eine kaum gehoffte Freistatt eröffnet [1]).

Auffallend ist es doch, daß eben in der Zeit, in welcher man in dem Königreiche Westphalen Universitäten aufhob und selbst die Capitalien, auf die sie gegründet waren, zu Staatszwecken verwendete, so daß nur noch eine Rente davon übrig blieb — ein Verfahren, gegen welches Johann von Müller sich vergeblich sträubte —, daß in derselben Zeit der König von Preußen sich entschloß, eine neue große Universität zu gründen, zu der er die bei dem damaligen Geldwerth sehr bedeutende Summe von 150,000 Thalern des Jahres bestimmte. Johann von Müller hat gesagt, die Ausschmückung eines königlichen Palais unter Hieronymus koste so viel wie der Zuschuß zu den Universitäten [2]); in Berlin wurde ein großes fürstliches Palais, vielleicht das schönste von allen, in dem wohlgelegensten Theile der Stadt, der neuen Universität zum Geschenke gemacht. Auch von den übrigen deutschen Hochschulen waren die meisten in einem Zustande des Verfalles oder des inneren Streites, der einen solchen ankündigte; es war ein großartiger Act, daß inmitten des allgemeinen Unglücks der preußische Staat dieses neue Institut schuf, welches von Anfang an dazu bestimmt wurde, das bedeutendste und glänzendste in Europa zu werden: denn auch

1) Vergl. Köpke, Die Gründung der Friedrich-Wilhelmsuniversität zu Berlin, S. 189 flg.

2) Mémoires du Roi Jérôme. III, 338.

die französischen Bildungsanstalten waren den militärisch-revolutionären Antrieben verfallen. Hier sollte der Wissenschaft an sich ein Asyl eröffnet werden. Die Cabinetsordre, welche die neue Stiftung begründet hat, ist vom 16. August 1809. Die Durchführung hatte noch mancherlei Schwierigkeiten; aber sie war in die rechten Hände gelegt: Humboldt hat sich mit gutem Grunde das Verdienst zugeschrieben, daß die Sache ohne ihn nicht zu Stande gekommen wäre. Im Herbste des Jahres 1810 war es so weit, daß die Universität, mit den trefflichsten Lehrkräften ausgestattet, eröffnet werden konnte.

Zu derselben Zeit aber war nun der Staat in die schwersten Agonieen, die selbst seine Existenz gefährdeten, gerathen. Das Verhältniß zu Frankreich beruhte auf der Zahlung der Contribution in monatlichen Raten zu vier Millionen. Vom November 1808 bis April 1809 waren diese Zahlungen wirklich geleistet worden. Dann aber, bei dem Beginne der Bewegungen, welche der österreichisch-französische Krieg veranlaßte, fand es die preußische Regierung unthunlich, damit fortzufahren, und beantragte eine Herabsetzung der monatlichen Zahlung auf zwei Millionen: denn nichts sei unversucht geblieben, um die geforderten Summen aufzubringen; das königliche Silbergeräth, selbst die alten Ersparnisse seien dazu verwendet worden; die Zahlungsmittel des Landes seien erschöpft; man habe den Versuch gemacht, eine Anleihe in Holland aufzubringen; aber dort habe eine andere, für innere Bedürfnisse erforderliche Anleihe das Zustandekommen der preußischen unmöglich gemacht. Die fernere Zahlung der vollen Summe an Frankreich erklärte man für eine Unmöglichkeit, bis eine auswärtige Anleihe wirklich zu Stande gekommen sei; den Vertrag vom 8. September 1808 würde der König nie unterschrieben haben, wenn er nicht durch Napoleon und dessen Minister versichert worden wäre, daß man nicht denke, das Unmögliche zu fordern; der Friede von Tilsit werde illusorisch, wenn man die Evacuation des preußischen Gebietes, inbegriffen die Festungen, an eine Bedingung knüpfe, deren Erfüllung unmöglich bleibe [1]).

Champagny nahm die Vorstellungen, die ihm während des österreichischen Krieges gemacht wurden, mit dem größten Mißtrauen auf; er ließ bemerken: die Anleihe in Holland werde doch, wenn

1) Je ne penserai jamais que Napoléon ait voulu rendre illusoire le traité solennel, conclu à Tilsit, en faisant dépendre la restitution de mes États d'une condition complètement impossible.

sie gelinge, von Preußen nur für die Armee und andere Ausgaben, die er als unnütz bezeichnete, verwendet werden. Mit den pecuniären Interessen verband sich auf beiden Seiten auch ein politisch-militärisches. Wenn die preußische Regierung im September 1809 die Wiederaufnahme der Zahlungen in monatlichen Raten von nur Einer Million beantragte, so ließ sich doch nicht hoffen, daß dies bewilligt werden würde. Es schien nicht anders, als daß Napoleon die Einstellung der Zahlungen zum Motiv offener Feindseligkeiten gebrauchen werde, wie dies der König immer vorausgesetzt hatte. Er war unzufrieden mit dem, was sein Ministerium gethan, selbst mit dem, was er ihm nachgegeben hatte, und voll Besorgniß für die Zukunft.

Die trüben Gedanken, die hiebei in Friedrich Wilhelm erwachten, seine tiefe Verstimmung erkennt man aus dem Entwurf eines Schreibens an Goltz, das nach seinen Anweisungen aufgesetzt wurde, und hauptsächlich aus den Randbemerkungen, die er demselben hinzufügte. Der Waffenstillstand war geschlossen; doch der Krieg blieb in Aussicht. Kneſebeck hatte eine Vereinigung militärischer Streitkräfte in Schlesien angerathen, der König jedoch eine solche abgelehnt; hierauf lief von Goltz eine Abmahnung gegen alle halben Maßregeln ein. Der König bemerkte dagegen, wie gefährlich alle verfrühten Maßregeln sein würden. Was er schreibt, ist wie eine Art Monolog inmitten der von allen Seiten drohenden Gefahren. Er spricht die Besorgniß aus, auch in Bezug auf die Mission von Steigentesch, daß er compromittirt werden solle, zugleich aber auch seine Empfindlichkeit darüber, daß er auf den oben erwähnten Brief an Kaiser Franz keine Antwort erhalten habe. Ansammlung von Truppen würde eine große Unvorsichtigkeit sein. „Wenn der Kampf wieder beginnt, so wird Oesterreich nicht zu unserer Hülfe herbeikommen, sondern es wird Hülfe von uns erwarten“ [1]). Seit dem Frieden von Tilsit, sagt der König, sei seine Idee immer dahin gegangen, eine intime Allianz mit Rußland und Oesterreich aufrechtzuerhalten, indem man alle mögliche Zuvorkommenheit gegen Frankreich beweise, zugleich jedoch die bewaffnete Macht herstelle, um mit derselben dem Interesse gemäß dem einen oder dem anderen dieser beiden Reiche beizutreten; das

1) Si la lutte recommence, ce ne sera pas l'Autriche qui viendra à notre secours, elle aura assez de besogne elle-même; ce n'est donc au contraire que de nous que l'Autriche en attend.

Gewicht, das er in die Wagſchale legen könne, werde nur als acceſſoriſch erſcheinen, aber doch nicht ohne Bedeutung ſein; die Miſſion Kneſebeck's nach Oeſterreich habe er nur auf den Antrag aller ſeiner Miniſter genehmigt; er habe ſie aber immer für unklug und höchſt gefährlich gehalten. In dem Entwurfe war geſchrieben worden, der König erwarte von dem Ehrgefühle und der Einſicht Kneſebeck's, daß er nichts abgeſchloſſen haben werde, was ihn bedauern machen könne, demſelben ſeine Vollmacht gegeben zu haben. An dieſer Stelle ſchrieb der König an den Rand: „Ich wünſche das, aber ich bezweifle es“ [1]). Kneſebeck gehörte ſeiner Geſinnung nach eben den miniſteriellen Kreiſen an, aus welchen der König kriegeriſche Rathſchläge empfing. Friedrich Wilhelm beſorgte, daß Unbeſonnenheiten und Uebertreibungen bei denſelben zu Grunde lägen. Sehr unerwartet iſt, daß er Kneſebeck als fanatiſirt bezeichnet, das heißt, ihn zu denen zählt, welche von den volksthümlichen Regungen ſelbſt ergriffen ſeien.

Der politiſche Gedanke des Königs war immer geweſen, vor Allem die militäriſche Organiſation auszuführen und alsdann einen beſtimmten Entſchluß zu faſſen.

Dieſer Gedanke erwachte jetzt bei der Unentſchiedenheit des öſterreichiſch-franzöſiſchen Kampfes in voller Stärke; der König tadelte das Verhalten ſeiner Miniſter, welche Frankreich verlaſſen und ſich Oeſterreich allzu ſehr genähert hätten, ſelbſt das ſeiner Geſandten in Rußland: ſie hätten die Garantie des gegenwärtigen Beſitzſtandes von Preußen öfter in Anregung bringen ſollen; aber Schladen und Schöler ſeien beide ſo ſehr für den Krieg enthuſiasmirt, daß ſie am ruſſiſchen Hofe ihren Credit eingebüßt hätten; auch eine volle Hingebung an Napoleon würde denſelben jetzt doch von der Aufrichtigkeit Preußens nicht mehr überzeugen [2]). Der König will alles halten, was Kneſebeck verſpreche. Aber wenn Oeſterreich die preußiſche Allianz nicht hoch genug anſchlägt, wenn es ſeinen Frieden ſchließt, ſo will er auf ſein früheres Syſtem zurückkommen. Wie aber, wenn Napoleon dabei blieb, die Abtragung der Contribution in den verſprochenen Raten zu verlangen, und zu neuen Gewaltſamkeiten ſchritt? Der König hielt für möglich,

1) Je le désire, mais j'en doute.

2) Il trouverait peut-être dans nos relations avec la Russie une sorte de gêne pour ses desseins contre cette puissance; der König: Il n'y aurait pas de mal à cela.

daß der französische Kaiser seine Truppen in die Provinzen vorrücken lassen oder gar das Land zerstückeln werde: er war entschlossen, das nicht zu dulden; dann, ruft er aus, müssen wir uns zu einem Kampf auf Leben und Tod rüsten und unsere Seele Gott befehlen. Der Abschluß des Wiener Friedens konnte ihm nicht durchaus unangenehm sein: denn noch hätte er für den Krieg nicht auf Rußland zählen dürfen, und seine Rüstungen waren nicht so weit gediehen, um einen Angriff der Franzosen mit einiger Zuversicht bestehen zu können. Dagegen bedauerte Goltz, daß es nicht zu eigentlicher Theilnahme Preußens am Kriege gekommen sei; denn die Ungewißheit des politischen Systems, die brausende Gährung der Menge führe doch nur die größten Schwierigkeiten herbei. Er fürchtete, Napoleon werde, durch die Widersprüche in dem Verhalten Preußens aufgereizt, eine preußische Provinz verlangen. In der Mark und Schlesien müsse man sich zum Widerstande dagegen fertig machen. Wie wir eben sahen, der König selbst erwartete dies und war in einem solchen Falle zum Aeußersten entschlossen. Vor allem Weiteren war es doch nothwendig, sich über die Absichten Napoleon's zu unterrichten. Noch einmal schickte der König den bewährten Krusemarck nach Paris, um, wie die Worte seiner Instruction[1]) lauten, mit den Freundschaftsbezeigungen und dem Glückwunsche für den beendigten Feldzug Vorstellungen über eine Erleichterung in der Zahlung der Contributionen zu verbinden. Krusemarck kam am 1. November in Paris an und hatte am 5. seine erste Audienz bei Napoleon in Fontainebleau. Die Umstände lagen damals doch nicht so, daß eine unmittelbare Feindseligkeit gegen Preußen zu befürchten gewesen wäre. Napoleon war mit den Vorbereitungen zu einem neuen Feldzuge in Spanien beschäftigt, zu dem ihm nun der Friede mit Oesterreich Kräfte, die er dazu verwenden konnte, und Zeit ließ.

Zugleich traten noch andere Angelegenheiten von größtem Belange in den Gesichtskreis. Inmitten des österreichischen Feldzuges hatte Napoleon seine Ansprüche auf ein allgemeines Kaiserthum, welches auch Rom umfassen müsse, ausgesprochen. Aber er war darüber in feindselige Verwickelungen mit dem römischen Stuhle gerathen, die für beide Theile unerträglich waren. In dem Moment der Schlacht von Wagram wurde der Papst Pius VII. aus Rom weggeführt: ein Bruch mit dem eben zu

1) 18. October 1809.

hohem Ansehen wiederhergestellten Oberhaupte der Kirche, der in Frankreich nicht ohne alle Wirkung bleiben konnte, zumal da die Gemüther, auch noch unabhängig hievon, von Gährungen ergriffen waren.

Aus dieser Rücksicht hatte Napoleon die Idee gefaßt, dem Throne, den er aufrichtete, eine Sicherheit auf immer durch eine neue Vermählung, die ihm einen Thronerben verschaffen sollte, zu verleihen. Ueberdies aber, der Friede von Wien hatte in Rußland eine unangenehme Wirkung hervorgerufen. Man schlug in St.-Petersburg die Vergrößerung, die Rußland selbst darin davongetragen hatte, nicht hoch an; das größte Mißfallen aber erregte es, daß das Herzogthum Warschau mit zwei Millionen Einwohnern verstärkt worden war, was um so mehr zu bedeuten hatte, da das Gefühl der polnischen Nationalität in dem Kriege wieder erweckt worden war.

Unter diesen Umständen konnte es nicht im Sinne Napoleon's liegen, Feindseligkeiten gegen Preußen auszuüben; allein von seinen Forderungen stand er darum nicht ab. Die Audienz Krusemarck's war ziemlich stürmisch: Napoleon beschwerte sich über die Unternehmung von Schill, über den Prinzen von Oranien, der eine Verbindung Preußens mit Oesterreich zu vermitteln bemüht gewesen war, und über die in Preußen gegen ihn herrschende feindselige Stimmung. Aber er versicherte, er werde deshalb Preußen nicht mit Krieg überziehen; er brauche seine Truppen anderweit und wolle nicht mit Rußland in Zwist gerathen[1]). Er erklärte sich bereit, neue Vorschläge, die ihm der preußische Hof zu einem Arrangement in Betreff der Zahlungen machen werde, entgegenzunehmen. In der Antwort, die Krusemarck zurückbrachte, ist von der administrativen Reorganisation Preußens die Rede, welche dem Könige allein Credit verleihen würde. Napoleon bittet denselben zugleich, Niemandem Gehör zu schenken, der ihn über seine Gesinnungen beunruhigen wolle.

Diese friedlichen Erklärungen Napoleon's haben ohne Zweifel dazu beigetragen, den König in dem Entschlusse zur Rückkehr nach seiner Hauptstadt zu bestärken; denn eine unmittelbare Gefahr war nun für die Mark nicht mehr zu befürchten.

Am 23. Decbr. 1809 hielt Friedrich Wilhelm III. seinen Einzug

1) Je ne ferai pas la guerre à la Prusse, parce que j'ai besoin de mes troupes ailleurs et que je ne veux pas me brouiller avec la Russie.

in Berlin, unter einer Theilnahme der Population, welche das patriarchalische Verhältniß des alten Königthums kennzeichnet. Er erschien in der That wie der Hausvater in seiner Familie; was ihn am meisten freute, war die musterhafte Ordnung, die bei alle dem herzlichen Enthusiasmus, der ihn empfing, beobachtet worden war. Der Hof wurde wieder in der alten Weise eingerichtet; der erste fremde Gesandte, den der König sah, war der französische. Brockhausen war von Paris abberufen, Krusemarck, nunmehr General, mit einem zweiten Schreiben des Königs an Napoleon geschickt worden. Als Ursache der herrschenden Gährung bezeichnet der König in demselben die große Anzahl von Officieren und Soldaten, die er habe entlassen müssen, das Elend und die Verzweiflung dieser Leute, und die Unzufriedenheit der Unterthanen über die Drangsale, mit denen man sie heimsuche: er habe sie mit Strenge, aber Mäßigung im Zaume gehalten; an dem Systeme der Allianz mit Frankreich halte er fest. Er verspricht in Bezug auf die noch obwaltenden Schwierigkeiten alles zu thun, was menschenmöglich sei, um den Erwartungen Napoleon's zu genügen.

Von maßgebender Wichtigkeit für die Haltung Friedrich Wilhelm's war auch jetzt sein Verhältniß zu Alexander. Wohl eingedenk der in Petersburg gepflogenen Unterhandlungen und Gespräche, hatte Alexander versichert, er habe Oesterreich so wenig Schaden gethan wie möglich. Dem Könige hatte er schon immer den Rath gegeben, er solle nach Berlin zurückkehren, jede Bewegung ersticken und sich ganz an Frankreich anschließen. Schöler sagte, der König mache einen Unterschied zwischen einem französischen und einem französisch-russischen System; Alexander erwiderte, die Unterscheidung möge er in seinem Herzen machen, aber öffentlich sich so verhalten, als beobachte er ein rein französisches System.

Der schwierigste Punkt in dem Verhältniß zu Frankreich war und blieb die Zahlung der Contributionen. Napoleon sprach sich darüber eines Tages gegen Krusemarck nicht allein mit Entschiedenheit, sondern mit Härte aus: Preußen schließe Verträge, aber wolle sie nur durch Phrasen erfüllen; könne man nicht zahlen, so dürfe man auch nicht unterzeichnen; unterzeichne man aber, so müsse man auch zahlen; ohne befriedigt zu sein, werde er seine Soldaten aus den Festungen nicht zurückziehen; er müsse vielmehr die verbündeten Truppen in den preußischen Festungen durch französische ersetzen und 30,000 Mann nach Magdeburg schicken. Als ein Motiv des Drohens erscheint doch wieder die preußische Armee, auch in

dem damaligen Verhältniß ihrer Zahl. „Wozu", ſagte Napoleon, „40,000 Mann? 6000 Mann Garde werden genügen." Durch dieſe und andere Erſparniſſe werde Preußen in den Stand kommen, ſeine Verpflichtungen zu erfüllen. Ohne zurückzuhalten, fügte Napoleon hinzu: „Wenn der König mich nicht bezahlen kann, ſo mag er mir eine Provinz abtreten, wo nicht, die Domänen" [1]).

Noch glaubte man auf beiden Seiten, in der holländiſchen Anleihe eine Auskunft zu finden. Champagny forderte, daß die geſammte, durch die Anleihe zu erlangende Geldſumme an Frankreich überwieſen werden ſollte, nicht ſucceſſive, ſondern mit Einem Male; es ſei Preußens Sache, auf ſeine Koſten die Obligationen der Banquiers zu escomptiren; für den Reſt könne ſich der Kaiſer zu Erleichterungen herbeilaſſen, die aber nur die Termine, nie die Summen ſelbſt betreffen würden. Am 15. Februar 1810 hatte Kruſemarck eine längere Unterredung mit Champagny hierüber. Er erſuchte ihn, ſelbſt ein Auskunftsmittel vorzuſchlagen: Preußen werde alles annehmen, was mit der Erhaltung des Staates vereinbar ſei. Der franzöſiſche Miniſter erwiderte, er habe dazu keinen Auftrag, äußerte aber vertraulich als ſeine eigenen Gedanken, daß die Differenz ſich nicht ohne eine territoriale Abtretung werde ſchlichten laſſen; dem Kaiſer wäre baares Geld lieber, aber er wünſche, mit der Sache zu Ende zu kommen. Dem Verdacht, den Kruſemarck äußerte, als ſei es auf einen Theil der Mark, wohl gar die Hauptſtadt ſelbſt abgeſehen, widerſprach Champagny: die Abſicht ſei nicht, den König ſeiner Hauptſtadt zu berauben. Aber er deutete an — unter der Verſicherung, auch hiezu keinen Auftrag zu haben —, daß dem Kaiſer ein Stück von Schleſien convenire; für Preußen biete das ſelbſt eine wünſchenswerthe Auskunft in einer ſo unglücklichen Lage dar. „Solange es dabei bleibt", ſagte er, „ſeid ihr mit einer Schuld, die ihr nicht bezahlen könnt, gepeinigt; euere Feſtungen werden durch fremde Truppen beſetzt bleiben, ſo daß der König nicht mehr Herr in ſeinem Hauſe iſt" [2]). Er wiederholte: dem Kaiſer liege nichts an der Abtretung. Und es iſt gewiß, daß ſich einige Bedenken

1) Si le Roi ne peut pas me payer, qu'il me cède une province; si cela ne lui convient pas, qu'il me donne les domaines.

2) La situation de la Prusse est la plus mauvaise possible; tant qu'elle restera telle, vous serez tourmentés par une dette que vous ne pouvez payer; vos forteresses resteront occupées par des troupes étrangères, et le Roi ne sera plus le maître chez lui.

dagegen regten; die Actenstücke zeugen von einem auffallenden Schwanken Napoleon's in seinen Entschlüssen. Schon war ein Schreiben unter dem 6. Februar an den französischen Gesandten St.-Marsan in Berlin entworfen, nach welchem dieser angewiesen ward, die Souveränetät Glogau's und einen Theil Schlesiens zu verlangen. Ein paar Tage darauf wurde Champagny beauftragt, diese Stelle in der Instruction zu streichen. St.-Marsan sollte nur mündlich bemerken: wenn man nicht zahlen könne, so solle man eine Provinz abtreten. Auch Champagny sollte dieselben Forderungen gegen Krusemarck nur mündlich äußern.

Am 27. Februar erhielt Krusemarck eine auf den 22. zurückdatirte Note, worin es wörtlich heißt: wenn Preußen seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe während des österreichischen Krieges, so liege das nur daran, daß es sie nicht habe erfüllen wollen. Napoleon forderte peremtorisch Zahlung von vier Millionen Franken alle Monat (vom 1. Januar 1810 ab) und Ueberlassung des holländischen Anlehens von 38 Millionen, wenn es zu Stande komme [1]). Champagny versicherte, daß dieser Beschluß unerschütterlich sei. Krusemarck machte ihn aufmerksam, Zwangsmaßregeln anzuwenden würde nur dazu dienen, den Credit von Preußen vollends zu Grunde zu richten.

Aber auf die Anfrage des dänischen Gesandten, was die Verstärkung der französischen Truppen in Norddeutschland bedeute, ist doch aus Paris die Antwort gegeben worden, man wolle Preußen zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Prinzessin von Thurn und Taxis überreichte dem Kaiser einen Brief ihrer jüngeren Schwester, der Königin von Preußen, und ließ dabei einige Worte über die unglückselige Lage Preußens fallen. Diese äußerste Annäherung der Königin erwiderte Napoleon gereizt und unumwunden: „Wenn der König nicht zahlen kann, so bleibt ihm nichts übrig, als mir Schlesien abzutreten“ [2]). Krusemarck schrieb dem Könige: Niemand wisse besser als der Kaiser, daß der König in der physischen Unmöglichkeit sei, seine Verpflichtungen in Bezug auf die Con-

1) Sa Majesté Impériale et Royale me charge de demander que la Prusse affecte au payement de sa dette, en y comprenant les 22 millions de lettres de change protestées depuis la déclaration de guerre de l'Autriche 1° pendant la présente année 1810 et à compter du 1er janvier quatre millions chaque mois; 2° les 38 millions de l'emprunt de Hollande, si toutefois cet emprunt peut se réaliser.

2) Si le roi ne peut pas payer, il n'a qu'à me céder la Silésie.

tribution zu erfüllen; wenn Napoleon trotz allem, was bei dem letzten Abſchluß vorgekommen, auf ſtricter Erfüllung derſelben beſtehe, ſo ſolle das nur dahin führen, daß ihm eine Abtretung in Schleſien angetragen werde; aber ſelbſt wenn der König auf eine ſolche Anforderung einginge, würde er gegen fernere Prätentionen Napoleon's nicht geſichert ſein; ſchon rege ſich die Beſorgniß, daß es zu einem Bruche mit Rußland kommen dürfte; für einen ſolchen Fall ſetze Napoleon voraus, daß Preußen gemeinſchaftliche Sache mit Rußland machen werde; aus dieſem Grunde fordere er die Entwaffnung Preußens. Und gewiß durfte Preußen die Rückgabe der Feſtungen an der Oder vor dem allgemeinen Frieden nicht erwarten. Kruſemarck rieth, Kalckreuth nach Paris zu ſchicken, weil dieſer den Kaiſer wahrſcheinlich öfter ſehen werde und dann mehr erfahren könne, als ſich aus einer einzigen Audienz abnehmen laſſe. Die preußiſchen Miniſter waren in dieſem Augenblicke ſo gut wie entſchloſſen, auf die letzten franzöſiſchen Vorſchläge einzugehen.

Die Politik des Grafen Goltz ſchwankte zwiſchen zwei Extremen: er hatte zu einer Allianz mit Oeſterreich vorwärts getrieben und die allgemeine Agitation in dieſe Bahn zu leiten gedacht. Da aber hiebei Preußen ſich compromittirt hatte, während Oeſterreich zu einem einſeitigen Frieden gezwungen wurde, ſo war nun Goltz, der jetzt einen Bruch mit Napoleon über Alles fürchtete, um demſelben zu entgehen, dazu entſchloſſen, deſſen Forderungen zu bewilligen. Und ſo weit waren die finanziellen Verlegenheiten und die Beſorgniſſe geſtiegen, daß die übrigen Miniſter ihm beiſtimmten. Soviel man ſieht, war es beſonders Beyme, der den Anſtoß gab. Sie vereinigten ſich am 12. März 1810 nach reiflicher Erwägung zu einem Gutachten, welches dieſe Unterwerfung in ſich ſchloß. Sie gehen darin von der Idee aus, daß die Exiſtenz Preußens nur durch die engſte Verbindung mit Frankreich gerettet werden könne; dieſe aber hange von der Zahlung der Contribution ab, welche für den Staat eine Unmöglichkeit ſei; wenn nun von franzöſiſcher Seite, um die Sache auszugleichen, eine territoriale Abtretung gefordert werde, ſo laſſe ſich nicht einſehen, wie man dieſen Anſpruch zurückweiſen könne; Preußen habe weder in ſich ſelbſt, noch durch ſeine Allianzen die Mittel, ſich einer ſolchen Intention zu widerſetzen; Rußland werde nicht helfen wollen, oder nicht können, wenn es wolle. Sie betrachten die Nothwendigkeit einer Ceſſion als ſo unbedingt, daß ſie nur darüber zu Rathe gehen, wie es zu bewirken ſei, daß der Werth einer ſolchen den

Betrag der rückständigen Forderung nicht viel übersteige — sie sagen: nicht viel —; denn die Lage der Dinge sei so beschaffen, daß ein gewisses Uebersteigen unmöglich zu verhüten wäre, und Alles müsse geschehen, um eine intime Allianz mit Frankreich und dessen Verbündeten herbeizuführen [1]).

1) Vergl. den Auszug aus dieser Denkschrift bei Duncker, Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III., S. 315. Die Grundlage derselben stammt von Beyme, in dessen Gutachten es wörtlich heißt: „Besorgniß, daß Napoleon jetzt nicht sowohl Geld, als Land haben wolle. Eine Territorialcession, die das Mittel würde, die engste Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu begründen, wäre zu verantworten. Unter keiner anderen Bedingung wäre sie zu rathen. Um jene Besorgniß zu ergründen und, im Fall sie bestätigt gefunden würde, diese Vereinigung zu schließen, ist die Sendung eines Mannes von gründlicher Kenntniß der Lage mit vollkommener Vollmacht der Dinge nöthig."

Drittes Capitel.

Wiedereintritt Hardenberg's.

Ein stärkerer Gegensatz läßt sich kaum denken, als der war, den die politischen Zustände Preußens in diesem Moment darbieten: auf der einen Seite das Bestreben, alle Kräfte zum Widerstande gegen die französische Uebermacht auf eine noch nie vorgekommene Weise zusammenzunehmen; die wichtigsten Reformen in dieser Hinsicht angebahnt und bereits im Gange; gerade damals auch die Gründung einer Universität beschlossen, in der sich der deutsche wissenschaftliche Geist dem Einfluß der Franzosen recht eigentlich widersetzen sollte; — auf der anderen Seite die Gefahr, einen Theil des Gebietes zu verlieren und zugleich an einen übermächtigen Gegner durch eine ihm unterwürfige Politik gefesselt zu werden. Was man früher in jeder Krisis dieser Art vermieden hatte, wurde jetzt in Aussicht gestellt, ein Bündniß mit Frankreich, dessen Spitze sich auch gegen Rußland richten konnte: denn gegen alle und jeden sollte es geschlossen werden, Niemanden ausgenommen. Eine Mission nach Paris, welche Graf Goltz, wenngleich ungern, zu übernehmen sich bereit erklärte, sollte dazu dienen, um in Erfahrung zu bringen, ob die Allianz mit Napoleon auf keine andere Weise zu erlangen sei. Sollte die Verbindung durch Zahlungsmodalitäten, Ministerialveränderung, Armeereduction sich erreichen lassen, so würde das vorzuziehen sein [1]); wenn aber die Territorialcession das einzige Mittel wäre, die engste Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu begründen, so wäre sie zu verantworten.

Es bedarf keiner Auseinandersetzung, welch eine Bedeutung für die allgemeinen Angelegenheiten diese Entschließung des Mini-

1) Aus dem Gutachten von Beyme.

steriums in sich trug. Preußen würde factisch in ein Verhältniß zu Napoleon getreten sein, wie die Könige von Sachsen und Westphalen. Die intendirte Abtretung eines Theiles von Schlesien würde dem Herzogthume Warschau durch die unmittelbare Verbindung mit Sachsen eine verdoppelte Macht gegeben haben. Daß nun aber König Friedrich Wilhelm darein gewilligt haben würde, läßt sich doch nicht annehmen. Auf ein französisches Bündniß einzugehen, welches eben nicht ein russisch-französisches war, widersprach seinen eigensten Grundsätzen; und eine Dismembration des Landes hatte er noch kurz vorher als einen Fall bezeichnet, in welchem man Alles an Alles setzen müsse. Es kam nur darauf an, ob man nicht Mittel habe, den Forderungen Napoleon's in anderer Weise gerecht zu werden. Bei einem Souper am 10. März zur Geburtstagsfeier der Königin — es ist, was Niemand ahnen konnte, ihre letzte gewesen — verneinte der Finanzminister diese Frage mit Entschiedenheit.

Der Gedanke einer Abtretung, der darin lag, erfüllte den König und die Königin mit tiefem Schmerze. Dem Könige las man denselben auf der Stirn; die Königin sprach ihn aus.

Da erinnerte sich nun der Oberkammerherr Fürst Wittgenstein, daß der Mann, dessen Einsichten und Talenten ein Jeder Gerechtigkeit widerfahren ließ, die Meinung, als sei Alles verloren und die Befriedigung Napoleon's auf eine andere Weise unmöglich, niemals getheilt hatte. Hardenberg hatte von Zeit zu Zeit auf seinem Gute Tempelberg gewohnt, ohne sich in die Nähe des Hofes zu wagen, von dem er durch ein Decret Napoleon's verbannt war; aber im Jahre 1809, eben in seiner Eigenschaft als Gutsherr, aufgefordert, einer Berathung der kurmärkischen Stände beizuwohnen, oder ihr, da er es ablehnte, seinen guten Rath zukommen zu lassen, hatte er den Abgeordneten des Kreises Lebus, dem er selbst angehörte, ein Gutachten zugestellt, welches eine Aussicht, die napoleonischen Forderungen auch ohne Gebietsabtretungen befriedigen zu können, zu eröffnen schien. Der große Gedanke, von dem er darin ausgeht, ist, daß in den hergebrachten Staatsverhältnissen allerdings kein Mittel vorhanden sei, um den Ruin abzuwenden; aber man müsse darauf denken, ein engeres Verhältniß der an dem Staate am meisten Betheiligten herbeizuführen, um durch die Vereinigung von Privaten selbst im Wege einer Zwangsanleihe einen Fonds zu schaffen, durch den, unabhängig vom Staate, die Möglichkeit gewährt werde, den Bedürfnissen desselben zu Hülfe zu kommen.

Dieſer Vorſchlag hatte damals keine Wirkung gehabt; man hatte in den Ständen nur die Schwierigkeiten bemerkt, die man für eine Unmöglichkeit hielt, ihn auszuführen. Der Finanzminiſter, dem derſelbe mitgetheilt wurde, hatte keine Rückſicht darauf genommen. Aber in der Kriſis, in der man ſich befand, meinte der Oberkammerherr Wittgenſtein in dem Gedanken Hardenberg's das einzige übriggebliebene Auskunftsmittel zu erblicken. In der Nacht vom 11./12. März — denn er ließ es ſich eine ſchlafloſe Nacht koſten — warf er ſeine Gedanken aufs Papier. Den anderen Morgen ſchrieb er das Memoire, das ihm dabei erwachſen war, ins Reine und überreichte es dem Könige, nicht ohne auch die Königin davon in Kenntniß geſetzt zu haben.

Darin wird nun dem Könige vor Allem in Erinnerung gebracht, daß er als Oberhaupt des Staates und der Dynaſtie gar nicht das Recht habe, eine Provinz abzutreten, es wäre denn in Folge eines unglücklichen Krieges oder unter dem Drucke einer unwiderſtehlichen Gewalt; wenn aber das Miniſterium behaupte, es gebe kein anderes Mittel, um mit dem franzöſiſchen Kaiſer in ein erträgliches Verhältniß zu kommen, als eine Territorialabtretung, ſo müſſe er das leugnen; der König möge nur ihn ſelbſt beauftragen, ſo getraue er ſich, 25,000 Männer in den preußiſchen Provinzen aufzufinden, die im Stande und gewillt ſeien, ein jeder 4000 Thaler aufzubringen und eine Bank zu bilden, deren Fonds 100 Millionen Thaler ſein würden, wenigſtens zu einem Viertel baar, das Uebrige in Staatsobligationen, wodurch das Land in den Beſitz einer Summe käme, welche die ſucceſſive Abzahlung der Contribution ermöglichen würde.

Als am 14. März die Miniſter ihr Gutachten vom 12. dem König einreichten, war dieſer bereits auf eine Antwort vorbereitet. Er hatte überhaupt nur eine geringe Meinung von ſeinem Miniſterium. Als ihm Kneſebeck bei ſeiner Rückkunft vom Kaiſer Franz die Nichtigkeit der Umgebungen dieſes Fürſten klagte, ſagte er, es gehe dem Kaiſer eben wie ihm. Er fand das Gutachten ſchlecht motivirt und unter der Würde: er nahm keinen Anſtand, es zu verwerfen und der Auskunft Wittgenſtein's den Vorzug zu geben.

Der Oberkammerherr nun wäre ſelbſt nicht fähig geweſen, den Plan auszuführen, deſſen Grundlinien, wie er ſie entworfen hatte, auf den erſten Blick die größten Schwierigkeiten darboten. Aber man wird hiebei die Einzelheiten der Vorſchläge von der ihnen zu Grunde liegenden Idee unterſcheiden; die letzte beruht auf

dem Vorbilde von England, wo die Bank doch ursprünglich auch als Vermittlerin einer großen Anleihe, die sonst nicht aufzubringen gewesen wäre, entstanden war (im Jahre 1694), indem die Unterzeichner der Anleihe zu einer Corporation verbunden wurden, die, nach dem Muster der italienischen Republiken gebildet, für den gesammten Geldverkehr eine unabhängige Stellung empfing und dem Staate immer die größten Dienste geleistet hat. Die preußischen Verhältnisse waren für sich bei weitem schwieriger, als die englischen jener Zeit. Wittgenstein hatte sich von Anfang an bei seinen Vorschlägen auf Hardenberg bezogen, der allein die Fähigkeit habe, sie zu realisiren. Die Absicht wurde gefaßt, Hardenberg in den Dienst zurückzurufen. Die Königin hat ihm in einem liebenswürdigen Billet, welches eine Antwort auf die Theilnahme bei der Wiederkehr ihres Geburtstages war, diesen Wunsch zuerst ausgesprochen. Anknüpfend an das von Hardenberg geäußerte Vorhaben, baldigst nach der Mark zurückzukommen — er hielt sich damals in Grohnde bei seinem Bruder auf, wo er im Kreise einer großen Familie die stillen Vergnügungen des Landaufenthaltes im Winter genoß —, bittet sie ihn, dieses Versprechen auszuführen: „Ihre Nähe kann nur erwünscht für uns sein [1]). Ich würde das als ein neues Zeichen Ihrer Freundschaft betrachten. Fürst Wittgenstein wird Ihnen ausführlich davon sprechen. Großer Gott, in welchem Zustande befinden wir uns! Ich bin ganz krank! Gott möge die segnen, welche es ehrlich meinen! Das will sagen, ich bete für Sie."

Hardenberg antwortete erst den 6. April, als er bereits auf der Rückreise nach der Mark begriffen war. „Glücklich durch das Vertrauen, das mir Ew. Majestät und der König beweisen, seufze ich doch in der Tiefe meines Herzens über die Umstände, welche mir neue Beweise desselben verschafft haben. Zu meinem großen Schmerz kann ich nicht zu den Füßen Ew. Majestäten eilen, solange der Mann, von welchem das Schicksal den Zustand des Continents abhängig gemacht hat, nicht den zu Tilsit ausgesprochenen Beschluß, nach welchem ich 40 Lieues von dem preußischen Hofe entfernt bleiben soll, widerruft. Ich muß vermeiden, den Vorwand zu neuem Unglück zu geben. Möchte ich

1) Votre proximité ne peut que nous être favorable, et je la regarderais comme un nouveau témoignage d'amitié de votre part pour moi. Berlin, 14 mars.

immer im Stande ſein, die Hingebung an den Tag zu legen, die ich meinem königlichen Herrn und Ew. Majeſtät widme!"

Der Entwurf Wittgenſtein's war einigen Banquiers mitgetheilt worden und hatte ihren Beifall gefunden. Altenſtein war auf das lebhafteſte dagegen. Seine Einwendungen und zugleich die Anſichten Hardenberg's erhellen aus einem ausführlichen Schreiben des Letzteren, das von Nordhauſen, wo derſelbe am 4. April angekommen war, datirt iſt. Er kommt dabei auf jenes Gutachten, das er ſchon ein Jahr früher abgegeben, zu reden und motivirt es mit einer Erörterung der damaligen Lage.

„Zu der Zeit, als ich jenes Gutachten ſchrieb, herrſchte im In- und Auslande das allgemeinſte Mißtrauen über die Zahlungsfähigkeit des Staates und der Staatsbürger. Man hielt die Staats- und Provinzialſchulden für ſo enorm und die Kräfte der Eigenthümer für ſo erſchöpft, daß man wähnte, das Privatvermögen ſei unzureichend, neben jenen Staats- und Provinzialſchulden auch die Communalſchulden und die franzöſiſche Contribution aufzubringen. Die Adminiſtration zahlte ſo wenig Capital als Zinſen. Die unglücklichen Officianten, die ſeit dem Eindringen der Franzoſen keinen Gehalt bekommen hatten, blieben auch nach der Evacuation ohne Hülfe. Penſionen wurden fürs erſte gar nicht entrichtet, für die Zukunft bedeutend reducirt. Ein gänzliches Stillſchweigen der Regierung bei allen Klagen gab der Verzweiflung immermehr Nahrung. Durch die aus den Staatseinkünften geleiſteten und fortgehenden Contributionszahlungen wurde die Circulation, die durch die Kriegsereigniſſe und ihre Folgen ſchon ſo ſehr gelitten hatte, immer mehr geſchwächt. Der Fortgang dieſer Zahlungen ſchien ſie ganz tödten zu müſſen, da ſie mehr betrugen, als das geſammte circulirende Numerär. Jenem Gutachten lag die Abſicht zu Grunde, dahin zu wirken, daß die Stände durch kräftige und freiwillige Hülfe der Adminiſtration zur Seite treten möchten. Ich glaubte mir das Stillſchweigen der Adminiſtration über die Lage der Dinge und das Ergreifen bloßer Palliative nur dadurch erklären zu können, daß die Regierung, wenn ſie die Opfer ausſpreche, welche zur Beſeitigung der allgemeinen Noth unvermeidlich gefordert werden mußten, eine allgemeine Gährung hervorzurufen fürchte. Ich ging dabei von dem Geſichtspunkte aus, daß vor allen Dingen dem Gefährlichen in der ganz irrigen Meinung entgegengewirkt werden müſſe, daß die Schulden unſer Vermögen überſteigen. Ich hielt eine Maßregel für nöthig und nützlich, die gleichzeitig Mittel

zur Contributionszahlung und zur Hebung der Gewerbe verschaffe. Dieselbe konnte nach meiner innigsten Ueberzeugung nur in einem allgemeinen Zwangsdarlehen bestehen."

Altenstein hatte eingewendet, Hardenberg so wenig wie Wittgenstein seien auf die Modalität der Einziehung des baaren Geldes eingegangen; Hardenberg antwortete, er habe ausdrücklich sich auf die Grundsätze einer Einkommensteuer bezogen, mit deren Einführung man sich damals beschäftigte. „Die Zinsen für das Zwangsanlehn waren gesichert; die Papiere, welche ich für die Circulation in Aussicht nahm, sollten unseren jetzigen Pfandbriefen gleichen." Er bleibt dabei, daß die Errichtung einer Nationalbank höchst wünschenswerth sei. Er erkennt die Besorgniß nicht an, welche man damals gegen eine Concurrenz einsichtsvoller Glieder der Stände und Banquiers oder von Nationalrepräsentanten kundgab. „Ich äußerte", schrieb er, „schon am 6. März 1809, daß eine wohlgeordnete neue ständische Repräsentation vor der Ausführung der von mir angegebenen Maßregeln zu wünschen sei."

Wir kommen hier auf den Ursprung einer preußischen Nationalrepräsentation. Napoleon soll daran gedacht haben, der preußischen Verfassung überhaupt eine den Ideen der Zeit angemessene Form zu geben, vielleicht sogar eine republikanische. Er fand aber in der Hingebung der Population an das alte Königshaus einen unüberwindlichen Widerstand. Von jeher hatte Hardenberg die Ideen der Zeit mit den deutschen Zuständen zu vereinbaren gesucht. Bei den Entwürfen zu einer Reform des Staates war auf die besondere Anregung Stein's sowohl wie Hardenberg's von einer Nationalrepräsentation die Rede gewesen. Noch von einer anderen Seite her, durch ein unmittelbares praktisches Bedürfniß, wurde man jetzt zu der Ansicht geführt, daß eine Nationalrepräsentation nothwendig sei. Wenn Hardenberg eine solche vorschlug, so war sein Motiv die Unfähigkeit des Staatswesens, wie es einmal bestand, die Folgen der Niederlage, die es erlitten hatte, zu ertragen. In dem Augenblicke, als man nur die Wahl hatte, durch die eingestandene Insolvenz zu Grunde zu gehen oder eine Provinz abzutreten, ist Hardenberg mit der Idee einer preußischen Nationalrepräsentation wieder hervorgetreten. „Die damals und noch jetzt vorhandenen Stände", sagt er, „verfolgen einseitige Interessen, und angeborene Vorurtheile ließen und lassen bei manchen Gliedern derselben nicht die Unbefangenheit und den Gemeingeist erwarten, ohne welchen auf Entgegenkommen und thätigen Eifer nicht gerechnet

werden kann". Man wird hiebei an die franzöſiſchen Ereigniſſe, namentlich an die Berufung der Notabeln von 1787, erinnert. Der Gedanke aber war in Preußen von Anfang an ein anderer. In denen, die noch im Beſitz disponibler Mittel waren, ſollte unmittelbar der Entſchluß hervorgerufen werden, dem Staate zu Hülfe zu kommen. Die Abſicht ging dahin, für denſelben eine breitere und durch Freiwilligkeit geſtärkte Baſis zu gewinnen.

Von einer Umgeſtaltung der Verfaſſung war noch nicht geradezu die Rede. Aber unleugbar wurde ſie, da die gegenwärtige unzureichend war, in Ausſicht genommen. Das Auffallende iſt nur, daß, um zu dieſem Ziele zu gelangen, die Privatmittel zunächſt durch eine höchſt despotiſche Maßregel, ein Zwangsanlehen, herangezogen werden ſollen. Ueber dieſe Nothwendigkeit war Hardenberg mit Wittgenſtein einverſtanden, aber nicht über die Art und Weiſe, ſie ins Werk zu ſetzen. Einen allgemeinen Finanzplan aufzuſtellen, lehnte er ab; ohne genauere Kenntniß der Sachlage würde er nur ein unbrauchbares Machwerk liefern. Nur ſo viel ſpricht er aus, daß kein Mittel unverſucht bleiben dürfe, um eine Territorialabtretung zu verhüten, und daß es auf keinen Fall räthlich ſein könne, irgend eine Unterhandlung preußiſcherſeits darauf anzulegen.

Ein Schreiben, das Gegenwart und Zukunft des preußiſchen Staates umfaßt, und das auf den König, dem es mitgetheilt zu werden beſtimmt war, großen Eindruck machen mußte. Fürs erſte aber erlebte Hardenberg, daß ſeine Anſichten von ſeinen alten Freunden Altenſtein und Nagler ſchlecht aufgenommen wurden und unangemeſſene Aeußerungen hervorriefen. Hardenberg, der darin einen Beweis von Undankbarkeit ſah, ließ ſich dadurch nicht irremachen. „Es zerreißt mein Herz, daß ich gegen Perſonen auftreten muß, welche ich wie meine Söhne geliebt hatte, beſonders Altenſtein; aber ich darf auf nichts achten, als auf meine Verpflichtungen gegen den König und das Vaterland" [1]). Auch an einer Conferenz über einen definitiv zu befolgenden Plan Theil zu nehmen, lehnte er ab: ohne genügende Kenntniß aller obwaltenden Umſtände würde es vorwitzig von ihm ſein, eine Meinung auszuſprechen.

1) Je ne puis dépeindre comment mon cœur souffre de devoir agir contre des personnes que j'ai aimées comme mes fils, surtout Altenstein; mais je ne dois écouter que mes obligations envers le Roi et la patrie. Aus Hardenberg's Tagebuche.

Ein Durchzug russischer Matrosen, die von Toulon kamen, gab Gelegenheit, daß der König und Hardenberg einander in Beeskow sahen (14. April). Zu einer freien und ausführlichen Erörterung der vorliegenden Angelegenheiten ist es dabei nicht gekommen; Hardenberg sah die Anwesenheit Scharnhorst's, der zu dem alten Ministerium gehörte und zwischen ihm und Altenstein vermitteln zu wollen schien, sehr ungern. Er drang darauf, vor Allem den Finanzplan zu sehen, den der König bereits vor längerer Zeit von Altenstein gefordert hatte, und der denn auch zugleich mit den darauf bezüglichen Papieren am 1. Mai in Hardenberg's Hände gelangte.

Vom größten Werthe sind die Bemerkungen, mit denen er diesen Plan begleitete. Unter Anderem verwirft er darin in starken Ausdrücken jene Einstellung der Zahlungen bei dem Ausbruch des österreichischen Krieges; sie sei unnütz gewesen, weil man im Falle, daß man die Waffen ergriff, sich fremde (englische) Geldhülfe verschaffen konnte; und Napoleon habe gar nicht so Unrecht, sich darüber zu beschweren: man müsse sich nur in ihn hineindenken; wenn nun Krusemarck melde, daß Preußen selbst durch eine Territorialabtretung nicht gerettet werden würde, wie habe das Ministerium dennoch in einer solchen das Heil des Staates suchen können! Es denke dabei an Abtretung von Schlesien, ohne zu erwägen, welchen pecuniären Werth die geistlichen Güter in diesem Lande haben. Er schlägt ihn auf 14 Millionen Thaler, also auf mehr als 50 Millionen Francs an, die man mit denselben ohne irgend einen Vortheil weggeben wolle. Wenn Altenstein angedeutet hatte, man könne sich auf die Volkskraft verlassen, so erklärt Hardenberg das für eine schöne Phrase: ein solches Vertrauen könne leicht dem Könige seinen Thron kosten.

Wie die Sachen standen, so kam es nur auf eine Erledigung der finanziellen Forderungen an. Kein Zweifel ist, daß Hardenberg die Hülfsquellen Preußens mit Recht bei weitem höher anschlug, als der Minister. Er wollte sie in ungewohnten Formen aufrufen, durch welche aber der Thron gesichert, nicht erschüttert werden könne.

Die Königin veranstaltete, daß Hardenberg am 2. Mai eine Zusammenkunft mit dem Königlichen Paare auf der Pfaueninsel hatte. Hardenberg wartete bereits, als der König auf einem Phaëton, den er selbst lenkte, mit seiner Gemahlin anlangte. Wir wiederholen, was Hardenberg in seinem Tagebuche über dieses

Zuſammentreffen aufgezeichnet hat. „Ich legte die Nothwendigkeit dar, daß nur ein feſteres Verhalten unſerem Unglück abhelfen könne. Ich ſprach mit der größten Freimüthigkeit und Herzensergießung, wie über die Sachen, ſo über die Perſonen: über Altenſtein, Beyme, Nagler, Dohna und Humboldt". In Betreff Nagler's betonte Hardenberg die Bedenklichkeit, ihn zu behalten, und die Nothwendigkeit, ihn zu entfernen. Ueber Beyme ſagte er, daß er ihn niemals zum Großkanzler ernannt haben würde, weil zu dieſer Stelle ein Mann von vollkommen intacter Reputation gehöre, etwa ein ſolcher, wie Kircheiſen. Der König nahm aus Herzensgüte die Partei von Beyme und Nagler. Endlich ſagte Hardenberg gerade heraus: das Beſte würde ſein, das ganze Miniſterium zu entlaſſen, da alle Mitglieder deſſelben ſich durch den Vorſchlag, Schleſien ganz oder zum Theil abzutreten, ihrer Stellungen unwürdig gemacht hätten. Für ihn ſelbſt wäre bei ſeinen ſechzig Jahren, ſeiner Schwerhörigkeit und dem geringen Werthe, den er auf äußeren Glanz lege, die Ruhe das Beſte. Dieſer Wunſch verſchwinde jedoch vor ſeiner Anhänglichkeit an den König und vor ſeiner Pflicht. Nur würde es der Sache ſchädlich ſein und ihn ſelbſt compromittiren, wenn er eine geheime und indirecte Influenz ausüben wollte. Mit Nachdruck rieth er zur Convocation von einſichtsvollen und wohlgeſinnten Perſonen aus der ganzen Monarchie, um einen Finanzplan feſtzuſetzen [1]).

So verlief die Unterredung; das Königliche Paar begab ſich nach Potsdam, Hardenberg ſelbſt nach Lichtenberg zurück. Zu einem definitiven Beſchluß war es dabei nicht gekommen; aber darüber kann kein Zweifel obwalten, daß der König im Allgemeinen mit Hardenberg einverſtanden war. Vor jedem weiteren Schritt mußte nun aber Napoleon bewogen werden, der Erklärung von Tilſit zum Trotz den Wiedereintritt Hardenberg's in das preußiſche Miniſterium zu genehmigen. Alles wohlbetrachtet, forderte das der eigene Vortheil Napoleon's; denn eine weitere Ausdehnung ſeiner Macht über bisher preußiſches Gebiet, namentlich in Schleſien, hätte ihn mit Oeſterreich, mit dem er eben gut ſtand, das aber dadurch bedroht worden wäre, in ein geſpanntes Verhältniß bringen müſſen; und Preußen ganz zu vernichten, wie man in Berlin fürchtete, war deshalb für ihn unmöglich, weil es den gegen Rußland

1) Idée d'une convocation de personnes bien-intentionnées et instruites de toute la monarchie, pour arranger un plan de finances. Aus Hardenberg's Tagebuche.

land eingegangenen Verpflichtungen entgegenlief. Wenn sich nun aber weder eine Besetzung Preußens, die eine Vernichtung desselben in sich geschlossen hätte, ausführen ließ, noch auch die Abtretung einer Provinz, so blieb für Napoleon nichts übrig, als die Einrichtung einer Verwaltung zu begünstigen, welche die Zahlung der Contribution, von der er nicht Abstand nehmen wollte, ermöglichen konnte. Vor allen Anderen hatte der König darüber dem französischen Gesandten St.-Marsan eine Eröffnung gemacht, und dieser hatte von dem Vorhaben nach Paris berichtet. Er sah es für ein Zeichen der Einwilligung Napoleon's an, daß derselbe darüber schwieg. Auch auf der Pfaueninsel ist davon die Rede gewesen, und Hardenberg hielt nun die Zeit für gekommen, um sich selbst gegen St.-Marsan auszusprechen. „Kein vernünftiger und denkender Mensch," schreibt er ihm, „welches auch die Meinungen sein mögen, zu denen er sich früher bekannt hat, kann jetzt ein anderes System in Preußen zur Geltung zu bringen suchen, als das, sich ehrlich an den Kaiser Napoleon anzuschließen und das Heil des Staates nur von ihm zu erwarten. Unsere Verpflichtungen erfüllen, das Vertrauen Seiner Kaiserlichen Majestät durch ein rückhaltloses, loyales und folgerichtiges Verhalten erwerben, die Bande zwischen Frankreich und Preußen enger schließen, das sind die Grundlagen, auf denen wir unser Gebäude aufrichten können. Der König will die besten Köpfe seines Landes vereinigen und mich an die Spitze der Versammlung stellen, um die äußersten Hülfsmittel aufzusuchen, durch welche es möglich wird, dem Kaiser zu genügen. Die Mitglieder werden dann in ihrer Heimath die öffentliche Meinung für die Opfer gewinnen, welche unser Verhältniß zu Frankreich erheischt. Möge Seine Kaiserliche Majestät sich über den Antheil aussprechen, den ich an den Geschäften nehmen kann." In Bezug auf diesen erklärte Hardenberg auch dem französischen Gesandten unumwunden: er könne sich nicht damit begnügen, nur von Zeit zu Zeit seinen Rath zu geben; er müsse vielmehr die Befugniß erhalten, über die Ausführung des einmal Angenommenen fortwährend zu wachen.

Auf die Stimmung Napoleon's hatte die Sendung Kalckreuth's, der dem Vorschlage Krusemarck's gemäß indeß nach Paris gekommen war, günstig eingewirkt. Er war dadurch in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß Preußen sich fortan nicht von ihm trennen werde. Er hatte nur immer auf die Zahlung der Contribution bestanden. Wenn nun Hardenberg für diese Zahlung, die seine

Hauptforderung ausmachte, Mittel zu finden in Ausſicht ſtellte, ſo lag darin ein Motiv für Napoleon, den Wiedereintritt Hardenberg's in den Dienſt zuzugeben. Am 27. Mai kam eine Antwort des Kaiſers an, in der es heißt: er habe nichts dagegen, daß Hardenberg an die Spitze der Geſchäfte trete, da er das Vertrauen des Königs beſitze. Von einer Dismembration des Staates war nicht mehr die Rede. Napoleon erklärte ferner, er ſei nicht gegen die Verbindung zwiſchen Rußland und Preußen; aber er rechne darauf, daß die Verhältniſſe zwiſchen Frankreich und Preußen noch intimer ſein würden. Um das Vertrauen vollſtändiger zu machen, forderte der Kaiſer die Entfernung aller Gegner Frankreichs aus den Geſchäften. Er ſelbſt bezeichnete Niemanden als einen ſolchen; aber er erwähnte, daß Goltz ihm Finkenſtein, den Geſandten in Wien, und Scharnhorſt genannt habe; der erſtere ſolle abberufen, der andere aus dem Miniſterium entfernt werden. Außerdem empfahl er eine Reduction der Armee.

Während dieſer Vorgänge geriethen die Miniſter, welche dieſelben nicht einmal kannten, in die größte Unruhe. Altenſtein trat nun erſt mit ſeinem Plane hervor, der jetzt nicht mehr auf die Abtretung einer Provinz gerichtet war, ſondern auf die wirkliche Zahlung der Contributionen, wofür er folgende Grundlagen angiebt: Zuſtandebringen einer Anleihe, Creirung eines Papiergeldes in großem Umfange, Zuſammenwerfen aller Schulden, Einkommens- und Vermögensſteuer. Der Plan wurde von dem Miniſterium im Allgemeinen angenommen. Er war durch Goltz und Scharnhorſt modificirt worden; aber Goltz hielt es doch nicht für rathſam, ihn mit zu unterzeichnen, weil man erſt auf die Begutachtung Hardenberg's warten müſſe. Scharnhorſt lobte, daß man das gewöhnliche Geleiſe verlaſſe, machte aber einige abweichende Bemerkungen. Nur Beyme und Dohna waren einverſtanden. In einem Vortrage von Beyme wurde die Nothwendigkeit hervorgehoben, Alles zu thun, um in den Bund Napoleon's aufgenommen zu werden; ſelbſt gegen Spanien möge man ihm Hülfe leiſten. Mit äußerſter Entrüſtung, ja mit Abſcheu erwähnt Dohna den von Wittgenſtein vorgelegten Plan, deſſen Aufſtellung den Geiſt der Frechheit beweiſe, der in den letzten Jahren überhandgenommen habe. So tief verletzte ihn der Recurs an die autonomen Betheiligungen der Geldbeſitzer, der darin vorkommt. Mit den gewohnten ſtändiſchen Formen war jedoch auch nicht fortzukommen.

In dem Altenſtein'ſchen Plane ſelbſt wird über den geringen

Werth gesprochen, den die ständische Verfassung habe, so daß eine Umwandlung in eine Nationalrepräsentation nothwendig werde. „Ueber die Stände und Landschaften in den verschiedenen Provinzen herrsche wohl nur Eine Stimme. Wie sie wirthschaften, habe man im letzten Kriege gesehen; was mit ihnen anzufangen sei, habe die Erfahrung in Preußen und Schlesien gezeigt. Alles sei darüber einig, daß eine andere Repräsentation der Nation nothwendig sei. Es bedürfe jedoch keines Beweises, daß eine Umwandlung nur vorsichtig vorbereitet und langsam ausgeführt werden dürfe: man würde sich sonst den nachtheiligsten Folgen aussetzen. Die Noth allein mache, daß der Egoismus sich füge. Ein rasches Durchgreifen würde die höchste Erbitterung und noch ungleich mehr als bei der Städteordnung ein gefährliches Schwanken herbeiführen." Was aber auch gesagt werden mochte, so war doch Alles, wenn das Wort erlaubt ist, in den Wind geredet. Denn es war schon so weit gekommen, daß die wichtigsten Entwürfe des Finanzministers in dem Augenblicke, in dem sie ausgeführt werden sollten, sistirt wurden. Die Unterbeamten des Ministeriums geriethen unter den Einfluß Hardenberg's, der bereits Herr der Situation war, ehe er noch in aller Form in das Ministerium berufen ward. Hardenberg erklärte die Mittheilungen Altenstein's für dunkel und ungenügend: er rechne zu viel auf auswärtige Hülfe und auf den im äußersten Falle unausbleiblichen Widerstand der Nation, — zwei Dinge, worauf jetzt weniger zu bauen sei, als früher. Namentlich die letzte Zuversicht, wiederholt er, sei nichts als eine schöne Phrase: sie könne dem Könige seinen Thron kosten.

Zunächst bleibt er bei dem Vorschlage stehen, eine Versammlung von Notabeln zu berufen — so nannte er sie selbst —, um über die nothwendigen Maßregeln zu berathen und dieselben den Provinzialständen vorzulegen. Sie soll bestehen aus den Chefpräsidenten, den Directoren der Administration, einigen adeligen Ritterguts-besitzern, Mitgliedern der städtischen Magistrate, Banquiers, um mit ihnen über die Errichtung einer Nationalbank und die Amortisation der Schulden zu Rathe zu gehen.

Mißvergnügt über den Tadel, den der König deshalb aussprach, weil bei dem neuen Berichte das Urtheil Hardenberg's nicht berücksichtigt sei, ergingen sich die Minister in Entschuldigungen, die wieder eine Art von Anklage Hardenberg's in sich schließen (29. Mai). Sie scheinen darauf gebaut zu haben, daß ihr Gegner durch den Willen Napoleon's von dem Ministerium ausgeschlossen

ſei; ſonſt wäre ihr Betragen unverſtändlich. In dieſem Augenblicke traf aber die Beiſtimmung Napoleon's zu dem Wiedereintrit Hardenberg's in den Dienſt ein. Die Königin erhielt die Nachricht durch Wittgenſtein. „Meine Freude iſt unausſprechlich," ſchreibt ſie, „daß dem Könige und dem Lande ein ſo kluger und ſo vortrefflicher Mann, dem nur Gerechtigkeit widerfährt, wiedergegeben wird." Der König ſelbſt bezeigte ſeine Genugthuung über die Erfüllung eines Wunſches, der ihm ſo ſehr am Herzen gelegen habe, in einem Ausdrucke ſeines perſönlichen Vertrauens zu Hardenberg: „Ihre patriotiſchen Geſinnungen, Ihre perſönliche Ergebenheit gegen mich, ferner aber Ihre lange Erfahrung in den Geſchäften und das Talent, welches Sie auszeichnet, bürgen mir dafür, daß Sie die gute Meinung, welche ich immer von Ihnen gehabt habe, rechtfertigen werden. Ich werde Sie mit aller meiner Macht unterſtützen." Er empfiehlt ihm auf der einen Seite die größte Strenge in Ausführung der beſchloſſenen Maßregeln, auf der anderen Schonung der im Dienſte befindlichen Perſonen, die in einer falſchen Richtung begriffen, aber wohlgeſinnt ſeien; denn aus dem Wechſel könnte leicht den Geſchäften, deren Erledigung man wünſchen müſſe, eine Stagnation erfolgen.

Für den Monarchen liegt eine der ſchwerſten ſeiner Aufgaben in der Wahl ſeiner Werkzeuge, namentlich bei einem Wechſel. Wir wiſſen, mit welcher ſchonungsvollen Bedachtſamkeit Friedrich Wilhelm III. dabei zu verfahren liebte. Er nahm Rückſicht auf erworbene Verdienſte oder auch auf die bereits erlangte Stellung und ſcheute ſich davor, durchzugreifen und zu verletzen.

Indem nun Hardenberg die ihm angetragene hohe Stellung annahm, war er zwar entfernt davon, das Wort auszuſprechen, daß er Bedingungen machen wolle; viel weniger aber hat es doch nicht zu bedeuten, wenn er von Vorausſetzungen redet, welche die Annahme des Amtes begleiten müſſen. Eine von dieſen iſt, daß der König ſeine ganze Autorität aufbiete, um alle Intriganten aus den Geſchäften zu entfernen und Leute, die genügen, an ihre Stelle zu ſetzen. Wenn der König ihn mehr zur Schonung aufgefordert hatte, ſo bringt Hardenberg nicht ohne beredten Nachdruck auf die Entfernung aller derer, mit deren Falſchheit und widerwärtigen Machinationen er alle Zeit zu kämpfen haben würde. Der König werde nicht wollen, daß er ſich unaufhörlich in einem Zuſtande von Unruhe befinde, durch welchen die Erreichung des großen Zweckes verhindert oder unmöglich werde, er aber ſeine

Reputation verliere. Er forderte jetzt mit Bestimmtheit die Entfernung Beyme's und Nagler's: er hasse sie nicht, der König möge sie mit Wohlthaten überhäufen; aber er möge ihn nicht zwingen, mit ihnen zu arbeiten; auch Altenstein dürfe nicht an seinem Platze bleiben; bei der Zusammenkunft auf der Pfaueninsel sei er, Hardenberg, noch nicht so unterrichtet gewesen; er müsse die Hände völlig freihaben bei der Wahl der Personen; — welche Maßregeln nothwendig seien, glaube er zu wissen.

Der König hatte Hardenberg nach Potsdam berufen. Dieser erinnerte, daß die Audienz keine sehr kurze sein könne: denn es handele sich um die wichtigsten Gegenstände, und er müsse über seine Ideen umständlichen Vortrag halten.

Friedrich Wilhelm wünschte so wenig Veränderungen wie möglich; er meinte, mit den Männern im Dienst unter der Direction Hardenberg's zum Ziele zu kommen. Hardenberg war vom Gegentheil überzeugt; er wiederholt, indem er an die vom Könige gebrauchten Ausdrücke anknüpft, auf das entschiedenste die Meinung, daß dieser Weg nicht zum Ziele führe, daß er zur Erreichung der großen Absicht vollkommen frei sein müsse. Von jeher, auch in seinen früheren Stellungen in Hannover und Braunschweig, war sein Sinn dahin gegangen, die oberste Direction der Angelegenheiten ausschließend in die Hand zu bekommen: es war gleichsam sein angeborener Ehrgeiz. In den fränkischen Fürstenthümern suchte er jede Einwirkung abzuwehren, und im Ministerium war ihm dann die Concurrenz mit Haugwitz unerträglich. In Bartenstein hatte er sein Ziel nahezu erreicht; dann aber war das Exil gefolgt. Jetzt zurückberufen, war es doch ein großer Triumph für ihn, bei dem fortwährenden Gegensatze zwischen Frankreich und Preußen von beiden Seiten als der Mann angesehen zu werden, der, den Verhältnissen gewachsen, die Existenz des Staates retten und dabei ein erträgliches Verhältniß zu Frankreich aufrechterhalten könne. Zu einer so großartigen und doch complicirten Stellung gehörte es, daß er die oberste Leitung der Geschäfte unbedingt erlangte. Ueber die Lage des Staates hatte er sich in seiner Entfernung sehr bestimmte und sehr präcise Vorstellungen gebildet, deren vollständige Ausführung, die bereits unter Stein begonnen hatte, in der jetzigen Krisis in seine Hand gelegt wurde.

Er hatte nichts dagegen, daß Goltz das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten behielt, wohl verstanden unter seiner

Direction; ebenſo wünſchte er von den Kenntniſſen Niebuhr's Gebrauch zu machen. Aber er beharrte dabei, die Entfernung Beyme's, Altenſtein's und Nagler's zu verlangen.

In einer Conferenz mit dem Könige am 2. Juni hatte derſelbe die Entlaſſung dieſer Miniſter doch nicht genehmigt. Hardenberg wiederholte am 3. Juni ſein Verlangen auf das beſtimmteſte: ihre Mitwirkung würde ihn hindern, ſeine Pläne auszuführen; den Verſuch zu machen, ob es mit ihnen gehen werde, dazu habe man keine Zeit; allerdings ſei der Großkanzler Miniſter der Juſtiz, was ihn von den eigentlichen Geſchäften zu entfernen ſcheine; aber er werde ſich ohne Zweifel auch von dieſer Stellung aus den Veränderungen widerſetzen, die nothwendig erſcheinen dürften, z. B. bei dem hypothekariſchen Verhältniß der Domänen und bei der Verwaltung der Communal- und Provinzialſchulden, bei der es Beyme auf einen Bankerott abgeſehen habe. Hardenberg bemerkt, das Gerücht von ſeiner Ernennung habe eine Erhebung der Courſe bereits zur Folge gehabt; aber man werde das Vertrauen verlieren, wenn er ſeine Feinde nicht aus dem Miniſterium verdrängen könne, und Alles würde rückgängig werden; ſtatt ſich der großen Angelegenheit zu widmen, werde er ſeine Zeit dazu verwenden müſſen, das Einverſtändniß der diſſentirenden Miniſter mit ſeinen Plänen herbeizuführen. Auch dürfe man nicht glauben, daß Frankreich ſich der Entfernung derſelben widerſetzen werde: nur mit Goltz ſei man dort zufrieden; daß von den Uebrigen Intriguen angeſponnen worden, habe Napoleon bewogen, ſeinen Wiedereintritt zu genehmigen. Sollte der König durch ſeine Vorſtellungen nicht vollkommen überzeugt werden, ſo bitte er ihn um die einzige Gnade, auf ſein Landgut gehen zu dürfen, wo er ſein Glück finde. Wenn aber der König auf ſeine Anträge eingehe, ſo macht er folgende Vorſchläge: das Finanzminiſterium ſoll vacant bleiben, er ſelbſt will ſich deſſen Geſchäften widmen. Scharnhorſt, gegen den ſich Napoleon erklärt hat, werde ſich auf ſeine Function als Chef des Generalſtabes beſchränken. Für die erſte Section der Finanzen, Domänen, Forſtverwaltung, directe Steuern, ſchlägt er Sack vor; St.-Marſan hat ihm geſagt, daß man in Frankreich nicht dagegen ſei, wenn derſelbe nur keinen höheren Rang erhalte. Die zweite Abtheilung (eigentliche Geldangelegenheiten und öffentliche Inſtitute) will er ſelbſt verwalten. Labaye, Stägemann, Niebuhr ſollen ſie unter ſeiner Direction bearbeiten; denen will er den Commiſſar Delſſen hinzufügen, deſſen Verwaltung der Neumark mit Unrecht

getadelt werde: er habe sie, die Actenstücke an der Hand, geprüft; Oelssen sei sein alter Vertrauter und von seinen Ideen durchdrungen; Niebuhr habe um seine Entlassung gebeten, der König sie verweigert.

In der Conferenz vom 4. Juni willigte der König in die Veränderung des Ministeriums im Allgemeinen ein. Für das Innere hatte Hardenberg Wilhelm von Humboldt empfohlen. Da aber dieses Ressort zugleich die geistlichen Angelegenheiten umfaßte, so trug der König Bedenken, es einem Manne zu übertragen, der im Rufe der Irreligiosität stand. Man versetzte Humboldt an Stelle Finkenstein's nach Wien. Dohna behielt das Innere. Wenn Scharnhorst entlassen wurde, so war das doch in der That nur scheinbar; sein vornehmster Wirkungskreis verblieb ihm, und sein Stellvertreter Hacke wurde angewiesen, sich mit ihm in allen wichtigen Angelegenheiten zu verständigen. Oberst Hacke behielt nur die Ausführung der beabsichtigten Maßregeln [1]).

An demselben Tage, an welchem diese Veränderungen festgesetzt wurden, ist Hardenberg zum Staatskanzler ernannt worden. „Ich habe beschlossen" — so heißt es in der Cabinetsordre vom 4. Juni —, „Euch zum Staatskanzler zu ernennen und Euch unter meinen unmittelbaren Befehlen die obere Leitung aller Staatsangelegenheiten zu übertragen" [2]).

Wir haben des Antheils gedacht, den Königin Louise an dem Wiedereintritte Hardenberg's genommen hat. Es war ihr nicht beschieden, die Erfolge zu erleben, die daraus hervorgehen sollten, und sie ist schon im folgenden Monat einer Krankheit erlegen, bei welcher physische und psychische Momente zusammenwirkten. Ihre Organisation war zu schwach, um die inneren und äußeren Stürme, die sie betrafen, lange auszuhalten. Aber unsterblich sind die Ideen, vornehmlich über die Verbindung Preußens mit Deutschland, mit denen sie sich trug. Ihre Persönlichkeit und ihre Gedanken, ihre Leiden und ihre Erwartungen bilden einen Bestandtheil der preußischen Geschichte; ihr Name ist mit einem poetischen Anhauch umgeben und durch Pietät geheiligt. Die Autorität Hardenberg's bildet gleichsam einen Theil ihrer Verlassenschaft.

1) Klippel, Scharnhorst III, 554.

2) Die Cabinetsordre ist nach einer Abschrift, welche Hardenberg an Schön mittheilte, in der Schrift „Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers und Burggrafen zu Marienburg, Theodor von Schön", S. 78 ff., veröffentlicht worden.

Viertes Capitel.

Zur inneren Verwaltung Hardenberg's.

Glücklicherweise wurde es möglich, die holländische Anleihe doch noch zu Stande zu bringen. Noch ehe Niebuhr Holland wieder verließ, hatte er in dem Vorsteher eines großen Bankhauses, Valkenaer, einen Mann gefunden, der auf ein Geschäft einging, welches alle Anderen ablehnten. Valkenaer verband mit Leichtigkeit und Gewandtheit doch eine Art von Leidenschaft für die Dinge, die er unternahm. Schon am 4. März 1809 hatte Niebuhr einen vorläufigen Vertrag mit ihm zu Stande gebracht, der auch von Friedrich Wilhelm III. ratificirt, dessen Ausführung aber damals durch die Bedingung, die König Ludwig machte, daß der König von Preußen vorher nach Berlin gekommen sein müsse, verzögert wurde. Im Herbste 1809 ließ Napoleon den preußischen Hof wissen, er habe in Erwägung der Identität seiner Interessen mit den preußischen den König Ludwig veranlaßt, die Eröffnung der Anleihe zu gestatten. Dennoch verzögerte sich die Eröffnung der Subscription bis zum 1. März 1810. Aber auch dann wollten sich lange Zeit keine Subscribenten finden [1]). Um für die in baarem Gelde unerschwinglichen rückständigen Summen andere Mittel der Abtragung zu beschaffen, beschloß der Staatskanzler, den Versuch zu machen, ob es möglich sei, die auf Girostücke basirten preußischen Obligationen bis zu einem gewissen Belaufe zu einem bestimmten Cours in Zahlung zu geben. Zu diesem Zwecke wurde gleich im Juni 1810, auf Niebuhr's Rath,

1) Ueber alle diese Unterhandlungen findet sich ein reiches Material in den Actenstücken der Staatsschuldencommission, welches wohl von einem finanziell geübten Blick durchgegangen werden sollte; dann würde sich auch über Niebuhr's Antheil an denselben und über seine finanziellen Talente überhaupt ein Urtheil fällen lassen.

Valkenaer nach Paris geschickt. Niebuhr schreibt es dem erfinderischen Geiste Valkenaer's zu, daß es demselben wirklich gelang, einige Obligationen in Paris zu placiren, so daß er dem preußischen Geschäftsträger Labaye eine Summe Geldes einhändigen konnte [1]).

Bei der Geringfügigkeit dieses Erfolges kam es um so mehr auf einen umfassenden Plan an, um die Finanzen so weit herzustellen, daß man den französischen Anforderungen gerecht werden konnte.

Bei Hardenberg's Finanzplan vom 28. Mai liegt eine Berechnung der Staatsschulden zu Grunde, in welche er auch die Provinzialschulden einbegreift; mit der an Frankreich zu zahlenden Contribution, welche als Staatsschuld betrachtet und auf 23 Millionen Thaler berechnet wird, betrugen sie 85—86 Millionen. Die zur Deckung dieser Schulden vorhandenen Werthe werden auf 122 Millionen angeschlagen. Sie bestehen hauptsächlich aus drei Stücken: Domänen und Forsten, deren Werth auf 83 Millionen berechnet, der Hälfte der Grundsteuer im Betrage von 21 Millionen und den zu säcularisirenden geistlichen Gütern, wobei die Klöster in Schlesien mit 11 Millionen abgeschätzt worden sind. Eine der Haupteinwendungen gegen die Abtretung von Schlesien war es, wie wir wissen, daß dabei die geistlichen Güter gar nicht in Anschlag gebracht worden waren. Zunächst erklärt Hardenberg sich über seinen Vorschlag in Hinsicht der Grundsteuer näher und setzt dabei die Errichtung einer Bank voraus, welche von jedem Einfluß der Regierung unabhängig gestellt werden soll. Zur Fundirung derselben soll hauptsächlich die Hälfte der Grundsteuer dienen, welche für ablösbar erklärt und in zinstragenden Obligationen eingebracht werden soll. Ein Papiergeld zu schaffen, hält Hardenberg schon deshalb für nöthig, weil die Abzahlung der französischen Kriegscontribution die Zahlungsmittel des Landes erschöpfe. Die Obligationen der Grundsteuer, die in der Bank niedergelegt werden, sollen für das Papiergeld, das nicht gegen Baargeld realisirt werden kann, zur Sicherheit dienen. Einen Zwangscours vorzuschreiben, scheint ihm nicht nothwendig; schon die Festsetzung, daß die Zahlungen an Staatscassen zur Hälfte in Papiergeld erfolgen können, würde genügen. Hardenberg will das Staatsschuldenwesen von dem Staatswirthschaftsetat getrennt wissen. In Bezug auf den letzteren verhehlt er nicht, daß sein Plan nicht

1) Nach einer Notiz in einer der späteren Instructionen Hardenberg's belief sich die subscribirte Summe überhaupt auf 4,729,000 holländ. Gulden.

ohne neue Belaſtung der Unterthanen durchgeführt werden könne. Er meint aber die Laſt dadurch zu erleichtern, daß ſie von Allen gleichmäßig getragen werde. Zu dieſem Zwecke bringt er die Ausdehnung der Acciſe über das platte Land und Stempelſteuern bei Erbſchaften und Wechſeln in Antrag. Für die Bezahlung der Contribution rechnet er hauptſächlich auf Anleihen, eine Zwangsanleihe im Innern und außer der holländiſchen noch auf eine durch in ländiſche Banquiers zu vermittelnde Anleihe im Auslande.

Hardenberg ließ ſeinen Entwurf Stein zukommen, der ſich damals in Prag befand. Im Allgemeinen ſtimmte Stein bei; in einzelnen Punkten war er noch ſtrenger, als Hardenberg. Er verwirft die Freiwilligkeit bei der Ablöſung der Grundſteuer; er ſchlägt eine Einkommenſteuer vor, ohne jedoch eine Zwangsanleihe abzulehnen. Bei den geiſtlichen Gütern bringt er die auf Kirchen und Schulen zu nehmende Rückſicht in Erinnerung.

Aber in ſeiner unmittelbarſten Nähe, in eben denen, die er zur Ausführung ſeiner Entwürfe herbeizuziehen dachte, fand Hardenberg Widerſpruch, vor allen in Niebuhr, der jetzt eine unerwartete Abneigung gegen Hardenberg zeigte. Niebuhr war zu ſelbſtändig geworden und hatte ſelbſt viel zu entſchiedene, auf ſeinem eigenen geiſtigen Gebiete erwachſene Ideen, als daß er ſich dem neuen Miniſter hätte anſchließen mögen. Er erſcheint nicht eigentlich als ein Anhänger Altenſtein's und ſpricht ſelbſt von den Intriguen Nagler's; aber zugleich meint er doch, daß das neue Miniſterium ebenfalls ein Werk der Intrigue ſei, welche Wittgenſtein angeſponnen habe. Zu Hardenberg hatte er keinerlei Zutrauen. Er ſagte wohl, der ſchwache Thor wünſche ſich Glück inmitten der Klippen, zwiſchen denen die morſche Barke des Staates bald ſcheitern werde [1]). Da er aber im Miniſterium blieb und unmittelbar unter Hardenberg ſtehen ſollte, ſo überſandte ihm dieſer ſeinen Plan und erſuchte ihn um ſein Gutachten. Niebuhr, von der Schädlichkeit dieſes Planes überzeugt, wandte ſich nicht an den Staatskanzler, ſondern durch Vermittelung von Köckritz an den König ſelbſt. Er entſchuldigte dies Vorgehen damit, daß es hier einen Grundplan gelte, der mit der größten Zuverſicht als das Reſultat tiefer Einſicht und ausgebreiteter Kenntniß, als Unterpfand, aber auch als das einzige Mittel der Rettung vorgelegt werde. Niebuhr be-

1) Brief Niebuhr's an Stein vom 29. Juni 1810, bei Pertz, Leben Stein's II, S. 488.

hauptete dagegen, daß derſelbe den Staat nur ins Verderben führen werde: der täuſchende Schein des Planes beruhe auf der willkürlichen Vorausſetzung, daß ein nicht realiſirbares Papiergeld wie baares Geld ausgegeben werden könne; von der Zwangsanleihe laſſe ſich nur ſteigendes Mißvergnügen erwarten; die Ablöſung der Grundſteuer werde den Ruin der Bauern veranlaſſen; die beabſichtigte Landacciſe richte den geſammten Bauernſtand zu Grunde und werde hauptſächlich nur dem märkiſchen Adel zum Vortheil gereichen [1]).

Seinen eigenen Plan wollte Niebuhr nicht mittheilen, wenn derſelbe nur Stoff zur Discuſſion werden ſollte. Er verlangte in ſeinem Briefe Audienz zur näheren Darlegung ſeiner Grundſätze; er hoffte wohl, der König werde dieſelben noch annehmen. Aber die Sache war indeß zwiſchen dem König und Hardenberg bereits entſchieden, und da eine Audienz, wie die angedeutete, das Anſehen des Staatskanzlers in dem Beginn ſeiner Verwaltung erſchüttert haben würde, ſo begreift es ſich, daß der König nicht darauf einging. Am 15. Juli theilte er Niebuhr's Eingabe Hardenberg mit, die mit ihren grell aufgetragenen Farben ihm den Eindruck gemacht habe, daß ſie übertrieben ſein müſſe; er bat ihn nur, von dieſer Mittheilung gegen Niebuhr keinen Gebrauch zu machen. Dieſem ſelbſt bemerkte der König, daß er aus der Dienſtordnung heraustrete, und gab ihm darüber ſein Mißfallen zu erkennen. Die Antwort war von Hardenberg verfaßt und verwies Niebuhr lediglich an dieſen.

Für Niebuhr war dieſe Ablehnung des Königs und des Staatskanzlers, auf ſeine finanzielle Idee einzugehen, kein Unglück. Er war Mitglied der Akademie und hatte wohl bereits die Intention gehabt, öffentliche Vorleſungen zu halten. Aber er ſagt, durch Beſchäftigungen, die er als den Wiſſenſchaften beinahe feindſelige bezeichnet, ſei er davon abgehalten. Nunmehr aber aufgefordert, wie andere Mitglieder der Akademie, die neue Univerſität durch freien Anſchluß zu unterſtützen, machte er ſich zu öffentlichen Vorleſungen über die römiſche Geſchichte anheiſchig. Sie ſind die Grundlage ſeines Werkes über die römiſche Geſchichte, welches ihm bei Mitwelt und Nachwelt einen unſterblichen Namen gemacht hat.

1) Aus der Denkſchrift von Niebuhr findet ſich eine ausführliche Mittheilung bei Erwin Naſſe, Die preußiſche Finanz- und Miniſterkriſis im Jahre 1810; Sybel's hiſtoriſche Zeitſchrift, Band 26, S. 321 flg. Eine beachtenswerthe Abhandlung.

Eine nicht geringere Opposition, als bei Niebuhr, fand Hardenberg bei einem anderen seiner jüngeren Freunde, Theodor von Schön, der damals Präsident in Gumbinnen war und den er herbeibeschieden hatte, um ein Ministerium anzunehmen. Niebuhr und Schön unterscheiden sich, wie Historie und Philosophie. Schön war nicht wissenschaftlich, aber praktisch vielleicht der bedeutendste Schüler Kant's, weiter gebildet durch Kraus. Er lebte in den Ideen des Staates an sich, in welchem Bezug ihm weder Hardenberg, noch weniger Stein genügten. Bei seiner ersten Zusammenkunft mit Hardenberg äußerte dieser, daß er auf den unter der letzten Verwaltung abgebrochenen Stein'schen Reformplan zurückzukommen gedenke. Schön brachte die vornehmste Frage, bei der man eben stand, die Patrimonialgerichtsbarkeit und die Polizeigewalt der Gutsherren zur Sprache; er wollte beide den Gutsherrschaften entreißen und die Polizei einem, von dem Gutsherrn unabhängigen Friedensrichter übertragen. Anfangs schien Hardenberg darauf einzugehen; aber gleich den anderen Tag erklärte er, das sei unmöglich: er selbst als Gutsherr würde die Uebertragung der polizeilichen Gewalt an einen Anderen, wie man ihn auch bezeichnen möge, nicht dulden können[1]). In Schön erschien bereits eine liberale Tendenz, welche über die Zugeständnisse, die Hardenberg machen wollte, weit hinausging. Unter solchen Auspicien wollte Schön von keinem Eintritt in ein Ministerium hören. Auch er mißbilligte den Finanzplan Hardenberg's, der auf keiner wissenschaftlichen Basis beruhe; er verwarf die Ablösung der Hälfte der Grundsteuer; er hoffte wenig von einer inländischen Anleihe: nur von dem Verkauf der geistlichen Güter lasse sich etwas erwarten. Aber überdies: er wollte nicht unter einem Staatskanzler arbeiten, der zwischen den König und seine Minister in die Mitte trete; er wollte unabhängiger Minister sein und nur unter dem Könige selbst stehen. Er zog es vor, nach seiner Provinz zurückzugehen, wo er mehr zu leisten vermöge. Von dem Könige bekam er auf seine Vorstellung hierüber eine Antwort, die, wie er sagt, den Punkt bezeichnet, wo Gnade aufhört und Ungnade anfängt[2]).

1) In einem verwandten Sinne hat sich Hardenberg in der Denkschrift von 1807 ausgesprochen; die Autorität der Gutsherren wollte er nicht zerstören lassen. In den neu publicirten Denkwürdigkeiten von Schön (S. 97) wird dies wörtlich bestätigt, freilich sehr zu Ungunsten Hardenberg's.

2) Aus den Papieren des Ministers von Schön I, S. 63.

Sowohl Schön als Niebuhr wendeten sich mit ihren Einreden gegen Hardenberg an Stein; der mißbilligte aber in scharfen Worten ihren Entschluß, sich zurückziehen. „Wißt ihr" — schreibt er — „bei Krebs und Brand andere Mittel als Schnitt, Schierling und Höllenstein, so sagt sie; Papier ist Uebel, und gewaltsame Maßregeln, um Metalle zu erpressen, sind auch ein Uebel; aber der gegenwärtige Zustand der Dinge ist noch ein größeres und seine Dauer wegen der Folgen das allergrößte" [1]).

Im September sind Stein und Hardenberg in einer Ortschaft auf der böhmischen Seite des Riesengebirges zusammengekommen und haben die wichtigsten Angelegenheiten besprochen [2]). Nach dieser Rücksprache schritt Hardenberg dazu, sein großes Finanzgesetz zu publiciren.

Im October überreichte er dem Könige seinen Entwurf unter dem Titel: „Grundzüge eines neuen Finanzplans nach den neuesten Erwägungen." Das letzte ist nicht ein leeres Wort: die von verschiedenen Seiten erhobenen Einwendungen hatten überall Modificationen der ursprünglichen Vorschläge hervorgebracht. In dem neuen Plane geht die Zahlung der Monatsrate von vier Millionen Francs an Napoleon jeder anderen Verpflichtung voran. Wenn Hardenberg bei der Trennung zwischen dem Staatshaushalt und dem Creditwesen stehen bleibt, so setzt er dabei voraus, daß von dem Staatshaushalte $6^1/_2$ Millionen für die Staatsschulden verwendet werden können. Um nun aber die Staatsverwaltung fähig zu machen, diesen Ertrag zu liefern, ist eine durchgreifende Veränderung der Steuerverfassung überhaupt nothwendig; bei der Summe von 21 Millionen, die der Staatshaushalt aufbringen soll, sind die Ausdehnung der Grundsteuer, die Erhöhung der Stempelsätze, die Patentsteuer, sowie eine neue Consumtions- und Luxussteuer bereits eingerechnet. Die gesammten damaligen Schulden schlägt Hardenberg auf 76 Millionen Thaler an; bis zum 1. Juni 1812 würden noch über 10 Millionen hinzukommen für Verpflegung der französischen Truppen, laufende Zinsen und Administrationskosten. Von dieser 86,8 Millionen betragenden Schuld hofft er bis zum 1. Juni 1812 38,9 Millionen abzutragen, so daß der Staat alsdann nur noch eine Schuldenlast von 47,9 Millionen

1) Brief Stein's an Schön vom 29. August 1810, bei Pertz II, S. 505.
2) Weitere Nachrichten über die Zusammenkunft, die sehr interessant sein müßten, haben sich nicht gefunden.

zu tragen haben werde. Bei der Berechnung der Provinzialſchulden tritt ihm die Schwierigkeit entgegen, daß die Kriegsſchulden in den verſchiedenen Provinzen verſchieden behandelt worden ſind. Dennoch iſt eine allgemeine Maßregel nothwendig: denn ſonſt, ſagt er, würde man Provinzialismus gründen, nicht Nationalismus, wohin doch das Beſtreben gehe.

Sein Vorſchlag iſt, ſämmtliche Provinzial- und Communalſchulden unter eine allgemeine Adminiſtration zu ſtellen, die den Miniſtern der Finanzen und des Inneren untergeordnet und zu den Repräſentanten der Provinzen und Communen hinzugezogen werden ſoll. Dieſe Repräſentanten werden das erſte Mal von dem Könige gewählt. Aus den Provinzen genommen, handeln ſie doch nach ihrer Ueberzeugung und ſind nicht der Provinz, ſondern dem Staate verantwortlich. Hardenberg iſt ſich bewußt, daß die Bedürfniſſe nur durch harte Maßregeln gedeckt werden können. „Aber," ſagt er, ungefähr wie Stein, „mit Roſenwaſſer heilt man die tiefen Wunden des Staates nicht. Es kommt darauf an, unter dem Drückenden das Mindeſtdrückende zu wählen. Der Zweck muß einmal erreicht werden, wenn nicht Alles aufgegeben werden ſoll."

Die Summen, die er fordert, ſind 3,7 Millionen für das laufende Jahr, für die erſten 5 Monate von 1811 10,4 Millionen, für die Zeit bis zum 1. Juni 1812 24,8 Millionen. Die Mittel, dieſe 38,9 Millionen herbeizuſchaffen, denkt er durch Anleihen, Verkauf der Domänen und geiſtlichen Güter zu finden, außerdem durch Ueberſchüſſe der Einnahmen, die durch neue Steuern erzielt werden müſſen. Unter den Erhöhungen der Gefälle nimmt die Ausdehnung der Grundſteuer auf die bisher Eximirten den erſten Platz ein. Die Abſicht iſt, die in den verſchiedenen Provinzen der Monarchie ſehr ungleiche Grundſteuer mittelſt eines neuen, mit ſo wenig Weitläufigkeit als irgend möglich anzulegenden Kataſters auf gleiche Sätze zu bringen; der Geiſt der Zeit ſowohl als die Nothwendigkeit, die Prägravationen und Vorwürfe einer Provinz gegen die andere zu beſeitigen, fordere laut die Herbeiziehung der bisher ſteuerfreien Grundſtücke; der öffentlichen Meinung wegen müſſen auch die Domänen beſteuert werden.

Man wird dabei an den Kataſter Kaiſer Joſeph's und die Vorſchläge, welche Calonne bei den Notabeln von 1787 machte, erinnert; aber von den phyſiokratiſchen Ideen, die bei beiden vorwalteten, war in Preußen nicht die Rede. Hier iſt die Abſicht nur

dahin gerichtet, die Idee des Ganzen durch gleichmäßige Belastung zur Erscheinung zu bringen. Den beträchtlichsten Theil der Abgaben werden die Consumtions- und die Luxussteuer ausmachen. Der Hauptgesichtspunkt ist dabei: „sie sollen vereinfacht, auf wenige Gegenstände reducirt, dagegen aber einige erhöht, in allen Provinzen gleichgesetzt und auf das platte Land mit erstreckt werden." Da die Accise das Land neu belastet, so wird demselben zur Compensation Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte und die allgemein zu gestattende Befugniß zur Betreibung jedes Gewerbes versprochen. Für die großen Gelderfordernisse wird die Säcularisation der geistlichen Güter einen sehr reichlichen Beitrag liefern. Hardenberg bemerkt: dagegen lasse sich um so weniger etwas einwenden, da der Verkauf der geistlichen Güter in Oesterreich selbst sowie überall im Gange sei; man dürfe nur die Dotation der Kirchen und Schulen nicht aus den Augen setzen. Er erkennt an, daß die Maßregel nicht allein die katholischen, sondern auch die protestantischen geistlichen Güter betreffen müsse, namentlich Domstifter und Besitzungen des Johanniterordens. Den Ertrag aus dem Verkauf der geistlichen Güter schlägt Hardenberg zu 20 Millionen an, noch viel höher, zu 80 Millionen, den Verkauf der Domänen, so daß aus diesen beiden Artikeln die gesammten Staatsschulden getilgt werden könnten. Er ist sehr für den Verkauf der Domänen: denn die Cultur und die Vermehrung der Staatskräfte werde durch den Uebergang derselben in Privatbesitz gefördert. Das Veräußerungsgeschäft war bereits begonnen; aber wegen der schweren Verkaufsbedingungen blieb es ohne Erfolg. Hardenberg will eine besondere Section mit neuer Instruction für die Veräußerung einrichten: es komme nicht darauf an, die Domänen theuer zu verkaufen, sondern rasch Geld zu erhalten, um die Schulden damit zu tilgen.

Wenn es bei den Plänen Hardenberg's auf die Herbeischaffung des für die Existenz des Staates erforderlichen Geldbedarfs abgesehen war, so waren doch die Mittel, die er vorschlug, zugleich von der höchsten politischen Bedeutung: Vereinigung der Provinzialschulden mit den Staatsschulden, um nicht mit den einzelnen Provinzen zu thun zu haben, sondern mit der Nation; ferner Aufhebung aller Exemptionen von der Grundsteuer, Anlegung eines neuen Katasters, Vernichtung der bisherigen Zwangsrechte auf dem Lande, Ausdehnung der Accise auf das platte Land; das alles hat denselben Zweck, den Privilegien und Vorrechten entgegenzutreten.

Durch den Verkauf der Domänen ſollte der König ſelbſt nach und nach aus der Claſſe der Landeigenthümer ausſcheiden: denn in dem Zuſammenwirken der Einzelnen beſtehe die Kraft des Staates.

Wir erinnern uns jener Scene bei der Huldigung, als Sieyes mit der tricoloren Schärpe erſchien; die Ideen, welche die volkswirthſchaftliche Grundlage der Revolution ausmachten, traten nun hier in dem alten ſtändiſchen Preußen auf. Unter den Edelleuten gab es manche, welche ihre Verpflichtung zum Gehorſam mit der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien identificirten. Ihre Stimmführer wurden nach Spandau auf die Feſtung gebracht. So hatte auch Stein gerathen, keine Rückſicht zu nehmen, zu verfahren, wie einſt in Frankreich Cardinal Richelieu. Die monarchiſchen und revolutionären Ideen traten in Bund, wohlverſtanden jedoch, daß dabei die letzten zu keiner autonomen Wirkſamkeit gelangten. Die Unterthänigkeitsverhältniſſe wurden nicht, wie in Frankreich, durch abſolutes Gebot einer revolutionären Partei aufgehoben; die Generalcommiſſion, die zur Ordnung dieſer Verhältniſſe von Hardenberg eingeſetzt wurde, hatte vielmehr die Aufgabe, die Rechte der Beſitzer und die Anſprüche der Unterthanen, deren ſich die Geſetzgebung annahm, vertragsmäßig auszugleichen [1]).

In dem Schriftſtücke Hardenberg's heißt es weiter: da der Verkauf der Domänen und geiſtlichen Güter das Geld, deſſen man bedürfe, doch nicht ſo ſchnell herbeiſchaffen könne, ſo müſſe das Vermögen der Eingeborenen in Anſpruch genommen werden. Einer Einkommenſteuer, die von Stein empfohlen war, zieht Hardenberg eine einmalige Abgabe auf das reine Vermögen vor, die aber in mehreren Terminen erhoben werden könne. „Jedermann werde aufgefordert, auf ſeine Unterthanenpflicht den Betrag ſeines reinen Vermögens anzugeben. Von dem reinen Vermögen ſollen 4 Procent in vier halbjährigen Terminen, $^2/_3$ in baarem Gelde, $^1/_3$ in Staatspapieren bezahlt, werden. Für die Zahlung

1) Der Grundſatz wird ausgeſprochen, daß die bisher nicht eigenthümlich verliehenen bäuerlichen Beſitzungen in Eigenthum verwandelt, aber die auf denſelben ruhenden Dienſtbarkeiten und Berechtigungen gegen wechſelſeitige billige Entſchädigungen abgelöſt werden ſollen. Kein Beſitzer bäuerlicher Nahrungen ſoll das Eigenthum ergreifen, noch die bisherigen Verbindlichkeiten zu Leiſtung und Abführung ſeiner Dienſte und Abgaben verweigern. Dönniges, Die Landesculturgeſetzgebung Preußens I, S. 179. Vergl. Urſprung und Beginn der Revolutionskriege, S. 339.

werden Assignationen auf die geistlichen Güter und Domänen angewiesen; man errichte, statt der Bank, wie sie jetzt ist, eine Nationalbank, die ihre verschiedenen Zweige in unseren vornehmsten Handelsstädten haben soll, auf Actien organisirt und unabhängig vom Staate, nach der ihr vorgeschriebenen Constitution bloß dem Schutze desselben unterworfen."

Zuletzt stellt Hardenberg noch den Zusammenhang der verschiedenen Pläne ins Licht. „Das beabsichtigte einfachere und gleichheitlicher aufgelegte Steuersystem, mit völliger Gewerbefreiheit und den Erleichterungen für den Bauernstand in Absicht auf Vorspann, Fourage und Brodkornlieferungen, für den Städter in Absicht auf Servis und Plackereien bei der Accise, — das einem Jeden zu bewilligende Eigenthum, — die Begünstigungen der Abfindungen wegen der Dienste durch freiwillige Uebereinkunft zwischen den Dienstberechtigten und Dienstpflichtigen, — die Aufhebung der Bann- und Zwangsrechte gegen eine selten nur stattfindende Entschädigung, wo der Schaden überzeugend erwiesen wird, der Patrimonialgerichte gegen zweckmäßige, diesen zu substituirende Einrichtungen, — eine bessere Polizei und Kreisverfassung, — endlich eine auf richtige Grundsätze zu bauende consultative Repräsentation werden die Lasten weniger fühlbar machen und als Wohlthaten erscheinen und wirken."

Kommen wir nun auf diese consultative Repräsentation.

Im Februar 1811 versammelten sich die Convocirten, die wohl auch außerhalb als Notabeln bezeichnet wurden, an Zahl 64, in Berlin. Am 23. Februar eröffnete Hardenberg die Versammlung mit einer Anrede, in der er den Zweck derselben dahin bestimmte, daß sie über die Ausführung des neuen Steuersystems ihren Rath ertheilen solle. Er schlug nochmals den Ton der patriarchalischen Regierung an: wie ein guter Vater von seinen Kindern, fordere der König von seinen getreuen Unterthanen nicht bloß Gehorsam; er wünsche die Ueberzeugung bei ihnen hervorzubringen, daß seine Verfügungen nur ihr wahres Wohl bezielen, daß die Opfer, welche er höchst ungern von ihnen verlangt, zur Rettung und Erhaltung des Ganzen nothwendig sind, des Ganzen, von dem das Heil des Einzelnen abhängt. Eine Berathung über die fünf Steuergesetze selbst und ihre Einführung ist es nicht, wozu sie berufen sind; doch soll das Versprechen ausgeführt werden, welches bei dem Erlaß des Steueredicts gegeben worden ist, daß nämlich der König der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation

sowohl in den Provinzen als für das Ganze geben wolle, deren Rath er gern benutzen werde. Wäre die Noth nicht so dringend, wäre man nicht in der Nothwendigkeit gewesen, unverzüglich auf den Ertrag der Steuer rechnen zu müssen, so würde der König die Versammlung beschleunigt haben und über die Einführung der Steuergesetze mit ihr zu Rathe gegangen sein; die Provinzialstände zu berufen, würde zu keinem Resultate geführt haben; die Versammlung solle von der Unvermeidlichkeit der Veränderungen überzeugt werden, diese Ueberzeugung aber in den Provinzen verbreiten und dadurch die Ausführung der Gesetze erleichtern. Wo Modificationen nöthig sind, sollen solche eintreten, insofern das unbeschadet der wesentlichen Grundlagen geschehen kann. „Wo ist einer unter uns, der es bezweifelt, wie wehe es jetzt dem Herzen unseres geliebten Monarchen thut, in einer so verhängnißvollen und durch so manche Umstände drückenden Zeit seinem Volke Lasten auflegen zu müssen, während er es nur mit Wohlthaten überhäufen und die geschlagenen Wunden ohne Schmerzen heilen möchte!" Hardenberg setzt voraus, daß die Versammelten entschlossen sind, die allgemeine Last gleichmäßig zu tragen. „Sie werden zwar nicht vergessen, was das Wohl der Stadt oder der Provinz erfordert, zu der Sie gehören; aber Sie werden eingedenk sein, daß hier Ihr Standpunkt höher genommen werden muß, Sie werden sich als Bürger des ganzen Staates betrachten. — — Unzählige Hindernisse und Unannehmlichkeiten begleiten jetzt den Verwalter öffentlicher Angelegenheiten; und das reine Bewußtsein in seiner Brust, mit rechtlichem Eifer für das, was gut und was gerecht und was nach seiner Erkenntniß wohlthätig ist, nach allen Kräften zu wirken, seinem Berufe sich ganz zu widmen, seinem Könige unverbrüchliche Anhänglichkeit und Treue zu beweisen, nur das kann und muß ihn aufrechterhalten und stärken, selbst dann, wenn er wider seinen Willen Unzufriedenheit erregt. — Nur kurzsichtige Beobachter könnten verkennen, daß in den großen Veränderungen, die allenthalben uns vorgingen, laute Aufforderungen liegen, nicht zu einer tadelnswerthen Nachahmung, aber zu einer klugen Aneignung solcher Grundsätze, Verfassungen und Einrichtungen, die aus dem Fortschritt des menschlichen Geistes und den veränderten Ansichten der Dinge folgen, gegen die das Alte sich vergeblich zu erhalten strebt. Und wie viel glücklicher sind wir, als Andere, wenn dieses ohne gewaltsame Erschütterungen durch den edlen Willen eines gerechten und einsichtsvollen Königs und durch willige Annahme abseiten

eines gebildeten, folgsamen und über sein wahres Beste aufgeklärten, gutgesinnten Volkes geschieht"! Hardenberg proclamirte nochmals ausdrücklich die Grundsätze der neuen preußischen Gesetzgebung überhaupt. „Das neue System, das einzige, wodurch Wohlstand begründet werden kann, beruht darauf, daß jeder Einwohner des Staates, persönlich frei, seine Kräfte auch frei entwickeln und benutzen könne, ohne durch die Willkür eines anderen daran behindert zu werden; daß Niemand einseitig eine Last trage, die nicht gemeinsam mit gleichen Kräften getragen werde; daß die Gleichheit vor dem Gesetze einem jeden Staatsunterthan gesichert sei, und daß die Gerechtigkeit streng und pünktlich gehandhabt werde; daß das Verdienst, in welchem Stande es sich befinde, ungehindert emporstreben könne; daß in die Verwaltung Einheit, Ordnung und Kraft gelegt werde; daß endlich durch Erziehung, durch echte Religiosität und durch jede zweckmäßige Einrichtung Ein Nationalgeist, Ein Interesse und Ein Sinn gebildet werde." Er schließt mit den Worten: „Gott segne den König und das Land und unsere Bemühung" [1])!

Mit aller Beweglichkeit verband Hardenberg eine ungemeine Beharrlichkeit in seinen Grundüberzeugungen. Verwandte Gedanken hatte er schon im Jahre 1794 ausgesprochen; seine Verhandlungen mit Frankreich waren darauf berechnet, ihm Bahn zu machen; weiter durchgearbeitet und ausführlich motivirt erscheinen sie dann in seiner Denkschrift vom Jahre 1807; und 1811 konnten sie an höchster Stelle ausgesprochen werden. Hardenberg inaugurirte damit eine neue Gesetzgebung. Wir erörtern hier nicht, was vom Standpunkte der landständischen Aristokratie nicht ohne Grund, oder auch was aus national-ökonomischen Erwägungen gegen Hardenberg erinnert wurde. In dessen Bestrebungen tritt ein historisches Element zu Tage, der Reflex der allgemeinen Bewegungen der Zeit und zugleich die Nothwendigkeit, aus der unglücklichen Lage, in der man sich befand, einen Ausweg zu finden; um den Staat zu retten, entschloß man sich zur Annahme eines liberalen Systems.

Ganz andere Erwartungen waren, wie aus einer Schrift Adam Müller's hervorgeht, an den Wiedereintritt Hardenberg's in den aristokratischen Kreisen geknüpft worden. Der Gedanke, eine

1) Schon bei Klose (Leben Karl August's, Fürsten von Hardenberg, S. 281) findet sich ein Auszug der Rede, wiewohl nicht ohne einige Mißverständnisse. Wir folgen der eigenen Handschrift Hardenberg's.

Nationalrepräſentation zu bilden, wurde in denſelben mit Freuden ergriffen, aber offenbar in der Abſicht, in dem Adel die Grundlage der neuen Verfaſſung zu ſuchen, die, mit den Provinzen vereinbart, zu einer Gemeinverfaſſung des Staates führen könne. Wie die von Hardenberg berufene Verſammlung an die Notabeln, ſo erinnert dies Vorhaben an die Abſicht der privilegirten Stände in Frankreich, die der Revolution voranging, die altſtändiſche Verfaſſung wieder zu beleben; der Unterſchied liegt jedoch darin, daß in Preußen die legislative Gewalt des Königs über allen Zweifel erhaben war und die Edicte den Verſammlungen vorausgingen, nicht erſt nachfolgen ſollten. Die Oppoſition gegen die Regierung bewegte ſich in Remonſtrationen gegen das, was bereits geſchehen war. In Preußen ließ ſich durchaus nicht ſagen, daß die Finanzedicte des Staates der Zuſtimmung von Generalſtänden bedurft hätten. Aber Generalſtände gab es überhaupt nicht. Die neue Geſetzgebung ſollte die Autorität der Landſtände beſeitigen, die den Bedürfniſſen des Momentes nicht mehr entſprach, um eine nationale Verfaſſung vorzubereiten.

Fünftes Capitel.

Anfänge der Entzweiung zwischen Frankreich und Rußland.

Der preußische Staat gelangte nun wieder zu einer gewissen Consistenz; er brauchte nicht jeden Augenblick für sein Dasein zu fürchten. Der Fürst, der die continentalen Geschicke in seiner Hand hielt, war damit einverstanden, daß ein Mann, auf dessen Entfernung er früher gedrungen hatte, jetzt die Zügel der preußischen Regierung in seinen Händen zusammenfaßte: denn er hatte selbst erfahren, daß auch dieser Staat eines geschickten und kräftigen Piloten bedurfte. Alles beruhte darauf, daß Napoleon von der Staatsverwaltung Hardenberg's ein friedliches Einvernehmen und eine gewisse Unterordnung, welche die Lage der Dinge gebot, erwartete. Zugleich aber hatte nun Hardenberg eine innere Regeneration den Ideen der Zeit gemäß ins Werk zu setzen unternommen, welche unausführbar gewesen wäre, wenn nicht der Gedanke, die preußische Macht wiederherzustellen, dabei zu Grunde gelegen hätte. Dieser Gedanke war es, welcher Alles wieder mit Leben und Hoffnung auf die Zukunft erfüllte. Damals freilich war an eine Unabhängigkeit, wie sie dem Begriffe des Staates entspricht, an eine freie politische Stellung nach außen noch nicht zu denken. Viel zu schwach waren die Kräfte des Landes, um unter den obwaltenden Staatenverhältnissen etwas bedeuten zu können. Aber eben diese, konnten sie andauern? Konnte das Einverständniß zwischen Frankreich und Rußland, von welchem alles Andere auf dem Continent abhing, auf immer Bestand haben? Ferner aber: der Kampf zwischen Frankreich und England, der die Welt umfaßte und seiner Natur nach den Continent nur allzu sehr berührte, war in vollem Gange: wohin konnte er führen? welche Wechselfälle ließ er erwarten?

Nach dem Frieden mit Oesterreich hatte Napoleon den großen Impuls seiner Macht wieder gegen Spanien gerichtet. Die französischen Truppen siegten bei Ocaña; König Joseph nahm im Februar 1810 Sevilla ein. Worauf es aber eigentlich ankam: die Engländer wurden nicht von der Halbinsel vertrieben. Indem dies auf das ernstlichste versucht werden sollte, nahm man in der Politik Napoleon's eine auffallende Veränderung wahr. Denn da weder die Spanier noch auch König Joseph so viel als nöthig dazu beitragen konnten, das Ziel zu erreichen, so hielt Napoleon für geboten, die nördlichen Provinzen von Spanien unter seine eigene Verwaltung zu nehmen. Das Land bis an den Ebro ward in französische Militärdivisionen eingetheilt; die commandirenden Generale, denen auch die Administration übertragen wurde, sollten ihre Befehle nur noch von Paris, nicht mehr von Madrid erhalten; er betrachtete die unmittelbare Reunion dieser Provinz mit Frankreich als Entschädigung für die Anstrengungen der Franzosen. An Stelle der spanischen Fahnen und Abzeichen sollten französische und catalonische treten [1]).

Napoleon kam gleichsam von der Politik Ludwig's XIV., welche die Gründung stammverwandter Dynastieen zum Zwecke hatte, auf die Politik Richelieu's und Mazarin's zurück, welche Catalonien mit Frankreich zu vereinigen gesucht hatten. Was ihn dazu vermochte, war eben der Kampf gegen England, den er nur durch unmittelbare Einwirkung seiner Behörden führen zu können meinte; dieser Gegensatz gegen England beherrschte sein Thun und Lassen überhaupt. Die Zeiten traten ein, in welchen jene continentale Blokade, die er den maritimen Uebergriffen Englands entgegenstellte, der Kern seiner gesammten Politik wurde.

Man könnte wohl bezweifeln, ob der Gedanke, den Continent von dem Verkehre mit England loszureißen und das Inselreich dadurch zum Frieden mit Frankreich zu nöthigen, überhaupt ausführbar war. Das Vorhaben widerstrebte doch der uralten Weltordnung, die immer auf einer freien Bewegung der abendländischen Nationen untereinander und einer entsprechenden Einwirkung von England beruht hatte. Dazu war das Inselreich, so nahe dem Continente, durch Herkunft, Religion und Cultur mit demselben

1) Au Prince de Neuchatel et de Wagram, major général de l'armée d'Espagne; 21 février 1810. Correspondance de Napoléon. T. XXI, 234. N. 16276.

auf das engſte verbunden, geographiſch recht eigentlich beſtimmt, die Verbindung des Occidents mit allen Theilen der Welt zu vermitteln. Das Gleichgewicht der franzöſiſchen und der engliſchen Marine, wie es früher beſtanden, wie es noch im amerikaniſchen Kriege zu Tage getreten, ſchloß ein allgemeines Intereſſe ein: dagegen den Engländern die Seeherrſchaft vollkommen überlaſſen und den Continent von denſelben losreißen zu wollen, lief dem allgemeinen Intereſſe vielmehr entgegen.

Jene Edicte vom Auguſt, September und October 1810, nach welchen die engliſchen Waaren, die man fand, verbrannt werden mußten, wurden auf dem Continent als eine allgemeine Calamität empfunden. Napoleon ſah darin eine Kriegsmaßregel; er erwartete, durch dieſelbe eine Reaction in England hervorzubringen, welche die engliſche Politik nachgiebiger gegen Frankreich ſtimmen müſſe. Die Schwierigkeiten ſelbſt, auf die er ſtieß, dienten ihm als Motiv, ſeine unmittelbare Macht weiter auszudehnen. Von univerſaler Bedeutung war dabei folgender Moment.

Der Continent konnte die Colonialwaaren nicht entbehren. Selbſt Frankreich konnte es nicht: es bedurfte bei ſeinem Gewerbfleiß transmariner Materialien, die nicht anders als durch England zu beziehen waren. Wenn nun weder die Engländer in den continentalen Häfen zugelaſſen wurden, noch auch andererſeits das franzöſiſche Reich und die von demſelben abhängigen Küſtenlande in unmittelbaren Handelsverkehr mit England treten durften, ſo geſchah es, daß die neutrale Flagge, namentlich die amerikaniſche, die Vermittelung dieſes Verkehrs, welche offenkundig nicht geſchehen durfte, auf Schleichwegen unternahm. Amerikaniſche Schiffe erſchienen mit engliſchen Ladungen an allen Häfen von der Newa bis an die Schelde; ſie fanden ohne viel Schwierigkeit Eingang; Napoleon ſelbſt ſetzte ſich dem nicht geradezu entgegen, wenn ſie nur feſtgehalten und ihre Ladungen confiscirt wurden. Dazu aber hätte es einer Mitwirkung aller Staatsgewalten bedurft, die wieder an den localen Intereſſen Hinderniſſe fand, ſo daß Napoleon ſelbſt in den weiten Gebieten, die ſeine Waffen beherrſchten, zu ſucceſſiven Annexionen veranlaßt wurde.

Daß er Holland und Weſtphalen ſeinen Brüdern verliehen hatte, machte ihm hiebei kein Bedenken. Aber dieſen Mangel an Rückſicht darf man wohl nicht als unerſättliche Herrſchbegier bezeichnen; die franzöſiſche Adminiſtration, welche, in dem Zwecke mit Napoleon einverſtanden, ihre eiſerne Hand unaufhaltſam nach allen Regionen hin

ausſtreckte, mißbilligte die Tendenzen der Selbſtändigkeit, die ſich an den kleinen Höfen der Brüder Napoleon's regten; ſie wollte allenthalben abſolut und allein herrſchen.

Schon im April 1810 wurden Nordbrabant und Seeland von Holland losgeriſſen. In dem jetzt mit Weſtphalen vereinigten Hannover wurde Davout mit einer ſtarken Macht aufgeſtellt, um dem Verkehr namentlich der Hanſeſtädte mit England ein Ende zu machen. Aber dabei konnte es ſein Verbleiben nicht haben. Der König von Holland nahm ſich ſeiner Unterthanen an, die, zwiſchen England und Frankreich eingeengt, ihre gewohnte Thätigkeit und Subſiſtenzmittel verloren. Es kam auch hier vor, daß Ladungen der Neutralen Eingang fanden, von denen ſich herausſtellte, daß ſie zum Theil den Holländern, zum Theil engliſchen Häuſern, die mit ihnen correſpondirten, angehörten. Aber Napoleon beſtand auf ihrer Confiscation. Dem preußiſchen Geſandten hat er einmal ſagen laſſen, er wolle lieber mit ganz Europa Krieg führen, als eine Abweichung von ſeinen Befehlen geſtatten. König Ludwig fühlte wohl, daß er ſich nicht behaupten könne; ſein Königreich wurde durch dieſelbe Hand zertrümmert, die es gegründet hatte: Holland wurde in neun franzöſiſche Departements eingetheilt. Auch hier, wie in Spanien, trat die unmittelbare Herrſchaft an die Stelle einer dynaſtiſchen Vermittelung.

So weit kam es in Weſtphalen nicht; aber das Land war durch die Zolleinrichtungen Napoleon's ſeiner Selbſtändigkeit beinahe beraubt. Beſonderen Werth legte der König von Weſtphalen auf den Beſitz der Mündungen der Elbe und der Weſer, durch den er Meiſter des deutſchen Handels zu werden hoffte. Im Auguſt 1810 mußten ſich ſeine Truppen von den Mündungen zurückziehen: an ihre Stelle traten franzöſiſche. Im December folgte ein Decret, durch welches alle Gebiete an der Nordſeeküſte jenſeit einer Linie, die vom Einfluß der Lippe in den Rhein bis an den Zuſammenfluß der Stecknitz und Elbe reichte, mit dem franzöſiſchen Reiche vereinigt wurden.

Auch Preußen wurde von dem Continentalſyſtem ſehr empfindlich betroffen. In den Zeiten ſeiner Neutralität war es zu einem blühenden Handel gelangt, der die allgemeine Wohlfahrt hob und neu begründete. Dieſer Verkehr aber, ſchon in Folge der Verwickelungen des Jahres 1805 gelähmt, wurde durch die Beſtimmungen des Friedens von Tilſit ſo gut wie vernichtet. Man empfand das beſonders in Schleſien, aber auch in anderen Theilen

der Monarchie; die engliſchen Waaren wurden auch in dem preußiſchen Gebiete mit Beſchlag belegt und von den preußiſchen Meſſen ausgeſchloſſen. Zuweilen gerieth man über die weiteren Anordnungen des napoleoniſchen Syſtems in unangenehme Berührungen mit den Franzoſen. Dieſe behaupteten, daß der Verkehr mit den Colonialwaaren und den engliſchen Manufacturen von Königsberg und Stettin aus über ganz Norddeutſchland vermittelt werde. An einer Connivenz der preußiſchen Behörden in den Oſtſeehäfen läßt ſich nicht zweifeln; aber man erfährt, daß der franzöſiſche Conſul in Königsberg die Zulaſſung amerikaniſcher Schiffe ſelbſt begünſtigte, was ihm große pecuniäre Vortheile eintrug. Gegen Ende des Jahres 1810 behauptete man, in Swinemünde ſeien fünf engliſche Fahrzeuge zwar mit Beſchlag belegt, aber dann den engliſchen Commiſſaren wieder verkauft worden. Bei der Unterſuchung zeigte ſich, daß alle legalen Formen beobachtet waren und ſchließlich der Verkauf nicht ſtattgefunden hatte, da ſich der franzöſiſche Conſul demſelben widerſetzte.

Von verdoppelter Wichtigkeit war es für Preußen bei dem Umſichgreifen der franzöſiſchen Annexionen, die pecuniären Verhältniſſe mit Napoleon zu regeln. Bereits im Auguſt 1810 wurde unter Vermittelung der Seehandlung eine Abkunft mit einem der angeſehenſten Pariſer Häuſer, Fourton, Ravel und Co., abgeſchloſſen, nach welchem ſich dies verpflichtete, bis Ende des Jahres 1810 die Summe, welche an der Hälfte der geſammten Contribution noch fehlte, nämlich 14,8 Millionen Francs, der franzöſiſchen Regierung zu zahlen. Man rechnete darauf, daß dann dem Vertrage vom 8. September 1808 gemäß die Feſtung Glogau von den franzöſiſchen Truppen geräumt werden würde.

Aber Napoleon wollte zwar ſein Geld haben; die an die Zahlung geknüpfte Erleichterung aber dem Könige von Preußen zu gewähren, war er nicht gemeint; er verlangte, daß das Abkommen mit dem Pariſer Hauſe ſich auf die Zahlung der geſammten Summe erſtrecke, und erhob außerdem noch Anſprüche auf Zinſen.

Eine neue Schwierigkeit war, daß durch den Bankerott einiger holländiſcher Häuſer, der aus der Continentalſperre entſprang, auch das Haus Fourton mit betroffen wurde. Das Hauptmotiv der Weigerung Napoleon's lag aber in der allgemeinen Politik, namentlich in ſeinem Verhältniß zu Rußland, das zwar noch unerſchüttert ſchien, aber es nicht mehr war.

Dies Verhältniß war für Preußen, wie von Anfang an, ſo

auch unter den damaligen Conjuncturen ſo wichtig, daß wir darauf näher eingehen müſſen.

Wenn man dem Urſprunge der Zerwürfniſſe zwiſchen dem ruſſiſchen und napoleoniſchen Kaiſerthume nachforſcht, ſo liegt derſelbe, wie vor einigen Jahren, wieder in der Nichtratification eines bereits geſchloſſenen und von dem Geſandten unterzeichneten Vertrages; der die Ratification verweigernde Theil war aber diesmal nicht Rußland, ſondern Frankreich.

Der Friede von Wien hatte, wie angedeutet, eine unangenehme Senſation in St.-Petersburg hervorgerufen: denn höchſt unwillkommen war den Ruſſen die Verſtärkung des Herzogthums Warſchau, mit der ſich die Idee einer Wiederherſtellung des alten Königreiches gleichſam naturgemäß verknüpfte. Alexander forderte, gegen dieſe Eventualität geſichert zu werden, und der franzöſiſche Geſandte, Caulaincourt, welcher den Auftrag hatte, Rußland beruhigende Verſicherungen zu geben, ließ ſich zu einem Tractat herbei, deſſen erſter Artikel die Verpflichtung enthielt, daß das Königreich Polen niemals hergeſtellt werden ſolle. Nach einem zweiten Artikel ſollte Napoleon darüber wachen, daß in allen öffentlichen Acten der Name Polen auch für einen der Theile, aus denen es ſich ehedem zuſammenſetzte, nie gebraucht werde. Man begreift beides, zunächſt daß Rußland dies Abkommen forderte — denn in der Wiedererhebung Polens lag die größte Gefahr, die es zu beſtehen haben konnte —, dann aber auch, daß Napoleon Bedenken trug, den Tractat zu ratificiren. Wohl war nicht die beſtimmte Abſicht gefaßt, das Königreich Polen wiederherzuſtellen; Napoleon erinnerte vielmehr die Ruſſen, er würde das ſchon lange haben thun können, wenn es in ſeinem Sinne gelegen hätte. Aber ſo weit ging ſeine Freundſchaft für Rußland nicht, um es gegen dieſe Möglichkeit auf immer ſicherzuſtellen. Er bemerkte: eine Zuſage, wie ſie der erſte Artikel enthalte, gehe über das menſchliche Vermögen hinaus; er würde ſich durch dieſelbe anheiſchig machen, gegen die Wiederherſtellung Polens, von welcher Seite ſie auch komme, die Waffen zu ergreifen; um der Polen ſelbſt und um der Franzoſen willen dürfe er das nicht; denn in den Polen habe er immer bereitwillige Hingebung gefunden; die Franzoſen könne er nicht verpflichten, ihr Blut zu vergießen, damit Polen unterworfen bleibe; und ferner: wie ſolle er verſprechen, darüber zu wachen, daß der Name Polen aus allen öffentlichen Acten verſchwinde? Er könne ſich nur verpflichten, dieſen Namen nicht ſelber zu gebrauchen.

Offenbar ist, daß hier eine Frage vorlag, welche die allgemeinen großen Verhältnisse betraf. Inwiefern Napoleon die französische Revolution vertrat, die sich in intimem Connex mit Polen entwickelt hatte, durfte er diesen Pact nicht eingehen; er würde sich dadurch mit der öffentlichen Meinung in Frankreich entzweit haben. Gleich bei der ersten Entgegnung Napoleon's am 6. Februar mußte sich die Differenz als unüberwindlich herausstellen. So scheint sie auch Napoleon betrachtet zu haben. In der wichtigsten Angelegenheit, die ihm vorlag, that er jetzt einen entscheidenden Schritt, der zwar nicht durchaus davon motivirt worden ist, aber damit zusammenhängt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob er jemals ernstlich an die Vermählung mit der russischen Großfürstin Anna gedacht hat: sie war noch zu jung, um eine baldige Nachkommenschaft hoffen zu lassen; überdies, sie hielt an dem griechischen Ritus fest, dessen Ausübung durch eine Kaiserin in Frankreich einen unangenehmen Eindruck hervorgebracht haben würde. Alexander zögerte, sich zu erklären. Aber schon vorher hatte Napoleon Anträge an Oesterreich gemacht und vorläufige Zusagen erhalten. Wie Metternich später gesagt hat, lag für Oesterreich das Motiv für solche in der Besorgniß vor dem Zustandekommen einer intimen und niemals wieder zu lösenden Allianz zwischen Frankreich und Rußland. Auch Napoleon verknüpfte diese Beziehungen. An demselben Tage, an welchem er aussprach, jene von Caulaincourt unterzeichnete Convention nicht ratifiziren zu wollen, wandte er sich an den österreichischen Gesandten mit der Erklärung, daß er bereit sei, über seine Vermählung mit einer Erzherzogin abzuschließen. Für Napoleon, der, wie schon erwähnt, um seinen Thron zu befestigen, einen Leibeserben zu haben wünschte, lag ein persönliches Interesse darin, eine Erzherzogin heimzuführen, wodurch er mit dem ältesten und vielleicht angesehensten Hause von Europa in die engste Familienverbindung trat, so daß dieses veranlaßt zu werden schien, die Sache des französischen Empire als seine eigene zu betrachten. Die österreichische Prinzessin wurde, wie man gesagt hat, als die letzte Siegestrophäe nach Frankreich geführt; sie setzte sich auf den Thron nieder, von welchem Marie Antoinette herabgestürzt worden war, um das Schaffot zu besteigen; diese düstere Erinnerung aber trat damals nicht in den politischen Gesichtskreis. Kaiser Franz sah in der Vermählung eine definitive Sicherung gegen Frankreich,

eine eventuelle gegen Rußland [1]), Napoleon meinte dadurch den Einfluß Englands auf den öſterreichiſchen Hof auszuſchließen.

Aber indem ſich Napoleon dergeſtalt auf das engſte mit Oeſterreich vereinigte, ſtiegen ſeine Differenzen mit Rußland unaufhörlich an. Daß man in Rußland die Vermählung des franzöſiſchen Kaiſers mit der Erzherzogin ſehr übel genommen habe, läßt ſich kaum denken: die politiſche Meinungsverſchiedenheit war an ſich bereits zu groß. Die Ruſſen brachten noch einen Gegenentwurf für den erwähnten Tractat in Vorſchlag, welcher einige Modificationen in den Nebenartikeln enthielt, in dem vornehmſten aber, dem erſten, keinen Schritt breit zurückwich. Napoleon machte einige Bemerkungen dagegen; aber der ruſſiſche Geſandte Kurakin erwiderte, ſeine Inſtruction verbiete ihm, einen anderen Vertrag zu unterzeichnen, als einen ſolchen, der dem ruſſiſchen Gegenentwurf entſpreche (Juli 1810). Hierauf zog Napoleon ſeinen Entwurf zurück: die große Differenz blieb ungeſchlichtet.

Von welcher Tragweite dieſer Act war und werden ſollte, zeigte ſich zuerſt in Conſtantinopel. Wenn nämlich die Ruſſen endlich mit der Beſetzung der Donaufürſtenthümer Ernſt gemacht hatten, aber bei den Türken auf eine entſchiedene Weigerung, in irgend eine Abtretung zu willigen, ſtießen, ſo ſchrieben ſie dieſelbe den vereinigten Einwirkungen von Frankreich und von Oeſterreich zu [2]). Unter dieſem Eindruck machten ſie den Türken bei weitem ge-

1) Ein unbedingtes Anſchließen Oeſterreichs an die Politik Napoleon's darf man in der Vermählung nicht ſehen. Aus der Correſpondenz des leitenden Miniſters Metternich mit Kaiſer Franz (Denkſchrift Metternich's aus Paris vom 28. Juli 1810, bei Oncken, Oeſterreich und Preußen im Befreiungskriege II, S. 61 und in Metternich's nachgelaſſenen Papieren II, S. 329) ſowie mit Schwarzenberg, damals Geſandten in Paris (Schreiben Metternich's an Schwarzenberg, Wien 19. Februar 1810. Aus Metternich's nachgelaſſenen Papieren II, S. 328) ergiebt ſich, daß es vor Allem darauf abgeſehen war, einige Jahre der Ruhe zu gewinnen, um ſich für künftige Fälle zu verſtärken; die Politik Napoleon's, ſeine aggreſſiven Tendenzen, ſeine auf die allgemeine Weltherrſchaft gerichtete Intention zu vernichten, — ſchmeichelte man ſich nicht; aber man meinte doch, mäßigend auf dieſelben einzuwirken, zugleich in Bezug auf die vor Allem gefährdeten Nachbarn, Preußen und Türkei.

2) Wir ſehen jetzt aus den Correſpondenzen (beſonders aus Metternich's Denkſchrift aus Paris vom 28. Juli 1810. Aus Metternich's nachgelaſſenen Papieren II, S. 384), daß ſie darin vollkommen Recht hatten; die Türken wurden von dem Intereſſe unterrichtet, welches Oeſterreich und Frankreich an ihrem Schickſal nähmen.

mäßigtere Vorſchläge als bisher, und zugleich ließen ſie durchblicken, daß das Mißverſtändniß, in welchem ſie ſeit dem Tilſiter Frieden mit England ſtanden, in ihrer Politik nicht mehr obwalte: ſie ließen den Großherrn wiſſen, ihre Meinung ſei nicht, ihn zu einer Verzichtleiſtung auf ſeine Verbindung mit England zu nöthigen[1]): Alles in tiefſtem Geheimniß. Aber darin liegt doch, daß die intime Allianz, die ſeit dem Tilſiter Frieden die Welt beherrſchte, ſich aufzulöſen begann. Entſcheidend griff auch hier das Continentalſyſtem ein.

Im October 1810 ließ Napoleon den Kaiſer Alexander auffordern, die neutralen Schiffe, namentlich die amerikaniſchen, in ſeinen Häfen in Beſchlag zu nehmen: denn die Colonialwaaren an ihrem Bord ſeien ohne Zweifel engliſches Eigenthum; er ſagte: eine Anordnung dieſer Art würde gleichſam der Gnadenſtoß für England ſein; es würde dadurch genöthigt werden, Frieden zu machen[2]). Ganz anders aber waren die Anſichten und Impreſſionen Alexander's; er antwortete: er halte an den Beſtimmungen von Tilſit feſt; er laſſe alle Schiffe confiſciren, die nicht den Beweis liefern könnten, daß ſie neutrale ſeien; daß er nun aber auch dieſe mit Beſchlag belegen und confiſciren ſolle, gehe über jene Beſtimmung hinaus; er würde ſich dadurch mit befreundeten Nationen entzweien; Rußland könne die Colonialwaaren nicht entbehren; woher ſolle es dieſelben empfangen, außer eben durch die Amerikaner?

Dadurch wurde die größte Angelegenheit, mit der Napoleon eben umging, gegen ihn entſchieden. Um die ganze Sache zu überblicken, dürfen wir nicht verſäumen, der Zerwürfniſſe zu gedenken, in die er aus demſelben Grunde mit der anderen nordiſchen Macht, mit Schweden, gerieth.

Hier war Guſtav IV. in dem Conflict zwiſchen England, das nichts für ihn that, und der ruſſiſch-franzöſiſchen Verbindung, die

1) Le ministère russé, persuadé comme vous de la difficulté de réussir dans ses négociations avec la Porte ottomane s'il ne parvient pas à la rassurer sur ses intentions quant à l'Angleterre et ses rapports avec cette puissance, m'autorise à vous faire connaître qu'il n'a jamais songé à vouloir obliger le grand-seigneur à renoncer à ses relations avec le gouvernement britannique. Schladen à Werther, Saint-Pétersbourg, 4 septembre 1810.

2) Auszug aus der Depeſche Maret's vom 10. October 1810, bei Leſèbvre IV, 82.

ihm Finnland entriß, geſtürzt worden (13. März 1809): das Gewaltſame und Schwankende ſeiner Haltung im Innern entſprach dem äußeren Unglück. Eine Thronrevolution ward auf das leichteſte vollzogen, und eine neue Regierung trat ein, welche ihren Frieden mit Rußland und Frankreich ſchloß und dem Continentalſyſtem beitrat. Die Schweden hatten ſich einige Ausnahmen bedingen wollen, namentlich in Bezug auf die Zufuhr von Wein und Salz, die aber Napoleon nicht annahm. In Schweden wurde das Syſtem noch weniger vollſtändig ausgeführt, als in Rußland. Napoleon erlaubte ſich darüber im October 1810 eine ſehr lebhafte Expectoration gegen den ſchwediſchen Geſandten Lagerbielke; er machte den Schweden zum Vorwurf, daß ſie, im Widerſpruch mit allen ihren Verſprechungen, doch in Verbindung mit England ſeien; man verſchließe zwar den engliſchen Schiffen den Hafen von Gothenburg; aber in der Nähe deſſelben nehme man die Ladungen engliſcher Fahrzeuge in Empfang und verführe ſie von da aus nach deutſchen Häfen; Schweden ſchade ihm dadurch mehr, als man glaube, und mehr als alle früheren Coalitionen; er habe darüber eine Nacht nicht ſchlafen können. Er ſprach kurz und gut ſeine Forderung dahin aus: Schweden müſſe wählen, entweder Kanonenſchüſſe gegen die engliſchen Fahrzeuge, oder Krieg mit Frankreich.

Schon war in dieſer Zeit der franzöſiſche Marſchall Bernadotte zum Thronfolger in Schweden erwählt worden (21. Auguſt 1810). Es war ohne Zuthun Napoleon's geſchehen; doch machte er ſich ein Verdienſt daraus, daß er es zugegeben habe, obwohl Rußland dadurch hätte verletzt werden können, wie ſich denn ſchon das Gerücht verbreitete: Frankreich ſuche ſeine alte Verbindung mit Schweden, Polen, Türken zu erneuern. Gewiß hat die bei den Schweden zu einer nationalen Gewohnheit gewordene Hinneigung zu Frankreich bei dieſer Wahl mitgewirkt; zugleich aber war ihre Abſicht, die höchſte Gewalt in eine ſtarke Hand zu bringen, welche dieſelbe im Intereſſe des Landes verwalten könne und wolle. Als die drohenden Erklärungen Napoleon's in Schweden zur Sprache kamen, deutete der Kronprinz an, daß es nicht eben das franzöſiſche Intereſſe ſei, das ſich in ihm repräſentire; man möge, ſagte er, bei dem zu faſſenden Entſchluß auf ſeine beſondere Stellung keine Rückſicht nehmen. Das Uebergewicht der Franzoſen und ihre enge Verbindung mit Rußland ließen jedoch keine Wahl übrig. Noch im November wurde der Krieg gegen England erklärt. Es war die Forderung Napoleon's geweſen; aber es zeigte ſich ſogleich, daß er mit der Gewährung

derſelben noch nicht befriedigt war. Er brachte eine enge Allianz in Antrag, welche dahin führen ſollte, daß ſchwediſche Matroſen in franzöſiſche Dienſte überlaſſen und franzöſiſche Douaniers in Gothenburg zur Ausführung des Continentalſyſtems in aller ſeiner Strenge aufgeſtellt würden. So weit aber wollte man in Schweden doch nicht gehen; ſo ganz konnte und wollte auch der Kronprinz die Selbſtändigkeit des Landes nicht aufgeben, zumal da Napoleon ſich über die Gegenleiſtungen zu Gunſten Schwedens auszuſprechen ablehnte. Es erfolgte, daß Schweden hierauf von den Engländern, denen es den Krieg erklärt hatte, ſehr mild, von den Franzoſen, mit denen es verbündet war, ſehr ſtreng behandelt wurde. Die franzöſiſchen Kaper machten Jagd auf die ſchwediſchen Schiffe, die nun in der Nähe der engliſchen Flotte einigen Schutz fanden. Das anmaßende Verfahren des franzöſiſchen Geſandten in Stockholm, Alquier, ſo anmaßend, daß Napoleon ſelbſt es nicht billigte, führte zu einem Abbrechen der unmittelbaren diplomatiſchen Verhandlungen.

Das traf nun eben damit zuſammen, daß Rußland dem Kaiſer Napoleon die Mitwirkung zur Verfolgung der neutralen Schiffe — eine Forderung, in der ſein Continentalſyſtem ſeinen Angelpunkt hatte — geradezu verſagte.

Der Verdruß, den er hierüber empfand, trug zu der Rückſichtsloſigkeit bei, mit welcher er in Norddeutſchland gegen den Herzog von Oldenburg, Oheim Alexander's, verfuhr. Oldenburg war durch die Nähe von Helgoland, wo ſich die engliſchen Waaren anhäuften, von großer Wichtigkeit für die Ausführung des Continentalſyſtems. Trotz mancherlei Contraventionen gegen daſſelbe war es bisher aus Rückſicht auf Alexander geſchont worden. Jetzt hörte dieſe Schonung auf. Im December 1810 wurde Oldenburg in die Küſtengebiete einbegriffen, die Napoleon dem franzöſiſchen Reiche einverleibte. Aber wie hätte das Verfahren, das noch mit vielen kleinen Gehäſſigkeiten verknüpft war, nicht wieder auf Alexander wirken ſollen? Eine Zeit lang vermied er, den franzöſiſchen Geſandten zu ſehen; als dies wieder geſchah, zeigte er eine lebhafte Entrüſtung: denn das Verfahren Napoleon's laufe dem Frieden von Tilſit, in welchem dem Herzogthum ſeine Unabhängigkeit geſichert ſei, ſchnurſtracks entgegen; hauptſächlich aber: es ſei ein Schlag, den Napoleon ſeinem bisherigen Freunde verſetze, durch den ganz Europa erfahre, daß ihre Allianz nicht mehr beſtehe. Die wachſende Entfremdung Rußlands trat dann in dem Ukas vom 31. December zu Tage, der einen Zolltarif enthielt, durch welchen der Verkehr mit den

Colonialwaaren ſehr erleichtert, dagegen die Einfuhr franzöſiſcher Manufacturen und Weine ſtärkeren Belaſtungen unterworfen wurde. Der Ukas war eine allgemeine Maßregel, hauptſächlich durch das Fallen des ruſſiſchen Papiergeldes hervorgerufen, dem man nur durch Hebung des Verkehrs und der Induſtrie abhelfen zu können meinte. Napoleon faßte denſelben gleichſam als Repreſſalie wegen der Einverleibung Oldenburgs und als eine Feindſeligkeit gegen Frankreich auf. In den Discuſſionen, die dann folgten, äußerte Alexander: ſein Miniſter Romanzoff und er ſelber ſeien die einzigen Perſonen in ſeinem Reiche, durch welche die Allianz mit Frankreich gutgeheißen würde [1]); ſie ſei für Rußland nützlich geweſen in Finnland, nicht ſo ſehr in den Donaufürſtenthümern; aber wie viel größer ſeien die Vortheile Frankreichs, welches ſich indeß in Spanien, Italien und an der Nordſee ausgedehnt habe?

Napoleon ſeinerſeits ſagt in einem Schreiben an Alexander vom 28. Februar 1811 [2]): der Ukas ſei in Form und Inhalt gegen Frankreich gerichtet; hätte der Kaiſer vorher Rückſprache mit ihm genommen, ſo würden ſich vielleicht Mittel der Verſtändigung haben finden laſſen; in Frankreich würde dieſer Erlaß dann nicht als eine Veränderung des Syſtems betrachtet worden ſein; ſchon glaube man in England und ganz Europa, daß die Allianz zwiſchen Frankreich und Rußland nicht mehr exiſtire. Und ſo verhielt es ſich in der That: in dem engliſchen Parlament hat man ausgeſprochen, daß man durch den Krieg in der Halbinſel den Thron von St.-Petersburg ſtütze. Napoleon glaubte in Alexander die Abſicht vorausſetzen zu müſſen, ſobald es möglich ſei, ſich mit England auszuſöhnen. Dadurch aber, ſagt er, würde der Krieg zwiſchen beiden Reichen, Rußland und Frankreich, unvermeidlich werden [3]). Alle Tage, fügte er am 6. April hinzu, empfange er Nachrichten, welche nichts weniger als friedlich lauten; geſtern habe er aus Stockholm erfahren, daß die finnländiſche Armee ſich den Grenzen des Herzogthums Warſchau nähere; wenige Tage früher habe man ihm aus Bucareſt gemeldet, daß fünf ruſſiſche Diviſionen aus der Moldau und Wallachei abgerückt ſeien, um ſich nach Polen zu begeben; ſo

1) Thiers XII, 371.

2) Correspondance de Napoléon Ier. XXI, 474. N. 17395.

3) Je suis frappé de la pensée, que Votre Majesté est toute disposée, aussitôt que les circonstances le voudront, à s'arranger avec l'Angleterre, ce qui est la même chose que d'allumer la guerre entre les deux empires.

verlaſſe die ruſſiſche Armee die Grenzen, wo ihre Anweſenheit nothwendig wäre, um ſich nach anderen zu ziehen, wo Alles mit Rußland befreundet ſei; auch er habe an ſich ſelbſt denken und ſeine Maßregeln nehmen müſſen; dies werde wieder entgegengeſetzte von Seiten Rußlands hervorrufen; er ſeinerſeits werde immer der Freund Rußlands bleiben; aber er müſſe befürchten, daß die Europa beherrſchende Fatalität den Krieg hervorrufen werde.

Dieſe Fatalität lag in den beiden großen, noch unentſchiedenen Differenzen; Rußland zog damals den Tranſit aller Colonialwaaren an ſich, die nun beſonders zu Brody einen Stapelplatz fanden, von dem ſie ſich über das öſtliche Europa ausbreiteten. Hiedurch bildete ſich eine Art von commercieller Vereinigung, an der auch die Schweden theilnahmen, gegen das Continentalſyſtem, welches hiebei nicht beſtehen konnte. Nicht minder fiel die polniſche Angelegenheit ins Gewicht; nicht allein rüſtete ſich Napoleon, um nöthigenfalls Warſchau zu unterſtützen, ſondern hier kam es zu nationalen Aufwallungen, welche Rußland ſehr unangenehm berührten. Zu Sierock und Modlin wurden polniſche Lager errichtet; in der Hauptſtadt verlangte man laut den Krieg. Am 8. Mai gab Romanzoff dem franzöſiſchen Geſandten mit dürren Worten zu vernehmen: das Herzogthum könne in dem Zuſtande, in welchem es ſich befinde, nicht bleiben[1]). Alexander fügte hinzu: einem Herzogthum, wie es jetzt conſtituirt ſei, gegenüber müſſe ſich Rußland bewaffnen; es würde den Krieg, ſo gefährlich derſelbe werden könne, dieſem Zuſtande vorziehen. Napoleon erklärte dagegen zu Ende des Mai: er wiſſe, Rußland begehre das Herzogthum Warſchau und die Stadt Danzig; er aber ſetze Danzig in Vertheidigungszuſtand und fordere das Herzogthum auf, ſich zur Gegenwehr zu rüſten. „Ich würde mich für entehrt halten", ſagte er, „wenn ich Warſchau den ruſſiſchen Anforderungen opfern wollte".

1) Le grand-duché de Varsovie ne peut rester constitué tel qu'il est.

Sechstes Capitel.

Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich bis zur Allianz vom Februar 1812.

Die allmählich anwachsende Entzweiung Napoleon's mit Rußland wirkte nothwendig auch auf sein Verhältniß zu Preußen zurück. Wenn Hardenberg nur unter der Connivenz des französischen Kaisers zu seiner Stellung im preußischen Staate und zu der Möglichkeit gelangt war, die Pläne der neuen Organisation ins Werk zu setzen, so war man doch auch in Frankreich nicht ohne eine gewisse Eifersucht darüber, daß dieselben weiter führen möchten, als das französische Interesse gestatte. St.-Marsan wurde beauftragt, darüber zu wachen, daß weder die preußische Armee allzu sehr vermehrt, noch etwa ein Reservefonds in Königsberg angesammelt werde. Aber noch viel weiter gingen die Erwägungen, welche in Paris gepflogen wurden. In einem Memoire von Champagny [1]) ist die Besorgniß ausgesprochen worden, daß aus den populären Bewegungen religiöser und politischer Natur, welche in Deutschland vorwalten, eine allgemeine Revolution hervorgehen könnte; eine solche würde das deutsche Fürstenthum niederwerfen und die Idee der Nation überall emporbringen. Auch in Preußen herrsche unverkennbar eine ähnliche Tendenz; Hardenberg selbst stehe bei allem,

1) Rapport du duc de Cadore à l'Empereur de Napoléon, Fontainebleau 16 de novembre 1810, sur le système à l'égard de la Prusse. Ernouf, Maret Duc de Bassano, S. 312, behauptet, daß die Arbeit nicht von dem Minister, sondern von einem Beamten des Ministeriums, einem Manne von Geist, der sie als die des Ministers an den preußischen Gesandten in Paris verkauft habe, auf Grund von Informationen aus den Bureau's des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten angefertigt worden sei (ce rapport avait été véritablement rédigé sur des communications surprises dans les bureaux des relations extérieures. La conclusion seule était apocryphe); das französische Gouvernement habe von derselben erst später Kenntniß erhalten.

was er thue, doch wieder unter der Herrschaft von Factionen und der Einwirkung von Männern von düsterem und dunklem, aber immer emporstrebendem Geiste wie Wittgenstein. Champagny kommt zu dem Schluß, daß Preußen vernichtet werden müsse, um mit den Spolien desselben die Königreiche Sachsen und Westphalen stärker zu machen.

Wohl glaubte nun Hardenberg, dem dies Memoire zu Handen kam, nicht, daß Napoleon's eigener Sinn dahin gehe, da die Anweisungen an St.-Marsan keinerlei Absichten dieser Art verriethen. Aber seine Stellung wurde doch schon dadurch, daß der Gedanke in Betracht gezogen war, eigenthümlich modificirt; er mußte sich hüten, den populären Bewegungen freien Spielraum zu lassen: denn eben das würde ihn in Napoleon's Augen verdächtig und seine Stellung unhaltbar gemacht haben. Sein Liberalismus mußte sich ganz auf seine organisatorische Thätigkeit beschränken, welche doch auch dahin zielte, den Staat administrativ und militärisch zu einer intensiven Macht zu erheben. Hardenberg lebte der Meinung, Napoleon werde hochherzig genug sein, um die Wiedererstarkung Preußens gern zu sehen; er werde selbst durch öffentliche Beweise seines Vertrauens den Credit des Staates wiederherstellen helfen, um an demselben einen sicheren Bundesgenossen zu haben.

Das Bedenkliche dieser Lage gelangte zur vollen Evidenz, als nun die erwähnten Zerwürfnisse zwischen Rußland und Frankreich hervortraten. Für kein anderes Land der Welt waren sie so bedeutend, wie für Preußen: denn wenn es wirklich zum Kampfe zwischen diesen beiden Mächten kam, so wurde das preußische Gebiet allem Anschein nach der Schauplatz desselben. Schon die Vorbereitungen dazu drohten verderblich zu werden. Selbst die Möglichkeit lag vor, daß ein neues Verständniß der beiden Mächte Verabredungen zum Nachtheil Preußens herbeiführte. Aber auch eine andere Aussicht ließ sich fassen: Preußen konnte den Streit zwischen den beiden Mächten benutzen, um zu einer Verbesserung seiner Gesammtlage zu gelangen. An und für sich leidet es keinen Zweifel, daß die Neigungen des Königs und des dirigirenden Ministers sowie des Volkes für Rußland waren; denn diese Macht verfocht doch das große Princip der Unabhängigkeit der europäischen Staaten, auf welchem auch die Zukunft von Preußen beruhte. Aber noch war in frischem Gedächtniß, zu welchen verderblichen Verwickelungen das letzte Bündniß mit Rußland geführt hatte. Und unleugbar verfolgte Rußland doch auch andere Absichten, die seinen besonderen

Intereſſen entſprachen. Welch ein Schickſal aber hatte man zu erwarten, wenn man ſich mit Rußland verband und von Frankreich deshalb angegriffen wurde! Die Erhaltung des Staates ſchien eher das Gegentheil rathſam zu machen. Von Anfang an ſtellte der Miniſter Goltz dem franzöſiſchen Geſandten für den Fall eines Bruches mit jener Macht die Verbindung Preußens mit Frankreich in Ausſicht. Wenn aber dieſer darauf erwiderte, er wünſche die preußiſchen Propoſitionen zu hören, ſo zog man in Berlin vor, daß ſolche von franzöſiſcher Seite kämen. St.-Marſan ließ hierauf vernehmen, daß Preußen entweder ein Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich eingehen, oder dem Rheinbunde beitreten möge. Gegen das letztere wandte Goltz ein, es würde den Ueberreſt der Unabhängigkeit aufheben, den Preußen noch habe; denn die Mitglieder des Bundes ſeien verpflichtet, ihr Truppen-Contingent der Verfügung des Kaiſers zu überlaſſen, eine Verpflichtung, der ſich Preußen bei dem Range, den es noch einnehme, nicht unterwerfen könne: ſie würde dem Geiſte der Nation ganz zuwiderlaufen [1]). Es blieb alſo nur das erſtere, die Allianz, übrig, für welche Napoleon ſich im Allgemeinen geneigt ausſprach.

Nicht ohne inneres Widerſtreben hat damals Friedrich Wilhelm den Fürſten Hatzfeld nach Paris geſchickt, um Napoleon wegen der Geburt des Königs von Rom zu beglückwünſchen. Hatzfeld war ſehr franzöſiſch geſinnt: er ſah das Heil von Preußen in der Union mit Frankreich und hielt dieſe Geſinnung für die des Staatskanzlers. In einem vertraulichen Schreiben Hardenberg's wurde der Zweck ſeiner Unterhandlung dahin beſtimmt, zu bewirken, daß Napoleon Preußen auf eine Weiſe an ſich knüpfe, die ſeiner Größe würdig ſei und deſſen Dank verdiene [2]).

Wie Hardenberg dies verſtand, zeigen die Propoſitionen, die er am 14. Mai 1811 durch Kruſemarck an Napoleon gelangen ließ. Es wurde dem Kaiſer für die Kriege, in die er in der Nähe der

1) Qu'une des obligations imposées aux Confédérés du Rhin était l'abandon de leurs contingents de troupes à la disposition de l'Empereur et que cette condition était imcompatible avec le rang que le Roi tenait parmi les têtes couronnées, et pour tout dire, avec l'esprit de la nation qui répugnerait à l'emploi des troupes prussiennes dans des pays lointains et dans guerres qui étaient étrangères à la Prusse.

2) Qu'il oublie nos torts, qu'il se plaise à s'attacher la Prusse d'une manière digne de sa grandeur, par la reconnaissance. Hardenberg au prince de Hatzfeld, 30 mars 1811.

preußiſchen Grenze verwickelt werden könne, eine den Kräften des Landes entſprechende Hülfsmacht angeboten; die preußiſchen Truppen ſollten als beſonderes Corps agiren, unter der Führung eines preußiſchen Generals, jedoch unter dem Oberbefehl des Kaiſers ſelbſt oder des von ihm beſtimmten Generals en Chef. Dagegen würde der Kaiſer die Integrität und Unabhängigkeit Preußens garantiren und dieſelbe von den Rheinbundesfürſten und dem Herzogthum Warſchau garantiren laſſen. Da nun aber bei einer ſolchen Verbindung ein volles gegenſeitiges Vertrauen vorausgeſetzt werden müſſe, ſo erwartet der König vor Allem: Rückgabe der Feſtung Glogau, auf welche er ein vertragsmäßiges Recht habe, nachdem die Hälfte der Contribution abgezahlt ſei; ferner Verzichtleiſtung auf den Reſt der Contribution, ſobald es zum Kriege komme, da der König unmöglich beide Verpflichtungen zugleich erfüllen könne; endlich die Aufhebung der für die Stärke des Beſtandes der preußiſchen Armee feſtgeſetzten Beſchränkungen, da eine Augmentation derſelben für die Theilnahme an dem Kriege ſchlechterdings nothwendig werde. In Bezug auf den Antheil an den glücklichen Waffenerfolgen, der für Preußen bewilligt werden könnte, überlaſſe der König Alles der Entſcheidung des Kaiſers; aber es gebe einen Punkt, der vorläufig erledigt werden müſſe: um bei den bevorſtehenden Kriegswirren nicht unmittelbar ſelbſt betroffen zu werden, wünſche der König, daß ein Theil Schleſiens, und zwar der an Oeſterreich grenzende, für neutral erklärt werde; er ſoll als Aſyl für ihn ſelbſt und für ſeine Familie dienen[1]).

---

1) La Prusse mettra à la disposition de la France un corps de troupes auxiliaires proportionné à ses moyens. Les troupes auxiliaires Prussiennes n'agiront que réunies dans un seul corps conduit et mis sous les ordres speciaux d'un commandant en chef prussien. Ce corps sera employé de préférence à la défense de la Prusse et de ses frontières; mais il concourra à l'exécution du plan général d'opération et sera sous ce rapport ou sous les ordres immédiats de S. M. l'Empereur, ou sous ceux du commandant en chef de toute l'armée alliée. Le Roi espère que S. M. Imp. et Rle. n'insistera plus sur l'article de la convention du 8 septembre 1808 qui s'oppose à l'augmentation de l'armée prussienne, cette augmentation devenant dans tous les cas indispensable à raison du besoin qu'on pourrait en avoir pour le but convenu; que S. M. l'Emp. aura égard à la juste réclamation de la restitution de la place de Glogau; que S. M. l'Emp. daignera souscrire à une diminution et prolongation des termes du payement de la contribution, proportionnées aux fraix que causeront au Roi les préparatifs

Dieſe Anträge ſind nach allen Seiten hin wohl erwogen; ſie enthalten die Punkte, die zur Behauptung der Selbſtändigkeit des Staates, wenn die Allianz zu Stande kam, nothwendig waren. Kruſemarck wurde beauftragt, alles zu vermeiden, was bei Napoleon Verdacht erwecken könne: aus den Antworten deſſelben werde man ſehen, ob er bei ſeinen politiſchen Combinationen Preußen als eine Monarchie beſtehen zu laſſen gedenke [1]). Eine Frage, von der doch alles Uebrige abhing. Hardenberg war damals ſehr gegen eine Allianz mit Rußland, die, ſagte er, allerdings vorzuziehen wäre, wenn nur eine feſte und uneigennützige Politik bei Kaiſer Alexander vorwaltete; aber noch in dieſem Augenblick beſtehe derſelbe auf der Eroberung der Moldau und Wallachei, ſtatt ſich mit deren Unabhängigkeit zu begnügen; er beabſichtige ſogar die Vereinigung Polens mit ſeinen übrigen ungeheueren Beſitzungen; dadurch gerathe er in eine Entzweiung mit Oeſterreich und reize dieſen Staat zu einer heftigen Feindſeligkeit. Auch Preußen werde dadurch auf das bedenklichſte betroffen; beſſer wäre es noch, wenn Polen ein unabhängiges Königreich würde, obwohl auch das für Preußen in Bezug auf die Oſtſeeprovinzen eine ſehr bedenkliche Seite habe. Aus dieſem Grunde widerrieth Hardenberg „dem Gefühl ſeines Herzens zuwider" die Allianz mit Rußland: die Exiſtenz Preußens ſei in Gefahr, wenn es ſich mit Rußland verbinde; die Gefahr eines

---

nécessités par son engagement et à ceux déjà causés par la défense des côtes; que pour le cas inévitable de la guerre S. M. J. voudra bien lui accorder la remise entière de la contribution. S. M. (le Roi de Prusse) se flatte, qne S. M. l'Emp. voudra bien se charger de la garantie de l'indépendance, de l'intégrité et de l'état actuel des États et possessions du Roi. Pour tous les autres avantages à briguer en retour de l'offre gratuite de cette alliance, le roi s'en remet avec confiance à l'amitié et à la générosité de son auguste allié. Le Roi se flatte que S. M. l'Emp. voudra consentir et s'employer à St. Pétersbourg et partout où il en sera besoin à ce qu'une partie de la Silésie avoisinante à l'Autriche soit déclarée ueutre afin que S. M. puisse en cas de nécessité fixer son séjour pendant la durée de la guerre.

1) La Prusse a-t-elle en effet trouvé comme monarchie une place dans les combinaisons politiques de l'Empereur, dès lors mon alliance dans les circonstances présentes doit nécessairement avoir du prix aux yeux de L. M. J., et nul doute en ce cas que, sauf peut-être de légères modifications, elle ne soit disposée à la négocier sur les bases que j'ai mises en avant. Aus der Inſtruction Kruſemarck's vom 14. Mai 1811.

Bündnisses mit Frankreich sei jetzt weniger drohend, später drohender und mithin eher zu vermeiden. Stelle Napoleon unannehmbare Bedingungen, so sei es besser, mit Ehre zu fallen, als mit Schande zu existiren.

Wenn es nun aber dergestalt auf die von Napoleon zu gewährenden Bedingungen ankam, so gerieth man darüber sofort in die größte Verlegenheit. Man hatte erwartet, Napoleon werde sich gegen Hatzfeld, der im Allgemeinen in Kenntniß gesetzt war, über die preußischen Vorschläge äußern. Hatzfeld hatte seine Abschiedsaudienz am 28. Juni 1811. Napoleon sprach seine Zufriedenheit mit der politischen Haltung des Königs aus sowie mit Hardenberg, der früher eine andere Meinung gehegt habe, jetzt aber auf die richtige zurückkomme; man möge nur die Factionen niederhalten. Er versicherte, daß er von Preußen nichts begehre; die vorgenommene Verstärkung seiner Truppen nach dem Osten hin sei nur in seiner politischen Lage begründet gewesen; jetzt aber habe sich diese so weit verändert, daß er einen Bruch mit Rußland nicht mehr fürchte. Von einer Allianz und den Erleichterungen, die Preußen durch dieselbe zu erlangen hoffte, schwieg er. Der Herzog von Bassano hatte geäußert, daß man auf die Allianz mit Preußen nicht eingehen könne, solange die Verhältnisse zu Rußland nicht entschieden wären.

Dies Stillschweigen aber machte in Berlin den unangenehmsten Eindruck: denn was Napoleon sage, laufe doch nur auf leere Worte hinaus, ohne alle verbindende Kraft. In Erstaunen setzte ein Gutachten von einem bekannten Franzosenfreunde, Ephraim, welches damals bei Hardenberg einging, der es französischen Inspirationen zuschrieb. Danach sollte das pommersche und westpreußische Küstenland, vielleicht auch ganz Ostpreußen an Napoleon abgetreten, oder doch zu dessen Verfügung gestellt werden, wogegen Preußen durch Bestandtheile in Polen und Sachsen zu entschädigen wäre, so daß es einen von Rußland ganz getrennten Staat ohne alle Verkehrsmittel mit demselben ausgemacht hätte. Hardenberg combinirt das mit den allgemeinen Tendenzen des Continentalsystems; „aber", ruft er aus, „was für ein armes, des Absatzes seiner Erzeugnisse, des freien Verkehrs beraubtes Land würde damit Preußen geworden sein"! Er legte das Gutachten ohne weitere Beachtung bei Seite. Aber alles, was geschah, mußte doch die lebhaftesten Besorgnisse erwecken. Alle Etappenstraßen füllten sich mit Franzosen, die Garnisonen in den besetzten Festungen nahmen unaufhörlich zu; an allen Grenzen

fanden Truppenanhäufungen ſtatt; Napoleon verweigerte hartnäckig die Räumung von Glogau, dem eingegangenen Vertrage zum Trotz. Ihn beſchäftigte vor Allem die Abſicht, eine ſtarke und unangreifbare Stellung gegen Rußland einzunehmen. Es iſt gewiß, daß er bereits die Beſetzung der noch übrigen preußiſchen Feſtungen in Ausſicht nahm[1]); er hatte ſie noch nicht befohlen, aber doch ſie vorzubereiten Anſtalt getroffen. Nicht, daß er ſchon damals Preußen noch weiter zu ſchmälern oder zu vernichten mit Beſtimmtheit entſchloſſen geweſen wäre: ſeine allgemeinen Verhältniſſe geſtatteten das nicht; aber er wollte es willenlos für ſeine Abſichten gebrauchen. Der König ſelbſt fürchtete das Aeußerſte. Die Dispoſitionen Napoleon's, ſagte er, ſeien immer die nämlichen, wiewohl demſelben die Zeit noch nicht gekommen zu ſein ſcheine, der Exiſtenz Preußens ein Ende zu machen.

In dieſer unerträglichen Lage wurde nun der Beſchluß gefaßt, den preußiſchen Staat in Vertheidigungszuſtand zu ſetzen. Es iſt immer mit vollem Recht als eine der großen Handlungen Hardenberg's angeſehen worden, daß er im Einverſtändniß mit dem dazu ſehr bereiten König energiſche Rüſtungen anordnete. Sein diplomatiſches Gewiſſen, wenn wir ſo ſagen dürfen, wurde dadurch beruhigt, daß Napoleon den Vertrag vom 8. September 1808 nicht beobachtete, ſo daß auch Preußen an denſelben nicht mehr gebunden zu ſein ſchien. Die Truppen wurden nun weit über die in dem Tractat feſtgeſetzte Anzahl vermehrt; jenes Syſtem, nach welchem eingeübte Soldaten wieder unter die Fahne gerufen werden konnten, wurde ausgeführt, neue Rekrutirungen angeordnet, die Feſtungen armirt. Die Politik des Cabinets neigte ſich wieder zu Kaiſer Alexander, welcher dem Könige zu Gemüth führte, daß eine Verbindung Preußens mit Frankreich zur Vernichtung der Unabhängigkeit Europa's beitragen werde; und ſich ſelbſt werde der König dadurch ſchwerlich retten, wie das Beiſpiel anderer Fürſten zeige, die mit Frankreich in Verbindung getreten ſeien; übrigens verſicherte er, ſeine Intention ſei nur friedlicher und defenſiver Natur. Die Geſammtlage tritt in dieſem Briefwechſel deutlich zu Tage. Der König drückt dem Kaiſer ſeine Hoffnung aus, der Nothwendigkeit überhoben zu werden, ſich mit Napoleon gegen ſeinen beſten Freund

1) Schreiben Napoleon's an den Generalinſpector der Artillerie, Grafen de la Reboiſière, vom 21. März 1811. Corresp. XXI, 466.

zu verbinden [1]); wenn der Krieg noch ein paar Jahre verschoben werde, so würden Preußen und Oesterreich Kraft gewinnen, sich zu demselben vorzubereiten. Wohin dann die Ideen des Königs gingen, zeigt die Bedingung, die er dem Kaiser für die Allianz in einem solchen Kriege vorschlägt: der Kaiser solle versprechen, wenn die Sache glücklich gehe, ihn mindestens in alle die Besitzungen wiederherzustellen, die der letzte Friede ihm geraubt habe, auch dann aber, wenn es unglücklich gehe, keinen Frieden zu schließen, ohne die Existenz und die Interessen Preußens zu sichern. Unter diesen Voraussetzungen sprach er aus, daß er sich im Fall eines Krieges an Rußland anschließen würde; er erinnerte den Kaiser an sein Versprechen, jeden Angriff auf Preußen als eine Kriegserklärung gegen Rußland ansehen zu wollen, zugleich aber auch an die Nothwendigkeit, für einen solchen Fall, der sehr möglich sei, unmittelbare Verabredungen zu treffen.

Da Kaiser Alexander geäußert hatte, seine Truppen könnten nicht zur Vertheidigung der Oder beitragen, weil sie bei weitem entfernter von diesem Flusse seien, als die Franzosen von der Elbe her, so faßte man für den äußersten Fall den Gedanken, daß der König sich nach Ostpreußen begeben und sich dort mit den Russen vereinigen solle; die märkischen Truppen sollten sich über die Oder zurückziehen, um entweder nach Schlesien oder nach Ostpreußen zu gehen; der König solle den Sitz der Regierung nach Königsberg verlegen. Scharnhorst war beauftragt, die Cooperation der Russen für Ostpreußen näher festzusetzen. Von Gneisenau liegt ein Gutachten vor, welches die idealisirende, immer auf das höchste Ziel und zugleich auf eine entschiedene Haltung dringende Stimmung desselben ausdrückt. Er beschwört den König, sich nach Ostpreußen zu retten, ehe es unmöglich werde; der König möge seine Streitkräfte nicht zu gering anschlagen; er habe bereits eine sehr ansehnliche Truppenschaar, und diese könne er um ein Fünftel vermehren, so daß er über 100,000 Mann ins Feld zu stellen im Stande sei; dann aber möge er einen Insurrectionskrieg nicht von der Hand weisen: sein ganzes Volk werde sich um ihn schaaren; schon häufig sei ein Fürst weniger durch stehende Heere, als durch die Liebe eines für seinen Herrscher begeisterten Volkes gerettet worden.

---

1) Schreiben des Königs an Kaiser Alexander vom 16. Juli 1811. M. Duncker, Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III., S. 366.

Gneiſenau beſorgt, daß der König ſeine Pläne deshalb verwerfen werde, weil ſie Poeſie ſeien. Der ganze Schwung ſeines Gemüthes offenbart ſich darin, wenn er betont, daß in Religion, Gebet, Liebe zum Regenten, zum Vaterland, zur Tugend auch Poeſie liege; keine Herzenserhebung gebe es ohne ſie [1]).

Dagegen ſprach ſich ein anderer General, deſſen Name unter den größten dieſer Zeit genannt werden ſollte, Friedrich Wilhelm von Bülow, einſt Gouverneur des Prinzen Louis Ferdinand, mit beachtenswerthen Gründen aus [2]). Er findet die Schwierigkeit eines Inſurrectionskrieges vor Allem darin, daß das Land eigentlich aus Provinzen beſtehe, die durch den Begriff der Ehre, den Friedrich der Große erweckt habe, vereinigt worden ſeien, dieſen Begriff aber ſchon wieder verloren haben [3]). Sein Rath iſt, die ganze waffenfähige Mannſchaft zum Gebrauch der Waffen zu erziehen und zwei Corps, das eine in Schleſien, das andere in Oſtpreußen, aufzuſtellen. König Friedrich Wilhelm III. erklärte ſich weder für das Eine noch für das Andere: ihm erſchien der Krieg unter allen Umſtänden als ein großes Uebel, es wäre denn, man finde Generale, „die nicht bloß geſtickte Kragen und Federhüte zu tragen verſtehen, ſondern ſolche, die mit heroiſcher Entſchloſſenheit und Einſicht Truppenmaſſen zu führen wiſſen, um die unerfahrenen, nicht im Kriege geübten, auf die Bahn der Ehre und des Sieges (denn nur dieſer entſcheidet) zu leiten. — Wo aber ſind dieſe? Antwort: Ich weiß es nicht". Er konnte nicht ahnen, daß er hier zwei ſolche Männer vor ſich hatte. Jedoch war er in der That entſchloſſen, noch einmal das Aeußerſte zu verſuchen und ſich nach Oſtpreußen

---

1) Pertz, Gneiſenau II, S. 188; vergl. M. Duncker: Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III., S. 370.

2) Das Memoire Bülow's iſt vom 19. Auguſt 1811 datirt.

3) „Der Staat war von jeher in ſeinen einzelnen Theilen durch Herkommen, Verfaſſung und innere Einrichtung getrennt, ſo daß eine jede Provinz nur ihr eigenes Intereſſe beobachtete und zum Zwecke hatte; das allgemeine Staatsintereſſe aber war nur wenigen aufgeklärten, patriotiſch denkenden Köpfen anſchaulich; da nun keine Einheit im Staate exiſtirte, ſo konnte auch kein eigentlicher Nationalgeiſt hervorgebracht werden. Zu den Zeiten Friedrich's des Großen exiſtirte etwas, was einem ſolchem Nationalgeiſte ähnlich ſah; allein es war nur ein während der Kriege durch die Großthaten dieſes großen Mannes hervorgebrachtes militäriſches Ehrgefühl, welches bei der damaligen Generation ſehr lebhaft und kräftig wirkte, welches aber bei den kommenden Generationen ſchwinden mußte, da es nicht mehr gleichmäßig genährt und unterhalten werden konnte."

zu begeben; er nahm bereits Bedacht darauf, daß alles, was von Werth sei, vor dem Feinde gerettet werde. Ein Kampf der Verzweiflung, in welchem Brandenburg und das besondere Dasein des Staates aufgeopfert und nur die allgemeine Stellung desselben gerettet werden sollte, schien bevorzustehen. In diesem Sinne hat sich Hardenberg gegen Ende des August 1811 gegen St.-Marsan selbst geäußert. Er sagte dem Gesandten: der König sei noch immer geneigt, sich an Napoleon anzuschließen, wenn er dessen volles Vertrauen genieße; sollte ihm aber dies Vertrauen nicht zu Theil werden, sollte im Falle des Krieges sein Gebiet eine Invasion erfahren, so würde er sich für beschimpft erachten in den Augen von Europa; er würde es vorziehen, mit den Waffen in der Hand unterzugehen; aus diesem Grunde habe er beschlossen, seine Festungen und seine Armee auf den Kriegsfuß zu setzen. Die Absicht war es zwar nicht, aber es war der Erfolg, daß die zum Widerstand gegen die Franzosen angeordneten Rüstungen auf diese selbst Eindruck machten und sie bestimmten, auf die verzögerte Unterhandlung einzugehen.

Noch hatte Napoleon den Krieg gegen Rußland nicht definitiv beschlossen. In einer berühmt gewordenen Allocution, die er am 15. August an Kurakin richtete, hat er der russischen Regierung heftige Vorwürfe gemacht, aber die Aussicht eines Verständnisses noch aufrechterhalten. Die nächste Wirkung hatte dies in Preußen. Hardenberg widerrieth jetzt jene Abreise des Königs aus dem Grunde, weil daraus auf ein Verständniß zwischen Rußland und Preußen geschlossen und hiedurch der Ausbruch des Krieges beschleunigt werden würde. Und wenn die Franzosen auf der anderen Seite über die begonnenen Rüstungen Beschwerde erhoben und deren Sistirung nicht ohne Drohungen forderten, so ließen sie doch zugleich erkennen, daß, sobald man ihnen einigermaßen entgegenkomme, die Unterhandlung über die preußischen Propositionen ernstlich vorgenommen werden sollte.

Der König, der sich bei seinen Eröffnungen in Rußland Unterhandlungen mit Frankreich vorbehalten hatte, entschloß sich wirklich, einen begütigenden Brief an Napoleon zu richten, in welchem er versprach, einige der zur Vermehrung der Truppen schon entworfenen Ordres zurückzuhalten; er willigte ein, die Fortificationsarbeiten von Colberg und Spandau einstellen zu lassen. Die dabei beschäftigten Soldaten — es waren Krümper — wurden zu Wegebesserungen verwendet; auch dagegen remonstrirte St.-Marsan, weil die Leute dabei doch immer zusammengehalten würden. Ueberhaupt

war der Verdacht der Franzosen sehr lebendig und rege. Wenn Blücher in Colberg die Arbeiten hatte fortsetzen lassen, so wurde er abberufen und durch Tauentzien ersetzt. Sehr widerwärtig war den Franzosen der Empfang, den Blücher bei seiner Rückkehr in Berlin fand. Ausdrücklich hat Davout in einer Conversation, die er in Magdeburg mit Jordan hatte, dies mißfällig erwähnt. Aber noch viel weiter gingen seine Beschwerden; sie betrafen den Geist der deutschen Literatur, namentlich auch die Doctrinen der Professoren der neuen Universität Berlin: man trage dort Grundsätze vor, die für die gesellschaftliche Ordnung gefährlich und mit dem Geiste der französischen Regierung absolut im Widerspruch seien; zugleich höre man die jungen Officiere sich ausdrücken, wie vor dem Feldzuge im Jahre 1806.

Man bemerkt überall eine Strömung des Geistes und der Gesinnung von unleugbarer Spontaneität zur Seite der Staatsregierung, deren diese nicht entbehren konnte, aber doch nicht vollkommen mächtig war. Unter diesen Umständen, die nicht viel Gutes verhießen, begannen die Unterhandlungen mit Frankreich von neuem.

Am 29. October erklärte der französische Gesandte: Napoleon nehme die Allianz mit Preußen an, jetzt einer Macht zweiten Ranges, die ernstlich damit beschäftigt gewesen sei, sich nach dem erlittenen Verlust wiederherzustellen; ihrer militärischen Hülfe bedürfe er aber nicht: er glaube zu einem Kriege mit Rußland genügend vorbereitet zu sein. Nochmals wurde die Alternative gestellt, daß Preußen entweder in den Rheinbund eintreten, oder daß es eine Offensiv- und Defensivallianz mit Napoleon auf alle künftigen Zeiten eingehen solle. Die Beschränkungen der Allianz, auf welche Preußen angetragen hatte, wurden verworfen: sie solle für jeden Krieg in Europa gelten, zu Lande oder zur See. Die Hülfeleistung von Preußen sollte 20,000 Mann betragen; über die Verwendung derselben könne der Kaiser keine Bedingung eingehen. Die geringe Hülfsmacht, die er fordere, mache es unnöthig, die stipulirte Contribution nachzulassen oder eine größere Augmentation der Armee zu gestatten. Auch Glogau werde er nicht zurückgeben; für den Krieg mit Rußland könne er diese Festung nicht entbehren. Von dem Antheil an den zu machenden Eroberungen ward ausdrücklich abgesehen, zumal da der Krieg noch gar nicht ausgebrochen sei; nur die Neutralisation von Schlesien zur Sicherheit der Königlichen

Familie nahm Napoleon an, bemerkte aber, er könne nicht dafür einstehen, daß sie von russischer Seite anerkannt werde.

Die preußischen Bevollmächtigten Hardenberg und Goltz drückten ihr Erstaunen über diese Anträge aus, bei denen das Mißtrauen Napoleon's auf das stärkste hervortrete. Was schon Friedrich Wilhelm I. bei seinen Verträgen immer im Auge behalten, nämlich Preußen nicht in entlegene Kriege zu verwickeln, davon wollte auch Hardenberg nicht abweichen. In dieser Stimmung hat Hardenberg das Memoire vom 2. November ausgearbeitet, welches allgemein bekannt geworden ist. Es ist gewissermaßen das Gegentheil seiner früheren Anträge, in denen er die Gefahr eines Bündnisses mit Rußland hervorgehoben hatte. Jetzt stellte er die von Frankreich drohende in den Vordergrund. Auf der einen Seite erinnerte man sich immer, daß Rußland aus Napoleon's Händen preußische und österreichische Gebiete, Bialystok und einen Theil Galiziens, angenommen, auf der anderen aber, daß Napoleon befreundete Staaten doch völlig zertrümmert hatte. Diese beiden Befürchtungen erfüllten den Horizont. In diesem Augenblicke, ganz anders, als im Frühjahr, hielt Hardenberg die von Frankreich drohende Gefahr für die überwiegende: denn dessen Bestreben sei darauf gerichtet, Preußen in dem Zustande der Schwäche zu erhalten, in dem es sich befinde; niemals aber habe Napoleon die schwächeren Alliirten geschont, wie das Beispiel von Sardinien, Portugal, Spanien und Holland zeige; durch die Allianz mit Napoleon werde die Existenz des Staates keineswegs gesichert, sondern gefährdet.

So durchaus vorwaltend war jedoch die Autorität Hardenberg's nicht, daß der König unbedingt von seinen Rathschlägen abgehangen hätte. Die Monarchie dieser Zeit hatte einen consultativen Charakter in Bezug auf die Personen, welche das höchste Vertrauen besaßen. Die Absicht war, immer Alles zu erwägen und dann zu entscheiden. Die Unentschiedenheit ist nicht so sehr ein persönlicher Fehler, als ein Resultat der Lage der Dinge, die in den verschiedenen Momenten von den Persönlichkeiten, die man hörte, verschieden aufgefaßt wurde. Wir finden ein Gutachten des Cabinetsraths Albrecht, in welchem bei allem übrigen Schwanken doch der Grundsatz aufgestellt wird, daß ein mindermächtiger Staat im Kampfe von zwei großen Potenzen sich an die mächtigste von ihnen anschließen müsse, Preußen also in diesem Falle an Frankreich [1]). Hardenberg kannte

1) Das Gutachten Albrecht's ist vom 26. October 1811. Darin heißt es:

das Gutachten und ſuchte es zu widerlegen. Noch ein anderes aber liegt vor, welches eher eine Widerrede gegen ſeine letzte Vorſtellung enthält, von Friedrich Ancillon.

Bei Friedrich Wilhelm III. hatte Ancillon, der mit allgemeiner hiſtoriſcher und philoſophiſcher Bildung einen umfaſſenden Blick für die Politik verband, ein großes Vertrauen erworben; er war zum Civilgouverneur des Kronprinzen erwählt worden; ſeine Gutachten über die Hauptmomente der Politik begleiten die ganze Regierungsepoche Friedrich Wilhelm's III. Damals nun, eben in den Tagen, in denen man mit den Franzoſen unterhandelte, hat Ancillon über die obwaltende Kriſis ein bemerkenswerthes Gutachten abgegeben.

Er beginnt mit dem Grundſatz, daß man zwiſchen verſchiedenen Uebeln zu wählen habe, um das größte zu vermeiden; Jedermann ſei überzeugt, daß Preußen in dem bevorſtehenden Kampfe zwiſchen den beiden großen Mächten nicht neutral bleiben dürfe: es würde dann doch leicht von der einen fortgeriſſen und von der anderen zu Grunde gerichtet werden. Die Frage ſei jetzt: ſolle ſich Preußen in ſeine beſchränkte Lage finden und ſich noch neuen Beſchränkungen ausſetzen, oder ſolle es den Verſuch machen, ſeine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, auf die Gefahr hin, vernichtet zu werden. Für die erſte Pflicht jedes Staates erklärt es Ancillon, ſich ſelbſt zu conſerviren. Ein Individuum könne ſagen, es ziehe den Tod dem Zuſtande vor, in dem es ſich befinde; ſo könne aber der Staat nicht ſagen; unmöglich dürfe man das einem Fürſten rathen, der einen großen Staat repräſentire. Wohl wende man ein, durch einen Bund mit Frankreich werde die Exiſtenz nicht geſichert; allein welche Sicherheit könne es in einer Epoche geben, in der das europäiſche Gleichgewicht zerſtört ſei? Man müſſe ſich erinnern, daß die

---

„Es ſcheint kaum zweifelhaft zu ſein, ſich auf die Seite Frankreichs zu ſchlagen, ſchon aus dem natürlichen Grundſatz, daß der ſchwächere Theil zwiſchen zwei mächtigeren Nachbarn ſich dem ſtärkſten anſchließen müſſe. Eure Majeſtät haben ohnehin die Erfahrung gemacht, daß Rußland ohne Noth die gemeinſchaftliche Sache verlaſſen kann, daß keiner von allen ſeit 1805 geführten Kriegen bis zur Erſchöpfung geführt iſt, daß Uebermacht und Intelligenz von Frankreichs Seite und mancherlei Fehlgriffe von der anderen die reißenden Fortſchritte Napoleon's bewirkt haben, und es ſcheint kein ausreichender Grund, anzunehmen, daß eine abermalige Coalition der noch freiſtehenden Mächte, Rußland, Preußen, Oeſterreich, wenn die letztere auch beitreten ſollte, glücklicher ausfallen werde, als die früheren Verbindungen.“

Existenz Preußens für Napoleon als eine Nothwendigkeit erscheine; er würde es bereits zerstört haben, wenn das nicht der Fall wäre [1]); wohl höre man sagen, der Sieg Rußlands und Preußens, wenn sie sich vereinigten, sei so wahrscheinlich, daß die entgegengesetzten Betrachtungen gar keine Rücksicht verdienen. Ancillon findet das nicht so wahrscheinlich, namentlich da es bei den russischen Generalen an großen Talenten mangele; Europa und Preußen habe über die Unzuverlässigkeit der russischen Hülfe zu schmerzliche Erfahrungen gemacht; der Charakter Alexander's gewähre keinen sicheren Anhalt; dieser Fürst gehe leicht auf umfassende Pläne ein, lasse sie aber noch leichter fallen. „Ferne Gefahren erschrecken ihn nicht; in die Nähe gekommen, schlagen sie ihn nieder [2]). Die Siege der Russen werden zu keinem Resultate führen, ihre Niederlage dagegen zu einem übereilten Frieden. Die Russen bewegen sich langsam, die Franzosen mit der äußersten Geschwindigkeit; jene werden sich auf Vertheidigung beschränken, diese offensiv zu Werke gehen und in den weiten Ebenen keinen Widerstand finden." Sehr weit vorzudringen, würde für die Franzosen physische Gefahren herbeiführen; allein die großen Schläge würden an den Grenzen erfolgen und die Gefährdung der Hauptstadt die Russen zum Frieden veranlassen. Die preußische Armee werde sich unter allen Umständen tapfer schlagen; die Nation sei bei ihrer Anhänglichkeit an den König zu jedem Opfer bereit, der König, der sich keinen Hoffnungen hingebe, in seinem Unglück standhafter Natur. Allein man ermangele der nöthigen Hülfsquellen: der Krieg könne hier den Krieg nicht nähren, weil er im eigenen Lande geführt werde; das Land sei leicht zu überfluthen; es habe weder die Berge von Spanien, noch die Sitten und Religion der Spanier; es sei nicht zu erwarten, daß

---

1) s'il n'a pas fait (détruit la Prusse), c'est qu'il ne l'a pas voulu; s'il ne l'a pas voulu, c'est parce que l'existence de la Prusse lui est utile, c'est parce qu'il connaît le caractère national et l'attachement des sujets à leur prince, c'est parce que les expériences sanglantes qu'il a faites lui ont appris qu'il vaut mieux gagner les peuples et les souverains à ses intérêts que d'employer des mesures violentes pour les y faire entrer malgré eux.

2) Ce prince est prompt à concevoir de vastes plans et plus prompt à les abandonner; de loin rien ne l'étonne ni l'intimide, de près encore les dangers l'étourdissent et les revers l'abattent; il est plein des meilleurs intentions, mais il a fait autant de mal à ses amis que leurs ennemis ont pu leur en faire.

das Volk einen Pact mit der Armuth ſchließe, um ſeine Unabhängigkeit zu retten. Hardenberg, der auch zu dieſem Gutachten Anmerkungen gemacht hat, erinnert, daß Armuth und Unglück eher in der Unabhängigkeit zu erdulden ſeien, als in der Sklaverei; der Mangel an Hülfsquellen wirke im Bunde mit Frankreich noch ſchlimmer, als im Bunde mit Rußland. Ancillon fährt fort: Rußland werde immer einen erträglichen Frieden ſchließen können, nicht jedoch Preußen, das, alles weiteren Rückhalts ermangelnd, ſeine Exiſtenz verlieren werde. Im hohen Grade billigt er den Entſchluß, den Hardenberg bei dem Ausbleiben einer ſicherſtellenden Erklärung von Frankreich gefaßt habe, das Land zu bewaffnen, ſo daß es wieder zu einer gewiſſen Bedeutung gelangt iſt. Er erkennt das Ungenügende der neuen franzöſiſchen Propoſitionen an; aber er meint, daß ſie durch Unterhandlungen genügender gemacht werden könnten. Gerade aus ihrem Inhalt ſchließt er, daß es dabei auf keinen Betrug abgeſehen ſei, daß vielmehr die Exiſtenz Preußens dadurch geſichert werden ſolle.

So die Erwägungen, welche gepflogen worden ſind. Nicht aber auf dieſen allein beruhte die Entſcheidung des Königs. Hardenberg ſelbſt hat gerathen, die Ankunft Scharnhorſt's und deſſen Mittheilungen über die ruſſiſche Politik abzuwarten; werde ſich Rußland lediglich auf ſeine eigene Vertheidigung beſchränken, ſo werde man von allen Verpflichtungen gegen daſſelbe frei ſein. Scharnhorſt hatte nun in St.-Petersburg kein ausreichendes Verſprechen zu der Hülfeleiſtung Rußlands erlangt. Der Hauptantrag dieſes Generals war dahin gegangen, daß ein ruſſiſches Corps hart an der Grenze Oſtpreußens aufgeſtellt und daß auch den übrigen Corps der Befehl ertheilt werde, auf Benachrichtigung von Berlin, daß die Invaſion begonnen habe, gegen die Weichſel vorzurücken. Ihm ſchwebte immer der Gedanke vor, den Zuſtand wiederherzuſtellen, wie er im Jahre 1807 nach der Schlacht von Eylau geweſen war, und die damals begangenen Fehler zu vermeiden. Aber in Rußland waltete die Abſicht ob, ſich auf die eigene Vertheidigung zu beſchränken, und ſehr unzureichend waren die Hülfeleiſtungen, die es für Oſtpreußen in Ausſicht ſtellte [1]).

Von Scharnhorſt traf am 3. November ein vorläufiger Bericht über ſeine Miſſion ein, und man darf vorausſetzen, daß der-

1) Auszug aus dem Bericht Scharnhorſt's bei M. Duncker, Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III, S. 403 flg.

ſelbe neben ſo vielen anderweiten Erwägungen auf die Entſchließung des Königs Einfluß gehabt hat. Schon am 4. November ſchrieb der König dem Staatskanzler, daß er von einer Verbindung mit Rußland in dieſem Augenblicke abſtehe. Friedrich Wilhelm hatte allezeit das Ziel im Auge, welches man im Jahre 1805 zu erreichen gehofft. Eines ſeiner vornehmſten Argumente iſt, daß es ja doch unter den gegenwärtigen Umſtänden unmöglich ſei, die Franzoſen zum Rückzug über den Rhein zu nöthigen; nur die Verzweiflung könnte ihn in dieſem Augenblicke dahin bringen, die Waffen zu ergreifen; da Frankreich erträgliche Bedingungen mache, ſo ſei es beſſer, darauf einzugehen. Die einſt von Hardenberg hervorgehobene Idee, daß vor Allem die Exiſtenz gerettet werden müſſe, wurde von dem Könige, der ſie immer gehegt hatte, jetzt auf das nachdrücklichſte betont. Was ihn beſtimmte, war eben dieſer Gedanke und die Ueberzeugung, daß das eigentlich Wünſchenswürdige, die Befreiung Deutſchlands bis an den Rhein, ſich auch im beſten Falle nicht erreichen laſſe.

Die Nachrichten, welche aus Wien eintrafen und von dem Beitritt Oeſterreichs als einer wahrſcheinlichen Sache redeten, befriedigten den König doch nicht. Er faßte das Dilemma ſehr präcis: „wenn die Partei der guten Sache uns nicht Sicherheit geben will oder kann, um mit einigem Vertrauen den drohenden Gefahren zu trotzen, ſo wirft ſie uns wider Willen der Unterdrückung in die Arme.“ Doch will er noch einen Verſuch bei Oeſterreich machen, ſich aber nicht mit allgemeinen Phraſen abfinden laſſen: denn man ſpreche dort zwar gern von dem Intereſſe, das man an Preußen nehme, laſſe aber die Dinge gehen und ſuche von den Umſtänden Vortheil zu ziehen. Scharnhorſt wurde auch mit dieſer Miſſion betraut; er ſollte der letzten Rüſtungen gedenken, durch welche Preußen wieder zu einer militäriſchen Macht gelangt ſei, ſowie der Unterſtützung, die man ſich in dringendem Falle von Rußland verſprechen könne, und der Gefahr, die auch für Oeſterreich darin liege, wenn Preußen eine Allianz mit Frankreich eingehen müſſe; er ſoll es als den Wunſch des Königs bezeichnen, daß Oeſterreich und Preußen zwar auf Erhaltung des Friedens hinwirken, aber zugleich für den Fall, daß dieſes ohne Erfolg bleibe, eine Vereinbarung miteinander treffen; um einen Entſchluß darüber zu faſſen, auf welche Seite, die franzöſiſche oder die ruſſiſche, Preußen ſich ſtellen ſolle, müſſe es wiſſen, welche Unterſtützung es in letzterem Falle von Oeſterreich erwarten dürfe. Der König ſchrieb eigen-

händig: „Entweder der Beistand Oesterreichs bestimmt uns positiv oder eine ehrenhafte, wenn auch immer unglückliche Verbindung mit Frankreich“ [1]).

Scharnhorst hatte die Schwierigkeiten zu überwinden, die ihm aus dem Rufe seiner politischen Meinung erwuchsen. In Oesterreich hat man sich damals mit dem Gedanken getragen, ein Observationscorps zum Zwecke der Erhaltung des Friedens aufzustellen. Aber es brachte schon eine nicht geringe Gegenwirkung hervor, daß Napoleon seine Mißbilligung dieses Vorhabens, von dem ihm Kunde zukam, aussprach; die hauptsächlichste Schwierigkeit jedoch war, daß die finanziellen Mittel, über welche Oesterreich verfügen konnte, sich höchst unzureichend zeigten; wie die finanzielle Noth in Rußland zum Kriege antrieb, so hatte eine ähnliche in Oesterreich die Wirkung, zur Ruhe zu nöthigen: die politischen Interessen mußten vor den finanziellen zurücktreten. Obgleich Metternich die russische Politik durchweg verwarf, so rieth er doch zuletzt dem Könige von Preußen, auf die Verbindung mit Rußland einzugehen, weil in diesem Falle der Friede vielleicht noch erhalten werden könne.

Es bleibt immer sehr bemerkenswerth, daß man in Preußen der Verbindung mit Napoleon die Allianz der drei Mächte vorgezogen hätte. Diese war aber jetzt so wenig zu Stande zu bringen, wie einst zu Bartenstein oder im Jahre 1809.

Die beiden Parteien in Berlin waren in lebhafter Agitation, als Scharnhorst zurückkam. Die, welche das Heil von einem definitiven Anschluß an Rußland erwarteten, suchten auf seine Berichterstattung Einfluß auszuüben; aber die Lage der Dinge konnte nicht verhüllt werden. Wenn Metternich Gewicht darauf legte, daß Oesterreich immer der moralische Verbündete von Preußen sein werde [2]), so konnte das in einem Moment nicht genügen, in welchem eine rasche und effective Beihülfe vonnöthen gewesen wäre. Der Fall war eingetreten, in welchem der König eine Verbindung mit Frankreich für nothwendig erklärt hatte. In Folge der Weisung des Königs vom 4. November hatte Hardenberg zwei Tage darauf die St.-Marsan'schen Vorschläge mit Contrepropositionen beantwortet. Er sprach darin aus, daß Preußen von jener Alternative,

1) Schreiben des Königs an den Staatskanzler vom 4. November 1811, bei M. Duncker a. a. O. S. 416.

2) que l'empereur François regarderait toujours les intérêts de la Prusse comme les siens propres.

dem Beitritt zu dem Rheinbund oder der Offensiv- und Defensivallianz, die letztere vorziehe; — daß dieselbe aber für alle Streitigkeiten in Europa Gültigkeit haben solle, gehe über die Kräfte des Staates; die Kriege in Spanien, Italien und der Türkei müsse man von der Verpflichtung ausnehmen. Er besteht darauf, daß die von Preußen zu stellende Hülfsmacht möglichst ein besonderes Corps unter einem preußischen Befehlshaber bilden müsse; dabei würden andere Inconvenienzen vermieden; die Preußen würden Gelegenheit haben, ihre Tapferkeit zu beweisen, um den Beifall ihres Königs sowie den des Kaisers zu verdienen. Er nimmt zugleich Erleichterung der Kriegscontribution in Anspruch. Dagegen giebt er die Besetzung von Glogau durch die Franzosen bis zu dem Frieden mit Rußland nach. Die Neutralität von Schlesien wird dankbar angenommen, zugleich aber die Forderung eines Antheils an den zu machenden Eroberungen, welche dem Herkommen entspreche, wiederholt. In einer Instruction an Krusemarck wurde vornehmlich die Aufhebung der für Preußen erniedrigenden Bestimmung, nach welcher die Truppenzahl, die es halten dürfe, festgesetzt worden war, beantragt.

Napoleon war damals nicht gegen den Abschluß einer Allianz mit Preußen; aber er ließ vernehmen: sollte es jemals von ihm abfallen, so werde er es vernichten.

Doch nicht allein auf die continentalen Verhältnisse kam es ihm an; er wünschte zugleich, Preußen in seinen Krieg gegen England fortzuziehen. Es darf nicht Wunder nehmen, daß er, im Begriff, mit Rußland zu brechen, doch wieder vor allen Dingen auf seinen Gegensatz zu England zurückkam: denn eben aus diesem entsprang sein größter Hader mit der russischen Regierung. Das Continentalsystem sollte in Preußen ebenso ausgeführt werden, wie das in Frankreich geschehe. Frankreich und Preußen sollten auf immer gegen England gemeinschaftliche Sache machen. In dem Entwurf eines zweiten, gegen die continentalen Mächte, welche Frankreich oder Preußen bekämpfen möchten, gerichteten Vertrages trat Napoleon in einigen Punkten von seinen ursprünglichen Forderungen einen Schritt zurück; er gab nach, daß Frankreich bei einem Kriege in Spanien, Italien oder im Gebiete der Türkei keine Hülfe von Preußen in Anspruch nehmen dürfe; für den Fall eines Krieges mit Rußland soll eine besondere Convention geschlossen werden. Die französische Antwort war noch weit entfernt, die preußischen Minister zu befriedigen. Besonders waren sie über die vorgeschlagene

Perpetuität eines Bundes gegen England und über die Verweigerung der Einwilligung in eine Vermehrung der Truppen mißvergnügt. Mancherlei Berathungen wurden darüber gepflogen. Noch einmal ergriff Ancillon die Feder, hauptſächlich zu dem Zwecke, den er auch erreichte, den König zu überzeugen, daß die Gefahr eines Bündniſſes mit Rußland bei weitem mehr ins Gewicht falle, als die eines ſolchen mit Frankreich. Am 15. Januar 1812 ſprach ſich der König in einem Billet an Hardenberg für den Anſchluß an Frankreich aus. Noch immer verlangte er jedoch Erleichterung in der Contributionszahlung, Rückgabe der Feſtungen nach dem Frieden oder nach Abzahlung der Contribution, Vermehrung der Truppen, ſei es auch nur, um die Nation für die Allianz zu gewinnen [1]). Dagegen geſtand er die gegen England geforderte Ausrüſtung von zwei Linienſchiffen und einer Fregatte, wenn es nicht anders ſein könne, zu.

Für Napoleon hätte es auch jetzt noch eine Frage ſein können, ob er auf eine Allianz unter dieſen Bedingungen eingehen, oder ob er ſich des, wie er wohl wußte, innerlich widerſtrebenden Preußens mit Gewalt verſichern ſollte; er hat wohl ſelbſt ſeine Verwunderung ausgeſprochen, daß er dem König ein ſo ausgedehntes Gebiet gelaſſen habe. Das Erſtere bot ihm den Vortheil dar, Preußen ungehindert durchziehen zu können und ſich dann mit der Gewalt eines Bergſtromes, wie er ſagte, an den Niemen zu ſtürzen. Dagegen wäre es ein Unternehmen von der größten Schwierigkeit geweſen, ſich jener weiten Gebiete, die jetzt zu einem gewiſſen Widerſtande gerüſtet waren, mit Gewalt der Waffen zu bemächtigen. Er hat gegen Czernitſcheff geäußert: ein ſolches Unternehmen würde den Krieg gegen Rußland unverzüglich zum Ausbruch bringen, was er jedoch nicht wünſche. Seine Politik war jetzt, Oeſterreich und Preußen zum Kriege gegen Rußland fortzureißen, ohne vorher nochmals mit dieſen beiden Mächten ſich ſchlagen zu müſſen; ſo geſchwächt ſie auch waren, würden ſie ihm, beſonders wenn ſie ſich miteinander verſtändigten, einen Widerſtand haben entgegenſetzen können, der ſeinem Unternehmen gegen Rußland den Charakter eines Coalitionskrieges gegeben hätte. Von Oeſterreich war eine Verbindung mit Rußland an ſich nicht zu erwarten, da ſich die beiden Regierungen noch immer in heftigem Antagonismus be-

1) pour nationaliser l'alliance.

wegten, Alles kam darauf an, ſich Preußens zu verſichern, durch deſſen Gebiet, wenn es zum Kriege kam, der Durchzug nothwendig genommen werden mußte.

Dem aber ſetzte ſich die noch nicht erledigte Differenz über die Contribution entgegen, eine finanzielle Schwierigkeit, die nicht minder ins Gewicht fiel, als die politiſchen Bedenken. Für das Verſtändniß der Angelegenheiten iſt nothwendig, dieſelbe näher in Betracht zu ziehen, obgleich ſie in eine etwas andere Sphäre der Geſchäfte gehört. Von der Contribution, die mit den Zinſen 127 Millionen betrug, waren im Laufe der Zeit 72 Millionen abgezahlt worden. Von den hiernach noch reſtirenden 55 Millionen ging der Werth der nach Magdeburg gelieferten Colonialwaaren, die auf 13 Millionen angeſchlagen waren, ab; aber noch immer blieben dann 42 Millionen, deren Abzahlung in Baar beinahe als eine Sache der Unmöglichkeit erſchien. Nun hatte ſich in Frankreich ſelbſt, unter den Freunden des Miniſters Maret, Herzogs von Baſſano, eine Geſellſchaft gebildet, welche dem preußiſchen Staat als Preis für die Domänen, die ſie abkaufen wollte, 26 Millionen anbot. Man ging in Berlin auf dieſen Vorſchlag ein, jedoch mit dem Vorbehalte des Wiederkaufes der Domänen binnen einiger Jahre. Die Regierung bot fünf Jahre an, die Käufer wollten nur zwei Jahre zugeſtehen. Aber auch dann blieb noch die Verpflichtung übrig, alle Monate eine halbe Million einzuzahlen, um die ganze Schuld zu tilgen. Die Verhältniſſe waren ebenſo geſpannt wie beſchwerlich. Die widerwärtigſten perſönlichen Prätentionen von Seiten des franzöſiſchen Miniſters traten hervor [1]). Wenn nun Napoleon, als er mit der preußiſchen Unterhandlung Ernſt machte, zugleich die Abſicht kundgab, die politiſche und die finanzielle Frage miteinander zu verbinden, ſo faßte man in Berlin den Gedanken, den Durchzug der Franzoſen, den man an ſich verabſcheute, zur Erledigung der Contributionsforderung zu benutzen, und fand in dem Commiſſar, der in dieſer Angelegenheit nach Frankreich geſchickt wurde, dem Staatsrathe Beguelin, eben den Mann, der dazu gehörte, um ihn durchzuführen. Es war ein Beamter von legaler Hingebung, voll von Kenntniß der Sache und von Verſtand. Seine Berichte machen

1) Schöll iſt in ſeiner Erzählung über die Jahre 1811 und 1812, welche überhaupt mannichfaltiges Detail in ſich ſchließt, hierüber ſehr ausführlich. Wir übergehen dieſe gehäſſigen Einzelheiten.

einen durchaus befriedigenden, würdigen Eindruck. In einer mehrſtündigen Audienz bei dem Miniſter Herzog von Baſſano legte nun Beguelin, ohne die bisherigen Verabredungen geradezu zurückzunehmen, doch die faſt unüberwindliche Schwierigkeit dar, die es haben würde, ſie ins Werk zu ſetzen: denn Preußen ſei nicht im Stande, eine halbe Million alle Monate einzuzahlen und zugleich die Einrichtungen zu treffen, die für den unmittelbaren Durchmarſch der Franzoſen erforderlich wären; er ſchlug vor, zwei Drittel der noch rückſtändigen Contribution durch die Lieferungen zu decken, welche die preußiſche Regierung für die franzöſiſche Armee übernehme, für das letzte Drittel einen Zahlungsaufſchub ohne weitere Zinſen eintreten zu laſſen. Auch bei den franzöſiſchen Miniſtern bemerkte man Verſchiedenheiten der Meinung und der Direction. Champagny hätte eine Vernichtung des preußiſchen Staates nicht ungern geſehen; der Herzog von Baſſano war für die Erhaltung deſſelben; es machte Eindruck auf ihn, wenn Beguelin ihm ſagte, daß die Allianz mit Frankreich zwar von dem Könige und ſeiner nächſten Umgebung gebilligt werde; aber im Lande gebe es eine große Partei, welche ſie verwerfe, weil ſie mit immer neuen Beläſtigungen verbunden ſei; der König würde ſich glücklich fühlen, wenn er ſeinen Unterthanen durch die Allianz zugleich eine Erleichterung und eine Sicherheit für die Zukunft verſchaffe. Auf den Vortrag des Miniſters nahm nun auch Napoleon dieſe Vorſchläge an; ſie ſind die Grundlage des finanziellen Vertrages, der am 24. Februar 1812 zur Ausführung der im Jahre 1808 getroffenen Verabredungen zum Abſchluß kam. Im erſten Artikel wird feſtgeſetzt, daß während des Aufenthaltes der franzöſiſchen Truppen auf preußiſchem Gebiet und während des Krieges mit Rußland, wenn es zu einem ſolchen komme, die Zahlung der Contribution in Gelde ſuspendirt ſein ſolle. In Stelle der Zahlung wird der Kaiſer die Lieferungen an Lebensmitteln und Munition, die der König ihm leiſte, annehmen; dieſe werden in den folgenden Artikeln näher beſtimmt. So höchſt beſchwerlich die Beſchaffung der zu liefernden Gegenſtände auch war, ſo hielt Beguelin dennoch für geboten, die Convention, wozu er im Einzelnen nicht einmal bevollmächtigt war, abzuſchließen. Seine Betrachtung iſt ſehr einfach [1]): man würde, ſagte er, ge-

1) Schreiben Beguelin's an Hardenberg vom 27. Februar 1812. „Worin ich glaube einiges Verdienſt zu haben, iſt, daß ich gewagt habe, zu unterzeichnen, ohne meine Inſtruction abzuwarten. Hätte ich auf letztere gedrungen,

zwungen gewesen sein, die Lieferungen zu leisten, wobei mannichfaltige Excesse zu befürchten gewesen wären, ohne alle Abrechnung auf die Contribution; diese würde vielmehr zu gleicher Zeit mit aller Strenge eingetrieben worden sein: denn man würde das Vertrauen in den guten Willen Preußens verloren haben. Wenn Napoleon sich die Zinszahlungen vorbehalten hatte, so erklärte er, das solle nur dazu dienen, um die Leistungen Preußens um so mehr zu sichern; Preußen könne über seine Pfandbriefe verfügen und ein neues Anlehen darauf begründen; er seinerseits werde Alles thun, um Preußens Credit zu heben.

Der finanzielle Vertrag war an sich keineswegs ein politischer; aber er machte einen solchen möglich. Indem Bassano dem preußischen Gesandten Krusemarck von dem Abkommen Nachricht gab [1]) (es geschah am 22. Februar; denn an diesem Tage war man bereits einig geworden, obwohl der Vertrag erst vom 24. Februar datirt ist), fügte er hinzu, daß Napoleon die preußischen Propositionen zu einem Allianzvertrage überhaupt mit leichten Modificationen angenommen habe: den förmlichen Abschluß wünsche er ohne den Verzug, welchen das Hin- und Herschicken von Courieren erfordere, bewerkstelligt zu sehen, auch deshalb, weil er den Marsch seiner Truppen nicht länger aufschieben könne. Die Modificationen waren nicht so ganz leicht und unbedeutend; sie bezogen sich hauptsächlich auf das Verhältniß zu England. Um das Continentalsystem zu wahren, wurde eine besondere Convention getroffen. Eine zweite war gegen Rußland gerichtet, obgleich der Krieg gegen diese Macht

---

so würde das größte Mißtrauen entstanden sein, und es hätten die unsäglichsten Nachtheile erzeugt werden können. — Durch die geschlossene Convention hört das Ausströmen des Geldes nach Frankreich auf. Dieses Ausströmen war um so lästiger, als durch den Wechselcours mehr gezahlt werden mußte, als man effective schuldig war. Man zahlt nicht mehr mit Geld, was man nicht hat und man nur durch verzehrende Anleihen sich schaffen konnte, sondern mit Menschen und Pferdekräften, die vorhanden sind, oder die man im Lande findet, und endlich mit Gegenständen, die man zwar aus der Ferne entnehmen muß, wobei man jedoch den Ankauf durch Terminalzahlung sich erleichtern kann. — Durch die Convention überzeugt sich die Nation sowohl als der Fremde, daß der Allianz-Tractat nicht bloß eine Maßregel als Folge politischer Conjunctur ist, sondern daß es des Kaisers ernstlicher Wille ist, den Staat seines Alliirten, des Königs von Preußen, zu heben und von dem Drucke zu befreien."

1) Bassano sagte zu Krusemarck: on avait seulement voulu stimuler le gouvernement prussien à mettre tout en œuvre pour se libérer.

noch nicht als unabwendbar bezeichnet wurde. Sie enthielt in ihrem 2. Artikel solche Bestimmungen, die nach Napoleon's Meinung das preußische Corps besser in Stand setzen sollten, vereinigt zu bleiben. Wenn er im 4. Artikel die Commandanten von Kolberg und Graudenz seinem großen Generalstabe unterordnete, so sagte er doch, das geschehe bloß, um den Samen des Mißtrauens vollends zu ersticken; aber auf Krusemarck's Erinnerung bewilligte er, daß keine französischen Truppen in diese beiden Plätze einrücken sollten. Die Exemption von französischen Durchzügen gestand Napoleon für Potsdam zu, nicht jedoch für Berlin: der König möge als General selbst urtheilen, ob sie für dieses möglich sei. Eine wichtige Rücksicht bildete die Bestimmung über Schlesien; der Antrag des Königs ging ursprünglich auf die Neutralität der ganzen Provinz; Napoleon wollte dieselbe anfangs nur für Oberschlesien und Glatz bewilligen; erst später fügte er, um dem Könige die Wahl einer Residenz möglich zu machen, Breslau hinzu; Schweidnitz in die Neutralisation aufzunehmen, lehnte er ab, weil er dieses Platzes für die Communication mit Böhmen bedürfe, wie er denn nunmehr schon darauf rechnete, auch Oesterreich an sich heranzuziehen.

Die Forderung des Königs, die Armee um 6000 Mann vermehren zu dürfen, wurde im Vertrage mit Schweigen übergangen. Der Kaiser sagte: der Grund davon liege nicht im Mißtrauen, sondern in dem Aufwande, den das für den König verursachen würde, und der ganz ohne Nutzen sei.

Ohne Verzug sollte Krusemarck die neue Redaction der Verträge unterzeichnen; er erhielt nur eine Bedenkzeit von 24 Stunden. Auch Krusemarck war dazu keineswegs bevollmächtigt; aber er zog in Betracht, daß der König den Abschluß wünsche und die Lage der Umstände denselben dringend mache. Und niemals ist der Regierung die Eigenmächtigkeit eines Gesandten besser zu statten gekommen; denn da so eben Schwedisch-Pommern von den Franzosen eingenommen wurde und sie unter mancherlei Vorwänden auf preußischem Gebiete sich zeigten, wie denn eine Division in die Mark eindrang, so war es höchst erwünscht, daß der Courier mit dem am 24. Februar unterzeichneten Vertrage noch zu rechten Stunde eintraf, um einen Conflict zu verhüten. Beguelin erklärte es für ein Glück, daß er die Convention habe schließen können in einem Augenblick, wo der Staat bereits umzingelt, die Feinde Preußens (er meint im französischen Ministerium) im Begriffe waren, den Sieg davonzutragen, und das Zutrauen nur durch den raschesten

Entſchluß hergeſtellt werden konnte. Die Verträge wurden unverzüglich ratificirt (4. März) [1]).

Für die Herſtellung der Selbſtändigkeit Preußens ſind dieſe Verträge nicht ohne Werth. Aber freilich ſind ſie noch weit entfernt, eine ſolche anzuerkennen oder zu gewähren. Sie feſſelten den Staat an eine Sache, die ſeinem Princip eigentlich entgegenlief. Auch war es, nachdem die Angelegenheit lange hin und her erwogen worden, in der letzten Stunde ein Act der Ueberraſchung und Gewalt, durch den ſie zu Stande kamen.

1) Martens, nouvel recueil I, 414 ff. de Clercq II, 354 ff.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederherstellung (1806—1813).

Fünfter Abschnitt.

Die Erhebung im Jahre 1813 und die Reconstruction des Staates.

Viertes Buch.

Niederlage Preußens und Beginn seiner Wiederherstellung (1806—1813).

Fünfter Abschnitt.

Die Erhebung im Jahre 1813 und die Reconstruction des Staates.

Erſtes Capitel.

Napoleon in Rußland.

Wie alles, was Napoleon ſagt, ſo ſind auch die Aeußerungen, die er in einem Geſpräch mit dem preußiſchen Geſandten Kruſemarck über die allgemeine Lage machte, von großem Intereſſe; er erwähnte darin mehr als einmal den Frieden von Tilſit, durch welchen er den Kaiſer Alexander zu ſeinem Syſtem gegen England herbeigezogen habe: der dort geſchloſſenen Verbindung danke es Rußland, daß es nach erlittenen Niederlagen Erwerbungen gemacht habe, die der Kaiſerin Katharina mitten in ihren Siegen wie ein Traumbild erſchienen wären; aber Rußland beobachte die damals eingegangenen Verpflichtungen nicht. Zuerſt habe er ſich durch den Ukas, welcher dem franzöſiſchen Handel Hinderniſſe in den Weg legte, verletzt gefühlt, nicht wegen des commerciellen Intereſſes, ſondern weil er den Geiſt erkannt habe, der im Cabinet von St.-Petersburg vorwalte; dies Cabinet glaube, wenn es nur keinen Frieden mit England ſchließe, könne es alles thun, was ihm beliebe. Rußland verſehe den halben Continent mit Zucker, aber in Rußland wachſe kein Zuckerrohr; ſo verhandele es auch andere von England her importirte Artikel, zum größten Schaden für Frankreich; ſonſt würde er auf den Erfolg des Continentalſyſtems zählen können, wie man aus den mannichfaltigen Bankerotten erkenne, welche engliſche Handelshäuſer erlitten. Ein ſolches Verfahren könne er nicht dulden; ſolange er noch im Stande ſei, zu Pferde zu ſteigen, werde er die gegen ihn eingegangenen Verbindlichkeiten nicht verletzen laſſen. Seit jenem Ukas habe er ſich im Stillen vorbereitet; er befinde ſich jetzt in einer Lage, in der er nichts zu fürchten brauche. In Rußland meine man, er ſei in Spanien zu ſehr beſchäftigt, um eine wahrhaft furchtbare Macht nach einer anderen Seite hin aufzuſtellen; darin irre man ſich jedoch; er könne die auf der pyrenäiſchen Halbinſel

befindlichen 40—50,000 Engländer einstweilen daselbst dulden; sie würden doch nichts Entscheidendes ausrichten [1]). Zuerst müsse er den Krieg im Norden zu Ende führen, dann könne er sich wieder gegen Spanien wenden; er werde jenseit des Niemen stärker erscheinen, als die Russen. Man behaupte, in Rußland 300,000 Mann unter den Waffen zu haben: wahrscheinlich seien es nur 200,0000; wie sich das aber auch verhalte, wer wolle sie führen? „Ich werde", sagte er, „mit 400,000 Mann gegen die Russen anrücken, und ohne mich zu rühmen, glaube ich doch durch lange Erfahrung und fortgesetzte Studien die Fähigkeit erworben zu haben, die größten Massen in Bewegung zu setzen. Der Feldherr ist die Seele der Armee; er verstärkt sie um mehr, als die Hälfte. Ich erschrecke, wenn ich an die Folgen des Krieges denke; Alexander wird sie mit blutigen Thränen beweinen. Welche Katastrophe steht ihm selbst bevor; denn seine Nation wird ihm ihr Unglück zuschreiben. Ich wünsche den Krieg nicht, auch Alexander will ihn nicht; aber ich fürchte, er glaubt, seine Ehre stehe auf dem Spiele. So kann auch ich um kein Jota zurückweichen. Wenn es zwischen zwei großen Mächten so weit gekommen ist, muß die eine oder die andere an ihrem Glanze einbüßen; wenn die Ereignisse bis auf einen gewissen Punkt gediehen sind, kann Niemand ihnen mehr Einhalt thun" [2]).

In St.-Petersburg setzte man noch Hoffnung auf die Mittheilungen, welche Czernitscheff aus Paris bringen werde; Napoleon hielt jedoch in der Hauptfrage an seiner Ansicht fest: Rußland möge auf die Bedingungen von Tilsit zurückkommen; Jedermann wisse, daß die Flagge der Neutralen englische Ladung decke. Aber auch Alexander meinte in seinem Rechte zu sein; er sagte Lauriston: zu Tilsit und zu Erfurt habe er immer den Handel mit den Neutralen vorbehalten, bei späteren Decreten sei er nicht gefragt worden; solle er verpflichtet sein, die Decrete des französischen Kaisers auszuführen? Man sieht: der Entschluß Napoleon's, das Continentalsystem unter allen Umständen durchzusetzen, und die Schwierigkeit,

---

1) 40 ou 50,000 Anglais y auront moins mauvais jeu, mais ne perviendront certainement pas à se mettre en possession de la presqu'île et à en chasser mes armées. Ce n'est donc que partie remise.

2) Ich entnehme dies aus einer ausführlichen Depesche Krusemarck's, von Schöll's Hand abgeschrieben, der sie betitelt: „Audience du général Krusemark du 17 décembre 1811."

welche Rußland dagegen erhob, bilden den Kern der großen Controverse.

Noch einmal hatte Friedrich Wilhelm III. gleichsam in der zwölften Stunde einen Versuch gemacht, ein gutes Verständniß herzustellen. In dieser Absicht hatte er den Obersten Knesebeck nach St.-Petersburg geschickt, um Kaiser Alexander zu ersuchen, den Frieden zu erhalten, von welchem das Heil der Welt und das Heil seines eigenen Reiches abhange: Napoleon werde zum offenen Bruche schreiten, wenn Rußland nicht durch einige zufriedenstellende Erklärungen sich herbeilasse, ihn zu beruhigen. Knesebeck hatte zwei Audienzen bei Alexander, in denen von den großen Angelegenheiten die Rede war. In der ersten trug er dem Kaiser die Besorgniß des Königs vor, daß der Friede im Norden gebrochen werde: denn Rußland versammele an seinen Grenzen gewaltige Heeresmassen; Kaiser Napoleon rüste überall in Deutschland, er verstärke seine Garnisonen an der Oder und Weichsel; ein Zusammenstoß zwischen den beiden großen Mächten scheine demnach bevorzustehen; für Niemanden aber liege darin eine größere Gefahr, als für Preußen; es werde vielleicht das Theater für die beiderseitigen Kriegsoperationen werden. Der König beschwöre daher den Kaiser Alexander, durch eine nähere Explication Napoleon zu beruhigen; denn das Schweigen zwischen beiden Mächten sei drückend und verkünde Unheil. Der Kaiser antwortete: auch er wünsche die Erhaltung des Friedens; wenn er Truppen an seinen Grenzen versammelt habe, so sei er dazu durch die Verstärkung der Franzosen an der Weichsel veranlaßt worden; Napoleon vermehre seine Garnisonen in Danzig, Küstrin und Stettin; er gebe dem Könige Glogau nicht zurück und befestige Praga, Thorn, Modlin und andere Plätze; die Ansammlung russischer Truppen solle nur zur Vertheidigung dienen; er, der Kaiser, habe seine Friedensliebe durch die Haltung bewiesen, mit der er die Besetzung von Oldenburg, Hamburg, Lübeck und neuerdings von Schwedisch-Pommern sich habe gefallen lassen; Rußland bleibe bei den getroffenen Verträgen stehen und habe nichts zu erklären; er habe die Absicht gehabt, Jemanden nach Paris zu schicken, sobald als sein Friede mit den Türken geschlossen sei; aber er fürchte, diese Mission werde dem französischen Kaiser nicht mehr angenehm sein. Knesebeck erwiederte: er glaube das Gegentheil; solle noch Jemand gesandt werden, so müsse das auf der Stelle geschehen; denn sonst wäre zu fürchten, daß der Krieg anfange, ehe die dazu bestimmte Persönlichkeit von St-Petersburg abgegangen sei. Romanzow, der schon

im voraus die Sendung Kneſebeck's für unnöthig erklärt hatte, weil ja Rußland den Krieg nicht wolle, ſondern Frankreich, widerſetzte ſich auch jetzt der Sendung eines beſonderen Bevollmächtigten; er wiederholte, Rußland habe keine Explicationen zu geben, auch nicht über die Sache von Oldenburg, welche zu geringfügig wäre, um einen Krieg herbeizuführen.

In einer zweiten Audienz kamen die Handelsverhältniſſe zur Sprache. Alexander verſicherte, daß er auch in dieſer Hinſicht die Tractate halte; er ſtehe in keiner commerciellen Beziehung zu England; der Verkehr mit den Neutralen gebe viel zu reden, bedeute aber in Wahrheit nur wenig; Rußland könne ſich ihn nicht entreißen laſſen; er, der Kaiſer, ſei keine Verpflichtung eingegangen, die denſelben verbiete; und die Nation habe Rechte, deren Berückſichtigung ſie von ihm fordern könne; an der Spitze einer ſo großen Macht, wie er ſie unter den Fahnen habe, zurückzuweichen, würde ſeiner Ehre zuwiderlaufen, um ſo mehr, da Napoleon alle Tage eine drohendere Haltung annehme. Unter dieſen Umſtänden dürfe er ſelbſt keinen Geſandten an Napoleon ſchicken; denn er würde damit Furcht verrathen.

Als Kneſebeck der ungünſtigen Umſtände, unter denen Rußland den Krieg beginnen werde, gedachte, fiel Alexander mit der Bemerkung ein: im übrigen könne man hinzufügen, daß er kein Kriegscapitän ſei, wie Napoleon, und keine ausgezeichneten Generale habe; allein er habe alles das erwogen; auch werde er gewiß nicht der Angreifer ſein, wohl aber einem Angriff guten und langen Widerſtand entgegenſetzen; er könnte auch jetzt, wie ſchon im vorigen Jahre, ſeine Grenze überſchreiten, um mehr Terrain zu gewinnen; das liege ihm jedoch fern: er erwarte den erſten Kanonenſchuß des Feindes auf ruſſiſchem Gebiete; dann werde der Krieg beginnen [1]). Zu den übrigen Streitigkeiten kam durch die nunmehr vollzogene Allianz zwiſchen Frankreich und Preußen eine neue. Dem Könige von Preußen hat der Kaiſer Alexander in ſeinem Herzen deshalb nicht eigentlich gegrollt; er drückt ſeinen Schmerz darüber aus, daß ſie nunmehr Feinde werden würden, und macht dem König einige Vorwürfe darüber; aber er ſchließt doch mit der Verſicherung, er werde der Freund deſſelben bleiben bis in den Tod. Dagegen be-

1) Ich folge hiebei den Berichten Kneſebeck's, wie ſie von Schöll mitgetheilt, dann aber auch anderweit in die Oeffentlichkeit gebrungen ſind. (Fain, Manuscrit de 1812. I, 129.)

ſchwerte ſich Alexander deshalb ſehr ernſtlich über Napoleon: der Grundſatz des Friedens von Tilſit, daß es zwiſchen den beiden großen Reichen unabhängige Staaten geben müſſe, wie eben Preußen und das Herzogthum Warſchau, ſei dadurch verletzt: er fordere jetzt die Räumung des preußiſchen Gebietes, in welchem dem Vertrage zuwider das franzöſiſche Kriegsheer immer weiter vorrücke. Kurakin ſagte dem Kaiſer Napoleon: das Auftreten franzöſiſcher Truppen an der Oder ſei eine Kriegserklärung gegen Rußland. Napoleon gab über dieſe Bemerkung eine nicht geringe Entrüſtung kund: darin liege eine Zumuthung ungefähr wie jene, als ihn Preußen 1806 aufgefordert habe, ſeine Truppen über den Rhein zurückzuziehen; ſie enthalte eine Beleidigung; man möge ihm nicht mehr davon reden. Wir erfahren, daß Bennigſen das Vorrücken der Franzoſen im preußiſchen Gebiete eben ſo anſah, wie Alexander, und denſelben aufforderte, nun auch ſeinerſeits in das Herzogthum Warſchau einzudringen. Napoleon bemerkte ſchon gegen Kurakin: der Unterſchied zwiſchen beiden Reichen liege darin, daß die ruſſiſchen Bewegungen gegen ihn nur durch Gebiete geſchehen könnten, die ihm befreundet ſeien: er nahm die Miene an, als müſſe er Preußen vertheidigen.

Das war nun die Stellung der beiden großen Mächte unmittelbar vor dem Kriege: Rußland entſchloſſen, ſich den Handel mit den Neutralen nicht entreißen zu laſſen, weil es ſeine inneren Verhältniſſe nicht erlaubten; Napoleon zum Angriff fertig, um ſeinem Continentalſyſtem in dem Kriege gegen Rußland das Siegel der Vollendung aufzudrücken. Alexander repräſentirte die Unabhängigkeit eines großen Reiches; Napoleon lebte und webte in der Tendenz, jeden widerſtrebenden Willen zu beugen. Wollte Napoleon den Krieg mit Rußland oder wollte er ihn nicht? Sein ganzer Gedanke ſpricht ſich in der Weiſung aus, die er ſeinem Geſandten Lauriſton gab: die 450,000 Mann, die er in Bewegung ſetzte, ſeien dazu beſtimmt, dem Cabinet von St.-Petersburg ernſte Betrachtungen einzuflößen und es zu dem Syſtem von Tilſit zurückzuführen, zugleich auch Preußen wieder in die untergeordnete Stellung zu bringen, in welcher es ſich damals befand [1]). Sagen wir es mit einem Worte: es ſollte nur noch Einen Willen auf dem Continent geben, eben

1) L'Empereur ne met aucune confiance dans une négotiation quelconque à moins que les 450 mille hommes que S. M. a mis en mouvement ne fassent faire de sérieuses réflexions au cabinet de St.-Pétersbourg.

den, welcher in den Decreten Napoleon's ausgesprochen wurde. Der Gedanke ist verwegen, grandios und des Kopfes würdig, der ihn faßte. In Rußland meinte Napoleon auch England zu bezwingen. Das französische Reich würde Europa und dadurch die Welt beherrscht haben.

Dem Kaiser der Franzosen gelang es, auch Oesterreich in seinen Bund zu ziehen. Diese Macht wurde durch ihre Antipathien gegen Rußland bewogen, sich ihm anzuschließen. Vollkommen Recht hatte Napoleon, wenn er in der Discussion über Moldau und Wallachei den Russen sagte, die Frage berühre ihn wenig; sie sei eigentlich eine österreichische. Es war die Superiorität Rußlands in der Türkei, was den Widerwillen Oesterreichs erweckte und es abhielt, den Anträgen, die Scharnhorst überbrachte, beizustimmen. Oesterreich ergriff die Partei Napoleon's, selbst auf die Gefahr hin, daß Polen wiederhergestellt werden könnte, für diesen Fall behielt es sich Entschädigungen in den illyrischen Provinzen vor, die ihm mehr bedeuteten, als die polnischen.

Das große Unternehmen wurde durch eine Fürstenzusammenkunft, in der Napoleon als das Oberhaupt Aller erschien, in Dresden eingeleitet. Ein Triumph für ihn, daß Kaiser und Kaiserin von Oesterreich sich in Dresden bei ihm einstellten. Es bildete gleichsam einen Uebergang zu der neuen Autorität in Deutschland, wenn hier das frühere Reichsoberhaupt bei dem neuen Gewalthaber, dem Deutschland unterthäniger war, als seit vielen Jahrhunderten einem eigenen Kaiser, erschien. Die Kaiserin von Oesterreich mag das empfunden haben; neben ihr trat die Gemahlin Napoleon's, welche sich dem französischen Wesen vollkommen anschloß und demselben den Vorzug vor dem deutschen zu geben schien, in einer Art von Superiorität der Macht und des Glanzes auf. Gleich nach der Ankunft des Kaisers lud Napoleon auch den König von Preußen ein, da er ihn doch in Berlin nicht würde aufsuchen können. Der König, der den Kaiser schon durch seinen Oberkammerherrn hatte begrüßen lassen, traf am 26. Mai in Dresden ein, begleitet vom Staatskanzler und vom Kronprinzen.

In dem Verhältniß Frankreichs zu Preußen waren bereits einige Aenderungen eingetreten: die Contribution war durch die Lieferungen so gut wie getilgt. Napoleon war zufrieden damit[1]);

1) Sehr auffallend ist jedoch die Weisung, die er dem mit dem Lieferungswesen beauftragten General Matthieu Dumas ertheilte: après le compte

aber er hatte sich schon wieder einen Uebergriff erlaubt: er hatte die Festungen Spandau und Pillau militärisch besetzen lassen, weil ihm dies für die Ruhe der beiden Hauptstädte und die Sicherheit der Communicationen nothwendig schien. Er entschuldigte sich jetzt, daß er es gethan habe, ohne durch die Convention dazu autorisirt zu sein: er habe den Abschluß derselben nicht durch neue Weitläufigkeiten verzögern wollen; auch sei die Maßregel keineswegs politisch, sondern nur militärisch [1]). Auf preußischer Seite waltete dieselbe Rücksicht ob, und man fügte sich in das Unvermeidliche; der Zwischenfall hatte keine Störung in dem guten Vernehmen zu Folge [2]).

Unwillkürlich wird man bei dieser Zusammenkunft an die erinnert, welche vor einundzwanzig Jahren eben dort in der Nähe der sächsischen Hauptstadt, in Pillnitz, stattfand, an der die beiden deutschen Herrscher zur Zeit ihrer Väter Theil genommen hatten, und die dann zu den Feindseligkeiten der Franzosen den Anlaß gab. Damals war das Uebergewicht der Würde und der Macht auf Seiten der beiden Verbündeten; sie erklärten sich in dem Sinne, den ihnen die Rücksicht auf den König und die Königin von Frankreich und deren Gefahren einflößte. Es war die Gewalt der Revolution, der sie zögernd, aber doch provocirend entgegentraten. Diese hatte nun in langen, blutigen Kriegen den Sieg erfochten; sie war

---

établi, la Prusse restera encore reliquataire. Matthieu Dumas, Souvenirs III, S. 411.

1) Le duc de Bassano lui (Hardenberg) fera comprendre que, comme politique, je me fie à la Prusse, mais que, comme militaire, je ne puis laisser les places de Pillau et de Spandau dans d'autres mains que les miennes, et qu'il faut que je sois maître d'en changer la garnison tous les jours et toutes les fois que je le jugerai convenable, que mon premier sentiment avait été de demander la remise de ces places par le traité, mais que c'eût été une clause déshonorante pour la Prusse. Note pour le ministre des relations extérieures 27 mai 1812. Correspondance. XXIII, S. 437, N. 18728.

2) Bei Schöll wird das Motiv angegeben: le roi décida qu'on ne devait pas exciter des difficultés sur des objets de moindre conséquence. Ein Motiv für die Reise des Königs war, daß er dem Könige von Sachsen einen Besuch machte und den Kaiser von Oesterreich sah. In dem Schreiben an Napoleon, in welchem der König die Einladung annimmt, fügt er hinzu: ce sera en même temps une occasion agréable de me trouver avec LL. MM. l'Empereur d'Autriche et le roi de Saxe. Schon Schöll bedauert, über die Verhandlungen bei dieser Entrevue nichts in den Acten gefunden zu haben.

in einem der größten Kriegsmänner aller Jahrhunderte repräsentirt. Selbst die beiden Mächte unterstützten jetzt den letzten Versuch desselben, die Hoheit über den gesammten Continent in seine Hand zu bringen, die eine mehr freiwillig, die andere mehr gezwungen; eine Widerrede war nicht möglich. Zur Seite der beiden Oberhäupter waren die minder mächtigen deutschen Fürsten, die dem neuen Imperator ihre angebliche Souveränetät verdankten, zu seinen Füßen erschienen. Man vermißte den König von Westphalen; die Gemahlin desselben war allein gekommen; Napoleon sagte wohl, er könne die Dienstgeschäfte eines seiner Generale nicht unterbrechen, einer Frau zu Gefallen [1]). Das alte deutsche Reich gruppirte sich in dieser Umwandlung um Napoleon; man bemerkte, daß die Hingebung, welche die Fürsten bewiesen, den Unterschied zwischen Franzosen und Deutschen gleichsam aufhebe. Sollte das aber auf immer Bestand haben, der deutsche Name auf immer in dem Glanze des französischen untergehen? Niemand scheint daran gedacht zu haben; aber über der Versammlung schwebte doch ein düsteres Gefühl, wenn wir aus der Stimmung schließen dürfen, die sich bei dem Abschiede zeigte: Napoleon sprach alsdann mit jedem der Fürsten, jeder Prinzessin; sie waren alle gerührt, Napoleon selbst war es.

Noch einmal war ein Gesandter Napoleon's, Narbonne, nach Wilna gegangen, nicht um eigentliche Unterhandlungen anzufangen, welche so lange verschoben werden sollten, bis die Armee an die Weichsel vorgerückt sei, aber um die Gesinnungen des russischen Kaisers zu erforschen. Napoleon war noch in Dresden, als Narbonne zurückkam mit dem Berichte, daß in Bezug auf die commerciellen Fragen nichts bei Alexander zu erreichen sei; er fordere vielmehr, daß Preußen von den Franzosen geräumt werde, und sei entschlossen, den hartnäckigsten Widerstand zu leisten.

In Napoleon erschien die Einheit der romanischen und germanischen Völker des westlichen Continents in größerem Umfang, als selbst unter Karl dem Großen; denn weder über Deutschland noch über Italien, welches damals den Franzosen zum größten Theile unterworfen war, übte Carolus Magnus eine Autorität aus, wie sie jetzt in den Händen Napoleon's war; überdies aber, das Reich der Karolinger stand im engsten Bunde mit dem im Emporkommen zu einer universalen Macht begriffenen Papstthum und der katholischen Kirche, welche Napoleon nur insofern duldete, als sie ihm

1) Mémoires du Roi Jérôme, VI, 31.

unterthänig war. Die Kräfte des Occidents in Italien, Frankreich, Deutschland und einigen slawischen Dependenzen wurden jetzt vereinigt, um den großen Schlag auszuführen, der die Weltherrschaft Napoleon's consolidiren sollte.

Den drei Divisionen, die unter Davout an den beiden letzten Kriegen entscheidenden Antheil genommen hatten, waren drei andere hinzugefügt worden, in denen Holländer, Spanier, Polen und Hanseaten mit einigen Contingenten des Rheinbundes vereinigt waren, ungefähr 90,000 Mann. Noch nicht die Hälfte dieser Zahl begriff das Armeecorps unter Oudinot, bei dem sich außer den Franzosen, die sich ebenfalls rühmen konnten, große Dienste geleistet zu haben, Schweizer und Holländer befanden. Unter Marschall Ney dienten die Divisionen, die früher unter Massena und Lannes vielen Ruhm erworben hatten, zugleich mit den Würtembergern, Nachkommen der alten schwäbischen Landsknechte. Unter dem Vicekönig von Italien waren die Ueberbleibsel der früheren italienischen Armee französischen Ursprungs mit den Italienern des Königreiches, die sehr wohl eingeübt worden waren, und der königlichen Garde vereinigt. Wie das vierte Corps eine italienische, so bildete das fünfte Corps eine polnische Armee unter Poniatowsky, der schon den Krieg von 1809 rühmlich mitgemacht hatte; es wurde vom Herzogthum Warschau besoldet. Mit dem vierten, dem italienischen Corps, sollte sich das sechste vereinigen, das hauptsächlich aus Baiern bestand. Dagegen sollten die Sachsen (siebentes Corps) sich den Polen anschließen; sie standen unter General Reynier. Das achte Corps sammelte sich unter Jerome bei Magdeburg; es bestand außer der Cavallerie aus Linienregimentern und Garde. Die Deutschen machten einen sehr ansehnlichen Bestandtheil dieser Armee aus: das sächsische Corps zählte 17,000, das westphälische 18,000, das baierische 25,000 Mann. Dem zehnten Armeecorps unter Macdonald waren die preußischen Hülfsvölker zugetheilt, an Zahl 21,000 Mann, unter den Generalen Grawert und York. Man erzählt, es habe auf Napoleon Eindruck gemacht, daß er bei der Heerschau anderwärts mit dem gewohnten Lebehoch empfangen worden sei, nicht jedoch von den Preußen; er habe dennoch ihre gute Haltung selbst seinen Garden zum Muster aufgestellt [1]). Macdonald kann die martialische

1) J. G. Droysen, Leben des Feldmarschalls Grafen York von Wartenburg I, S. 353.

Haltung und die gute Manneszucht der preußischen Truppen nicht genug rühmen; er preist sich glücklich, daß er die Nachfolger der Kriegsmänner des großen Friedrich unter seinem Oberbefehl habe [1]). Die Summe der zum Einfall in Rußland bestimmten Mannschaften kann auf eine halbe Million Streiter angeschlagen werden [2]).

In alten Zeiten haben barbarische Schaaren von ähnlicher Anzahl Invasionen in die Culturländer versucht; daß sich aber aus diesen ausgebildete Kriegsheere in so großen Massen nach fernen und halbbarbarischen Gegenden in Bewegung setzten, war noch niemals vorgekommen [3]).

Ursprünglich rechnete Napoleon bei seinem Unternehmen noch auf den Beistand Schwedens und der Türkei, der alten Bundesgenossen Frankreichs gegen Rußland [4]). Aber er hatte sich durch den Frieden von Tilsit die eine und die andere dieser Mächte entfremdet. Er hat den Türken selbst die Wiedereroberung der Krim versprochen, wenn sie mit 100,000 Mann an seinem Kampfe gegen Rußland Theil nehmen würden. Diesem Versprechen aber setzten die Engländer die Drohung entgegen, in einem solchen Falle das Uebergewicht ihrer Seemacht zur Eroberung der Dardanellen verwenden zu wollen. Es läßt sich schwerlich annehmen, daß der Pforte von den Theilungsplänen ihres Gebietes, über die zwischen Frankreich und Rußland unterhandelt war, nichts bekannt geworden sei. In dem Divan hatte sich eine starke Partei gebildet, die das Heil der Welt mehr in der Rettung ihres Landes im Bunde mit England, als in der Erweiterung desselben im Bunde mit Napoleon erblickte.

Die Schweden empfanden die Einwilligung Napoleon's in die Eroberung Finnlands durch die Russen als eine nationale

---

1) Schreiben Macdonald's an den König vom 25. Juni 1812.

2) Chambray, histoire de l'expédition de Russie, tom. I. Beilage II gibt aus den Papieren des französischen Kriegsministeriums 491,953 Mann Infanterie, 96,579 Mann Cavallerie, 21,526 Mann Artillerie u. s. w. an; mit den später hinzugekommenen rechnet er 647,158 Mann.

3) Um ein Beispiel zu finden, ist man auf den Zug des Darius gegen die Skythen zurückgegangen: doch waren die Perser selbst halbe Barbaren; und die Erzählung ist von Fabeln verdunkelt.

4) Am 30. März 1812 schreibt er: Les Russes ne peuvent pas ignorer que la Prusse, l'Autriche et probablement la Suède sont avec moi, que les hostilités recommençant en Turquie, les Turcs feront de nouveaux efforts. Correspondance XXIII, 349, N. 18622.

Beschwerde. Es machte, wie wir schon oben angedeutet, keinen Unterschied, daß einer der französischen Marschälle, Bernadotte, zum Thronfolger in Schweden unter dem Titel eines Kronprinzen erhoben worden war. Die Stellung Bernadotte's hatte insofern eine Analogie mit der Stellung Napoleon's, als auch bei ihm die Nationalgewalt, welche eine Thronveränderung herbeigeführt hatte, und die militärische vereinigt waren. Aber dabei fand doch auch ein durchgreifender Unterschied statt. Der Marschall hatte seine Gewalt nicht selbst gegründet, wie der Kaiser; sie war ihm auf Grund des Wahlrechtes der Nation in aller Form übertragen worden; die persönliche Gewalt stand bei Napoleon, die constitutionelle bei Bernadotte in dem Vordergrunde. Wenn sich der Marschall-Kronprinz in Schweden behaupten wollte, so mußte er sich ein Verdienst um die Nation erwerben: er ergriff resolut den skandinavischen Gedanken, der in der Vereinigung Schwedens mit Norwegen lag. Schon seit Jahrhunderten hatte derselbe den schwedischen Monarchen vorgeschwebt: die allgemeinen europäischen Erschütterungen boten jetzt die Gelegenheit dar, denselben ins Werk zu setzen. Auch in den vorhergegangenen Verhandlungen über ein Bündniß der Schweden mit Napoleon ist davon die Rede gewesen; man hat den Kaiser sogar einmal darauf aufmerksam gemacht, daß von Norwegen aus durch das geographische Verhältniß sich Gelegenheit bieten würde, mit leichter Mühe in Schottland, also in Großbritannien einzudringen. Allein Napoleon bedurfte in der Stellung, die er eingenommen, Dänemarks allzu sehr, um auf eine Trennung Norwegens von dieser Krone eingehen zu wollen. Bernadotte wandte dann sein Augenmerk auf Rußland. In dem Augenblicke, daß die Franzosen unter Davout in Pommern eindrangen, um ihr Continentalsystem auch hier eigenmächtig durchzuführen, schickte er einen Gesandten an den Kaiser Alexander, um den Frieden mit demselben herzustellen. Die Grundbedingung dabei war, daß die Schweden sich den Verlust von Finnland gefallen ließen; was Napoleon bewilligt hatte, um Rußland für sich zu gewinnen, wurde jetzt von den Schweden bestätigt, um Rußland in Stand zu setzen, ihm zu widerstehen. Rußland machte keine Schwierigkeit, dagegen in die Vereinigung Norwegens mit Schweden einzuwilligen. Man hatte guten Grund zu der Annahme, daß auch England dem beipflichten werde; wenn Bernadotte zu einigen Rüstungen in Schweden schreiten konnte, so war es hauptsächlich auf Kosten Englands geschehen. Ueberhaupt erscheint der Kronprinz von Schwe-

den schon durch die commerciellen Verhältnisse als der Repräsentant eines neuen Systems, welches England und Rußland verbinden sollte. In Königsberg empfing Napoleon eine Botschaft seines ehemaligen Marschalls, daß er sich zur Mediation zwischen Rußland und Frankreich anbiete, mit dem Bemerken jedoch: die wahren Feinde Schwedens seien die, durch welche die Unabhängigkeit des Nordens bedroht werde; das sei aber in diesem Augenblicke nicht Rußland, welches mehr bedroht sei, als selbst bedrohe. Dergestalt sonderten sich die beiden alten Verbündeten Frankreichs in diesem entscheidenden Moment von demselben ab; dagegen hatte Napoleon die Genugthuung, daß die Heere der vornehmsten Mitglieder der früheren Coalitionen, zu seiner Rechten ein österreichisches, zu seiner Linken ein preußisches, sich gegen Rußland in Bewegung setzten.

Wenn es noch eines Antriebes bedurfte, um ihn in seinem Entschluß zu einer Invasion zu bestärken, so lag ein solcher in der Ankunft eines Gesandtschaftssecretärs aus St.-Petersburg, der ihm berichtete, daß der Versuch Lauriston's, noch eine neue Unterhandlung mit Alexander zu eröffnen, von diesem zurückgewiesen sei.

Am 23. Juni Abends 11 Uhr begann der Uebergang über den Niemen aus dem preußischen in das russische Gebiet; die Division Morand, die den Kampf bei Auerstädt eröffnet hatte, führte ihn aus; die Armee ging in vier Abtheilungen über, Macdonald bei Tilsit, der Vicekönig von Italien bei Prenn, König Jerome bei Grodno, die Hauptarmee (Davout, Oudinot, Ney) bei Kowno, von wo sie sich, 200,000 Mann stark, gegen Wilna bewegte, wo Kaiser Alexander in diesem Augenblicke noch war.

Schon seit zwei Jahren hatte sich Alexander auf diesen Fall vorbereitet; die Armee war um das Doppelte verstärkt, die Festungen waren in Stand gesetzt worden. Man hatte sich wohl mit dem Plane getragen, den Franzosen entgegenzugehen, jedoch in Betracht gezogen, daß man dann Feindseligkeiten im Rücken, namentlich von den Polen, zu bestehen haben werde. In Litthauen hat man einmal den Gedanken gehabt, daß Alexander, der dort viele Anhänger erworben hatte, sich zum Könige von Polen erklären möchte [1]).

Eine ganz andere Richtung aber nahm die Bewegung der Geister in Warschau, von Napoleon, wiewohl mit einiger Zurückhaltung, unterstützt, so daß sich von dem Einrücken in das Herzog-

1) Oginsky, Mémoires sur la Pologne et les Polonais III, 40.

thum kein Erfolg hätte hoffen lassen. Auch die eigentlichen Grenzen des russischen Gebietes gegen einen Einfall zu vertheidigen, hielt man aus militärischen Gründen nicht für rathsam; überhaupt war man nicht geneigt, Napoleon mit der bewaffneten Macht entgegenzugehen und es auf eine Schlacht ankommen zu lassen. Ein Unternehmen dieser Art war für Preußen verderblich geworden, und hätte es auch für Rußland werden können. Vorlängst war die Meinung gefaßt, daß man es darauf nicht ankommen lassen dürfe. Der Gedanke knüpft an die Niederlage bei Friedland an, durch welche die Russen überzeugt worden waren, daß sie einen unmittelbaren Kampf mit Napoleon, Leib an Leib, nicht würden bestehen können. Doch hatte es eine Partei gegeben, welche auch dann eine Pacification nicht für unbedingt nothwendig hielt, sondern die Ansicht aussprach, daß man, immer zurückweichend, Napoleon in das Innere von Rußland selbst ziehen müsse, um alsdann aus der Defensive des Rückzuges zur Offensive gegen den schon ermatteten und geschwächten Feind überzugehen. Wir erfahren, daß der russische General Barklay de Tolly zu jener Zeit in Memel, wo er sich zur Heilung einer Wunde aufhielt, diesen Plan mit vieler Bestimmtheit entwickelt habe, und zwar gegen einen Mann, der es wohl werth war, daß man ihm große Gedanken eröffnete, Barthold Georg Niebuhr[1]). Man erfährt dann weiter, daß der gelehrte Militär Phull, der aus preußischen in russische Dienste übergetreten war, diese Auffassung schon damals getheilt hat. Seitdem aber war sie nach und nach im Stillen gereift. Phull selbst hat später in diesem Sinne den bevorstehenden Krieg zum Gegenstand von Vorträgen gemacht, die er dem Kaiser hielt, der den Krieg von ihm lernen wollte[2]). Von großem Einflusse war das strategische Vorbild Wellington's, von dem man annahm, daß er seine Siege in Folge seiner langen Operationslinien für rückgängige Bewegungen, die in verschanzten Lagern endigten, errungen habe. Kaiser Alexander hat schon im Mai 1811 an den König von Preußen geschrieben, daß dies das System sei, welches er befolgen wolle. Die preußischen Militärs waren damit nicht ganz einverstanden: denn das Beispiel von Wellington würde voraussetzen,

1) So berichtet General Matthieu Dumas, dem es Niebuhr selbst mittheilte. Souvenirs III, 416.

2) Memoiren des K. Preußischen Generals Freiherrn L. von Wolzogen, herausgegeben von A. von Wolzogen. S. 62.

daß der vordringende Feind noch von einer anderen Seite her bedroht werde; um einen ähnlichen Plan auszuführen, müßten die Russen wenigstens Oesterreich auf ihrer Seite haben. Ueberhaupt hat man den Russen sehr ernste Vorstellungen gegen ihr Vorhaben gemacht: Napoleon werde die Uebermacht haben und, indem er seinen Weg durch Litthauen nehme, wobei er leidlich bevölkerte Landstriche durchziehe, ungehindert gegen die Mitte des russischen Reiches vordringen; die Basis seiner Operationen werde die Weichsel bilden, so daß er immer einen nicht allzu fernen Rückhalt hinter sich haben werde. Es waren Betrachtungen dieser Art, welche Knesebeck bei der erwähnten Mission in St.-Petersburg vortrug, aber, wie wir wissen, ohne allen Erfolg. Die Russen meinten doch, wie er selbst berichtet, die Lage ihres Reiches biete der Vertheidigung große Vortheile über den Angriff dar: Moräste, Waldungen, Mangel an sorgfältig erhaltenen großen Straßen, wenig Wohnungen, Unfruchtbarkeit, und dies alles werde große Massen zu operiren verhindern, besonders wenn man bei der rückgängigen Bewegung das Land verwüste und sich nur in wohlgewählten Positionen halte [1]). Barklay scheint diesen Plan zuerst durchdacht zu haben [2]) und war jetzt auch berufen, ihn auszuführen.

Barklay de Tolly stammte aus einer schottischen, seit 1689 in Livland eingewanderten Familie; er wird von Napoleon als ein

---

1) Sonderbarerweise hat sich Knesebeck selbst diesen Plan zugeschrieben, den er doch in Wahrheit bestritten hat. Vergl. Lehmann, Knesebeck und Schön, S. 13 ff.; M. Duncker, Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III., S. 551. Subjectiv mag es seine Wahrheit haben; er mag davon überzeugt gewesen sein, daß Rußland sich nur auf diese Weise retten könne. Nach den Memoiren des Prinzen Eugen von Würtemberg (I, S. 297) hat er deducirt, daß Rußland sich ohne Preußen leicht vertheidigen könne, eine Angabe, die insofern mit der Erzählung Knesebeck's übereinstimmt, als es nach derselben hauptsächlich die ihm zu Gesichte gekommenen Pläne, den Krieg in dem preußischen Gebiete zu eröffnen, gewesen sind, wogegen er seine Polemik richtete. Leider hat der so hoch verdiente General, indem er seine Lebenserinnerungen für seine Kinder niederschrieb, keinerlei schriftliche Notizen benutzt und sich bloß auf sein Gedächtniß verlassen und alten Antipathien und Voreingenommenheiten Raum gegeben. Warum ließ man das alles ungesichtet drucken?

2) Auszug aus der von Barklay de Tolly herausgegebenen Denkschrift: „Erläuterung der Operationen der ersten und zweiten Westarmee im Jahre 1812" in: Bogdanowitsch, Geschichte des Feldzuges im Jahre 1812, übersetzt von Baumgarten I, 421.

Anhänger der deutschen Taktik getadelt. In dem russischen Kriegsheere, um das er als Kriegsminister durch schärfer eingreifende Administration sich Verdienste erworben hatte, wurde er doch als ein Fremder betrachtet: er war zu energisch, um beliebt zu sein. Jetzt war er Oberbefehlshaber der ersten russischen Armee geworden. Seine Idee war: da Napoleon an Kriegsmannschaft und Material den Russen überlegen sei, so bleibe diesen nichts übrig, als die Uebermacht durch Ausweichen und Zurückgehen zu paralelisiren. Schon ein Jahr zuvor hatte L. von Wolzogen die Grenzlandschaften bereist, um die Vorbereitungen anzugeben, die zur Ausführung eines solchen Planes nöthig sein würden.

Alexander empfing die Nachricht von dem Einmarsche der Franzosen auf einem Ballfeste in der Nähe von Wilna bei dem General Bennigsen; sie wurde ihm durch den Polizeiminister Balaschеff in aller Stille überbracht. Der Kaiser verweilte noch eine Stunde auf dem Balle; dann zog er sich zu seinen Arbeiten zurück, welche die Nacht über dauerten. Das Resultat derselben war ein Aufruf an die Armee und ein Schreiben an Feldmarschall Soltikoff, in welchem er ausspricht, er werde auf keine Friedensunterhandlungen eingehen, solange ein französischer Soldat auf russischer Erde stehe. Balaschеff wurde beauftragt, dem französischen Kaiser diesen Entschluß anzukündigen. Am 26. Juni früh verließ Alexander Wilna, um sich nach Drissa zu begeben, dem ersten befestigten Punkte, auf welchem man sich halten zu können glaubte. Schon am 28. Juni traf Napoleon in Wilna ein. Erst hier gelangte Balaschеff zu einer Audienz bei ihm, die zu mancherlei bemerkenswerthen Erörterungen führte. Napoleon schien auf den Abfall Schwedens wenig Werth zu legen und hob dagegen den Beistand hervor, den er von den Polen erwarten könne: das Heer derselben lasse sich could be von 50,000 auf 200,000 Mann bringen; sie würden sich alle wie die Löwen schlagen, und er würde dann die alten polnischen Provinzen von Rußland zurückfordern. Für den Moment war die Hauptsache, daß Balaschеff zwar nicht mehr wie vor kurzem den Rückzug der Franzosen über die Weichsel oder gar die Oder, dagegen mit der größten Bestimmtheit die Entfernung derselben aus dem Reiche forderte: denn Kaiser Alexander werde auf keine Unterhandlungen eingehen, solange noch ein einziger Franzose auf russischem Gebiete stehe. Napoleon zeigte sich zum Frieden geneigt, wofür er die einstweilige Besetzung Litthauens in Anspruch genommen zu haben scheint; als Bedingung des Friedens bezeichnete er

eine vollkommene Cooperation gegen England [1]). Noch eine andere Audienz von großer Wichtigkeit hat Napoleon in Wilna den Polen ertheilt.

Der polnische Reichstag schickte ihm eine Deputation, welche ihm vorstellte: berufen, um für die Bedürfnisse der französischen Armee zu sorgen, habe der Reichstag gefühlt, daß er noch eine höhere Aufgabe habe, sich als allgemeine Conföderation constituirt und die Herstellung Polens decretirt, welche sehr möglich und selbst unfehlbar sei, sobald nur Napoleon das Wort ausspreche: „Das Königreich Polen ist wiederhergestellt". Das war nun eben das Wort, welches Napoleon noch nie hatte aussprechen wollen, weil er dadurch mit Rußland in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt worden wäre; dazu glaubte er die Kräfte seines Reiches und seiner Unterthanen nicht anstrengen zu dürfen. Sein Gedanke war noch immer auf eine Herbeiziehung Rußlands zu dem Kampfe gegen England gerichtet. Den Polen gab er die Antwort: wäre er ein Pole, so würde er denken wie sie; aber er habe andere Pflichten, durch welche die von ihnen geforderte Erklärung unmöglich werde. Er bewegte sich noch auf der Linie, die er im Jahre 1810 eingeschlagen hatte: er wollte sich zur Herstellung des Königreichs nicht verpflichten, aber die polnische Macht zum Widerstande gegen Rußland stark erhalten.

Es erscheint nicht gerade als ein Erfolg der Bewegungen Napoleon's, wenn eine zweite Armee unter Bagration von der ersten abgesondert wurde; dies lag in den ursprünglichen Plänen des Generals Phull, der dadurch die Flanke der Franzosen zu bedrohen dachte. Zum Widerstande der ersten Armee hatte Phull das Lager von Drissa bestimmt; er meinte, bereits hier eine Schlacht wagen zu können. Allein die Befestigungen, die er angeordnet, zeigten sich doch nicht haltbar genug und die Armee selbst bei weitem nicht stark genug, um es hier zu einer ernsten Entscheidung kommen zu lassen. So eben kam der Gesandte, General Liewen, aus Berlin an, ganz durchdrungen von der dort zur Herrschaft gekommenen Idee, daß das russische Heer sich an dieser Stelle noch nicht zu einer Schlacht entschließen möge: der erste Schuß, sagte

1) Wir entnehmen dies dem Auszuge aus den Memoiren Balascheff's bei Thiers, XIV, 42 fg. Ein anderer Auszug aus denselben findet sich bei Bogdanowitsch (I, 123 fg.), wo die letztere Bedingung so ausdrücklich nicht erwähnt wird.

Liewen, müsse bei Smolensk fallen[1]). Wenn man nun wirklich in Smolensk sich zum Widerstande anschickte, so geschah es hauptsächlich, weil es die erste eigentlich russische, mit den kirchlichen Instituten eng verbundene Stadt war, die man dem Feinde nicht überlassen konnte, ohne das nationale Gefühl zu verletzen. In Smolensk vereinigte sich Bagration, der indeß an der Spitze der zweiten Armee mit Davout und Jerome nicht unglücklich gekämpft hatte, mit der ersten. Allein die Stadt zu behaupten, fühlte man sich doch nicht im Stande. „Warum," fragte Napoleon den General Tutschkoff, der verwundet sich in der Stadt befand, „gab Ihr Oberbefehlshaber Smolensk auf, wenn er es vertheidigen wollte; warum vertheidigte er es nicht länger, wenn er es nicht preisgeben wollte; warum hat er sich überhaupt in den Kampf eingelassen" [2])?

Noch in Smolensk hat er durch Tutschkoff dem Kaiser Alexander den Vorschlag machen lassen, die Kriegsoperationen durch einen Frieden zu beendigen. Er sprach den Entschluß aus, diesen Frieden in Moskau zu suchen; man sage wohl, Moskau sei nicht Rußland; aber es sei doch immer die Hauptstadt von Rußland, mehr als Petersburg. Immer vordringend, hoffte er die zurückweichende Armee zu erreichen und eine Hauptschlacht zu liefern, die ihm das Uebergewicht verschaffen und die Russen zum Frieden nöthigen werde. Aber bereits trat auch eine andere Seite des Widerstandes hervor, auf den er stieß.

In dem erwähnten Gespräche mit Balascheff hat Napoleon seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß es in den russischen Gebieten noch so viele Klöster gebe, was doch den Fortschritten der Civilisation entgegenlaufe. Balascheff antwortete: jedes Land habe seine besonderen Institutionen, auch Rußland sowie Spanien.

Napoleon lebte in dem Kreise der Ideen, welche der Revolution vorhergegangen und durch dieselbe zur Herrschaft gekommen waren; ein Theil seiner Macht entsprang daraus, daß er sie, inwiefern sie socialer Natur waren, repräsentirte und gleichsam vor sich hertrug, indem er mit den Waffen seine Siege erfocht. Das konnte aber nur da geschehen, wo der Geist dazu vorbereitet war, in Italien und in Deutschland. Jenseit dieser Grenzen erweckte gerade die revolutionäre Färbung dieser Einrichtungen den heftigsten Widerstand. In Spanien war es besonders das religiöse, aus dem

1) Clausewitz, Hinterlassene Werke VII, 28.
2) Bogdanowitsch I., 288.

Katholicismus entsprungene Motiv, das sich ihm entgegensetzte, auch nachdem er die höchste Gewalt und die vornehmsten Hauptstädte in Besitz genommen hatte; der Widerstand, den er fand, nahm die Gestalt der Insurrection an. In Rußland dagegen war die höchste Gewalt vollkommen intact, und ihr Ansehen wuchs schon durch die politische Feindseligkeit, die sie erfuhr, und den militärischen Widerstand, den sie leistete. Aber, so kann man fragen, giebt es überhaupt bloß politische Kriege, wie Napoleon den seinen gegen Rußland damals auffaßte? Napoleon hätte Recht gehabt, wenn die Gewalten, die er bekämpfte, eben revolutionärer Natur gewesen wären. Aber die alten Dynastieen, mit denen er in Krieg gerieth, wurzelten zugleich in den Gefühlen der Nationen; es ist allezeit das gesammte Staatswesen, das in den großen Kriegen überwältigt wird oder sich vertheidigt. Nirgends aber hingen die dynastischen Gefühle mit dem nationalen und religiösen Bewußtsein enger zusammen als in Rußland. Die Russen bildeten eine Nation im vollen Sinne des Wortes: die griechische Kirche hat derselben immer zur Grundlage gedient.

Alexander rief beides, das nationale wie das religiöse Element, für sich auf: er fand allgemeinen Glauben, wenn er versicherte, mit gleißnerischem Gebahren suche der französische Kaiser nichts anderes, als die russische Nation in Ketten und Banden zu schlagen. Als er das Lager von Drissa verließ, hatte er dem General Barklay die Weisung gegeben, vor allen Dingen die Armee zu conserviren; aber durchdrungen davon, daß die Armee allein keinen ausreichenden Widerstand zu leisten vermöge, begab er sich nach Moskau, um den Adel und die Bürger der alten Hauptstadt zur Erhebung gegen den verderblichen Feind, der in das Land gedrungen war, aufzurufen. Auf der letzten Station vor Moskau empfing ihn der Ortsgeistliche in seinem Talar mit einem Kreuz auf der silbernen Schüssel; ein Diakon trug eine brennende Kerze in der Hand. Es war spät am Abend; der Kaiser stieg aus dem Wagen, fiel auf seine Kniee und küßte in tiefer Bewegung das Kreuz. So nahm er seinen Weg nach dem heilig geachteten Moskau, vor dem einst die gefährlichsten Anfälle der Tataren zurückgeprallt waren; seine Ankunft wurde dort als ein ersehntes Glück begrüßt. Als er am anderen Morgen aus dem Kreml heraustrat, ward er mit tausendstimmigem Hurrah und der Bitte empfangen: Laß uns sterben oder siegen! Einige Tage später erschien er in dem slobodski'schen Palais, wo sich Adel und Bürgerschaft in den verschiedenen Sälen versammelt hatten. Dem Adel sprach er seinen Entschluß aus, eher alle Kräfte

zu erschöpfen, als mit dem übermüthigen Feinde Frieden zu schließen; die Armee allein werde nicht mehr fähig sein, denselben aufzuhalten; der Adel, der das Reich schon öfter gerettet, möge ihr zu Hülfe kommen. Hierauf beschloß dieser, eine starke Landwehr aufzurichten, auf 100 Köpfe 10 Mann, sie einzukleiden, mit Lebensmitteln zu versorgen und nach Möglichkeit zu bewaffnen. Bei den Bürgern hob der Kaiser besonders die commerciellen Verhältnisse hervor; er erzählte, daß England demnächst den russischen Schiffen seine Häfen wieder eröffnen werde: die Bürger machten sich zu ansehnlichen Beisteuern anheischig. Von der Verbindung mit Frankreich gegen England, welche Napoleon forderte, war es eben das Gegentheil, wodurch die Russen zum Widerstande gegen ihn vereinigt wurden. Wenige Tage früher, wie wir noch weiter berichten werden, war der Friede Rußlands mit England zu Stande gekommen. Die Volksbewaffnung wurde nun in den sechszehn vorliegenden Gouvernements zur Ausführung gebracht. Der leibeigene russische Bauer wurde durch den Adel selbst in die Waffen gerufen. Alles erfüllte sich mit dem Getümmel der universalen und freiwilligen Bewaffnung, während Napoleon seinen Weg in das innere Rußland fortsetzte. Er hat gesagt: das Land sei schöner, als er geglaubt habe; nur finde er die Ortschaften allenthalben verlassen und verödet. Zunächst aber hatte die nationale Bewegung einen Erfolg, der seinen Wünschen entgegenkam. Durch einige Abtheilungen irregulärer Truppen verstärkt, beschlossen die Russen, das Glück der Waffen wirklich zu versuchen. Der Oberbefehl war von Barklay, der schon als Fremder in der Generalität vielen Widerstand fand, auf Kutusoff übergegangen, der die nationalen Sympathieen besaß, was jedoch nicht zur Folge hatte, daß Barklay außer Thätigkeit gesetzt worden wäre. Die allgemeine Stimme forderte das Aufhören des unaufhörlichen Rückzuges. Nachdem verschiedene Lagerplätze aufgesucht und wieder verlassen worden waren, blieb die russische Armee endlich bei Borodino stehen.

Ich besorge, man wird es mißbilligen, daß ich auf den Feldzug in Rußland mit einer gewissen Ausführlichkeit eingehe; aber es schien mir nothwendig, die große Entscheidung, zu der alles Frühere führte, von der alles Spätere abhing, in ihren Elementen zu vergegenwärtigen. Indem Napoleon Rußland angriff, gedachte er zugleich die allgemeine Oberherrschaft davonzutragen. Von dem Gelingen oder Mißlingen des Unternehmens hing der Zustand aller Staaten ab. Ich gestatte mir noch, der Schlacht zu gedenken,

in welcher die beiden Armeen, die das eine und das andere Princip vertraten, ſich miteinander maßen. Die Ruſſen ſtellten ſich zu beiden Seiten der neuen Straße auf, die von Smolensk nach Moskau über Borodino führte; das Flüßchen Kolotſcha, das in die Moskwa fällt, deckte einen Theil ihrer Front, die mit einem großen Geſchützpark ausgerüſtet war; ihre Armee war mit Einſchluß der irregulären Truppen über 120,000 Mann ſtark, eine Zahl, die der Stärke der Franzoſen ungefähr entſprach. Napoleon, der ſeit dem letzten öſterreichiſchen Kriege beſonders auf die Geſchütze zählte, hat 587 Feuerſchlünde in dieſe entfernte Region geſchafft; aber auch die Ruſſen waren ſehr wohl mit Geſchützen verſehen; ſie hatten deren 640 zur Stelle, ſelbſt von geeigneterem Kaliber, wie ſie behaupteten, als die franzöſiſchen.

Der tiefen Aufſtellung der Ruſſen hatte Napoleon eine ähnliche entgegengeſetzt; er begann mit dem Angriff auf die ruſſiſche linke Flanke, die nach heftigem Kampfe ein paar tauſend Schritte zurückwich, aber dann Halt machte. Ihrerſeits unternahmen die Ruſſen, durch Meldungen der Koſacken veranlaßt, einen Angriff auf den linken Flügel der Franzoſen, aber zu ſchwach, um etwas auszurichten; der eigentliche Kampf vollzog ſich in der Mitte der beiderſeitigen Aufſtellung, wo dann das Geſchützfeuer der beiden Theile eine ungeheuere, aber darum doch nicht entſcheidende Wirkung hatte. Die franzöſiſchen Geſchütze ſchoſſen zu hoch, ſchlugen aber in das zweite Treffen und die Reſerve ein. Man kennt kaum eine Schlacht, in der ſo viele namhafte Anführer von beiden Seiten getödtet oder verwundet worden wären. Den Preis der Tapferkeit trug Barklay davon, indem er ſeine Stellung links im Centrum mitten in dem Kanonenfeuer ſelbſt mit dem Bajonnette vertheidigte [1]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vortheil auf der Seite der Franzoſen war; aber eine Niederlage hatten ſie ihren Feinden doch nicht beigebracht: Kutuſoff konnte noch immer einen freiwilligen ſtrategiſchen Entſchluß faſſen; er entſchloß ſich zum Rückzuge, mit dem Vorbehalt jedoch, die Nacht auf dem Schlachtfelde zu verharren [2]). Vielleicht hätte Alles entſchieden werden können, wenn Napoleon,

1) Schreiben Chaſot's an Gneiſenau Krasno-Bachz, den 12./24. September 1812 (bei Pertz, Das Leben des Feldmarſchalls Grafen Neithardt von Gneiſenau II, 376), ein Bericht, der neben ſo vielen anderen immer ſehr beachtenswerth bleibt.

2) L. von Wolzogen. S. 149.

wozu ihn Ney auf das dringendste aufforderte, eingewilligt hätte, seine Garden an der Schlacht Theil nehmen zu lassen; aber der französische Kaiser erwog, daß auch ein übrigens glücklicher Erfolg dieselben desorganisiren und ihn in einer weiten Entfernung von den Grenzen Frankreichs ohne zuverlässige Truppen in die größte Gefahr hätte bringen können. Man darf wohl sagen, auf beiden Seiten geschah das Gleiche: Kutusoff wollte seine Truppen einige Werst weiter sammeln, um dann zu sehen, was er mit ihnen gegen den Feind ausrichten könne; für den Kaiser der Franzosen war es ein Gebot der Nothwendigkeit, seine Armee zusammenzuhalten und vorwärts zu führen [1]). Den Frieden meinte er auch jetzt noch in Moskau zu erzwingen.

Die beiden Heere begegneten einander einige Tage später unmittelbar vor Moskau aufs neue. Die Frage war nun, ob die Russen die Hauptstadt ernstlich vertheidigen würden, was dann wohl, da sie die Position, die sie vor der Stadt eingenommen, dem kriegsgewaltigen Feinde gegenüber schwerlich hätten behaupten können, zu einem Straßenkampf in Moskau selbst geführt haben würde. Die Stadt Moskau befand sich eben im vollen Enthusiasmus der Volksbewaffnung. Die Einwohner wünschten nichts mehr, als dem Feind entgegengeführt zu werden. Man sah Kutusoff auf seinem Stuhl inmitten seiner Generale, die sehr verschiedener Meinung waren; Bennigsen war dafür, die Schlacht anzunehmen; Barklay, seinem alten System getreu, meinte dagegen, man müsse die Stadt preisgeben, um sich jenseit derselben wieder den Franzosen entgegensetzen zu können [2]). Von großem Gewichte war die Meinung des Kriegsgouverneurs von Moskau, Grafen Rostopschin. Er drückte sich scheinbar zweifelhaft aus, wie es seine Stellung mit sich brachte: als Gouverneur von Moskau müsse er diesen Entschluß verwerfen; wenn man ihn aber, so sagte er dem Prinzen Eugen von Würtemberg, persönlich um seine Meinung frage, so müsse er dafür sein [3]). Es war nicht das erste Mal, daß er diesen Gedanken kundgab. Schon geraume Zeit vorher hatte er Bagration geschrieben: die Bevölkerung der Hauptstadt sei aus Treue für den Zaren wie aus Liebe zum Vaterlande entschlossen, unter den Mauern Moskau's zu sterben. „Wenn uns Gott nicht günstig ist", so fügte er hinzu, „alsdann wird die Stadt in Flam-

1) Memoiren des Prinzen Eugen II, S. 111. Clausewitz, Hinterlassene Werke über Krieg und Kriegführung VII, 161.

2) Bogdanowitsch II, S. 271.

3) Memoiren des Prinzen Eugen von Würtemberg II, S. 155.

men aufgehen, und Napoleon soll, statt reicher Beute, nur den Aschenhaufen der russischen Hauptstadt finden" [1]).

Es war der größte Moment in dem Leben Kutusoff's; er erklärte, indem er von seinem Stuhl aufstand, sich für Barklay's Meinung: vor den Mauern Moskau's wollte man überhaupt nicht schlagen; die Armee sollte mitten durch die Stadt zurückgehen. Was sollte aber aus den Einwohnern werden, oder vielmehr, was sollten sie thun? Sie forderten den Gouverneur nochmals auf, sie gegen den Feind zu führen; da er dazu seine Einwilligung nicht geben konnte, so blieb ihnen nichts übrig, als die Stadt zu verlassen: denn als das äußerste aller Uebel erschien es ihnen, in die Hände der Franzosen zu fallen. Es ist kein Widerspruch, wenn die bewaffneten Männer, die nichts mehr wünschten, als den Franzosen zu widerstehen, selbst in ihren Straßen, da dies unmöglich wurde, den Entschluß faßten, die Stadt zu verlassen, um ihrem Vaterlande noch auf eine andere Weise zu dienen. Es sind große Leidenschaften, was die Völker bewegt; zwischen dem Entschlusse zum Widerstande und dem Entschlusse, zu fliehen, war hier kein wesentlicher Unterschied: denn in der Flucht lag ein mächtiges Hinderniß für Napoleon, die empfindlichste Feindseligkeit, die man ihm zufügen konnte, und zugleich für die Fliehenden die Hoffnung, ihn anderweit zu bestehen. Napoleon war nicht im entferntesten darauf gefaßt. Er erwartete an der Barrière Deputationen des Adels und der Bürger, um ihn zu bewillkommnen. „Wo sind die Bojaren?" „Sie sind weggezogen." „Wo sind die Einwohner?" „Sie sind auf der Flucht". Die Franzosen nahmen Moskau in Besitz, in dem Augenblick, als es von den russischen Truppen verlassen wurde. Als Napoleon im Kreml ankam, fühlte er eine große Genugthuung, daß er in dem alten Palast der Zaren Wohnung nehmen konnte, wie in so vielen anderen Palästen besiegter Fürsten; aber in diesem Moment erreichte ihn sein Geschick. Ein Brand brach aus, der immer weiter um sich griff und ihn selbst im Kreml bedrohte; er trat an das Fenster und sah die ungeheuere Stadt vor sich wie ein Flammenmeer; er konnte die Entstehung desselben nicht mehr von zufälligen Unordnungen herleiten; er ward inne, daß die Russen ihre Hauptstadt lieber vernichteten, als daß sie ihm dieselbe überlassen hätten. „Welch entsetzliches Schauspiel", rief er aus, „sie sind es selbst! Welch unerhörter Entschluß! Es sind Skythen" [2])!

1) Brief Rostopschin's vom 24. August bei Bogdanowitsch II, S. 291.
2) Ségur, V, 47.

Trotz alledem gab Napoleon seine Idee, den Frieden in Moskau schließen zu können, nicht auf: denn da er nun einmal in dem Umkreise der Gedanken der europäischen Civilisation lebte, konnte er sich in Ereignisse nicht finden, die aus diesem Kreise weit hinaustraten: er meinte noch immer, den Russen zum Bewußtsein bringen zu können, daß sein Krieg mit ihnen bloß ein politischer, kein nationaler sei: er hege keinen Haß gegen Rußland, er sei noch immer der Freund Alexander's. Einen der wenigen Edelleute, die in der Stadt geblieben, der nach der Hand Moskau zu verlassen gesucht hatte, wollte er, indem er ihm die Erlaubniß dazu gab, beauftragen, diese seine Gesinnung dem Kaiser Alexander zu hinterbringen[1]). Auf dessen eigenen Wunsch zog er es jedoch vor, ihm ein Schreiben an denselben mitzugeben. Dies Schreiben ist vor Allem eine Relation über das, was in Moskau vorgegangen, woran Alexander gewiß unschuldig sei: der Krieg gegen Rußland sei von ihm ohne Animosität unternommen worden. „Ein Billet Ewr. Majestät vor oder nach der letzten Schlacht würde meinen Zug aufgehalten haben: ich hätte selbst gewünscht, den Vortheil meines Einzuges in Moskau aufopfern zu können“[2]). Aehnlichen Sinnes war eine Sendung an Kutusoff, zu der sich Napoleon einige Zeit später entschloß; er brachte in derselben die gräßlichen Grausamkeiten, welche von den russischen Bauern an den Franzosen, die in ihre Hände fielen, verübt wurden, zur Erwähnung. Kutusoff erwiderte: er könne dabei nichts thun, da die Nation den Krieg gegen die Franzosen wie einen der alten Kriege gegen die Tataren ansehe. Kutusoff wurde dann ersucht, den Frieden bei dem Kaiser in Antrag zu bringen; sollte denn dieser Krieg ewig dauern? Napoleon habe den Wunsch, die Differenzen, aus denen derselbe hervorgegangen sei, zu schlichten und zwar für immer. Der russische Oberbefehlshaber antwortete: in seinen Instructionen komme das Wort Friede nicht einmal vor; er würde sich den Verwünschungen der Nachwelt aussetzen, wenn er dies Wort ausspräche; es bleibe ihm nichts übrig, als einen Bericht von dieser Mission einfach an den Kaiser gelangen zu lassen. Lauriston war bereit, sich selbst nach St.-Petersburg zu begeben. Alexander hat auf diesen Antrag niemals geantwortet: denn diesen Erfolg hatte der Brand von Moskau, daß er die Ge-

1) Bogdanowitsch II, S. 298.

2) A Alexander Ier, Empereur de Russie, 20 septembre 1812. Correspondance XXIV. S. 221, N. 19213.

ſinnungen, die bis dahin etwa noch ſchwankend geweſen waren, befeſtigte. Alexander verſicherte dem Kronprinzen von Schweden: „er und ſein Volk ſeien mehr als je entſchloſſen, auf der Klippe, auf der ſie ſich befinden, auszuharren und ſich eher unter den Ruinen Rußlands begraben zu laſſen, als mit dem modernen Attila Frieden zu ſchließen“ [1]).

Noch weit über den vorliegenden Moment hinaus aber erſtreckten ſich die Geſichtspunkte, die man faßte; im Angeſicht der Flammen von Moskau hat ſich der Gedanke erhoben, das alte Europa wiederherzuſtellen. In einem Schreiben Liewen's an Hardenberg wird darauf aufmerkſam gemacht, daß für Preußen die Zeit gekommen ſei, ſich gegen den gemeinſamen Feind zu rüſten und auch Oeſterreich dazu zu bewegen.

Wenn es jemals einen Wendepunkt in der Weltgeſchichte gegeben hat, ſo war dieſer Augenblick ein ſolcher. Seit mehr als einem Decennium hatte die Macht Napoleon's, in fortſchreitender Ausbreitung begriffen, alle Blicke gefeſſelt; er war jetzt an der Stelle angekommen, die er als das Ziel betrachtet hatte, um ſeine Autorität über den Continent auf immer zu befeſtigen. An derſelben aber verließ ihn ſein bisheriges Glück: ſein Geſtirn fing an zu verbleichen; die Aufmerkſamkeit der Menſchen, welche die Handlungen der großen Zeitgenoſſen mit Theilnahme begleitet, wendet ſich mit einem Male auf die andere Seite, auf die des Widerſtandes gegen ihn; das Geſtirn Alexander's erhebt ſich in immer ſtärkerem Glanze: es bedeutet die wirkliche Zukunft von Europa.

In Wilna, wo der Herzog von Baſſano alle Geſchäfte der Politik und der Adminiſtration in ſeinen Händen vereinigte [2]), verbarg man ſich die Gefahr nicht, in welche Napoleon durch ſeinen Aufenthalt in Moskau gerieth; denn alle Mittel waren erſchöpft, und eine allgemeine Entmuthigung griff in der Armee um ſich; aber man meinte, er werde noch unerwartete Hülfsquellen finden. So ſcheint er auch ſelbſt geglaubt zu haben [3]).

---

1) Schreiben Alexander's an den Kronprinzen vom 10. October 1812, bei Bogdanowitſch II, S. 272.

2) Le point central où se joignent et par où passent toutes les communications, c'est à M. de Bassano que s'adressent non-seulement tous les ordres de l'Empereur, mais encore les différents corps d'armée. Kruſemarck in ſeinem Berichte vom 26. September 1812.

3) L'armée est lasse de cette campagne; on lui avait fait entrevoir l'entrée de Moscou comme le gage certain d'une paix prochaine.

Als er Moskau verließ, war seine Absicht, sich noch einmal mit den Russen zu schlagen und Kaluga zu erreichen; aber er fand die Russen auf der alten Straße so wohl aufgestellt, daß er es vorzog, nach der neuen abzurücken, um nach Kaluga zu gelangen. Auf diesem Wege aber setzte sich ihm Kutusoff, der ihm zuvorgekommen war, bei Malo-Jaroslawetz entgegen. Es kam zu einem Treffen, von dem man russischerseits behauptet hat, wenn Kutusoff nicht selbst abgestanden hätte, so würde Napoleon dabei zu Grunde gerichtet worden sein; noch immer scheute jedes der beiden Heere, sich mit dem anderen in eine Hauptschlacht einzulassen. Napoleon's militärischer Ehrgeiz war dadurch einigermaßen befriedigt, daß Kutusoff nicht gewagt hatte, ihn aufs neue anzugreifen. Aber seine eigenen Verluste zeigten sich so bedeutend, und die Unmöglichkeit, Kaluga zu erreichen, sprang so sehr in die Augen, daß man endlich darüber zu Rathe ging, ob nicht der Rückzug in aller Form anzutreten sei. Napoleon wäre noch immer dafür gewesen, zu schlagen; die Generale, die er in einer Bauernhütte um sich versammelte, erklärten sich für den Rückzug. Entscheidend soll die Bemerkung des Grafen Lobau, daß man aus diesem Lande, in dem man schon zu lange verweilt habe, fortkommen und über den Niemen zurückgehen müsse, auf Napoleon gewirkt haben[1]). Er hatte bereits der in Moskau zurückgelassenen Besatzung den Befehl zugehen lassen, den Kreml zu sprengen und sich zurückzuziehen. Er selbst kam jetzt zu dem Entschluß, auf einer Querstraße seinen Marsch nach Moshaisk zu nehmen, wo ihn Mortier, aus Moskau kommend, erreichte, nahe dem Schlachtfelde von Borodino. Wäre es wahr, was man sagt, die offensive Bewegung gegen Kaluga hin sei nur gemacht worden, um die militärische Ehre zu retten, so würde dieser falsche Ehrgeiz den Franzosen unendlich theuer zu stehen gekommen sein. Die Straße von Moshaisk nach Smolensk war noch in den Händen der französischen Posten. Die Ueberlegenheit der Russen bestand in ihrer beweglichen Artillerie und leichten Cavallerie[2]). Es rächte sich jetzt an Napoleon, daß er

L'Empereur lui-même s'en flattait peut-être. Les efforts extraordinaires pour emporter Moscou à tout prix et pour forcer la Russie à la paix ont été faits aux dépens de précautions. Aus den Depeschen Krusemarck's.

1) Die Nachricht beruht auf dem Zeugniß Gourgaud's; auch Thiers hat sie angenommen. Ségur hat eine andere Version.

2) Memoiren des Prinzen Eugen von Würtemberg I, S. 335.

eine Nation, deren Stärke hauptsächlich in der Reiterei bestand, mit einer Armee angegriffen hatte, bei der die Infanterie die natürliche Waffe war. Die Cavallerie war durch die Kartätschen der Russen und den Mangel an Fourage tief heruntergebracht. Auch auf dem Rückmarsch fehlte es an Futter für die Zugpferde und aus dieser Ursache auch an Lebensmitteln für die Mannschaften. Als man unter unaufhörlichen Kämpfen in Smolensk anlangte, wo man Lebensmittel und Kleidungsstücke zu finden gehofft hatte, aber keine genügenden Vorkehrungen getroffen waren, zeigte sich in der Armee ein Mißvergnügen, das sich bis zum gewaltsamen Plündern der Magazine steigerte. Der Vorzug, welchen Napoleon in allen Dingen seiner Garde gab, wurde eine Miturſache der allgemeinen Auflösung. In Smolensk zu verweilen, war für ihn auch deshalb eine Unmöglichkeit, weil die aus der Moldau heranziehende russische Armee ihm an den Uebergängen der Bereszina zuvorzukommen drohte. Auf dem Zuge dahin hatte er noch einmal mit der ersten Armee zu kämpfen, die von Kutusoff mit vieler Vorsicht geführt wurde; die Russen rühmten, daß da der großen Armee factisch ein Ende gemacht worden sei [1]). Dennoch gab Napoleon die Hoffnung nicht auf, durch Verbindung mit den Corps von Victor und Oudinot bei dem Uebergang über die Bereszina an der einzigen Brücke, welche denselben sicherte, noch eine glänzende Waffenthat auszuführen. Aber die Brücke konnte von den Polen, die sie vertheidigen sollten, nicht behauptet werden. Bei dem Uebergang, der nun bei Studianka über zwei in der Eile geschlagene Brücken geschehen mußte, wurden die Franzosen, durch den Fluß getrennt, von einer um mehr als die Hälfte überlegenen Macht angegriffen, freilich wohl nicht mit der Energie, welche erforderlich gewesen wäre. Wenn Napoleon überhaupt durchkam, so erscheint das noch als eine Rückwirkung des alten Ruhmes seiner Kriegführung, welcher auch in dieser bedrängten Lage ein gewisses Bedenken hervorrief, das Aeußerste gegen ihn zu versuchen [2]). Die Franzosen bestanden den Kampf mit Tapferkeit und zu ihrer Ehre, aber nicht ohne den Verlust beinahe der Hälfte der Mannschaften. Napoleon sah in dem Uebergang die Lösung eines schwierigen strategischen Problems.

Dies war der Moment, wo sein Unternehmen gegen Rußland

---

1) Bezeichnend ist die Stelle von Ségur (V, 225): ce fut un combat de fautes, où les nôtres ayant été plus graves nous pensâmes tous périr.

2) Clausewitz, VII, 201.

als vollkommen gescheitert erschien. Aber nicht allein diese Expedition war mißlungen, sondern die Macht Napoleon's überhaupt in ihrem Grunde erschüttert. Niemand konnte zweifeln, daß die Nachricht von diesem Ausgange die nur mit Mühe niedergehaltenen Antipathien in Deutschland wachrufen würde. Napoleon hat gesagt: er könne nicht zugeben, daß Preußen zwischen ihm und Frankreich sei [1]). In Paris selbst hatte eine feindselige Manifestation stattgefunden, an sich unbedeutend, bei deren Verlaufe man jedoch innewurde, daß die Constitution des Kaiserreiches, namentlich die Bestimmung über die Erblichkeit des Thrones, in den Gemüthern noch keine Wurzel geschlagen hatte.

Wäre Napoleon nur General gewesen, so hätte er bei seiner Armee bleiben müssen, um ihre völlige Destruction zu verhindern; aber er fühlte sich vor allen Dingen als Kaiser: in seiner Person concentrirte sich die Macht eines Reiches, dessen gleichen es noch nicht in Europa gegeben hatte; um diese aufrechtzuerhalten, achtete er es für nothwendig, nach Paris zurückzukehren; er machte die Reise mit nur vier Begleitern, in Polen auf einem Schlitten, in Deutschland mit der Post, um der Nachricht von seinen Unfällen durch seine Ankunft zuvorkommen.

1) Ségur, V, 353.

Zweites Capitel.

Allgemeines Verhältniß von Rußland. Convention von Tauroggen.

Aus dem Ruin der napoleonischen Armee entsprang naturgemäß die Idee, das alte politische System wiederherzustellen, welches durch die Siege derselben zerstört worden war. Die europäischen Zustände aber lagen nicht so einfach, daß man das leicht hätte ins Werk setzen können; denn auch zu Rußland standen die benachbarten Mächte in einem wenigstens zum Theil feindseligen Verhältniß, wie denn bei der Theilnahme Oesterreichs an dem Kriegszuge Napoleon's ein österreichisches Interesse, das auf der Lage Polens und der Türkei beruhte, mitgewirkt hatte. Und Rußland selbst war im Laufe des Krieges in weitaussehende, keineswegs auf die Herstellung des Alten hinzielende Beziehungen zu anderen Mächten getreten.

Von großer Tragweite waren namentlich die Verabredungen, welche Rußland in dem Momente der Gefahr mit Schweden getroffen. Wenn Kaiser Alexander in dem Tractat von St.-Petersburg (24. März/5. April 1812) in die Reunion Norwegens mit Schweden einwilligte, so lag dabei der Gedanke zu Grunde, daß der Kronprinz von Schweden, Marschall Bernadotte, in den Stand gesetzt werden sollte, eine Diversion in Deutschland vorzunehmen; man beabsichtigte, Dänemark durch nahe gelegene deutsche Länder für Norwegen zu entschädigen. Da man sich nun nicht schmeicheln konnte, daß Dänemark in die ihm zugemuthete Abtretung einwilligen werde, ohne dazu gezwungen zu sein, so wurde festgesetzt, daß dem Kronprinzen ein russisches Heer von 35,000 Mann zu Hülfe kommen und dies selbst unter seinen Oberbefehl gestellt werden sollte. Sowie sich von vornherein an die Ausführung dieser Entwürfe nicht denken ließ, ohne die Zustimmung Englands, so hatte gerade

die Annäherung an Schweden für Rußland die Folge, daß es wieder ein Verständniß mit den Engländern, mit denen es seit dem Ereigniß von Tilsit im Kriege begriffen war, anknüpfte. In Schweden wurde der Friedenstractat zwischen Rußland und England entworfen und dann in St.-Petersburg gebilligt (18. Juli) [1]). Er enthält hauptsächlich die Abschaffung der durch Napoleon aufgedrungenen commerziellen Maßregeln; die beiden Mächte nehmen eine nähere Verbindung in allem, was Politik und Commerz berühre, in Aussicht. Wohin aber mußte das nun weiter führen?

In dem Landaufenthalte zur Carlslund bei Oerebro wurde ein großes antinapoleonisches System der europäischen Angelegenheiten entworfen und eingeleitet [2]). Vor Allem faßte man das Verhältniß der Türkei zu Rußland ins Auge: indem der Kronprinz die Russen erinnerte, ihre Anforderungen zu mäßigen, benutzte er zugleich die alten freundschaftlichen Beziehungen Schwedens zu dem Divan, um auf denselben einzuwirken. Unter englischer und schwedischer Vermittelung wurde wirklich der Tractat von Bucharest zwischen Rußland und der Pforte zu Stande gebracht (28. Mai 1812), in welchem Rußland die Donaufürstenthümer aufgab, aber zugleich Festsetzungen auswirkte, durch welche das Bestehen der serbischen Nation unter seinen Schutz gestellt ward; man weiß, was das für die ganze Zukunft zu bedeuten hatte. Aber auf der Stelle gerieth Napoleon durch den Vertrag in Nachtheil: er verlor nicht allein die Mitwirkung der Türken, auf die er anfangs gerechnet hatte, sondern eines der vornehmsten Motive, welche Oesterreich zur Allianz mit ihm vermocht hatten, fiel zu Boden. Und schon wurde auch Spanien in den Kreis dieser Allianzen gezogen; unter englischem Einfluß traf Alexander eine Abkunft mit der spanischen Regentschaft, in welcher die beiden Theile einander gemeinschaftliche Action gegen den gemeinsamen Feind zusagten (20. Juli 1812). Für den unmittelbaren Widerstand der Russen gegen die napoleonische Invasion war dies nicht gerade von Wichtigkeit. Dieser beruhte auf dem Fortgang der Dinge in Rußland; aber es wurde gleichsam eine Ligue gegründet, um den Kampf in der Folge von verschiedenen Seiten fortzusetzen. Für die Pläne, die man faßte, fällt vor Allem jene Zusammenkunft des

1) Garden XIII, 214 (Garden ist in schwedischen Dingen besonders unterrichtend).

2) Vergl. v. Schmidt, Schweden unter Karl XIV. Johann, S. 60.

Kronprinzen von Schweden mit Kaiser Alexander in Abo ins Gewicht. Von Oerebro kommend, traf Karl Johann am 24. August in Stockholm ein; am 26. verließ er es wieder; am 27. Abends langte er in Abo an. In seiner Begleitung war der russische Bevollmächtigte Suchtelen, von dem die Unterhandlungen über die letzten Tractate gepflogen worden waren, und der neue für St.-Petersburg bestimmte englische Gesandte Lord Cathcart, der einen Theil seiner Jugend in Rußland, wo sein Vater Gesandter gewesen war, zugebracht hatte und gut russisch sprach. Es traf sich glücklich, daß soeben Zeitungen eingegangen waren, welche von dem Siege Welligton's bei Salamanca (22. Juli) berichteten, einer Schlacht, durch welche die Franzosen in Madrid bedroht wurden und sich genöthigt sahen, die Belagerung von Cadix aufzuheben. Während der Ueberfahrt hat man sich damit beschäftigt, diese Berichte zu übersetzen.

Was von den Unterhandlungen, die nun zu Abo zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen stattfanden, erzählt wird, ist nicht eben verbürgt. Von einer Verwendung russischer Truppen zu Gunsten schwedischer Unternehmungen konnte in dem Augenblick nicht die Rede sein; der Kronprinz zeigte sich von der universalen Bedeutung des Widerstandes, den Rußland gegen Napoleon leistete, durchdrungen: denn wäre Rußland unterlegen, so würde kein Staat auf dem Continent unabhängig sein; dann aber sei es besser — so soll er gesagt haben —, ein Ackerland zu pflügen, als eine Krone zu tragen. Die Vereinigung Norwegens mit Schweden unter russischer Theilnahme wurde aufs neue zugesagt. Dänemark sollte aufgefordert werden, nicht allein Norwegen aufzugeben, sondern seine Truppen mit den russischen und schwedischen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu vereinigen; im Weigerungsfalle werde man es mit Krieg überziehen und alsdann im Verein mit Großbritannien auch über den Besitz von Seeland verfügen. Wenn nun aber bei dem früheren Vertrage der russische Minister Werth darauf gelegt hatte, daß Rußland die Vergrößerung Schwedens verspreche, ohne für sich selbst Vortheile zu bedingen, so wurde diese Uneigennützigkeit in Abo aufgegeben. Bei der allgemeinen Umgestaltung der nordischen Verhältnisse, die man in Aussicht nahm, kam man in Rußland auf den alten Plan zurück, das russische Gebiet bis an die Weichsel auszudehnen, so daß das gesammte Ostpreußen an Rußland übergegangen wäre [1]).

1) En réciprocité des facilités que S. M. l'empereur de Russie promet

Man kann sich das erklären, da soeben ein preußisches Corps, welches sich tapfer hielt, gegen die Russen im Felde stand; aber welch ein Vorhaben war dies doch! Preußen und Dänemark würden aus der Reihe der Potenzen ausgeschieden, Rußland und Schweden in Vereinigung mit England zu voller Herrschaft im Norden gelangt sein; unter ihrem Einfluß würde man den Widerstand gegen Napoleon in Deutschland unternommen haben.

Andere Pläne und Gedanken erweckte in Alexander das Verhältniß zu Polen. Die Idee, daß Polen wiederhergestellt werden sollte, welche die polnischen Magnaten zur Theilnahme an dem Kriege gegen Rußland angetrieben hatte, wurde bei dem Umschlagen des Glückes von denselben nicht aufgegeben: sie übertrugen ihre Hoffnungen von Napoleon auf Alexander, der schon früher Absichten dieser Art hatte durchblicken lassen. Die General-Conföderation behielt diese Abwandlung der Angelegenheit im Auge. Man stellte dem Kaiser vor, er möge das gesammte polnische Reich etwa unter seinem jüngsten Bruder Michael wieder vereinigen, ohne Rücksicht auf Oesterreich und Preußen, gegen die er keine Pflichten habe. Er gab wirklich die Neigung kund, die polnische Nation unter russischer Protection wiederaufzurichten, nicht jedoch unter einem seiner Brüder, vielmehr unter seiner eigenen Herrschaft [1]).

So stellten der Ausgang des Kampfes selbst und alle die vorher eingeleiteten Verbindungen dem russischen Reiche eine neue Ausbreitung und ein unwiderstehliches Uebergewicht in Europa in Aussicht. Nothwendig aber erregte das auch Befürchtungen auf anderen Seiten. In England wirkte eine Besorgniß dieser Art zunächst zum Vortheil von Schweden ein; denn an und für sich hätte den Engländern an der Erwerbung Norwegens durch Schweden nicht viel liegen können; sie widersprach vielmehr dem großen Princip, welches

---

à la Suède, si à la suite des événements militaires, S. M. obtient que les frontières de l'empire russe soient portée jusqu' à la Vistule, S. M. le roi de Suède déclare qu'il regardera cet accroissement de territoire comme une juste indemnité des efforts que l'empereur aura faits contre l'ennemi commun, et lui en garantira la possession. S. M. britannique sera également invitée à donner une pareille assurance et garantie à S. M. l'empereur de toutes les Russies. Touchard-Lafosse, Histoire de Charles XIV, II, 292.

1) Schreiben Czartoryski's vom 6. und 27. December 1812 und dessen Antwort vom 15. Januar 1813 bei Mazade, L'empereur Alexandre et le prince Czartoryski, S. 197; vergl. Bignon XI, 318.

man immer vertheidigt hatte, daß die legitime Herrſchaft allenthalben wiederhergeſtellt werden müſſe. Wenn dennoch die Engländer in dieſer Beziehung Schweden begünſtigten, ſo rührte das von der Betrachtung her, daß man unmöglich die Fortführung des Krieges ruſſiſchen Händen allein überlaſſen dürfe [1]); nur indem man Schweden für den Verluſt von Finnland entſchädigte, eben durch Norwegen, glaubte man, es zum großen Kampfe herbeiziehen zu können. Noch immer, ſo ſagte man, habe Schweden franzöſiſche Sympathien; man würde fürchten müſſen, den Sturz der gegenwärtigen Regierung zu veranlaſſen, wenn man mit dieſer großen Conceſſion zögere. Nach der Kataſtrophe Napoleon's in Rußland war dies der erſte Punkt, welchen die Politik feſtſetzte. Wie aber dann, wenn die Ruſſen das ihnen in Abo dagegen gemachte Zugeſtändniß forderten? Der nordiſche Krieg würde dann eben ein nordiſcher geblieben ſein; Oeſterreich würde um Polens willen, nothwendig aber auch Preußen, mit der Gefahr eines ſo großen Verluſtes bedroht, im Bunde mit Napoleon haben verharren müſſen. Wirklich meinte Napoleon ſelbſt, von Oeſterreich und Preußen unterſtützt, in kurzem mit einer ſtarken Armee zurückkommen und den Krieg in Polen wiederaufnehmen zu können. Ob dieſer Fall eintreten, welches die Haltung der beiden deutſchen Mächte ſein würde, war nun die entſcheidende Frage.

Wir wiſſen, trotz aller Wechſelfälle der Politik war doch immer ein gewiſſes Verſtändniß zwiſchen den drei großen continentalen Mächten aufrechterhalten und auch in den gefahrvollſten Momenten nicht abgebrochen worden. Wie Kaiſer Alexander im Jahre 1809 immer wiederholt hatte, daß Oeſterreich von ihm wenig zu fürchten habe, ſo haben auch bei dem Feldzuge von 1812 die Oeſterreicher ähnliche Verſicherungen den Ruſſen gegeben [2]). Und auch in

1) Thornton to Castlereagh, Decembre 8, 1812: it is for his Majesty's Government to think whether, supposing Russia capable of performing this great work alone, it would be for the interest of other powers and of Europe that she should be alone in performing it, and that others should not have their voice and their real force in the accomplishment of this salutary business. — Thornton to Castlereagh, January 27, 1813: the cession of Norway is an indispensable requisite of the active co-operation of Sweden. The Prince will not, because I am morally convainced he cannot, act without it. Correspondence of Castlereagh VIII, 295, 315.

2) Depeſche Stackelberg's vom 16./28. April 1812, bei Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances

Preußen war, der Verbindung mit Napoleon ungeachtet, niemals verſäumt worden, ein erträgliches Verhältniß zu Rußland aufrechtzuerhalten. Für Rußland bildete es ein großes Intereſſe, ſchon um der geographiſch-militäriſchen Berührungen willen das Verſtändniß mit Preußen zu erneuern. Dem Kaiſer war daran bei weitem mehr gelegen, als an den Plänen von Abo.

Wie bereits erwähnt, hatte ſich Graf Lieven gleich nach dem Brande von Moskau an Hardenberg gewandt, um ihn auf die neu hervortretende Möglichkeit einer allgemeinen Wiederherſtellung aufmerkſam zu machen; er erklärte für wünſchenswerth, daß der Befehlshaber des der franzöſiſchen Armee beigegebenen preußiſchen Hülfscorps im voraus mit den für eine ſolche Combination erforderlichen Inſtructionen verſehen werden ſolle. Die eigentliche Initiative in dieſer Unterhandlung hat aber Kaiſer Alexander ſelbſt ergriffen; mit der größten Entſchiedenheit hat er ſich darüber gegen einen preußiſchen Offizier, den Oberſten Boyen, ausgeſprochen.

Boyen, ein Oſtpreuße aus der Schule Kant's und Freund Scharnhorſt's, mit dem er an der Reorganiſation der Armee thätigen Antheil nahm, hatte den preußiſchen Dienſt verlaſſen, um nicht unter Napoleon dienen zu müſſen. Er begab ſich nach St.-Petersburg, wo er bald nach ſeiner Ankunft dem Kaiſer Alexander vorgeſtellt wurde. In der erſten Audienz erſchien der Kaiſer ziemlich verſtimmt über Preußen, unter Anderem auch mit Beziehung auf die damals verbreitete Vermuthung, die Abſicht dieſer Macht ſei auf Kurland gerichtet. Hauptſächlich widerlegte der Kaiſer die Meinung, die man gehabt habe, als werde er Frieden ſchließen; es zeige ſich nun, daß Rußland Kräfte genug habe, um mit Frankreich zu kämpfen; auch ſein Kriegsplan ſei durch die Ereigniſſe gerechtfertigt; daß er keinen Frieden wolle, beweiſe vornehmlich auch der Brand von Moskau; eben jetzt habe er die Cortes in Cadix und den König von Sicilien anerkannt. Auf die Frage des Kaiſers, ob Boyen eine Miſſion an ſeinen König übernehmen wolle, erklärte ſich dieſer ſehr bereit dazu; er ſagte: es werde der glücklichſte Tag ſeines Lebens ſein, wo er zur Herſtellung der Beziehungen zwiſchen den beiden Monarchen, die er aufs höchſte verehre, und zum Verſtändniß zwiſchen beiden Nationen beitragen könne. Er ſprach darauf mit Romanzoff, der es als das Ziel ſeiner Politik bezeichnete,

étrangères, tome III, p. 87; vergl. Oncken, Oeſterreich und Preußen im Befreiungskriege II, S. 93 ff.

daß Oeſterreich und Preußen ſich vereinigen ſollten, um die Unabhängigkeit Deutſchlands herzuſtellen.

In der zweiten Audienz, nach erfolgter Kataſtrophe, legte Alexander eine große Theilnahme für den König und ſeine Familie an den Tag. Er trat überhaupt offener und eindringender auf; er ging davon aus, daß die Armee, welche Napoleon nach Rußland geführt habe, ſo gut wie vernichtet und damit der Zeitpunkt eingetreten ſei, welchen die von den Franzoſen unterjochten Nationen benutzen müßten, um ihre Unabhängigkeit wieder zu erringen; beſonders rechne er dabei auf den König von Preußen, in Folge der alten Freundſchaft, die ſie miteinander verbinde. „Die Fürſten", ſagte er, „und ihre Miniſter ſind für die Entſchließungen, die ſie in dieſem entſcheidenden Augenblick faſſen, der Nachwelt verantwortlich [1]). Als der Krieg ausbrach, entſchuldigte man die Verbindungen mit Napoleon durch deſſen Ueberlegenheit, ließ aber hoffen, daß man bei einer Veränderung der Lage ſich an Rußland anſchließen werde. Dieſe Zeit iſt nun gekommen. Ich habe die Berechtigung, zu fragen, ob dieſe Verſicherungen die Wahrheit enthielten. Möglich, daß es den Anſtrengungen Napoleon's gelingt, im nächſten Frühjahr 400,000 Mann ins Feld zu ſtellen; wo aber will er die 40—50,000 Pferde finden, die er braucht, ſelbſt um ſeine Kanonen anſpannen zu laſſen?" Alexander verſicherte, daß er gleichfalls mit 400,000 Mann im Felde erſcheinen werde; die Franzoſen ſeien nicht mehr ſo voll Feuereifer, wie bei Marengo; als Kaiſer habe Napoleon das Zutrauen nicht gerechtfertigt, das man zu ihm als erſtem Conſul gehabt habe; die ruſſiſchen Truppen dagegen, mit friſchem Enthuſiasmus erfüllt, würden ſich noch beſſer ſchlagen, als bisher. Wenn man ihn aber, ſo fügte er hinzu, ſeinen eigenen Kräften überlaſſe, ſo werde ein Zuſtand entſtehen, den er nicht beherrſchen könne. Hierauf brachte Boyen in Erinnerung, daß die zerſtreute preußiſche Armee ruſſiſcher Unterſtützung bedürftig ſein würde; das will ſagen, er machte auf die Gefahr aufmerkſam, in welche Preußen durch einen Bruch mit Frankreich gerathen müſſe. Kaiſer Alexander beſtand nicht unmittelbar auf einem ſolchen; aber er machte die Bemerkung, daß die Annäherung der Ruſſen dem Könige von Preußen Anlaß zu neuen Rüſtungen geben könne,

1) Tout dépend de ce qu'on profite avec énergie du moment. Les Princes et leurs ministres sont responsables à la postérité des déterminations qu'ils viennent prendre.

namentlich zu einer Verstärkung der Besatzungen von Graudenz und Colberg und zur Vermehrung der Truppen in Schlesien; auch würde man die Anlegung von Magazinen für die französischen Truppen in den Oderfestungen zu verhindern im Stande sein; der König möge ihm nur sagen, in welcher Weise er von Rußland unterstützt zu werden wünsche. Indem Alexander nun den König aufforderte, sich ihm in einer Sache anzuschließen, welche die aller Souveräne sei, bezeichnete er zugleich die Verbindlichkeiten, die er dagegen übernehmen wolle. „Wenn Friedrich Wilhelm mir beitritt, so gewährleiste ich ihm nicht nur seine gegenwärtigen Besitzungen, sondern ich verpflichte mich auch, die Waffen nicht eher niederzulegen, bis er seine verlorenen Provinzen wieder erworben hat." Ein großes Wort, das der Kaiser aussprach. Dahin waren die früheren Anforderungen des Königs von Preußen immer gegangen. Der Kaiser willigte jetzt in dieselben ein. Doch verlor er dabei die polnische Combination, mit der er sich trug, nicht aus den Augen; er verhieß recht ausdrücklich nur eine Wiederherstellung der in Deutschland verlorenen Landschaften. Zur Entschädigung für die polnischen Provinzen Preußens hat der Kaiser gleich im ersten Augenblick das sächsische Gebiet in Vorschlag gebracht[1]). Sollte aber, so ließ er zugleich vernehmen, der König in seinem jetzigen System beharren, so würde er das als eine Kriegserklärung ansehen und zwar als eine solche, die ihm, dem Kaiser, persönlich gelte; er würde gerechtfertigt sein, selbst wenn er im Laufe des Krieges zu einer Theilung von Preußen die Hand bieten sollte. Für diesen Fall behielt er sich offenbar die Verabredung von Abo vor.

Boyen war schon entlassen, als der Kaiser ihn zurückrief, um ihm zu sagen, daß Oesterreich einen englischen Gesandten verlange; Preußen habe auf die Verbindung Oesterreichs mit Napoleon Einfluß gehabt: denn in Oesterreich liebe man, dem preußischen Beispiele zu folgen; es möge jetzt Alles thun, um Oesterreich auf die Seite von Rußland hinüberzuziehen. In gleichem Sinne sprach sich der englische Gesandte gegen Boyen aus; er sagte demselben, sein Auftrag

1) S'il y accède, je lui garantis non-seulement toutes ses possessions actuelles, mais je m'engage à ne poser les armes que lorsque le roi sera rentré dans la possession de toutes les provinces qu'il a perdues, en Allemagne ou aura été indemnisé d'une autre manière nommément par la Saxe qui me paraît convenable pour cela. Aus dem Berichte Boyen's.

gehe dahin, Alles für die Wiederherstellung der preußischen Unabhängigkeit zu thun; halte sich Preußen ferner an Frankreich, so werde England sich zu Maßregeln genöthigt sehen, durch welche die Existenz Preußens bedroht werde.

Boyen hatte kein Mittel, seinem Fürsten von diesen Eröffnungen so rasch, wie es nöthig gewesen wäre, Meldung zu machen. Aber unterdeß eröffneten die Russen eine Unterhandlung auf dem von Liewen angedeuteten Wege. Noch von Moskau aus hatte Napoleon auf eine Vermehrung der preußischen Streitkräfte angetragen: denn man müsse den Russen zeigen, daß ihre Absicht, die französischen Armeen zu vernichten, unausführbar sei [1]). Es war recht das Gegentheil davon, wenn die Russen die preußische Armee, die ihnen in Liefland gegenüberstand, von den Franzosen abwendig zu machen versuchten. In diesem Sinne machten sie mancherlei Versuche, zuerst auf Grawert, noch mehr aber, nachdem die Entscheidung erfolgt war, auf York, der nach einer Erkrankung Gravert's an dessen Stelle im Commando gefolgt war und bei dem sie eine übereinstimmende Gesinnung voraussetzten; ein zwischen York und Macdonald obwaltendes Mißverständniß kam ihnen hiebei zu statten. Man kennt York als einen der markirtesten Soldatencharaktere der preußischen Armee, nicht eben von imponirendem Aeußeren, aber von einer Haltung, welche Jedermann imponirte. Seine Gedanken waren tief, dunkel und in der Brust verschlossen: Niemand hätte sie errathen können. Er war wegen seiner Strenge und seiner Jedermann zurückstoßenden Art und Weise in seinem Corps gefürchtet, nicht etwa gehaßt; denn er fügte Niemandem Unrecht zu. Wie gegen seine Untergebenen schroff, so war er gegen die, welche über ihm standen, ungeduldig und gewohnt, auf seinem Recht zu bestehen; er befolgte die Befehle, die er erhielt, aber nur bedachtsam und in seiner Weise. Wenn er nun schon Die, welche von dem Hofe seines Souverains zu ihm kamen, mit ungünstigen Augen ansah, weil er vermuthete, man wolle ihn ausspähen und darüber nach Berlin berichten, so kann man abnehmen, wie wachsam sein Verdacht sich gegen den französischen Marschall richtete, der ihm vorgesetzt war. Macdonald war einer der gefügigsten Bewunderer Napoleon's, dem er fast übermenschliche Eigenschaften zu-

1) c'est de faire voir à la Russie l'impossibilité qu'il y a de miner l'armée comme elle l'espère. Au duc de Bassano, 16 octobre. Corr. XXIV, 268. N. 19, 278.

schrieb; York hatte nur Sinn für die Ehre des preußischen Namens. Zwischen York und Macdonald kam es zu Differenzen über die Verpflegung der Truppen, die zu einem sehr gereizten Briefwechsel führten. In einem Schreiben an den König spricht York die Meinung aus: es komme den Franzosen nur darauf an, ihn zu veranlassen, daß er sich von seinem Posten entferne; er will ihnen aber diesen Gefallen nicht thun. Sehr auffallend ist, daß York den König zwei Tage darauf doch um seine Entlassung gebeten hat. In dem einen wie in dem anderen Schreiben drückt sich wohl das Gefühl der Unhaltbarkeit seiner Stellung unter einem französischen Heerführer aus.

Der große Umschwung der Dinge hatte nun zur Folge, daß von russischer Seite immer dringendere Aufforderungen zum Uebertritt an York ergingen. General Essen hat schon am 1. November von Riga her eine solche an ihn gelangen lassen. Er giebt die Nachricht von der Niederlage, welche Bennigsen den Franzosen bei Kaluga beigebracht habe, der Wiedereroberung von Moskau, dem Rückzuge Napoleon's. „Die schönsten Hoffnungen beleben unsere Armeen und die russische Nation." Er fragt, welche Resolutionen York unter diesen Umständen fasse: es käme nur auf ihn an, die Fesseln Preußens zu zerbrechen; er solle Macdonald in Mitau festnehmen und dann mit seinen Hülfstruppen nach Preußen marschiren. Essen kenne die Gesinnung der Preußen: der Entschluß York's werde seine Landsleute mit Muth erfüllen; York könne der Retter seines Vaterlandes und des gesammten Deutschlands werden[1]). Dies Schreiben schickte York an den König. Bald darauf aber wurde er von dem Nachfolger Essen's in Riga, Marchese Paulucci, mit neuen ähnlichen Zumuthungen bestürmt. Von glühendem Eifer gegen den vermeinten Attila beseelt, forderte er York auf, das Beispiel Romana's nachzuahmen, der sich eigenmächtig nach Spanien zurückbegeben hatte, um nicht den Franzosen zu dienen. York antwortete hierauf am 20. November, daß dies Beispiel nicht ganz auf ihn passe, weil der Spanier gewußt habe, was sein Vaterland von den Verbündeten, denen er sich anschließe, erwarten dürfe. Ueberdies aber, persönliche Einmischung in eine allgemeine Sache widerspreche seinen Gesinnungen. Eine Erklärung seinerseits, wie man sie wünsche, werde bei dem Stande der Armeen keinen so großen Einfluß ausüben, als man voraussetze; vielmehr könnte Napoleon

1) Bogdanowitsch III, 376.

von einer ihm widerwärtigen Erklärung den Vorwand hernehmen, mit Preußen zu brechen und es als ein erobertes Land behandeln. Die doppelte Rücksicht auf die Rache der Franzosen, wenn er sie verlasse, und zugleich auf die Unbestimmtheit der Verpflichtung von Rußland für den Fall, daß er ihm beitrete, bestimmte seine Entschließungen.

Von diesen Einwendungen des preußischen Generals unterrichtet, ermächtigte Alexander den Marchese Paulucci [1]), demselben zu versichern, daß er, wenn Preußen ihm beitrete, entschlossen sei, auf Grund eines förmlichen Tractates die Waffen nicht niederzulegen, ohne Preußen eine Territorialvergrößerung verschafft zu haben, in Folge deren es seinen alten Rang unter den Mächten Europa's wieder einnehmen könne [2]). Es war dieselbe Versicherung, zu der er sich bereits im Zwiegespräch mit Boyen verbindlich gemacht hatte; jetzt aber gewann sie einen gegenseitig verpflichtenden Charakter. Wenn York sie acceptirte und mit seiner Armee eine dem entsprechende Haltung annahm, so verpflichtete er gleichsam den Kaiser durch eine große Handlung, sein gegebenes Wort zu erfüllen. Es ist die unsterbliche welthistorische That des Generals York, daß er sich dazu entschloß. Die Umstände waren folgende. Dem Marchese wurde die Ehre, die Sache zu Ende zu führen, nicht zu Theil. Ein ganz anderes Gewicht, als der Gouverneur von Riga, besaß der General Wittgenstein, der sich soeben an der Bereszina einen großen Ruf erworben hatte. Er war beauftragt, sich gegen den unteren Niemen zu wenden, um Macdonald wo möglich abzuschneiden. Macdonald hatte seinen Rückzug von Kurland her spät angetreten und nahm denselben in zwei Colonnen auf Tilsit. Der Zufall wollte, daß der mit einer Abtheilung des Wittgenstein'schen Corps vorrückende General-Quartiermeister Diebitsch, indem er die Arrière-Garde Macdonald's zu erreichen meinte, den ganzen preußischen Heerhaufen vor sich fand.

Die Stellung, die er bei Koltinjani nahm, bot einige Vortheile dar; aber schwerlich würde er sie gegen die preußischen Regimenter, die gegen ihn vorrückten, haben behaupten können. Indem nun die beiden Heerhaufen einander gegenüberstanden, ließ Diebitsch

1) Die Schreiben Paulucci's vom 2. 14. November und York's bei Eckardt, York und Paulucci, S. 62, 66.

2) pour lui faire reprendre à la Prusse parmi les puissances de l'Europe la place qu'elle occupait avant la guerre de 1806. Eckardt a. a. O. S. 97.

den General York um eine Unterredung bitten. Diese fand auf freiem Felde zwischen den beiden Armeen statt. Diebitsch hat dann dem preußischen General vorgestellt, daß er, wie alle anderen russischen Befehlshaber, angewiesen sei, die Preußen nicht feindselig zu behandeln. Er erinnerte ihn an das Dringende des Momentes und die unsterbliche Ehre, welche sich York durch einen raschen Entschluß erwerben werde. Hauptsächlich aber bestätigte er die schon von Paulucci mitgetheilte Versicherung des Kaisers, daß derselbe nicht eher ruhen werde, als bis der preußische Staat in seiner alten Größe wiederhergestellt worden sei [1]). Hierdurch wurde die vornehmste Einwendung York's über die Unbestimmtheit der Pläne des Kaisers von Rußland, dessen Partei er ergreifen sollte, vollständig gehoben. Man darf es als einen der wichtigsten Momente der preußischen Geschichte bezeichnen, daß York dieser Versicherung Gehör gab. Auf Grund derselben schlug er einen Weg ein, getrennt von den Franzosen, der ihn nach Tauroggen führte. Man findet nicht, daß er dazu von Berlin aus autorisirt gewesen wäre [2]). Aber es giebt in den Verflechtungen der Politik Augenblicke, wie sie wohl in einer Feldschlacht eintreten. Der Commandeur eines Corps kann in ein Gedränge kommen, in welchem er ohne die Weisung des Oberbefehlshabers nach eigenem Ermessen handeln muß. General York fühlte sich so recht inmitten der Nothwendigkeit des sich vollziehenden Ereignisses, als er seinen Entschluß faßte. Er wußte wohl, welche persönliche Verantwortung und Gefahr er damit sich zuzog. Als er sich bereit erklärte, den Vertrag abzuschließen, und die allgemeine Freude seiner Umgebung wahrnahm, hat er gesagt: sie habe gut reden; ihm aber, dem Alten, wackele der Kopf auf den Schultern. Die Convention wurde am 30. December auf der Mühle zu Poscherun abgeschlossen [3]). Darin wird festgesetzt, daß die preußischen Truppen innerhalb eines bestimmt bezeichneten Bezirks eine neutrale Stelle einnehmen würden, immer mit dem

1) Henckel von Donnersmark versichert das in den „Erinnerungen aus meinem Leben", S. 167, mit bestimmten Worten.

2) Der königliche Adjutant, der bei ihm war, Graf Henckel, wurde am 27. mit einem Bericht über die neue Wendung der Dinge nach Berlin abgefertigt. Der Adjutant York's, der von demselben nach Berlin geschickt worden, war noch nicht zurückgekehrt; Henckel traf ihn unterwegs.

3) Mit dem General erschien hiebei sein den Tag zuvor zurückgekehrter Adjutant Seydlitz, bei dessen Abgang von der Hauptstadt man daselbst noch keine Vorstellung von der Lage der Dinge haben konnte.

Vorbehalt, wenn der König es befehle, zu den Franzosen zurückzutreten, — wohl verstanden jedoch, daß das preußische Corps dann keine Dienste gegen die Russen leisten werde. Aber so wichtig diese Bestimmungen sind, so kam es doch nicht so sehr darauf an, als auf die Handlung an sich, die gleichsam eine neue Phase der Geschichte eröffnete. Die, deren Erinnerung in jene Zeit zurückreicht, werden sich entsinnen, daß die Nachricht davon auch dem weit Entfernten wie ein Blitzstrahl erschien, der den Gesichtskreis durchzuckte und veränderte. Noch unter dem französischen Drucke fühlte man allenthalben die ungewohnten Pulsschläge des nationalen Bewußtseins. Man hatte ein Vorgefühl davon, daß nicht mehr Preußen und Frankreich zusammenstehen würden, sondern Preußen und Rußland. Wenn wir von einer historischen Theilnahme an dem, was sich vollzieht, reden dürften, so wendete sich das auf die Haltung des preußischen Hofes an.

Drittes Capitel.

Absonderung Preußens von Frankreich.

Man wird sich immer erinnern müssen, daß die Allianz Preußens mit Frankreich nur unter einer Art von Zwang eingegangen worden war, in einem Augenblicke, als man auf die Idee einer antinapoleonischen Vereinigung schlechterdings Verzicht leisten mußte, weil Oesterreich sie nicht theilte und Rußland zu einer wirksamen Assistenz sich nicht anheischig machen wollte. In den Ideen und Hinneigungen war nun, wie sich denken läßt, keine Veränderung vorgegangen.

Während des Feldzuges in Rußland war die Gährung der Geister in Preußen allgemein, wiewohl noch Sorge getragen wurde, jede öffentliche Manifestation zu verhüten. Hardenberg drückte sich in einem Schreiben an Gneisenau vom 15. October auf eine Weise aus, die an seinem Einverständniß mit der allgemeinen Tendenz keinen Zweifel aufkommen läßt. Es heißt darin: auch der König theile diese Gesinnung; obgleich er auf heroische Pläne nicht so leicht eingehe, werde er doch nicht zurückbleiben, sobald ein guter Erfolg wahrscheinlich sei. Als die entschiedene Wendung der großen Ereignisse eintrat, hat Hardenberg einmal gesagt: wenn er zu gebieten hätte, so würde er keinen Augenblick zögern, Partei gegen Frankreich zu ergreifen; aber man müsse doch bedenken, daß das ganze preußische Gebiet von den Franzosen durchzogen oder eingeschlossen sei; Preußen habe weder in den Flanken noch im Rücken eine sichere Stütze; der König werde nicht einwilligen; er fordere vielmehr vor Allem ein vorläufiges Einverständniß mit Oesterreich.

Zwischen diesen beiden Mächten bestand bereits eine gegenseitige Annäherung, die sogar die Eifersucht Napoleon's erweckt haben soll; aber zu gemeinschaftlicher Action reichte sie doch nicht hin. In Oesterreich ging der erste Gedanke in dem Momente der

Entscheidung auf eine allgemeine Pacification. Wenn Metternich eine solche wirklich bei England in Antrag brachte, so schloß sich der Staatskanzler Hardenberg dem zwar an, nicht jedoch, ohne von vornherein zu bemerken: es würde nur eben ein Schlag ins Wasser sein. Indem er sich anschloß, gab er noch einem anderen Gedanken Raum: wenn der Versuch, wie vorauszusehen, mißlinge, so könne zwischen Oesterreich und Preußen eine Vereinbarung stattfinden, um Napoleon gemeinschaftliche Friedensvorschläge zu machen, mit der Drohung, daß, falls er sie verwerfe, die beiden Mächte auf die Seite Rußlands treten würden.

Welche Erwägungen in Berlin gepflogen wurden, erhellt aus einem ausführlichen Gutachten Ancillon's, der ein Jahr zuvor sich für die Allianz mit Frankreich ausgesprochen, jetzt aber eine entgegengesetzte Ansicht gefaßt hatte. Diese Differenz machte ihm nicht das mindeste Bedenken: denn hätte man sich vor einem Jahre nicht mit Napoleon verbunden, so würde derselbe den Krieg gegen Rußland mit der Niederwerfung Preußens eröffnet haben. Ancillon erörtert dann die Ursachen des Unglücks, welches Napoleon betroffen habe, und die Bedeutung dieses großen Ereignisses. „Die Macht von Frankreich," so lauten seine Worte[1]), „ist gebrochen; das Continentalsystem stürzt zusammen; der Plan einer Universalmonarchie ist durchkreuzt; der Moment ist gekommen, wo das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt werden kann." Ancillon bemerkt: die politische Macht Napoleon's habe auf einer Armee beruht, die sich für unüberwindlich hielt und dafür gehalten wurde; jetzt aber existire eine solche nicht mehr; Napoleon könne nun zwar in kurzem eine neue Armee aufstellen, aber an Reiterei und einer geübten Artillerie werde es ihm fehlen; die alten Truppen werde er auch deshalb vermissen, weil von ihnen Siegeszuversicht und kriegerischer Geist den Conscribirten mitgetheilt worden sei. Er führt aus: die Idee der Universalmonarchie sei nicht eigentlich gewesen, die anderen Länder zu Provinzen zu machen, sondern nur sie dahin zu bringen, daß sie ohne gegenseitige Verbindung unfähig geworden wären, dem Willen Napoleon's zu widerstehen; dem habe nun der russische Koloß widerstanden: er habe besiegt, aber nicht unterjocht werden können; daraus folge, daß der französische Kaiser die Unabhängigkeit anderer

1) Schöll hat das Original dieses Gutachtens in seine Sammlung aufgenommen.

Staaten, die zwiſchen ihm und Rußland beſtehen, werde anerkennen müſſen. Noch ſei Napoleon ſehr furchtbar; die Franzoſen würden zähneknirſchend ihm auch jetzt ihre Kinder opfern und die Mitglieder des Rheinbundes ihm alles bereitwillig gewähren, was er fordere.

Aber auch vor Rußland giebt Ancillon Beſorgniſſe zu erkennen: Alexander habe liberale Principien; aber ſeine Generale und Miniſter, denen er ſeine Siege verdanke, würden ihn beherrſchen; der hohe Adel von Rußland wiſſe nichts von Beſcheidenheit oder Moderation; das Volk ſei energiſch, aber roh und gehorche blindlings ſeinen Herren; Europa dürfe nicht, indem es ſich vor den wilden Männern der Civiliſation rette, in die Hände von Barbaren fallen. Wir reproduciren dieſes Gutachten auch deshalb, weil es die Betrachtungen enthält, die der damalige Moment für die Zukunft hervorrief. Ancillon meint: man müſſe bewirken, daß die franzöſiſche Uebermacht nicht mehr die Welt drücke, aber zugleich den Uebeln vorbeugen, mit denen die Völker durch die ruſſiſche Präponderanz bedroht würden. Preußen und Oeſterreich müſſen ſich ſelbſt befreien, indem ſie helfen, daß die anderen frei werden. Preußen ſei zu ſchwach und zu gefährdet, um die Initiative zu ergreifen; es könne nicht die erſte Rolle ſpielen, aber es ſei doch auch nicht zu einer abhängigen genöthigt; ſein Einfluß auf die Löſung des großen Problems werde immer ein ſehr eingreifender ſein. Ancillon ſtellt als Ziele der zu befolgenden Politik auf: Beſchränkung Frankreichs auf das linke Rheinufer, ſodann eine Conföderation der Rheinbundesfürſten unter einem neuen Protector; mehr fordern, würde heißen, das Unmögliche fordern. Das Beſte wäre, wenn zwei Conföderationen in Deutſchland gebildet würden, eine ſüdliche unter Oeſterreich, eine nördliche unter Preußen; doch dürfe man dieſen Wunſch kaum äußern: denn die Rheinbundesfürſten würden Oeſterreich vorziehen; dieſe müſſe man durch bündige Verſicherungen über ihren Beſtand beruhigen. Die Vernichtung des Königreichs Weſtphalen und die Incorporation deutſcher Provinzen in Frankreich würde genügen, um Preußen wiederherzuſtellen ſowie die Häuſer Hannover, Heſſen, Braunſchweig, Oranien. Holland müſſe unabhängig werden und eine individuelle Exiſtenz erlangen, weil Frankreich, ſolange es in Beſitz dieſes Landes ſei, England und die rechte Flanke von Deutſchland bedrohe. Auch in Bezug auf Italien und Spanien könne England nicht weichen; von der Beſtimmung über das eine und das andere hänge die Gründung eines feſten und haltbaren

Friedens ab. Polen dürfe nie in die Hände von Rußland gerathen; wolle man das Königreich wiederherſtellen, ſo müſſe es doch abhängig bleiben von den drei Mächten, die es getheilt haben.

Ancillon hält es vor Allem für nöthig, daß Oeſterreich ohne Zeitverluſt ſeine Truppen an der Donau und am Oberrhein aufſtelle, um für die Rheinbundesfürſten zum Bollwerk gegen Napoleon zu dienen. „Alles das muß binnen vier Wochen geſchehen; es wird die öffentliche Meinung gewinnen; Napoleon wird unfähig ſein, gegen dieſelbe anzukämpfen. Bis Oeſterreich ſich erklärt hat, muß Preußen mit kluger Umſicht verfahren, die franzöſiſchen Vorſchläge nicht ſchlechterdings zurückweiſen, aber ſich dabei immer auf ſeine Erſchöpfung beziehen. Preußen muß ſich rüſten unter dem Vorwande, daß dies zu Gunſten Frankreichs geſchehe. Da Napoleon keine ſeiner Verbindlichkeiten beobachtet, vorzüglich da er außer Stande iſt, Preußen gegen einen Angriff Rußlands zu ſchützen, ſo darf der König ohne den mindeſten Scrupel einen beſonderen Frieden mit Rußland ſchließen."

Dieſe Frage, inwiefern der König ſich von Frankreich loszuſagen und mit Rußland zu verbinden das Recht habe, erörtert Cabinetsrath Albrecht in einem beſonderen, eingehenden Gutachten. Er erinnert an das von Napoleon oft gehörte Wort: die Moral für die Staaten beſtehe in dem, was ihr Intereſſe ihnen an die Hand gebe; den ſpaniſchen Bourbonen habe er, indem er ſie vernichtete, einen Vorwurf daraus gemacht, daß ſie ſich nicht gerüſtet gehalten hätten. Dahin aber, die Allianz mit Frankreich zu brechen, gingen ſeine Rathſchläge nicht, ſolange man Oeſterreichs nicht ſicher ſei. Albrecht war ſo eifrig dafür, eine Verbindung mit Oeſterreich zu ſuchen, wie Ancillon. Dann aber regte ſich doch der Zweifel, ob nicht Oeſterreich ſelbſt nochmals mit Frankreich gemeinſchaftliche Sache machen werde. Hardenberg hielt dies für unmöglich, nicht der König. Auf ihn machte die Familienverbindung des Kaiſers von Oeſterreich mit Napoleon immer einen gewiſſen Eindruck; er ſah voraus, daß Rußland auf die Entfernung des corſiſchen Gewalthabers überhaupt dringen, Oeſterreich aber der napoleoniſchen Dynaſtie der Familienverbindung wegen den Thron zu erhalten ſuchen werde [1]).

1) Ompteda an Münſter, 31. December 1812: Le chancelier me dit que le roi s'était persuadé que depuis le mariage de l'archiduchesse avec Bonaparte l'empereur d'Autriche ne voulait pas la destruction

Auch jetzt mit Ancillon einverstanden, ging der wieder zu den Verhandlungen herbeigezogene Knesebeck doch einen Schritt weiter; er hielt es für thunlich, mit Frankreich zu brechen, selbst wenn Oesterreich schwanke. Hauptsächlich aber forderte er, daß man nicht so lange unthätig bleibe, bis Oesterreich sich erklärt habe; auf der Stelle müsse man sich mit aller Macht rüsten. Daß dies geschehen konnte ohne Feindseligkeit gegen Frankreich, wurde von Napoleon selbst veranlaßt, indem er eine Vermehrung der preußischen Streitkräfte an der Oder gefordert hatte. Knesebeck giebt an, wohin die Truppen zusammenzuziehen seien, und bringt vor Allem auf eine Instandsetzung der Festungen auf sechs Monate; für den Fall der Vereinbarung mit Oesterreich hält er für möglich, den nächsten Feldzug in Süddeutschland auszuführen.

Am 25. December 1812 wurde eine Berathung zwischen Hardenberg, Knesebeck und Ancillon veranstaltet, in der Form eines Privatbesuches bei dem letzten, um alles Aufsehen zu vermeiden; eine locale Merkwürdigkeit wird hiedurch die Behausung Ancillon's in der Jägerstraße. Die drei Männer vereinigten sich zu dem Hauptgrundsatze, daß kein Augenblick zu verlieren sei, um die Fesseln zu zerbrechen, die auf Europa lasteten; es sei die Pflicht Preußens, seine Unabhängigkeit wieder zu erwerben; Oesterreich soll bewogen werden, unverzüglich eine bewaffnete Mediation zu versuchen und in Verbindung mit Preußen Bedingungen aufzustellen, bei deren Zurückweisung es sich an die Feinde Napoleon's anschließen werde[1]). Die Festsetzung dieser Bedingungen wird bis auf eine weitere Berathung mit Oesterreich ausgesetzt.

Wohin aber die preußischen Ideen über die künftige Gestaltung Europa's und Deutschlands gingen, sieht man aus dem Gut-

---

de sa dynastie, et qu'il craignait qu'en se joignant à la Russie, cette destruction pourrait peutêtre ne plus être empêchée, et que par cette raison l'Autriche verrait toujours avec une espèce de jalousie les mesures qu'on prendrait pour abattre entièrement la puissance de Bonaparte. Le chancelier ajouta que c'étaient là les plus grands obstacles qu'on trouvait dans l'esprit du roi pour lui faire prendre un parti énergique auquel d'ailleurs il était tout décidé. Ompteda, Politischer Nachlaß II, S. 325.

1) Il faut que l'Autriche et la Prusse proposent à Bonaparte la base d'une paix générale en déclarant le même temps que, si la France ne l'accepte, l'Autriche et la Prusse feront cause commune avec la Russie.

achten Kneſebeck's. Deſſen Vorſchläge ſind folgende: Befreiung der pyrenäiſchen Halbinſel von dem franzöſiſchen Einfluß; Vereinigung Italiens unter Einem Herrn; Unabhängigkeit der deutſchen Staaten; Herſtellung der verjagten Fürſten von Hannover, Heſſen, Braunſchweig, Oranien; Aufrechterhaltung des Beſtehenden in Baiern, Würtemberg, Baden; die deutſchen Fürſten ſollen eine Militärconföderation bilden nach dem Muſter des Rheinbundes, jedoch unter der Protection von Oeſterreich und Preußen, deren Machtgebiet durch den Main geſchieden werden ſoll. Zu dieſer Conföderation ſollen auch die Schweiz und Holland gehören, jene zu der ſüdlichen, dieſe zu der nördlichen. Die Vorſchläge erinnern ſehr an die Ideen, welche im Jahre 1809 gefaßt worden waren; zugleich knüpften ſie an die Entwürfe von Bartenſtein und ſelbſt an die Gedanken, die bei dem Bündniß von 1805 zu Grunde lagen und dem Kriege von 1806 vorausgingen. Der Unterſchied iſt jedoch, daß die Kataſtrophe der napoleoniſchen Armee eine Ausſicht zur Durchführung von Plänen eröffnete, die bisher immer geſcheitert waren. Bei dem Umfange dieſer Vorſchläge verſteht es ſich, daß man erſt mit Oeſterreich eine Vereinbarung darüber treffen wollte: Kneſebeck ſelbſt übernahm eine Miſſion dahin.

Von einem Kriegsunternehmen gegen Frankreich war zunächſt noch nicht die Rede. Der König verwarf den von Kneſebeck angedeuteten Plan, das ſüdliche Deutſchland zum Kriegstheater zu machen: daß die Ruſſen nach dem Rhein vordringen ſollten, war ein unangenehmer Gedanke für ihn; er meinte, durch Vereinbarung mit Oeſterreich die Herſtellung eines europäiſchen Gleichgewichtes und die Befreiung Deutſchlands von den franzöſiſchen Truppen bewirken zu können. Von einer Wiedereroberung der überrheiniſchen Gebiete war ſelbſt in dem Gutachten Kneſebeck's, ſo weit es auch übrigens ging, Abſtand genommen. Und zugleich wünſchte man, wenn irgend möglich, den Frieden mit Frankreich aufrechtzuerhalten. Noch einmal wurde Kruſemarck nach Paris geſendet mit der Inſtruction, auf den allgemeinen Frieden hinzuwirken, immer im Einverſtändniß mit Oeſterreich, welches nur Ein Intereſſe mit Preußen habe und ſoeben durch Bubna Eröffnungen an Frankreich gelangen laſſe.

So ſtanden die Dinge in Berlin. Der Entſchluß war gefaßt, den Augenblick zu einer Wiedererwerbung der Unabhängigkeit zu benutzen; man dachte dieſelbe jedoch noch auf friedlichem Wege durch Vereinbarung mit Oeſterreich zu erlangen. Wenn man ſich

rüstete, so geschah das selbst unter der Connivenz von Frankreich und konnte nicht als eine Feindseligkeit gegen diese Macht betrachtet werden. Mit Rußland hatte man noch kein eigentliches Einverständniß; noch hielt man an der Hoffnung fest, die Unabhängigkeit Deutschlands durch Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Mächten wiederherzustellen.

In dem Augenblicke, in welchem diese Entwürfe gefaßt wurden, traf die Nachricht von dem Ereignisse von Tauroggen ein. Zu seiner Handlung war York damals so wenig ermächtigt, daß sie vielmehr der politischen Richtung, in der sich der König und sein Staatskanzler eben bewegten, entgegenlief. Es war am 2. Januar 1813, daß der Major Graf Henckel von den Entschlüssen York's und der Capitulation desselben dem Könige Nachricht brachte. Nichts konnte unerwarteter sein. Man begreift es, daß der König sein Erstaunen lebhaft kundgab. Die Eigenmächtigkeit des Generals, seine bevorstehende Capitulation erklärt es, wenn der König die empfangene Nachricht im Kreise seiner Familie als eine schlimme bezeichnete; aber dieser selbst fiel auf, daß er dabei eine gehobene Stimmung bemerken ließ [1]). Man darf sie wohl daher leiten, daß das Ereigniß eine große neue Aussicht darbot: denn ob die Eröffnungen an Frankreich, die Friedensbemühungen von Oesterreich die gewünschte Wirkung haben würden, war doch sehr ungewiß. Von der Handlung York's konnte Niemand bezweifeln, daß sie im Interesse des Staates geschehen war: die Eigenmächtigkeit des Generals hatte ein tiefes Mitgefühl für die alte Weltstellung und Ehre der preußischen Monarchie zu ihrer Grundlage. Aber überdies, Graf Henckel überbrachte jenen mit Paulucci gepflogenen Briefwechsel, in welchem sich Kaiser Alexander für die Wiederherstellung Preußens zu seinem alten Range unter den Staaten Europa's anheischig machte; diese Erklärung hatte Diebitsch, wie oben erwähnt, in dem entscheidenden Moment erneuert.

Was nun aber auch in der Brust des Königs vorgehen mochte, zunächst gerieth man durch die Handlung York's in die schwerste Verlegenheit. Der französische Gesandte forderte schleunige und unzweideutige Erklärungen, um den unberechenbaren Folgen

1) Wir verdanken diese Mittheilung unserem Kaiser. Vergl. Pertz, Gneisenau III, S. 551. — Uebrigens sind die einzelnen Daten nicht leicht zu vereinigen. Selbst in den „Erinnerungen aus meinem Leben" von Henckel von Donnersmark finden sich in dieser Beziehung offenbare Irrthümer.

dieses Ereignisses vorzubeugen. Hardenberg ward unverzüglich in den Stand gesetzt, dem Gesandten eine solche zu geben; sie lautete dahin, daß der König die Capitulation York's verwerfe und General Kleist an seine Stelle gesetzt werden solle; Oberstlieutenant Natzmer sollte an den König von Neapel abgehen, um denselben von diesem Beschlusse zu verständigen; das Contingent sollte auch fortan unter dessen Befehlen bleiben.

Konnte und durfte nun aber dies wirklich das letzte Wort Friedrich Wilhelm's III. in dieser Sache sein? Aus einem zu der Instruction Knesebeck's gemachten Zusatz erkennt man, wie sehr sich die Gesichtspunkte sogleich veränderten. In derselben wird schon die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die Russen die Weichsel überschreiten und bis an die Oder vorrücken möchten; in einem solchen Fall erklärte sich der König geneigt, mit den Russen gemeinschaftliche Sache zu machen und, mit ihnen verbündet, die Franzosen bis zur Oder zurückzudrängen [1]).

Der einfache König war in eine doppelsinnige Stellung gedrängt: indem er den Frieden mit den Franzosen aufrechtzuerhalten suchte, nahm er doch auf den Fall Bedacht, daß er sich mit den alten Verbündeten der Uebermacht derselben entgegensetzen könne. Die erwähnte Sendung Natzmer's, der dem französischen Obergeneral die Absetzung York's ankündigen sollte, hatte zugleich einen anderen, eher entgegengesetzten Zweck. In Gegenwart des Staatskanzlers wurde Natzmer von dem Könige mündlich beauftragt, im tiefsten Geheimniß und unerkannt — er sollte zu diesem Zwecke seine Uniform ablegen — das Hauptquartier des Kaisers von Rußland aufzusuchen, um ihm Eröffnungen des intimsten Vertrauens zu machen; er sollte mit demselben nicht gerade eine Allianz verabreden, aber doch eine solche in Aussicht stellen, sobald die Russen bis an die Oder vorgedrungen seien und der König selbst Berlin verlassen habe; besonders sollte er ihn aufmerksam machen: Oesterreich werde nie zugeben, daß der Kaiser Polen einem Großfürsten übertrage, oder es auf irgend eine Weise Rußland einverleibe. „Preußen und ein selbständiges Königreich Polen könnten nicht nebeneinander existiren; eines müßte über kurz oder lang unterliegen."

Nachdem Natzmer seinen Auftrag bei dem Könige von Neapel

1) M. Duncker, Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III. S. 467.

ausgerichtet hatte, iſt er am 13. Januar 1813 wirklich in das Hauptquartier Alexander's zu Boberſk in Ruſſiſch-Litthauen gelangt. Der Kaiſer gab ſeine Freude darüber zu erkennen, daß er wieder einmal direct von dem König etwas vernehme; er fragte, ob es demſelben Ernſt mit den gegen York angekündigten Maßregeln ſei. Natzmer verneinte das kurzweg; aber der König könne die Capitulation nicht gutheißen, bevor er nicht in Schleſien ſei, wohin er wieder nicht gehen könne, ehe die Ruſſen an die Oder vorgedrungen wären. Der Kaiſer verſprach, ſeine Truppen die Weichſel überſchreiten zu laſſen und ein Corps gegen die Oder vorzuſchieben; er fügte hinzu, daß er über die Polen zu gebende Geſtalt noch nichts beſchloſſen habe; auf keinen Fall werde er ohne Uebereinſtimmung mit Oeſterreich und Preußen zu Werke gehen [1]).

Indem dergeſtalt mitten im Sturme die Fäden einer neuen Coalition angeknüpft, oder doch ihre Keime gelegt wurden, — was that Napoleon? Als er nach Paris zurückgekehrt war, beſchäftigte ihn zuerſt eine innere Angelegenheit. Die berührte, an ſich unbedeutende oppoſitionelle Manifeſtation hatte doch auf ihn den Eindruck gemacht, daß das Kaiſerreich, um ſich erhalten zu können, einer neuen Anerkennung der Erblichkeit bedürfe. In Paris war man geneigt, darauf einzugehen: man erinnerte ſich der in den europäiſchen Reichen oftmals vorgekommenen Krönungen junger Prinzen. Der vorwaltende Geſichtspunkt war die Behauptung des franzöſiſchen Imperiums unter der napoleoniſchen Dynaſtie; ſeinen Unglücksfällen und den vereinigten Kräften Englands, Rußlands, Schwedens, Spaniens zum Trotze glaubte Napoleon ſich behaupten zu können, ſolange er Oeſterreich und Preußen auf ſeiner Seite habe: denn Rußland, meinte er, ſei erſchöpft und habe keine Armee, die man zu fürchten brauche; er ſcheint noch immer geglaubt zu haben, daß Rußland ſelbſt ohne England Frieden mit ihm ſchließen könne.

Kein Zweifel, daß die Capitulation York's vielen Eindruck auf ihn gemacht hat, hauptſächlich wegen der Folgen, die ſie haben

1) Ueber dieſe Miſſion hat Natzmer zwei Aufzeichnungen hinterlaſſen: die eine, allbekannte, im Jahre 1851 abgefaßte, die andere, frühere, die erſt in dem Buche „Aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer", Berlin 1876, bekannt geworden iſt. Eben dieſe, in der man gewiſſermaßen den officiellen Rapport aus jenen Tagen ſehen kann, habe ich hier ausſchließlich zu Grunde gelegt.

konnte; für den Augenblick aber bot ſie ihm ſogar einen Vortheil dar, den er ſogleich ergriff. In einem ſolennen Rathe, den er um ſich verſammelte, gab er der Meinung der Mehrheit nach, daß die Intervention Oeſterreichs angenommen werden ſolle. Allein dabei war die Vorausſetzung, daß man doch den Krieg mit aller Macht führen müſſe. Napoleon wollte mit 500,000 Mann im Felde erſcheinen, wozu er nicht allein die Conſcription von 1813 brauchte, ſondern auch die von 1814 einziehen mußte, überdies einen Theil der Nationalgarde, der durch Senatsconſult beſtimmt werden ſollte, außerhalb der franzöſiſchen Grenze zu dienen. Eine ſo außerordentliche Kriegsrüſtung mußte durch einleuchtende Gründe motivirt werden; dazu aber gab ihm das Ereigniß von Tauroggen einen erwünſchten Anlaß; indem er es vernahm, beſchloß er, der franzöſiſchen Nation, die an ſich den Frieden lieber geſehen hätte, eine Communication darüber zu machen. Er brachte dabei den Abfall des Generals York, zugleich die populären Bewegungen in Deutſchland, die er engliſchen Einwirkungen zuſchrieb, zur Sprache. Die Tendenzen des Widerſtandes, die er wahrnahm, bezeichnete er als Ideologie, die ſich allenthalben, ſelbſt von den Fürſten begünſtigt, rege und auch in Frankreich die revolutionären Leidenſchaften wieder zu erwecken drohe. In einem Erlaſſe an die Rheinbundesfürſten hob er die Gefahr eines neuen Krieges in Deutſchland hervor, drückte ſich jedoch über den König von Preußen auch in Bezug auf deſſen eigene Angelegenheiten anerkennend und gemäßigt aus.

In der Mitte dieſer Vorbereitungen traf nun Kruſemarck in Paris ein. Das den Abſichten Napoleon's entſprechende Senatsconſult iſt vom 10. Januar 1813; Kruſemarck las es am 12. im Moniteur. In ſeiner erſten Audienz, am 17., begann er mit der Bemerkung: die Maßregeln, die Napoleon treffe, ſeien außer allem Verhältniß zu der Capitulation York's. Der Kaiſer ſagte: ſie werde den Ruſſen Muth machen; denn ſie gebe ihnen die Hoffnung zu noch anderen Abtrünnigkeiten. Kruſemarck verhehlte nicht, daß ein großer Theil der Nation die Allianz mit Frankreich verurtheile; der König wolle an derſelben feſthalten; aber das Vordringen der Ruſſen lege ihm Pflichten auf; über das, wozu ihn der Tractat verbinde, dürfe er nicht hinausgehen. Napoleon betheuerte ſeine Liebe zum Frieden und berührte zugleich deſſen vornehmſte Schwierigkeiten. „Ob das Herzogthum Warſchau," ſagte er, „in ſeinem Beſtand erhalten, oder ob es zu Oeſterreich oder zu Preußen ge-

schlagen wird, kann mir gleichgültig sein; aber zu Rußland? nein, niemals. Wenn man in Rußland vernünftig ist, so wird man Frieden schließen; ich glaube, Kaiser Alexander wünscht ebenfalls den Frieden; aber nach dem Abfalle York's und seit ich erfahren habe, daß er Stein — Sie kennen ihn — und Rostopschin den ganzen Tag um sich hat, glaube ich, daß er deren unheilvolle Rathschläge befolgt. Vor dem Kriege hat er sich zu viel vor mir gefürchtet; jetzt fürchtet er mich zu wenig." Er fügte hinzu: das Geheimniß der harten Bedingungen, die er zu Tilsit habe festsetzen müssen, könne er auch jetzt noch nicht enthüllen; aber er widerrufe dieselben.

So weit also war er gebracht, die unerträgliche Lage aufheben zu wollen, in die Preußen durch den Frieden von Tilsit gerathen war; doch hielt er die Absicht fest, den Krieg mit England fortzusetzen, selbst durch die Entwickelung der französischen Seemacht, die eben im besten Fortgange begriffen sei. Die Russen glaubte er bestehen zu können: denn es fehle ihnen an guten Generalen; wenn Oesterreich und Preußen sich zu Rußland schlage, so wolle er sich über den Rhein zurückziehen, in der Ueberzeugung jedoch, daß er bald wieder auf das rechte Ufer zurückkommen werde: denn die Franzosen würden ihm unbedingt folgen; werde es nöthig, so werde er Alles bewaffnen, selbst die Frauen [1]). Aber noch meinte er, daß Oesterreich und Preußen auf seiner Seite bleiben werden: Oesterreich habe von Rußland, das an der ganzen Grenzlinie die Gemüther aufrege, mehr zu fürchten, als von Frankreich; und wenn Preußen an ihm festhalte, so werde es wieder zu einer politischen Existenz gelangen; er werde lieber sehen, daß der König von Preußen in Deutschland herrsche, als ein französischer Prinz, dessen er herzlich müde sei, der nur Weiterungen veranlasse und Verkehrtheiten begehe; er wünsche an Preußen einen Alliirten zu haben.

Ein unversöhnlicher Zwiespalt zwischen der preußischen und der französischen Politik bestand also in Folge des Abfalles York's mit nichten. Dem Grafen Hatzfeld, der ebenfalls nach Paris geschickt wurde, sagte Napoleon: er begreife, daß der König die Sottisen seiner Generale nicht hindern könne; das sei auch ihm bei den seinen nicht möglich; Schade, daß Grawert habe abberufen werden müssen; York stehe unter dem Einflusse der geheimen Gesellschaften. Die Ankunft Hatzfeld's sah er sehr gern, weil darin

1) S'il est nécessaire, j'armerai jusqu' aux femmes.

ein Zeichen des guten Vernehmens zwischen Frankreich und Preußen liege; nur dürfe Preußen keinen Gesandten in Schweden halten, so wenig wie Oesterreich. Auch könne er keinen besonderen Vertrag zwischen Rußland und Preußen, etwa zur Neutralität Schlesiens, gestatten; darin würde ein Aufgeben der gemeinschaftlichen Sache liegen; Preußen würde sich dadurch zu Grunde richten. Hatzfeld brachte, wie schon Krusemarck, die Vorschüsse, die Preußen in dem letzten Kriege geleistet, in Erinnerung, aber ohne allen Erfolg, da bei dem dermaligen Zustande von Zahlungen an eine fremde Macht nicht die Rede sein könne. Wenn Hatzfeld bemerkte, daß die Gährung in Deutschland zu einer allgemeinen Revolution führen und dadurch selbst auf Frankreich zurückwirken könne, so erwiderte Napoleon, ohne daran zu denken, daß er mit sich selbst in Widerspruch gerieth: er kenne die allgemeine Gährung in Deutschland recht wohl; aber in Frankreich habe er nichts zu befürchten: denn die Opposition in Frankreich beschränke sich nur auf Phrasen; bald verlange man, er solle China erobern, bald, er solle sich über den Rhein zurückziehen; zuletzt werde man thun, was er wolle. Er trug sich mit der Hoffnung, in kurzer Frist wieder in der Mark Brandenburg zu erscheinen; schon hatte er seine nahe Ankunft in Berlin angekündigt und Spandau, welches Berlin beherrsche, gut in Stand zu setzen befohlen; er meinte, daß ihn Preußen zu seiner Linken, Sachsen zu seiner Rechten bei einer zweiten Campagne gegen Rußland unterstützen sollten. In der Mitte des August wollte er wieder über den Niemen gehen und das Kriegsglück aufs neue versuchen.

Wie sehr täuschte sich Napoleon in seinen Erwartungen! Er schien nicht zu bemerken, daß seine politisch-militärischen Combinationen mit Kräften zusammenstießen, in deren Natur es lag, sich von ihm loszureißen oder sich ihm zu widersetzen. Gegen diese tiefen, selbst unwillkürlichen Impulse konnten die Verbindlichkeiten der Verträge nicht Stand halten, welche er aufgezwungen und dann nur sehr unvollkommen beobachtet hatte; von ihm selbst glaubte man, er halte sich der allgemeinen Gährung gegenüber nicht für daran gebunden.

Wenden wir unsere Augen nach Preußen zurück, so entsprangen daselbst eben aus der zweifelhaften Lage die widrigsten, einen nahen Umschlag verkündenden Besorgnisse.

Ob es wirklich in der französischen Absicht gelegen hat, sich des Königs von Preußen auf alle Fälle persönlich zu versichern,

wollen wir nicht entscheiden; aber die Umstände ließen es befürchten. Schon lange war der Beschluß gefaßt, daß sich der König in das von französischer Seite für neutral erklärte Schlesien und zwar am besten nach Breslau begeben solle. Bei den letzten Berathungen hatte Knesebeck auf eine unverzügliche Ausführung dieses Gedankens gedrungen; er bemerkte, daß dem Könige sonst von dem heranrückenden Corps Grenier's Gefahr drohe; doch hatte Hardenberg die Sache für noch nicht so dringend gehalten. Nun erschienen Grenier's Truppen bereits am 15. Januar in Berlin; man bemerkte, daß Augereau und St.-Marsan zusammenkamen, und fing an, für die Sicherheit des Königs zu fürchten. Am 17. sollten die Truppen Grenier's einen Versuch gemacht haben, in Potsdam Quartier zu nehmen, obgleich dieser Stadt, wo der König residirte, ausdrücklich zugesichert war, daß sie keine Franzosen aufzunehmen habe. Auch noch andere Anzeichen einer nahe bevorstehenden Gefahr wollte man wahrgenommen haben. An demselben 17. sah man an den Wagen des Staatskanzlers Hardenberg ein Sechsgespann anschirren; er eilte so rasch wie möglich nach Potsdam, um mit dem Könige zu sprechen. Auch er hielt jetzt die unverzügliche Abreise desselben nach Breslau für nothwendig [1]). Eine große Besorgniß muß doch auch Friedrich Wilhelm ergriffen haben: noch an dem Abend rückten unter dem Vorwande eines militärischen Schauspiels für den Herzog von Coburg die Truppen der Potsdamer Garnison aus; sie waren mit scharfen Patronen versehen. In Berlin, wo das Leibregiment abzurücken Befehl erhielt, kam eine lebhafte Aufregung zu Tage. Unter den anwesenden Landesrepräsentanten wurde die Motion eingebracht, den König aufzufordern, für seine Sicherheit Sorge zu tragen. Von der Population erwartete man, daß sie bei dem ersten Versuch einer Gewaltsamkeit sich in Masse für den König erheben werde; man dachte sie durch das Geläute der Glocken von den Kirchthürmen her aufzurufen. Friedrich Wilhelm III. hatte durch das Unglück, das ihm widerfahren, und seine würdige Haltung inmitten desselben die allgemeine Verehrung gewonnen, in höherem Grade, als er sie vor der Katastrophe von Jena besessen hatte. Die Idee der übrigens verlorenen Selbständigkeit stellte sich noch allein in der Sicherheit seiner Person dar; eine Verletzung

1) Auf spätere Anfragen der Vertrauten, ob eine wirkliche Gefahr vorhanden gewesen sei, hat er dies als unzweifelhaft versichert. Hippel, Beiträge zur Charakteristik Friedrich Wilhelm's III. S. 63.

derſelben würde leicht zu einer allgemeinen Exploſion des Nationalgefühls geführt haben. Die Franzoſen hielten an ſich, wie denn Augereau und Grenier untereinander keineswegs einverſtanden waren; auf eine tumultuariſche Nacht folgte ein ruhiger Morgen.

In Potsdam war der Beſchluß der Abreiſe gefaßt worden; doch ging derſelben noch die Einſegnung des Kronprinzen, der in ſeinem 18. Jahre ſtand, voran. Ewig denkwürdig ſind die Worte, mit welchen der Kronprinz die Toga virilis nahm, in denen er ſeine und die allgemeine Zuverſicht ausdrückte: „Ich glaube an den, der zum Uebermuth ſpricht: bis hieher und nicht weiter“. Am 19. kam Natzmer zurück, der dem Könige auch von Seiten Alexander's die Bitte vortrug, für ſeine Sicherheit zu ſorgen. Bei allem, was in dem ruſſiſchen Hauptquartiere beſprochen worden, war die Abreiſe Friedrich Wilhelm's vorausgeſetzt. Am 22. trat der König ſeine Reiſe von Potsdam nach Breslau an; auch Hardenberg begab ſich dahin und forderte die Diplomaten auf, dem Hofe zu folgen. In Berlin wurde eine Regierungscommiſſion eingeſetzt, ungefähr ebenſo, wie das im Jahre 1806 bei der Abreiſe des Königs zur Armee geſchehen war, zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten. Die Leitung der großen politiſchen Geſchäfte behielt Hardenberg in ſeiner Hand. Ehe er abreiſte, ſah er einen hannoverſchen Staatsmann, Ompteda, der bisher bei den geheimen Verhandlungen mit den übrigen Höfen gute Dienſte geleiſtet hatte. Der Staatskanzler beklagte ſich, daß Kneſebeck ihm von Oeſterreich nur ſchöne Worte melde, keine Action; wenn nur Oeſterreich ſich nicht unbedingt auf die Seite von Frankreich ſtelle, ſo glaube er, der König werde ſich entſchließen, die Allianz mit Frankreich abzubrechen; derſelbe werde ein anderer Mann in Schleſien ſein, als in der Mark. Auch für Hardenberg, der aufs neue in Oeſterreich drang, ſich zu erklären, war das Motiv: die Befreiung Deutſchlands von Napoleon einzuleiten, aber darum nicht die Suprematie Rußlands zu veranlaſſen. Um aber nach der einen und der anderen Seite hin Bedeutung zu haben, mußte man ſich rüſten, vor allen Dingen mächtig erſcheinen; zunächſt in dieſem Sinne iſt die Errichtung der freiwilligen Jäger ins Leben gerufen worden. Im Aufruf heißt es: die gefahrvolle Lage des Staates mache eine Vermehrung ſeiner Streitkräfte nöthig. Zu welchem Zwecke dieſe verwendet werden ſollten, darüber wurde noch nichts ausgeſprochen.

Einen Einblick in die Anſichten und Entwürfe, die der damalige

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Moment in der unmittelbaren Umgebung des Königs hervorrief, gewährt uns abermals eine Denkschrift Ancillon's; sie ist vom 4. Februar. Sie beruht darauf, daß man nach allem, was man erfahre, von Oesterreich nichts erwarten dürfe; es habe sich nicht zu der Höhe seiner Mission erhoben. Mit Oesterreich zu gehen, wurde für Preußen doppelt unmöglich, da indessen die Russen die preußische Grenze überschritten und ihr Vordringen den Haß der Nation gegen die Franzosen allenthalben wachgerufen hatte. Darin lag eine zwiefache Gefahr: die Russen, unter denen viele die Weichsel zur Grenze ihres Reiches wünschten, konnten zu Reunionen schreiten; man mußte sie bei den Rücksichten festhalten, die sie jetzt noch beobachteten; oder es konnte auch die nationale Bewegung, wenn sie zurückgehalten wurde, in spontanen Kundgebungen hervorbrechen. Ancillon deutet selbst die Besorgniß an, daß Stein, der sich bereits nach Königsberg begeben hatte, und York, mißvergnügt über die Zurechtweisungen, die er erfahren habe, die Hand dazu bieten würden; er knüpfte die Bemerkung daran, daß dadurch die Sicherheit und Autorität des Thrones gefährdet werden könne.

Sein Sinn war noch nicht auf eine unmittelbare Theilnahme an dem russischen Kriege gerichtet. Ein höchst umsichtiger Diplomat der alten Schule, wie er war, und immer erfüllt mit den Ideen des europäischen Gleichgewichtes, faßte er jetzt die Möglichkeit ins Auge, in Gemeinschaft mit Rußland einen Vertrag mit Frankreich abzuschließen. Er giebt als Bedingung eines solchen an: für Rußland die Aufhebung des Continentalsystems und Vergrößerung in Polen; Warschau meinte Ancillon für Preußen vorzubehalten; er bildete sich sogar ein, daß der König aus dem Großherzogthum geübtes Kriegsvolk in seinen Dienst ziehen könne. Diesen Besitz vorbehalten, nahm er für Preußen nach Westen hin nur eine geringfügige Vergrößerung in Anspruch, hauptsächlich die Wiedererwerbung von Magdeburg: denn, da Oesterreich seine Theilnahme versage, so könne man gegen die Rheinbundesfürsten nicht sofort feindlich verfahren; und würde man, mit Rußland einseitig verbunden, einen Angriff unternehmen, so würde man das Selbstgefühl der französischen Nation aufwecken.

Ein durchdachtes und wohlgemeintes Gutachten, das aber doch zu vorsichtig ist und zu viel Mißtrauen nach allen Seiten hin an den Tag legt, als daß es den Umständen entsprochen hätte.

Noch gegen Ende des Dezember war Hardenberg mit Ancillon Hand in Hand gegangen; jetzt aber, im Anfang des Februar, trennte er

ſich von demſelben. Er bemerkte an dem Rande des Gutachtens: ein Angriff auf die Rheinbundesſtaaten würde die Franzoſen nicht allarmiren, wenn man ihnen ſage, daß man nicht vorhabe, Frankreich ſelbſt anzugreifen [1]); an einen haltbaren Frieden laſſe ſich nicht denken, ſolange noch ein Fürſt aus dem Hauſe Bonaparte in Deutſchland regiere und die franzöſiſche Präponderanz nicht vernichtet ſei.

Darin waren die beiden Staatsmänner einverſtanden, daß man von Oeſterreich abſehen und ſich mit Rußland verſtändigen müſſe. Wenn Ancillon dabei zunächſt den Frieden, ſelbſt mit Erhaltung des Rheinbundes, im Auge behielt, ſo nahm Hardenberg dagegen die Zerſtörung deſſelben und eine Vereinbarung mit Rußland für den Krieg in Ausſicht. Eine Abweichung von der größten Tragweite; ſie liegt hauptſächlich darin, daß Ancillon die Folgen der Capitulation York's fürchtete, Hardenberg aber dieſelben in ihrem vollen Umfange annahm; er durfte von ſeiner Anſicht noch nichts ahnen laſſen, er war geheimnißvoller als je; man bemerkte, daß er, ſelbſt wenn er großes Vertrauen zu beweiſen ſchien, doch immer nur halbe Confidenzen machte. Es iſt wohl vorgekommen, daß, indem er mit einem Beamten, der den Krieg wünſchte, darüber ſprach, auf der anderen Seite ein Mann eintrat, der, wie der Staatskanzler bemerkte, um Gotteswillen nichts davon hören dürfe. Genug, daß er ſelber die entſchiedene Meinung gefaßt hatte, mit Rußland gemeinſchaftliche Sache zu machen.

1) S'ils déclarent que ce n'est pas à eux qu'ils en veulent.

Viertes Capitel.

Allianz mit Rußland. Ereigniſſe von Königsberg.

Als die Ruſſen den Niemen überſchritten, ließen ſich ihre wahren Abſichten nicht ermeſſen. In dem Vertrage von Abo war die Beſitznahme Preußens bis an die Weichſel als Bedingung aufgeſtellt und von dem Kronprinzen von Schweden gleichſam als Gegengabe gegen Norwegen bewilligt. Darüber iſt kein Zweifel, daß in der ruſſiſchen Armee dieſer Gedanke noch vorwaltete. Alle die, welche in dem letzten Kriege das ruſſiſche Intereſſe allein ins Auge gefaßt hatten, hielten darüber. Der Marcheſe Paulucci, der ſchon am 27. December Memel beſetzte, hat ſogleich die preußiſchen Behörden in dieſer Stadt von der Pflicht gegen ihren König losgeſprochen und ſie angewieſen, fortan nur noch von St.-Petersburg Befehle anzunehmen. Seine Abſicht dabei war keineswegs harmlos; er ſchrieb dem Kaiſer Alexander, ſein Wunſch gehe eigentlich auf Erwerbung der Weichſelgrenze; da dem aber mancherlei entgegenſtehe, ſo halte er wenigſtens für nothwendig, aus Memel, deſſen commerzielle und militäriſche Bedeutung er ſehr hoch anſchlägt, ein Bollwerk für die ruſſiſche Grenze zu machen. In dem ruſſiſchen Hauptquartier dachte man daran, Graudenz zu beſetzen, ſowie man ſich ſchmeichelte, Danzig den Franzoſen zu entreißen. Man weiß, daß ähnliche Abſichten bereits die Politik der Kaiſerin Eliſabeth beherrſcht hatten.

Wenn man nun fragt, ob die Abſichten Alexander's in der That dahin gehen konnten, ſo iſt die Antwort: es war ſehr möglich, wenn Preußen fortfuhr, ſich ihm zu widerſetzen; er hat in ſeinem Geſpräche mit Boyen eine ähnliche Drohung verlauten laſſen. Aber in ſeiner Seele zog er es gewiß bei weitem vor, mit Preußen Bündniß und Freundſchaft zu ſchließen, für welchen Fall er die Herſtellung der Monarchie in ihre frühere Macht ausdrücklich

versprach; sein tieferer Wunsch war immer, die alten Allianzen zu erneuern und dadurch zur Fortsetzung des Kampfes gegen Napoleon im universalen Sinne fähig zu werden. In seinem Hauptquartier hörte er die Rathschläge Stein's.

Wir gedenken hier wieder des titanischen Stein, der damals eine seiner würdige welthistorische Stellung bei Alexander einnahm. Dem Kaiser von Rußland gereicht es zur Ehre, daß er unter den zerstreuenden, wohl auch faden Ablenkungen des Hoflebens dieser Stimme Gehör gab. Stein konnte die allgemeinen Verhältnisse um so tiefer und stärker in seiner Seele erwägen, da er in einem sehr freien Dienstverhältnisse zu Alexander stand.

Bereits in einer Denkschrift[1]) vom 17. November 1812 hat Stein den Kaiser aufmerksam gemacht, daß der Krieg gegen Napoleon fortan auf eine andere Weise geführt werden müsse, als bisher: mit geordneten Heerschaaren, Menschlichkeit und steter Rücksicht auf den Geist der Völkerschaften, die man berühre; der General bedürfe freisinniger Begriffe, der Soldat der Manneszucht. Unumwunden schlägt er Wittgenstein, der kriegerisches Talent mit kühnem, unternehmendem Charakter und zugleich mit Wohlwollen verbinde, zum Oberbefehlshaber vor. Nicht so geradehin, aber nicht minder nachdrücklich verlangt er die Entfernung Romanzoff's aus den auswärtigen Geschäften, wie es denn auch anderweit bekannt ist, daß der Name Romanzoff ein allgemeines Mißtrauen erweckte. Stein's Hauptaugenmerk ist auf die Verhältnisse Deutschlands gerichtet. Er setzt mit Bestimmtheit voraus, daß Oesterreich und Preußen sich an Rußland anschließen werden; von den übrigen, durch das Gefühl ihrer Schwäche und des Druckes herabgewürdigten deutschen Fürsten lasse sich das nicht erwarten; man möge die Einwohner schonen, die Regierungen aber überwachen, leiten und in gewissen Fällen sich ihrer entledigen. Man würde seiner Zeit über das allgemeine Loos Deutschlands nach dem wahren Vortheil des Volkes und Europa's Bestimmung treffen; zu dieser Handlungsweise sei man berechtigt durch den Kriegszustand, in den sich der Rheinbund gesetzt habe, und durch das Eroberungsrecht, welches bei günstigem Erfolge unmittelbar daraus hervorgehe. Damals erwartete Stein eigentlich mehr von Metternich als von Hardenberg, den er als in Sinnlichkeit und Schwäche versunken und durch Alter gedrückt bezeichnet.

1) Mitgetheilt in Pertz, Leben Stein's III, 212.

Er tritt mit denſelben Abſichten hervor, die er bei ſeinem Miniſterium in Preußen genährt hatte, die ſich aber jetzt noch umfaſſender entfalten. Stein iſt der erſte und großartigſte Repräſentant der deutſchen Idee; unaufhörlich ſchwebte ihm Deutſchland als ein Gemeinweſen vor Augen, deſſen Einheit, auf welche Weiſe auch immer, herzuſtellen ſei.

Unfern der preußiſchen Grenzen, im Hauptquartier zu Suwalky, traf Stein wieder mit Kaiſer Alexander zuſammen. Selbſt das hat eine gewiſſe Größe, daß er die deutſchen Ideen zuerſt an einem fremden Hofe, auf den aber Alles ankam, zur Geltung brachte. Der ruſſiſche Kaiſer entſchloß ſich, die von Paulucci getroffenen Maßregeln zu widerrufen. Stein ſelbſt erhielt von Alexander den Auftrag, die Verwaltung des von ſeinen Truppen beſetzten Landes in die Hand zu nehmen. In einem Schreiben, das der Kaiſer an den König richtete, ſagte er: in Folge des gewiſſenhaften Verfahrens, das er ſich vorgezeichnet, habe er nicht einen höheren ruſſiſchen Beamten, ſondern einen der getreueſten Unterthanen deſſelben, den Baron Stein, mit ſeiner Vollmacht verſehen.

Aber eine ruſſiſch gedachte, in dieſer Beziehung ſehr ausgeſprochene und weitreichende Vollmacht war es doch, die Stein von Alexander erhielt. Auf den Grund, daß Oſt- und Weſtpreußen in Folge der Occupation fremder Truppen mit ihrer Regierung nicht mehr in Zuſammenhang ſeien, wird Stein beauftragt, die Kräfte dieſer Provinzen für die gute Sache nutzbar zu machen; er ſoll ſich nach Königsberg begeben und die finanziellen wie militäriſchen Hülfsquellen des Landes zur Förderung des Krieges gegen Frankreich in Bewegung ſetzen; er wird ermächtigt, die Beamten, die ihm geeignet ſcheinen, zu benutzen, unfähige und übelwollende zu entfernen, die Verdächtigen zu verhaften. Die Hauptſache iſt, daß er die Bewaffnung der Miliz und der Bevölkerung nach den von dem König im Jahre 1808 aufgeſtellten Grundſätzen ins Werk richten ſoll. Indem aber an die alten königlichen Befehle angeknüpft wird, iſt doch von der Einwilligung des Königs in die Maßregeln, die man ſo eben in ſeinen Gebieten durchzuführen gedachte, nicht die Rede. Kein Zweifel, daß dabei die Vorausſetzung eines mit dem Könige zu treffenden Verſtändniſſes obwaltete, wie denn die Miſſion Stein's ſelbſt auf den Zeitpunkt beſchränkt wird, bis zu welchem die Verhältniſſe Rußlands zu dem König in Ordnung gebracht ſeien. Noch lag das jedoch in der Ferne.

Man kann ſich nicht wundern, daß die preußiſchen Behörden Anſtoß an einer Vollmacht nahmen, die von einer fremden Autorität ausging, und durch welche ihre eigene Exiſtenz bedroht wurde. Sie wollten an dem Kampfe gegen Napoleon Theil nehmen, aber lediglich unter preußiſcher Fahne: es war nicht ohne Grund, wenn Schön ſagte: „Wir wollen Preußen bleiben". Stein begann ſeine Thätigkeit mit einigen Anordnungen, die zugleich der veränderten Lage der Dinge und den allgemeinen Wünſchen entſprachen. Es erſchien als ein Act der Befreiung, daß er die Continentalſperre für abgeſchafft erklärte: dabei zuerſt triumphirte das ruſſiſche Syſtem in Preußen; der preußiſche Handelsſtand verpflichtete ſich dagegen zu Leiſtungen für das York'ſche Corps. Bei weitem mehr aber forderte Stein: ſein Sinn war auf eine allgemeine Landesbewaffnung gerichtet. Eine ſolche aber ließ ſich nur unter der Theilnahme der Landſtände bewerkſtelligen. Die damalige Verfaſſung war, daß ein permanentes ſtändiſches Comité, aus einigen Abgeordneten der Edelleute, der Köllmer und der Städte zuſammengeſetzt, in Königsberg beſtand, welches das Recht hatte, Gutachten und Anträge an die Landesbehörden zu richten. Anordnungen, wie ſie Stein beabſichtigte, hätte es jedoch nicht beſchließen können; dazu gehörte ein Generallandtag, der nur nach vorausgegangener Genehmigung des Königs berufen werden konnte. Die Schwierigkeit lag nun darin, daß der König unter den damaligen Umſtänden nicht wohl erreicht, noch befragt werden konnte, und daß doch auch keine Zögerung ſtattfinden durfte. Auch hier trat der Fall ein, daß eine ſelbſtändige Action nothwendig wurde, an welcher der König keinen Antheil nahm. Der Landhofmeiſter Auerswald genehmigte anfangs den Antrag Stein's, einen Generallandtag zu berufen. Die Wahlen wurden ausgeſchrieben, die Inſtructionen, namentlich die, durch welche die Deputirten an keine Vollmacht ihrer Landſchaft gebunden ſein, ſondern nach freiem Ermeſſen Beſchluß faſſen ſollten, gedruckt und bekannt gemacht. Aber in dieſem Augenblicke regte ſich doch auch wieder das Gefühl, daß man damit in die königliche Prärogative eingreife. Die Inſtruction wurde zurückgezogen und das Ausſchreiben dahin geändert, daß nicht ein eigentlicher Landtag, ſondern nur eine Convocation von Deputirten an dem beſtimmten Tage (5. Februar 1813) ſtattfinden ſolle. Der Unterſchied war in Bezug auf die Sache nicht eben groß: denn Beſchlüſſe der Deputirten mußten nicht viel weniger Kraft haben, als Beſchlüſſe eines formellen Landtages. Für die Idee des Staates aber war

er von Bedeutung; man verletzte die königliche Autorität nicht, die denſelben zuſammenhielt.

Dann aber entſtanden neue Verlegenheiten darüber, wie der Landtag eingeleitet werden ſollte; eine Anſprache Stein's wäre gewiß ſehr wirkſam geweſen; aber ſie war inſofern nicht am Platze, da Stein doch nur als ruſſiſcher Commiſſar fungirte. Die Vollmacht hätte ihn vielleicht dazu ermächtigt; allein ſeiner eigenen Geſinnung hätte es doch nicht entſprochen, ſie gegen die alten Freunde und Collegen, die er in Königsberg fand, in Anwendung zu bringen. Er wünſchte, daß General York, der noch als militäriſcher Gouverneur der Provinz fungirte — denn die Befehle des Königs, durch welche ſeine Entfernung vom Commando ausgeſprochen wurde, waren ihm nie in amtlicher Form mitgetheilt worden —, die Initiative ergriffe. Dieſer trug aber doch auch ſeinerſeits Bedenken, die Einleitung zu übernehmen. Stein hielt dafür, durch die Capitulation von Tauroggen ſei der General gleichſam verpflichtet, einen zweiten Schritt auf demſelben Wege zu thun. Aber York wollte ſeine ſchon ohnehin zweifelhafte Stellung nicht noch ſchwieriger machen; er ſprach den Wunſch aus, daß der Landtag ſich an ihn wenden möge: denn dadurch werde ſeine Capitulation eine Anerkennung durch das Land gewinnen, ohne welche auch der König nicht an ihm feſthalten könne. Da nun auch der Landhofmeiſter ſeine perſönliche Theilnahme verſagte, aber dem Director des ſtändiſchen Comités Auftrag gab, ſo fand man den Ausweg, daß Stein durch ein höchſt unverfängliches Schreiben an dieſen ſelbſt die Aufforderung gelangen ließ, dem Landtage die Nothwendigkeit der Bewaffnung vorzutragen. So geſchah es nun. Die perſönlichen Begegnungen zwiſchen Stein, York, Auerswald, Schön waren keineswegs durchaus freundſchaftlicher Natur; die verſchiedenen Perſönlichkeiten ſtießen hart aufeinander. Aber ſehr ernſtlich konnte doch der Zwieſpalt nicht ſein, da man an dem inneren Verſtändniß des Königs mit dem Kaiſer von Rußland nicht zweifelte. Hardenberg hat davon in einem Schreiben unter verſtelltem Namen und fingirten Umſtänden Nachricht an Stein gelangen laſſen [1]). Nach der Rückkehr Natzmer's erwartete der König nur eine ſichere Gelegenheit, um die Allianz mit Rußland zu ſchließen.

Am 5. Februar erfolgte die Eröffnung des Landtages; dieſer

1) Max Duncker, Aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III. S. 487.

wendete sich nun selbst an York, um seinen Rath bei der Bewaffnung einzuholen [1]). Inmitten der an ihn gesendeten Deputation erschien York und eröffnete als Generalgouverneur Preußens und treuester Unterthan des Königs die Versammlung. Es ist bezeichnend, daß gerade in diesem bedenklichen Falle die Unterthanenpflicht so stark wie möglich betont wurde. Da die Verbindung mit dem Könige gehemmt sei, so könne der Generalgouverneur nur nach den Umständen handeln; in voller Treue und Ergebenheit übernehme er die Verantwortlichkeit für jeden seiner Schritte. Die Worte York's verriethen Loyalität, Muth und Herz für die große Sache, die es galt, und erweckten allgemeinen Enthusiasmus. Auf seinen Antrag wurde ein Ausschuß gewählt, dem er nun selbst die längst vorbereiteten Pläne zur allgemeinen Bewaffnung vortrug. Er beantragte die Bildung einer Reserve für das stehende Heer von 13,000 Mann, die Errichtung einer Landwehr von 20,000 Mann, Volksbewaffnung in Form eines Landsturmes. Die Beschlüsse wurden gefaßt mit Vorbehalt der Genehmigung des Königs, was jedoch nicht verhindern konnte, bei der Dringlichkeit der Umstände sofort zu ihrer Ausführung zu schreiten. Der Entwurf zur Landwehr stammt von Clausewitz, der, noch russischer Offizier, eben nach Königsberg gekommen war; er war der Vertraute Scharnhorst's und dessen bester Schüler. In seinem Entwurfe erkennt man die alten, eine Zeit lang bei Seite gelegten Ideen Scharnhorst's wieder. Die preußischen Stände haben demselben einige Modificationen hinzugefügt, die nicht eben alle im Sinne Scharnhorst's waren. Er mißbilligte die Annahme einer möglichen Stellvertretung, welche dem ergriffenen Princip allgemeiner freiwilliger Anstrengung widerspreche, und fand die Bestimmung, daß die Landwehr auch außerhalb ihrer Provinz dienen sollte, viel zu zweifelhaft ausgedrückt. Wie dem auch war, die neuen Einrichtungen waren ein unvergängliches Denkmal der Spontaneität der Provinz und zugleich ihrer Hingebung für den Staat.

Einen begründeten Vorwurf gegen die preußische Loyalität konnten doch auch die Franzosen dieser Vorgänge wegen nicht erheben; denn sie waren eben nicht im Stande, die russische Invasion zurückzudrängen, durch welche der König zu einem Abkommen mit dieser Macht genöthigt wurde. War nun die Allianz mit Rußland in Königsberg factisch ins Leben getreten, so konnte es dabei doch

1) Droysen, York, II, 96.

keinen Augenblick ſein Bewenden haben. Zu einem ſtaatsrechtlichen Daſein konnte ſie erſt durch einen zwiſchen dem Könige und dem Kaiſer abzuſchließenden Vertrag gelangen. Die Unterhandlung darüber zu führen, wurde Kneſebeck beſtimmt, der ſo eben aus Wien zurückgekommen war.

Bis zum Anfang des Jahres 1813 hatte in Berlin die Idee vorgewaltet, ſich mit Oeſterreich zu verbünden, um eine ſtarke Stellung zwiſchen Frankreich und Rußland einzunehmen. Dem Staatskanzler war ſogar einmal der Gedanke durch den Kopf gegangen, das Vorrücken der Franzoſen über den Niemen zu geſtatten, um alsdann, wenn dort der Krieg wieder in volle Flammen ausgebrochen ſei, mit Oeſterreich im Bunde eine Stellung zu ergreifen, in welcher die Unabhängigkeit Deutſchlands erkämpft und nach beiden Seiten hin behauptet werden könne: denn ſehr beweglich war Hardenberg und für weitausgreifende Gedanken ſelbſt dann empfänglich, wenn ſie unausführbar waren. Die Ereigniſſe belehrten ihn ſehr bald, daß Preußen ſelbſt der Schauplatz eines ſolchen Krieges werden müſſe. Aber auch indem er von dem abenteuerlichen Plane abſtand, hielt er doch an dem Vorhaben, mit Oeſterreich zu gehen, feſt; nochmals wurde Kneſebeck nach Wien geſchickt, um vor Allem die Geſinnungen des Wiener Hofes zu erforſchen. Kneſebeck war enthuſiaſtiſch für Oeſterreich und mußte von Hardenberg ſelbſt ermahnt werden, die Angelegenheiten in ihrer proſaiſchen Geſtalt zu ergründen. Kneſebeck nun ſah ſich zwar in ſeinen Erwartungen über die Rüſtungen Oeſterreichs getäuſcht; aber er ging auf das Syſtem des Grafen Metternich ein, durch eine friedliche Haltung die künftige Pacification im Sinne der Wiederherſtellung der alten Macht der beiden Staaten und der Unabhängigkeit Deutſchlands vorzubereiten.

An Kneſebeck hatte Metternich zuletzt erklärt: Oeſterreich werde niemals gegen eine Allianz Preußens mit Rußland ſein. Kneſebeck, der dieſe Entſcheidung mitbrachte, wurde nun an Kaiſer Alexander geſchickt, hauptſächlich auch deshalb, weil er demſelben über die Lage der Dinge in Oeſterreich die beſte Auskunft werde geben können. In ſeiner Inſtruction wird er ermächtigt, in dem ihm anvertrauten Vertragsentwurfe die Veränderungen, welche der Kaiſer vorſchlagen werde, anzunehmen, vorausgeſetzt, daß dieſe nichts enthalten, was dem öſterreichiſchen Intereſſe entgegenlaufe. Er ſoll, ſoviel er vermag, zur Herſtellung eines Verſtändniſſes zwiſchen den Höfen von Rußland und Oeſterreich beitragen und zu

dem Ende mit dem österreichischen Gesandten Lebzeltern in Verbindung bleiben. Das Zustandebringen einer Coalition behielt Preußen bei der Mission Knesebeck's im Auge: er sollte alles vermeiden, was Eifersucht zwischen Oesterreich nnd Rußland erwecken könnte [1]). Zwischen Rußland und Preußen sollen die alten Verhältnisse wiederhergestellt und ein Vertrag der Freundschaft und Allianz geschlossen werden, der sich aber nicht auf Italien und Spanien beziehen dürfe, selbst nicht auf die Gebiete jenseit des Rheines, Holland und die Befreiung des gesammten Deutschlands, wenigstens nicht ohne die Clausel: insofern es der Erfolg des Krieges und der Negociation möglich mache. In Bezug auf das Herzogthum Warschau hielt Preußen an der Erwartung fest, daß es ihm zurückgegeben und darin eine preußische Administration eingerichtet, selbst eine Truppenformation in preußischen Diensten vorgenommen werde.

In dem Vertragsentwurfe, welcher Knesebeck mitgegeben wurde, wird das Vorhaben, Holland und Deutschland wieder unabhängig von Frankreich zu machen, auf den Beitritt von Oesterreich und England verschoben. Das Hauptgewicht liegt in dem Versprechen der Wiederherstellung Preußens, welches Alexander geben soll. Die Unabhängigkeit Preußens — so heißt es in dem Entwurfe — kann nicht anders hergestellt werden, als wenn es die Macht wieder erhält, die es vor dem Kriege von 1806 besaß, und womöglich durch Acquisitionen in Norddeutschland verstärkt wird, und wenn man ihm überdies einen überwiegenden Einfluß im Norden von Deutschland sichert. Es wird zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß es in dem Interesse Rußlands selbst liege, in Preußen einen mächtigen und treuen Alliirten zu besitzen, der ihm zum Bollwerk dienen könne. Aus diesem Grunde soll Kaiser Alexander versprechen, die Waffen nicht niederzulegen ohne die Einwilligung des Königs von Preußen, noch ohne demselben die Länder und Staaten verschafft zu haben, die er vor dem Kriege von 1806 besessen, oder doch ein Aequivalent dafür, Hannover und Bialystock ausgenommen [2]).

---

1) Il aurait sans cesse devant les yeux le but essentiel de porter conjointement avec la Russie l'Autriche à se ranger du côté des alliés et à coopérer efficacement à leurs mesures, but qui ne peut être plus sûrement acheminé qu'en écartant tout sujet de jalousie et de méfiance entre les deux cours impériales.

2) S. M. Impériale s'engage à ne point poser les armes sans le

Rußland wird 150,000 Mann, Preußen 80,000 Mann, die Garniſonen einbegriffen, ins Feld ſtellen.

Daß Kneſebeck mit dieſen Anträgen einige Schwierigkeit finden mußte, verſteht ſich von ſelbſt; wir werden gleich darauf zurückkommen; zunächſt faſſen wir nur die Differenz ins Auge, welche der wirkliche Vertrag, der die ruſſiſche Faſſung enthält, die von Preußen angenommen wurde, darbietet. Die Frage, auf die es ankam, hatte man in die geheimen Artikel verwieſen. Da iſt nun von der Wiederherſtellung der Autorität des Königs in dem Herzogthum Warſchau nicht mehr die Rede; es wird ihm nur ein Gebiet vorbehalten, durch welches Oſtpreußen mit Schleſien in unmittelbare Verbindung geſetzt wird, eine Beſtimmung, welche die alten Tendenzen, die ſchon der Orden in Preußen gehabt hatte und die bei den erſten beiden Theilungen Polens im Auge behalten wurden, vollſtändig erfüllt. Bei dem folgenden Artikel fehlt die Einwilligung in die präponderirende Autorität, welche Preußen im Norden von Deutſchland in Anſpruch genommen hatte, wahrſcheinlich doch, weil man darüber mit England in Differenz gekommen wäre. Wenn Kaiſer Alexander nicht ſelbſt Sachſen als Entſchädigung für die in Polen unvermeidliche Abtretung angeboten hatte, ſo iſt doch jetzt davon mündlich die Rede geweſen. In den Vertrag aber wurde davon nichts aufgenommen. Er iſt ſpäter als viel zu unbeſtimmt betrachtet worden, was man mit der Dringlichkeit der damaligen Umſtände ſowie mit dem feſten Zutrauen auf die bei dem gewaltigen Vorhaben zu erwartenden Vortheile entſchuldigt hat. Wir finden nicht, daß Hardenberg die mindeſte Schwierigkeit gemacht hätte, den Vertrag in der von den Ruſſen zuletzt vorgeſchlagenen Weiſe anzunehmen, wiewohl zwiſchen dem in die Inſtruction aufgenommenen Entwurf und den Zugeſtändniſſen Rußlands ein ſehr weſentlicher Unterſchied iſt. In Preußen hatte man an der Herſtellung der Monarchie, wie ſie früher geweſen war, als dem vornehmſten Zweck feſtgehalten. Rußland gewährte nur mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die vorangegangenen Eröffnungen eine Herſtellung der Macht in den Proportionen, wie ſie früher ſtattgefunden. Die Eventualität einer Allianz mit Oeſterreich und England, zu der Rußland beizutragen verſprach, wurde zwar

---

consentement de S. M. le roi de Prusse, à moins d'avoir fait restituer à la dite Majesté tous les pays et les États qu'elle possédait avant la guerre de 1806.

in Aussicht gestellt; der Vertrag aber bestand auch ohne dieselbe. Zwischen den ursprünglichen Propositionen und den zu Stande gekommenen Artikeln liegt der große Umschwung der preußischen Politik.

Es ist wohl der Mühe werth, der Verhandlungen zu gedenken, die dahin führten. Wenn Knesebeck in seiner Instruction angewiesen wurde, bei seiner Unterhandlung mit Rußland die Interessen von Oesterreich allezeit zu vertreten, so gerieth er damit besonders in einer Frage, der polnischen, in Widerspruch mit dem Kaiser Alexander. Oesterreich wollte von der Herstellung eines Königreichs Polen unter keinen Umständen hören; damit hing zusammen, daß auch Preußen die Rückgabe des Herzogthums Warschau an die preußische Administration begehrte. Gleich in Knesebeck's erstem Zwiegespräch mit Alexander zeigte sich, daß das unmöglich zu erreichen sei. Denn einmal war der Kaiser von Rußland von der Idee durchdrungen, daß der Krieg weiter fortgeführt, der napoleonischen Herrschaft ein Ende gemacht werden müsse; dann aber wollte er Polen auf eine oder die andere Weise zu seiner Disposition haben. Die Idee, Ostpreußen zu behalten, lag ihm jetzt fern; er war darüber anderer Meinung, als die meisten seiner Generale. Aber Polen zu behaupten, hielt er auch deshalb für nothwendig, weil sich sonst die polnische Nation zu Gunsten Napoleon's erheben könne, im Rücken der sich bekämpfenden Armeen, was dann sehr gefährlich sein würde. Als nun Knesebeck bei ihm eintraf, sprach er mit Hingebung von seiner Absicht, Preußen wiederherzustellen, nicht ebenso, wie es gewesen war, aber in einem Umfange von Macht, die der früheren gleiche. Wenn es Abtretungen zu machen in den Fall komme, so werde es dafür entschädigt werden müssen. Er sprach zugleich gegen Knesebeck, wie einst gegen Boyen, davon, daß Sachsen dazu dienen müsse, wie denn der König von Sachsen es wohl verdient habe. Knesebeck war sehr lebhaft dagegen; er meinte: man würde damit auf die Eroberungspolitik Napoleon's zurückkommen, während doch nur davon die Rede sein könne, die von demselben verletzten Rechtszustände zu erneuern [1]). Von diesem Augenblick an war kein Verständniß zwischen Alexander und Knesebeck mehr möglich. In dem russischen Hauptquartier faßte man die Hoffnung, Preußen auch ohne eine Zusage der erwähnten Art zur Theilnahme an dem Kriege fortzuziehen. Eine Einwendung

1) Aegidi, Die Sendung Knesebeck's in das russische Hauptquartier, in Sybel's historischer Zeitschrift 16, 274.

gegen einen ſofortigen Bruch mit Frankreich war geweſen, daß man die franzöſiſche Nation durch einen ſolchen verletzen werde, und man hatte ſelbſt einen Zweifel geäußert, ob man dazu im vorliegenden Falle vollkommen berechtigt ſei. Kaiſer Alexander ſchrieb dem Könige, Preußen habe das gute Recht, mit Napoleon zu brechen, der ſeit dem Frieden von Tilſit keine Bedingungen der Tractate, keine Verſprechungen gehalten habe. Und mit wem ſei denn der König verbündet geweſen? Offenbar nur mit der Macht, welche ein Heer von 400,000 Mann gegen Rußland ins Feld geführt habe; dieſe Macht aber exiſtire nicht mehr. Kneſebeck beklagte ſich über den Widerſtand, den ihm der Miniſter Stein entgegengeſetzt habe; und nichts iſt wahrer. Kneſebeck hatte den Kaiſer auf die für die legitime Gewalt gefährlichen Bewegungen, welche Stein in Preußen veranlaßte, aufmerkſam machen ſollen. Dort aber war jetzt Alles beruhigt. Stein ſelbſt war nach dem Hauptquartier gekommen und ſetzte ſeine Autorität auf das eifrigſte für die Fortſetzung des Krieges in Deutſchland ein. Man arbeitete nun in dem Hauptquartier jenen den Kneſebeck'ſchen Anträgen entgegengeſetzten Allianzvertrag aus, vermied dann aber, wie natürlich, ihn an Kneſebeck mitzutheilen. Stein und der ruſſiſche Staatsrath Anſtett wurden beauftragt, ihn nach Breslau zu überbringen, wo ſich der König aufhielt. Deren Abreiſe ſelbſt wurde vor Kneſebeck 36 Stunden geheimgehalten [1]). Er zögerte nicht, an den König zu remonſtriren; aber ehe ſein Brief eintraf, hatte dieſer bereits Alles entſchieden. Die Frage war, ob er ſich ſofort von Frankreich losſagen und ob er auf den Beſitz von Warſchau beſtehen ſolle oder nicht. Schon hatte ſich auch Hardenberg von jenen Zurückhaltungen der früheren Entwürfe entfernt. Um ihn her war die allgemeine Stimme für den unmittelbaren Krieg mit Frankreich. Die angeordneten Rüſtungen waren von der Nation in dieſem Sinne verſtanden worden. Dem Könige, der die Angelegenheiten immer mit ſeinem Gewiſſen durcharbeitete, hat es eine ſchlafloſe Nacht gekoſtet, um ſich zu entſcheiden. Aber ſeine Entſcheidung war dann eine vollſtändige: er nahm den ruſſiſchen Entwurf ohne irgend einen Zuſatz an. Zwiſchen dieſen beiden Fürſten waltete immer eine gegenſeitige hohe, achtungsvolle Freundſchaft ob. Der Kaiſer war ſelbſt erſtaunt, aber hoch erfreut, als er die bejahende Antwort empfing. Darin lag ein Syſtem-

1) Schreiben Kneſebeck's vom 26. Februar 1812, bei Oncken, Oeſterreich und Preußen im Befreiungskriege I, S. 264.

wechsel Preußens, den er im Sinne seiner religiös-politischen Idee aufnahm.

Als Anstett mit dem unterzeichneten Vertrag in Kalisch ankam, bezeichnete Alexander denselben als eine Verstärkung, die Gott ihm sende; seine Seele war von seiner providentiellen Mission erfüllt. In diesem Sinne ist der Eingang zu dem Vertrage abgefaßt, und zwar, wie man meint, von Alexander selbst. Darin heißt es: die völlige Zerstörung der feindlichen Streitkräfte, die in das Innere von Rußland eingedrungen, habe die große Epoche der Unabhängigkeit aller der Staaten vorbereitet, welche sich von dem ihnen von Napoleon seit so vielen Jahren aufgeladenen Joch zu befreien entschlossen seien.

Daß Alexander die französische Niederlage nicht allein als eine Befreiung Rußlands, sondern als den Anfang des Umsturzes der napoleonischen Herrschaft betrachtet hat, ist sein Verdienst und bedingt seine Stellung in der Geschichte. Er will allen Denjenigen die Hand reichen, die ihre Unabhängigkeit herstellen wollen. In diesem Sinne begrüßt er den Beitritt des Königs von Preußen als einen feierlichen und heiligen Act, der mit Hülfe der göttlichen Vorsehung Europa dem Joche entreißen soll, das es bedrückt. In der raschen und bestimmten Entscheidung, die der König getroffen habe, erkenne er das Herz desselben. „Hoffen auf Gott, Vertrauen und Ausdauer, und Alles wird gut gehen". Der König hatte in einem früheren Schreiben seinen Entschluß als einen Beweis des unbegrenzten Vertrauens bezeichnet, das er zu der Freundschaft des Kaisers hege; der Kaiser hatte gesagt, er wolle eher sterben, als den König verlassen. Derselbe stimmte jetzt in den Wahlspruch ein: Hoffen auf Gott, Muth und Ausdauer[1]). Napoleon glaubte an seinen Stern; die beiden Fürsten vertrauten auf die Vorsehung.

1) Die beiden Schreiben mitgetheilt bei Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege I, 252 f.

Fünftes Capitel.

Politiſche Lage im Frühjahr 1813.

Wenn man den Gang der Ereigniſſe ſeit 1792 überlegt, ſo war das Uebergewicht von Frankreich hauptſächlich dadurch befördert worden und zur Erſcheinung gekommen, daß die drei großen Mächte, Preußen, Oeſterreich und Rußland, ſich nicht vereinigen konnten. Aus Beſorgniß vor Rußland und Oeſterreich hatte Preußen den Baſeler Frieden geſchloſſen. Der zweiten Coalition war es niemals ernſtlich beigetreten, und zwiſchen Rußland und Oeſterreich, die ſie geſchloſſen hatten, war dann der widerwärtigſte Hader ausgebrochen. Es koſtete unendliche Mühe, die beiden Mächte wieder auszuſöhnen, worauf die ſogenannte dritte Coalition beruhte; aber in dem Augenblicke, daß Preußen eine bedingte Mitwirkung verſprach, wurden die öſterreichiſch-ruſſiſchen Streitkräfte überwältigt und in Folge davon auch Preußen, als es ſich, in der Hoffnung, einen allgemeinen Widerſtand hervorzurufen, erhob, vollkommen niedergeworfen. Es fand einen Rückhalt an Rußland; da aber Oeſterreich nicht cooperirte, wurde Rußland zu dem Frieden von Tilſit genöthigt, der die Selbſtändigkeit von Preußen ſo gut wie aufhob. Wenn nun Rußland dem Ruine, welchem es durch die Uebermacht Napoleon's ausgeſetzt war, glücklich entging, ſo hatte es ſein Augenmerk, um den Kampf weiter zu führen, von Anfang an auf eine Union mit Preußen wie mit Oeſterreich gerichtet. Es war einleuchtend, daß das franzöſiſche Uebergewicht ohne eine ſolche nicht gebrochen werden konnte. Allein Oeſterreich ſtand noch in jenem Bündniß mit Napoleon, in welchem es ſogar die Integrität des franzöſiſchen Reiches garantirt hatte. Und der Vereinbarung mit Rußland ſtellte ſich die Rückſicht auf Polen entgegen. In Wien war man empört darüber, daß Kaiſer Alexander das Königreich Polen herzuſtellen die Abſicht gefaßt hatte, im Einverſtändniß mit

einigen der vornehmsten polnischen Magnaten: wenn dies geschehe, werde Oesterreich Galizien nicht zu behaupten im Stande sein.

Die große Wendung des Schicksals hatte in Oesterreich das Selbstgefühl der eigenen Stellung gewaltig aufgeweckt. Metternich sagt einmal: nach dem Frieden von Tilsit habe es drei große Mächte auf dem Continent gegeben, Oesterreich, Frankreich, Rußland; die Vereinigung von Frankreich und Rußland, die dann erfolgte, sei auch gegen Oesterreich gerichtet gewesen; als es zwischen Rußland und Frankreich zu einer in der Sache liegenden unvermeidlichen Entzweiung gekommen sei, habe sich Oesterreich nothgedrungen an Frankreich angeschlossen. In dem Untergange der französischen Armee, welche in Rußland eingedrungen war, sah Oesterreich seine eigene Befreiung. Man faßte dort die Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zwischen Rußland und Frankreich eben der Moment sei, in welchem Oesterreich sein Ansehen wiederherstellen könne, zunächst durch eine Vermittelung zwischen den kriegführenden Mächten. Der Wiener Hof mahnte Napoleon in wiederholten Sendungen zum Frieden an; dieser dagegen forderte, daß Oesterreich seinen alten Verpflichtungen gemäß verdoppelte Hülfe gegen Rußland leiste. Dies geschah in mehreren Anschreiben, in denen die französische Uebermacht in übertriebenen Phrasen geschildert und Oesterreich auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, in welche es selbst durch ein Zerwürfniß mit Frankreich gerathen müsse. Napoleon wollte Oesterreich schlechterdings in der gewohnten Dependenz erhalten; diese Macht war aber nicht gemeint, in ihrer untergeordneten Rolle zu verharren. Fürst Schwarzenberg, der das österreichische Hülfscorps commandirte, traf, durch den Hof von Wien autorisirt, ein Abkommen mit den vordringenden Russen, in Folge dessen er seine Truppen eigenmächtig nach Krakau zurückzog, ohne zu der von dem französischen Hauptquartier angeordneten Combination die Hand zu bieten [1]): denn den Russen zu widerstehen, sei er viel zu schwach gewesen; er würde durch den Versuch dazu die beste Kraft der Monarchie geopfert haben; aber die erste Pflicht gelte allezeit dem eigenen Lande.

Als Napoleon von Bubna, der nach Paris geschickt worden war, um ihn zu seiner Rückkehr zu beglückwünschen, von diesem Vorfalle Meldung erhielt (5. Februar), gerieth er in eine Art von

1) Convention vom 18./30. Januar 1813, bei Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie III, S. 89 ff.

Beſtürzung. Sein natürlicher Scharfſinn ermaß beim erſten Blicke die entfernten Folgen der Ereigniſſe. Wie er bei der Capitulation York's die Beſorgniß ausſprach, ſie werde zu weiteren Abtrünnigkeiten führen, ſo rief er jetzt Bubna zu: die Handlung Schwarzenberg's ſei der erſte Schritt zum Abfalle Oeſterreichs; der Vicekönig von Italien, der damals den Oberbefehl übernommen hatte, werde eine andere Richtung einſchlagen müſſen; er ſelbſt könne vielleicht genöthigt werden, über den Rhein zurückzuweichen; Oeſterreich dürfe nicht mehr auf ihn zählen. Jede ſeiner Aeußerungen zeigte eine heftige Erregung, deren Ungehörigkeit er ſelbſt zu fühlen ſchien; er ließ ſich die Briefe nochmals vorleſen; dabei murmelte er einzelne Worte; im Ganzen hatte er den Anſchein eines Mannes, der dem, was man vorträgt, nicht mehr zuhört, ſondern für ſich eine Sache erwägt, die ihn in ſeinem Innerſten in Bewegung ſetzt. Er ſchien ſehr geneigt, den Rückzug Schwarzenberg's dem Verfahren York's gleichzuſtellen.

Im Allgemeinen angeſehen, war das ſo falſch nicht, nur daß Oeſterreich entfernt davon war, ein wirkliches Einverſtändniß mit den Ruſſen getroffen zu haben. Das öſterreichiſche Corps nahm vielmehr eine Stellung an, durch welche die Flanke der Ruſſen bedroht wurde. Indem der Hof zu Wien den Vortheil betonte, der für die Franzoſen daraus erwachſe, erklärte er doch mit allem Nachdrucke, daß er für eine ihm fremde Sache keinen Mann ins Feld ſtellen werde.

In Oeſterreich hatte man jetzt die Hoffnung gefaßt, Napoleon zur Annahme von Bedingungen, durch welche die Unabhängigkeit anderer Staaten geſichert werde, zu vermögen. Graf Metternich, welcher die öſterreichiſche Politik bereits mit überwiegender Autorität leitete, trug ſich mit ſehr umfaſſenden Geſichtspunkten für eine Neugeſtaltung von Europa. Seine Meinung war: um die Franzoſen nicht aufzureizen, müſſe man ihnen ſagen, daß man ihr Reich zwiſchen Pyrenäen, Alpen und Rhein nicht antaſten, auch ihre neue Dynaſtie ihnen laſſen werde, — ungefähr daſſelbe, was man in Preußen beabſichtigte. Zu dem Syſtem des Grafen Metternich gehörte es aber, eine intime Verbindung mit Preußen ins Werk zu ſetzen. Er ging davon aus, daß die Verbindung der beiden intermediären Staaten, Preußen und Oeſterreich, dazu dienen werde, das Gleichgewicht zwiſchen dem Oſten und Weſten zu erhalten. Die Herſtellung des deutſchen Kaiſerthums gab er auf und willigte in die gemeinſchaftliche Direction der deutſchen Angelegenheiten durch

die beiden Mächte. Oesterreich hatte seine Politik in Polen, Deutschland und Italien, welches von Frankreich losgerissen werden sollte, mit Bestimmtheit ergriffen. Graf Metternich beschied sich, daß er auf das Einverständniß Preußens nicht durchaus rechnen dürfe; er meinte: die beiden Staaten müßten, immer mit Vorbehalt künftiger allgemeiner Uebereinstimmung, doch zunächst jeder seinen Weg allein gehen.

In dem Conflict der allgemeinen Weltkräfte giebt es Momente, welche, allen unklaren und einander widerstrebenden Tendenzen zum Trotz, eine gewisse Auskunft darbieten und die Gesichtspunkte der Handelnden beherrschen. Metternich faßte den Gedanken, durch seine Verwendung, — denn nur eine solche, nicht eine eigentliche Mediation war möglich, solange die österreichisch-französische Allianz währte — die Richtung anzubahnen, welche zur Erreichung dieses Zieles führen könne. Wie auffallend es auch erscheinen möge, es ist unleugbar, daß selbst auf der französischen Seite Männer von universaler Anschauung gleich in dem Moment des Umschlages den Gedanken hegten, daß eine Auskunft, wie die angegebene, die einzig mögliche und selbst die nothwendige sei. Talleyrand hat dem österreichischen Gesandten unumwunden gesagt, Oesterreich müsse sich eine militärische Macht schaffen, welche hinreichend sei, um die Annahme des Friedens auf dieser Basis gebieten zu können. Wir erfahren, daß Caulaincourt und Fouché dieselbe Meinung kundgaben; der erste hatte bei seiner Gesandtschaft die Verhältnisse zu Rußland genau kennen gelernt und dem Bruche beigewohnt, der jetzt eine welthistorische Tragweite erlangte; dem anderen waren die Stimmungen in Frankreich wohl bekannt, die ebenfalls dahin leiteten. Denn daß die Franzosen nach dem Frieden Verlangen trugen, war auch für fremde Beobachter keinem Zweifel unterworfen. Dies Begehren war uralt und dem französischen Kaiser schon im Jahre 1805 gegenübergetreten; er hatte es aber immer von der Hand gewiesen mit der Bemerkung, daß es nicht sowohl auf den Frieden ankomme als auf die Bedingungen des Friedens. Nicht ganz unerschüttert blieb unter diesen Umständen die Politik Napoleon's und seiner Minister.

Wohin die Gedanken der französischen Regierung gingen, sieht man aus einer Note des Herzogs von Bassano an den französischen Gesandten in Wien, in der es heißt: unbedingt müsse man den einen Punkt festhalten, daß Frankreich die Provinzen sich nicht entreißen lassen könne, die durch Senatsconsulte mit dem Kaiser-

reiche verbunden seien[1]). Diese Unterscheidung lag von Anfang an im Sinne der Politik Napoleon's. Von seinen Eroberungen hatte er einige, z. B. Illyrien, Corfu, zum Behufe einer dereinstigen Auseinandersetzung mit den anderen Mächten vorbehalten. Dagegen waren Rom, Toscana, Piemont, Holland und die norddeutschen, hauptsächlich die hanseatischen Gebiete mit Frankreich reunirt worden. Es war nochmals die Idee der constitutionellen Grenzen, wie einst in Leoben, deren Behauptung Napoleon für unerläßlich erklärte. Aber wie unendlich viel weiter waren sie nunmehr gezogen worden! Die Landschaften, die sie umfaßten, bildeten die Grundlage des Uebergewichts des Kaisers der Franzosen auf dem Continente.

Wie entschlossen Napoleon war, die große Stellung auch fortan zu behaupten, ergiebt sich aus der Thronrede, mit der er am 14. Februar das Corps legislativ eröffnete. Er rühmt die Hingebung, die er gerade in diesen Ländern finde: dem großen Reiche anzugehören, sei das allgemeine Verlangen derselben. Er erwähnt, daß er soeben ein Concordat mit dem Papste geschlossen. „Die französische Dynastie," sagt er, „herrscht in Spanien. Ich bin zufrieden mit meinen Verbündeten; ich werde sie alle in ihren Besitzungen aufrechterhalten." Die Versuche, das Kaiserreich zu zerreißen, bezeichnet er als ein Attentat der Engländer, gegen welche er die Nation aufruft. Metternich hat bemerkt, daß diese Rede den Wunsch nach Frieden zwar durchblicken lasse, aber nicht gehörig betone, und viel zu stark drücke Napoleon darin die Bedingungen aus, die er für den Frieden aufstelle; dadurch werde jede Unterhandlung und Intervention unmöglich gemacht. Der Fehler lag da wohl in der Absicht: diese ging eben dahin, die reunirten Landschaften ungeschmälert zu behaupten. Bassano hat in jenem Briefe gesagt, sie von Frankreich loszureißen, würde einer Auflösung des Empire gleich sein; um eine solche durchzuführen, müßte ein Heer von 500,000 Mann Paris umzingeln, die Höhe von Montmartre von den Feinden bereits besetzt sein.

Metternich hat um diese Zeit noch eine andere Seite des öffentlichen Lebens von Europa, die ihm selbst nicht eben sehr genehm war, zur Sprache gebracht[2]). Er machte den französischen

1) Lefèbvre V, 193.

2) Depesche Metternich's an Floret vom 18. Februar 1813, bei Oncken, I, 434.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten darauf aufmerksam, daß er sich eine falsche Vorstellung über die Lage der Dinge gebildet zu haben scheine; er habe nur Frankreich im Auge; der vereinzelte Standpunkt von Paris aber genüge nicht. Indem Metternich den Umfang der materiellen Mittel Frankreichs anerkannte, bemerkte er doch: es gebe noch andere, die man moralische nennen könne, die auf der öffentlichen Meinung beruhen; deren könne sich Napoleon nicht mehr bedienen, sie würden gegen ihn selbst angewendet werden. Der in dem letzten Feldzuge eingetretene Umschlag sei der großartigste, den die Weltgeschichte kenne: er sei wahrhaft gigantisch. Welches könne nach all den großen Erfolgen der früheren Feldzüge der Eindruck sein, den der unheilvolle Ausgang der letzten Campagne hervorbringen müsse? Doch würde das noch nicht so viel zu sagen haben, wenn nicht eine andere große Macht sich des Erfolges bemächtigt hätte. Rußland selbst habe den inneren Grund seiner Independenz kennen gelernt und stelle sich nun vor den Augen von ganz Europa als den Beschützer der Unterdrückten auf. Es möge diesen Vorwand ergreifen, um zu seinen eigenen Zwecken zu gelangen; aber es gewinne dabei die öffentliche Meinung. Gewiß könne Napoleon nicht wieder daran denken, in Rußland vorzudringen. Der Krieg werde nur das Verderben der intermediären Staaten herbeiführen, eine Wahrheit, über welche vielleicht die Fürsten sich einer Täuschung hingeben, nicht aber ihre Unterthanen; von der Weichsel bis an den Rhein sei alles Volk in lebhafter Aufregung darüber.

Schon befinde sich der König von Preußen in einer unbeschreiblichen Verlegenheit, nicht allein durch die Lasten der früheren Kriege, sondern auch durch die Kosten der letzten Campagne, die dem Tractat zufolge nicht hätten auf die Nation fallen dürfen. Humboldt berichtete diese Aeußerung als eine Anerkennung der Thatsache, daß Napoleon die Tractate mit Preußen gebrochen habe. Metternich ließ vernehmen, das preußische Volk urtheile nicht falsch, indem es Napoleon als den Urheber seiner Leiden betrachte; dieser habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn Preußen sich entschließe, eine andere Partei zu ergreifen. Dem Kaiser Napoleon führt Metternich zu Gemüthe, daß die Fortsetzung des Krieges nur aus dem Gesichtspunkte betrachtet werde, daß sie zu allgemeinem Verderben führe. Das Volk wolle den Rest seiner Besitzthümer und das Leben seiner Kinder nicht für die französische Suprematie hinopfern; auch in Oesterreich mache sich diese Bewegung bemerkbar.

obwohl es von dem Ruin nicht unmittelbar bedroht ſei. Vorboten derſelben bemerke man in Tirol und Galizien. Die öſterreichiſche Polizei ſei mit nichts mehr beſchäftigt, als mit der Entdeckung geheimer Verbindungen, bei denen jede Spur, die man finde, auf noch geheimere führe. Die allgemeine Aufregung der Gemüther wird nun dem Kaiſer Napoleon gegenüber als ein neues Motiv gebraucht, um ihn zum Frieden zu ſtimmen. Gewiß könne Napoleon Frankreich gegen jeden Angriff vertheidigen; er könne auch die zwiſchen Frankreich und Rußland gelegenen Länder zu Grunde richten; aber er ſolle ſich nicht verhehlen, daß durch die eingetretene Wendung der Dinge auch die Abſicht geſcheitert ſei, Rußland durch ein intermediäres Königreich zu beſchränken.

Noch war Napoleon's Bemühen darauf gerichtet, eine Kriegsmacht ins Feld zu ſtellen, durch welche Rußland reprimirt und der ganze Umfang der franzöſiſchen Macht aufrechterhalten werden könne. Er entwickelte dabei das ganze militäriſch-adminiſtrative Talent, das ihm beiwohnte; er konnte mit Grund ankündigen, daß er in kurzem 300,000 Mann an der Elbe beiſammen haben werde; er ſagte wohl, er werde bald die Ruſſen in ihr Klima, dem er ſein ganzes Unglück zuſchrieb, zurückweiſen. Man kann zweifeln, ob Napoleon den Gegenſatz, mit dem er zu kämpfen hatte, nicht erkannte, oder nur nicht erkennen wollte: was ihn aus Rußland zurückgetrieben, war ja keineswegs das Klima, das er anklagte, ſondern die nationale Bewegung, die ſich in dem Augenblick erhob, als er den eigentlich ruſſiſchen Boden betrat; was er für eine Handlung der Barbarei erklärte, der Brand von Moskau, war nur Symptom dieſes national-kirchlichen Impulſes, der ſich ſeinem Eindringen entgegenſetzte. Das Gleiche war bereits in Spanien geſchehen, ohne von ihm in ſeinem Weſen beachtet zu werden.

Dieſelbe Bewegung kam nun aber auch in Deutſchland zur Erſcheinung; doch hatte ſie hier wieder einen abweichenden Charakter. Die Volkserhebung ging in Deutſchland nicht von dunklen nationalen und kirchlichen Antrieben aus, obwohl dieſe in der Tiefe wirkſam waren. Die Cultur der deutſchen Nation, welche beſonders in dem Mittelſtande verbreitet war, gab hier Allem noch eine andere Geſtalt und Färbung. Den Ideen, die von Frankreich her vordrangen, trat hier eine Weltanſchauung entgegen, die zwar die ſociale Bedeutung dieſer Ideen anerkannte, aber die politiſche Entwickelung, die denſelben entſprungen war, von ſich ſtieß und verabſcheute. Es iſt vielleicht bezeichnend, daß der erſte Aufruf des

Königs von Preußen ſich eben an die Mittelklaſſen wandte; indem er dieſelben mit der Militärpflicht belaſtete, von der ſie bisher frei geweſen, rief er doch zugleich ihre geiſtigen und materiellen Kräfte zu unmittelbarem Antheil an der Politik des Landes und der nunmehr nothwendigen Kriegführung auf. Die entworfenen, aber bisher nur zögernd zur Ausführung gebrachten Reformen bekamen dadurch erſt ein volles Leben. Die Regierung und alle Klaſſen der Einwohner waren einer und derſelben Meinung. Napoleon ſah darin nur Inſurrection, wie auch in Spanien; er wurde nicht inne, daß Ideen, wie ſie einſt die franzöſiſche Nation in ihrem Widerſtande gegen die auswärtigen Mächte belebt hatten, und auf denen zuletzt ſein eigenes Emporkommen beruhte, jetzt eine Rückwirkung erfuhren, welche von verwandten Principien ausging. Von den Gefühlen der militäriſchen Glorie, die durch den Lauf der Ereigniſſe ein Lebensprincip der Franzoſen geworden war, durchdrungen, folgten ihm dieſe nochmals.

Gegen Ende des Februar hatte Bubna abermals eine Audienz bei Napoleon, in der ſich derſelbe über Preußen unruhig zeigte. Als die inſurrectionellen Bewegungen in Deutſchland zur Sprache kamen, ließ er keine große Aufregung blicken: er ſagte, man müſſe ſich in die Dinge ſchicken, die man nicht verhindern könne [1]). In ſeiner Seele ſchwankte er zwiſchen den ſtolzen Siegeshoffnungen und dem geheimen Gefühle, daß doch Alles eine andere Wendung nehmen könne. Vornehmlich darauf kam es nun an, welche Haltung die europäiſchen Mächte beobachten würden.

In jenen Eröffnungen hatte Oeſterreich zwar die Nothwendigkeit eines Friedens betont, aber doch zugleich ausgeſprochen, daß derſelbe ein continentaler ſein könne. Wilhelm von Humboldt bekämpfte dieſe Idee; er hielt, und zwar ohne Zweifel mit Recht, einen continentalen Frieden für unmöglich. Doch iſt darum nicht minder merkwürdig, zu hören, wie man in Oeſterreich ſich einen ſolchen dachte. Metternich meinte, für Oeſterreich den Zuſtand herzuſtellen, der im Frieden von Lüneville feſtgeſetzt worden war; jedoch ſollte die Grenze in Italien bis an den Mincio vorgerückt, Mantua einbegriffen, Deutſchland bis an den Rhein von Napoleon freigemacht werden. Der Rheinbund werde nicht beſtehen können; doch würde es ſehr gegen ſeine (des Miniſters) Anſicht ſein, wenn Kaiſer Franz die Würde des deutſchen Kaiſers erneuern oder an-

1) En vrai fataliste, bemerkt Bubna.

nehmen wollte. Metternich erklärte sich für die volle Unabhängigkeit der Rheinbundesfürsten; Humboldt meinte: ein föderatives Band würde doch nicht zu entbehren sein; das Königreich Westphalen und das Herzogthum Berg müßten aufgehoben werden, damit Preußen seine alten Besitzungen wiedererlangen könne. Indem Metternich für Spanien in dem continentalen Frieden keine maßgebende Bestimmung in Vorschlag brachte, bemerkte er: es sei kein Unglück, wenn Napoleon seine Truppen zugleich gegen Spanien ins Feld schicken müsse; England werde gewiß keinen Frieden schließen, ohne Spanien einzubegreifen. Auch die Unabhängigkeit Hollands schien er nicht stipuliren zu wollen, weil das mehr im Interesse von England liege. Alles Gesichtspunkte von Bedeutung und, wie gesagt, sehr umfassend, aber doch nicht umfassend genug. Die Entwickelung der Begebenheiten nahm größere Dimensionen an.

Im März 1813 machte Napoleon noch einmal einen Versuch, Schweden für sich zu gewinnen und den schwedischen Streitkräften eine Direction gegen Rußland zu geben. Er erschrak, auch aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich, als er vernahm, daß sein alter Marschall, der Kronprinz von Schweden, auf dem Continent zu erscheinen gedenke, um gegen ihn zu kämpfen. — Allein weder jene Absicht, noch auch diese Besorgniß konnten ihn doch dahin bringen, den Schweden die Eroberung von Norwegen zuzugestehen; nicht ohne Grund sagte er: die Campagne in Rußland würde einen ganz anderen Ausgang genommen haben, wenn der Kronprinz von Finnland her Petersburg bedroht hätte; er bezeichnete den Kronprinzen als seinen Todfeind, dem er unmöglich Norwegen zugestehen könne [1]).

Von den Russen erhielt dagegen der Kronprinz die Versicherung, daß alles ausgeführt werden sollte, was bei der Zusammenkunft von Abo zu Gunsten Schwedens verabredet worden sei. Auch von dem Vertrage von Kalisch gab Alexander dem Kronprinzen unver-

1) Thornton to Castlereagh, March 26, 1813: Bonaparte said to Count Waltersdorff, that, if he had obtained the cession of Norway, Sweden would have joined his cause, would have formed a powerful diversion in Finland, would have menaced Petersburg, and would, consequently, have had a most considerable effect in counteracting the misfortunes of the campaign; that, therefore, he never would consent that Norway should be given to his most mortal enemy. Correspondence of Castlereagh VIII, S. 350. Vergl. die Depesche Thornton's an Castlereagh vom 13. März a. a. O. S. 338.

züglich Nachricht; er ſtellte ihm für den Fall, daß er über die See komme, die Mitwirkung preußiſcher Truppen in Ausſicht und ſprach die Hoffnung aus, daß auch Oeſterreich an dem Kriege Theil nehmen werde.

Dem Kronprinzen lag nun Alles daran, daß ihm auch England Norwegen zugeſtehe: denn wie ſolle er die ſchwediſche Nation gewinnen, ohne ihr einen Erſatz für das verlorene Finnland zu bieten? Der große Vorwurf, den die Schweden dem franzöſiſchen Kaiſer machten, war noch immer, daß er eingewilligt habe, ihnen Finnland zu entreißen. Wurde ihnen von den Verbündeten kein Erſatz dafür geboten, ſo war an die Mitwirkung der Nation zu allgemeinen Zwecken nicht zu denken. Man beſorgte ſogar, daß das jetzige Syſtem der ſchwediſchen Regierung — denn noch immer haſſe man in Schweden die Ruſſen, liebe die Franzoſen — umgeſtürzt werden könne. Der engliſche Geſandte in Stockholm verſicherte mit Beſtimmtheit, daß ohne dies Zugeſtändniß eine Theilnahme Schwedens an dem allgemeinen Kampfe undenkbar ſei. Da man aber doch einen unmittelbaren Verſuch auf Norwegen, zu dem ein ruſſiſches Hülfscorps verſprochen war, ſo daß jedes große Unternehmen gegen Napoleon dadurch gehindert worden wäre, nicht zugeben konnte, ſo kam Alles darauf an, dieſe Erwerbung in ſichere Ausſicht zu ſtellen, ſobald der große Kampf, zu dem man ſich rüſtete, ausgefochten ſei. Ein Beweggrund, hierauf einzugehen, lag für den Kronprinzen von Schweden auch darin, daß nur unter dieſer Bedingung und Vorausſetzung Subſidien bei dem engliſchen Parlament auszuwirken ſein würden. Er nahm dann eine entſchiedene Stellung gegen Napoleon an. Der Abſagebrief iſt berühmt, in welchem er demſelben aus ſeinem Unternehmen gegen Rußland ſelbſt einen militäriſchen Vorwurf machte: denn zu den unbedingten Bewunderern der Strategie Bonaparte's gehörte Bernadotte nicht, und ebenſo verwirft er ſeine Politik. Das Syſtem des Kaiſers ſei, den Nationen den Gebrauch der Rechte zu verſagen, die ſie von der Natur empfangen haben, in friedlichem Verkehre miteinander zu ſtehen; aber er wolle den Krieg verewigen, ſelbſt auf die Gefahr hin, ihn ſchwächeren Händen hinterlaſſen zu müſſen. Seine Trennung von dem Kaiſer der Franzoſen ſpricht der Kronprinz der Schweden mit den Worten aus: in der Politik gelte es weder Freundſchaft noch Haß; man habe nur die Pflichten gegen die Nationen zu erfüllen, zu deren Regierung man durch die Vorſehung berufen ſei. So wurde die

einst zu Oerebro in den Sinn gefaßte Ligue zwischen England, Schweden und Rußland erneuert und bestätigt. In diese Verbindung trat nunmehr Preußen ein; es war die Tendenz der Allianz von Kalisch.

Wenn nun aber Preußen eigentlich noch im Kriege mit England begriffen war, so mußte dem unverzüglich ein Ende gemacht werden. Jakobi-Klöst, schon früher Gesandter bei dem englischen Hofe, wurde wieder nach London geschickt, um nicht allein Frieden und Freundschaft, sondern eine Allianz mit diesem Reiche abzuschließen; er soll versichern, daß die momentanen Abweichungen, welche durch die bisherige Verbindung Preußens mit Frankreich veranlaßt worden seien, nicht mehr stattfinden; der vor dem Frieden von Tilsit verabredete, aber dann nicht ratificirte Tractat solle nunmehr zur Vollziehung kommen; der König sei glücklich, sich von Frankreich losgerissen zu haben, und entschlossen, an dem dieser Macht entgegengesetzten System festzuhalten und alle seine Kraft für dasselbe einzusetzen. Die gegenseitigen Verpflichtungen, mit dem gemeinschaftlichen Feinde keinen Frieden noch Stillstand zu schließen, noch auch in eine Unterhandlung zu treten ohne gegenseitige Uebereinkunft, würden in England leicht angenommen werden. Vor allen Dingen soll er die absolute Nothwendigkeit zur Sprache bringen, in der sich Preußen befinde, englische Subsidien zu erlangen, nicht etwa in Wechseln, sondern in klingender Münze; ohne Hülfsgelder wäre es schlechterdings unmöglich, den Zweck zu erreichen, der in dem englischen Interesse liege. Ueberdies aber soll England um Unterstützung Preußens mit Waffen und Munition angegangen werden: man sei beschäftigt, eine Landmiliz und einen Landsturm zu organisiren; aber es fehle an Waffen; ferner rechne man darauf, daß die englische Marine überall den militärischen Operationen zu Hülfe kommen und die Küstenländer sowie den Handel von Preußen beschützen werde. Der Gesandte soll sich damit einverstanden erklären, daß dem Kronprinzen von Schweden das Commando über eine aus Schweden, Russen und Engländern zusammengesetzte Heeresmacht im Norden von Deutschland übertragen werde; auch ein preußisches Corps soll zu derselben stoßen. Hardenberg verfehlt nicht, dabei auch der Verhältnisse von Hannover zu gedenken, ebenso eines Projectes, das damals aufgetaucht war, ein besonderes Königreich zwischen Elbe und Schelde unter einem großbritannischen Prinzen aufzurichten. Hardenberg bemerkt, daß dies eine entsprechende Vergrößerung Preußens nothwendig

machen würde, und daß man sich hüten müsse, die Eifersucht Oesterreichs zu erwecken. Durch Einverständniß zwischen Oesterreich, Preußen und Großbritannien werde die künftige deutsche Constitution, welche vor Allem stark sein müsse, bestimmt werden.

Eine Instruction, die dem Gesandten im Einzelnen ein weites Feld freier Thätigkeit offen läßt, aber zugleich die allgemeinen Gesichtspunkte mit sicherem Ueberblicke feststellt. Von eigentlichen Unterhandlungen Jakobi's, der seinen Weg über Stockholm nehmen sollte, erfahren wir nichts; auch werden dieselben nicht sehr schwierig gewesen sein: die englische Politik war schon durch ihr eigenes Interesse in demselben Sinne bestimmt worden. Bereits in einem Schreiben vom 8. April beschränkt Castlereagh die hannover'schen Forderungen auf einige Enclaven: dem werde sich Preußen nicht widersetzen, da dem Prinz-Regenten viel daran liege. Die ausgedehnteren welfischen Pläne wichen vor der allgemeinen Nothwendigkeit zurück. Diese gebot den Engländern die größte Rücksicht auf Preußen: denn ohne Preußen würde Rußland nicht offensiv vorgehen und Oesterreich sich nicht anschließen können. In Castlereagh kamen die Ideen William Pitt's wieder zu Tage; er sandte den Entwurf, den Pitt zu einer Reconstruction Europa's im Jahre 1805 gemacht hatte, nach Breslau. Was im Jahre 1805 beschlossen worden, sollte im Jahre 1813 ausgeführt werden; doch war auch jetzt noch eine gewaltige Gegenwirkung zu erwarten.

Sechſtes Capitel.

Ruſſiſch-preußiſcher Feldzug im Frühjahr 1813.

Die ſtrategiſche Idee Napoleon's ging dahin, den Krieg an der Elbe zu führen, die er in ihrem ganzen Laufe zu vertheidigen gedachte, nicht ohne neue Angriffspläne darauf zu begründen; er hoffte, der Vicekönig, der indeſſen mit den Ueberreſten der Armee nach den Marken ſich zurückgezogen hatte, werde Berlin und die benachbarten Landſchaften behaupten. Er ſollte die Ordnung ſelbſt mit ſchreckenden Züchtigungen aufrechterhalten; bei dem geringſten Inſult von Seiten eines preußiſchen Dorfes oder einer Stadt ſoll er ſie in Brand ſtecken, und wäre es Berlin ſelbſt [1]).

Als er dies ſchrieb, hatte der Vicekönig bereits den Tag zuvor Berlin verlaſſen. Was denſelben dazu veranlaßte, war ohne Zweifel der Uebergang der Ruſſen über die Oder, der am 2. März nicht ohne Theilnahme preußiſcher Waſſerbaubeamten bewerkſtelligt worden war. Land und Stadt waren in allgemeiner Aufregung, und Berlin darf es vielleicht dem Vicekönig danken, daß er das Aeußerſte nicht abwartete, ſondern unter Beobachtung aller guten und die Ruhe ſichernden Formen ſeinen Rückzug nach der Elbe nahm [2]); die ver-

1) Restez à Berlin autant que vous pourrez; faites des exemples pour la discipline. À la moindre insulte d'une ville, d'un village prussien, faites le brûler, fût-ce même Berlin, s'il se comporte mal. 5 mars 1813. Corresp. XXV, 30, N. 19, 664.

2) Seine Motive dafür giebt er an in einem Schreiben an Napoleon, d. d. Schöneberg, den 2. März: J'ai prolongé mon séjour en Prusse tant qu'il m'a été possible; mais manquant totalement de cavalerie, et mon artillerie étant loin d'être organisée, attendre plus longtemps serait risquer de compromettre les troupes que j'ai avec moi. D'ailleurs je ne veux pas risquer que l'ennemi, avec le gros de son armée, puisse arriver sur l'Elbe et se trouver sur les grandes communications de Leipzig avant moi. Mémoires et Correspondance du Prince Eugène VIII, 387.

ſuchsweiſe von den Franzoſen aufgeworfenen Verſchanzungen wurden am Morgen von den Koſaken beſeitigt. In den Straßen von Berlin ſah man wie einſt in Moskau zugleich Franzoſen und Ruſſen. Aber aus Berlin zogen die Franzoſen hinweg, die Ruſſen rückten ein. Mit den das Land durchziehenden Detachements beider Theile kreuzten ſich die Züge der Rekruten, die ſich nach Schleſien begaben. In allen Ortſchaften, durch welche ſie kamen, wurden ſie mit Jubel begrüßt.

Napoleon tadelte den Abzug Eugen's nicht ohne Schärfe; er war beſonders mißvergnügt, daß weder der Prinz, noch deſſen Generalſtab ihn über ihre Lage hinreichend unterrichteten: er wiſſe nicht, wo die Armee ſei, wer die Cavallerie befehlige, wer in Stettin und Spandau das Commando habe; es ſei kaum glaublich: er müſſe ſeine Nachrichten aus engliſchen Journalen ſchöpfen[1]). Am 11. März weiſt er den Vicekönig an, ſeine Stellung vor Magdeburg zu nehmen, wo er 80,000 Mann vereinigen und die Elbe vertheidigen könne. In einer beſonderen Note[2]) ſind die Ideen ausgedrückt, mit denen Napoleon ſich in dieſem Augenblick für die Vertheidigung nicht allein, ſondern auch für den Angriff trug. Die erſte iſt hauptſächlich auf Vertheidigung von Weſtphalen und der Bezirke der 32. Militärdiviſion, namentlich Hamburgs gerichtet. Höchſt außerordentlich iſt ſeine Combination für die Offenſive: er hat dabei Danzig ins Auge gefaßt. Die Elbarmee ſoll zwiſchen Magdeburg, Havelberg, Wittenberg vereinigt ſein, die Mainarmee bei Würzburg, Erfurt, Leipzig. Er hält es für eine leicht auszuführende Bewegung, mit der Elbarmee über Havelberg nach Stettin vorzudringen. Er wird das Gerücht verbreiten, daß er ſich mit der Mainarmee gegen Schleſien bewege, aber es vorziehen, mit der Elbarmee, der ſich dann die Mainarmee anſchließen kann, nach Stettin vorzurücken und von da den Weg nach Danzig einzuſchlagen; zwanzig Tage nach ſeinem Aufbruche von der Elbe könne Danzig entſetzt und Marienburg wiedergenommen ſein; man werde die Nogat und die untere Weichſel beherrſchen.

Seine Abſicht war immer, Rußland durch eine neue Kriegsunternehmung zu überraſchen und zu einem Frieden in ſeinem Sinne

1) Il serait honteux de le dire, et le monde ne le croirait pas: — — — je ne suis instruit de ce qui se passe que par les journaux anglais. 9 mars 1813. Corresp. XXV, 46, N. 19, 688.

2) In der Corresp. XXV, 61, N. 19, 697.

zu nöthigen. Wenn ſich nun erſt die entſchiedene Feindſeligkeit von Preußen und deſſen enge Verbindung mit Rußland herausſtellte, ſo erweckte das in Napoleon, da es ihm einen neuen, directen Anlaß zu einem Vernichtungskriege gegen Preußen bot, noch eine andere umfaſſende Idee zu dem bevorſtehenden Kriege. Er ließ Oeſterreich eine Allianz anbieten, von der er eine allgemeine Entſcheidung erwartete: Oeſterreich müſſe mit zwei Armeen im Felde erſcheinen, der einen in Böhmen, der anderen in Polen; die letzte werde ſich mit den Ueberreſten der polniſchen Armee unter Poniatowski vereinigen, ſo daß ſich eine ſtarke Truppenmaſſe in dem Rücken der Ruſſen anſammele. Napoleon werde mit einer ebenſo ſtarken Heeresmacht, wie die vorige geweſen ſei, an der Elbe auftreten. Dieſem doppelten Angriff werde die ruſſiſche Armee, welche durch die preußiſche nur einen geringen Zuwachs erhalte, zu widerſtehen nicht fähig ſein. Preußen iſt dabei eigentlich zur Vernichtung beſtimmt worden; Napoleon ſagte: von den fünf Millionen Unterthanen, die es zähle, dürfe es nur Eine jenſeit der Weichſel behalten; von den übrigen vier Millionen würden zwei an Sachſen und Weſtphalen, zwei andere an Oeſterreich fallen; dieſes würde den beſten Theil davontragen.

Es bildet eine das Schickſal beſtimmende Coincidenz, daß Preußen eben in dieſem Momente, in welchem es mit ſeinem völligen Untergange bedroht wurde, ſich zu dem äußerſten Widerſtande gerüſtet hatte. Die kleine Armee, welche im Jahre 1808 dem Könige zugeſtanden wurde, war der Kern einer allgemeinen Bewaffnung geworden; ſie war unter der Direction Scharnhorſt's in kleinen Corps, in welchen die verſchiedenen Waffen vereinigt waren, organiſirt worden, und dieſe Organiſation hatte ſich in dem letzten Feldzuge von 1812 bewährt. Alle die waren aus der Armee ausgeſtoßen worden, die eine nachweisbare Schuld an dem erlittenen Unglück hatten. Scharnhorſt war auch hierin ſo ſtreng wie möglich. Ueberdies aber hatte er eine Methode erfunden, durch welche man, ohne dem Vertrage zuwiderzuhandeln, eine große Anzahl von Mannſchaften, die man vollſtändig militäriſch einübte und dann von den Fahnen wieder entließ, ſtreitfähig machte. Man gab ihnen den ſchon erwähnten, wahrſcheinlich von einer Einrichtung bei der Cavallerie hergenommenen Namen der Krümper[1]). An-

1) Schön (Aus den Papieren des Miniſters Theodor von Schön IV, 570) leitet den Namen von den Pferden her, die aus dem Krumpfmaß der den

ordnungen waren getroffen, durch welche die Armee in wenigen Monaten auf 120,000 Mann gebracht werden konnte, und die nun unter den Augen der Franzoſen ausgeführt wurden. Ein außerordentlicher Anblick, zwiſchen den beiden fremden Heeren, die einander gegenüberſtanden, eine nationale Bewaffnung ins Werk ſetzen zu ſehen, die dem intermediären Staate ſeine ſelbſtändige Bedeutung zurückgab. Ohne die lebendige Theilnahme der Bevölkerung, die das große Ziel ebenſo wohl und noch früher ins Auge gefaßt hatte, als die Regierung, wäre das unmöglich geweſen. Wenn man nicht wieder, wie ſonſt, Truppen aus der Fremde anwarb, ſo entſprach das der Natur des Kampfes, der nicht mehr eine politiſche Combination, ſondern die eigene Exiſtenz galt. Unter den Eingeborenen trat der Unterſchied der Stände vor dem großen gemeinſchaftlichen Ziele, das allen vorſchwebte, zurück. Aber nicht auf unverzügliche Bewaffnung von Maſſen konnte es ankommen. Man bedurfte Truppen, welchen, wie man es ausdrückte, nicht allein Kriegsmuth, ſondern auch Gefechtskraft innewohne. In dieſem Sinne hatte Scharnhorſt Freiwilligen-Detachements und Reſervebataillone angeordnet, die ſich an das ſtehende Heer anlehnen ſollten: denn nur in Verbindung mit bereits militäriſch geſchulten Truppen könne durch die neue Formation etwas geleiſtet werden. Man zog in Betracht, daß die Italiener, früher nicht eben gute Soldaten, dies doch in Verbindung mit der napoleoniſchen Armee geworden ſeien. Dabei aber waltete noch eine andere Rückſicht ob: man wollte durch die Herbeiziehung des gebildeten Mittelſtandes der Armee zugleich friſche geiſtige Kräfte zuführen; namentlich in den Abtheilungen der Freiwilligen, welche geſondert blieben, ſollte ſich dieſer Geiſt entwickeln, im Wetteifer mit der Linienarmee, aber doch auf eigenem Grund und Boden. Vornehmlich in Schleſien — in Folge der von den Franzoſen vertragsmäßig gewährten und von den Ruſſen factiſch anerkannten Neutralität dieſer Provinz — wurden dieſe Formationen vollzogen. Schon im März 1813 berechnete man die formirten Mannſchaften auf 50,000, die noch in der Formation begriffenen auf 35,000, die Garniſonen der Feſtungen auf 15,000, in Summa 100,000 Mann, die doch eine nicht ſo geringe Verſtärkung für die

Schwadronen ertheilten Fourage unterhalten wurden, um im Nothfall als Erſatz zu dienen. Die von dem Tuchmachergewerk hergenommene Ableitung (Klippel, Scharnhorſt III, S. 522) ſetzt eine Metapher voraus, welche unverſtändlich iſt.

Ruſſen ausmachten, als Napoleon meinte. Die Landwehren ſtellten noch eine andere überaus bedeutende Vermehrung der Streitkräfte in Ausſicht [1]).

Am 15. März erſchien Alexander in Breslau; die Allianz mit ihm wurde gleichſam dadurch beſiegelt, daß Friedrich Wilhelm demſelben die von dem preußiſchen Hülfscorps gemachten ruſſiſchen Gefangenen neu ausgerüſtet vorführen ließ. Am 19. wurde die Convention abgeſchloſſen, in welcher die Verbündeten ankündigen, nichts im Auge zu haben, als die Befreiung Deutſchlands von der franzöſiſchen Herrſchaft, und die Fürſten auffordern, ſich mit ihnen zu vereinigen, nicht ohne ſie, wenn ſie in einer beſtimmten Friſt dies verſäumen, mit dem Verluſt ihrer Regierungsgewalt zu bedrohen; auch an die Völker ſelbſt wenden ſie ſich; unverzüglich wollen ſie in die Rheinbundesſtaaten und das mit Frankreich reunirte nördliche Deutſchland vordringen. Dem großen Ehrgeiz ſtand aber noch eine größere Gefahr zur Seite. Niemand täuſchte ſich darüber, daß Preußen einen Kampf um ſein Daſein zu beſtehen haben werde.

Die Abſicht war geweſen, der Erhebung der Waffen ein Manifeſt in aller Form vorangehen zu laſſen; aber der von Ancillon hierzu gemachte Entwurf fand keine rechte Billigung, weil er zu Gegenreden und Recrimationen Anlaß geben würde. In dem Kreiſe des Staatskanzlers, in welchem dieſe Dinge in Ueberlegung gezogen wurden, war die Meinung geäußert, das Recht Preußens ſei ſo augenſcheinlich, daß es keines Kriegsmanifeſtes an den Feind, ſondern bloß einer Anſprache des Königs an ſein Volk bedürfe. Dieſe Anſicht fand die Billigung des Königs, und der Mann, welcher ſie geäußert hatte, Staatsrath Hippel, wurde mit der Redaction beauftragt: er verſichert, nichts aufgenommen zu haben, als die eigenen Gedanken des Königs [2]). Friedrich Wilhelm III. ruft darin die Stämme, aus denen ſich der damalige Staat zuſammenſetzte, bei ihren alten Namen auf: Brandenburger, Preußen, Schleſier, Pommern, Litthauer; er erinnert ſie an die ſeit ſieben Jahren geduldeten Leiden und Mißhandlungen, aber zugleich an die glorreiche Vergangenheit, den großen Kurfürſten, den großen König, und an alle die Güter, welche von den Vorfahren blutig erkämpft worden ſeien: Gewiſſensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel,

1) H. von Boyen, Beiträge zur Kenntniß des Generals von Scharnhorſt 57 ff.

2) Klippel a. a. O. S. 71.

Kunstfleiß und Wissenschaft. Jetzt sei der Augenblick gekommen, sie wiederzugewinnen; einen anderen Ausweg gebe es nicht, als das Erringen eines ehrenvollen Friedens oder einen ruhmvollen Untergang; ehrlos vermöge der Deutsche, der Preuße nicht zu leben. Alles hatte Einen Sinn: den nationalen Krieg, die Vertheidigung Preußens und die Absicht der Zerstörung des napoleonischen Uebergewichts in Deutschland. Die Gedanken sind groß und wahr, die Worte einfach und treffend; es ist, als höre man den Genius des wiedererstehenden Preußens reden. Der Aufruf ist vom 17. März datirt und erschien am 20. März.

In denselben Tagen war Blücher bereits mit einer Armee ins Feld gerückt, welcher Gneisenau, der dabei war, hohe Lobsprüche spendete [1]): „Jedes Herz ist hoch gestimmt; an der Spitze der Brigaden und Regimenter sind tüchtige Leute; der Soldat ist schlagfertig und erbittert". Vielen Eindruck machte es, die Jugend der höheren Stände, in Bataillone und Compagnieen eingereiht, ihre früheren Verhältnisse vergessend, das Commandowort ihrer Officiere mit Eifer befolgen zu sehen. Am 1. April passirte das Blücher'sche Corps Dresden. Nach der Auskunft, die wir von Gneisenau besitzen, überschritt man die Elbe, um in einem nahen Lande die Truppen zu erhalten, und ging doch nicht darüber hinaus, um nicht einen Conflict herbeizuführen, bevor die russische Armee angelangt wäre. Von Gneisenau's Hand ist die Proclamation, die bei dem Einmarsche in Sachsen erlassen wurde, in welcher er das bibelgläubige Volk an den Herrn der Heerschaaren mahnt, der im Osten Europa's ein schreckliches Gericht gehalten habe: „Wir ziehen, wohin dessen Finger uns weiset". Die Sachsen werden aufgefordert, ihrerseits das Joch abzuwerfen und nicht länger zu dulden, daß eine arglistige Politik das Blut ihrer Söhne für raubgierige Entwürfe verlange. Noch unzweideutiger wurden die Deutschen jenseit der Elbe aufgefordert, aus der Knechtschaft aufzustehen und sich zu empören. In Kutusow's Namen erschien eine Proclamatian, welche zwar insofern sehr willkommen war, als sie die Versicherung enthielt: der russische Kaiser werde sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht mischen, aber die doch, noch weit über die Convention hinausgehend, die Fürsten, die sich nicht anschließen wollen, mit sofortiger Vernichtung durch die Gewalt der öffentlichen Meinung und gerechter Waffen bedrohte.

1) Pertz, Gneisenau II, 529.

Gleich bei dieſem Beginn zeigte ſich eine Differenz zwiſchen der militäriſchen und der diplomatiſchen Action: die erſtere beruhte auf den Geſinnungen, welche die Erhebung der Waffen überhaupt hervorgerufen hatte; denn für den Soldaten iſt eine unbegrenzte Zuverſicht auf den Erfolg des Unternommenen gleichſam nothwendig. Ganz eine andere iſt die diplomatiſche Action, die ſich innerhalb der Rückſichten auf das noch Beſtehende zu halten verpflichtet iſt und es vermeidet, den zu verletzen, den ſie zu gewinnen trachtet. Hardenberg erinnert die preußiſchen Generale, daß ihnen in den militäriſchen Angelegenheiten freie Hand gelaſſen ſei, in den politiſchen aber Einheit des Geſichtspunktes vorwalten müſſe. Gneiſenau bemerkte dagegen: in der Proclamation ſpreche nur der General Blücher, nur der Soldat; die Regierung werde eine andere Sprache führen können; noch ſei nichts verdorben. Die vornehmſte Rückſicht forderte der Wiener Hof, wo die Proclamationen den unangenehmſten Eindruck machten. Die beiden verbündeten Fürſten ſprachen ihr Mißfallen über den Ton und Inhalt derſelben aus und ließen den öſterreichiſchen Geſandten erſuchen, ihre Entrüſtung darüber nach Wien zu melden[1]); denn um keinen Preis wollte man mit Oeſterreich zerfallen.

Das war nun in der That nicht zu erwarten.

In jeder anderen Zeit wären die Anträge Napoleon's, deren wir in dem neuen Allianzvorſchlage gedachten, für Oeſterreich verführeriſch geweſen, nicht jedoch in der damaligen. Es war ſo weit gekommen, daß Oeſterreich in der Erhaltung Preußens ſein eigenes Intereſſe ſah; neue Siege Napoleon's, die Vernichtung Preußens, hätten es in ſeine alte Abhängigkeit zurückgeworfen. Wenn der Verſicherung, welche dem preußiſchen Geſandten gegeben wurde, zu trauen iſt, ſo hat Metternich geradezu geſagt: die Abſicht, Preußen zu vernichten, enthalte eine Kriegserklärung gegen Oeſterreich. Schon in den Inſtructionen, die dem Fürſten Schwarzenberg bei ſeiner Miſſion nach Paris mitgegeben wurden, hatte Metternich ſein nunmehriges Syſtem entwickelt. Er ging davon aus, daß die beiden einander gegenüberſtehenden Mächte, Frankreich und Rußland, in ihrem Inneren unverletzbar ſeien; zwiſchen ihnen müſſe es eine Art von Centralmacht geben, beſtehend aus Oeſterreich und Preußen und anderen ihnen beitretenden Staaten; eine ſolche werde die allgemeine Ruhe ſichern, wenn es auch über andere, weniger umfaſſende Streitigkeiten, z. B. über die türkiſchen oder die ſpaniſchen Verwickelungen, zu

1) Oncken I, S. 333.

Feindſeligkeiten käme. Es war der Gedanke des wiederherzuſtellenden europäiſchen Gleichgewichts, von welchem Metternich durchdrungen war, und mit welchem ſich eine Vernichtung Preußens nicht vereinbaren ließ. Die neuen Eröffnungen Napoleon's, welche Narbonne überbrachte, ſtießen hier auf einen entſchiedenen politiſchen Gegenſatz, der in der eigenen Lage wurzelte.

Man nahm aus den Anträgen des franzöſiſchen Kaiſers nur das Zugeſtändniß ab, daß Oeſterreich zu einer bewaffneten Mediation ſchreiten dürfe, ohne Rückſicht auf das früher geſchloſſene, formell noch beſtehende Bündniß. Wenn Narbonne mit Bezug auf daſſelbe in den Kaiſer Franz drang, die Ruſſen in Polen anzugreifen, ſo erweckte er damit nur das Erſtaunen dieſes Fürſten. „Wer ſagt Ihnen denn", erwiederte der Kaiſer, „daß ich dem ruſſiſchen Czaren Böſes thun will?" Er fügte hinzu, ſein Entſchluß ſei jetzt, nicht mehr als Hülfsmacht zu cooperiren, ſondern als Hauptmacht mit 200,000 Mann. Metternich ſah gleichſam einen Widerſpruch darin, daß Napoleon Oeſterreich aufgefordert hatte, als Hauptmacht zu agiren und doch zugleich ſich ſeinem Geſichtspunkte unterzuordnen; er ſagte, als Hauptmacht könne man nicht mehr dem fremden Antriebe folgen, ſondern man müſſe die eigenen Intereſſen conſultiren; er erklärte, die bewaffnete Mediation übernehmen zu wollen, in der Erwartung, daß die Fürſten des Rheinbundes ſich ihm anſchließen würden. Darin lag der Unterſchied der damaligen Tendenzen, daß Rußland und Preußen den deutſchen Fürſten Theilnahme an ihrem Kriege gegen Frankreich zumutheten, Oeſterreich dagegen, mit ſeinem Mediationsentwurf beſchäftigt, ſie zu demſelben hinüberzuziehen trachtete. Die öſterreichiſche Rüſtung wurde jetzt eifriger vorgenommen, eben zu dieſem Zweck. Auf die Frage Narbonne's, was Oeſterreich thun werde, wenn Napoleon eine Schlacht gewinne, antwortete Metternich, es werde ſeine Rüſtungen um ſo eifriger und raſcher fortſetzen [1]); er ließ keinen Zweifel darüber, wie er die Mediation verſtehe; der Kaiſer von Oeſterreich werde Friedensbedingungen vorſchlagen und ſich alsdann gegen den erklären, der dieſelben verwerfe.

Wer könnte verkennen, daß ſchon in dieſer anſcheinend unparteilichen Haltung doch ein entſchiedener Gegenſatz gegen die napoleoniſche Idee lag! Die Frage Narbonne's, was Oeſterreich thun werde, wenn Napoleon ſiege, wurde nun auch auf der anderen Seite rege;

1) L'Autriche redoublerait de vitesse et de vigueur.

der öſterreichiſche Miniſter hat in dieſem Falle den Verbündeten die Mitwirkung von Oeſterreich zugeſagt[1]). Die Veränderung der Situation ſpricht ſich in den Worten aus, die Kaiſer Franz in dem erwähnten Geſpräch mit Narbonne vernehmen ließ: er befinde ſich jetzt in einer beſſeren Stellung als Napoleon, der keinen Stützpunkt mehr beſitze; er dagegen habe eine feſte und runde Poſition, die er vor Gott und den Menſchen vertheidigen könne.

Wenn durch dieſe Haltung Oeſterreichs die eine der großen ſtrategiſchen Abſichten Napoleon's, die auf Polen gerichtete, unausführbar wurde, ſo zeigte ſich auch, daß die andere, bei der Oſtpreußen ins Auge gefaßt wurde, auf der Vorausſetzung einer militäriſchen Ueberlegenheit beruhte, die in der That nicht mehr beſtand. Der Vicekönig von Italien wurde bei ſeiner erſten offenſiven Bewegung über die Elbe am 5. April bei Möckern geſchlagen; es war die erſte Schlacht, in der die Preußen ihren alten Waffenruhm wahrhaft erneuerten. Ihre natürliche Bravour wurde durch Erbitterung verdoppelt. Vor ihrer Cavallerie wich die franzöſiſche, wenn ſie auch ſtärker war, allenthalben zurück; die preußiſche Artillerie brachte ſie vollends in Verwirrung. Hierauf mußte der Vicekönig über die Elbe zurückgehen, und die Verbündeten folgten ihm; einzelne Truppenſchaaren überſchritten bereits die Niederelbe.

Daß dies geſchah, war das vornehmſte Motiv Napoleon's, allem Verzug ein Ende zu machen und mit ſeiner neuen Armee im Felde zu erſcheinen; dieſe ſagte er, ſei ſo ſtark, als jemals eine andere, die er ins Feld geführt habe. Die Anmahnungen jener Proclamationen waren wirkungslos verhallt; noch einmal leiſteten die Truppen des Rheinbundes dem Protector Heeresfolge. Dieſe Hülfe und die Zurückhaltung Oeſterreichs gaben Napoleon nochmals ein unzweifelhaftes militäriſches Uebergewicht. Seine nächſte Abſicht war, die Verbündeten zum Rückzug über die Saale und Mulde und dann hauptſächlich über die Elbe zu nöthigen. Die Verbündeten fühlten ſich nicht im Stande, die ungeheuere Uebermacht zu bewältigen; aber ſie hielten doch auch nicht für gut, ohne Schwertſchlag über die Elbe zurückzugehen. Sie begegneten Na-

1) Metternich an Lebzeltern, Wien, 29. April 1813: vous aurez à assurer toutefois à S. M. l'Empereur Alexandre, que le revers instantané le plus complet qu'essuyeraient les Alliés, loin de nous faire changer de marche, engagerait notre auguste Maître aux mesures les plus vigoureuses pour arrêter l'Empereur Napoléon dans sa marche. Onden a. a. O. II, S. 631.

poleon, indem er mit ſeinen Maſſen aus Thüringen kommend auf die Ebene von Lützen vordrang. Die Franzoſen, denen es darauf ankam, Sachſen wieder einzunehmen, waren bereits in vollem Marſch auf Leipzig begriffen, als die preußiſch-ruſſiſche Armee nicht eigentlich ihnen entgegentrat, aber ihren Marſch zu unterbrechen verſuchte (1. Mai). Was ſie dazu antrieb, war die offenbare Ueberlegenheit ihrer Cavallerie. Dieſer Vortheil wurde jedoch durch die gute Haltung und die numeriſche Ueberzahl der franzöſiſchen Fußvölker wieder aufgewogen. Von den preußiſchen Offizieren hat man geſagt, daß ſich keiner unter ihnen ausgezeichnet habe, weil ſie alle gleich vortrefflich fochten. Den linken Flügel führte Scharnhorſt; an der Spitze tapferer Schaaren zu Fuß und zu Pferde drang er in den Feind ein, unter dem Rufe: Es lebe der König, indem er den Säbel ſchwang. Er wurde dabei leicht verwundet. Aber die Franzoſen, deren Zahl in jedem Augenblick ſich vermehrte, waren doch zu ſtark, als daß man es hätte wagen mögen, den ihnen abgewonnenen Theil des Schlachtfeldes zu behaupten und den anderen Tag eine neue Schlacht anzunehmen. Die Verbündeten entſchloſſen ſich, ſehr gegen den Wunſch des Königs von Preußen, über die Elbe zurückzugehen. Hardenberg bezeichnet das Treffen als einen unzweifelhaften Sieg, den man nur hätte verfolgen müſſen; man habe gefürchtet, von den Franzoſen umgangen zu werden, jedoch ohne Grund; eine ſchwere Verantwortung laſte auf denen, die den Rath dazu gegeben haben. Deren Abſicht aber war, nicht etwa gänzlich zu weichen, ſondern den Feind in der Lauſitz noch einmal zu erwarten.

Die Schlacht bei Lützen hatte weniger einen militäriſchen als einen politiſchen Erfolg; von Napoleon wollte man bemerken, daß er mit den Vortheilen, die er erfocht, nicht ganz zufrieden ſei; er fühlte die Nothwendigkeit eines Abkommens mit Oeſterreich ſtärker, als bisher. In Wien wünſchte man nichts mehr, als das ſtandhafte Verharren der Verbündeten in ihrer Haltung, und forderte ſie auf, dem Kaiſer Franz Vertrauen zu beweiſen. Es gebe, ſagte Metternich, eine Art Vertrauen, welches denjenigen verpflichte, dem es bewieſen werde [1]). Auf Napoleon hat die gute Haltung der Verbündeten bei dem erſten großen Zuſammentreffen vielen Eindruck gemacht; obwohl er auf ſeine erprobte Fertigkeit, mit großen

1) Il y a une manière d'exprimer la confiance qui devient obligatoire pour celui qui a inspiré cette confiance.

Maſſen zu operiren, auch jetzt Gewicht legte, ſo zeigte er ſich doch geneigt, über einen Frieden zu unterhandeln. Von den Abſichten, den preußiſchen Staat zu vernichten, mit denen er ſich vor kurzem getragen, war er zurückgekommen. Seinen Schwiegervater, der ſein Alliirter nicht werden wollte, erſuchte er nur, ihn zu nichts Unehrenhaftem zu drängen: er wolle eher umkommen an der Spitze der Truppen, die ihm Frankreich gewähre, als zum Hohngelächter der Engländer werden.

In einem Briefe vom 17. Mai ſpricht er ſich für die Berufung eines Congreſſes zu einem allgemeinen Frieden aus und erklärt ſich bereit, auch die ſpaniſchen Inſurgenten auf demſelben repräſentirt zu ſehen. „Wenn Rußland und Preußen ohne England verhandeln wollen, ſo bin auch ich dazu erbötig". Den meiſten Vortheil von der Schlacht hatte eigentlich Oeſterreich; ſie war der Moment, in welchem die Mediationspolitik des Grafen Metternich erſt Grund und Boden gewann; die Entſcheidung zwiſchen Krieg und Frieden ſchien ſich in ſeiner Hand zu concentriren. Es war unmöglich, dem ferneren Laufe der Ereigniſſe ruhig zuzuſehen, ohne beſtimmte Entſchlüſſe gefaßt zu haben; und da Napoleon vermieden hatte, den öſterreichiſchen Botſchafter auch nur anzuhören, geſchweige daß er auf die Vorſchläge, deren Hauptinhalt ihm bereits bekannt geworden war, eingegangen wäre, ſo wurde es das allerdringendſte, eine definitive Verhandlung mit den Verbündeten zu eröffnen. Der alte Freund der nordiſchen Allianzen, Graf Stadion, wurde in das ruſſiſch-preußiſche Hauptquartier geſchickt, um die Bedingungen zu vereinbaren, über welche mit Napoleon verhandelt werden könne.

In dieſem Momente kam es in der Lauſitz zu einem neuen Zuſammentreffen der Verbündeten und des franzöſiſchen Heeres, welche beide indeß Verſtärkungen an ſich gezogen hatten, die ihre früheren Verluſte erſetzten. Am 20. Mai griff Napoleon die feſte Stellung an, welche die Verbündeten bei Bautzen genommen, fand aber einen unüberwindlichen Widerſtand. Am 21. erneuerte er den Angriff mit äußerſter Anſtrengung. Er hatte über den rechten Flügel der Verbündeten bereits das Uebergewicht gewonnen und war im Begriff, das Centrum anzugreifen, als das ruſſiſch-preußiſche Armeecommando es rathſam fand, die Schlacht abzubrechen. In guter Ordnung gingen die verbündeten Truppen zurück.

In der allgemeinen Lage wurde durch die Schlacht bei Bautzen nicht viel verändert; die Franzoſen hatten Vortheile, die doch nicht entſcheidend waren, mit ungeheueren Verluſten erkämpft; der An-

blick des Schlachtfeldes ſelbſt, das von der Tapferkeit der preußiſchen Armee Zeugniß gab, machte ſie erzittern. Es waren die beiden noch heranwachſenden Generationen, die aus Frankreich herangezogenen Conſcribirten des folgenden Jahres und die aus ihren Schulen herbeigekommene preußiſche Jugend, die hier den Kampf um die Zukunft durchfochten. „Welch ein Krieg," hörte man die Franzoſen bei dem Anblick des Schlachtfeldes ſagen, „wir werden hier alle bleiben." Napoleon war erſtaunt, daß man nach einer überaus mörderiſchen Schlacht doch keine Gefangenen einbringe. Und indem er mit der preußiſch-ruſſiſchen Arrièregarde in ein Gefecht gerieth, mußte er erleben, daß der Gefährte ſeiner Siege und ſeiner Politik, Großmarſchall Duroc, nachdem er noch eben mit ihm geſprochen hatte, tödtlich verwundet wurde. Wie einſt bei Jena und Auerſtädt der Tod einiger ſeiner vornehmſten Gegner, ſo machte jetzt der Verluſt einiger ſeiner tapferſten Kampfgenoſſen einen tiefen Eindruck auf ihn. In einem von den Garden gebildeten Carré ſah man ihn vor ſeinem Zelte ſitzen, mit geſenktem Kopfe, die Arme ineinandergeſchlagen, im tiefſten Stillſchweigen [1]). Unter ſeinen Soldaten gab ſich eine freudige Aufregung kund, als ein Parlamentär von den Verbündeten erſchien. Die Franzoſen wünſchten Waffenſtillſtand und Frieden; ſie erſchraken, daß ſie nur in brennende Dörfer einzogen und überall wachſenden populären Widerſtand fanden; der Kaiſer nahm wahr, daß man ſich um ihn her nach Paris zurückſehne. Wohl gelang es ihm, in Schleſien vorzudringen, eine ſeiner Oderfeſtungen zu erreichen; er nahm ſelbſt Breslau auf einige Zeit in Beſitz; allein die Umſtände, unter denen er war, geſtatteten doch nicht, den Krieg fortzuſetzen. Auch in der Niederlauſitz erlitten die Franzoſen, die den Weg nach Berlin eingeſchlagen, einen empfindlichen Nachtheil, der ihnen ihre Siegeshoffnungen raubte.

Fragen wir nun, welche Geſichtspunkte Napoleon unter dieſen Verhältniſſen faßte, ſo wäre es doch aus dem erwähnten Briefe an Kaiſer Franz zu viel geſchloſſen, wenn man annehmen wollte, daß er ernſtlich an einen Congreß gedacht habe. Unerträglich wäre ihm der Einfluß geworden, den Metternich dabei erlangt hätte. In dem Momente, daß er jenen Antrag in Wien machte, hatte er doch ſchon eine ganz entgegengeſetzte Auskunft in Ausſicht genommen. Er beabſichtigte, ſich an Alexander zu wenden, um ihn gegen Oeſter-

1) Fain, Manuscrit de 1813. I, 425.

reich zu gewinnen; müsse er Aufopferungen machen, sagte er, so solle das lieber zu Gunsten Rußlands geschehen, das in gutem Kriege mit ihm begriffen sei, und des mit demselben verbundenen Preußen, als zu Gunsten Oesterreichs; er wolle dem Kaiser Alexander eine goldene Brücke bauen, um sich gegen die Intriguen Oesterreichs zu schützen. Caulaincourt, der diese Mission übernehmen sollte, war auch mit einigen positiven Vorschlägen, die sich besonders auf Preußen beziehen, beauftragt. Preußen sollte nun nicht mehr vernichtet werden; es sollte 4—5 Millionen Einwohner behalten, aber freilich die Marken verlieren, dafür jedoch Warschau zurückerhalten; der Rheinbund würde sich bis an die Oder erstreckt haben. Doch war auch das kein fest ergriffener Gedanke. Napoleon wünschte es nochmals zu einem Zwiegespräch mit Alexander zu bringen, wie einst bei Tilsit; er hoffte, mit ihm sich über die künftige Gestaltung Europa's zu verständigen.

Napoleon bezeichnete selbst die Theilnahme Oesterreichs an dem letzten Kriege gegen Rußland als eine Verkehrtheit [1]) und suchte die Rachegefühle der Russen dagegen zu erwecken. Das war ja seine alte Politik gewesen, die großen continentalen Mächte in Entzweiung untereinander zu halten. Da Oesterreich die Vortheile zurückwies, welche er ihm, Preußen und Rußland gegenüber, versprochen hatte, so dachte er sich an Rußland zu wenden und dessen Erwerbungsgelüste im Gegensatze zu Oesterreich wachzurufen. Aber selbst ehe er noch diesen Plan gefaßt hatte, war seiner Ausführung bereits vorgebeugt worden.

Schon am 14. Mai war Stadion in dem Hauptquartier der Verbündeten angekommen. Kaiser Franz hatte ihn beauftragt, ein vollkommenes Verständniß zwischen Oesterreich und den beiden Verbündeten herbeizuführen [2]). Stadion erinnert in seinem Anschreiben an Hardenberg an die bisherigen Friedensvorschläge, die er zu einer raschen Vollendung bringen solle: denn das Heil hange von dem glücklichen Erfolge der Mediation ab, die Oesterreich übernehme. Noch an demselben Tage hatte er eine Conferenz mit Hardenberg und legte seine Instructionen vor [3]). In diesen heißt es: die Absicht Oesterreichs sei auf einen haltbaren Frieden gerichtet,

1) sottise.

2) Le but premier de sa mission est celui de contribuer à établir entre les cours alliées et moi l'accord le plus parfait. Kaiser Franz an König Friedrich Wilhelm III., 17. Mai 1813.

3) Vom 7. Mai. Oncken a. a. O. II, S. 640 ff.

durch welchen die Verhältniſſe der Mächte geographiſch und politiſch auf eine feſte Grundlage baſirt würden; dahin aber könne man durch eine Herſtellung der alten Zuſtände, d. h. der Dinge, die nicht mehr ſind, nicht gelangen; man müſſe vielmehr darauf denken, einen Zuſtand herbeizuführen, der den allgemeinen Intereſſen entſpreche. Dieſen Eröffnungen, welche die Ideen der Verbündeten ſelbſt ausdrückten, wird die Verſicherung hinzugefügt: im Falle Napoleon die ihm zu machenden Friedensvorſchläge zurückweiſe, würde ſich Oeſterreich auf die Seite der Verbündeten ſtellen, wozu es in kurzer Zeit 120,000 Mann bereit haben werde; überdies wolle es 25,000 Mann nach Italien ſchicken.

Eine wichtige Vorfrage war die ſchon beſprochene, ob man auf einen allgemeinen Frieden, welcher England einſchließen würde, oder nur auf einen continentalen hinarbeiten wolle. Auch Stadion erklärte, daß Oeſterreich zunächſt nur an einen continentalen Frieden denke und ſelbſt iſolirt ſeine Bemühungen dahin richten werde, einen ſolchen zu Stande zu bringen. Als den Hauptzweck giebt er dabei an, der franzöſiſchen Macht Grenzen zu ſetzen, was dann gewiß auch zu dem allgemeinen Frieden führen werde. Rußland und Preußen ſollen ausſprechen, welche Geſichtspunkte ſie ihrerſeits hierüber gefaßt haben, und was ſie unter dem Worte „Frieden" verſtehen.

Stadion war zu der Erklärung ermächtigt, daß ſich die politiſche Haltung Oeſterreichs in Folge der Kriegsereigniſſe niemals verändern ſolle; aber damit vertrage es ſich gar wohl, daß man die Forderungen, die man an Napoleon mache, der größeren oder geringeren Verlegenheit gemäß, in der er ſich befinde, anſpanne oder ermäßige; in kurzer Zeit müſſe es ſich entſcheiden, ob Napoleon die Stimme der Vernunft und der Mäßigung hören wolle oder nicht.

Hardenberg und Neſſelrode antworteten hierauf am 16. Mai durch die Angabe ihrer Friedensbedingungen. Es waren folgende: Herſtellung Oeſterreichs ſelbſt zu der Macht, die es im Jahre 1805 ſowohl in Deutſchland als in Italien beſaß; Herſtellung Preußens in die Machtverhältniſſe, in denen es ſich in dieſer Epoche befand, Auflöſung des Rheinbundes und des Großherzogthums Warſchau, Abſonderung Hollands, Spaniens und Italiens von Frankreich; mit der Annahme dieſer Bedingungen müſſe Napoleon zugleich den Rückzug ſeiner Truppen über den Rhein verbinden.

Es ſind ungefähr die Geſichtspunkte, welche Preußen immer

im Auge gehabt hatte, ſchon bei ſeiner Annäherung an die zweite Coalition 1799, noch mehr bei ſeinem Bruche mit Napoleon 1806. Den alten Anforderungen wurden nun, ohne Zweifel der ruſſiſchen Auffaſſung gemäß, die Herſtellung der alten Dynaſtie in Spanien und die der Freiheit Italiens hinzugefügt.

Rußland und Preußen waren hierüber vollkommen einverſtanden. Nach den Verſicherungen, die Oeſterreich ſoeben gegeben hatte, durfte man annehmen, daß es, wenn auch mit Vorbehalt einiger Modificationen, dieſe Bedingungen zu den ſeinigen machen werde. Es war eigentlich das fundamentale Programm der neuen Coalition, das damit aufgeſtellt war.

Da konnten nun die Eröffnungen, mit denen Caulaincourt beauftragt war, kein Gehör mehr finden. Man hielt nicht einmal für rathſam, ihn in dem Hauptquartier zuzulaſſen, weil ſeine Anweſenheit zu Mißverſtändniſſen und Eiferſucht Anlaß geben dürfte. Schon am 20. Mai wurde ihm geſagt, nur die vermittelnde Macht Oeſterreich könne Anträge von ihm annehmen. Die zweitägige Schlacht wurde dann geſchlagen. Den Tag nach derſelben, am 22., wurde Stadion von den beiden anderen Mächten verſtändigt, daß ſie entſchloſſen ſeien, bei den ihm vorgelegten Bedingungen zu verharren. Auf den Antrag eines Waffenſtillſtandes, der indeß auch von anderer Seite her durch Bubna ihnen bekannt geworden war, gingen ſie ein. Es war die Ankündigung dieſer Abſicht, welche in der franzöſiſchen Armee, wie erwähnt, ſo viele Senſation machte. Man hat wohl gemeint, Napoleon hätte den Krieg ohne alle Rückſicht weiter führen ſollen. Aber er hatte einen militäriſchen und einen politiſchen Grund, Waffenſtillſtand zu ſchließen: der erſte war der ungenügende Zuſtand ſeiner Cavallerie, welche verſtärkt werden mußte, der andere das Verhältniß zu Oeſterreich. Er war empört über die Anſprüche dieſer Macht, die ſie unter der Miene der Freundſchaft durchblicken ließ; er wurde inne, daß er zugleich für Italien zu fürchten habe. Sein Stiefſohn, den er dahin ſandte, ſollte die Maßregeln der Vertheidigung vorbereiten. Das ganze Verhältniß Oeſterreichs zu den Verbündeten kannte er wohl nicht. Unter Anderem aber kam daſſelbe bei den Verhandlungen über den Waffenſtillſtand, die zu Wahlſtadt begonnen und zu Pläswitz fortgeſetzt wurden, zu Tage, als die Verbündeten den Zweck des Stillſtandes nicht einfach ſo beſtimmen wollten, wie der franzöſiſche Bevollmächtigte vorſchlug, daß nämlich die Waffenruhe dazu dienen ſollte, einen Congreß zuſammen-

zuberufen, auf welchem man über den Frieden unterhandeln wolle; — sie amendirten dies dahin, daß der vermittelnden Macht Gelegenheit gegeben werden solle, den beiden kriegführenden Parteien Vorschläge eines gegenseitigen Friedens zu machen. Caulaincourt war nicht ermächtigt, hierauf einzugehen: denn dadurch würde eine der noch vorhandenen Hauptfragen über die Mediation von Oesterreich entschieden worden sein; er zog es vor, die Bezeichnung des Zweckes ganz fallen zu lassen. Die Verbündeten konnten dadurch nicht abgehalten werden, auf den vorgeschlagenen Stillstand einzugehen (4. Juni); ihnen mußte derselbe noch erwünschter sein, als dem Kaiser von Frankreich. Preußen bekam dadurch die erforderliche Zeit, um das System der Vertheidigung, Landwehr und Landsturm, erst recht ins Werk zu setzen, Rußland aber, seine Truppen in größeren kriegsbereiten Massen herbeizuziehen. Daß Oesterreich auf ihre Seite treten werde, war nach dem eingeschlagenen Gange der Unterhandlung kaum mehr zu bezweifeln: denn dem von Oesterreich ausgesprochenen Princip konnte Napoleon nun und nimmermehr zustimmen. Ein Wort des französischen Bevollmächtigten, welches die constitutionelle Grenze des Kaiserthums als unverletzbar bezeichnete, war geeignet, jeden Zweifel darüber zu beseitigen.

Siebentes Capitel.

Unterhandlungen während des Waffenstillstandes. Congreß zu Prag.

Der Kampf, der die Entscheidung der Weltgeschicke in sich schloß, war begonnen, aber eben in dem Augenblicke, als die Zeitgenossen neue Waffenthaten erwarteten, unterbrochen worden. Die ersten Nachrichten vom Waffenstillstande erregten ein allgemeines Erstaunen, gleich als stehe demnächst ein Friede zwischen Rußland und Preußen auf der einen, Frankreich auf der anderen Seite, bevor. In England brach sich die Vermuthung Bahn, daß eine particulare, nur auf den Continent berechnete Uebereinkunft zu Stande kommen werde. So verhielt es sich jedoch in der That nicht; der Waffenstillstand sollte nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges anbahnen. In einem nach England gerichteten Schreiben setzt Hardenberg die Gründe auseinander, durch welche der Waffenstillstand rathsam geworden sei. Es sind die folgenden: vor Allem Oesterreich, auf dessen Cooperation man zähle, habe ihn gewünscht; es wolle Zeit, die Vorbereitungen zu treffen, welche erforderlich seien, um gemeinschaftlich mit Rußland und Preußen den Krieg gegen Napoleon zu unternehmen [1]); auf die Erwartung einer solchen Verbindung sei der Rückzug der Verbündeten eben nach Schlesien berechnet gewesen; Rußland werde in den Stand kommen, beträchtliche Verstärkungen aus seinem Innern heranzuziehen, Preußen aber, seine Armee, die in dem letzten Feldzuge viel verloren habe, vollzählig zu machen und durch neue Rüstungen zu verstärken. Hätte man noch weiter zurückgehen wollen, so

1) L'Autriche dont nous espérons toujours la coopération a désiré un armistice, vu qu'elle gagne par-là le temps d'achever ses préparatifs. Depesche an Jakobi.

würde man Schweidnitz aufgegeben haben, einen feſten Platz, welchen man jetzt in einen formidablen Vertheidigungsſtand ſetzen könne. Durch den Stillſtand gewinne man eine anſehnliche Gebietsſtrecke, namentlich Breslau, wieder. Man werde die Feindſeligkeiten mit aller Energie wiederaufnehmen und über alle ferneren Schritte Abrede treffen; auch der Kronprinz von Schweden werde Zeit haben, ſeine Armee in Deutſchland zu organiſiren. Hardenberg bemerkte, wie auch Kaiſer Alexander gethan, daß der Stillſtand auf eine zu lange Friſt ausgedehnt ſei; aber Napoleon habe darauf beſtanden, weil er Zeit behalten wolle, ſeine Truppen von allen Seiten herbeizuziehen, ſelbſt von der ſpaniſchen Grenze; er erwarte die Zeit der Ernte. Höchſt unwahrſcheinlich ſei es, daß er auf die Bedingungen eingehen werde, welche Oeſterreich ihm zu ſtellen vorhabe [1]); dieſer Hof denke nur, alle Mittel der Negociation zu erſchöpfen, um dann vollkommen gerechtfertigt im Felde zu erſcheinen.

Man würde den Engländern Unrecht thun, wenn man annehmen wollte, daß ihnen kein Verſtändniß für die Geſichtspunkte der Verbündeten beigewohnt habe. Schon im April hat Caſtlereagh in aller Form den Grundſatz ausgeſprochen, daß Preußen, Oeſterreich, Rußland wieder ſo groß und mächtig werden müßten, als ſie je geweſen [2]); England müſſe ſeinen ganzen Credit für dieſe Sache einſetzen; um finanzieller Rückſichten willen dürfe es keine Zögerung eintreten laſſen. Er berührte damit den Punkt, an welchem beſonders dem preußiſchen Staate das Meiſte gelegen war. „Während der Dauer des Waffenſtillſtandes," ſchreibt Hardenberg am 6. Juni, „werden wir Alles thun, um unſere Rüſtungen zu beſchleunigen. Aber aufs dringendſte brauchen wir Geld und Waffen. Wir rechnen mit Vertrauen auf die uns verſprochene Hülfe von England. England allein kann unſere Anſtrengungen wirkſam machen. Es wird nicht auf halbem Wege ſtehen bleiben wollen." Jakobi wurde nochmals angewieſen, ſich in dieſem Sinne in London vernehmen zu laſſen.

Kein Augenblick durfte verſäumt werden, um den Tractat,

1) Il intriguera pour obtenir la paix d'après ses vues ou pour faire entrer les cabinets dans celles-ci au cas de la continuation de la guerre.

2) Castlereagh to Cathcart, April 8, 1813: Prussia, Austria and Russia ought to must be as great and powerful as they have ever been. Correspondence of Castlereagh VIII, S. 355.

über den man verhandelte, zum Abschluß zu bringen. Am 14. Juni ist derselbe in Reichenbach zu Stande gekommen; das Ziel, welches man dabei im Auge hat, wird ganz im Allgemeinen bestimmt; es ist die Herstellung der Unabhängigkeit der von Frankreich unterdrückten Staaten. Da es hiezu gehört, Preußen als Macht herzustellen, nicht zu dulden, daß die Franzosen in Norddeutschland feste Plätze innehaben oder einen anderen Einfluß ausüben, so verspricht der König von Großbritannien, zu diesem Zweck aus allen Kräften zu cooperiren. Für Preußen wurde die Proportion der Macht zugesagt, die es vor dem Kriege von 1806 besessen hatte. Dagegen verpflichtete sich Friedrich Wilhelm III., zur Herstellung des Hauses Braunschweig, den herzoglichen Zweig desselben eingeschlossen, in seine alten Besitzungen mitzuwirken; der König verzichtete auf den Besitz von Hannover, den er einst mit so vielem Selbstbewußtsein ins Auge gefaßt hatte. Schon in dem Vertrage von Kalisch war dies festgesetzt worden: es war der Preis der Allianz, durch welche der Staat überhaupt als europäische Macht wiederhergestellt werden sollte: so viel vermochte nochmals die Union Hannovers mit der europäischen Großmacht England und zwar durch die Dazwischenkunft der Russen. Preußen wiederholte sein zu Kalisch gegebenes Versprechen, 80,000 Mann ins Feld zu stellen, wogegen England für das Jahr 1813 die Summe von 666,666⅔ Pfd. St. Subsidien zu zahlen versprach. Hardenberg hielt dafür, diese Summe sei bereits zur Hälfte verfallen, und war ungehalten, daß der englische Botschafter Stewart sich nur zur Anzahlung eines kleinen Betrages bereitwillig zeigte. Bei dem Abschlusse fanden manche Contestationen statt. Der Prinz-Regent machte zwar nicht mehr auf jenes Welfenreich, aber doch im Einverständnisse mit Castlereagh auf einige Vergrößerung des hannoverschen Territoriums Anspruch. Eine solche ward ihm auch bis auf 300,000 Einwohner zugestanden, unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Entschädigung Preußens. Wenn unter den für Hannover bestimmten Bezirken ausdrücklich Hildesheim genannt wurde, so gab das Hardenberg doch nicht ohne die ironische Bemerkung zu, daß man das Fell des Bären theile, ehe man ihn erlegt habe[1]).

Nicht so glatt und leicht, gleichsam mit einem Scherzworte, ließ sich das Verhältniß mit Schweden erledigen, welches die

1) v. Ompteda, Politischer Nachlaß III, S. 137.

nächsten Beziehungen auf die Zukunft von Norddeutschland hatte. Wir wissen, wenn England dem Kronprinzen im Einverständniß mit Rußland Norwegen zugestanden hatte, so war das nur unter der Voraussetzung geschehen, daß er es in Deutschland erobere, d. h. daß er an dem großen Kriege gegen Frankreich kräftigen Antheil nehme. Bereits zu Anfang des März wurde ihm eine Subsidienzahlung von einer Million Pfd. St. versprochen, wogegen er sich anheischig machte, mit einem Heere von wenigstens 30,000 Mann nach Deutschland zu kommen und in Verbindung mit den Russen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu agiren. Für Rußland und Preußen war es ein schwerer Entschluß, sich durch einen Pact mit den Schweden der Mitwirkung Dänemarks zu berauben. Auch hoffte man noch, die Dänen zu einem friedlichen Abkommen zu vermögen. Dafür unterhandelte damals Dolgorucky in Kopenhagen, der sogar den Dänen die Integrität ihres Gebietes in Aussicht gestellt haben soll. Der schwedische Kronprinz wurde so weit gebracht, daß er erklärte, nicht auf das gesammte Norwegen bestehen, sondern sich mit Drontheim begnügen zu wollen, dessen er aus militärisch-geographischen Rücksichten nicht entbehren könne [1]). Den Dänen wurde dagegen eine Vergrößerung auf der Seite von Holstein zugesagt. Hätten sie dieselbe angenommen, so würde darin ein directes Vorgehen gegen Napoleon gelegen haben, weil eine solche nur in Landschaften bestehen konnte, die er durch Senatsconsult mit Frankreich reunirt hatte; sie gehörten zu seiner 32. Militär-Division. Die Dänen zögerten, sich zu entscheiden: sie meinten den Ausgang des großen Kampfes, der sich vorbereitete, abzuwarten; wenn sie das bei dem Vordringen der Verbündeten eingenommene Hamburg besetzten, so geschah das ursprünglich, um es gegen die Franzosen sicherzustellen. Als ihnen aber endlich die Engländer, die vor Kopenhagen erschienen, und die Schweden die große Frage definitiv vorlegten und eine peremtorische Antwort verlangten, entschlossen sie sich, die ihnen zugemuthete Abtretung zu verweigern. Napoleon hatte aus Rücksicht auf Dänemark die Abtretung Norwegens an Schweden verworfen; die Folge war, daß auch die Dänen die ihnen gegen jene Cession in Aussicht gestellten Vergrößerungen aus Bestandtheilen des napoleonischen

1) Thornton to Castlereagh, Mars 19, 1813: The prince declared that, if Denmark would accede to the proposed Alliance, he would be contented with the cession of the Bishopric of Drontheim. Corr. of Castlereagh VIII, 344.

Empire zurückwiesen. In dem großen Conflicte stellten sich die Dänen auf die Seite von Frankreich; sie wünschten sich Glück zu dem gefaßten Entschlusse, als die Ereignisse des Feldzuges die Uebermacht Napoleon's über die Verbündeten zu beweisen schienen.

Der schwedische Kronprinz, der indeß nach Deutschland herübergekommen, gab eine gewisse Unzufriedenheit mit der Haltung der Verbündeten, von denen er nicht mit der seinem Range gebührenden Rücksicht behandelt werde, zu erkennen; mit der Unwissenheit, in der man ihn über die den Stillstand betreffenden Verhandlungen gehalten habe, entschuldigte er es, daß er Hamburg in die Hände der Franzosen zurückfallen ließ. Bei der Nachricht von dem geschlossenen Stillstande mit Napoleon fürchtete er, daß seine Absicht auf Norwegen von den beiden Mächten nicht unterstützt werde. In seinem Feldlager nahm man Mißtrauen und Eifersucht gegen Rußland wahr [1]). Aber für Preußen und Rußland war seine Mitwirkung bei der Ausführung der gefaßten Pläne unentbehrlich. Die schwedische Macht, die in früheren Jahrhunderten in Deutschland oft zu Gunsten Frankreichs eingegriffen hatte, wurde jetzt unter der Bedingung, in ihrem skandinavischen Interesse befriedigt zu werden, zu dem entscheidenden Kampfe gegen Frankreich herangezogen, wie denn auch England sich sehr angelegen sein ließ, die entstehenden Mißverständnisse zu beseitigen. Der Kronprinz wurde aufgefordert, nach Schlesien zu kommen, um mit Kaiser Alexander persönlich Rücksprache zu nehmen: der bestätigte aufs neue sein altes Versprechen. Man hat die Reflexion gemacht, daß man die Schweden, nachdem sie sich im Unglück angeschlossen, jetzt bei einer besseren Lage der Dinge nicht verlassen dürfe [2]). Der König von Preußen

1) Mr. Thorton to Lord Castlereagh, Stralsund, June 21, 1813: I ought not to conceal that there exists a very great distrust and jealousy here. The project (to get possession of Hamburg) would have failed, if the Prince Royal, by being apprised of an intended armistice, cold have Hamburg by the sudden advance of a considerable force, which the armistice would have left in savety. Correspondence of Castlereagh VIII, S. 404.

2) Castlereagh to Cathcart, April 28, 1813: We never have disguised the embarrassment of the Norwegian point; but it was an arrangement made in the day of adversity, for the preservation of Russia. That it has essentially contributed to save her, and with Russia the rest of Europe, cannot be doubted; and this must not be forgotten in the day of prosperity. Correspondence of Castlereagh VIII, S. 383.

hätte das Zugeständniß von Norwegen lieber vermieden: Hardenberg bezeichnet die Forderung als eine unglückliche, da man dadurch der Beihülfe Dänemarks verlustig gehe. Aber Preußen war durch sein Verhältniß zu England und Rußland gebunden, und es durfte nicht etwa die Feindseligkeit eines schwedischen Heeres, das in Norddeutschland stand, auf sich ziehen. Im Juli erschien der Kronprinz von Schweden in dem Hauptquartier in Trachenberg in Schlesien und erfreute sich der besten Aufnahme seitens des Kaisers und des Königs. Indem er eines Tages mit den englischen Bevollmächtigten Chatcart und Thornton im Gespräch war, ließ sich der österreichische Minister Stadion melden: er überreichte dem Kronprinzen ein Schreiben seines Kaisers, in welchem dieser seine Freundschaft für Schweden aussprach, das jetzt mit ihm dasselbe Ziel verfolge, nämlich die allen Staaten gemeinschaftlichen Interessen zu vertheidigen; noch suche der Kaiser durch Unterhandlungen zu diesem Zweck zu gelangen; sollten diese fehlschlagen, so werde er zur Erreichung derselben zu den Waffen greifen [1]).

Längst hatten die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich begonnen; wir müssen ihrer mit einiger Ausführlichkeit gedenken. Von der Haltung Oesterreichs hing nun die Entwickelung der Ereignisse ab.

Durch die dynastische Verbindung mit dem Kaiser Franz hatte Napoleon Oesterreich auf immer zu fesseln gemeint; seine Gemahlin, die unter dieser Voraussetzung Kaiserin von Frankreich geworden war, brachte dieselbe mit dem Ausdrucke kindlicher Liebe in jedem ihrer Briefe in Erinnerung. Damit hängt es zusammen, daß Napoleon bei seiner Abreise zur Armee der Kaiserin die Regentschaft übertragen hatte: es ist ausdrücklich gesagt worden, daß dadurch die enge Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich in vollem Lichte hervortreten sollte. Nach der Schlacht bei Lützen, die in Paris durch eine große kirchliche Ceremonie gefeiert wurde — sie bildete die Höhe der Stellung Marie Louisens —, hat diese dem österreichischen Geschäftsträger die Besorgniß, welche das auftauchende Gerücht, als könne ihr Vater sich mit ihrem Gemahl entzweien, in ihr erweckte, auf das lebhafteste vorgestellt. Ihre Besorgniß war nicht so sehr, daß ihr Gemahl dadurch in Verlegenheit

1) Les efforts pour arriver par voie des négociations, et à leur défaut par celle des armes à un état de repos qui forme le premier besoin de l'Europe.

gerathen, als daß Oesterreich unmittelbar von demselben angegriffen und über den Haufen geworfen werden könnte [1]). Die große politische Frage, auf welcher das Schicksal der Welt beruhte, die in dieser Fürstin gleichsam persönlich wurde, war eben, auf welche Seite sich Oesterreich wenden, ob es in seinem bisherigen Bundesverhältniß zu Frankreich verharren, oder der neuen Coalition, die im Werke war, beitreten werde. Wohl hatten die österreichischen Staatsmänner bei aller Abwendung nach der anderen Seite hin die Verbindung mit Frankreich noch nicht aufgegeben; allein sie wollten darin kein für alle Fälle verpflichtendes Verhältniß erkennen; Fürst Schwarzenberg hat wohl gesagt: die Politik hat die Verbindung gestiftet, die Politik kann sie auflösen [2]).

Eine Veränderung der Politik war nun bereits angebahnt. Wenn der Kaiser Franz und Fürst Metternich sich zu Anfang des Juni nach Böhmen begaben, — sie nahmen Wohnung in dem Wallenstein'schen Gitschin (3. Juni) —, so lag darin ein Ausdruck der vermittelnden Stellung, die sie zwischen den kriegführenden Mächten in diesem Augenblick einnahmen: sie wollten dem Schauplatze der Ereignisse und der Verhandlungen näher sein. Die Verbündeten begrüßten die locale Annäherung zugleich als eine politische. Der König von Preußen forderte den Kaiser zu einem offenen und unumwundenen Uebertritt zu ihrer Sache auf: denn jeder Verzug könne für eine spätere Cooperation nachtheilig werden. Daran, daß der Kaiser ihrer Sache von ganzem Herzen anhange, schienen die Verbündeten nicht den mindesten Zweifel zu hegen. In seinem Schreiben an den Kaiser von Rußland (8. Juni) spricht sich Kaiser Franz selbst mit Nachdruck in diesem Sinne aus: er wünsche nichts mehr, als seine militärischen Mittel mit denen der Verbündeten zu vereinigen; denn davon sei er überzeugt, daß nur in der intimsten Union und einer imponirenden Haltung der drei Mächte eine Möglichkeit ihrer Rettung liege [3]). Dabei verhehlte er jedoch nicht, daß er vor allen Dingen noch auf den Frieden denke. Dem Könige von Preußen wiederholt er die Versicherung einer warmen Theilnahme an der Wohlfahrt seiner Monarchie, fügt aber hinzu:

---

1) Helfert, Marie Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen. S. 246.

2) Fain, Manuscrit de mil huit cent treize. I, 388.

3) Ce n'est que dans la plus intime union des trois puissances et dans l'attitude la plus imposante que peuvent se trouver les chances de salut pour elles.

sein vornehmster Wunsch gehe auf den Frieden. Und schon hatte Oesterreich Beschluß darüber gefaßt, welche Bedingungen es für den Frieden aufstellen wolle.

In den Conferenzen zwischen Nesselrode, der nach Gitschin gekommen war, und Metternich betonte der letztere die Gefahr, mit welcher die Uebermacht Napoleon's die österreichischen Staaten bedrohe, und mahnte dazu, den Waffenstillstand zu den eifrigsten Rüstungen zu benutzen. Die Anforderungen, welche den Franzosen zuerst vorgelegt werden sollten, waren nicht eben umfassender, noch für Preußen zufriedenstellender Natur. Es sind folgende vier: das Herzogthum Warschau sollte aufgelöst werden und zur Verstärkung Preußens dienen; dieser Macht sollte auch Danzig zurückgegeben werden; Oesterreich sollte die illyrischen Provinzen wiedererhalten, endlich Napoleon auf seine 32. Militärdivision Verzicht leisten. Die Annahme dieser vier Punkte wird als eine schlechterdings festzuhaltende Bedingung für den Frieden mit Napoleon bezeichnet. Wohl ließ Oesterreich verlauten, daß es geneigt sei, noch einige weiter gehende Forderungen zu befürworten; allein den Krieg wirklich zu unternehmen, war es doch nur wegen der vier genannten Bedingungen entschlossen.

Es ist wahr, daß die Existenz Preußens durch dieselben gerettet wurde, aber doch keineswegs seine Macht; von einer eigentlichen Restauration in Deutschland waren sie noch weit entfernt; das Königreich Westphalen hätte dabei bestehen bleiben können. Kaiser Alexander bemerkte: diese Vorschläge seien dem Zwecke der Wiederherstellung Preußens, welcher dahin gehe, daß es den Franzosen Widerstand leisten könne, nicht entsprechend; und auch Oesterreich selbst würde damit zu keiner haltbaren Stellung gelangen. So hat sich auch Hardenberg in einer Conferenz mit dem Grafen Stadion ausgedrückt. Metternich empfand, daß seine persönliche Einwirkung nöthig sein werde, um ein vorläufiges Verständniß herzustellen; zu Opozna hielt er am 18. Juni eine Conferenz mit Nesselrode und Stadion; auch mit Hardenberg, der vorlängst darauf angetragen hatte, ist er in Ratiborschitz zusammengekommen [1]).

1) Oncken, Oesterreich II, S. 354 Note. — Gerade an dieser Stelle macht sich der Mangel authentischer Mittheilungen recht fühlbar. Auch bei Martens (Recueil des traités et conventions conclus par la Russie III, S. 103—104) ist der Verlauf der Unterhandlungen nur sehr im Allgemeinen erwähnt. In den Memoiren von Metternich sucht man vergebens Aufklärungen.

Die Verbündeten hatten die Vorlegung ihrer in den Verhandlungen mit Stadion ausgeſprochenen Bedingungen an Frankreich gefordert. Metternich aber wandte ein: eine ſolche könne nur ſtatthaben, wenn die Bevollmächtigten der Mächte vereinigt ſeien; Napoleon verlange die Bedingungen der Alliirten kennen zu lernen; eben darin liege der Grund, ſie nicht mitzutheilen, und ein Anlaß, vielmehr ihn zu drängen, ſelbſt die Bedingungen anzugeben, unter denen er Frieden ſchließen wolle. Auch über die Art und Weiſe der vorzunehmenden Verhandlungen hat man ſich vorläufig verſtändigt: die eigentliche Unterhandlung ſollte immer zwiſchen Frankreich und Oeſterreich gepflogen werden; die Bevollmächtigten der beiden anderen Mächte ſollten nur bei Oeſterreich beglaubigt ſein.

Und keineswegs hat man ſich bei den damaligen Conferenzen auf dieſe vorläufigen Verabredungen beſchränkt. Die Hauptſache iſt die beſtimmte Zuſage, welche Metternich gab, Oeſterreich werde in dem Falle, daß Napoleon die zwiſchen den Verbündeten vereinbarten Bedingungen nicht annehme, unverzüglich mit aller ſeiner Macht den Krieg gegen denſelben beginnen[1]); die an ſich ungenügenden Bedingungen bekamen dadurch eine eminente Wichtigkeit. Nur ſo iſt es zu erklären, daß die Verbündeten in Reichenbach ſich mit denſelben zunächſt begnügten. Nochmals brachte Neſſelrode die ſchon einmal vorgetragenen Gründe gegen die Beſchränktheit der öſterreichiſchen Propoſitionen in Erinnerung; er machte auf die große Poſition aufmerkſam, welche die drei verbündeten Mächte und ihre Heere innehatten, ſo daß umfaſſendere Forderungen an der Stelle ſein würden: Rußland, ſagte er, könne nicht verſprechen, unter dieſen Bedingungen Frieden zu ſchließen[2]). Die Antwort war, daß eine ſolche Verpflichtung auch durch die Faſſung nicht bedingt werde. Neſſelrode drang dann ſelbſt auf die wörtliche Aufnahme der Artikel in den Vertrag: denn man müſſe wiſſen, wovon Oeſterreich ſeine Kriegserklärung abhängig mache. Die vier Artikel ſind demgemäß, nur mit einer geringen Veränderung, welche Humboldt in Vorſchlag brachte, in den Vertrag der drei

1) Metternich m'a dit positivement que si l'empereur Napoléon ne voulait point consentir aux bases de la paix qu'on lui proposait, l'Autriche ferait marcher sur le champ son armée contre lui. Humboldt in ſeiner Depeſche vom 21. Mai 1813.

2) Note des Grafen Neſſelrode an Metternich, Opozna, den 7./19. Juni 1813, bei Oncken a. a. O. II, S. 357, der auch im Auszuge die Note Humboldt's vom 20. Juni in dieſer Angelegenheit mittheilt.

Mächte, der am 27. Juni in Reichenbach zu Stande kam, aufgenommen worden. Der wichtigſte Artikel der Convention dürfte der ſechſte ſein, in welchem die Verpflichtung feſtgeſetzt wird: wenn der Krieg wieder begonnen werde, ſo ſolle das Ziel die Ausführung der von den beiden verbündeten Mächten in den Verhandlungen mit Stadion am 16. Mai ausgeſprochenen Friedensbedingungen ſein, wohlverſtanden in ihrer vollen Ausdehnung [1]). Dieſes große Zugeſtändniß konnte wohl mit einer vorläufigen Acceſſion zu den öſterreichiſchen Bedingungen erwidert werden. Denn da es doch ſehr wahrſcheinlich war, daß Napoleon die öſterreichiſchen Vorſchläge verwerfen würde, ſo erlangten dadurch die ruſſiſch-preußiſchen ein um ſo größeres Gewicht; Oeſterreich ſelbſt wurde dann verpflichtet, ſie durchzuführen. „Wir haben," ſagte Hardenberg ſpäter, „uns niemals mit jenen Bedingungen begnügt; wir haben erklärt, lieber allein ohne Oeſterreich den Krieg fortſetzen zu wollen; aber es war höchſt wahrſcheinlich, daß Napoleon den Frieden auf dieſelben zu ſchließen verweigern würde."

In der Zuſammenkunft, welche Metternich eben in den Tagen der Reichenbacher Verhandlungen (26.—30. Juni) zu Dresden mit Napoleon hatte, ſtellte er das Verlangen, daß die Vermittelung Oeſterreichs, die von den Verbündeten mit Freuden ergriffen worden, nun auch von Napoleon anerkannt würde; auch hier wurde dann feſtgeſetzt, daß der Mediator die Eröffnungen beider Parteien empfangen und ſie miteinander auszugleichen verſuchen ſollte. Dagegen geſtand Metternich dem Kaiſer gleichſam als eine Gefälligkeit eine weitere Verlängerung des Stillſtandes bis zum 10. Auguſt zu. Es wird ihm nicht eben viel gekoſtet haben, dies zu bewilligen: denn auch die Rüſtung Oeſterreichs war noch bei weitem nicht vollendet [2]). Auch die Einwilligung von Preußen und Rußland

1) La guerre une fois commencée, les trois cours alliées poseront pour but de leurs efforts communs les articles énoncés par les cabinets russe et prussien dans leurs notes du 16 mai, en leur donnant la plus grande étendue.

2) Gleich damals iſt es ein Gegenſtand der Controverſe geworden, ob der Vorſchlag des Waffenſtillſtandes von Oeſterreich oder von Frankreich ausgegangen ſei. In einer öſterreichiſchen Note vom 22. Juli 1813 wird behauptet, der Vorſchlag ſei nicht von öſterreichiſcher Seite gekommen. Von franzöſiſcher Seite iſt immer das Gegentheil behauptet worden (Ernouf, Maret, duc de Bassano, S. 566). Aus den Umſtänden des Augenblickes und den ſpäteren Erklärungen ſieht man, daß der Waffenſtillſtand beiden Theilen

ließ sich voraussetzen, da sie noch mit den Vorbereitungen zum Kriege beschäftigt waren [1]). Der Antrag dazu ist jedoch von Seiten Napoleon's gekommen, der dadurch nur zu erkennen gab, wie ernsthaft er die Absicht hege, durch fernere umfassende Rüstungen in den Stand zu kommen, sein großes Reich mit aller Macht zu behaupten.

Wer hat nicht von dem lebhaften und selbst stürmischen Zwiegespräch gehört, das dort in Dresden im Palais Marcolini zwischen Metternich und Napoleon stattgehabt hat! Napoleon machte es dem österreichischen Minister zum Vorwurf, daß er die Integrität des französischen Empire, die doch durch die Allianz von 1812 garantirt sei, jetzt anfechte. In seiner Aufwallung hat er seine ganze Verbindung mit Oesterreich verworfen und getadelt; er erröthete nicht, selbst seine Vermählung mit Marie Louise einzuschließen. Die Erwähnung der Bedingungen, die man ihm machte, erregten seinen Zorn, auch deshalb, weil ihm das Gesetz vorgeschrieben werden sollte, ihm, der bisher immer das Gesetz gegeben und auch jetzt große Siege davongetragen habe. Wir verzichten bei der Verschiedenheit der vorliegenden Berichte darauf, die Scene in ihrem wirklichen Verlauf darzustellen [2]).

---

sehr willkommen war. Metternich macht sich in seinen Aufzeichnungen (Aus Metternich's nachgelassenen Papieren I, S. 158 ff.) ein großes Verdienst daraus, die Verlängerung des Waffenstillstandes durchgesetzt zu haben. Den Gesandten der beiden anderen Mächten hat er vorgestellt, Schwarzenberg habe die Verlängerung des Waffenstillstandes ausdrücklich gefordert (vergl. Oncken, Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege II, S. 397).

1) Hardenberg antwortete, daß nur die Rücksicht auf die momentane Gefährdung von Oesterreich den König vermöge, in die Verlängerung des Waffenstillstandes zu willigen; man werde das begreiflich finden: soit que V. E. envisage l'esprit et la situation des nations qui voient leurs destinées, pour ainsi dire, suspendues, soit qu'Elle ferme ses égards sur les armées qui rassemblées sur un espace très-rétréci, brûlent du désir de donner à leurs souverains de nouvelles preuves de courage, de dévouement et de patriotisme.

2) Die Relation von Fain (manuscrit de mil huit cent treize II, chap. IV) ist in die Correspondenz Napoleon's aufgenommen; sie hat so vieles, was der Lage des Momentes unmittelbar entspricht, daß man sie nicht verwerfen kann, trotz der Abweichungen, welche eine Relation Metternich's selbst über diese Entrevue darbietet. Schon Thiers (XVI, 51) hat diese Relation vor sich gehabt und benutzt; sie ist jetzt authentisch gedruckt (Helfert, Marie Louise, Erzherzogin von Oesterreich, Kaiserin der Franzosen, S. 363. Entretien avec Napoléon à Dresde le 23 juin 1813. Vergl. Aus

In dem Bericht, der an den preußiſchen Hof gelangte, kommen noch einige Momente vor, die anderswo nicht erſcheinen. Dieſen Nachrichten zufolge zeigte ſich Napoleon ſehr aufgebracht gegen Preußen, das ihn verlaſſen habe. Metternich erwiderte: er vertheidige das Verhalten Preußens nicht; allein an der Erhaltung dieſes Staates ſei ſeinem Kaiſer viel gelegen. Napoleon hat darauf geſagt: wenn Oeſterreich neutral bleiben wolle, ſo mache er ſich anheiſchig, auch nach dem Kriege, den er gegen Rußland und Preußen zu führen habe, den jetzigen Beſtand Preußens zu garantiren und ihm ſeine Feſtungen zurückzugeben. Mit Rußland meinte er ſich bald verſtändigen zu können, wenn er ihm Polen zu Gunſten des Großfürſten Conſtantin überlaſſe. Metternich wandte ein: Alexander werde das nicht annehmen, Oeſterreich aber ſich damit nie einverſtanden erklären. Bei ſeinem Abſchiede ſagte Napoleon: er brauche einen allgemeinen Frieden, und man werde ſich über die Opfer, die er für einen ſolchen zu bringen gedenke, verwundern [1]).

Ein allgemeiner Friede lag damals nicht in dem Intereſſe von England; denn darauf konnte es nicht rechnen, daß die Verbündeten die Verpflichtungen, die England in Sicilien, Spanien, Portugal eingegangen war, zu den ihren machen würden. Die engliſchen Geſandten fürchteten ſelbſt, daß der alte Streit über das Recht der Neutralen zur Sprache käme; ſie baten Kaiſer Alexander inſtändig, deſſelben nicht zu gedenken: denn kein engliſcher Miniſter, der das Durchſuchen der neutralen Schiffe nach feindlichem Eigenthum oder dem britiſcher Unterthanen aufgebe, würde ſich im Amte behaupten können [2]).

Dagegen lag den Engländern Alles an der Fortſetzung des continentalen Krieges, zu welchem Zwecke die Coalition, die man ſchon 1805 geplant hatte, zu Stande gebracht werden mußte. Die

---

Metternich's nachgelaſſenen Papieren I, S. 150 ff.; das Datum iſt unrichtig; aus einem Schreiben Metternich's an den Kaiſer Franz vom 26. Juni Abends, das in Metternich's nachgelaſſenen Papieren II, S. 460, vergl. I, S. 253, N. 67, mitgetheilt iſt, ergiebt ſich, daß die Zuſammenkunft an demſelben Tage unmittelbar vorher ſtattgefunden hat). Sie enthält einige ſehr charakteriſtiſche Züge; aber ſie athmet zugleich das Selbſtgefühl Metternich's, welches durch den großen Erfolg der ſpäteren Zeiten noch gehoben worden ſein mag.

1) So berichtet auch Gentz. Dépêches inédites I, S. 27.

2) The Emperor if he knows anything of England, must be convinced that no government dare surrender the right of search for enemy's property or British subjects. Castlereagh, IX, 35.

Engländer ſagten wohl: Oeſterreich wäre nicht werth, aus ſeiner ſervilen Stellung gegen Napoleon herauszukommen, wenn es nicht die Gelegenheit ergreife, wieder zu ſeiner alten Unabhängigkeit zu gelangen. In Prag nun mußte ſich das entſcheiden. Es war nicht ein eigentlicher Congreß, der nun zu Stande kam: denn Rußland und Preußen wollten von keiner unmittelbaren Verhandlung mit Napoleon hören; ſie wollten nur an der Mediation Oeſterreichs Theil nehmen, die jetzt auch Napoleon anerkannt hatte.

Zu dieſem Zwecke kamen der ruſſiſche Bevollmächtigte Anſtett und der preußiſche Wilhelm von Humboldt am 12. Juli, der eine einige Stunden nach dem anderen, in Prag an. Das herkömmliche Ceremoniell wurde zwiſchen den Bevollmächtigten und dem öſterreichiſchen Miniſter vermieden. Von Anfang an waltete ein vertrauliches Verhältniß zwiſchen ihnen wie zwiſchen ihren Höfen ob.

In einem Schreiben des Königs von Preußen an Kaiſer Franz (Mitte des Juli) wird auf die oft wiederholten Erklärungen des letzteren Bezug genommen, daß er die Unabhängigkeit des preußiſchen Staates als eine europäiſche Nothwendigkeit betrachte. Der König bemerkt, daß Preußen nicht unabhängig ſein könne, ohne Vergrößerung in Deutſchland; nur durch eine ſolche werde er fähig werden, auch zur Feſtigkeit und Ruhe der öſterreichiſchen Staaten beitragen zu können [1]). Die beiden deutſchen Mächte, die einander ſo oft bekämpft hatten, betrachteten eine jede das Beſtehen und die Unabhängigkeit der anderen als nothwendig für ſich ſelbſt.

Mit beſonderer Freundſchaft und Theilnahme ſprach ſich Kaiſer Franz, der, um den Verhandlungen zu Prag näher zu ſein, nach Brandeis gegangen war, über den Kaiſer Alexander aus. Er rühmte es, daß derſelbe den letzten Anerbietungen Napoleon's kein Gehör gegeben habe; komme es wieder zum Kriege, ſo möge ſich nur Alexander nicht zu ſehr in Gefahr ſetzen: denn ſeine Perſon ſei zur Ausführung der großen Sache unentbehrlich. Noch ſtand aber der Entſchluß zum Kriege nicht unbedingt feſt bei ihm; wenigſtens wollte er dem Bruche mit Napoleon Negociationen vorangehen laſſen, was

1) Si je recommande à V. M. I. les intérêts de la Prusse, qui ne saurait être libre et indépendante sans un accroissement de forces aussi en Allemagne, c'est pour que, intimement lié avec V. M., je puisse aussi contribuer à la tranquillité stable et non interrompue de vos États, Sire.

auch deshalb nothwendig ſei, um eine Partei in Oeſterreich ſelbſt, die nur in dem Frieden das Heil ſehe, zum Schweigen zu bringen. War nun in dem öſterreichiſchen Cabinet doch noch eine gewiſſe Unſicherheit vorhanden, ſo trat ein Ereigniß ein, durch welches dieſelbe vollends gehoben werden mußte: es war der Sieg, den Wellington am 21. Juni bei Vittoria über die Franzoſen erfochten hatte. Wenn ſchon vor einem Jahre die Nachricht von den bei Salamanca errungenen Vortheilen der Engländer zu der Conföderation von Abo beigetragen hatte, wie viel mehr mußte die Kunde von einem neuen Siege Wellington's, der das Schickſal der Halbinſel zu entſcheiden ſchien, auf die Verhandlungen von Prag einwirken! Die Engländer ſagten: die franzöſiſche Armee ſei durch denſelben ſo vollſtändig aufgelöſt worden, wie bei dem Rückzuge von Moskau [1]); ſie fürchteten nichts mehr, als daß Napoleon ſtark genug werden möchte, um eine Gegenwirkung in Spanien hervorzubringen. Auch aus dieſem Grunde wünſchten ſie den Ausbruch des großen Krieges in Deutſchland, zu dem Alles vorbereitet wurde: Humboldt hat mehr als einmal dieſe Bemerkung gemacht. Napoleon ſchien jedoch den in Spanien erlittenen Verluſt, von dem er ſo wenig als möglich ſprach, nicht ſo hoch anzuſchlagen. Seine Abſicht war immer wie bei dem Zuge nach Rußland, der nordiſchen Mächte Meiſter zu werden und ſich dann nach dem Süden zu wenden. Sein vornehmſtes Augenmerk bildete auch jetzt die Durchführung des preußiſch-ruſſiſchen Krieges. Zu demſelben ſollten Frankreich und Italien alle ihre Kräfte aufbieten: die beiden Länder erſchienen wie ein einziger Waffenplatz. Aber wenn man ſchon immer gewußt hatte, daß in Frankreich die Population doch eigentlich den Frieden wünſche, ſo kam das auch jetzt zu Tage: unter den Miniſtern Napoleon's ſelbſt regte ſich die Meinung, daß ſeine Poſition unhaltbar ſei. Fouché, der damals auf einer Reiſe von Dresden nach Italien Prag berührte, erklärte ſich in demſelben Sinne, wie zu Anfang des Jahres: Napoleon befinde ſich

1) Lord Wellington obtained a signal victory over the French army, with the loss of all their artillery and with a rout as complete as the retrait from Moscou. Thornton to Castlereagh, Trachenberg, July 12, 1813. Correspondence of Castlereagh VIII, S. 415. — Bubna ſchreibt an Metternich aus Dresden am 5. Juli: Le désordre doit être pareil à celui de la retraite de Moscou; le généraux français ont perdu toute leur artillerie, tous les bagages et tout ce qui tenait au train de l'armée. Oncken a. a. O. II, S. 431, N. ***.

in einer, so sagte er, unmöglichen Stellung; Oesterreich möge nur fest bleiben; Napoleon werde dann zuletzt nachgeben und die engeren Grenzen Frankreichs, Alpen, Pyrenäen, Rhein, annehmen müssen. Fouché versicherte: dies sei die Ansicht aller vernünftigen Leute in Frankreich.

Es giebt allgemeine Vorgefühle der kommenden Ereignisse, die aus einer inneren Nothwendigkeit derselben entspringen: im Angesicht des ungeheueren Kampfes, zu dem man sich von allen Seiten in Bereitschaft stellte, brach sich die Meinung Bahn, daß das napoleonische Empire in seinem die Welt bedrohenden Umfange nicht behauptet werden könnte; nur Napoleon selbst stieß diese Idee von sich. Er ließ Woche auf Woche vergehen, ohne einen Bevollmächtigten nach Prag zu schicken; aber selbst der Gesandte, den er sich endlich ausersah, Caulaincourt, theilte seine Gesinnungen mit nichten. Von dem ersten Gespräch desselben mit Metternich wird in dem russischen Berichte Folgendes erzählt. Caulaincourt stellte die Wichtigkeit der in Spanien erlittenen Niederlage nicht in Abrede. „Was wird aus alledem"? fragte Metternich. „Ich weiß nicht", entgegnete Caulaincourt, „das hängt von persönlichem Belieben ab. Ich habe mich gefreut, auf der Reise die österreichischen Rüstungen wahrzunehmen; aber werden sie genügen, uns zur Vernunft zu bringen?" „Seien Sie ruhig", sagte Metternich, „Sie werden nach Wunsch bedient werden" [1]).

Der russische und der preußische Minister hatten bisher immer geklagt, daß ihr Aufenthalt in Prag ohne allen Nutzen sei, weil von Napoleon's Seite kein Bevollmächtigter erscheine. Endlich

1) Bogdanowitsch, Geschichte des Krieges von 1813, I, 232. Nach dem Auszuge, den Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie III, S. 114, aus dem Berichte Anstett's vom 16./28. Juli 1813 giebt, sagte Caulaincourt: „Dites-moi seulement, si vous en (troupes) avez assez pour nous rendre une bonne fois raisonnables", und erwiderte Metternich: „Soyez tranquille. Vous serez servi à souhaits". — In dem von Oncken (Oesterreich und Preußen im Befreiungskriege II, S. 679 ff., No. 56) mitgetheilten Schreiben Metternich's an Kaiser Franz, Prag, 28. Juli 1813, wird der Nachdruck nicht sowohl auf die Kriegsrüstungen Oesterreichs als auf die Art und Weise der Propositionen gelegt, eine Abweichung, die auf der Verschiedenheit des Standpunktes Metternich's, seinem Kaiser und den Verbündeten gegenüber, beruhen mag. In der Sache selbst ist kein Unterschied. Caulaincourt meinte, daß eine starke Haltung Oesterreichs dazu gehöre, um auf Napoleon zu wirken.

war ein solcher eingetroffen; aber zu eigentlichen Unterhandlungen konnte es auch dann nicht kommen. Caulaincourt hatte den Vorschlag gemacht, schriftliche und mündliche Verhandlungen zu vereinigen; die beiden Bevollmächtigten aber lehnten denselben ab. Je weniger Napoleon der österreichischen Mediation Rechnung trug, desto hartnäckiger hielten die Verbündeten an derselben fest: denn das gesammte Verhältniß beruhte darauf, daß der Beitritt Oesterreichs an die Mediation geknüpft war, Napoleon aber dieselbe nicht zu ihrer vollen Wirkung gelangen lassen wollte. Er hatte einen Ausflug nach Mainz gemacht, wo er seine Gemahlin sah. Der Anblick seiner zahlreichen Truppen, die ihm auf seinem Wege begegneten, soll ihn in seinen kriegerischen Entschlüssen bestärkt haben. Er kam erst am 5. August zurück; bis zum 10., an welchem der Waffenstillstand ablief, konnte unmöglich eine eigentliche Unterhandlung zu Ende gebracht werden. Oesterreich entschloß sich, noch eine Declaration an ihn zu richten. Die beiden Bevollmächtigten der Verbündeten, die Metternich hierüber in großer Vertraulichkeit um ihren Rath befragte, als wären sie, sagte er, österreichische Minister, waren eigentlich dagegen [1]). Aber Kaiser Franz bestand darauf: denn so sei es herkömmlich und nothwendig; die österreichische Armee wäre zwar lebhaft für den Krieg; aber er wünsche auch die Population von der Unvermeidlichkeit desselben zu überzeugen.

Das Ultimatum nun, das am 8. August zu Prag abgefaßt wurde, stellte die folgenden Forderungen auf: Auflösung des Herzogthums Warschau und Erneuerung der alten Theilung desselben zwischen den drei Mächten; Zurückgabe Illyriens an Oesterreich; Herstellung Preußens bis an die Elbe; Herstellung der alten Hansestädte, mit Vorbehalt weiterer Bestimmung über die in der 32. Militär-Division begriffenen Landschaften sowie über das Protectorat des Rheinbundes; dies sollte aufgegeben und die Unabhängigkeit

1) Humboldt wandte ein, daß das Ultimatum doch zu weiteren Negociationen führen könne, und daß man es in England übel nehmen werde, wenn die Verbündeten unter diesen Bedingungen Frieden schließen wollten, besonders auch deshalb, weil von der Restitution Braunschweig-Lüneburgs nicht die Rede sei. Er berichtet: on me répondit que, le 11, la guerre serait toujours déclarée quelques que fussent les réponses de Napoléon; que l'empereur d'Autriche ne voulait ni alliance avec la France ni neutralité, qu'il embrassait entièrement la cause de la Prusse et de la Russie.

der unter demſelben ſtehenden Staaten unter den Schutz der großen Mächte geſtellt werden [1]).

Man darf nicht vergeſſen, daß die Annahme dieſer Bedingungen die übrigen Mächte, mit denen ſie nicht vereinbart waren, keineswegs befriedigt haben würde; ſie hätte jedoch die Neutralität von Oeſterreich zur Folge gehabt [2]). Kaiſer Franz ſprach aus: dieſe Bedingungen ſeien gleich nothwendig für die öſterreichiſchen Staaten wie für die Wohlfahrt der übrigen Mächte; er nehme keinen Anſtand, ſie für ſein Ultimatum zu erklären, und erwarte eine Antwort, ja oder nein, in dem Verlauf des 10. Auguſt. Der Courier iſt mit dieſer Erklärung am 9. Nachmittags in Dresden eingetroffen. Noch an demſelben Tage ſchrieb Napoleon darüber an ſeinen Bruder Jerome. Faſt den meiſten Eindruck ſcheint es auf ihn gemacht zu haben, daß man ſogar die Auflöſung des Rheinbundes in Antrag gebracht hatte; er ſagt: der Krieg werde wieder ausbrechen; er werde Alles thun, um Oeſterreich für ſeine unſinnigen Anmaßungen zu züchtigen [3]).

So verlief der 10. Auguſt ohne Antwort. Für dieſen Fall hatten Anſtett und Humboldt zwei Noten vorbereitet, die eine, um in Erinnerung zu bringen, daß ihre Miſſion mit dem 10. Auguſt abgelaufen ſein werde, die andere, um Oeſterreich aufzufordern, ſeinen Verpflichtungen nachzukommen. Am 11. Auguſt früh 1 Uhr ſah Humboldt Metternich, der ihm mittheilte, daß keine Antwort aus Dresden gekommen ſei, und daß die Kriegserklärung Oeſterreichs ſofort erſcheinen werde, wie das denn geſchah. Aus dem Manifeſt hebt Humboldt die Worte hervor, daß Kaiſer Franz ſich von den Principien, die Frankreich befolge, ſchon ſeit einiger Zeit entfernt habe und jetzt gemeinſchaftliche Sache mit den Verbündeten machen müſſe, um in Europa eine feſte Ordnung der Dinge, die ſich behaupten könne, einzuführen.

---

1) Ueber dieſe Verhandlungen geben das Schreiben Napoleon's an Caulaincourt bei Ernouf a. a. O. S. 586, Metternich's Erklärung an Caulaincourt vom 8. Auguſt ebenda S. 589—590 und Metternich's Schreiben an Stadion vom 8. Auguſt bei Oncken II, S. 446 ff. weitere Auskunft.

2) In der Converſation ſind zweifelhafte Worte gefallen; das Ultimatum dürfte man darum doch nicht für eine bloße Spiegelfechterei erklären. Kaiſer Franz entſchloß ſich, es aufzuſtellen, um die öſterreichiſchen Völker, wenn es nicht angenommen würde, von der Nothwendigkeit des Krieges zu überzeugen.

3) J'ai ici des forces telles que j'espère faire repentir l'Autriche de ses folles prétentions. Corr. XXVI, 27, N. 20345.

So war die Coalition zu Stande gekommen, welche Napoleon immer zu verhindern gesucht hatte. Die früheren, von denen er oft geredet, waren nur scheinbar gewesen. Diese aber hatte eine volle Realität. Humboldt wünschte dem Staatskanzler Glück dazu, daß das Ziel, das er seit dem 4. Juni im Auge gehabt habe, nun erreicht worden sei [1]). Denn eben das war die vornehmste Ursache des Waffenstillstandes gewesen, daß man Oesterreich für den Krieg gewinnen wollte. Es war Schritt für Schritt geschehen; es ist vielleicht als der vornehmste diplomatische Erfolg zu betrachten, den Hardenberg überhaupt errungen hat; Humboldt wünschte sich selbst Glück, daß er dazu beigetragen habe. „Sie sehen", schreibt Hardenberg an Jakobi, „daß der Waffenstillstand nicht nachtheilig für uns gewesen ist: wir haben Oesterreich gewonnen."

Was im Jahre 1805 in Potsdam, im Jahre 1807 in Bartenstein in Aussicht genommen worden, wurde im Jahre 1813 in Reichenbach und in Prag in Vollziehung gesetzt. Eine Coalition war gegründet, der es Ernst damit war, zusammenzuhalten. Preußen trat wieder als ebenbürtige Macht und mit wohlgegründeten, gewährleisteten Ansprüchen in der Reihe der europäischen Mächte auf.

Wir haben die Conflicte, in denen das geschah, darzustellen und der thätigen Theilnahme Hardenberg's daran gerecht zu werden gesucht; aber den gigantischen Kampf, der nunmehr in seinem vollen Umfange ausbrach und über das Schicksal Europa's und der Welt entscheiden sollte und entschieden hat, zu beschreiben, ist dem Verfasser dieser Geschichte nicht vergönnt. Dafür würden bei dem steten Ineinandergreifen der politischen und militärischen Ereignisse Forschungen umfassendster Art in den Archiven zu London, Wien, St.-Petersburg erforderlich sein, die auszuführen er nicht mehr hoffen darf. An der Schwelle eines großen Ereignisses legt er nicht ganz gern die Feder nieder. Glück genug, wenn es ihm gelungen ist, die vorangegangene große Epoche zugleich urkundlich und lichtvoll darzustellen.

1) Bei Häusser IV, 234, der einen Theil des Billets enthält, liest man: „le 4 janvier"; so heißt es auch im Original. Es ist eben ein Schreibfehler.

Schlußcapitel.

Zur Geschichte der Umgrenzung von Frankreich und der Reconstruction Preußens.

Wenn es unmöglich ist, die Begebenheiten, die nunmehr folgten, auf die bisherige Weise zu schildern, so könnte es doch rathsam erscheinen, die Hauptmomente derselben in kürzerer Fassung dem Leser vorüberzuführen; aber auch dazu sind die vorliegenden Materialien weder zuverlässig noch umfassend genug. Wir würden in den Fall kommen, das allgemein Bekannte und Angenommene zu wiederholen, ohne es prüfen zu können; bei der Größe der Begebenheiten würde dieser Mangel doppelt empfunden werden.

Bei alledem wäre es jedoch auch unthunlich, an der erreichten Stelle geradezu abzubrechen: denn im Laufe der Erzählung sind einige Fragen von universaler Bedeutung hervorgetreten, die durch den Gang der Ereignisse und die Macht der einander widerstrebenden Gegensätze mit einer Art von Nothwendigkeit gelöst worden sind. Indem wir darauf Verzicht leisten, den welthistorischen Kampf zu vergegenwärtigen, muß uns doch zum Schluß die in Folge desselben herbeigeführte Lösung dieser Fragen beschäftigen.

Die große Aufgabe, die aus der vorhergegangenen Entwickelung und dem letzten Umschlage der Dinge entsprang, lag darin, die Macht des französischen Imperiums zu brechen, ohne jedoch Frankreich selbst zu zerstören. Eine zweite, für die gesammten Weltverhältnisse vielleicht nicht weniger wichtige Angelegenheit bildete die materielle Reconstruction Preußens: denn an das Niederwerfen des preußischen Staates hatte sich das Uebergewicht des napoleonischen Reiches geknüpft. Da dies nun wieder durch eine allgemeine Combination der europäischen Staaten vernichtet wurde, welche Stellung sollte Preußen in dem europäischen Staatensystem

nehmen? Das französische Imperium mußte wieder das eigentliche Frankreich werden; Preußen mußte sich, da es nicht restaurirt werden konnte, wie es gewesen war, zu einer neuen Gestaltung durcharbeiten. Wie Frankreich und Preußen sich damals gestaltet haben, so sind sie seitdem mehr als fünfzig Jahre lang geblieben, beide in steter Bewegung, in naher Berührung, aber doch in unaufhörlichem Gegensatz miteinander. Den hiefür grundlegend gewordenen Verhandlungen sei noch ein Wort gewidmet.

1. Bestimmung der Grenzen von Frankreich.

Die Spannung der Geister und die allgemeinen Hoffnungen bei der großen militärischen Entscheidung im Herbste 1813 drücken sich in ein paar brieflichen Aeußerungen Hardenberg's an den Gesandten in England, Jakobi, aus. „Wir sind," schreibt er ihm am 12. October 1813 aus Komotau, „am Vorabende großer Ereignisse; unsere Armeen haben das Gebirge und die Elbe überschritten; Napoleon concentrirt sich um Leipzig, man steht sich unmittelbar gegenüber. Ein glücklicher Zwischenfall ist die Accession von Baiern. General Blücher hat eine herrliche Campagne gemacht, unsere Truppen bedecken sich mit Ruhm." Von Leipzig ruft er ihn dann am 22. zur Theilnahme an der Freude über den beispiellosen Sieg auf, der über Napoleon in den Ebenen von Leipzig erfochten worden. „Der Feind ist in voller Auflösung, man verfolgt ihn auf allen Seiten; Gott sei gelobt, ich betrachte Europa als gerettet" [1]).

Welches aber sollte nun, nachdem, wie Stein sich ausdrückt [2]), das mit Blut gekittete und durch die verruchteste Tyrannei aufgerichtete Gebäude eingestürzt war, die neue Gestaltung Europa's werden? Die bei den Verbündeten vorwaltenden Gesichtspunkte erhellen aus ihrer Declaration vom 1. December, daß es nicht Frankreich sei, gegen das der Krieg geführt werde, sondern die Präponderanz, welche Napoleon jenseit der Grenzen seines Reiches zum Verderben Europa's und Frankreichs selbst ausgeübt habe. Ursprünglich blieb man dabei stehen, was von dem österreichischen Cabinet von jeher in Aussicht gestellt worden war, die Grenzen Frankreichs, die man die natürlichen nannte, anzuerkennen: Alpen,

1) Dieu soit loué, je regarde l'Europe comme sauvée.
2) Pertz, Stein III, 516.

Pyrenäen und Rhein. In einem Antrage, welchen der franzöſiſche Geſchäftsträger St.-Aignan in den Zimmern des öſterreichiſchen Miniſters ſelbſt geſchrieben, kommt der Ausdruck vor; und ohne das Wort zu gebrauchen, hält doch Alexander in einem Schreiben an ſeinen Geſandten in England dieſe geographiſche Beſtimmung feſt.

Im Fortgange des Krieges aber wurden andere Geſichtspunkte gefaßt. Es iſt allgemein angenommen worden, dazu habe die Zögerung Napoleon's, die erſte Grundlage anzunehmen, beigetragen. Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite. Die Forderung der natürlichen Grenzen war der erſte Act des revolutionären Frankreichs dem verbündeten Europa gegenüber geweſen; ſie enthielt den Urſprung des revolutionären Reiches ſelbſt in ſich. Aber nachdem jetzt von allen Seiten die franzöſiſche Grenze überſchritten und eine ſtarke überlegene Stellung in Frankreich ſelbſt gewonnen worden war, brach ſich die Anſicht Bahn, daß man über die erſten Abſichten hinausſchreiten müſſe; die Siege der Revolution wollte man nicht durch entſprechende Feſtſetzungen auf immer beſtätigen. Die Verbündeten vereinigten ſich in dem Hauptquartiere zu Langres, für die ferneren Verhandlungen als Grundlage feſtzuſetzen, daß die Grenze Frankreichs ſo beſtimmt werden ſollte, wie ſie vor den Revolutionskriegen im Jahre 1792 geweſen war, zugleich mit der Maßgabe, Napoleon über die zukünftige Einrichtung von Europa nur eine allgemeine Kunde zu geben, ohne ihm Einwirkungen auf dieſelbe zu geſtatten. Hierin lag nun die große Frage der Zukunft. Napoleon hatte im voraus erklärt, daß er dieſe Frankreich erniedrigenden Bedingungen nicht annehmen könne. Dagegen faßte er die Idee der natürlichen Grenzen in ihrer weiteſten Ausdehnung; er begriff darin Antwerpen und Oſtende und drang darauf, daß auch England ſeine gegen Frankreich gemachten maritimen Eroberungen zurückgebe; von Italien ſetzte er voraus, daß das Königreich unter Prinz Eugen erhalten bleibe, von Holland, daß es wenigſtens keinem Fürſten zufallen würde, der mit der in England regierenden Dynaſtie in Familienverbindung ſtehe.

Indem man ſich anſchickte, über dieſe Differenz mit den Waffen zu entſcheiden, wurde doch auch ein Congreß zur Vereinbarung von Friedensbedingungen nach Chatillon berufen. Auf den beſonderen Vorſchlag Metternich's war Caulaincourt zum franzöſiſchen Bevollmächtigten beſtimmt worden, in Erinnerung an die friedliche Geſinnung, welche er immer kundgegeben und noch in den Verhandlungen zu Prag bewährt hatte. Von Napoleon

war er nur beauftragt, zu hören, zu beobachten und Bericht zu erstatten. Er zeigte sich auch jetzt anerkennend und gerecht gegen die Verbündeten, wie er sich denn mit Bewunderung über die Tapferkeit der Preußen äußerte. Davon, wohin die Forderungen der Alliirten gehen würden, scheint er doch keine Vorstellung gehabt zu haben. Am 7. Februar 1814 wurde ihm die vornehmste derselben vorgelegt, daß nämlich Frankreich alle seine seit der Revolution gemachten Eroberungen herausgeben solle. Caulaincourt suchte den Verhandlungen eine andere Basis zu geben, indem er den Wunsch aussprach, daß man die Landschaften, deren Abtretung man von Frankreich verlange, namentlich bezeichne, zugleich mit den Abtretungen, zu denen sich England verstehe, welche letzteren er als Compensationen für die ersteren ansah. Er legte dabei eine ziemlich gute Fassung an den Tag; unruhig wurde er erst, als er auf die Frage, ob eine eingehende Erklärung Frankreichs dem Blutvergießen sofort ein Ende machen werde, eine ausweichende Antwort erhielt. Denn sehr bedenklich war in diesem Augenblicke die Lage Napoleon's: die Preußen waren in vollem Marsch auf Paris begriffen und die französischen Kriegsvorbereitungen noch keineswegs vollendet. Die Verbündeten glaubten, ein Stillstand werde nicht zum Frieden, sondern nur zu verstärkten Feindseligkeiten führen; sie suspendirten die Verhandlungen überhaupt. Caulaincourt gerieth hierüber in eine so lebhafte Aufwallung, daß er in einem Privatschreiben (vom 9. Februar) an den vor kurzem in den Fürstenstand erhobenen Minister Metternich sich zur Annahme der von den Verbündeten aufgestellten Hauptbedingung bereit erklärte, wofern man unverweilt einen Waffenstillstand eintreten lasse. In dem Hauptquartiere der Verbündeten war man nicht gesonnen, einen so unsicheren Pact eingehen; selbst die Vortheile, welche Napoleon mit rasch organisirten militärischen Kräften über die Verbündeten, besonders aber über Blücher, erfocht, machten sie nicht anderen Sinnes. Auch als die Verhandlungen am 17. Februar wiederaufgenommen wurden, wollten sie von keinem Waffenstillstande hören; sie legten vielmehr einen förmlichen Friedensentwurf vor, der, so sagten sie, in allen seinen Punkten abgewogen und so reiflich überlegt sei, daß davon keine Abweichung gestattet werden könne [1]). Zugleich hatte Lord Castlereagh die maritimen

1) Il ne saurait exciter de doute, ni d'incertitude sur les termes mûrement pesés et convenus, auxquels l'Europe entière veut se con-

Retroceſſionen bezeichnet, welche England den Franzoſen machen wolle, unter Vorbehalt beſonderer Verträge mit Holland und der Behauptung des ſo oft und ſo lange beſtrittenen Malta's.

Caulaincourt erhob nicht gerade ſcharfe Einwendungen gegen die Subſtanz des Friedensentwurfes; aber er verlangte zu wiſſen, was aus dem Königreiche Italien, welches keine Acquiſition von Frankreich, ſondern nur durch Perſonalunion mit demſelben verbunden ſei, was ferner aus den Verbündeten des Kaiſers in Deutſchland, den Königen von Sachſen und Weſtphalen, werden ſolle. Die Verbündeten kündigten ihm jedoch in Folge des zu Langres gefaßten Beſchluſſes an, daß Frankreich fortan keinen unmittelbaren Einfluß außerhalb ſeiner Grenzen ausüben dürfe. In einem Privatgeſpräche mit Humboldt bezeichnete Caulaincourt die Bedingungen als ſehr hart. Humboldt ſtellte das in Abrede: denn Frankreich ſei auch vor der Revolution innerhalb ſeiner alten Grenzen ein ſehr mächtiges Reich geweſen; er wies zugleich darauf hin, wie erwünſcht die Retroceſſionen Englands den Franzoſen ſein würden. Zum großen Mißvergnügen Caulaincourt's drangen die Verbündeten jetzt auf die Beſtimmung eines Termins für eine definitive Antwort. Auf den Vorſchlag des franzöſiſchen Geſandten ſelbſt wurde derſelbe auf den 10. März feſtgeſetzt. Die Sitzung, die an dieſem Tage ſtattfand, führte dann zwar nicht zu einer definitiven Antwort über Annahme oder Verwerfung; aber auch ohne dies war ſie eine der entſcheidenden. Caulaincourt trug darin in einer Art von politiſchem Memoire alle die Einwendungen vor, die man von franzöſiſcher Seite gegen die Vorſchläge erhob. Er kam auf die einſt zu Frankfurt gemachten Anerbietungen zurück, obwohl man ihm geſagt hatte, daß die von Napoleon gegebenen Antworten viel zu unbeſtimmt geweſen ſeien, als daß man ſich für daran gebunden hätte erachten können; er bemerkte beſonders, daß Frankreich durch die Herſtellung des Territoriums, wie es vor der Revolution beſtand, in ein Verhältniß gerathe, das der indeß angewachſenen Macht der übrigen großen Staaten nicht mehr entſprechen würde: denn erſt ſeit der Revolution ſei Polen völlig aufgelöſt und jede der drei Mächte durch die Theilung gewaltig verſtärkt worden; ſeitdem ſei Venedig an Oeſterreich gelangt; England habe ſich in Indien eines Territoriums bemäch-

---

stituer, et sur les bornes, dans lesquelles elle est décidée à faire entrer la France.

tigt, das allein mehreren europäiſchen Königreichen gleich ſei; Frankreich, zugleich eine continentale und maritime Potenz, genöthigt, nach beiden Seiten hin Front zu machen, würde hiezu unfähig werden. An den Zugeſtändniſſen Englands fand er Vieles auszuſetzen: im Oſten erhalte Frankreich zwar ſeine Comptoirs wieder; aber es verliere ſeine Souveränetätsrechte; im Weſten werde es immer St.-Domingo vermiſſen; überdies ließ er verlauten, daß die Aufhebung des Sklavenhandels eine Bedingung ſei, welche ſich eine unabhängige Macht nicht auflegen laſſen dürfe.

Die Antwort hat in ſich ein nicht geringes Intereſſe, indem ſie doch die Möglichkeit andeutet, daß Frankreich ſich in den neuen Zuſtand der Dinge fügen könne. Indem die Sitzung aufgehoben wurde, zog der franzöſiſche Bevollmächtigte noch ein Blatt aus ſeinem Portefeuille hervor, welches die Bedingungen enthielt, denen ſich Napoleon in Bezug auf das übrige Europa unterwerfen wolle; er erkennt darin die Unabhängigkeit Spaniens, Italiens, Deutſchlands, Hollands ausdrücklich an. Aber den Verbündeten genügte er damit nicht, weil dabei die Exiſtenz eines Königreiches Italien und in Deutſchland Entſchädigungen für Weſtphalen vorbehalten waren [1]). Dieſe Eröffnungen wurden dem Hauptquartier eingeſendet, fanden aber auch dort keine Beachtung. Die Bevollmächtigten bekamen den Auftrag, auf eine beſtimmte Erklärung über Annahme oder Verwerfung ihrer Vorſchläge zu dringen, mit der Bemerkung, daß, wenn dies in einer feſtgeſetzten Friſt nicht geſchehe, ſie die Verhandlungen abbrechen würden. Das war am 13. März; doch ward dem franzöſiſchen Geſandten nicht ohne Schwierigkeit bis zum 15. Zeit gelaſſen, einen Gegenentwurf einzubringen.

Der Moment iſt noch einmal von größtem Belang: denn wenn Napoleon ſich hätte entſchließen können, die vorgeſchlagenen Bedingungen anzunehmen, ſo würde er ſeinen Thron gerettet haben. Es war nicht viel anders als bei den Verhandlungen in Prag. Eine abſchlägige Antwort mußte nur zur Vereinigung der Coalition beitragen und ihn mehr als je gefährden. Und ſeine Geſammtlage ſchien zu fordern, daß er ſich in ſein Schickſal finde. Denn

1) La reconnaissance de l'indépendance de l'Italie excluerait tout aussi peu la continuation de la durée du royaume d'Italie que celle de l'indépendance de l'Allemagne une indemnité à donner au roi Jérôme.

von den Armeen, mit denen er in Deutschland gekämpft hatte, war nun auch die dritte, die Nordarmee, in Frankreich eingedrungen; sie hatte sich mit Blücher vereinigt; vor der starken Position, die sie bei Laon genommen, war Napoleon selbst zurückgewichen. In den niederländischen Provinzen war ein Kampf entbrannt, der zum Nachtheil der Franzosen ausschlug. Augereau hatte Bourgogne und die Franche-Comté nicht behaupten können[1]); statt in die Kriegsereignisse einzugreifen, sah er sich auf die Vertheidigung von Lyon beschränkt. Indessen drangen die Engländer und Spanier in den Süden von Frankreich ein. Noch von Frankfurt aus hatte Kaiser Alexander den englischen Hof zu dieser Diversion aufgefordert, wie denn zwischen den Kriegshandlungen in dem Norden und dem Süden allezeit eine Wechselwirkung stattgefunden hat. Noch einmal wurden die Franzosen von Wellington geschlagen, Bayonne wurde eingenommen, Bordeaux gefährdet. Wenn man das Uebergewicht, das die Verbündeten dergestalt auf allen Seiten errungen hatten, erwägt, so war politisch wie militärisch die Unterwerfung unter die Vorschläge des Friedenstractates so gut wie geboten. Napoleon konnte sich jedoch dazu nicht entschließen: denn Frankreich der Vergrößerungen zu berauben, die es schon erlangt hatte, als er die höchste Gewalt an sich brachte, war ihm, wie er oft gesagt hat, unmöglich. Er hat zwar einmal, um Paris zu retten, seinen Gesandten ermächtigt, auf die Forderungen der Verbündeten einzugehen; er hat das aber später selbst damit erklärt, daß er dann zwei Jahre nachher den Krieg wieder würde angefangen haben. Und schon hatte er diese Ermächtigung wieder zurückgezogen. Sein Gesandter Caulaincourt machte ihn darauf aufmerksam, daß die Sache ebenso gehen werde und endigen könne, wie in Prag, wenn der Kaiser nicht Modificationen der in Frankfurt geschehenen Erbietungen annehme.

Am 15. März trug nun Caulaincourt seinen Gegenentwurf vor, der noch immer auf die Frankfurter Anerbietungen gegründet war und an der Grenzbestimmung Pyrenäen, Alpen und Rhein

1) La victoire brillante du maréchal Blucher, la destruction presque totale du corps de Marmont, la retraite forcée de Napoléon lui-même, les avantages remportés par le général Bianchi sur le maréchal Augereau, la désorganisation qui semble menacer le corps de ce dernier, la bataille sur l'Adur qui vient à frayer le chemin dans l'intérieur de la France à Lord Wellington après qu'il a mis en route le maréchal Soult. Aus Humboldt's Depeschen.

für Frankreich feſthielt; in Bezug auf Italien und Deutſchland ließ er die bisherigen Anſprüche nicht gänzlich fallen; für das Königreich Italien forderte er ſehr ausgedehnte Grenzen und beſtand auf Wiederherſtellung des Königs von Sachſen [1]). Auf franzöſiſcher Seite ſcheint man doch die vorliegende Frage nicht in ihrer ganzen Präciſion aufgefaßt zu haben; in den Forderungen der Alliirten wollte man noch kein Ultimatum ſehen; man erwartete ein ſolches, über das man dann mit ihnen in weitere Verhandlungen treten werde; man hielt noch für möglich, Belgien als Entſchädigung für ein Mitglied der napoleoniſchen Dynaſtie zu gewinnen. Vornehmlich ſollte die unmittelbare Evacuation des ganzen franzöſiſchen Territoriums der Preis des Friedens ſein. So drückten ſich Napoleon und der Herzog von Baſſano noch zwei Tage ſpäter aus. An der Fortſetzung der Verhandlungen war ihnen unendlich viel gelegen.

Aber ſchon war Alles entſchieden. Die Miniſter der Mächte ſahen in dem Gegenentwurfe Caulaincourt's eine Antwort in einem ihren Vorſchlägen entgegengeſetzten Sinne: ſie widerſtreite den beiden Hauptpunkten, auf die es ankomme, der Beſtimmung der Grenzen von Frankreich und dem Feſthalten des franzöſiſchen Einfluſſes jenſeit derſelben. Eigentlich nur um des Anſtandes willen fragten die Geſandten nochmals bei ihren Höfen an, deren Entſcheidung nicht auf ſich warten ließ: ſie erklärten die Unterhandlung für abgebrochen, da ſich Frankreich den Bedingungen nicht unterwerfen wolle, welche zur Reconſtruction des ſocialen Gebäudes nothwendig ſeien, — immer mit der Verſicherung, daß kein Krieg gegen Frankreich ſelbſt geführt werde. Eine nachträgliche Bemerkung, daß die Verbündeten auf Modificationen der von ihnen gemachten Bedingungen einzugehen bereit ſeien, lehnte Caulaincourt ab in das Protokoll aufzunehmen, weil er ſeine Berichte ſchon an Napoleon abgeſendet habe. Er äußerte ſich auch jetzt ſehr freundſchaftlich gegen Humboldt; aber er mochte wohl ſelbſt fühlen, daß hier nichts weiter zu erreichen ſei: denn nicht auf Modificationen kam es an, ſondern auf die Grundlage der Feſtſetzungen; die Vorſchläge der Verbündeten und der franzöſiſche Gegenentwurf ließen ſich nimmermehr vereinigen [2]).

---

1) Le roi de Saxe sera rétabli dans la pleine et entière possession de son grand-duché. (Art. X.)

2) Die Berichte Humboldt's über dieſen Congreß ſind die vornehmſte

Man hat oft an dem Ernste dieser Unterhandlungen gezweifelt; und wer wollte leugnen, daß der Wechsel der Ereignisse auf dieselben Einfluß ausgeübt hat? Allein darauf ist es nicht angekommen, sondern auf den inneren Widerstreit der beiderseitigen Tendenzen. Die Absicht der Verbündeten ging dahin, den Uebergriffen der Franzosen ein Ende auf immer zu machen, ohne den Umfang des alten französischen Königreiches zu schmälern; dagegen konnte Napoleon nicht gemeint sein, die Wiederherstellung eines Zustandes anzunehmen, wie er unter dem alten Königthume bestanden hatte; sein Sinn ging auf die Behauptung der durch die Revolution gemachten Acquisitionen; er wollte das revolutionäre Imperium in Frankreich unbedingt und den Einfluß desselben auf Deutschland und Italien, wiewohl er sich hier Einschränkungen gefallen ließ, aufrechterhalten. Ein Ausgleich war nicht möglich: denn die Principien regieren die Welt, und die Geschicke müssen sich vollziehen. Da Napoleon auf die Bedingungen, die man ihm machte, um eine Erneuerung seiner Weltherrschaftsversuche zu verhindern, nicht eingehen wollte noch konnte, so mußte er fallen. Nachdem er gestürzt und der französische Thron von den Bourbonen eingenommen worden war, ist man darauf zurückgekommen, einen Frieden im Sinne des von den Mächten in Chatillon vorgelegten Entwurfes abzuschließen. Die Bedingungen, die man der neuen Regierung von Frankreich vorlegte, waren in den Hauptgrundlagen eben dieselben, deren Nichtannahme die Auflösung jenes Congresses veranlaßt hatte: Beschränkung Frankreichs auf seine alten Grenzen und Exclusion seines Einflusses außerhalb derselben. In der Declaration vom 31. März, welche nach der Einnahme von Paris erlassen wurde, sprachen die Monarchen aus: sie würden die Grenzen des alten Frankreichs, wie sie unter den legitimen Königen bestanden, respectiren: denn diese Form gab man dann der auferlegten Hauptbedingung. Aber sie ließen doch erwarten, daß sie noch Einiges zugestehen würden, weil man so starke Garantieen, wie sie gegen den Ehrgeiz Napoleon's nothwendig gewesen wären, nicht länger brauche.

Die Hauptsache war nun, wie weit Concessionen dieser Art gehen werden. Die Verbündeten erklärten einmüthig, daß Frankreich weder Belgien, noch auch das linke Rheinufer erhalten könne. Das ward jetzt

---

Quelle meiner Erzählung, das letzte archivalische Actenstück, das ich aus dieser Epoche benutzt habe.

von den zum Frieden geneigten Franzoſen ſelbſt befürwortet: denn Frankreich bedürfe eines langen und dauerhaften Friedens; ein ſolcher aber ſei nicht möglich, wenn es Belgien behalte, wodurch ſich England, noch auch, wenn ihm das linke Rheinufer gelaſſen werde, wodurch ſich Deutſchland bedroht fühlen würde. Rückſichten auf die franzöſiſche Induſtrie ließen den Verluſt von Belgien weniger empfindlich erſcheinen. In Bezug auf Mainz geſtand man ein, daß es, wenn es in franzöſiſchen Händen bleibe, für Deutſchland, welches bis an die Elbe keine bedeutenden Feſtungen beſitze, ſehr gefährlich ſein würde [1]). Man muß das in Erinnerung bringen, weil gerade von dieſer Beſitznahme die Eroberungspolitik Frankreichs ausgegangen war. Nach Südoſten machten die Franzoſen gegen die Herſtellung der alten Grenzen auch deshalb keine Einwendungen, weil die Reſtauration des Königs von Sardinien in Savoyen den Bourbonen der verwandtſchaftlichen Verhältniſſe wegen ſelbſt am Herzen lag. Dagegen brachten ſie, auf eine doch ſehr unbeſtimmte, vage Zuſage geſtützt, eine große Erweiterung ihrer früheren Grenzen im Nordoſten in Antrag: ſie forderten Mons, Namur, Luxemburg. Aber dies wären eben Poſitionen geweſen, von denen ſich nicht ſowohl eine Vertheidigung der franzöſiſchen Grenzen, als vielmehr eine Invaſion der Nachbarlande hätte erwarten laſſen; das Königreich der Niederlande würde dabei unmöglich haben conſtituirt werden können. Die Verbündeten haben auf dieſer Grundlage nicht einmal verhandelt; doch wurden den Franzoſen einige Modificationen der Grenze bewilligt, die ihnen immer erwünſcht waren. Auch an der Schweizer Grenze und in Savoyen erlangten ſie Vergrößerungen; die Reunion von Montbeliard und Avignon wurde ihnen zugeſtanden. Der Hauptgrundſatz aber, der in Langres feſtgeſetzt und in Chatillon in Vorſchlag gebracht worden war, wurde im Pariſer Frieden durchgeführt. Faſt noch entſchiedener geſchah das mit den Vorſchlägen, welche England in Chatillon für die maritimen Verhältniſſe gemacht hatte [2]). Die Franzoſen hatten wenigſtens Isle de France zu retten gehofft; die Engländer beſtanden darauf, daß ihnen alles angehören müſſe, was den Weg nach Indien ſichere; von Isle de France her waren ſie aber in Oſt-

1) Bignon, 14, 97 flg., aus einem von Talleyrand durchgeſehenen, wahrſcheinlich von la Besnardière verfaßten Aufſatz.

2) Bignon 14, 112: Toutes les stipulations anglaises du projet présenté le 17 février à Châtillon passèrent dans la paix de Paris.

indien öfter angegriffen worden. Napoleon hatte das Cap der guten Hoffnung, eine holländische Besitzung, den Engländern niemals einräumen wollen; sie ließen es sich jetzt nicht wieder entreißen: denn zwar eine commerzielle Entwickelung sollte den Franzosen und ihren früheren Verbündeten vergönnt werden, aber nicht eine feste Position, welche die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Das indische Reich, das sie im Gegensatze mit den Franzosen erobert hatten, wollten sie, ungestört von den europäischen Mächten, behaupten. So wurde der Friede am 30. Mai 1814 zu Paris vereinbart: Frankreich sollte ein ebenbürtiges Mitglied des europäischen Staatensystems werden, aber es nicht mehr mit seiner Präponderanz belästigen oder mit seiner Herrschaft bedrohen.

Auf den ersten Blick könnte es als ein Widerspruch erscheinen, wenn der legitime König hergestellt und dabei doch eine Constitution angekündigt und dann ins Werk gesetzt wurde, welche die Macht desselben wesentlich beschränkte. Aber wir wissen: damit hatte man sich schon vor dem Beginne der Revolutionskriege beschäftigt; die europäischen Mächte selbst hatten es schon damals gewünscht, dahin war die Idee des alten Fürsten Kaunitz gegangen; nunmehr war es eine unbedingte Nothwendigkeit geworden. Es war die Bedingung, unter welcher die französische Nation die Pacification annahm. Aber diese Bestimmung sanctionirte doch wiederum gleichsam das revolutionäre Element; die Verbindung von Legitimität und Revolution, die in der constitutionellen Verfassung liegt, ist der Punkt geworden, an welchen die neue welthistorische Entwickelung anknüpfte. Napoleon und der Geist der Eroberung waren besiegt, aber nicht die Revolution und ihre inneren Tendenzen.

In dem Frieden mit Frankreich war als ein besonderer und geheimer Artikel auch der zweite Hauptgrundsatz beigefügt, daß nämlich Frankreich sich nicht in die Einrichtung der europäischen Angelegenheiten außerhalb seiner Grenzen mischen sollte; diese wurden als eine Sache der vier großen allirten Mächte betrachtet.

Wir können nicht im Einzelnen nachweisen, welchen Antheil Hardenberg an jeder der getroffenen Festsetzungen hatte; aber die ganze Entwickelung deren Resultat sie waren, beruhte auf der politischen Haltung, welche der preußische Staat unter seiner Leitung genommen hatte. Welch ein großartiger Fortschritt von jenem Moment, da Preußen im Begriff war, noch eine von den ihm in dem unglücklichen Frieden zu Tilsit gelassenen Provinzen aufzugeben, im Frühjahr 1810, bis zu dem, in welchem es sich im

Frühjahr 1814 befand, nachdem Napoleon gestürzt und die Entscheidung über die Geschicke des Continents an die Coalition gekommen war, zu deren Gründung Hardenberg am wirksamsten beigetragen hatte! Der König erkannte das eminente Verdienst seines Staatskanzlers durch die Erhebung desselben in den Fürstenstand an; doch will er das nicht als eine Belohnung betrachtet wissen: er sagt, die Belohnung Hardenberg's liege in der Entwickelung der Weltbegebenheiten, zu der er rastlos beigetragen habe. Noch aber war nicht die ganze Pflicht des preußischen Staatskanzlers erfüllt. Preußen mußte erst in dem Sinne, den die geschlossenen Verträge andeuteten, zu seiner Reconstruction gelangen. Ich will die Geschichte davon nicht schreiben, sondern nur die Thatsachen in aller Kürze in Erinnerung bringen.

2. Reconstruction von Preußen.

In dem Kampfe mit Napoleon hatten die europäischen Mächte jede ihre besondere Stellung genommen. Da wurde Norwegen von Schweden gewonnen, die Zurückgabe Hannovers an den König von England festgesetzt, die Unabhängigkeit der Niederlande eingeleitet; Oesterreich breitete seine Herrschaft über Italien aus. Die vornehmste der unentschiedenen Fragen betraf das Verhältniß Rußlands zu Polen und den durch Verträge gesicherten Anspruch Preußens, zu einer seiner Macht von 1805 entsprechenden Vergrößerung zu gelangen. Denn auf das engste hingen beide Momente zusammen; es war die erste Idee, welche Alexander in der Unterredung mit Boyen ausgesprochen hatte, daß Preußen nicht geradezu in den alten Besitz wiederhergestellt werden, aber eine der früheren gleichbedeutende Machtstellung erlangen solle. Die Zusage war bei der Capitulation von Tauroggen wiederholt und bei der Allianz von Kalisch festgehalten worden. Die polnisch-preußischen Provinzen behielt Alexander seiner weiteren Verfügung vor und stellte dagegen gleich im ersten Augenblick für Preußen die Erwerbung von Sachsen in Aussicht. Dabei blieb es nun um so mehr, da der König von Sachsen an dem Kriege gegen Napoleon nicht allein nicht Antheil genommen, sondern sich auf dessen Seite gestellt hatte und in der entscheidenden Schlacht von Leipzig mitten in der Stadt zum Gefangenen gemacht wurde, während ein Theil der sächsischen Truppen zu den Verbündeten überging. Im Laufe der kriegerischen Ereignisse glaubte man ein Recht der Verfügung über

dieſe Länder durch die Gewalt der Waffen erworben zu haben, ſo gut wie über die anderen, dem franzöſiſchen Imperator abgerungenen Gebiete. Die Sache hatte nun aber zwei ſehr verſchiedene Seiten.

Als im Spätjahr 1814 die Fürſten und die Diplomaten in Wien zu jenem Congreß zuſammenkamen, welcher die allgemeinen Angelegenheiten durch gemeinſame Uebereinkunft regeln ſollte, trat vor allem Anderen die Beſorgniß vor dem Umſichgreifen Rußlands zu Tage. Kaiſer Alexander gab die Abſicht zu erkennen, Polen mit Rußland zu vereinigen, wie Ungarn mit Oeſterreich vereinigt ſei, und nahm Grenzen für ſich in Anſpruch, die mit ihren einſpringenden Winkeln die Sicherheit Oeſterreichs ſowohl wie Preußens gefährdeten [1]). Die Herſtellung des Königreichs Polen ſchien überdies dahin führen zu müſſen, daß auch die für Oeſterreich und Preußen vorbehaltenen polniſchen Landestheile durch die Idee der Nationalität, die in dem Königreiche repräſentirt ſein würde, dieſen Staaten wieder entfremdet werden möchten. Man ſah in der Stellung, welche Rußland nahm, eine Gefährdung des europäiſchen Gleichgewichtes, was beſonders in England Mißbehagen erweckte: denn dazu hatte man ja die Waffen in die Hand genommen, um die gegenſeitige Unabhängigkeit der europäiſchen Staaten zu ſichern; dieſe Idee aber, die ſo eben in Frankreich triumphirt hatte, wäre nun wieder von Rußland in Frage geſtellt worden. In England machte man die Reflexion, daß, wenn Preußen anſehnlich vergrößert werde, nicht aber zugleich eine ſichere Grenze gegen Rußland erlange, alſo von Rußland abhängig bleibe, das allgemeine Staatenverhältniß vollkommen unhaltbar werden würde [2]).

In der Natur der Verhältniſſe lag, daß Oeſterreich ſeiner vor und bei dem Kriege beobachteten Politik gemäß den Einwendungen Englands hiegegen beitrat; es verlangte eine volle Sicherheit ſeiner polniſchen Provinzen und ſeiner Grenze Rußland gegenüber.

In den erſten Wochen der großen Zuſammenkunft ſuchten nun die beiden Mächte Preußen für ſich zu gewinnen, um es zu einer gemeinſchaftlichen Oppoſition gegen Rußland zu vermögen, für

1) Denkſchrift Stein's an Kaiſer Alexander vom 6. October 1814, bei Pertz Stein IV, 164.

2) Caſtlereagh nahm an, Rußland werde zwei Drittel des alten Polens mit ſich vereinigen; die Polen zu einem Kriegswerkzeug in einer einzigen Hand zu machen, würde eine Bedrohung der allgemeinen Ruhe involviren.

die ſich inſofern Vieles ſagen ließ, als auch für Preußen eine ſichere Grenze nach Oſten hin unbedingt nothwendig war. Auch ſeinerſeits wollte es die polniſchen Gebiete, die ihm noch übrig blieben, nicht unter den Einfluß des neuen Königreichs Polen gerathen laſſen. Es iſt deshalb ſehr erklärlich, wenn Preußen den Kundgebungen der beiden anderen Mächte gegen die ruſſiſchen Pläne beiſtimmte. Man meinte, auf den ruſſiſchen Kaiſer durch die Vorſtellung, daß er mit ſeiner eigenen Idee über die Unabhängigkeit Aller in Widerſpruch gerathen werde, Eindruck zu machen. Aber um dieſer Streitfrage willen mit Rußland zu brechen, dachte man doch vom erſten Augenblick an in Preußen nicht: denn es leuchtete ſofort ein, daß die beiden anderen Mächte auf Frankreich recurriren würden, welches auch unter der wiederhergeſtellten bourboniſchen Dynaſtie eine ſtarke Stellung im Sinne des alten Königthums einzunehmen trachtete.

Die Oppoſition gegen Rußland gewann einen eigenthümlichen Charakter dadurch, daß der Miniſter des royaliſtiſchen Frankreich, Talleyrand, ſich an die Spitze derſelben zu ſetzen ſuchte [1]). Er hat dem Kaiſer Alexander geradezu geſagt: er dürfe nichts weiter behalten, als was ihm von Rechtswegen zukomme; der Kaiſer antwortete: die Convenienz von Europa bilde das Recht; er werde behalten, was er habe, und es lieber zu einem Kriege kommen laſſen, als es aufgeben. Einem preußiſchen Geſandten hat er geſagt, er habe 700,000 Mann in Kriegsbereitſchaft und werde ſeine Stellung zu behaupten wiſſen. Ein Augenblick trat ein, in welchem wirklich ein Krieg von Frankreich, England und Oeſterreich gegen Rußland bevorzuſtehen ſchien. Dazu aber konnte man in England den Entſchluß nicht faſſen. Man hat dort auf die dahin zielenden Zumuthungen geantwortet: bei einem ſolchen Kriege würden Holland und Flandern doch wieder der Obhut der Franzoſen anvertraut werden müſſen, denen man dieſelben vor kurzem entriſſen habe. Noch weniger konnte Preußen darauf eingehen: denn die ſo eben beſiegte napoleoniſche Armee, die aber noch beſtand, würde unter den königlichen Fahnen wieder im Felde erſchienen und zu einem neuen militäriſchen Anſehen, das für Preußen unerträglich geworden wäre, gelangt ſein. Auch ohne ſich in eine ſolche Gefahr zu ſtürzen,

1) Le plus grand adversaire de ces plans est le Gouvernement français. Gentz in einem Schreiben vom 6. October 1814. Dépêches inédites I, S. 112.

ließen sich wohl genügende Grenzbestimmungen für Preußen erlangen. Und was die andere Besorgniß anlangt, die Einwirkung der Idee der polnischen Nationalität, die durch die constitutionelle Verfassung, welche Alexander dem Königreiche zu geben dachte, verstärkt werden würde, so bemerkten Stein und Humboldt, daß darin eine so große Gefahr nicht liege, weil der dadurch unvermeidliche Zwiespalt zwischen Rußland und Polen die Macht des Kaisers wieder beschränke. Dazu kam dann das alte freundschaftliche Verhältniß zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm III. Die Franzosen erzählen von einem vertraulichen Mittagsmahl, bei welchem der Kaiser dem König ihre alte Freundschaft in Erinnerung und die Aussicht auf weiteres Verständniß zur Sprache gebracht habe: sie seien beide gleichen Alters; noch lange würden sie Zeugen des Glückes sein können, das ihre Völker ihrer innigen und persönlichen Verbindung zu verdanken hätten. Worte, welche, wenn sie wirklich ausgesprochen worden sind, unwiderstehlich für Friedrich Wilhelm gewesen sein werden [1]). Da nun Preußen nicht dahin zu bringen war, gegen Rußland aufzutreten, so wurde es die Aufgabe Hardenberg's, zwischen Rußland einerseits und Oesterreich und England andererseits eine Mediation zu versuchen. Dem Kaiser Alexander legte er dar, wie gefährlich es für ihn sei, den Ausbruch eines neuen Krieges zu veranlassen. Stein verband seine Vorstellungen mit denen Hardenberg's. Allmählich zeigte sich der Kaiser, indem er die Hauptsache festhielt, nachgiebiger in dem Minderbedeutenden. Und auch auf Oesterreich übte Hardenberg eine ähnliche Einwirkung aus; Oesterreich genehmigte die Errichtung des Königreichs Polen, vorbehaltlich der geforderten Garantieen, und bestand hauptsächlich im Namen der beiden deutschen Mächte auf eine Bestimmung der Grenzen, wie sie für ihre eigene Ruhe und Sicherheit erforderlich sei. Am 23. November 1814 hat Hardenberg eine Unterredung mit Kaiser Alexander gehabt, in welcher er ihm sowohl die Concessionen Oesterreichs in Bezug auf das Königreich, als dessen Forderungen in Bezug auf die Grenzen vortrug. Die deutschen Mächte hätten die Weichsel und Narew zur Grenze zu

1) Weiter wage ich nicht zu gehen; namentlich bin ich über die Absicht, die Hardenberg damals gehabt haben soll, seine Entlassung zu fordern, zu keiner authentischen Aufklärung gelangt. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich keine archivalischen Papiere, sondern nur die gedruckten Actenstücke und Berichte über den Wiener Congreß benutzt habe.

bestimmen gewünscht; da dies aber schlechterdings nicht zu erreichen war, so begnügten sie sich, Krakau und Zamosc für Oesterreich, Thorn für Preußen vorzubehalten; sie verloren nicht aus den Augen, daß ihr Interesse auch gegen Rußland vielfach ein gemeinschaftliches sei. Man kam auf die in den früheren Verhandlungen besonders von Metternich oftmals ausgesprochene Idee zurück: es komme darauf an, Oesterreich, Preußen und Deutschland so zu constituiren, daß sie weder von Frankreich, noch von Rußland etwas zu fürchten hätten. Gegen Ost und West sollten Preußen und Oesterreich sich zu einer mitteleuropäischen Macht vereinigen.

Schon aber trat die andere Frage in den Vordergrund, bei welcher Oesterreich dem Anspruch Preußens, die ihm in den Verträgen vorbehaltene Entschädigung für die polnischen Landschaften in der Reunion Sachsens mit der Monarchie zu suchen, mit aller Entschiedenheit entgegentrat. Hardenberg brachte dafür, von Stein unterstützt [1]), Argumente zum Vorschein, die sich nicht leichthin von der Hand weisen ließen [2]): durch die preußischen Waffen sei den meisten anderen Fürsten eine sichere Stellung zu Theil geworden; sollte Preußen allein leer ausgehen? Vom Niemen dehne sich sein Gebiet bis an die Maas aus; irgendwo müsse es eine centrale Kraft haben, um im Stande zu sein, nach allen Seiten hin mit Nachdruck aufzutreten [3]). Das könne aber lediglich durch die Reunion von ganz Sachsen geschehen. Die Aufstellung Preußens am Rhein sei eine Forderung des allgemeinen Wohles; in dem Interesse Preußens würde sie besser aufgegeben, wenn die Monarchie nur sonst zu einer concentrirten Stellung gelange, wie sie eine solche bis zu dem Jahre 1806 besessen habe. Preußen dürfe dies um so mehr verlangen, da sein Territorium jetzt von fremden Gebieten allenthalben durchbrochen werde [4]). Der vornehmste Gesichtspunkt

1) Denkschrift Stein's vom 3. December 1814, bei Klüber, Acten des Wiener Congresses VII, 63; vergl. Pertz, Stein IV, 234.

2) Verbal-Note Hardenberg's an Metternich, vom 2. December 1814, bei Angeberg, Le congrès de Vienne, S. 1941, in deutscher Uebersetzung bei Klüber, VII, S. 291.

3) La Prusse, en s'étendant depuis le Niémen jusque sur les bords de la Meuse, doit obtenir une accession de territoire qui renforce le centre même de l'état pour que l'action qui en part obtienne plus d'énergie. Aus der Denkschrift Stein's.

4) En 1805, la Prusse était beaucoup mieux arrondie, beaucoup mieux en état de se défendre qu'elle ne le sera maintenant, dans son

der beiden Miniſter iſt immer der allgemeine: Alles wird von der Nothwendigkeit hergeleitet, den preußiſchen Staat in eine Lage zu ſetzen, in welcher er ſtark genug werde, ſeinem deutſchen und europäiſchen Berufe zugleich zu genügen. Dem aber ſetzte Metternich andere Argumente, die von der eigenthümlichen Stellung Oeſterreichs und von den inneren Verhältniſſen Deutſchlands hergenommen waren, entgegen: die Incorporation Sachſens in den preußiſchen Staat werde die allgemeine Beunruhigung eher vermehren, als vermindern; die deutſchen Fürſten würden ſich weigern, in den vorgeſchlagenen deutſchen Bund einzutreten, wenn die eine der zur Protection beſtimmten Mächte eines der bedeutendſten deutſchen Länder ſich ſelbſt zueigne[1]); und auf den Fall einer Entzweiung mit Preußen liege für Oeſterreich eine Gefahr darin, den Angriffen dieſer Macht nicht allein von Schleſien, ſondern von Sachſen her ausgeſetzt zu ſein[2]). Aus dieſen Gründen ſprach er aus, daß dem König von Sachſen ein unabhängiges Gebiet und eine politiſche Exiſtenz gerettet werden müſſe. Wenn nun aber Metternich in einer ferneren Conferenz der vier Mächte den Grundſatz aufſtellte, daß der König von Sachſen zu jedem Abkommen, welches man treffe, ſeine Einwilligung geben müſſe, ſo lag darin ein Präjudiz für die ganze Angelegenheit, weil die Einwilligung dieſes Fürſten in eine Theilung ſeines Landes nimmermehr erwartet werden konnte. Schon ließ ſich

étendue immense, depuis le Niémen jusqu'à la Meuse; elle aura à défendre, dans un aussi grand éloignement, le quart de ses possessions détaché et coupé du reste par d'autres États. La défense dispendieuse et difficile des acquisitions que la Prusse fera sur le Rhin, présente un véritable affaiblissement. Sa Majesté ne se charge de ce pays que pour le bien général. Note Hardenberg's vom 8. Februar 1815. Klüber, Acten des Wiener Congreſſes VII, S. 291.

1) L'incorporation de la Saxe renferme encore un obstacle non moins difficile à surmonter dans l'arrangement des affaires de l'Allemagne, parce que les principales Puissances allemandes ont déclarés ne pas vouloir se joindre au pacte fédéral sur une base aussi menaçante pour leur propre sûreté que le serait celle de l'incorporation de l'un des principaux Etats allemands, effectuée par l'une des Puissances appelées à la protection de la commune patrie. Note Metternich's vom 10. December 1814. Klüber VII, S. 35. Aus Metternich's nachgelaſſenen Papieren II, S. 508.

2) La Saxe, réunie sous un même sceptre avec la Silésie, complète un système militaire offensif contre l'Autriche. Aus der Note Metternich's vom 28. Januar 1815. Klüber S. 86.

jedoch bemerken, daß England und Oeſterreich nicht ganz einverſtanden waren. Wäre der engliſche Bevollmächtigte Caſtlereagh dieſer Anſicht beigetreten, ſo würde an kein Abkommen zu denken geweſen ſein und man hätte ſich vielleicht nochmals zum Kriege anſchicken müſſen. Aber der engliſche Miniſter war hierin nicht der Meinung des öſterreichiſchen; er erklärte, ſein Auftrag gehe dahin, die Reconſtruction von Preußen nach den in den Verträgen enthaltenen Beſtimmungen zu unterſtützen; auf die Beiſtimmung des Königs von Sachſen komme es dabei nicht an[1]). Einer anderen Behauptung, welche Metternich in jener Conferenz ausſprach, daß nämlich die ſächſiſche Frage nicht nur eine deutſche, ſondern eine europäiſche ſei, ſtimmte dagegen der Lord zu; auch er war für die Herbeiziehung Talleyrand's zu der weiteren Berathung.

Zwiſchen den Bevollmächtigten von England, Frankreich und Oeſterreich hatten ſchon mancherlei Beſprechungen ſtattgefunden, die hauptſächlich durch die Aeußerung Hardenberg's veranlaßt wurden, Preußen werde ſein Recht zu wahren wiſſen, ſo daß die Meinung ſich ausbreitete, zwiſchen Rußland und Preußen ſei bereits eine beſondere Allianz zu dieſem Zwecke geſchloſſen worden. Auf eine ſolche Eventualität war es berechnet, daß die drei anderen Mächte ſich verpflichteten, einander mit allen ihren Kräften zu unterſtützen, wenn in Folge der von ihnen vereinbarten Vorſchläge eine von ihnen Feindſeligkeiten erfahren ſollte[2]).

Der Vertrag hat ſpäter, als er bekannt wurde, das größte Aufſehen gemacht. Damals iſt er nicht allein geheimgehalten worden, ſondern auch ohne Wirkung geblieben; er würde die ſchwerſten Folgen nach ſich gezogen haben, wenn England und Oeſterreich einverſtanden geweſen wären, die preußiſchen Anſprüche zurückzuweiſen oder den König von Sachſen, wie man geſagt hat, zum Herrn der

---

1) Dieſe Haltung haben die öſterreichiſchen Staatsmänner dem Lord nicht verzeihen können; ſie waren der Meinung, England hätte mit Oeſterreich unbedingt Hand in Hand gehen müſſen, um ſich Rußland zu opponiren und Preußen in ſeine Grenzen zurückzudrängen. Daß das nicht geſchah, leiten ſie von geheimen Rückſichten ab, die ſie mehr andeuten, als erklären (vergl. die Denkſchrift von Gentz über den Wiener Congreß, Aus Metternich's nachgelaſſenen Papieren II, S. 478); ſie machen dem Lord daraus einen ſchweren Vorwurf.

2) En haine des propositions qu'elles auraient cru de leur devoir de faire et de soutenir d'un commun accord par principe de justice et d'équité.

Frage zu machen. Allein ſo verhielt es ſich nicht. Wenn auch Rußland und Preußen die Zulaſſung Talleyrand's genehmigten, ſo geſchah es doch nur unter der Bedingung, daß Caſtlereagh die Beiſtimmung des Königs von Sachſen zu den Feſtſetzungen, die man treffe, für nicht nothwendig erklärte. Erſt hierauf (11. Januar 1815) wurde Talleyrand zu der Conferenz gezogen. Entſcheidend konnte dann ſeine Einwirkung nicht mehr werden. Bereits fünf Tage früher hatte Caſtlereagh dem Kaiſer Alexander ausgeſprochen, daß England in eine Theilung von Sachſen willige. Wenn er noch darauf rechnete, daß der Kaiſer dem Könige von Preußen ein größeres Territorium in den polniſchen Provinzen zugeſtehen würde, worauf denn die Anſprüche Preußens für ſeine Wiederherſtellung geringer geworden wären, ſo ſchnitt ihm der Kaiſer dieſe Erwartung ab: denn die polniſche Sache ſei abgemacht; Alles komme darauf an, den König von Preußen zu befriedigen; ſobald dies geſchehen, ſei auch er bereit, zu unterzeichnen.

Wie die Beſorgniß vor einem allgemeinen Kriege den Kaiſer Alexander veranlaßt hatte, die drohende Stellung aufzugeben, die er in Polen einzunehmen im Begriff war, ſo trug nun der Wunſch, den Frieden zu erhalten, ebenfalls dazu bei, daß England in eine Theilung von Sachſen, inwieweit ſie zur Reconſtruction Preußens unentbehrlich wurde, ohne Rückſicht auf die Beiſtimmung des Königs von Sachſen, willigte. Am 9. Januar 1815 gab Caſtlereagh dieſe Erklärung zu Protokoll [1]). Hierauf hat auch Metternich ſeine Bedingung fallen laſſen, ohne das doch zu Protokoll geben zu wollen.

Die beiden Hauptfragen waren hierdurch im Allgemeinen erledigt, der Friede geſichert, eine neue Einwirkung Frankreichs ausgeſchloſſen. Wir enthalten uns, die verſchiedenen Velleitäten und ihre Abwandlungen zu erörtern. Die Begebenheit entwickelte ſich auf der einmal genommenen hiſtoriſchen Grundlage mit innerer Folgerichtigkeit. Die vier Mächte verfuhren eben, wie es ihre Lage und die eingegangenen Verpflichtungen mit ſich brachten; um einen

1) En cas de refus de la part de Sa Majesté (du roi de Saxe) mon avis est que les dites Puissances se considèrent tenues de soutenir le roi de Prusse pour lui procurer telle occupation de la Saxe qu'il sera nécessaire pour lui assurer l'exécution effective, en due forme, de la part du roi de Saxe des cessions en question. Mémorandum du plénipotentiaire britannique. Angeberg, Le congrès de Vienne. S. 1882.

Conflict zu vermeiden, welcher Alles in Frage gestellt hätte, war die Auskunft, die man traf, eine gebotene, im Ganzen unabänderliche. Noch immer boten die Festsetzungen im Einzelnen erhebliche Schwierigkeiten dar. Eine der wichtigsten betraf die Festungen. Hierin ließ endlich auch Metternich das sächsische Interesse fallen; er schlug es Preußen sehr hoch an, daß es hierdurch der gewaltigen Bollwerke an einem der Hauptströme Deutschlands und Europa's Meister wurde. Und wer könnte verkennen, wie sehr die militärische Position des Staates, wie er nunmehr wurde, dadurch verstärkt worden ist! Wenn nun aber Preußen für seinen Antheil auch die Stadt Leipzig forderte, so war der österreichische Minister nicht dahin zu bringen, das nachzugeben: denn eine politische Existenz müsse der König von Sachsen behalten; auch ohne Leipzig erlange Preußen durch die Erwerbung gewerbfleißiger Landschaften und einer guten commerciellen Linie große Vortheile. Hierüber ist nun noch mancherlei verhandelt worden: unter Vermittelung Castlereagh's wurden die Städte Görlitz, Weißenfels, Naumburg zum preußischen Antheil geschlagen. Selbst über die Zahl der den beiderseitigen Gebieten zuzutheilenden Unterthanen war man verschiedener Meinung. Zu einem definitiven Abkommen trug der englische Minister durch Nachgiebigkeit in den Territorialbestimmungen für die Niederlande und Hannover wesentlich bei.

Es waren immer die großen politischen Verhältnisse, welche die Sache selbst entschieden und die einzelnen Bestimmungen herbeiführten. Für die Ausführung derselben konnte nun die Beistimmung des Königs von Sachsen nicht mehr maßgebend sein. Es war eben alles politische Uebereinkunft: der Verlust, der ihm zugemuthet, der Besitzstand, der ihm gesichert wurde. König Friedrich August befand sich damals in Preßburg. Es waren die Bevollmächtigten von Oesterreich, Frankreich und England, welche bisher auf der Seite von Sachsen gestanden hatten, die nun dem Könige Friedrich August den über die Zukunft seines Landes gefaßten Beschluß ankündigten; sie machten das Aufhören der provisorischen Regierung in den ihm zurückzugebenden Landschaften davon abhängig, daß er die Theilung, wie sie jetzt festgesetzt worden, annehme. Man ging von dem Grundsatz aus, daß dem Sieger in einem gerechten Kampfe zustehe, den besiegten ungerechten Feind zu ferneren Feindseligkeiten unfähig zu machen [1]).

1) Klüber, VII, 247. Flassan, Histoire du congrès de Vienne I, S. 220.

Dem Könige von Sachſen wurde geſagt: nicht zwar Preußen, aber die Verbündeten hätten das Recht erworben, über das Land zu verfügen; es ſei ihr freier Wille, wenn ſie ihm die Hälfte deſſelben zurückgäben; aber ſeine Einwilligung ſei die Bedingung dieſer Zurückgabe [1]).

In dieſem Augenblick war Napoleon von Elba zurückgekommen und von dem Jubel der Armee in Frankreich begrüßt worden. Für den König von Sachſen lag darin keine Erleichterung ſeiner Lage. Mit verdoppeltem Ernſt gedrängt und, wenn er zögere, aufs neue mit dem Verluſt des Ganzen bedroht, fügte er ſich — man kann erachten, unter welchen Gefühlen — in die Theilung des Landes (18. Mai 1815). Sachſen verlor dadurch ſeine Bedeutung in dem Syſtem der europäiſchen Staaten, — für das Land, deſſen Exiſtenz gerettet wurde, kein Unglück, da die Politik des Hofes, beſonders die Verbindung deſſelben mit Polen, ihm eher ſchädlich, als nützlich geweſen war. Die Combination, die einſt von Hardenberg in Kydullen und dann von Kaiſer Alexander bei der erſten Wendung der großen Angelegenheiten in Ausſicht genommen war, gelangte ſo weit zur Ausführung, als dies das gegenſeitige Verhältniß der Mächte und die Lage der Dinge in Deutſchland geſtatteten.

Eine nicht viel weniger wichtige Angelegenheit als die Feſtſetzung ſeiner eigenen Territorien bildete für Preußen die Entſcheidung über die künftige Geſtaltung von Deutſchland. Unter den mannichfaltigen Schwankungen der Berathung war bei den kleineren deutſchen Fürſten nochmals der Gedanke aufgetaucht, das Kaiſerthum in dem Hauſe Oeſterreich wiederherzuſtellen. Dem hat ſich damals ſelbſt Stein angeſchloſſen: denn nur ein Kaiſer ſchien ihm fähig, die Einheit und Sicherheit Deutſchlands zu erhalten. Auch Alexander erklärte ſich nicht abgeneigt, wenn nur Preußen einwillige. Aber von Anfang an war es eine Grundlage der neuen Verbindung zwiſchen Preußen und Oeſterreich geweſen, daß Oeſterreich darauf verzichtet hatte, die kaiſerliche Würde in dem alten deutſchen Reiche wiederherzuſtellen. Kaiſer Franz, der die Unannehmlichkeiten, in welche er als deutſcher Kaiſer verwickelt worden, in friſchem Gedächtniß hatte, blieb immer bei ſeiner Weigerung. Nicht ſo unerſchütterlich erſchien ſein erſter Miniſter in dieſer Beziehung; und es mag immer zweifelhaft ſein, was Oeſterreich geantwortet haben würde, wenn ihm der Antrag gemacht

1) v. Treitſchke, Preußen auf dem Wiener Congreß, S. 133.

worden wäre. Aber die preußiſchen Miniſter waren weit entfernt, demſelben beizupflichten. Unter den Gründen, die Humboldt dagegen anführt, iſt der einleuchtendſte, daß das Kaiſerthum nicht mit einer dieſer Würde entſprechenden Gewalt ausgeſtattet werden könne; Preußen könne ſich einer ſolchen Autorität nicht unterwerfen, Baiern und Würtemberg würden es nicht wollen; die Abhängigkeit der kleineren Fürſten laufe den Ideen entgegen, nach welchen der Pariſer Friede geſchloſſen ſei. Hardenberg ſagte: er würde in Berlin einen Sturm gegen ſich erwecken, wenn er Oeſterreich noch mehr verſtärke. Sie waren beide der Meinung, daß ein Bund dem großen Bedürfniß genüge, namentlich wenn Oeſterreich und Preußen zuſammenwirkten. Ein Bund werde, ſo ſagte Humboldt, dem Geiſte der Nation, der weder unruhig noch aufrühreriſch ſei, aber vorwärts ſtrebe und die Aufklärung der Zeiten benutzen wolle, am beſten entſprechen. Hardenberg hat Stein perſönlich erſucht, die Herſtellung des Kaiſerthums in dem Hauſe Oeſterreich fallen zu laſſen, da daſſelbe nur Veranlaſſung zur Eiferſucht zwiſchen Oeſterreich und Preußen geben werde. Auch Wellington, der jetzt bei dem Congreß eingetroffen war, erklärte ſich für den Bund und gegen das Kaiſerthum, welches jetzt unmöglich ſei.

Wir erinnern uns der Entwürfe, welche Hardenberg ſchon im Jahre 1805 für die Neugeſtaltung Deutſchlands gemacht hatte. Dieſe gingen eigentlich dahin, den mittleren und kleineren deutſchen Fürſten zwar ihren Rang und ihre Beſitzungen zu laſſen, nicht aber die Prärogative der Souveränetät, namentlich nicht in Bezug auf Krieg und Frieden; Bewaffnung und Kriegführung ſollten ſchlechterdings den beiden Hauptmächten anheimgegeben ſein. In dieſen Entwürfen waren jedoch ſeitdem mancherlei Modificationen eingetreten, veranlaßt hauptſächlich durch die Wiederherſtellung Hannovers und die politiſch-militäriſche Stellung, welche ſich Baiern errungen hatte. Man durfte nur einen Bund ſouveräner Fürſten und freier Städte ins Auge faſſen, bei dem ſo weſentliche Beſchränkungen, wie ſie urſprünglich beabſichtigt wurden, nicht ſtattfinden konnten. Der vornehmſte Gedanke blieb dann immer dahin gerichtet, der unabhängigen Politik der Bundesſtaaten Schranken zu ziehen; dieſes iſt bei der definitiven Feſtſtellung der Bundesacte zuletzt doch erreicht worden. Das alte Recht der Bündniſſe, welches die Reichsſtände ſeit dem weſtphäliſchen Frieden beſeſſen hatten, konnte den Bundesſtaaten zwar nicht geradezu entriſſen werden; aber es ward auf eine Weiſe beſtimmt, welche einen Gebrauch

desselben, wie es sich bisher so nachtheilig erwiesen hatte, unmögli machte; sie verpflichteten sich, keine Verbindungen einzugehen, welch gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Glieder desselben gerichtet sein könnten [1]).

So kam es nun doch dahin, daß Oesterreich, der deutsche Bund und Preußen eine große Bundesgenossenschaft bildeten, die den Frieden von Mitteleuropa sicherte. Sie war weit entfernt, den Wünschen der Nation und ihren Bedürfnissen zu entsprechen; aber es konnte nun eben nicht weiter gebracht werden. Es war nicht das Ziel, aber eine Stufe der deutschen Entwickelung. Für Preußen lag ein Fortschritt seiner Macht darin, daß es der Unterordnung, die ihm die alte Reichsverfassung auferlegte, entledigt wurde und ebenbürtig neben Oesterreich auftrat.

Um die Verhandlungen des Congresses zu würdigen, muß man die Situation des Momentes erwägen. Als Talleyrand sich nach Wien begab, hatte er eine Verbindung der souveränen Fürsten mit Frankreich zu Stande zu bringen beabsichtigt; und die Besorgniß, daß es ihm damit gelingen könne, gehört zu den Motiven, den Bundesfürsten keine größeren Beschränkungen aufzuerlegen. Aber dahin führten die Ergebnisse der Berathungen des Congresses, daß auch die Möglichkeit einer solchen Verbindung ausgeschlossen wurde. Talleyrand hatte ferner kein Hehl daraus gemacht, daß Frankreich die Nachbarschaft von Preußen scheue [2]); gerade diese aber wurde durch die Bestimmungen des Congresses unwiderruflich festgesetzt. Es war der Gedanke, den William Pitt bei der Coalition von

1) Es ist sehr auffallend, daß gerade diese Disposition in der Schlußacte des Wiener Congresses, welche alle anderen aufgenommen hat, vermißt wird. Vergl. de Clercq, Recueil de traités conclus par la France II, 562 und 594.

2) In der Instruction Talleyrand's heißt es in Bezug auf Preußen: Les Alliés ont, dit-on, pris l'engagement de replacer la Prusse dans le même état de puissance où elle était avant sa chute, c'est-à-dire avec dix millions de sujets. Qu'on la laissât faire, bientôt elle en aurait vingt, et l'Allemagne tout entière lui serait soumise. Il est donc nécessaire de mettre un frein à son ambition, en restreignant d'abord, autant qu'il est possible, son état de possession en Allemagne, et ensuite en restreignant son influence par l'organisation fédérale. Son état de possession sera restreint par la conservation de tous les petits États et par l'agrandissement des États moyens. — Ce qui est de l'intérêt des petits États est aussi de l'intérêt de la France. Angeberg I, 217,232.

1805 im Auge gehabt hatte, um eine starke Macht den Franzosen von der deutschen Seite her entgegenzustellen. Die rheinischen Landschaften, welche Preußen erwarb, waren eben solche, die einst von den Franzosen in Besitz genommen, aber in Folge des Pariser Friedens zurückgegeben worden waren. Preußen gelangte dadurch zu einer Stellung im Westen, welche dem Staate eine neue politische Richtung anwies, die für die Folgezeit von entscheidender Wichtigkeit geworden ist. In den westphälischen Gebieten, die an Preußen zurückkehrten, trat es in die Stelle wenigstens der mittelbaren Herrschaft von Frankreich. Auch bei den übrigen Entschädigungen, welche Preußen erwarb, ist der deutsche Gedanke maßgebend gewesen. Um das Abkommen über Sachsen möglich zu machen, hatte sich Kaiser Alexander zuletzt doch entschlossen, Thorn an Preußen zu überlassen, was für die Aufrechterhaltung des deutschen Elementes an der Weichsel von vielem Werthe war.

Da wurde nun auch der skandinavische Einfluß auf Deutschland möglichst eliminirt. Indem sich Preußen entschloß, Ostfriesland an Hannover aufzugeben, erwarb es dagegen Schwedisch-Pommern, was nicht allein einen Vortheil für den Körper des Staates, wie er damals constituirt wurde, sondern auch einen unschätzbaren Gewinn für das gesammte Deutschland in sich schloß. Denn diese Landschaft repräsentirte seit mehr als anderthalb Jahrhunderten die Einwirkung Schwedens auf Deutschland, die durch die Verbindung desselben mit Frankreich die schwersten Gefahren herbeigeführt hatte. Der westphälische Friede, der ein Grundgesetz für Jahrhunderte bildete, war doch nur das Resultat der tiefsten inneren Zerwürfnisse. Der Wiener Congreß hat das Verdienst, die Festsetzungen dieses Friedens in mehr als einer für die Nation wichtigen Beziehung vernichtet zu haben; er schaffte das Recht der Bündnisse ab und gab Pommern dem deutschen Hause zurück, dem ein uralter und gesetzlicher Anspruch darauf zukam.

Welch eine Aufgabe war es nun aber, alle diese Landschaften von den verschiedensten Einrichtungen, Erinnerungen und Gewohnheiten, die nicht einmal geographisch zusammenschlossen, zu der Einheit eines Staates zu verbinden! Einen Moment dafür bildet die Durchführung der angebahnten Gesetzgebung; auch die Verordnung vom 22. Mai 1815, welche eine allgemeine Staatsverfassung im Zusammenhang mit den bereits vorhandenen oder zu bildenden ständischen Institutionen der verschiedenen Landschaften verhieß, fällt dafür ins Gewicht. Bei dieser Verordnung haben, wie bei so

vielen anderen zum Zweck neuer Einrichtungen des Staatswesens, Stein und Hardenberg zusammengewirkt.

Wie oft haben wir Stein in den Denkwürdigkeiten Hardenberg's zu erwähnen gehabt! Hier am Schlusse dürfen wir wohl nochmals ihr Verhältniß zu einander erwägen. Die Natur liebt es nicht, alle wünschenswerthen Eigenschaften in Einem Menschen zu vereinigen. Für die Geschichte ist das Gegeneinanderstreben oder das Zusammenwirken von verschiedenen Standpunkten aus nicht selten förderlich gewesen; in diesen beiden Individualitäten erschien Gegensatz und Einverständniß gleich bedeutend. In Stein lebte der Impuls ursprünglicher Gedanken und Gefühle, in Hardenberg mehr Empfänglichkeit für die allgemeinen Tendenzen, welche die Welt beherrschten, die er insofern theilte, als sie seiner eingeborenen Sinnesweise, seinen Studien und seiner Lebenserfahrung entsprachen. Beide begegneten einander in der Opposition gegen die nicht mehr ausreichenden Formen der Staatsverwaltung. Die erste Idee einer Nationalrepräsentation ist ohne Zweifel von Stein gekommen; aber Hardenberg hat den Moment ergriffen, in welchem an eine Ausführung derselben zu denken war; er hat dann unter heftigen Gegenwirkungen einen Versuch dazu gemacht. Für eine ausgedehntere Volksbewaffnung zeigten beide gleichen Eifer; unter den schwankenden Berathungen hat Stein die Pläne näher bestimmt; die Ausführung ward später durch die Verwaltung Hardenberg's vermittelt. Man könnte nicht sagen, wer bei der neuen Gesetzgebung das größere Verdienst hat. Die Entwürfe Hardenberg's vom Jahre 1807 haben den Grund zu Allem gelegt; sie sind jedoch, wenigstens in einigen der wichtigsten Punkte, nicht ohne Theilnahme Stein's gefaßt worden; die ersten entscheidenden Edicte sind dann von diesem ausgegangen. Stein war ein gläubiger Orthodoxe; Hardenberg's Religiösität hatte mehr einen philosophischen Anstrich; er war ein Mann der allgemeinen Bildung. Stein dachte die Kirche aufrechtzuerhalten; Hardenberg verwandte sich für die Universität. Stein hatte mehr aristokratische, Hardenberg mehr demokratische Sympathieen; doch hätte keiner darüber das Wohl des Ganzen oder den Willen des Königs aus den Augen gesetzt. Die kräftigsten Anregungen zu einer populären Erhebung gegen Napoleon rühren von Stein her. Hardenberg war ihnen nicht entgegen; aber er suchte sie zu mäßigen, um das für den Staat noch unbedingt erforderliche gute Verhältniß zu Frankreich zu wahren; er wußte zu erreichen, daß Napoleon dem gegen ihn gefaßten Wider-

willen entsagte und seinen Wiedereintritt in die ministerielle Thätigkeit guthieß. Dagegen warf sich Stein in den heftigsten Antagonismus gegen Napoleon und hat in dem großen Kampfe gegen ihn eine entscheidende Wirksamkeit ausgeübt. Wir möchten nicht so viel Werth darauf legen, daß er den russischen Kaiser in dem System des Widerstandes bis auf das Aeußerste bestärkt hat: denn dazu wurde Alexander durch seinen eingeborenen Sinn schon von selber bestimmt; aber unzweifelhaft hat Stein in ihm den Gedanken erweckt, seinen Kampf mit Hülfe der deutschen Nation fortzusetzen; er hat dann mehr als irgend ein anderer Mensch dazu beigetragen, daß die Deutschen in diesen Bund eintraten; er hat die erste Vereinigung einer deutschen Population mit dem Europa umfassenden Unternehmen Alexander's herbeigeführt, ohne der Selbständigkeit der ersteren Eintrag zu thun. Hauptsächlich von Stein ist die Allianz zwischen Rußland und Preußen zu dem Zwecke einer unmittelbaren Waffenerhebung angebahnt und durchgesetzt worden. Daraus entsprang folgerichtig der Entschluß, dem französischen Imperium von Grund aus ein Ende zu machen und Napoleon zu stürzen. Eine großartigere Wirksamkeit läßt sich kaum denken. Aber ohne Hardenberg wäre sie doch nicht zum Ziele gelangt. Die ganze Geschicklichkeit eines geübten Diplomaten gehörte dazu, um dem preußischen Staate für seine Wiedererhebung Raum zu verschaffen und dabei doch die Feindseligkeit des übermächtigen Gegners nicht vorzeitig zu erwecken. Wenn in Kalisch der preußische Gesandte und Stein verschiedene Directionen repräsentirten, so hat sich der Staatskanzler, durch fortgeschrittene eigene Erwägungen bestimmt, für Stein entschieden; mit eigener Hand hat er dem ursprünglichen Entwurfe die von den russischen Bevollmächtigten nachträglich eingebrachten Verbesserungen, die dessen Annahme erst möglich machten, beigeschrieben. Durch sein eben so umsichtiges wie entschiedenes Verhalten wurde es möglich, daß unter den Augen des Feindes die populäre Bewaffnung ins Werk gesetzt wurde, die bereits im Stillen vorbereitet war. Unverhohlen trat er erst hervor, als die Dinge so weit gekommen waren, daß die ganze Nation sich wie Ein Mann für das neue System erklärte. Wenn in den Augen der Nachwelt Stein als der größere erscheint, so rührt das daher, daß er sich weniger auf den gewohnten Bahnen bewegte und einen moralischen Schwung besaß, welcher Ehrfurcht erweckte; es war etwas in ihm, das den großen Mann charakterisirt. Von Hardenberg läßt sich das nicht sagen; aber er hatte den Schwung des politischen Ge-

dankens und alle die unbeugsame Zähigkeit und Unverdrossenheit, die dazu gehörten, einen solchen zu realisiren. Von alledem, was ihm gelang, möchte das vornehmste sein, daß er die Idee einer Coalition gegen die Uebermacht Napoleon's, mit der er sich von jeher getragen hatte, in dem rechten Momente wiederaufnahm und durchzuführen wußte. Davon aber hing die Wiederherstellung Preußens ab. Um Preußen, als Staat betrachtet, hat Hardenberg sich ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst erworben. Nach dem großen Kampfe richtete er sein ganzes Bestreben dahin, die Einheit des gleichsam umgeschaffenen Staates fest zu begründen. Er wußte die auswärtigen und inneren, die materiellen und ideellen Interessen zugleich zu umfassen. Das vornehmste Werk seiner letzten Jahre war die Einführung einer gleichmäßigen Steuerverfassung und Administration für alle Provinzen. Aber indem er für die Gegenwart sorgte, behielt er die Zukunft im Auge. Den Schlußstein bildet jene Verordnung, durch welche die Vermehrung der Staatsschulden an die Einwilligung der künftigen Reichsstände geknüpft und diesen dadurch im voraus eine das Ganze umfassende und für die folgenden Generationen maßgebende Wirksamkeit gesichert wurde. Alles geschah unter stetigem, oft nicht unberechtigtem Widerspruch.

Ein altes Sprichwort sagt: jeder Mensch hat sein Aber; und wer wüßte nicht, daß es auch von Hardenberg gilt! Aber gewiß ist doch: tiefer als Hardenberg hatte noch niemals ein Staatsmann seinen Namen in die ehernen Tafeln der preußischen Geschichte eingegraben.

Denkſchrift Hardenberg's über die Reorganiſation des preußiſchen Staates.

September 1807.

Vorbemerkung des Herausgebers.

Hardenberg gehört zu der geringen Zahl von berühmten Staatsministern, welche über ihre Thätigkeit schriftliche Denkmale hinterlassen haben; unter Anderen hat er Cardinal Richelieu, mit dem wir ihn sonst nicht vergleichen wollen, hierin zu seinem Vorgänger. Die Reliquien Hardenberg's haben insofern eine gewisse Aehnlichkeit mit der literarischen Hinterlassenschaft Richelieu's, als sie Memoiren und politische Anweisung verbinden. Wie dem großen Memoirenwerke Richelieu's das Testament politique hinzugefügt ist — leider rühren beide nicht durchaus von ihm selbst her —, so tritt bei Hardenberg den Memoiren eine ausführliche Arbeit über die innere Reform des preußischen Staates zur Seite. Es ist die Denkschrift über die Reorganisation des preußischen Staates, die wir hier mittheilen. Sie liegt in einem vollständigen Autograph vor, das von Anfang bis Ende mit Bleistift, aber für jedes gesunde Auge leserlich geschrieben ist. Hardenberg hat ihr keinen Titel gegeben[1]); die Ueberschrift, welche wir hier wiederholen, stammt aus einer Copie, wahrscheinlich derselben, die dem Könige eingereicht worden ist. Die Schrift enthält nicht allgemein lautende Anweisungen für die Regierung, wie das Testament politique, sondern die bestimmtesten Rathschläge zur Erreichung eines mit Präcision ins Auge gefaßten Zweckes. Sie erstreckt sich über alle Zweige des Staatslebens; und indem sie die Gebrechen des Bestehenden erörtert, giebt sie zugleich die Mittel einer durchgreifenden Abänderung an. In welchem Sinne sie abgefaßt wurde, zeigt das in dem Autograph beigeschriebene Motto aus Horaz: quem vocet divum populus ruentis Imperii rebus; denn um Rettung oder Untergang handelte es sich damals in Preußen. Für die preußische Geschichte ist die Denkschrift ein Document von der größten Wichtigkeit; wir lernen daraus die Ideen der Reform kennen, die in dem ersten Momente nach dem erlittenen Unglücke gefaßt worden sind und dann wieder auf die Einrichtung des Staates

1) Von einem früheren Archivar hat sie den Titel bekommen: Reorganisationsplan für den K. Preußischen Staat.

einen maßgebenden Einfluß ausgeübt haben. Es war bei jenem vorübergehenden Aufenthalte in Riga, daß Hardenberg, von dem Könige dazu aufgefordert, sie niederschrieb. Dort befanden sich damals auch Altenstein und Niebuhr; der Erste, Hardenberg's intimer Freund, hatte ihm schon bei der Verwaltung der fränkischen Fürstenthümer zur Seite gestanden. In einem sehr ausführlichen Gutachten[1]) hat Altenstein die Gedanken zusammengefaßt, über welche er sich in persönlichem Verkehr mit Hardenberg verständigt hatte, wie er dann auch nicht verhehlt, daß er Vieles den Mittheilungen seiner Freunde Schön und Niebuhr verdanke; dies Gutachten liegt der Denkschrift Hardenberg's allenthalben zu Grunde; er beruft sich an vielen Stellen auf dessen Inhalt, dem er meistens beistimmt, von dem er aber auch zuweilen abweicht: Beziehungen, die so wichtig sind, daß einige Stücke aus dem Altenstein'schen Gutachten nothwendig mitgetheilt werden mußten. Man erkennt in demselben einen Geist von philosophischem Schwunge und vielseitigen administrativen Kenntnissen, von einer gleichsam absoluten Ueberzeugung, die er schroff und rücksichtslos ausdrückt. Auch Niebuhr verfaßte ein Gutachten, das Hardenberg hie und da benutzte; leider ist es in dem Archiv nicht wieder aufgefunden worden. Sein Inhalt ist nur aus den Anführungen Hardenberg's abzunehmen.

Nicht in allem und jedem, was die Denkschrift enthält, wird man Hardenberg's letztes Wort vor sich zu haben meinen dürfen: er war kein Mann eines unabänderlichen Systems; aber die vornehmsten Grundsätze, die darin ausgesprochen werden, hat er immer festgehalten. An der unverkürzten und getreuen Mittheilung seiner Denkschrift wird die vorgeschrittene Zeit keinen Anstoß nehmen.

1) Das Gutachten Altenstein's umfaßt 158 Folioblätter.

Ueber die Reorganisation des preußischen Staates, verfaßt auf höchsten Befehl Seiner Majestät des Königs 1807. 12. September.

Vorerinnerung.

Aufgefordert durch das Vertrauen Sr. Königlichen Majestät, meine Meinung über die künftige Verwaltung des preußischen Staates abzugeben, und durchdrungen von der Wichtigkeit des Gegenstandes, habe ich die Erörterung desselben allein zu unternehmen nicht gewagt; ich habe vorgezogen, mich derselben gemeinschaftlich mit zwei einsichtsvollen, rechtschaffenen und vorurtheilsfreien königlichen Dienern, — in Absicht auf das Ganze mit dem Herrn Geheimen Finanz-Rath Freiherrn von Altenstein, und wegen verschiedener einzelner Gegenstände mit dem Herrn Geheimen Seehandlungs-Rath Niebuhr, — zu unterziehen. Zwischen dem Herrn von Altenstein und mir hat sowohl in unsern eng geknüpften Dienst-Verhältnissen, als im vertraulichen Umgange, seit mehreren Jahren eine fortgesetzte Mittheilung der Ideen und eine große Uebereinstimmung der Ansichten stattgefunden. Nachdem wir den Gegenstand in reifliche Erwägung gezogen hatten, bat ich ihn, mir seine Gedanken schriftlich zu geben und dabei auch die Meinung des Herrn Geheimen Raths Niebuhr zu benutzen [1]). Dieses hat er in dem anliegenden Aufsatze bewerkstelligt, den er zwar blos zu meinem Gebrauche fertigte, den ich aber ganz vorzulegen für Pflicht halte, sowie ich auch den des Herrn Niebuhr hier beifüge.

---

1) Es hat viel Interesse, hierüber Altenstein's eigene Aeußerungen zu vernehmen. „Alle die von mir geäußerten Ideen sind meine Ueberzeugung. Der größte Theil gehört mir aber nicht ursprünglich. Ew. Excellenz werden viele Ideen als die Ihrigen erkennen, Ideen, die ich von Ihnen im Geschäftsbetrieb oder in glücklichen Stunden vertraulicherer Mittheilungen erhielt. Außerdem gehören mir aber auch viele Ideen nicht ursprünglich an, die mir von meinen Freunden, theils ausdrücklich, um sie zu dem jetzigen Zwecke zu benutzen, theils in Augenblicken, wo wir, mit gleichem Eifer für Ew. Excellenz und die Sache beseelt, uns freundschaftlich unterhalten haben, mitgetheilt worden sind. Ohnerachtet diese mir, wird nur der Zweck erreicht, gern das Eigenthum dieser Ideen überlassen, so bin ich es doch namentlich meinen Freunden von Schön und Niebuhr schuldig, ihres Antheiles an dem, was ich gebe, zu gedenken.“ Vergl. S. 101.

Ich werde mich, indem ich im Ganzen der Ordnung ersterer in philosophischer Form und Sprache geschriebenen Abhandlung folge, auf eine kurze Darstellung meiner Ansicht der darin vorkommenden wichtigsten Gegenstände beschränken können, da wir uns während der Arbeit täglich über ihre einzelnen Theile besprachen.

Wenn der Herr Verfasser den Tadel der bisherigen Verfassung und Staats-Verwaltung mit starken Farben auftrug, so darf dieses dem Unbefangenen nicht mißfallen. Er schrieb, einestheils nur für mich, und anderntheils verträgt die Wahrheit keine Schminke.

Nur jene haben wir im Auge, und um die Mängel zu verbessern, muß man sie deutlich sehen. Irren können wir, sowohl in unseren Ansichten, als in unseren Vorschlägen; aber bei beiden, selbst bei dem Tadel, liegt nur die reinste Absicht — nichts Persönliches —, nur Wohlwollen und heißer Wunsch, nützlich zu werden, zum Grunde. Man prüfe, man wähle das Beste!

Sehr groß sind allerdings die Schwierigkeiten bei der Aufstellung eines Verwaltungs-Planes unter den gegenwärtigen Umständen; denn es fehlt ja überall an festen Anhaltspunkten, allenthalben herrscht noch Ungewißheit, und die Ausführung noch so guter Ideen hängt ja hauptsächlich von äußeren Verhältnissen und von äußerem Druck ab; sie kann durch diese erschwert und gehemmt, oder wohl ganz vereitelt werden. Und immer wird es vornehmlich darauf ankommen, welchem Kopfe die Ausführung anvertraut wird, und daß dieser, wenn er dem großen schweren Beruf gewachsen ist, weder in Rücksicht auf den Plan, noch auf die Mittel beschränkt sei.

I. Allgemeine Gesichtspunkte.

Die Begebenheiten, welche seit mehreren Jahren unser Staunen erregen und unserm kurzsichtigen Auge als fürchterliche Uebel erscheinen, hängen mit dem großen Weltplan einer weisen Vorsehung zusammen. Nur darin können wir Beruhigung finden. Wenngleich unserm Blick nicht vergönnt ist, tief in diesen Plan einzudringen, so läßt sich doch der Zweck dabei vermuthen: das Schwache, kraftlose Veraltete überall zu zerstören und nach dem Gange, den die Natur auch im Physischen nimmt, neue Kräfte zu weitern Fortschritten zur Vollkommenheit zu beleben.

Der Staat, dem es glückt, den wahren Geist der Zeit zu fassen und sich in jenen Weltplan durch die Weisheit seiner Regierung r u h i g hineinzuarbeiten, ohne daß es gewaltsamer Zuckungen bedürfe, hat unstreitig große Vorzüge, und seine Glieder müssen die Sorgfalt segnen, die für sie so wohlthätig wirkt.

Die französische Revolution, wovon die gegenwärtigen Kriege die Fortsetzung sind, gab den Franzosen unter Blutvergießen und Stürmen einen ganz neuen Schwung. Alle schlafenden Kräfte wurden geweckt; das Elende und Schwache, veraltete Vorurtheile und Gebrechen wurden — freilich zugleich mit manchem Guten — zerstört. Die Benachbarten und Ueberwundenen wurden mit dem Strome fortgerissen.

Unkräftig waren alle die Dämme, welche man diesem entgegensetzte, weil Schwäche, egoistischer Eigennutz und falsche Ansicht sie bald ohne Zusammenhang aufführte, bald diesen, im gefährlichen Irrthum, unterbrach und dem verheerenden Strome Eingang und Wirkung verschaffte.

Der Wahn, daß man der Revolution am stärksten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung der durch solche geltend gemachten Grundsätze entgegenstreben könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern und derselben eine stets wachsende Ausdehnung zu geben. Die Gewalt dieser Grundsätze ist so groß, sie sind so allgemein anerkannt und verbreitet, daß der Staat, der sie nicht annimmt, entweder seinem Untergange oder der erzwungenen Annahme derselben entgegensehen muß. Ja, selbst die Raub- und Ehr- und Herrschsucht Napoleon's und seiner begünstigten Gehülfen ist dieser Gewalt untergeordnet und wird es gegen ihren Willen bleiben. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß ohnerachtet des eisernen Despotismus, womit er regiert, er dennoch in vielen wesentlichen Dingen jene Grundsätze befolgt, wenigstens ihnen dem Scheine nach zu huldigen genöthigt ist.

Also eine Revolution im guten Sinne, geradehin führend zu dem großen Zwecke der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion von innen oder außen, — das ist unser Ziel, unser leitendes Princip. Demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung, — dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist. Die reine Demokratie müssen wir noch dem Jahre 2440 überlassen, wenn sie anders je für den Menschen gemacht ist [1]).

Mit eben der Kraft und Consequenz, womit Napoleon das französische revolutionäre System verfolgt, müssen wir das unsrige für alles Gute, Schöne, Moralische verfolgen, für dieses alles, was gut und edel ist, zu verbinden trachten. Ein solcher Bund, ähnlich dem der Jacobiner, nur nicht im Zwecke und in der Anwendung verbrecherischer Mittel, und Preußen an der Spitze, könnte die größte Wirkung hervorbringen und wäre für dieses die mächtigste

1) Anspielung auf das Buch von Mercier: L'an 2440, rêve s'il en fut-jamais.

Allianz [1]). Dieser Gedanke müßte mehr als ein politischer Traum sein, wenn man zumal das Interesse der Bundesglieder auf mehrfache Art dabei ins Spiel zöge, welches sehr möglich ist. Die Mittel würden sich finden.

Unter andern, aber ähnlichen Umständen, jedoch bei einem ganz verschiedenen Zeitgeiste revolutionirte Churfürst Friedrich Wilhelm der Große nach der unglücklichen Epoche unter Georg Wilhelm gleichfalls seinen Staat und legte den Grund zu seiner nachherigen Größe.

War aber je ein Zeitpunkt günstig für solche Maßregeln, so ist es unstreitig der gegenwärtige, wo der Staat eine so große Veränderung erlitten hat und nach ganz neuen Grundsätzen handeln, einer gänzlichen Wiedergeburt unterliegen muß.

II. Auswärtige Verhältnisse.

Die Politik zweckmäßig leiten, ohne Kraft, ist eine sehr schwere Aufgabe; aber wie viel schwerer wird sie für Preußen unter dem Drucke Napoleon's, bei der Nähe seiner Armeen, bei der fortgesetzten Gegenwart eines Theils derselben im Lande, bei der Ungewißheit, die über so vielen Dingen schwebt!

Selbständigkeit und Independenz sind jetzt leere Namen.

Wie gelangen wir wieder dahin?

Wie vermeiden wir gänzliche Abhängigkeit?

Dieses sind die Fragen, auf die es ankommt und deren Beantwortung nicht leicht ist.

Ohne Macht ist keine Selbständigkeit und Independenz; also muß Preußen streben, diese wieder zu erlangen. Still stehen kann es jetzt weniger als je. Es muß sich wieder vergrößern, nicht nur seinen Verlust decken, sondern auch mehr erwerben, oder es sinkt, es geht ganz unter. Die geographische Lage Preußens macht dieses gewiß. Es wird, erhebt es sich nicht, ein Raub seiner mächtigen Nachbarn werden.

---

1) Aus Altenstein's Aufsatz: „Die Idee des „„Erweckens des Schlafenden"" ist noch nicht die höchste Idee; diese liegt in der Kraftäußerung zum Schaffen des höchsten Gutes der Menschheit. Dieser Geist, der das gänzliche Hingeben jedes Einzelnen für das Höchste der Menschheit in sich faßt, muß ungleich stärker werden als die bloß zum Zerstören, zum Raub und zur Sinnenlust geleitete Kraft. Ersterer fehlt es nie an einem hohen Ziele, und nichts kann ihr außerdem Ersatz geben. Die letztere Kraft erschöpft sich selbst und kommt bald ans Ziel. Die so höher stehende Nation wird, sei sie auch noch so klein, endlich den Rang davontragen. In dem kleinsten Staat und mitten unter den Ruinen der Zerstörung und dem fortgesetzten Zerstören anderer Staaten kann diese Idee gefaßt und durchgeführt werden." —

Wie und wo Preußen ſich wieder vergrößern könne, hängt von künftigen Umſtänden ab. Wenn nur Kraft da iſt, wird es an Gelegenheit nicht fehlen; und wo könnte die Gerechtigkeit der Eroberung mehr zur Seite ſtehen, als bei der Zurückforderung des Eigenthums oder des Aequivalents, bei dem Erſatz des erlittenen Schadens, bei der Sicherſtellung vor dem künftigen?

Aber große Klugheit und Conſequenz ſind erforderlich, um den Zweck zu erreichen. Die Mobilität der Verhältniſſe in der Politik macht es doppelt ſchwer, ihnen die Maßregeln ſo anzupaſſen, daß ſie zum Ziele führen. Derjenige, dem dieſes Geſchäft anvertraut wird, muß jene Verhältniſſe genau kennen und ſorgfältig verfolgen; in jedem Augenblicke muß er das veränderliche Gemälde ſich vollſtändig vergegenwärtigen, viel Welt- und Menſchenkenntniß beſitzen ſowie die Gabe, mit Menſchen umzugehen und auf ſie zu wirken; vor Allem aber muß er bei ſeinem Benehmen mit ihnen und im Urtheilen und im Handeln den ſchnellen und richtigen Tact haben, der beſſer trifft, als die tiefſten und künſtlichſten Combinationen.

Soviel ich einſehe, ſollte Preußen folgende Grundſätze befolgen:

1) Vor allen Dingen muß es Kraft ſammeln, das Innere in allen Zweigen wohl ordnen und planmäßig in Uebereinſtimmung bringen, auch ſich ohne Zeitverluſt wieder zum Kampfe rüſten, ſoweit es die Mittel geſtatten, beſonders zu dem der Vertheidigung. Schnell kann er wieder eintreten, wahrſcheinlich wird er es, und dringend nöthig iſts daher, in Bereitſchaft zu ſein. Die Hinderniſſe hiebei ſind unverkennbar und groß; aber man laſſe ſich nicht abſchrecken, ſei unaufhaltſam thätig und ſtrebe vorwärts, ſoweit man kann: denn Alles hängt hievon ab.
2) Man nähre ja nicht den Wahn, neutral bleiben zu können, und hüte ſich, dieſes Syſtem aufzuſtellen und anzukündigen. Es paßt nicht für Preußens Lage, hat ſehr geſchadet und iſt unter den gegenwärtigen Umſtänden gar nicht anwendbar. Nur der große, kräftige, durch ſeine Lage begünſtigte Staat kann die Neutralität behaupten und die Verwickelungen vermeiden, die derſelben ein Ende machen.
3) Ueberhaupt zeige man Charakter. Dieſer muß dem Staate wieder aufhelfen, ſowie der Mangel daran ihn geſtürzt hat. Weſentliche Schritte dazu ſind geſchehen. Preußen hat durch ſein Betragen im Unglück und durch treue Beharrlichkeit einen großen Theil der verlorenen Achtung wieder erworben und ſich rein gewaſchen von den alten politiſchen Sünden. Man übe eine ehrliche, gerade, treue Politik, ohne Liſt und

Trug, die entgegengesetzte Napoleon's, aber mit großer Consequenz. Nur dieses kann Vertrauen geben, und nur erst auf Vertrauen in Rechtlichkeit und Consequenz kann Achtung gegründet werden, statt deren der Uebermächtige Furcht gebietet. Nur Achtung kann dem Staate Ansehen und Sicherheit verschaffen, der durch Furcht nicht imponiren kann. Auch im Unglück kann man Würde behaupten und einen edlen, festen Ton beibehalten.

4) Alle Verwickelungen vermeide man aufs allersorgfältigste und gebe keinen Anlaß zum Streit, damit man Zeit gewinne, sich zu verstärken.

5) Insonderheit ist hierin mit Napoleon die größte Vorsicht nöthig, da noch so viele Gegenstände mit ihm auszugleichen sind und er das Messer noch über uns zuckt. Vor allen Dingen wende man Alles an, die französischen Truppen ganz aus dem Lande zu entfernen, und scheue allenfalls ein neues Opfer nicht, um dahin zu gelangen. Freilich bleiben sie uns nur zu nahe; indeß ist doch vorerst viel gewonnen, wenn sie fort sind. Aber um Alles in der Welt schmeichle man Napoleon nicht kriechend, wie ehemals. Damit würde man gewiß den Zweck verfehlen, wie wir ihn verfehlt haben. Napoleon weiß recht wohl, was er von solchen Zuvorkommenheiten und Schmeicheleien zu halten hat, und nur seine Achtung kann frommen. Man hüte sich, mit ihm zu streiten, solange es irgend möglich ist; man beleidige ihn nicht; aber auch gegen ihn benehme man sich mit Würde und Festigkeit und Consequenz. Von sehr guter Hand ist mir versichert worden, daß man in Paris die Briefe des Königs an Napoleon les Elégies de Frédéric Guillaume nannte.

6) Preußen muß sich jetzt Frankreich nicht nähern und sich ja nicht um die Allianz Napoleon's bewerben, gegen die er sogar Abneigung geäußert hat. Es muß sich von ihm suchen lassen und nur dahin trachten, zu verhüten, daß er es nicht zwinge, unter seinen Fahnen zu fechten. Nur im Nothfalle kann Preußen sich mit Frankreich alliiren und nur dann, sollte dieser eintreten, wenn es zugleich mit einer andern großen Macht, mit Rußland oder Oesterreich, geschehe, also womöglich nie allein, es sei denn, daß es von den andern Mächten verlassen oder angefallen würde [1]). Die Folgen einer jeden

1) Anmerkung von Hardenberg's Hand. Den geheimen Artikel, wodurch sich Preußen verpflichtet hat, mit Frankreich gemeine Sache gegen England zu machen, wenn am 1. December nicht Friede zwischen diesen beiden Mächten ist, habe ich erst erfahren, als dieser Aufsatz beendigt war. Ich werde darüber am Schluß noch Einiges nachtragen.

Allianz mit Frankreich werden immer großer eigener Kriegsaufwand und Schaden durch die alliirten Truppen, ohne baaren Erſatz, ſein, von einer Allianz mit Frankreich allein — Abhängigkeit.

7) Dem Rheinbunde muß Preußen ja nicht beitreten, weil es dadurch der Abhängigkeit das Signal aufdrücken und ſich zum Vaſallen Napoleon's ſtempeln würde. Es bewahre wenigſtens den Schein der Independenz, bis es die Wirklichkeit wieder an die Stelle ſetzen kann! Selbſt angebotene Vortheile dürfen Preußen nicht hiezu bewegen.

8) Laut darf es Preußen jetzt freilich nicht ausſprechen, daß es dem franzöſiſchen Syſtem nicht hold iſt, aber eben ſo wenig ſich für ſolches erklären. Dieſes würde ohnehin bei Napoleon keinen Glauben finden. Er hat zu wenig Achtung und Rückſicht für Preußen gezeigt, um ſolchem je wahre Zuneigung zuzutrauen. Es könnte nur dann räthlich ſein, ſich dem franzöſiſchen politiſchen Syſtem anzuſchließen, wenn es die Noth erheiſchte, wenn der Staat dadurch eine Exiſtenz erhielte, die ſeine Macht und Unabhängigkeit ſicherte; nur dann, wenn dieſes noch je der Fall ſein könnte, würde ſich ſolches noch rechtfertigen. Jetzt erhalte man vorſichtig bei den übrigen Mächten den Glauben an Conſequenz und Beharrlichkeit in den Grundſätzen, ſich ſelbſt aber, ſowie bei ihnen, Vertrauen und Hoffnung auf wechſelſeitige Hülfe.

9) Rußland hat Preußen ſchändlich verlaſſen. Um aber den Charakter der ruſſiſchen Treuloſigkeit, das künftige Benehmen gegen dieſe Macht und den Grad des Vertrauens richtig zu beſtimmen, das man auf ſie ſetzen kann, iſt es durchaus nöthig, auf die Umſtände Rückſicht zu nehmen und auf die Perſonen, welche dabei gewirkt haben. Sie ſind zu bekannt, als daß es erforderlich wäre, hier in eine umſtändliche Auseinanderſetzung hineinzugehen. Der Kraftloſe, der, ausgerüſtet mit großer Macht, den Umſtänden gar nicht gebieten kann und bei dem erſten widrigen Geſchick jenen ſchwach unterliegt, iſt und bleibt ein unzuverläſſiger Freund; aber man traue ihm nur das zu, wozu ſein Charakter berechtigt; man benutze ſeine gute Abſicht und das, was man nach dem Maße ſeiner Kraft von ihm erwarten kann [1]). Preußen muß Rußlands Nachbarſchaft und Macht immer ſcheuen und ſchonen. Jetzt muß es ſolches ſo

1) Auch Altenſtein ſchreibt unter dem Eindruck des Friedens von Tilſit. Seine Worte ſind: „Preußen hat vorzüglich Urſache, ſich über Rußland zu beſchweren, da ſolches offenbar ſeine Verpflichtungen nicht erfüllt hat. Es ſcheint mehr Schwäche als Bosheit dieſes Verlaſſen veranlaßt zu haben."

fest als möglich an der Allianz und den durch die Bartensteiner Convention eingegangenen Verbindlichkeiten, an den mündlich und schriftlich so oft und so heilig wiederholten Versicherungen des Kaisers halten, sich desselben als Stütze gegen Frankreich, als Vermittler streitiger Punkte bedienen und von seiner Freundschaft den möglichen Ersatz des erlittenen Verlusts und Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten fortgesetzt begehren. So manche Betrachtungen müssen ihn bewegen, hierauf Rücksicht zu nehmen, und glücklicher Weise fordert es das eigene Interesse seines Reiches. Ob es räthlich sei, die 1808 ablaufende Allianz wieder zu erneuern, läßt sich jetzt noch nicht gewiß bestimmen: die Umstände müssen es ergeben. Indeß scheint es allerdings so, vielleicht mit angemessenen Modificationen.

10) Oesterreich hat gesäumt, uns zu retten. Wir dürfen ihm darüber keine Vorwürfe machen, weil wir leider 1805 eben so und viel ärger handelten, die Erfüllung übernommener Verbindlichkeiten absichtlich verzögerten und dadurch ein Mißtrauen veranlaßten, welches offenbar dazu beigetragen hat, Oesterreich zurückzuhalten. Aber es wäre auch unpolitisch, deshalb Mißvergnügen oder Mißtrauen zu zeigen. Preußens angelegentliche Sorge muß sein, sich unvermerkt immer mehr an Oesterreich anzuschließen und die Freundschaft und das Zutrauen dieses Staates zu gewinnen. Eine Vereinigung mit Oesterreich, England und den anderen minderen Mächten kann noch einmal Europa von der Sklaverei retten.

11) England hat uns auch nicht kräftig und zeitig geholfen. Wir sind aber größtentheils Schuld daran. Hätten wir die ersten günstigen Augenblicke benutzt, das Mißtrauen nicht lange durch ganz zweckwidriges Benehmen genährt, so wäre die Hülfe zu rechter Zeit dagewesen und die Sachen hätten vermuthlich überhaupt eine ganz andere Wendung genommen. Englands Freundschaft zu bewahren, ist für Preußen von der äußersten Wichtigkeit, solange die Verhältnisse seines Handels und seines Reichthums bleiben, wie sie jetzt sind. Es ist eine gefährliche Verblendung, der man sich leider auch in Rußland überläßt, daß uns das englische Handelsmonopol schädlich sei. Ohne England können wir unsere Producte nicht zu Geld machen. Der Handel mit England ist vortheilhaft für Preußen und Rußland. Je blühender er ist, je mehr Gewinn für uns. Ueberdies kann uns kein Staat Geldhülfe im Kriege gewähren, als England; Preußen kann es aber nicht wagen, sich mit England allein gegen das jetzt so mächtige Frankreich zu verbinden, da jenes auf dem festen Lande

kräftige Hülfe durch Truppen zu leisten außer Stande ist. Es ist zu hoffen, daß England die abgedrungene Sperrung unserer Häfen dieses Mal nicht so ansehen werde, als 1806. Die Umstände sind ganz und gar verschieden. Alles muß angewendet werden, um den Eindruck zu mildern und die nachtheiligen Folgen möglichst zu verhüten.

12) Schweden verdient wegen des Charakters seines Königs, wegen dessen letzten schönen Betragens, wegen Preußens, obwohl gezwungenen, vertragswidrigen Benehmens gegen denselben und endlich wegen der thätigen Hülfe, die von daher, vereint mit Anderen, geleistet werden kann, große Rücksicht, und es ist rathsam, das beste Vernehmen mit solchem zu erhalten.

13) Die Lage Dänemarks hat diesem Staate bis jetzt erlaubt, sich aus dem großen Kampfe herauszuhalten. Wie lange es ihm noch glücken werde, ist sehr zweifelhaft [1]); die Umstände allein können das Benehmen gegen ihn bestimmen.

14) Sachsen wird für Preußen äußerst wichtig. Es wäre meines Erachtens äußerst unpolitisch, Sachsen Rache und Mißfallen zu zeigen, weil es an der Beraubung Preußens Theil nahm. Man nehme es, als ob es ganz wider seinen Willen dazu gezwungen sei, suche vielmehr seine Freundschaft und ein vertrauliches Vernehmen mit ihm. Vereint mit Sachsen können wir viel ausrichten, wenigstens viel Böses verhüten, vereint mit Sachsen und Oesterreich noch weit mehr. Und was kann sich nicht an eine solche Vereinigung einmal für Freiheit und Unabhängigkeit anschließen? Kurz, man zeige Sachsen, daß man gern verschmerze, was dieses uns abnahm, und knüpfe die Bande mit solchem wo möglich recht fest. Große Klugheit und Vorsicht ist hiebei nöthig, besonders wegen Napoleon. Sehr wichtig, einen recht tüchtigen Gesandten in Dresden zu haben. Eine Vermählung des Prinzen Heinrich K. H. mit der Tochter und Allodialerbin des Königs könnte sehr günstige und wichtige politische Folgen haben.

15) Baiern hat es verdient, gleichgültig und mit Kälte behandelt zu werden. Man zeige ihm aber keinen Haß. Die Umstände können sich ändern, und wir finden dort einen Freund. Nur diese müssen das Benehmen angeben. — Unterdessen suche es uns!

16) Die übrigen deutschen Fürsten des französischen Systems sind eben so zu behandeln.

---

1) Note von Hardenberg's Hand: Noch während der Ausarbeitung dieses Aufsatzes wurde es gezwungen, aus der Neutralität herauszutreten, und es bestätigte sich, wie mißlich das Neutralitätssystem sei, dessen zu lange Befolgung nun auch für Dänemark die schlimmsten Folgen haben kann.

17) Dagegen zeige man denen, die es mit Preußen hielten oder doch nicht gegen dasselbe fochten, Theilnahme und helfe ihnen, wo man kann.

18) Allen Unterthanen deutscher Fürsten ohne Ausnahme, auch denen, welche solchen angehören, die zur französischen Fahne schwuren, zeige man Bereitwilligkeit, ihnen zu nützen, und erwerbe Preußen Liebe, Achtung und Vertrauen, wo es immer möglich ist.

19) In die Händel der Türkei mische man sich jetzt überall nicht, sondern suche vielmehr, sich aus aller Connexion damit möglichst herauszuziehen. Bei den Plänen Frankreichs und Rußlands, bei dem entgegengesetzten Interesse der anderen großen Mächte kann jede Theilnahme Preußen nur compromittiren und gefährliche Verwickelungen für dasselbe hervorbringen.

20) Mit Spanien in gutem Vernehmen zu stehen, ist theils wegen des Handels, theils wegen möglicher Hülfe, welche daher einst zu erwarten sein könnte, nicht unwichtig. Portugal kann für Preußen wenig in Betracht kommen.

21) Holland, die italienischen Staaten sind jetzt so gut als zu Frankreich gehörig. Ich übergehe also die Verhältnisse mit ihnen; nur möchte es in mancher Rücksicht nützlich sein, sich in Holland Connexionen zu erhalten.

22) Eben dieses gilt von der Schweiz, in der man ohnerachtet des mächtigen französischen Einflusses noch echte Gesinnungen antrifft, die Achtung verdienen und auf die man in vorkommenden Fällen rechnen kann.

23) Auf eine gute Auswahl der Gesandten kommt sehr viel an. Außer vieler Bildung und einem freien Welttone soll der Gesandte nicht nur allgemeine, nicht bloß oberflächliche Kenntnisse besitzen, sondern vorzüglich auch von seinem Vaterlande und dem Staate, bei dem er angestellt ist. Menschenkenntniß, Scharfblick, die Gabe, sich gefällig und seine Meinung durch angenehmen Vortrag geltend zu machen, sind außer reinem Patriotismus, unbestechlicher Integrität und richtiger schneller Urtheilskraft nothwendige Erfordernisse. Als Repräsentant seiner Nation muß der Gesandte Zutrauen und Achtung für diese einflößen; er muß genau zu bemerken und zu benutzen verstehen, was seinem Vaterlande vortheilhaft oder nachtheilig werden kann. Ich würde Niemanden zu einem Gesandtschaftsposten anstellen, der nicht seine Laufbahn in inneren Landesgeschäften ruhmvoll angefangen und dann eine Zeit lang bei einer Gesandschaft fortgesetzt, auch die Welt durch Reisen kennen gelernt hätte. Diese Posten als Pfründen zu betrachten und solche aus bloßer Gunst, oder der Veränderungsliebe

zu Gefallen oder wohl gar aus Ersparniß unfähigen, dazu nicht besonders gebildeten Männern anzuvertrauen, ist äußerst zweckwidrig und kann nur üble Folgen nach sich ziehen. Eben so nachtheilig ist es, die Gesandten nicht hinreichend zu bezahlen. Ersparnisse in diesem Stücke gehören wie alle die, welche sich auf solche wahre Ehrenausgaben beziehen, oder worunter höhere Zwecke leiden, zu den unglücklichen Mißgriffen. Die Mittel zu solchen Ausgaben müssen sich finden, wenn sie nur gehörig gesucht werden. Der Staat erleidet sonst weit empfindlicheren Verlust und verliert an seiner Würde. So wären die Kosten gewiß sehr gut angewendet, welche auf die Bildung der Gesandten nach der vorbeschriebenen Weise, allenfalls zu Reisen der dazu bestimmten Subjecte 2c., verwendet würden.

24) Einfluß und Verbindungen im Auslande sind ein nothwendiges Bedürfniß der Politik, zumal in unserer kritischen Epoche. Man versäume also nichts, sich beides zu verschaffen und hierin Frankreich mit gleichen Waffen zu begegnen. Die Idee, durch Reisende zu wirken, ist gewiß vortrefflich [1]). Theils könnte man junge Männer, die zu Gesandtschaften bestimmt sind, dazu brauchen; indeß müssen diese Reisenden, soll der Zweck erreicht werden, aus mehreren Ständen gewählt und vornehmlich dazu Männer von schon geprüfter Klugheit und Erfahrung genommen, und die ihnen insgeheim zu gebende Anleitung muß nach einem System ertheilt werden. Jetzt gleich wären dergleichen Reisen in Deutschland allerdings von Nutzen. Die Opinion zu gewinnen, ist höchst wichtig, und doch vernachlässigt man dieses im In- und Auslande viel zu sehr. Eben so wenig sollte man versäumen, durch gute Schriftsteller auf sie zu wirken; aber auch dieses von Frankreich mit so vielem Erfolge benutzte Mittel hat man mit Gleichgültigkeit entweder gar nicht oder höchst ungeschickt bei der Gegenpartei angewendet. Bestechungen und Spione, im reinen moralischen Zustande verwerflich wie die Brieferbrechungen, sind ein nothwendiges Uebel und gehören zu den Waffen

1) Altenstein: „Ebenso wichtig als Gesandte sind Reisende. Der Staat kann durch solche unendlich viel bewirken. Ganz vergeblich ist es gewöhnlich, durch solche gegen den Staat, in welchem sie reisen, wirken zu wollen. Man ist zu sehr auf der Hut gegen sie. Allein gar nicht zu verhüten ist es, daß sie für ihren Staat wirken. Ihr Benehmen und ihre Aeußerungen können die Ideen von dem Staate verbreiten, die man in Umlauf zu bringen beabsichtigt. Sie werden bald als Repräsentanten des Staates, dem sie angehören, betrachtet."

der Nothwehr, da man sich ihrer allenthalben bedient. Es muß nur auf eine zweckmäßige Weise und auch nach einem Systeme geschehen, nicht, wie bisher im Preußischen, als Werk des Zufalls, ohne Ordnung und nach Willkür.

III. Grundverfassung des Inneren.

Auf einer recht zweckmäßigen Einrichtung der Grundverfassung des Inneren beruht jetzt die Hoffnung und die künftige Existenz des preußischen Staates. Hier gilt es vor Allem, harmonisch mit dem Zeitgeist und dem Weltplan der Vorsehung zu verfahren; und wenn es auch sonst Bedenklichkeiten haben könnte, die Verfassung zu ändern, so verschwinden sie in der gegenwärtigen Lage des Staates. Das Vorurtheil predigt zwar immer das Alte und nur das Alte. Der stolze Stumpfsinn und träge, unwissende Selbstzufriedenheit werden es weit wegwerfen, das Fehlerhafte und nicht mehr Passende in der bisherigen Verfassung anzuerkennen. Sie werden ihre Stimme laut genug erheben. Aber man höre sie nicht, man schreite muthig fort und räume jedes Hinderniß weg, mit mächtiger Hand. Nie kann der Zeitpunkt günstiger eintreten. Die Opinion unterstützt das rasche kräftige Handeln, die Umstände machen es nothwendig. Will man den Staat retten, ihn wieder aufblühen sehen, so säume man nicht, die einzigen Mittel dazu zu ergreifen. Ein Phönix erstehe aus der Asche.

Der Herr Geheime Finanzrath von Altenstein hat diesen wichtigen Gegenstand vorzüglich schön abgehandelt; ich pflichte ihm aus voller Ueberzeugung bei und kann mich also desto kürzer fassen [1]).

1) Altenstein bezeichnet die Grundverfassung als das innere staatliche Verhältniß. „Sie kann zwar in sich nichts schaffen, allein eben so gut jedes kräftige Wirken und Schaffen verhindern und so einen verkrüppelten Zustand herbeiführen, als auch den Weg bahnen, der zur Erreichung des höchsten Zweckes führt. Man betrachtet die Grundverfassung zuweilen als ein unantastbares Heiligthum, dessen Bestand aufrechterhalten werden müsse. Wenn der Zeitgeist oder die Summe der Fortschritte der Menschheit zu einem höheren Ziele mächtig eingreift und im Inneren oder Aeußeren kräftig wirkt und ohne die Aenderung der Form kein neuer Schwung zu dem höheren Ziele möglich ist, dann ändert sich die Verfassung von selbst, wenn ihr nicht Fesseln angelegt sind, die solches unmöglich machen; diese Fesseln zu lösen, ist die Pflicht der obersten Gewalt. Die Aenderung der Grundverfassung ist bloß ein Nachgeben gegen Das, was der Zeitgeist erheischt. Die Kunst besteht darin, diesen Zeitgeist in der leisesten Aeußerung richtig zu fassen und gehörig zu würdigen. Das höchste Ideal der Verfassung ist, daß in jeder Bestimmung derselben die Möglichkeit nicht nur, sondern sogar eine Veranlassung zum Fortschreiten liege."

Man schrecke ja nicht zurück vor dem, was er als Hauptgrundsatz fordert: möglichste Freiheit und Gleichheit. — Nicht die regellose, mit Recht verschrieene, die die blutigen Ungeheuer der französischen Revolution zum Deckmantel ihrer Verbrechen brauchten, oder mit fanatischer Wuth statt der wahren im gebildeten gesellschaftlichen Zustande ergriffen, sondern nur diese nach weisen Gesetzen eines monarchischen Staates, die die natürliche Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger nicht mehr beschränken, als es die Stufe ihrer Cultur und ihr eigenes Wohl erfordern.

Nur mit wenig Worten will ich mich über die Hauptpunkte der von Altenstein'schen Abhandlung äußern und übrigens auf diese selbst verweisen.

1. Der Adel.

Was der Herr Verfasser in Absicht auf den Adel sagt, hat meine vollkommenste Zustimmung. Unsere Meinung erhält vielleicht dadurch einiges Gewicht mehr, daß wir beide zu dem ältesten Adel gehören. Möge sie beherzigt werden und Eingang finden!

Dem Edelmann kann Niemand seine Abstammung rauben. Hat er den Vorzug, unter seinen Vorfahren Männer zu erblicken, die sich durch Verdienste auszeichneten, so ist dieses allerdings ein mächtiger Sporn; der Name und das Beispiel sind gewiß nicht gleichgültig. Steht er auf der höheren Stufe, ohne zu wissen, was seinen Voreltern dieses Vorrecht gab, so sei es ihm ein desto stärkerer Antrieb, sich selbst dessen würdig zu machen. Hierin setze er den Werth des Adels, und er ist in der That nicht gering. Aber die übrigen Vorzüge, die er oft bloß zufällig vor seinem besseren Mitbürger voraushatte, lasse er willig fahren und bringe sie gern der allgemeinen Gerechtigkeit und der höheren Bildung zum Opfer.

a. Jede Stelle im Staat ohne Ausnahme sei nicht dieser oder jener Kaste, sondern dem Verdienst und der Geschicklichkeit und Fähigkeit aus allen Ständen offen. Jede sei der Gegenstand allgemeiner Aemulation, und bei keinem, er sei noch so klein, noch so gering, tödte der Gedanke das Bestreben: dahin kannst du bei dem regsten Eifer, bei der größten Thätigkeit, dich fähig dazu zu machen, doch nie gelangen. Keine Kraft werde im Emporstreben zum Guten gehemmt!

Man hat den Gedanken gehabt, den Adel mit gewissen höheren Stellen, auch für Bürgerliche, bloß persönlich zu verbinden. Ich kann diesem aus mehreren Gründen nicht beistimmen. Bleibt man dabei stehen und räumt die Scheidewand, welche den Adel und die übrigen Stände trennt, nicht gänzlich weg, so hat man eine unglückliche, halbe Maßregel

gewählt, die den Zweck nicht erreicht. Dann würde solches gewissermaßen eine neue Ertheilung des Adels in sich fassen, die ich nur dem ganz entschieden ausgezeichneten Verdienst vorbehalten zu sehen wünschte.

b. Das alleinige Vorrecht des Adels zu dem Besitz der sogenannten Rittergüter ist, wie der Herr von Altenstein richtig ausgeführt hat, so schädlich und so wenig mehr für unsere Zeiten und Verfassungen passend, daß die Aufhebung desselben durchaus nothwendig ist, sowie die aller übrigen Vorzüge, welche die Gesetze bisher bloß dem Edelmann als Gutsbesitzer beilegten.

c. Den privilegirten Gerichtsstand kann man dem Adel unbedenklich als eine bloß persönliche Auszeichnung lassen, zumal da er sie mit einer großen Anzahl von anderen Staatsbürgern gemein hat.

d. In Absicht auf die Freiheit von Abgaben treten verschiedene wichtige Betrachtungen ein. Eine völlige Gleichheit sollte aus vielen Gründen auch hiebei stattfinden. Der Adel leistet die Dienste nicht mehr unentgeltlich und mit beträchtlichem Kostenaufwande, weshalb er befreit blieb. Gerechtigkeit fordert seine Beiziehung zu den Staatslasten und ihre gleichheitliche Vertheilung. Die Opinion heischt sie laut, und der Bürger und Bauer, deren Grundstücke belastet sind, werden immer scheel sehen zu den befreiten des Edelmannes. Auf der anderen Seite ist Gleichheit in der Belastung der Grundstücke nie zu erreichen, da die Ungleichheit auf gar zu mannichfaltige Weise entsteht und ihr selbst nicht ohne höchst nachtheilige Beschränkung der natürlichen Freiheit entgegengearbeitet werden kann. Die Belegung bisher befreiter Grundstücke mit Abgaben ist ferner eine willkürliche Veränderung des Eigenthums und ein Eingriff in dasselbe, bei welchem nicht nur der Besitzer, sondern auch derjenige gefährdet wird, der auf Treue und Glauben sein Capital diesem Eigenthum anvertraute. Die Anfertigung neuer Kataster ist sehr weitläufig und langwierig; während derselben verändern sich die Verhältnisse, und aus vielen Gründen wird der Zweck einer gleichen Besteuerung dennoch verfehlt, indeß allgemeine Unzufriedenheiten und schädliche Störungen entstehen. Auf der anderen Seite verdient allerdings die Opinion große Rücksicht; es läßt sich auch nicht leugnen, daß eine neue Katastrirung wenigstens doch eine größere Gleichheit der Besteuerung bewirken werde und, wenn man sie einfach macht und nur nicht eine zu große Genauigkeit beabsichtigt, an Schwierigkeit und Langwierigkeit verliert; daß sich bei der neuen Katastrirung und Beiziehung aller be-

freiten Grundstücke eine neue reiche Quelle für die Staatseinkünfte eröffnen wird, wenngleich diejenigen, welche die Befreiung wegen ihrer dem Staate zu leistenden Dienste genießen, entschädigt werden; daß viele Gutsbesitzer gewinnen, wenn sie dagegen Gewerbe treiben können, die bisher nur dem Städter vorbehalten waren; endlich, daß die Besorgniß für den Capitalisten vielleicht übertrieben ist. Die Sache ist so äußerst wichtig, daß sie die sorgfältigste Prüfung erfordert und ich mich hier darauf beschränke, diese anzurathen und anheimzustellen, ob man nach solcher sich entweder für eine neue Katastrirung und Zuziehung aller bisher befreiten Grundstücke zu den Abgaben entscheiden, oder nur festsetzen will, daß bei allen künftigen Auflagen die befreiten Grundstücke gleichheitlich mit allen übrigen belegt werden sollen. Für die Opinion wird schon dadurch viel gewonnen, wenn nicht bloß der Edelmann, sondern ein Jeder das Recht erhält, befreite Grundstücke zu erwerben. Die Befreiung von persönlichen Abgaben muß durchaus aufhören, wo sie noch ist, und ihre Entrichtung gleich sein.

e. Daß die Vorrechte des alten Adels zu Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden ꝛc. wegfallen, finde ich sehr angemessen. Familienstiftungen können bleiben oder, wo die Hauptstiftung zum Besten des Staates aufgehoben wird, Ersatz auf andere Weise erhalten. Diese Hauptstiftungen oder ihre Pfründen verwende der Staat zu milden, wohlthätigen Bedürfnissen oder zur Belohnung von Verdiensten.

f. Neue Adelsertheilungen, darunter ich auch die Erhebungen in den Grafen- und Fürstenstand verstehe, würden als die ausgezeichnetste Belohnung vorzüglicher Verdienste um den Staat anzusehen und über die Ertheilung der Orden zu setzen sein, weil ihre Wirkung auf die Erben geht. Sie müßten nicht anders geschehen, als nach dem Ausspruch eines zu constituirenden Ehrengerichts, das in allem Betracht ehrwürdig sein müßte, und sollten dem ersten Erwerber einen höheren Rang als den des Geburtsadels geben. Ueberhaupt gehört eine vernünftige Rangordnung, die nicht einen Stand vor dem anderen begünstigte, sondern den Staatsbürgern aller Stände ihre Stellen nach gewissen Klassen neben einander anwiese, zu den wahren und keineswegs zu den außerwesentlichen Bedürfnissen eines Staates. Dem Könige bleibe der Entschluß, ob er den Adel nach seinen verschiedenen Graden ertheilen wolle oder nicht; aber es werde unabweisliches Gesetz, daß Niemand diese Auszeichnung erhalte, den das Ehrengericht nicht für würdig erklärte; dieses müßte das Recht haben, Würdige vor-

zuschlagen; ja, man könnte gestatten, daß diejenigen, welche sich Ansprüche darauf erworben zu haben glaubten, sich bei dem Ehrengericht meldeten und die Beweise davon beibrächten, bei deren Prüfung aber die strengsten Regeln beobachtet werden müßten. Sowie übrigens Verdienste die Ertheilung des Adels bewirkten, so müßten auch Vergehungen gegen den Staat oder andere unwürdige Handlungen den Verlust des Adels nach sich ziehen, und auch hierüber müßte das Ehrengericht entscheiden und dem Könige den Ausspruch zur Bestätigung vorlegen. Es liegt auch gar nichts Hartes darin, daß die nachher geborene Nachkommenschaft eines solchen Mannes den Adel entbehre. Den Geburtsadligen belebe das Andenken an seine Vorfahren und an seinen Namen zum Eifer für das Große und Edle; die, deren Väter den Adel verscherzten, mögen darin einen mächtigen Trieb finden, ihn sich und ihren Nachkommen wieder zu erwerben. Das Ehrengericht könnte zuerst aus Mitgliedern bestehen, die der König wählte, etwa aus zwölf Mitgliedern und einem Präsidenten, dem Aeltesten unter dreizehn. Künftig wählte es aber seine Glieder selbst und hätte auch das Recht, solche, die sich unwürdig machten, auszuschließen. Man könnte füglich noch mehrere Zwecke mit diesem Ehrengerichte verbinden, z. B. den Ausspruch in Ehrensachen statt der dagegen mit Infamie zu belegenden Duelle 2c.

Nur noch ein Wort über Napoleon's Meinung und Benehmen in Absicht auf den Adel. Von dem Geburtsadel, von dem Adel, wie er bei uns ist, ist bei ihm eigentlich nicht die Rede. Zwar suchte er Personen aus den ältesten Familien vorzüglich an seinen Hof zu ziehen, aber das geschah theils aus Eitelkeit, weil es ihm, dem aus dem Staube sich Emporgehobenen, schmeichelte, theils um den ehemaligen Adel zu gewinnen. Die Begünstigten, der gegenwärtige Adel bei ihm, sind seine Gehülfen und Kampfgenossen, die er theils fürchtet, theils zu weiterer Hülfe nöthig hat.

2. Der Bürgerstand.

Dadurch, daß einem Jeden der Zugang zu allen Stellen, Gewerben und Beschäftigungen eröffnet wird, gewinnt der Bürgerstand und muß dagegen auch seinerseits auf alles Verzicht leisten, was andere Stände bisher ausschloß.

3. Der Bauernstand.

Der zahlreichste und wichtigste, bisher allerdings am mehrsten vernachlässigte und gedrückte Stand im Staate, der Bauernstand,

muß nothwendig ein vorzüglicher Gegenstand seiner Sorgfalt werden. Die Aufhebung der Erbunterthänigkeit müßte durch ein Gesetz kurz und gut und sogleich verfügt werden. Ebenso wären die Gesetze zu widerrufen, wodurch der Bauer verhindert wird, aus dem bäuerlichen Stande herauszutreten. Die Militärverfassung wird, wenn bei derselben richtige Bestimmungen angenommen werden, hierunter nicht leiden. Man erleichtere ferner den Bauern die Erlangung des Eigenthums, es sei in Rücksicht auf neue Erwerbungen, oder auf die Abkaufung der gutsherrlichen Rechte. Die Frohnverfassung aufzuheben, ist nicht nothwendig. Oft ist sie nicht nur nicht lästig, sondern sogar dem Dienstpflichtigen vortheilhafter, als eine Geldabgabe, nachdem die Localumstände sind. Veränderungen hierin überlasse man der freiwilligen Uebereinkunft und begünstige sie nur durch die Gesetze, indem man die Grundsätze bestimmt, nach denen die Naturaldienstleistung abgekauft werden kann. Der Willkür und dem Drückenden setze man Schranken durch feste Bestimmungen. Den größten und schädlichsten Druck verursachen aber die Kriegs- und Dienstfuhren oder der sogenannte Vorspann, weil er den Bauer nöthigt, aufs Ungewisse mehr Zugvieh zu halten, als er bedarf, weil er dadurch oft auf mehrere Tage in seinen Arbeiten gestört und von seinem Hofe entfernt wird, weil endlich diese Last so ungleich auf das Land vertheilt ist. Diesem Uebel, welches eins der größten Hindernisse der Industrie des Landmannes ist, muß kräftig abgeholfen werden, ohne die unnützen Weitläufigkeiten und Schwierigkeiten zu beachten, welche man der guten Sache in den Weg gelegt hat. Die Mittel, in Friedenszeiten den Vorspann zu ersetzen, werden sich leicht finden; man wird sie gleichheitlich und gerecht auf das ganze Land vertheilen können. In Kriegszeiten müssen alle Kräfte dem Staate zu Befehl stehen, und auch in diesem Betracht werde ich bei dem Militärwesen einer Einrichtung gedenken, welche jede Bedenklichkeit heben würde. Um dem Bauernstande aufzuhelfen, ist ferner durchaus erforderlich, daß der Staat die Aufhebung der Gemeinheiten, der nachtheiligen Servituten, der Naturalfruchtzehnten durch eine verbesserte Gesetzgebung mehr begünstige, die Hindernisse, welche Vorurtheil und pedantische Förmlichkeit in den Weg legen, ernstlich beseitige und die Grundsätze, nach welchen verfahren wird und die Loskaufung geschehen soll, gleichfalls fest bestimme. Kein Staat hat hierüber bessere Verordnungen als Dänemark; auch hat kein Staat größere Fortschritte in diesen Dingen gemacht, als dieser. Beispiel bei den Domainenbauern wird im preußischen Staate, wo der Domainen so viele sind, die größte Wirkung hervorbringen. Es wird nöthig sein, das Widerspruchsrecht des Bauern bei allgemeinen Einrichtungen zu

seinem Besten, z. B. bei Theilungen der Gemeinheiten, Ausbauung der Höfe auf den Grundstücken der Eigenthümer ꝛc., sehr zu beschränken.

4. Herstellung des Zusammenhanges der Nation mit der Staatsverwaltung.

Die Nation mit der Staatsverwaltung in nähere Verhältnisse zu bringen, sie mehr damit bekannt zu machen und dafür zu interessiren, ist allerdings heilsam und nöthig. Die Idee einer Nationalrepräsentation, so wie sie von dem Herrn von Altenstein gefaßt ist, ohne Abbruch der monarchischen Verfassung, ist schön und zweckmäßig. Der Begriff gefährlicher Nationalversammlungen paßt nicht auf sie. Durch die Amalgamirung der Repräsentanten mit den einzelnen Verwaltungsbehörden wird sie den Nutzen gewähren, ohne den Nachtheil zu haben. Sie soll keinen besonderen constitutiven Körper, keine eigene Behörde bilden.

Es wird darauf ankommen:

a. Die Principien auf angemessene Weise zu bestimmen, nach welchen die Wahlen vorzunehmen sind, — nicht nach den Ständen, sondern aus allen Ständen, von den Communitäten; wie diese zu constituiren und wie von ihnen die Wahlen vorzunehmen sein würden.

b. Welchen Behörden Repräsentanten zuzugeben sind. Meines Erachtens würden die Communitätsverwaltungen und Obrigkeiten bloß aus Gewählten bestehen, den Kreisvorstehern; den Verwaltungskammern, dem Ministerium neben dem Könige selbst würden Repräsentanten beigegeben.

c. Die Qualification festzusetzen, welche eine jede dieser Gattungen von Repräsentanten haben muß, sowie die Art ihrer Nachweisung.

d. Ihre Legitimation. — Sie müßten Vollmachten haben, aber keine Instructionen. Sie folgen ihren Einsichten.

e. Ihren Wirkungskreis. — Berathen und auf ihre Committenten wirken. Bei den Communitätsbehörden führten sie die Verwaltung allein und mit vollem Stimmrecht; bei den Kammern würde ihnen eine Decisivstimme, gleich den übrigen Gliedern, bei den Kreisvorstehern, weil diese bloß executiv handeln sollen, und bei dem Ministerium nur eine Consultativstimme zugeeignet.

f. Ihre Zahl richtete sich bei den Communitäten nach den Umständen und Localerfordernissen; aber bei den Verwaltungskammern wäre sie gleich der der Königlichen Räthe. Die Präsidenten und Directoren setzte der König allein. Bei jedem

Kreisvorsteher wären zwei Repräsentanten hinreichend. Der Kreisvorsteher würde dagegen künftig nicht mehr aus dem Adel gewählt, sondern vom Könige, ohne Rücksicht auf den Stand. Bei dem Ministerium könnten drei Repräsentanten den Beisitz haben. Ihnen müßte der freie Zutritt zu der Person des Königs, auch allein, stets offen stehen.

g. Die Dauer der Function möchte auf drei oder sechs Jahre zu bestimmen und dann zu einer anderweitigen Wahl zu schreiten sein, wobei jedoch der bisherige Repräsentant wieder erwählt werden könnte.

h. Die Belohnung müßten diese bloß in dem Verdienst um das Vaterland und in der Ehre setzen; sonst wird allerdings der Zweck verfehlt, und der Nachtheil bleibt, daß bloß besoldete Diener das Schicksal des Staates in Händen haben. Wie tief müßte die Nation stehen, in der sich nicht so viele Männer fänden, die bereit wären, wenigstens einige Jahre hindurch den bloßen Forderungen der Ehre und des Patriotismus zu genügen [1])!

5. Herstellung des möglichst freien Gebrauches der Kräfte der Unterthanen aller Klassen.

Aus dem Hauptgrundsatze, daß die natürliche Freiheit nicht weiter beschränkt werden müsse, als es die Nothwendigkeit erfordert, folgt schon die möglichste Herstellung des freien Gebrauches der Kräfte der Staatsbürger aller Klassen. Ueber den zu erleichternden Besitz der Grundstücke ist schon oben das Nöthige gesagt; auch ihre Benutzung muß frei sein, und die Hindernisse, welche man ihr so häufig in den Weg gelegt hat, im Wahn, das Wohl des Staates zu befördern, müssen weggeschafft werden, sei es durch Aufhebung übel gewählter Polizeigesetze oder schädlicher Vermischungen der Eigenthumsrechte. Die Ausübung persönlicher Kräfte zu jedem Gewerbe oder Handwerk werde frei und die Abgabe darauf gleich, in den Städten und auf dem Lande. Die Abschaffung der Zünfte und der Taxen, wo nicht auf einmal, doch nach und nach, so wie der Herr von Altenstein es angiebt, würde festzusetzen sein, sowie die möglichste Beseitigung aller älteren Monopole. Neue würden nicht ertheilt. Vorzüglich aber ist es nöthig, sich auch mit der Abschaffung der Zwangsrechte, als des Mühlen-, Brauzwanges ꝛc., zu be-

1) Anmerkung von Hardenberg's Hand: Ueber die Frage, ob die Kreisvorsteher nicht bloß aus den Repräsentanten zu nehmen sind, über die Zahl dieser letzteren bei den Kammern, ihr Stimmrecht und ihren Rang wird noch unten bei der Geschäftspflege etwas vorkommen.

schäftigen. Die Lästigkeit und der Druck derselben sind anerkannt, und es kommt nur darauf an, eine Entschädigung dafür auszumitteln, deren Ausfindung wohl nicht fehlen kann.

6. Abschaffung aller Polster der Faulheit.

Alle Pfründen, die mit gar keiner Dienstleistung verknüpft, oder nicht Belohnung wegen geleisteter Dienste sind, sollten unstreitig ganz wegfallen, also vornehmlich die Stiftsstellen, geistlichen Ritterorden 2c. Ueber die Verwendung ihres Einkommens ist schon oben etwas erwähnt worden.

7. Hülfsmittel.

Daß man dem Provinzialcharakter nicht Gewalt anthun und aus Sucht, Alles in eine Form, besonders in eine nicht passende, zu zwingen, nicht überall alle Einrichtungen und Vorschriften auf gleiche Weise geltend machen müsse, damit bin ich vollkommen einverstanden. Doch scheint es mir weise, dem Ganzen einen einzigen Nationalcharakter aufzuprägen und nach und nach, jenen Maximen unbeschadet, dahin zu arbeiten, welches auch ohne Zwang geschehen kann. Die Verwaltung nach Provinzen würde ich diesemnach nicht beibehalten, die Verwaltungsdepartements nach den natürlichen Verhältnissen abtheilen und benennen und einem jeden eine Kammer vorsetzen. Der ganze Staat heiße künftig Preußen. In diesen Namen fließe der eigentliche Preuße, der Pommer, der Brandenburger zusammen; der König nenne sich bloß König von Preußen und nehme das einfache Wappen davon an, zumal da er so manche alte treue Provinz aus Titel und Wappen wird weglassen müssen.

Werden die Nationalfeste zweckmäßig eingerichtet und bei schicklichen Gelegenheiten gefeiert, so können sie von Nutzen sein [1]). Hierauf aber kommt Alles anbei an.

8. Schluß.

Ich bin endlich mit dem Herrn von Altenstein nach der innigsten Ueberzeugung einverstanden, daß nur eine Radicalkur unserer Verfassung dem Staate wieder neues Leben geben und ihm solches erhalten könne. Möge man sie doch nicht scheuen und mit starker

1) Altenstein sagt hierüber. „Sehr vortheilhaft würden Nationalfeste wirken können. Die Nationalfeste werden sich von selbst bilden und dann gerade den richtigen Charakter erhalten, wenn die Volksrepräsentation zu Stande kommt."

Hand die nöthigen Maßregeln — ja keine halben — ergreifen! Hindernisse werden sich genug aufthürmen; aber sie werden zusammenfallen, wenn man ohne Weitläufigkeit und mit Muth auf sie losgeht. Sie mögen in der vorigen Verfassung, in angeblichen ständischen Rechten, oder wo es auch sei, liegen, man bekämpfe sie rasch und fest! Zeit ist nicht zu verlieren. Man übertrage die Ausführung nicht großen zusammengesetzten Commissionen, frage nicht viele Behörden. Selbst das Gutachten der Gesetzcommission dürfte diesesmal nicht zu fordern sein. Wenige einsichtsvolle Männer müssen die Ausführung leiten. Einzelne Unzufriedene werden sich finden; aber sie werden von der Menge der Zufriedenen und Vernünftigen gewiß sehr leicht verdrängt, und vor dem Segen dieser letzteren wird ihre Stimme bald verstummen.

IV. Militärwesen.

Ohne ein recht kräftig organisirtes, stets schlagfertiges Militär kann der preußische Staat nicht wieder emporkommen. Er sollte ein Militärstaat sein; ja, das Dasein des Militärs schien, wie der Herr von Altenstein sehr richtig sagt, der Zweck des Staates. Wie viele andere wichtige Rücksichten mußten nicht immer der militärischen weichen! Sie legte der Industrie und der natürlichen Freiheit so manche Fesseln an, und man suchte es immer dadurch zu rechtfertigen, daß Preußen ein militärischer Staat sei. Die Benennung war freilich geblieben; aber wie weit war man von der Sache! Noch mehr als bei anderen Dingen, wenigstens mit noch mehr Selbstgenügsamkeit und Vorurtheil für das Alte, war man stehen geblieben, während andere fortschritten, besonders Frankreich. Bei aller Gemächlichkeit und Liebe zur Ruhe des Friedens war man stolz auf die Heldenthaten der Vorfahren, unbekümmert selbst, ihrem Beispiel zu folgen, oder ob dieselben Mittel noch dazu tauglich wären, die man aus dem siebenjährigen, durch Friedrich's Glück und Genie so glorreich bestandenen Kriege anpries. Schon in der polnischen und der Rheincampagne war sein Geist von der Armee gewichen. Tapferkeit und Ehrliebe waren wohl noch herrschend; aber der General und der Offizier politisirten. Kabalen, um den Frieden zu erzwingen, traten im Hauptquartiere an die Stelle weiser, kräftiger Operationspläne. Die Tendenz, welche eine Armee haben muß und die allein den Sieg bringt, Krieg und Kriegsruhm, war nicht herrschend. Bequemlichkeit und Neigung zur Häuslichkeit, die, so schön sie ist, der Soldat vorzüglich der höheren Pflicht und dem hohen Ehrgefühl nachordnen muß, nahmen bei dem langen Frieden und dem friedfertigen, dem Kriege zur rechten Zeit stets ausweichen-

den Geiste der Regierung immer mehr überhand, insonderheit bei den älteren und so vielen verheiratheten Offizieren. Mangel an nöthiger Strenge im Dienst, zu wenig Sporn und Aufmunterung für Talent und wahre nützliche militärische Thätigkeit wirkten nachtheilig. Mehrere unserer gelehrten Offiziere stifteten großen Schaden durch ihr Mißtrauen in unsere militärische Kraft und durch unweise Begründung und Verbreitung desselben, anstatt daß sie vorzüglich hätten dahin streben sollen, daß man das wegschaffte und verbesserte, was jene Kraft lähmte. Der militärische Haushalt, der — man sage zu dessen Vertheidigung, was man will — der nagende Wurm am Guten ist, die fehlerhafte Einrichtung, daß der Capitän mehr dabei interessirt ist, daß es Friede, als Krieg sei, mußten bei der größeren, immer zunehmenden Theuerung doppelt nachtheilig werden und Knickerei und die schädlichsten Ersparnisse hervorbringen. Diese fanden überhaupt bei dem ganzen Militärwesen statt. Im Verhältniß mit dem, was der Staat für das Militär aufbrachte, war Alles überspannt; Alles war nach den Preisen eingerichtet, wie sie vor beinahe hundert Jahren waren. Statt die gehörigen Mittel anzuwenden, um ein richtiges Gleichgewicht herzustellen, wozu die Kräfte des Staates bei richtigen Maßregeln neue Quellen darbieten konnten, spannte man Alles immer mehr an. Das größte Verdienst, das beständige Streben war Sparen. Hierauf und auf das Rechnungswesen gingen die Bemühungen der verschiedenen Departements des Ober-Kriegscollegiums. An äußerer Schönheit hatte die Armee beträchtlich gewonnen; aber bei vielen wesentlichen, zum Kriege gehörigen Dingen waren sehr große Mängel. So waren z. B. die Festungen nicht im Stande und für ihr Approvisionnement nicht im voraus gesorgt. Die heilsamen Pläne zu einer inneren Landesvertheidigung waren durch unnütze Schwierigkeiten und weitläufige Deliberationen aufgehalten worden und nicht zu Stande gekommen; ebensowenig so manche nützliche Veränderung, die man bei dem Train, der Verpflegung und anderen Hülfsgegenständen beabsichtigte. Die Waffendepots und Fabrikationen waren nicht gehörig im Lande vertheilt; auf ihre eventuelle Fortschaffung hatte man nicht Bedacht genommen. Wie lange sah man die Gefahr, mit Frankreich in einen Krieg zu gerathen, vorher, und dennoch waren nicht einmal Magdeburg und Spandau im Vertheidigungszustande! Einzelne Proben von Muth und Patriotismus haben bewiesen, daß diese Tugenden im preußischen Heere nicht erstorben waren; aber Unglück und unverantwortlich schlechtes und feiges Betragen haben dennoch dem Militär Achtung und Vertrauen entzogen, und diese wiederzugewinnen, ist das erste und dringende Bedürfniß. Eine gänzliche Umänderung und Entfernung der stattgefundenen Mängel bahnt hiezu den Weg am besten.

1. Zahl und Composition der Armee.

a) Reguläre Truppen, b) Landregimenter oder Reserve, c) Landaufgebot, Volontärcorps.

Es ist durchaus nöthig, gleich wieder so viel Streitkräfte beisammen zu haben, als irgend möglich ist, da der Fall, wo ein neuer Krieg unvermeidlich würde, sehr leicht und schnell wieder eintreten kann. Eine Macht zu organisiren, die keinen Reiz abgebe, eine Wirksamkeit nach außen von ihr zu fordern, wie der Herr von Altenstein wünscht, scheint mir nicht wohl möglich. Sie sei noch so klein an regulären Truppen, man wird sie, wenn man ihrer bedarf, doch mit ins Spiel ziehen und mit sich fortzureißen wissen [1]). Daß mit den Mitteln, die der Staat jetzt auf das Militär wenden kann, so viel Streitkräfte als möglich aufgestellt werden, da ist's, worauf es ankommt. Um diesem so wichtigen Gegenstande durch richtige Bestimmungen zu genügen, muß auf die gegenwärtige Bevölkerung Rücksicht genommen werden und auf dasjenige, was der Staat an Geld und anderen Bedürfnissen aufzubringen vermag. Beides, besonders das letzte, welches eine sorgfältige und einsichtsvolle Prüfung unserer Ressourcen erfordert, kann ich hier nicht genau angeben; ich muß mich begnügen, ein ungefähres Calcul hinzuwerfen. Angenommen, daß wir noch 5 bis 6 Millionen Menschen haben und daß von 40 Einer Soldat sei, können noch 125,000 bis 150,000 Mann gestellt werden. Man rechnete, wenn ich nicht irre, 40,000 Seelen auf einen Regimentscanton; aber mehrere derselben hatten bei weitem nicht so viel.

Bei der neuen Einrichtung rechne ich gar nicht auf Ausländer, aber auch nicht auf die Fortdauer der bisherigen Exemtionen; folglich kann ich wohl mit Gewißheit 150,000 Mann ansetzen. So viel reguläre Truppen zu halten, wird der Finanzzustand schwerlich erlauben. Infanterie ist leicht vermehrt oder formirt; bei der Cavallerie erfordert dieses weit mehr Zeit. Man beschränke sich also in Absicht auf erstere auf einen Stamm und halte von letzterer mehr, als im Verhältniß zu diesem erforderlich sein würde; die Compagnien können künftig, wenn es nöthig und möglich ist, bald

1) Altenstein ist der Meinung, daß mit der alten Armee nichts mehr anzufangen sei; eine ganz neue Schöpfung müsse an ihre Stelle treten. Da es zunächst auf Vertheidigung und Behauptung der Selbständigkeit des Staates ankomme, müsse sich der Staat eine möglichst starke innere Macht ohne alles Aufsehen bilden und diese so organisiren, daß ihr eine Wirksamkeit nach außen gar nicht zugemuthet werden könne, bis Alles zu deren kräftiger Handhabung in Bereitschaft sei. Er fordert Verminderung der regulären Armee, da der Staat gar nicht im Stande sei, in auswärtige Kriege verwickelt zu werden.

verdoppelt werden, und so nützlich es mir scheint, die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere dabei so stark als möglich anzunehmen, so würde es doch wohl nicht nöthig sein, die volle Zahl anzustellen, die bei einer dermäßigen Vermehrung erforderlich wäre. Aus den formirten und eingeübten Corps lassen sich schnell Stämme zu neuen nehmen.

An regulären Truppen würden vielleicht 45,000 Mann Infanterie und 25,000 Mann Cavallerie anzunehmen sein und dazu die nöthige Artillerie, Ingenieurs, Mineurs, Sappeurs, Pontonniers 2c. Außerdem aber würde ich 80,000 Mann Infanterie, Reservetruppen oder Landregimenter vorschlagen. Und um die Vertheidigung desto sicherer zu machen, würde ich die ganze Volksmasse daran Theil nehmen lassen und dafür mehr zu interessiren suchen. Zu dem Ende wären die Städte und das Land, auf diesem vornehmlich Gutsbesitzer und Beamte, aufzufordern, freiwillige Corps zu errichten, nicht um auswärts gebraucht zu werden, sondern um bloß zur Beschützung des eigenen Herdes zu dienen. Wird die Sache gehörig angegriffen, so würde auf diese Weise, glaube ich, eine große Anzahl herauskommen. Immer würden solche Corps von Freiwilligen einem gezwungenen Landesaufgebot weit vorzuziehen sein; also versuche man es wenigstens. Man ehre sie nur recht, und bald wird es eine Ehre werden, zu ihnen zu gehören. Nach den Umständen könnte man auch die Zusammenstellung von Cavalleriecorps gestatten, wo sich Geneigtheit dazu fände. Ueberhaupt müßte man dem freien Willen bei dieser Bewaffnung einen recht großen Spielraum lassen. Sollten auf diese Weise nicht wenigstens 100,000 bewaffnete Männer im ganzen Staat auftreten?

Hiernach würde eine bewaffnete Macht von 150,000 Mann, die im Nothfall gleich offensiv operiren, und von 250,000 Mann zur Vertheidigung entstehen, ohne Artillerie 2c. Die Stellung der 100,000 Freiwilligen würde mit dem oben angenommenen Verhältnisse zur Population zu vereinigen sein, da sie nur aus bereits Ausgedienten erfolgen würden und diejenigen, bei denen dieses der Fall nicht wäre, von der Verpflichtung zu wirklichen Kriegsdiensten durch die Eigenschaft als Freiwilliger nicht befreit werden dürften. Zur Vertheidigung unserer langen Seeküste und Binnenwasser würde es sehr zweckmäßig sein, eine wohleingerichtete Scheerenflotte, deren Kosten nicht sehr beträchtlich sein könnten, zu unterhalten und sie durch Werkverständige zum Dienst zu bilden.

2. Verpflichtung zum Kriegsdienste.

Die Militärconscription würde ganz umgeändert. Alle bisherigen Exemtionen ohne Ausnahme würden aufgehoben. Jeder,

der nicht auf andere Weise im Dienst des Staates angestellt ist, müßte zum wirklichen Kriegsdienst in den regulären und den Reservetruppen verpflichtet sein. Man mache aber aus dem Soldatenstande einen wahren Ehrenstand. Nur der unbescholtene Ausländer, der sich freiwillig anbietet, werde darin aufgenommen und dann als Einländer behandelt. Der Regel nach rechne man nicht auf Ausländer. Man dulde keinen Soldaten, der sich eines schimpflichen Vergehens schuldig gemacht hat, z. B. keinen Dieb, und schließe ihn noch vor der Bestrafung aus. Jede entehrende Strafe, die Stockprügel, das Gassenlaufen ꝛc., fallen weg. Der gemeine Soldat werde strenge, aber mit Achtung behandelt. Kein Deserteur werde wieder angenommen, oder Schande und Strafe verfolge ihn. Das Kriegsrecht muß revidirt und abgeändert werden. Die Dienstzeit bestimme man kurz, damit der Zwang nicht drückend werde, auf sechs Jahre. Wer aber länger, ja so lange dienen wollte, als er nicht unfähig wäre, dem gestatte man es nicht nur, man gebe ihm nach der Länge der Dienstzeit Auszeichnung, allenfalls, wenn es der Staat vermag, höheren Sold; ebenso dem Ausländer, dem man seine Capitulation treu halten muß. Damit auch dem besonderen Talent und der entschiedenen Neigung für eine andere Bestimmung die Möglichkeit bleibe, alle Zeit hierauf zu wenden, ob zwar nur die von sechs Jahren ihnen zum Theil entzogen würde, so gestatte man die Befreiung von der Verpflichtung gegen Stellung eines anderen, noch völlig rüstigen Mannes, der aber unter denen nothwendig gewählt werden müßte, die ihre eigene Verpflichtung schon erfüllt hätten. Man könnte hierbei auch, um nicht zu alte Soldaten zu bekommen, gewisse Jahre bestimmen. Ich würde rathen, jeden ohne Ausnahme erst zwei Jahre bei den Reservetruppen und dann vier bei den regulären dienen zu lassen. Auch die Edelleute, die Offiziers-Söhne würden mit zur Conscription gezogen. Aus denen, die bei den Reservetruppen zwei Jahre gedient hätten, würden die regulären Regimenter, sowohl Infanterie als Cavallerie, Artillerie, leichte Truppen ꝛc., completirt und dabei die Mannschaften nach ihrer Tauglichkeit zu dem verschiedenen Dienst vertheilt, ohne den Regimentern gewisse Cantons zu geben, welche bei den Reservetruppen stattfinden würden. Die Schönsten könnten zu einer besonderen Gardedivision gewählt werden; bei den übrigen aber müßte man schlechterdings auf Schönheit und Größe nicht sehen, sondern bloß auf die übrigen Eigenschaften eines guten Soldaten, vorzüglich auf Brauchbarkeit und Kraft. Niemand, von welchem Stande er auch sei, würde gleich Offizier oder Unteroffizier. Die sogenannten Junker müßten wegfallen und ein Jeder als Gemeiner bei den Reservetruppen anfangen. Nach ausgedien-

ten sechs Jahren müßten auch Diejenigen abgehen können, die Offiziere geworden wären; denn bis dahin dauerte nur ihre Verpflichtung.

3. Avancement und äußere Auszeichnung.

Die Aussicht zum Avancement müßte durchaus für alle Soldaten gleich sein, allenthalben gleiche Nacheiferung, gleiche Belohnung und ehrenvolle Auszeichnung. Die Unteroffiziere würden von den gemeinen Soldaten nach der Mehrheit gewählt, die Offiziere des ersten Grades von den Unteroffizieren, beides bei jeder Vacanz und unter dem Vorsitz des Chefs und der Stabsoffiziere [1]). Für Fremde könnte der König in jedem Regimente sich ein paar Stellen vorbehalten. Bei allen höheren hänge das Avancement von Ihm ab. Ob dieses wie bisher bis zum Stabsoffizier bloß in den Regimentern bleiben, oder sich auf Divisions erstrecken solle, würde näher zu prüfen sein. Anciennetät wäre der Titel zum Avancement; aber nur das Verdienst entscheide, besonders bei den Chefs- und Commandeurs-Stellen, wo das Dienstalter gar nicht in Betracht kommen müßte, sondern bloß die Tauglichkeit [2]). Es müßte Einzelnen oder Mehreren erlaubt sein, bei dem Ehrengericht Untersuchungen und Aussprüche gegen Solche zu veranlassen, die sich unwürdig gemacht hätten, im Corps zu dienen. Würden sie schuldig befunden, so müßte sie der König entlassen. Anklagen aus böser Absicht würden scharf bestraft. Bei den Corps der Freiwilligen müßten alle Stellen ohne Ausnahme durch Wahl besetzt werden, die Chefs dieser Corps nicht ausgenommen. Nur die Generals, wenn es nöthig würde, ihnen solche vorzusetzen, erwählte sodann der König. Bei allen Wahlen, auch bei denen der wirklichen Armee, müßte es freistehen, zu dem höheren Grade auch Einen aus einem niedrigeren, als der der Wählenden ist, zu wählen, um

---

1) Dahin ging auch die Grundansicht Altenstein's. Es heißt bei ihm: „Die ersten Grade sollten durch Wahlen gegeben werden, und die Gemeinen die Unteroffiziers, die Unteroffiziers die ersten Offiziersgrade wählen. Allenfalls könnte ein von den Offizieren gewählter Ausschuß der Gemeinen unter Vorsitz der Offiziere wählen." Diese Vorschläge näherten sich den ersten revolutionären Einrichtungen in Frankreich, ehe nämlich Volontärs und stehende Armee amalgamirt waren. Man hatte wohl wenig davon erfahren, welche verderblichen Wirkungen die Wahl der Offiziere dort hervorgebracht hatte, denen nur die absolute Gewalt der Conventcommissare zu steuern vermochte. Hardenberg's Vorschläge zeugen übrigens von einer sehr guten Kenntniß der Sache. Sie mögen die Veranlassung gegeben haben, daß man einen Augenblick daran gedacht hat, ihn selbst zu einer militärischen Stellung zurückzurufen.

2) Anmerkung von Hardenberg: Daß dieses auf die Generale noch weit mehr Anwendung finde, versteht sich von selbst.

dem sich auszeichnenden Verdienst desto mehr Aussicht zu geben. Uebrigens könnte es auch zur Strafe für gewisse Vergehungen dienen, von den Wählenden ausgeschlossen zu werden. Aeußere Auszeichnungen und Rang müßten bei den regulären Truppen, den Reservetruppen und den freiwilligen Bewaffneten schlechterdings ganz gleich sein, und jedes alte Vorurtheil muß der Betrachtung weichen, daß alle Bürger *eines* Staates sind und gleiche Ansprüche haben. Je weniger man den Soldaten von dem Bürger trennt, je mehr man bei beiden das *wahre* point d'honneur erweckt, desto mehr werden Patriotismus und schöne, ehrenvolle Thaten die Nation verherrlichen und Alle sich nur als Glieder einer Familie lieben und behandeln. Der ganzen Nation ein Abzeichen zur Vereinigung zu geben. ist keine leere Idee. Man verordne eine schwarz und weiße Nationalcocarde. Es wirkt auf den sinnlichen Menschen. Portepée, Schärpen und Fahnen müssen gleich sein für alle Arten von Streitern; Allen bleibe die Aussicht auf Militärorden, Ehrenzeichen und andere Belohnungen der Tapferkeit und Treue. Die Offiziere der regulären Truppen und der Reservetruppen würden unter einander rouliren, auch bei dem Avancement.

4. Montirung und Bewaffnung.

Wie und in welchem Verhältniß die verschiedenen Corps zu bewaffnen und zu kleiden sind, als schwere oder leichte Truppen, als Husaren, Jäger, Scharfschützen ꝛc., diese allerdings nicht unwichtigen Fragen überlasse ich der militärischen Einsicht und Erfahrung zu beantworten. Nur erlaube ich mir, zu sagen: auch hiebei sehe man nur bei der Gardedivision auf Glanz und bei allen auf Zweckmäßigkeit, auf eine Kleidung, die einfach, durch genaue Uebereinstimmung schön, bequem und schützend gegen die Witterung, auch nicht zu kostbar sei. Die Einkleidung alle zwei Jahre mit besserem Tuche scheint mir vorzüglicher zu sein, als die bisherige; auch scheint es mir räthlich, die Farben der Aufschläge nicht zu vervielfältigen, damit die Vorräthe immer zu mehreren Corps passen. Vielleicht könnte jede Division gleiche Montirung, nur mit einem Abzeichen für jedes Regiment haben. Von Montirungen und Waffen verschaffe man sich hinreichende Vorraths-Depots und lege die Fabrikationen an mehreren Orten an, hebe die nachtheiligen Monopole auf und sichere im voraus die Rettungsmittel bei Unglück. Den Freiwilligencorps lasse man völlige Freiheit, wie sie sich bewaffnen und kleiden wollen. Nur müssen sie entschiedene militärische Abzeichen haben und in jedem Corps übereinstimmend gekleidet sein. Bei denen der Infanterie könnte die Bewaffnung, in Ermangelung von Gewehren, größtentheils mit Picken,

übrigens mit Büchsen oder gezogenen Gewehren geschehen. Wiederanschaffung und Herstellung von Artillerie ist eins der allerwesentlichsten Bedürfnisse; denn außer dem schweren und Festungsgeschütz ist zu wünschen, daß alle Truppen, auch die freiwilligen, mit Kanonen versehen werden, die sie immer bei sich haben und womit sie umzugehen verstehen. Das reitende Feldjägercorps scheint mir, so wie es jetzt ist, sehr zweckwidrig. Das Courierwesen ist ihrer eigentlichen Bestimmung sehr nachtheilig, und zu diesem stelle man besondere sichere Subjecte an, oder brauche Zöglinge der Diplomatie dazu.

5. Eintheilung in Divisionen und Armeecorps.

Eine zweckmäßige Eintheilung der Armee in Divisionen und Armeecorps scheint mir höchst nöthig, damit die ganze Zusammenstellung in Friedenszeiten gleich so sei, wie sie im Kriege bleiben soll. Von Zeit zu Zeit könnten zwar Veränderungen nöthig und heilsam werden; aber man verspare nur jene Eintheilung nicht bis zum Kriege. Ein jedes Armeecorps habe immer einen commandirenden Chef, der für Alles verantwortlich sei. Alle controlire der König selbst und durch Inspecteurs. Einem jeden Armeecorps werden auch Reservetruppen und freiwillige Bewaffnete zugetheilt. Es kann auch sein, daß ganze Corps nur aus den beiden letzteren Gattungen bestehen, da die Umstände es nöthig machen, daß die regulirten Truppen da stehen, wo am leichtesten und schnellsten Gefahr stattfinden kann. Die nöthigen Hülfsbehörden und Personen sind den Armeecorps gleich zuzuweisen für die Verpflegung und den Train, die Pontons, Lazarethe, auch das Postwesen. Auch finde ich es sehr zweckmäßig, daß jedem commandirenden, in Kriegszeiten mit sehr ausgedehnter Vollmacht zu versehenden Generale sodann ein Civilcommissär beigegeben werde, der Ansehen hat, ihn berathe, die Verbindung mit den Civilbehörden unterhalte und schnelle Ausführung allenthalben besorge.

6. Beständige Mobilität und Magazine.

Vor allen Dingen ist es in der gegenwärtigen Lage Preußens und bei der nahen Nachbarschaft stets beweglicher Truppen höchst nothwendig und wichtig, daß die Armee immer ganz mobil sei, so daß die regulären Truppen jedesmal in 24 Stunden, die Reservetruppen in acht Tagen ins Feld rücken können. Alles muß also unumgänglich hiezu im Stande sein. Lieber weit weniger Truppen gehalten, aber gute und schnelle, und in jedem Augenblicke brauchbare! Es werden sich schon Mittel finden, die Pferde für die

Artillerie und den Train, welche stets vorhanden sein müssen, nützlich zu Staatsdiensten, zur Anfuhr von Bedürfnissen, Erleichterung der Polizei und Hebung der Industrie und Cultur zu beschäftigen. Man kann sie hiezu den Gutsbesitzern, Beamten, Unternehmern 2c. zum Theil gegen die Ausfütterung anvertrauen, unter der Bedingung, sie im Falle des Bedarfs auf der Stelle in gutem Stande zu liefern. Man vermindere aber den Train und schaffe alles nicht durchaus Nöthige ab. An den erforderlichen Magazinen und den voraus bereiteten Mitteln, sie zu verstärken, darf es nie fehlen. Es muß eine der ersten Sorgen sein, sie zu erfüllen und in mehreren sicheren Orten aufzubewahren. Die Verpflegungs-, Post-, Lazareth- und andere Officianten müssen, soweit es nöthig ist, da- und wenigstens designirt sein, alle aus rechtlichsten und zuverlässigsten Staatsdienern gewählt und mit Sicherung für die bloß designirten zur Rückkehr auf ihre Posten, die unterdessen von Anderen übertragen und versehen würden. Die Truppen müßten durchaus so dislocirt sein, daß sie leicht und gleich in gute Stellungen zusammengezogen werden könnten. Die freiwilligen Corps würden sich auch in steter Bereitschaft halten; da sie aber nur zum inneren Dienst bestimmt sind, so erfordert ihre Mobilität so viele Anstalten nicht. Jeder Chef hätte dafür die Sorge und die Verantwortlichkeit.

7. Stete Thätigkeit, Dienstleistung und Exerciren 2c.

Nichts wirkt auf den Menschen, und besonders auf den Soldaten, nachtheiliger, als Unthätigkeit und der Hang zu solcher, der immer mehr zunimmt, je weniger man ihm entgegenstrebt. Das Militär müßte ohne Unterlaß beschäftigt und in Bewegung sein; sonst werden die Gefahren des Müßigganges bei diesem Stande gefährlicher, als bei irgend einem anderen. Die regulären Truppen dürften bei der abgekürzten Dienstzeit, und da sie die erste Schutzwehr des Vaterlandes sein sollen, ohne Noth den gemeinen Soldaten und Unteroffizier gar nicht außerhalb der Garnison beurlauben, den Offizier nur nach gewissen Bestimmungen und wenn kein Nachtheil daraus entsteht. Sie würden beständig in den Waffen geübt; sie müßten oft campiren, marschiren und wirkliche militärische Bewegungen machen, auch die Garnisonen verändern. Sowohl für den Offensiv- als Defensivkrieg müssen Pläne ganz vorbereitet vorhanden sein, die auf die nach der gegenwärtigen politischen Lage möglichen Fälle berechnet, aber mit dem größten Geheimniß zu behandeln sind. Bei den Revuen und Uebungsmanövres würde ich einen ganz anderen Gang befolgen, als bisher. Mehrere Tage, wo möglich ein paar Wochen hindurch, würde ich im Frühjahr und im Herbst ordentliche kleine Campagnen machen, bald offensiv, bald verthei-

digungsweise, oft in zwei Corps operiren, wovon eins das feindliche vorstellte und seine Operationen nach eigener Einsicht des Chefs von einem entfernten Punkte aus machte. Hierbei würde ich immer große strategische Pläne voraussetzen. Da die Truppen stets mobil sein sollen, so würde die Ausführung keine Schwierigkeiten haben, zumal wenn sie campirten, oder der Bequartierte bei dem Cantonniren vollständige Vergütung erhielte und durch strenge Disciplin vor Excessen gesichert würde. Man kann die Truppen auch unter Aufsicht der Offiziere gegen Bezahlung zu öffentlichen Arbeiten, Erbauung der Festungen, der Chausseen z. E., gebrauchen und dabei in Lagern stehen lassen. Der ganze Dienst müßte auf den wirklichen Felddienst berechnet sein, das Exercice und das Manövriren so einfach als möglich. Alles Pedantische und Unnütze werde entfernt. Die Cavallerie brauche man zur inneren Landespolizei. Sie wird sich besser dabei qualificiren, als bei ihrer bisherigen größeren Unthätigkeit in Friedenszeiten. Die Reservetruppen müßten zwei Monate beisammen sein und campiren, sich von einem Ort zum anderen bewegen, der Regel nach nicht in den Städten, oder auf dem Lande cantonniren. Sodann gingen sie wieder auseinander, und höchstens bliebe, was nöthig würde, eine kleine Anzahl in einer Garnison beisammen. Die Freiwilligencorps exercirten alle Sonntage und würden alle Jahre eine kurze Zeit, nach den Umständen über acht Tage, zusammengezogen, welches so viele Volksfeste geben würde[1]). Dieses würde völlig hinreichend sein, da man annehmen kann, daß der größte Theil der Freiwilligen aus vorhin im Dienste gewesenen Soldaten bestehen würde. In Kriegszeiten besetzten die Freiwilligen zum Theil mit die Festungen. In Friedenszeiten wirkten sie mit zur Handhabung der Polizei. Der König musterte zuweilen alle verschiedenen Truppencorps und Gattungen und belebte den Eifer. Strenge Ordnung und Disciplin müßten überall herrschen, jeder Druck des Militärs gegen seine Mitbürger scharf geahndet werden. Den Regimentschefs und Commandeurs würde ich, um sie desto unparteiischer zu machen, keine Compagnien geben.

8. Sorge für die Festungen und Sicherheit der Militärvorräthe und Fabrikationen.

Daß die nöthigen Festungen in vollkommenem Vertheidigungsstande erhalten und daß die nöthigen Maßregeln getroffen werden, damit sie alle Bedürfnisse, insonderheit auch an Lebensmitteln, entweder haben, oder doch sehr schnell damit versehen werden können,

1) Die Grundansicht stammt von Altenstein.

daß man ihnen rechtschaffene, tapfere Commandanten vorsetze, ist äußerst nothwendig; widrigenfalls leisten sie gerade das Gegentheil ihres Zweckes: sie werden Waffen gegen den Staat. Eine genaue Prüfung, welche Festungen zu erhalten sind, wo nothwendig neue anzulegen sein werden, ist erforderlich. Die dermalige Lage des Staates scheint hierin ganz neue Plane zu erheischen, um die Punkte, die am meisten bedroht sind, einigermaßen zu sichern, und um sich Waffenplätze zu verschaffen, von denen die Operationsbasen ausgehen können. Die Residenz liegt jetzt noch weit unzweckmäßiger als vorhin. Eine Verlegung mehr in das Innere wird große Schwierigkeiten haben. Danzig hätte sich vorzüglich dazu geschickt, selbst wenn die Monarchie ihren Umfang behalten hätte, sowie in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung. Der beste Fleck wäre zwischen der Oder und Weichsel. Aber Schifffahrt, wenigstens innere Wassercommunication, ist für eine Hauptstadt von sehr großem Werthe. Treptow an der Rega, Cammin, vorzüglich aber Wollin würden vielleicht am schicklichsten liegen. Wenigstens bringe man von Berlin alle militärischen Vorräthe und Magazine, Zeughäuser, Kanonen, Gießerei und dergleichen weg, verlege jene rückwärts in mehrere sichere Orte vertheilt, vorzüglich aber die Kanonen- und Waffenfabrikation, wobei auch darauf zu sehen ist, daß die Fabrikationen möglichst in Gegenden kommen, wo das Material, z. B. Holz, leicht zu haben und der Transport nicht schwer sei. Die Gewehrfabrik liegt jetzt in Spandau höchst gefährlich. Es müssen durchaus mehrere angelegt werden. Ebenso ist es sehr unzweckmäßig gewesen, die Münzstellen abzuschaffen, die wir in mehreren Provinzen hatten. Die Festungen an der Oder scheinen mir jetzt die wichtigsten, besonders Stettin, Cüstrin, Glogau. Ob die Citadelle von Magdeburg noch einen großen Werth für die Vertheidigung habe, oder ob er ihr gegeben werden könne, wage ich nicht zu beurtheilen; aber die Linie an der Havel, von Werben oder Havelberg hinauf, Rathenau, Brandenburg, Treuenbrietzen, scheint mir für solche wichtig und die Ueberlegung Sachverständiger nöthig, ob auf derselben ein oder mehrere feste Plätze anzulegen, ferner ob es nicht erforderlich sei, vielleicht Crossen, oder einen anderen gelegenen Ort in dieser Gegend zu befestigen, um die Sachsen bewilligte neue Militärstraße in Respect zu halten. Vielleicht können kleinere Verschanzungen oder Forts, Brückenköpfe, Blockhäuser, im voraus auf den Hauptpässen angelegt, großen Nutzen gewähren, wenn ein Vertheidigungskrieg stattfinden müßte. Vor allen Dingen befolge man aber auch hiebei die Regel: lieber weniger, aber, was man hat, in vollkommen gutem, recht brauchbarem Stande zu haben.

9. Bezahlung des Militärs, Haushalt ꝛc.

Die Bezahlung des Militärs muß schlechterdings den jetzt viel kostbarer gewordenen Bedürfnissen angemessen sein. Der Soldat muß sein Auskommen haben und besonders auch der Offizier so gesetzt werden, daß er nicht zu Plackereien und Knickereien seine Zuflucht zu nehmen braucht und diese ohne Nachsicht desto schärfer gestraft werden können. Der gegenwärtige Compagniehaushalt muß durchaus abgeschafft werden, der Capitän einen vollkommen hinreichenden Gehalt bekommen. Hiebei zu sparen, würde mir höchst nachtheilig scheinen und die so nöthige strenge Disciplin unmöglich machen. Im Kriege muß das ganze Militär eine Feldzulage erhalten; denn der Offizier hat mehr Aufwand, und der Gemeine kann gar keinen Nebenverdienst haben. Die Beziehung auf das, was Napoleon seinen Offizieren giebt, ist nicht anwendbar; sein Bezahlungssystem paßt nur zu seinem Raubsystem. Die regulären Truppen würden das ganze Jahr hindurch die volle Bezahlung und Verpflegung erhalten; bei den Reservetruppen würde der Sold dem der ersteren völlig gleich sein, aber den Gemeinen und Unteroffizieren nur dann gegeben werden, wenn sie beisammen wären, also in der Regel nur zwei Monate im Jahre. Der Offizier, welcher gleichfalls Urlaub erhält, müßte sich während dessen auch einen Abzug von etwa $^1/_3$ oder der Hälfte gefallen lassen. Die Freiwilligencorps erhielten vom Chef der Corps bis zum Gemeinen keinen Sold vom Staate, solange sie nicht gebraucht würden, dann aber ebenfalls denselbigen, wie die anderen Truppen. Gewöhnlich müßten sie sich selbst ganz unterhalten, auch bei ihren Exercirversammlungen. Jedes Corps wird hiezu nach seinem Gefallen die Maßregeln verabreden; doch würde der Staat zu der ersten Bewaffnung die Kosten ebenfalls ganz oder zum Theil geben, die Fahnen schenken, zur militärischen Musik eine Beihülfe geben ꝛc. Ueber den Aufwand behufs des Militärs wird unten bei den Finanzen das Nöthige vorkommen.

10. Militärische Gerichtsbarkeit.

Die militärische Gerichtsbarkeit muß sich nur auf Dienst- und Disciplinsachen erstrecken. In allen anderen Dingen müssen die Militärpersonen dem ordentlichen Richter untergeordnet sein sowie den Polizeibehörden. Dieses ist auch in Frankreich und England der Fall und zur Abschaffung des schädlichen Zunftgeistes sehr nöthig. Zweckmäßige Verfügungen können bestimmen, in welchen Fällen der Richter die Execution selbst verhängen darf, oder den Vorgesetzten vom Militär dazu requiriren muß.

11. Erziehung und Bildung zum Soldatenstande.

Die Sorgfalt für die Erziehung des Staatsbürgers muß sich bei der großen Wichtigkeit des Soldatenstandes im Allgemeinen schon darauf erstrecken, einem jeden eine hierauf mit gerichtete Bildung zu geben und den Sinn für Patriotismus und die Pflicht, das Vaterland zu vertheidigen, zu heben. Besondere Unterrichtsanstalten für das Militär, sowohl für die niedere als höhere Wissenschaft und die einzelnen Zweige derselben, sind wichtig und erforderlich. Die jungen Offiziere der Reservetruppen könnten verpflichtet werden, abwechselnd solche Anstalten zu besuchen, und dann den vollen Sold erhalten. Man könnte auch Kinder in zweckmäßige Institute aufnehmen und die gegenwärtigen dazu benutzen; aber sie würden nicht fernerhin ausschließlich für den jungen Adel bestimmt sein.

12. Invalidenwesen.

Sehr wichtig ist das Invalidenwesen, damit der tapfere Krieger die Gewißheit habe, nicht undankbar vom Staate verstoßen zu werden, dem er mit Gefahr seine treuen Dienste widmete. Unsere bisherige Invalidenversorgung war sehr mangelhaft, in Rücksicht auf den Invaliden selbst und in Absicht auf die Gegenstände, denen man ihre Dienste widmete. Selten waren sie ihnen gewachsen; sie nahmen Gehülfen an, und, wie der Herr von Altenstein richtig sagt, der Staat hatte zwei Diener für einen, die beide ihre Bestimmung krüppelhaft erfüllten [1]). Ausnahmen von diesen Fällen beweisen nichts. Bei der vorgeschlagenen veränderten Organisation und der abgekürzten Dienstzeit werden sich die Invaliden unter den Gemeinen und Unteroffizieren sehr vermindern. Nur wer im Dienst wirklich unfähig wird, muß Anspruch auf Invalidenwohlthaten haben. Dann werde geprüft, ob und welche Mittel er hat, sich selbst zu ernähren. Nach dem Ausfall dieser Prüfung gebe man entweder eins für Alles, eine Beihülfe, oder halbe oder ganze Versorgung, die letzte entweder in Invalidencompagnien, von denen man noch bequeme Bewachungsdienste forderte, oder bei schwer Blessirten oder Kränklichen in gut eingerichteten Invalidenhäusern, bei vorzüglich Verdienstvollen erhöht und mit der Freiheit, zu leben, wo sie wollen. Der mit Beihülfe oder halber Versorgung

1) Altenstein sagt: „Nur äußerst selten kann eine Civilstelle eine Invalidenversorgung sein. Bisher hatte die Uebertragung solcher Stellen an Invaliden gewöhnlich die Folge, daß die Stellen verdoppelt wurden, um von zweien krüppelhaft führen zu lassen, was Einer gut besorgt hatte, und wobei beide noch sich unglücklich fühlten."

entlassene Invalide habe die Erlaubniß, die Uniform seines Corps und das Seitengewehr fortzutragen, wenn er will, damit er sich von dem bloß Verabschiedeten ehrenvoll unterscheide; der mit ganzer Versorgung versehene erhalte eine Kleidung, die nicht schlechter sei oder aussehe, als die des wirklichen Militärs, und überhaupt Auszeichnungen, die die Dankbarkeit des Staates andeuten. Die Versorgung der Invalidenoffiziere werde im Ganzen nach eben den Grundsätzen behandelt.

13. Kundschafterwesen.

Da man im Frieden aufmerksam sein muß auf das, was Krieg bringen kann, so versäume man auch in solchem das Kundschafterwesen nicht und schaffe sich die Mittel und Personen in Zeiten, um es bei ausbrechendem Kriege zur Vollkommenheit zu bringen. Auch hierin kann allerdings, wie in so vielen Stücken, Napoleon unser Lehrer sein.

Eine nähere und gründliche Bearbeitung der militärischen Gegenstände überlasse ich einsichtsvollen und erfahrenen Männern vom Metier. Aber ich habe die volle Ueberzeugung, daß der preußische Staat, wenn er im Ganzen die Ideen annimmt, die ich kurz anzugeben wagte, künftig nicht bloß dem Namen nach, sondern in der Realität ein militärischer Staat sein würde, wo jeder Staatsbürger als Vertheidiger seines Vaterlandes und seines Königs mit glücklichem Erfolg aufträte und Preußen den Rang wiedergeben würde, den es unter den unabhängigen Mächten behauptet hat.

V. Innere Polizei.

Ich werde mich bei diesem Gegenstande kurz fassen und auf die Abhandlung des Herrn von Altenstein um desto eher hinweisen können, da Alles aus dem hier ebenfalls geltenden allgemeinen Grundsatze abgeleitet ist: daß die natürliche Freiheit durchaus nicht weiter beschränkt werden dürfe, als es im gebildeten Zustande des Menschen schlechterdings nothwendig ist, und da in dem Kapitel von der Grundverfassung die Grundlagen schon vorgekommen sind [1]).

1) Altenstein faßte das Wort „Polizei" in einem sehr hohen Sinne. Sie ist ihm das wichtigste Mittel, die Bedingungen zur Ausführung des höchsten Zweckes des Staates zu sichern: „Eine richtige, aus dem gehörigen Standpunkte gefaßte Polizei sichert die freie Entwickelung aller Staatskräfte und wird dadurch die Grundlage der größtmöglichen Kraftanstrengung nach außen."

Man kann dreist annehmen, daß alles, was jenem Hauptgrundsatze zuwider ist, fehlerhaft ist, und hiernach beurtheilen, welche Mängel bei unserer inneren polizeilichen Verfassung stattfanden und was derselben künftig für eine Einrichtung zu geben sei. Wenn man bei einem stetigen richtigen Ueberblick planmäßig und zusammenhängend verfährt, nur das Natürliche bezweckt, nur die Hindernisse, das Schädliche wegzuschaffen strebt, das, was den freien Gebrauch der Kräfte des Einzelnen lähmt, der unbeschränkt sein muß, wenn er die nützlichen Kräfte Anderer oder des Ganzen nicht hemmt, das entfernt, was die Sicherheit gefährdet, wenn man endlich nicht von Staatswegen die Vormundschaft des Einzelnen da übernimmt, wo der Einzelne selbst wirken kann, so hat man die Forderungen erfüllt, die man an die Polizei zu machen berechtigt ist.

1. Landwirthschaftspolizei.

Bei der Landwirthschaftspolizei wird die Wegräumung der Hindernisse fast allein alles wirken, was man verlangen kann, und überall Thätigkeit und Leben verbreiten. Gewerbefreiheit und Gleichstellung in Absicht auf diese mit den Städten gehört vorzüglich hieher. Wo diese nicht durch eine günstige Lage und Kraft der Industrie blühend werden, ohne nachtheilige Beschränkung des platten Landes, da ist es besser, sie sinken zu Dörfern herab. Der Staat hat dann, wenn nur die Abgaben gleich sind, kein Interesse dabei, daß sie Städte bleiben; vielmehr ist es sein Vortheil, daß Alles nach seiner natürlichen Tendenz im Staatskörper wirke und so im gesunden Zustande zur Vollkommenheit emporwachse. Freier Absatz der Producte ist das zweite Haupterforderniß. Kommen dann noch Beispiele und fortgesetzte wissenschaftliche Cultur, die sowie Unterrichtsanstalten von selbst folgen werden, hinzu, so wird die Landwirthschaft, diese Hauptstütze und Quelle des Nationalwohlstandes, solchen gewiß unglaublich erhöhen und sichern. In ihr liegt in den preußischen Staaten noch der reichste unbearbeitete Stoff zu neuer Kraft und Macht.

2. Gewerbepolizei.

Dem, was ich über die Freiheit der Gewerbe schon an anderen Orten gesagt habe, weiß ich hier nichts Wesentliches hinzuzusetzen.

3. Handelspolizei.

Bei der Handelspolizei beherzige man ja vor allen Dingen das Laissez faire, was ein Deputirter der Kaufmannschaft (dem franzö-

sischen Minister) Colbert als sein Gutachten sagte, da dieser solches von ihm forderte. Wo man wegen eines größeren Gewinnes des Ganzen oder, um die Staatseinkünfte zu vermehren, dem Baume Zweige nehmen oder beschneiden, oder sie in ihrem Wachsthume leiten, oder irgend eine Form einzwingen will, da verfahre man ja mit der äußersten Vorsicht. Die Natur des Baumes erfordert Freiheit.

Ich bin völlig überzeugt, daß wir die Vortheile des Handels, die großentheils und besonders in dem preußischen Staate auf der Landwirthschaft beruhen, dem Fabrikensystem zum wahren Nachtheile des Staates aufgeopfert haben. So manches Ausfuhr- oder Einfuhrverbot, so manche Beschränkung durch Monopole oder andere Begünstigungen auf Orte oder Personen brachten Schaden statt Gewinn für das Ganze; und man kann wohl mit Gewißheit annehmen, daß dieser durch sorgfältige Aufmunterung und Unterstützung der Industrie bei Handels- und Gewerbefreiheit weit größer gewesen sein würde und dauerhaftere, der Natur des Landes angemessenere Fabrikationen nebst einer ansehnlicheren und kraftvolleren Bevölkerung hervorgebracht hätte, als alles, was durch Kunst und mit so vielem Aufwande bewirkt worden ist. Gewiß hätte auch die Staatsbalance hiebei gewonnen. Ich bin weit entfernt, gegen alle Fabriken sprechen zu wollen. Der Staat kann und muß nach den Umständen diese oder jene unterstützen, ihre Anlage befördern, sie aus der Fremde herbeiziehen; aber die recht nützlichen entstehen von selbst, wenn der Handel blüht; sie gedeihen nicht, wo dieser kränkelt, und ersterben mit ihm. Sie sind natürlich, nicht erkünstelt; sie bedürfen keiner Ausfuhr- oder Einfuhrverbote, um sich zu erhalten. Die Erfahrung liefert hierin so viele Beweise! Eine Revision und Abänderung unserer Handels-, Zoll- und Accisevorordnungen gehört allerdings zu den dringendsten Bedürfnissen, sowie der Zeitpunkt ohne Zweifel der günstigste ist, um eine Aenderung im Systeme vorzunehmen, die vor dem Kriege, der viele Fabrikationen zerstörte oder hemmte und die einstweilige Aufhebung vieler Handelsbeschränkungen veranlaßte, nicht ohne große Schwierigkeiten durchzusetzen gewesen wäre. Auch darin bin ich mit dem Herrn von Altenstein einverstanden, daß, wo nicht gänzliche Importationsfreiheit stattfinden kann, die Einfuhr doch gegen eine Abgabe zu erlauben sei[1]). Die Ausfuhrverbote, um wohlfeile Preise zu erzwingen, haben diesen Zweck nicht erreicht und allemal nachtheilige Folgen gehabt. Vorurtheil und Kurzsichtigkeit hängen zwar noch

1) Eine solche nämlich, wie Altenstein sagt, welche noch den Handel zuläßt. Erwähnenswerth ist der Grundsatz Altenstein's: „Es würde thöricht sein, auf ein Fabrikat keine Kraft zu verwenden, die, auf einen Gegenstand verwendet, den vierfachen Gewinn giebt."

immer an solchen und stützen sich auf Autoritäten statt auf Gründe, z. B. auf die Meinung Friedrich's des Großen, der bei aller Größe doch nicht unfehlbar war; aber alle Staatskundigen von Einsicht sind über diesen Gegenstand längst einig. Vorzüglich gehören die Getreidesperren, deren Schädlichkeit und Unnützlichkeit so klar erwiesen und anerkannt ist [1]), und die Wollausfuhrverbote hieher, deren Verfechter insonderheit die Militärpersonen waren. In Absicht auf erstere glaubte man der irrigen Opinion huldigen zu müssen und durch letztere die Etatspreise Friedrich Wilhelm's I. zu halten, die mit allen anderen Preisen der Dinge ganz unverhältnißmäßig und daher unhaltbar sind. Der Handel und die Gewerbe müssen allerdings zu den Staatseinkünften beitragen, aber nach dem anerkannten Hauptgrundsatz; sonst leiden die Einkünfte selbst mit. Der anscheinende Gewinn auf einen hochbesteuerten Artikel wird oft durch weit ansehnlicheren Verlust auf andere verschlungen, und je höher der Accisesatz, desto größer der Reiz der Contrebande und der Verlust durch diese, so daß die Erfahrung gelehrt hat, bei mäßigen Sätzen komme mehr ein, als bei übertriebenen. Eine Revision und Aenderung bei der Accise wird diesemnach nothwendig sein.

Die Bank und die Seehandlung haben als Handelsinstitute dem Staate keinen Vortheil gebracht, sondern geschadet. Es war anerkannt, daß die erstere wenigstens einer gänzlichen Veränderung unterworfen werden müsse. Letztere war eigentlich nur ein Comptoir für das Monopol des ausländischen Salzhandels und für die Staatsschulden. Will der Staat seine Gelder, die er in Vorrath haben muß, durch ein Handelsinstitut benutzen und der Circulation zugute kommen lassen, so werde diesem Handelsinstitut eine Einrichtung gegeben, wodurch es dem Publikum nutzen kann und nicht vielmehr schadet. Die Erleichterung des Handels und Verkehres durch Wegbau, innere Schifffahrt, Verbesserung der Seehäfen und Rheden, auch Begünstigung der Seeschifffahrt und Handelsverträge, wo diese räthlich und möglich sind, ist von großer Wichtigkeit. Der

1) Anmerkung von Hardenberg: Daß man hiebei auf Magazine für besondere Gegenstände, für das Militär, für einzelne Anstalten oder Klassen von Arbeitern, für große Städte, vorzüglich für Berlin, welches ein ganz eigenes Versorgungssystem erfordert, Bedacht nehmen müsse, versteht sich von selbst. Getreidemagazine zur Versorgung des ganzen Landes sind zumal in einem großen Staate unnöthig und unmöglich. Ich habe mich in meinen Abstimmungen bei dem Generaldirectorio vom 29. März 1802 und 27. August 1805 über diese wichtige Materie umständlich geäußert. Auch von einigen anderen Arten der ersten Bedürfnisse, als Holz, Kohlen, Torf, Salz, muß der Staat Vorräthe halten, um dem Mangel vorzubeugen, wenn er es nöthig findet, auch der Theuerung, aber, wo nicht, wie bei dem Salz, eine wichtige Finanzrücksicht zum Grunde liegt, neben völliger Handelsfreiheit.

so nützliche Bromberger Canal und die Netze großentheils gehören nun einem auswärtigen Staate; auf ihre Benutzung und gute Unterhaltung ist daher nicht mit Gewißheit zu rechnen und die Frage also wesentlich, ob die Localumstände nicht erlauben, eine andere Wassercommunication zwischen der Weichsel und Oder einzurichten.

4. Sicherheitspolizei.

Die Sicherheitspolizei muß nicht minder sich ganz nach dem Hauptgrundsatze richten, aber in allen Dingen, die nach solchem als gut und richtig anerkannt sind, rasch und kräftig verfahren. Das Militär und die Freiwilligen müssen ihr dabei zu Hülfe kommen. Ist es denn nicht ehrenvoll für die Soldaten in Friedenszeiten, dem Mitbürger und sich selbst auch diesen Schutz zu gewähren? Die Communitäten werden mehr thun, wenn sie selbständiger werden, und die vorgeschlagene Nationalrepräsentation wird auch hierbei nützlich wirken. Daß die Aufsicht auf geheime Agenten und Kundschafter jetzt wichtiger sei als je, wird Niemand leugnen, der unsere Lage und das französische System kennt, zumal da Frankreich durch die Occupation so viele neue Mittel erworben hat, jenes System in Anwendung zu bringen. Die geheime Polizei sei also hierauf wachsam; aber sie mache einen geheimen Theil der anderen aus, wie der Herr von Altenstein aus richtigen Gründen anräth.

Eine nähere Verbindung zwischen der Criminaljustiz und der Polizei halte ich ebenfalls für nützlich, sowie die Abschaffung des Lotto, gegen das ich so oft eiferte, für dringend nöthig [1]).

In Absicht auf die in doppelter Rücksicht sehr wichtigen geheimen Gesellschaften [2]), daß sie nämlich dem Staate nicht schaden, daß sie ihm vielmehr nützen, bemerke ich nur, daß ich die Freimaurerei in den preußischen Ländern als einen mächtigen Hebel für große Dinge im Inneren und Auswärtigen ansehe, wenn der Staat den Geist derselben benutzen und in solcher Thätigkeit und Patriotismus zu edlen, großen Zwecken beleben und unterstützen will.

---

1) In den fränkischen Fürstenthümern war es eben aufgehoben worden.

2) Altenstein bemerkt, daß geheime Gesellschaften leicht mißbraucht, aber auch für den Staat sehr nützlich wirken können. „Kein höherer Zweck kann leicht erreicht werden, ohne daß sich solchem die Kräftigeren und Besseren des Zeitalters ganz hingeben. Diese wirken nur durch eine Vereinigung kräftig und sicher. Oeffentlich kann diese schwer stattfinden, weil man ihr entgegenarbeitet. Das Geheimniß selbst ist ein festes Band der Vereinigung." Man darf wohl in dieser und einer schon oben vorgekommenen Aeußerung Hardenberg's den Ursprung des Tugendbundes suchen, der eben als Träger der Ideen, die im Staate durchdrangen, Bedeutung gewann.

5. Armenpolizei.

Ueber die Armenpolizei begreift es das Wesentliche in sich: daß man die Quellen der Armuth verstopfen und die Unterstützungen nur nach dem Grade der Arbeitsunfähigkeit und Arbeitsleistung geben, den Communitäten die Hauptsorge übergeben müsse.

6. Gesundheitspolizei.

Ueber die Gesundheitspolizei: daß der Staat für die Bildung und Anstellung geschickter wissenschaftlicher Aerzte und Heilkünstler besorgt sei und Anstalten für hülflose Kranke zweckmäßig einrichte, mit Einem Worte: das beachte, was der Einzelne nicht beachten kann [1]).

7. Bevölkerungspolizei.

Wird der mehrmals erwähnte Hauptgrundsatz treu befolgt, herrschen Achtung wahrer Religiosität neben Toleranz und strenge unparteiische Gerechtigkeit im Lande, verfährt man, wie es in Absicht auf die Grundverfassung und persönliche Verhältnisse eben vorgeschlagen ist, werden die Abgaben nach einem weisen System und sich gleich bleibenden Principien erhoben, kann der Unterthan auf Schutz rechnen, so wird sich das ubi bene patria bald bewähren. Die Pflanze wird schnell wuchern; Ausländer werden von selbst mit ihrem Vermögen einziehen, und es wird keiner künstlichen Verordnungen und Anstalten zur Vermehrung der Bevölkerung bedürfen.

8. Postpolizei.

In Absicht auf die Postpolizei bin ich mit dem Grundsatze völlig einverstanden, daß die polizeiliche Rücksicht die finanzielle überwiege und auf ihre Vollkommenheit schon der Opinion wegen zu sehen sei, da es allerdings gar nicht thunlich ist, das Postwesen

---

1) Die Artikel kommen in derselben Folge auch bei Altenstein vor. Für den späteren Minister der geistlichen und Medicinalangelegenheiten ist bezeichnend, daß er auch in dieser Hinsicht Alles von der Ausbildung der Wissenschaft erwartet. Er findet, die Vormundschaft des Staates gehe schon zu weit. „Werden der wissenschaftlichen Ausbildung keine ängstlichen Fesseln angelegt und wird der Zustand der Wissenschaft nicht vom Staate selbst auf einen Punkt gebannt, so wird sich deren wohlthätige Ausbildung auf das ganze gemeine Leben erstrecken. Jede Wissenschaft schreitet unaufhaltsam fort, und der Gewinn übersteigt im Ganzen den Nachtheil, den einzelne Verirrungen herbeiführen können." Auch hier gedenkt er der schon in den fränkischen Fürstenthümern unternommenen Verbesserungen.

der natürlichen Freiheit zu überlassen. Ferner bin ich auch damit vollkommen einig, daß die Besetzung der Postmeisterstellen mit Invalidenoffizieren nachtheilig und unschicklich sei.

9. Bergwerkspolizei.

Wenn die Bergwerkspolizei nach den festgestellten Grundsätzen wegen der freien Benutzung des Eigenthumes nnd der Gewerbe beurtheilt wird, so folgt von selbst, daß das Finanzielle auch hierbei gegen das Polizeiliche zurückstehen müsse. Aber belehrende Beispiele gebe der Staat auf seinem Eigenthume, und wo allgemeine Unternehmungen, die Einzelnen nützen, aber von ihnen nicht geleistet werden können, erforderlich sind, als z. B. große Stollen ꝛc., da trete er zu.

10. Schöne Künste und Wissenschaften.

Von einem recht hohen Standpunkte könnte man die Religion in eben dem Sinne, als die schönen Künste und Wissenschaften, zur Polizei rechnen [1]). Bei beiden wird es wohl keinem einfallen, derselben ihr Wesen zuzuzählen, aber wohl die Art ihrer Behandlung, Unterstützung und Benutzung abseiten des Staates, welcher dabei die höhere geistige Tendenz neben dem Einfluß auf den physischen Wohlstand seiner Bürger immer vor Augen haben muß.

Unser Hauptgrundsatz paßt auch bei den Wissenschaften und Künsten. Nur die Hindernisse, den Zunftgeist, die positiven Meinungen und Vorschriften, entfernt, und Alles wird leicht und schnell fortschreiten [2])!

---

1) Hardenberg wird erst verständlich, wenn man Altenstein's Erörterung liest. „Bei dem hohen Standpunkte, den ich für die Polizei gewählt habe, kann ich ihrer (der Wissenschaften und Künste) freilich hier gedenken, so unschicklich es auch ist, sie unter dem, was man gewöhnlich Polizei nennt, zu begreifen, und so sehr sie auch eine ganz eigene Abhandlung als der nächste Uebergang zur Religion, mit welcher sie so nahe verwandt sind, verdienten".

2) Altenstein bemerkt: „Noch ungleich größer aber, als nach der gemeinen Ansicht, ist der Werth der Wissenschaften und schönen Künste, wenn man sie von einem höheren Standpunkte betrachtet. Sie sind in ihrer Blüthe das Product und der Ausdruck des höchsten Zustandes der Menschheit. Was von diesem ergriffen wird, geht diesem höheren Zustande entgegen. Sie ergreifen in ihrer vollen Kraft, was sich ihnen nähert, mit Allgewalt. Mit ihrer Verbreitung und ihrem Gedeihen im Staate erhöht sich im Allgemeinen der Zustand der Menschheit in solchem. Ist es Zweck des Staates, der Menschheit die höchsten Güter theilhaftig zu machen, so kann es nur durch die schönen Künste und Wissenschaften geschehen. Nur durch sie wird reges und kräftiges Leben und ein Emporsteigen zu dem Höheren bewirkt.

„Es versteht sich von selbst, daß hier nur von echter Wissenschaft und wahrer schönen Kunst die Rede ist, nicht von Afterwissenschaft und Kunst,

Ueber die Preß- und Lehrfreiheit iſt viel geſchrieben und geſtritten. Man erſchöpft Alles, dünkt mich, wenn man ſagt: ſie ſei ſo weit ausgedehnt, als es die Umſtände immer geſtatten. Dieſe müſſen bei den Verfügungen einer weiſen Regierung allein über die ſeltenen Ausnahmen entſcheiden. So kann es allerdings eine nothwendige Maßregel ſein, einen fremden Staat oder ſeinen mächtigen Herrſcher zu ſchonen, um nicht große Uebel über das Vaterland zu bringen. Schriften, die bloß zur groben Sinnlichkeit verführen, muß die Cenſur allerdings verwerfen.

Die Anſtellung eines eigenen Vorſtehers oder Miniſters des öffentlichen Unterrichtes und der Erziehung, der, ausgerüſtet mit den hierzu erforderlichen Eigenſchaften und verſehen mit tüchtigen Gehülfen, alles, was dahin gerechnet werden mag und die Bildung der Staatsbürger angeht, leite und dem die Fonds und andere Mittel zu Erreichung des Zweckes nicht fehlten, würde ungemein nützlich ſein. Der Staat gebe an Gelde, was er vermag, und erwecke nur bei den Communitäten Sinn für die gute Sache. Alle

---

von dem, was Beſchränktheit für ſolche ausgiebt. Es würde zu weit führen, dieſes weiter auseinanderzuſetzen. Das Echte iſt von dem Falſchen leicht zu unterſcheiden. Was nicht die Menſchheit an das höhere Geiſtige und das Hingeben an ſolches leitet, ſteht als Wiſſenſchaft oder ſchöne Kunſt ſehr tief. Aus dieſer höheren Tendenz der echten Wiſſenſchaft und ſchönen Kunſt, welche ſich auch noch in den unterſten Gliedern regt, indem dieſe Mittel ſind, das Höhere zu erreichen, ergiebt ſich ihr Nutzen oder ihr Werth für das Ganze. Es läßt ſich begreifen, wie durch ſie das Studium lebendig und kräftig wird, der Menſch ſich ſolchem und der Erfüllung deſſen, was er für Pflicht erkennt, ganz mit Liebe und Aufopferung alles Anderen hingiebt, und wie die ſchönen Künſte die Sinnlichkeit ergreifen, ſie zu höheren Gefühlen veredeln und dieſe ſelbſt dadurch aufs Höchſte gebracht werden. Es bedarf keiner Ausführung, wie hiedurch das, was man Patriotismus nennt, und alle die wichtigſten geiſtigen Kräfte erhöht und belebt werden. Es liegt in der als leitendes Princip angenommenen höchſten Idee des Staates, daß er den höchſten Werth auf echte Wiſſenſchaft und ſchöne Kunſt lege. Frankreich, bei einer untergeordneten, auf bloße Kraftäußerung gerichteten Tendenz, kann die Wiſſenſchaft und Kunſt nicht von dieſem einen Standpunkte betrachten. Es iſt mit ſolchem in Widerſtreit, indem es ſolche zu einem niedrigeren Zweck zu gebrauchen ſucht und ſie entweiht. Die Wiſſenſchaft und Kunſt wird ſich dereinſt rächen, indem ſie ſich der höheren Tendenz anſchließt und dieſer den Sieg verſichert. Preußen muß dieſes benutzen. Es ſcheint ſchwierig, daß der Staat in einem Augenblicke, wo ihm alle Reſſourcen genommen ſind und er alle Kräfte bloß zur Erhaltung nöthig hat, den großen Anforderungen genüge, welche Kunſt und Wiſſenſchaften an ihn machen. Die Schwierigkeit liegt nur in der unrichtigen Anſicht, wonach man glaubt, daß nichts für Kunſt und Wiſſenſchaft ohne großen Koſtenaufwand geſchehen könne. Allerdings muß im Staate zuerſt für die Erhaltung geſorgt werden, ehe für die ſchönen Künſte im gewöhnlichen Sinne des Wortes geſorgt werden kann. Allein inſofern Wiſſenſchaft und Kunſt ſelber die Mittel zur Erhaltung erhöhen, dürfen ſie nicht vernachläſſigt werden."

öffentlichen Sammlungen und wissenschaftlichen Institute müßten unter der Curatel jenes Ministers stehen, dazu ich Alexander von Humboldt allerdings sehr qualificirt halte. Ganz richtig finde ich es auch, daß öffentliche Sammlungen den Zweck vornehmlich haben müssen, das anzuschaffen, was Privatpersonen nicht so haben können, und daß es hauptsächlich auf gute wissenschaftliche Auswahl, Ordnung und Aufsicht ankomme.

Eine schärfere Auswahl ist aber vor allen Dingen bei den Mitgliedern der höheren wissenschaftlichen Institute, besonders der Akademie der Wissenschaften, nothwendig, damit sie aus großen Köpfen bestehen, die der Nation wirklich Ehre machen und durch Unterricht und ihre Schriften nützen. Auszeichnung und Ehrenbezeigung werde dem Gelehrten und dem Künstler nach Verdienst.

11. Erziehung und öffentlicher Unterricht.

Daß bei diesem so äußerst wichtigen Gegenstande nach vollständigen richtigen Planen gehandelt werde, daß der Staat allenfalls Zwang eintreten lassen könne und müsse, damit der Mensch nicht unerzogen bleibe, hierin stimmt meine Ueberzeugung ganz mit der des Herrn von Altenstein überein[1]). Er hat bei diesem Gegenstande der Juden erwähnt[2]), weil es allerdings in Absicht auf die ihretwegen zu beobachtenden polizeilichen Grundsätze vor-

---

1) Altenstein sagt: „Der Staat kann und muß nöthigenfalls mit Zwang veranlassen, daß alle seine Bürger einen gewissen Grad von Erziehung und Unterricht erhalten. Ist irgend eine Vormundschaft des Staates zu rechtfertigen, so ist es die, welche er bei allen Kindern übernimmt, da sie wirklich unmündig sind und die Eltern im Allgemeinen nicht für fähig gehalten werden können, die Vormundschaft zu führen. Die Sache ist für den Staat zu wichtig, um Alles dem Zufall zu überlassen.. Es ist bisher viel zu wenig hierunter geschehen."

2) Altenstein: „Ein vorzüglich wichtiger Gegenstand ist die Erziehung und der Unterricht bei den Juden. Alle Versuche, die Juden dem Staate weniger schädlich zu machen, sind vergeblich, wenn sich nicht der Staat eines großen Theiles ihrer Erziehung und ihres Unterrichtes bemächtigt. Ist der Jude verbildet, so werden alle Anstalten, ihn zum nützlichen Staatsbürger zu machen, vergeblich sein. Er wird mit voller Kraft dagegen arbeiten Das einzige Mittel, eine Reform zu bewirken, ist die Einrichtung von Unterrichtsanstalten für solchen, in welchen er so beschäftigt wird, daß er nicht durch den Talmud u. s. w. verbildet werden kann. Wird dabei auf körperliche Anstrengung gesehen und dem Juden die Uebernahme aller bürgerlichen Lasten zur Pflicht gemacht, dagegen auch in dem Maße, wie solches geschieht, der freie Gebrauch seiner Kräfte gestattet und nur der gemeine Schacher mit schweren Lasten belegt, so wird sich die Reform von selbst ergeben.

„Bei der Veränderung der ganzen Verfassung ist dieses möglich, und in dem jetzigen Augenblick ist die größte Aufmerksamkeit auf die Juden doppelt wichtig, da Frankreich sich ihrer zu bemächtigen sucht."

nehmlich darauf ankommt, sie zu veredeln, und die einzigen wirksamen Mittel, eine Reform derselben zu Stande zu bringen, der zweckmäßige Unterricht ihrer Kinder und ihre Theilnahme an der Gewerbefreiheit und den bürgerlichen Lasten ist. Die größte Aufmerksamkeit verdient die Bemerkung, daß Napoleon durch Berufung des großen Sanhedrins sich der Juden zu bemächtigen sucht. In ihrer Zerstreuung über die ganze Welt und in ihrem ausgebreiteten Einfluß liegt die Möglichkeit, den seinigen noch auf vielseitige Weise geltend zu machen. Auch damit bin ich ganz einverstanden, daß die Freiheit im Unterrichte nicht durch positive Vorschriften beschränkt werden und daß der Zweck nicht sowohl die Anfüllung des Menschen mit positiven Kenntnissen, als die Ausbildung seiner Denkkraft und deren Hinleitung zu dem höheren Geistigen sein müsse [1]). Die Ausbildung der Denkkraft und des Gedächtnisses erfordert natürlich positive Kenntnisse; ohne diese würde leere Speculation entstehen. Daß die Lehrart auf den niederen und höheren Schulen hiernach eingerichtet und besonders auch auf Universitäten der Vortrag mehr dahin geleitet werde, den Lehrling selbst denken und das Gehörte verarbeiten zu lassen, daß die höhere Speculation von dem Unterrichte auf Universitäten verbannt werde, ist nöthig und zweckmäßig. Berlin mit seinen Hülfsmitteln aller Art paßt sich allerdings weit besser hiezu; der Akademiker werde hiezu mitbenutzt, und dem jungen Staatsmanne wird sich auch das Mittel darbieten, in der Wissenschaft fortzuschreiten und Lücken auszufüllen. Eine große Universität, auf die der Staat alles wendete, was erforderlich wäre, würde vollkommen hinreichend sein. Setzen sich Bedenklichkeiten entgegen, so ist's an Königsberg und Frankfurt genug, aber wichtig, kein Monopol aus dem gelehrten Unterrichte zu machen und die Besuchung auswärtiger Universitäten und wissen-

1) Altenstein: „Die Universitäten bedürfen einer gänzlichen Reform. Es wird jetzt auf solchen gelehrt, aber ohne daß man des Erfolges sicher sei. Das Wesentlichste ist Lesen und Anhören. Es giebt dieses in unserem Zeitalter, wo die Zerstreuungssucht und Flachheit so sehr herrschend ist, weit weniger Bildung, als es früher der Fall war. Die ganze Unterrichtsmethode müßte geändert werden. Der Vortrag müßte so sein, daß die Aufmerksamkeit stets gespannt und der Zuhörer durchaus genöthigt wäre, selbst zu denken und das ihm Gegebene zu verarbeiten. Außer dieser wesentlichen Veränderung müßte beachtet werden, daß es rathsam sein dürfte, die höhere Speculation nicht auf Universitäten zu lehren, sondern sie, sowie alles, was große Hülfsmittel erfordert und eigentlich die wissenschaftliche Bildung vollendet, da lehren zu lassen, wo sich hiezu leichter alle Bedingungen vereinigen. Berlin würde dazu ganz geschickt sein. Dem reiferen Jüngling schadet die Hauptstadt nichts: sie muß ihm im Gegentheil nützen, und der junge Staatsdiener kann bei seinen Geschäften in der wissenschaftlichen Bildung fortschreiten, was so sehr wichtig ist."

schaftliche Reisen eher zu begünstigen, als zu hindern. Die weiteren Details über Bildungsanstalten für Lehrer, über höhere und niedere Schulen, Industrieschulen u. s. w. übergehe ich als zu weitläufig für den vorliegenden Zweck.

12. Hülfsmittel der Polizei.

Eine gute zweckmäßige Polizei erfordert Fonds. Was der Staat hiezu braucht, wird er mit Recht fordern und finden. Die Communitäten werden bei einer richtigen Leitung auch viel thun. Die kleinen bisher bewilligten Prämien können freilich ohne Nachtheil wegfallen, und Verwilligungen zu Meliorationen sollten auch nur dann erfolgen, wenn allgemeine nutzende Verbesserungen der Zweck sind. Die Wiederaufhelfung der jetzt ruinirten Provinzen ist ein dringendes Bedürfniß, dem so bald und so kräftig als möglich zu genügen ist. Das Wie kommt auf die Umstände, die Hülfsbedürftigkeit und die Art des Schadens an. Ersatz für diesen ist nicht möglich, aber Eröffnung der Möglichkeit, sich durch Fleiß und Industrie wieder emporzuheben, und Aufmunterung hiezu.

Eine bessere Organisation des Personals ist nöthig. Unten wird noch die Rede davon sein. Ebenso eine richtigere Anordnung des Tabellenwesens, welches bisher wegen seiner Unzuverlässigkeit und seines unzusammenhängenden Planes wenig brauchbare Resultate, am allerwenigsten aber die obersten gab [1]). Alles muß zusammen passen, das Unnütze entfernt und das Detail stufenweise immer mehr das Allgemeinere, wo nicht mit Gewißheit, welches bei vielen Gegenständen nicht möglich ist, doch nach der höchsten Wahrscheinlichkeit, liefern und deutlich anschaulich machen. Alle in das ganze Fach der Polizei einschlagenden Verordnungen würden endlich zu revidiren und nur das Brauchbare nach dem vorstehenden System beizubehalten, auch nach solchem zu ergänzen sein.

VI. Finanzwesen.

Der Finanzier, der die Regeln seines Verfahrens nur der einseitigen Routine, ohne wissenschaftliche Bildung und ohne Fortschritte in den Kenntnissen des Zeitalters, verdankt, unwissend in dem, was

1) Altenstein: „Im preußischen Staat war das Tabellenwesen nicht in Ordnung. Es lieferte höchstens statistische Materialien. Wollte man Resultate, so fehlte es überall, weil bei deren Anfertigung nicht daran gedacht worden war. Eine große Schwerfälligkeit, Aengstlichkeit, Widerwille gegen die Sache war überall sichtbar."

andere Staaten und ihre Finanzverfassungen betrifft, und beschränkt auf die Bekanntschaft mit dem väterlichen Boden und die auf solchem entstandenen Einrichtungen und Formen; der Finanzier, der jene Regeln bloß nach der Oekonomie eines gewöhnlichen ordentlichen Hausvaters, wohl gar nach der des strengen und geizigen abmißt, wird seine Kunst in dem ängstlichen Zusammenhalten, Zusammenscharren und Erhöhen der Staatseinnahmen aus althergebrachten Quellen und nach althergebrachten Formen setzen, unbekümmert, ob die steigende Cultur und die sich ändernden Verhältnisse hier neue entstehen, dort eine versiegen oder weniger ergiebig werden lassen, ob sie durch eine kluge Leitung möglichst benutzt werden, ob sie sich etwa unnütz verlaufen, wohl gar in ihrem Lauf Schaden anrichten, ob ihnen Abfluß oder Zuflüsse zu verschaffen, oder ihre Benutzung durch geschickte Veranstaltungen vervielfacht werden könne; er wird, zwingt ihn die Noth, neue Quellen aufzusuchen, nur nach den gewöhnlichen, oft nach den drückendsten Mitteln greifen, oder sich nicht zu helfen wissen und den heilsamen Zweck aufgeben; er wird bei den Ausgaben immer nur zu sparen trachten, oft engherzig und unklug das Gute dadurch hindern, oder für die Staatseinnahmen selbst höchst nachtheilig wirken.

Den großen Unterschied nicht fühlend zwischen einer Privathaushaltung und der eines Staates und unbekannt mit den Speculationen, die der wahre Finanzier auf den Zustand der Nationalindustrie nach allen ihren Zweigen, auf den Geldverkehr und auswärtige Conjuncturen, auf die beständigen Veränderungen in diesen Dingen baut, wird er sich damit begnügen, Geldüberschüsse zu haben, und wenn er am Ende des Jahres nachweisen kann, daß diese Ueberschüsse mehr betragen, als im vorhergehenden oder bei dem Anfange seiner Wirthschaft, so wird er das Ziel der Kunst erreicht glauben, nicht darauf achtend, ob diese Ueberschüsse aus bloß zufälligen oder fortwährenden Ursachen entstanden, ob sie Früchte eines gesunden, neuer, erhöhter Fruchtbarkeit entgegenwachsenden Stammes oder getriebene, durch ungewöhnlich begünstigende Umstände gereifte, oder gar die letzte Kraft des ersterbenden Baumes sind, ob dieser bei gehöriger Wartung nicht noch mehr und bessere hätte tragen können. Beurtheilen kann er es nicht, wenigstens nicht richtig; denn sein Rechnungswesen, obgleich sehr ordentlich, gleichfalls nach hergebrachter Form geführt, seine auch nach dieser angelegten Haushaltungspläne oder Etats liefern keine reine Uebersicht irgend eines Verwaltungszweiges: Alles ist pedantische Calculatur; die Dunkelheit wird sogar als Staatsmaxime angepriesen und erhalten, so daß den besseren Köpfen die Data zu richtigen Finanzspeculationen und Vorschlägen entweder ganz fehlen oder sie sich doch nur unzulänglich und nach vieler Mühe überkommen lassen.

So versteckt der argwöhnische Geizige seine Schätze, daß man ihre Existenz nicht ahne. Ein pünktliches Handeln und Treiben nach der einmal angenommenen Form, das ist die Summe seiner Wissenschaft, und da er glaubt, daß hierin Alles liegt, so sieht er stolz auf den herab, der nicht von Jugend auf in sie eingeengt wurde, oder sich davon entfernt. Der ist ihm kein Finanzier. Neue, noch so gute und richtige, anderwärts bewährte Ideen und Grundsätze werden von ihm verworfen und bitter verlacht, für eitle Hirngespinnste ausgegeben, denen das Alte weit vorzuziehen sei. An eine gründliche ruhige Prüfung ist nicht zu denken; sie anzufangen, ist das sichere Mittel, die Sache ganz zum Stillstande zu bringen.

Nach einer solchen oberen Leitung richtet sich natürlich der Regel nach, was unter ihr arbeitet, da Thätigkeit, sich in der beliebten Form herumzutreiben, korporalmäßige Beobachtung derselben, Anstrengung der Untergebenen zu solcher und ehrerbietiges Unterwerfen unter die höhere Meinung das Hauptverdienst ausmachen und den Weg zum Glück eröffnen. Die Bildung des jungen Finanzmannes ist ganz damit übereinstimmend. Formen sind dabei die Hauptsache; über Formen und veraltete, sogenannte Cameralgrundsätze wird er hauptsächlich geprüft.

Daß die vorstehende Schilderung auf die bisherige Leitung des Finanzwesens im preußischen Staate passe, wird Niemand leugnen, der solche genau kennt und richtig zu beurtheilen versteht. Ausnahmen fanden unter den preußischen Staatsmännern, mithin auch bei dem, was sie theilweise wirkten, Ausnahmen finden jetzt auch allerdings bei mehreren einsichtsvollen, mit wissenschaftlichen Kenntnissen ausgerüsteten Männern statt; aber sie konnten nicht durchdringen. Und eben diejenigen, die diese Ausnahmen machen, werden darin gewiß beistimmen, daß jenes der Geist des preußischen Finanzwesens war; vorzüglich wird solches der Herr Minister Freiherr von Stein thun, der schon angefangen hatte, diesem Geiste so kräftig entgegenzuwirken.

Ueber die Folgen dieses Geistes bedarf es keiner umständlichen Ausführung. Ordnung und Ersparniß füllten unter Begünstigung einer kaum so lange zu erwarten gewesenen trügerischen Ruhe von außen die Kassen ziemlich wieder und verhüteten, daß das Uebel sich nicht in jeder Beziehung äußerte; aber das Gute geschah nur einzeln, ohne Zusammenhang; kein großer Zweck wurde erreicht und insonderheit die Kraft nicht in Thätigkeit gesetzt, die dem Staat zu seiner Erhaltung in den Stürmen der Zeit so wesentlich nothwendig war.

Wie sind sie jetzt, nachdem er seinen fürchterlichsten Wirkungen untergelegen, wieder zu beleben und zu verstärken?

Ich will versuchen, den Gutachten des Herrn Geheimen Finanzraths von Altenstein und des Herrn Geheimen Raths Niebuhr auch meine Meinung hier hinzuzufügen.

1. Etats- und Rechnungswesen.

Etats- oder Wirthschaftsplane und Rechnungen haben den doppelten Zweck, erstlich den Verwalter und den Rechnungsführer eines jeden Gegenstandes zu leiten und die Erfüllung ihrer Pflichten zu controliren, zweitens Uebersichten zu gewähren, nach denen man die Verwaltung selbst beurtheilen und richtige Ideen und Plane zu ihrer Vervollkommnung fassen könne. Der erste wurde im preußischen Staate theilweise erreicht, der zweite, einige einzelne Zweige vielleicht ausgenommen, gar nicht. Denn um den Verwalter zu leiten, von dem man nicht bloß mechanische Dienste fordert, und um den Vortheil oder Nachtheil der Verwaltung gehörig zu würdigen, sind reine und vollständige Uebersichten nöthig, die unsere Etats und Rechnungen nicht lieferten. Ich weiß nicht, ob die Generalcontrole dergleichen verschaffte, zweifle aber, daß es vollständig und zweckmäßig geschah, ob der König selbst in Stand gesetzt wurde, das Ganze der Finanzverwaltung und ihre Hauptzweige richtig und fortwährend zu überschauen. Die leitenden Behörden, selbst die erste, konnten es nicht; diejenigen unter ihnen, die über die ihnen anvertrauten Gegenstände klar sehen wollten, mußten dazu besondere Anstalten treffen.

Man hat einmal die Absicht gehabt, bei der Generalcontrole alle Rechnungen nach der italienischen Buchhaltung zu zerlegen, ließ übrigens aber die Rechnungen nach der alten Art fortführen. Die Sache ist, soviel ich weiß, bald ins Stocken gerathen, und wäre sie auch fortgesetzt, so hätte sie zu keinem richtigen Resultat führen können, weil die Rechnungen nicht zu dem Plan stimmten. Sollte er nützlich werden, so müßte man alle Rechnungen auf kaufmännische Art einrichten und systematisch in einen Centralpunkt leiten, der die Hauptresultate klar darstellte. Das wesentlichste Erforderniß eines guten Rechnungswesens ist: daß bei jedem Gegenstande sein Einkommen und der Aufwand auf solchen vollständig, der Gewinn oder Verlust rein erscheine. Je einfacher und klarer dieses geschehen kann, je größer wird die Vollkommenheit sein. Die Gegenstände lassen sich dann leicht classificiren und die Resultate in den allgemeineren Rechnungen stufenweise zusammenfassen bis zu der allgemeinsten. Ich hatte in den fränkischen Provinzen Alles darauf angelegt, das Rechnungswesen nach diesen Grundsätzen zu formen; aber es mußte 1798 dem übrigen durchaus angepaßt werden. Bei der Generalcontrole wird sich eine Auseinandersetzung aus der da-

maligen Periode, ich glaube von 1799, finden, darin ich die Einrichtung eines zweckmäßigen Rechnungswesens abgehandelt habe.

Eine Reform desselben und der Revision ist unumgänglich erforderlich. Letztere kann in Absicht auf die mehrsten Specialrechnungen gewiß viel zweckmäßiger bei den den Rechnungsführern zunächst vorgesetzten Behörden geschehen. Nur die Hauptrechnungen würden einer obersten Revisionsbehörde vorbehalten, die ihre Aufmerksamkeit nicht sowohl auf die Richtigkeit und Form wendete, zu deren Controle sie mechanische Arbeiter hätte, sondern auf die Sache selbst und ihre Behandlung. Sie müßte aus vorzüglich einsichtsvollen Staatsmännern bestehen, die nicht bloß hiebei thätig wären. Ihre Arbeiten würden sehr wichtig und durch ihre Benutzung folgereich, aber nicht durch Häkeleien und kleinliche Details weitläufig werden. Die Generalcontrole und die Oberrechenkammer, diese kostbaren, schwerfälligen Anstalten, die an Hogarth's Machine superbe pour servir de tire-bouchon erinnern, würden dagegen wegfallen. Um den wahrscheinlichen Erfolg einer jeden Unternehmung zu beurtheilen, ist ein Plan oder Ueberschlag erforderlich, wie viel mehr also bei einer von so hoher Wichtigkeit, als die Finanzverwaltung eines ganzen Staates ist! Bei der Discussion über die Ways and Means und der Eröffnung des Budgets legt der englische Minister dem Parlamente einen solchen Ueberschlag der Staatseinnahmen vor und begleitet diese Darlegung mit raisonnirten Vorschlägen, erstere zu erfüllen. Unsere Etats hatten auch den Zweck, Vorherbestimmungen der Einnahme und Ausgabe zu sein; die provisorischen Abschlüsse, die der König am Ende des Etatsjahres erhielt, sollten die disponiblen Fonds darlegen, damit ihre Verwendung festgesetzt werden könne. Diese Festsetzung vertrat gewissermaßen das Budget der Engländer; aber bei allem, was diese durch Mangel an vollständiger Uebersicht, fehlerhafte Einrichtungen leisteten, war der wesentliche Unterschied, daß der Engländer von dem Bedürfniß des Staates ausgeht und diesem seinen Finanzplan anpaßt [1]), anstatt daß bei uns, ganz außerordentliche Fälle ausgenommen, dem Bedürfniß, selbst dem dringenden, z. B. dem Festungsbau und der guten Unterhaltung der Festungen, nur dann genügt wurde, wenn die einmal bestimmten Einnahmen hinreichten oder sich zufällige Ueberschüsse fanden. Daß hiebei keine recht kräftige, zweckmäßige Verwaltung geführt werden könne, leuchtet ein; die Kunst des Finanziers muß sich also darin zeigen, daß er die

1) Die beiden Gutachten sind gerade in diesem Punkte sehr verschieden. Aber auch Altenstein geht von dem Grundsatze aus, „daß künftig jährlich der Bedarf zur Erfüllung der Staatszwecke ausgemittelt und durch solchen die beizuschaffende Summe bestimmt werden müsse."

Mittel zu dem als wahr anerkannten Staatsbedürfnisse auf die mindest drückende Weise anschaffe, und da die Verhältnisse, besonders die äußeren, veränderlich sind, so wird für jedes Jahr ein neuer allgemeiner Ueberschlag des Staatsaufwandes und seiner Quellen nöthig. Die Etats für die Rechnungen müssen dabei fortgehen, mit den Rechnungen selbst, nach den oben angegebenen Grundsätzen verbessert. Ihre Anfertigung kann auch unbedenklich auf mehrere Jahre geschehen, und wenn die Communitätsangelegenheiten durch Vormundschaft des Staates nicht mehr so wie bisher beschränkt werden, so wird eine große Menge von Etats und Rechnungen wegfallen.

2. Jährliche allgemeine Darstellung der Finanzlage und des Staatsaufwandes mit seinen Quellen.

Eine jährliche allgemeine Darstellung der Lage der Finanzen und des Staatsaufwandes mit seinen Quellen wird, wenn man sie nach dem, was oben vorgeschlagen worden, öffentlich den Repräsentanten der Nation vorlegte, schon den jetzt so dringend nöthigen Credit mehr sichern und sowohl diesen wichtigen Zweck, als den der leichteren und populäreren Aufbringung noch besser erfüllen. Sie wird insonderheit sehr nützlich sein, wenn man bei den Staatsabgaben von dem Bedürfniß ausgehen will. Man wird einwenden, daß die Befolgung dieses Grundsatzes eine dem Credit und dem Unternehmungsgeiste nachtheilige Ungewißheit über den Werth eines Grundstückes oder eines Gewerbes verbreiten werde, daß dadurch überhaupt alle die Vorzüge verloren gehen würden, welche Sicherheit und Vertrauen bei der Unveränderlichkeit der Auflagen hervorbringen. Aber einmal ist der Schaden, welcher daraus entsteht, daß für wesentliche Bedürfnisse des Staates nicht gesorgt werden kann, unleugbar der größere, und dann ist die Sicherheit vor neuen Auflagen und die Unveränderlichkeit der alten doch immer von den Umständen abhängig und läßt sich nie verbürgen. Sie kann auch ein Uebel werden. Bei einem vollkommen hinreichenden, nicht todt liegenden, sondern wohlbenutzten, jedoch stets realisablen Schatz würde ich wenigstens die Unveränderlichkeit der Grundabgaben zur Regel machen. Jene Voraussetzung kann aber im preußischen Staate sobald nicht eintreten, und eine weise Administration wird überhaupt, auch bei der Annahme jenes Grundsatzes, diese Regel möglichst beobachten und ohne gegründete Ursachen die Abgaben aller Art nicht leichtsinnig verändern oder ohne Noth erhöhen, oder durch neue vermehren. Soll der Bedarf durch die Repräsentanten aufgebracht und ihnen die Subrepartition in den meisten Fällen überlassen werden, so ist vor allen Dingen das

Verhältniß der Hauptraten und ihre zweckmäßige Eintheilung festzusetzen. Die Verfertigung des ersten Budgets wird die schwerste und wichtigste sein.

3. Staatshaushalt.

A. Revision sämmtlicher Einnahmezweige sowie aller Ausgaben.

Eine genaue Prüfung sämmtlicher Einnahmezweige muß derselben vorhergehen, sowie aller Ausgaben und Bedürfnisse. Bei ersterer ist genau zu untersuchen, wo nach den festgestellten Grundsätzen entweder die Beibehaltung oder Abschaffung, Erhöhung oder Herabsetzung der Einnahme oder sonst Modificationen stattfinden müssen. Bei letzterer ist nicht nur auf die gewöhnlichen Bedürfnisse, sondern auch auf die künftig alle Jahre erforderlichen und die nur ein für allemal nöthigen zu sehen und hiernach zu bestimmen, was als neue fortwährende Abgabe, oder nur ein für allemal aufzubringen, oder durch außerordentliche Hülfsmittel, Anleihe ꝛc. anzuschaffen sei. Die von dem Herrn von Altenstein angegebenen allgemeinen Grundsätze sind ohne Zweifel richtig, bei der Einnahme: Abschaffung oder Veränderung der Einkünfte, die zwar Ertrag liefern, aber sonst einen überwiegenden Nachtheil haben, z. B. des Lotto und einiger aus dem Bergwerksregal, Veränderungen nach dem neu anzunehmenden Handels- und Gewerbesystem; die Wahl solcher neuer Quellen, wodurch der Nationalwohlstand eher befördert als gelähmt wird, der Vorzug, der der Erhöhung schon bestehender Abgaben vor neuen zu geben ist, wo sie thunlich ist, weil man schon an sie gewöhnt war; möglichste Gleichstellung und Gleichförmigkeit, — ich setze noch hinzu die Erhebungsart, welche am wenigsten drückt und stört; — bei der Ausgabe das einfache, aber sehr wahre Princip: jede unnütze Ausgabe zu vermeiden, aber keine nothwendige zu scheuen. Erst bei dieser vielumfassenden Arbeit und durch Benutzung aller erforderlichen Nachrichten und Hülfsmittel kann ein Ueberschlag, in Zahlen ausgedrückt, entstehen, bei dem man zwar der Wahrheit nahe zu kommen suchen, jedoch nicht zu ängstlich auf kleinliche, doch schwer zu erreichende Genauigkeit sehen, sich aber nur davor hauptsächlich hüten muß, zu knapp zu rechnen. Es ist nicht möglich, hier weiter etwas Befriedigendes zu liefern.

B. Bemerkungen über einige Zweige der Einnahme.

Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen über einige Zweige der Einnahme, denen des Herrn von Altenstein kurz folgend.

a. Aus Regalien.

Bei den Einkünften aus einigen Regalien gilt der Hauptgrundsatz auch hier: die natürliche Freiheit so wenig als immer möglich zu hemmen und dadurch ihren Früchten zu schaden, sowie der, der Geldeinnahme den höheren Zweck nicht aufzuopfern. Sie finden ihre Anwendung hauptsächlich bei dem Bergwerks- und Forstregal, bei dem Salzankauf, bei der Post, bei der Münze. Wegen des Salzankaufs wird mit Kaufleuten contrahirt werden können, obgleich der Verkauf, als eine sehr ergiebige und wegen der Vertheilung ins Kleine am wenigsten drückende Quelle der Staatsabgaben, vom Staate beibehalten werden muß. Bei dem Verlust der letzten und beträchtlichsten Salzwerke wird das Ankaufsquantum groß sein. Vielleicht lassen sich aber noch nicht benutzte Salzquellen finden und zu eigener Fabrikation benutzen. Das Münzregal leidet durch die Verminderung des Staates nur dann, wenn man darauf rechnet, Gewinn durch Ausprägung schlechter Münzen zu machen, sowie durch unsere so weit getriebene Fabrikation von Scheidemünze geschah. Wäre es möglich, durch vortheilhaften Ankauf von Metallen und durch verbesserte Fabrikation bei gutem Gelde Gewinn zu machen, so würde es dabei auf die Ausdehnung des Staates nicht so sehr ankommen. Die braunschweigischen Herzöge prägten eine mit der Größe ihres Landes ganz unverhältnißmäßige Summe von Louisd'or in gehöriger Güte und mit ansehnlichem Vortheile.

b. Von Grundsteuern.

Es wird darauf ankommen, ob man sich zu einer neuen Katastrirung und dann zur Beiziehung der befreiten Grundstücke entschließen will. Die Gründe für und wider habe ich in dem Capitel von der Grundverfassung kurz angegeben. Findet man, daß die für die Besteuerung der adeligen Güter das Uebergewicht haben, so lasse man ja die Besteuerung allgemein werden. Auch die Domänen müssen derselben unterworfen sein. Der Betrag scheint zwar den Domanialeinkünften abgehen zu müssen. Dieses wird aber nicht ganz der Fall sein, zumal bei veränderter Nutzung und mehrerer Vertheilung.

c. Von indirecten Abgaben.

Der Herr von Altenstein hat nur die Accise genannt. Er begreift darunter alle indirecten Abgaben, auch die Zölle, Imposte ꝛc.; den Ausfall, den die größere Handelsfreiheit bewirkt, wird die Besteuerung der Gegenstände, deren Einfuhr bisher ganz verboten war, die Verminderung der Contrebande und der mehrere

Anfall allerdings decken. Bei der Erhebung scheint mir durchaus eine Einrichtung nöthig, die solche vereinfache, sie sicherer und weniger lästig mache. Die fast allgemeine Venalität der geringeren Accisebedienten ist durch ihre schlechte Besoldung beinahe privilegirt. Ihre Schaar ist groß, die Aufsicht schwer und Plackerei unvermeidlich. Nur dann aber scheint eine solche Einrichtung möglich, wenn die indirecten Abgaben das platte Land sowie die Städte treffen, wenn man die Sätze von eingehenden Artikeln gleich an den Grenzen erhebt, die auf die Consumtion von dem Verkäufer oder Verfertiger. Die Controle ist hiebei auch schwer; aber sie ist möglich, wie die Erfahrung in mehreren Ländern lehrt. Die Regierung muß dabei den Druck und die Behelligungen möglichst vermeiden, die gewissenhafte Anzeige zur Ehrensache machen, Vertrauen auf solche zeigen, dann aber Defraudationen desto strenger mit Schimpf und Strafe belegen. Unser bisheriges Accissystem war unstreitig der Moralität sehr nachtheilig. Nur dann, wenn die Accise auch auf dem platten Lande eingeführt wird, kann eine völlige Gewerbefreiheit eintreten, und durch diese wird dem Landmann die Lästigkeit der Abgabe ersetzt werden. Nur dadurch wird es möglich werden, manche Sätze niedriger zu bestimmen und doch nicht dabei zu verlieren, sondern zu gewinnen. Bei einzelnen Gegenständen wird man zwar den höchsten Ertrag nicht herausbringen, weil die Erhebungsart einfach und leichter zu controliren sein muß; aber bei dem Ganzen wird man Vortheil haben. Dann braucht die Visitation der Reisenden nur an den Grenzen zu geschehen, und es können milde Grundsätze dabei angenommen werden, ohne sie einen Aversionalsatz zahlen zu lassen. Die Erhöhung der Accisesätze von einigen ersten Lebensbedürfnissen halte ich mit dem Herrn von Altenstein für wenig drückend, aber doch sehr ergiebig und um desto anwendbarer, wenn die Städte und das platte Land gleich belegt werden. Ueberhaupt dürfte es sehr nöthig sein, den Accisetarif zu vereinfachen und dafür zu sorgen, daß die Verpflichtung und die Abgabe allgemein und deutlich über jeden Gegenstand bekannt sei.

d. Von den Domänen.

Man darf nur die Art der Veranschlagung unserer Domänen kennen, um sich zu überzeugen, daß sie einen höheren Ertrag liefern können, zumal wenn die Landwirthschaft durch Freiheit des Absatzes und der Gewerbe gehoben, wenn, nachdem die Verhältnisse sind, eine andere Art der Benutzung durch Vertheilung ꝛc. gewählt wird. Eine zweckmäßig eingeleitete Veräußerung ꝛc. von Domänen halte ich für eins der besten und unschädlichsten Mittel, den jetzigen außerordentlichen Bedürfnissen des Staates zu genügen. Es wird

dabei auf die Art der Veräußerung und den Zeitpunkt ankommen, damit man sie nicht verschleudere. Was der Herr von Altenstein über die Hausgesetze in dieser Hinsicht sagt, ist sehr richtig. Wenigstens können sie unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht im Wege stehen. Der Verkauf eines Theiles der Forsten wird sich schon um deswillen vorzüglich lohnen, weil ihr reiner Ertrag im Verhältniß mit der Grundfläche meistentheils so sehr gering war. Man muß freilich in Absicht auf die künftige Benutzung dieser Fläche nicht zu ängstlich sein und auf die als Forst übrig bleibenden königlichen Gründe desto mehr Sorgfalt wenden. Werden diese richtig ausgewählt und bewirthschaftet, so wird der Ertrag sich gegen den jetzigen wohl kaum vermindern und die Veräußerung reiner Gewinn sein.

C. Bemerkungen über einige Zweige der Ausgabe.

Ebenso wie bei den Einnahmen werde ich auch über die Ausgaben nur Einiges hersetzen. Das Nähere beruht hiebei vorzüglich auf einer genauen Berechnung des Bedürfnisses.

a. Militärausgaben.

Die Ausgabe behufs des Militärs betrug, soviel ich mich erinnere, gegen 14 Millionen; wenigstens war dieses der Etat der Generalkriegskasse, wobei jedoch gewöhnlich nicht unbeträchtliche Ersparungen stattfanden. Ohne alle Data, kann ich nicht angeben, was die 70,000 Mann reguläre Truppen, 30,000 Mann Reserve und die Ausgaben auf die Freiwilligencorps, der Unterhalt der Magazine, Festungen und alles dessen, was die stete Mobilität erfordert, kosten würden; indessen, glaube ich, wird folgender ganz ungefähre, auf das Verhältniß der Truppenzahl gegründete Calkül wenigstens keine zu geringe Summe bestimmen. Wenn 250 m. Mann 14 Million gekostet haben, so kosten 70 m. $3^{23}/_{25}$ Millionen; rechne ich 4 und wegen der verhältnißmäßig stärkeren Cavallerie, besserer Bezahlung und Mobilität 5, so wird gewiß damit auszukommen sein. Die 80 m. Mann Reservetruppen können, da sie nur zwei Monate beisammen sein sollen, wahrscheinlich mit $1^1/_2$ Millionen gehalten werden. Rechne ich nun noch $^1/_2$ Million für die Unterstützung der Freiwilligen, die Unterhaltung von Festungen — die Anlegung neuer und Wiederinstandsetzung der ruinirten gehört zu den außerordentlichen Anstrengungen —, für Nebenkosten ꝛc., so würde mit der Hälfte des bisherigen Aufwandes ausgereicht werden. Die Generalkriegskasse wird aber schwerlich die Hälfte ihrer Einkünfte verlieren. Einige Ausgaben, z. B. die Werbekosten, werden auch wohl zu ersparen sein. Sollte wider Vermuthen etwas

fehlen, so muß es der Staat für diesen so wichtigen Gegenstand aufbringen. Eine augenblickliche Ersparniß wird auch dadurch eintreten, daß die Errichtung der neuen Truppen nicht so schnell von statten gehen kann. Der Betrag wird zu den Errichtungskosten selbst aber schwerlich hinreichen, und ich wünsche, daß, um diese Ersparniß zu bewirken, ja nicht gesäumt werde.

b. Civilbesoldungen.

Mit dem Herrn von Altenstein völlig einverstanden bin ich auch gegen alle Ersparung durch Verringerung der einzelnen Besoldungen, die nothwendig die nachtheiligsten Folgen haben muß; ihre Erhöhung ist vielmehr bei so vielen zu niedrig belohnten Dienern wahres und dringendes Bedürfniß, wenn auch hier der höhere Zweck, der zweckmäßige Dienst und die Moralität nicht empfindlich leiden sollen. Kann man die Maschine simplificiren durch Abschaffung unnützer Schreibereien und Stellen sparen, so wird dieses sehr wohlthätig werden.

c. Pensionen.

Auch bei den Pensionen wirkt Ersparung an dem, was wirklich erfordert wird, höchst schädlich und ist unbillig und undankbar. Aber man verfahre mit Festigkeit und verwende alle Sinecuren, die Einkünfte der Stifter, Klöster, geistlichen Ritterorden zu Pensionen und Belohnungen für wirkliche Staatsdienste, so wird es an Fonds nicht fehlen und gegen die bisherige Ausgabe gewiß noch eine Ersparung entstehen.

d. Hofausgaben.

Bei den Hofausgaben zu sehr zu sparen, ist auf mehrerlei Weise nachtheilig, nicht allein wegen der äußeren Anständigkeit, sondern auch in Rücksicht auf die Einkünfte selbst, wenn die Abgaben von der Consumtion erfolgen. Dieses letzte Argument spricht für die Besetzung der höheren Hofstellen mit reichen Leuten, die Aufwand aus eigenen Mitteln machen; es kommt den übrigen gegen die Herabsetzung der Besoldungen und Pensionen hinzu. Daß die Hofetiquette, die Hoffeste dem Geist, der der Staatsverwaltung zum Grunde gelegt werden soll, angepaßt und als ein sehr wirksames Mittel, ihn zu unterstützen und die Achtung, das Zutrauen, die Herzen der Unterthanen zu gewinnen, benutzt werde, ist eine nicht unrichtige Betrachtung.

D. Resultat der Einnahme und Ausgabe.

Eine jede Angabe in Zahlen, wie viel bei der Einnahme zu gewinnen, bei der Ausgabe zu ersparen, wie hoch also der disponible Ueberschuß sein werde, scheint mir ohne die oben verlangte Berechnung sehr gewagt. Inzwischen kann man doch wohl mit Gewißheit annehmen, daß der Ueberschuß, wenn er auch nicht gerade 4 Millionen beträgt, doch nicht gering ausfallen und sowohl zu successiver Erfüllung aller Staatsverbindlichkeiten, als zu Erreichung wichtiger finanzieller Zwecke hinreichen wird, zumal da zu hoffen ist, daß das mehrere Interesse, welches die Nation durch die Repräsentanten an der Staatsverwaltung erhält, und der Einfluß dieser letzteren die Aufbringung der Kosten zu nützlichen Verbesserungen und Einrichtungen von denen, die Vortheile davon haben, mithin vom ganzen Lande oder von einem Theile desselben, durch außerordentliche Beiträge sehr erleichtern werden. Eine große Beruhigung, wenn sie nur nicht durch neue Unglücksfälle getrübt wird!

4. Staatsvermögen.

Außer dem Herrn von Altenstein hat der Herr Geheime Rath Niebuhr diesen sehr wichtigen Gegenstand in seinem anliegenden kernhaften Gutachten behandelt, welches mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen zu werden verdient. Bloß der Vollständigkeit wegen will ich hier die Hauptsachen erwähnen, einige Gedanken hinzufügen und mich übrigens auf die Meinung jener beiden Herren beziehen.

A. Geldwesen.

a. Zustand.

Den Zustand des Staates in Absicht auf das Geldwesen, wie er nach der Räumung des Landes vom Feinde sein wird, schildert Herr Geheime Rath Niebuhr mit traurigen Farben, aber leider der Wahrheit gemäß. Das Gold wird fast gänzlich fortsein, das grobe Courant größtentheils, da es eingeschmolzen über Hamburg nach Holland für die Franzosen ging. Bei der Stockung des Handels und der Ausfuhr werden uns die Course nachtheilig bleiben, das Fortschleppen des guten Geldes wird fortdauern, solange noch etwas da ist. Die Scheidemünze, die nicht ausgeführt wurde, wird sich in einem sehr schädlichen, überwiegenden Verhältnisse befinden; sie wird aus den abgetretenen Provinzen hinzuströmen, die Course werden sich vielleicht gar in Münze bestimmen. Die Tresorscheine werden sich alle im Lande anhäufen und auch aus den abgetretenen Provinzen dahin zurückkommen, man mag sie immer realisiren oder nicht.

b. Maßregeln.

1. Münzwesen.

Solange sich der Handel und der Wohlstand nicht wieder heben, wird die Ausprägung von Courant, um dem Mangel abzuhelfen, nicht thunlich sein. Die weitere Ausmünzung geringhaltiger Scheidemünzen muß durchaus unterbleiben. Herr Geheime Rath Niebuhr schlägt vorerst folgende Maßregeln vor, um gute Geldsorten bei uns möglichst zu fixiren und dem Eindringen der Scheidemünzen und dem Falschmünzen Einhalt zu thun:

1) Alle fremden guten Geldsorten nach einer Devalvation und zu ihrem vollen Werthe in allen Zahlungen annehmen zu lassen.
2) Den Münzfuß zu verändern und den 28-Fl.-Fuß einzuführen.
3) Die Einlieferung und schnelle Umprägung der Scheidemünze zu verfügen und die veränderte in gewissen Raten zurückzugeben.

2. Tresorscheine.

Die Fundirung der Tresorscheine ist sobald als immer möglich zu veranstalten, die Realisation jedoch mit Klugheit vorzubereiten, für jedes Büreau die erforderliche Summe genau zu berechnen und nicht eher anzufangen, bis sie allgemein geschehen und ununterbrochen fortgesetzt werden kann. Unterdessen würde den Tresorscheinen ihr legaler Cours gelassen, auf die edictmäßige Zahlung des $^1/_4$ gehalten und eine gewisse Epoche für den Anfang der Realisation im voraus bestimmt. Ein gutes realisables Papiergeld zu haben, wird unter den jetzigen Umständen eine doppelt große Wohlthat und wahrscheinlich die Emission noch einer Million zu den fünf ausgegebenen unbedenklich sein. Alles kommt auf die Solidität der Realisation an. Das Beispiel von Sachsen nach dem siebenjährigen Kriege giebt uns belehrende Erfahrung und ermunternde Hoffnung. Wegen des Courses der Tresorscheine in den abgetretenen Provinzen läßt sich keine besondere Anstalt treffen, da die Stempelung jetzt nichts mehr nützen würde und im Frieden dieserhalb gar nichts ausgemacht ist.

B. Geldinstitute.

Nach dem Urtheile der einsichtsvollsten Sachverständigen waren unsere Geldinstitute, die Bank und die Seehandlung, fehlerhaft und dem Zwecke solcher Anstalten nicht entsprechend. Dieses war anerkannt und die nöthige Reform eingeleitet; aber durch die eingetretenen Unglücksfälle wurde die Ausführung unterbrochen und so, wie man sie beabsichtigte, unmöglich gemacht.

a. Die Bank.

Die Bank ist überladen mit Effecten, die schwer zu realisiren sind. Der Plan, sie aufrechtzuerhalten, kann nur von Männern entworfen werden, die, mit ihrem Zustande ganz genau bekannt, alle Verhältnisse zu Rathe ziehen, die in unserem Staate stattfinden werden, wenn dieser von den fremden Truppen ganz befreit sein wird. Es ist beruhigend, daß der Herr Geheime Rath Niebuhr Mittel zu finden hofft, den Gläubigern den Werth ihrer Forderungen zu sichern, wobei er aber voraussetzt, daß nicht à bureau ouvert gezahlt werde, daß in der Zwischenzeit keine Partialzahlungen dieser Art geschehen, der Staat vorerst allen Einkünften aus der Bank entsagen und die Reform des alten Systems mit einer besseren Organisation und Operationen zur lebhaftesten gewinngebenden Circulation der Fonds vorgenommen werde. Der Staat muß aber seine Geldvorräthe der Bank zur Benutzung geben, ihr die, worüber er als Obervormund disponirt, fernerhin zu geringen Zinsen zuweisen und was er ihr schuldig ist, abbezahlen.

b. Die Seehandlung.

Nach der mir sehr richtig scheinenden Meinung des Herrn Geheimen Raths Niebuhr sind zwei Geldinstitute, wie die Bank und die Seehandlung, zumal unter den gegenwärtigen Umständen, nicht von Nutzen. Die Seehandlung würde daher mit Ablauf ihres Octrois im künftigen Jahre aufzuheben, der Ankauf des Salzes Privatunternehmern zu übertragen und die Schuld dieses Instituts ihrer eigentlichen Beschaffenheit nach als Staatsschuld zu übernehmen sein. Die Operationen in Absicht auf die Staatsschulden würden künftig bei der Bank geschehen, und diese hielte Buch darüber.

C. Schuldenwesen.

a. Zustand.

Der Zustand des Staatsschuldenwesens ist uns hier nicht ganz genau bekannt; indeß ist die beruhigende Gewißheit vorhanden, daß alle Verbindlichkeiten des Staates, zwar nicht auf einmal und also ganz vollständig, doch nach und nach und so, wie es die Lage desselben zuläßt und rechtfertigt, werden erfüllt werden können, zumal wenn alle Schulden auf abgetretene Provinzen oder Institute strenge abgewiesen und keinem Gläubiger dieser Art, er sei Inländer oder Ausländer, etwas gezahlt wird. Die Idee eines gänzlichen Staatsbankerotts, könnte auch in der Folge größerer Credit und anscheinend erhöhte Kraft daraus entstehen, wird Jeder verabscheuen, der den Betrug bei dem Mangel einer gänzlichen Unfähigkeit zur

Zahlung doppelt haßt und das Verderben erwägt, welches daraus nicht nur für so viele Einzelne, sondern für den Staat selbst entstehen würde. Eine Terminzahlung verdient allerdings den Vorzug vor einer Zahlung nach Procenten, die gleich stattfände. Es kommt darauf an, vor allen Dingen genaue Zusammenstellungen der verschiedenen Arten von Schulden verfertigen zu lassen und sie gehörig zu classificiren. Die Abtheilung in auswärtige und inländische wird insonderheit nöthig sein, ferner in solche, die vor dem Ausbruche des Krieges und wegen desselben contrahirt worden, wozu die Rückstände für Lieferungen, an Besoldungen, Pensionen 2c. gehören, Bankschulden, Seehandlungsschulden, die sich aber alle wieder nach der ersten Abtheilung auch in ausländische und inländische unterscheiden werden.

b. Maßregeln.

I. Auswärtige Schulden.

Die sodann wegen einer jeden Gattung zu ergreifenden Maßregeln muß eine genaue Prüfung aller Verhältnisse ergeben. Bei den auswärtigen Schulden giebt theils der Friedenstractat Vorschriften, von denen man sich ohne Nachtheil nicht wird entfernen dürfen, theils legt sie uns der Klugheit wegen Erhaltung des Credits auf. Freilich wird eine willkürliche Abänderung der ursprünglichen Verbindlichkeiten dabei nicht stattfinden dürfen; aber hier und da könnte eine Uebereinkunft möglich sein, Aufschub der Zahlung. Die Entrichtung der Zinsen müßte man schlechterdings in den ordentlichen Gang zu bringen trachten.

II. Inländische Schulden.

In Absicht auf die inländischen Schulden bin ich nicht für die Zurückzahlung nach dem Alter der Schuld oder der Aufkündigung in gewissen Terminen. Ich finde es auch hart, die Gläubiger zu sehr zurückzusetzen, welche Forderungen wegen des letzten Krieges haben, und halte den Plan des Herrn Geheimen Raths Niebuhr für den besten, nach welchem:

1) die Bankschuld der Bank aus eigenen Kräften abzutragen überlassen bleibe;
2) die inländischen Schulden, mit Ausnahme der wegen des Krieges contrahirten, aber die der Seehandlung mit eingeschlossen, dergestalt fundirt würden, daß die Gläubiger gegen Auslieferung ihrer Verschreibungen für ihr Capital und die bis zu dem zu bestimmenden Termin rückständigen Zinsen drei neue Verschreibungen erhielten:

a. über $^1/_3$, wovon die Zinszahlung sogleich wieder fortliefe und erfolgte;
b. über $^1/_3$, wovon die Zinszahlung nach fünf Jahren anfinge, mit Hinzufügung der Zinsen, die rückständig geblieben;
c. über $^1/_3$, wovon die Zinszahlung nach zehn Jahren mit den rückständigen Zinsen und Zinszinsen, nach vollen Jahren gerechnet, erfolgte.

Die wegen des Krieges contrahirten Schulden könnten, wie es scheint, nach vorhergegangener Liquidation und Prüfung Verschreibungen erhalten, wie die zweite Classe zu b.

Ein heilig zu haltender sinkender Fonds sicherte die allmähliche Verminderung der Schuld durch Ankauf dieser Stocks für Rechnung des Staates; übrigens würde der Werth derselben auf inländischen und ausländischen Märkten sowohl hiedurch als durch treue Erfüllung der einmal übernommenen Verbindlichkeit aufrechterhalten.

D. Anschaffung der jetzt erforderlichen außerordentlichen Geldbedürfnisse.

a. Gegenstände derselben.

Unter den gegenwärtigen Umständen sind außerordentlich große Geldbedürfnisse zu bestreiten. Die Gegenstände derselben sind:

1) die an Frankreich noch zu zahlenden Contributionen;
2) die Instandsetzung und Wiederherstellung der Festungen, der Magazine, der Armaturen und alles dessen, was Bezug auf das Militär hat, desgleichen andere, nach dem Plane nützliche oder nothwendige Einrichtungen;
3) die nothwendige Unterstützung der Unterthanen;
4) die Sammlung eines Schatzes, welcher unentbehrlich ist, weil bei dem Entstehen eines Krieges sonst die Mittel, ihn zu führen, nicht schnell genug herbeigeschafft werden können.

b. Anschaffungsmittel.

Die Mittel, das Geld zu diesen Bedürfnissen aufzubringen, können folgende sein:

1) Die Benutzung aller baaren Vorräthe, sowohl an Gelde als an Tresorscheinen, sobald diese wieder gehoben sein werden.
2) Die Creirung einer Million neuer Tresorscheine.
3) Die Einziehung aller Activcapitalien. Ob diese auch bei den Instituten, z. B. der Wittwencasse, der Invalidencasse ꝛc., geschehen solle, um das Geld für den Staat zu benutzen, der sodann der Schuldner dieser Institute würde, zweifle ich.

Wenigstens erfordert die Sache eine sehr reifliche und einzelne Prüfung und scheint mir sogleich nicht ausführbar, insofern es inländische Schulden betrifft. Woher sollen diese bei dem allgemeinen Geldmangel das Geld nehmen, um einer ins Große gehenden Aufkündigung zu genügen, und wird der Staat dabei gewinnen, wenn Mancher dadurch stürzt?

Aber daß die Institute ihre Forderungen an ausländische Schulden und an die nunmehr ausländisch gewordenen in den abgetretenen Provinzen so schnell, als es möglich ist, einziehen und dann dem Staate borgen, das ist sehr räthlich.

4) Der Verkauf von Domänen, darüber schon oben das Nöthige gesagt ist.
5) Die Abkaufung der Grundabgaben nach dem 4=Pfennig=Fuß und mit dem Rechte der Wiedereinlösung für den Staat, daraus gewiß ein ansehnliches Capital erfolgen wird.
6) Auflagen oder gezwungene Anleihe.
7) Freiwillige Anleihe im Inlande und im Auslande.

c. Einige Bemerkungen.

Der Betrag der noch an Frankreich zu zahlenden Contributionen ist uns nicht bekannt, und bei den höchst schwankenden Stipulationen des Friedens über diesen Gegenstand ist er es vielleicht noch nirgends ganz genau. Die Folgen hievon sind schrecklich und geben allerlei Vorwände zur Verzögerung des Abzuges der Truppen. Alles muß angestrengt werden, um Bestimmtheit in diesen wichtigen Gegenstand zu bringen, wo sie etwa noch nicht ist, und dann, um die Verbindlichkeiten zu erfüllen und die Räumung des ganzen Landes zu bewirken, vor welcher keine kräftige Ausführung irgend eines Planes, höchstens nur Vorbereitung und einzelnes Stückwerk stattfinden kann. Sollte es nicht zu bewirken möglich sein, daß die französischen Bevollmächtigten sich mit Zins tragenden Verschreibungen, in gewissen Terminen zahlbar, begnügten, wenigstens zum Theil?

Ich kenne die Lage der Sache, die vermuthlich auch nach den Umständen an jedem Orte verschieden ist, nicht genau genug, um bestimmte Gedanken zu äußern; nur die Frage scheint mir noch wichtig: Ist es billig, daß die Contributionen so von jedem Orte oder jeder Landschaft getragen werden, wie der Feind sie auflegte, oder sollte nicht vielmehr das ganze Land die ganze Last verhältnißmäßig übernehmen, auch von denen ein Beitrag hiernach geleistet werden, die wenig oder gar nichts litten, ja vielleicht gar gewannen?

Wegen der Instandsetzung alles desjenigen, was zum Militär und anderen nöthigen Dingen gehört, sind, wenn die Grundsätze erst bestimmt sein werden, genaue Ueberschläge und ein zweckmäßiger Plan in Absicht auf die Art und die Zeit der Ausführung erforderlich.

Die Unterstützung der Unterthanen muß mehr in dem Wohlthätigen der neuen Staatseinrichtungen, als in der Abreichung von baarem Gelde gesetzt werden; doch wird immer eine Summe für Geschenke in außerordentlichen Fällen an Gelde oder Naturalien bestimmt werden müssen.

Bei der Sammlung des Schatzes ist wenigstens vorerst die Summe zum Ziel zu nehmen, die ein Jahr Krieg erfordern würde, welches auch auf eine Berechnung ankommt; ferner sind die Epochen zu bestimmen, in welchen sie aufs schnellste completirt werden kann. Die Existenz des Staates kann hievon abhängen. Die Fürsorge, daß das in Vorrath zu haltende Geld nicht unbenutzt liege, ist unter den jetzigen Umständen unumgänglich nothwendig. Die Bank benutze also den Schatz, aber so, daß im Fall des Bedürfnisses das Geld unfehlbar dasei.

Zu den gezwungenen Anleihen würde es gehören, wenn der Staat von allen seinen Bewohnern das Silbergeräthe forderte und späterhin zahlbare Schuldverschreibungen dafür ausstellte. Ich habe, gegen diese Maßregel einzuwenden, daß sie sehr unverhältnißmäßig trifft und daher immer einzelne Ungerechtigkeiten mit sich führt. Ein gezwungenes Anlehen nach dem Verhältniß des ganzen reinen Vermögens scheint mir weit zweckmäßiger, wenn es überhaupt schlechterdings unvermeidlich ist, und dabei könnte man es freilassen, nach bestimmten Grundsätzen Silber abzuliefern, ja dazu durch gewisse Vortheile einen Reiz geben, damit das todt liegende Metall in den Umlauf komme. Die Schwierigkeiten bleiben bei der Ausmittelung des reinen Vermögens immer groß; aber es lassen sich doch Wege dazu finden, wenn man nur nicht zu sehr auf Genauigkeit sieht, darauf es im Ganzen nicht ankommt. Der eigenen Angabe kommt z. B. die Controle durch die Hypothekenbücher ꝛc. hinzu. Ob es räthlich sei, die Ritterpferdsabgabe zwangsweise abkaufen zu lassen, wird sich aus einer leicht aufzustellenden Berechnung des Aufkommens und der Prüfung ergeben, ob die dazu erforderlichen Gelder aufgebracht werden können.

Die Schwierigkeiten bei freiwilligen Anleihen sind in beiden Gutachten des Herrn von Altenstein und des Herrn Geheimen Raths Niebuhr sehr richtig geschildert. Man wird indeß immer Versuche machen können, nur auf eine kluge, dem Credit nicht nachtheilige Weise. Diesem wird ein kluges, festes Benehmen, sowohl in Absicht der auswärtigen als der inländischen Angelegenheiten, die beste Stütze geben. Bei einem Zwangsanlehen im Lande wird kein frei-

williges leicht gedeihen. Ich würde immer mit diesem erst anfangen. Auch dabei könnte Silber angenommen und die Annahme begünstigt werden, um es der Circulation zuzuwenden. So wird man sich beeifern, es zu geben, zumal wenn der Hof mit gutem Beispiele vorangeht und das Goldservice, was nicht an Silbergeschirr unentbehrlich ist 2c., vermünzen läßt. Durch Verpfändung der Juwelen wird allemal ein beträchtliches Kapital auswärts zu haben sein und diese wohl ohne Anstand beschlossen werden können.

5. Schluß.

Auf eine Berechnung der Erforderniſſe an Geld zu den Zwecken, welche die gegenwärtige Lage erheischt, lasse ich mich hier ebenso wenig ein als auf die der Erhöhung bei der Einnahme, der Ersparung bei der Ausgabe und des Ueberschusses, da alles, was man hierüber sagen möchte, wie auch der Herr von Altenstein selbst angeführt hat, äußerst schwankend ist, mithin nur beispiels- und erläuterungsweise dastehen kann. Sind nur die Grundsätze erst bestimmt und die Data vorhanden, so werden sich jene Berechnungen leicht machen lassen, und werden die Grundsätze nur kräftig und consequent verfolgt, wird von außen ihre Ausübung nicht gewaltsam gestört, so läßt sich die Erreichung des Zweckes, auch ohne sie in Zahlen darzustellen, doch mit Zuversicht vorhersagen.

VII. Religion.

Der Herr von Altenstein hat diesen Gegenstand auf eine Art ausgeführt, die von seinen Einsichten und den schönen Gefühlen seines Herzens zeugt und diesem Ehre macht[1]). Was er sagt,

1) Altenstein: „Der Zustand der Religiosität ist der höchste Zustand der Menschheit. Zu diesem gelangt, schätzt der Mensch diese Welt erst richtig. Er betrachtet sie mit allen ihren Genüssen und Schmerzen als eine Stufe, um einen höheren Zustand zu erhalten, von dem er die Ahnungen und den Vorgenuß schon auf dieser Welt hat, wenn er sich solchem ganz hingiebt. Recht und gut zu handeln, ist ihm nicht mehr bloß kalte, schmerzliche Pflicht oder das Werk ängstlicher Berechnung und Abwägung, den unangenehmen Folgen eines entgegengesetzten Handelns zu entgehen; es ist ihm selbst höchstes Glück. Nur so handelnd fühlt er sich glücklich und im Besitz des höheren Zustandes. Mit diesem Gefühl wird er die irdische Welt genießen und erhöhtes Glück bei diesem durch keinen inneren Widerstreit getrübten Genuß fühlen. Mit diesem männlichen Gefühl aber wird er auch den Schmerz ertragen, der ihm vorübergehend erscheint und der im Vorgenuß des Höheren aufgeht. Er wird sich selig fühlen, sein eigenes Glück mitzutheilen und zu der Verbreitung des beglückenden Zustandes beizutragen. Ueberzeugt, daß nur Pflichterfüllung dahin führt, wird er diese nach ihrem ganzen Umfange mit Wärme üben."

verdient mit voller Aufmerksamkeit gelesen und vom eigenen Gefühl ergriffen zu werden; völlig einstimmend, setze ich mit ihm das Wesen der Religion darin, daß man das Leben als eine Stufe zu einem höheren Zustande betrachte, dessen Ahnung tief in uns gelegt ist, und in dem Streben nach dem Uebersinnlichen, welches uns zu diesem höheren Zustande führt. Nur dieses ist die wahre, reine Quelle der Pflichterfüllung, der Beruhigung, der Hoffnung, des Muthes. Hierin liegt der Glaube an das unbegreifliche Wesen, das wir Gott nennen, an Unsterblichkeit, an eine weise Leitung unserer Schicksale nach einem großen Weltplan, hierin und in der Bedingung der geistigen Ausbildung für den künftigen Zustand der stete Antrieb, nichts zu versäumen, was diese befördern kann. Der Mensch genieße das Sinnliche, er befördere den angenehmen Genuß desselben bei seinen Mitmenschen; aber er betrachte es nie als Zweck. Stets sei es dem Uebersinnlichen untergeordnet! Auch der Einzelne muß sich dem allgemeinen Weltplane nach seiner besten Ueberzeugung hingeben und für solchen nach seinen Kräften zu wirken, übrigens aber sich selbst und andere so glücklich als möglich zu machen suchen, und welches Glück ist vollkommener, als dasjenige, welches uns zu einem Höheren, zu dem Uebersinnlichen, leitet; welcher Genuß ist schöner, als der, welchen uns das Uebersinnliche gewährt oder der wenigstens mit ihm in harmonischer Beziehung steht? Religiosität und Liebe sind nahe verwandt, beide das wohlthätig erwärmende Feuer im Menschen. Ohne sie bleibt die Kraft tödtend und kalt, der Genuß thierisch und ohne Werth.

Nach welchem positiven Lehrbegriff der Mensch zu dieser Religiosität gelangt, ist nicht wesentlich. Auch die Bibel sagt: „Wer Gott fürchtet" — d. i. wer immer mit Rücksicht auf Gott, auf das Uebersinnliche handelt — „und Recht thut, in allerlei Volk, der ist ihm angenehm".

Der Staat, der das große sittliche Ziel hat, das wir dem preußischen vorgesteckt haben, Veredelung der Menschheit, hat die Verpflichtung doppelt auf sich, diese Religiosität zu befördern und dadurch seine Unterthanen dem höheren Glücke zuzuführen. Dadurch wird er mächtig darauf hinwirken, daß die Tendenz allgemein und herrschend werde. Ein Kampf, geführt, um den Sieg des Guten über das Böse zu erringen, der echten, edlen Freiheit und Religiosität über Sclaverei und heuchlerische Immoralität und raubsüchtigen Despotismus, ein solcher Kampf wäre der herzerhebendste, und guter Erfolg muß ihn krönen, der Monarch, der ihn leitet, der Wohlthäter der Menschheit, das rechte geistige Oberhaupt werden. Napoleon, in Aegypten Mohammedaner und jetzt katholischer Christ, geht davon aus, die Religion als Mittel zu benutzen, den Pöbel im Zaume zu halten und seine Macht zu sichern und zu er-

höhen. Viele seiner Schritte deuten dahin, daß er die Absicht hat, sich auch als geistliches Oberhaupt aufzustellen, um als weltliches desto unumschränkter zu herrschen.

Daß der gegenwärtige Zeitpunkt den preußischen Staat vorzüglich auffordert, die Religiosität zu heben, ist unwidersprechlich, und die Mittel dazu scheinen allerdings folgende:

1) Er beweise hohe Achtung dafür, öffentlich und fortdauernd. Ein zweckmäßig angeordnetes Fest durch den ganzen Staat, wenn er vom Feinde befreit und der König in Seine Residenz zurückgekehrt sein wird, — nicht der Freude — aber der rechten Würdigung unseres Zustandes und unserer Pflichten gewidmet, feiere den Antritt der neuen Epoche und werde durch eine angemessene Publication verfügt, die dem Ausdruck jener Achtung vorzüglich mit gewidmet sei.
2) Bürgerliche Ordnung und Moralität ehre der Staat allenthalben und halte sie aufrecht.
3) Der Freiheit in Vortrag und Lehre, in Untersuchungen über die Religion werde nichts in den Weg gelegt — die Wahrheit wird oben bleiben.
4) Anstalten, die die Einzelnen nicht treffen können, unterstütze oder treffe der Staat mit Liberalität.
5) Er gebe dem geistlichen Stande die gehörige Würde durch die erforderliche Bildung, die Abschaffung von Gebühren für geistliche Verrichtungen, die ihn schänden, durch Strenge gegen Unwürdige und Sittenlose und Sorgfalt bei Besetzung der Stellen. Er wirke dahin, daß junge Leute aus den höheren Ständen sich auch dem geistlichen widmen.
6) Er sorge dafür, daß der Geistliche mit seiner Familie sein Auskommen habe, und wo die Gemeinden es nicht vermögen, es ihm zu schaffen, da trete er zu.
7) Der Religionsunterricht in den Schulen werde der Haupttendenz gemäß eingerichtet, dem Kinde früh die Beziehung auf Gott und das Uebersinnliche und lebhaftes Gefühl für solches eingeprägt. Dem Geistlichen werde die Sorge dafür vorzüglich zur Pflicht gemacht.
8) Der Staat übe Toleranz; er mische sich nicht in die Sache des Gewissens und dulde jeden Gottesdienst, der nicht öffentliches Aergerniß giebt und der andere nicht stört, verfolge keine Religionssecte, sobald sie nicht der bürgerlichen Ordnung widerstrebt. Daß er eine Religionspartei, die er für die zweckmäßigste hält, vorzüglich seiner Fürsorge theilhaftig macht und sie in diesem Sinne als herrschende Kirche behandelt, dawider ist nichts. — Im Preußischen gehören beide protestantische hierher.

9) Bei der religiösen Verehrung werde die Sinnlichkeit des Menschen nicht vergessen. Man achtet nicht genug hierauf. Wie sehr hebt z. B. ein schöner, wohl ausgeführter Choral das Gefühl! Das Aeußere ist nicht das Eigentliche; aber es ist ein wesentliches Hülfsmittel.

10) Jede Störung der öffentlichen Gottesverehrungen, jeder Beweis von Nichtachtung werde untersagt und entfernt. So unrecht es wäre, den Sonntag in träger Unthätigkeit hinzubringen, wenn man durch Thätigkeit nützen kann, so unrecht z. E., dem Landmann zu verbieten, nach dem Gottesdienst das Korn einzufahren, das Gefahr läuft, im Regen zu verderben, so viel mehr unrecht ist es, während des Gottesdienstes offen Gewerbe zu treiben, die Spiel- und Kaffeehäuser zu öffnen und Truppen zu exerciren.

VIII. Justizwesen.

Der Staat muß das Ganze seiner Verwaltung mit gleicher Aufmerksamkeit umfassen und auf jeden Theil, ohne Vorliebe, die Fürsorge wenden, die er erfordert. Wenn das Justizwesen hierunter im preußischen Staate begünstigt wurde, so mag wohl eine Haupturſache darin mit gelegen haben, daß die Kameralisten den stolzen Wahn hatten, auf der höchsten Stufe der Vollkommenheit zu stehen. Gesetzgebung und Rechtspflege sind allerdings sehr verschieden. Zur ersten gehört eine vollkommene, auf Wissenschaft und Bekanntschaft mit den Gegenständen gegründete Kenntniß, die der bloße Jurist nicht besitzt. Sieht der Staat die Sache richtig und aus dem rechten Standpunkte an, so wird er die Gesetzgebung nur Männern anvertrauen, die sich durch ihre Bildung ganz dazu eignen. Dem Juristen gebührt hiebei gar kein Vorrecht; hat er sich aber die erforderliche Qualification erworben, wozu der Mann von Kopf, wenn er sich die Grundwissenschaften früher erworben hat und fortstudirt, auch bei der Rechtspflege sehr gute Gelegenheit hat, so wird er dabei vorzüglich mit gebraucht werden können; den Juristen als solchen das Uebergewicht bei der Gesetzgebung zuzueignen, sowie die Leitung und Direction derselben ihnen ausschließlich anzuvertrauen, wird immer eine sehr nachtheilige Einseitigkeit zur Folge haben, wie sich in mehreren Fällen, als z. B. bei der von dem Herrn von Altenstein angeführten Aufhebung der Erbunterthänigkeit, bei den Gesetzen über Gemeinheitstheilungen 2c., gezeigt hat. Das Gute der bisherigen preußischen Justizverfassung, der Vorzug, ein verständliches Gesetzbuch in der Sprache der Nation zu haben, macht es doppelt wünschenswerth, daß die an sich nothwendige Verbesserung

der Mängel derselben nicht vernachlässigt werde. Die Tendenz, die wir dem Staate anweisen, erfordert sie durchaus. Daß die völlige Unabhängigkeit der Justiz von allem Einfluß befestigt und erhalten, daß Rechtlichkeit und Unbestechlichkeit stets befördert und das Gegentheil mit Schande und Strafe ernstlich gerügt werde, versteht sich von selbst. Man könnte, wie ich oben bei dem Militär vorgeschlagen habe, auch über die Justizbedienten sowie über jeden Staatsbeamten dem Ehrengerichte das Recht der Untersuchung und des Ausspruches in Fällen der entehrenden Pflichtwidrigkeit, die bei solchem zur Anzeige gebracht würden, zueignen.

Uebrigens möchten folgende Maßregeln nöthig sein:

1) Die Trennung der Gesetzgebung von der Justiz, welche dazu mitwirkte, wie andere Zweige der Verwaltung, und die baldigste Ernennung einer zweckmäßigen Behörde, damit die Verordnungen, die die Reorganisation erfordert, dem Vorurtheile nicht als willkürlich oder nicht hinreichend vorbereitet erscheinen.
2) Eine einsichtsvolle und parteilose Revision des allgemeinen Landrechtes und der Gerichtsordnung. Sie wird ohnehin unumgänglich, wenn die in Absicht auf die Grundverfassung gethanen Vorschläge angenommen werden. Hiebei sehe man insonderheit auf die Abschaffung der vielen Förmlichkeiten, die für eine Nation von Betrügern und Verbrechern verordnet zu sein scheinen, den Charakter verderben und den Werth und das Gefühl von Treue und Glauben herabsetzen, indem sie eine große Erschwerung der Gewerbe und des Verkehrs sind. Wo die Instanzen vermindert werden können, wird solches allerdings die Processe abkürzen, Kosten ersparen und von Nutzen sein, wenn dagegen auf die Urtheilssprüche der Richter ein desto größeres Vertrauen gesetzt werden kann.
3) Das Sportelwesen muß vor allen Dingen einer gänzlichen Reform unterworfen werden; denn der Vorwurf, den man unserer Justiz macht, daß sie mehr als irgend eine andere kostbar sei und sportulire, ist nur zu gegründet. Es wäre zu wünschen, daß die Justiz ganz unentgeltlich verwaltet würde. Man führt verschiedene Gründe dagegen an; sie scheinen mir aber nicht von Gewicht zu sein. Es würden sich z. B. wohl andere Mittel finden lassen, den Fleiß der Justizbeamten zu befördern und der Prozeßsucht zu steuern. Der Staat muß aufbringen, was die Verwaltung der Justiz kostet. Mir scheint ebenso wenig Härte darin zu liegen, daß Jedermann für den Schutz zahle, den ihm die Gesetze im Fall eines Rechtsstreites gewähren, als für den des Militärs im Fall eines Krieges. Sollte man die Gründe für die Beibehaltung von Sporteln überwiegend finden, so verwalte sie wenigstens der Justiz-

beamte nicht, so mögen sie nicht der Justiz allein zugute kommen, sondern dem Staate überhaupt berechnet werden, der die Justizbeamten gehörig besolden muß.

4) Die Sorge für die Bildung tüchtiger Juristen ist allerdings von großer Wichtigkeit. Für die als Jurist hat der preußische Staat Anordnungen gemacht, die große Vorzüge vor denen anderer Staaten haben; indeß hat man dabei auch zu sehr auf Form und zu wenig auf Wissenschaft gesehen. Der Jurist sowie der Staatsmann, der Kameralist, der Geistliche, der Soldat sollten in Absicht auf die Grundlage allgemeiner Kenntnisse und besonderer von ihrem Vaterlande zuerst einerlei Bildung haben und dann erst die des erwählten Faches auf solche bauen, ohne jene zu vernachlässigen, vielmehr die, die ihnen als Hülfsmittel besonders dienen könnten, immer im Allgemeinen mit fortstudiren.

5) Bei der Anstellung der Richter und bei der Aufsicht auf sie ist es gewiß wichtig, außer der Fähigkeit auf die Erhaltung ihrer Würde Rücksicht zu nehmen. Der unbärtige Jüngling sollte nicht Richter sein.

6) Ferner sollte die Abschaffung fehlerhafter und schlechter Gerichtspersonen nicht erschwert, sondern durch weise Gesetze vielmehr befördert werden. Das Ehrengericht könnte auch hiebei wirksam sein. Daß es nicht fiscalisiren solle, müßte aber bestimmt werden.

7) Die Abschaffung der Patrimonial-Gerichtsverwaltungen, besonders in Criminalfällen, würde ich ebenfalls für sehr nützlich halten; nur muß der Gutsbesitzer die Mittel behalten, seine Bauern, Arbeiter und Gesinde ohne Weitläufigkeit und Kosten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, und so wenig jenen das Gehör und das Recht versagt werden darf, so wenig darf der Gutsherr von der Willkür des vielleicht entfernten Richters hierunter abhängig gemacht werden.

IX. Geschäftspflege.

Einleuchtend ist die Wichtigkeit einer recht zweckmäßigen Organisation der leitenden und verwaltenden Behörden. Sie muß so einfach als möglich die Berathung durch einsichtsvolle, vollständig unterrichtete Männer anordnen, aber dafür sorgen, daß sie nicht durch Weitläufigkeit, Unwissenheit, Mangel an Zusammenhang und Egoisterei erschwert werde, die Ausführung Wenigen, wo immer möglich Einzelnen anvertrauen, die ungestört mit der nöthigen Macht und Responsabilität und mit vollkommener Kenntniß des Gegen-

standes wirken können. Von der höchsten Stelle bis zu der untersten muß Alles stufenweise in einander greifen, so daß allenthalben und ununterbrochen mit der zum Zweck erforderlichen und bei der ersten mit einer das Ganze zusammenfassenden Uebersicht und Autorität, mit voller Kraft und Consequenz, es sei leitend oder selbst handelnd, zu einem Ziele hingestrebt werde [1]).

Die Vorschläge, welche der Herr Geheime Finanzrath von Altenstein wegen der Anordnung der Behörden macht, haben meine vollkommenste Zustimmung. Wir haben diese Gegenstände sehr oft miteinander erwogen, und ich würde nur abschreiben, wenn ich meine Ideen hier hersetzen wollte. Ich verweise also bloß auf den Aufsatz des Herrn von Altenstein und füge nur einige Bemerkungen hinzu.

Die Frage, ob der König für seine Berathung und zur Leitung als oberste Behörde einen ersten Minister oder ein Conseil anstellen solle, entscheidet sich nach meiner Ueberzeugung, in der gegenwärtigen Lage des Staates, wo es so sehr auf Einheit und Kraft ankommt, damit die Wiederherstellung ohne die Hindernisse, welche Verschiedenheit und Beschränktheit der Ansichten oder Handwerksneid in den Weg legen, schnell erfolge, ganz für einen Minister, der auf das Ganze wirke [2]). Zugleich sind aber für einige Fächer, für das Militär, die auswärtigen Geschäfte, das Justizwesen, die Religion und den öffentlichen Unterricht, auch Minister anzustellen, deren Wirksamkeit und Verantwortlichkeit sich bloß auf ihre Fächer erstrecke. Daß diese Anstellung in Absicht auf die

---

1) Der Grundsatz Altenstein's war: „Die Staatsverwaltung besteht nicht sowohl in einzelnen Theilen in den Rädern einer Maschine, als in dem Gesetz und der Kraft, welche die mit innerem Leben erfüllten Theile erfassen und zu gleichmäßiger Bewegung und Kraftäußerung veranlassen."

2) Altenstein's Vorschlag war: „nur Einen Minister an die Spitze der ganzen Administration zu setzen. Er muß stets das Ganze übersehen können und in solches auf allen Punkten theils direct, theils indirect kräftig einwirken. Ist er auch nicht der einzige Minister, so muß doch sein Verhältniß zu den übrigen Ministern und Behörden so bestimmt werden, daß vorstehender Zweck vollkommen erfüllt wird und er mit Recht Premierminister genannt werden kann. Dieses wird sodann auch die schicklichste Benennung für ihn sein. — Zu wünschen wäre, daß der Premierminister durchaus alle Administrationszweige auf gleiche Art in sich vereinige und für alle gleichmäßig das Band zwischen dem Könige und der Administration sein könne. Es würde hiezu führen, wenn er für jeden Administrationszweig und für den Zusammenhang des Ganzen einen Rath hätte, welcher die ganze Leitung der Partie mit voller Autorität und Repräsentation führte, der behufs des Vortrages bei dem König ihn mit seinem Rath unterstützte und von ihm dagegen alle Befehle zur Führung der Partie nach dem ausdrücklich oder im Allgemeinen von dem König erklärten Willen erhielte, deren Befolgung der Minister controlirte."

beiden ersten Gegenstände nothwendig sei, hat Herr von Altenstein auseinandergesetzt [1]), bei den beiden letzten es nicht für so nöthig gehalten. Ich glaube aber, daß es der Opinion und des Wohlstandes wegen gut wäre, und daß der Wirkungskreis übrigens doch in der Hauptsache so bleiben könne, als er angegeben ist. Findet man in der Folge die Einrichtung eines Staatsrathes aus mehreren Ministern mit gleichen Befugnissen besser, so läßt sie sich ohne Störung der Maschine bald bewirken.

Die Verhältnisse der verschiedenen Behörden unter sich und ihre Obliegenheiten und Befugnisse sind vom Herrn von Altenstein sehr richtig angegeben: der König steht auf dem Centralpunkte; die Mittel werden ihm erleichtert, Alles stets im Ganzen zu übersehen und auf hinreichende Kenntniß seine Entschließungen zu gründen; der erste Minister, sein Hauptorgan zur Ausführung seiner Befehle, erhält die nöthige Macht dazu, mit der vollständigsten Uebersicht und mit der nöthigen Hülfe durch die Geheimen Staatsräthe; aber der König wird in Stand gesetzt, durch die Vorträge derselben und der anderen Minister, den Premierminister [2]) selbst zu controliren und auch andere Meinungen als die desselben zu hören und zu erwägen. Dieser hat die Responsabilität für Staatsverwaltung nach den Befehlen des Königs; aber er ist dabei noch weiter gesichert durch die Mitwirkung der anderen Minister und der Geheimen Staatsräthe, sowie dadurch, daß sie als Chefs der ihnen besonders anvertrauten Partien die vollste Responsabilität für solche ihrer-

1) Altenstein: „Eine Ausnahme scheint bei folgenden Partien nöthig:

a) bei der Militärpartie. Ich bin weit entfernt, einen gewissen Zunftgeist bei solcher anerkennen und billigen zu wollen. Sie erfordert aber wirklich einen ganz eigenen Geist und sehr weit umfassende, mit anderen staatswirthschaftlichen Zweigen nur wenig im Zusammenhang stehende Kenntnisse. Es ist schwer, daß ein in anderen Geschäften gebildeter Staatsmann solche besitze, zumal da die Theorie hiezu nicht ausreicht, wenngleich die Erfahrung zeigt, daß Ausnahmen sehr wohl möglich sind. In dem ganzen Militärwesen liegt schon, daß der Stand nur durch ein Mitglied desselben mit dem Könige zusammenhänge. Die ganze Geschäftspflege ist mit sehr viel persönlicher Repräsentation, die sich auf keinen anderen übertragen läßt, verbunden. Dieses alles macht die Ernennung eines eigenen Militär- oder Kriegsministers räthlich und giebt die Bestimmung seines Verhältnisses.

b) Die ersten Rücksichten treten, zwar vielleicht in minderem Grade, aber doch auch zum Theil bei den auswärtigen Verhältnissen ein. Die Führung der Geschäfte erfordert eine volle Repräsentation und die Ueberzeugung, daß der, welcher diesen Geschäften vorsteht, möglichst unabhängig sei. Beide Rücksichten machen die Ernennung eines auswärtigen Ministers räthlich und geben ein Verhältniß an die Hand."

2) Anmerkung Hardenberg's. Sollte man bei der Benennung Premierminister irgend ein Bedenken haben, so würde der Name „Staatskanzler" mir sehr zweckmäßig scheinen, wogegen der Justizminister nicht wieder den Titel „Großkanzler" führen würde.

seits auf sich haben und um desto leichter auf sich nehmen können, da sie den Vorträgen über solche bei dem König beiwohnen. Zusammenhang wird dadurch bewirkt und Einseitigkeit vermieden, daß der erste Minister alle Geschäftszweige, soweit es nöthig ist, leitet und unter den Geheimen Staatsräthen die erforderlichen gemeinschaftlichen Versammlungen gehalten werden, daß diesen ein oder mehrere Mitglieder beiwohnen, denen kein besonderer Geschäftszweig anvertraut ist, sowie die Repräsentanten, deren Zahl ich immer auf drei bestimmen würde. Die Stelle des mit keinem eigenen Geschäfte beauftragten Geheimen Staatsraths durch einen der Repräsentanten vertreten zu lassen, scheint mir nicht räthlich, weil dazu vorzüglich ausgebildete Kenntniß und Erfahrung gehört und die Repräsentanten überdem wechseln sollen. Für technische Behörden zur Berathung und für das Fortschreiten der neu zu gebenden Gesetze und für die Prüfung der angehenden Staatsdiener ist gesorgt. Die Oberpräsidenten oder Civilgouverneurs, eine Benennung, die dem ihnen zugedachten Wirkungskreise allerdings angemessen scheint, werden das Band zwischen den eigentlichen verwaltenden Behörden und die Controle der Ausführung, in gewissen Fällen, wo vorzügliche Schnelligkeit und Einheit erforderlich ist, selbst Werkzeuge der Ausführung. Die Verwaltungskammern erhalten einen ausgedehnteren Wirkungskreis, indem alles, was nicht eigentlich militärisch oder zur Justiz gehörig ist, ihrer Fürsorge anvertraut wird; die Hindernisse werden weggeschafft, die in dem Schwerfälligen des Collegialganges liegen; die Verbindung mit der Nation wird durch die Repräsentanten besser bewirkt, das öffentliche Zutrauen und die Opinion werden mehr gewonnen, und dadurch wird jedes Geschäft erleichtert. Die Unterbehörden werden einfach dem Zweck gemäß angeordnet und auch mit dem Volke in nähere Beziehung gebracht.

Folgende Bemerkungen scheinen mir noch eine Erörterung zu verdienen:

Die Idee, für Berlin einen besonderen Oberpräsidenten oder Civilgouverneur zu bestellen, finde ich sehr richtig. Das Interesse dieser großen Hauptstadt ist ganz verschieden von dem der Provinz und erfordert besondere Administrationsgrundsätze und besondere Fürsorge. Aus der Idee scheint mir schon zu folgen, daß auch die Provinzialkammer mit der Verwaltung der Stadt auf keine Weise etwas zu thun habe, sondern daß dafür eine eigene Behörde existire. Die Folgen dieser Anordnungen werden sich bald sehr heilsam äußern. So bedarf Berlin allerdings Magazinanstalten verschiedener Art, an Getreide, Holz, Kohlen. Diejenigen, denen die Verwaltung besonders anvertraut wird, müssen dafür sorgen; dann wird das Geschrei gegen die Freiheit des Handels mit diesen Gegenständen, besonders mit Getreide, aufhören, und der Staat wird in Absicht

auf solche, sorgt er nur auch für die nöthigen Vorräthe behufs des Militärs, desto sicherer vor dem Vorurtheile, welches er bisher schonte, die richtigen Grundsätze befolgen können. Die Frage wird zu erwägen sein, ob Potsdam der Administration von Berlin, oder der der Provinz zuzutheilen sei? Ich glaube das erste. Es ist die Sache der höchsten Behörde, darauf zu sehen, daß das Interesse beider Verwaltungsgegenstände, der Residenzen und der Provinz, mit dem des Ganzen harmonire, und da, wo sie in Collision gerathen, die Richtschnur zu geben.

Eine richtigere Benennung der Behörden und der Staatsbeamten scheint mir nicht unwichtig zu sein. Die Kriegs- und Domänenkammern würde ich Administrations- oder Verwaltungskammern, die Justizcollegien Obergericht oder Justizkammer statt Regierungen nennen und das bis ins Lächerliche vom Kriege hergenommene Prädicat überhaupt nur den Behörden und Staatsbeamten vorbehalten, die mit den Kriegssachen eigentlich zu thun haben. Die Kriegsräthe mit den friedlichen Beschäftigungen, die Regierungsräthe, die nicht regieren, und die Legationsräthe, die nicht zu Gesandtschaften gebraucht werden, würde ich umwandeln in Hofräthe bei dem auswärtigen Departement, in Justizräthe bei den Obergerichten, in Kammerräthe bei den Kammern, in Kanzleiräthe zur Auszeichnung bei den Subalternen.

Der Vorzug durch das Wort Geheim könnte bei Staatsdienern bleiben, deren Geschäfte Geheimniß erfordern können oder zulassen; bei anderen aber setze man das Ober an die Stelle, als z. B. Oberjustizrath statt Geheimer Justizrath, Oberkriegsrath statt Geheimer Kriegsrath. Das Prädicat Geheim sollte überhaupt weit seltener gegeben werden und nie an den Geheimen Oberhoftrompeter erinnern. Eine angemessene Rangordnung müßte die Verhältnisse bestimmen.

Der Herr von Altenstein bestimmt die Zahl der den Kammern beizugebenden Repräsentanten nicht und macht sie von den besonderen Umständen abhängig. Ich habe oben vorgeschlagen, sie der Zahl der vom Könige angestellten Räthe gleichzumachen, finde aber den Antrag des Herrn von Altenstein richtiger. Er will ihnen einen höheren Rang als den Räthen geben, und dieses kann allerdings nöthig sein, da sie ohne Sold dienen sollen. Er eignet ihnen nur eine Consultativstimme statt der entscheidenden zu; er will sie nur den Sitzungen des Plenum beiwohnen lassen. Ich bestimmte ihnen aber gleiche Rechte mit den Räthen. Die Einrichtung, wonach specielle Gegenstände von Einzelnen bearbeitet werden sollen, hat meinen ganzen Beifall, und die Beiziehung der Repräsentanten möchte dabei nicht thunlich sein; ob sie aber bei dem versammelten Collegium nicht eine Decisivstimme führen müßten,

stelle ich einer weiteren Prüfung anheim. Herr von Altenstein will ihnen das Recht beilegen, die Ausführung des gefaßten Entschlusses zu suspendiren, bis die vorgesetzte Behörde entscheidet, welches doch immer in Fällen, wo Gefahr auf dem Verzuge wäre, nicht anwendbar sein würde.

Ob es nun räthlich sei, die Kreisbehörden bloß aus Gewählten von den Communitäten bestehen und sie umsonst dienen zu lassen, darüber bin ich sehr zweifelhaft. Mir scheint es besser, einen besoldeten, ganz qualificirten und vom Staat bleibend angestellten Kreisvorsteher zu haben, bei dessen Anstellung der Stand nicht in Betracht käme, bei dem aber zwei gewählte Repräsentanten ohne Sold, mit Consultativstimmen und dem Rechte, Verfügungen, die ihnen nicht zweckmäßig schienen, bis zur Entscheidung der oberen Behörde aufzuhalten, angestellt würden.

Die Idee, die Kreisvorsteher und unteren Polizeibeamten mit der Volksbewaffnung in Verbindung zu setzen, habe ich für Franken selbst gehabt und finde sie noch sehr zweckmäßig, wenn eine nicht freiwillige Errichtung von Bürger- und Bauerncorps vorgenommen werden muß. Dann ist der Kreisvorsteher der beste Chef, und die Polizeibeamten geben die besten Officiere ab; kommt aber die weit nützlichere und höher stehende Einrichtung mit freiwilligen Corps zu Stande, so ist die Verbindung mit den Kreis- und Polizeibehörden nicht damit vereinbarlich; doch kann das dazu gehörende Personal mit gewählt werden.

Daß die Invalidität der Militärpersonen kein Titel zur Versorgung im Civil sein müsse, sondern bloß die Qualification, damit bin ich vollkommen einverstanden, eben so damit, daß die Polizei so wenig als die Justiz von den Domänenbeamten zu versehen sei.

Die Instructionen zweckmäßiger, als bisher, und nicht bloß formell, sondern über den Gegenstand der Dienstführung selbst und nach dem angenommenen Staatssystem abzufassen, ist allerdings eine nothwendige Sorge; dieses System und die Grundsätze, auf welchen es beruht, bedürfen ferner einer allgemeinen und deutlichen Bekanntmachung durch Verordnungen. Daß die Verwandlung des pedantischen veralteten Geschäftsstyls in den gebildeteren des Zeitalters, ohne Rücksicht auf die unerheblichen Einwendungen dagegen, geschehen könne, darüber habe ich mich bei mehreren Gelegenheiten geäußert, und es ist längst die Absicht des Königs gewesen, die ich im Begriff war auszuführen. Jener alte Curialstyl ist nur der Nimbus, mit dem sich unwissender Stolz verhüllt. Die viele unnütze Schreiberei abzuschaffen, muß ein Hauptgegenstand der Einrichtung eines besseren Geschäftsganges sein. Durch die gemachten Vorschläge wird solches bewirkt werden.

Bei dem, was der Herr von Altenstein über die Besoldungen

und ihre zweckmäßige Bestimmung, über einen festen hinreichenden Besoldungsetat und solchenfalls über ein Verbot der Gesuche um Zulagen, über Belobungen, Geschenke, Titel, Orden und Pensionen und die Verpflichtung des Staates, diese nach gewissen Verhältnissen zureichend zu geben, und den Nachtheil einer zweckwidrigen und zumal ungleichen Ersparung bei diesem Artikel, ferner über Bildungsanstalten, Bestrafungen, Dienstentsetzung, nur durch Urtheil und Recht — wenn nur die gesetzlichen Vorschriften und die Form richtig bestimmt werden — [1]), endlich über Urlaub für jeden, nach festen Grundsätzen, sagt, finde ich nichts, womit meine Ueberzeugung nicht vollkommen übereinstimmte.

Schluß und Nachtrag wegen der auswärtigen Verhältnisse.

Die Ausführung der in diesem Aufsatze und in denen der Herren von Altenstein und Niebuhr enthaltenen Vorschläge hängt zwar größtentheils davon ab, daß für den Staat ein Zustand der Ruhe eintrete und daß er von den fremden Truppen befreit werde. Bleiben diese, besteht noch immer Unsicherheit oder entsteht sogar durch den nur erst bei der Beendigung dieser Abhandlung bekannt gewordenen geheimen Separatartikel des Friedens, wodurch Preußen sich verbindlich gemacht hat, mit Frankreich gemeine Sache gegen England zu machen, wenn am 1. December dieses Jahres nicht zwischen diesen beiden Mächten Friede gemacht und dabei nicht die Seerechte nach Frankreichs Absicht bestimmt sind, ein neuer Krieg, so wird der Gang der Wiederherstellung und Verbesserung allerdings sehr gelähmt werden. Manches wird ausgesetzt werden, außerordentliche Maßregeln und Anstrengungen werden hinzukommen müssen, dennoch das vorgesteckte Ziel sein, das so viel und sobald als möglich zu erreichen ist. Kein ergriffenes System ist vermögend, den Staat vor künftigen Gefahren und Hindernissen von außen ganz zu schützen; aber man habe nur das erwählte Ziel unverrückt vor Augen und hüte sich, ohne Zusammenhang und Plan zu handeln!

Der Herr von Altenstein bestimmt sehr richtig, was unter allen Umständen gleich geschehen kann. Die feste Bestimmung, Annahme und Bekanntmachung der Hauptgrundsätze, auf denen das System beruht; insbesondere:

1) Möglichste Aufhebung des Unterschiedes der Stände auch in Rücksicht auf die bessere militärische Einrichtung.

---

1) Anmerkung von Hardenberg: Wird der Vorschlag wegen des Ehrengerichtes angenommen, so vertritt dieses hiebei die Stelle der Justizcollegien.

2) Die vorgeschlagenen Maßregeln und Verordnungen wegen der Freiheit der Unterthanen und des Erwerbes.
3) Die dringende Organisation des Militärwesens, neue Conscriptionseinrichtung 2c.
4) Gewerbefreiheit und Sicherheitsanstalten im Innern.
5) Die nöthigen Uebersichten im ganzen Finanzfache, das Schuldenwesen, die Aufsuchung außerordentlicher Geldquellen.
6) Die Organisation der obersten Behörde, die Verordnungen und Bekanntmachungen wegen allgemeiner Grundsätze, Festsetzung von Prinzipien über die Besoldungen, Pensionen.

Der obengedachte geheime Artikel erfordert den Nachtrag einiger Bemerkungen in Absicht auf die auswärtigen Verhältnisse. Er ist schrecklich! — Wir haben also keinen Frieden, sondern nach einer kurzen Frist, während welcher der übermüthige Sieger fortfährt, uns die Lasten des Krieges drückend fühlen zu lassen, und uns unsere letzten Ressourcen nimmt, einen neuen Krieg, gezwungen gegen einen freundschaftlichen Staat und gegen unser größtes Interesse, zu unserem empfindlichsten Nachtheile, verhindernd jedes Wiederaufblühen unseres Handels, unserer Gewerbe, unseres Wohlstandes. Wenn England uns auch nach der abgenöthigten Sperrung der Häfen schonen will, wird es, kann es das, wenn wir ihm Krieg erklären müssen? Das glücklichste Ereigniß für Preußen, für ganz Europa wäre jetzt ein Friede zwischen Frankreich und England, wäre es auch kein dauerhafter, nur ein Stillstand.

Worin soll die gemeine Sache, die wir mit Frankreich gegen England machen sollen, bestehen? Mit der Hafensperrung wird man sich nicht begnügen. Wird man die Confiscation aller englischen Waaren, die Vertreibung oder Arretirung aller Engländer, Hülfstruppen nach Dänemark, Gibraltar, Portugal oder Aegypten, Geldzuschüsse, Ausrüstung von Transportschiffen 2c. verlangen? Eine Convention soll dieses bestimmen. Welche Vortheile wird man uns zusichern? Gewiß nicht große, wesentliche: denn warum hätte man denn bei den Friedensunterhandlungen so verächtlich gegen eine Allianz mit Preußen gesprochen und so harte, herabwürdigende und dessen Macht verringernde Bedingungen aufgelegt? Warum führe man noch fort, es zu drücken? Selbst den Satz wird man also nicht aufwerfen, nicht geltend machen können: „Keine halbe Maßregel, man sei ganz französisch"; denn hat der Staat nicht wenigstens sichere große Vortheile davon, so wäre dieses ein neuer Schritt zur Sklaverei.

Die Hauptfrage wird sein: Was thut Rußland? Hat es dieselbe Verbindlichkeit eingegangen? Es ist zu vermuthen, und wahrscheinlich ist man von dem, was geschehen ist, unterrichtet. Was kann Preußen denn übrig bleiben, als sich anzuschließen? Aber es

zeige solchenfalls, wo es nur möglich ist, daß es dieses nur thue, weil es die Noth erfordert; es erfülle denn die eingegangenen Bedingungen treu; aber es strebe durch Rußland und durch unmittelbares Bemühen dahin, daß es Ersatz für die neuen Aufopferungen und wo möglich für die älteren erhalte. Die Begebenheiten können die Möglichkeit dazu darbieten, ohne daß Preußen die Grundsätze verletze. Liegen der Verbindung zwischen Rußland und Frankreich Plane auf die Türkei zum Grunde, so kann ihre Ausführung Gelegenheit zu Veränderungen geben, wodurch Preußens gerechte Ansprüche befriedigt werden können. Sachsen kann österreichische Besitzungen erhalten, z. B. Krakau, Lublin, Sandomir, und Oesterreich dagegen türkische, Preußen sächsische. Ueberhaupt hat Napoleon gewiß noch große Pläne im Kopf, deren Entwickelung sich vielleicht bald zeigen wird. Die größte Aufmerksamkeit und Schnelligkeit im Handeln ist also erforderlich, um die Gelegenheit zu benutzen. Das Wo und Wie läßt sich nicht vorher bestimmen. Auch wird man wohl nicht versäumt haben, sich von Rußland Ersatz für den abgetretenen Theil von Neuostpreußen zusichern zu lassen.

Es kann ein Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich entstehen. Gegen diese Macht haben wir uns mit Frankreich nicht verbunden. Sie stand nicht gegen uns auf, als sie durch einen Bund mit Frankreich uns Schlesien gewiß wieder entreißen konnte. Könnten wir uns gegen sie erklären? Dazu müßte sie uns selbst neuen, dringenden Anlaß geben.

Wenn sich aber Rußland wieder mit Frankreich entzweite? Auf diesen und mehrere andere Fälle im voraus etwas festzusetzen, ist nicht wohl möglich; die Umstände müssen bestimmen, welche Partie das Wohl und die Sicherheit des Staates und sein Fortschreiten sodann erfordert. Nur das läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß sie entscheidend, fest und zeitig genug ergriffen, kräftig und consequent verfolgt werden muß.

Man halte sich, den höchsten Zweck des Staates immer vor Augen habend, an die Grundsätze und wähle die Maßregeln, die diesen am besten anpassen.

Ich wiederhole nochmals meine Ueberzeugung, daß Preußen dem Rheinbunde ja nicht beitreten müsse. Es würde dadurch Frankreichs Provinz, Napoleon dessen Oberherr. Man sage nicht, daß es unter veränderten Umständen leicht sein werde, wieder davon abzuspringen. Die Form ist hier sehr wesentlich und schwer wieder zu zerbrechen.

Noch gegen einen möglichen Fall empört sich das rechtliche Gefühl. Wenn man Preußen Schwedisch-Pommern anböte, müßte es nicht angenommen werden; Preußen darf seinen Alliirten, der ihm zuvorkommende Freundschaftsbeweise gab und gegen den nur

die Noth es bundbrüchig machte, mit dem es im Frieden, in freundschaftlichen Verhältnissen ist, nicht berauben, wenn es auch darauf gar keine Rücksicht nehmen will, daß er solchem von der Seeseite sehr großen Schaden zufügen kann.

Mit den heißesten Wünschen für den preußischen Staat, dessen Beherrscher und sein höchstes Haus schließe ich diesen Aufsatz. Möge er wenigstens zum Leitfaden dienen, um noch bessere Vorschläge auszufinden, als die sind, die ich mit meinen Mitarbeitern anzugeben im Stande war!

Riga, den 12. September 1807.

In dem Journal Hardenberg's findet sich beim 12. September 1807 folgende, für die Entstehung der Denkschrift wichtige Notiz. Terminé l'ouvrage auquel j'ai travaillé tout le temps depuis que je suis ici, pour donner au Roi mon avis sur la réorganisation de la monarchie. Altenstein a donné son avis systématiquement et d'une manière très-circonstanciée, après que nous fûmes convenus des principes. Niebuhr a dit le sien sur les objets de grande finance. J'ai mis la plume à la main les premiers jours du mois d'août.

Hardenberg befand sich, wie bemerkt, damals in Riga, wo er am 16. Juli angekommen war. Von vieler Bedeutung ist das Schreiben, mit welchem er die Uebersendung seiner Denkschrift begleitete, das wir hier vollständig mittheilen.

Brief Hardenberg's an Friedrich Wilhelm III.

Riga, den 7. September 1807.

Geruhen Sie, allergnädigster König, die Arbeit, welche mir Ihr Höchstes Vertrauen auflegte, mit den Gutachten des Geh. F.-R. v. Altenstein und des G. R. v. Niebuhr huldreich anzunehmen. Wenn unsere Ideen über einen so wichtigen Gegenstand, als die Reorganisation des preußischen Staates ist, nützliche Ansichten darbieten, wenn sie irgend dazu beitragen könnten, den erneuerten und vermehrten Flor desselben hervorzubringen und Ihrer Monarchie den Rang zu gewähren, den wir bei der Ausarbeitung jener Aufsätze vor Augen hatten, so werden unsere heißesten Wünsche erhört sein.

Ew. Königl. Majestät bitte ich unterthänigst, diese Aufsätze Ihrer ganzen Aufmerksamkeit zu würdigen und ihrer Lesung und sorgfältigen Erwägung einige Stunden zu widmen, nicht etwa im eitlen Wahne ihres vorzüglichen Werthes und als ob ich unsere Meinungen für unfehlbar hielte, sondern weil sie die Umrisse eines Gemäldes enthalten, das ganz und in allen Theilen zu überschauen, jetzt für Ew. K. Majestät von so hoher Wichtigkeit ist. Höchst-Ihr eigener Blick und bessere Einsichten mögen diese Umrisse berichtigen und das Gemälde vollenden. Daß der Inhalt geheim bleiben und nur denen Wenigen bekannt werden dürfe, die Ew. K. Majestät an der Leitung des Ganzen Theil nehmen lassen oder darüber hören wollen, wird Höchstdemselben selbst einleuchten. Nur Wahrheit konnte dabei die Feder führen, und von der eigenen Ueberzeugung durfte nichts zurückgehalten werden.

Mir bleibt nur noch übrig, für Ew. K. Majestät ganz allein, in der Sprache eines Ihnen ganz ergebenen treuen Herzens, einige Bemerkungen und Bitten hinzuzufügen. Ihre richtige Würdigung ohne irgend eine Mißdeutung kann ich schon wegen der Quelle, aus der sie fließen, von Höchst-Ihrem reinen Sinn für das Wahre und Gute ohne Beschuldigung einer Anmaßung gewiß hoffen. Nicht leicht hat ein Regent einen schwereren Stand gehabt, als der ist, in den Sie, gnädigster König, ein ungünstiges Geschick versetzt hat. Die harten Prüfungen desselben sind vielleicht noch nicht erschöpft; sie können noch härter werden. Verlieren Sie nie die hohe Fassung und Standhaftigkeit, mit welcher Sie solches bisher getragen haben, nie den schönen Glauben, daß durch Beharrlichkeit und Anstrengung, in deren Gefolge, selbst im höchsten Unglück, allgemeine Achtung und Liebe mit dem frohen Bewußtsein sich befinden, die gute Sache endlich siegen werde. Verfolgen Sie mit unverrücktem Muth den wohlüberlegten, systematisch zusammenhängenden Plan, den Sie sich vornehmen werden; halten Sie unwandelbar fest an den Grundsätzen, auf die er gebaut wird und die Sie einmal für richtig erkannt haben werden. Hören Sie Alles, prüfen Sie vorurtheilsfrei, und bei der Entscheidung vertrauen Sie vorzüglich sich selbst. Schreiten Sie mit Entschlossenheit vor. Ich war so oft Zeuge der treffenden Beurtheilung, mit der Ew. K. Majestät Dinge ansahen, die Andere nicht begriffen. Setzt man Ihnen angebliche Unmöglichkeiten oder unübersteigliche Hindernisse entgegen, — die gewöhnliche Sprache der Beschränktheit und des stolzen Vorurtheils, — so wählen Ew. K. Majestät Andere zur Ausführung Ihrer Befehle. Eben die, welche jene Sprache führen, pflegen auch starke und genialische Männer zu verschreien und Anstoß an ihren etwa hervorstechenden rauhen Außenseiten zu erregen. Aber in unseren Zeiten außergewöhnlicher Kraftäußerungen kann nur genialische Kraft helfen,

während schwache Menschen, wären ihre Formen auch noch so weich und angenehm, ein Spiel des Zufalls werden und unterliegen.

Der Minister von Stein ist — ich erwartete es von seinem Patriotismus — Ew. K. Majestät Ruf unbedingt gefolgt. Geruhen Höchstdieselben, ihm Ihr Vertrauen ganz zu schenken, und äußern Sie solches lebhaft. Es ist ihm unumgänglich nöthig, wenn er den hohen Zweck erfüllen soll, den Höchstdieselben ihm vorstecken. Bei seinem Charakter wird er Ihnen das seinige und seine Anhänglichkeit desto mehr sichern, und Ew. K. Majestät werden dadurch die Cabalen gegen ihn desto besser entkräften. Hören Sie Alles über ihn, Allergnädigster König; aber lassen Sie dann nichts zwischen Sich und ihm aufkommen; sprechen Sie allemal Höchstselbst geradezu mit ihm und geben ihm Ihre Ansicht, Ihren Willen, ja Ihre Unzufriedenheit zu erkennen. Das wirkt auf einen Mann von Rechtlichkeit, geradem Sinn und hohem Pflicht- und Ehrgefühl am sichersten und befestigt das Vertrauen.

Der Kronprinz wird für eine Zeit erzogen, die sehr stürmisch und gefahrvoll werden kann. Es liegt Ew. K. Majestät am Herzen, daß es sorgfältig geschehe, und Sie sehen gewiß Höchstselbst erleuchtet ein, daß es hiebei nicht auf gewöhnliche Unterweisung und Bildung ankommt. Sein verdienter Erzieher fühlt es, wie ich weiß, wie wichtig es ist, außer den Grundlagen solider Wissenschaft und dem Angewöhnen an ernsthafte Arbeitsamkeit und Thätigkeit einen hohen Heldensinn in ihm zu wecken, der echt militärisch sei und sich der Verfolgung des Großen und Edlen ganz hingebe. Genaue Bekanntschaft mit der Geschichte und lebhaftes Interesse für die großen Männer und Handlungen der Vorzeit, die ruhmvollen Beispiele in Ew. K. Majestät eigenem höchsten Hause und lebendige Schilderungen der Lage, in der sich die Welt und die preußische Monarchie befinden, werden hiebei vorzüglich wirken und überdem ein wohlgewählter Umgang mit Staats- und Kriegsmännern, die fähig sind, das Gefühl immer mehr anzufeuern. Vorzüglich wichtig wird diese Fähigkeit bei der Wahl des Mannes sein, den Ew. K. Majestät dem Prinzen als Oberhofmeister beigeben werden, der ein ausgezeichneter Staats- und Kriegsmann zugleich sein sollte, vor allen Dingen aber ein kräftiger, charaktervoller Mann sein muß.

Einer der Hauptgegenstände ist noch die Wahl der Personen, denen Ew. K. Majestät zunächst nach dem Minister von Stein Ihre Geschäfte sowohl im Militär- als im Civilfache anvertrauen. Durch Fehler dabei kann leicht alles Gute vereitelt werden. Männer, die den Staat in die Lage brachten, in der wir trauern, und die alle Achtung und Popularität verloren haben, werden Ew. K.

Majestät gewiß nicht wieder anstellen; aber lange Erfahrung, viele Dienstjahre und ein gewisses usurpirtes Ansehen dürfen nicht die Titel sein, um die Leitung wichtiger Gegenstände und Partien anvertraut zu erhalten. Ich will dem Urtheil und den Vorschlägen des Ministers von Stein hier nicht vorgreifen und nur einige wenige Männer nennen, weil ich sie aus eigener genauer Kenntniß Ew. K. Majestät vorzüglich empfehlen kann. Zuerst erwähne ich diejenigen, welche ich zu den Geschäften des Inneren zugezogen hatte und denen sie Ew. K. Majestät bis zur Ankunft des Ministers von Stein auch ferner überließen.

1) Der geheime Finanzrath Freiherr von Altenstein verbindet mit einer hohen Reinheit des Charakters und dem schönsten Gefühl für alles, was edel, wahr und groß ist, und der uneigennützigsten Hingebung für solches ungemein gründliche und ausgebreitete Wissenschaft und den rastlosesten Fleiß, auch die selten beisammen anzutreffende Gabe, das Ganze zu übersehen und immer systematisch vor Augen zu haben und doch die Theile bis ins kleinste Detail zu verfolgen. Seine Abhandlung zeugt hievon. Bescheidenheit hat ihm nie gestattet, um Zulagen oder Belohnungen nachzusuchen. Unaufgefordert schlug ich ihn dazu vor; aber er steht geringer als seine jüngeren Collegen.

2) Der Geheime Finanzrath von Schön besitzt die schönsten theoretischen und praktischen Kenntnisse der Staatswissenschaft, durch Reisen und sorgfältiges Studium fremder Länder gebildet, auch strenge Moralität. Er ist anscheinend rauh, aber feinfühlend und giebt sich ohne alle Persönlichkeit dem Guten hin, ist sehr thätig und arbeitet leicht und schnell. Er verdient das vollkommenste Vertrauen.

3) Der Geheime Finanzrath Stägemann ist mir nur sehr kurze Zeit bekannt gewesen, und da ich hier nur nach eigener vollkommener Ueberzeugung zu reden für Pflicht halte, so beschränke ich mich darauf, zu sagen, daß eine sehr große Leichtigkeit und Gewandtheit im Arbeiten und einsichtsvolle Beurtheilung ihn auszeichnen. Der Minister von Stein wählte ihn zum Director der Bank, in dem Augenblicke, wo er die Verbesserung dieses wichtigen Institutes beabsichtigte. Er soll auch sehr gute juristische Kenntnisse besitzen und ist sehr vertraut mit den Verhältnissen in Preußen.

4) Der Geheime Rath Niebuhr, den ich näher kennen lernte, ist ein Mann von der seltensten und ausgebreitetsten Gelehrsamkeit, von sehr gründlicher und praktischer Kenntniß des Handels und der großen Geldpartien. Er gehört zu den reinsten und edelsten Menschen in jeder Beziehung. Schade, daß seine Gesundheit so

schwach ist. Was er übernimmt, kann ihm mit vollem Vertrauen übergeben, Belohnungen müssen ihm aufgedrungen werden.

5) Außer diesen habe ich für auswärtige und innere Geschäfte seit zehn Jahren den Geheimen Legationsrath Nagler vorzüglich gebraucht, der Ew. K. Majestät persönlich bekannt ist. Vorzügliche Geschäftskenntniß und Gewandtheit und der unbegrenzteste Diensteifer charakterisiren ihn bei großer Rechtlichkeit, Reinheit und einem lebhaften Ehrgefühl. Er hat mit ungewöhnlicher Anstrengung und mit Aufopferung seiner Gesundheit gedient und für außerordentliche Dienste, als die baierischen Vergleiche, die Uebergabe von Ansbach u. s. w., die Belohnungen nicht erhalten, wozu ihm Hoffnung gemacht war. Die nützlichsten Dienste würde er in Deutschland im diplomatischen Fache leisten, wozu ihm die wohlverdiente Ertheilung des Adels die äußerliche Fähigkeit geben würde. Seine Gesundheit leidet, und er wünscht deshalb eine Oberpostamtsstelle. Jene Thätigkeit würde aber dem Staate größere Vortheile bringen.

Auf alle Fälle empfehle ich ihn E. K. M. angelegentlich; er verdient Ihr höchstes Vertrauen ganz.

6) Der Präsident und bisherige Kreisdirectorialgesandte von Hänlein wurde von dem Grafen von Haugwitz nach Berlin berufen, um in den Angelegenheiten des beabsichtigten Nordischen Bundes gebraucht zu werden. Jetzt ist er ohne Anstellung in Altona, im diplomatischen Fache an einem oder mehreren deutschen Höfen gleichfalls sehr brauchbar und verdient E. K. M. huldreiche und gerechte Rücksicht um desto mehr, da er aus Anhänglichkeit die Anerbietungen des Großherzogs von Darmstadt ausschlug, bei dem er jetzt der erste Minister sein würde.

7) Den Gesandten von Schladen brauche ich Höchstdenenselben nicht zu empfehlen, da Höchstdieselben ihn selbst nahe kennen. Seine Rechtlichkeit und sein kräftiger Charakter sowie seine diplomatische Gewandtheit machen ihn des höchsten Zutrauens und einer wichtigen Anstellung würdig.

Von den in Berlin zurückgebliebenen Geschäftsmännern erlaube ich mir zu erwähnen

8) Den Geheimen Finanzrath Sack, dessen vorzügliche Thätigkeit und Rechtschaffenheit, verbunden mit gründlichen Kenntnissen und Erfahrungen in vielen Fächern, mir genau bekannt ist.

9) Ebenso den Kriegs- und Domänenrath Heyde, den ich vor längerer Zeit aus der ansbachischen Kammer zum fränkischen Departement nahm, der mit großer Anstrengung, Treue und Aufopferung seiner Gesundheit die eifrigsten Dienste leistete und durch Kopf, Kenntnisse und Erfahrung in jeder Administrationspartie sehr brauchbar ist.

Ich übergehe Andere, um nicht zu weitläufig zu werden; doch nenne ich noch den geschickten und wohldenkenden Geheimen Finanzrath Klewitz und von den sehr brauchbaren Dienern zur Ausführung den Präsidenten von Auerswaldt, den Kammerdirector Gruner.

Die bei der Abtretung von Ansbach in E. K. M. Dienst zurückgebliebenen Diener, die aus Vertrauen auf den preußischen Staat und aus Liebe und Anhänglichkeit Alles aufopferten, jetzt höchst unglücklich wurden, bedürfen bei dem billigen und menschenfreundlichen Herzen E. K. M. keiner besonderen Empfehlung. Geruhen Höchstdieselben den Vorschlägen Gehör zu geben, die der Geheime Legationsrath Nagler deshalb machen wird.

Von den fränkischen Dienern bin ich aber verpflichtet noch den Regierungsrath von Altenstein, Bruder des Geheimen Finanzrathes, als E. K. M. höchster Fürsorge besonders würdig zu nennen.

Er war als Commissarius in Höchst-Ihrem Namen in Hildburghausen, erwarb sich dort Achtung und Zufriedenheit und gehört zu den ausgezeichnetsten höheren Justizbedienten. Daher seine Beibehaltung nützlich sein wird.

In Bayreuth wird er schwerlich wieder ankommen.

Endlich wage ich noch Eins hinzuzusetzen: Geruhen E. K. M. den Männern, welchen Sie die Leitung wichtiger Geschäfte zunächst unter den Ersten Ihres Staates anvertrauen, oder die sonst durch ausgezeichnete Verdienste dessen würdig sind, das Glück, Höchst Ihrer Person sich zu nähern, zu gewähren. Ehren Sie solche zuweilen dadurch, daß Sie sie zu Ihrer Tafel ziehen. Sie glauben nicht, wie viel Sie dadurch ausrichten können. Ein Wort über Geschäfte, eine Aufmunterung mündlich von E. K. M. wirkt außerordentlich, und Höchstdieselben lernen Ihre Diener kennen.

In dem Schlusse meines Aufsatzes werden E. K. M. meinen Nachtrag wegen der auswärtigen Verhältnisse finden, den ich für nöthig hielt, weil mir der geheime Artikel, wodurch die Verpflichtung leider übernommen ist, am 1. December gemeine Sache mit Frankreich gegen England zu machen, nicht bekannt war, als ich zuerst über jene Materie dasjenige schrieb, was ich E. K. M. schon ehrerbietigst mittheilte.

Bei Dänemark ist unterdessen auch der Satz bewährt worden, daß die Neutralität vor den Uebeln des Krieges nicht dauerhaft bewahre. Ich habe meine Absicht, dahin zu gehen, nicht ausführen können und würde nach Tempelberg gehen, wenn nur die so sehnlich erwartete Räumung des Landes erfolgte. Hier bin ich ungern und werde mich langsam dem Vaterlande, sobald es möglich, wieder zu nähern suchen.

Wo ich auch sei, wird mich immer die herzlichste Dankbarkeit und Liebe zu E. K. M. und die tiefste Verehrung beseelen, womit ich ersterbe.

E. K. M.

Wir benutzen das mit Bleistift geschriebene Concept, bei welchem die Unterschrift fehlt.

Die sehr anerkennende, sehr eingehende Antwort des Königs vom 2. October 1807 ist im dritten Bande S. 535 abgedruckt.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS

WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY OVERDUE.

JAN 9 1940

JAN 10 1940

11 Nov'49 MB

11 Apr 54 PB

3 Mar'59 JB

RECD LD

MAR 27 1959

18 MAY'59 AH

28 Jul'59 KK

REC'D LD

AUG 5 1959

LD 21-100m-7,'39 (402s)